

Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Diese Publikation wird vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin digital bereitgestellt. Die Publikation unterliegt sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren einzelnen Teilen dem deutschen Urheberrecht. Die Nutzung ist ausschließlich für private, wissenschaftliche und nicht-kommerzielle Zwecke vorgesehen.

<https://doi.org/10.60674/ifz-2009-0001-01>

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des
Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
von

Götz Aly, Susanne Heim,
Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller,
Dieter Pohl und Hartmut Weber

R. Oldenbourg Verlag München 2009

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 2

Deutsches Reich 1938 – August 1939

Bearbeitet von Susanne Heim

R. Oldenbourg Verlag München 2009

ISBN 978-3-11-076414-7 (Broschur in 16 Bänden, kein Einzelbandverkauf)
© 2022 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Originalausgabe
© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
ISBN: 978-3-486-58523-0

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außer halb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einband und Schutzumschlag: Fank Ortmann und Martin Z. Schröder
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorische Vorbemerkung	9
Einleitung	13
Dokumentenverzeichnis	65
Dokumente	83
Glossar	829
Abkürzungsverzeichnis	831
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive	835
Systematischer Dokumentenindex	836
Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften	837
Ortsregister	846
Personenregister	851

Vorwort

Mit dem vorliegenden zweiten Band wird die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ fortgesetzt. In den nächsten Jahren werden insgesamt 16 Bände erscheinen, in denen eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert wird. Der Schwerpunkt wird auf den Regionen liegen, in denen vor Kriegsbeginn die meisten Juden gelebt haben: insbesondere auf Polen und den besetzten Teilen der Sowjetunion.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst:

Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933–1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, vor allem, weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, werden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältiger Gebrauch gemacht. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Überzeugungen, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten, Handlungsspielräumen und Absichten – Behördenschreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel und die Berichte ausländischer Beobachter. Innerhalb der Bände sind die Dokumente chronologisch angeordnet; von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die Quellen ungekürzt wiedergegeben.

Der vorliegende Band dokumentiert die Entrechtung und Enteignung der Juden in Deutschland nach dem 1. Januar 1938 sowie in Österreich nach dem Anschluss im März 1938 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939. Die Dokumentation wechselt von der „Arisierungsverordnung“ zur Schilderung eines jüdischen Häftlings über seine KZ-Erfahrungen; die Notizen eines jüdischen Mädchens über die Angst vor dem heraufziehenden Novemberpogrom stehen neben der Darstellung einer jüdischen Hilfsorganisation über die wachsende Zahl der Flüchtlinge und der Rede, in der Hitler die Vernichtung der Juden in Europa ankündigt.

Der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt. Um die thematische Zuordnung der Dokumente zu erleichtern und Zusammenhänge zu verdeutlichen, ist diesem Band erstmals ein Sachgruppenindex angefügt.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt haben. Die englischsprachigen Dokumente hat Birgit Kolboske ins Deutsche übertragen. Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Romina Becker, Giles Bennett, Natascha Butzke, Florian Danecke, Vera Dost, Ivonne Meybohm, Miriam Schelp, Remigius Stachowiak, als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen Dr. Andrea Löw und Dr. Gudrun Schroeter.

Hinweise auf abgelegene oder noch nicht erschlossene Quellen zur Judenverfolgung, insbesondere auf private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, nehmen die Herausgeber für die künftigen Bände gerne entgegen. Da sich trotz aller Sorgfalt gelegentliche Ungenauigkeiten nicht gänzlich vermeiden lassen, sind sie für entsprechende Mitteilungen dankbar. Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85-87, D-12205 Berlin

Berlin, München, Freiburg i. Br. im Mai 2009

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 1/200“ Dokument Nummer 200 im 1. Band dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf“, „Durchschlag“ oder „Abschrift“.

Dem schließt sich der Text an. In der Regel wird er vollständig ediert. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich im Anmerkungsapparat.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Dabei werden bestimmte, in einzelnen Dokumenten verwandte authentische Schreibweisen (z.B. Goering für Göring, Ae für Ä, ss für ß) beibehalten. Dies führt dazu, dass in den Überschriften und Fußnoten „Erlass“ stehen kann, im Text der Quelle „Erlaß“. Ausnahmsweise bleibt es beim doppelten s, wenn das Wort im Original wegen des offensichtlichen Fehlens eines scharfen ß auf der Schreibmaschine oder im Setzkasten so geschrieben wurde. Eigennamen von Institutionen bleiben von veränderten Rechtschreibregeln unberührt. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original“. Abkürzungen, auch unterschiedliche (z.B. NSDAP, N.S.D.A.P. und NSDAP.), werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen, vor allem in privaten Briefen, werden bei der ersten Nennung in eckigen Klammern aufgelöst.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Ein-

fügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalisieren sie –, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.

In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Lediglich in Ausnahmefällen, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, wie etwa antisemitische Kampfschriften, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den damit verbundenen Reaktionen handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Eine Ausnahme bildet das Tagebuch von Luise Solmitz, das sowohl in einer handschriftlichen Fassung als auch in einer von Luise Solmitz selbst nach 1945 angefertigten maschinenschriftlichen Version überliefert ist. Da die handschriftliche Fassung sehr schwer lesbar ist und längere Einträge enthält, die zeitgeschichtlich von geringem Interesse sind, werden im vorliegenden Band die Auszüge entsprechend dem Typoskript dokumentiert. Um den Charakter des Tagebuchs beispielhaft zu dokumentieren, ist der erste Eintrag vom 27. Januar 1938 nach der handschriftlichen Fassung vollständig wiedergegeben. Die Verfasserin hat sowohl im Manuskript als auch im Typoskript bisweilen kurze Erläuterungen nachträglich eingefügt; sie sind in der vorliegenden Edition durch geschweifte Klammern gekennzeichnet. Zudem hat sie verschiedene Schreibmaschinen benutzt, sodass in manchen Einträgen ein scharfes ß verwendet wird, in anderen hingegen beim gleichen Wort nicht.

Undatierte Monats- oder Jahresberichte erscheinen am Ende des jeweiligen Zeitraums. Von der strikten Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen: in diesem Band im Fall der Lebensberichte jüdischer Emigranten, die 1939/40 für einen Wettbewerb der Harvard Universität geschrieben wurden. Diese zwar zeitnah, doch schon retrospektiv abgefassten Beschreibungen werden nicht unter dem Entstehungsdatum, sondern unter dem Datum des geschilderten Ereignisses eingereiht.

In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus beziehungsweise zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.

Die dann folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte, andernorts oder in der Edition publizierte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlage-

verfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt.

Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht aufsuchen.

Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken und in der speziellen Fachliteratur finden sowie auf den Auskünften jüdischer Gemeinden oder Organisationen. In vielen nur schwer zu klärenden Fällen wurden Personalakten und -karteien eingesehen, Standesämter befragt, Wiedergutmachungs- und Entnazifizierungsakten geprüft. Für denselben Zweck wurden die speziellen, auf die NS-Zeit bezogenen Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive benutzt: in erster Linie die des ehemaligen Berlin Document Center, des Staatssicherheitsdienstes der DDR und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg), die heute im Bundesarchiv verwahrt werden.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet. Bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler, Thomas Mann oder Albert Einstein wird auf eine erläuternde Fußnote verzichtet.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Altreich (gemeint ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937), Führer, Judenfrage, Judenrat etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Begriffe wie „Mischling“, „Mischehe“ oder „Arisierung“, die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen.

Hebräische Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert. Orte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, auch in den schon 1919 abgetrennten Teilen, werden mit ihren deutschen Namen bezeichnet. Dasselbe gilt für die einst geschlossen deutsch besiedelten Randgebiete des böhmischen Beckens, also für Eger, Karlsbad, Teplitz-Schönau etc. Im Fall von Orten, deren Namen im Zeichen systematischer Germanisierung zwischen 1939 und 1945 eingedeutscht wurden, steht der landesübliche Name in Klammern, z. B. Zichenau (Ciechanów). Das geschieht nur dann nicht, wenn die deutsche Ortsbezeichnung seit alters gebräuchlich ist (z. B. Lemberg, Brünn, Krakau) oder infolge der deutschen Verbrechen später international geläufig wurde: Kaiserwald, Kulmhof, Theresienstadt, Auschwitz.

Einleitung

Der vorliegende Band dokumentiert die Judenverfolgung im Deutschen Reich in den 20 Monaten zwischen Januar 1938 und dem 31. August 1939. Innerhalb dieser kurzen Zeitspanne annektierte das Deutsche Reich im März 1938 Österreich, im Oktober den vorwiegend deutsch besiedelten Rand des böhmischen Beckens, das Sudetenland; im März 1939 besetzte die Wehrmacht Prag, am 1. September fiel sie in Polen ein.

In den Monaten vom Anschluss Österreichs bis zum Überfall auf Polen, und eng mit den Kriegsvorbereitungen verbunden, verhängte die NS-Führung den Ausnahmezustand über die deutschen Juden. Beamte, Minister, Parteifunktionäre und Nachbarn steigerten die Diskriminierung zum Terror, die wirtschaftliche Benachteiligung zur Enteignung, den Auswanderungsdruck zur Verzweiflung; sie trieben Zehntausende mit ein paar Reichsmark in der Tasche über die Grenze, Hunderte in den Selbstmord. Im Pogrom vom 9. und 10. November 1938 wütete der von Goebbels so bezeichnete Volkszorn in Gestalt Zehntausender SA-Männer. Hunderttausende sahen zu. In dieser Nacht wurden fast sämtliche, einst stolz und selbstbewusst errichteten Synagogen zerstört, in den folgenden Tagen mehr als 25000 jüdische Männer für Wochen in Konzentrationslager gesperrt, erniedrigt und gequält, einige Hundert ermordet.

Der Novemberpogrom und die anschließenden politischen Entscheidungen stehen im Zentrum dieses Bandes. Weitere Schwerpunkte bilden die Verfolgungen, denen die 190 000 österreichischen Juden seit dem Anschluss an Deutschland ausgesetzt waren, sowie diejenigen Maßnahmen, mit denen die Vermögen der Verfolgten teils enteignet, teils zur künftigen Enteignung unter staatliche Kontrolle gebracht wurden. Und schließlich dokumentiert dieser Band die gewaltsame Vertreibung der Juden aus Deutschland. Die Expansion des NS-Staats, Pogrom und „Arisierung“ verwandelten die Zwangsemigration zur chaotischen Massenflucht. Die Folgewirkungen gefährdeten die jüdische Existenz in weiten Teilen Europas.

Die Verfolgung der tschechischen Juden, die am 14./15. März 1939 unter deutsche Herrschaft kamen und seitdem im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren lebten, wird im dritten Band dieser Edition dokumentiert. Obwohl Danzig bis zum Überfall auf Polen nicht zum Reich gehörte, sondern als Freie Stadt dem Völkerbund unterstand, ist die Situation der dortigen Juden ebenfalls Thema dieses Bandes, weil der nationalsozialistisch dominierte Senat in Anlehnung an die deutsche Politik zahlreiche antijüdische Maßnahmen durchsetzte. Auch im Memelland, das seit 1924 zu Litauen gehörte, breitete sich mit deutscher Unterstützung seit Mitte der 1930er-Jahre der Antisemitismus aus – lange bevor das Memelgebiet am 23. März 1939 unter massiven Berliner Drohungen an das Reich zurückgegeben wurde.

Die Lage der deutschen Juden Anfang 1938

Ende 1937 lebten noch etwa 400 000 Juden in Deutschland, 130 000 waren in den vorangegangenen fünf Jahren ausgewandert. Die meisten wohnten in den Großstädten, 140 000 allein in Berlin. Berufsverbote, Boykott und Auswanderung der Jüngeren hatten die

Sozialstruktur stark verändert: Mittlerweile war jeder zweite deutsche Jude über 50 Jahre alt, jeder vierte auf Wohlfahrtshilfe angewiesen. Hatte es zu Beginn der 1930er-Jahre 8000 jüdische Ärzte gegeben, waren es 1937 noch 3300. Ehemals Wohlhabende sahen sich zum Umzug in kleinere Wohnungen und zum Verkauf von Wertsachen aus Familienbesitz genötigt.¹ Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Mai 1939 waren noch knapp 16 Prozent der deutschen Juden erwerbstätig (gegenüber 48 Prozent im Jahr 1933), mehr als 70 Prozent aller Juden über 14 Jahren galten mittlerweile als „berufslose Selbständige“.²

Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden wurden selten. Oft wichen beide Seiten einander aus, um Peinlichkeiten zu vermeiden. Fast alle Vereine hatten ihre jüdischen Mitglieder ausgeschlossen. An vielen Ortseinfahrten, in Parks, Badeorten und Gaststätten standen Schilder, die Juden den Zutritt untersagten. „Es gab auch Lokale,“ so erinnert sich der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, „in denen man es vorzog, auf solche Aufschriften am Eingang zu verzichten und stattdessen denjenigen Juden, die es wagten, diese Lokale dennoch zu betreten, leere Tassen hinzustellen, bisweilen mit einem Zettel ‚Juden raus‘.“

Nichtjuden, die weiterhin den Kontakt zu jüdischen Bekannten hielten, mussten mit Anfeindungen rechnen. Viele jüdische Schüler verließen die staatlichen Schulen, noch bevor ihnen deren Besuch nach dem Pogrom 1938 verboten wurde (Dok. 16, 46). Entweder konnten sie die antisemitischen Hänseleien und Bosheiten ihrer „arischen“ Mitschüler und Lehrer nicht länger ertragen oder ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr aufbringen, das Juden, anders als „arischen“ Schülern, weder ermäßigt noch erlassen wurde. Schätzungen zufolge besuchten im Mai 1938 noch etwa ein Viertel aller jüdischen Volksschüler allgemeine Schulen.³ Bis zum Novemberpogrom war den Juden der Besuch von Theatern, Konzertsälen und Kinos nicht generell verboten, in einigen Orten, darunter Leipzig mit seiner großen jüdischen Gemeinde, war ihnen die Teilnahme an Kulturveranstaltungen jedoch schon wesentlich früher verwehrt.⁴

Neben dem gesellschaftlichen Ausschluss verstärkte vor allem die Emigration zahlreicher Bekannter oder Familienangehöriger die Isolation der in Deutschland Zurückbleibenden.

1 Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses*, in: LBI Year Book XXV (1980), S. 313–361, hier: S. 326, 341f. und XXVI (1981), S. 343–409; Hazel Rosenstrauch (Hrsg.), *Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942*, Berlin 1988, S. 70. Weitere Angaben zur Verarmung der Juden in: David Kramer, *Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperisation*, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 173–188; Salomon Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939*. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 158–165. In Hamburg lag der Anteil der Unterstützungsempfänger unter den Juden im Winter 1938/39 bei 37 %; Uwe Lohalm, *Fürsorge und Verfolgung. Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialistische Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942*, Hamburg 1998, S. 49.

2 Zu den Ergebnissen der Volkszählung: Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 224, und Joseph Walk, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1991, S. 214f.

3 Marcel Reich-Ranicki, *Mein Leben*, Stuttgart 1999, S. 69, 156; Marion Kaplan, *Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland*, Berlin 2001, S. 62; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe* (wie Anm. 1), S. 28.

4 Marion Kaplan (Hrsg.), *Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945*, München 2003, S. 428f.

Der in Berlin aufgewachsene spätere US-Finanzminister Michael Blumenthal berichtet, in seiner Familie sei bis 1937 kaum von Auswanderung die Rede gewesen, wohl aber von den entmutigenden Schwierigkeiten der Ausgewanderten. „Anfang 1938 konnten auch meine Eltern die Augen nicht mehr vor der Wahrheit verschließen. Vom normalen Leben waren sie fast vollständig isoliert, Demütigungen und wirtschaftlicher Druck nahmen zu, die Vorzeichen wurden immer bedrohlicher.“ Mitte 1938 stand ihnen „das Wasser bis zum Hals“. Sie verkauften ihr Geschäft schweren Herzens für einen Bruchteil des tatsächlichen Werts an eine bisherige Angestellte und emigrierten schließlich nach Shanghai. Victor Klemperer, der in Deutschland blieb, spekulierte damals über seine Aussichten nach dem Ende des Dritten Reichs: „Wahrscheinlich würde die ganz große Einsamkeit erst dann für mich beginnen. Denn ich könnte nie wieder jemandem in Deutschland trauen, nie wieder mich unbefangen als Deutscher fühlen.“⁵

Kriegsvorbereitung und Judenverfolgung

Als vages Zukunftsprojekt stand die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ früh im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Ideologie, doch konkretisierte Hitler diesen Programmpunkt erst im November 1937. Wegen der Garantien für Polen und die Tschechoslowakei konnte die deutsche Expansion Richtung Osten leicht zum Krieg mit Großbritannien und Frankreich führen. Deshalb hatte Hitlers außenpolitischer Berater Joachim von Ribbentrop, damals Deutscher Botschafter in London, im Sommer 1937 versucht, dem Ziel der Ostexpansion auf diplomatischem Weg näherzukommen. Nach deutschen Vorstellungen sollte das Empire einstweilen unangetastet bleiben und im Gegenzug dem Reich freie Hand auf dem europäischen Festland zustehen, einschließlich der Expansion im Osten. Die britischen Gesprächspartner lehnten dies ab. Allerdings ließen sie die Bereitschaft erkennen, diejenigen Forderungen zu prüfen, die Österreich, das Sudetenland und Danzig betrafen. Sie verfolgten weiterhin ihren Appeasement-Kurs, der darauf gerichtet war, Deutschland mit begrenzten Zugeständnissen in eine erneuerte europäische Friedensordnung einzubinden. Komplementär dazu hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner sogenannten Quarantäne-Rede vom 5. Oktober 1937 deutlich gemacht, dass die USA den deutschen expansionistischen Bestrebungen nicht tatenlos zusehen und im Kriegsfall auf britischer Seite stehen würden.⁶

Bis in das Jahr 1938 hinein hoffte Hitler noch, dass Großbritannien die Einverleibung Österreichs und der Tschechoslowakei stillschweigend dulden würde. Er war jedoch nicht bereit, sich für eine britische Neutralität von seinen Zielen abbringen zu lassen. Am 5. November 1937 rief Hitler die Spitzen der Wehrmacht, Kriegsminister Werner von Blomberg, Hermann Göring und Außenminister Konstantin von Neurath zusammen und kündigte ihnen die Möglichkeit des Kriegs gegen Großbritannien und Frankreich an. Als Kriegsziel

5 W. Michael Blumenthal, *Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie*, München 1999, S. 433; Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941*, Bd. 1, Berlin 1995, S. 398 (Eintrag vom 23.2.1938).

6 Andreas Hillgruber, *Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945*, Düsseldorf 1980, S. 83f.; Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?* Stuttgart 1990, S. 54; ders., *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 641.

nannte Hitler die „Lösung der Raumnot“. Als erste Schritte auf dem Weg zur deutschen Weltmachtstellung skizzierte er verschiedene Pläne, um die Tschechoslowakei und Österreich dem Deutschen Reich einzuverleiben. Dies würde den „Gewinn von Nahrungsmitteln für 5–6 Millionen Menschen bedeuten“, vorausgesetzt, dass aus Österreich eine Million und aus der Tschechoslowakei zwei Millionen Menschen zwangsumgesiedelt würden. Der zweite Schritt, der Vorstoß nach Osten Richtung Sowjetunion, sollte etwa 1943/45 folgen, sobald die deutsche Wehrmacht hinreichend aufgerüstet und – nach einem siegreichen Krieg im Westen – kampferprobt sei.⁷

In der anschließenden Diskussion erhoben Neurath, Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres Werner Freiherr von Fritsch verschiedene Bedenken. Deshalb wurden in den folgenden Monaten alle drei Männer ihrer Ämter enthoben. Anfang 1938 schaffte Hitler den Posten des Kriegsministers ab, übernahm persönlich den Oberbefehl über die Wehrmacht, setzte den gefügigen Wilhelm Keitel an die Spitze des neu geschaffenen Oberkommandos der Wehrmacht, ernannte Walther von Brauchitsch zum Oberbefehlshaber des Heeres und Ribbentrop zum Außenminister. Zudem entließ er zwölf der ranghöchsten Generäle in Heer und Luftwaffe, ersetzte sie mit jüngeren Karrieristen und ließ 51 weitere Führungspositionen in der Wehrmacht neu besetzen.⁸

Bereits Ende 1937 hatte Hitler Hjalmar Schacht das Reichswirtschaftsministerium entzogen, weil dieser immer deutlichere Vorbehalte gegen die extreme, von der raschen Aufrüstung verursachte Staatsverschuldung geltend machte. Nach einem Interregnum Görings wurde Goebbels' Vertrauter Walther Funk zum Wirtschaftsminister befördert, der ein Jahr später – ebenfalls von Schacht und aus demselben Grund – zusätzlich den Posten des Reichsbankpräsidenten übernahm.

Der ökonomische Aufschwung des Reichs seit 1933 beruhte auf der unseriösen Finanzpolitik. Tatsächlich fehlten Arbeitskräfte, Rohstoffe und Devisen. Die Konzentration aller Baukapazitäten auf den Ausbau des Westwalls und andere militärische Projekte brachte sowohl den Wohnungs- als auch den Autobahnbau nahezu zum Erliegen. Die Ausrichtung der gesamten Produktion auf den Krieg führte zu Lücken im Konsumangebot, vor allem in der Butter- und Fleischversorgung. Gleichzeitig hatten Vollbeschäftigung, Überstunden und verdeckte Lohnerhöhungen den privaten Konsum erstmals seit 1929 wieder angefacht. In dieser Klemme griff die Staatsführung zu den Mitteln des Lohnstopps, der Dienstverpflichtung und der Propaganda von einer blühenden Zukunft; außerdem steigerte sie die antijüdische Hetze mit dem Ziel der „Arisierung“. Im Wesentlichen gelang es Hitler jedoch, mit seinem außenpolitischen Vabanquespiel – mit dem Anschluss Österreichs und des Sudetenlands – die innenpolitische Krise zu verdecken.⁹

7 Hitlers Ausführungen zeichnete Oberst Friedrich Hoßbach auf; IMG, Bd. XXV, Dok. PS-368, S. 402–413; Bradley Smith, Die Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 38 (1990), S. 329–336; Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II 1937–1939, Chicago 1994, S. 34–43.

8 Karl-Heinz Janssen, Fritz Tobias, Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994, S. 148–158.

9 Dietrich Eichholtz, Rüstungskonjunktur und Rüstungskrise. Bemerkungen zu materiellen und finanziellen Problemen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung, in: Werner Röhr, Brigitte Berlekamp, Karl Heinz Roth (Hrsg.), Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, S. 98–117, hier: S. 104; Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 302f.

Das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft bestand im Devisenmangel. Zur Kriegsvorbereitung mussten wichtige Materialien für die Rüstungsproduktion importiert und die im Vierjahresplan vorgesehene Reichsgetreidereserve so weit aufgestockt werden, dass sie im Kriegsfall einen verlässlichen Schutz gegen die erwartete britische Seeblockade bilden würde. Wie die zitierte Geheimrede vom 5. November 1937 zeigt, nahm Hitler die Frage der Kriegsernährung sehr ernst. Nach seiner Auffassung hatte das Reich den Ersten Weltkrieg vor allem wegen der britischen See- und Hungerblockade verloren; der Hunger hatte dann zu Massenprotesten im Inneren geführt und damit den „Dolchstoß“ der Heimat gegen die „im Felde unbesiegte“ Front ausgelöst. Auch im nächsten Krieg konnte die deutsche Bevölkerung nur zu gut 80 Prozent aus den Erträgen der heimischen Landwirtschaft ernährt werden. Der Rest musste bevorratet oder sollte anderen weggenommen werden.¹⁰

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft waren Wirtschaftsboom und Aufrüstung mithilfe der sogenannten Mefo-Wechsel finanzpolitisch abgesichert worden, eines speziellen Systems der Kreditschöpfung, das Hjalmar Schacht erfunden hatte. Diese Wechsel beliefen sich Anfang 1938 auf zwölf Milliarden Reichsmark und waren auf eine Scheinfirma, die Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo), ausgestellt. Als Anfang 1938 die ersten Wechsel fällig wurden, drohten sie zu platzen. Also mussten neue Finanztricks angewandt werden – diesmal gegen den Widerstand Schachts. Die Möglichkeit, die Rüstung langfristig zu finanzieren und entsprechende Staatsanleihen auf dem inländischen Kapitalmarkt unterzubringen, bestand nicht, denn 1938 waren die meisten kapitalkräftigen Deutschen nicht bereit, dem bankrotten NS-Staat freiwillig Geld zu leihen. In Zeiten äußerster Staatsverschuldung musste die Reichsbank sogar Reichsanleihen an der Berliner Börse aufkaufen – allein im Juli 1938 im Wert von 465 Millionen Reichsmark –, um einen Kursrutsch zu vermeiden, der den Vertrauensverlust des Dritten Reichs aller Welt sichtbar gemacht hätte.¹¹

Der Devisen- und Geldmangel bestärkte die Entschlossenheit der Reichsregierung, Österreich und die Tschechoslowakei zu unterwerfen, um die dortigen Staatsschätze und die Vermögen der Juden in Beschlag zu nehmen. Während der vorangegangenen Jahre waren jüdische Geschäftsleute in den Ruin getrieben oder zum Verkauf ihrer Unternehmen genötigt worden, doch zögerten die Verantwortlichen aus außen- und binnenwirtschaftlichen Gründen noch, den Juden jede unternehmerische Tätigkeit zu verbieten. 1938 änderte sich das.

Im Frühjahr 1938 wurden Juden die steuerlichen Kinderermäßigungen und verschiedene soziale Unterstützungsgelder, wie etwa Heirats- oder Geburtsbeihilfen, gestrichen.¹² Am

10 Götz Aly, Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 366–393. Die Reichsgetreidereserve umfasste am 30. 6. 1939 immerhin 5,5 Millionen Tonnen; Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005, S. 196.

11 Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 156 f.; Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“, Köln 1995, S. 85; Aly, Volksstaat (wie Anm. 10), S. 55–58; Tooze, Ökonomie (wie Anm. 9), 286–317.

12 Gesetz zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes vom 1. Februar 1938; RGBl., 1938 I, S. 99 bis 102; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1988, S. 129; Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung II, S. 416, 420, 424, 426.

1. März untersagte das Reichswirtschaftsministerium endgültig die Vergabe öffentlicher Aufträge an jüdische Firmen. Mit dem Gesetz zur Änderung der Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinden verloren die jüdischen Gemeinden vom 1. April 1938 an den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts (Dok. 23). Dies hatte gravierende finanzielle Auswirkungen, da die Gemeinden nun nicht mehr wie die christlichen Religionsgemeinschaften steuerlich begünstigt waren; sie mussten fortan auf das Gemeindeeigentum – Synagogen, Friedhöfe und karitative Einrichtungen – Steuern zahlen. Gleichzeitig gingen die Gemeindeeinnahmen infolge der Verarmung stark zurück, während die Ausgaben für Sozialfürsorge aufgrund der Ausgrenzung der Juden aus der allgemeinen Fürsorge ständig stiegen. Zudem wurde den Gemeinden mit diesem Gesetz das Recht entzogen, eigene Steuern zu erheben. Unter denjenigen, die als Angestellte oder ehrenamtlich in den Gemeinden arbeiteten, löste diese staatliche Willkürmaßnahme Entsetzen aus. Sie interpretierten sie als Zeichen dafür, dass „die letzte Stunde des deutschen Judentums geschlagen hatte“.¹³

Im Juli 1938 erging das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung.¹⁴ Es verbot Juden den Immobilienhandel und die Verwaltung von Grundstücken, ebenso das Schausteller- und das Hausierergewerbe. Gerade in diese Berufszweige hatten sich viele ehemals Selbstständige oder entlassene Arbeiter und Angestellte geflüchtet und damit den Unwillen nicht-jüdischer Konkurrenten erregt. Mit der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz verloren jüdische Ärzte am 30. September 1938 die Approbation (Dok. 76).¹⁵ Einige durften als „Krankenbehandler“ weiterarbeiten, aber ausschließlich jüdische Patienten medizinisch versorgen. In Berlin erhielten von 1623 jüdischen Ärzten, die im Sommer 1938 noch praktizierten, 426 diese herabsetzende Berufsbezeichnung. Zwei Monate später widerfuhr den jüdischen Rechtsanwälten Ähnliches. Entsprechend der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz verloren alle 1753 jüdischen Anwälte, die damals aufgrund von Sonderregelungen für Weltkriegsteilnehmer noch tätig waren, ihre Zulassung; 172 erhielten die Genehmigung, als „Konsulenten“ künftig ausschließlich jüdische Mandanten zu vertreten.¹⁶

Das erbarmungslose und gleichzeitig differenzierende Vorgehen entsprach den beiden Leitlinien, die Göring nach dem Novemberpogrom immer wieder betonte. Zum einen mussten die Juden, um gefügig zu bleiben, „immer noch etwas zu verlieren“ haben, zum anderen ging es darum, ihre Vertreibung zu forcieren, indem ihnen die materiellen Lebensgrundlagen Stück für Stück entzogen wurden.¹⁷

In den Sommermonaten des Jahres 1938 bildete die Kennzeichnung der jüdischen Betriebe in verschiedenen Städten des Reichs den Anlass zu tätlichen Angriffen auf Juden. Meist waren es SA- oder NSDAP-Mitglieder, die jüdische Geschäftsinhaber bedrohten, deren nichtjüdische Kundschaft anpöbelten oder denunzierten und so zur Polarisierung des All-

13 Kurt Jakob Ball-Kaduri, *Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939*, Tel Aviv 1967, S. 126 f.; Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 301.

14 Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6. 7. 1938; RGBl., 1938 I, S. 823.

15 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25. 7. 1938; RGBl., 1938 I, S. 969 f.

16 Barkai, *Boykott* (wie Anm. 12), S. 133 f.; 5. VO zum Reichsbürgergesetz vom 27. 9. 1938; RGBl., 1938 I, S. 1403–1406.

17 Susanne Heim, Götz Aly, *Staatliche Ordnung und „organische Lösung“*. Die Rede Hermann Görings „über die Judenfrage“ vom 6. Dezember 1938, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1992), S. 378–404, hier: S. 387.

tagslebens beitrugen. Auf die derart aufgeheizte antisemitische Stimmung reagierten die Kommunalbehörden bisweilen mit antijüdischen Bestimmungen von lokaler Reichweite, noch bevor entsprechende reichseinheitliche Vorschriften ergingen. Einheitliche Kennzeichen für jüdische Geschäfte waren zum damaligen Zeitpunkt bereits entworfen, ihre Einführung wurde jedoch auf Intervention Hitlers vorerst verschoben.¹⁸ So blieb es zunächst dabei, dass NS-Aktivisten die Geschäfte von Juden mit Farbe beschmierten, um sie als solche kenntlich zu machen. In Berlin allerdings hatten die jüdischen Geschäftsinhaber ihren Namen in 25 Zentimeter großen Buchstaben in Augenhöhe am Schaufenster anbringen und sie somit praktisch selbst kennzeichnen müssen (Dok. 120). Der Sicherheitsdienst der SS (SD) berichtete, „die Aktionen gegen jüdische Geschäfte“ hätten „in vielen Fällen die ‚Arisierung‘ der Geschäfte vorwärts getrieben“ und dazu geführt, dass „der Wille zur Auswanderung eine starke Förderung erfahren“ habe.¹⁹

Die für das Ende der wirtschaftlichen Tätigkeit deutscher Juden und ihre spätere Enteignung wichtigste Verordnung war gleich nach dem Anschluss, noch im März 1938, in Österreich ausgearbeitet worden. Auf Betreiben Görings wurde sie am 26. April 1938 im gesamten Reichsgebiet eingeführt. Ihr zufolge hatten Juden (gegebenenfalls auch deren nichtjüdische Ehepartner) ihr Vermögen beim zuständigen Finanzamt detailliert anzumelden, sofern es den Wert von 5000 Reichsmark überschritt (Dok. 29).²⁰ Der im Reichswirtschaftsministerium für „Arisierungsfragen“ verantwortliche Beamte, Ministerialrat Alf Krüger, Verfasser des Buchs „Die Lösung der Judenfrage in der Wirtschaft“, bezeichnete das Verfahren als „Wegbereiter zu der völligen und endgültigen Entjudung der deutschen Wirtschaft“ und veranschlagte nach der Vermögensanmeldung das „angreifbare“ Vermögen der in Deutschland lebenden Juden auf gut sieben Milliarden Reichsmark. (Zum Vergleich: Die regulären Reichseinnahmen betrugen im Haushaltsjahr 1938 rund 17 Milliarden Reichsmark.) Als zumindest vorerst „nicht angreifbar“ galt der Besitz nicht-jüdischer Ehepartner, ebenso der in Deutschland befindliche Besitz von Juden ausländischer Staatsbürgerschaft.²¹ Doch mussten sich letztere fortan – unter erheblicher Strafandrohung – Verkäufe und Verpachtungen behördlich genehmigen lassen. Auf diese Weise fielen auch Ausländer unter die deutsche Rassengesetzgebung.

An der Verordnung zur Vermögensanmeldung vom 26. April fällt auf, dass sie den Beauftragten für den Vierjahresplan, also Göring, ermächtigte, „den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens“ festzulegen. Das bedeutete im Klartext: Die deutschen Juden sollten von Staats wegen gezwungen werden, ihr gesamtes verfügbares Vermögen in Reichs-

18 Bella Fromm, *Als Hitler mir die Hand küßte*, Berlin 1993, S. 294; Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 163f.; Cornelia Essner, *Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*, Paderborn 2002, S. 246–250; *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: *Aufzeichnungen 1923–1941*, Bd. 5, München 2000, S. 121 (29.1.1938).

19 SD-Hauptamt II 112, Bericht für Juli 1938, abgedruckt in: *NS-Stimmungsberichte* (wie Anm. 13), 288–290.

20 Hans Safrian, Hans Witek, *Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938*, Wien 2008, S. 53–58. Im Wiener Gesetzentwurf lag die Vermögensgrenze für die Anmeldepflicht noch bei 1000 RM; ebd., S. 55.

21 Geheimerlass III Jd. 29/38 des RWM vom 25.7.1938, zit. nach A. J. van der Leeuw, *Der Griff des Reiches nach dem Judenvermögen*, in: *Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht* 21 (1970), S. 383–392, hier: S. 384, 387; Barkai, *Boykott* (wie Anm. 12), S. 125; Aly, *Volksstaat* (wie Anm. 10), S. 56.

kriegsanleihen anzulegen. Formell wurden sie nicht enteignet, sondern der Verfügungsgewalt über ihr Eigentum beraubt. Göring erklärte das Verfahren so: „Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab. Er wird dafür entschädigt. Die Entschädigung wird im Schuldbuch vermerkt und zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst.“ Davon sollten die „auf die Rente gesetzten“ Juden leben (Dok. 146). „Denn nur dann“, so Göring an anderer Stelle, „ist es möglich, das Rüstungsprogramm des Führers durchzuführen.“²²

Wie sehr der Zugriff auf das Vermögen der Juden mit der Staatsverschuldung und dem die Kriegsvorbereitungen hemmenden Devisenmangel zusammenhing, zeigte sich bald. Sechs Tage bevor die Juden ihre Vermögensdeklarationen am 31. Juli 1938 abgeben mussten, ordnete Göring an, diese in den Finanzämtern „mit größter Beschleunigung“ nach ausländischen Wertpapieren durchzusehen. Anschließend wurden die Besitzer gezwungen, diese Effekten der Reichsbank zum Ankauf anzubieten. Auf solche Weise flossen im Herbst 1938 viele Millionen US-Dollar, britische Pfund und Schweizer Franken in die deutsche Kriegskasse. Formell enteignet wurden die betroffenen Juden auch im Fall der Devisenabgabe nicht. Sie erhielten den amtlich festgelegten „Gegenwert“ in der international wertlos gewordenen Reichsmark-Währung.²³

Aus der Sicht derer, die die wirtschaftliche Entrechtung der Juden vorantrieben, erfüllte die „Arisierung“ drei Zwecke: Erstens erlaubte sie die sofortige oder künftige Enteignung zugunsten des deutschen Staats; zweitens beschränkte sie im Interesse „arischer“ Mittelständler und Kleingewerbetreibender deren jüdische Konkurrenz; drittens sollten Isolation, Erniedrigung und Ausgrenzung den Juden das Leben in Deutschland unerträglich machen und sie in die Emigration treiben.

Alle genannten Maßnahmen liefen auf die schnelle Verarmung der jüdischen Bevölkerung hinaus, und ebendiese beeinträchtigte das andere Ziel der antijüdischen Politik, die Massenauswanderung aus Deutschland. Denn die besten Chancen zu emigrieren hatten die Juden, die noch ein gewisses Vermögen besaßen, während die mittellosen, an deren Vertreibung die Institutionen der Verfolgung ein besonderes Interesse hatten, Gefahr liefen, in Deutschland zurückzubleiben. Den selbst geschaffenen Zielkonflikt zwischen Enteignung und Vertreibung löste die deutsche Staatsführung auf ihre Weise: Sie kombinierte die Enteignung mit punktuell und systematischem Terror.

Das KZ-System

Seit Heinrich Himmler im Juni 1936 Chef der deutschen Polizei geworden war, betrieb er den Aufbau eines neuen Systems von Konzentrationslagern. Bis zum Sommer 1937 schloss er die Schutzhaftlager aus der Anfangsphase, bestehen blieb nur das KZ Dachau. Er ließ es erheblich erweitern und 1936 in Sachsenhausen bei Oranienburg ein nach seinen Worten „vollkommen neues, jederzeit erweiterungsfähiges, modernes und neuzeitliches Konzentrationslager“²⁴ errichten: das erste einer Reihe von Lagern neuen

22 Heim, Aly, Staatliche Ordnung (wie Anm. 17), S. 392.

23 RWM (III Jd. 29/38) vom 25.7.1938; PAAA, R 99295.

24 Zit. nach: Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 36.

Typs, die für eine erheblich größere Zahl von Häftlingen ausgelegt waren. Im Jahr 1938 siedelte die Inspektion der Konzentrationslager nach Oranienburg um. Sie verwaltete von dort aus alle Konzentrationslager sowie die SS-Totenkopfverbände, die Himmler erheblich verstärkte und von Wachmannschaften zu militärisch und ideologisch geschulten Einheiten umbildete. In den Jahren 1937/38 entstanden in Buchenwald und Flossenbürg weitere Lager, wenige Monate nach dem Anschluss folgte in Mauthausen das erste Konzentrationslager auf österreichischem Gebiet,²⁵ im Mai 1939 das Frauen-KZ in Ravensbrück.

Nutzte die SS die Konzentrationslager anfangs vorrangig dazu, innenpolitische Gegner zu terrorisieren und einzuschüchtern, so trat diese Funktion mit der Konsolidierung der NS-Herrschaft in den Hintergrund. Von 1936 an nahm die Gestapo gemeinsam mit der Kriminalpolizei sogenannte Asoziale, Berufs- und Gewohnheitsverbrecher ins Visier, Menschen, die hinsichtlich ihres Arbeits- und Sozialverhaltens nicht den Normvorstellungen entsprachen. 1936 und 1937 verschleppte die Gestapo in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei mehr als 3000 Bettler, Obdachlose, Prostituierte und mehrfach Vorbestrafte in die KZ.²⁶ Der „Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ vom 14. Dezember 1937 legalisierte die Verhaftungen im Nachhinein und bildete zusammen mit dem erweiterten Schutzhafterlass vom Januar 1938 die gesetzliche Grundlage für die Aktion „Arbeitssscheu Reich“ im Jahr 1938. Nachdem die Arbeitsämter der Gestapo „Arbeitsunwillige“ gemeldet hatten, verhafteten deren Beamte in der letzten Aprilwoche 1938 zwischen 1500 und 2000 Personen und überstellten sie dem KZ Buchenwald.²⁷ Die nächste Massenverhaftung folgte im Juni. Sie richtete sich vornehmlich gegen Obdachlose, Bettler und der Zuhälterei Verdächtige. Diesmal führte die Kriminalpolizei die Verhaftungen durch, von den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern unterstützt und mit Namenslisten versehen. Auf Anweisung Heydrichs sollten in jedem Kripoleitstellenbezirk mindestens 200 als asozial betrachtete Männer in Vorbeugehaft genommen werden (Dok. 31, 88). Die Zahl der tatsächlich Verhafteten ging über das angeordnete Minimum deutlich hinaus: Insgesamt wurden etwa 10 000 Menschen in Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau eingeliefert. Sowohl im April als auch im Juni wurde Wert darauf gelegt, dass die Verhafteten arbeitsfähig waren.

Zu den Opfern der „Juni-Aktion“ zählten auch 1500 Juden, die vorbestraft oder wegen geringfügiger, oft Jahre zurückliegender Ordnungswidrigkeiten der Polizei bekannt waren.²⁸ In den ersten Tagen der Aktion waren die Gründe für die Verhaftungen noch völlig

25 Florian Freund, Bertrand Perz, Mauthausen – Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager* Bd. 4, München 2006, S. 293–346; Michel Fabréguet, *Camp de concentration national-socialiste en Autriche rattechée (1938–1945)* (= *Bibliothèque d'histoire moderne et contemporaine* Bd. 1), Paris 1999.

26 Orth, *Das System* (wie Anm. 24), S. 47; Falk Pingel, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 70–72.

27 Klaus Drobisch, Günther Wieland, *System der NS-Konzentrationslager 1933–1939*, Berlin 1993, S. 284–286; Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, S. 140–147. Der Himmler-Erlass ist neben weiteren Dokumenten zur Verfolgung von „Asozialen“ abgedruckt in: „Gemeinschaftsfremde“. *Quellen zur Verfolgung von „Asozialen“ 1933–1945*, bearb. v. Wolfgang Ayaß, Koblenz 1998.

28 Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1: *Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998, S. 282.

unbekannt; die Tatsache, dass niemand wusste, nach welchen Kriterien ahnungslose Menschen plötzlich von der Polizei abgeholt und wohin sie gebracht wurden, führte zu unbestimmter, sich rasch ausbreitender Angst. Sie traf insbesondere die Angehörigen und Freunde solcher Juden, die im Lager Sachsenhausen wochenlang ohne jeden Kontakt zur Außenwelt in strenger Isolation gehalten wurden. Im KZ Buchenwald war es den Häftlingen zumindest nach zwei Wochen erlaubt, ihren Angehörigen ein Lebenszeichen zukommen zu lassen.²⁹ Die neu Inhaftierten mussten extrem harte Zwangsarbeit leisten, der auch kräftige Menschen nicht lange standhielten.³⁰ In Buchenwald, wo nach der „Juni-Aktion“ 7850 Menschen inhaftiert waren, darunter etwa 1250 Juden, sollen im Tagesdurchschnitt sechs bis acht Häftlinge gestorben sein – entweder infolge von Misshandlungen, von allgemeiner Entkräftung oder weil sie verzweifelte und sich in den elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun des Lagers warfen.

Oft quälten die Wachmänner insbesondere jüdische Häftlinge. Aus Buchenwald wurde in jenen Wochen berichtet: „Ein Jude hatte beim Steintragen einen Stein gefasst, der etwa 40 Pfund wog. Darauf wurde er angeschrien, er solle das Ding mal hergeben und sich einen größeren Stein suchen. Während der Jude ging, nahm der Wachtmann den kleineren Stein und schleuderte ihn mit voller Wucht nach dem Juden; dieser wurde ins Genick getroffen und war tot. Auch sonst sterben dauernd Häftlinge an den direkten Folgen von Misshandlungen. Z. B. starb im Juli einer der jüdischen Häftlinge an doppeltem Nierenbeckenbruch infolge von Fußtritten.“ Häftlinge, die Anzeichen von Erschöpfung zeigten, mussten mit schwersten Lagerstrafen wegen „Gehorsamsverweigerung“ rechnen. Zu den grausamsten Strafen, die besonders gegen jüdische Häftlinge verhängt wurden, zählte der „Galgen“: das Aufhängen an den auf dem Rücken zusammengebundenen Handgelenken an einem Baum, bis der Gefolterte das Bewusstsein verlor.³¹

In der Zeit zwischen November 1936 und Anfang November 1938 verfünffachte sich die Zahl der Konzentrationslagerhäftlinge auf 24 000. Während in Buchenwald und Sachsenhausen im Sommer 1938 mehrheitlich sogenannte Arbeitsscheue oder Berufsverbrecher inhaftiert waren, saßen von den 5500 Häftlingen in Dachau 4155 aus politischen Gründen ein. Die allermeisten waren Österreicher.³²

Der Ausbau der Konzentrationslager zu Stätten der Zwangsarbeit sollte als Generalprävention wirken und die allgemeine Arbeitsmoral heben. Er korrespondierte mit den Bauvorhaben zur gigantomanischen Neugestaltung Berlins und anderer Städte.³³

29 Ben Barkow, Raphael Gross, Michael Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, Frankfurt a. M. 2008, S. 46, 64 f.

30 Ayaß, „Asoziale“ (wie Anm. 27), S. 147–165; Patrick Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 279–292; Stefanie Schüler-Springorum, Masseneinweisungen in Konzentrationslager: Aktion „Arbeitsscheue Reich“, Novemberpogrom, Aktion „Gewitter“, in: Wolfgang Benz, Barbara Diestel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Konzentrationslager, Bd. 1, München 2005, S. 156–164.

31 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 69–77, Zitat: S. 75.

32 Orth, Das System (wie Anm. 24), S. 51; Ulrich Herbert, Karin Orth, Christoph Dieckmann, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Geschichte, Erinnerung, Forschung, in: dies. (Hrsg.), Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, Göttingen 1998, S. 17–40, hier: S. 28.

33 Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2000, S. 22 f.

In Sachsenhausen sowie in dessen Nebenlager Neuengamme errichtete die SS Klinkerwerke für die Ziegelproduktion; als Standort für das Lager Mauthausen wählten Himmler und der Chef der SS-Wirtschaftsverwaltung Oswald Pohl einen Steinbruch, ebenso für das KZ Flossenbürg und das 1940 errichtete schlesische KZ Groß-Rosen. Die Ortswahl für das KZ Natzweiler-Struthof im Elsass ging vermutlich auf die Anregung Speers zurück, dem die dortigen Granitvorkommen 1940 während einer Besichtigungsreise aufgefallen waren. Zwischen April 1938 und Mai 1939 entstanden unter der Ägide der SS verschiedene Firmen zur wirtschaftlichen Nutzung der Häftlingsarbeit. Das Verwaltungsamt der SS, nunmehr zum Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft umgestaltet, fasste die den Konzentrationslagern angegliederten Produktionsstätten zusammen.³⁴

Judenexperten bei Polizei und SD

Der anfänglich kleine Stab des Sicherheitsdienstes beschränkte sich in den ersten Jahren der NS-Herrschaft auf das Sammeln von Informationen über verschiedene Gruppen von vermeintlichen oder tatsächlichen Gegnern des NS-Regimes. Entsprechend befassten sich die SD-Männer, die für die „Judenfrage“ zuständig waren, zunächst vornehmlich mit der Observation jüdischer Organisationen und Einzelpersonen. In der Anfangsphase seiner Tätigkeit war der SD mehrfach umgestaltet worden. Von 1936 an existierte im Amt II (Inland) die Zentralabteilung II/1, die die Aktivitäten der „weltanschaulichen Gegner“ des Nationalsozialismus verfolgte. Ihr war die Hauptabteilung II/11 nachgeordnet, die Kirchen und Juden überwachte. Die Abteilung II 111 forschte die Freimaurer aus, Abteilung II 112 die deutschen Juden und die Abteilung II 113 „konfessionelle politische Strömungen“, insbesondere den politischen Katholizismus. Die bald so bezeichnete Judenabteilung II 112 war untergliedert in die Referate „Assimilanten“ (II 1121), „Orthodoxe und Karitative“ (II 1122) und „Zionisten“ (II 1123). Während die Leitung der Abteilung II 112 in den Jahren 1935 bis 1938 mehrfach wechselte, blieb der seit 1934 im SD-Hauptamt tätige Adolf Eichmann durchgehend für die Zionisten zuständig und gewährleistete so die Kontinuität der SD-Judenverfolgung.³⁵

³⁴ Ende April 1938 errichtete die SS die Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH (DESt), im Januar 1939 die Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung mbH (DVA), im Mai 1939 die Deutschen Ausrüstungswerke; Walter Naasner, SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente, Düsseldorf 1998, S. 214; Orth, Das System (wie Anm. 24), S. 48f.; Jan Erik Schulte, Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die Expansion des KZ-Systems, in: Benz, Diestel (Hrsg.), Ort des Terrors, Bd. 1 (wie Anm. 30), S. 141–155, hier: S. 143–145.

³⁵ Zur Organisationsstruktur und Entwicklung der Judenpolitik des SD und Eichmanns Rolle: Klaus Drobisch, Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a.M. 1992, S. 230–254; Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995; Hans Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, Frankfurt a.M. 1995, S. 24–28; Yaakov Lozowick, Hitlers Bürokraten. Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen, Zürich 2000, S. 36–62.

Seit Herbst 1937 leitete Herbert Hagen die Judenabteilung des SD, der neben Eichmann auch Dieter Wisliceny und Theodor Dannecker angehörten. Somit waren die vier Männer versammelt, die in den folgenden sieben Jahren die Judenpolitik des SD auch in den besetzten und verbündeten Ländern wesentlich prägten, einschließlich der Deportations- und Vernichtungspraxis. Sie beobachteten nicht nur, sondern entwickelten Konzepte zur möglichst raschen Dissimilierung und Vertreibung der Juden. Dem entsprach in der Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Förderung der Zionisten und der Auswanderungsbemühungen einerseits, das Zurückdrängen der im deutschen Judentum starken assimilationistischen Kräfte andererseits.

Unter Hagens Leitung beanspruchte das Referat II 112 eine „gewisse geistige Führung“. Seine Mitarbeiter gaben Stellungnahmen zu den von der Ministerialbürokratie ausgearbeiteten antijüdischen Maßnahmen ab und intervenierten mit wachsender Durchsetzungsfähigkeit bei anderen Behörden, so zum Beispiel im Fall der „Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten“, die der Berliner Polizeipräsident Graf von Helldorf im Juli 1938 erließ. Er zählte darin die legalen Möglichkeiten auf, mit denen jüdische Deutsche benachteiligt und unter Druck gesetzt werden konnten (Dok. 68). Als Zweck führte er an, „die Juden zur Auswanderung zu bringen und nicht etwa ohne Aussicht auf diesen Erfolg planlos zu schikanieren“. Der Anweisung vorausgegangen war eine längere Diskussion, die der mächtige Berliner Gauleiter Goebbels mit dem Ziel initiiert hatte, Berlin „judenfrei“ zu machen. Die SD-Leute wiesen das Vertreibungsvorhaben Goebbels’ erfolgreich zurück, weil es allein auf die Reichshauptstadt gerichtet sei und den Juden weitere Erwerbsmöglichkeiten nehmen würde, ohne ihre Auswanderungschancen zu verbessern.

Zunehmend zogen die SD-Judenexperten auch exekutive Kompetenzen an sich, die bis dahin dem Geheimen Staatspolizeiamt vorbehalten gewesen waren. Sie bestellten die Repräsentanten jüdischer Organisationen zum Rapport und erteilten ihnen Anweisungen, dass sie die Emigration der Juden zu beschleunigen oder jüdische Zwangsarbeiter bereitzustellen hätten (Dok. 295). Auf Veranlassung des SD wurden alle Juden ausländischer Staatsangehörigkeit aus leitenden Positionen und einfachen Anstellungsverhältnissen in jüdischen Organisationen entfernt.³⁶

Gelegentlich entstanden Irritationen hinsichtlich der Priorität der jüdischen Auswanderung. Etwa wenn das Auswärtige Amt dafür plädierte, die Emigration nach Palästina zu drosseln, weil es die in greifbare Nähe gerückte Gründung eines jüdischen Staats als Gefahr ansah, oder wenn Himmler im Frühjahr 1938 vorübergehend die Position vertrat, dass „Deutschland nicht mit den Juden sein kostbarstes Pfand aus der Hand geben“, mit anderen Worten: sie als Geiseln behalten solle.³⁷ Auch Hitler deutete die Möglichkeit der Geiselnahme an, als er in seiner Rede vor dem Reichstag Ende Januar 1939 ankündigte: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ (Dok. 248).³⁸

36 Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 2), S. 173; Arbeitsanweisung für das Sachgebiet II 112:RGVA, 500k/1/506, Abdruck in: Wildt (Hrsg.), Judenpolitik (wie Anm. 35), S. 156–160.

37 Zit. nach Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 2), S. 171.

38 Heiko Heinisch, Hitlers Geiseln. Hegemonialpläne und der Holocaust, Wien 2005, S. 77–89.

Alles in allem gelang es den SD-Judenexperten im Verlauf des Jahres 1938, die konsequente Vertreibung der Juden aus Deutschland als Leitlinie der antijüdischen Politik durchzusetzen und die befürchtete Stagnation der jüdischen Auswanderung abzuwenden.

Der Anschluss Österreichs bot eine willkommene Gelegenheit, Initiative zu zeigen. Zwei Tage nach dem Einmarsch deutscher Soldaten reisten Eichmann und Hagen nach Wien. Dort errichtete Eichmann die vom SD bereits 1937 geforderte Zentralstelle für jüdische Auswanderung.³⁹ (Ihre Arbeitsweise wird im Abschnitt „Arisierung und Vertreibung in Österreich“ beschrieben.) Sie funktionierte so effizient, dass sie schon nach einigen Monaten zum Vorbild für die Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin sowie später für die Zentralstellen in Prag und Amsterdam wurde.⁴⁰ Die Leitung der Reichszentrale übertrug Göring am 24. Januar 1939 dem Chef der Sicherheitspolizei Heydrich (Dok. 243) und verhalf damit dessen SS- und Polizeiapparat zur Vormachtstellung in der Judenpolitik. Als Geschäftsführer der Reichszentrale setzte Heydrich einen seiner engsten Vertrauten, Gestapo-Chef Heinrich Müller, ein.

In Berlin hatte Eichmann im Mitarbeiterstab des SD keine herausragende Rolle gespielt. Mit seiner Versetzung nach Wien begann ein neuer Abschnitt seiner Karriere. Dort machte er auch gegenüber der Wiener Gestapo seinen Anspruch geltend, dass dem SD beziehungsweise der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in allen Fragen der Judenpolitik das letzte Wort zustehe.⁴¹ Während der SD im Altreich der Gestapo noch zugeordnet und diese hinsichtlich der antijüdischen Politik beraten hatte, bot sich Eichmann und seinen Kollegen nach dem Anschluss Österreichs die Möglichkeit, selbst das Heft in die Hand zu nehmen. Waren sie in Berlin noch Ideengeber der Judenpolitik gewesen, wandelten sie sich in Wien zu Exekutoren.⁴²

Die meisten Juden fürchteten weniger den SD, der als Nachrichtendienst eher im Hintergrund wirkte, als vielmehr die Gestapo. Deren Beamte durchsuchten Wohnungen, führten Razzien in jüdischen Einrichtungen durch, erteilten jüdischen Repräsentanten Weisungen oder nahmen Einzelpersonen in „Schutzhaft“. Die Gestapo war *die* zentrale Institution des Staatsterrors, und die Juden, die den NS-Behörden als die Verkör-

39 Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 2001, S. 212.

40 Gabriele Anderl, Die Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: TAJB XXIII/1994, S. 275–299.

41 Im Sommer 1939 forderte Eichmann vom Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde, Löwenherz, dass alle Anträge jüdischer Organisationen zuerst bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung einzureichen seien; die Gestapo stellte Löwenherz deswegen zur Rede; nach mehrtägigem Tauziehen endete das Kompetenzgerangel mit einem Kompromiss: Gesuche, die Auswanderung betreffend, waren an die Zentralstelle zu richten; die Gestapo hatte über die Genehmigung von Betveranstaltungen und Organisationsfragen zu entscheiden; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz über die Tätigkeit Eichmanns und Brunners in Wien–Prag–Berlin 1938–45, zusammengestellt durch Tuvia Friedman, Haifa 1995, S. 15.

42 Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 39–43; Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz (wie Anm. 41), S. 10, 15; Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a.M. 2000, S. 70, 111–113, 147–151; Bericht ohne Datum (Eingangsstempel Chef der Sipo: 7.11.1938) „Betr.: Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“; BArch, R 58/486, Bl. 29–31; Bericht Hagens vom 16. 5. 1939 „Betr.: Jüdische Auswanderung aus der Ostmark“, ebd., Bl. 52–56.

perung des Staatsfeinds galten, hatten von ihr mehr zu befürchten als alle anderen Deutschen.⁴³

Die Vorläuferin der Gestapo war die Politische Polizei in der Weimarer Republik, und die Gestapo-Beamten stammten überwiegend aus dem regulären Polizeidienst, nur ausnahmsweise aus weltanschaulich geprägten nazistischen Sonderformationen. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte es zwar keine weitreichende Säuberung des Polizeiapparats gegeben, auf der Führungsebene jedoch zahlreiche Umbesetzungen. Zunächst unterstand die Politische Polizei in Preußen noch den Regierungspräsidenten, jedoch vom Frühjahr 1934 an ausschließlich und unmittelbar dem Preußischen Ministerpräsidenten Göring. Der Personalbestand wuchs schnell: 1934 gehörten der Gestapo rund 2000 Polizisten an, 1938 etwa 7000 und 31000 im Jahr 1944.⁴⁴ War es die traditionelle Aufgabe der Politischen Polizei gewesen, Staatsfeinde zu verfolgen, so dehnte die Gestapo ihr Aufgabengebiet schrittweise aus. Nach dem Verständnis von Werner Best, der als Stellvertreter Heydrichs immer wieder über das Verhältnis von polizeilicher Praxis und nationalsozialistischem Programm schrieb, sollte die Gestapo den „politischen Gesundheitszustand des deutschen Volkskörpers“ überwachen und dessen „Krankheitssymptome“ mit allen Mitteln bekämpfen. Daraus leitete sich das Selbstverständnis ab, präventiv und möglichst frei von gesetzlichen Zwängen und Aufsicht führenden Behörden zu handeln. Dies schloss die Verhängung von „Schutzhaft“, Folter und gegebenenfalls Mord ein.⁴⁵

Als Heinrich Himmler im Juni 1936 zum Chef der deutschen Polizei ernannt wurde, übertrug er Reinhard Heydrich, der bereits die Gestapo leitete, auch noch die Leitung des Hauptamts Sicherheitspolizei und machte ihn somit zusätzlich zum obersten Dienstherrn der Kriminalpolizei. Außer auf die Kripo konnte die Gestapo auf die Unterstützung anderer Polizeibehörden zurückgreifen, denen gegenüber sie weisungsbefugt war. Bei großen Verhaftungsaktionen agierten häufig Gendarmerie, Schutz- oder Gemeindepolizisten im Auftrag der Gestapo. Sowohl die im Oktober 1938 abgeschobenen polnischen Juden als auch die beim Novemberpogrom Verhafteten wurden meist von Beamten der Ordnungspolizei abgeführt, die ihre Aufgabe bisweilen ohne großen Eifer versahen.

Neben den regulären Polizeigefängnissen verfügte die Gestapo in größeren Städten über eigene „Hausgefängnisse“. Außerdem konnte sie Gefangene in die ihr unterstehenden Arbeitserziehungslager einweisen. In den Konzentrationslagern, die innerhalb des SS-Apparats separat verwaltet wurden, errichteten die Gestapo-Männer das Schreckensregiment der Politischen Abteilungen. Trotz ihrer starken Position im nationalsozialisti-

43 Holger Berschel, *Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945*, Essen 2001; Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo – Mythos und Realität*, Darmstadt 2003; Robert Gellately, *Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945*, Paderborn 1993; Drobisch, *Judenreferate* (wie Anm. 35); Eric Johnson, *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*, Berlin 2000; Adolf Diamant, *Gestapo Frankfurt a.M. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945*, Frankfurt a.M. 1988; ders., *Gestapo Leipzig. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945*, Frankfurt a.M. 1990; ders., *Gestapo Chemnitz und die Gestapoaußenstellen Plauen i.V. und Zwickau. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945*, Chemnitz 1999; Carsten Dams, Michael Stolle, *Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich*, München 2008.

44 Berschel, *Bürokratie* (wie Anm. 43), S. 42; Dams, Stolle, *Gestapo* (wie Anm. 43), S. 46.

45 Herbert, Best (wie Anm. 39), S. 163–180.

schen Machtgefüge war die Gestapo nur bedingt zu einer lückenlosen Überwachung in der Lage. Das lag zum einen an der Größe ihres Aufgabenfelds, das von der Überwachung von Kommunisten und Katholiken über die Verfolgung von Homosexuellen bis hin zur Disziplinierung von Millionen von Zwangsarbeitern im Krieg reichte. Zum anderen bestand das Problem der Gestapo in der Informationsbeschaffung. Sie stützte sich auf bezahlte V-Leute, freiwillige Spitzel und Gelegenheitsdenunzianten. Mehr als die Hälfte aller Ermittlungsverfahren, die die Gestapo einleitete, gingen auf Letztere zurück, und vielfach erwiesen sie sich bald als haltlos. Wer einmal ins Visier der Gestapo geraten war, musste, selbst wenn der Ursprungsverdacht sich als falsch herausstellte, damit rechnen, dass sein Privatleben genauestens erforscht, Verwandte, Freunde und Kollegen verhört wurden und er selbst bis zur Klärung des Sachverhalts in Schutzhaft genommen wurde. Im Herbst 1939 wurde schließlich die Judenpolitik von SD und Gestapo im neu gegründeten Reichssicherheitshauptamt unter Leitung des bisherigen Gestapo-Chefs Heinrich Müller zusammengeführt.⁴⁶

Judentum und Antisemitismus in Österreich

Zu Beginn des Jahres 1938 lebten zwischen 185 000 und 200 000 Juden in Österreich, etwa 165 000 von ihnen in Wien. Ihre Situation unterschied sich von derjenigen der deutschen Juden in einigen wesentlichen Punkten: Ihr Anteil an der Bevölkerung war etwa viermal so groß wie im Altreich (2,83 bzw. 0,76 Prozent)⁴⁷, und im Durchschnitt waren sie erheblich ärmer. Die Zahl der Juden hatte mit der Industrialisierung und dem Wachstum der Stadt Wien rasch zugenommen. 1870 wohnten dort 40 000 Juden, 1890 rund 120 000 und 1920 etwa 200 000, dabei blieb ihr Bevölkerungsanteil mit knapp neun Prozent relativ konstant.⁴⁸

In der Revolution von 1848 hatte sich die jüdische Intelligenz auf die Seite des liberalen Bürgertums gestellt und für die allgemeinen Bürgerrechte gestritten.⁴⁹ Zwar blieb bis in die 1850er-Jahre „für Juden, die sich nicht taufen lassen wollten, der Kaufmannsberuf so gut wie der einzig mögliche“⁵⁰ doch veränderte sich diese Berufsstruktur mit dem Fall gesetzlicher und gesellschaftlicher Barrieren allmählich. In der Zeit zwischen der Emanzipation im Jahr 1867 und dem Jahr 1910 zogen aus den östlichen Randgebieten der Monarchie – namentlich aus Galizien und der Bukowina – einige Zehntausend Juden nach Wien. Die Zuwanderer waren in ihrer Mehrzahl sehr arm und gehörten der orthodoxen Glaubensrichtung des Judentums an. Meist behielten sie auch nach der

⁴⁶ Hans Buchheim, *Die SS – Das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam* (= Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staats* Bd. I), Olten 1965, S. 76 f., 172–181.

⁴⁷ Das 1927 erschienene *Jüdische Lexikon* gibt deutlich höhere Zahlen an. Demnach wurde die Zahl der Juden für 1930 auf 225 000 geschätzt; *Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden*, Band IV/2, S. 633.

⁴⁸ Steven Beller, *Wien und die Juden 1867–1938*, Wien 1993, S. 54; Klaus Hödl, *Als Bettler in die Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien*, Wien 1994, S. 279.

⁴⁹ Robert S. Wistrich, *The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph*, Oxford 1990, S. 26–30; Sigmund Mayer, *Die Wiener Juden. Kommerz, Kultur, Politik 1700–1900*, Wien 1917, S. 207–233, 373 f.

⁵⁰ Marsha L. Rozenblit, *Die Juden Wiens 1867–1914. Assimilation und Identität*, Wien 1988, S. 55.

Übersiedlung nach Wien ihre kulturelle Identität und den Kleidungs- und Lebensstil des Schtetls bei.⁵¹

Einigen allerdings gelang im Wien der Gründerzeit ein bemerkenswerter beruflicher Aufstieg: vom Kleinhändler über den familieneigenen Manufakturbetrieb zum Industriellen, vom „Zeugjuden“ zum Textilfabrikanten. Andere Neuankömmlinge aus allen Teilen der Doppelmonarchie drängten nun in die den Juden lange Zeit versperrten freien Berufe. Sie wurden Ärzte und Anwälte, Börsenmakler, Publizisten. Ähnlich wie diejenigen in Berlin, Warschau oder Budapest unterschieden sich die Wiener Juden in ihrem ausgeprägten Bildungswillen von der christlichen Mehrheitsbevölkerung. 1912 war jeder dritte Wiener Gymnasiast Jude, dreimal mehr, als dem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte. Während um 1900 nur 5,3 Prozent der Christen eines Jahrgangs studierten (ohne das Fach Theologie), waren es unter den Juden 24,5 Prozent. Sie stellten in Wien und an der Deutschen Universität Prag fast ein Drittel der Studenten.⁵²

Um die Wende zum 20. Jahrhundert gehörte Wien zu den kulturellen, vom liberalen Bürgertum und wesentlich auch von seiner jüdischen Intelligenz geprägten Zentren Europas. Internationale Berühmtheit erlangte die Mittwochsgesellschaft um Sigmund Freud, zu der viele Juden gehörten, ebenso der Wiener Kreis, in dem sich Philosophen und Sozialwissenschaftler wie Otto Neurath, Rudolf Goldscheid, Hans Hahn und Philipp Frank trafen. Zahlreiche jüdische Intellektuelle fanden ihre politische Heimat in einem der sozialistischen Zirkel und bei den Theoretikern des Austromarxismus um Rudolf Hilferding und Otto Bauer oder sie engagierten sich in den sozialen Reformbewegungen, die für Frauenrechte, Pazifismus oder verbesserte Volksbildung eintraten. Hans Kelsen entwickelte in Wien seine „reine Rechtslehre“, Arnold Schönberg die Zwölftonmusik. In der Zwischenkriegszeit lud Stefan Zweig Schriftstellerkollegen wie Robert Musil, Joseph Roth und Franz Werfel zu regelmäßigen Gesprächen in seine Wiener Wohnung. Das private Mäzenatentum lag überwiegend in den Händen von Juden, wenngleich dieses Engagement manche von ihnen an den Rand des Ruins brachte, wie etwa Fritz Warndörfer, den Sohn eines Textilindustriellen und Förderer der Wiener Werkstätte. Wegen ihrer zahlreichen jüdischen Gönner wurde der Kunstrichtung der Wiener Secession zu der u.a. Gustav Klimt, Joseph Maria Olbrich und Ernst Stöhr gehörten, ein „goût juif“ nachgesagt.⁵³

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich auf der Basis religiös geprägter Vorläufer der österreichische Antisemitismus zur Massenbewegung. Journalisten deuteten den Börsenkrach von 1873 und die darauf folgende Krise als „Quittung“ für die Judenemanzipation und polemisierten gegen die angebliche Ausplünderung der Christen durch jüdische Spekulanten.⁵⁴ 1878 schloss die erste Wiener Burschenschaft ihre jüdischen Mitglieder aus, weil sie, auch wenn getauft, nicht als Deutsche angesehen werden könnten. Aus der schlagenden Studentenverbindung Albia trat Theodor Herzl aus, als die dort organisierten Studenten 1880 den Beschluss fassten, dass fortan keine Juden mehr als

51 Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S. 104 f.

52 Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1989, S. 469 f.

53 Beller, Wien und die Juden (wie Anm. 48), S. 22–41.

54 Rudolf Spitzer, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen und Steuerträger, Wien 1988, S. 89; Michael Wladika, Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie, Wien 2005, S. 184–190.

Mitglieder aufgenommen werden sollten. „Die es schon waren“, so berichtet Herzl in einer autobiographischen Skizze, „erhielten die freundliche Erlaubnis in der Verbindung zu bleiben. Ich sagte den edlen jungen Leuten Lebewohl.“⁵⁵ Der Vereinsantisemitismus breitete sich rasch aus. Im April 1908 feierte beispielsweise der Niederösterreichische Turnergau das zwanzigjährige Jubiläum seiner „Entjudung“ mit einem „Festschauturnen“. Als Reaktion auf die Diskriminierung bildeten Juden eigene Vereinigungen. Zum Beispiel gründeten jüdische Studenten 1883 die schlagende Verbindung Kadimah, in der sich vorwiegend Zionisten zusammenfanden, um die jüdische Ehre gegebenenfalls im Duell zu verteidigen.

Ende der 1880er-Jahre entstand der Christlich-Soziale Verein, der vielen österreichischen Antisemiten eine politische Heimat bot. Der führende Kopf dieses schon bald in eine Partei umgewandelten Zusammenschlusses war der spätere Wiener Bürgermeister Karl Lueger (1844–1910). Als Sohn eines Militärintvaliden und Schulhausmeisters schaffte es Lueger zum promovierten Juristen. Bevor er in die Politik wechselte, arbeitete er als tatkräftiger Rechtsanwalt kleiner Leute. Seinen Weg zum Bürgermeister von Wien erstritt er sich als Volkstribun, als einer, der die soziale Not in der rasch wachsenden Metropole kannte. Er engagierte sich für die mehrheitlich in Armut lebenden Einwohner der Stadt, pflegte Witz und klare Worte, patriarchalischen Sozialkatholizismus und hemmungslose Reden gegen die Juden. „Der Einfluß auf die Massen“, so behauptete er 1899, „ist bei uns in den Händen der Juden, der größte Theil der Presse ist in ihren Händen, der weitaus größte Theil des Capitals und speciell des Großkapitals ist in Judenhänden, und die Juden üben hier einen Terrorismus aus, wie er ärger nicht gedacht werden kann. Es handelt sich uns darum in Österreich vor allem um die Befreiung des christlichen Volkes aus der Vorherrschaft des Judenthums.“⁵⁶

Wie Lueger so hatte auch sein politisch nah verwandter Gegenspieler Georg Ritter von Schönerer (1842–1921) seine politische Laufbahn 1875 als Liberaler begonnen, wandte sich jedoch nach wenigen Jahren den Deutschnationalen zu. Auch er trat als volkstümlicher Antisemit auf. Er propagierte einen rassistisch geprägten Judenhass und fand damit vor allem in der Wiener Studentenschaft Zuspriech. Doch als Antikatholik und großdeutsch gesinnter Bismarck-Verehrer konnte er im damaligen Österreich keine dauerhafte politische Bewegung begründen. Lueger hingegen trat als überzeugter Österreicher auf, dessen Antisemitismus nicht auf Rassenkategorien, sondern auf christlichen und sozialen Ressentiments gegen die „Mörder Jesu“ und die „Geldjuden“ aufbaute. Lueger wurde zum österreichischen Erfolgspolitiker und Modernisierer und bestimmte die Wiener Politik als Bürgermeister von 1897 bis zu seinem Tod im Jahr 1910. Schönerer zog sich nach einer verlorenen Wahl 1907 auf sein Landgut zurück und verstarb 1921. In ihren unterschiedlichen Ausprägungen gehörten beide zu den Vorbildern des jungen, damals in Wien ansässigen Adolf Hitler.⁵⁷

Neben den Christsozialen bildeten im Österreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts die

55 Erika Weinzierl, *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945*, Graz 1997, S. 22. Theodor Herzls Selbstbiographie, in: Theodor Herzl. Ein Gedenkbuch zum 25. Todestage, hrsg. von der Exekutive der Zionistischen Organisation, Berlin 1929, S. 42–46

56 Zit. nach Hamann, *Hitlers Wien* (wie Anm. 52), S. 411.

57 Gerhard Botz, *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*, Wien 2008, S. 17; Spitzer, *Des Bürgermeisters Lueger Lumpen* (wie Anm. 54), S. 88; Richard S. Geehr, *Karl Lueger, Mayor of Fin de Siècle Vienna*, Detroit 1990.

Sozialdemokraten die zweite große politische Kraft. Auch sie bekämpften den Liberalismus und verbündeten sich zu diesem Zweck bisweilen mit der christsozialen Partei. Wenngleich antisemitische Agitation in Österreich vorrangig von der politischen Rechten betrieben wurde, so klangen auch in der sozialdemokratischen Kapitalismuskritik mitunter jüdenfeindliche Töne an, zum Beispiel wenn in sozialdemokratischen Publikationen auf das „freundschaftliche Verhältnis“ zwischen „Judenfressern“ und „Bankjuden“ verwiesen und das Klischee vom „Börsenjuden“ bemüht wurde. Auch die verarmten Ostjuden gerieten gelegentlich ins Blickfeld der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung, die sie als „wunderliche Erscheinung im schwarzen, langen schmutzigen Seidenrock mit Thierschwänzen auf der Samtmütze“ charakterisierte.⁵⁸ Joseph Roth resümierte: „Es gibt kein schwereres Los als das eines fremden Ostjuden in Wien. Für Christlichsoziale sind's Juden. Für Deutsch-nationale sind sie Semiten. Für Sozialdemokraten sind sie unproduktive Elemente.“⁵⁹ Der politische Zionismus und das orthodoxe, aus Galizien immigrierte Judentum stellten aus der Perspektive der Sozialdemokraten unzeitgemäße Relikte dar.

Die österreichischen Juden setzten sich gegen den grassierenden Antisemitismus zur Wehr. Die stärkste Kraft jüdischer Selbstverteidigung bildeten die sogenannten Integrationisten, die sich 1886 in der Österreichisch-Israelitischen Union (OIU) zusammenschlossen. Ähnlich wie der Centralverein (CV) in Deutschland traten sie für ein jüdisches Selbstbewusstsein und das Recht der Juden auf Verteidigung gegen antisemitische Attacken ein. Gleichzeitig versuchten sie die jüdische Bevölkerung auf einen „aufrichtigen österreichischen Patriotismus“ zu verpflichten.⁶⁰ In vielen Vereinigungen, nicht zuletzt in der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), konkurrierte die OIU mit den Zionisten und anderen jüdischen Nationalisten um die Meinungsführerschaft. Während die Zionisten für die Gründung eines jüdischen Staats in Palästina warben, sahen die Diaspora-Nationalisten in der Forderung nach nationaler jüdischer Autonomie innerhalb Österreichs die angemessene Antwort auf den Antisemitismus.

Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 erhielten Ungarn weitgehende Autonomie im Vielvölkerstaat. Anders als erhofft, milderte das die Nationalitätenkonflikte nicht. Tschechen, Polen, Rumänen, Kroaten und Deutsche stritten nun erst recht um größere Unabhängigkeit, anfangs unterstützt von den in der jeweiligen Region ansässigen Juden. Da die einzelnen nationalistischen Strömungen ihre wechselseitige Feindschaft verstärkten und gleichzeitig immer antisemitischer wurden, traten die mehr und mehr isolierten Juden schließlich am deutlichsten von allen Minderheiten für ein einiges, starkes Österreich ein. Wie der Historiker Werner Cahnman urteilte, waren die Juden „die einzigen Österreicher in Österreich“.⁶¹

Nach dem Ersten Weltkrieg entstand aus den Trümmern des Habsburgerreichs die

58 Peter Pulzer, Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus, in: Gerhard Botz, Ivar Oxaal, Michael Pollak (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Buchloe 1990, S. 121–140, hier: S. 131–133; Robert S. Wistrich, Sozialdemokratie, Antisemitismus und die Wiener Juden in: ebd., S. 169–180; Bruce Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 190–198.

59 Josef Roth, Juden auf Wanderschaft, Berlin 1927, zit. nach Wistrich, Sozialdemokratie (wie Anm. 58), S. 169.

60 So der Rabbiner Dr. Zins auf der Gründungsversammlung der Union; zit. nach Rozenblit, Die Juden Wiens (wie Anm. 50), S. 161.

61 Zit. nach Rozenblit, Die Juden Wiens (wie Anm. 50), S. 173.

Republik Österreich, die noch ein Achtel des einst von der Doppelmonarchie regierten Territoriums umfasste. Hatte der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn 53 Millionen Einwohner gezählt, so verblieben der Ersten Republik noch knappe sieben Millionen. Mehrheitlich waren sie Deutschösterreicher und davon überzeugt, dass ihr so stark verkleinertes Land wirtschaftlich nicht lebensfähig und der Friedensvertrag von St. Germain untragbar sei. Ähnlich wie in Deutschland entstanden starke revisionistische Tendenzen infolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Zudem steigerte wirtschaftliche Not die Unzufriedenheit: Hunger in den Großstädten, Mangel an Heizmaterial und Wohnungsnot, überfüllte Krankenhäuser und eine funktionsuntüchtige Infrastruktur, Hunderttausende Arbeitslose und Zehntausende Flüchtlinge.⁶² Dazu kam die Spanische Grippe, die im Winter 1918/9 auch in Österreich wütete und Tausende Tote forderte.

In den Wahlen 1919 errangen die Sozialdemokraten die Mehrheit. In Wien bestimmte mit Jakob Reumann erstmals ein sozialdemokratischer Bürgermeister die Geschicke der Stadt. Trotz der beachtlichen Erfolge, die das „Rote Wien“ auf sozialpolitischem Gebiet schon bald zu verzeichnen hatte, wirkten die sozialen Spannungen und mit ihnen eine Form des Antisemitismus fort, die sich speziell gegen die Ostjuden richtete. Im September 1921 charakterisierte die Wiener Morgenzeitung die Stimmung: „Alles haben die guten Österreicher nach dem Zusammenbruch in das Wörtchen ‚Ostjude‘ hineingepresst. Es ist ein Wundersprüchlein, welches jeden Schmerz lindert und alle Schande wegwischt ... Klagen über das Steigen der Brotpreise und das Fallen der Weibermoral, über den schlechten Eisenbahnverkehr, Kohlennot, Verwilderung der Schuljugend und Verwässerung der Milch fanden eine Antwort: Raus mit den Ostjuden!“⁶³ Die Christsoziale Partei, deren prominentes Mitglied Anton Jerzabek zugleich Führer des Antisemitenbundes war, begründete ihre Forderung nach Deportation der Ostjuden mit stark übertriebenen Zahlenangaben. Zeitweilig fanden solche Vorschläge auch unter den Sozialdemokraten Gehör. Der frei werdende Wohnraum sollte obdachlosen Wiener Familien zugutekommen.⁶⁴ Bei aller Vehemenz war der österreichische Antisemitismus, wie der Historiker Peter Pulzer hervorhebt, vor allem verbalradikal und demagogisch, jedoch stand kein politisch-praktisches Konzept dahinter. Dies änderte sich mit dem Aufstieg der österreichischen Nationalsozialisten. Sie integrierten die alten, in Österreich stets lebendig gehaltenen Vorurteile gegen die Juden in ihre Propaganda der nationalen Revolution und vergifteten so das politische Klima: „Was unliebsam war, brauchte nur als jüdisch abgestempelt zu werden. So wurde der Liberalismus zum Judenliberalismus, das Zeitungswesen zur Judenpresse und die Erste Republik zur Judenrepublik.“⁶⁵

Im Jahr 1933 sahen sich auch die österreichischen Nationalsozialisten kurz vor der Machtergreifung. Ihre Offensive traf die Juden in einem Moment gesellschaftlicher und politischer Schwäche. In den Jahren 1923 bis 1934 war die jüdische Bevölkerung Wiens um ein

62 Spitzer, Des Bürgermeisters Lueger Lumpen (wie Anm. 54), S. 84. Im Frühjahr 1919 lebten noch etwa 20 000 bis 25 000 jüdische Flüchtlinge in Wien, die überwiegend während des Krieges dorthin geflohen waren; Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 109, 121.

63 Wiener Morgenzeitung, 21.9.1921, S. 1; zit. nach: Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 122.

64 Zur Forderung nach Ausweisung der Flüchtlinge siehe Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 126–129.

65 Pulzer, Spezifische Momente (wie Anm. 58), S. 133, 136.

knappes Siebentel geschrumpft, weil die Zahl der Geburten stark zurückgegangen war, viele Gemeindemitglieder ausgewandert oder aus der Religionsgemeinschaft ausgetreten waren.⁶⁶

Im Jahr 1932 verlor die auf Integration bedachte Österreichisch-Israelitische Union ihre Vormachtstellung innerhalb der Wiener Kultusgemeinde an die Zionisten, die nun wichtige Positionen in den jüdischen Einrichtungen einnahmen. An der Universität, einer Hochburg des Antisemitismus, erhielten zionistische Studentenorganisationen immer mehr Zulauf und wehrten sich mit militanten Mitteln gegen die antijüdische Hetze.⁶⁷ Im Niedergang der Union drückte sich, so der Historiker Doron Rabinovici, „das Scheitern der emanzipatorischen Utopie in einer antisemitischen Gesellschaft“ aus.⁶⁸ Dies galt umso mehr, als nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland der österreichische Staat immer deutlicher totalitäre und antisemitische Züge annahm.

Im Jahr 1933 löste Bundeskanzler Engelbert Dollfuß das Parlament auf und regierte per Notverordnung weiter, erklärte Österreich zum Ständestaat und verbot alle Parteien mit Ausnahme der Vaterländischen Front, in der sich die Christsozialen mit verschiedenen Wehrverbänden zusammengeschlossen hatten. Die österreichischen Juden standen dem Regime Dollfuß wohlwollend gegenüber, zumal es ihnen Schutz vor deutschen Expansions- und österreichischen Anschlussbestrebungen zu bieten schien: Dollfuß hatte neben allen anderen Parteien auch den österreichischen Ableger der NSDAP verboten, die staatliche Vereinigung mit Deutschland lehnte er ab. Nach seiner Ermordung im Jahr 1934 erschienen in jüdischen Zeitungen enthusiastische Nachrufe.⁶⁹

Wie Dollfuß bekräftigte sein Nachfolger Kurt Schuschnigg, dass er den Antisemitismus ablehne und in Österreich Juden die gleichen Rechte zustünden wie allen anderen Bürgern. 1934 verbot er die antisemitische Zeitung *Der Stürmer*. Im selben Jahr wurden einige Repräsentanten der österreichischen Juden in wichtige Bundes- und Landesämter berufen.⁷⁰ 1937 hinderte Schuschnigg die Salzburger Landesregierung daran, das Schächten zu verbieten. Gleichwohl nahm der Antisemitismus in Österreich Mitte der 1930er-Jahre deutlich zu. Der Antisemitenbund entfaltete eine rege Propaganda, und Juden mussten immer häufiger damit rechnen, als Gäste in österreichischen Urlaubsorten oder als Mieter von antisemitischen Hausbesitzern abgewiesen zu werden. Bisweilen griffen die Behörden ein und verboten die Diskriminierung. Aber auch bei der Besetzung öffentlicher Stellen kam es vor, dass die Bewerber ihre „arische Abstammung“ nachweisen oder einen Taufschein vorlegen mussten.⁷¹

66 Albert Lichtblau, *Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn – Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart*, in: Eveline Brugger u.a. (Hrsg.), *Geschichte der Juden in Österreich*, Wien 2006, S. 447–565, hier: S. 501–504; ders. (Hrsg.), *Als hätten wir dazugehört. Österreichisch-jüdische Lebensgeschichten aus der Habsburgermonarchie*, Wien 1999, S. 58.

67 Werner Cahnman, *Materialien zur politischen Lage der Juden in Österreich und in Ungarn*, in: ders., *Deutsche Juden. Ihre Geschichte und Soziologie*, Münster 2005, S. 32–49, insbesondere S. 33f.

68 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht* (wie Anm. 42), S. 42.

69 Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus* (wie Anm. 51), S. 321.

70 Dr. Desider Friedmann in den Staatsrat, Dr. S. Frankfurter in den Bundeskulturrat und Dr. Jakob Ehrlich in den Wiener Gemeinderat; Hugo Gold, *Geschichte der Juden in Wien, Ein Gedenkbuch*, Tel Aviv 1966, S. 64.

71 Gold, *Geschichte der Juden in Wien* (wie Anm. 70), S. 69 f.

Von einigen größeren Unternehmen abgesehen besaßen die Kaufleute unter den Juden vielfach kleine Handelshäuser, Läden, Kleinbetriebe, oder sie arbeiteten als selbstständige Schneider, Schuhmacher oder auch Goldschmiede.⁷² In der Akademikerschaft Wiens stellten sie gut 60 Prozent der Rechtsanwälte und etwa die Hälfte der Ärzte.⁷³ Allerdings wurden nach inneren Unruhen im Februar 1932 viele sozialdemokratische Ärzte aus Wiener Krankenhäusern entlassen, ganz überwiegend Juden. Auch in anderen Berufsgruppen nahmen die Entlassungen deutlich zu. Im Jahr 1937 waren von den 22600 Angestellten der Stadt Wien noch 154 Juden.⁷⁴ Jüdische Geschäftsleute trafen der Boykottaufruf des „Reichsbunds der katholischen Jugend“ in Wien sowie ähnlich geartete Appelle des „Arischen Geschäfteweisers“ von 1934/35.⁷⁵

Infolge der fortgeschrittenen beruflichen Benachteiligung erhielten 1936 bereits 60 000 Personen Beihilfen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. Zudem stellte die Aufnahme der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland die Fürsorgeeinrichtungen der Kultusgemeinde vor neue Herausforderungen. Werner Cahnman resümierte 1938: „Wie schlecht die ökonomische Lage der jüdischen Bevölkerung in den von Juden am dichtesten besiedelten Stadtteilen, Innere Stadt, Leopoldstadt, Brigittenau und Alsergrund ist, geht allein aus dem Umstand hervor, dass die Häuser in diesen Bezirken Wiens um rd. 1/5 stärker belegt sind, als es dem Gesamtdurchschnitt entspräche. Das Zimmer- und Bettenstellenvermieten ist eine der stärksten Einnahmequellen der dortigen Judenschaft. (...) So steht neben dem grössten Reichtum von wenigen die bitterste Armut von vielen, während die breite Schicht mittleren Wohlstands zerstört ist.“⁷⁶

Der Anschluss Österreichs

Der Gedanke des Zusammenschlusses von Deutschland und Deutsch-Österreich geht auf die sprachnational gesinnten Revolutionäre von 1848 zurück. Deren großdeutsche Träume scheiterten 1849 am Beharrungsvermögen der Dynastien und schließlich an Bismarcks kleindeutscher Lösung. Damit schien die Perspektive eines Deutschen Reichs, das von Bozen bis Flensburg und von Klagenfurt bis Lüttich reichen sollte, in weite Ferne gerückt. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs untersagte der Österreich auferlegte Friedensvertrag von St. Germain aus machtpolitischen Gründen den staatlichen Zusammenschluss mit Deutschland ausdrücklich. Das Verbot verschaffte dem großdeutschen Einigungsgedanken neue Popularität.

In der Zwischenkriegszeit unterschieden sich die deutschen und österreichischen Inter-

72 Nach Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, S. 161 war der Anteil der Juden unter den Firmeninhabern in Wien doppelt so groß wie ihr Anteil an der Bevölkerung.

73 Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 265.

74 Pauley, Geschichte des österreichischen Antisemitismus (wie Anm. 51), S. 329. Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht (wie Anm. 42), S. 52.

75 Gold, Geschichte der Juden in Wien (wie Anm. 70), S. 72. Silvia Maderegger, Juden im Ständestaat 1934–1938, Wien 1973.

76 Cahnman, Deutsche Juden (wie Anm. 67), S. 108. Das Manuskript seiner Untersuchung verfasste Cahnman im Jahr 1938, im darauffolgenden Jahr emigrierte er nach Großbritannien, 1940 in die USA.

essen an der Vereinigung stark. Österreich war seit 1918 von den tschechischen Industriegebieten, vom agrarischen Hinterland und vom Seehafen Triest abgeschnitten. Die Weltwirtschaftskrise traf das Land 1929 hart, es litt noch 1938 an den Folgen des Niedergangs. Je nach wirtschaftlicher Konjunktur und außenpolitischer Machtkonstellation schwankte die Popularität der Anschlussidee; nur bei den Monarchisten und den Kommunisten fand sie keinen Widerhall. In Deutschland machten machtpolitische Ambitionen den Zusammenschluss attraktiv. Wien galt vielen deutschen Politikern und Wirtschaftsstrategen schon im Kaiserreich als „Tor zum Südosten“. Nach dem Verlust der Kolonien im Ersten Weltkrieg und nach der Weltwirtschaftskrise von 1929/33 schien ihnen die wirtschaftliche „Öffnung“ nach Südosteuropa immer dringlicher. 1938 fehlten in Deutschland Arbeitskräfte, während in Österreich starke Arbeitslosigkeit herrschte. Deutschland versuchte die Vorherrschaft im Donaauraum zu erlangen, und die einstige Hauptstadt der Donaumonarchie konnte auf diese Weise etwas von ihrem verlorenen Glanz wiedererlangen.

Im Jahr 1933 ließen sowohl die österreichischen Sozialdemokraten als auch die Christsozialen von der Anschlussidee ab, da diese nun die Unterwerfung des Landes unter nationalsozialistische Herrschaft bedeutet hätte. Bundeskanzler Dollfuß hoffte, Italien als Garantiemacht für die österreichische Eigenstaatlichkeit zu gewinnen. Im Gegenzug verlangte Mussolinis Österreich-Beauftragter die Ausrichtung des österreichischen Staats nach faschistischem Muster und das Verbot der Sozialdemokratie. Indem Dollfuß dieser Forderung nachgab, unterdrückte er im Innern einen der wichtigsten potenziellen Verbündeten im Kampf gegen die deutschen Anschlussambitionen und machte sich gleichzeitig von Italien abhängig.⁷⁷ Am 25. Juli 1934 putschten die österreichischen Nationalsozialisten, ermordeten Dollfuß und scheiterten.

Unter dem neuen Bundeskanzler Schuschnigg blieb das Verhältnis beider Staaten gespannt, die Balance zwischen deutsch-österreichischer Annäherung und Wahrung österreichischer Eigenstaatlichkeit fragil. Bei dem Treffen mit Schuschnigg auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938 erzwang Hitler die freie Betätigung der österreichischen NSDAP im Rahmen der Vaterländischen Front und die Einsetzung des Wiener Rechtsanwalts Arthur Seyß-Inquart als Innen- und Sicherheitsminister.⁷⁸

Angesichts des wachsenden deutschen Drucks kündigte Schuschnigg am 9. März 1938 ein Referendum über die Unabhängigkeit Österreichs an, das bereits am 13. März durchgeführt werden sollte. Als erkennbar wurde, dass allen innenpolitischen Spannungen zum Trotz die Mehrheit der Österreicher Schuschniggs Parole „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ folgen würde, drohte die Reichsregierung mit dem Einmarsch. Schuschnigg sah sich gezwungen, die Volksabstimmung abzusagen, und trat am 10. März 1938 zurück. Wenige Stunden später wurde Seyß-Inquart zum neuen Bundeskanzler ernannt. In seiner letzten Radioansprache erklärte Schuschnigg, dass er der Gewalt weiche und der österreichischen Armee befohlen habe, einem deutschen Einmarsch keinen Widerstand entgegenzusetzen. Als deutsche Truppen in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 einmarschierten, empfing der Großteil der österreichischen Bevölkerung sie mit Jubel.

⁷⁷ Norbert Schausberger, Zur Vorgeschichte der Annexion Österreichs, in: „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 5; Gerhard L. Weinberg, Foreign Policy (wie Anm. 7), S. 90, 94 f.

⁷⁸ Schausberger, Zur Vorgeschichte (wie Anm. 77), S. 13.

Im ganzen Land begannen Plünderungen und Hausdurchsuchungen in Wohnungen und Geschäften insbesondere wohlhabender Juden. Nach vorbereiteten Listen schleppten örtliche Nationalsozialisten, manchmal gemeinsam mit der Polizei, Möbel und Wertgegenstände aus den Häusern von Juden. Gleichzeitig begann die von höchsten Staats- und Parteidienststellen angeordnete „Märzaktion“: SS- und SA-Männer sowie Polizisten erhielten den Auftrag, das Vermögen der österreichischen Juden „sicherzustellen“, und beschlagnahmten in Hunderten Wohnungen Schmuck, Gemälde, Wertpapiere und Teppiche. Der Raub jüdischen Eigentums entwickelte sich zum Volkssport.

Besonders fürchteten die Wiener Juden die öffentliche Demütigung in Form von „Reibpartien“, bei denen sie gezwungen wurden, die Bürgersteige mit Hand- oder Zahnbürsten zu schrubben. Zur Belustigung der Zuschauer gossen die Initiatoren, in der Regel SA-Leute oder Parteimitglieder, den Gedemütigten anschließend das Putzwasser über die Köpfe. In Wien zogen sich die Anschlusspogrome über mehrere Wochen hin (Dok. 18). Im Burgenland wurden ganze jüdische Gemeinden vertrieben. (Dok. 28). In Graz kamen vier Juden bei den antisemitischen Exzessen zu Tode. Hatten sich im Januar 1938 vier und im Februar fünf Wiener Juden das Leben genommen, waren es im März 79 und im April 62.⁷⁹ Erst nach sechs Wochen, am 29. April, schritt Josef Bürckel ein, seines Zeichens Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Er drohte den Führern der an den Überfällen auf Juden beteiligten SA-Einheiten mit der Degradierung und dem Ausschluss aus der SA. Daraufhin ließen die Gewalttätigkeiten nach.

Jüdische Professoren wurden aus den Hochschulen gejagt, etliche verhaftet, darunter der 82-jährige Philologe Salomon Frankfurter. Jüdische Richter verloren ihre Ämter, Ende März 1938 wurde jüdischen Rechtsanwälten ein „vorläufiges“ Berufsverbot auferlegt. Zeitungen und Theater wurden geschlossen oder Staatskommissaren unterstellt, jüdische Redakteure, Schauspieler und Musiker entlassen. NS-Organisationen usurpierten die Räume, in denen bislang jüdische Fürsorgestellen gearbeitet oder jüdische Vereine getagt hatten.⁸⁰

Für die Juden, die sich bis dahin als loyale, nicht immer gemochte, doch einigermaßen gelittene und ihres Lebens sichere Bürger begriffen hatten, verwandelte sich Österreich binnen Tagen in einen wahren Hexenkessel. Sie sahen sich mit dem entfesselten Wiener Antisemitismus konfrontiert und mit österreichischen Nationalsozialisten, die sich – in der Illegalität – über viele Jahre auf den Anschluss und den Tag der Abrechnung vorbereitet hatten. Gleichzeitig traten reichsdeutsche Bürokraten auf den Plan, deren Ehrgeiz darin bestand, den Wienern zu zeigen, wie man die Judenverfolgung von Staats wegen effizient organisierte. Die diskriminierenden Maßnahmen und Gesetze, die im Altreich bereits galten, wurden in Österreich nicht einfach übernommen, sondern, wie es gerade zu passen schien, abgewandelt. Der wichtigste Unterschied bestand jedoch in der hohen Anfangsgeschwindigkeit. Wie Bernhard Kahn, der europäische Vertreter des Joint, im März 1938 nach New York telegrafierte, wurde den österreichischen Juden „innerhalb von

79 Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 40 f.; Jonny Moser, *Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft*, in: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*, Wien 1988, S. 185–198, hier: S. 189.

80 Rosenkranz, *Verfolgung* (wie Anm. 79), S. 23–41; Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 31f.

fünf Tagen aufgezwungen, was in Deutschland in fünf Jahren an antijüdischen Unterdrückungsmaßnahmen durchgesetzt“ worden war.⁸¹

In seiner Rede auf dem Wiener Heldenplatz kündigte Hitler am 15. März ein Referendum an, das den Anschluss besiegeln sollte. Am 16. März wurde allen Vereinen bis zur Volksabstimmung jede organisatorische Tätigkeit verboten, zwei Tage später setzte Bürckel einen Stillhaltekommissar ein, der die Gleichschaltung der „arischen“ und das Verbot der jüdischen Vereine in die Wege leitete.⁸²

Das Referendum fand am 10. April statt, dem pompös angekündigten „Tag des Großdeutschen Reiches“. Am Abend läuteten die Kirchenglocken im gesamten neuen Reich eine Stunde lang. Bei der Abstimmung votierten nach amtlichen Angaben 99,6 Prozent der Abstimmungsberechtigten für die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Die Wahlbeteiligung betrug 99,7 Prozent.⁸³ Für die Katholische Kirche hatte der Wiener Kardinal Theodor Innitzer sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen den unblutig verlaufenen Anschluss begrüßt und die Gläubigen zum Gehorsam gegenüber den Behörden aufgerufen. Wenig später veröffentlichten die katholischen Bischöfe eine feierliche Erklärung, in der sie „freudig“ die Verdienste des Nationalsozialismus anerkannten und zum „Ja“ bei der Volksabstimmung aufforderten.

Diese für die neuen Machthaber so nützliche Erklärung basierte auf Entwürfen, die Reichskommissar Bürckel den Kirchenführern hatte vorlegen lassen. Das Statement der Bischöfe enttäuschte Nazigegner und vor allem die Wiener Juden. Letztere hatten sich von Kardinal Innitzer Schutz versprochen, weil er in den Jahren zuvor antisemitische Attacken der Schönerer-Anhänger immer wieder kritisiert hatte. Auch dem Vatikan gefiel der Kotau der örtlichen Würdenträger nicht. Bei seinem Besuch Anfang April 1938 in Rom musste sich Innitzer gegenüber Papst Pius XI. rechtfertigen und anschließend öffentlich klarstellen, mit der Erklärung werde nicht gebilligt, „was mit den Gesetzen Gottes, der Freiheit und den Rechten der katholischen Kirche nicht vereinbar“ sei.

Wie die katholischen Bischöfe begrüßte auch der evangelische Oberkirchenrat den Anschluss in einem Hirtenbrief. Im Namen der 330 000 evangelischen Österreicher feierten die Kirchenmänner den „Führer“ als „Retter aus 5jähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens“. Auch der Sozialdemokrat und erste Kanzler der österreichischen Republik Karl Renner meldete sich zu Wort und begründete öffentlich, warum er in der Volksabstimmung mit „Ja“ votieren werde: „Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreichs und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen.“⁸⁴

In Österreich, fortan als „Ostmark“ bezeichnet, wurden alle Spitzenpositionen mit reichs-

81 Telegramm Kahn an Baerwald, 17.3.1938; JDC, AR 1933/44, 439.

82 Angelika Shoshana Duizend Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution, hrsg. von der österreichischen Historikerkommission, Wien 2002, S. 76.

83 Hanns Haas, Der Anschluss, in: Tälös, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 1–24, hier: S. 18.

84 Botz, Nationalsozialismus in Wien (wie Anm. 57), S. 157–170, 184–190; die Erklärung der katholischen Bischöfe ist abgedruckt auf S. 164–166; ein Auszug aus dem Neuen Wiener Tagblatt, in dem Renner sein Votum öffentlich ankündigte und erläuterte, S. 184 f. Walter Sauer, Österreichs Kirchen 1938–1945, in: Tälös, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 517–536, hier: S. 520–522; Rosenkranz, Verfolgung (wie Anm. 79), S. 24 f.

deutschen und österreichischen NSDAP-Mitgliedern oder als politisch zuverlässig geltenden Personen besetzt. Auf den mittleren und unteren Ebenen des Staatsdienstes unterblieben größere personelle Veränderungen. Der saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel, der seit 1935 die Eingliederung des Saarlands ins Deutsche Reich betrieben hatte, wurde zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ernannt. Seine engeren Mitarbeiter folgten ihm aus Saarbrücken. Bürckel verfocht seine Eingliederungspolitik schroff und machte klar, dass die einstige Metropole des Habsburgerreichs zur Provinzhauptstadt herabgestuft werde.⁸⁵ Als Hermann Neubacher, bis dahin Generaldirektor der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GESIBA, Wiener Bürgermeister wurde, versprach er zunächst umfassende städtebauliche Neuerungen. Tatsächlich bestand die Wiener Wohnraumbeschaffung während der folgenden Jahre primär in der Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen. Neubacher versuchte ferner, den Bedeutungsverlust Wiens nach dem Anschluss zu kompensieren, indem er die Funktion der Stadt als „Tor zum Südosten“ beschwor. Schließlich ernannte Hitler ihn zum Sonderbeauftragten für den Südosten.

Am Ende des Jahres 1938 galten die wichtigsten Reichsgesetze auch in Österreich.⁸⁶ In einigen Fällen unterblieb die Angleichung jedoch bewusst: So verlor etwa die Israelitische Kultusgemeinde Wien, anders als die jüdischen Gemeinden im Reich, nicht den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts, da sonst die Hilfgelder ausländischer jüdischer Organisationen ausgeblieben wären (Dok. 264). Ohne diese Gelder hätte für die meisten österreichischen Juden keine Chance bestanden, das Land zu verlassen, und auf die massenhafte, möglichst mit dem Geld ausländischer Juden finanzierte Auswanderung zielte zu diesem Zeitpunkt die in Wien von Adolf Eichmann gesteuerte Judenpolitik.

Im Februar 1939 übernahm Bürckel zusätzlich die Funktion des Gauleiters von Wien. Das Amt hatte bis dahin der langjährige Aktivist der illegalen NSDAP in Österreich und deren Verbindungsmann zu Hitler, Odilo Globocnik, innegehabt. Er wurde wegen Unterschlagung von Parteigeldern entlassen, aber bereits kurz nach Kriegsbeginn zum SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin ernannt und später einer der wichtigsten Organisatoren des Judenmords im besetzten Polen. Nachdem Arthur Seyß-Inquart Anfang Februar 1938 der Schuschnigg-Regierung von Hitler als Innenminister aufgezwungen worden war, wurde er am 11. März 1938 zum österreichischen Bundeskanzler ernannt. Als solcher bat er die anmarschierenden deutschen Truppen offiziell ins Land. Vom 13. März 1938 bis zum 30. April 1939 trug Seyß-Inquart den weniger wohlklingenden Titel Reichsstatthalter in Österreich und Leiter der Landesregierung. Die tatsächliche Macht lag in Berlin und bei Bürckel. Mit dem Ostmarkgesetz, das am 1. Mai 1939 in Kraft trat, wurde die administrative Eingliederung des ehemaligen Österreich in das Deutsche Reich abgeschlossen, die Landesregierung aufgelöst und es wurden sieben neue Reichsgaue geschaffen.⁸⁷ Seyß-Inquart

⁸⁵ Ernst Hanisch, *Gau der guten Nerven. Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938–1945*, Salzburg 1997, S. 33; Maren Seliger, *NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich*, in: Tólos, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), *NS-Herrschaft in Österreich* (wie Anm. 79), S. 397–416, hier: S. 408.

⁸⁶ Moser, *Österreichs Juden* (wie Anm. 79), S. 190; Hanisch, *Gau der guten Nerven* (wie Anm. 85), S. 51; Hans Safrian, *Expediting Expropriation and Expulsion: The Impact of the “Vienna Model” on Anti-Jewish Policies in Nazi Germany, 1938*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, 14 (2000), S. 390–414.

⁸⁷ Gesetz über den Aufbau der Verwaltung in der Ostmark (Ostmarkgesetz) vom 14.4.1939; RGBl., 1939 I, S. 777–780.

verblieb zunächst als Minister ohne Geschäftsbereich in Wien, bevor er im Oktober 1939 zum Stellvertreter des Generalgouverneurs Hans Frank im besetzten Polen, im Mai 1940 zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete ernannt wurde.

„Arisierung“ und Vertreibung in Österreich

Zwei Männer hatten die Verflechtung der österreichischen mit der deutschen Wirtschaft bereits in der Endphase des Ständestaats vorangetrieben: der ehemalige Sonderbotschafter des Reichs in Österreich, Franz von Papen, und der Beauftragte Hitlers für Wirtschaftsfragen, Wilhelm Keppler. Nach dem Anschluss wurden die österreichischen Gold- und Devisenreserven im Nominalwert von 1,3 Milliarden Reichsmark liquidiert, die Erlöse flossen zur Hälfte in die Rüstungsindustrie. Keppler erhielt von Göring den Auftrag zur beschleunigten „Arisierung“ der jüdischen Unternehmen. Im Gegensatz zur boomenden Wirtschaft im Altreich, wo Arbeitskräfte seit geraumer Zeit fehlten, lag die Arbeitslosenquote in Österreich 1937 noch deutlich über 20 Prozent. Die Entsendung von etwa 100 000 Arbeitern und Ingenieuren nach Deutschland beförderte die wirtschaftliche Angleichung.⁸⁸

Im Mai 1938 begannen Experten des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, die insgesamt weniger moderne, weniger rentable österreichische Wirtschaft unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere lag ihnen daran, in den minder produktiven Kleinbetrieben verdeckte Arbeitskraftreserven zu mobilisieren. Zu diesem Zweck verbanden sie „Arisierung“ und Rationalisierung. Nach eingehender Analyse der verschiedenen Branchen wurden rund 80 Prozent der jüdischen Betriebe stillgelegt, die Hälfte aller Einzelhandelsgeschäfte, 83 Prozent der Handwerks- und 26 Prozent der Industriebetriebe; von 86 Banken blieben acht übrig. Für alle Branchen galt, dass vornehmlich die florierenden sowie wirtschaftsstrategisch wichtigen Unternehmen „arisiert“, also an nichtjüdische Interessenten verkauft wurden (Dok. 49). So gesehen verfolgte die „Arisierung“ am Ende dreierlei Zwecke: die Übertragung von Eigentum, das einst Juden gehört hatte, zu günstigen Bedingungen an „Arier“; die Vereinnahmung der Erlöse aus diesen Verkäufen zugunsten der Staatskasse und schließlich den volkswirtschaftlichen und politischen Nutzen, nämlich die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft zulasten einer Gruppe von Modernisierungsverlierern: den Juden.⁸⁹

Zunächst dominierten allerdings Chaos und Raffgier. Auf der Suche nach Vermögenswerten griffen die „Arisierer“ auf Informationen zurück, die Nazi-Spitzel schon in der Zeit ihrer Illegalität gesammelt hatten. Wenige Tage nach dem Anschluss übernahm die Wiener Gauleitung der NSDAP die Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Wien. Juden, die dort führende Positionen einnahmen, wurden entlassen und Tausenden jüdischen Mietern die Mietverträge gekündigt. Etwa 25000 über-

⁸⁸ Haas, Anschluß (wie Anm. 83), S. 6; Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978, S. 463, 486; Aly, Volksstaat (wie Anm. 10), S. 55; Hans Kernbauer, Fritz Weber, Österreichs Wirtschaft 1938–1945, in: Tólos, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 49–67, hier: S. 49, 54. Die Schätzungen zur Arbeitslosigkeit in Österreich variieren zwischen 21,7 und 35 %.

⁸⁹ Susanne Heim, Götz Aly, Die „Ökonomie der ‚Endlösung‘“. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5), Berlin 1987, S. 11–90, hier: S. 26–30.

wiegend selbst ernannte kommissarische Verwalter sicherten sich den Zugriff auf jüdische Geschäfte und Fabriken. Sie verkauften die Warenbestände zu Schleuderpreisen an Parteifreunde und an die interessierte Nachbarschaft.⁹⁰

Göring gebot dem Einhalt, um die Vermögenswerte der Juden für die Wirtschaft des Reichs zu sichern, und ließ am 24. April 1938 eine staatliche Treuhandorganisation gründen, die Vermögensverkehrsstelle.⁹¹ Unter Leitung des ehemaligen Gauleiters der illegalen NSDAP in der Steiermark, Walter Rafelsberger, wurden die „wilden“ Kommissare langsam zurückgedrängt. Die Vermögensverkehrsstelle konzentrierte sich auf Klein- und Mittelbetriebe und nahm im Jahr 1938 jüdische Vermögen im Umfang von zwei Milliarden Reichsmark unter Kontrolle, zwei Drittel des geschätzten Gesamtvermögens der österreichischen Juden. Großunternehmen „arisierte“ Görings Österreich-Beauftragter Wilhelm Keppler.

Im Sommer 1939 stellte die Vermögensverkehrsstelle ihre Ergebnisse in einer Ausstellung öffentlich vor. Demnach waren von etwa 26 000 Unternehmen, die vormals Juden gehört hatten, zwischen 4400 bis 5000 „arisiert“ und alle anderen aufgelöst worden. In der Regel konnten die nichtjüdischen Käufer die Betriebe billig erwerben. Allerdings lag der von ihnen gezahlte Preis erheblich über dem Betrag, der dem jüdischen Eigentümer auf einem Sperrkonto gutgeschrieben wurde. Die Differenz floss in einen Fonds der Österreichischen Landesregierung. Daraus wurden nationalsozialistischen Interessenten, die nicht über genügend Eigenkapital verfügten, um ein jüdisches Unternehmen zu kaufen, Zuschüsse oder Kredite gewährt, und in Einzelfällen wurde die Emigration von Juden gefördert. Wurden Großunternehmen veräußert, vereinnahmte die Reichskasse den größten Teil des Ertrags.⁹²

Der Leiter der Vermögensverkehrsstelle Rafelsberger entwickelte auch klare Vorstellungen, was mit den Beraubten geschehen sollte, sofern sie nicht auswanderten. Im Oktober 1938 unterbreitete er seine „Vorschläge für die wirkungsvolle Durchführung der Entjudung“, in denen er die Errichtung von drei Zwangsarbeitslagern für jeweils 10 000 Juden anregte. Zu finanzieren seien diese Lager mittels einer Sonderabgabe in Höhe von 10 bis 20 Prozent aus den „Arisierungs“-Erlösen von Wertpapieren (Dok. III). Das Vorhaben scheiterte, weil Göring und der Reichsfinanzminister die Wertpapiere ungeschmälert für das Reich beanspruchten.

Die zweite wichtige Institution zur Entrechtung der österreichischen Juden errichtete der Sicherheitsdienst in Form der bereits erwähnten Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. Sie wurde formell vom SD-Führer im SD-Oberabschnitt Donau Franz Walter

⁹⁰ Rosenkranz, Verfolgung (wie Anm. 79), S. 29; Jonny Moser, Das Unwesen der kommissarischen Leiter. Ein Teilaspekt der Arisierungsgeschichte in Wien und im Burgenland, in: Helmut Konrad, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Arbeiterbewegung, Faschismus, Nationalbewusstsein, Wien 1983, S. 89–97, hier: S. 94.

⁹¹ Jewish Clients in the Vienna „Postsparkassenamt“. Nazi Loot 1938–1945, 2nd. Report, Wien 2000, S. 43.

⁹² Dieter Stiefel, The Economics of Discrimination, in: ders. (Hrsg.), Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, Wien 2001, S. 9–28, hier: S. 16; Gerhard Botz, Arisierungen in Österreich (1938–1940), in: ebd., S. 29–56, hier: S. 43–48; Hans Witek, „Arisierungen“ in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938–1940, in: Tólos, Hanisch, Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich (wie Anm. 79), S. 199–216, hier: S. 213. Vom November 1939 an bestand die Vermögensverkehrsstelle als „Abwicklungsstelle“, später bis 1945 als „Referat III Entjudung“ beim Reichsgau Wien weiter.

Stahlecker geleitet, de facto organisierte und entschied Adolf Eichmann das gesamte Alltagsgeschäft in eigener Verantwortung. Zunächst ließ der SD auf der Basis von Listen, die in Berlin vorbereitet worden waren, alle führenden Persönlichkeiten jüdischer Organisationen verhaften, deren Arbeitsunterlagen beschlagnahmen und zur Auswertung nach Berlin schicken (Dok. 1 K). Am 18. März 1938 besetzten SD und Polizei das Amtsgebäude der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und zwangen die Gemeindebediensteten, ihre Tätigkeit vorübergehend einzustellen. Als am 2. Mai die Kultusgemeinde ihre Arbeit wieder aufnehmen durfte, blieben viele Fürsorgeeinrichtungen unwiderruflich geschlossen. Eichmann verfügte die Pflicht zu wöchentlicher Berichterstattung und zensierte die Zionistische Rundschau höchstpersönlich. Gegenüber seinem Vorgesetzten Hagen bezeichnete er sie als „seine“ Zeitung (Dok. 34).⁹³

Die im August 1938 eingerichtete Zentralstelle für jüdische Auswanderung fasste die verschiedenen Institutionen unter einem Dach zusammen, von denen jüdische Emigranten die unterschiedlichsten Bescheinigungen erbitten oder erkaufen mussten, bevor sie das Land verlassen konnten. Unter Eichmanns Regie arbeiteten dort die Beamten von Zoll-, Devisen-, Pass-, Steuer- und Enteignungsämtern Hand in Hand, um die Emigration der Juden zu beschleunigen. Langwierige Behördengänge, die mitunter so viel Zeit in Anspruch genommen hatten, dass das Visum schon wieder verfallen war, bis der letzte Stempel auf irgendeine Genehmigung gedrückt worden war, wurden in der Zentralstelle in kürzester Frist absolviert (Dok. 224).

Finanziert wurde die neue Institution mithilfe der Auswandererabgabe, die wohlhabende Juden bezahlen mussten, um so die Auswanderungskosten der ärmeren zu decken. Zudem wurden führende Persönlichkeiten des österreichischen Judentums ins Ausland geschickt, um bei internationalen Hilfsorganisationen Devisen zu erbitten und Einwanderungsmöglichkeiten zu erschließen (Dok. 301). Die Zentralstelle garantierte nach den Worten von Eichmanns Berliner Vorgesetztem Hagen, dass „absolut die Linie des Sicherheitsdienstes bei der Durchführung der Judenfrage in Österreich gewährleistet war“.⁹⁴ Wie das funktionierte, überlieferte Hannah Arendt anhand der im Jerusalemer Eichmann-Prozess protokollierten Eindrücke jüdischer Funktionäre aus Berlin, die Eichmann 1938 zur Besichtigung der Zentralstelle nach Wien zitiert hatte: „Auf der einen Seite kommt der Jude herein, der noch etwas besitzt, einen Laden oder eine Fabrik oder ein Bankkonto. Nun geht er durch das ganze Gebäude, von Schalter zu Schalter, von Büro zu Büro, und wenn er auf der anderen Seite herauskommt, ist er aller Rechte beraubt, besitzt keinen Pfennig, dafür aber einen Paß, auf dem steht: Sie haben binnen 14 Tagen das Land zu verlassen, sonst kommen Sie ins Konzentrationslager.“⁹⁵

Eichmanns despotisches Auftreten, seine unverhohlenen Erpressungen der jüdischen Repräsentanten und die Praxis der Kollektivhaftung zwangen die IKG zur Mitarbeit. Er legte Sollzahlen für die Auswanderung fest, erhöhte sie mehrfach und machte die Kultusgemeinde und den Zionistischen Landesverband dafür verantwortlich, dass seine Vorgaben erfüllt würden. Eichmann bestimmte, dass Desider Friedmann, der Leiter der

93 Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 37; Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht (wie Anm. 42) S. 100; Friedländer, Jahre der Verfolgung (wie Anm. 28), S. 265.

94 Vermerk Hagens, Betr.: Dienstreise II 112 zum O.A. Donau, 318.–1.9. 1938; RGVA 500k/1/625.

95 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 74.

Kultusgemeinde, nur dann aus dem Konzentrationslager entlassen werde, wenn die jüdischen Organisationen die festgesetzte Vertreibungsquote erreichten. Den Amtsdirektor der Kultusgemeinde Wien, Dr. Josef Löwenherz, ohrfeigte Eichmann schon bei der ersten Begegnung. In der Zentralstelle traktierte die SS die Wartenden mitunter mit Peitschenhieben.⁹⁶

Die Strategie des Anschlusses

Den Anschluss feierten Österreicher wie Deutsche als historische Tat, mit der Hitler die alte, seit 1848 populäre Idee von Großdeutschland verwirklichte. Die Expansion verbesserte die wirtschaftliche Position des Reichs: kurzfristig konnten Arbeitskraft-, Devisen- und Rohstoffreserven für die Rüstungswirtschaft mobilisiert, und längerfristig konnte die deutsche Vormachtstellung im Südosten Europas ausgebaut werden. Zudem brachte der Anschluss Österreichs Hitler seinem Ziel näher, die Tschechoslowakei zu zerschlagen; bereits Ende Mai 1938 befahl er, den Einmarsch in die Tschechoslowakei für den 1. Oktober 1938 vorzubereiten. Die Diskriminierung der deutschen Minderheit im sogenannten Sudetenland, in deutschen Medienberichten in skandalträchtiger Weise aufbereitet und stark übertrieben, bot den Vorwand, um während der Sommermonate des Jahres 1938 die vorhandenen Konflikte so zu schüren, dass sie zur Rechtfertigung der militärischen Intervention herhalten konnten. Deren Hauptziel bestand von Anfang an in der Unterwerfung der gesamten Tschechoslowakei, nur sekundär und propagandistisch ging es um den Schutz der etwa drei Millionen Sudetendeutschen.⁹⁷

Systematisch war die 1933 gegründete Sudetendeutsche Heimatfront, die sich 1935 in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannte, unter Führung von Konrad Henlein (1898–1945) zur separatistischen Kampforganisation aufgebaut worden. Im März 1938 stellte Henlein zusätzlich das Sudetendeutsche Freikorps auf und ließ es von der deutschen SA ausbilden. Wo die nationalistische Propaganda in ihrer Überzeugungskraft nicht ausreichte, halfen die Henlein-Anhänger mit gesellschaftlichem Druck und Drohungen nach. In Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit lockten sie die Unentschiedenen mit dem Versprechen auf einen Arbeitsplatz in sudetendeutschen Betrieben: Rabbiner Friedrich Weiß aus Teplitz-Schönau beschrieb die Mischung aus Zwang und Sog, den die SdP ausübte: „Die offene und geheime Organisation baute überall ihre Zellen und die Arbeitsmethoden aus, riesige Inschriften, über die Straßen gehängt, riefen zum Anschluß an die Heimatfront, die deutschen Gelder lockten. Die Hausmeister waren gute Spitzel und Wegbahner. Die Jugend mit wenigen Ausnahmen ging mit wehenden Fahnen über. Die Lehrerschaft, besonders an der Staatsrealschule, sympathisierte oder schloß sich an.“⁹⁸

Im September 1938, auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, schien ein Krieg in Europa unmittelbar bevorzustehen. Die Bereitschaft der britischen und der französischen Re-

⁹⁶ Vollständiger Bericht von Dr. Löwenherz (wie Anm. 41), S. 10; Safrian, Eichmann (wie Anm. 35), S. 39; Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht (wie Anm. 42), S. 11 f. 1 B, 147–151.

⁹⁷ Weinberg, Foreign Policy (wie Anm. 7), S. 313–377.

⁹⁸ Zit. nach Wilma Iggers (Hrsg.), Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch, München 1986, S. 345 f.; Milena Jesenská, Alles ist Leben. Feuilletons und Reportagen 1919–1939, Frankfurt a.M. 2008, S. 170–200.

gierung, den deutschen Machtgelüsten so weit entgegenzukommen, dass eine militärische Auseinandersetzung verhindert wurde, passte eigentlich nicht in das von Hitler favorisierte Konzept, sofort die gesamte Tschechoslowakei zu vereinnahmen.⁹⁹ Doch konnte das Deutsche Reich mit dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 seine Machtstellung erheblich stärken, die restliche Tschechoslowakei in Abhängigkeit drängen und der deutschen Industrie wichtige Potenziale in Nordböhmen zuführen. Mit dem von Deutschland und Italien moderierten Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 konnte das Reich seine Vorherrschaft weiter ausbauen: Polen wurde das bis dahin tschechoslowakische Teschener Industriegebiet zugesprochen, und Ungarn erhielt die mehrheitlich ungarisch besiedelten Regionen in der südlichen und östlichen Slowakei.

In dem Gebiet, das vom Herbst 1938 an zum Reichsgau Sudetenland deklariert wurde, hatten Anfang der 1930er-Jahre noch 24 000 Juden gelebt. Während die meisten nicht-jüdischen Sudetendeutschen die Angliederung der Region begrüßten oder bejubelten, flohen etwa 90 Prozent der dort ansässigen Juden binnen weniger Monate, ebenso die allermeisten jüdischen Flüchtlinge, die sich nach dem Anschluss Österreichs vorübergehend ins Sudetenland gerettet hatten (Dok. 102, 103). Zudem wurden aus Grenzregionen, die die Tschechoslowakei infolge der Verträge von München und Wien hatte abtreten müssen, Hunderttausende Tschechen, Slowaken und politisch unliebsame Personen vertrieben, oder sie ergriffen von sich aus die Flucht. Zwei Wochen nach dem Münchener Abkommen beschrieb die Journalistin Milena Jesenská die Verzweiflung der Flüchtlinge und der völlig überforderten Tschechen: „In ganz Prag findet sich kaum ein Haus, in dem keine Flüchtlinge untergekröchen sind. Und das sind die Glücklichen, solche, die hier jemanden haben. Tausende aber liefen ganz einfach ins Unbekannte hinaus.“ Weil die Tschechen auf diese Weise überlastet würden, sei absehbar, dass sich deren Zorn und deren Ohnmachtgefühle bald gegen die Schwächsten, gegen die Flüchtlinge wenden könnten. Jesenská sah voraus, dass ihre derart in die Enge getriebenen Landsleute am Ende „selbst die Unschuldigen in den Abgrund“ stoßen könnten und „unser Volk einen tiefgehenden moralischen Bruch erleiden“ könne, von dem es sich „nicht leicht wieder erholen“ werde.¹⁰⁰

Die Ereignisse im Sudetenland glichen in vielem dem, was sich zuvor in Österreich abgespielt hatte: Juden und Nazigegner, die nicht mehr hatten fliehen können, wurden verfolgt und schikaniert – mitunter von sudetendeutschen Nachbarn, vor allem aber von Henlein-Truppen und der Gestapo. Letztere ging dabei ähnlich vor wie im österreichischen Burgenland, verhaftete Juden und schob sie über die grüne Grenze ab. Zudem wurden bis zum Frühjahr 1939 etwa 10 000 Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden aus dem Sudetenland in Konzentrationslager verschleppt.¹⁰¹

In der Folgezeit wurden alle wesentlichen antijüdischen Maßnahmen aus dem Reich in den neuen Reichsgau übertragen. Die verbliebenen Juden mussten ihr Vermögen anmelden; wie in Österreich verwalteten Kommissare die jüdischen Betriebe, ganz gleich, ob die Besitzer noch im Land oder geflohen waren. Eine Vermögensverkehrsstelle organi-

99 Hillgruber, *Großmacht* (wie Anm. xxx), S. 85; Weinberg, *Foreign Policy* (wie Anm. 7), S. 462 f.

100 Jesenská, *Alles ist Leben* (wie Anm. 98), S. 211–213.

101 Jörg Osterloh, *Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938–1945*, München 2006, S. 191–202.

sierte die „Arisierung“ zugunsten einheimischer Nichtjuden und von Reichsdeutschen, die in der Regel über mehr Kapital verfügten. Jüdische Einzelhandelsbetriebe wurden im Interesse des sudetendeutschen Mittelstands nach Möglichkeit stillgelegt, die Kohlegruben des Petschek-Konzerns den Hermann-Göring-Werken zugeschlagen, den größten Chemiekonzern des Sudetenlands übernahm die I.G. Farben.¹⁰²

Schon im März 1939 erreichte Hitler sein nächstes Ziel: die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Auf deutschen Druck hin erklärte Ministerpräsident Jozef Tiso (1887–1947) die seit dem Münchener Abkommen autonome Slowakei zum selbstständigen Staat. Den tschechischen Landesteil besetzten deutsche Truppen, und am 16. März 1939 proklamierte Hitler in Prag die Errichtung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren. Der gewählte Staatspräsident Emil Hácha (1872–1945) blieb nominell im Amt. Die Macht jedoch lag in deutschen Händen: der ehemalige deutsche Außenminister Konstantin von Neurath fungierte als Reichsprotektor. Staatssekretär und zugleich Höherer SS- und Polizeiführer von Böhmen und Mähren wurde der sudetendeutsche Nazi-Funktionär Karl Hermann Frank (1898–1946). Unmittelbar nach der Besetzung des Landes wurden Emigranten, Juden und als anti-nazistisch bekannte tschechische Persönlichkeiten in großer Zahl verhaftet und in verschiedenen Orten Juden offen attackiert. Im Juni 1939 gründete Eichmann in Prag die nächste Zentralstelle für jüdische Auswanderung. (Wie erwähnt, wird das Schicksal der tschechischen Juden auch für diese Zeit in Band 3 dieser Quellenedition dokumentiert.)

Im Schatten der Prager Ereignisse verlebte sich das Deutsche Reich am 23. März 1939 noch das Memelland ein. Der nördliche, mehrheitlich deutsch besiedelte Teil Ostpreußens war infolge des Versailler Vertrags 1919 vom Deutschen Reich abgetrennt, zunächst dem Mandat des Völkerbunds unterstellt und 1923 von litauischen Truppen und Paramilitärs besetzt worden. Seit 1933 hatte die NS-Bewegung auch in Memel starken Auftrieb erhalten. Im Herbst 1938 mehrten sich Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte; das Münchener Abkommen rückte einen nationalsozialistischen Putsch in greifbare Nähe und veranlasste viele Juden, das Land zu verlassen (Dok. 191). Als im März 1939 das Gebiet von Deutschland annektiert wurde, waren die meisten der etwa 6000 Juden, die in der Stadt Memel gelebt hatten, bereits geflohen. Die Zurückgebliebenen wurden der deutschen Judenpolitik unterworfen, ihr Vermögen sofort „arisiert“ (Dok. 287).¹⁰³

Zwangsemigration

Im Verlauf des Jahres 1938 wurde immer deutlicher, wie sehr die Enteignung der Juden das andere Ziel, die Vertreibung, erschwerte. Das Geflecht von Zwangsabgaben und Devisenbestimmungen, von Ausfuhrverboten und -gebühren verhinderte, dass die Juden wenigstens einen Teil ihres Besitzes mitnehmen konnten, um im Ausland neue Existenzen zu gründen. Die Zielländer jedoch weigerten sich, mittellose Flüchtlinge aufzunehmen, weil diese womöglich der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen würden. Bereits kurz

¹⁰² Ebd., S. 344–351, 406–410.

¹⁰³ Ruth Leiserowitz, Die Illusion der transmigratorischen Existenz. Juden im Memel des 20. Jahrhunderts, in: Nordost-Archiv, Bd. X (2001), S. 307–335.

nach dem Anschluss Österreichs verschärften fast alle diese Staaten ihre Einwanderungsbestimmungen und Grenzkontrollen oder erließen Einwanderungsverbote, die sich offen oder verdeckt gegen Juden richteten.¹⁰⁴

Die tschechische Regierung, die bis dahin eine vergleichsweise liberale Asylpolitik betrieben hatte, war nach dem Münchener Abkommen nicht mehr gewillt, jüdischen Flüchtlingen Aufnahme zu gewähren, und wies vom Oktober 1938 an nahezu alle Emigranten aus Deutschland und Österreich aus. Wenn sie der Aufforderung, das Land zu verlassen, nicht nachkamen, deportierte die Polizei sie an die Grenze, meist an die polnische.¹⁰⁵ Ähnlich erging es den Juden aus dem Sudetenland, die nach dem deutschen Einmarsch über die Grenze getrieben, dort aber von tschechischen Grenzposten zurückgewiesen oder nach Ungarn weitergeschickt wurden, wo sie gleichfalls unerwünscht waren, aber immerhin auf Transitmöglichkeiten hoffen konnten. Schließlich fanden einige auf einem Donaufrachter Aufnahme; die meisten wurden in einem Lager im tschechisch-ungarischen Grenzgebiet untergebracht.¹⁰⁶ Als im November 1938 Teile der Slowakei an Ungarn abgetreten werden mussten, deportierte die slowakische Hlinka-Garde Juden, die im Abtretungsgebiet geboren waren, dorthin, um sie so Ungarn zuzuschieben. Daraufhin transportierte die ungarische Gendarmerie auch diese Unerwünschten ins Niemandsland an der neu gezogenen ungarisch-slowakischen Grenze.¹⁰⁷ An den Westgrenzen des Reichs schoben sich die Grenzbehörden der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs nach dem Anschluss Österreichs gegenseitig die illegal eingereisten Flüchtlinge zu, bis die Vertreter dieser Staaten im April 1939 auf einer gemeinsamen Konferenz das Ende dieser Praxis vereinbarten (Dok. 271).¹⁰⁸

Je schwieriger die Flucht aus Deutschland wurde, desto chaotischere Formen nahm sie an. Im Jahr 1933 hatten etwa 37 000 Menschen das Land dauerhaft verlassen, in der Folgezeit bis 1937 waren es jährlich zwischen 20 000 und 24 000 gewesen.¹⁰⁹ Etwa 80 bis 85 Prozent der Auswanderer waren Juden. 1938 verfünffachte sich die Zahl der Flüchtlinge: In diesem Jahr emigrierten aus dem Altreich etwa 40 000 Juden und an die

104 Susanne Heim, Vertreibung, Raub und Umverteilung. Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und die Vermehrung des „Volksvermögens“, in: Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, Berlin 1999, S. 107–138; dies., „Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein“. Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938, in: Eberhard Jungfer u.a. (Hrsg.), Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa, Berlin 1993, S. 48–81, hier: S. 69–74.

105 Monatsbericht des Europa-Büro des Joint für Januar 1939; JDC, AR 33/44, 189.

106 Friedländer, Jahre der Verfolgung (wie Anm. 28), S. 287f.

107 Report by Mrs. Marie Schmolka, Manageress of „Hicem“ Prague, on her visit to the camp Mischdorf near Bratislava on November 27th, 1938, and other reports from No-Man's Land, abgedruckt in: Peter Heumos, Flüchtlingslager, Hilfsorganisationen, Juden im Niemandsland. Zur Flüchtlingsproblematik in der Tschechoslowakei im Herbst 1938, in: Bohemia 25 (1984), S. 245–275, hier: S. 272–275.

108 Hans-Dieter Arntz, Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet. Kreisgebiet Schleiden, Euskirchen, Monschau, Aachen und Eupen/Malmedy, Euskirchen 1990; Vicky Caron, Uneasy Asylum. France and the Jewish refugee crisis, 1933–1942, Stanford 1999; Frank Caestecker, Bob Moore (Hrsg.), Refugees from Nazi-Germany and the liberal European states, 1933–1939, Oxford 2009.

109 Strauss, Jewish Emigration (1980) (wie Anm. 1), S. 326.; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I–III, hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss, München 1980–1983.

60 000 aus Österreich.¹¹⁰ Juden verließen das Land auf legalen und illegalen Wegen und immer häufiger auch auf Schiffen, bei deren Abfahrt nicht feststand, ob sie ihr Ziel je erreichen, ob und wo ihre Passagiere an Land gelassen würden. „Das Jahr 1938 hat einen neuen Begriff in die europäische Geographie eingeführt: Niemandsland der Juden“, so schrieb ein Berichterstatter des Joint im Januar 1939.¹¹¹ Jüdische Flüchtlinge auf Schiffen ohne Landungsgenehmigung und im Niemandsland zwischen den Staaten versinnbildlichten die Ausgrenzung der Juden (Dok. 233). Das bekannteste dieser Schiffe war die *St. Louis*, die im Mai 1939 mit mehr als 900 jüdischen Auswanderern von Hamburg mit dem Ziel Havanna auslief. Dort verweigerten die Hafenbehörden die Landung, weil korrupte Beamte ungültige Visa an die Passagiere verkauft hatten (Dok. 290, 292, 297). Nach langwierigen Verhandlungen fanden die Passagiere schließlich in Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden Aufnahme.

Die Gestapo förderte die Erosion der zwischenstaatlichen Beziehungen, indem sie vom Sommer 1938 an Juden immer häufiger zum illegalen Grenzübergang zwang (Dok. 305). Als Reaktion auf solche Praktiken drohte die Schweiz mit der Einführung der Visumpflicht für alle Reichsdeutschen. In längeren Verhandlungen einigten sich Schweizer und deutsche Behörden darauf, die Pässe der deutschen Juden mit einem roten „J“-Stempel zu versehen (Dok. 127)– und machten den Juden damit die unbemerkte Einreise in andere Staaten generell unmöglich.¹¹²

Während des Novemberpogroms und danach bestand für Juden in Deutschland Lebensgefahr. Die halbwegs geregelte Emigration wurde zur panischen Flucht. Verhaftete Juden, die aus dem KZ nur unter der Auflage entlassen wurden, das Land zu verlassen, scheuten kaum ein Risiko. Die Schwarzmarktpreise für Schiffsfahrkarten und Visa stiegen stark an, kommerzielle wie humanitäre Fluchthilfe hatten Hochkonjunktur. Unter dem extrem gestiegenen Druck sahen sich Familien zur Trennung gezwungen, um einzeln außer Landes zu gehen oder zumindest die Kinder in Sicherheit zu bringen. Nachdem die britische Regierung unmittelbar nach dem Pogrom angeboten hatte, 10 000 Kinder aus jüdischen Familien aufzunehmen, entstanden im Reich binnen kurzer Zeit Büros zur Organisation solcher Kindertransporte (Dok. 202, 213, 272, 288). Außer in Großbritannien wurden jüdische Kinder auch in den Niederlanden und der Schweiz, in Belgien und Schweden in größerer Zahl aufgenommen.¹¹³ Eine den britischen Kindertransporten vergleichbare Initiative entstand wenig später in den USA. Dort scheiterte sie jedoch am Widerstand der Immigrationsgegner.¹¹⁴

110 Schätzung der IKG Wien, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 11.3.–31.12.1938; CAHJP, A/W 106.

111 No Man's Land of the Jews, 20. 1.1939; JDC, AR 1933/44, 541.

112 Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz–Zweiter Weltkrieg, Zürich 2001, S. 97–110.

113 Nach Strauss, *Jewish Emigration* (1980) (wie Anm. 1), S. 328 emigrierten mindestens 18 000 Kinder ohne Begleitung ihrer Eltern und wurden im Ausland in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht. McDonald Stewart gibt unter Bezugnahme auf die Statistiken deutsch-jüdischer Organisationen an, dass bis Kriegsausbruch 1939 nach Großbritannien emigrierten, 1500 in die Niederlande, 1000 nach Belgien, 600 nach Frankreich, 300 in die Schweiz und 450 nach Schweden; Barbara McDonald Stewart, *United States Government Policy on Refugees from Nazism 1933–1940*, New York 1982, S. 519. Zu den Kindertransporten allgemein: Claudia Curio, *Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien*, Berlin 2006.

114 Zosa Szajkowski, *The Attitude of American Jews to Refugees from Germany in the 1930's*, in: *American Jewish Historical Quarterly* LXI (1971), No. 2, S. 101–143, hier: S. 109.

Nach dem Novemberpogrom verließen auch jüdische Organisationen die legalen Wege und gingen dazu über, Juden auf allen erdenklichen Seitenpfaden außer Landes zu bringen (Dok. 260). Dazu gehörte das Anheuern von Schiffen, die unter neutraler Flagge fuhren und Emigranten nach Palästina brachten – sofern sie nicht vorher von der Marine der britischen Mandatsmacht aufgebracht wurden, die die illegale Einwanderung unterbinden sollte.¹¹⁵ Obwohl der SD offiziell die illegale Emigration ablehnte, um die legale nicht zu gefährden, kooperierte Berthold Storfer, der die illegale Auswanderung aus Wien vorantrieb und Schiffe für die Überfahrt nach Palästina charterte, kaum verdeckt mit Eichmann. Die Wiener Zionisten kritisierten Storfer aus diesem Grund, vor allem aber, weil er sich den zionistischen Auslesekriterien für die Palästinaemigration – jung, gesund, kräftig – widersetzte.¹¹⁶

In den europäischen Ländern, die jüdische Flüchtlinge nicht dauerhaft aufnehmen, sie aber auch nicht an Deutschland abschieben wollten, wurden seit 1938 immer mehr Flüchtlingslager errichtet – oft auf Initiative oder in Kooperation mit den einheimischen jüdischen Gemeinden, die so antisemitischen Reaktionen vorzubeugen hofften. In der Regel übernahmen jüdische Organisationen die Kosten und betreuten die Flüchtlinge. So richtete die Israelitische Flüchtlingshilfe der Schweiz in der Nähe von St. Gallen und in Basel Flüchtlingslager ein. In Großbritannien übernahm der Council for German Jewry solche Aufgaben. Die führenden Vertreter der britischen Juden hatten sich gegenüber der Regierung verpflichtet, für den Unterhalt der deutsch-jüdischen Flüchtlinge aufzukommen, konnten dieses Versprechen jedoch nach dem Anschluss Österreichs nicht mehr einhalten. In den Niederlanden hinterlegten die dortigen Juden bei der Regierung eine Garantiesumme für den Unterhalt der Flüchtlinge. In Belgien stellte der Staat die Räumlichkeiten für die Flüchtlinge, die laufenden Kosten trugen die jüdischen Hilfsorganisationen (Dok. 233, 241, 269, 271).¹¹⁷

Als Reaktion auf die steigenden Flüchtlingszahlen lud US-Präsident Franklin D. Roosevelt schon knapp zwei Wochen nach dem Anschluss Österreichs zu einer internationalen Konferenz ein. Sie tagte vom 6. bis 15. Juli 1938 im französischen Kurort Evian am Genfer See, wo die Vertreter von 32 Staaten über Aufnahmemöglichkeiten für die jüdischen Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich berieten.¹¹⁸ Nahezu alle Delegierten äußerten ihr Bedauern, dass es die wirtschaftliche Situation ihres Landes nicht erlaube, weitere Flüchtlinge aufzunehmen; einzig der australische Delegierte räumte offen ein, dass Australien

115 Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1945*, New York 1990; dies., *Die illegale Einwanderung nach Palästina. Politische, nationale und persönliche Aspekte (1939–1941)*, in: *Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe* (wie Anm. 104), S. 9–38, hier: S. 15.

116 Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht* (wie Anm. 42), S. 184–193.

117 Christian Eggers, *Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940–1942*, Berlin 2002, S. 20–48; Caestecker, Moore, *Refugees from Nazi-Germany* (wie Anm. 108); Louise London, *British Immigration Control Procedures and Jewish Refugees 1933–1939*, in: Werner Mosse (Hrsg.), *Second Chance. Two Centuries of German-speaking Jews in the United Kingdom*, Tübingen 1991, S. 485–517, hier: S. 502.

118 Zur Geschichte der Konferenz: Salomon Adler-Rudel, *The Evian Conference on the Refugee Question*, in: *Leo Baeck Yearbook XIII*, London 1968, S. 235–274; Ralph Weingarten, *Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der deutschen Judenfrage. Das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC) 1939–1939*, Bern 1981; Tommie Sjöberg, *The Powers and the Persecuted. The Refugee Problem and the Intergovernmental Committee on Refugees (IGCR), 1938–1947*, Lund 1991.

kein Rassenproblem habe und auch keines importieren wolle. Während interner Verhandlungen stellte lediglich die kleine, vom Diktator Rafael Trujillo regierte Dominikanische Republik die Aufnahme von Flüchtlingen in Aussicht. Goebbels' Propagandaministerium und das Auswärtige Amt verwiesen mit Häme auf das Scheitern der Konferenz und behaupteten, dass die Sorge in den demokratischen Staaten um das Schicksal der deutschen Juden nur geheuchelt sei (Dok. 64).

Wenngleich die Teilnehmerstaaten der Evian-Konferenz die weitere Aufnahme deutscher Juden überwiegend aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen ablehnten, stand dahinter ein prinzipielles, kaum lösbares Problem: Erklärten sich Staaten ohne Zugeständnisse von deutscher Seite zur Aufnahme mittelloser jüdischer Flüchtlinge bereit, so leisteten sie der Enteignung und Vertreibung der Juden Vorschub, womöglich nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus weiteren Staaten. So hatten Polen und Rumänien anlässlich der Konferenz deutlich gemacht, dass die jüdischen Minderheiten auch für ihre Länder ein Problem darstellten, dessen sich die internationale Staatengemeinschaft annehmen müsse.¹¹⁹

Immerhin gründeten die Delegierten in Evian das Intergovernmental Committee (IGC). Diesem kam die Aufgabe zu, Ansiedlungsmöglichkeiten für Flüchtlinge ausfindig zu machen und mit der deutschen Regierung über die Emigration der Juden und den (Teil-) Transfer ihrer Vermögen zu verhandeln. Zunächst lehnte es das Auswärtige Amt in Berlin kategorisch ab, den Direktor des IGC, den US-amerikanischen Rechtsanwalt George Rublee, überhaupt zu empfangen. Doch signalisierten Göring und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht nach dem Novemberpogrom Verhandlungsbereitschaft, weil sie hofften, auf diese Weise den trotz aller Enteignungs- und Beutezüge chronischen Devisenmangel des Reichs zu lindern. Im Dezember 1938 reiste Schacht zu geheimen Verhandlungen mit Rublee nach London. Auf deutscher Seite bestand das Ziel darin, Auswanderungsförderung und „Devisensicherung“ miteinander in Einklang zu bringen und den Boykott deutscher Waren im Ausland zu brechen. Nachdem Schacht im Januar 1939 das Amt des Reichsbankpräsidenten hatte aufgeben müssen, übernahm Helmut Wohlthat die Verhandlungsführung.¹²⁰ Als Leiter der Abteilung Devisenbewirtschaftung in der Vierjahresplanbehörde hatte er sich immer wieder mit der Enteignung der Juden befasst. Während er mit Rublee Verhandlungen führte, leitete er gemeinsam mit Friedrich Flick und der Dresdner Bank die „Arisierung“ des Petschek-Konzerns, bei der sich das Reich Kohlegruben und Industrieunternehmen im Wert von mehreren Hundert Millionen Reichsmark aneignete.¹²¹

¹¹⁹ Henry Feingold, *The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust 1938–1945*, New Brunswick 1977, S. 35; Eliahu Ben Elissar, *La Diplomatie du III^e Reich et les Juifs (1933–1939)*, Paris 1969, S. 243.

¹²⁰ Zu den Verhandlungen zwischen Schacht bzw. Wohlthat und dem IGC: Feingold, *The Politics of Rescue* (wie Anm. 119), S. 45–68; Weingarten, *Hilfeleistung* (wie Anm. 118) S. 121–144; Friedländer, *Jahre der Verfolgung* (wie Anm. 28), S. 310, 339; Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933–1939*, Stuttgart 2002, S. 320–427.

¹²¹ Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1990, S. 120–127; Harald Wixforth, *Die Expansion der Dresdner Bank in Europa*, München 2006, S. 136–138; Kim Christian Priemel, *Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*, Göttingen 2007, S. 390–431.

Das im Frühjahr 1939 ausgehandelte Konzept, nach seinen Wegbereitern Schacht-Rublee-Plan genannt, sah vor, zwei Dritteln der deutschen Juden innerhalb von fünf Jahren die Emigration zu gestatten. Zurückbleiben sollten nur die Alten und unbehelligt bis zu ihrem Tod in Deutschland leben können. Dem deutschen Fiskus wurde dem Plan zufolge gestattet, 75 Prozent des jüdischen Vermögens einzubehalten. Die anderen 25 Prozent sollten in einen Treuhandfonds einbezahlt, aber nur gegen zusätzliche Exporte aus Deutschland freigegeben werden. Ferner sah der Plan vor, im Ausland einen Anleihefonds zu schaffen, um die Ansiedlung der deutschen Juden vorzufinanzieren. Das Geld dafür sollten Hilfsorganisationen und wohlhabende Juden aufbringen (Dok. 207).

In seiner Rede vom 6. Dezember 1938 hatte Göring diesen Plan schon in groben Zügen skizziert. Unter den Repräsentanten der jüdischen Organisationen, die für die Finanzierung sorgen sollten, war der Fonds höchst umstritten, weil er die deutsche Wirtschaft auf Kosten jüdischen Vermögens stabilisieren würde. Ein formelles Abkommen zwischen dem Intergovernmental Committee und dem Deutschen Reich kam nie zustande, lediglich ein vertrauliches Memorandum, das Rublee als einseitige Absichtserklärung Deutschlands anzusehen bereit war, nicht aber als gemeinsames Dokument.¹²² Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs machte den Plan zunichte.

Erfassung, Ausgrenzung und Zwangsarbeit

Ende Juli 1938 wurde der Kennkartenzwang für alle zur Musterung erfassten jungen Männer sowie für die gesamte jüdische Bevölkerung eingeführt; bis zum Ende des Jahres mussten somit Juden vom 15. Lebensjahr an einen Personalausweis beantragen, der mit Lichtbild, Fingerabdruck und Unterschrift des Inhabers versehen war (Dok. 72). Im Schriftwechsel mit Behörden mussten sie die auf der Karte verzeichnete Kennnummer und den Kennort (Ausstellungsort) immer angeben. Sprachen sie persönlich auf den Ämtern vor, so hatten sie unaufgefordert auf ihr Jüdischsein hinzuweisen und ihre Kennkarte vorzulegen (Dok. 300). Ein Doppel der Karte verblieb bei der ausstellenden Passbehörde und wurde als Identifizierungsmittel in die Einwohnermeldekarteien eingeordnet.

Im August 1938 erließ das Reichsinnenministerium eine Verordnung, der zufolge für Juden nur noch bestimmte „jüdische“ Vornamen zulässig waren. Jüdische Männer mit anderen als den behördlich genehmigten Vornamen mussten sich vom 1. Januar 1939 an zusätzlich Israel nennen, Frauen den Zweitnamen Sara annehmen (Dok. 84, 86, 181). Der Zwangsvorname war beim Standesamt und im Telefonbuch einzutragen und im offiziellen Schriftverkehr stets anzugeben. Der nächste Schritt zur Erfassung der Juden erfolgte mit der Volkszählung im Mai 1939, die wegen des Anschlusses Österreichs um ein Jahr verschoben worden war. Auf einer speziellen Ergänzungskarte musste jeder Gezählte über die „Rassezugehörigkeit“ seiner vier Großeltern Auskunft geben (Dok. 36). Auf diese Weise ermittelten die Statistiker die aktuelle Zahl von 233973 „Rassejuden“ im Altreich, von denen etwa 20 000 nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten; sie erfassen zudem die „Halb-“ und „Vierteljuden“ mitsamt ihren Familienangehörigen, Haus-

¹²² Kieffer, Judenverfolgung (wie Anm. 120), S. 425f. Zur Debatte um den Schacht-Rublee-Plan und den Anleihefonds: Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939*, Philadelphia 1974, S. 273–285.

haltsmitgliedern, Wohnadressen und sonstigen personenbezogenen Angaben. Zur Kontrolle waren die Volkszähler angehalten, ihrerseits ihre Kenntnisse über die „Rassezugehörigkeit“ der Befragten in den Unterlagen zu notieren. All diese Informationen gingen noch im selben Jahr in die neu aufgestellte allgemeine Volkskartei ein, ebenso in die Einwohnermeldekarteikarten, die seit 1938 am oberen Rand die Spalte „Abstammung“ enthielten.¹²³ Die Mehrfacherhebung von Angaben über die „Rassezugehörigkeit“ – per Kennkarte, Zwangsvornamen, Volkszählungsbögen und Volkskartei – machte es für die Betroffenen schwer und angesichts drohender Strafen auch riskant, sich der Erfassung zu entziehen.

Als wichtige Informationsquelle für die rassistische Zuordnung dienten die Kirchenbücher. Darin war vermerkt, wer sich wann und wo hatte taufen lassen, einen jüdischen Ehepartner geheiratet oder den Namen geändert hatte. Seitdem von 1933 an der „Ariernachweis“ über berufliches Fortkommen und persönliches Schicksal entschied und zudem die Ahnenforschung in Mode gekommen war, konnten die Pfarrämter die Fülle der Anfragen kaum bewältigen. Immer wieder waren sie auch mit Bitten konfrontiert, Hinweise auf eine „nichtarische“ Abstammung unter den Tisch fallen zu lassen. Ein Erlass des Reichskirchenministers vom Oktober 1938 mahnte die Kirchenbuchführer daher zu vollständigen Angaben und forderte außerdem, dass sie die jüdische Abstammung des Antragstellers auch dann auf der auszustellenden Urkunde vermerkten, wenn sie ihnen nur zufällig bekannt sei (Dok. 188).¹²⁴ Auch ohne solche Aufforderungen machten sich insbesondere in protestantischen Landeskirchen Beflissene ans Werk, die von sich aus die Erfassung der „Nichtarier“ betrieben. In Berlin etwa forschte unter Leitung des evangelischen Pfarrers und Archivrats Karl Themel die von der Kirche finanzierte Kirchenbuchstelle Alt-Berlin in den Gemeindeunterlagen nach Juden, die sich hatten taufen lassen, und stellte aus sämtlichen Kirchenbüchern Berlins eine „Fremdstämmigentaufkartei“ zusammen.¹²⁵ Die Kirchenbuchstellen, die es in verschiedenen Landeskirchen gab, reichten ihre Erkenntnisse u. a. an die dem Reichsinnenministerium unterstehende Reichsstelle für Sippenforschung weiter, erteilten aber auch Auskünfte an Parteiinstitutionen, das Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland, die SS oder die Polizei.¹²⁶ Parallel dazu wurden sämtliche Eintragungen in den Berliner Kirchenbüchern in einer Kartothek erfasst, damit die „arischen“ Christen ihre „Rassereinheit“ möglichst unkompliziert beweisen konnten.

Auf externe Beobachter wirkte der Boom der Abstammungsforschung mitunter skurril. So verweigerte ein Schweizer Pfarrer im April 1938 Auskünfte über die Abstammung eines NSDAP-Mitglieds, indem er den Antragsteller wissen ließ, „dass wir uns teils vor Lachen geschüttelt, teils am gesunden Menschenverstand der nordischen Rasse zu zweifeln angefangen haben, als wir sahen: Die pathologischen Forderungen des Ariernach-

¹²³ Götz Aly, Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung, Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2000, S. 54–64.

¹²⁴ Stephan Linck, „... restlose Ausscheidung dieses Fremdkörpers“. Das schleswig-holsteinische Kirchenbuchwesen und die „Judenfrage“, in: Manfred Gailus (Hrsg.), *Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im „Dritten Reich“*, Göttingen 2008, S. 27–47, hier: S. 33.

¹²⁵ Manfred Gailus, *Einführung*, in: ebd., S. 12f.; Aly, Roth, *Restlose Erfassung* (wie Anm. 123), S. 85.

¹²⁶ Manfred Gailus, „Hier werden täglich drei, vier Fälle einer nichtarischen Abstammung aufgedeckt“. Pfarrer Karl Themel und die Kirchenbuchstelle Alt-Berlin, in: ders., *Kirchliche Amtshilfe* (wie Anm. 124), S. 82–100, hier: S. 89 f.

weises bei der Urgroßmutter (!!!) finden Sie nicht bloß nicht verrückt, sondern auf den Mann, der solchen Generalblödsinn befiehlt, bringen Sie noch ein ‚Heil!‘ aus.“¹²⁷

Unter den evangelischen Pfarrern nahmen es diejenigen, die sich der Glaubensbewegung der Deutschen Christen zugehörig fühlten, besonders genau mit der Erfassung der „nichtarischen“ Gläubigen. Aber auch die meisten Angehörigen der Bekennenden Kirche fügten sich den entsprechenden Anweisungen der Kirchenleitung. Im Februar 1939 schlossen die Landeskirchen von Thüringen, Mecklenburg, Anhalt und Sachsen „Nichtarier“ aus (Dok. 262).¹²⁸ Einzig das von Pfarrer Heinrich Grüber geleitete Beratungsbüro nahm sich der Belange der „nichtarischen“ evangelischen Christen an, die ja, da sie zwar als „Rasse“-Juden verfolgt wurden, aber nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, in jüdischen Organisationen keine Unterstützung fanden.¹²⁹ Allerdings machte die Berliner Kirchenleitung keinen Hehl aus ihrer Reserve gegenüber dem Büro Grüber (Dok. 267). Im Umfeld der Deutschen Christen entstand im Frühsommer 1939 das in Eisenach angesiedelte Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben. Dessen Ziel war es, die Kirchengesangbücher und die Bibel daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie Textpassagen enthielten, die „Ausdruck einer fremden Rassenseele“ waren oder „jüdische Ideen“ enthielten (Dok. 307).

Die Katholische Kirche reagierte im Allgemeinen gegenüber den Anforderungen des NS-Regimes deutlich zurückhaltender, beharrte auf Kirchenliedern, deren Text nun als nicht mehr opportun galt (Dok. 253), drohte Religionslehrern, die das als „jüdische Bibel“ verunglimpfte Alte Testament aus dem Lehrplan strichen, mit dem Entzug der Lehrbefugnis. Nur ausnahmsweise beteiligten sich einzelne Geistliche an der Sichtung der Kirchenbücher, um getaufte Juden aufzuspüren.¹³⁰ Die „nichtarischen“ Katholiken galten weiterhin als Glaubensbrüder, die nicht aus der Kirche ausgeschlossen, allerdings nur zurückhaltend unterstützt wurden. Beide christliche Kirchen zogen zu keinem Zeitpunkt der NS-Herrschaft ein entschiedenes und öffentliches Eintreten für die verfolgten Juden in Betracht. Nach dem Novemberpogrom protestierten weder die evangelischen noch die katholischen Bischöfe gegen die Judenverfolgung.

Die Erfassung der Juden erlangte u. a. praktische Bedeutung beim Arbeitseinsatz. Soweit noch ökonomische Verbindungen zwischen Juden und Nichtjuden bestanden hatten, wurden diese mit dem Fortschreiten der „Arisierung“ gekappt. Zwar durften Juden in den Firmen nichtjüdischer Eigentümer weiter beschäftigt werden, nach Möglichkeit jedoch getrennt von der nichtjüdischen Belegschaft.¹³¹ Seit dem Sommer 1938 wurde in den Kommunal- und Reichsbehörden immer wieder diskutiert, die Juden von der öffentlichen Fürsorge auszuschließen (Dok. 164, 285, 293) oder aber ihnen diese nur noch gegen Arbeitsleistungen zuzugestehen. Insbesondere die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unternahm verschiedene Vorstöße, um die Zwangsarbeit

127 Zit. nach: Gailus, Einführung, (wie Anm. 125), S. 17.

128 Martin Greschat, Die Haltung der deutschen evangelischen Kirchen zur Verfolgung der Juden im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2003, S. 320–341.

129 Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder, Juden, Christen, Deutsche: 1933–1945, Bd. 2: 1935 bis 1938, Teil 2, Stuttgart 1992, S. 259–277.

130 Bernd Nellesen, Die schweigende Kirche. Katholiken und Judenverfolgung, in: Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung (wie Anm. 128), S. 305–319, hier: S. 309.

131 Kulka, Jäckel (Hrsg.), NS-Stimmungsberichte (wie Anm. 13), S. 380.

von Juden zu organisieren. Dadurch sollte die öffentliche Fürsorge entlastet und der Auswanderungsdruck verstärkt werden (Dok. 104). Am 19. Oktober 1938 gab der Präsident der Reichsanstalt, Friedrich Syrup, einen geheimen Erlass über den Arbeitseinsatz von Juden heraus. Darin wurden die Arbeitsämter aufgefordert, sich einen Überblick über Zahl und Qualifikation der arbeitslosen Juden zu verschaffen und deren Arbeitseinsatz in geschlossenen Gruppen in die Wege zu leiten. Zu diesem Zeitpunkt waren in einigen Städten, darunter in Wien, bereits jüdische Arbeitskolonnen zu öffentlichen Arbeiten abkommandiert.¹³²

Die Vorschrift jedoch, dass die Juden getrennt von Nichtjuden eingesetzt werden sollten, erwies sich als Hindernis, da in vielen Betrieben die Voraussetzungen für eine Separierung nicht gegeben waren. Folglich wurden jüdische Arbeitskolonnen vor allem im öffentlichen Sektor, in Parks und Gärten, beim Straßen- und Kanalbau, bei der Reichsbahn oder auf Müllplätzen beschäftigt. Dies bedeutete jedoch oftmals, dass die Unterbringung der jüdischen Zwangsarbeiter in Lagern und deren Bewachung organisiert werden musste. In verschiedenen Orten, darunter auch in Hamburg, wurden separate Sammelarbeitslager für jüdische Pflichtarbeiter errichtet, um sie von anderen Arbeitspflichtigen zu trennen und zum Abarbeiten ihrer Unterstützungszahlungen zu nötigen.¹³³ Schon bald allerdings beschränkte sich der Arbeitseinsatz nicht mehr nur auf Juden, die als arbeitslos gemeldet waren und denen eine Gegenleistung für öffentliche Hilfgelder abverlangt werden sollte; vielmehr wurden auch berufstätige Juden zur Arbeit gezwungen (Dok. 109). Nachdem der Reichsinnenminister ohnehin verfügt hatte, dass Juden von der allgemeinen Fürsorge ausgeschlossen und an jüdische Wohlfahrtseinrichtungen verwiesen werden sollten (Dok. 164), wurde deutlich, dass der Arbeitseinsatz vornehmlich anderen Zwecken diene: sowohl der Schikane als auch der Mobilisierung aller Arbeitskraftreserven zur Kriegsvorbereitung. Ausnahmegenehmigungen waren nicht etwa beim Arbeitsamt, sondern ausschließlich bei der Gestapo zu beantragen. Bei Verstößen gegen die Dienstverpflichtung drohten Gefängnisstrafen. Zwangsverpflichtete Juden ersetzten „arische“ Arbeitskräfte, die zu Arbeiten von „staatspolitischer Bedeutung“ – so der Ausdruck in einem Erlass Görings – herangezogen wurden. Wie viele Juden vor Kriegsbeginn zu derartigen Einsätzen verpflichtet wurden, ist nicht überliefert. Die allgemeine Zwangsarbeit für alle Juden wurde offiziell erst Ende 1940 verfügt.¹³⁴

Abschiebung der polnischen Juden und Novemberpogrom

Am 31. März 1938 erließ die polnische Regierung das allgemein formulierte, faktisch gegen Juden gerichtete Gesetz „über den Entzug der Staatsbürgerschaft“. Damit schuf sie die Möglichkeit, polnische Staatsangehörige auszubürgern, die seit mehr als fünf Jahre im

132 Wolf Gruner, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 48–53.

133 Wolf Gruner, *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942)*, München 2002, S. 137, 205.

134 Wolf Gruner, *Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit jüdischer Deutscher 1938/1939*, in: Götz Aly u.a. (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt* (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Bd. 8), Berlin 1990, S. 137–155.

Ausland lebten. Im Oktober 1938 folgte eine Verfügung, der zufolge im Ausland ausgestellte Pässe nur mit einem Prüfvermerk des zuständigen polnischen Konsulats zur Einreise nach Polen berechtigten. Auf diese Weise wollte die polnische Regierung verhindern, dass Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die im Deutschen Reich lebten, nach Polen flohen.¹³⁵ Die deutsche Führung befürchtete nun, wie es Staatssekretär Ernst von Weizsäcker gegenüber dem polnischen Botschafter Józef Lipski ausdrückte, „daß uns im Wege der Ausbürgerung ein Klumpen von 40–50 000 staatenlosen ehemaligen polnischen Juden in den Schoß fiele“.¹³⁶ Um dies zu verhindern, beschloss die Reichsregierung, kurz vor Inkrafttreten des polnischen Gesetzes, am Abend des 27. Oktober 1938, 17 000 polnische Juden nach Polen abzuschieben. In manchen Städten nahm die Polizei ausschließlich Männer fest, in anderen ganze Familien.

Obleich die meisten Betroffenen von ihrer Verhaftung völlig überrascht wurden, konnte zum Beispiel die Münchener Polizei nur etwa einem Drittel derer habhaft werden, die sie abschieben wollte (Dok. 112). Zu den Abgeschobenen gehörte zum Beispiel Marcel Reich-Ranicki, der im Alter von 18 Jahren Opfer dieser Massenabschiebung wurde. Er hatte keine Ahnung, warum er am frühen Morgen des 28. Oktober 1938 plötzlich in Berlin verhaftet wurde und was er in dem Land anfangen sollte, das ihm „vollkommen fremd war“.¹³⁷ Für viele Verhaftete endete die Reise vorerst an der Grenze. Polnische und deutsche Grenz-wachen trieben die Menschen tagelang zwischen den Linien hin und her. Schließlich wurden sie in hastig hergerichtete Lager eingewiesen. Das größte befand sich in Zbąszyń (Neubentschen) und bestand noch bis zum Sommer 1939, weil die Insassen weder nach Deutschland zurückkehren noch nach Polen einreisen konnten (Dok. 203).

Aus Hannover wurde die Familie Herschel Grynszpan an die polnische Grenze verschleppt. Nachdem Grynszpan, der damals in Paris lebte, das aus einem Brief seiner Schwester erfahren hatte, schoss er am 7. November 1938 in der Deutschen Botschaft in Paris den Legationssekretär Ernst vom Rath nieder und verletzte ihn lebensgefährlich. Noch am selben Tag erhielten die Redaktionen sämtlicher deutscher Zeitungen die Weisung, „in größter Form“ über den Anschlag zu berichten und dabei die Verantwortung des „Weltjudentums“ für die Tat zu unterstreichen.¹³⁸ Bereits in der Nacht vom 7. auf den 8. November wurden in Kassel, Bebra und anderen nordhessischen Orten Synagogen, jüdische Schulen sowie die Geschäfte und Wohnungen von Juden überfallen und demo-

135 Sybil Milton, *The Expulsion of Polish Jews from Germany October 1938 to July 1939*, in: Leo Baeck Yearbook XXIX (1984), S. 169–199; Trude Maurer, *Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die ‚Kristallnacht‘* in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht‘ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988, S. 52–73; Jerzy Tomaszewski, *Letters from Zbąszyń*, in: *Yad Vashem Studies XIX* (1988), S. 289–315; ders., *Auftakt zur Vernichtung: die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, Osnabrück 2002; Yfaat Weiss, *Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940*, München 2000, S. 195–217.

136 Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 8.11.1938; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D (1937–1945), Bd. 5, Baden-Baden 1963, S. 102.

137 Reich-Ranicki, *Mein Leben* (wie Anm. 3), S. 157–160; siehe auch: Rudi und Trude Gräber, *Fehlgeschlagene Abschiebung nach Polen*, in: Charlotte Ueckert-Hilbert (Hrsg.), *Fremd in der eigenen Stadt. Erinnerungen jüdischer Emigranten aus Hamburg*, Hamburg 1989, S. 95–100.

138 Zit. nach Wolfgang Benz, *Der Rückfall in die Barbarei. Bericht über den Pogrom*, in: Pehle (Hrsg.), *Judenpogrom 1938* (wie Anm. 135), S. 13–51, hier: S. 15.

liert (Dok. 123), am 8. November auch in Magdeburg-Anhalt.¹³⁹ An diesem Tag rief der Völkische Beobachter kaum verdeckt zum Pogrom auf: „Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen.“¹⁴⁰

Am Abend des 9. November hatten sich, wie zum Jahrestag des 1923 gescheiterten Hitler-Putsches üblich, führende NSDAP-Männer im Alten Rathaus in München versammelt. Nachdem die Nachricht vom Tode des Diplomaten bekannt gegeben worden war, sprach Hitler kurz mit Goebbels und verließ dann die Versammlung. Goebbels forderte die anwesenden Gauleiter und SA-Führer auf, dafür zu sorgen, dass die Tat Grynspanns nicht ungesühnt bleibe. Am folgenden Tag schilderte er das kurze Gespräch mit Hitler in seinem Tagebuch: „Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu spüren bekommen. Das ist richtig. Ich gebe gleich entsprechende Anweisung an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln.“¹⁴¹

Gegen 22.30 Uhr löste sich die Versammlung im Münchener Alten Rathaus auf, und die anwesenden NS-Funktionäre unterrichteten telefonisch ihre Gauleitungen und Gaupropagandaleitungen. Überall im Reich feierten SA-Leute und NSDAP-Aktivisten an diesem Abend den Jahrestag des Putsches. Mehr oder weniger angetrunken hatten sie sich gewiss auch über das Attentat erregt, wurden in dieser aufgeladenen Situation mündlich über den Tod vom Raths informiert und erhielten den Hinweis, die Partei rufe offiziell nicht zu antijüdischen Aktionen auf, werde jedoch spontane Empörung nicht behindern.

Um kurz vor Mitternacht telegraphierte der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts Heinrich Müller an alle Staatspolizeistellen und -leitstellen, dass „in kürzester Frist“ im ganzen Land Aktionen gegen Juden beginnen würden, die nicht zu stören, Plünderungen jedoch zu unterbinden seien. Gegen Juden, die im Besitz von Waffen angetroffen würden, seien „die schärfsten Maßnahmen“ zu ergreifen. Die Festnahme von 20 000 bis 30 000 – insbesondere wohlhabender – Juden im ganzen Reich sei vorzubereiten (Dok. 125). Nachdem in etlichen Städten die Synagogen bereits brannten, gab Heydrich um 1.30 Uhr ein Blitz-Fernschreiben an die örtlichen SD- und Gestapo-Dienststellen heraus, in dem er die Instruktionen Müllers präziserte: Es sei darauf zu achten, dass Leben und Eigentum von Nichtjuden nicht gefährdet würden; außerdem sei das Eigentum ausländischer Juden von der Zerstörung auszunehmen. Heydrich bekräftigte das Plünderungsverbot, die Anweisung, historisch wertvolles Archivmaterial sicherzustellen, und den Befehl zur Festnahme

139 Wolf-Arno Kropat, *Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation*, Wiesbaden 1988, S. 19–47; Benz, *Rückfall* (wie Anm. 138), S. 17; Goebbels-Tgb. (wie Anm. 18), Bd. 6, München 1998, S. 180 (10.11.1938).

140 *Völkischer Beobachter* vom 8.11.1938, zit. nach: Elisabeth Klamper, *Die „Affäre Herschel Grynspan“*, in: *Der Novemberpogrom 1938. Die „Reichskristallnacht“ in Wien*, Wien 1989, S. 53–59, hier: S. 56.

141 Goebbels-Tgb. (wie Anm. 18), Teil I, Bd. 6, München 1998, S. 180 (10.11.1938); Uwe Dietrich Adam, *Wie spontan war der Pogrom?*, in: *Pehle, Judenpogrom 1938* (wie Anm. 135), S. 74–93.

insbesondere wohlhabender Juden – „zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters“ (Dok. 126).

Vierorts waren bereits am 8. November SA und Hitlerjugend aufgefordert worden, sich für „Aktionen“ gegen die Juden bereitzuhalten. Daher kamen mitten in der Nacht vom 9. zum 10. November schnell größere Menschenansammlungen zustande, die Synagogen in Brand steckten, die Wohnhäuser von Juden umstellten, die Bewohner auf die Straße trieben, verprügelten und ihre Wohnungen in Trümmer schlugen. Die Feuerwehr griff in der Regel nur ein, um die Ausbreitung der Flammen zu verhindern, half gelegentlich aber auch beim Brandstiften: „Das Anzünden der Synagogen war offenbar nicht selten schwierig und gelang, wie in Essen, erst nach fachkundigem Einsatz der Feuerwehr.“¹⁴²

Zwar beteiligten sich in vielen Orten auch nicht organisierte Bürger an den Überfällen, Angriffen und Brandstiftungen, manchmal bildeten sie einen Kordon aus anfeuernden oder auch entsetzten Zuschauern (Dok. 131). In der Regel gehörten die Täter der SA an, der NSDAP oder der Hitlerjugend. Sie waren aufgefordert worden, in Zivilkleidung zu erscheinen. In zahlreichen Städten, insbesondere in Nordwestdeutschland, wohnten die jugendlichen Täter nicht im Ort selbst, sondern wurden aus einiger Entfernung per Lastwagen herbeigefahren. Dies verhinderte sowohl die Identifizierung der Angreifer durch die Opfer als auch eventuelles Mitleid der Angreifer, falls sich unter den Misshandelten persönliche Bekannte befunden hätten. Ein solches Vorgehen deutet darauf hin, dass es möglicherweise, zumindest an manchen Orten, detaillierte Vorbereitungen zum Pogrom gegeben hat, zumal jede „Pogrom-Kolonnie“, wie für den Raum Duisburg berichtet wird, mit „sorgfältig angefertigten Adresslisten“ ausgestattet war. Jüdische wie nichtjüdische Augenzeugen berichteten vielfach, dass die jugendlichen Täter unter starkem Alkoholeinfluss standen, und schlussfolgerten daraus: „Entweder also hat man die Bande – jugendliche Burschen reagieren bekanntlich besonders schnell auf Genuss von alkoholischen Getränken – vorher besoffen gemacht, um sie in Pogromstimmung zu bringen, oder man hat während der einstündigen Autofahrt zum Aktionsgebiet unterwegs gerastet und Freibier gespendet.“¹⁴³

Nach offiziellen Angaben wurden in dieser Nacht 91 Juden getötet, 36 Personen schwer verletzt, mehrere jüdische Frauen vergewaltigt. Die tatsächliche, aber nicht genau bekannte Zahl der Opfer lag gewiss höher. In Bremen und Umgebung wurden fünf Menschen erschossen, darunter der 78-jährige Arzt Adolph Goldberg und seine Ehefrau Martha, geb. Sussmann. Die Mörder waren SA-Männer im Alter zwischen 23 und 53 Jahren (Dok. 134).¹⁴⁴ Außerdem wurden über 1000 Synagogen in Brand gesteckt, demoliert oder auch gesprengt,¹⁴⁵ 7000 bis 7500 Geschäfte jüdischer Inhaber sowie

142 Ulrich Herbert, Von der „Reichskristallnacht“ zum „Holocaust“. Der 9. November und das Ende des „Radauantisemitismus“, in: Thomas Hoffmann, Hanno Loewy, Harry Stein (Hrsg.), Pogromnacht und Holocaust. Frankfurt, Weimar, Buchenwald ... Die schwierige Erinnerung an die Stationen der Vernichtung, Weimar 1994, S. 58–80, hier: S. 67.

143 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 357 f.

144 Wilhelm Lühns, Der Pogrom vom 9./10. November 1938, in: „Reichskristallnacht“ in Bremen. Vorgeschichte, Hergang und gerichtliche Bewältigung des Pogroms vom 9./10. Nov. 1938, S. 39–59, hier: S. 43–46.

145 Adolf Diamant hat 1.802 Synagogen und Betstuben in Deutschland erfasst; etwa 1200 davon wurden in der NS-Zeit zerstört, der größte Teil während des Pogroms, ein kleinerer Teil im Krieg. Für Österreich konnte Diamant 95 zerstörte Synagogen und Bethäuser allein in Wien ermitteln; Adolf Diamant, Zerstörte Synagogen vom November 1938. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a.M. 1978, S. XIV f.

mindestens 177 Wohnhäuser zerstört und geplündert. Die Glasschäden der „Kristallnacht“ beliefen sich auf sechs Millionen, der Gesamtschaden auf 39 Millionen Reichsmark.¹⁴⁶

Der US-Konsul in Leipzig berichtete nach Washington: „Nachdem sie Wohnungen demoliert und den größten Teil des Mobiliars auf die Straße geworfen hatten, warfen die unersättlich sadistischen Täter viele der zitternden Bewohner in einen kleinen Bach, der durch den Zoologischen Garten fließt, und forderten die entsetzten Zuschauer auf, sie anzuspeien, mit Lehm zu besudeln und sich über ihre Not lustig zu machen ... Das geringste Anzeichen von Mitleid rief auf Seiten der Täter einen regelrechten Zorn hervor.“¹⁴⁷ Am nächsten Tag gingen die Gewalttaten weiter, nun häufig unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung; in manchen Orten führten Lehrer ganze Schulklassen zu den zertrümmerten Wohnungen und Geschäften der Juden und hielten die Kinder dazu an, antisemitische Parolen zu rufen oder dem Abtransport verhafteter Juden zu applaudieren.¹⁴⁸ Nahezu überall versammelten sich Neugierige, um sich die Schäden anzusehen oder noch etwas aus den Auslagen zertrümmerter Schaufenster zu ergattern. Aus Aachen und Essen berichteten Augenzeugen, dass nach den Plünderungen die Beutestücke auf offener Straße verkauft, Schuhe und Wäsche in die passenden Größen umgetauscht wurden.¹⁴⁹ Die Stimmungsberichte des SD dokumentierten sehr verschiedene Reaktionen auf den Pogrom, sie reichten von ausdrücklichem Beifall für die „Abrechnung“ mit „dem Judentum“, über betretenes Schweigen bis zu demonstrativen Sympathiebekundungen für die Gedeemütigten und Misshandelten. Im Vordergrund stand die Kritik an der Vernichtung wertvoller Waren und an der vielfach als barbarisch und mittelalterlich angesehenen Vorgehensweise.¹⁵⁰ Allerdings schmälerte solche Kritik nicht unbedingt das Interesse „arischer“ Nachbarn am günstigen Erwerb jüdischen Eigentums.

In manchen Orten nahm die Polizei in der Pogromnacht auch Frauen fest, ließ sie in der Regel jedoch nach einigen Stunden oder am nächsten Tag wieder frei. Die in der Nacht verhafteten jüdischen Männer wurden zunächst in Turnhallen, auf Polizeiwachen und in Rathäusern festgehalten und am nächsten Tag, mitunter nach einem demütigenden Spalierlauf durch die Stadt, in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen überstellt. In den folgenden Tagen und Nächten gingen die Verhaftungen weiter. Sie betrafen insgesamt 25000 bis 30000 jüdische Männer. Für derart viele Häftlinge waren die Lager nicht eingerichtet, entsprechend katastrophal die Zustände (Dok. 227, 229). In Buchenwald misshandelten Wachmänner und Kapos jüdische Häftlinge und ver-

¹⁴⁶ Heinz Lauber, Judenpogrom: „Reichskristallnacht“ November 1938 in Großdeutschland. Daten, Fakten, Dokumente, Quellentexte und Bewertungen, Gerlingen 1981, S. 123; Erhard R. Wien, Novemberpogrom. Die ‚Reichskristallnacht‘ in den Erinnerungen jüdischer Zeitzeugen der Kehilla Kedoscha Konstanz 50 Jahre danach als Dokumentation des Gedenkens, Konstanz 1988, S. 52; Richard Evans, Das Dritte Reich, Bd. II, 2: Diktatur, München 2006, S. 707, 714.

¹⁴⁷ Zit. nach Wolfgang Mönninghoff, Enteignung der Juden. Wunder der Wirtschaft, Erbe der Deutschen, Hamburg, Wien 2001, S. 197.

¹⁴⁸ Dieter Obst, „Reichskristallnacht“. Ursachen und Folgen des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt a.M. 1991, S. 352.

¹⁴⁹ Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 363.

¹⁵⁰ Vgl. Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“, München 2006, S. 129–135; Frank Bajohr, Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006, S. 37–45; Kulka, Jäckel (Hrsg.), NS-Stimmungsberichte (wie Anm. 13), S. 319–328.

suchten auf diese Weise, ins Lager mitgebrachte Wertgegenstände zu erpressen.¹⁵¹ In Sachsenhausen quälten die SS-Wachmänner, die nach Einschätzung der Häftlinge meist kaum älter als 20 waren, mit Vorliebe dicke Juden, Rabbiner und jüdische Akademiker und zwangen jüdische Häftlinge, sich selbst als „Saujuden“ vorzustellen.¹⁵² In Dachau starben innerhalb weniger Wochen mindestens 185 der neu eingelieferten Juden, in Buchenwald 233.¹⁵³ Für das Lager Sachsenhausen wurde in einem Bericht von Ende 1938 die Zahl der Toten nach dem Pogrom auf 80 bis 90 von insgesamt 6000 Häftlingen geschätzt: „Todesursachen sind: 1. Überanstrengung, 2. Aufhören der gewöhnlichen ärztlichen Behandlung und Medikamenten- und Diätausfall, 3. Septische Erkrankungen, 4. Folgen des Frostes und Lungenentzündung.“ Eine weitere Todesart wird für Sachsenhausen folgendermaßen beschrieben: „Wer nicht stramm genug beim Exerzieren war, musste ‚rollen‘, d.h. sich so lange im Sande um sich selbst drehen, bis er bewusstlos war. Diese Unglücklichen liefen dann oft gegen das elektrisch geladene Gitter und wurden vom elektrischen Schlag oder durch den Posten, der das Überschreiten der Grenze feststellte, getötet.“¹⁵⁴ Über diejenigen, die aufgrund der Haftbedingungen oder der Folter wahnsinnig wurden oder sich das Leben nahmen, gibt es keine zuverlässigen Zahlenangaben.

Die Massenverhaftung jüdischer Männer diente zwei Zielen: Zum einen sollten wohlhabende Juden unter dem Druck der Misshandlungen ihr Vermögen Nichtjuden übertragen, zum anderen versuchten SD und Gestapo auf diese Weise die Vertreibung der Juden aus Deutschland zu beschleunigen. Die meisten der Inhaftierten wurden in den Wochen nach dem Pogrom unter der Bedingung freigelassen, dass sie ein Ausreisevisum vorlegen konnten oder sich verpflichteten, das Land binnen weniger Tage oder Wochen zu verlassen.

In etlichen Ländern führten die Nachrichten über die Gewaltexzesse zum Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten jüdischer Flüchtlinge. Die britische Regierung setzte mit ihrer Bereitschaft zur Aufnahme jüdischer Kinder ein Zeichen, und Präsident Roosevelt rief nach dem Pogrom den US-Botschafter aus Berlin ab. Im Allgemeinen jedoch wurden die Einwanderungsbestimmungen nach dem Pogrom weiter verschärft; auch wegen des stärkeren Andrangs blieb die Emigration für die deutschen und österreichischen Juden äußerst schwierig.

Mehr als jedes andere Ereignis vor Beginn der Deportationen markiert der Novemberpogrom im kollektiven Bewusstsein der Juden die entscheidende Zäsur. In den vorangegangenen Jahren der NS-Herrschaft waren die Juden in Deutschland zwar vielerlei Schikanen und immer wieder auch antisemitisch motivierter Gewalt ihrer nichtjüdischen Landsleute ausgesetzt gewesen, doch hatte es sich dabei meist um lokal begrenzte und einigermaßen berechenbare Diskriminierungsakte gehandelt.¹⁵⁵ Die Hetzjagden auf

151 Der Buchenwald-Report. Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, hrsg. von David A. Hackett, München 1996, S. 283–287; Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung, hrsg. von der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen 1999, S. 76–80; Pingel, Häftlinge (wie Anm. 26), S. 91–96.

152 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 571, 577, 582, 587.

153 Schüler-Springorum, Masseneinweisungen (wie Anm. 30), S. 162; Orth, Das System (wie Anm. 24), S. 53.

154 Barkow, Gross, Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938 (wie Anm. 29), S. 487, 573.

155 Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, S. 309.

Wiener Juden, die sich von Mitte März bis in den April 1938 hingen, machten hingegen deutlich, dass sich Pogrome nicht nur in Russland oder Rumänien, sondern mitten im bürgerlich-mondänen Wien ereignen konnten. Nach der Pogromnacht vom November mussten auch diejenigen Juden, die bisher nicht emigrieren wollten, um Leib und Leben fürchten. Selbst Victor Klemperer verschlug es die Sprache. In seinem Tagebuch findet sich erst am 22. November wieder ein Eintrag: „Erst Krankheit, dann der Autounfall, dann, im Anschluß an die Pariser Grünspan-Schießaffäre, die Verfolgung, seitdem das Ringen um die Auswanderung.“ Ein gutes Jahr später am Silvesterabend 1939 notierte Klemperer im Rückblick auf die Judenverfolgung und das erste Weihnachten im Zweiten Weltkrieg: „Die Pogrome im November 38 haben, glaube ich, weniger Eindruck auf das Volk gemacht als der Abstrich der Tafel Schokolade zu Weihnachten.“¹⁵⁶

In der antijüdischen Politik bedeutete der Pogrom eine Zäsur. In den vorangegangenen Jahren hatte das Wechselverhältnis zwischen antijüdischem Terror vonseiten der Partei- und SA-Basis einerseits und jüdenfeindlichen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften andererseits zur sukzessiven Radikalisierung der Judenpolitik und zur Ausgrenzung der jüdischen Minderheit geführt – allerdings nicht gradlinig, sondern in sorgsamer Abwägung, auch nach Gesichtspunkten der Opportunität. Nach dem 9. November schob die deutsche Führung ihre letzten Rücksichten auf diplomatische Verwicklungen oder wirtschaftliche Nachteile beiseite. Die Konsequenzen des Pogroms mögen nicht allen Nazi-Funktionären willkommen gewesen sein, doch nutzten sie alle den Radikalisierungsschub für die jeweils eigenen Ziele. Göring wetterte zwar gegen die volkswirtschaftlichen Schäden, die der Pogrom verursacht hatte, freute sich aber über den neu entstandenen Handlungsspielraum. Zusammen mit dem Reichsfinanz- und dem Reichswirtschaftsministerium setzte er jetzt die lange hinausgezögerte „Entjudung“ der Wirtschaft und die Enteignung der Juden in die Tat um. Die rasche Abfolge antijüdischer Maßnahmen in den Tagen nach dem 9. November zeigt, dass Staats- und Parteiinstitutionen vorgearbeitet hatten, um bei passender Gelegenheit zum großen Schlag gegen die Juden auszuholen.

Binnen sechs Wochen standen alle dafür wichtigen Gesetze und Verordnungen im Reichsgesetzblatt. Den Diplomaten des Auswärtigen Amts kam der internationale Ansehensverlust, den der Pogrom angerichtet hatte, gewiss ungelegen; doch forderte das Ministerium lediglich, im Fall der Enteignung ausländischer Juden beteiligt zu werden (Dok. 146). Goebbels, der als Berliner Gauleiter schon lange darauf drängte, die Hauptstadt „judenfrei“ zu machen, konnte nach dem weitgehend von ihm dirigierten Gewaltexzess ohnehin eine positive Bilanz ziehen. Ähnlich die SA: Ihr war gegenüber der zur Zurückhaltung ermahnten SS das Vorrecht zum Losschlagen eingeräumt worden. Ihre Basis, die sonst nur noch selten Gelegenheit hatte, die eigene Militanz anders als bei Aufmärschen unter Beweis zu stellen, hatte ihre alte Schlagkraft zeigen und sich an den Juden austoben dürfen. Nur in Ausnahmefällen wurden Verstöße gegen das Plünderungsverbot oder Verbrechen bis hin zum Mord hinterher geahndet.

Auch den Protagonisten der geregelten Vertreibung, wie sie im SD versammelt waren, mögen die antisemitischen Hetzjagden in mancher Hinsicht ungelegen gekommen sein. Doch nutzten sie die Gunst der Stunde, um ihre Vorschläge zur Kennzeichnung und zur

156 Klemperer, Tagebücher Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 431, 508.

Ghettoisierung der Juden in die Diskussion zu bringen (Dok. 149) und das in Wien erprobte Modell einer von den Juden selbst finanzierten Vertreibungszentrale auch im Reich zu etablieren (Dok. 243). Die Verantwortung für die systematische Vertreibung der Juden und die polizeiliche Kontrolle der Zurückbleibenden lag fortan bei der Sicherheitspolizei und dem SD. Dieser konnte nun beweisen, dass seine geräuschlosen Methoden letztlich mehr bewirkten als der Druck der Straße.¹⁵⁷ Die Grundlage dafür bildete der Pogrom; schließlich befanden sich seither Zigtausende jüdischer Männer unmittelbar in der Gewalt von Gestapo und SS. Verhaftungen, Verhöre, KZ-Einweisungen und Vertreibungen im Eilverfahren gehörten vom November 1938 an zu den traumatischen Erfahrungen, von denen kaum eine jüdische Familie verschont blieb.

Die „Entjudung“ der Wirtschaft

Schon vor 1938 waren, je nach örtlichen Verhältnissen, etwa 50 bis 70 Prozent der jüdischen Betriebe verkauft oder liquidiert worden, in Heidelberg zum Beispiel 51,5 Prozent der 1933 bestehenden 66 Einzel- und Großhandelsbetriebe. Zwei Drittel dieser „arisieren“ Unternehmen waren liquidiert, ein Drittel war verkauft worden.¹⁵⁸ Ende 1938 lieferte der Pogrom den Anlass, um die seit Langem gewollte und seit Monaten vorbereitete „endgültige Ausschaltung“ der Juden aus der Wirtschaft rigoros durchzusetzen.

Am 12. November fand unter Leitung Görings im Reichsluftfahrtministerium eine Besprechung über die künftige antijüdische Politik statt, an der mehr als hundert Minister, Staatssekretäre und leitende Beamte teilnahmen, darunter Adolf Eichmann. Göring erklärte, dass ihm der Führer die Aufgabe übertragen habe, die Judenfrage „so oder so zur Erledigung zu bringen“ (Dok. 146). Er kündigte die rasche „Arisierung“ der Wirtschaft an, vorrangig der Einzelhandelsgeschäfte, da sie nach außen besonders sichtbar seien. Die „Arisierung“ größerer Wirtschaftsunternehmen behielt Göring der von ihm geleiteten Vierjahresplanbehörde vor. Wie schon in Wien sollten in „übersetzten“ Branchen Betriebe stillgelegt werden. Käufer „arisierter“ Geschäfte sollten nach sachlichen Kriterien ausgewählt, Parteimitglieder nur ausnahmsweise bevorzugt und die Erlöse aus den Verkäufen an die Staatskasse abgeführt werden.

Noch am selben Tag veröffentlichte die Regierung die „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ im Reichsgesetzblatt, mit der den jüdischen Deutschen eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark auferlegt wurde (Dok. 142). Wie diese Summe aufzubringen war, bestimmte der Reichsfinanzminister. Er wandelte die „Sühneleistung“, häufig auch „Judenbuße“ genannt, in eine Vermögensabgabe von 20 Prozent um, die in vier Teilbeträgen und „ohne besondere Aufforderung“ am

¹⁵⁷ Herbert, Best (wie Anm.39), S. 221.

¹⁵⁸ Nach Angaben von Barkai ist die Zahl der jüdischen Unternehmen in dieser Zeit um 60 bis 70 % gesunken; Avraham Barkai, „Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 (wie Anm. 135), S. 94–117, hier: S. 96; Arno Weckbecker, Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945, Heidelberg 1985, S. 122.

15. Dezember 1938, am 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1938 zu entrichten war.¹⁵⁹ Am 18. November 1938 notierte der Vertreter des Auswärtigen Amts über eine tags zuvor gehaltene, ebenfalls interne Göring-Rede: „Sehr kritische Lage der Reichsfinanzen. Abhilfe zunächst durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne aus Arisierung.“ Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums bei der Reichsbank befürchtete in diesen Tagen, „dass das Reich zahlungsunfähig“ werde. Da das den Juden abgepresste Geld nicht sofort zur Verfügung stand, boten die Vertreter der deutschen Großbanken am 23. November 1938 an, „der Reichsfinanzverwaltung auf die abzuliefernden Effekten [der Juden] einen angemessenen Kassenvorschuss zu gewähren“.¹⁶⁰ Für die in der Pogromnacht entstandenen Schäden hatten die Geschädigten aufzukommen. So sie versichert waren, zahlten die Versicherungsgesellschaften die Schäden, allerdings wurden diese Zahlungen – in enger Kooperation mit den Versicherungen – vollständig zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

Ferner durften Juden fortan keine selbstständigen Handwerksbetriebe, Einzelhandelsverkaufsstellen, Marktstände oder Versandgeschäfte mehr betreiben (Dok. 143). Am 3. Dezember erging die Verordnung, die Juden den ungenehmigten Verkauf von Gewerbebetrieben, Wertpapieren, Schmuck, Gold, Kunstwerken, Antiquitäten und Grundeigentum verbot; wurde er staatlich genehmigt, so mussten die jüdischen Verkäufer den Ertrag in Reichsanleihen („Reichsschuldscheinen“) anlegen (Dok. 193). Am selben Tag kam die Polizeiverordnung Himmlers heraus, mit der die Führerscheine von Juden für ungültig erklärt wurden. Am 5. Dezember wurden pensionierten jüdischen Beamten die Ruhegehälter ein weiteres Mal gekürzt.¹⁶¹

Auf die Sitzung am 12. November folgte eine Reihe von Besprechungen, in denen die praktischen Konsequenzen der neuen Linie antijüdischer Politik besprochen und organisatorische Maßnahmen vereinbart wurden. Am 6. Dezember versammelte Göring die Gauleiter im Reichsluftfahrtministerium. In seiner Rede warnte er die Parteivertreter abermals eindringlich vor Krawallexzessen und persönlicher Bereicherung.¹⁶² Außerdem schärfte er ihnen ein, dass sie sich nicht in die „Arisierung“ der Wirtschaft einzumischen hätten und die Erträge einzig und allein dem Reich zugutekommen sollten. Mehrfach verwies er auf Entscheidungen Hitlers während der vergangenen Wochen. Denen zufolge sollte es zumindest vorerst keine Kennzeichnung der Juden geben, die Einrichtung bestimmter Wohnbezirke für die Juden nur allmählich vor sich gehen und keinesfalls in der Presse veröffentlicht werden.

Am 9. Dezember gaben Heydrich und sein Stellvertreter, der Verwaltungschef des Gehei-

¹⁵⁹ DVO über die Sühneleistung der Juden vom 21.11.1938, RGBl., 1938 I, S. 1638–1640. Tatsächlich umfasste das angemeldete Vermögen der deutschen Juden 7,1 Milliarden RM. Allerdings hatte das Reichswirtschaftsministerium den Betrag differenziert, die Grund- und Betriebsvermögen herausgerechnet und festgestellt, dass der liquide Bestandteil 4,8 Milliarden betrage (Sparkonten und Wertpapiere). Auf dieser Grundlage verfügte der Reichsfinanzminister die 20 %ige Vermögensabgabe. Er erhöhte sie unmittelbar nach Kriegsbeginn auf 25 %; Zweite DVO über die Sühneleistung der Juden vom 19. 10. 1939; RGBl., 1939 I, S. 2059; siehe auch Martin Friedenberger, *Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945*, Berlin 2008, S. 197–243.

¹⁶⁰ Zit. nach Aly, *Volksstaat* (wie Anm. 10), S. 61–65.

¹⁶¹ 7. VO zum Reichsbürgergesetz vom 5.12.1938; RGBl., 1938 I, S. 1751.

¹⁶² Heim, Aly, *Staatliche Ordnung* (wie Anm. 17), S. 395.

men Staatspolizeiamts Werner Best, die geplanten Maßnahmen den Leitern der regionalen Staatspolizeistellen bekannt. Am 16. Dezember wurden die Regierungspräsidenten und Reichsstatthalter über die neuesten Entscheidungen unterrichtet. Heydrich hatte auf der Konferenz im Reichsluftfahrtministerium am 12. November weitreichende Maßnahmen vorgeschlagen, die zwar nicht gleich umgesetzt wurden, aber doch richtungsweisend für die künftige Judenpolitik sein sollten. Heydrichs Anregung, Sperrbezirke für Juden zu errichten, fand ihren Niederschlag in einer Polizeiverordnung vom 28. November, die die Bewegungsfreiheit der Juden in der Öffentlichkeit einschränkte. Einen Monat später verfügte Göring neben dem Verbot zur Benutzung von Schlaf- und Speisewagen auch einen „Judenbann“ für bestimmte öffentliche Gebäude sowie die Einrichtung von sogenannten Judenhäusern, in denen Juden mittelfristig zusammenziehen mussten (Dok. 215, 276). In Berlin hatte Albert Speer als Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt schon seit Monaten darauf gedrängt, jüdische Mieter von Großwohnungen zwangsumzusiedeln, um so den Gestaltungsspielraum für die Neubaupläne zu vergrößern (Dok. 101).

Zwischen Pogrom und Kriegsbeginn

Nach sechs Jahren NS-Herrschaft hatten die meisten „arischen“ Deutschen akzeptiert, dass Juden nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein könnten.¹⁶³ Sie betrachteten deren „Auswanderung“ als nicht weiter zu hinterfragende Gegebenheit. Am 30. Januar 1939 kündigte Hitler in seiner Reichstagsrede an, dass im Falle eines neuen, vom „internationalen Finanzjudentum“ zu verantwortenden Weltkriegs, „das Ergebnis [...] die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ sein werde (Dok. 248). Auch wenn dies im Nachhinein so scheinen mag, formulierte Hitler damit noch keinen konkreten Plan zum Genozid. Er wies „dem Judentum“ vorab die Schuld an einem kommenden Krieg zu. Mit seiner Drohung erhöhte er den Vertreibungsdruck nach innen ebenso wie den Druck auf andere Staaten zur Aufnahme der Verfolgten. Er signalisierte sowohl den potenziellen Zufluchtsstaaten als auch den jüdischen Organisationen, die die Verhandlungen über den Schacht-Rublee-Plan mit Skepsis verfolgten, dass Juden auf Dauer in Deutschland nicht sicher waren.¹⁶⁴ Hitlers Rede steigerte die Panik der deutschen Juden und vermittelte ihnen die Gewissheit, dass sie im Kriegsfall die ersten Opfer sein würden, zumal sich seit dem Novemberpogrom die offen, aber unbestimmt artikulierten Vernichtungsdrohungen gegen die Juden häuften und Begriffe wie „endgültige Lösung der Judenfrage“ in den Zeitungen auftauchten (Dok. 123, 148).

Am 10. Dezember 1938 kündigte Heydrich die Gründung einer „Reichsvereinigung für jüdische Auswanderungsfürsorge“ an, die schließlich unter dem Namen „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ im Januar 1939 errichtet wurde (Dok. 243). Die Gründung stand im Kontext einer umfassenden, teils erzwungenen, teils von jüdischen Repräsentanten unter dem Druck der Verhältnisse mitgestalteten Reorganisation jüdischer Einrichtungen in Deutschland. Nach dem Novemberpogrom waren sämtliche Verwaltungs- und Anlaufstellen der jüdischen Gemeinden und Organisationen von der Gestapo geschlossen worden. Entsprechend den Maximen der SD-Judenpolitik und Eichmanns

163 Bajohr, Pohl, Holocaust als offenes Geheimnis (wie Anm. 150), S. 43.

164 Longerich, Politik der Vernichtung (wie Anm. 2), S. 221.

Wiener Modell sollte nun auch im Altreich die Organisation des Judentums zentralisiert und stärker am Ziel Zwangsauswanderung ausgerichtet werden.

Unabhängig davon hatte die von Leo Baeck (1873–1956) geleitete Reichsvertretung der Juden aus anderen Gründen bereits seit einigen Monaten über eine organisatorische Umgestaltung diskutiert.¹⁶⁵ Infolge der neuen Rechtslage fürchteten die jüdischen Repräsentanten den Mitgliederschwund: Denn seit April 1938 waren die jüdischen Gemeinden keine Körperschaften öffentlichen Rechts mehr, denen alle Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft selbstverständlich angehörten; vielmehr mussten sie den nunmehr nach Vereinsrecht behandelten Gemeinden erst ausdrücklich beitreten (Dok. 23). Dem sollte nach Vorstellungen der Reichsvertretung ein neu zu gründender Dachverband entgegenwirken. Während die Zentralisierung den Verfolgern vor dem Pogrom suspekt erschien, befürwortete der SD sie bald danach. Im Februar 1939 wurde die Reichsvertretung zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland umgebildet und mit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 4. Juli 1939 gesetzlich verankert.

Allerdings unterschied sich die Reichsvereinigung in wesentlichen Punkten von ihrer demokratisch strukturierten Vorläuferinstitution. Die Gemeinden hatten kein Mitspracherecht in Angelegenheiten des Dachverbands, dessen Vertreter wurden nicht gewählt, sondern eingesetzt und unterstanden der Gestapo, später dem Reichssicherheitshauptamt.¹⁶⁶ Ein weiterer wichtiger Unterschied zum alten, auf der Basis des religiösen Bekenntnisses aufgebauten Verband bestand darin, dass von nun an jeder der neuen Reichsvereinigung angehören musste, der nach den Nürnberger Gesetzen als Jude galt. Dazu gehörten auch sogenannte Voll- oder Geltungsjuden, die zum Christentum konvertiert waren. Damit waren die deutschen Juden gezwungen, das Kriterium der Rasse in den eigenen Reihen anzuwenden.¹⁶⁷

Ungeachtet der weitgehenden organisatorischen Veränderungen arbeiteten dieselben Personen, die zuvor in der Reichsvertretung aktiv waren, in der Reichsvereinigung weiter, in denselben Räumen in der Berliner Kantstraße und mit denselben Schwerpunkten, wenngleich mit schrumpfendem Handlungsspielraum und stärker kontrolliert.¹⁶⁸ Leo Baeck behielt das Präsidentenamt auch in der Reichsvereinigung; mit deren Alltagsgeschäften befassten sich aber vornehmlich Otto Hirsch (1885–1941) und Paul Eppstein (1902–1944). Sie mussten der Gestapo regelmäßig berichten und erhielten von dieser

¹⁶⁵ Otto Dov Kulka (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus*, Bd. 1, Tübingen 1997, S. 410–430.

¹⁶⁶ Zur Geschichte der Reichsvertretung und der Reichsvereinigung Herbert Strauss, *Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy. The communities and the Reichsvertretung*, in: Arnold Paucker, *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 125–152; Otto Dov Kulka, *The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939–1942*, in: ebd., S. 353–363; ders., *Deutsches Judentum* (wie Anm. 165); Avraham Barkai, *Von Berlin nach Theresienstadt. Zur politischen Biographie von Leo Baeck 1933–1945*, in: ders.: *Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Hamburg 1998, S. 141–166; Beate Meyer, *Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945*, in: dies., Hermann Simon (Hrsg.) *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 291–338; Friedländer, *Jahre der Verfolgung* (wie Anm. 28), S. 341f.

¹⁶⁷ Hazel Rosenstrauch, *Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942*, Berlin 1991, S. 46.

¹⁶⁸ Barkai, *Von Berlin nach Theresienstadt* (wie Anm. 166), S. 152.

Anweisungen. Von den Vorladungen fertigten Eppstein und Hirsch Protokolle an, in deren gewundenen, oft sterilen Formulierungen die Machtverhältnisse auf bedrückende Art durchscheinen (Dok. 204, 259, 297).

Die Mitarbeiter der Reichsvereinigung unterlagen einerseits den Befehlen, der Willkür und der Maßlosigkeit deutscher Polizeibeamter und hafteten im Zweifelsfall persönlich für die Erfüllung der Forderungen der Reichsbehörden an die Gesamtheit der deutschen Juden. Andererseits gehorchten sie dem eigenen Verantwortungsethos, dem Pflichtgefühl, manche gewiss auch dem persönlichen Ehrgeiz. Sie sahen, dass sie häufig instrumentalisiert wurden, und versuchten doch, die Lebensmöglichkeiten der Verfolgten so erträglich wie möglich zu gestalten.

Nach dem Pogrom stand die Reichsvereinigung vor der Aufgabe, das jüdische Schulwesen zu rekonstruieren. Jüdischen Schülern war der Unterricht an öffentlichen Schulen nun endgültig verboten. Teils waren die jüdischen Schulen während der Pogromnacht zerstört, teils die Lehrer verhaftet worden.¹⁶⁹ Darüber hinaus kümmerten sich die Mitarbeiter der Reichsvereinigung darum, die Emigration zu beschleunigen und die Jüngeren im Hinblick darauf in berufsbildenden Kursen umzuschulen. Immer mehr jüdische Einrichtungen wurden geschlossen; prominente Vertreter des Judentums, die bis dahin ihre Aufgabe darin gesehen hatten, jüdisches Leben in Deutschland – und sei es nur für eine Übergangszeit – aufrechtzuerhalten, emigrierten nun. Jüdische Schulen wurden ins Ausland verlegt; Zionisten, die bis dahin Jugendliche auf das Leben in Palästina vorbereitet und ins Gelobte Land begleitet hatten, kehrten nun nicht mehr nach Deutschland zurück.

Hoffnungslosigkeit und Depression breiteten sich unter denjenigen aus, die keine Aussicht auf Emigration hatten. Im November 1938 stieg die Zahl der Juden im Reich, die sich das Leben nahmen, deutlich an. Schätzungen zufolge lag sie bei 300 bis 500 – so hoch wie seit der Entlassung der jüdischen Beamten und dem Boykott in den Frühjahrsmonaten 1933 nicht mehr und wie bis zum Beginn der Deportationen im Herbst 1941 nicht wieder. Der Terror während des Pogroms und die demütigenden antisemitischen Bestimmungen nahmen vor allem über 50-jährigen und mehr Frauen als Männern den Lebensmut. Manche nahmen sich gemeinsam mit dem Ehepartner oder den Geschwistern und noch in ihren verwüsteten Wohnungen das Leben (Dok. 225). Die 76-jährige ehemalige Lehrerin Hedwig Jastrow beging Ende November 1938 Selbstmord. In ihrem Abschiedsbrief machte sie deutlich, dass weder eine Kurzschlusshandlung noch ein Unfall der Grund für ihren Tod seien. Sie ertrug die Demütigung nicht, den Zwangsvornamen Sara annehmen zu müssen (Dok. 181).

Manchmal waren es konkrete Drohungen, z. B. vonseiten der Gestapo, oder Existenzängste, die den Tod als letzten Ausweg erscheinen ließen, oft aber die allgemeine, tiefe Verzweiflung. Viele von denen, die unter äußerstem Druck ihrem Leben selbst ein Ende setzten, hatten sich darauf seit langer Zeit vorbereitet: das Arzneigift Veronal, mit dem

169 Joseph Walk, *Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1991, S. 205–215; Monika Richarz, *Zwischen Berlin und New York*. Adolf Leschnitzer, der erste Professor für jüdische Geschichte in der Bundesrepublik, in: Jürgen Matthäus, Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart*, Darmstadt 2006, S. 73–86; zu den Konsequenzen des Pogroms für jüdische Schüler: Robert Goldmann, *Flucht in die Welt. Ein Lebensweg nach New York*, Frankfurt a.M. 1996, S. 70–72; Eva Wohl, *So einfach liegen die Dinge nicht. Erinnerungen von Deutschland nach Israel*, Bonn 2004, S. 69–72.

sich die meisten Juden das Leben nahmen, war schwer und nur in kleinen Portionen zu beschaffen, und Ärzte, die es verschreiben konnten, wurden strikt kontrolliert. Die Häufung von Selbstmorden wird in vielen privaten Aufzeichnungen berichtet; offenbar war es keine Seltenheit, dass Juden in ihrem Bekanntenkreis gleich von mehreren Fällen wussten (Dok. 123, 153, 170, 185, 225, 291). In der Folgezeit wurde dieser letzte Ausweg immer selbstverständlicher.¹⁷⁰

Als die deutsche Führung im Sommer 1939 den Konflikt mit Polen zuspitzte und immer deutlicher auf einen Krieg zusteuerte, wurde Hitlers „Ankündigung“ vom Januar zur konkreten Bedrohung für die deutschen Juden. Am 14. August notierte Victor Klemperer: „Seit Wochen immer wachsend und immer gleichbleibend dieselbe Spannung. Vox populi: *Er* greift im September an, teilt Polen mit Russland, England-Frankreich ohnmächtig.“ Andere aus Klemperers Bekanntenkreis meinten: „*Er* wagt keinen Angriff, hält Frieden und hält sich noch jahrelang. Jüdische Meinung: blutiger Pogrom am ersten Kriegstage. Was von diesen drei Dingen auch eintritt: Für uns steht es verzweifelt.“¹⁷¹

170 Konrad Kwiet, *The Ultimate Refuge – Suicide in the Jewish Community under the Nazis*, in: Leo Baeck Yearbook, XXIX (1984), S. 135–168; ders., Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984, S. 194–215; Christian Goeschel, *Suicides of German Jews in the Third Reich*, in: *German History*, 25(2007), No. 1, S. 22–45; Anna Fischer, *Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945*, Berlin 2007.

171 Klemperer, *Tagebücher*, Bd. 1 (wie Anm. 5), S. 477 (Eintrag vom 14. 8. 1939).

Dokumentenverzeichnis

- 1 Amalie Malsch schreibt am 1. Januar 1938 ihrem Sohn in den USA über das Warten auf die Auswanderung
- 2 Der Reichsführer SS verfügt am 5. Januar 1938 die Ausweisung der sowjetischen Juden aus Deutschland
- 3 Die Gestapo München vermerkt am 14. Januar 1938, dass es jüdischen „Mischlingen“ mit unehelichen Kindern nicht verboten ist, sich zu treffen
- 4 Der Direktor des Reichsarchivs fordert am 19. Januar 1938 den Reichsinnenminister auf, Juden die Archivbenutzung zu verbieten
- 5 Luise Solmitz beschreibt am 27. Januar 1938 die soziale Isolation ihrer Tochter
- 6 Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 27. Januar 1938 über die wirtschaftlichen Restriktionen gegen Juden und die Folgen für deren Auswanderungschancen
- 7 Jüdisches Gemeindeblatt: Der Hilfsverein wirbt am 30. Januar 1938 für die Auswanderung von Frauen
- 8 Rabbiner Löwenstamm fragt am 30. Januar 1938 seinen Kollegen Dienemann um Rat, ob ein Kind aus einer „Mischehe“ ins Judentum aufgenommen werden darf
- 9 Ein Fünftklässler schreibt im Januar 1938 einen Aufsatz zum Thema Juden
- 10 Israelitisches Familienblatt: Artikel vom 3. Februar 1938 über die Perspektiven der jüdischen Jugend
- 11 Berliner Tageblatt: Artikel vom 3. Februar 1938 über die Juden in Polen
- 12 Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen fragt am 13. Februar 1938 beim Deutschen Gemeindetag an, wie mit jüdischen Patientinnen in der Landesfrauenklinik umzugehen sei
- 13 Neues Volk: Artikel über den internationalen Antisemitismus vom Februar 1938
- 14 Luise Solmitz notiert am 2. März 1938 diskriminierende Bestimmungen gegen Juden
- 15 Völkischer Beobachter: Artikel vom 14. März 1938 über die Gleichschaltung der Wiener Presse
- 16 Der Kreisleiter der NSDAP in Leipzig berichtet der Gauleitung Sachsen am 15. März 1938 über die bisher gegen Juden getroffenen Maßnahmen
- 17 David Schapira berichtet über die Misshandlung von Wiener Juden nach dem Anschluss
- 18 Karl Sass schildert die Stimmung in Wien im Frühjahr 1938 und den Anschluss Österreichs
- 19 Pierrepont Moffat, Leiter der Europa-Abteilung des State Department, beschreibt am 18. März 1938 die Situation der österreichischen Juden
- 20 Göring beauftragt am 19. März 1938 Wilhelm Keppler mit der „Arisierung“ der Wirtschaft in Österreich
- 21 Der Reichsstatthalter in Hamburg nennt am 19. März 1938 die Bedingungen für die „Arisierung“ des Bankhauses M.M. Warburg & Co.

- 22 Albert Herzfeld aus Düsseldorf berichtet am 23. März 1938 über den Anschluss Österreichs und die Vorbereitungen zur Volksabstimmung
- 23 Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 entzieht den Jüdischen Gemeinden ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts
- 24 Der Reichsfinanzminister plant am 6. April 1938 weitere Maßnahmen zur steuerlichen Diskriminierung der Juden
- 25 Das Hauptamt Wien des Sicherheitsdienstes der SS dokumentiert am 9. April 1938 Razzien gegen Freimaurer
- 26 Neue Freie Presse, Wien: Artikel vom 13. April 1938 über die antijüdische Gesetzgebung in Ungarn
- 27 Jewish Telegraphic Agency, New York: Meldungen vom 14. April 1938 über die Situation der Juden in Österreich und Reaktionen in den USA
- 28 Julius Steinfeld schildert am 24. April 1938, wie er sich um die Auswanderung der orthodoxen burgenländischen Juden bemüht
- 29 Mit der Verordnung vom 26. April 1938 werden Juden unter Androhung von Geld- und Freiheitsstrafen verpflichtet, ihr Vermögen anzumelden
- 30 Luise Solmitz notiert am 27. und 28. April 1938 ihre Reaktion auf die Vorschrift zur Vermögensanmeldung
- 31 Aufbau, New York: Artikel vom 1. Mai 1938 über die Pogrome in Wien
- 32 Nieuwe Rotterdamsche Courant: Artikel vom 3. Mai 1938 über die antijüdischen Maßnahmen in Deutschland und deren Bedeutung für ausländische Juden
- 33 Correspondance Juive: Artikel vom 6. Mai 1938 über die Verfolgung und Vertreibung der österreichischen Juden nach dem Anschluss
- 34 Eichmann berichtet seinem Freund und Vorgesetzten Herbert Hagen am 8. Mai 1938, wie er die Wiener Juden kontrolliert
- 35 The New York Times: Artikel vom 15. Mai 1938 über die Verarmung der jüdischen Gemeinden und die demographischen Folgen der antijüdischen Politik
- 36 Fragebogen zur „Rassezugehörigkeit“ für die im Mai 1938 geplante Volkszählung, später vom Ehepaar Klemperer ausgefüllt
- 37 Die Industrie- und Handelskammer Berlin weist am 31. Mai 1938 die Werkzeugfabrik Fleck & Co. darauf hin, dass sie keine jüdischen Lehrlinge ausbilden darf
- 38 Felice Schragenheim reflektiert im Mai 1938 ihre Berufsaussichten in der Emigration
- 39 Heydrich weist am 1. Juni 1938 die Kriminalpolizeileitstellen an, sogenannte Asoziale und vorbestrafte Juden im KZ Buchenwald zu inhaftieren
- 40 Vermerk des Münchener Stadtbaurats vom 9. Juni 1938 über die Anordnung zum Abriss der Synagoge in der Herzog-Max-/Maxburgstraße
- 41 Luise Solmitz notiert am 14. Juni 1938 antisemitische Hänseleien von Kindern
- 42 Reichsinnenminister Frick erläutert am 14. Juni 1938 seine Pläne zur Enteignung der Juden und zu ihrer Verdrängung aus der Wirtschaft

-
- 43 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 15. Juni 1938 über die Anwendung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Ausgrenzung von Juden
 - 44 Paul Strauss bittet am 17. Juni 1938 das Städtische Schulamt Frankfurt a.M. darum, seinen Sohn vom Realschulunterricht zu befreien
 - 45 Der Sicherheitsdienst der SS stellt am 20. Juni 1938 Überlegungen zur Rolle der Reichsbank und des Reisebüros Schlie bei der Auswanderung österreichischer Juden an
 - 46 Der Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde berichtet am 21. Juni 1938 über die Unterrichtssituation jüdischer Schüler in Wien
 - 47 Der Botschafter der USA in Berlin informiert seinen Außenminister am 22. Juni 1938 über antijüdische Demonstrationen und Verhaftungen von Juden
 - 48 Völkischer Beobachter: Artikel vom 23. Juni 1938 über Joseph Goebbels' Rede im Berliner Olympiastadion, in der er neue antijüdische Maßnahmen ankündigt
 - 49 Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit gibt am 24. Juni 1938 Hinweise zur „Arisierung“ des österreichischen Schuhhandels
 - 50 Das Wiener Innen- und Kultusministerium protestiert am 27. Juni 1938 bei der Gestapo gegen die Ernennung von Josef Löwenherz zum Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien
 - 51 Der Direktor des Chajesgymnasiums in Wien bittet die Universität Jerusalem am 30. Juni 1938, jüdische Schüler und Studenten aus Wien aufzunehmen
 - 52 Ein ehemaliger Häftling schildert die Haftbedingungen im KZ Buchenwald im Juni 1938
 - 53 Blätter des Jüdischen Frauenbundes: Artikel vom Juni 1938 über die Rolle der Frauen in der Emigration
 - 54 Der Weinexporteur Frederick Weil aus Frankfurt reist im Frühsommer 1938 durch Deutschland
 - 55 Amtsblatt der Stadt Wien: Bekanntmachung vom 1. Juli 1938 über die Separierung jüdischer Schulkinder und die Einführung des Numerus clausus an Mittelschulen
 - 56 Bericht des Sicherheitsdienstes der SS vom 1. Juli 1938 über die Vorbereitungen zur internationalen Flüchtlingskonferenz in Evian
 - 57 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 7. Juli 1938 über den Beitrag von Anthropologen und Statistikern zur Erforschung der „Judenfrage“
 - 58 Der NSDAP-Gauleiter in Wien schlägt am 8. Juli 1938 vor, das Eigentum geflohener Juden zu beschlagnahmen und zu versteigern
 - 59 Max Kreutzberger berichtet am 8. Juli 1938 über die Konferenz von Evian
 - 60 Der Vorstand der Talmud-Tora-Schule bittet die Hamburger Schulbehörde am 11. Juli 1938 um Unterstützung
 - 61 Das argentinische Außenministerium weist am 12. Juli 1938 alle Botschafter an, Personen, die in ihren Herkunftsländern unerwünscht sind, keine Visa zu erteilen
 - 62 Reichskommissar Bürckel unterbreitet Göring am 14. Juli 1938 seine Vorstellungen zur „Arisierung“ in Österreich

-
- 63 Ein Wiener Schuhfabrikant weist die Vermögensverkehrsstelle am 15. Juli 1938 darauf hin, dass die Schuhindustrie nicht hinreichend an „Arisierungsentscheidungen“ beteiligt sei
 - 64 Völkischer Beobachter: Artikel vom 16. Juli 1938 über die Konferenz von Evian
 - 65 Wiener Tagblatt: Artikel vom 17. Juli 1938 über die Kündigung jüdischer Mieter
 - 66 Die Israelitische Kultusgemeinde berichtet am 19. Juli 1938 über die Arbeit der verschiedenen Gemeindeeinrichtungen und über die Lage der Wiener Juden
 - 67 Die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe informiert am 20. Juli 1938 über Maßnahmen zur Kontrolle der Bankschließfächer jüdischer Kunden
 - 68 Der Berliner Polizeipräsident erlässt am 20. Juli 1938 Richtlinien zur Diskriminierung von Juden
 - 69 Die Israelitische Kultusgemeinde Wien bittet die Geheime Staatspolizei am 22. Juli 1938 um die Freilassung verhafteter Frauen aus Mattersburg im Burgenland
 - 70 Abraham Tauber Rubin aus Wien sucht am 25. Juli 1938 nach einem Bürger, um mit seiner Familie emigrieren zu können
 - 71 Israelitisches Familienblatt: Artikel vom 28. Juli 1938 über die Gründung des Reichsverbands der Juden in Deutschland
 - 72 Hamburger Anzeiger: Artikel vom 28. Juli 1938 über die Einführung der Kennkarte
 - 73 Eine Provinzialdienststelle des Deutschen Gemeindetags erkundigt sich am 1. August 1938 bei der Zentrale in Berlin, ob öffentliche Aufträge an „Halbjuden“ vergeben werden dürfen
 - 74 Die Israelitische Kultusgemeinde Wien unterbreitet dem Magistrat der Stadt am 3. August 1938 Vorschläge zur Unterbringung alter und pflegebedürftiger Juden
 - 75 Der Chef der Schweizer Fremdenpolizei Rothmund spricht am 3. August 1938 mit dem deutschen Gesandten in Bern über die Abschiebung von Flüchtlingen über die grüne Grenze
 - 76 Hertha Nathorff notiert am 5. August 1938 ihre Reaktion auf das Approbationsverbot für jüdische Ärzte
 - 77 Vermerk aus der Reichs-Kredit-Gesellschaft über ein Gespräch mit Hermann Josef Abs am 9. August 1938, die „Arisierung“ der Lederfabrik Adler & Oppenheimer betreffend
 - 78 Die Reichsbank wird am 11. August 1938 gebeten, ihren Direktor Richard Buzzi für die Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung freizustellen
 - 79 Der Führer des SD-Oberabschnitts Donau berichtet am 12. August 1938 dem Sicherheitshauptamt in Berlin über die illegale Emigration von Juden aus Wien
 - 80 Das bischöfliche Ordinariat Berlin appelliert am 12. August 1938 an alle deutschen Bischöfe, Hilfsorganisationen für Katholiken aufzubauen, die als Juden gelten
 - 81 Siegfried Gerstle aus München beantragt am 13. August 1938 den Umtausch seines Vermögens in Devisen im Rahmen des Altververfahrens
 - 82 Frau Marx bittet am 16. August 1938 den Papst um Hilfe angesichts der schwierigen Lage der „nicht-arischen“ Katholiken

-
- 83 Der 75-jährige David Heimann, Alterspräsident der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, bittet am 17. August 1938 um eine Dringlichkeitsbescheinigung für die Palästina-Auswanderung
 - 84 Eine Verordnung vom 17. August 1938 zwingt Juden, die Vornamen „Sara“ und „Israel“ anzunehmen
 - 85 Hildegard Wagener berichtet über den unvorhergesehenen Verlauf eines politischen Schulungsabends am 19. August 1938
 - 86 Luise Solmitz schreibt am 24. August 1938 über die Einführung der Zwangsvornamen für Juden
 - 87 Das Ehepaar Malsch aus Düsseldorf schreibt am 24. August 1938 dem Sohn in New York über Auswanderungsbemühungen und ein drohendes Berufsverbot
 - 88 In einem Bericht an den Joint wird am 25. August 1938 die Situation der Juden in Deutschland resümiert
 - 89 Die NSDAP-Gauleitung Niederdonau beschwert sich beim NSDAP-Hauptamt für Volkswohlfahrt am 29. August 1938 über die Umwidmung einer Synagoge zu einer evangelischen Kirche
 - 90 Aufbau, New York: Artikel vom 1. September 1938 über die Einführung der Zwangsvornamen für Juden
 - 91 Die Zollfahndung in Halle verdächtigt am 10. September 1938 Ernst Petschek, seinen Aktienbesitz durch einen Strohhalm zu tarnen
 - 92 Eichmann unterrichtet am 14. September 1938 das Sicherheitshauptamt in Berlin über die Vertreibung mittelloser Juden aus Wien
 - 93 Julian Kretschmer aus Emden schildert die Auflösung seiner Arztpraxis im Spätsommer 1938
 - 94 Der Hilfsverein informiert am 16. September 1938 über die Bedingungen der Einwanderung nach Bolivien
 - 95 Der Sicherheitsdienst der SS schlägt am 22. September 1938 vor, Umschulungslager für Juden im Kriegsfall in Arbeitslager umzuwandeln
 - 96 Besprechung im Reichsjustizministerium am 22. September 1938 über die Aufhebung des Mieterschutzes für Juden, deren Verarmung und mögliche Gettoisierung
 - 97 Der NSDAP-Kreisleiter Jena greift am 23. September 1938 in die „Arisierung“ der örtlichen Viehwirtschaft ein
 - 98 Der Bund der österreichischen Industriellen widerruft am 24. September 1938 auf Druck Bürckels die Aufforderung, jüdische „Mischlinge“ aus der Privatwirtschaft zu entlassen
 - 99 Notiz vom 27. September 1938 aus dem Sekretariat Warburg über das Angebot eines deutschen Geschäftsmannes, seine Firma in Argentinien zu verkaufen
 - 100 Robert B. Lawrence über die „Arisierung“ seiner Wiener Wohnung im September 1938
 - 101 Albert Speer bittet am 6. Oktober 1938 das Reichswirtschaftsministerium, die Massenkündigung jüdischer Mieter in Berlin zu unterstützen

-
- 102 The Jewish Chronicle, London: Artikel vom 7. Oktober 1938 über die Situation der Juden nach dem deutschen Einmarsch ins Sudetenland
 - 103 Selbstwehr. Jüdisches Volksblatt: Artikel vom 8. Oktober 1938 über die Situation der Juden in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei
 - 104 Ruth Maier beschreibt am 9. Oktober 1938 die Verzweiflung jüdischer Familien in Wien
 - 105 Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung in Österreich berichtet am 11. Oktober 1938 Reichskommissar Bürckel über die Schwierigkeiten beim Zwangsarbeitseinsatz von Juden
 - 106 Der Jüdische Weltkongress analysiert am 14. Oktober 1938 die Situation der Juden in Europa
 - 107 Besprechung am 14. Oktober 1938 bei Göring über die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung und die „Arisierung“
 - 108 Hauptwachtmeister Witzel berichtet der Anwaltschaft Marburg am 16. Oktober 1938, wie in Zwesten Fenster und Türen in den Häusern von Juden zertrümmert wurden
 - 109 Eichmann meldet am 21. Oktober 1938 dem SD-Hauptamt in Berlin, dass täglich 350 Juden aus Österreich auswandern
 - 110 Der Reichswirtschaftsminister teilt den Devisenstellen am 27. Oktober 1938 mit, dass Juden bei der Devisenausfuhr keinen Freibetrag mehr beanspruchen können
 - 111 Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft Österreichs schlägt am 27. Oktober 1938 die Errichtung von Arbeitslagern für Juden vor
 - 112 Die Münchener Polizei vermerkt am 28. Oktober 1938, dass 568 Juden polnischer Staatsangehörigkeit festgenommen wurden
 - 113 Rabbi Arthur Bluhm berichtet über die Deportation der polnischen Juden aus Krefeld am 28. Oktober 1938
 - 114 Der Hilfsverein warnt am 28. Oktober 1938 vor Problemen bei der Auswanderung nach Shanghai
 - 115 Cornelius von Berenberg-Gossler erfährt am 28. Oktober 1938 von der drohenden Abschiebung einer jüdischen Bekannten nach Polen
 - 116 Bericht des Sicherheitsdienstes der SS vom 28. Oktober 1938 über die österreichischen jüdischen Organisationen
 - 117 Fragebogen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland über die geplante Aufnahme Eva Oppenheims in Australien vom 31. Oktober 1938
 - 118 Gerta Pfeffer schildert die Abschiebung polnischer Juden aus Chemnitz im Oktober 1938
 - 119 Der Syndikus des CV, Kurt Sabatzky, berichtet über Boykott, Verhaftungen und Zwangsarbeit in Leipzig und Umgebung im Herbst 1938
 - 120 Max Moses Polke berichtet über die letzten Monate seiner Tätigkeit als Anwalt in Breslau, die am 3. November 1938 endete

-
- 121 Ruth Maier schildert am 7. November 1938 die Verängstigung der Wiener Juden nach dem Attentat auf Ernst vom Rath
 - 122 Die Gestapo Nürnberg lässt Hitler am 8. November 1938 über die Anzahl der abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit informieren
 - 123 Gerda Kappes berichtet ihrer Schwiegermutter von den Pogromen in Bebra am 7. und 9. November 1938
 - 124 Joseph Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen über den Abend des 9. November 1938 und die Anweisungen zum Novemberpogrom
 - 125 Anweisungen des Geheimen Staatspolizeiamts vom 9. November 1938, 23:55 Uhr, für den Pogrom
 - 126 Heydrich präzisiert am 10. November 1938 um 1:20 Uhr früh die Anweisungen des Geheimen Staatspolizeiamts zum Pogrom
 - 127 Die Schweizerische Gesandtschaft fasst am 10. November 1938 für das Auswärtige Amt die Vereinbarungen über die Kennzeichnung der Pässe von Juden zusammen
 - 128 Ludwig Goldstein berichtet über die Zerstörung der Synagoge in Königsberg i. Pr. am 9. und 10. November 1938
 - 129 Die Gestapo Wien vermerkt am 10. November 1938 die Beschlagnahme einer Bibliothek und die Zerstörung einer Synagoge
 - 130 Max Reiner aus Berlin berichtet, wie er seiner Verhaftung am 10. November 1938 entgangen ist
 - 131 Rabbi Arthur Bluhm schildert die Pogromnacht in Krefeld und seine Verhaftung
 - 132 Die Sicherheitspolizei beantragt am 10. November 1938 die Ausbürgerung Siegfried Gumbels und seiner Familie
 - 133 Der Gauleiter von Wien Globocnik berichtet über die Verhaftung von Juden und die Beschlagnahmung ihres Eigentums nach dem Pogrom
 - 134 SA-Männer aus Lesum erschießen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 drei Juden in ihren Wohnungen
 - 135 Die Israelitische Kultusgemeinde Wien bittet die Zentralstelle für jüdische Auswanderung am 11. November 1938 darum, auf eine Mäßigung des antijüdischen Terrors hinzuwirken
 - 136 Der bayerische Innenminister informiert den Bayerischen Ministerpräsidenten am 11. November 1938 über Beendigung und Folgen der Pogromnacht
 - 137 SA-Brigadeführer Lucke meldet am 11. November 1938 die Zerstörung von 36 Synagogen in Hessen
 - 138 Ruth Maier beschreibt am 11. November den Pogrom, Misshandlungen und Verhaftungen von Juden in Wien
 - 139 Heydrich ordnet am 11. November 1938 an, dass Eichmann zu einer Besprechung über die künftige antijüdische Politik nach Berlin reist
 - 140 Hildegard Wagener empört sich am 11. November 1938 über die Gewalt gegen Juden
 - 141 Reichsinnenminister Frick verbietet den Juden am 11. November 1938 den Waffenbesitz

- 142 Göring erlegt den Juden deutscher Staatsangehörigkeit am 12. November 1938 eine Zwangsabgabe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auf
- 143 Göring verbietet am 12. November 1938 die Geschäfte und Handwerksbetriebe von Juden
- 144 Göring verfügt am 12. November 1938, dass die Juden für die Pogromschäden aufkommen müssen
- 145 Maria Kahle aus Bonn und ihr Sohn werden am 12. November 1938 der Sympathie für Juden beschuldigt
- 146 Besprechung bei Göring am 12. November 1938 über die antijüdische Politik nach dem Pogrom
- 147 Die Zelle 08 der NSDAP-Ortsgruppe Dornbusch sammelt am 12. November 1938 Informationen über vermögende Juden
- 148 Aufzeichnungen von Luise Solmitz, 10. bis 14. November 1938, über den Pogrom und neue antijüdische Bestimmungen
- 149 Der Sicherheitsdienst der SS legt am 14. November 1938 fünf Entwürfe zur Kennzeichnung von Juden vor
- 150 Cornelius von Berenberg-Gossler über die Verhaftungen in seinem Bekanntenkreis vom 11. bis zum 15. November 1938
- 151 Der Schweizer Botschafter in Paris berichtet am 15. November 1938 von seinem Gespräch mit Staatssekretär Weizsäcker über die Vertreibung der Juden aus Deutschland
- 152 Der Reichserziehungsminister verbietet am 15. November 1938 jüdischen Schülern den Besuch allgemeiner Schulen
- 153 Der Apostolische Nuntius in Berlin berichtet dem Vatikan am 15. November 1938 über den Novemberpogrom
- 154 Der Chef der Sicherheitspolizei informiert am 15. November 1938 das Auswärtige Amt über die Gründung einer Reichsvereinigung für die Betreuung jüdischer Auswanderer und fürsorgebedürftiger Juden
- 155 The Times: Artikel vom 15. November 1938 über die Situation der Juden im Reich
- 156 Ein französischer Diplomat in Berlin analysiert am 15. November 1938 die Hintergründe des Pogroms und die daraus entstehenden internationalen Spannungen
- 157 Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung: Artikel vom 15. November 1938 über die Forderung, jüdischen Mietern zu kündigen
- 158 Marienbader Zeitung: Artikel vom 16. November 1938 über die Vertreibung der Juden aus dem Kurort
- 159 Der Erlass vom 16. November 1938 verbietet es Juden, eine Uniform zu tragen
- 160 Berliner Lokal-Anzeiger: Artikel vom 16. November 1938 über die Schließung der Geschäfte von Juden und ihre Ausgrenzung aus Baugenossenschaften
- 161 Verzeichnis über beschlagnahmtes Geld, Wertgegenstände und Möbel der Juden von Markt Piesting vom 18. November 1938

-
- 162 Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers über die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 18. November 1938
 - 163 Ein Vater aus Beuthen schreibt seiner im Ausland lebenden Tochter am 19. November 1938 über die Ereignisse in den Tagen des Novemberpogroms
 - 164 Reichsinnenminister Frick verfügt am 19. November 1938, dass hilfsbedürftige Juden nur in Ausnahmefällen öffentliche Fürsorgeleistungen beziehen dürfen
 - 165 Berliner Tageblatt: Notiz vom 19. November 1938 über die Einrichtung separater Verkaufsstellen für Juden in München
 - 166 Die Jüdische Zentralstelle Stuttgart bittet die Gestapo am 21. November 1938 um den Erhalt jüdischer Einrichtungen zur Vorbereitung der Auswanderung
 - 167 Der Reichswirtschaftsminister listet am 21. November 1938 das sofort verfügbare Vermögen der Juden auf
 - 168 Bischof Kühlewein berichtet am 22. November 1938 den Geistlichen der Landeskirche Baden über die vom Erziehungsministerium kritisierte Behandlung der biblischen Geschichte im Religionsunterricht
 - 169 Der Reichswirtschafts- und der Reichsjustizminister regeln am 23. November 1938 den Zwangsverkauf und die Schließung jüdischer Handels- und Handwerksbetriebe
 - 170 Fritz Falk, Amsterdam, bittet am 23. November 1938 Sam van den Bergh darum, seiner Familie die Auswanderung in die Niederlande zu ermöglichen
 - 171 Ruth schildert ihrer Freundin Lilo am 23. November 1938 das Leben im Hachschara-Lager Gehringshof bei Fulda in Hessen
 - 172 Gespräch zwischen Adolf Hitler und dem südafrikanischen Minister Pirow am 24. November 1938 über Deutschlands Machtstellung in der Welt und die „Judenfrage“
 - 173 Deutsche Allgemeine Zeitung: Artikel vom 24. November 1938 über die Rolle der Juden in der deutschen Philosophie
 - 174 Der Hilfsverein der Juden in Deutschland beginnt am 24. November 1938, die Emigration von Kindern in die Niederlande zu organisieren
 - 175 Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der Großbanken diskutieren am 24. November 1938 über die vollständige Enteignung der Juden
 - 176 Das Schwarze Korps: Artikel vom 24. November 1938 über die Vernichtung der Juden
 - 177 Ernst Englander berichtet am 25. November 1938 aus London über die Lage der deutschen Juden und bittet, über mögliche Hilfsaktionen in den USA nachzudenken
 - 178 Eine Berliner Ortsgruppe der NSDAP denunziert am 26. November 1938 einen Apotheker, der einen Juden beschäftigt
 - 179 Cornelius von Berenberg-Gossler erfährt am 25. und 26. November 1938 Näheres über die Haftbedingungen im KZ Sachsenhausen
 - 180 Schlesische Zeitung: Artikel vom 27. November 1938 über die diskriminierende Gesetzgebung für „Mischlinge“

-
- 181 Die 76-jährige Hedwig Jastrow nimmt sich am 29. November 1938 das Leben, um nicht den Zwangsvornamen tragen zu müssen
 - 182 Der Sicherheitsdienst der SS meldet am 29. November 1938, dass das Geheime Staatspolizeiamt den Zusammenschluss aller jüdischen Organisationen in einen Einheitsverband verfügt
 - 183 Der Wirtschaftsprüfer Max Joseph bittet am 29. November 1938 den Berliner Oberfinanzpräsidenten um die Genehmigung, Mobiliar nach Australien mitzunehmen
 - 184 Leopold Breisacher schildert am 30. November 1938 seinem nach Palästina emigrierten Sohn die Situation der Juden nach dem Novemberpogrom
 - 185 Memorandum des Joint vom 30. November 1938 über die Folgen des Pogroms in verschiedenen Städten sowie in jüdischen Umschulungslagern und in KZs
 - 186 Das Reichserziehungsministerium initiiert am 1. Dezember 1938 eine Diskussion darüber, wie die Kosten für separate jüdische Schulen der Reichsvertretung aufgebürdet werden können
 - 187 In den Richtlinien für den Dienstunterricht in der Wehrmacht vom 1. Dezember 1938 wird das antisemitische Weltbild skizziert
 - 188 Das Amt für Sippenforschung in Wien klagt am 2. Dezember 1938 über die Nachlässigkeit von Pfarrern bei der Erfassung jüdischer Herkunft
 - 189 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 2. Dezember 1938 über die Jahrestagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands
 - 190 Die Gestapo beauftragt am 2. Dezember 1938 Max Plaut mit der Geschäftsführung des Jüdischen Religionsverbandes in Hamburg
 - 191 Das Deutsche Generalkonsulat berichtet am 2. Dezember 1938 über die Flucht der Juden aus dem Memelgebiet und die wirtschaftlichen Auswirkungen
 - 192 Erik und Magda Geiershoefer aus Allersberg schildern, wie NSDAP-Funktionäre ihren Besitz vereinnahmen
 - 193 Eine Verordnung vom 3. Dezember 1938 regelt den Zwangsverkauf der Betriebe und den Umgang mit Wertpapieren von Juden
 - 194 Der Sicherheitsdienst der SS in Wien bietet dem Rassenpolitischen Amt am 3. Dezember 1938 Fotos von Emigranten aus den Unterlagen der Zentralstelle für jüdische Auswanderung an
 - 195 Der Landrat fordert am 5. Dezember 1938 vom Bürgermeister von Glatz Informationen zur „Arisierung“ des Einzelhandels
 - 196 Die Israelitische Kultusgemeinde Wien berichtet am 6. Dezember 1938 über die erschwerte Auswanderung nach der Verhaftung jüdischer Männer
 - 197 Benno Cohn vom Palästina-Amt Berlin berichtet Georg Landauer am 6. Dezember 1938 über die Palästinaemigration und die bevorstehende Zwangsvereinigung der jüdischen Organisationen
 - 198 Luise Solmitz fürchtet am 5. und 6. Dezember 1938 die Ghettoisierung und die Enteignung ihres Hauses
 - 199 Gerda Erdmann aus Berlin unterbreitet dem Papst am 7. Dezember 1938 Vorschläge, was die katholische Kirche zur Lösung der Judenfrage tun könne

-
- 200 Cornelius von Berenberg-Gossler notiert am 9. Dezember 1938 Gedanken zur unmenschlichen Behandlung der Juden und der Wirkung auf das Ausland
 - 201 Deutsches Recht: Artikel vom 10. Dezember 1938 über das Recht zur Anfechtung eines Vertrags bei Unwissenheit über die „Rassezugehörigkeit“ des Vertragspartners
 - 202 Ruth Maier aus Wien beschreibt am 11. Dezember 1938 den Abschied von ihrer Schwester, die mit einem Kindertransport nach Großbritannien fährt
 - 203 Max Karp schildert einem Verwandten am 16. Dezember 1938 die Situation der aus Deutschland abgeschobenen polnischen Juden im Lager Zbąszyń
 - 204 Paul Eppstein protokolliert eine Vorladung bei der Gestapo Berlin am 16. Dezember 1938, bei der die Finanzierung der Pogromschäden und die Ausweisung Staatenloser erörtert werden
 - 205 Das Bankhaus Warburg bittet die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe am 17. Dezember 1938, den Verkauf von Wertpapieren aus jüdischem Besitz zu vereinfachen
 - 206 Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Steuerverwaltung Frankfurt a.M. vom 19. Dezember 1938 für Hermann Krips
 - 207 The New York Times: Artikel vom 20. Dezember 1938 über Schachts Vorschläge zur Auswanderung der Juden und zum Transfer ihres Vermögens
 - 208 Der Reichserziehungsminister fragt am 21. Dezember 1938 beim Reichsinnenminister an, ob die Auswanderung jüdischer Hochschullehrer verboten werden soll
 - 209 Das Jugend- und Wohlfahrtsamt Chemnitz weist am 21. Dezember 1938 seine Dienststellen an, Juden keine Unterstützung mehr zu gewähren
 - 210 Der Sicherheitsdienst der SS verfügt am 22. Dezember 1938, dass die aus Synagogen geraubten Schriftstücke und Kultgegenstände nicht wieder in die Hände von Juden gelangen dürfen
 - 211 Die Jüdische Zentralstelle Stuttgart protokolliert am 22. Dezember 1938 Überfälle auf Juden in Bad Mergentheim
 - 212 Paul Fürstenberg erinnert am 24. Dezember 1938 die Reichs-Kredit-Gesellschaft an ihre Zusagen in Zusammenhang mit der „Arisierung“ seiner Firma
 - 213 Jugendliche aus einem Kindertransport berichten am 25. Dezember 1938 über ihre Aufnahme in Großbritannien
 - 214 Adele Klinger aus Wien bittet am 27. Dezember 1938 die Gestapo um die Freilassung ihres Mannes aus dem KZ Buchenwald
 - 215 Göring ordnet am 28. Dezember 1938 die Einrichtung von Judenhäusern an, verbietet Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen und regelt den Status von Mischehen
 - 216 Deutsches Volksblatt, Wien: Artikel vom 30. Dezember 1938 über die Zwangsemigration der Juden
 - 217 Cornelius von Berenberg-Gossler schildert am 30. Dezember 1938 die Trauerfeier für seinen Geschäftspartner, der in einer Nervenheilstalt gestoben ist

-
- 218 Ehud Ueberall von der Beratungsstelle der Jugentalija berichtet am 30. Dezember 1938 über seine Versuche, Kinder aus Wien in den Niederlanden oder Großbritannien unterzubringen
- 219 NS-Frauen-Warte: Artikel vom Dezember 1938 über die Reaktionen im In- und Ausland auf die Reichspogromnacht
- 220 Karl Sass aus Wien beschreibt seine Bemühungen um illegale Emigration im Dezember 1938
- 221 Der Internationale Klassenkampf: Artikel vom Dezember 1938 über die Reaktionen der deutschen Arbeiterklasse und der internationalen Bourgeoisie auf die Novemberpogrome
- 222 Rudolf Walter berichtet über die Veränderungen im österreichischen Kulturleben nach dem Anschluss und über Misshandlungen in Polizeihaft 1938
- 223 Der Sicherheitsdienst der SS schlägt Ende 1938 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung vor
- 224 Fred Rodeck schildert die Bürokratie in der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung Ende 1938
- 225 Rudolf Bing informiert über den Novemberpogrom in Nürnberg und seine Emigration Ende 1938
- 226 Irmgard Keun schildert 1938 die Erfahrungen von Juden in der Emigration aus der Perspektive eines Kindes
- 227 Siegfried Neumann aus Berlin berichtet über seine Haft im KZ Sachsenhausen Ende 1938
- 228 Im Kinderbuch „Der Giftpilz“ von 1938 wird der Begriff „Ostjude“ erläutert
- 229 Paul Martin Neurath reflektiert über Krankheit und Tod im Konzentrationslager im Jahr 1938
- 230 Aufbau, New York: Kommentar vom 1. Januar 1939 zu den Verhandlungen über den Transfer jüdischen Vermögens aus Deutschland
- 231 Herbert Nothmann aus Breslau bittet am 3. Januar 1939 einen entfernten Verwandten um Hilfe bei der Auswanderung
- 232 Sigmund Geller versucht am 4. Januar 1939 von Paris aus, seinen Söhnen und seiner Frau die Auswanderung aus Wien zu ermöglichen
- 233 The Jewish Chronicle, London: Bericht vom 6. Januar 1939 über Flüchtlingslager in verschiedenen europäischen Ländern
- 234 Die Jüdische Zentralstelle Stuttgart setzt sich am 9. Januar 1939 bei der Gestapo für die Entlassung kranker Häftlinge aus Dachau ein
- 235 Der Reichsinnenminister verlangt auf Wunsch Görings am 10. Januar 1939, dass niemand wegen früherer Kontakte zu Juden denunziert werden dürfe
- 236 Das Germanistische Seminar der Universität Greifswald meldet am 11. Januar 1939 alle als jüdisch deklarierten Bücher seiner Bibliothek
- 237 Völkischer Beobachter: Artikel vom 12. Januar 1939 über eine Vortragsreihe an der Berliner Universität, in der namhafte Wissenschaftler die antijüdische Politik legitimieren

-
- 238 Bericht vom 14. Januar 1939 für den Jüdischen Weltkongress über die Lage der Juden im Freistaat Danzig
 - 239 Der Reichswirtschaftsminister weist die städtischen Pfandleihanstalten am 16. Januar 1939 an, wie sie mit Schmuck und Wertsachen jüdischer Auswanderer zu verfahren haben
 - 240 Nahum Goldmann notiert seine Eindrücke von Gesprächen mit Vertretern des Völkerbunds am 17. und 18. Januar 1939 über die Judengesetzgebung in Danzig
 - 241 Jüdisches Nachrichtenblatt: Die Reichsvertretung der Juden gibt am 20. Januar 1939 die Einrichtung eines Durchgangslagers für Emigranten in England bekannt
 - 242 Frau D., auf Wohnungssuche in Berlin, hofft am 21. Januar 1939 auf die Kündigung jüdischer Mieter
 - 243 Göring ordnet am 24. Januar 1939 die Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung an
 - 244 Das Auswärtige Amt erläutert den Auslandsvertretungen am 25. Januar 1939 die Bedeutung der Judenfrage für die Außenpolitik
 - 245 Der Bürgermeister von Friedrichstadt befürwortet am 26. Januar 1939 gegenüber dem Landrat in Schleswig den Verkauf jüdischen Eigentums unter Wert
 - 246 Oscar Schloss schildert seine Ausreise aus Deutschland am 26. Januar 1939
 - 247 Deutsche Steuer-Zeitung und Wirtschaftlicher Beobachter: Artikel vom 28. Januar 1939
 - 248 Hitler droht am 30. Januar 1939 mit der Vernichtung der europäischen Juden
 - 249 Der Präsident der Zweigstelle Wien der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erwägt am 2. Februar 1939 den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter
 - 250 Paula Schwab bittet am 6. Februar 1939 das Hilfswerk für Kinderverschickung, ihren Sohn im Ausland unterzubringen
 - 251 Vermerk des Sicherheitsdienstes der SS vom 11. Februar 1939 über die Tätigkeit der Quäker zugunsten der Juden
 - 252 Die Neue Frankfurter Versicherungs-AG informiert am 14. Februar 1939 ihre Agenten, dass sie ihren jüdischen Kunden die Verträge kündigen sollen
 - 253 Vermerk des Sicherheitsdienstes der SS vom 16. Februar 1939 über das demonstrative Singen von Kirchenliedern, in denen dem Volk Israel Trost zugesprochen wird
 - 254 Simon Meisner berichtet jüdischen Hilfseinrichtungen nach seiner Flucht am 21. Februar 1939 über die Lebensumstände in Antwerpen
 - 255 Der SD begrüßt am 21. Februar 1939 gegenüber dem Stab des Stellvertreters des Führers die Errichtung einer Dozentur für Talmudistik und Neuhebräisch an der Berliner Universität
 - 256 Das Gaupersonalamt Wien setzt sich am 22. Februar 1939 dafür ein, dass das geraubte jüdische Eigentum in Wien statt in Berlin versteigert wird
 - 257 Der Chef der Sicherheitspolizei informiert am 1. März 1939 über die Pläne zur Erfassung von Juden zur Zwangsarbeit im Krieg

-
- 258 Die Synagogengemeinde Gleiwitz erkundigt sich am 2. März 1939 bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland nach den Ablieferungsvorschriften für Edelmetalle
- 259 Paul Eppstein von der Reichsvereinigung der Juden protokolliert am 7. März 1939 eine Vorladung bei der Gestapo zum Thema Emigration, insbesondere nach Shanghai
- 260 Robert Thompson Pell, Mitarbeiter des US-Außenministeriums, berichtet am 8. März 1939 seinem Vorgesetzten über die Schwierigkeiten bei der Emigration der Juden aus Deutschland
- 261 Franziska Schubert schildert ihre Bemühungen um die Haftentlassung ihres Mannes, die Einschüchterungsversuche der Gestapo Wien und ihre Auswanderung am 8. März 1939
- 262 Aurel von Juechen und Karl Kleinschmidt protestieren am 10. März 1939 gegen die Aufforderung an evangelische Pastoren, Juden nicht zu taufen
- 263 Der Reisepass von Jolanthe Wolff mit Verhaltensanweisungen für deutsche Flüchtlinge in Großbritannien vom 10. März 1939
- 264 Eichmann gibt am 10. März 1939 zu bedenken, dass die rechtliche Diskriminierung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Deviseneinbußen zur Folge hätte
- 265 Luise Solnitz registriert am 14. März 1939 wiederholte Aufforderungen zur Auswanderung
- 266 Joseph Hyman vom Joint berichtet am 17. März 1939 über Berufsverbote für Juden, über KZ-Haft von Remigranten und Kindern und über die jüdischen Flüchtlinge in Europa
- 267 Die Kirchenkanzlei Berlin rät dem Oberkirchenrat Wien am 18. März 1939 zur Zurückhaltung gegenüber dem Büro Grüber, das evangelische „Nichtarier“ unterstützt
- 268 Siegfried Simon aus Berlin bittet am 24. März 1939 Ruth Kimmel darum, seinem Schwiegervater zu einem Zertifikat für die Palästinaemigration zu verhelfen
- 269 Simon Meisner schildert am 25. März 1939 seine Erfahrungen im Flüchtlingslager und mit der Fremdenpolizei in Belgien
- 270 Hanna Kaack aus Hamburg bemüht sich am 29. März 1939, ihren Sohn in die Obhut der Quäker zu geben
- 271 Polizei- und Justizvertreter Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande und der Schweiz beraten am 3. April 1939 in Brüssel über die illegale Einwanderung aus Deutschland
- 272 Chaim Selzer aus Wien versucht am 14. April 1939, für seine Tochter einen Platz im Kindertransport nach England zu bekommen
- 273 Jüdisches Nachrichtenblatt: Das Reichswirtschaftsministerium erteilt am 17. April 1939 Weisungen, was Emigranten bei ihrer Auswanderung mitnehmen dürfen
- 274 Cornelius von Berenberg-Gossler setzt sich am 18. April 1939 bei der Gestapo Berlin für die Emigration Fritz Warburgs ein
- 275 Ottilie Spitzer und Hermann Goebbels bitten Hitler am 20. April 1939 um eine Ehegenehmigung

-
- 276 Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen berichtet am 25. April 1939 über die Entwicklung der Emigration in der zweiten Jahreshälfte 1938
- 277 Das Reichsgesetz vom 30. April 1939 schränkt die Rechte von jüdischen Vermietern und Mietern ein
- 278 Moritz Mailich bittet Jos. A. Schwalb am 1. Mai 1939, seine Auswanderung in die USA zu unterstützen
- 279 Der Direktor der Talmud-Tora-Schule in Hamburg skizziert am 2. Mai 1939 seine Vorstellungen von einer jüdischen Schule für Emigrantenkinder in den USA
- 280 Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien registriert am 3. Mai 1939 den Handel mit Einreisevisa für Monaco
- 281 Die Eheleute Malsch aus Düsseldorf berichten ihrem Sohn Willy in den USA am 5. Mai 1939 von ihrer wachsenden Verzweiflung und der Hoffnung auszuwandern
- 282 6-Uhr-Abendblatt, Wien: Bericht vom 8. Mai 1939 über eine antisemitische Ausstellung im Naturhistorischen Museum in Wien
- 283 Julius Bernheim aus Buchau bittet am 14. Mai 1939 seinen Sohn Manfred, die Eltern vor antisemitischen Angriffen in Sicherheit zu bringen
- 284 Das Rechnungsprüfungsamt Frankfurt a.M. regt am 15. Mai 1939 beim Oberbürgermeister an, das städtische Fürsorgeamt mit der planmäßigen Umquartierung von Juden zu beauftragen
- 285 Der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister regeln am 25. Mai 1939 die Zahlung von Fürsorgeleistungen an Juden, die mit Nichtjuden zusammenleben
- 286 Oberregierungsrat Kurt Krüger, Wien, fragt am 31. Mai 1939 beim Sicherheitsdienst an, welchen Status die Abschlusszeugnisse jüdischer Schulen haben sollen
- 287 Die Exil-SPD berichtet über die Situation der Juden im Memelland Ende Mai 1939 nach der deutschen Machtübernahme
- 288 Das Hilfskomitee für jüdische Flüchtlingskinder in Brüssel bittet die Israelitische Kultusgemeinde Wien am 2. Juni 1939 um Mithilfe bei der Organisation von Kindertransporten
- 289 Georg Landauer listet am 2. Juni 1939 die Verteilung von 25000 Flüchtlingszertifikaten zur Einwanderung nach Palästina auf
- 290 Der Zahlmeister der „St. Louis“ berichtet im Juni 1939 über die Fahrt des Flüchtlingschiffes nach dem Landeverbot in Havanna
- 291 Walter Benjamin stellt in einem Brief an Stephan Lackner am 4. Juni 1939 Überlegungen zur Situation im Exil und über die Selbstmorde von Juden in Wien an
- 292 Eduard und Emma Weil berichten im Juni 1939 über das Hoffen und Bangen der Passagiere des Flüchtlingschiffs „St. Louis“
- 293 Die Stadt Frankfurt a.M. wälzt am 7. Juni 1939 die Fürsorgekosten für Juden auf die jüdische Gemeinde ab
- 294 Bernhard Heun, Jurist im Personalamt der Stadt Frankfurt a.M., interpretiert am 14. Juni 1939 die Bestimmungen über die Mietverhältnisse mit Juden
- 295 Max Plaut, Hamburg, berichtet Arthur Spier am 15. Juni 1939, dass er aufgefordert wurde, dem Arbeitsamt und der Gestapo arbeitslose Juden zu melden

-
- 296 The Times vom 15. Juni 1939 meldet, dass Charlie Chaplin die Einnahmen aus seinem Film Juden zugutekommen lassen will
- 297 Paul Eppstein von der Reichsvereinigung der Juden notiert am 16. Juni 1939, was er bei seiner Vorladung der Gestapo über das Schicksal jüdischer Flüchtlinge vorge tragen hat
- 298 Felice Schragenheim schreibt am 19. Juni 1939 über die erzwungene Emigration
- 299 Hermann Ritter weist am 22. Juni 1939 die Reichs-Kredit-Gesellschaft darauf hin, dass die Lederfabrik Adler & Oppenheimer billig zu haben sei
- 300 Jacques Cahn fürchtet am 23. Juni 1939 nach seinem Besuch auf dem Polizeirevier Berlin-Schöneberg eine Strafanzeige
- 301 Eichmann berichtet am 24. Juni 1939 Reichskommissar Bürckel in Wien über die Entwicklung der Emigration
- 302 Eichmann denunziert am 27. Juni 1939 gegenüber dem Sicherheitsdienst Wien einen Direktor des Dräger-Werks, weil dieser Mitleid mit Juden bekundet hat
- 303 Die Reichsvertretung der Juden wird im Juni 1939 darüber informiert, dass der Auswanderungsdruck die Emigration in die USA behindere
- 304 Martin Fuchs bittet am 3. Juli 1939 den Oberbürgermeister von Breslau und den Innenminister um Genehmigung zur Emigration bei Weiterzahlung seiner Pension
- 305 Ein unbekannter Verfasser berichtet dem Joint am 5. Juli 1939 über Abschiebungen und illegale Emigration aus dem Reich
- 306 Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung meldet am 6. Juli 1939 die Vertreibung der Juden aus Baden bei Wien
- 307 Das Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben bewertet im Juli 1939 die evangelischen Kirchengesangbücher
- 308 Frankfurter Zeitung: Artikel vom 7. Juli 1939 über den Germanisten Friedrich Gundolf und das Judentum als Forschungsobjekt deutscher Historiker
- 309 Der Reichsführer SS regelt am 8. Juli 1939 die Abschiebung polnischer Juden über die grüne Grenze
- 310 Leo Lippmann beschreibt am 11. Juli 1939 seine Bemühungen, Gebäude der Jüdischen Gemeinde Hamburg gegen staatlichen Zugriff zu verteidigen
- 311 Der Sicherheitsdienst in Linz meldet am 14. Juli 1939 die Inhaftierung von SA-Leuten nach einer Friedhofsschändung im ehemals tschechischen Rosenberg
- 312 Willy Cohn notiert am 16. Juli 1939, dass ihn die Staatspolizei Breslau zur Erforschung der Geschichte der Juden verpflichten will
- 313 Die Gestapo weist am 19. Juli 1939 die Staatspolizeistellen an, das Zusammenleben von Paaren zu verhindern, deren Eheschließungsanträge abgelehnt wurden
- 314 Memorandum des Joint vom 24. Juli 1939 über die illegale Emigration nach Palästina
- 315 Siegfried Wolff aus Eisenach schildert am 25. Juli 1939 seine Bemühungen um Emigration
- 316 Die Exil-SPD zählt im Juli 1939 die Flüchtlingsschiffe auf, denen die Landung verweigert wird

-
- 317 Luise Solmitz notiert am 4. August 1939 den Ausschluss der Juden aus den Luftschutzbunkern
 - 318 Das Ehepaar Malsch aus Düsseldorf schreibt am 7./8. August 1939 dem Sohn in den USA über Zwangsarbeit und Einsamkeit
 - 319 Neues Volk: Fritz Arlt rezensiert in der Ausgabe vom 8. August 1939 das Buch „Die Judenfrage in Rumänien“
 - 320 Cornelius von Berenberg-Gossler erfährt am 10. August 1939 vom Selbstmord einer jüdischen Bekannten in der Emigration
 - 321 Willy Cohn aus Breslau berichtet am 16. August 1939 von seinen Erfahrungen als Historiker im Landesamt für Rassen- und Sippenforschung
 - 322 Der Oberstaatsanwalt in Hamburg sichert am 17. August 1939 die Haftentlassung von Norbert Arendt zu, wenn er binnen einer Woche emigriert
 - 323 Cilli Lipski macht ihren Eltern und ihrem Bruder im Brief vom 19. August 1939 wenig Hoffnungen auf ein Palästina-Zertifikat
 - 324 Arthur Löwy bittet am 24. August 1939 die Beratungsstelle der Jugendalija in Wien, die Auswanderung seines Sohnes zu fördern
 - 325 Klaus Jakob Langer schildert am 26. August 1939 die angespannte politische Lage und seine Befürchtung, dass ein Krieg seine Auswanderung verhindern könne
 - 326 Der Vorsteher des Finanzamts Frankfurt a.M. regt am 27. August 1939 an, Juden nur nach besonderer Prüfung für ihre abgelieferten Wertgegenstände zu entschädigen
 - 327 Margarete Korant aus Berlin schreibt am 28.8.1939 an ihre Tochter in den USA über die Angst vor Krieg und Isolation
 - 328 Paul Eppstein protokolliert seine Vorladung vom 28. August 1939 bei der Gestapo und die Anweisungen zur Zwangsarbeit von Juden im Krieg
 - 329 Walter Tausk sieht Ende August 1939 seine Auswanderungspläne durch den bevorstehenden Krieg bedroht

DOKUMENTE

DOK. 1

**Amalie Malsch schreibt am 1. Januar 1938 ihrem Sohn in den USA
über das Warten auf die Auswanderung¹**

Handschriftl. Brief von Amalie Malsch,² Düsseldorf, an Wilhelm Malsch,³ Long Island (New York) vom 1.1.1938

Mein geliebtes Kind! Am 2. Weihnachtstag schrieben wir Dir einen ausführlichen Brief, Du wirst ihn ja inzwischen erhalten haben. Auch die Depesche, daheim Papa,⁴ hat Dir gewiß sehr, sehr große Freude gemacht. Da warst Du doch bestimmt in bester Laune. Hoffentlich hast Du es auch Onkel Eugen⁵ berichtet. Nun warten wir mit Schmerzen auf Stuttgart,⁶ es muß doch nun einmal kommen. Wir hörten hier, daß die Schiffe von Monaten voraus ausverkauft seien, wir wollen uns dieser Tage erkundigen, ob es wirklich an dem ist, hoffentlich nicht. Wir geben Dir dann Nachricht hierüber. Heute schrieb uns Alfred, er ist mit seiner Frau für dauernd nach London gegangen und will seine Mutter u.s.w. später nachkommen lassen. Er schrieb, Du hättest ihm auch geschrieben, wir würden wohl bald abreisen können zu Dir, der l. Gott mag es geben, daß es wahr wird. Er ist ein lieber, herzlicher Junge, wir haben ihn sehr gern. Hat Franklin Dir geantwortet? Artur hat auch an ihn geschrieben. Ich möchte nun mal sehr gerne wissen, wie hoch denn eigentlich die zweite Bürgschaft ist? Du schriebst sogar noch von einer dritten. Es muß natürlich *jetzt* alles daran gesetzt werden, *bald* zu Dir zu kommen. Wir wohnen bei Steinhart auf einem Zimmer, es genügt ja bis zur Auswanderung vollständig. St. sind sehr nett zu uns, wie Du Dir ja denken kannst, wir sind meistens bei ihnen in der Wohnung, die alte Freundschaft hat sich bewährt, Du kennst sie ja auch und warst ja schon hier in ihrer Wohnung, als Du Dich verabschiedetest, wir haben das Zimmer, wenn man von der Treppe heraufkommt geradeaus. Geliebtes Kind, was bin ich so glücklich, daß Paula wieder bei mir ist. Sie sieht G. s. D.⁷ sehr gut aus, mag tüchtig essen und viel schlafen. Onkel Ernst⁸ schrieb uns heute auch, er ist sehr zufrieden mit seiner neuen Stellung. Wie geht es denn Onkel dort? Ich mache mir so große Sorgen um Dein Auskommen. Warum schreibst Du denn darüber nicht etwas ausführlicher? Wohnst Du mit Marta *zusammen*? Wo ißt Du denn? Hast Du auch dort schon Bekannte getroffen? Wenn [wir] nur erst bei

1 USHMM, RG-10.086/5 of 13.

2 Amalie Malsch, geb. Samuel (1889–1942); verheiratet mit Paul Malsch. Das Ehepaar lebte in Düsseldorf und wurde am 27.10.1941 mit dem ersten Düsseldorfer Transport nach Łódź deportiert und 1942 in Chelmno ermordet.

3 Wilhelm Malsch, später William Ronald Malsh (1913–1994), einziger Sohn von Amalie und Paul Malsch, emigrierte um die Jahreswende 1935/36 nach Großbritannien, von dort im Jan. 1937 in die USA.

4 Paul Malsch (1885–1942), Handelsvertreter; Paul Malsch wurde am 10.11.1938 verhaftet und nach mehreren Tagen im Polizeigefängnis Düsseldorf ins KZ Dachau verschleppt, am 23.12.1938 entlassen; siehe auch Anm. 2.

5 Eugen Malsch, Bruder von Paul Malsch, lebte in New York und bemühte sich von dort um die Auswanderung des Ehepaars Malsch.

6 Gemeint ist das US-Konsulat in Stuttgart, wo das Ehepaar Malsch ein Visum beantragt hatte.

7 Gott sei Dank.

8 Ernst Malsch (*1887), Handelsvertreter; Bruder von Paul Malsch, lebte in Rathenow, Ende 1938 emigrierte er nach Holland, im Aug. 1939 über Großbritannien nach Shanghai.

Dir wären, *das ist jetzt unsere ganze Sorge* und sind unsere ganzen Gedanken. Ernst kann froh sein, ob seine Frau überhaupt zu ihm geht, ich glaube da noch nicht so recht dran. Wir erwarten dieser Tage Post von Dir, wir sind sehr neugierig auf Deinen I. Brief. Einmal muß doch alles gut werden und zum Klappen kommen, ich bete täglich darum, einmal muß der I. Gott mich doch erhören. L. Kind, wie kommst Du denn mit Deiner Wäsche und Kleidung zurecht? Halte Dich nur recht warm, das ist die Hauptsache, gesund zu bleiben. Du hast Dir doch wohl inzwischen Wäsche gekauft? Von Irma haben wir schon ewig nichts mehr gehört, auch von Ilse in M. Gladbach nicht. Kommt Irma mit Mann denn bald nach dort? M. Gladbach möchte wohl gerne auch nach dort? Martin wollte doch evt. die Bürgschaft von ihnen übernehmen, sie zeigten uns damals seinen Brief, worin er es schrieb. Also, geliebtes Kind, bleibe recht gesund, hoffentlich ist unser Wiedersehen nicht mehr so fern. Sei für heute 1000 mal gegr. + geküßt von Deiner Dich immer sehr lieb. Mutter

DOK. 2

Der Reichsführer SS verfügt am 5. Januar 1938 die Ausweisung der sowjetischen Juden aus Deutschland¹

Schreiben (geheim) des RFSS/Chef der Deutschen Polizei im RuPrMdI (S-V 6 1/38 – 469 – 30g.), i. A. gez. Dr. Best,² als FS an alle Staatspolizeileitstellen und Staatspolizeistellen, vom 5.1.1938 (Abschrift an das Gestapo II A 3)³

Betr.: Sowjetrussen in Deutschland.

Vorgang: Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamts II A 4 1792/36 vom 24. Oktober 1936.⁴

Ich ersuche, die zur Anordnung von Reichsverweisungen zuständigen Landespolizeibehörden anzuweisen, sämtliche sowjetrussischen Staatsangehörigen in ihrem Bezirk, soweit sie Juden sind, auf Grund des § 2 Nr. 3 des Gesetzes über Reichsverweisungen vom 23. März 1934 – Reichsgesetzbl. I, S. 213 – ohne weitere Begründung aus dem Reichsgebiet mit einer Abzugsfrist von 10 Tagen auszuweisen. Einem etwa eingelegten Rechtsmittel ist die aufschiebende Wirkung zu versagen. Erfolgt die Ausreise nicht fristgemäß, ist die Ausweisung durch Abschiebung über die Reichsgrenze durchzuführen. Soweit im Bezirk einer Landespolizeibehörde mehrere jüdische sowjetrussische Staatsangehörige sich aufhalten, ist die Anordnung der Reichsverweisungen auf die Zeit bis zum 15. Februar 1938 angemessen zu verteilen. Inhaber von sowjetrussischen Dienst- und Diplomatenpässen sind von der Ausweisung auszunehmen.

¹ RGVA, 501k-3-58, Bl. 102+RS.

² Dr. Werner Best (1903–1989), Jurist; 1929 Gerichtsassessor in Hessen-Darmstadt; 1930 NSDAP- und 1931 SS-Eintritt; 1933 Staatskommissar für die Polizei in Hessen, 1935 stellv. Chef der Gestapo, 1939–1940 Chef des Amts I im RSHA, 1940–1942 Chef des Verwaltungsstabs beim Militärbefehlshaber Frankreich, 1942–1945 Reichsbevollmächtigter in Dänemark; 1948 in Kopenhagen zum Tode verurteilt, 1951 amnestiert und entlassen; danach Rechtsanwalt und Rechtsberater der FDP Nordrhein-Westfalen; Autor u. a. von „Die deutsche Polizei“ (1940).

³ Im Original mehrere handschriftl. Unterstreichungen und Stempel des RFSSuChdDtPol im RMdI. Das hier abgedruckte Fernschreiben wurde am selben Tag vom RFSS in Abschrift an das Gestapo übermittelt.

⁴ Nicht ermittelt.

Über die Anordnung und Durchführung der Reichsverweisung ist dem Geheimen Staatspolizeiamt II A 3 durch Fernschreiben unter Angabe der vollständigen Personalien (Name, Vorname, Beruf, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnungsanschrift, Arbeitgeber) sowie des Datums der Ausweisungsverfügung und des Zeitpunkts der Ausreise aus Deutschland stets umgehend zu berichten.

Zusatz für die Staatspolizeileitstelle Berlin:

Der in Berlin-Wilmersdorf, Schaperstr. 34 wohnende Sowjetrusse Leo Arinstein (Arzt der Sowjetbotschaft Berlin), geb. am 3. 11. 1872 in Kiew, bleibt von der vorstehenden Maßnahme vorläufig verschont.⁵

DOK. 3

Die Gestapo München vermerkt am 14. Januar 1938, dass es jüdischen „Mischlingen“ mit unehelichen Kindern nicht verboten ist, sich zu treffen¹

Vermerk der Staatspolizeileitstelle (II B he), Kriminaloberassessor Heckl,² München, vom 14. 1. 1938

Betreff: Vollzug des Blutschutzgesetzes; hier Versagung des erbetenen Ehegenehmigungsantrages.

Die Regierung von Oberbayern, Inspektor Grötzinger, teilte am 14. 1. 38 tel. mit, daß bei der Regierung des öfteren Personen vorsprechen, denen die Genehmigung der Verhehlchung auf Grund des Blutschutzgesetzes versagt worden sei.³ Diese Personen erklärten, daß ihnen von der Polizei, bei Eröffnung, daß die Ehegenehmigung versagt worden sei, unter anderem erklärt wurde, daß sie sich in Zukunft nicht wieder mit den in Aussicht genommenen Ehepartnern treffen dürften, da sie sonst in das Konzentrationslager eingewiesen würden. Bei den Vorsprechenden handelt es sich in der Regel um Personen, die ein außereheliches Kind hätten, und es würde für sie eine große Härte bedeuten, wenn der Kindsvater nicht mehr das Kind bzw. die Kindsmutter besuchen dürfte. Da es sich hier nur um jüdische Mischlinge handle, sei das Zusammentreffen nicht verboten, verboten sei nur das Zusammenleben in wilder Ehe – Konkubinat.

Grötzinger ersucht, diejenigen Beamten, die mit dem Vollzug des Blutschutzgesetzes zu tun haben, dementsprechend zu belehren.

⁵ Mit der Verfügung, von der etwa 500 Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit betroffen waren, reagierte das Gestapa auf die Ausweisung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion. Da die sowjetischen Juden jedoch keine Genehmigung zur Einreise in die Sowjetunion erhielten, verfügte Heydrich am 28. 5. 1938 ihre Einweisung in Konzentrationslager, bis sie nachweisen könnten, dass ihre Emigration unmittelbar bevorstünde; wie Anm. 1, Bl. 106+RS; Eliahu Ben Elissar, *La Diplomatie du III^e Reich et les Juifs (1933–1939)*, Paris 1969, S. 231f.

¹ BayStA München, Rep. Polizeidirektion München, Nr. 7017, Aufn. 6.

² Lukas Heckl (1900 – 1967), Polizist; 1922 bei der Bayer. Landespolizei, 1932 Kriminalpolizist in München, 1937 bei der Gestapo, von 1940 an in Lublin und Drohobycz; bei der Entnazifizierung 1948 als Mitläufer eingestuft; danach in der Bayer. Bereitschaftspolizei tätig.

³ Nach der 1. VO zur Ausführung des Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14. 11. 1935 (RGBl., 1935 I, S. 1334–1336) brauchten „Mischlinge“ 1. Grades eine Ausnahmegenehmigung, um Nichtjuden oder „Mischlinge“ 2. Grades zu heiraten; in der Regel wurden diese Genehmigungen versagt.

DOK. 4

Der Direktor des Reichsarchivs fordert am 19. Januar 1938 den Reichsinnenminister auf, Juden die Archivbenutzung zu verbieten¹

Schreiben des Direktors des Reichsarchivs (V 10-192/38), (Dr. Zi) Ernst Zipfel,² Potsdam, an den RuPrMdl (Eing. 19. 1.1938) vom 19. 1.1938³

Betr.: Archivbenutzung durch Juden und jüdische Mischlinge

Durch den Erlaß VI A 13611/6062 vom 20. Dezember 1937⁴ betr. Sperrung der Aktenbenutzung für Dr. Hans Goldschmidt⁵ ist in einem Einzelfalle über die Gewährung der Benutzungserlaubnis für einen Nichtarier entschieden worden. Anträge, die der nicht-arische Professor Dr. Hans Rothfels⁶ an das Reichsarchiv und das Preußische Geheime Staatsarchiv wegen Benutzung von Archivalien des 19. Jahrhunderts gerichtet hat und Beobachtungen, die ich über andere derartige Fälle gemacht habe, geben mir Veranlassung, nunmehr eine grundsätzliche und allgemeine Regelung dieser im nationalsozialistischen Staat und Geistesleben bedeutsamen Frage zu beantragen.

Im Dritten Reich ist der Einfluß des Judentums auf das deutsche Kultur- und Geistesleben durch gesetzliche Maßnahmen vollkommen ausgeschaltet. Das ist auch auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft der Fall. Kein Jude kann an deutschen Universitäten Vorlesungen über deutsche Geschichte halten und damit von seinem fremden Volkstum aus die heranwachsende Generation beeinflussen. Kein Jude kann eine geschichtswissenschaftliche Zeitschrift herausgeben oder als Archivar im staatlichen Hoheitsauftrage das geschichtliche Quellengut der deutschen Nation verwalten. Aber als Herausgeber und Darsteller auf dem Gebiete unserer Geschichte können sich auch heute noch Juden und jüdische Mischlinge betätigen, ja manche erhalten sogar hierzu staatliche Aufträge und Mittel. Jeder wird den Gedanken, daß ein Nichtarier einem deutschen Publikum eine Beethoven-Symphonie, ein Musikdrama Richard Wagners oder ein klassisches Schauspiel vorführt und deutet, als unmöglich bezeichnen. Aber es ist Tatsache, daß die wichtigsten Vorgänge und Zusammenhänge unserer nationalen Geschichte, von denen die stärksten Einflüsse auf unser heutiges Handeln und Denken ausgehen können, auch heute noch von Juden und jüdischen Mischlingen erstmalig aus den Quellen erschlossen und in jüdischer Auffassung der deutschen Öffentlichkeit dargeboten werden. Nach wie vor können Nichtarier die in den staatlichen Archiven verwahrten Zeugnisse des deutschen Staats- und Kulturlebens bearbeiten. Durch Auswahl und Deutung des geschichtlichen

1 BArch, R 1506/307, Bl. 169–170 RS.

2 Ernst Zipfel (1891–1966), Archivdirektor; 1932 NSDAP-Eintritt; von 1938 an Beiratsmitglied der Forschungsabt. Judenfrage im Reichsinst. für Geschichte des Neuen Deutschlands, von 1942 an Kommissar für Archivschutz; lebte nach 1945 in Bad Pyrmont.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

4 Wie Anm. 1, Bl. 166.

5 Dr. (Julius) Hans Goldschmidt (1879–1940), Historiker; 1920–1934 Historiker im Reichsarchiv; 1939 Emigration nach Großbritannien; er kam in London bei einem deutschen Bombenangriff ums Leben.

6 Dr. Hans Rothfels (1891–1976), Historiker; 1926–1934 Professor in Königsberg; 1934 entlassen, bis 1938 Quellenstudium im Geheimen Staatsarchiv in Berlin; 1939 Emigration in die USA, 1951 Rückkehr nach Deutschland, Lehrtätigkeit an den Universitäten Tübingen und Chicago, von 1953 an Mithrsg. der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“.

Quellenstoffes haben so Juden die Möglichkeit zu einer vielleicht gerade durch ihre Unfaßbarkeit und Unauffälligkeit besonders gefährlichen Einflußnahme.

Hier scheint mir eine höchst bedenkliche Lücke in der neuen Ordnung unseres Kulturlebens zu klaffen. Wenn heute in maßgebenden Organen der Bewegung auf den immer noch erstaunlichen Anteil der Juden an der deutschen Wirtschaftsvertretung, namentlich im Auslande, hingewiesen und Behebung dieses Mißstandes gefordert wird, so erscheint es mir als Pflicht, auf den nicht minder gefährlichen Mißstand aufmerksam zu machen, der die Bemühungen der nationalsozialistischen Staatsführung, aus der Erkenntnis der deutschen Vergangenheit Kräfte für die Bewältigung der großen Aufgaben der Gegenwart zu gewinnen, zu einem nicht unwesentlichen Teile durchkreuzt. Es muß m.E. geradezu zu einer Aushöhlung der rassepolitischen Gesetzgebung des Dritten Reichs führen, wenn den Juden weiterhin die Benutzung der Archive und damit die Verwertung wertvollster Staats- und Volksüberlieferungen ermöglicht bliebe.

Daß diese Lücke bisher nicht ausgefüllt wurde, erklärt sich aus dem besonderen Charakter der Archivarbeit. Sie vollzieht sich in der Stille und in einem engeren Kreise, meist abseits vom täglichen Geschehen der Gegenwart, wenig beachtet von der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse dieser Arbeit schlagen sich zunächst meist in rein wissenschaftlichen Werken nieder, die oft erst nach längerer Zeit und auf dem Wege über volkstümlichere Darstellungen, Biographien, historische Romane in Buch und Presse auf die breitere Öffentlichkeit wirken. Gerade hierin sehe ich eine besondere Gefahr. Der jüdische Historiker, der etwa aus den Staatsakten der friderizianischen Zeit erstmalig die Grundzüge der preußischen Verwaltung des 18. Jahrhunderts entnimmt und die Ergebnisse dann in einem wissenschaftlichen Werke veröffentlicht, richtet zunächst vielleicht keinen direkten Schaden an. Aber da niemand seine Stoffauswahl und -bearbeitung nachprüfen kann, so wird sein Werk zur Grundlage zahlreicher weiterer Darstellungen, und seine Quellenauffassung bleibt maßgebend. Hiervon abgesehen erscheint es mir als Gebot nationaler Würde, deutsche Geschichte nur von Deutschen schreiben und dem Juden nicht den Einwand zu lassen, daß seine wissenschaftliche Mitwirkung auf diesem Gebiete eben doch unentbehrlich sei. Aber auch die politischen Gefahren dürfen m.E. nicht unterschätzt werden. Man kann gerade von den sogen. „anständigen“ Juden nicht erwarten, daß sie der Verlockung, auf dem ihnen zufällig noch verbliebenen und so wertvollen Felde der Geschichte ihren Einfluß zur Geltung zu bringen, vielleicht sogar sich an dem Wirtsvolkstum zu rächen, nur zu leicht erliegen.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheint es untragbar, daß Juden heute noch dem deutschen Volk bisher unbekannte Dokumente der inneren und äußeren Geschichte erschließen dürfen und daß dafür sogar staatliche Mittel aufgewendet werden. Selbst Bestreben nach Objektivität in Einzelfällen zugegeben, so ist doch keine Quellenbehandlung ohne eigenen Standpunkt möglich. Eine objektive Geschichtsdarstellung im Sinne völliger Beziehungslosigkeit zur gegenwärtigen politisch-kulturellen Lage war immer schon ein Unding, muß heute aber ausgeschlossen werden.

Abhilfe kann m.E. nur dadurch geschaffen werden, daß Juden und jüdischen Mischlingen die Benutzung des in den staatlichen Archiven enthaltenen historischen Quellenstoffes untersagt und somit auch auf dem Gebiete der Archivbenutzung der Arierparagraph durchgeführt wird. Der Einwand, daß dadurch bisweilen jüdische Frontkämpfer betroffen würden, kann nicht als stichhaltig gelten, da die in Frage kommenden Personen in dieser Eigenschaft ihre Bezüge weiter erhalten, also durch staatliche Gegenleistung materiell ge-

sichert sind. Rücksichten wissenschaftlich-ideeller Art und ein Anspruch auf Fortsetzung wissenschaftlichen Quellenstudiums in den Archiven mit der sich daraus ergebenden Einflußnahme können durch Frontkämpfereigenschaft nicht begründet werden. Wenn der Jude aus dem gesamten übrigen Kulturleben ausgeschaltet ist, so muß erst recht die deutsche Geschichtsforschung und -darstellung als die rassisch-weltanschauliche Grundlage unserer nationalen Existenz von ihm freigehalten werden.

Hiernach erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, im Einvernehmen mit dem Herrn Preußischen Ministerpräsidenten dahin Verfügung treffen zu wollen, daß Juden die Benutzung der Archive außer zu familiengeschichtlichen Zwecken und zur Erforschung ihres eigenen Volkstums (in genauer zeitlicher und gegenständlicher Begrenzung) gesperrt wird.⁷

DOK. 5

Luise Solmitz beschreibt am 27. Januar 1938 die soziale Isolation ihrer Tochter¹

Handschriftl. Tagebuch von Luise Solmitz,² Hamburg, Eintrag vom 27.1.1938³

Kaiser Geburtstag, 79 Jahre. Herr Merutisch [...] ⁴ sah uns vor Tisch und wir blieben gemütlich zusammen bis zum Mittagessen. Abends kam Frau [...] ⁵ ob wir für Käthe Merutischs [...] Geburtstag (wir sind eingeladen) ein paar Stühle leihen wollen. Dann mit Gis. ⁶ Inge französ. Diktat, mit [...] Inge englisch, dann arbeiteten Pauli [...] bis nachts ½ 3 an „unserem“ Abitur, ich die Mathematik mit Tüntjes verziert, er den Satz des Pythagoras. Das Schönste ist, daß Hilde Hünchen [...], die Unübertreffliche, die nur I in allen Arbeiten hat, 20, 30 mal nacheinander, immer, in der letzten Mathematikarbeit vorm Abitur eine 3-hatte! Herr Rammner [...] vor den Kopf geschlagen! Major Portz [...] und seine niedliche Prinzessin in Berlin wollen auch den Daumen drücken, Enno und [...] auch! Wie ich meinen kleinen Aufsatz über [...] zus. stellte, ging mir doch das Herz auf vor all der Herrlichkeit, die ich nicht begriff, ich fühlte [...], ⁷ wie klar, wie umfassend das war, welche Gebiete, welche Wunder, denen sie doch den Wundermantel nimmt, sie umfaßt. Köstlich, wenn man das verstünde, was man nur fühlt.

Wenn ich Ludendorffs Profil, seine Totenmaske, betrachte, meine ich, daß sich in ihr schon das zwiespältige Wesen dieses Menschen ausdrückt. Stirn u. Nase bedeutend, an Moltke [...] gemahnend, das Kinn schwächlich u. häßlich zurückfliehend, weichlich.⁸

⁷ Am 24.3.1938 verbot das RMdI, i.V. Pfundtner, per Rundschreiben (VIc2237II.ANG./6062) Juden die Archivbenutzung „außer zu familiengeschichtlichen Zwecken und zur Erforschung des jüdischen Volkstums“; LAB, B. Rep. 142/7, Nr. 1-2-6-1.

¹ StAHH, 622-1/10, Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

² Luise Solmitz, geb. Stephan (1889–1974), Lehrerin in Hamburg, verheiratet mit Friedrich Wilhelm Solmitz (1877–1961), der auch nach seiner Konversion zum Christentum nach den Nürnberger Rassegesetzen als Jude galt.

³ Zu den kursiv gedruckten Passagen siehe editorische Vorbemerkung.

⁴ Vorlage unleserlich.

⁵ Im Original schwer lesbar: Vögel oder Nägel.

⁶ Gisela Solmitz, die Tochter von Luise und Friedrich Solmitz.

⁷ Im Original schwer lesbar: Nähe oder Mühe.

⁸ Erich Friedrich Wilhelm Ludendorff (1865–1937), Generalstabsoffizier und Politiker; 1914 mit Hindenburg Oberkommando über die Ostfronttruppen, 1916 Erster Generalquartiersmeister in der Obersten Heeresleitung; 1918 entlassen; 1923 am Hitler-Putsch beteiligt; 1924–1928 MdR.

Unsere Katze draußen hat Gis., weil sie in der Kiste haust, „Kai aus der Kiste“ genannt, u. Fritz⁹ tut ein übriges u. ruft „Hans Kai“ u. füttert gegen all seine Grundsätze das herrenlose Tier. Wir müssen selbst lachen, wie der tierliebe Mensch einfach vom Tier angebändigt wird: „Menschen an der Leine!“ Neulich war Kai in der Eßstube, hatte hinter der vorgeschobenen Fensterbank gesessen, die Bank umgeworfen. Mir grauste, wenn ich bedachte, daß das hätte geschehen können, ehe wir auf die Sommerreise gingen, u. das Tier verhungert wäre. Es ist rührend zutraulich, offenbar aus guter Hand. Die Leute mögen [...] gestorben sein. Aber das, was er wünscht, das Zuhause, die Ofenwärme, die können wir ihm nicht geben! {Heute, am 11.2.44, ist er noch bei uns. Und [...] ¹⁰ lange tot, überfahren [...].}

Der deutsche Rundfunk meldet Gerüchte aus dem Ausland, daß Deutschl. den Einsatz von 150 000 Mann in Spanien plane u. außerdem einen Staatsstreich in Österreich noch vor der Reise des Führers zum Duce.

Wir möchten gern, daß Gis., wenn sie durchfällt, noch ½ Jahr zur Schule geht, aber sie wehrt sich mit Händen u. Füßen.¹¹ Wie schön ist doch trotz aller Schulkümmernisse die Zeit jetzt, da sie mir noch ganz gehört, neben uns in ihrem Zimmer schläft. Es wird mir schwer werden, mich umzugewöhnen. Und mir graut vor all den Enttäuschungen, die ihr das Berufsleben heute bringen muß. Meidet sie doch schon das Beisammensein mit jungen Menschen, weil sie die Fragen nach dem B.d.M. nicht mag, weil sie keine Freundschaften mit Jünglingen knüpfen will, weil das alles außerhalb des ihr gezogenen Kreises ist. Wie muß sich so ein junger Mensch schon im Entsagen üben! Und wenn in der Schule eine gute Klassenkameradin zum Biologielehrer sagt, Mischlingen müsse ebenso wie den Erbkranken das Heiraten verboten werden. Womit er nicht einverstanden war. – Hier zu Hause ist ihre Zuflucht. Hier hat sie uns, ihre gute Inge Mahrt [...], unsere paar Freunde.

DOK. 6

Neue Zürcher Zeitung: Artikel vom 27. Januar 1938 über die wirtschaftlichen Restriktionen gegen Juden und die Folgen für deren Auswanderungschancen¹

Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft

-Y-Berlin, 24. Januar 1938. Die Ausschaltung des jüdischen Elements aus allen Zweigen der Wirtschaft wird seit einiger Zeit mit *steigender Heftigkeit* betrieben. Die gegenwärtige Welle läßt sich in ihrem Ausmaße nur vergleichen mit der des Jahres 1933, als nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus die Nichtarier aus dem öffentlichen Leben

⁹ Friedrich Wilhelm Solmitz (1877–1961), Maschinenbauingenieur, Offizier; Ehemann von Luise Solmitz, bis zu deren Auflösung 1920 bei der Armee, anschließend Oberingenieur einer Automobilfabrik in Berlin, dann bei der Deutschen Luftreederei, von 1924 an leitete er verschiedene Metallbetriebe in Berlin und Breslau.

¹⁰ Im Original schwer lesbar: Gidi oder Hidi.

¹¹ Gisela Solmitz (*1920), Tochter von Luise und Friedrich Wilhelm Solmitz. Als sog. Mischling 1. Grades konnte sie nicht Mitglied einer der nationalsozialistischen Organisationen werden und de facto keinen Nichtjuden heiraten (siehe Dok. 4 vom 14. 1. 1938). Gisela Solmitz heiratete später einen Belgier und ließ sich in Brüssel nieder.

¹ Neue Zürcher Zeitung (Morgenausg.), Nr. 27 vom 27. 1. 1938, S. 1. Die Tageszeitung wurde 1780 unter dem Namen Zürcher Zeitung gegründet, 1821 in Neue Zürcher Zeitung umbenannt und erscheint bis heute.

hinausgedrängt wurden. Da damals der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Vordergrund stand, mußte, weil die Juden doch einen guten Teil der Wirtschaft kontrollierten, im Interesse der Arbeitsbeschaffung zu jener Zeit noch davon abgesehen werden, sie auch aus dem Wirtschaftsleben zu entfernen. Inzwischen hat sich die deutsche Wirtschaft dank der staatlichen Aufrüstungskonjunktur von der Krise erholt, und jetzt halten die zuständigen Stellen die Zeit für gekommen, den früher vorübergehend vernachlässigten Programmpunkt der vollständigen Ausschaltung des Judentums in die Wirklichkeit umzusetzen.

An dieser Stelle ist bereits kurz erwähnt worden, daß in der *Textilwirtschaft* und im *Schrotthandel* entsprechende Maßnahmen ergriffen worden sind.² Die arischen Mitglieder dieser Branchen haben sich verpflichtet, weder an Juden zu verkaufen noch von ihnen zu kaufen; die zentralen Organisationen in den beiden Branchen haben den jüdischen Firmen die Liefer- und Abnahmeverträge gekündigt. Damit wird den jüdischen Firmen jede gewinnbringende Tätigkeit unmöglich gemacht, denn der Handel unter der Judenschaft selbst ist nicht tragfähig genug und bietet nur einer kleinen Zahl von Firmen eine auskömmliche Existenz, obwohl sich auch die deutschen Juden bemühen, soweit wie möglich ihre Einkäufe nach rassischen Gesichtspunkten vorzunehmen.

Die sogenannte „Arisierung“ der deutschen Wirtschaft greift aber immer weiter um sich. Am stärksten macht sich der Druck im *Einzelhandel* bemerkbar. Die jüdischen Firmeninhaber sehen sich so vielen Schwierigkeiten gegenüber, daß sie sich zum *Verkauf* ihrer Geschäfte entschließen müssen. Kaufinteressenten sind selbstverständlich vorhanden; doch die Preise, die geboten werden, sehr gering. Nach den Grundsätzen der zuständigen Behörden darf als Kaufpreis nur der materielle Wert des Unternehmens in Betracht kommen. Für den sogenannten *Goodwill* darf nichts vergütet werden, da man schließlich auch eine Sachlage geschaffen hat, unter welcher die Voraussetzungen einer Vergütung für Kundschafts- und Geschäftswert nicht mehr bestehen. Pensions- und Beteiligungsverträge, die von einem jüdischen Firmeninhaber eingegangen worden sind, dürfen vom nachfolgenden arischen Unternehmer nicht übernommen werden, sondern laufen zu Lasten des Vorläufers weiter. Bei der „Arisierung“ ist darauf zu achten, daß die Ausschaltung der Juden vollkommen ist. Es darf also keine Beteiligung eines Juden bestehen bleiben; ferner muß das jüdische Personal sofort entlassen werden. Jede nur teilweise „Arisierung“ wird als unerwünscht bezeichnet. Ueberschuldete und unwirtschaftlich arbeitende jüdische Betriebe dürfen nicht „arisiert“ werden.

Diese Politik der „Arisierung“, die jetzt mit deutscher Konsequenz und Gründlichkeit durchgeführt wird, entzieht den Juden jede Existenzgrundlage. Die „Reichsvertretung der Juden“ hat angesichts dieser Situation zum erstenmal unter dem nationalsozialistischen Regime eine Bitte an die deutsche Regierung gerichtet. Der Bitte geht ein Appell an die Einwandererstaaten voraus, die Einwanderungsmöglichkeiten besonders für arbeitsfähige junge Juden zu erweitern. Die Erklärung der Reichsvertretung der Juden weist aber darauf hin, daß ein erheblicher Teil der deutschen Judenschaft überaltert und daher *nicht* mehr *auswanderungsfähig* sei, sondern seine Tage in Deutschland beschließen müsse. Wenn er aber nicht der öffentlichen Wohlfahrt anheimfallen solle, so dürften ihm die Existenzmöglichkeiten nicht entzogen werden. Im übrigen sei die Aufrechterhaltung der

² Siehe „Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft“, in: NZZ (Abendausg.), Nr. 32 vom 6. 1. 1938, S. 3.

Existenz auch die Voraussetzung für eine geordnete Auswanderung. Die Erklärung der „Reichsvertretung der Juden“ schließt mit der Bitte an die Reichsregierung, „daß der Verringerung der Erwerbsmöglichkeit für die Judenheit in Deutschland Einhalt getan werde“.

Diese Erklärung der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ gibt ein erschütterndes Bild der Situation, in der sich die deutschen Juden befinden.³ Abgesehen davon, daß die aufnahmefähigen Länder der Judeneinwanderung große Schwierigkeiten in den Weg legen, stößt sich die Auswanderung aus Deutschland auch an der deutschen *Devisengesetzgebung*. Auf Grund spezieller Vereinbarungen können jüdische Auswanderer für die einzelne Person 30 000 Mark, für zwei Personen 40 000 und für drei und mehr Personen 50 000 Mark mitnehmen. Diese Summen sind aber nur nominell und werden nicht in dieser Höhe transferiert. Der Transferkurs schwankt zwischen 27½ und 50 Prozent, so daß also die Auswanderer einen für ihre Existenz im Ausland ganz *ungenügenden* Betrag überwiesen erhalten. Die finanzielle Einbuße wird noch dadurch verschärft, daß ein Viertel des Vermögens als *Reichsfluchtsteuer* abgegeben werden muß. Angesichts der zunehmenden Verschlechterung der Lebensbedingungen der Juden in Deutschland ist der Andrang so stark, daß die für den Auswanderungstransfer von Zeit zu Zeit zur Verfügung gestellten Beträge binnen kürzester Frist erschöpft sind. Die große Masse der deutschen Juden findet in Deutschland keine Existenz mehr, ist verfermt und weitgehend entrechtet, kann aber auch nicht auswandern, da ihr dafür keine Mittel zur Verfügung stehen.

DOK. 7

Jüdisches Gemeindeblatt: Der Hilfsverein wirbt am 30. Januar 1938 für die Auswanderung von Frauen¹

Mehr Frauenauswanderung!

Der Hilfsverein der Juden in Deutschland² stellt uns folgende Ausführungen zur Verfügung:

Über wenige Fragen ist sich die gesamte Judenheit Deutschlands so einig, wie über die unbedingte Notwendigkeit der Verstärkung der *Auswanderung*. Von dieser Übereinstimmung zeugen nicht nur alle Beschlüsse unserer maßgebenden Organisationen und immer wiederholte Äußerungen unserer Presse, sondern vor allem der kaum noch zu bewältigende Andrang der Auswanderungswilligen zu den Beratungsstellen des Hilfsvereins

³ Die Erklärung wurde vom Präsidialausschuß und Rat der Reichsvertretung der Juden in Deutschland am 13.1.1938 einstimmig verabschiedet und anschließend in allen jüdischen Zeitungen veröffentlicht; Abdruck in: Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus. Band 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, hrsg. von Otto Dov Kulka, Tübingen 1997, S. 377 f.

¹ Jüdisches Gemeindeblatt für Berlin, Nr. 5 vom 30.1.1938, S. 5; ebenfalls erschienen in: Jüdische Rundschau, Nr. 6 vom 21.1.1938, S. 4. Die Zeitung Jüdisches Gemeindeblatt, Organ des Vorstands der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, erschien von 1911 bis zum Nov. 1938.

² Der Hilfsverein der deutschen Juden wurde 1901 als Wohlfahrtsorganisation in Berlin gegründet, 1939 zwangsweise in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert. Im Herbst 1941 stellte der Hilfsverein seine Arbeit ein.

und die rastlose, angespannte Arbeit dieser großen Organisation. Aber während viele Tausende zur Auswanderung drängen, denen eine Einwanderungsmöglichkeit nicht eröffnet werden kann – weil sie zu alt sind, weil sie keinen im Ausland brauchbaren Beruf verstehen oder aus anderen Gründen – gibt es auf der anderen Seite noch eine wichtige Kategorie auswanderungsfähiger *Menschen, deren Auswanderungswilligkeit gesteigert werden könnte: unsere Mädchen und Frauen.*

Die bisherige jüdische Auswanderung aus Deutschland weist einen starken Überschuß an Männern auf, dessen genauer Umfang sich zwar nicht ermitteln läßt, der aber sicher viele Tausende beträgt. Diese Erscheinung ist an sich nicht unnatürlich. Im Gegenteil, fast bei jeder Auswanderungsbewegung ist ein Männerüberschuß zu verzeichnen. Liegt es doch in der Natur der Frau, daß sie stärker am Hause, an den Eltern und der Heimat hängt als der Mann mit seiner Unternehmungslust und seiner Sehnsucht nach der Ferne. Früher, während der Erschließung großer überseeischer Gebiete bestand deshalb die Auswanderung – zumal bei den mangelhaften Transportverhältnissen – ganz überwiegend aus Männern, woraus sich noch heute zum Teil die gehobene Stellung der Frau in angelsächsischen Einwanderungsländern erklärt. Und wenn auch inzwischen in vielen Überseeländern das Leben äußerlich so zivilisiert und sicher geworden ist, daß die Frau dorthin ebensogut auswandern kann wie der Mann, so halten doch die gerade bei uns Juden traditionell starken Familienbande das junge Mädchen und die alleinstehende Frau oft von der Auswanderung zurück. Andererseits waren auch bisher die Erwerbsmöglichkeiten für die jüdische Frau in Deutschland verhältnismäßig günstig. Während Zehntausende von jüdischen Männern ihre Stellungen verloren, ohne in Deutschland Aussicht auf einen neuen Erwerb zu haben, konnten die Frauen im Büro, vor allem aber, infolge der Nürnberger Gesetze, im Haushalt verhältnismäßig leicht hier ihr Brot finden. Deshalb fehlte häufig der Hauptantrieb der Auswanderung für die Frau: die materielle Not.

Unter diesen Umständen war es gewiß kein Wunder, daß viele jüdische Eltern, deren Söhne längst in Übersee weilten, sich einen Trost erhalten wollten: „Wenigstens unser Mädels bleibt hier!“ Und die Töchter fühlten die Wichtigkeit ihrer Rolle als seelische und materielle Stütze der alten Eltern und sahen sich nach Auswanderungsmöglichkeiten nicht um. Aber weil dieser an sich natürliche Vorgang so oder in ähnlicher Form tausendfach wiederkehrte, entstand eine *Massenerscheinung*, die zu außerordentlich *schweren Mißständen* führt. Denn es liegt auf der Hand, daß im gleichen Maße, in dem die Auswanderung der Männer im heiratsfähigen Alter die der Frauen übersteigt, die *Heiratschancen* für die zurückgebliebenen Mädchen in Deutschland *sinken* müssen, während auf der andern Seite die eingewanderten jungen Männer in den überseeischen Ländern häufig *nicht die Möglichkeit zur Gründung einer jüdischen Familie* finden, weil es kaum irgendwelche jüdischen Mädchen in ihrem Umkreise gibt. Befinden sich nun unsere jungen Auswanderer in Ländern, wie den Vereinigten Staaten, wo es eine zahlreiche ansässige Judenheit gibt, so haben sie dort zwar die Möglichkeit einer jüdischen Heirat, aber die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Eingewanderten und Ansässigen sind oft so bedeutend, daß entweder schon die Eheschließung selbst daran scheitert oder von vornherein eine besondere Problematik in die Ehe hineinkommt. Weit gefährdeter aber ist die Lage unserer ledigen Auswanderer in den Ländern ohne eine zahlenmäßig bedeutende Judenheit. Diese stehen häufig vor der Wahl, entweder ledig zu bleiben – mit allen Konsequenzen, welche dies in gesundheitlicher Hinsicht mit sich bringt – oder aber

nichtjüdische Frauen zu heiraten, was meistens nicht nur den Verlust der Nachkommen-
schaft für die jüdische Gemeinschaft zur Folge hat, sondern wegen der ungeheuren kul-
turellen, religiösen und sonstigen Gegensätze auch zu besonders schwierigen, ja von
vornherein unharmonischen Ehen führt. Dieses Problem wird in vielen überseeischen
Ländern bereits als sehr brennend empfunden.

Was muß nun zur Abstellung dieser Mißstände geschehen? Es handelt sich vor allem –
eine erschöpfende Behandlung dieses wichtigen Themas ist hier nicht möglich – um
folgende Gesichtspunkte. In erster Reihe müssen sich unsere jungen Auswanderer künf-
tig darüber klar sein, daß sie im allgemeinen daran gut tun, *sich vor ihrer Übersiedlung* in
ein überseeisches Land an die künftige Lebensgefährtin *zu binden*, und zwar in der Regel
durch Eheschließung. Gehen zwei junge Menschen in die Fremde, so finden sie aneinan-
der nicht nur seelisch den besten Halt, sondern in sehr vielen, ja vielleicht den meisten
Fällen, wird es *der weibliche Teil sein, der zuerst einen Broterwerb findet*, so daß auch der
materielle Existenzkampf durch eine Eheschließung vor der Auswanderung eher erleich-
tert als erschwert wird. Darüber hinaus aber werden jene Gefahren vermieden, von denen
oben ausführlicher die Rede war, und die zum Verlust wertvollster jüdischer Substanz für
die Gemeinschaft führen müßten. In dieser Hinsicht wird es besonders auf die jüdische
Haltung der Mädchen ankommen, da erfahrungsgemäß die Atmosphäre des Hauses, die
Erziehung der Kinder vor allem von der Frau abhängt. Ebenso notwendig ist eine grund-
sätzliche Änderung in der Haltung der jüdischen Eltern, die bisher nur allzu oft ihre
auswanderungsfähigen Töchter hierbehalten haben. Selbstverständlich „eines schickt sich
nicht für alle“, es mag sehr wohl Fälle geben, in denen es gerechtfertigt ist, daß die er-
wachsene Tochter den Eltern zur Seite bleibt. Aber wer die Wünsche unserer jüdischen
Eltern für die Zukunft ihrer Töchter kennt, wird mit Bestimmtheit erwarten dürfen, daß
sie diese nicht aus rein egoistischen Gründen von der Auswanderung zurückhalten wer-
den, wenn sie sich einmal darüber klar sind, daß sowohl die beruflichen Aussichten wie
die Heiratschancen in den überseeischen Ländern sehr viel besser sind als in Deutsch-
land.

Allerdings muß betont werden, daß nicht *jedes Mädchen* ohne weiteres zur Auswande-
rung geeignet ist. Vielmehr muß sie, abgesehen von einer gewissenhaften Ausbildung,
auch bestimmte menschliche Qualitäten besitzen. In beruflicher Hinsicht ist eine gründ-
liche Beherrschung der Hauswirtschaft zu fordern und die Bereitschaft, wenigstens vor-
übergehend eine Stellung im Haushalt anzunehmen, selbst wenn ein anderer Beruf als
Ziel vorschwebt.

Die großen jüdischen Auswanderungsorganisationen des In- und Auslandes, d.h. in
erster Linie der Hilfsverein, werden künftig der Frauenauswanderung besondere Auf-
merksamkeit widmen. Das heißt einmal, daß der Auswandererberater mit dem jungen
Auswanderer offen die Frage erörtern soll, ob er sich nicht vor der Übersiedlung binden
solle – wobei die zweckmäßige Form (Eheschließung oder nur Verlobung) je nach dem
Einwanderungsland und je nach seinem (und ihrem) Beruf zu wählen sein wird. Darüber
hinaus wird aber der Hilfsverein in engster Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Frauen-
bund³ hier um eine geeignete Auswahl auswanderungswilliger Mädchen bemüht sein,
und zusammen mit den überseeischen Komitees und Frauenorganisationen wird dafür

³ Der Jüdische Frauenbund wurde 1904 von Bertha Pappenheim (1859–1936) und Sidonie Werner
(1860–1932) gegründet und 1938 zwangsweise aufgelöst; Neugründung 1953.

gesorgt werden, daß die Betreuung alleinstehender Mädchen und Frauen soweit gewährleistet ist, daß der Auswandererberater jüdischen Eltern gegenüber die Verantwortung dafür übernehmen kann, ihre Tochter allein den Weg in die Ferne antreten zu lassen. Tüchtige Kräfte, die bereit sind, sich einzuordnen, die ferner die Sprache des Einwanderungslandes beherrschen und gesundheitlich wie menschlich allen Anforderungen entsprechen, die ein Leben in der Fremde stellt, werden nicht nur sich selbst ihren Weg bahnen, sondern auch dazu beitragen, daß neue Zellen des jüdischen Lebens sich bilden, durch die vielleicht noch ihren Eltern, sicher aber ihren Kindern die Fremde zur Heimat werden kann.

DOK. 8

Rabbiner Löwenstamm fragt am 30. Januar 1938 seinen Kollegen Dienemann um Rat, ob ein Kind aus einer „Mischehe“ ins Judentum aufgenommen werden darf¹

Handschriftl. Brief des Rabbiners Dr. Löwenstamm,² Berlin-Spandau, Feldstr. 11, an den Rabbiner Dienemann³ vom 30. 1.1938

Lieber Dienemann!

In der Hoffnung, daß Du und die Deinen den Umständen nach zufrieden sind, möchte ich heute Dich bitten, mir, wenn möglich, folgende Frage zu beantworten:

Darf man einen Mischling 1. Grades in das Judentum aufnehmen? Es handelt sich um einen 11jährigen Jungen aus einer Mischehe (Vater jüdisch, Mutter arisch). Die Eltern möchten ihn einer Familie, die nach Australien auswandert, mitgeben. Er ist auch hier schon seit Monaten bei dieser Familie. Die Eltern wollen beide, daß er Jude wird. Der Hilfsverein bzw. die jüdische Stelle in England machen Schwierigkeiten, weil er Nichtjude ist.

Daß mir die Sache aus meinen jüdisch-religiösen Motiven höchst unsympathisch ist, liegt auf der Hand; ich bin der Meinung, daß man gerade einen Jungen in diesem Alter nicht festlegen darf auf einen Standpunkt, den er vielleicht in ganz wenigen Jahren in einer völlig anderen Umgebung verwirft. Dazu kommt als besondere Schwierigkeit, daß die auswandernde Familie selbst auch in Mischehe lebt, so daß eine künftige jüdische Erziehung nicht gegeben ist. So ist es noch fraglich, ob die Frau wird mitgehen können. Daß man richtige Arier nicht ins Judentum aufnehmen darf, ist mir natürlich bekannt.

Laß mich bitte bald wissen, wie es damit steht, und sei herzlich begrüßt von Haus zu Haus
Dein

1 CJA, 1/75 C, Ra 1, Nr. 21-1331, Bl. 162+RS.

2 Dr. Arthur Löwenstamm (1882–1965), Theologe, Rabbiner und Pädagoge; 1911–1917 Rabbiner in Pleß, Oberschlesien, 1917–1938 in Berlin-Spandau; Mitglied der Vereinigung der liberalen Rabbiner; 1938 verhaftet, nach Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen Flucht nach Großbritannien; von 1945 an Studiendirektor der Society of Jewish Studies in London; von 1954 an zeitweilig Rabbiner in West-Berlin.

3 Dr. Max Dienemann (1875–1939), Rabbiner; 1909–1919 Rabbiner in Ratibor, 1919–1938 in Offenbach, Vorstandsmitglied der World Union for Progressive Judaism; 1933 zeitweise im KZ Osthofen inhaftiert, 1938 nach KZ-Haft in Buchenwald Emigration nach London, 1939 nach Palästina; zahlreiche Publikationen.

DOK. 9

Ein Fünftklässler schreibt im Januar 1938 einen Aufsatz zum Thema Juden¹

Schulaufsatz von Alfred Müller,² undat.³

Klassenaufsatz: Juden

Nach dem Weltkriege machten sich die Juden in unserem Vaterlande sehr bemerkbar. Sie wollten Deutschland zum Untergang führen. Die Juden nahmen die höchsten Plätze in der Reichsregierung ein. Fast alle Juden waren Kommunisten. Alle standen mit Rußland in Verbindung. Sie wollten aus Deutschland ein Sowjet-Deutschland machen. Die meisten Leute meinten, die Juden seien das auserwählte Volk Gottes und dafür müßten sie an die Juden glauben. Die Juden leben nur von Lügen, Betrügen und Schachern. Als Deutschland nahe am Untergang war, kam Adolf Hitler. Er riß mit starker Hand das Ruder herum, so daß Deutschland wieder auf den richtigen Weg kam. Er legte den Juden das Handwerk. Diese gingen nach Rußland. Das Ergebnis war: Das reiche Rußland verkommt vollkommen. Das wäre in Deutschland ebenso gekommen, wenn der Führer nicht Deutschland vor dem Untergange rettete.

„Wer gegen die Juden kämpft, ringt mit dem Teufel.“

DOK. 10

Israelitisches Familienblatt: Artikel vom 3. Februar 1938 über die Perspektiven der jüdischen Jugend¹

[A.H.]²

Was sollen unsere Kinder werden?

Große und drückende Probleme stürmen alltäglich auf uns ein und fordern unsere Stellungnahme, wodurch sie uns gleichzeitig mitverantwortlich machen für das Schicksal des jüdischen Volkes und für die Lösung der Frage des Judentums in Deutschland.

Eine solche Frage, die je nach der Einstellung des einzelnen fatalistisch oder produktiv, resignierend oder einsatzbereit gelöst werden kann, ist die Berufsfrage. Gewiß gibt es auch hierfür keine allgemein gültige Patentlösung, aber über eines müssen wir uns klar

¹ ZfA/A Berlin, Lebensgeschichtliche Sammlung, Alfred Müller.

² Alfred Müller (*1926), Schüler in Osnabrück, 1944 Soldat, 1945–1947 Kriegsgefangenschaft in Frankreich, 1948–1950 Briefträger, anschließend Abendstudium, bis 1989 im niedersächs. Landwirtschaftsministerium tätig.

³ Im Kopf des Dokuments steht eine „32“, die vom Lehrer Otto Suter vergebene Nummer für den Schüler Alfred Müller. Der Aufsatz wurde am 1.2.1938 korrigiert (Kürzel des Lehrers), mit einer „1“ bewertet und trägt die Unterschrift der Mutter Alfred Müllers.

¹ Israelitisches Familienblatt, Nr. 5 vom 3.2.1938, S. 4 f. Das Israelitische Familienblatt, gegründet 1898, erschien bis 1935 in Hamburg, dann in Berlin einmal wöchentlich mit einer Auflage von 26 000 Exemplaren (1938). Es wurde 1938 verboten.

² Alfred Hirschberg (1901–1971), Journalist; 1933–1938 Hauptschriftleiter der C.V.-Zeitung; emigrierte 1939 nach Großbritannien und 1940 weiter nach Brasilien.

sein: Schulentlassung bedeutet für jeden jungen Menschen den Beginn eines neuen Lebensabschnittes, und die Entscheidung über Inhalt und Gestaltung dieses in naher Zukunft beginnenden Abschnittes legt denen, die sie fällen, eine schwere Verantwortung auf. Wer muß in erster Linie die Verantwortung übernehmen? Natürlich die Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen, dann die Kinder selbst, die sich der Tragweite dieser Berufswahl in den meisten Fällen durchaus bewußt sind, schließlich aber auch die jüdischen Organisationen, die sich – sozusagen berufsmäßig – für die von ihnen beratenen Kreise verantwortlich fühlen.

Angesichts der gegenwärtigen Ausweglosigkeit versuchen viele Eltern, irgendwelche Zwischenlösungen zu finden, um die letzte Entscheidung hinauszuzögern. Und doch kann man diese Frage nicht nach dem Grundsatz „Zeit gewonnen, alles gewonnen“ behandeln. Man muß sich klar machen, daß unsere Jugend nichts Kostbareres besitzt als diese Lebensjahre, und daß man sie vor ernstzunehmende Aufgaben stellen muß, um sie für vieles zu entschädigen, was ihr verschlossen ist.

Beschäftigt man sich näher mit der Frage der Berufswahl, so erkennt man schnell, daß die Ausbildungsmöglichkeiten der Jugend hier außerordentlich begrenzt sind. So ergibt es sich von selbst, daß der Wunsch, dem Kinde eine vermeintlich „höhere“ soziale Einordnung zu ermöglichen, ebenso illusorisch geworden ist wie der einst typische Wunsch, „meine Kinder sollen es einmal leichter haben als ich“. *Wir können unseren Kindern kein „leichtes“ Leben sichern*, aber wir können Fehler vermeiden, die die gesellschaftliche Schichtung der Juden in der Vergangenheit so ungesund und wenig krisenfest gestaltet haben. Dazu aber ist es notwendig, den Kindern das Rüstzeug mitzugeben, das ihnen eine Existenz im anderen Lande, unter veränderten Voraussetzungen ermöglicht.

Wenn aber die Eltern keinen Ausweg finden, dann können die öffentlichen jüdischen Stellen ihnen beratend und helfend zur Seite stehen. Sie haben die Aufgabe, *verantwortungsvoll und planmäßig die Auswanderung der jüdischen Jugend vorzubereiten*, zu überwachen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel in Fällen der Bedürftigkeit auch zu finanzieren.

Wichtig ist vor allem, *möglichst konjunkturunabhängige und damit krisenfeste Berufe zu wählen*. Als in diesem Sinne gesund sind in erster Linie Landwirtschaft und Gartenbau, in zweiter Linie das Handwerk zu bezeichnen.

Von dieser Erfahrung ausgehend, möchten wir hier auf zwei Wege hinweisen, die bereits erprobt sind und in pädagogischer und menschlicher Hinsicht den Vorzug aufweisen, dem Leben des Jugendlichen einen Inhalt zu geben und es aus der Sphäre des bloßen Existenzkampfes in den Bereich einer Idee zu tragen: *Jugend-Alija und Mittleren-Hachschara*. Beiden ist das Ziel, Palästina, gemeinsam, während der Weg verschieden ist. Die Jugend-Alija ist – ebenso wie die Mittleren-Hachschara – Jugendlichen unter 17 Jahren zugänglich. Wie aber der Name sagt, besteht ihr Wesen in der Alija, d.h. die körperlich und geistig den Anforderungen gewachsenen jungen Menschen gehen nach verhältnismäßig kurzem Vorbereitungs-lager gemeinsam mit der Gruppe, der sie angehört haben, nach Palästina, wo sie zwei Jahre lang fachlich und theoretisch in Landwirtschaft, Viehzucht, Obst- und Weinbau oder im Handwerk ausgebildet werden. Außerdem findet eine gründliche geistige Schulung in Hebräisch, Palästinakunde, Naturwissenschaft usw. statt. Mit Rücksicht auf die Endgültigkeit der Auswanderung muß an die Bewerber in bezug auf Charakter sowie Gesundheit ein strenger Maßstab angelegt werden.

Für die Mittleren-Hachschara ist gleichfalls die Gruppen-Ausbildung charakteristisch.

Die Schulung erfolgt aber hier in Deutschland auf zahlreichen Lehrgütern, soweit es sich um landwirtschaftlich-gärtnerische Ausbildung handelt, oder in den Lehrwerkstätten der Jüdischen Gemeinden, falls der Jugendliche handwerklich Begabung zeigt. Wertvoll ist es, daß der junge Mensch vom Beginn seiner Ausbildung an ein festes Zugehörigkeitsgefühl zu einer den gleichen Zielen zustrebenden Gemeinschaft erhält. Dadurch wird seine geistige und seelische Entwicklung aus der individualistischen Vereinsamung gelöst und Kräfte entfaltet, die dem Gemeinwesen ebenso wie dem einzelnen zugute kommen.

So schwer den Eltern auch die Trennung von ihren Kindern fallen wird, so kann ihnen doch das Bewußtsein tröstlich sein, daß die junge Generation einen Weg des Aufbaus, der körperlichen und geistigen Wiedergeburt geht, und daß die Gemeinden und sonstigen jüdischen Stellen in steter Sorge bemüht sind, diesen Weg so weit wie möglich zu erleichtern.

DOK. 11

Berliner Tageblatt: Artikel vom 3. Februar 1938 über die Juden in Polen¹

Die Juden in Polen

Von unserem Korrespondenten Hans-Achim v. Dewitz²

Mit dem folgenden Aufsatz unseres Warschauer Korrespondenten über die Juden in Polen setzen wir die Behandlung des durch die Entwicklung in Rumänien nahe gerückten jüdischen Problems in Osteuropa fort, die mit dem Artikel „Die Juden in Rumänien“ in der Nummer 42 des „Berliner Tageblattes“ vom 26. Januar l.J. begonnen wurde.³ Die Schriftleitung.

Warschau, Anfang Februar. Von den rund 33 Millionen Menschen, die den polnischen Staat bilden, entfallen etwa 3 ½ Millionen auf die Juden. Nächst den Ukrainern bilden sie die stärkste Volksgruppe. Dennoch ist es weniger die Eigenschaft des polnischen Judentums als grosse kulturelle und konfessionelle, nationale Minderheit, die den Kern der jüdischen Frage in Polen ausmacht. Dem Polen stellt sich einstweilen das Problem nicht so sehr als kulturelles oder als rassisches dar. Denn in beiden Beziehungen fehlen starke Reibungsflächen. Keine Minderheit führt ein ungestörteres kulturelles Eigenleben als die jüdische. Niemandem würde es einfallen, hier „polonisieren“ zu wollen.

1 Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Berliner Ausg. (Morgenausg.), Nr. 56 vom 3.2.1938, S. 1f. Die Zeitung erschien von 1872 bis 1939 zunächst im Verlagshaus Rudolf Mosse, nach dessen „Arisierung“ in der Buch- und Tiefdruck Gesellschaft m.b.H. In den Jahren nach 1933 stieg die Auflage von 130 000 auf 240 000.

2 Hans-Achim von Dewitz (1904–1976), Journalist; 1936–1939 Polen-Korrespondent beim Berliner Tageblatt, 1941–1942 für die Deutsche Zeitung im Ostland in Riga tätig, 1946–1948 Redakteur der Wochenzeitung Die Zeit, 1949–1950 Hamburger Allgemeine Zeitung, 1953–1969 Presse- und Kulturreferent in verschiedenen deutschen Auslandsvertretungen.

3 Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung, Berliner Ausg. (Morgenausg.), Nr. 42 vom 26.1.1938, S. 1f. In dem Artikel wurde die vermeintliche Vormachtstellung der Juden auf verschiedenen Gebieten der rumän. Wirtschaft hervorgehoben und der neueste Vorstoß zu einer antijüdischen Gesetzgebung begrüßt.

Die blutmässige Vermischung spielt noch nicht die Rolle, die sie schroff in das Blickfeld der nationalen Aufmerksamkeit rücken müsste. Das „stillschweigende Getto“, das polnische und jüdische Bevölkerung auch heute noch voneinander trennt, mit den entsprechenden seelischen Hemmungen des Polen und den orthodoxen Prinzipien des Juden, ist erst von der kleinen Schicht der „Assimilanten“ teilweise durchbrochen worden, die auf dem Umweg über materiellen Aufstieg und konfessionellen Uebertritt den Zugang in die gehobeneren Schichten fanden und heute bereits einen unverkennbaren Einfluss auf den Gebieten entfalten, die dem jüdischen Intellekt von jeher zusagen.

So nur ist es möglich, dass der Charakter der jüdischen Frage als der eines Rasseproblems schlechthin in Polen verhältnismässig wenig erkannt wird, ja in der Regel, entsprechend der katholischen Doktrin, zugunsten rein konfessioneller Unterscheidungen verkannt wird.

Die Aktualität der jüdischen Frage, wie der Pole sie für Polen sieht, liegt vornehmlich im Oekonomischen und Sozialen. Mehr und mehr wird sie zu einer Frage des beiderseitigen Lebensraums und der sozialen Struktur. Das Elend der breiten polnischen Massen verlangt ebenso nach Milderung wie das der jüdischen, und die junge Generation Polens sucht nach Aufstiegsmöglichkeiten. Der Zusammenprall der polnischen und jüdischen Bevölkerung im Kampf um das täglich Brot erfolgt auf dem Pflaster des städtischen Erwerbslebens. Rund acht Millionen Menschen entbehren heute in Polen auf dem flachen Lande einer gesunden Existenzgrundlage. Eine Intensivierung der Landwirtschaft in ganz Polen, vornehmlich im Osten, würde nach vorsichtigen Schätzungen zwei bis drei Millionen von diesen acht noch in der Landarbeit unterbringen können. Was aber wird aus den überzähligen fünf Millionen Menschen? Sie drängen in die Städte, in das Erwerbsleben der Industrie, des Handels, des Handwerks.

Die Lage, die sie hier antreffen, ist keineswegs rosig. Die Industrie steckt in ihren Anfängen. Ihr grosszügiger Ausbau ist geplant, aber für das Tempo, in dem er möglich wird, ist auch der stürmischste Wille allein nicht ausschlaggebend, solange Kapital und immer wieder Kapital beschafft werden muss. Die Unterbringung überschüssiger polnischer Massen in der Industriearbeiterschaft verbleibt als Hoffnung nicht für heute und morgen – vielleicht für übermorgen. Und Handel, Handwerk, freie Berufe? Es erweist sich, dass ein Drittel der städtischen Bevölkerung ganz Polens aus Juden besteht. Es zeigt sich weiter, dass von 100 Juden nach amtlichen Angaben 44,4 in Handel und Verkehr, 33,8 in Handwerk und Industrie, 4,1 in freien und 11,9 in „sonstigen“ Berufen tätig sind, während nur 5,8 von der Landwirtschaft leben. Innerhalb der freien Berufe wiederum sieht es heute in Polen so aus, dass 45 Prozent der Anwälte und 40 Prozent der Aerzte des ganzen Staatsgebietes Juden sind, – und zwar von den Anwälten in Lemberg sogar 70 Prozent, in Krakau 65 Prozent und in Warschau 44 Prozent – von den Aerzten in den drei südlichen Woiwodschaften 65 Prozent, in Warschau, den nördlichen und östlichen Woiwodschaften durchschnittlich zwischen 35 und 40 Prozent.

Die einseitige Berufsstruktur des polnischen Judentums hat für die Juden selbst verhängnisvolle Folgen. Eine Fülle von Mitgliedern der jüdischen Gemeinden sucht ihr Dasein durch kleinste Kommissions- und Vermittlergeschäfte zu fristen. Wer auf dem sogenannten „Lausemarkt“ nahe dem Danziger Bahnhof in Warschau zu sehen Gelegenheit hatte, wie ein Stück Draht, eine alte, verrostete Ofenröhre, eine Stange von einem eisernen Kinderbett und ein zeretzter, durchlöcherter Schuh zu den völlig regulär gehandelten Gegenständen gehören, wird die ganze Schwere des Problems auch für die

polnische Regierung erfassen. Nach polnischen Angaben leben über 100 000 jüdische Familien mit 800 000 bis 400 000 Köpfen von weniger als 80 Złoty (gleich 36,32 RM) im Monat pro Familie. Fast die Hälfte der rund 353 000 Juden Warschaus wird von der Gemeinde unterstützt, die alljährlich grosse Summen von den amerikanischen Juden erhält.

Dass dieser Masse der jüdischen Bevölkerung in den gleichen Städten eine Schicht jüdischer Grossverdiener gegenübersteht, ja, dass die Einlagen der polnischen Privatbanken fast ausschliesslich auf das jüdische Publikum entfallen, zu dessen Domäne weite Zweige des Handels geworden sind, vervollständigt nur die Züge des Gemäldes. Der polnisch-jüdische Kampf um den gewerblichen Lebensraum ergibt sich daraus. Mit den einstweilen noch mehr instinktiven Strömungen in den verschiedenen Kreisen der polnischen Bevölkerung wirken Dinge von schon grösserer Planmässigkeit der Selbsthilfe zusammen. Die Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens, dessen Verkaufsorganisation schon hier und dort den Händler ersetzt, die staatliche Umschulung der Landwirtschaft, die, besonders im Osten und Süden, manchen Bauern den Fängen eines oft kaum glaublichen Zinswuchers entriss – die Mobilisierung des öffentlich-rechtlichen Kredits für den Aufbau und die Unterstützung eines christlichen Kaufmannstandes, schliesslich auch die Neuordnung der Zulassung zum Anwaltsberuf – alles das sind Ansätze in dieser Richtung einer stärkeren Förderung des polnischen Elements. Ansätze allerdings, die die Gefahr bergen, dass sie aus einem Abwehrmittel der Ueberfremdung bestimmter Zweige des öffentlichen Lebens auch zu einer minderheitenfeindlichen Angriffswaffe schlechthin werden könnten. Diesem Einwand und nicht etwa philosemitischen Empfindungen entspringt die kürzlich beobachtete Reserve der Ukrainer auf diesem Gebiet.

Der Wunsch, den Lebensraum der eigenen Bevölkerung zu schützen, verbindet sich für die Polen mit der Frage nach dem Wohin. Das in Europa bekannte Bild einiger Emigranten, die, mit internationalen Verbindungen reichlich dotiert, in gute Auslandsposten schlüpfen, nachdem sie die Grenzen ihres bisherigen Gastlandes verliessen, ist auf die 3½-Millionen-Schicht polnischer Juden schwer übertragbar. An Stelle der Emigrantenfrage tritt die Frage der Emigration. Die Massenauswanderung und Ansiedlung in neuen Gebieten hat die polnische Aussenpolitik seit Bestehen des neuen Staates beschäftigt. Sie strebt in dieser Sache in dieselbe Richtung wie die Zionisten im Lande, mit ihnen gemeinsam wütend bekämpft durch den jüdischen „Bund“,⁴ der als Anhänger der Assimilationstheorie und Vertreter eines sozialdemokratischen, an den Linzer Beschlüssen von 1926⁵ orientierten Programms die Lösung aller Probleme in der sozialen Umgestaltung erblickt und gegen die Emigration zu Felde zieht. Früher bildete Palästina das Hauptaufnahmegebiet für die jüdische Auswanderung aus Polen. Das hat sich gewandelt. Sogar die 450 000 Juden, die von 1918 bis 1935 Polen verliessen, hielten dem jüdischen Bevölkerungszuwachs im gleichen Zeitraum noch nicht die Waage. Dieser Zuwachs schwankte in den letzten drei Jahren zwischen 29 000 und 33 000 Köpfen jährlich.

4 Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund wurde 1897 in Wilna (Vilnius) gegründet. Der Bund war eine säkulare sozialistische Partei, die sich für die Gleichberechtigung der Juden und die Anerkennung der jüdischen Nationalität in der Diaspora und gegen den Zionismus engagierte.

5 Das Linzer Programm wurde am 3.11.1926 auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs in Linz beschlossen.

Der sogenannte Zabotynski-Plan,⁶ der seinerzeit eine Auswanderung von weiteren 4–500 000 Juden für die nächsten zehn Jahre vorsah, würde, wäre er durchführbar, den Zuwachs der jüdischen Bevölkerung ausgleichen. Und da für die Auswanderung nur Menschen in jüngeren Jahren in Betracht kommen, während das zeugungsunfähige Alter zurückbleibt, so würde sich unzweifelhaft im Laufe der Zeit ein Absinken der jüdischen Bevölkerungsziffer in Polen bemerkbar machen. Aber dank Palästina sind die Aussichten dieses Plans heute unbestimmbarer denn je. Es bleibt abzuwarten, ob die Verhandlungen Becks mit Frankreich der jüdischen Emigration ein neues Gebiet in Madagaskar erschliessen.⁷

Bei einer Betrachtung der jüdischen Frage in Polen spricht alles dafür, dass nicht ein einzelnes Gebiet oder eine bestimmte Massnahme allein, sondern nur ein Zusammenwirken der verschiedensten Abhilfen ausreichen wird, um ein Problem seiner Lösung für Polen näherzubringen, bei dem es sich um so grosse Menschenmassen und eine so vielfache Verflechtung der verschiedenen Interessen handelt. Die polnische Regierung scheint entschlossen, sich durch die Schwierigkeiten der Aufgabe nicht abschrecken zu lassen.

DOK. 12

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen fragt am 13. Februar 1938 beim Deutschen Gemeindetag an, wie mit jüdischen Patientinnen in der Landesfrauenklinik umzugehen sei¹

Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Verwaltung des Provinzialverbandes (IIc.5.), gez. i. V. v. Wedelstädt,² an den DGT (Eing. 17.2.1938), Berlin, vom 13.2.1938

Es sind hier Bedenken wegen der Aufnahme jüdischer Patienten in der von der Provinz unterhaltenen Landesfrauenklinik aufgetaucht. Ich bin der Auffassung, dass jüdische Patienten in der Landesfrauenklinik nur Aufnahme finden können, wenn sie von Wohlfahrtsämtern oder Krankenkassen der Anstalt überwiesen werden oder wenn unmittelbare Lebensgefahr für sie besteht. Selbstzahlende Patienten, bei denen die vorerwähnten Voraussetzungen nicht bestehen und die Aufnahme in der 3. oder in den höheren Klassen der Klinik wünschen, müsste man meines Erachtens nahelegen, andere Anstalten bzw. Privatkliniken aufzusuchen.

⁶ Der Jabotinsky-Plan, benannt nach dem russischen Zionisten Wladimir Zeev Jabotinsky (Zabotinskij) (1880–1940), sah vor, einen jüdischen Staat in Palästina beiderseits des Jordans zu gründen, die jüdische Diaspora in Europa aufzulösen, eine jüdische Armee aufzubauen und die Staatsgründung militärisch durchzusetzen.

⁷ Józef Beck (1894–1944), Offizier und Diplomat; enger Mitarbeiter Marschall Piłsudskis, 1926–1930 Kriegsminister Polens, 1930–1932 StS im Außenministerium, 1932–1939 poln. Außenminister. Becks Verhandlungen zur Emigration von poln. Juden nach Madagaskar scheiterten am Widerstand der franz. Regierung.

¹ LAB, B Rep. 142-7, Nr. 3-10-11.

² Helmuth von Wedelstädt (1902–1988), Jurist; 1931 NSDAP-Eintritt, 1936–1941 Landeshauptmann von Ostpreußen, 1941–1943 Leiter des Hauptamts I (Politik) im Reichskommissariat Ukraine; nach 1945 Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker der FDP in Mülheim/Ruhr.

Wenn jüdische Patienten als Selbstzahler in der von der Provinz unterhaltenen Landesfrauenklinik aufgenommen würden, taucht neben den Bedenken, die das Personal der Anstalt gegen die Verpflichtung, jüdische Patienten zu pflegen, hat, die weitere Frage auf, wie der leitende Arzt der Klinik, der in den Klassen 1 und 2 und in einer Sonderklasse 3a der Klinik³ das Recht der ärztlichen Liquidation bei den von ihm behandelten Kranken hat, diese Liquidation regeln soll. Der leitende Arzt ist gleichzeitig Mitglied der NSDAP und als solcher ist ihm ein geschäftlicher Verkehr mit Juden verboten. Es fragt sich, ob der leitende Arzt in diesem Falle sein Liquidationsrecht an die Klinik abtreten oder von den jüdischen Patienten liquidieren soll, die eingehenden Beträge aber nicht als Privateinnahme behandelt, sondern der Klinik unter Verzicht auf die vertragsmässig ihm zustehende Zahlung überweist.

Falls die Pflicht der Landesfrauenklinik zur Aufnahme jüdischer Selbstzahler, soweit sie deutsche Staatsangehörige sind, bejaht werden sollte, bleibt die weitere Frage offen, ob die Klinik jüdische Patienten, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, von der Aufnahme in die Klinik ausschliessen kann, ausgenommen im Falle unmittelbarer Lebensgefahr.

Ich bitte, nach Fühlungnahme mit den zuständigen Stellen, mir mitteilen zu wollen, wie die angeschnittenen Fragen zu behandeln sind und in anderen öffentlichen Krankenanstalten behandelt werden.⁴

DOK. 13

Neues Volk: Artikel über den internationalen Antisemitismus vom Februar 1938¹

[D.J. Schuster]

Die „lieben“ Juden

Das bringt nicht Deutschland, sondern Paris!

Der Antisemitismus ist keine Erscheinung der Nachkriegsjahre und keine Erfindung des Nationalsozialismus, wie es die Juden immer wieder zu behaupten versuchen, sondern er gehört zu den Tagesfragen in allen Ländern, wo sich die Juden niedergelassen haben und mit ihren fragwürdigen Methoden daran gingen, in dem Wirtsvolke Fuß zu fassen und Einfluß zu gewinnen.

³ Patienten der 1. Klasse wurden bevorzugt versorgt, die Sonderklasse 3a war demgegenüber deutlich schlechter ausgestattet („Holzklasse“). Die Dienstleistungen regelte im Einzelnen die jeweilige Krankenhausordnung; es gab große Unterschiede zwischen den Krankenhäusern.

⁴ Der DGT leitete die Frage an den RuPrMdI weiter und erhielt die Antwort, dass auch jüdischen Patientinnen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit die Aufnahme in Landesfrauenkliniken nicht verwehrt werden könne. Selbstzahler sollten möglichst an jüdische Krankenhäuser verwiesen werden; DGT an RuPrMdI, 28.3.1938 und Antwort vom 2.5.1938, wie Anm. 1. Ferner teilte der DGT den Oberpräsidenten in Breslau, Berlin, Merseburg, Hannover und Münster am 28.3.1938 die Auffassung des ostpreuß. Oberpräsidenten mit und fragte an, wie in anderen Provinzen mit derartigen Problemen umgegangen werde; wie Anm. 1.

¹ Neues Volk. Blätter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, 6. Jg., Heft 2, Februar 1938, S. 26–31. Die Monatszeitschrift Neues Volk erschien von 1933 bis 1944 im gleichnamigen Verlag in Berlin und Wien. Der Artikel ist mit mehreren antisemitischen Karikaturen und Bildern illustriert.

Gerade in diesen Tagen horcht die Welt wieder auf und nimmt Stellung zu den Maßnahmen der rumänischen Regierung, die daran gegangen ist, den Juden durch Verordnungen aus dem Wirtschaftsleben zu verdrängen.² Man sah sich in Bukarest zu diesem Schritt gezwungen, nachdem die Juden und ihre geschäftlichen Methoden zu einer bedrohlichen Gefahr für die gesamte Volkswirtschaft und Volksgesundheit geworden sind. Nicht weniger als 150 000 Gaststätten und Vergnügungslokale sind in jüdischem Besitz, und die verschiedenen, sorgfältig durchgeführten Stichproben haben ergeben, daß die jüdischen Schankbesitzer insbesondere auf dem Lande minderwertigen Alkohol ausschenken und durch ein verlockendes Kreditsystem die Bauern für den Schnapsgenuß gewinnen und deshalb für das Überhandnehmen der Trunkenheitsexzesse und den steigenden Alkoholismus allein verantwortlich sind.

Bemerkenswert ist die Haltung der englischen und französischen Presse, der man gerade nicht nachsagen kann, sie sei den Juden feindlich gesinnt. Aber in England macht sich bereits eine Strömung bemerkbar, die den gesunden Standpunkt vertritt, ob die Juden wirklich in der Palästinafrage jene diplomatische und strategische Unterstützung verdienen, die Englands Stellung in der islamitischen Welt immerhin bedrohen. Selbst Ibn Saud,³ der einflußreichste Herrscher in Arabien, erklärte eindeutig, daß die Aufteilung Palästinas zwischen den Juden und den Arabern Krieg bedeuten würde. Und in England ist man darob beunruhigt, nachdem Ibn Saud immerhin in seiner Politik bisher darauf Wert legte, mit London nicht in Gegensätze zu geraten.

Die Unruhen in Algerien und Marokko wieder haben ebenfalls einen antijüdischen Charakter. Durch das Dekret Crémieux wurden nämlich den Juden in den französischen Kolonien bürgerliche Rechte zuerkannt, die man den Arabern bisher noch nicht zugibt, und dies führte zwangsläufig zu den verschiedenen Auflehnungen gegen die französischen Verwaltungsbehörden.⁴ Wenngleich die Araber semitischen Geblütes sind, so hat der Jude dennoch keinen größeren Feind als sie. Auf meinen ausgedehnten Reisen durch Südmarokko konnte ich mich selbst überzeugen, daß Juden sich beim Herannahen eines Arabers auf die Knie warfen und nicht früher das Gesicht von der Erde erhoben, bis der Eingeborene an ihnen vorbeigeritten war. Zahlreiche Juden in Marrakesch und anderen marokkanischen Städten ziehen es vor, während des Blutfestes⁵ ihre Häuser zu verlassen und in einsamen Tälern den Verlauf der Feier abzuwarten, nachdem die Eingeborenen gerade zu Mers el Kebir⁶ eine eindeutige Neigung verraten, die Juden-

² Seit Ende 1937 betrieb die rumän. Regierung unter Octavian Goga die Verdrängung der Juden aus Presse, Wirtschaft, Kultur und Staatsdienst. Am 22.1.1938 trat ein Gesetz in Kraft, das die Überprüfung der Staatsbürgerschaft von Juden vorsah und zur Folge hatte, dass ein Drittel der jüdischen Bevölkerung die rumän. Staatsbürgerschaft verlor. Am 10.2.1938 wurden mehrere antisemitische Artikel in die neue Verfassung aufgenommen.

³ Abd al-Aziz Ibn Saud (1880–1953), 1932–1953 König von Saudi-Arabien.

⁴ Mit dem Dekret vom 24. 10.1870, benannt nach dem franz. Justizminister Isaac-Adolphe Crémieux, wurde den algerischen Juden die franz. Staatsbürgerschaft zuerkannt. Fünf Jahre zuvor hatte die franz. Kolonialmacht heftige Proteste algerischer Muslime und Juden provoziert, indem sie beiden Gruppen die franz. Bürgerrechte angeboten hatte, vorausgesetzt, sie würden ihrem jeweiligen Glauben abschwören. Die Empörung über dieses Angebot hatte beide Gruppen geeint, der Crémieux-Erlass entzweite sie, da er die Muslime gegenüber den Juden benachteiligte. Die wachsenden, von arabischen Nationalisten verstärkten Spannungen führten seit Mitte der 1920er-Jahre immer wieder zu gewaltsamen Angriffen auf Juden in Algerien, Tunesien und Marokko.

⁵ Vermutlich ist das Opferfest gemeint, das am Ende des Fastenmonats Ramadan gefeiert wird.

⁶ Hafenstadt an der Nordwestküste Algeriens.

viertel zu stürmen, die in den meisten Fällen von französischen Soldaten bewacht werden, was natürlich nicht dazu beiträgt, das Ansehen der französischen Behörden bei den Arabern zu heben.

Selbst im bolschewistischen Rußland hat es die Moskauer Regierung nicht verhindern können, daß in der Ukraine in den Jahren 1920 und 1922 Pogrome ausbrachen, in denen die ausgeplünderten und verbitterten Bauern sich gewaltsam der Juden zu entledigen versuchten, was ihnen auch teuer zu stehen kam, als Moskau in Güte die Spannungen zu beseitigen versuchte.⁷

Die Judenfrage ist so alt wie die Juden selbst als Faktor im Leben der verschiedenen Völker. Die alten Ägypter waren die ersten, die den Versuch unternahmen, die Juden zur regelmäßigen Arbeit zu erziehen, die sie als „babylonische Gefangenschaft“ bezeichnen. Der Jude ist nun einmal gegen jede Arbeit, die mit körperlichen Anstrengungen verbunden ist. Auch in das „gelobte Land“ zogen sie erst, nachdem die Vorboten ihnen verkündeten, in ihm fließe Milch und Honig. Als Räuber fielen sie dort ein, nachdem sie die Trauben und Früchte gesehen, die ihnen die Vorhut als Beweis für den Reichtum des Landes Kanaan brachten. Und diese Früchte, sie waren nichts anderes als der Ertrag des Fleißes eines rührigen Volkes, das sie im tiefsten Frieden überrumpelten und unterwarfen.

Wieweit es mit dem Antijudäismus her ist, der nach der emsig verbreiteten Meinung des internationalen Judentums eines der hervorstechendsten Merkmale des deutschen Barbarentums ist, zeigt uns nun die Stellung der verschiedenen Staaten zu den aus Rumänien auswandernden Juden. Die Türkei erklärt eindeutig, daß in ihr kein Platz sei für die „Opfer des rumänischen Faschismus“. Ebenso hat Österreich die rumänischen Auswanderer an der Grenze zurückgewiesen.⁸ Geradezu verdächtig aber muß die Abneigung erscheinen, die die Juden an den Tag legen, etwa nach Rußland abzuwandern. Der Bolschewismus, den kennzeichnenderweise nur Juden als einzig mögliche Staatsform predigen, scheint ihnen gar nicht so rosig, sonst würden sie gerade jetzt die Möglichkeit begrüßen, sich in jenem Staat niederzulassen, dessen Staatsform ihr ureigenstes Produkt ist.

Das wahre Gesicht des Juden haben die Völker immer erkannt und dies beweisen uns die Karikaturen in den Blättern aller Länder und zu allen Zeiten. Der beste Beweis, daß es sich bei den Juden um eine Rasse handelt, deren fremde Haltung zur Umwelt von allen Nationen gleich empfunden wird, beweist uns die Tatsache, daß der Franzose wie der Pole, Italiener, Russe, Rumäne, Ungar, Spanier, um nur einige Völker zu nennen, den Juden in der Karikatur gleich darstellen: als Geldraffer, vaterlandslosen Gesellen, Nutznießer jedes Krieges, als Frauenschänder und Betrüger. Der ewige Jude ist nicht eine fromme Legende, er ist die Verkörperung des Judentums an sich. Nirgends fühlt er sich wirklich zu Hause, und wenn der Jude in Frankreich französischer sich gebärdet als der Franzose, so nur deshalb, weil der Franzose schlagartig zur Selbstwehr greifen würde, fiele es den

⁷ Während des Russischen Bürgerkriegs kam es in der Ukraine 1919–1920 zu zahlreichen Pogromen gegen Juden.

⁸ Die Ausbürgerung der rumän. Juden (siehe Anm. 2) veranlasste die türk. Regierung von 1937 an, verschiedene interne Erlasse sowie Gesetze zu verabschieden, die ausländische Juden an der Einreise hindern und die Ausweisung von in der Türkei lebenden Juden erleichtern sollten. Die österr. Regierung reagierte auf die antisemitischen Gesetze in Rumänien mit verschärften Grenzkontrollen.

Emil Ludwig,⁹ Georg Bernhard¹⁰ und wie die traurigen Gesellen alle heißen, ein, etwa das französische Volk zu beschimpfen, wie sie es bei uns getan haben.

Gerade in Deutschland soll sich der Jude bescheiden; denn nirgends ist er durch die Gesetze besser geschützt als im Dritten Reich. Deshalb aber muß er auch immer wieder energisch in jene Schranken zurückgewiesen werden, die er nur zu oft zu überschreiten versucht, nachdem es nun einmal zu seinen üblen Angewohnheiten gehört, die Gesetze und sittlichen Bräuche der verschiedenen Völker zu mißachten, um in wehleidiges Geschrei auszubrechen, wenn man ihn dazu zwingt, sich so zu benehmen, wie es nun einmal Brauch und Sitte ist.

Der Jude wurde noch in jedem Lande als jüdischer Fremdling empfunden, mag er sich zu einer Finanzmacht emporgeschwungen haben wie Rothschild¹¹ oder lamentierend durch die Straßen ziehen, um mit alten Kleidern zu handeln. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich auch andere Länder dazu entschließen, den Juden unter eigene Gesetze zu stellen. Er selbst ist es, der die Wirtsvölker zu solchen Maßnahmen zwingt, wie wir wieder an Rumänien gesehen haben.

DOK. 14

Luise Solmitz notiert am 2. März 1938 diskriminierende Bestimmungen gegen Juden¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Eintrag vom 2.3.1938 (Abschrift)

Da ist die Anordnung des Oberkommandos über die Wehrpflicht der ehemaligen Offiziere, jetzt ohne zeitliche Begrenzung durch das 45. Lebensjahr;² sie sind zur Verfügung der Wehrmacht zu stellen. Neue Bitterkeiten. Wieder geht das Fragen an.³

Im Auslandspaß wird jetzt vermerkt, ob Arier oder nicht.⁴ Dann die Meldung der Schulentlassenen 14 Tage nach der Schulentlassung zum Arbeitseinsatz.

Im Mai gibt es eine Volkszählung, ebenfalls mit Vermerk, ob Arier oder nicht, doch heißt

9 Emil Ludwig (geboren als Emil Cohn) (1881–1948), Schriftsteller, Übersetzer, Jurist, Redakteur; wurde durch seine Biographien von Goethe (1920), Napoleon (1925), Wilhelm II (1926) und Bismarck (1927) bekannt. Er emigrierte 1933 in die Schweiz, 1940 in die USA.

10 Georg Bernhard (1875–1944), Schriftsteller, Redakteur, Politiker; von 1924 an Mitglied der DDP, 1928–1930 MdB; 1914–1930 Hauptschriftleiter der Vossischen Zeitung, 1928 Honorarprofessor an der Berliner Handelshochschule. Er emigrierte 1933 nach Paris, gründete dort das Pariser Tageblatt und flüchtete 1941 in die USA.

11 Die Rothschilds waren im 19. Jahrhundert eine der einflussreichsten Bankiersfamilien Europas. Der Stammsitz der von Mayer Amschel Rothschild (1744–1812) begründeten Dynastie war Frankfurt a.M.

1 StAHH, 622-1/#0 Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

2 VO über die Wehrpflicht von Offizieren und Wehrmachtsbeamten im Offiziersrang vom 22.2.1938; RGBl., 1938 I, S. 214.

3 Das Wehrgesetz vom 21.5.1935 hatte Juden vom Wehrdienst ausgeschlossen; RGBl., 1935 I, S. 609. Aufgrund der Altersbegrenzung war der Ehemann von L. Solmitz, ein ehemaliger Offizier, nicht mehr von dieser Bestimmung betroffen. Mit der Aufhebung der Altersbegrenzung unterlag nun auch er der diskriminierenden Bestimmung.

4 Nicht aufgefunden. Die Kennzeichnung der Pässe von Juden mit einem „J“ wurde erst am 5.10.1938 eingeführt.

es bis jetzt noch: unter Umschlag.⁵ – Warum noch die Scheu bei uns. Es ist ja doch alles umsonst. Stück für Stück.

Als ich mit X⁶ einmal wieder auf die Zukunft zu sprechen kam, und daß ihre {der Mischlinge} Lage am wenigsten geregelt und man nicht einmal geneigt sei, ein Problem daraus zu machen, gab sie mir die bittere Antwort: „O, es ist schon ein Ausweg möglich; ich denke es manchmal und habe auch mal gelesen: Zwangssterilisation.“

Pastor Niemöller hat sieben Monate Festung und 2000 RM Geldstrafe bekommen.⁷ Das Ausland beschäftigte sich eingehend mit dem Prozeß. Der Schaumschläger und Dichter, der „Eroberer“ von Fiume, Gabriele d’Annunzio, gestorben.⁸ Ich habe für diese Art von Romantyp nichts übrig.

DOK. 15

Völkischer Beobachter: Artikel vom 14. März 1938 über die Gleichschaltung der Wiener Presse¹

Die Umwandlung der Wiener Presse

Erstaunlich schnelle Umstellung der zu 80 v.H. verjudeten Wiener Blätter

Eigener Bericht des „VB.“

z Wien, 13. März. Der gewaltige Umbruch, der sich in Österreich innerhalb von 48 Stunden vollzogen hat, hat in der Wiener Presse im gleichen Tempo zu einschneidenden Veränderungen geführt. Mit überraschender Schnelligkeit hat sich das Gesamtbild der Wiener Presse, die zu 80 und mehr Prozent verjudet war und unter tschechisch-französischen Einflüssen stand oder klerikal gerichtet war, völlig verändert.

Die jüdischen Telegrafblätter, „Telegraf am Mittag“, „Echo“ und „Nachtausgabe“, die unter der Leitung des inzwischen geflüchteten Herrn Bondy² und anderer Pressejuden Zerset-

5 Die Volkszählung sollte im Mai 1938 durchgeführt werden, wurde jedoch wegen der Annexion Österreichs um ein Jahr verschoben. Auf einer Ergänzungskarte, die im geschlossenen Umschlag abzugeben war, wurde erstmals auch nach der Abstammung gefragt; siehe Dok. 36 vom 17.5.1938.

6 Gemeint ist Gisela Solmitz, die Tochter von Luise und Friedrich Solmitz.

7 Martin Niemöller (1892–1984), Marineoffizier, Theologe; 1920 Freikorps-Kommandant im Ruhrgebiet; von 1931 an Pfarrer in Berlin-Dahlem, 1933 Gründungsmitglied des Pfarrernotbunds, aus dem die Bekennende Kirche hervorging; 1935 und 1937 verhaftet, am 2.3.1938 von einem Sondergericht verurteilt, zunächst im KZ Sachsenhausen und 1941–1945 im KZ Dachau inhaftiert; 1945 Mitverfasser des Stuttgarter Schuldbekenntnisses, 1948–1955 Mitglied des Rats der EKD.

8 Gabriele D’Annunzio (1863–1938), Dichter und Journalist; warb als Redner für den Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg, an dem er selbst als Freiwilliger teilnahm; als Freikorpsführer besetzte er 1919–1921 die dalmatinische Stadt Fiume (Rijeka), um deren Internationalisierung zu verhindern; obwohl nie Mitglied der Faschistischen Partei Italiens, gilt er als eine der ideologischen Leitfiguren des italienischen Faschismus.

1 Völkischer Beobachter (Berliner Ausg.), Nr. 73 vom 14.3.1938, S. 8. Der VB war die Tageszeitung der NSDAP und erschien von 1927 an zunächst in der Reichsausgabe in München. 1933–1945 erschienen zudem die Berliner und die Norddeutsche Ausgabe, von 1938 an auch die Wiener Ausgabe.

2 Dr. Joseph Adolf Bondy (1876–1946), Journalist; 1901–1920 Redakteur und Korrespondent verschiedener Zeitungen in Prag, Wien und Berlin, von 1920 an Chefredakteur der National-Zeitung, von 1933 an für die Zeitung Neues Wiener Tagblatt (NWT) in Genf Korrespondent beim Völkerbund, 1938 entlassen; 1939 nach London emigriert; von 1940 an Mitglied des Central European Joint Committee.

zungsarbeit übelster Art leisteten und gegen das Dritte Reich und den Nationalsozialismus in Österreich gehetzt haben, wurden von SA. und SS besetzt und eingestellt. An Stelle des jüdischen „Telegraf“ erschien Sonnabendabend zum ersten Male der „NS.-Telegraf“ und fand reißenden Absatz. Auch der tschechisch-jüdische „Wiener Tag“, der noch am Sonnabendfrüh ebenso wie die ihm politisch gleichgerichtete „Stunde“ erschienen ist, hat inzwischen das Zeitliche gesegnet, womit eine weitere Säuberung der Wiener Presse Platz gegriffen hat.

Im Steyrer Mühlenverlag, einem der größten Wiener Zeitungsverlage, in dem bisher das jüdisch-freimaurerische „Neue Wiener Tagblatt“, das „Sporttagblatt“ sowie eine Wochenausgabe des „Neuen Wiener Tagblattes“ und die „Große und Kleine Volkszeitung“ gedruckt wurden,³ wurde ein Regierungskommissar eingesetzt, der die Umstellung des Betriebes vornehmen soll. Die Belegschaft, die bisher zum Teil marxistisch war, hat sich dem Appell des Kommissars, sich dem nationalsozialistischen Umbruch anzupassen, nicht verschlossen. Schwierigkeiten suchen noch die jüdischen Redakteure zu machen, die riesige Abfindungen bis zu 20 000 Schilling und mehr verlangen. Es werden aber Mittel und Wege gefunden werden, sie daran zu hindern, noch vor ihrem Abgang die Betriebe auszuplündern. Das „Neue Wiener Journal“, und die „Neue Freie Presse“ haben sich ebenfalls den neuen Verhältnissen schnellstens angepaßt.⁴

Von der klerikalen Presse ist das „Neuigkeitsweltblatt“,⁵ das ebenso dem Wiener Erzbischof wie dem Legitimisten und Halbjuden Wiesner⁷ nahestand und durch einen jüdischen Mittelemann vom bisherigen Präsidenten der Pressekommission seine Direktiven bezog, seit gestern nicht mehr erschienen. Vielleicht die auffälligste Wandlung hat aber die „Reichspost“⁸ des klerikalen Chefredakteurs Funder durchgemacht,⁹ die noch am Freitagmorgen in ihrem Leitartikel die Schuschnigg-Volksabstimmung verherrlichte,¹⁰ die prophezeit hatte, daß diese Abstimmung ein „überwältigendes Erlebnis“ sein werde, und die die Neinsager bedroht hatte, daß sie von der Mitbestimmung im neuen Österreich ausgeschaltet würden. Dieselbe „Reichspost“ bringt heute auf der Titelseite ein großes Bild des Führers mit der Überschrift

3 Das NWT erschien 1867–1945 und war bis Anfang 1938 bürgerlich-liberal. Das Blatt Volks-Zeitung erschien 1918–1944 in Wien mit der Nebenausgabe Kleine Volkszeitung. Die Zeitungen gehörten zur Steyrermühl AG, die 1938 an den nationalsozialistischen Ostmärkischen Zeitungsverlag fiel.

4 Neue Freie Presse (NFP), 1864 gegründete, liberale Tageszeitung. Nach dem Anschluss Österreichs wurde sie, zusammen mit dem Neuen Wiener Journal, in das NWT eingebunden.

5 Richtig: Neuigkeits-Welt-Blatt, erschien von 1874–1943 täglich außer sonntags und führte nach dem Anschluss den Untertitel „älteste arische Tageszeitung Wiens“.

6 Theodor Innitzer (1875–1955), Theologe; 1928–1929 Rektor der Universität Wien, 1929–1930 Sozialminister, von 1932 an Erzbischof von Wien, von 1933 an Kardinal; von 1952 an Päpstlicher Legat.

7 Dr. Friedrich von Wiesner (1871–1951), Diplomat; von 1911 an im k.u.k. Außenministerium tätig, 1917–1918 dessen Pressechef; 1919 in den Ruhestand versetzt; Führer der legitimistischen Bewegung in Österreich, die die Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie forderte.

8 Reichspost, christlichsozial orientierte Wiener Tageszeitung, erschien von 1894 bis zum 30.9. 1938.

9 Dr. Friedrich Funder (1872–1959), Journalist; 1896–1938 für die Zeitung Reichspost tätig, 1905–1921 und 1922–12.3.1938 deren Herausgeber; politischer Berater von Dollfuß und Schuschnigg; 1938–1939 in den KZ Dachau und Flossenbürg inhaftiert, nach seiner Entlassung mit Berufsverbot belegt; 1945 gründete er die katholische Wochenzeitung Die Furche, die er bis zu seinem Tod leitete.

10 Am 9.3.1938 hatte der österr. Bundeskanzler Schuschnigg ein Referendum über die Unabhän-

„Der Erfüllung entgegen“, einen Leitartikel,¹¹ allerdings nicht mehr von Herrn Funder, der abgedankt hat, sondern von einem der Redakteure, die bereits seit längerem in der schwarzen „Reichspost“ so etwas wie eine braune Oase bildeten.

In hellen Jubeltönen heißt es da in diesem Leitartikel: Dank dem Genie und der Willenskraft Adolf Hitlers sei nun die Stunde der volksdeutschen Einigung angebrochen; von heute an könne keine Macht der Welt mehr das gesamtdeutsche Volk daran hindern, die Stellung im Herzen Europas einzunehmen, die ihm gebühre.

Die gleiche Wandlung wie die „Reichspost“ hat auch ihr für das Volk bestimmter Ableger „Das kleine Volksblatt“ durchgemacht, das heute ebenfalls auf der Titelseite ein Bild des Führers veröffentlicht. Auch das „Kleine Blatt“, das seine marxistische Vergangenheit bis zuletzt nicht verleugnen konnte, bereitete seinen Lesern die Überraschung, daß ihnen heute auf der ersten Seite ein Führerbild präsentiert wird.¹²

Im Leitartikel der „Wiener Zeitung“ spiegelt sich gleichfalls der Umbruch wider, der sich in diesen Tagen vollzogen hat. Dieses amtliche Blatt, in dem am Donnerstagmorgen von besonderer Seite ein Artikel erschienen war „Österreichs Volk hat das Wort“,¹³ an dessen Schluß es mit Hinblick auf die Schuschnigg-Abstimmung hieß: Die Stunde ist gekommen, wo es zwischen einsatzbereiter Mitarbeit am Aufbau des Vaterlandes und illegaler Arbeit gegen das Vaterland keine verwaschene Zwischenstufe mehr geben kann, wo es um ein Bekenntnis zu unserem ewigen unzerstörbaren Österreich geht, – bringt heute wieder einen Artikel von besonderer Seite. Diese allerdings ist nun nach der Abdankung Schuschniggs eine ganz andere Seite geworden. In dem Artikel, „Großdeutscher Anbruch“ überschrieben, werden die letzten Tage als ein unvergeßlicher Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes bezeichnet.¹⁴

Während alle diese Blätter aus der Verneinung des Nationalsozialismus und aus einer jüdischen, klerikalen oder marxistischen Vergangenheit heraus von heute auf morgen eine Anpassung an die neuen Tatsachen vollzogen und sich schnell unter Abstreifung ihrer verflossenen Einstellung ein nationalsozialistisches Mäntelchen umgehängt haben, haben die „Wiener Neuesten Nachrichten“ als das Wiener Blatt mit großdeutscher Tradition nun die Möglichkeit erhalten, die ihnen auferlegten Fesseln abzustreifen.

Der Regierungskommissar, der dort 1934 eingesetzt worden war und dem Blatt einen Kurs aufdiktierte, den ein Großteil der Redaktion nur widerwillig mitmachte, ist verschwunden.

gigkeit des Landes angekündigt, musste dieses jedoch aufgrund deutscher Drohungen am folgenden Tag wieder absagen – ohne dadurch den deutschen Einmarsch abwenden zu können.

11 Reichspost, Nr. 72 vom 13.3.1938, S. 1. In dem Artikel begrüßte Otto Howorka das Ende der jahrhundertelangen deutschen Zerstückelung, die zuletzt durch „die jüdischen Friedensverträge von 1919“ besiegt worden sei.

12 Das Kleine Volksblatt erschien 1929–1938 als Tageszeitung der Christlichsozialen Partei, 1945–1970 als Tageszeitung der ÖVP. Das Kleine Blatt. Die Tageszeitung des Roten Wien, 1927–1934 Tageszeitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1934–März 1938 ständestaatlich orientierte Zeitung für die Arbeiterschaft; 1947–1971 Wochenzeitung der SPÖ. Von den im März 1938 in Wien existierenden 22 Tageszeitungen erschienen 1945 noch vier.

13 Wiener Zeitung, Nr. 68 vom 10.3.1938, S. 1. Die 1703 gegründete Tageszeitung war von 1810 an zugleich Amtsblatt, vom 12.3.1938 bis zu ihrer Einstellung am 29.2.1940 wurde sie auf diese Funktion beschränkt und 1945 wiederbegründet.

14 Wiener Zeitung, Nr. 71 vom 13.3.1938, S. 1; in dem Artikel wurde begrüßt, dass die Nationalsozialisten das lang ersehnte großdeutsche Reich verwirklicht hätten.

Mit ihm ist auch der Chefredakteur Mauthe abgetreten,¹⁵ der allzu bereitwillig gewesen war, dem Regierungskommissar Schuschnigg Folge zu leisten. An seine Stelle ist wieder der frühere Chefredakteur *Petweidic*,¹⁶ der damals abtreten mußte und inzwischen reichsdeutsche Parteiblätter in Wien vertreten hatte, auf seinen Platz zurückgekehrt.

Und wie bei der Wiener Presse, so vollzieht sich auch bei den amtlichen Pressestellen der Bundesregierung die Umwandlung in raschem Tempo.

An Stelle des bisherigen Leiters der amtlichen Nachrichtenstelle, des Hofrates *Weber*,¹⁷ amtiert vorläufig kommissarisch Pg. Dr. Gerhard Aichinger vom DNB in Wien,¹⁸ der sich auch als Bühnenschriftsteller im Dritten Reich schon einen Namen geschaffen hat.

DOK. 16

Der Kreisleiter der NSDAP in Leipzig berichtet der Gauleitung Sachsen am 15. März 1938 über die bisher gegen Juden getroffenen Maßnahmen¹

Schreiben der Kreisleitung Leipzig der NSDAP (Tm./Gr.), Wettengel,² Kreisleiter, an den Gauleiter von Sachsen,³ Dresden – A.1, Bürgerwiese 24, vom 15.3.1938

Betr.: Juden. Von dem im Gau Sachsen z. Zt. noch lebenden rund 18000 Juden wohnen allein $\frac{2}{3}$ in der Reichsmessestadt.⁴ Es ist deswegen mehr als berechtigt, einmal die Frage aufzuwerfen, welche Schritte und Massnahmen hier getroffen worden sind, um die Juden aus dem öffentlichen Leben nach und nach immer mehr auszuschalten und ihr Betätigungsfeld einzuschränken.

Mit Genugtuung stelle ich fest, dass in der letzten Zeit mehr Anfragen als bisher bei uns

15 Hans Mauthe (1893–1962), Journalist; von 1925 an politischer Redakteur und später Schriftleiter der Wiener Neuesten Nachrichten, 1938 entlassen, 1939–1940 Hauptschriftleiter der Wochenzeitschrift Wiener Börsen-Kurier, 1942 Schriftleiter beim Organ des Deutschen Orientvereins Südost-Dienst; von 1947 an bei der Tageszeitung Die Presse in Wien.

16 Richtig: Walter Petwaidic (1904–1978), Journalist; 1933 NSDAP-Eintritt; bis Juli 1934 und von 1938 an Hauptschriftleiter der Wiener Neuesten Nachrichten, von 1940 an des NWT; 1938–1941 Leiter des Landesverbands Ostmark des Reichsverbands der Deutschen Presse; 1949–1955 als Walter Fredericia für die Wochenzeitschrift Die Zeit tätig; Autor u. a. von „Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs“ (1946).

17 Edmund Weber (1900–1949), Journalist; 1933–1938 Direktor der Amtlichen Nachrichtenstelle, dem österr. Bundespressedienst; Mitglied des Führerrats der Vaterländischen Front, Pressekonsulent des Bundesministeriums für Landwirtschaft und des Bauernbunds.

18 Dr. Gerhard Aichinger (*1900), Journalist; Schriftleiter des Deutschen Nachrichtenbüros, 1930 NSDAP-Eintritt; Autor u. a. von „Schwarze Fahne“ (1934).

1 StadtA Leipzig, Kap. 1, Nr. 122, Bl. 66–69.

2 Ernst Wettengel (1903–1948), Kaufmann; 1925 NSDAP-Eintritt, Hauptstellenleiter im Stab des StfF der Ortsgruppe im Braunen Haus, München, 1938–1943 Hauptamtlicher Kreisleiter Leipzig, 1944 NS-Führungsoffizier des 36. Armee Korps der Wehrmacht.

3 Martin Mutschmann (1879–1950), Kaufmann; von 1907 an Fabrikant in Plauen; 1922 NSDAP-Eintritt, 1926–1945 Gauleiter von Sachsen; Sept. 1930–1945 MdR; 1933–1945 Reichsstatthalter von Sachsen; 1945 Verhaftung und Auslieferung an sowjet. Truppen, vom Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

4 Bei der Volkszählung von 1933 wurden in Sachsen 20 584 Personen jüdischen Glaubens gezählt, die allermeisten in den Großstädten Dresden, Chemnitz und Leipzig. Von den 11564 Leipziger Juden emigrierten zwischen 1933 und 1938 etwa 5000.

eingehen über die Genehmigung zur Erteilung der Auswanderungs-Erlaubnis. Unsere Zustimmung hierzu wird selbstverständlich anstandslos erteilt. Neben allgemeinen, gegen die Juden erlassenen Gesetzen werden wohl auch die örtlich erlassenen Einschränkungen hierbei eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben.

Im Nachfolgenden gebe ich Ihnen deswegen einmal kurz Kenntnis von den seitens der Partei in Zusammenarbeit mit der städtischen Verwaltung getroffenen Massnahmen:

- 1.) Seitens der städtischen Verwaltung werden keinerlei Geschäfte mehr mit Juden getätigt, auch nicht von der Beschaffungsstelle.
- 2.) Jede geschäftliche Verbindung, aus der die Juden irgendwelche Vorteile ziehen könnten, wird unterbunden. Sie erhalten deshalb keinerlei Darlehen, auch nicht von der Sparkasse.
- 3.) An Juden werden keine Ausschreibungsangebote ausgegeben. Bei Vergebung von Lieferungs-Aufträgen werden sie nicht berücksichtigt.
- 4.) Juden dürfen nicht betreten:

- a) Gemeinschaftsbäder (Dampf-, Schwimm- und Sommerbäder),
- b) Leihhaus,
- c) städtische Bücherhallen.

Erscheinen sie, werden sie gerichtlich belangt.⁵

- 5.) Angehörige der israelitischen Religionsgemeinde dürfen keine Feiern in städtischen Friedhöfen abhalten. Beisetzungen müssen gestattet werden, obwohl ein israelitischer Friedhof vorhanden ist.

- 6.) In der öffentlichen Fürsorge müssen Juden noch unterstützt werden. Jedoch werden sie hier besonders zurückhaltend behandelt. An Juden, die irgendeinen Handel treiben, wird eine Unterstützung grundsätzlich nicht gezahlt.

- 7.) Bei Antrag werden Auswanderer-Beihilfen gezahlt, um die Gesellschaft bald los zu sein.

- 8.) Land wird an Juden nicht verpachtet.

- 9.) Auf den Messen und Märkten der Stadt werden die Juden beschränkt. Die arischen Gesuchsteller werden in jeder Weise bevorzugt.

- 10.) Den Vieh- und Schlachthof dürfen jüdische Vieh-Agenten und Grossschlächter nicht mehr benutzen.

- 11.) Juden dürfen in Sportvereinen nicht mehr Mitglied sein. In Leipzig bestehen z.Zt. noch 2 jüdische Sportvereine, die auch eigene Sportplätze haben. Der Sportbetrieb von Juden auf städtischen Sportplätzen ist untersagt.

- 12.) An der Kinderspeisung dürfen Judenkinder nicht teilnehmen.

- 13.) Die Mitteldeutsche Börse ist seit kurzem judenfrei. Den Juden wurden die Erlaubnisscheine entzogen.

- 14.) Wandergewerbescheine und Reiselegitimationskarten werden an Juden nicht mehr ausgegeben.⁶ Durch die hierfür notwendige politische Beurteilung haben wir eine genaue Kontrolle.

⁵ Bereits im Juli 1935 wurde Juden in Leipzig die Benutzung öffentlicher Bäder untersagt; siehe den Zeitungsartikel „Städtische Bäder für Juden verboten! Eine nachahmenswerte Maßnahme“, Leipziger Tageszeitung, Nr. 201 vom 21.7.1935, S. 7.

⁶ Im gesamten Reichsgebiet verloren die Wandergewerbescheine von Juden am 30.9.1938 ihre Gültigkeit; Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Vom 6.7.1938, RGBl., 1938 I, S. 823.

15.) Bisher mussten neu nach Leipzig zuziehende Juden, wenn sie keine Wohnung hatten, im Obdachlosenhaus untergebracht werden. Z. Zt. läuft bei der Stadt von uns ein Antrag, den Juden auch das Obdachlosenhaus zu verbieten.⁷

16.) Des weiteren wird z. Zt. die Frage behandelt, inwieweit den Juden das Betreten der im Herzen der Stadt liegenden Grünanlage „Rosenthal“ verboten werden kann. Es stösst dies auf einige Schwierigkeiten, da grössere öffentliche Wege durch das „Rosenthal“ führen.⁸

17.) Eine Aktion ist in Vorbereitung, die Juden aus den arischen Kaffeehäusern zu vertreiben. Späterhin soll dann ein Verbot für sämtliche Gaststätten, evtl. von Anbringen von Schildern „Eintritt für Juden verboten“, ausgesprochen werden. Weigern sich Gaststätten, dieses Schild anzubringen, werden sie von uns gemieden.

18.) Eine Erfassung der Juden, die z. Zt. noch Geschäftslokale in städtischen Häusern innehaben, ist im Gange. Jede Gelegenheit wird wahrgenommen, um die bestehenden Mietverträge mit Juden aufzuheben. In städtischen Wohnungen befinden sich noch 44 Juden.

Sehr wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch die Behandlung der Judenfrage auf schulischem Gebiet. Interessant dabei ist ein kurzer Überblick über die Zahl der in den Jahren seit der Machtübernahme in den Volksschulen, höheren Schulen und Berufsschulen gewesenen Judenkinder (einschliesslich $\frac{3}{4}$ und $\frac{1}{2}$ jüdischen Schülern).

<i>Es sassen in:</i>	<i>Volks.Sch.</i>	<i>höh.Sch.</i>	<i>Berufs-Sch.</i>	<i>Zusammen</i>
im Jahre 1933	820	197	115	1.132
” ” 1935	384	121	188	693
” ” 1936	299	72	162	533
” ” 1937	219	52	254	525

Die Zahl der jüdischen Schüler in den öffentlichen Schulen hat also seit 1933 bedeutend abgenommen. Die Schüler fanden meist Aufnahme in den *privaten* jüdischen Schulen. Diese wiesen 1933 einen Bestand von 335, 1937 einen solchen von 613 Schülern auf. Die übrigen 329 dürften zum grössten Teil durch Auswanderung in Wegfall gekommen sein. Die jüdischen Kinder der öffentlichen Volksschulen sollen ab Ostern 1938 in Sammelklassen zusammengefasst werden. Die dadurch entstehenden 2 rein jüdischen Klassen werden in dem Gebäude der jetzigen kath. Volksschule untergebracht. Die kath. Volksschule selbst wird Ostern 1938 verlegt, sodass dann alle jüdischen Volksschüler vollkommen getrennt von den arischen Kindern in einem Gebäude beschult werden. Diese Herausnahme der jüdischen Kinder aus den Volksschulen ist ein weiterer Fortschritt und dringend notwendig, da die bislang herrschenden, unerträglichen Zustände den Unterricht, besonders in den Fächern Deutsch, Geschichte, Rassenkunde, Religion, Kochen (Essen wird als nichtkoscher abgelehnt), Schreiben usw., sehr erschwert und ein volles Sichgeben der Lehrer und Schüler oft nicht möglich war.

In den höheren israelitischen Schulen befanden sich 1933 373 Schüler, 1934 437 Schüler. Da in Leipzig eine eigene jüdische höhere Schule besteht, werden mit Genehmigung des Ministeriums keine Juden mehr in die übrigen höheren Schulen aufgenommen.

⁷ Den Antrag des DGT, die Israelitischen Kulturgemeinden zur Unterbringung obdachloser Juden zu verpflichten, beschied das Hauptverwaltungsamt Leipzig am 4. 3. 1938 vorerst negativ, da bisher keine Juden hätten aufgenommen werden müssen und bei einer Ablehnung der Aufnahme zudem die Gefahr bestehe, dass der Zuzug hilfsbedürftiger Juden nicht mehr zu kontrollieren sei; wie Anm. 1, Bl. 58f.

⁸ Siehe VEJ 1/92.

Auch die Beschulung der jüdischen Berufsschulpflichtigen wird ab Ostern 1938 getrennt, voraussichtlich in 8 Klassen, durchgeführt, die ebenfalls in dem Gebäude der jetzigen kath. Volksschule untergebracht sind.

Von weiteren wesentlichen Massnahmen, die örtlich gegen die Juden getroffen werden, werde ich Sie stets auf dem Laufenden halten.

Heil Hitler!

Lt. Beschluss des Leiters der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig ist die Aufnahme und Behandlung von arischen Mitgliedern in das Israelitische Krankenhaus verboten.⁹ Die hierzu notwendige Zustimmung des Oberversicherungsamtes ist erteilt worden.

D.O.¹⁰

DOK. 17

David Schapira berichtet über die Misshandlung von Wiener Juden nach dem Anschluss¹

Bericht von David Schapira² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)³

Ich bin 42 Jahre alt, Jude, Arzt und habe 25 Jahre lang, ohne Unterbrechung, in Wien gelebt. Ich kam zu Beginn des Weltkrieges im Jahre 1914 als Kriegsflüchtling nach Wien. Damals in das *Kaiserliche Wien*.

Seit 1918, Wien unter *sozialdemokratischer Mehrheit*. In der Theorie und im Programm der Sozialdemokraten war kein Antisemitismus. Sehr viele Juden (genauer Menschen jüdischer Abstammung) hatten mittlere und höhere Führerstellen in der Partei. Da sehen wir schon eine psychologisch interessante Erscheinung. Diese „jüdischen“ Führer wollten objektiv und unparteiisch sein. Sie waren es auch sehr oft. Wenn es sich aber um Juden als Bewerber um irgendwelche Stellen handelte, da waren sie mehr als objektiv, sie waren überobjektiv, „päpstlicher als der Papst“ – und ein Jude wurde sehr oft benachteiligt. Mir sind Fälle bekannt, dass es bei Bewerbungen um Stellen bei von Sozialdemokraten verwalteten Anstalten, den Bewerbern gesagt wurde, ihre Qualifikationen seien zwar sehr gut, ihr jüdischer Name und die Zugehörigkeit zur jüdischen Religion jedoch störe. Sie

⁹ Das Israelitische Krankenhaus der Eitingon-Stiftung, das der Leipziger Rauchwarenhändler Chaim Eitingon (1857–1932) der Israelitischen Kultusgemeinde 1928 stiftete, galt als eins der modernsten Krankenhäuser Deutschlands. Am 14.12.1939 verfügte Gauleiter Mutschmann die Enteignung des Gebäudes samt Inventar und befahl die Zwangsräumung innerhalb von 24 Stunden.

¹⁰ D.O.: Der Obige.

¹ David Schapira, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 1f., Harvard-Preisausschreiben Nr. 199. Der Wettbewerb „zum Zwecke der wissenschaftlichen Materialsammlung“ für eine Untersuchung über die Wirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Gesellschaft wurde im Sommer 1939 von der Harvard-Universität ausgelobt und mit einer Abgabefrist zum 1.4.1940 international bekanntgegeben; Pariser Tageszeitung, Nr. 1078 vom 19.8.1939, S. 4. Die Unterlagen des Wettbewerbs befinden sich in der Houghton Library der Harvard-Universität, eine Teilkopie (Mikrofilm) im ZfA/A Berlin.

² Dr. David Schapira (*1898), Arzt; von Sept. 1938 bis Mai 1939 im KZ Buchenwald inhaftiert, emigrierte 1939.

³ Der Bericht umfasst sieben Seiten und wurde aus London eingesandt.

sollten den Namen ändern und aus der jüdischen Religionsgemeinschaft austreten, dann würde man für sie vielleicht etwas machen können. – Solche Benachteiligungen von Juden in der sozialdemokratischen Ära in Wien waren nicht selten. – Trotzdem war das Leben für die Juden in Wien erträglich.

Schlimmer wurde es nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich im Februar 1934 durch die Machtübernahme durch die *Vaterländische Front* und die Regierung *Dollfuss-Schuschnigg*. Da wurde der Antisemitismus aggressiver und zeigte offenkundig den Charakter des Rassenantisemitismus. Der Unterschied zwischen dem deutschen Antisemitismus und dem österreichischen war mehr ein gradueller als ein prinzipieller.

Wir sehen in der Zeit von 1918 bis 1938 *eine stete Zunahme des Antisemitismus*, und zwar hauptsächlich als Folge der Parteienpropaganda und Taktik. Auf das billige und abscheuliche, aber immer auf die bestialischen und niedrigen Instinkte der Massen wirksame Propagandamittel des Antisemitismus wollten die Parteien nicht verzichten. Die Parteien übertrumpften einander im Anbieten eines „echten“ und „besseren“ Antisemitismus. Die „edlen“ Seelen sprachen darauf an. Die Parteien vergassen eines, und zwar, dass die niedrigen Instinkte der Menschen, einmal wachgerufen, nicht mehr kontrolliert werden können. Schliesslich behalten diejenigen die Oberhand, die nicht nur die Juden wirtschaftlich und kulturell bekämpfen, sondern die völlige Ausrottung der Juden wollen. Und es war tatsächlich so. Die Verfechter des stärksten Antisemitismus verdrängten die Anderen. *Die Nazis siegen.*

Die Parteien waren blind. Für momentane Erfolge gaben sie hohe Menschheitsideale preis, hiemit gaben sie sich aber selbst preis. Das Liebäugeln und *Dulden eines „gemässigten“ Antisemitismus ist nur der Wegbereiter für das Nazitum.* – Hätten die Parteien ihre Programme hochgehalten, hätten sie für Freiheit und Gleichheit aller gekämpft, hätten sie keine Konzessionen an die menschliche Bestie gemacht, würden sie bis heute noch existieren. Sie taten das nicht. Sie „machten“ in Antisemitismus. Das haben sie mit ihrem eigenen Untergang bezahlen müssen. Es scheint ein Gesetz ohne Ausnahme zu sein, dass, *wenn demokratische Parteien einen Antisemitismus dulden, sie ihr eigenes Grab schaufeln.* 11. März 1938. *Einzug der deutschen Nazi in Wien.* Die Nazis sind sehr gute Propagandisten. An demselben Vormittag waren überall Nazipropagandainschriften und Embleme zu sehen. Die Propaganda und Massensuggestion waren so vollkommen, dass die riesige Begeisterung der Massen ursprünglich echt war. Sie ist dann später zu einer ebensolchen Enttäuschung geworden.

Schon an demselben Tage sah der antisemitische Pöbel seine Zeit für gekommen. *Juden wurden auf den Strassen blutig geschlagen*, angespuckt und beschimpft. Juden mit gebrochenen Rippen, blutigen Schädeln, ausgebrochenen Zähnen kamen in Massen in die Ambulanz des jüdischen Spitäles. – Um nur ein Beispiel anzuführen, wurden eines Nachmittags die Juden in der Hauptallee, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, zusammengetrieben und gezwungen „Froschhüpfen zu machen“ und selbst zu rufen „Juda verrecke“ oder „Ich bin ein Saujud“. Sie mussten Spiessrutenlaufen und ähnliches. – Demütigungen von Juden waren auf der Tagesordnung.

Alte Frauen und Männer, angesehene Rabbiner, Aerzte, Rechtsanwälte wurden zur Strassenreinigung oder Autoreinigung herangezogen.

Ich selbst wurde von halbwüchsigen Hitlerjungen zum Strassenreinigen geholt. Ich musste meinen eigenen Besen und Kübel mitnehmen. Unter dem Gejohle des Pöbels

wurde ich zur „Arbeitsstätte“ geführt. Zur Ehrenrettung mancher Arier muss ich erwähnen, dass einzelne arische Frauen, die mich kannten und das sahen, weinten. – *Einen Schutz seitens der Polizei hat es überhaupt nicht gegeben.*

Die Schaufenster und die Firmentafeln der jüdischen Geschäfte wurden mit antijüdischen Hetzinschriften beschmiert, z. B. „Juda verrecke“, „Saujud“, „Rassenschänder“, „Jüdischer Betrüger“, „Jud gehörst nach Dachau“, „Auf den Galgen mit den Juden“. Zur Illustration wurden Zeichnungen von Judenköpfen, Galgen mit hängenden Juden und ähnliches angebracht.

Totaler Boykott der damals noch offenen jüdischen Geschäfte, Aufstellen von Boykottposten. Wenn sich als allerseltenste Ausnahme ein Arier in ein jüdisches Geschäft wagte und dabei erwischt wurde, wurde ihm eine Tafel umgehängt mit der Aufschrift „Ich deutsches Schwein kaufe beim Juden ein“ und [er] musste vom johlenden Pöbel begleitet durch die Strassen ziehen.

Kein Wunder, wenn schon in den ersten Tagen die vernünftigeren und rührigeren Juden, Böses ahnend, alles zurücklassend, versuchten, nur das nackte Leben zu retten und über die Grenze zu kommen.

Es begann der *Raub des jüdischen Vermögens*. Seit den ersten Tagen begannen uniformierte und nichtuniformierte Nazis jüdische Geschäfte zu plündern, pardon – zu „requirieren“. Dabei vergassen sie nicht, das Bargeld und den Schmuck der Geschäftsinhaber mitzunehmen. Schreibmaschinen wurden mit Vorliebe „requiriert“. Auch in Privatwohnungen wurde „nachgeschaut“. Dabei wurde Wäsche, Kleider, Schmuck, Pelze, Teppiche, Radioapparate, kurz alles, was nicht niet- und nagelfest war, mitgenommen, und zwar nur deswegen, weil angeblich *nur* kommunistische Flugschriften oder Waffen gesucht wurden. Da Flugschriften nicht gefunden wurden, wurden welche von den „Amtshandelnden“ mitgebracht und hingelegt. Jeder Versuch, sich zu widersetzen, konnte die gesunden Glieder oder gar das Leben kosten.

Erpressungen jeder Art waren auf der Tagesordnung. Alle nicht jüdischen Schuldner verlangten von den jüdischen Gläubigern die *Schuldentilgung* ohne Bezahlung oder gar die Rückgabe des Geldes für längst bezahlte und verbrauchte Waren, sonst drohten sie mit Anzeigen, „dass ihnen die Waren angeblich zu teuer verkauft worden waren“ oder „dass er (der Jude) auf den Führer geschimpft hätte“ und ähnliches. Diese Erpressungen hatten bei den eingeschüchterten Juden immer Erfolg.

Auf der Strasse wurden Autos jüdischer Besitzer (von Aerzten und anderen Berufen) von unbekannten Personen „requiriert“. Als sich einmal ein jüdischer Arzt weigerte, einem Unbekannten einen schönen Wagen abzugeben, kam der „Requirierende“ nach einer Weile mit einem Zweiten zurück und sagte, „wenn Sie den Wagen nicht abgeben wollen, so dürfen Sie trotzdem nicht auf den Führer schimpfen“. Der Arzt wusste natürlich, wieviel es geschlagen hatte, und gab ohne Widerrede den Wagen den beiden Strolchen.

Bald begann auch der legale Raub durch die *kommissarischen Leiter*, die die Aufgabe hatten, die jüdischen Geschäfte zu „liquidieren“ oder zu „arisieren“. Es wurde solange liquidiert und arisiert, bis die Geschäfte zumeist in den Besitz der kommissarischen Leiter selbst übergingen, ohne dass der jüdische Besitzer irgendwelche Entschädigungen bekommen hätte.

Reiche Hausbesitzer mussten, um Deutschland verlassen zu können, die *Reichsfluchtsteuer* entrichten. Sie war so hoch bemessen, dass die Häuser selbst nicht reichten, diese

Steuer zu decken. So musste auch *das ganze mobile Vermögen dafür verwendet werden.*

Viele hielten diese Drangsalierungen nicht aus und begingen Selbstmord. *Die Zahl der jüdischen Selbstmörder betrug einige Hundert.*

[...]⁴

DOK. 18

Karl Sass schildert die Stimmung in Wien im Frühjahr 1938 und den Anschluss Österreichs¹

Bericht von Karl Sass² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)³

Ein Hitlerjahr in Österreich

Hitler ante portas.

Ich lebte in Wien mehr denn 17 Jahre. Ich bin verheiratet und habe einen Sohn, der 4 ¾ Jahre alt war, als Hitler Österreich beglückte. Ich war Lehrer. In einer Privatschule bereitete ich 13–14jährige Schüler in Kursen für die Prüfungen in der Hauptschule vor, in öffentlichen Schulen unterrichtete ich Religion.

Bis in die Dollfuss-Schuschnigg Ära fand ich im grossen ganzen keine Veranlassung, das Judenproblem gesondert von anderen Problemen zu betrachten. Ich fühlte mich vollständig wie ein Mensch unter Menschen. Seit dieser Zeit war es anders. Trotzdem lebte ich in Frieden [mit] meinem Berufe weiter. Natürlich lebte ich auch weiter mit meinen christlichen Freunden in bestem Einvernehmen.

Ich spürte, dass es unter der Oberfläche wühlte, kochte und sich etwas vorbereitete, zu oft hörte ich bei Freunden selbst oft abgeschmackte Naziwitze, manche verheimlichten vor mir, manche gestanden mir offen, dass sie Nationalsozialisten sind. Keine Antisemiten, betonten sie, schon gar nicht, wie manche vermuten.

Ich sprach darüber offen mit einigen von ihnen. Sie meinten, dass Schuschnigg⁴ schlimmer sei als Hitler, dass gerade er ein Faschist sei und Österreich an Italien verkauft habe u.s.w.⁵ In Wirklichkeit sei Hitler Sozialist, wenn auch deutschbewusst, meinten andere, denn den Deutschen gehe es unter Hitler viel besser als unter Schuschnigg. Manche fügten hinzu, offenbar nur mir gegenüber, Antisemitismus sei nur Mittel zum Zwecke, und

4 Schapira berichtet weiter über die sog. Mai-Aktion, bei der die Gestapo in Wien nach Erlass der Nürnberger Gesetze Juden verhaftete und in Konzentrationslager verschleppte, über seine Haft im KZ Buchenwald, seine Entlassung und Emigration.

1 Karl Sass, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 1–6, Harvard-Preisausschreiben Nr. 197.

2 Dr. Karl (Chaim) Sass, Lehrer; in Polen geboren. Als Staatenloser gelang ihm nach einem gescheiterten Versuch die illegale Flucht nach Großbritannien.

3 Der Bericht umfasst 30 Seiten und wurde aus Richborough, Kent eingesandt.

4 Dr. Kurt A. J. Edler von Schuschnigg (1897–1977), Jurist, Politiker; 1932–1934 christlichsozialer Justizminister, von 1933 an auch Unterrichtsminister, 1934–1938 österr. Bundeskanzler. Nach seinem Sturz 1938 von der Gestapo in Wien und 1941–1945 im KZ Sachsenhausen inhaftiert; 1945–1948 Aufenthalt in Italien, von 1948 an Professor in St. Louis/USA, 1967 Rückkehr nach Österreich.

5 Schuschnigg setzte Dollfuß' Politik einer Annäherung an Italien fort; siehe Einleitung S. 34.

es werde nicht so heiss gegessen wie gekocht. Sie wiesen auch darauf hin, dass es den Juden in Deutschland verhältnismässig sehr gut gehe. Es klang gewöhnlich, als ob sie sagen wollten, die Leute seien blöd, man müsse sie daher so fangen. Man wehrte gewöhnlich Gegenargumente damit ab, diese stammen von der Hetzpresse, die als Feind Deutschlands zu bezeichnen ist.

Ich begegnete selbstredend auch wirklichen Nationalsozialisten, die mit fester Ueberzeugung und selbstbewusst versicherten, Hitler werde eher früher als später nach Oesterreich kommen. Sie untergruben das Regime der Vaterländischen Front durch Lächerlichmachung und Bewitzelung der Regierung oder durch Hervorhebung des Glanzes im Deutschland Hitlers. Oft hörte ich die Drohung: „Die Juden werden nichts zu lachen haben.“ Oder man meinte, nur diejenigen Juden werden zu leiden haben, [„]die Butter am Kopfe haben.“

Allgemein herrschte also die Meinung vor, die Naziagenten unterirdisch schufen: es nütze nichts, Hitler werde sowieso kommen. Es sei daher besser, gleich sich der N.S.D.A.P. anzuschliessen. Da Deutschland ein Paradies sei, so werde derjenige dermaleinst bevorzugt werden, wenn das Paradies auch in Oesterreich erblühen werde, der sich der Nazipartei je früher anschliesst. Da Schuschnigg mitverantwortlich für den 12. Februar 1934 war,⁶ so war es leicht, Arbeitermassen zu gewinnen. Besonders schlossen sich diejenigen rückhaltlos an, die nichts zu verlieren hatten und etwas zu gewinnen hofften. Andere taten es auch, aber vorsichtig. Diejenigen, die klar dachten und den Teufel nicht mit dem Beelzebub verjagen wollten, schlossen sich den Nazis trotzdem nicht an.

Die Regierung Schuschnigg verlor zusehends an Tatkraft und Stärke. Das empfand man immer mehr. Die unterirdische Naziagitation nahm an Stärke zu. Die Regierung sah sich von Feinden im Finstern umgeben. Sie schlug meistens in die Luft drein, ohne richtig zu treffen. Das ermutigte noch mehr die Unterirdischen. So wurde eine Art nationalsozialistische Psychose geschaffen. Hand in Hand damit wuchs auch der Antisemitismus. Da Schuschnigg auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete keine Konzessionen machen wollte, da er auf nationalem und kulturellem Gebiete die Zügel nicht lockern konnte, ohne sich selbst aufzugeben, so liess er die Antisemiten ruhig gewähren, ohne den 100%igen Antisemitismus des 3-ten Reiches einzuführen, lediglich deshalb, weil er ein verantwortungsbewusster Staatsmann war. Es war dies der Antisemitismus auf Gummisohlen, den er gelten liess.

Die „Reichspost“, das offiziöse Organ der Regierung, bemühte sich nachzuweisen, dass die Stützen der vaterländischen Front, die Christlichsozialen im österreichischen Antisemitismus Prioritätsrechte verdienen. Staat und Gemeinde schalteten nach und nach die Juden aus, vielleicht aus irgendeiner Ueberzeugung, vielleicht um den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Gewerbebund, mit Vizebürgermeister Kresse⁷

⁶ Am 12.2.1934 kam es in Linz zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den in der Heimwehr zusammengeschlossenen paramilitärischen Verbänden und dem sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Schutzbund; nach dreitägigen Kämpfen, bei denen es Hunderte Tote gab, verbot die Regierung die sozialdemokratische Partei und alle ihr nahe stehenden Arbeiterorganisationen sowie die Gewerkschaften und rief den Ständestaat aus.

⁷ Dr. Josef Kresse (1891–1966), Prokurist, Brunnenbaumeister, Jurist; 1934–1938 zweiter Vizebürgermeister Wiens, Obmann der christlichsozialen Parteileitung im 18. Wiener Bezirk; 1938 verhaftet; von 1945 an Präsident der Handwerkskammer Wien. Kresse propagierte 1938 den Ausschluss von Juden aus dem Österr. Gewerbebund.

an der Spitze, entwickelte eine ungeheure antisemitische Propaganda. Die antisemitische Wochenschrift „Volksruf“⁸ begann ihr Erscheinen. Der Antisemitenbund⁹ wurde rühmig. Kurz: Die Nazis sahen sich fast geschlagen. – Schuschnigg war jedoch auch Kulturmensch und verfügte über zuviel Verantwortungsgefühl, um Hitler nachzumachen. Er wich zurück vor dem Aeussersten, besonders als sich die Juden zur Wehr setzten und sich nicht alles gefallen liessen. Kompromisse verscheuchten die alten und neuen Antisemiten, die sich sagen mussten, wenn Antisemitismus, dann schon lieber Hitler, denn er verstand es, wirklich durchzugreifen.

Als ich am 21. Februar 1938 in die Schule kam, erstaunte ich. Eine unheimliche Ruhe empfing mich. Ich glaubte zunächst, die Klasse sei leer und erstaunte, als ich bemerkte, dass die Klasse vollzählig erschienen war. Noch mehr! In allen Klassen war dasselbe Bild. Die Schüler und Schülerinnen erhoben sich ruhig, und auf mein Zeichen setzten sie sich ebenso ruhig. In allen Klassen verlangte man, ich möchte zu der Rede Hitlers vom 20-ten Stellung nehmen.¹⁰ Merkwürdigerweise wurde ich überall darum gebeten.

Ich besprach die Situation, verwies auf den Ernst der Zeit, der wir entgegengingen, und gab der Hoffnung Ausdruck, wir werden seelenstark genug sein, um alles, was auch kommen möge, durchzuhalten. Wir hatten schon noch andere Zeiten mitgemacht und sind trotzdem dann wieder hochgekommen.

Die Vorträge klangen optimistisch. Manche dürften vielleicht erwartet haben, dass ich eine Trauerrede auf das Judentum halten werde. Ein Mädchen namens H. meinte zuletzt: „Wenn wir, Herr Professor, in einigen Wochen uns da nicht mehr sehen werden, dann, bitte denken Sie an mich!“ Das klang wie eine Drohung mit Selbstmord oder Aehnliches. Es war eine Prophezeiung.

Die allgemeine Stimmung war niederschmetternd. Man sah sich vor einer Katastrophe, der man nicht ausweichen konnte. „Hitler kommt“, sprachen betrübt fast alle jüdischen Gesichter. „Wir können uns alle lebendig begraben.“

Ich sprach in der Zwischenzeit auch auf einigen Versammlungen jüdischer Arbeiter und Arbeiterinnen. Dieselbe Stimmung! Es wurde mir nachgerade unheimlich zumute. Wie jeder Mut sank, wie alle Seelen fast erlahmten!

Als die Schuschnigg-Wahl angekündigt wurde, teilten sich die Meinungen.¹¹ Es gab Optimisten, die aufatmeten, die an den erfolgreichen Ausgang der Wahl glaubten, dadurch auch an die Verhinderung der Katastrophe. Pessimisten verzweifelten allerdings auch weiterhin. Die Strassen wurden von Propagandazetteln überflutet. Alle Plakate waren ein Blickfang für die Passanten. Die Vaterländischen gingen erhobenen Hauptes.

⁸ Der Volksruf – Nationalsozialistisches Wochenblatt für Salzburg und Österreich erschien 1923–1931.

⁹ Der 1919 gegründete Deutschösterreichische Schutzverein Antisemiten-Bund, dem der christsoziale Abgeordnete Dr. Anton Jerzabek (1867–1939) vorstand, war ein Sammelbecken für Mitglieder bürgerlicher Parteien und paramilitärischer Verbände sowie Nationalsozialisten. In Tirol wurde der Bund 1931 wegen Untätigkeit behördlich aufgelöst, in Wien 1938 aus dem Vereinsregister gelöscht.

¹⁰ Am 20. 2. 1938 hatte Hitler in einer Rede vorm Reichstag, die erstmals auch in Österreich übertragen wurde, seine expansionistischen Ziele gegenüber Österreich und dem Sudetenland angedeutet. Er sprach von 10 Millionen Deutschen, die in zwei ans Reich angrenzenden Staaten leben und „gegen ihren Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reiche verhindert“ würden. An die Adresse Schuschniggs gerichtet, hatte er eine Generalamnestie für österreichische Nationalsozialisten gefordert.

¹¹ Gemeint ist das von Schuschnigg am 9. 3. 1938 angekündigte Referendum über die Unabhängigkeit Österreichs; siehe Einleitung, S. 34.

Neues Leben atmete in den Wiener Strassen. Der politische Himmel heiterte sich für einen Augenblick auf.

Dass die Juden sich aktiv beteiligt haben, ist selbstverständlich. Die meisten waren über den Ausgang der Wahl optimistisch. Strassendemonstrationen waren gang und gäbe. „Heil Schuschnigg“-Rufe ertönten an allen Strassen.

Donnerstag, den 10. März, nachts, ging ich von einer Sitzung nach Hause. Ich musste den Franz-Josefs-Kai passieren. Da bemerkte ich eine grosse Demonstration von der Augartenbrücke kommen. Neben dem Schottenring kam gerade ein Mann vorbei und fragte: „Wer ist euer Führer?“ Da rief die Menge: „Schuschnigg“. Der Mann ging weiter vorbei, machte aber mit der Hand eine Bewegung so, dass zu entnehmen war, er sei mit der Antwort nicht zufrieden gewesen. Einige Demonstranten wollten ihm nach, aber die anderen hielten sie zurück.

Am nächsten Tage besuchte ich den Arbeiterbezirk Favoriten. Ich hatte dort viele Freunde. Es herrschte neues Leben. Man begrüßte einander bereits mit erhobenen Fäusten und mit dem „Freundschaft“-Grusse. Man rechnete dort mit einem Ruck nach links und einer Anlehnung Schuschniggs an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Ueberall begegnete ich freundlichen Gesichtern.

Gegen Mittag passierte ich den Ring. Dieser bot ein völlig anderes Bild. Massenzüge von Nationalsozialisten verhinderten den Strassenbahnverkehr. Sie demonstrierten gegen Schuschnigg und gegen die Wahlen. Nun sah man erst, was vorher sicherlich sehr wenige gesehen hatten, die Bedeutung der Konferenz in Berchtesgaden vom 12. Februar und deren Folgen.¹² Denn diese ermöglichte den Einzug des trojanischen Pferdes, Seyss-Inquarts, in die Wiener Regierung,¹³ der als Innenminister die Exekutive dadurch in die Hand bekommen hatte. Die Demonstrationen auf der Ringstrasse waren zweifelsohne antistaatlich, trotzdem konnten sie sich völlig frei bewegen, als ob sie die Herren in Wien gewesen wären. Das Innenministerium befand sich in den Händen von eben diesem Vertrauensmanne Hitlers. Die Polizei stand ratlos den Demonstranten gegenüber und wusste weder ein noch aus, da sie gegen Schuschnigg und für Seyss-Inquart demonstrierten.

Am späten Nachmittag war ich in der Schule. Von da begab ich mich abermals nach Favoriten. Hier herrschte noch immer die freudige Stimmung wie zuvor. Als ich am Abend den Bezirk verliess, ging an mir ein Mann vorbei und sagte mir, dass Schuschnigg soeben abgedankt hatte. Ich wollte es ihm nicht glauben und hielt ihn für einen Nazi, der geflüssentlich die Nachricht verbreitete.

Als ich nach Hause kam, kam mir alles so verändert, so aufgeregt vor. Ein Kollege, der in einem öffentlichen Institut beschäftigt war, rief mich telefonisch an, konnte jedoch vor Aufregung nicht sprechen. Es muss doch wahr sein, dachte ich. Ich fühlte, die freudige Stimmung sei zu Ende. Irgendetwas Tragisches kommt! ...

Die Nacht verlief nicht mehr ruhig. Oder scheint es mir nur so, dachte ich. Nein! Denn draussen hörte ich Geschrei, Gesang, Gejohle, Lärm ununterbrochen.

¹² Am 12.2.1938 trafen sich Schuschnigg und Hitler in Berchtesgaden. Hitler erzwang bei diesem Treffen die Legalisierung der NSDAP in Österreich.

¹³ Arthur Seyß-Inquart (1892–1946), Jurist, Rechtsanwalt; 1931 NSDAP-Eintritt; auf Druck Hitlers zum Innenminister der Regierung Schuschnigg ernannt, nach dem Anschluss wurde er Bundeskanzler und Reichsstatthalter, 1939 Stellvertreter des Generalgouverneurs Frank in Polen, von 1940 an Reichskommissar der Niederlande; 1946 vom Internationalen Militärtribunal zum Tod verurteilt und hingerichtet.

Am Morgen war bereits alles geschehen: Seyss-Inquart war Bundeskanzler. Der Radioansager sprach bereits vom Parteigenossen Bundeskanzler Dr. Seyss-Inquart.

Es litt mich nicht zu Hause. An sich empfand ich keine Furcht. Ich muss gestehen, dass ich scheel angesehen und als Narr betrachtet wurde, dass ich mitten in diesem Erdrutsch keine Scheu zeigte und den Blick frei und offen behielt. Aber ein Gefühl von Mitleid bemächtigte sich meiner mit den Juden, die zappelnd und zitternd dem Schrecken und dem Verhängnis entgegensahen, mit den Deutschen, die blind oder auch sehend in den nicht erloschenen Krater hineinstürzten, mit den Nachbarvölkern, wo ich annahm, dass auch sie werden früher oder später daran glauben müssen, sowie an die ganze Welt, da ich sah, nun ist ein Ziegel aus dem Weltgebäude ausgebrochen, und das Gebäude droht zusammenzustürzen. Dieses Gefühl wurde ich auch später nicht los.

Ich wandelte durch die Strassen Wiens. Hakenkreuzfahnen wurden überall gehisst. Man versuchte sich in „Heil Hitler“-Grüssen zu überbieten. Fast jeder, der sich als Arier dünkte, steckte sich ein Hakenkreuz in sein Knopfloch. In der Gumpendorferstrasse war ein Hakenkreuzerzeuger. Dort standen lange Schlangenreihen, um sich das Abzeichen zu verschaffen. Ich glaube, dass dieser Mann weder früher noch später je ein so gutes Geschäft gemacht hatte.

Ich kam nach Favoriten. In der Favoriten-, Laxenburger- und im Teil der Gudrunstrasse, zwischen jenen beiden, besonders aber in der Gegend um das Arbeiterheim bewegten sich Menschenmengen geradezu leuchtenden Antlitzes. Ich erstaunte. Wenn ich auch wusste, dass hier nicht alle ehrlich sind und dass die Ehrlichen meistens unter Schuschnigg wegen ihrer Ueberzeugung irgendwie gelitten haben mögen. Ich entsinne mich eines kleingewachsenen Mannes, der jedesmal in die Höhe aufsprang, sooft er seinen Arm zum „Heil Hitler“-Grusse hochhob, um so seinem Grusse mehr Nachdruck zu verleihen.

Es hatte das Ansehen, Wien habe neues Leben durch die Seyss-Inquarterei gewonnen. Die Nebengassen jedoch belehrten mich eines Besseren. Die Inzersdorfer-, Pernestorfer-, Alxinger- und alle anderen Strassen, die ich passierte, waren wie abgestorben, keine Hakenkreuzfahne war gehisst, kein Fenster war geschmückt, und kein Mensch war auch sonst zu sehen. Die Nazis waren auf die Hauptstrassen gezogen, und die anderen blieben in ihren Wohnungen ruhig. Der Nachmittag war trübe, und in trübem Gemüte bereiste ich fast sämtliche Bezirke. Ich freute mich nur damit, dass bei meinen Freunden keine äussere Veränderung bemerkbar war.

Die düstere Stimmung wuchs zusehends. Jüdische Freunde, Nachbarn und Kameraden kamen zusammen. Fast alle waren der Meinung, dass ganz Wien nationalsozialistisch sei. Auf meinen Einwand, das sei nicht wahr, wohl sehen und hören wir lauter wirkliche und angebliche Nazis, aber die anderen seien auch da, wenn auch ruhig und zurückgezogen, wurde ich ausgelacht und zu den unverbesserlichen Optimisten gezählt, die ins alte Eisen gehörten.

Am nächsten Tage besuchte ich mein Stammcafé. Es waren nicht mehr alle Zeitungen [da], die ich zu lesen gewöhnt war. Der Kellner war wie gewöhnlich nett. Er wollte mit mir politisieren, aber ich zog vor, es zu unterlassen. Ich hielt mich da nicht lange auf und begab mich ins Palästina-Amt, wo ich die erste Bekanntschaft mit den Nazis in ihrer Herrscherrolle machen sollte, wenn ich auch gut abgeschnitten habe.

Das Palästina-Amt befand sich in einem Privathause am zweiten Halbstocke der Marc-Aurel-Strasse 5. Vor dem Eingang stand ein Auto, das ich vorher nicht beachtete. Am Eingang selbst standen zwei Männer in Zivil. Als ich das Haus betreten wollte, fragte mich

ein Mann, wohin ich gehe. Auf meine Antwort liess er mich hineingehen. Im Hausflur standen bereits mehrere Juden, bewacht von SA-Männern. Ich kam nun hinzu. Bald kam nun vom Palästina-Amt ein SA-Mann hinunter und meinte, dass wir hinaufgelassen werden dürfen, nicht aber zurück. Wir gingen nun hinauf, und ich überlegte, dass ich gar nicht ins Pal-Amt gegangen sein muss; es wohnen ja auch Privatleute in diesem Hause. Ich blieb nun neben dem Eingang ins Pal-Amt nicht stehen und ging weiter. Auf die Frage des SA-Mannes, der an der Eingangstüre stand, wohin ich gehe, erwiderte ich nunmehr, dass ich einen Freund im 4-ten Stocke besuche. So liess er mich hinaufgehen. Entronnen, suchte ich nach einer Wohnung, wo ich mich vorübergehend aufhalten solle. Ich klingelte nun in einer Wohnung an. Ein Mädchen öffnete mir. „Kann ich den Herrn N. sprechen?“ fragte ich. „Den Herrn“, versetzte sie misstrauisch. – „Ja – aber er ist ja krank.“ – „So, und die Frau N.“ fragte ich wieder. – „Die Frau ...“ – Ich sah, dass das Misstrauen nicht wich, natürlich nicht mit Unrecht. – Die Frau N. öffnete selbst die Tür ins Vorzimmer. Ich begrüßte sie, trat auf sie zu, stellte mich ihr vor und bat sie um eine kurze Unterredung. Sie lud mich ein, ins Zimmer zu kommen, nachdem ich nachwies, wer ich bin.

Dort erzählte ich, was mich hinführte, und sie luden mich ein, bei ihnen abzuwarten, bis die SA wegkommt. Zufällig lag auf dem Tische die letzte Ausgabe der Wochenschrift: „Die neue Welt“,¹⁴ in der gerade ein Artikel von mir erschienen war. Der Herr N. sass krank und schwach am Tische, und wir unterhielten uns über verschiedene Dinge, sodass die Zeit schnell verlief.

Das Auto stand noch immer, und die SA-Leute wachten noch immer am Eingangstore. Ich musste weggehen, und so nahm ich die Tochter des Hausherrn am Arm, legte die Brillen ab, zog den Mantel und den Hut aus und begab mich hinunter. Alles war wie früher. Auf die Frage der Torwächter, woher wir kommen, meinte das Mädchen, wir wohnten dort.

So entkam ich zum ersten Male den Nazihänden. Später erfuhr ich von einem Bekannten, der ebenfalls drinnen war, aber, weil er am übernächsten Tage nach Palästina abreisen konnte, freikam, dass man im Pal-Amte geprügelt hatte und dass auch er zwei Ohrfeigen abbekommen hatte, die er nie vergessen werde.

Zu Hause angekommen, hörte ich bereits herumschwirrende Nachrichten über Verhaftungen, Prügeleien und Fenstereinschlagen. Es ging zunächst allerdings alles im Stillen zu. Man spürte, dass etwas vorgeht, man wusste jedoch nicht was, ausser wenn es einem just selbst passierte. Sonst konnte man meinen, es sei gar nicht so arg. Erst nachdem Hitler Wien mit seiner Person beglückt und beehrt hatte, merkte man das „Wehe, wenn sie losgelassen.“¹⁵

Bestien in Wien

Man hat die Juden zur Zwangsarbeit genommen, zunächst um die Strassen von der Schuschnigg-Propaganda zu reinigen. Man hätte es hinnehmen können, obwohl nach wochenlangen Arbeiten die Gehsteig-Anschriften nicht gewegewaschen wurden. Ja, an der Augartenerbrücke und in der Porzellangasse, gegenüber der Post, waren diese Strassen-Inschriften noch vor meiner Abreise aus Wien deutlich zu lesen. Aber die Art, in der die Zwangsarbeit erfolgte, erfüllte einen mit Abscheu. Das Demonstrative daran, begleitet

¹⁴ Die Neue Welt erschien als wöchentliche ‚Revue‘ in den Jahren 1927–1938 in Wien. Herausgeber war der Zionist Robert Stricker (1879–1944). Die Artikel waren i. d. R. nicht namentlich gezeichnet.

¹⁵ Hitler besuchte Wien am 15.3.1938.

von Beschimpfungen, oft sogar von Kolben- und anderen Schlägen, widerte einen an und erbitterte. Dass sogenannte Arier sie wie ein Kuriosum umstellten, sie begafften, oft bespöttelten, erfüllte einen mit Ekel gegen sie.

Ein Bekannter wurde im 10-ten Bezirke zur Arbeit geholt. Es waren mit ihm darunter auch sehr angesehene Leute des Bezirkes. Sie mussten achtgeben, dass sie kein Tröpfchen Wasser aus dem Eimer überschütten, sonst wurde ihnen gedroht, werden sie die Tropfen vom Boden mit der Zunge wegschlecken müssen. Wenn SA nicht zugegen war, bemitleidete sie die Wiener Wache und beteuerte, dass sie leider nichts dagegen machen können. Solche Ausdrücke menschlichen Mitgefühls, die einem gerade damals besonders wohl-taten, dauerten jedoch nur Sekunden.

Sie mussten sich Wasser von einem Gasthaus in der Gudrunstrasse holen. Mir scheint, es war das Gasthaus Wewalka. Dort meinte ein anwesender Besoffener, es geschehe ihnen recht, dem Judenpack. Die Juden hätten ja so nie gearbeitet. Darauf meinte mein Bekannter: „Schau dir meine Hände an, du Säufer, ob sie nie gearbeitet haben. Und was hast du immer gemacht? Nichts als gesoffen.“ Der Besoffene wird wild und will nun meinen Bekannten schlagen, als dieser ihn wegstösst, dass dieser hinfällt und sich kaum bewegen kann. Darauf begann es, Kolbensschläge zu hageln, dass man ihn kaum lebend nach einigen Tagen heimbringen konnte.

Einmal ging ich an der Seitenstettengasse vorbei. Dort befand sich die Israelitische Kultusgemeinde. Ich stellte mich vor die Auslage der Buchhandlung Schlesinger. Da eilte ein Mädchen an mir vorbei und raunte mir zu, ohne mich auch nur anzusehen, aber deutlich hörbar: „Gehen Sie sofort weg!“ – und verschwand. Ich wollte nun des Mädchens Rat befolgen, als ein baumstarker Lackel in grauer Uniform auf mich zukam und fragte mich, ob ich Jude sei. „Ja“, erwiderte ich. „Legitimieren Sie sich.“ – Ich zog meinen Pass aus der Tasche und zeigte ihn ihm. „Sind Sie Pole?“ – „Ich bin polnischer Staatsbürger“, erwiderte ich. Er fragte mich noch nach meinem Berufe und liess mich weiter gehen. Da sah ich in der Seitenstettengasse Männer in Frack und Zylinder arbeiten. Ich wusste zunächst nicht, worum es sich handelte. Ich erfuhr erst nachher, es sei ein grausamer Spass gewesen. Sie fingen die Menschen zur Arbeit ein, kleideten sie in Frack und Zylinder und liessen sie so arbeiten. Immer wenn der SS-Mann vorbeikam, mussten die Arbeiter den Besen präsentieren und „Habtachtstellung“ einnehmen. Ein Bekannter, den man ebenfalls zur Arbeit holte, wies auf seine Tapferkeitsmedaille hin, worauf der Nazi meinte, „gut, dann wirst du eben ohne Frack und Zylinder arbeiten dürfen.“

In den ersten Wochen der Hitlerei konnten wir in Wien noch die Krakauer Tageszeitung „Nowy Dziennik“ bekommen. Sie war die einzige Zeitung, in der man gewissermassen das Echo der eigenen Not lesen konnte.¹⁶ Ich kaufte sie mir täglich, trotzdem sie sehr kostspielig war. Einmal ging ich über die Porzellangasse und las die Zeitung. Da kam ein dicker ausgefressener Nazi mir entgegen. Er trat auf mich zu und forderte mich auf, mich zu legitimieren.

Plötzlich fiel sein Blick auf die Zeitung. Darauf fragte er mich: „Sind sie Ausländer?“ – „Ja“, entgegnete ich, worauf er mich ruhig weiter lesen liess.

Bezeichnend war für die damalige Lage in Wien, dass fast jeder irgendein Abzeichen in

¹⁶ Die jüdisch-zionistische Tageszeitung Nowy Dziennik erschien von Juli 1919 bis Sept. 1939 in Krakau. Sie hatte ein internationales Korrespondentennetz, erschien in polnischer Sprache, wurde aber weit über die Landesgrenzen hinaus gelesen.

seinem Knopfloch trug. Entweder es war ein Hakenkreuz oder ein ausländisches Abzeichen zum Nachweise, dass man Ausländer sei, oder Bändchen von Auszeichnungen im Weltkrieg u.s.w. Nur die Juden, die keine Abzeichen hatten, waren völlig ausgeliefert. Ich wollte kein Abzeichen tragen. Nach langem Zureden von Frau und Freunden liess ich mich dazu bewegen und steckte mir ein polnisches Abzeichen in mein Knopfloch, jedoch nur für einen Vormittag. Ich hatte geradezu das Empfinden, dass die verschiedensten Abzeichen auf diejenigen, die gar keine Abzeichen tragen konnten, niederschmetternd wirkten. Man sah sich ohne Abzeichen noch schwächer, in noch grösserer Gefahr.

Das Prügeln, Beleidigen und Kränken ging auf mannigfaltigste Weise vor sich, und die Juden konnten sich überhaupt nicht zur Wehr setzen. Oft hätte das Schamgefühl einen lähmen müssen, wie z.B. der folgende Fall: – Eine bekannte Frau ging mit ihrem Buben in der Lichtensteingasse. Da kam ihr eine „Arierin“ mit ihrem Buben entgegen. Drauf fragte der „arische“ Bub seine Mutter, ob er den Judenbuben anspucken dürfte. Die „arische“ Mutter erlaubte es, und der arische Bub spuckte den jüdischen Buben an.

Ueberhaupt haben sich verhältnismässig meistens Frauen an den Grausamkeiten gegen die Juden beteiligt. Als der grosse Judenzug unter Gejohle und Geschimpfe der Nazis geführt wurde, da waren es meistens Frauen, die es taten. Ein „arisches“ Mädchen fiel aus der Reihe der Zuschauer hervor und unter Geschrei: „Dieser Jüdin möchte ich ein paar herunterhauen“, wollte sie eine Jüdin aus dem Zuge prügeln, als diese ihr zurief: „Was wollen Sie denn von mir? Sie kennen mich ja nicht!“, worauf die Schläge unterblieben. – Oder ich ging einmal am Gürtel vorbei, dort wo Schulgasse und Währingerstrasse zusammenkommen. Da hörte ich ein lautes Geschimpfe und aufgeregtes Schreien: „Wo ist denn ein Wachmann? – Wann man ihn braucht, ist er nicht da! – Der Jud wird noch verschwinden!“ Ich sah mich um. – Da lief eine Frau nahezu erschöpft und suchte einen Wachmann. Ich dachte, was konnte vorgefallen sein? Wollte der Jude diese Frau am Ende vergewaltigen? In diesen Tagen? Ich war nahe daran, den Juden jeden Verbrechens zu zeihen. Ich sah mir den Juden an, der etwa 100 Meter von der Frau entfernt, gebeugt und verängstigt daherging. Die Frau hielt mich anscheinend für einen Arier, wenn sie vor mir ihr Leid klagte. Man hörte und staunte! Der Jude kam hausieren ins Haus! Nicht einmal in ihre Wohnung! Aber sie müsse ihn der Polizei übergeben. Und sie läuft ihm bereits eine Viertelstunde nach, und nirgends war ein Wachmann zu sehen.

Ich sah einige Male, wie Männer mit Nazi- und sogar mit illegalen Abzeichen sich beschämt wegwandten, als sie einer Gruppe Juden oder Jüdinnen begegneten, die geprügelt oder als Putzkolonne geführt wurde. Frauen hingegen taten mit. Das war eigentlich für mich am meisten niederschmetternd, als ich die Wiener Mädchen und jungen Frauen sah, die süssen, lieblichen Wiener Frauen als Strassenbestien. – Da kam eine Wienerin, deren Mann man einen Tag vorher verhaftet hatte, weil er sich verplapperte, in das Haus eines Bekannten. Sie weinte und jammerte und meinte naiv: „Ja, wenn man die anderen schlägt, nun ja, es sind eben die anderen, aber die eigenen Leute schlagen! Das ist entsetzlich!“ – Ich wusste nicht, soll ich aufbrüllen oder auflachen, als ich das hörte. Hätte diese naive, im Innern zweifellos nicht einmal bössartige Frau einige Monate vorher auch so gesprochen!?

DOK. 19

**Pierrepont Moffat, Leiter der Europa-Abteilung
des State Department, beschreibt am 18. März 1938
die Situation der österreichischen Juden¹**

Tagebuch von Pierrepont Moffat,² Eintrag vom 18.3.1938 (Typoskript)³

Freitag, 18. März 1938.

Ein Großteil des Morgens verging mit Diskussionen darüber, was hinsichtlich der Situation der Flüchtlinge unternommen werden könne. Die Meldungen aus Wien verweisen auf eine Welle von Depression, Selbstmorden und Ausschreitungen gegen Nonkonformisten, egal ob es sich dabei um Juden, Katholiken oder Sozialisten handelt. Hierzulande reagieren [Unterstützer-]Gruppen zunehmend emotional und befürworten eine Gruppenregelung für die Aufnahme von Österreichern oder Juden oder welche Gruppe ihnen auch immer gerade in den Sinn kommt. Die selbst ernannte Anführerin ist Dorothy Thompson,⁴ die in jedem Fall eine Gruppe von Leuten zusammentrommeln wird, um zu sehen, was getan werden kann.

Ich bin schon seit geraumer Zeit davon überzeugt, dass wir in den Bemühungen, auf internationaler Ebene etwas für die Flüchtlinge zu tun, die Führung übernehmen sollten. Selbst wenn man davon ausgeht, dass eine Gruppenregelung möglich wäre – was ich aber nicht glaube –, könnten wir allein auch nicht mehr bewirken als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es hat keinen Zweck, ein von der Regierung unterstütztes internationales Gremium zu gründen, da die Verhandlungen dafür zu lange dauern würden, von der Ratifizierung ganz zu schweigen. Insofern ist es wahrscheinlich am besten, das bereits bestehende Flüchtlingsbüro im Internationalen Arbeitsamt zu vergrößern.

Mr. Messersmith⁵ und Richter Moore⁶ haben Mrs. Shipley⁷ ausgesucht – eine gute Wahl, wie ich finde –, um die Angelegenheit mit Hilfe von Achilles⁸ im Außenministerium

1 Houghton Library, Harvard University, MS AM 1407, Vol. 40, 1938 I, Film 95. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Jay Pierrepont Moffat (1896–1943), Diplomat; seit 1917 für das State Department tätig, u.a. an den Botschaften in Den Haag, Warschau, Konstantinopel, Bern, 1932–1935 Leiter der Westeuropa-Abt. im State Department, 1935–1937 Generalkonsul in Sydney, 1937–1940 Leiter der Europa-Abt. im State Department, 1940–1943 Botschafter in Kanada.

3 Das Tagebuch hat Moffat offensichtlich zu dienstlichen Zwecken geführt.

4 Dorothy Thompson (1894–1961), Journalistin; von 1920 an Korrespondentin in Wien, von 1924 an in Berlin, 1932 interviewte sie Hitler und wurde deswegen 1934 aus Deutschland ausgewiesen; warnte in den USA als einflussreiche Kolumnistin vor dem Nationalsozialismus; 1940 Wahlkampfunterstützung für F.D. Roosevelt; 1946 Anti-Kriegs-Rede vor dem UN-Sicherheitsrat im Namen der Frauen und Mütter aller Nationen.

5 George S. Messersmith (1888–1960), Diplomat; 1928 US-Generalkonsul in Argentinien, 1930–1934 in Berlin, 1937–1947 US-Botschafter in Kuba, Mexiko und Argentinien.

6 Robert Walton Moore (1859–1941), Jurist; 1887–1890 Senator, 1919–1931 Kongressabgeordneter; 1933 Ministerialdirektor, von 1937 an Berater im State Department.

7 Ruth Bielaski Shipley (1885–1966), Verwaltungsangestellte; 1903–1909 im US-Patentamt, 1914–1955 im State Department tätig, von 1928 an als Leiterin der Pass-Abt. Shipley sollte ein Treffen mit Dorothy Thompson vorbereiten, um deren Vorschläge zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu diskutieren. Da die Einwanderungspolitik dem Arbeitsministerium unterstand, war dieses an den Beratungen beteiligt.

8 Theodore Achilles (1905–1986), Diplomat; von 1932 an im diplomatischen Dienst, von 1939 an

absegnen zu lassen. Messersmith und ich ließen den Plan am späten Vormittag vom Minister genehmigen, und nachmittags war Mrs. Shipley schon dabei, sich mit dem Arbeitsministerium zu beraten.

Zusätzlich zum Vorherigen hatten wir eine lange Sitzung im Büro des Ministers, um zu erörtern, was wegen der Situation in Österreich zu tun sei. Dabei kam es zu einer heftigen Meinungsverschiedenheit zwischen Sumner Welles⁹ einerseits und einigen anderen aus dem Ministerium andererseits, die sich stärker aufregten. Sumner Welles vertritt durchweg die Auffassung, dass das wiederholte Anprangern der nazifaschistischen Kräfte diese nur noch enger zusammentreiben würde. Er setzt sich ebenso stark wie jeder andere dafür ein, ihre Politik zu bekämpfen, aber eben nicht in einer öffentlichen Schlammschlacht. Zufälligerweise hat er neulich mir gegenüber in Bezug auf Dieckhoffs Ausbruch in seinem Büro angemerkt, dass Leute, die behaupten, die Lateinamerikaner reagierten in Stresssituationen gefühlsbetont, völlig falsch lägen.¹⁰ Die Lateinamerikaner reagieren im Alltagsleben emotional, im Notfall reagieren sie mit kühlem Kopf; die Deutschen hingegen brechen sowohl in Zeiten des Triumphs als auch in Zeiten der Niederlage nervlich zusammen.

Sonstige Aktivitäten: der litauische [Außen-]Minister am Telefon, um sich über das polnische Ultimatum auszulassen;¹¹ John Carter; Floyd Blair, der Vizepräsident der National City Bank; Mittagessen mit Stanley Woodward und Bill Wasserman, der gerade mit lauter interessanten Fakten und Theorien aus Europa zurückgekehrt ist; Raymond Leslie Buell, der eine Kampagne organisiert, um das Waffenembargo gegen Spanien aufzuheben;¹² Colonel Strong; die Sekretärin von Dorothy Thompson etc.

Ich verließ das Büro früh, weil ich mich nicht wohl fühlte, und legte mich zwei, drei Stunden hin, stand dann aber wieder auf, um an einem langen und öden (so kam es mir jedenfalls vor) Abendessen mit den Schweizer Beratern teilzunehmen.

Mitarbeiter der US-Botschaft in London und Gesandter bei den poln., belg., norweg. und niederländ. Exilregierungen; 1956–1960 US-Botschafter in Peru, 1969–1973 Präsident des Atlantic Institute.

⁹ Dr. h.c. Benjamin Sumner Welles (1892–1961), Diplomat; von 1915 an im diplomatischen Dienst, vornehmlich zuständig für Lateinamerika, außenpolitischer Berater von US-Präsident Roosevelt, 1937–1943 StS im State Department, danach Publizist und Kommentator.

¹⁰ Hans-Heinrich Dieckhoff (1884–1952), Diplomat; von 1912 an im Auswärtigen Dienst, 1916–1918 Legationsrat in Konstantinopel, 1937–1938 deutscher Botschafter in den USA; 1941 NSDAP-Eintritt; 1943 Botschafter in Madrid, 1944 in den Wartestand versetzt; nach 1945 als Publizist tätig.

¹¹ Die poln. Regierung nahm einen Grenzzwischenfall in Trasninkai zum Anlass, Litauen am 17.3.1938 mit Hilfe eines 48-Stunden-Ultimatums u.a. zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit Polen zu zwingen, die 1920 anlässlich der poln. Besetzung von Vilnius abgebrochen worden waren. Bei anti-litauischen Demonstrationen in Polen wegen des Grenzzwischenfalls wurden Juden gewaltsam angegriffen.

¹² Floyd Gilbert Blair (1891–1965), Bankier, Anwalt; 1924–1927 beratend für das US-Finanzministerium tätig; von 1931 an Vizepräsident der National City Bank, New York. Stanley Woodward (1899–1992); von 1925 an Foreign Service Officer, 1937–1944 Assistant Chief of Protocol des State Department. Raymond Leslie Buell, (1896–1946), Publizist, Historiker; Präsident der Foreign Policy Association; Autor u.a. von „Poland: Key to Europe“ (1939). Die Versuche, das Waffenembargo gegen Spanien aufzuheben, scheiterten. Es blieb bis zum Ende des Spanischen Bürgerkriegs 1939 in Kraft.

DOK. 20

**Göring beauftragt am 19. März 1938 Wilhelm Keppler mit der „Arisierung“
der Wirtschaft in Österreich¹**

Schreiben des Ministerpräsidenten, Beauftragter für den Vierjahresplan (St. M. Dev. 2064), gez. Göring, an Ingenieur Keppler,² Berlin W 8, Behrenstr. 39a (Abschrift)³

Nachdem Sie auf Grund der Verordnung des Führers vom 16. März 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 249) zum Reichsbeauftragten im Rahmen der Zentralstelle für die Überleitung Österreichs bestellt worden sind, beauftrage ich Sie, für mich als Beauftragten für den Vierjahresplan die Überleitungsarbeiten in Österreich auf folgenden Gebieten in die Hand zu nehmen:

1. Die von Ihnen bereits eingeleiteten *Arbeiten zur Erforschung der österreichischen Bodenschätze* müssen beschleunigt auf breitere Basis gestellt und systematisiert werden. Ich lege auf Beschleunigung gerade hierbei besonderen Wert, weil von dem Ergebnis dieser Arbeiten die Entscheidung über eine Reihe von Industriestandorten abhängig sein wird, die in der bisherigen Planung noch offen gelassen waren, nunmehr also dem zurückgekehrten Österreich vorbehalten werden können.⁴

2. Die *Arisierung der Wirtschaftsbetriebe* wird in Österreich voraussichtlich in noch größerem Umfang nötig werden als im alten Reich. Ihre beschleunigte und sachgemäße Durchführung ist für eine glatte Einführung und reibungslose Abwicklung des Vierjahresplans von besonderer Bedeutung, sie erfordert daher besondere Aufmerksamkeit und Verantwortung. Da Sie die österreichischen Verhältnisse schon seit längerer Zeit genau kennen und es vielfach zweckmäßig sein wird, die einzelnen Fälle an Ort und Stelle zu prüfen, bitte ich Sie, sich den zuständigen Ressorts für diese Angelegenheit zur Verfügung zu stellen und für Einheitlichkeit in der Durchführung zu sorgen. Dabei setze ich voraus, daß Sie mich in wichtigeren Fällen rechtzeitig unterrichten.

3. Die erfolgreiche Durchführung des Vierjahresplans in Österreich wird ferner auch von der Gestaltung des *Lohn- und Preisniveaus* weitgehend abhängen. Sie werden durch Ihre Tätigkeit an Ort und Stelle hierüber den besten unmittelbaren Einblick gewinnen. Ich bitte Sie deshalb, auch diesen Fragen Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und den zuständigen Behörden, innerhalb des Vierjahresplans dem Herrn Reichskommissar für die Preisbildung und der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz, rechtzeitig *Anregungen und Vorschläge zu übermitteln*. Auch hierbei erwarte ich von Ihnen laufende Unterrichtung.

Eine Neuordnung von Zuständigkeiten ist durch diese Regelung nicht beabsichtigt. Ich

1 Kopie: IfZ/A, MA 1563-28, (Nürnberger Dokument NG-2503).

2 Wilhelm Keppler (1882–1960), Ingenieur; 1927 NSDAP- und 1933 SS-Eintritt; von 1931 an Hitlers Wirtschaftsberater, 1933 Kommissar für Wirtschaftsfragen in der Reichskanzlei, 1936 Berater Görings, 1938 StS z. b. V. im AA und Reichsbeauftragter für Österreich, 1942 SS-Obergruppenführer; 1949 im Wilhelmstraßenprozess zu zehn Jahren Haft verurteilt, 1951 entlassen.

3 Das Schreiben ist mit einem Eingangsstempel vom 22.3.1938 und einem Stempel des RMdI versehen.

4 Hitler hatte Keppler bereits am 12.7.1937 mit der „zusammenfassenden Bearbeitung der österreichischen Frage innerhalb der NSDAP im Reich“ beauftragt. Im Sept. 1937 wurde ihm die Zuständigkeit für alle Österreich betreffenden wirtschaftspolitischen Fragen übertragen; u. a. sollte er die Bedeutung der österr. Bodenschätze für das Deutsche Reich analysieren.

wünsche vielmehr nur, während einer Übergangszeit eine einheitliche Beobachtung auf den für den Vierjahresplan wichtigen obengenannten Gebieten sicherzustellen. Weitere Bestimmungen behalte ich mir vor.

Abschrift erhalten der Herr Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, der Herr Reichs- und Preußische Minister des Innern,⁵ der Herr Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister, der Herr Reichs- und Preußische Arbeitsminister, die Geschäftsgruppen des Vierjahresplans, der Herr Reichsstatthalter in Österreich und Gauleiter Bürckel.

DOK. 21

Der Reichsstatthalter in Hamburg nennt am 19. März 1938 die Bedingungen für die „Arisierung“ des Bankhauses M.M. Warburg & Co.¹

Schreiben des Reichsstatthalters in Hamburg, Senat, gez. i.A. v. Allwörden,² an den RuPrWM, Abt. V (Eing. 6. 4. 1938) vom 19. 3. 1938 (Abschrift vom 4. 3. für das Hauptverwaltungsamt)³

Betr.: Anfrage von Herrn Ministerialdirigent Dr. Schlotterer.⁴ – Arisierungsverhandlungen M.M. Warburg & Co., Hbg.⁵

Die Bestrebungen, die hamburgische Bankfirma M.M. Warburg & Co. zu arisieren, sind mir bekannt. In meinem Auftrage ist Regierungsdirektor Essen,⁶ der Leiter des Arbeitsbeschaffungsamtes, in die Verhandlungen eingeschaltet.

5 In einem vertraulichen Schreiben vom 18.3.1938 hatte RMdI Frick den Obersten Reichsbehörden die Ernennung Keplers zum Reichsbeauftragten für Österreich mit Sitz in Wien mitgeteilt und ihnen anheim gestellt, Kepler für die Angelegenheiten ihres Ressorts einen Sachbearbeiter zuzuteilen; siehe Anm. 1.

1 StAHH, 131-6 Staatsamt 106.

2 Wilhelm von Allwörden (1892–1955), kaufmännischer Angestellter; 1925 NSDAP-, 1926 SA- und SS-Eintritt, 1931–1933 NSDAP-Fraktionsführer in der Hamburgischen Bürgerschaft; von 1933 an Wohlfahrtssenator und Leiter der Kultur- und Schulbehörde, 1938–1942 Wirtschaftssenator in Hamburg, 1943–1945 Leiter der Abt. für Wirtschaftsfragen im RMfBO; im Entnazifizierungsverfahren als „minderbelastet“ eingestuft und von leitenden Positionen ausgeschlossen.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

4 Dr. Gustav Schlotterer (1906–1989), Dipl.-Kaufmann; 1927 NSDAP-, 1937 SS-Eintritt; 1931–1933 als Wirtschaftsredakteur beim Hamburger Tageblatt (Gauzeitung der NSDAP), 1933–1935 Präsident der Hamburger Behörde für Wirtschaft, 1935–1945 im RWM tätig, zuletzt MinDir., 1938 Leiter der Außenhandelsabt. (V), 1940 Leiter der Sonderabt. Vorbereitung und Ordnung, 1941 Leiter der Ostabt. im RWM und in Personalunion der Wirtschaftsabt. des RMfBO.

5 Bankhaus M.M. Warburg & Co., gegründet 1798 von den Brüdern Marcus Moses und Gerson Warburg, eine der größten Privatbanken Deutschlands. 1938 übernahmen der Generalbevollmächtigte Dr. Rudolf Brinckmann und Paul Wirtz, beide Vertraute Max Warburgs, die Bank; sie führten sie bis Kriegsbeginn unter stiller Beteiligung der Familie Warburg weiter, später als Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. Seit 1991 trägt die Bank wieder den alten Namen. Max Moritz Warburg (1867–1946) war von 1929 an Vorstandsmitglied des CV und des Hilfsvereins der deutschen Juden. Er förderte mit Hilfe seiner Bank die Auswanderung deutscher Juden und emigrierte 1938 in die USA.

6 Wolfgang Essen (1903–1965), Diplomlandwirt; 1937 NSDAP-Eintritt; 1934–1941 für den Hamburger Senator für Wirtschaft tätig, Gauwirtschaftsberater in Hamburg, 1940–1941 Oberkriegsverwaltungsrat in Antwerpen, 1942–1944 Bevollmächtigter des Reichskommissars für die Seeschifffahrt im Mittelmeer und im Schwarzen Meer, von 1942 an für den SD und das Sonderkommando der Waffen-SS tätig; 1947 aus dem Internierungslager Neuengamme entlassen.

Die Firma M.M. Warburg soll übernommen werden von dem arischen Geschäftsführer Dr. *Brinckmann*⁷ als Komplementär unter Einschaltung einer Reihe interessierter Persönlichkeiten und Banken als Kommanditisten. – Ich habe bei diesen Verhandlungen betont, daß folgende Gesichtspunkte beachtet werden müßten:

- 1.) Die Devisenkredite der Fa. Warburg müssen Deutschland erhalten bleiben, ebenso die Beziehungen zu ausländischen Kreditinstituten.
- 2.) Die Fa. Warburg soll als selbständiges Bankhaus in Hamburg bestehen bleiben.
- 3.) Die Beteiligung auswärtiger Bankfirmen – wie Bank für deutsche Industrie-Obligationen und Berliner Handelsgesellschaft – muß in dem Rahmen bleiben, daß eine Majorisierung der Fa. Warburg nicht in Frage kommt. Daher ist in Aussicht genommen, daß keine Firma auch nur eine qualifizierte Minderheit als Kommanditist auf die Dauer erhält. Die Industriebank hat diesen Grundsatz ausdrücklich anerkannt und wird eventuelle Mehranteile an die von mir vorgeschlagenen geeigneten hamburgischen Persönlichkeiten abtreten.
- 4.) Die Beteiligung der bisherigen Nichtarier als Kommanditisten habe ich von vorneherein abgelehnt. – Im übrigen ist mir auch von Herrn Dr. Brinckmann mitgeteilt, daß nunmehr eine kommanditistische Beteiligung von M. Warburg – meinem Wunsche entsprechend – nicht mehr in Frage kommt. Die jüdischen Inhaber haben sich mit diesem Gedanken bereits abgefunden. –

Eine offene Frage ist noch die eventuelle stille Teilhaberschaft oder die Depositeneinlage von einem Betrage, der höchstens 1/5 der Gesamtsumme beträgt (bei 15 Mio RM = 3 Mio RM). Eine möglichst weitgehende Ausschaltung von Warburg halte ich für erwünscht. Meine Stellungnahme zu den von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Schlotterer gestellten Fragen der Beteiligung Warburgs als Kommanditist und der Beibehaltung des Namens der Firma ist folgende:

Die *Beteiligung der jüdischen Inhaber als Kommanditisten* bei der arisierten Firma halte ich für nicht tragbar. –

Gegen die *Beibehaltung des Namens M.M. Warburg & Co.*, Hamburg, habe ich dagegen nichts einzuwenden, da das Bankhaus Warburg internationalen Ruf besitzt und eine Änderung des Namens nur die weitere Betätigung der arisierten Bankfirma gefährden könnte.

Ich bitte, die von mir aufgeführten Gesichtspunkte auch seitens des Reichswirtschaftsministeriums zu berücksichtigen.

Heil Hitler!

⁷ Dr. Rudolf Brinckmann (1889–1974), Jurist, Dolmetscher und Bankkaufmann; von 1920 an beim Bankhaus M.M. Warburg & Co. in Hamburg tätig, zunächst als Prokurist, nach 1945 u. a. Vertreter der Bundesrepublik bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

DOK. 22

**Albert Herzfeld aus Düsseldorf berichtet am 23. März 1938
über den Anschluss Österreichs und die Vorbereitungen zur Volksabstimmung¹**

Handschriftl. Tagebuch von Albert Herzfeld,² Eintrag vom 23.3.1938

Nun kam am 12. März die Einverleibung Oesterreichs in das deutsche Reich. Zu Anfang dieses Monats hatte der Führer den oesterreichischen Staatshalter Schuchnigg³ zu sich nach seiner Villa auf den Obersalzberg bei Berchtesgaden eingeladen. Was nun beide Herren verabredet hatten, weiß niemand ganz genau, da uns ja nur die Hitler'sche Auffassung bekannt ist. Thatsache allerdings ist, daß bis dahin Schuchnigg unbedingter Herrscher in Oesterreich u. die nationalsozialistische Propaganda auf das strengste in Oesterreich verboten war.

Nach seiner Rückkehr nach Wien setzte Schuchnigg eine allgemeine Wahl für die nächsten Tage in Oesterreich an, wodurch er beweisen wollte, daß Oesterreich nicht gewillt sei, sich zum Nationalsozialismus zu bekehren. Aber sofort am 12. März ganz früh morgens überschritten deutsche Regimenter von allen Seiten kommend die deutsch-oesterreichischen Grenzen u. am Nachmittag folgte der Führer mit großem Gefolge, indem er zuerst in seiner Geburtsstadt Braunau Station machte u. am kommenden Tage unter dem größten Jubel der Bevölkerung in Wien einzog u. proklamierte, daß Oesterreich jetzt aufhöre u. als Ostmark in Groß-Deutschland aufginge. Wie man hört, aber Genaueres darüber ist nicht festzustellen, sollen 200 000 deutsche Soldaten, 50 000 SS-Männer u. große Mengen von Polizeibeamten in Oesterreich einmarschiert sein; gleichzeitig marschierten 50 000 Mann oesterreichisches Militär unter dem Jubel der reichs-deutschen Bevölkerung in Bayern und Preußen ein. Die frühere oesterreichische Regierung, darunter auch Schuchnigg u. die anderen Minister, wurden, soweit sie nicht bereits über die Grenze entflohen waren, ebenso wie Fürst Starenberg⁴ und die Juden Baron v. Rothschild,⁵ der Nobelpreisträger Professor Loewi⁶ u. der 82jährige Professor

1 Albert Herzfeld, Tagebuch, S. 202–207; StadtA Düsseldorf, XXII H 61; Abdruck in: Albert Herzberg: Ein nichtarischer Deutscher. Die Tagebücher des Albert Herzfeld, bearb. und hrsg. von Hugo Weidenhaupt, Düsseldorf 1982, S. 88–90.

2 Albert Herzfeld (1865–1943), Maler; bis 1905 in der Textilfirma seines Vaters tätig, danach Maler in Düsseldorf; 1938 Malverbot durch den Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste; von Düsseldorf 1942 nach Theresienstadt deportiert, 1943 dort gestorben.

3 Richtig: Schuschnigg.

4 Richtig: Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg (1899–1956), Politiker; 1923 Eintritt in das Freikorps Oberland, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; von 1930 an Bundesführer der österr. Heimwehr; 1930 österr. Innenminister, 1934 Vizkanzler, in der Regierung Schuschnigg zusätzlich Sicherheitsminister; 1936 Niederlegung aller Ämter; 1937 Emigration in die Schweiz, 1940 nach Frankreich, 1942 nach Argentinien; 1955 Rückkehr nach Österreich.

5 Louis Nathaniel von Rothschild (1882–1955), Bankier; von 1911 an Leiter der Privatbank S.M. v. Rothschild in Wien; 1938 verhaftet und nach über einem Jahr und Preisgabe seines gesamten Besitzes freigelassen. Er starb auf Jamaika.

6 Otto Loewi (1873–1961), Pharmakologe; von 1905 an Assistenzprofessor am Pharmakologischen Institut in Wien, 1909 Lehrstuhl in Graz, 1936 Nobelpreis für Medizin (mit Henry H. Dale); 1938 inhaftiert und nach einigen Monaten, nach der Überweisung seines Preisgelds für den Nobelpreis auf eine nationalsozialistisch kontrollierte Bank, freigelassen; Gastprofessor in Brüssel und Oxford, 1940 Emigration in die USA.

Freud,⁷ „zu ihrer eigenen Sicherheit“, wie offiziell uns mitgeteilt wurde, festgesetzt. Schon am ersten Tage kam das Gesetz heraus, daß alle Juden, die als Staatsanwälte u. Richter fungierten, sofort in Oesterreich zu entlassen seien. Wie aus den Zeitungen hervorgeht, ist infolgedessen in Wien, das eine 10%ige jüdische Bevölkerung hat, eine Selbstmord-epidemie der jüdischen Bevölkerung eingetreten, die aber auch erklärlich ist, da die armen Leute ja absolut keine Existenzmöglichkeit mehr haben u. außerdem noch die Aechtung u. Schmähungen als treue Staatsbürger ertragen müssen. – Wir leben entgegen den offiziellen Ausführungen, wenigstens was die jüdischen Bürger angeht, in traurigen und dem übrigen Europa unverständlichen Zeiten. – Nun wurde sofort der Reichstag in Berlin auf den 18. März einberufen u. Hitler machte den Abgeordneten u. dem deutschen Volke bekannt, daß am 10. April eine allgemeine Wahl in Gemeinschaft mit Oesterreich stattfände, außerdem seien die bisherigen Mitglieder des Reichstags entlassen, u. am 10. April sei unter Hinzunahme von oesterreichischen Leuten ein neuer Reichstag zu bilden.⁸ – Natürlich dürfen in Oesterreich, genau wie in Deutschland, die Juden und Mischlinge nicht wählen. Die Wahl ist auch anders wie bisher in dem ersten u. zweiten Reich u. wie es in anderen Ländern der Fall ist. Hier wird die Aufstellung von Kandidaten, die nicht vom Reich bzw. der Partei auf die Wahlliste gesetzt sind, nicht geduldet; es ist daher mit einer „Ernennung“ der Abgeordneten eigentlich zu rechnen u. nicht mit einer Wahl. Außerdem wurde ein neues, nur aus Nationalsozialisten bestehendes Ministerium unter Führung eines Dr. Seyß-Inquart in Oesterreich eingesetzt. Die Oesterreicher haben jetzt gute Zeiten, denn sie werden zu Tausenden ins deutsche Reich auf Staatskosten versandt, um hier die Segnungen u. das glückliche Leben der Bewohner im dritten Reich kennenzulernen. Heute kommen z.B. 1000 Tiroler nach Düsseldorf, werden für 4 Tage hier gratis untergebracht (natürlich bezahlen sie auch nichts für die Fahrt) u. erhalten bei freier Station u. Beförderung außerdem Bons für Getränke, Essen, Cigarren, Cigaretten, Theater, Kino etc. etc. Von hier aus gehen diese Tiroler nach Hamburg, wo sie am Stapellauf eines riesigen „Kraft durch Freude-Dampfers“, „Wilhelm Gustloff“, teilnehmen. Außerdem kommen etwa 10 000 oesterreichische Kinder zu reichsdeutschen Familien u. solche Männer u. Frauen, die von der früheren oesterreichischen Regierung wegen ihrer Sympathie zum Nationalsozialismus bedrängt oder in Haft gesetzt worden sind. Natürlich schreiben darüber die nicht deutschen, d.h. ausländischen, großen Blätter, aber diese sind ja alle, wie Dr. Goebbels gestern in einer großen, über alle Sender verbreiteten Propaganda-Rede mitteilte, von „jüdischen“ Hetzern beeinflusst. Die Wahlpropaganda setzt in ganz Deutschland u. Oesterreich jetzt in riesigem Maße ein, u. das Radio bringt täglich Propaganda-Reden.

7 Sigmund Freud (1856–1939), Arzt und Psychoanalytiker; 1882–1885 Arzt im Wiener Allg. Krankenhaus, 1885 Privatdozent für Neuropathologie an der Universität Wien, von 1886 an niedergelassener Arzt und Leiter der neurologischen Abt. des Ersten Öffentl. Kinder-Krankeninstituts; 1910 Gründer der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung; 1938 Emigration nach Großbritannien; Autor u.a. von „Die Traumdeutung“ (1899).

8 Zur Volksabstimmung vom 10.4. 1938 siehe Einleitung, S. 36.

DOK. 23

**Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen
vom 28. März 1938 entzieht den Jüdischen Gemeinden ihren Status als Körperschaften
des öffentlichen Rechts¹**

*Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen.
Vom 28. März 1938.*

Die Reichsregierung hat das Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Die jüdischen Kultusvereinigungen und ihre Verbände erlangen die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister.

(2) Mit Ablauf des 31. März 1938 verlieren die jüdischen Kultusvereinigungen und ihre Verbände die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie diese bisher besaßen.² Sie sind von diesem Zeitpunkt an rechtsfähige Vereine des bürgerlichen Rechts. Die Eintragung in das Vereinsregister ist nachzuholen.

§ 2

Die Beamten der im § 1 Abs. 2 genannten Vereinigungen und Verbände verlieren mit Ablauf des 31. März 1938 ihre Beamteneigenschaft. Sie treten mit demselben Zeitpunkt zu den Vereinigungen und Verbänden in ein bürgerlich-rechtliches Dienstverhältnis, auf das die bisherige Regelung ihrer Rechte und Pflichten entsprechende Anwendung findet.

§ 3

(1) Der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde bedürfen:

Beschlüsse der Organe der jüdischen Kultusvereinigungen und ihrer Verbände

- a) bei Bildung, Veränderung und Auflösung der Vereinigungen und Verbände,
- b) bei Veräußerungen oder wesentlichen Veränderungen von Gegenständen, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben, insbesondere von Archiven oder Teilen von solchen.

(2) Die höhere Verwaltungsbehörde kann gegen die Berufung der Mitglieder der Organe der jüdischen Kultusvereinigungen und ihrer Verbände Einspruch erheben.

§ 4

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten kann zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen.

§ 5

(1) Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1938 in Kraft.

¹ RGBL., 1938 I, S. 338.

² Die Synagogengemeinden waren seit dem 19. Jahrhundert als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt und mussten daher i. d. R. weder Körperschafts- noch Vermögens-, Grund-, Erbschafts- und Schenkungssteuern zahlen. Mit dem Gesetz vom 28.3.1938 verloren sie u. a. die Grundsteuerbefreiung rückwirkend vom 1.1.1938 an, die hoheitlichen Rechte über Friedhöfe sowie das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Führende Repräsentanten des Judentums befürchteten aufgrund des Gesetzes den Ruin der Kultusvereinigungen; siehe Einleitung, S.61.

- (2) Mit diesem Zeitpunkt treten entgegenstehende Bestimmungen außer Kraft.
 (3) Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes für das Land Österreich bleibt vorbehalten.³
 Berlin, den 28. März 1938.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten

Kerrl⁴

Der Reichsminister des Innern

Frick⁵

DOK. 24

Der Reichsfinanzminister plant am 6. April 1938 weitere Maßnahmen zur steuerlichen Diskriminierung der Juden¹

Schreiben des RFM (Abt. III), gez. Hedding,² an die Abteilungen I, II, IV und V³ vom 6.4. 1938 (Abschrift zu S 1291-71 III R)⁴

Betrifft: Behandlung von Judenangelegenheiten

Herr Min⁵ beabsichtigt, in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister (oder Reichsinnenminister) diesen zu bitten, zu einer Chefbesprechung über eine planmäßige konsequente Judenpolitik einzuladen. In dem Schreiben will Herr Min die einzelnen Punkte hervorheben, die dabei vom Standpunkt seines Ressorts zu besprechen wären (z.B. Reichsfluchtsteuer, keine Ermäßigung für jüdische Kinder bei der Einkommen-

³ Siehe Dok. 264 vom 10.3.1939.

⁴ Hanns Kerrl (1887–1941), Justizbeamter; 1923 NSDAP-Eintritt, 1933 SA-Gruppenführer; März 1933 Reichskommissar für das preuß. Justizministerium, dann bis Juni 1934 preuß. Justizminister, danach Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1935–1941 Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, Leiter der Reichsstelle für Raumordnung.

⁵ Dr. Wilhelm Frick (1877–1946), Jurist; von 1903 an in der bayer. Verwaltung, 1919–1921 Leiter der Politischen Polizei München, 1923 Leiter der Kriminalpolizei München; 1923–1924 Haft wegen Beteiligung am Hitler-Putsch, 1924 Dienstenthebung und Wiedereinsetzung; 1925 NSDAP-Eintritt; 1930–1931 thüring. Minister des Innern und für Volksbildung, 1933–1943 RMDI, von Aug. 1943 an Reichsprotektor für Böhmen und Mähren; im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet.

¹ BArch, R 2/560 14, Bl. 85 RS.

² Dr. Otto Hedding (1881–1960), Jurist; 1918–1920 Syndikus in der Firma Sal. Oppenheim in Köln; von 1920 an in der Reichsfinanzverwaltung im Regierungsbezirk Köln, 1926–1930 Abteilungspräsident im LFA Köln, 1930–1932 Präsident des LFA Oberschlesien, von 1932 an MinDir. im RFM, von 1936 an dort Leiter der Abt. III (Einkommensteuer, Steuerrecht u.a.); 1933 NSDAP-Eintritt.

³ Abt. I im RFM war zuständig für den Reichshaushalt, Abt. II für Zölle und Verbrauchssteuern, Abt. IV für Beamten- und Versorgungsangelegenheiten und Abt. V für Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsfragen.

⁴ Auf dem Schreiben handschriftl. vermerkt: „Zülow“. Kurt Zülow (1889–1942), Ministerialrat; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1931 in der Abt. III des RFM tätig.

⁵ Reichsfinanzminister war Johann Ludwig (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk (1887–1977), Jurist; von 1909 an im preuß. Staatsdienst, von 1920 an im RFM tätig, von 1929 an dort Chef der Haushaltsabt., 1932–1945 Reichsfinanzminister; 1945 Internierung, 1949 Verurteilung im Wilhelmstraßenprozess zu zehn Jahren Gefängnis, Haft bis 1951.

steuer, Ausdehnung dieser Maßnahme auf die Bürgersteuer, Vermögensteuer und Erbschaftsteuer, Erhebung eines besonderen Judensteuerzuschlags, Nichtanwendbarkeit der Grundsteuerbilligkeitsmaßnahmen auf jüdischen Grundbesitz, Nichtanwendbarkeit irgendwelcher anderer Billigkeitsmaßnahmen auf jüdische Gewerbebetriebe und auf Juden persönlich).⁶

Herr Min hat dabei hervorgehoben, daß ähnliche Fragen auch in anderen Abteilungen entstanden sind, z. B. in der Abteilung V.

Für den Entwurf des von Herrn Min gewünschten Schreibens bitte ich, mir mitzuteilen, ob Sie weiteres derartiges Material haben und gegebenenfalls welches.⁷

DOK. 25

Das Hauptamt Wien des Sicherheitsdienstes der SS dokumentiert am 9. April 1938 Razzien gegen Freimaurer¹

Aktennotiz des SD-Hauptamts, Sonderkommando II 1 in Wien (II III. SS-Untersturmführer Eh),² vom 9.4.1938³

Betr.: Haftentlassungen.

Vorg.: Anordnung II 1 vom 7. April 1938.⁴

Am 22.3.1938 wurde dem Leiter II 1 eine Liste führender Freimaurer in Wien vorgelegt,⁵ bei denen Haussuchungen durchgeführt werden sollten, um noch fehlendes Freimaurer-material zu Tage zu fördern.

⁶ Von 1931 an mussten alle Auswanderer, deren Vermögen 200 000 RM oder deren Jahreseinkommen 20 000 RM überstieg, 25 % des Vermögens als Reichsfluchtsteuer zahlen. 1934 wurde die Freigrenze auf 50 000 RM herabgesetzt. Die Einkommensteuerrichtlinien vom 15.2.1938 sahen eine Kinderermäßigung nur für nichtjüdische Kinder vor; RStBl., 1938, S. 224, RGBl., 1938 I, S. 99–104. Entsprechende Regelungen wurden am 31.10.1938 für die Bürgersteuer eingeführt, am 6.3.1939 für die Vermögensteuer; RGBl., 1938 I, S. 1543f., RStBl., 1939, S. 386f. Im Nov. 1938 wurde die Idee einer Sondersteuer für Juden in Form der Judenvermögensabgabe („Sühneleistung“) realisiert; siehe Dok. 142 vom 12.11.1938. Vom 19.4.1938 an war jüdischen Grundeigentümern die ausnahmsweise mögliche Befreiung von der Grundsteuer versagt; RStBl., 1938, S. 409–418, hier: S. 410.

⁷ In ihrer Antwort vom 25.4.1938 erörterten die RFM-Referatsleiter Zülów und Knapp weitere Möglichkeiten der steuerlichen Diskriminierung der Juden. Demnach hatte Hitler vorgeschlagen, einen Sonderzuschlag zur Einkommen- und Vermögensteuer einzuführen, der ggf. (bei „volksschädigendem Verhalten einzelner Juden“) erhöht werden könne. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei jedoch vorübergehend zurückgestellt worden. Die Antwort der Referate galt als Vorlage für ein ministerielles Einladungsschreiben zu einer Chefbesprechung. Ob diese stattfand, ist aus der Akte nicht ersichtlich; wie Anm. 1, Bl. 101–102+RS.

¹ BArch, R 58/6560, Bl. 92.

² Erich Ehrlinger (1910–2004), Jurist; 1931 SA- und NSDAP-Eintritt, 1935 SS-Eintritt; von 1935 an im SD-Hauptamt, 1939 bei der Einsatzgruppe IV, Leiter des SD in Warschau, 1941 Führer des Einsatzkommandos 1b in Litauen, 1942 Führer des SD in Kiew, 1943 Kommandeur der Einsatzgruppe B, dann des SD in Russland-Mitte und Weißrussland, von 1944 an als SS-Oberführer Amtschef I im RSHA; 1961 zunächst zu zwölf Jahren Haft verurteilt, 1965 krankheitsbedingt aus der Haft entlassen, das Revisionsverfahren wurde 1969 eingestellt.

³ Im Kopf des Schreibens handschriftlich vermerkt: „ZdA: O.A. Donau.“

⁴ Nicht ermittelt.

⁵ Liegt nicht in der Akte.

Nach Rücksprache mit der Stapoleitstelle II B, Regierungsrat Dr. Haselbacher,⁶ wurde durch den Leiter II 11 befohlen, die Haussuchungen umgehend durchzuführen und alle diejenigen Freimaurer, die

1. jüdischer Rasse sind,

2. Meister vom Stuhl oder sonstige führende Logenbeamte gewesen sind,

3. Mitglied eines höheren als des 3. Grades gewesen sind,⁷

sofort in Haft zu nehmen und der Polizeigefangenenanstalt an der Rossauerlände zuzuführen.

Dieser Anordnung wurde am 24. und 25. März 1938 nachgekommen.

Die Einvernahme dieser Personen – insgesamt 28 Personen – erfolgte am 1. April 1938.

Beiliegend wird über jede der in Haft befindlichen Personen eine Aktennotiz mit anhängender Vernehmungsniederschrift sowie Vorschlag für die Entlassung aus der Haft vorgelegt.⁸

Je eine Ausfertigung der Aktennotizen mit anhängender Vernehmungsniederschrift ist für die Übersendung an Reg. Rat. Dr. Haselbacher vorgesehen.

Für die Übersendung wird nachstehendes Schreiben in Vorschlag gebracht:⁹

DOK. 26

Neue Freie Presse, Wien: Artikel vom 13. April 1938 über die antijüdische Gesetzgebung in Ungarn¹

Darányis² Raaber Programm³ in Durchführung. Die Regelung des Judenproblems in Ungarn

(Von unserem Berichterstatter.) Budapest, 11. April

Ministerpräsident Dr. Darányi hat in der letzten vor den Osterferien abgehaltenen Sitzung des Abgeordnetenhauses den Gesetzentwurf über „Die wirkungsvollere Sicherstellung des Gleichgewichtes im sozialen und wirtschaftlichen Leben“ unterbreitet. In dem Gesetze erhält die Regierung die Ermächtigung, im Laufe von drei Monaten die entspre-

⁶ Richtig: Dr. Karl Hasselbacher (1904–1940), Jurist; 1933 NSDAP- und SA-Eintritt; von 1934 an im Gestapo tätig, dort 1936 Leiter der Dienststelle II B (Kirchen, Freimaurer, Juden, Emigranten), 1939 Chef der Gestapo Düsseldorf, 1940 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Brüssel; Tod durch Unfall.

⁷ Meistergrad, der auf den Lehrlings- und Gesellengrad folgt; Mitgliedern des 3. Grades oblag die Weitergabe der Traditionen und Erkenntnisse innerhalb der Loge.

⁸ Wie Anm. 1, Bl. 95–150.

⁹ Schreiben des SD-Hauptamts an die Gestapo Wien, z. Hd. SS-Standartenführer Müller, vom 9. 4. 1938, das die Namen und Geburtsdaten der 28 verhafteten Freimaurer anführt, deren Entlassung aus der Haft bei Einziehung der Reisepässe erbeten wird; wie Anm. 1, Bl. 93 f.

¹ Die Regelung des Judenproblems in Ungarn, in: Neue Freie Presse (Wien), Nr. 26434 vom 13. 4. 1938, S. 2.

² Kálmán Darányi (1886–1939); Politiker der Nemzeti Egység Pártja (NEP, Partei der Nationalen Einheit); Okt. 1936 bis Mai 1938 ungar. Ministerpräsident.

³ Am 5. 3. 1938 verkündete Darányi in Győr (Raab) sein „Programm des Rassenschutzes und der nationalen Einheit“. Am 8. 4. 1938 brachte er die hier skizzierte Gesetzesvorlage im Parlament ein, die am 29. 5. 1938 verabschiedet und später als Erstes Judengesetz bezeichnet wurde.

chenden Verfügungen zur *Regelung des Judenproblems* zu treffen. Die Lösung dieser Frage bildet einen integralen *Bestandteil des Raaber Programms*. Der Ministerpräsident erblickt das Wesen der Frage darin, daß das innerhalb der Grenzen Ungarns lebende Judentum in gewissen Zweigen des Wirtschaftslebens eine unverhältnismäßig große Rolle spielt. Das Judentum brachte sich in großer Zahl in jenen Beschäftigungszweigen unter, in denen die Erwerbsmöglichkeiten leichter und günstiger sind. Der starke Zustrom der Juden in die Hauptstadt kam auch im Kultur- und Wirtschaftsleben zum Ausdruck, eine Entwicklung, die nicht immer im Einklang mit den Lebensbestrebungen des Ungartums stand. Eine Regelung, die der christlichen Gesellschaft auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Kreditlebens die ihr zustehenden Bedingungen sichert, diene auch den Interessen des Judentums selbst, denn sie sei geeignet, den Antisemitismus und damit gleichzeitig die Ausbreitung der extremen Bewegungen zu mildern.

Im Rahmen der Regelung wird ausgesprochen werden, daß nur solche Personen Herausgeber, Redakteure oder ständige Mitarbeiter einer periodischen oder nichtperiodischen Zeitschrift sein können, die Mitglieder der *Pressekammer* sind. Ebenso können nur Mitglieder der *Schauspielkammer* Filmschauspieler, Regisseure, Schauspieler, künstlerisches und Hilfspersonal der Theater sein. Die Zahl der jüdischen Mitglieder der Pressekammer darf 20 Prozent der gesamten Mitgliederzahl nicht überschreiten. In diese 20 Prozent werden nicht eingerechnet: die Kriegsinvaliden, die Frontkämpfer und diejenigen, die vor dem 1. August 1919 zu einer anderen Konfession übergetreten und seit dieser Zeit ununterbrochen Angehörige dieser Konfession sind oder von solchen Eltern abstammen. Jedes einzelne Blattunternehmen wird verpflichtet werden, diese Verhältniszahl einzuhalten, mit Ausnahme der Blätter religiösen und konfessionellen Charakters. Die Verhältniszahl im Theater und Filmwesen stellt der Kultur- und Unterrichtsminister fest. Bei den Staatsbühnen werden überhaupt keine Juden angestellt. Die Möglichkeit der Errichtung jüdischer Theater ist vorgesehen. Das Gesetz strebt die Erreichung der Verhältniszahl 80 : 20 auch in der *Advokaten-, Ingenieur-, und Aerztekammer* an. Bis auf weiteres werden Juden in diese Kammern nur bis zu fünf Prozent aufgenommen, bis die Verhältniszahl 80 : 20 erreicht ist. In den *Wirtschaftsunternehmungen* können Juden in einem intellektuellen Arbeitskreis nur in einem Verhältnis von 20 Prozent angestellt werden. Der Jahresbetrag der ihnen unter welchem Titel immer ausbezahlten Gebühren darf 20 Prozent der den übrigen Angestellten des Unternehmens zugewendeten Bezüge nicht überschreiten. Unternehmungen, bei denen die Verhältniszahl noch nicht erreicht ist, können Juden nur im Verhältnis von fünf Prozent zu den übrigen Angestellten neu aufnehmen.

Der Regierung bleibt es vorbehalten, das *Tempo für die Umschaltung* festzusetzen. Im Sabotagefalle kann die Regierung auf Kosten des Unternehmens einen Leiter bestellen, beziehungsweise die Uebernahme des Betriebes anordnen. Auch bei solchen Unternehmungen, die weniger als zehn Angestellte haben, ist an eine ähnliche Regelung gedacht. Diesen Unternehmungen ist es untersagt, die Zahl der christlichen Arbeitskräfte vom Stichtag 1. Januar 1938 gerechnet zu verringern. An Stelle christlicher Beamten können nur Christen angestellt werden. Die Durchführung des Gesetzes wird *in fünf Jahren* erfolgen. In außerordentlichen Fällen, wo es das wirtschaftliche Interesse erheischt, können Ausnahmen statuiert werden, doch muß auch in diesen Fällen die Durchführung in zehn Jahren erfolgen. Bei der Presse- und bei der Schauspielerkammer muß das Gesetz bis Ende 1939 durchgeführt sein.

DOK. 27

Jewish Telegraphic Agency, New York: Meldungen vom 14. April 1938 über die Situation der Juden in Österreich und Reaktionen in den USA¹

Nazis verhindern Grundstücksverkäufe österreichischer Juden. Anliegerstaaten verschärfen Einreisegesetze

Wien, 13. April (JTA) – Das österreichische Nazi-Regime hat den Juden heute untersagt, Grundstücke ohne Sondergenehmigung der Polizei zu verkaufen. Ungarn und die Tschechoslowakei haben ihre Einwanderungsbestimmungen gegenüber Österreichern verschärft.

Für Juden, die Grundbesitz veräußern wollen, verfügte das Gericht in Wien heute die gravierende Einschränkung, dass sie zum Verkauf von Liegenschaften eine Sondergenehmigung der Polizei bräuchten. „Arier“ benötigen diese Genehmigung nicht.

Die Ankündigung, dass Österreicher, die nach Ungarn oder in die Tschechoslowakei einreisen wollen, eine konsularische Sondergenehmigung benötigen, hat die internationalen Hürden für Juden, die beabsichtigen, ins Ausland zu fliehen, erhöht. In einem Artikel über Auslandsreisebestimmungen meldete das Wiener Abendblatt, dass sich alle Österreicher, sowohl Juden als auch Nichtjuden, zusätzlich zu den anderen Visumsbestimmungen zuerst Ausreisevisa bei der Polizei besorgen müssen. Auch Polen, Jugoslawien und die Schweiz verlangen von Österreichern konsularische Genehmigungen zur Einreise. Nur Italien fordert keine Visa von Österreichern.

Ein Österreicher und seine „nicht arische“ Frau, die von 1921 bis zu seinem Eintritt in die Nazi-Partei harmonisch zusammengelebt hatten, wurden heute im gegenseitigen Einvernehmen geschieden. Es ist der erste Fall in Österreich, in dem Rassezugehörigkeit als Scheidungsgrund akzeptiert wurde.

Das Wiener Gericht sprach die Scheidung aufgrund von Unvereinbarkeit aus und erklärte, dass mit der Gründung des Großdeutschen Reichs eine solche Unvereinbarkeit nicht länger ignoriert werden könne. Während der Mann sein Seelenheil in der neuen politischen Situation gefunden habe, könne seine Frau aus Gründen des Blutes seine Auffassung nicht teilen.

Laut eigener Aussage wurde das Paar nach evangelischem Ritus getraut, nachdem die Braut zum protestantischen Glauben ihres Mannes übergetreten war. Die Ehe verlief harmonisch, bis der Ehemann, überzeugt von der Nazi-Ideologie, der NSDAP beitrat. Da seine Frau seine politischen Ansichten nicht teilte, verließ er sie. Beide Seiten reichten die Scheidung ein.

Der Fall wirft ein grelles Licht auf die künftige Entwicklung hier in Österreich. Die Nürnberger Gesetze von 1935, die eine Ehe zwischen „Ariern“ und „Nichtariern“ verbieten, sind in Österreich nicht offiziell erlassen worden.

¹ News from all over the world by the Jewish Telegraphic Agency (J.T.A.), Vol. IV, Nr. 13 vom 14. 4. 1938, S. 1f.: Nazis curb sale of land by austrian Jews; DÖW, 1456. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. Die Nachrichtenagentur J.T.A. wurde 1917 von Jacob Landau als Jewish Correspondence Bureau gegründet und führt seit 1919 den Namen Jewish Telegraphic Agency. Sie unterhielt in den 1930er-Jahren Büros u.a. in Berlin, Warschau, Jerusalem und New York.

Der jüdische Psychiater Professor Wilhelm Knöpfelmacher, ehemaliger Chefarzt der Kinderklinik an der Wiener Universität, erholt sich von einem Selbstmordversuch.² Gestern wurde berichtet, dass er Selbstmord begangen habe.

Vertreibungen aus dem Burgenland von Berlin aus „strategischen Gründen“ angeordnet
Prag, 13. April (JTA) – Wie hier heute aus zuverlässiger Quelle zu erfahren war, geht die Vertreibung einer großen Zahl von Juden aus der ost-österreichischen Provinz Burgenland auf eine direkte Anweisung aus Berlin zurück.

„Aus strategischen Gründen“ soll es keinem Juden gestattet sein, im Grenzstreifen von 50 km Breite zu leben. Einer der Gründe dafür ist die Absicht der Nazis, die Juden daran zu hindern, den Kontakt zu ihren Verwandten im Ausland, insbesondere in Ungarn, aufrechtzuerhalten.

Roosevelt, Hull und Prominente führen Sondierungsgespräche zu Flüchtlingsplan

Washington, 13. April (JTA) – Präsident Roosevelt traf sich heute mit einigen prominenten Persönlichkeiten, die den Flüchtlingen helfen wollen. Im Beisein von Regierungsbeamten wurde über die Zusammenarbeit mit dem geplanten Internationalen Komitee beraten, das die Ausreise aus Österreich und Deutschland ermöglichen soll.³

Ein einstündiges „Sondierungstreffen“, bei dem Präsident Roosevelt seine Ideen vorstellte, fand heute Morgen im Weißen Haus statt. Am Nachmittag versammelte man sich erneut im Büro von Außenminister Cordell Hull. Im Anschluss daran hieß es, das Treffen habe rein vorläufigen Charakter gehabt, und es gäbe keine Verlautbarungen darüber, bis Präsident Roosevelt den amerikanischen Vertreter für die Internationale Konferenz berufen habe.

An dem Treffen nahmen teil: Minister Hull, Arbeitsminister Frances Perkins, Staatssekretär Sumner Wells, der stellvertretende Außenminister George Messersmith, Raymond B. Fosdick von der Rockefeller Stiftung, Professor Joseph P. Chamberlain aus New York; James G. McDonald, 1933–1935 Hochkommissar für deutsche Flüchtlinge; Hochwürden Samuel McC. Cavert vom Bundeskirchenrat; Seine Exzellenz Michael J. Ready von der Katholischen Wohlfahrtskonferenz als Stellvertreter von Joseph F. Rummel, dem Erzbischof von New Orleans; Louis Kenedy, Leiter des *National Council of Catholic Men*; Henry Morgenthau senior; Bernard Baruch und Rabbiner Stephen S. Wise.

Währenddessen veröffentlichte B'nai B'rith⁴ einen Brief von Pierrepont Moffat, dem Leiter der Europaabteilung im US-Außenministerium, in dem es heißt: „Die Regierung hegt

2 Wilhelm Knöpfelmacher (1866–1938), Pädater; 1894–1900 Assistent am Karolinen-Kinderspital Wien, von 1901 an dessen Direktor, 1911 a.o. Professor für Kinderheilkunde an der Universität Wien; am 23.4. 1938 gestorben.

3 Roosevelt ernannte im April 1938 das President's Advisory Committee on Political Refugees, das die US-Regierung bei der Unterstützung der deutschen und österr. Emigranten beraten sollte. Zu den Aufgaben des Komitees gehörte außerdem die Koordination der privaten Flüchtlingshilfsorganisationen und später die Unterstützung des Intergovernmental Committee on Refugees; zum IGC siehe Dok. 64 vom 16. 7. 1938, Anm. 3.

4 B'nai B'rith oder auch Bne-Briss (hebr.): Söhne des Bundes. Der Unabhängige Orden B'nai B'rith wurde 1843 in New York von deutschen Juden zum Zwecke des „Wohltuns, der Menschenliebe und Freundschaft“ gegründet. Die 1882 in Deutschland gegründete B'nai B'rith-Großloge zählte 1933 über 100 Logen mit ca. 12000 Mitgliedern. Zu ihren Aufgaben gehörten die Behebung der allgemeinen Not, die Hilfe für Witwen und Waisen, die Förderung von Wissenschaft und Kunst sowie die sittliche Förderung der Mitglieder.

die Hoffnung, dass die Bemühungen zur Bewältigung des schwierigen [Flüchtlings-]Problems dazu führen, die humanitäre Seite stärker zu beachten und das Los der vielen unglücklichen Menschen zu verbessern.“ Bei dem Brief handelte es sich um die Antwort auf ein Telegramm, mit dem B'nai B'rith sich zur Zusammenarbeit im Rahmen des Plans des Präsidenten verpflichtet.

Drängen auf Kooperation mit dem U.S.-Flüchtlingsplan

Paris, 13. April (JTA) – Die Führung des Jüdischen Weltkongresses beschloss heute, den angegliederten Gruppen die Zusammenarbeit mit den Flüchtlingshilfsorganisationen zu empfehlen, die laut einem Vorschlag der US-Regierung zur internationalen Unterstützung für österreichische Exilanten gegründet werden sollen. Zudem nahm die Führung die Einladung des American Jewish Congress an, für September ein Treffen des Verwaltungskomitees des Jüdischen Weltkongresses in New York einzuberufen.

DOK. 28

Julius Steinfeld schildert am 24. April 1938, wie er sich um die Auswanderung der orthodoxen burgenländischen Juden bemüht¹

Schreiben von Julius Steinfeld,² Obere Donaustr. 59, Wien II, ohne Adressat, vom 24.4.1938

Ich habe den Auftrag erhalten, für rascheste Auswanderung der orthodoxen (glaubens-treuen) Juden Wiens besorgt zu sein und habe mich bereits privat mit den Zentralen des orthodoxen Judentums in Frankfurt a/M., London und Jerusalem in Verbindung gesetzt, um Einreisemöglichkeiten sowohl in Palästina als in Uebersee zu beschaffen. Wir sind weiter bemüht, im Sinne unseres Programmes alles aufzuwenden, um eine geregelte Auswanderung in grösserem Masstab in die Wege zu leiten.

Inzwischen haben die im Burgenland ansässig gewesenen Juden ihre Wohnsitze verlassen und sind zum grössten Teil nach Wien als erste Station gekommen. Nachdem es sich zu 90 v.H. um orthodoxe Juden handelt, habe ich in Gemeinschaft mit einigen Herren aus unserem Kreise es übernommen, die Leute, soweit es angesichts der Feiertage unumgänglich nötig war, mit dem Nötigen zu versorgen und eine Beratungsstelle für dieselben einzurichten, um ihnen eine geregelte Auswanderung auf gesetzlichem Wege zu ermöglichen. Um dies bewerkstelligen zu können, ist es jedoch notwendig, diesen Auswanderern die Möglichkeit zu geben, abzuwarten, bis die Einreisebewilligungen beschafft und die nötigen Mittel aus dem Ausland aufgebracht werden. Ich, bezw. die übrigen Herren aus unserer religiösen Gemeinschaft, wären bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass längstens in 4 bis 6 Monaten sämtliche jüdischen Bewohner des Burgenlandes,

¹ BArch, ZB 7057 A.1.

² Dr. Julius Steinfeld (*1901), Geschäftsmann; Beirat der IKG, Wien, 1938 leitete er die jüdisch-orthodoxe Vereinigung Agudas Jisroel in Wien; er versuchte mit Hilfe von Kontakten v.a. zu ausgewanderten orthodoxen Rabbinern, die Auswanderung nach England und in die USA zu fördern; nach dem Novemberpogrom organisierte er zusammen mit Rabbi Solomon Schonfeld Kindertransporte nach Großbritannien; Steinfeld emigrierte in die USA und gründete die Vienna School in Brooklyn, Williamsburg.

insoweit sie für eine Auswanderung in Frage kommen, Oesterreich und das Reichsgebiet verlassen, u. zw. sämtliche männlichen und weiblichen Personen im Alter bis zu 60 Jahren, mit Ausschluss der körperlich oder geistig Abnormalen, für die eine Einreise schwer zu erlangen sein wird. Aber auch bezüglich der letzteren wollen wir uns mit den auswärtigen Hilfsorganisationen in Verbindung setzen, um deren Unterbringung in Alters- oder Siechenheimen zu erreichen.

Um dies in einer geregelten Form durchführen zu können, müsste ich bitten, für die Leute ein Statut festzustellen, wo und unter welchen Bedingungen sie sich bis zu ihrer Auswanderung aufhalten können, und würde ich die Gewähr namens der übrigen Herren dafür übernehmen, dass die vorzuschreibenden Bedingungen auch restlos eingehalten werden. Selbstverständlich würden wir uns nach Möglichkeit bemühen, auch vor dem obenerwähnten Termin soweit als möglich die Auswanderung zu betreiben.

DOK. 29

Mit der Verordnung vom 26. April 1938 werden Juden unter Androhung von Geld- und Freiheitsstrafen verpflichtet, ihr Vermögen anzumelden¹

Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden.

Vom 26. April 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I, S. 887) wird folgendes verordnet:²

§ 1

(1) Jeder Jude (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1333)) hat sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen nach dem Stande vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung gemäß den folgenden Bestimmungen anzumelden und zu bewerten. Juden fremder Staatsangehörigkeit haben nur ihr inländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten.³

(2) Die Anmelde- und Bewertungspflicht trifft auch den nichtjüdischen Ehegatten eines Juden.

(3) Für jede anmeldepflichtige Person ist das Vermögen getrennt anzugeben.

§ 2

(1) Das Vermögen im Sinne dieser Verordnung umfaßt das gesamte Vermögen des Anmeldepflichtigen ohne Rücksicht darauf, ob es von irgendeiner Steuer befreit ist oder nicht.

(2) Zum Vermögen gehören nicht bewegliche Gegenstände, die ausschließlich zum persönlichen Gebrauch des Anmeldepflichtigen bestimmt sind, und der Hausrat, soweit sie nicht Luxusgegenstände sind.

¹ RGBl., 1938 I, S. 414.

² Am 18.10.1936 verkündete Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg den Vierjahresplan und ernannte Göring zum Beauftragten für den Vierjahresplan. Die Behörde sollte binnen vier Jahren alle wirtschafts- und finanzpolitisch notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung eines Krieges treffen. In der DVO vom 18.10.1936 wurden Göring weitreichende Weisungsbefugnisse erteilt.

³ Zu den Auswirkungen der Verordnung auf Juden ausländischer Staatsangehörigkeit siehe Dok. 32 vom 3.5.1938.

§ 3

(1) Jeder Vermögensbestandteil ist in der Anmeldung mit dem gemeinen Wert anzusetzen, den er am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung hat.

(2) Die Anmeldepflicht entfällt, wenn der Gesamtwert des anmeldepflichtigen Vermögens ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten 5000 Reichsmark nicht übersteigt.

§ 4

Die Anmeldung ist unter Benutzung eines amtlichen Musters bis zum 30. Juni 1938 bei der für den Wohnsitz des Anmeldenden zuständigen höheren Verwaltungsbehörde abzugeben. Wenn im Einzelfall aus besonderen Gründen eine vollständige Anmeldung und Bewertung des Vermögens bis zu diesem Tage nicht möglich ist, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die Anmeldefrist verlängern; in diesem Falle ist jedoch bis zum 30. Juni 1938 unter Angabe der Hinderungsgründe das Vermögen schätzungsweise anzugeben und zu bewerten.

§ 5

(1) Der Anmeldepflichtige hat der höheren Verwaltungsbehörde unverzüglich jede Veränderung (Erhöhung oder Verminderung) seines Vermögens anzuzeigen, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung eintritt, sofern die Vermögensveränderung über den Rahmen einer angemessenen Lebensführung oder des regelmäßigen Geschäftsverkehrs hinausgeht.

(2) Die Anzeigepflicht gilt auch für diejenigen Juden, die beim Inkrafttreten der Verordnung nicht zur Anmeldung und Bewertung verpflichtet sind, aber nach diesem Zeitpunkt Vermögen im Werte von mehr als 5000 Reichsmark erwerben. § 1 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 6

(1) Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung ist

in Preußen	der Regierungspräsident (in Berlin der Polizeipräsident),
in Bayern	der Regierungspräsident,
in Sachsen	der Kreishauptmann,
in Württemberg	der Minister des Innern,
in Baden	der Minister des Innern,
in Thüringen	der Reichsstatthalter, Ministerium des Innern,
in Hessen	der Reichsstatthalter (Landesregierung),
in Hamburg	der Reichsstatthalter,
in Mecklenburg	das Staatsministerium, Abt. Inneres,
in Oldenburg	der Minister des Innern,
in Braunschweig	das Ministerium des Innern,
in Bremen	der Senator für die innere Verwaltung,
in Anhalt	das Staatsministerium, Abt. Inneres,
in Lippe	der Reichsstatthalter (Landesregierung),
in Schaumburg-Lippe	die Landesregierung,
im Saarland	der Reichskommissar für das Saarland.

(2) In Österreich tritt an die Stelle der höheren Verwaltungsbehörde der Reichsstatthalter (Landesregierung). Er kann seine Befugnisse aus dieser Verordnung auf andere Stellen übertragen.

§ 7

Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.

§ 8

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig die nach den vorstehenden Vorschriften bestehende Anmelde-, Bewertungs- oder Anzeigepflicht nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erfüllt oder einer auf Grund des § 7 erlassenen Anordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft; in besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung kann auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren erkannt werden. Der Täter ist auch strafbar, wenn er die Tat im Ausland begangen hat.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Neben der Strafe aus Abs. 1 und 2 kann auf Einziehung des Vermögens erkannt werden, soweit es Gegenstand der strafbaren Handlung war; neben der Zuchthausstrafe ist auf Einziehung zu erkennen. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf Einziehung auch selbständig erkannt werden, wenn im übrigen die Voraussetzungen für die Einziehung vorliegen.

Berlin, den 26. April 1938.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

Der Reichsminister des Innern

Frick

DOK. 30

**Luise Solmitz notiert am 27. und 28. April 1938 ihre Reaktion auf die
Vorschrift zur Vermögensanmeldung¹**

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Einträge vom 27.4. 1938 und 28.4. 1938 (Abschrift)

27.4. 1938

„Anmeldepflicht für Judenvermögen über 5000 RM. Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann die Massnahmen treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens in Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.“² Das heisst: Enteignung. – Termin der Anmeldung: 30. Juni. Anmeldepflicht auch für nichtjüdische Ehegatten. „Zum Vermögen gehören nicht: bewegliche Gegenstände, die ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch des Anmeldepflichtigen bestimmt sind u. der Hausrat, soweit sie nicht Luxusgegenstände sind.“³

So ist unser Haus „Vermögen“. Unsere Hypothek, bei Frau W. in guten Händen, wird nach Gutdünken angelegt. Was wollen wir jammern. Was nützt es. Wir gehen alle unseren Weg. Wie ich mir früher wohl mein Leben gedacht habe: Solche Schwierigkeiten konnte meine

¹ StAHH, 622-1/#0 Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

² Siehe Dok. 29 vom 26.4. 1938.

³ VO vom 26.4. 1938, § 2, Absatz 2.

Seele nicht ahnen. Outcast, outlaw ... das ist eben doch das Glück für uns beide,⁴ das Reich, das uns doch bleiben muss.

28.4.1938

... nur unser Haus ist mein Daheim, ich liebe jeden Stein u. jeden Balken. Was taten wir, dass man es „für die Belange der deutschen Wirtschaft sicherstellen“ will? Andere Menschen haben doch auch ihre Häuser. Sind wir Schwerverbrecher? Bald fange ich an, es selbst zu glauben, so voll Furcht ist jeder Tag.

DOK. 31

Aufbau, New York: Artikel vom 1. Mai 1938 über die Pogrome in Wien¹

Vom Abschaum der Erde

Ein vom 30. März datiertes Dekret,² das die Unterschriften Hitlers, Kerrls und Fricks trägt, beraubt mit zum 1. Januar 1938 rückwirkender Kraft die religiösen Organisationen und Einrichtungen der deutschen Juden ihres öffentlich-körperschaftlichen Charakters und damit der steuerlichen Privilegien, die sie bisher noch genossen.

Laut einer in der „New York Times“ vom 30. März veröffentlichten Wiener Meldung Emil Vadnays³ hat *Reichslügenminister Goebbels* vor einer 25000-köpfigen Versammlung u.a. erklärt: „Unsere Methoden sind vielleicht nicht fein genug für gewisse Leute, aber sie haben uns jedenfalls Erfolg gebracht! ... Im Ausland wird viel über einen Mangel an Meinungsfreiheit in Deutschland geschwätzt. Tatsache ist, dass wir keine kleinliche Nörgelei unfähiger Personen dulden. Das Judenproblem ist eng mit jener ‚Freiheit‘ verknüpft. *Die Juden in Deutschland sind jetzt so gut dran, dass sie schon wieder unverschämt werden.* Da wird jetzt viel von Massenselbstmorden von Wiener Juden geredet. Daran ist kein wahres Wort. Die Zahl der Selbstmorde bleibt unverändert; der Unterschied ist nur der, dass, während sich vorher deutsche Menschen das Leben nahmen, es jetzt Juden sind. Wir können doch nicht neben jeden Wiener Juden einen besonderen Schutzmann stellen, um ihn am Selbstmord zu verhindern! Dass wir die Wiener Zeitungen von Juden gesäubert haben, stimmt; die können nun nach Palästina gehen und dort einen Erwerb suchen. Ich weiss wohl, dass manche Leute sagen: Schliesslich ist doch auch der Jude ein menschliches Wesen. Aber gerade dieses „auch“ ist der beste Hinweis auf das, was der Jude in Wirklichkeit ist! Die Redensart von ‚dem anständigen Juden, den ich kenne‘, muss aufhören, und an ihre Stelle hat unsere Rassenlehre zu treten, die die einzige Grundlage für eine richtige Lösung des Judenproblems darstellt ...! Die Kritiker unseres Systems sind morbide, degenerierte, demokratische Intellektuelle, Ueberbleibsel aus dem neunzehnten

⁴ Im Original ist in diesem Halbsatz hinter „das“ „(es)“ und hinter „doch“ „(dennoch)“ eingefügt.

¹ Aufbau, Nr. 6 vom 1.5.1938, S. 2. Der Aufbau erschien von 1934/35 an in New York, hrsg. vom „German-Jewish Club“, bis 1939 14-tägig, danach wöchentlich. Chefredakteur war 1938 Rudolf Brandl, Anfangsausgabe 500, 1938: 4000 a nsteigend auf 8000.

² Siehe Dok. 23 vom 28.3.1938.

³ The NYT, Nr. 29285 vom 30. 3. 1938, S. 4. Emil Vadnay (1892–1939), Journalist; Leutnant in der k.u.k. Armee im Ersten Weltkrieg; nach 1918 Korrespondent für mehrere Londoner Zeitungen, von 1926 an Korrespondent der NYT für Zentral- und Südosteuropa.

Jahrhundert. Sie sind in Wahrheit tot, auf jeden Fall unfähig, zu handeln, und wir haben keinerlei Interesse daran, ihre Phrasen und Mahnungen anzuhören! ...“⁴

In der ausführlichen Schilderung, die der mit Recht hochangesehene angelsächsische Journalist G. E. R. Gedye⁵ nach seiner Ausweisung aus dem unmittelbaren Machtbereich der „arischen“ Hunnen von London aus der „New York Times“ durch Radio übermittelt hat, ist u. a. folgendes zu lesen: „Es ist natürlich schwierig, genaue Zahlen betreffs der Inhaftierten zu liefern. Gegen die lächerlich niedrige offizielle Angabe von 15–1600 kann man lediglich die in diplomatischen Kreisen allgemein akzeptierte Zahl von mehr als 34 000 für Wien allein setzen. Als ich abfuhr, waren Verhaftungen noch immer im Gang und Tausende suchten sich einem solchen Schicksal durch die Flucht zu entziehen.

Entsprechendes gilt für die offizielle Zahl der Selbstmorde. Die diplomatischen Vertretungen auswärtiger Staaten haben an drei aufeinanderfolgenden Tagen die Zahlen 102, 112 und 132 verifiziert.

Was unmittelbar begann und sich entwickelte, war eine systematische Ausplünderung jüdischer Geschäfte und Wohnhäuser, die unter dem Namen von ‚Haussuchungen‘ und ‚Requisitionen‘ durch Banden von Sturmtrupplern verübt wurden. Vielen Tausenden, Reichen und Armen ohne Unterschied, wurden so Beträge weggenommen, die insgesamt eine hohe Summe ergaben.

Verschiedene Methoden gelangten zur Anwendung. Eine Probe von einer sah ich in der Taborstrasse, wo die Hutfirma Schiffmann zwei Tage lang von uniformierten Sturmtrupplern – die, nachdem zunächst die Eigentümer verhaftet worden waren, unter polizeilicher Aufsicht arbeiteten – ihrer gesamten Lagerbestände und technischen Einrichtungen beraubt wurde.

Ein anderer Fall, den ich in Hietzing festzustellen Gelegenheit hatte, war die Ausplünderung eines in jüdischem Besitz befindlichen Lebensmittelgeschäfts, die unter dem Vorgeben einer ‚Requisition‘ vor sich ging. Sämtliche Ware und dazu ein Kassenbestand in Höhe von 8000 Schilling wurden weggeholt. Als das Geschäft zwei Tage später lagermäßig wieder aufgefüllt war, wiederholte man das Verfahren. Der Firmeninhaber brachte, einer ihm von den Sturmtrupplern erteilten Weisung gemäss, den ‚Requisitions‘-Schein nach der Polizei. Dort riss man das Papier in Stücke und warf dem Manne die Fetzen ins Gesicht. Im allgemeinen wird bei diesen Akten keine körperliche Gewalttat verübt, im Gegenteil sogar, die äußere Form der Höflichkeit gewahrt. Viele tausend Wohnhäuser sind von gesitteten jungen Sturmtrupplern besucht worden, die freilich sämtliches greifbare Bargeld und ebenso allen Schmuck verlangten und darüber Quittungen ausstellten, die dann allerdings später niemand anerkannte.

In Fällen, wo Opfer die Polizei anriefen, wurde ihnen gesagt, es sei im Augenblick gerade nur eine Aufsichtsperson zur Hand. Andere, die sich auf der Strasse an die Polizei wandten, erhielten den Bescheid, man habe keine Ermächtigung, gegen Sturmtruppler einzu-

⁴ Die Rede hielt Goebbels am 29.3.1938 bei einer Massenversammlung in der Wiener Nordwestbahnhalle; VB (Wiener Ausg.), vom 31.3.1938, S. 4; Einträge vom 30. und 31.3.1938, in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 5, Dez. 1937–Juli 1938, bearb. von Elke Fröhlich, München 2000, S. 237–239.

⁵ George Eric Rowe Gedye (1890–1970), Journalist; Wiener Korrespondent des Daily Telegraph und von The Times, im März 1938 ausgewiesen, musste 1939 aus der Redaktion des Daily Telegraph ausscheiden, nachdem er in seinem Buch „Fallen Bastions“ die brit. Österreich-Politik scharf kritisiert hatte.

schreiten. Selbstverständlich hatten sich alle Polizeikräfte, die im Amt belassen worden waren, in das Nazi-Komplot eingegliedert.

Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, dass Ihr Korrespondent keinen einzigen Vorgang festnageln konnte, in dem sich reichsdeutsche Offiziere oder Soldaten an einer verschlei-erten Plünderung beteiligt hätten. In mindestens einem Fall konnte ich wahrnehmen, dass Reichsdeutsche – Soldaten oder SS.-Männer in Feldgrau – eingriffen, um Brutalität auf offener Strasse abzustoppen. Bei andern Gelegenheiten sah ich, wie diese Leute mit Widerwillen den Szenen zuschauten, aber keinen Augenblick irgend eine aktive Rolle spielten.

Ausführlich hat sich Ihr Korrespondent Notizen von schändlichen Strassenszenen gemacht, wo jüdische Männer und Frauen aufs Geratewohl gepackt und gezwungen wurden, auf allen Vieren mit scharfen Lösungen Dollfuss-Kreuze⁶ wegzuschleuern, die auf das Pflaster gemalt worden waren. Die Nazis haben versucht, dies als eine Vergeltung für das hinzustellen, was ihnen selber widerfuhr, als sie noch niedergehalten wurden. Diese Analogie stimmt jedoch nicht: Als die damals noch illegale revolutionäre Bewegung der Nazis den offiziellen Gesetzen zum Trotz papierene Hakenkreuze herumstreute, wurden Führer der Aktion festgenommen und veranlasst, die Dinger wieder wegzukehren. Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine Wahlpropaganda der Regierung von gestern, wenn die erfolgreichen Umstürzler von heute Menschen, die keinerlei Verantwortung trugen, zwingen, ein Säuberungswerk unter erniedrigenden Verhältnissen zu verrichten ...

... Unzweifelhaft werden wir noch erfahren, dass viele von den Personen, deren einziges Verbrechen darin bestand, dass sie für die Unabhängigkeit ihres Landes und die Wiedereinsetzung ihres Herrscherhauses eintraten, „Selbstmord“ begingen, wie uns über Major Emil Frey und seine Familie erzählt wurde.⁷

Nächtliche Schüsse in Gärten, Höfen von Gerichtsgebäuden und behelfsmässigen Nazi-gefängnissen dauern an. Nicht umsonst hat Feldmarschall Hermann Göring am letzten Samstag eine Warnung vor unbefugten Tötungsakten erlassen.⁸

Die Drangsal der Juden in Oesterreich ist viel schlimmer als die der Juden in Deutschland während ihrer schlimmsten Periode, denn das Schicksal der letzteren hat sich erst in einer Reihe von Jahren erfüllt, in Oesterreich dagegen über Nacht. Die Wiener Juden wurden gleich zum Freiwild für Pöbelhaufen gemacht, ihrer Habe beraubt, ausserhalb des polizeilichen Schutzes gestellt, aus ihren Stellungen hinausgeworfen und von den Unterstützungsquellen abgeschnitten. Zudem hat man die Grenzen hermetisch versiegelt, um ihnen ein Entrinnen unmöglich zu machen.

Am Tage von Hitlers Ankunft in Wien⁹ verliess ich die Wohnung eines Freundes, um mir den Umzug anzuschauen. Er selber musste warten, weil Angestellte eines Begräbnisinstiti-

⁶ Dollfuß-Kreuz: Kreuz mit Querbalken an den vier Enden, auch Kruckenkreuz genannt, Symbol der 1933 von Engelbert Dollfuß gegründeten Vaterländischen Front. 1935 wurde das Kruckenkreuz neben der Nationalfahne zum zweiten Staatssymbol.

⁷ Richtig: Emil Fey (1886–1938), Offizier und Politiker; im Ersten Weltkrieg Offizier der k.u.k. Armee; von 1927 an Führer der Wiener Heimwehr; 1932 StS für das Sicherheitswesen, 1933–1934 Bundesminister für öffentliche Sicherheit, Vizekanzler in der Regierung Dollfuß; nahm sich nach einem Gestapo-Verhör gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem Sohn das Leben.

⁸ Vermutlich ist die Rede Görings in der Wiener Nordwestbahnhalle gemeint, in der er über die bevorstehende „Entjudung“ der österr. Wirtschaft gesprochen und vor gewalttätigen Angriffen auf Juden gewarnt hatte: „Wie werden wir die Juden los? Keine Einzelaktionen, keine Gewalttaten – sondern systematische wirtschaftliche Ausmerzungen“, in: VB (Wiener Ausg.), Nr. 41 vom 26. 4. 1938.

⁹ Hitler traf am 15.3.1938 in Wien ein.

tutes erst einmal die Leichen eines jungen jüdischen Arztes und seiner Mutter die Treppe hinunterschaffen mussten. Tags zuvor war der Doktor seines Postens enthoben und überdies gezwungen worden, eine mächtige Hakenkreuzflagge aus einem Fenster seiner Wohnung herauszuhängen. Drinnen saßen Sturmtruppler, die das nichtjüdische Hausmädchen zwangen, in einem Lehnstuhl Platz zu nehmen und zuzusehen, wie jüdische Bürger, die man auf offener Strasse wahllos aufgegriffen hatte, gezwungen wurden, zur Begleitmusik von Beschimpfungen die Hausarbeit zu verrichten. Von den Sturmtrupplern wurde erklärt, jetzt gehöre die Wohnung ihnen.

Drunten auf den Strassen wurden jüdische Männer und Frauen aus den freien Berufen rein aus Willkür gepackt und gezwungen, ganze Stunden damit zuzubringen, dass sie Automobile abwuschen, die die Nazis bei andern Juden konfisziert hatten.“

Die Nachrichten, die seit dem Abschluss dieser Kollektion von Blüten „arischer“ Kultur bei uns in Amerika eingelaufen sind, bestätigen, dass unsere Ueberschrift keinerlei Uebertreibung bedeutet. Wie anders könnte man denn „Menschen“ charakterisieren, die es fertigbringen, die Heimstätten einer seit Jahrhunderten an den selben Plätzen ansässigen Minderheit wie der burgenländischen Juden zu verwüsten,¹⁰ die Unglücklichen ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter oder Gesundheitszustand zunächst gegen eine versperrte Grenze zu treiben und sie schließlich, als ob es sich um Vieh handelte, auf Lastkraftwagen nach Wien zu verfrachten, wo die Judenschaft sich ohnehin schon keinen Rat mehr weiß und immer mehr Menschen Hand an sich legen, weil sie die von perversen Hirnen ausgeheckten leiblichen und seelischen Foltern nicht länger zu ertragen vermögen?!

DOK. 32

Nieuwe Rotterdamsche Courant: Artikel vom 3. Mai 1938 über die antijüdischen Maßnahmen in Deutschland und deren Bedeutung für ausländische Juden¹

Die jüngsten antijüdischen Maßnahmen

Ihre Bedeutung für jüdische Bürger anderer Staaten

Prof. Dr. J. H. W. Verzijl² aus Utrecht teilt uns Folgendes mit:

Ein Volk muss in seinem Nationalismus schon überaus verblendet sein, dass es die Gesetze der Menschlichkeit so sehr übertritt und massiv gegen eine Minderheit im eigenen Land vorgeht, wie Deutschland augenblicklich gegen die Juden.

Die letzte Äußerung dieses atavistischen Instinkts liegt mir nun in Form der Nr. 63 des Reichsgesetzblatts vom 26. April des Jahres vor, worin – beide am selben Tag und durch Generalfeldmarschall Göring in seiner Eigenschaft als „Beauftragter für den Vierjahresplan“

¹⁰ Zur Verfolgung der burgenländischen Juden siehe Dok. 28 vom 24.4.1938 und Dok. 69 vom 22.7.1938.

¹ Nieuwe Rotterdamsche Courant (Avondblad), Nr. 206 vom 3.5.1938, S. 5: De jongste anti-Joodsche maatregelen. Das Dokument wurde aus dem Niederländischen übersetzt. Die liberale Tageszeitung Nieuwe Rotterdamsche Courant wurde 1844 gegründet.

² Jan Hendrik Willem Verzijl (1888–1987), Jurist; 1920 Professor für Völkerrecht und Diplomatie in Utrecht, 1938 in Amsterdam; 1924–1940 Mitglied der Ratskommission für völkerrechtliche Fragen des niederländischen Außenministers; 1940 von den deutschen Besatzern aller Ämter enthoben, von der Gestapo verhaftet und als sog. holländische Geisel ins KZ Buchenwald gebracht, dort bis Mai 1941 inhaftiert.

erlassen – eine „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ und eine „Anordnung“, die sich auf die erstgenannte „Verordnung“ stützt, aufgenommen sind.³ Beide basieren auf der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936⁴ und verraten somit, abgesehen von der Unterschrift, auch durch ihre rechtliche Genese das Ziel der neuen Maßnahmen: das Privatvermögen, insbesondere jenes der Juden, der deutschen Wirtschaft zugutekommen zu lassen.

Zwar bedeutet die Verordnung vorläufig für diese Bevölkerungsgruppe lediglich die Verpflichtung zur Meldung und Schätzung ihrer Vermögenswerte, aber der wahre Zweck der Vorschriften ist aus der allgemeinen Vollmacht, die sich Herr Göring mittels § 7 selbst erteilt, aus den bereits gleich in der „Anordnung“ getroffenen Maßnahmen zur Beschränkung der Vermögensrechte der Juden und nicht zuletzt aus den halb offiziellen Kommentaren im „Völkischen Beobachter“, im „Angriff“, der „Schwarzen Front“⁵ und dergleichen deutlich zu erkennen.

Es ist nicht meine Absicht, die neuen gesetzlichen Maßnahmen in ihrer innerdeutschen Wirkung zu betrachten, wenngleich auch darüber einiges zu sagen wäre. Die internationale Gleichgültigkeit gegenüber dieser Misshandlung einer Minderheit, solange sie auf das deutsche Staatsvolk beschränkt bleibt, unterscheidet sich in der Tat stark von der relativen Beherztheit, mit der man seinerzeit intervenierte, um andere misshandelte Minderheiten zu beschützen: in Balkan-Türkei, Syrien, Armenien, Polen. Und das Messen mit zweierlei Maß ist auch in dieser Hinsicht grausam: Es ist noch nicht sehr lange her, dass das Deutsche Reich voller Entrüstung alle verfügbaren internationalen Instanzen – den Völkerbundrat, den Internationalen Gerichtshof, Schiedsgerichte u.a. – gegen *andere* Staaten anrief, die ihre (deutsche) Minderheit schlecht behandelten, oder damals diesen mit vorgehaltener Waffe ein Friedensdiktat⁶ aufzwangen: Ich denke hier insbesondere an Art. 28 des Friedensvertrags von Bukarest mit Rumänien vom 7. Mai 1918, als das siegreiche Deutschland den besiegten Staat verpflichtete, die rumänischen Juden vollkommen gleichberechtigt mit den anderen Bewohnern zu behandeln und allen anderen in jenem Land ansässigen Juden durch ein besonderes Gesetz die volle Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Die neuen Maßnahmen bleiben aber – und darauf möchte ich hier besonders aufmerksam machen – keineswegs auf innerdeutsche Gesetze beschränkt. Aus dem Inhalt der offiziellen Schriftstücke geht hervor, dass diese auch „Juden fremder Staatsangehörigkeit“⁷ in ihren Griff einbeziehen, und dies berührt sicher nicht mehr allein das Deutsche Reich.

Die von Herrn Göring erlassene „Anmelde- und Bewertungspflicht“ wird nämlich nicht nur Juden deutscher, sondern auch Juden fremder Nationalität, also beispielsweise auch in Deutschland ansässigen (oder dort Vermögensobjekte besitzenden) jüdischen Niederländern, auferlegt; der einzige Unterschied zu deutschen Juden besteht darin, dass die

3 „Beauftragter für den Vierjahresplan“, „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ und „Anordnung“ im Original deutsch. Verordnung zur Anmeldung jüdischen Vermögens siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938. Ebenfalls am 26. 4. 1938 verfügte Göring, dass Juden eine Genehmigung benötigten, um einen Betrieb zu kaufen, zu verkaufen oder zu verpachten oder einen Gewerbebetrieb zu eröffnen; siehe RGBl., 1938 I, S. 415f.

4 Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938, Anm. 2.

5 Gemeint ist Das Schwarze Korps – Organ der Reichsführung SS (1935–1945). Die schwarze Front, eine Publikation der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten um Gregor Straßer, wurde im Febr. 1933 verboten.

6 Im Original deutsch.

7 Im Original deutsch.

ausländischen Juden bloß ihr inländisches, also in Deutschland vorhandenes, Vermögen angeben und schätzen lassen müssen. Ansonsten sind sie durch das Gesetz den Juden, die deutsche Staatsbürger sind, gleichgestellt.

Was bedeutet das?

Zuallererst, dass das neue deutsche Gesetz jüdische Niederländer (Amerikaner, Franzosen usw.), die in Deutschland leben oder dort Besitztümer haben, verpflichtet, ihr dort vorhandenes Vermögen bei den Behörden anzugeben, mit dem in der „Verordnung“ (§ 7) verkündeten Ziel, dass sie künftig den „Maßnahmen, die notwendig sind, um den Einsatz des meldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen“,⁸ unterworfen werden sollen.

Ferner, dass – gemäß der „Anordnung“⁹ – die jüdischen Niederländer usw. nicht mehr frei über ihr Eigentum verfügen dürfen und keine Firmen mehr frei gründen können. Jedenfalls werden sie sowohl für die Veräußerung oder Verpachtung von Handels- und Industrie-, Land- und Forstwirtschaftsbetrieben und die Gewährung von Nutzungsrechten darauf als auch für die Eröffnung von neuen Geschäften und die Gründung von Filialen in Zukunft eine Genehmigung benötigen.

Ferner sollen diese Niederländer und andere Ausländer bei vorsätzlichem oder schuldhaftem Versäumen der rechtzeitigen Meldung oder auch wegen der besprochenen Verkäufe, Verpachtungen und Ähnlichem, mit Gefängnis oder Geldstrafe und in schweren Fällen sogar mit Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren bestraft werden; zusätzlich soll das nicht angegebene Vermögen konfisziert werden.

Schließlich wird die Folge sein, dass zwischen Niederländern und anderen Ausländern in Deutschland oder mit Vermögen in Deutschland nach der deutschen Gesetzgebung unterschieden werden wird, je nachdem, ob sie nach der deutschen Rassenlehre Juden oder Nichtjuden sind, wie dies gesetzlich sanktioniert ist. Denn der Begriff „Jude“ wird festgelegt, und demnach werden auch niederländische Bürger fortan nach § 5 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichsbürgergesetzes vom 14. November 1935 beurteilt.¹⁰ Wie sollte Deutschland dies auch in Bezug auf Untertanen aus Ländern regeln, die keinen gesetzlichen Rassenunterschied kennen? Als Jude werden somit nach diesem neuen „Recht“ die Niederländer in – oder mit Vermögen in – Deutschland gelten, die von drei oder vier, oder unter bestimmten Umständen (Mitgliedschaft in einer jüdischen Religionsgemeinschaft, Ehe mit einem Juden und dergleichen) sogar nur von zwei jüdischen Großeltern abstammen. Unter die Verordnung fallen darüber hinaus die nichtjüdischen Gatten von Juden.

Merkwürdig widersprüchlich ist eine der Erläuterungen im Völkischen Beobachter: Obgleich die Juden aus der eigentlichen Volksgemeinschaft des Deutschen Reichs als minderwertig ausgestoßen werden, soll aber ihr Vermögen „Bestandteil des deutschen nationalen Vermögens“ bleiben. Die neuen Maßnahmen sind vor allem zum Nachteil des jüdischen Kapitals in Österreich gedacht. Es geht den Kommentatoren zufolge um „eine endgültige Erledigung der wirtschaftlichen Macht des Judentums“,¹¹ um die ökonomische Auszehrung, auf dass die Juden nicht länger bleiben können.

⁸ Im Original deutsch.

⁹ Im Original deutsch.

¹⁰ Gemeint ist § 5 der 1. VO zum Reichsbürgergesetz, der festlegte, wer als Jude galt; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

¹¹ Im Original deutsch.

Das korrekte Ausland, für das es sich ja nicht gehört, sich in die „inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten einzumischen – ebenso wenig wie Deutschland selbst dies jemals tut! –, wird gegenüber dem neuerlichen Angriff auf die Juden wohl wieder völlig taub bleiben, soweit dieser deutsche Juden betrifft.

Aber sollen wir es auch noch hinnehmen, dass dritte Staaten ihre eigenen jüdischen Bürger, die in Deutschland Vermögen besitzen, von einem Staat, der den Rassenhass als Kulturideal predigt, als minderwertige Niederländer, Engländer, Amerikaner usw. behandeln lassen? Wird das Völkerrecht auch diesen Hohn noch erleiden?

Jedenfalls geht es hier um eine vorsätzliche staatliche Diskriminierung von Bürgern eines fremden Staats, die gemäß der eigenen nationalen Gesetzgebung gleichberechtigte und genauso vollwertige niederländische (britische, amerikanische usw.) Bürger sind; eine Diskriminierung nach einem Kriterium, welches die eigene Gesetzgebung grundsätzlich verwirft. Niederländische Juden sind Niederländer, den anderen gleich, und kein fremder Staat hat völkerrechtlich auch nur das geringste Anrecht, zwischen ihnen nach eigenem Gutdünken einen gesetzlichen Unterschied zu machen, der die Rechte und Belange der ersteren unrechtmäßig antastet. Wie man auch meint, sich intern an den Juden vergehen zu müssen, international haben jüdische Ausländer in Deutschland absolut dieselben Rechte wie ihre nichtjüdischen Landsleute. Und sie haben nach nationalem Recht den absolut gleichen Anspruch auf diplomatischen Schutz ihrer eigenen Regierung, ebenso wie das Völkerrecht ihrer Regierung die Befugnis zuspricht, sie gänzlich gleichberechtigt zu beschützen. Wenn das Ausland dies *nicht* täte, würde es sich selbst an diesem anstößigen Vorgang mitschuldig machen.

Und was schon nach allgemeinem Völkerrecht außer Zweifel steht, gilt sicher auch für internationale Verhältnisse, die durch Handels- und Niederlassungsverträge bestimmt werden. Haben Niederländer oder Bürger anderer Drittstaaten das Recht auf Niederlassung, Veräußerung ihres Eigentums, Gewerbeausübung usw. mittels Staatsvertrag zugebilligt bekommen, so gilt dieses Recht uneingeschränkt auch für jüdische Niederländer und andere jüdische Ausländer weiter, gleichgültig was Deutschland intern gegen seine eigenen jüdischen Bürger meint unternehmen zu müssen. Und wenn es denn schon keine unabhängigen Richter mehr in Berlin gibt, so gibt es sie in Den Haag zum Glück durchaus noch, und sogar mit größerer Autorität als jene, an die einst der Müller von Sanssouci¹² appelliert hat.

Auch in diesem Fall könnte es sich erweisen, dass das Völkerrecht zu einer Karikatur wird, wenn man dessen gesunde Prinzipien nicht entschlossen aufrechterhält. Handelsverträge enthalten oft die Bestimmung, dass die Vertragspartner völlige Freiheit der Niederlassung, des Handels und des Gewerbes im anderen Land genießen sollen, gleichberechtigt mit den eigenen Staatsbürgern. Derartige Bestimmungen resultieren sämtlich aus der stillschweigenden Annahme, dass die eigenen Untertanen vor dem Gesetz alle gleich sind. Beim Zustandekommen solcher Vertragsbestimmungen geht nie eine der beiden Parteien von eventuellen Diskriminierungen *eigener* Untertanen aus.

Wenn dann später auch der Rechtsstaatsgedanke in dem Sinne verzerrt wird, dass bestimmte Gruppen entrechtet oder in einen Rechtszustand der Minderwertigkeit versetzt

12 Nach einer Legende forderte Friedrich II. den Abriss einer Windmühle, die in nächster Nähe des Schlosses Sanssouci lärmte. Daraufhin entgegnete der Müller dem König: „Sire, es gibt noch Richter in Berlin!“ Die Legende illustriert die Rechtsstaatlichkeit des aufgeklärten friderizianischen Absolutismus.

werden, kann dies niemals zur Rechtsfolge führen, dass fortan automatisch auch die Untertanen der Gegenpartei durch dieselbe Diskriminierung getroffen werden. Gegenüber Ausländern gilt ohne Unterschied die Forderung nach gleichberechtigter Behandlung mit den normalen Staatsbürgern.

Es geht mit dem Recht allerdings schnell bergab!

Aber da sich Deutschland nun auf diesem Weg durch widerrechtliches Einbeziehen auch fremder Völker in seinen Rassenwahn erneut am Völkerrecht vergreift, darf meines Erachtens ein Protest nicht unterbleiben.

DOK. 33

Correspondance Juive: Artikel vom 6. Mai 1938 über die Verfolgung und Vertreibung der österreichischen Juden nach dem Anschluss¹

Die Verfolgung der Juden in Österreich. Sonderbericht.

Wien, Mai 1938. Nachdem die Regierung Schuschnigg unter dem Druck der deutschen Regierung ihren Rücktritt bekannt gegeben hatte, versammelte sich im Wiener Stadtzentrum, wo sich die Verwaltungsgebäude befinden, eine Menge nationalsozialistischer Demonstranten. Unter der Parole „Auf in die Leopoldstadt!“ zogen tausende Menschen zum zweiten Bezirk, in dem gut die Hälfte der jüdischen Bevölkerung der Stadt lebt. Es folgte eine Nacht der Plünderungen und Morde. In der Novaragasse wurden vier Juden getötet und fünfzehn verstümmelt.² Der Pogrom dauerte bis Montagmittag. Nicht nur Geschäfte, sondern auch Wohnungen wurden geplündert.

Banden der Hitler-Jugend vernagelten die Türen jüdischer Geschäfte und brachten in der ganzen Gegend Plakate mit dem Aufruf an: „Arier! Kauft nicht bei Juden!“ Im jüdischen Viertel wurden Einwohner durch die Straße getrieben, um den Hals hängte man ihnen Schilder mit der Aufschrift: „Dieses Schwein kauft bei Juden!“ oder: „Nur Idioten und Dreckskerle kaufen bei Juden!“ Alle Büros der Jüdischen Gemeinde und der andern jüdischen Organisationen wurden geschlossen. Der Präsident der Jüdischen Gemeinde Wiens sowie andere führende österreichische Juden wurden verhaftet.³ Das Vermögen der Jüdischen Gemeinde wurde beschlagnahmt. Unter den 170 000 Wiener Juden, von denen ein Drittel bis dahin von den Wohltätigkeitseinrichtungen der Gemeinde unterstützt wurde, herrschte größte Verzweiflung.

Am 24. April wurde der Oberrabbiner von Wien, Dr. Israel Taglicht,⁴ auf dem Heimweg

¹ Correspondance Juive, Nr. 1, 1. Jg. v. 6. 5. 1938, hrsg. vom WJC in Genf: La persécution des Juifs en Autriche; A.S.V., A.E.S., Stati Ecclesiastici, Pos. 566, Fasc. 599. Das Dokument wurde aus dem Französischen übersetzt.

² Nicht ermittelt.

³ Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien war Dr. Desider Friedmann (1888–1944), Jurist; Rechtsanwalt in Wien, vom 1. 4. 1938 an ein Jahr lang im Konzentrationslager Dachau inhaftiert; am 24. 9. 1942 nach Theresienstadt, von dort im Okt. 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Zusammen mit Friedmann wurden am 18. 3. 1938 die Vizepräsidenten der IKG, Robert Stricker und Dr. Jakob Ehrlich, Amtsdirektor Dr. Josef Löwenherz und der Präsident des Zionistischen Landesverbandes Österreich Dr. Oskar Grünbaum verhaftet.

⁴ David Israel Taglicht (1861–1943), Rabbiner; von 1893 an Rabbiner in Wien, von 1932 an Dozent an der Israelitisch-Theologischen Lehranstalt, von 1936 an Oberrabbiner in der Synagoge in der Seitenstettengasse 4, dem „Wiener Stadttempel“.

von der Synagoge von einer Nazibande überfallen und gezwungen, sich mit einem Schild „Arier! Kauft nicht bei den Juden!“ vor ein kleines jüdisches Geschäft zu stellen. Am 25. April wurden alle jüdischen Kaffeehäuser geschlossen und die Inhaber gezwungen, in großen Lettern das Wort „Jude“ auf die Schaufenster zu malen. Das britische Konsulat legte eine Beschwerde ein, weil Juden gezwungen wurden, direkt unter den Fenstern des Konsulats Autos von Nazis zu waschen. Am Montag, dem 25. April, wurden hunderte ältere Juden, unter ihnen auch Frauen, gezwungen, mehrere Kilometer im Stechschritt durch die Stadt zu marschieren. In den jüdischen Vierteln zwang man sie, niederzuknien und Übungen zu machen, usw. Unter den Unglücklichen befand sich auch Dr. Fischer, der Hauptkantor der Synagoge in Wien.⁵

Am 27. April sieht die Bilanz der Verfolgung der österreichischen Juden folgendermaßen aus: mehrere hundert Selbstmorde,⁶ Tausende Verhaftungen, Entlassung der meisten jüdischen Angestellten und Arbeiter, einschließlich aller Vorsitzenden, Direktoren und Verwaltungsangestellten der Israelitischen Kultusgemeinden, der *B'nai-Brith*-Logen (jüdische Logen) und der anderen jüdischen Organisationen, Entlassung aller jüdischen Universitätsangestellten, Eliminierung aller Juden aus dem Wirtschaftsleben, den freien Berufen (Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte), dem Theater-, Kunst- und Literaturbetrieb, Beschlagnahmung der großen jüdischen Vermögen, Plünderung aller großen jüdischen Kaufhäuser. Überdies ist den Juden untersagt, das Land zu verlassen.

Die Ereignisse im Burgenland zeigten, welches Martyrium die Juden in der Provinz durchmachten. Das Burgenland ist eine kleine Region, die früher einmal zu Ungarn gehörte, im Vertrag von St. Germain jedoch Österreich zugeschlagen wurde. Es ist ungefähr 4000 Quadratkilometer groß und zählt 300 000 Einwohner, davon sind 3622 Juden, deren Vorfahren vor etwa 500 Jahren in die Region eingewandert sind. Als Landwirte, Winzer, Grossisten und Kleinhändler unterhielten diese Juden seit jeher ausgezeichnete Beziehungen zur christlichen Bevölkerung. Die Besetzung Österreichs durch Hitler führte im Burgenland zur Anarchie. Der teutonische Furor suchte die kleinen jüdischen Gemeinden der Region schwer heim. Hier einige Beispiele für die Grausamkeiten der Deutschen in vier Dörfern des Burgenlands:

Deutschkreuz: Der Leder- und Eisenhändler Adalbert Bischitz, dessen Urgroßeltern schon im Ort wohnten, wurde von SA-Männern aufgefordert, den Ort innerhalb von drei Tagen zu verlassen. Als er sich weigerte und sagte, er müsse sich um seine 77-jährige Mutter kümmern, erhielt er zur Antwort: „Nun, Sie brauchen nur eine Axt zu nehmen und diese alte Judensau zu schlachten ...“ Bischitz musste das Dorf verlassen, ohne auch nur das Geringste von seinem Vermögen mitnehmen zu dürfen. Der Kaufmann Hugo Feigstock,⁷ dessen Familie seit undenklichen Zeiten in Deutschkreuz lebte, erlitt das gleiche Schicksal. Alle führenden Mitglieder der örtlichen Kultusgemeinde wurden, nachdem man sie beschuldigt hatte, bei einem Gottesdienst eine Geheimsitzung abgehalten zu haben, aus der Synagoge gezerrt und ins Gefängnis geworfen.

Mattersdorf: Die Nazis befahlen 13 Personen, das Dorf innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Unter den Ausgewiesenen befanden sich eine Mutter mit einem sechs Monate alten Säugling und eine 75-jährige Frau. Ohne auch nur einen Pfennig wurden diese Menschen bis zur ungarischen Grenze, nach Sopron, gebracht. Dort befahl ihnen die

⁵ Vermutlich Heinrich Fischer (*1886), Kantor.

⁶ Zur Zahl der Juden, die sich nach dem Anschluss das Leben nahmen, siehe Einleitung, S. 35.

⁷ Richtig: Hugo Feigelstock (auch Feiglstock).

ungarische Polizei, auf österreichisches Gebiet zurückzukehren, und sie untersagte förmlich allen Ungarn, mit den Verfolgten zu sprechen oder ihnen auch nur die geringste Hilfe zukommen zu lassen. Die Männer, die Frauen und die fiebrigen Kinder verbrachten die Nacht bei winterlicher Kälte auf nacktem Boden, ohne Essen und ohne Decken. Halb wahnsinnig liefen die Frauen von einem Grenzposten zum andern und flehten, man möge wenigstens ihren Kindern eine Unterkunft geben. Vergeblich! Die Nazis stießen sie zurück, beschimpften sie, und ein Feldwebel vergnügte sich damit, einen 69-jährigen militärische Übungen machen zu lassen. Als der Alte nicht mehr konnte und zusammenbrach, jagte ihn der Feldwebel mit Fußtritten fort. Schließlich gelang es einem ungarischen Arzt, dessen Selbstlosigkeit man nicht genug loben kann, einen Bürgerausschuss zu bilden. Der Befehlshaber des ungarischen Grenzpostens ließ die Unglücklichen unter seiner eigenen Verantwortung in einem abgeschiedenen Revier unterbringen.

Kittsee: Moritz Kopf⁸ Hauseigentümer und Unternehmer, wurde aufgefordert, seinen Geburtsort Kittsee innerhalb von drei Tagen zu verlassen, ohne irgendetwas von seinem Besitz mitzunehmen. Das gleiche Schicksal ereilte den Schlachter Samuel Singer.⁹ Als Aladar Reissner, Besitzer eines Gasthauses, das ihm sein Vater vererbt hatte, erfuhr, dass auch er innerhalb von drei Tagen mit seiner Frau, seiner alten Mutter und seinen Kindern das Land verlassen müsse, sprach er davon, seine Familie zu töten und Selbstmord zu begehen.¹⁰ Darauf erhielt er zur Antwort: „Schön, dann gibt es ein paar Juden weniger auf der Welt!“ Möbel, Kleider und Wäsche wurden den Unglücklichen weggenommen. Zudem zwang man sie, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich verpflichteten, nicht nur ihr Dorf, sondern auch das Land zu verlassen und außerdem das Ziel ihrer Reise anzugeben. Ein zweifelhafter Scherz, denn auch ihre Papiere hatte man ihnen abgenommen.

Frauenkirchen: Der Händler und Hauseigentümer Siegmund Fischer¹¹ wurde geohrfeigt und geschlagen und anschließend mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, mit seiner gesamten Familie in Begleitung von Adolf Fried, dessen Sohn, Dr. Alexander Fried, dem 75-jährigen Samuel Lewin und mehreren anderen ortsansässigen Juden, Frauenkirchen

8 Richtig Moritz Zopf (*1891), Inhaber einer Schnittwarenhandlung in Kittsee, verließ Kittsee gemeinsam mit seiner Frau Rosa, geb. Berger (*1891) im März 1938, vermutlich Richtung Wien. Das weitere Schicksal des Ehepaars ist unbekannt.

9 Samuel Singer (*1888), betrieb eine Fleischhauerei und Kohlenhandlung in Kittsee; zusammen mit seiner Frau und seinen drei Söhnen verließ er den Ort am 28.3.1938; die Familie lebte mit anderen Juden aus Kittsee, darunter auch Familie Reisner, nach mehrfachen Abschiebungen zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei vier Monate auf einem franz. Lastkahn auf der Donau; sie emigrierte schließlich über Wien nach Shanghai und nach zehn Jahren von dort in die USA. Ihr Haus in Kittsee wurde beschlagnahmt und an den Fleischhauer Johann Strauss verpachtet.

10 Richtig: Aladar Reisner (1903–1985), Gastwirt; emigrierte zusammen mit seiner Mutter, seiner Schwester, seiner Ehefrau und ihren beiden Kindern schließlich in die USA. Sein Grundbesitz wurde am 31.5.1938 aufgrund einer Verfügung der Gestapo beschlagnahmt und zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen. Im Gasthaus Reisners richtete die Grenzpolizeistelle Kittsee ihre Diensträume ein.

11 Siegmund (auch: Sigmund) Fischer (1876–1950), Kaufmann; Eigentümer eines Geschäfts für Eisenwaren, Maschinen und Spezereiwaren in Frauenkirchen, das im April 1938 beschlagnahmt und einem Verwalter unterstellt wurde, der es später kaufte; Fischer verließ gemeinsam mit seiner Frau Sidonie (gest. 1939) Frauenkirchen im Juni 1938, ging zunächst nach Wien, von dort aus nach Jugoslawien.

zu verlassen.¹² Unter den Augen der stummen und terrorisierten Dorfbewohner wurden die Unglücklichen von der SA in einen Omnibus gepfercht. Die wenigen Gepäckstücke, die sie auf einen Lastwagen geladen hatten, wurden „auf höheren Befehl“ hin beschlagnahmt. Allem Anschein nach gelang es einigen, die tschechische Grenze zu überqueren. Nur einigen ...

Hunderte Menschen ohne Unterkunft irrten zwischen den Grenzposten dreier Staaten umher. Bei jedem Versuche, eine Grenze zu überschreiten, wurden sie von der Polizei mitleidlos zurückgewiesen.

DOK. 34

Eichmann berichtet seinem Freund und Vorgesetzten Herbert Hagen am 8. Mai 1938, wie er die Wiener Juden kontrolliert¹

Handschriftl. Brief von Adolf Eichmann² aus Wien an Herbert Hagen,³ Berlin, vom 8.5.1938

Lieber Herbert!

Heute will ich Dir wieder einmal ein Briefl schreiben. Ich war jetzt bei allen U.-A. Habe den Bearbeitern einen Überblick über die Materie gegeben, der dankbar entgegengenommen wurde, da sie ja bisher keine Ahnung hatten. Ich hoffe, in kurzer Zeit im Besitze der *Jüd. Jahrbücher*⁴ sämtlicher angrenzender Staaten zu sein, die ich Dir dann zuschicke. Ich schätze sie als einen wesentlichen Behelf.

Sämtliche jüd. Organisat. in Öst. sind zur 8-tägigen Berichterstattung angehalten worden. Dieselben werden dem jeweiligen Sachbearbeiter [von] II 112 übergeben (U.-A. u. O.-A.). Die Berichte haben in einen Situationsbericht und in einen Tätigkeitsbericht zu zerfallen. In Wien sind sie jeweils montags fällig, in der Provinz donnerstags jeder Woche. Ich hoffe, Dir die ersten Berichte gleich morgen mitschicken zu können.

¹² Adolf Fried (1870–1943), Sparkassendirektor und Baumaterialienhändler, emigrierte am 30.3.1938 gemeinsam mit seiner Frau Riza in die Tschechoslowakei, der Sohn Alexander Fried (*1899) emigrierte in die USA. Samuel Lewin, richtig: Löwin (1865–1945) war Eigentümer einer Lederhandlung, die im Mai 1938 einem kommissarischen Verwalter unterstellt und im Febr. 1939 „arisiert“ wurde.

¹ BAArch, R 58/982, Bl. 19–21; Abdruck in: Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien, München 1978, S. 71f.

² Adolf Karl Eichmann (1906–1962), Vertreter; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; 1934–1938 im SD-Hauptamt tätig, von Sommer 1938 an Leiter der Geschäfte der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und 1939 der Zentralstelle in Prag, von Dez. 1939 an Sonderreferent des RSHA für die Räumung der annektierten Ostprovinzen, dann Leiter des RSHA-Referats IV D 4, später IV B 4 (Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten); 1945–1946 Inhaftierung, 1946 Flucht, 1950–1960 in Argentinien untergetaucht, 1960 nach Israel entführt, dort 1961 zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet.

³ Herbert Hagen (1913–1999), kaufmännischer Angestellter; 1933 SS- und 1937 NSDAP-Eintritt; von 1934 an für den SD tätig, 1937–1939 Leiter der Abt. II 112 („Judenreferat“) des SD, von 1940 an für den SD in Frankreich tätig, 1942–1944 dort persönlicher Referent des Höheren SS- und Polizeiführers; 1945–1948 interniert, 1955 in Paris wegen Kriegsverbrechen in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, 1980 durch das Landgericht Köln zu zwölf Jahren Haft verurteilt, 1984 entlassen.

⁴ Das Jüdische Jahrbuch für Österreich wurde 1932 von Chaim Bloch (1881–1973) und Löbel Taubes (1863–1933) herausgegeben. Es enthielt Beiträge namhafter jüdischer Autoren sowie ein ausführliches Verzeichnis aller jüdischen Gemeinden in Österreich und ihrer religiösen, sozialen und kulturellen Körperschaften.

Am Freitag n[ächster] Woche erscheint die erste Nummer der zionist. Rundschau.⁵ Ich habe mir die Manuskripte einsenden lassen und bin gerade bei der langweiligen Arbeit der Zensur. Die Zeitung geht Euch selbstverständlich auch zu. Es wird gewissermaßen „meine“ Zeitung [werden].

Jedenfalls habe ich die Herrschaften auf den Trab gebracht, was Du mir glauben kannst. Sie arbeiten dzt. auch schon sehr fleißig. Ich habe von der Kultusgemeinde und dem Zion. Landesverband eine Auswanderungszahl von 20 000 mittellosen Juden für die Zeit vom 1.IV.38–1.V.39 verlangt, was sie mir auch zusagten einhalten zu wollen.

Für Dienstag habe ich mir Ass. Lange⁶ ins Amt gebeten. Ich werde ihm einen dement-sprechenden Einführungsvortrag halten, denn er kennt sich auf II 112 noch *sehr* wenig aus. Aber er ist ein prima Kerl.

Morgen kontrolliere ich wieder den Laden der Kultusgemeinde und der Zionisten. Dies mache ich jede Woche mindestens einmal. Ich habe sie hier vollständig in der Hand, sie trauen sich keinen Schritt, ohne vorherige Rückfrage bei mir zu machen. So ist es auch in Ordnung wegen der besseren Kontrollmöglichkeit.

Die Gründung einer 4. jüd. polit. Spitzenorganisation (ähnlich dem „Hilfsverein“) können wir uns ersparen, denn ich habe der Kultusgemeinde aufgetragen, innerhalb dieser Gemeinde ein Zentralauswanderungsamt auch für alle außerpalästinensischen Länder zu schaffen. Die vorbereitenden Arbeiten hierfür sind bereits im Gange.

In ganz großen Zügen ist die Lage der Dinge jetzt folgende:

Arisierung, Juden in d. Wirtschaft usw. behandelt lt. Erlass Gauleiter Bürkel.⁷

Das weitaus schwierigere Kapitel, diese Juden zur Auswanderung zu bringen, ist Aufgabe des SD. Auf diese Auswanderung wurde ja jetzt auch nach Reorganisierung der Kultusgemeinde und des zion. Landesverb. f. Ö.⁸ deren Arbeit ausgerichtet.

Ich hoffe, Dich hiermit wieder kurz auf dem Laufenden gehalten zu haben.

Ich selbst komme, glaube ich, als Abteil.[ltr.] auf einen U.A., nachdem die Sache in Wien läuft und ein eingearbeiteter Ref[erent] hier ist. Weißt Du, es tut mir *ehrlich leid*, daß ich wahrscheinlich von der Arbeit, die ich gerne machte und in der ich gewissermaßen jetzt schon seit Jahr und Tag „zu Hause“ war, weggehen muß, aber Du wirst ja selbst verstehen,

5 Die Zionistische Rundschau erschien vom 20. 5. 1938 an und wurde nach dem 9. 11. 1938 von der Gestapo verboten; siehe Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, Wien 1938–1945, Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a. M. 2000, S. 100–102.

6 Dr. Rudolf Lange (1910–1945), Jurist; 1933 Eintritt in die Gestapo Halle, 1937 NSDAP- und SS-Eintritt, 1938 Gestapo Wien, 1939 Stuttgart, 1940 Weimar und Erfurt, von Sept. 1940 an Vertreter des Leiters der Berliner Gestapo, von Juni 1941 an in der Einsatzgruppe A, von Dez. 1941 an Kommandeur der Sicherheitspolizei in Lettland, 20. 1. 1942 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz, von Jan. 1945 an Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Warthegau; Febr. 1945 Selbstmord in Posen.

7 Richtig: Bürckel. Am 28. 4. 1938 hatte der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, verfügt, dass er künftig die „Arisierung“ in Wien leiten werde. Jedoch blieb seine Zuständigkeit umstritten, da auch Wilhelm Keppler, von Göring beauftragt (siehe Dok. 20 vom 19. 3. 1938), und Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart entsprechende Befugnisse für sich reklamierten; Rosenkranz (wie Anm. 1), S. 60–70; siehe auch Dok. 62 vom 14. 7. 1938.

8 Der Zionistische Landesverband für Deutschösterreich wurde im Mai 1938, als zweiter Dachverband neben dem Palästina-Amt, wieder zugelassen. In ihm waren der Sportverein Makkabi, die religiös-zionistische Organisation Mizrachi, der Zionistische Jugendverband, die zionistischen Nationalfonds Kerem Hajessod und Kerem Kajemeth sowie die Frauenorganisation Wizo zusammengefasst.

daß ich mit meinen 32 Jahren nicht gerne „zurückgehe“. Unser Chef ist ein ganz ausgezeichneter Vorgesetzter, der für solche Dinge Verständnis hat.

Grüße an alle Kameraden von II 112.

Euer alter Adolf

Bestätige mir bitte jeweils kurz den Erhalt meiner Briefe

DOK. 35

The New York Times: Artikel vom 15. Mai 1938 über die Verarmung der jüdischen Gemeinden und die demographischen Folgen der antijüdischen Politik¹

10 Reichsgroßstädte verlieren 40 Prozent ihrer jüdischen Bevölkerung. Viele kleinere jüdische Gemeinden sollen in den vergangenen fünf Jahren ganz verschwunden sein. Einbrüche in der Sozialfürsorge. Amerikanisches Komitee um Unterstützung wohltätiger Organisationen gebeten

Wie aus einem gestern veröffentlichten Bericht des American Jewish Joint Distribution Committee hervorgeht, haben zehn deutsche Großstädte über 40 Prozent ihrer jüdischen Bevölkerung verloren; viele kleinere jüdische Gemeinden sind in den vergangenen fünf Jahren gänzlich verschwunden.

Da die Juden in Deutschland immer weniger in der Lage sind, ihre Fürsorgeeinrichtungen zu finanzieren, hat das Joint Distribution Committee im vergangenen Jahr 682 000 \$ für Ausbildung, Umschulung, wirtschaftliche Hilfe, Emigration, Bildung und Wohlfahrt der deutsch-jüdischen Bevölkerung bereitgestellt.

Joseph C. Hyman, Geschäftsführer des Joint Distribution Committee,² erklärte dazu: „Die jüngst verfügten Bestimmungen berauben die jüdischen Gemeinden ihrer Eigenschaft als quasi öffentliche Einrichtungen und nehmen ihnen somit das Recht, von ihren Mitgliedern Steuern zu erheben. Das ist der schwerste und möglicherweise nicht mehr wiederzumachende Schlag gegen die Fähigkeit der jüdischen Gemeinden, ihre Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen aufrechtzuerhalten.“³

Der Bericht über die Auflösung jüdischer Gemeinden in Deutschland zeigt, dass 60 der ursprünglich 250 hessischen Gemeinden nicht mehr bestehen. Gegenüber 67 Gemeinden mit jeweils mehr als 500 Juden im Jahr 1933, bestanden Ende 1937 nur noch 52 solcher Gemeinden.

Die zehn Städte, die mehr als 40 Prozent ihrer jüdischen Bevölkerung verloren haben, sind

¹ The New York Times, Nr. 29331 vom 15.5.1938, S. 29: 10 big Reich Cities lose 40 % of Jews. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. Die NYT wurde 1851 gegründet und erscheint noch heute.

² Joseph C. Hyman (1889–1949), Jurist; 1917–1919 im Jewish Welfare Board, von 1922 an für den Joint tätig und einer der führenden Persönlichkeiten der Organisation: 1925–1939 als Sekretär, von 1937 an gleichzeitig als Executive Director, 1940–1946 Executive Vice Chairman, 1947–1949 Vice Chairman.

³ Siehe Dok. 23 vom 28.3.1938.

	Bevölkerung 1933	Bevölkerung 1937	Verlust in Prozent
Gießen	855	375	56,14
Bochum	1069	556	47,99
Nürnberg	7502	4000	46,48
Worms	1016	549	45,97
Halberstadt	706	389	44,90
Pforzheim	770	425	44,80
Bruchsal	501	279	44,31
Heidelberg	1102	627	43,10
Hagen	508	299	41,14
Freiburg	1138	670	41,12

Laut Bericht spiegelt sich der Bevölkerungsrückgang auch in der abnehmenden Wirtschaftskraft jüdischer Gemeinden wider. Von 1400 Gemeinden mussten 309 als bedürftig und weitere 303 als teilweise bedürftig eingestuft werden. Das *Committee* beschäftigt sich derzeit mit den Anträgen von 120 Städten, die um Aufnahme in die Kategorie „bedürftig“ bitten.

Aus dem vorliegenden Bericht des Joint Distribution Committee geht hervor, dass der Zentrallausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau im Jahr 1937 4 439 267 Mark ausgegeben hat.

DOK. 36

Fragebogen zur „Rassezugehörigkeit“ für die im Mai 1938 geplante Volkszählung, später vom Ehepaar Klemperer ausgefüllt¹

Ergänzungskarte zur Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 17. Mai 1938² (Faksimile)

Abbildungen siehe folgende Seiten

¹ BArch, R 1509.

² Die Volkszählung war ursprünglich für den 17.5.1938 geplant, wurde jedoch wegen der Annexion Österreichs um ein Jahr verschoben. Erstmals mussten die Befragten bei dieser Volkszählung nicht nur über ihre Religion, sondern auch über die Rassezugehörigkeit ihrer Großeltern Auskunft geben. Da die Ergänzungskarten sämtliche Personalien enthielten, dienten sie nach Auswertung durch das Statistische Reichsamt und Ergänzung der Meldekartei als Grundlage für eine Reichskartei der Juden und Mischlinge; Schreiben des Chefs der Ordnungspolizei in Berlin an den Chef der Sicherheitspolizei in Berlin vom 19. 11. 1938, GStA PK, I. HA Rep. 77 Ministerium des Innern, Tit. 343, Nr. 17 Sonderakten, Bd. 2. Zusammen mit der Volkszählung fanden auch eine Berufs- und eine landwirtschaftliche Betriebszählung sowie eine Zählung aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten statt. Außerdem wurden im Auftrag der Wehrmacht Fragen zur Vor- und Ausbildung gestellt, um aus den Angaben ein Personenregister zu erstellen; siehe Einleitung, S.48 f.

Sachsen

Amtsh.

Dresden

Gemeinde:

Dölzschen

Zählbezirk Nr.

16

Grundstücksliste Nr.

Zur Haushaltsliste Nr.

6Drucksache Nr. II

Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 17. Mai 1938

Ergänzungskarte

für Angaben über Abstammung und Vorbildung

Jedermann ist gesetzlich verpflichtet, die erforderlichen Angaben zu machen. Die Ergänzungskarte ist nach sorgfältiger Ausfüllung in **verschlossenem Umschlag** dem Zähler zu übergeben!**Erläuterungen zu umstehendem Fragebogen****I. Wer hat eine Ergänzungskarte auszufüllen?**

Jeder, der zur Ausfüllung einer Haushaltsliste verpflichtet ist (vgl. S. 1 der Haushaltsliste), hat auch eine Ergänzungskarte auszufüllen. Personen, die nicht zur Familie des Haushaltungsvorstandes gehören (z. B. Hausgehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Knechte, Landhelfer, Mägde, Untermieter, Pensionsgäste, Personal und Inassen von Anstalten u. dgl.), sind berechtigt, die Angaben über Abstammung und Vorbildung auf einer besonderen Ergänzungskarte zu machen und diese in verschlossenem Umschlag an den Haushaltungsvorstand abzugeben, der sie dem Zähler ungeöffnet auszuhandigen hat.

II. Welche Personen sind einzutragen?

Alle Personen, die in der Haushaltsliste auf Seite 2 unter A und B aufgeführt sind. Die Zahl der Personen, für welche die Ergänzungskarte Angaben enthält, ist auf dem Umschlag unten zu vermerken.

III. Zu Spalte 4:

Außer dem Geburtsort (Gemeinde) ist auch dessen verwaltungsrechtliche Zugehörigkeit einzutragen (wenn der Geburtsort im Deutschen Reich liegt: der Kreis, das Bezirksamt, der Amtsbezirk u. dgl.; wenn der Geburtsort im Ausland liegt: der Staat).

IV. Zu den Spalten 5 bis 8:

Maßgebend ist allein die rassenmäßige, nicht die konfessionelle Zugehörigkeit. Auch Glaubensjuden haben ihre der Rasse nach volljüdischen Großeltern anzugeben.

V. Zu den Spalten 9 und 10:

Ein Studium gilt als abgeschlossen, wenn nach Erfüllung der vorgeschriebenen Studienzeiten Staats- oder Abschlussprüfungen mit Erfolg abgelegt worden sind.

Als Fachschulen für diese Erhebung gelten nur höhere Staats- und höhere sonstige Schulen für:

Bauwesen,	Schiffbau,	Land- und Forstwirtschaft,
Maschinenbau,	Schiffingenieurwesen,	Gartenbau- und
Elektrotechnik,	Textilwesen,	Kulturbaupflege,
Luftfahrt- und	Verkehrswesen,	Seefahrt
Kraftfahrwesen,	Hüttenwesen,	und ähnliche Fachschulen.

Für diese Erhebung kommen nicht in Betracht:

Gewerbe-, Handels-, Berufs- (Fortbildungs-) Schulen,

Handwerker-, Kunstgewerbe-, Musikschulen,

Schulen für Kindergärtnerinnen, Säuglings-, Kranken- und Haushaltspflege.

Wer die umstehenden Fragen wissentlich wahrheitswidrig beantwortet oder sich weigert, sie zu beantworten, wird gemäß § 6 des Gesetzes vom 4. Oktober 1937 (Reichsgesetzblatt I S. 1053) mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Als mittelbarer Täter kann in der gleichen Weise bestraft werden, wer gegenüber dem den Fragebogen Ausfüllenden (dem Haushaltungsvorstand oder seinem Vertreter) wissentlich falsche Angaben macht.

Wenden!

Erläuterungen auf der Vorderseite beachten!

Vor Ausfüllung die ganze Ergänzungskarte durchlesen!

Nr.	Vorname	Familienname bei Frauen auch Mädchennamen	Geburts- tag, monat, Geburtsjahr	Geburtsort und -kreis (siehe Erläuterung III)	Hat oder ist einer der vier Großeltern der Rasse nach Vollblut? (Ja oder nein) (siehe Erläuterung IV)					Sind Sie ein Vollblut oder vorwiegend Vollblut? (Ja oder nein) abgeschlossener oder abgeschlossener? (siehe Erläuterung V)	
					Großvater väterlicherseits	Großmutter mütterlicherseits	Großvater mütterlicherseits	Großmutter väterlicherseits	Großvater mütterlicherseits	Großmutter väterlicherseits	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
A. Sämtliche Anwesende											
1. Mutterhaupt	Paul	Schmitz	8. 10. 1885	Marbach, Kre. Limburg	nein	nein	nein	nein	nein		
2. Maria	Schmitz, geb. Weiden		18. 9. 1888	Belgern, Kre. Limburg	nein	nein	nein	nein	nein		
3. Hermann	Schmitz		11. 3. 1910	Magdeburg	nein	nein	nein	nein	nein		
4. Anna	Baderick		3. 10. 1903	Böhring, Kre. Limburg	nein	nein	nein	nein	nein		
5. Alfred	Jung		15. 1. 1889	Schwarzbach, Kre. Cella a. S.	nein	nein	nein	nein	nein		
6. Franz	Waller		30. 5. 1912	Danzig	nein	nein	nein	nein	nein		
1. Mutterhaupt	Sally	Cohn	8. 8. 1880	Leitz, Posen	ja	ja	ja	ja	nein		
2. Herminie	Cohn, geb. Oppenheimer		20. 3. 1883	Brüchen	ja	nein	nein	nein	nein		
3. Georg	Cohn		25. 10. 1905	Berlin	ja	ja	nein	nein	nein		
4. Ruth	Schmidt, geb. Cohn		30. 11. 1907	Berlin	ja	ja	nein	nein	nein		
5. Elisabeth	Schmidt		16. 1. 1930	Berlin	nein	nein	nein	nein	nein		
6. Bertha	Schulze		24. 5. 1880	Kempnich, Kre. Gredberg	nein	nein	nein	nein	nein		
1. Victor Jurek	Klempner		9. 10. 84	Leubach, Kre. Gredberg	ja	ja	ja	ja	nein		
2. Eva	Klempner, geb. Klempner		12. 7. 92	Königsberg, P.	nein	nein	nein	nein	nein		
3.											
4.											
5.											
6.											
7.											
8.											
9.											
10.											
B. Vorübergehend abwesende Mitglieder der Haushaltung											
1. Robert	Robert	Schmitz	19. 11. 1901	Hannau	nein	nein	nein	nein	nein		
2.											
3.											
4.											

Bestätigung: Das die Angaben vollständig und nach bestem Wissen gemacht worden sind, bezeugt:

Hiermit Ihre Unterschrift:

Wohnung: 50 kg 1/2, Poststr. 127, am Kirchhof, Straße Nr. 19
Dr. phil. Victor Israel Klempner o. Prof. i. N.
(Hierfür ist das Bestätigungsbildnis, eines Vornamens der (ehelichen) zur Bestätigung verpflichteter Person.)

DOK. 37

**Die Industrie- und Handelskammer Berlin weist am 31. Mai 1938 die
Werkzeugfabrik Fleck & Co. darauf hin, dass sie keine jüdischen Lehrlinge
ausbilden darf¹**

Schreiben der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (II, 2/I-11.)gez. Dr. Hoffmann, an die Firma Berliner Präzisions-Werkzeug- und Maschinenfabrik Fleck & Co.,² Berlin-Siemensstadt, Nonnendamm 4, vom 31.5.1938 (Abschrift)

Betrifft: die Lehrlinge Kamerase und Tikotzki³

Zu den uns übersandten Anmeldungen der obengenannten Lehrlinge bemerken wir grundsätzlich folgendes:

In jüdischen Unternehmen ist die gleichzeitige Ausbildung von arischen und nichtarischen Lehrlingen nach den jetzt geltenden Richtlinien nicht mehr möglich. Ausserdem können nach diesen Richtlinien arische Lehrlinge in jüdischen Betrieben u.a. nur dann ausgebildet werden, wenn in dem Betrieb mindestens 10 arische Gefolgschaftsmitglieder (ohne Lehrlinge) beschäftigt werden oder wenn bei grösserer Belegschaft die Zahl der arischen Gefolgschaftsmitglieder die der nichtarischen Gefolgschaftsmitglieder um mindestens 50 % übersteigt.

Wie wir aber unserer Lehrlingsrolle ansehen, bilden Sie bereits neben 8 arischen Lehrlingen 13 nichtarische Lehrlinge aus. Der Einstellung der beiden nichtarischen Lehrlinge Kamerase und Tikotzki kann daher mit Rücksicht auf Ihre arischen Lehrlinge nicht mehr zugestimmt werden. Ausserdem wäre von Ihnen der Industrie- und Handelskammer gegenüber entsprechend zu bestätigen, dass Sie von der Neueinstellung nichtarischer Lehrlinge in Zukunft absehen.

Sollten Sie jedoch auf der Einstellung der beiden nichtarischen Lehrlinge bestehen und auch noch weitere nichtarische Lehrlinge einzustellen beabsichtigen, dürften Sie arische Lehrlinge nicht mehr ausbilden.

Wir bitten um Ihre Stellungnahme und senden Ihnen die Anmeldungen und Lehrvertragsausfertigungen der Lehrlinge Kamerase und Tikotzki zunächst zurück.⁴

1.- RM in Briefmarken ist wieder beigelegt.

¹ USHMM, Collections Division 2000.6 1, box 6.

² Das 1908 in Berlin gegründete Unternehmen war in den 1930er-Jahren als OHG auf die Gesellschafter Richard Fleck und Alfred Rothschild eingetragen und wurde im Sept. 1939 verkauft; seit 1940 führte es die Bezeichnung „Präwema Berliner Präzisions-Werkzeug- und Maschinenfabrik, Dr. Ing. W. Scholz“; Firmensitz der Präwema ist heute Eschwege. Richard Fleck (1881-1958) emigrierte 1940 nach Japan, 1941 in die USA.

³ Vermutlich Siegfried Tikotzki (*1922), Sohn des Kaufmanns Isidor Tikotzki in Berlin. Dieser wanderte mit seiner Ehefrau Helene 1939 in die USA aus. Das weitere Schicksal von Siegfried Tikotzki ist nicht bekannt.

⁴ Anlagen nicht in der Akte. Die Geschäftsleitung der Firma Fleck & Co. teilte dem Wäschereibesitzer Isidor Tikotzki mit, dass sie seinen Sohn nicht als Lehrling weiterbeschäftigen könne, schlug jedoch vor, ihn als Arbeitsburschen in der Firma zu halten, vorausgesetzt, das Arbeitsamt erteile die erforderliche Genehmigung; Fleck & Co. an I. Tikotzki, 7.6.1938 und 7.9.1938; wie Anm. 1.

DOK. 38

**Felice Schragenheim reflektiert im Mai 1938 ihre Berufsaussichten
in der Emigration¹**

Gedicht „Zukunftsbetrachtung“ von Felice Schragenheim,² Mai 1938 (Typoskript)³

Zukunftsbetrachtung.

Ich träume so gerne von meiner Karriere,
von Autos, von Sonne, von Schönheit und Geld,
ich denke an ferne, sehr blaue Meere,
an Journalistik und große Welt.

Anhand des Atlas in fernen Ländern
darf man ja reisen. Ich tu es gern
und weiß, mein Leben wird sich wohl ändern,
und irgendwo steht auch mein kleiner Stern.

Ja, wenn ich nur erst weit draußen wäre –
dann werde ich auch nur weiter träumen,
dann werd ich sie machen, diese Karriere,
doch nur beim Kochen und Zimmeraufräumen.

Es ist gut, daß uns ein Hoffen gegeben,
ein Selbstbetrug, durch den man vergißt,
daß unser Gastspiel in diesem Leben
eine tragische Komödie ist.

1 JMB, Sammlung Wust-Schragenheim, Schenkung von Elisabeth Wust (2006/37/166); Abdruck in: Erica Fischer, Das kurze Leben der Felice Schragenheim. Berlin 1922–Bergen-Belsen 1945, München 2002, S. 61.

2 Felice Schragenheim (1922–1945), Schülerin, Dichterin und Arbeiterin; musste im Nov. 1938, noch vor dem Abitur, die Schule verlassen, danach verschiedene Auswanderungsversuche, Okt. 1941–1942 Zwangsarbeit in der Flaschenschlussfabrik C. Sommerfeld & Co., Berlin, Okt. 1942 in Berlin „untergetaucht“, 1944 verhaftet und nach Theresienstadt, von dort nach Auschwitz deportiert, zuletzt nach Bergen-Belsen, dort verliert sich ihre Spur.

3 Im Original steht unter dem Gedicht handschriftl. ein anderes: Ich will Dir stets die Hände reichen / vielleicht sogar ins große Nichts, / und warte ... warte auf das Zeichen / von Dir ins Land des überhellen Lichts.

DOK. 39

Heydrich weist am 1. Juni 1938 die Kriminalpolizeileitstellen an, sogenannte Asoziale und vorbestrafte Juden im KZ Buchenwald zu inhaftieren¹

Schnellbrief (streng vertraulich) des Reichskriminalpolizeiamts (Tgb. Nr. RKPA 60⁰¹/295.38), gez. Heydrich,² an die Staatliche Kriminalpolizei, Kriminalpolizeileitstelle in Erfurt, vom 1.6. 1938 (Abschrift)³

Betr.: Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei

Da das Verbrechen im Asozialen seine Wurzeln hat und sich fortlaufend aus ihm ergänzt, hat der Erlass des RuPrMdl. vom 14. Dezember 1937 – Pol. S Kr.3 Nr. 1682/37 – 2098 – der Kriminalpolizei weitgehende Möglichkeiten gegeben, neben den Berufsverbrechern auch alle asozialen Elemente zu erfassen, die durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen und sie dadurch schädigen.⁴ Ich habe aber feststellen müssen, daß der Erlass bisher nicht mit der erforderlichen Schärfe zur Anwendung gebracht worden ist.

Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.

Ich ordne deshalb an:

1. Ohne Rücksicht auf die bereits vom Geheimen Staatspolizeiamt im März d.J. durchgeführte Sonderaktion gegen Asoziale⁵ sind unter schärfster Anwendung des Erlasses vom 14. Dezember 1937 in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 aus dem dortigen Kriminalpolizeileitstellenbezirke *mindestens* 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.⁶ Dabei sind vor allem zu berücksichtigen

- a. Landstreicher, die zur Zeit ohne Arbeit von Ort zu Ort ziehen;
- b. Bettler, auch wenn diese einen festen Wohnsitz haben;
- c. Zigeuner, und nach Zigeunerart umherziehende Personen, wenn sie keinen Willen zur geregelten Arbeit gezeigt haben oder straffällig geworden sind;
- d. Zuhälter, die in ein einschlägiges Strafverfahren verwickelt waren – selbst wenn eine Überführung nicht möglich war – und heute noch in Zuhälter- und Dirnenkreisen ver-

1 RGVA, 500k-I-261, Bl. 31f., Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission; Abdruck in: Wolfgang Ayaß, „Gemeinschaftsfremde“. Quellen zur Verfolgung von „Asozialen“ 1933–1945, Koblenz 1998, S. 134 f.

2 Reinhard Heydrich (1904–1942), Berufsoffizier; 1922–1931 Marinelaufbahn; 1931 NSDAP- und SS-Eintritt, von 1932 an Chef des SD; von 1933/34 an leitete er die Zentralisierung der politischen Polizeien der Länder, von 1934 an Chef des zunächst nur für Preußen zuständigen Gestapa in Berlin, 1936–1942 Chef der Sicherheitspolizei und des SD, 1939–1942 Chef des RSHA, von Sept. 1941 an zugleich stellv. Reichsprotektor von Böhmen und Mähren; infolge eines Attentats in Prag am 4.6. 1942 gestorben.

3 Das Schreiben wurde an alle Kripo-Leitstellen sowie nachrichtlich an das Hauptamt Sicherheitspolizei – Amt Kriminalpolizei versandt.

4 Der Erlass des RuPrMdl über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei vom 14.12.1937 verfügte die planmäßige Überwachung von sog. Gewohnheitsverbrechern und Asozialen. Diese konnten, auch wenn sie keine Straftaten begangen hatten, in Arbeitslager eingewiesen werden; Vorbeugende Verbrechensbekämpfung. Erlaßsammlung (= Schriftenreihe des Reichskriminalpolizeiamts Nr. 15), IfZ/A, Dc 17.02, Bl. 41–44.

5 Verhaftet wurden vornehmlich Obdachlose, Bettler und als Zuhälter Verdächtige.

6 Im Zuge der von der Kriminalpolizei vom 13.–18.6.1938 durchgeführten Aktion „Arbeitsscheu Reich“ wurden mehr als 10000 als asozial eingestufte Personen verhaftet und in KZ gebracht. Allein im KZ Sachsenhausen waren es 6000 Inhaftierte, die als „Asoziale“ mit einem braunen, später schwarzen Winkel gekennzeichnet wurden. Die Berliner Polizei nahm im Rahmen der Aktion mehr als 1000 Juden fest; siehe Einleitung, S. 21.

kehren oder Personen, die im dringenden Verdacht stehen, sich zuhälterisch zu betätigen; e. solche Personen, die zahlreiche Vorstrafen wegen Widerstandes, Körperverletzung, Raufhandels, Hausfriedensbruchs u.dgl. erhalten und dadurch gezeigt haben, daß sie sich in die Ordnung der Volksgemeinschaft nicht einfügen wollen.

Personen, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, sowie solche, die bereits einmal in polizeilicher Vorbeugungshaft oder in Sicherungsverwahrung untergebracht waren und sich seitdem gut geführt haben, sind nicht in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.

2. Ferner sind ebenfalls in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 alle männlichen Juden des Kriminalpolizeileitstellenbezirks, die mit mindestens einer Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat bestraft sind, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.

Für die Durchführung meiner Anordnung sind die Leiter der Kriminalpolizeileitstellen verantwortlich, die sich unverzüglich mit den Kriminalpolizeileitstellen, den staatlichen Kriminalabteilungen, den Ortspolizeibehörden und den Gendarmerieabteilungen ihres Bezirkes, gegebenenfalls mit den Staatspolizeistellen in Verbindung zu setzen haben.

Von allen festgenommenen Personen, über die die polizeiliche Vorbeugungshaft verhängt worden ist, ist mir die gemäß meinen Richtlinien vom 4. April 1938 – RKPA. 60⁶¹/250.1938 – zum Erlaß vom 14. Dezember 1937 geforderte Anordnungsverfügung (Muster 6) sofort zu übersenden.⁷

Soweit erkennungsdienstliches Material vorhanden, ist dieses dem Vorgang beizufügen. Bei den übrigen Personen wird die erkennungsdienstliche Behandlung wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit von mir im Lager nachgeholt werden. Strafregisterauszug und Lebenslauf sind mir in doppelter Ausfertigung nachträglich einzusenden.

Die Festgenommenen sind sofort dem Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar ohne meine Bestätigung und Anweisung zu überführen. Die mir sonst einzureichende Zweitschrift der Anordnungsverfügung ist mit der Person gleichzeitig dem Lager zu überweisen. Die Zahl der festgenommenen Personen ist mir bis spätestens 20. Juni d.J., mittags 12 Uhr, durch Funk oder Fernschreiben zu melden.

DOK. 40

Vermerk des Münchener Stadtbaurats vom 9. Juni 1938 über die Anordnung zum Abriss der Synagoge in der Herzog-Max-/Maxburgstraße¹

Schreiben (Eilt!) des Stadtbaurats,² i. V. (Unterschrift unleserlich), vom 9.6.1938

Betrifft: Abbruch der Synagoge an der Herzog-Max-/Maxburgstrasse

I. Vormerkung.

Auf höhere Anordnung soll die Synagoge bis zum 8. Juli d.J. abgebrochen sein. Das freierwerdende Gelände soll zu einem Parkplatz umgestaltet werden. Nach Verhandlungen mit

⁷ Die Richtlinie vom 4.4.1938 zum Erlass des RuPrMdl „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ legte fest, dass Männer in die KZ Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau eingewiesen wurden, Frauen in das Lager Lichtenburg bei Prettin.

¹ StadtA München, Komm. Abg. 60/11-Nr. 10.

² Hermann Reinhard Alker (1885–1967), Architekt und Stadtplaner; 1921–1944 Lehrtätigkeit an der TH Karlsruhe, von 1940 an Professor für Architektur; 1.8.1937–27.6.1938 Münchener Stadtbaurat; 1939 1. Wettbewerbspreis für den Entwurf des Stuttgarter Rundfunkhauses; nach 1945 durfte er nicht mehr an der Hochschule lehren, daher freischaffend tätig.

der israelitischen Kultusgemeinde, die das Staatsministerium des Innern führte, wurde deren Einverständnis erzielt. Die Firma Moll³ hat vom Ministerium bereits den Auftrag, mit den Arbeiten zu beginnen; von der Firma wurde bei Einhaltung des Termins ein Preis von 200 000.– RM gefordert.

In der heutigen Beiräte-Sitzung wurde über diese Angelegenheit verhandelt und das Stadtbauamt beauftragt, als Auftraggeber mit der Fa. Moll einen Vertrag zu schliessen. Es soll versucht werden, den geforderten Preis noch herabzudrücken.

II. Herrn Oberbaurat Dr. Knorr⁴

unter Beziehung auf die eben stattgehabte fernmündliche Besprechung und mit dem Ersuchen, die Verhandlungen mit Moll sofort aufzunehmen, damit der Termin gewahrt werden kann.⁵

DOK. 41

Luise Solmitz notiert am 14. Juni 1938 antisemitische Hänseleien von Kindern¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Eintrag vom 14.6. 1938 (Abschrift)

Mamas 50. Hochzeitstag. – 50 Jahre, seit das Reich der ersten beiden Kaiser zur Neige ging, u. mit der jungen Ehe zugleich eine neue Zeit heraufzog, das Zeitalter Wilhelms II.

X. schreibt salbungsvoll ... „Und wenn wir vor 20 Jahren im beginnenden Zusammenbruch fürchten mussten, unter den Trümmern des Kaiserreichs samt u. sonders mitbe-graben zu werden, leben wir jetzt wieder in einem stolzen u. starken Reich, das besser fundiert ist als das Deutschland Wilhelms II.“

Der Tag brachte mir (noch) eine Bitterkeit. Kleine Jungen in unserer Strasse, die unsern Hund fürchteten ... Nun hatte sich einer aber eine feine Rache ausgedacht ... „Jude“, rief er hinter uns her, „Jude, Jude!“ ... Zum Glück verstand Fr.² es nicht. Und gegen solche Rüpelei gibt es keine Abwehr u. keinen Einspruch. Man muss das wehrlos einstecken. Zur Ehre des deutschen Volkes sei es gesagt, es verhält sich anständig Wehrlosen gegenüber, bis jetzt. Ihm wäre ganz anderes erlaubt u. würde ihm als Verdienst angerechnet, wenn es nur wollte. – Auch in diesem Fall der dummen Jungen muss man sagen: Sie wissen nicht, was sie tun.

³ Die Firma wurde 1894 von Leonhard Moll (1870–1945) gegründet und war zunächst im Wohn-, Industrieanlagen- und Wasserbau, von 1926 an auch im Beton- und Straßenbau tätig; nach 1933 zahlreiche Regierungsaufträge, u.a. Bau des NSDAP-Verwaltungsbaus und des Führerbau in München, Bau von Rüstungsproduktionsanlagen („Projekt Ringeltaube“), bei dem auch jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt wurden; nach 1945 Erweiterung des Familienunternehmens u.a. ins Immobiliengewerbe.

⁴ Vermutlich Dr. Eduard Knorr (1892–1971); 1937 NSDAP-Eintritt, 1933–1945 SA-Scharführer, 1945 wurde er auf Veranlassung der Militärregierung in den Ruhestand versetzt.

⁵ Die Firma Moll, die noch 1930/31 für den Neubau einer Synagoge in München den Dachstuhl geliefert hatte, führte trotz einiger Bedenken, den Termin nicht einhalten zu können, den Abriss der Hauptsynagoge durch. Am 8.7.1938 wurde auf dem so entstandenen Parkplatz die Wagenkolonne abgestellt, mit der Hitler zur Einweihung des gegenüberliegenden, von der Fa. Moll erbauten Hauses der Deutschen Kunst anreiste.

¹ StAAH, 622-1/ #0 Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

² Gemeint ist der Ehemann von Luise Solmitz, Friedrich Wilhelm Solmitz.

DOK. 42

**Reichsinnenminister Frick erläutert am 14. Juni 1938
seine Pläne zur Enteignung der Juden und zu ihrer Verdrängung
aus der Wirtschaft¹**

Rundschreiben (geheim) vom RuPrMdl (I 1586/38g), Frick, an Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring -BVP-, z. Hd. ORR Hallwachs,² an den RWM, z. Hd. Ministerialbürodirektor Reinecke,³ an den StdF z. Hd. SS-Oberführer Knoblauch⁴ in München und an den RFSS und Chef der Deutschen Polizei im RMdl, Chef der Sicherheitspolizei, z. Hd. SS-Ustuf Reg.Rat Dr. Tanzmann,⁵ vom 14.6.1938 (Abschrift)

Betrifft: Juden in der Wirtschaft.

Durch die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (RGBl. I, S. 414)⁶ und die dazu ergangene Anordnung vom gleichen Tage ist die Lösung der Judenfrage auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleitet worden.

In der Besprechung am 29. April 1938 im Preußischen Staatsministerium wurde zur endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben die Umwandlung des jüdischen Vermögens in Deutschland in Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluß mehr gestatten, in Aussicht genommen.⁷ Zu diesem Plan darf ich vom Standpunkt der allgemeinen Judenpolitik aus folgendes bemerken:

1. Die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ist *bisher* überwiegend in der Weise durchgeführt worden, daß Juden *freiwillig* ihre Gewerbebetriebe veräußert haben und daß bei dieser Gelegenheit der Versuch gemacht wurde, den jüdischen Einfluß durch deutschen zu ersetzen. Dabei haben sich nicht unerhebliche Mißstände herausgebildet, die ich als allgemein bekannt voraussetzen darf.⁸ Diese sogenannten Arisierungen sind

1 BArch, R 1501/509, Bl. 127–136.

2 Robert Franz August Hallwachs (1893–1957), Verwaltungsbeamter; von 1930 an Beamter im Preuß. Staatsministerium; 1933 NSDAP-Eintritt, Juni 1933–Mai 1938 SA-Mitglied; von 1938 an ORR, 1940 mit Fragen der Kriegswirtschaft betraut; bei der Entnazifizierung zunächst als Mitläufer eingestuft, 1950 als unbelastet; von 1948 an als Referent beim Landesernährungsamt in Hannover tätig.

3 Robert Reinecke (1879–1944), Beamter; 1922 NSDAP-Eintritt; 1913–1936 bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Würzburg tätig, 1936 Ministerialbürodirektor im RuPrWM, 1937 Verbindungsführer der Obersten SA-Führung zum RWM, 1940 in den Ruhestand versetzt.

4 Richtig: Dr. Günther Knobloch (1910–1970), Jurist; 1932 NSDAP-Eintritt; von 1939 an Kriminalkommissar und Stellv. Leiter der Einsatzgruppe II in Polen, danach bei der Gestapo in Kattowitz, von Aug. 1941 an Leiter des Kommunismusreferats im RSHA; 1942 SS-Hauptsturmführer; 1945–1948 Haft, später Abteilungsleiter bei Siemens in Redwitz a. d. Rodach.

5 Dr. Helmut Tanzmann (1907–1946), Jurist; 1933 NSDAP-Eintritt, 1933–1936 SA-Mitglied; 1933–1937 sächs. Finanzminister; Nov. 1939–Mai 1940 Gestapochef in Danzig, 1940 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, 1941–1943 Kommandeur der Sicherheitspolizei in Lemberg, danach in Montpellier und Ende 1944 in Flensburg und Norwegen; nahm sich in brit. Internierung das Leben.

6 Siehe Dok. 29 vom 26.4.1938.

7 Auf der Ministerbesprechung vom 29.4.1938 unter dem Vorsitz Görings hatte dieser, drei Tage nach Erlass der VO zur Anmeldung des jüdischen Vermögens, den Zwangsumtausch der Vermögenswerte der deutschen Juden in Reichsanleihen angekündigt.

8 Gemeint ist die Korruption im Zusammenhang mit der »Arisierung«.

nunmehr durch die Anordnung vom 26. April 1938 (RGBl. I, S. 415)⁹ dem staatlichen Einfluß unterworfen worden, indem Betriebsveräußerungen solcher Art von einer staatlichen Genehmigung abhängig gemacht wurden. Dadurch können unerwünschte Arten von Arisierungen sowie bedenkliche Einzelbestimmungen in den Übernahmeverträgen verhindert werden; auch können allgemeine volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zur Geltung gebracht werden, z. B. die Verhinderung von Konzernbildungen. Dennoch bleibt bei dieser Art der Ausschaltung des jüdischen Einflusses aus der Wirtschaft der Übelstand, daß es nur schwer zu verhindern ist, daß die Juden den erzielten Verkaufserlös verschieben oder sich auf andere Weise neuen wirtschaftlichen Einfluß erschließen.

2. Ich halte daher nunmehr auch vom Standpunkt der allgemeinen Judenpolitik eine Regelung für erforderlich, die für die Zukunft auf eine *zwangsweise* Ausschaltung der Juden abzielt. Allerdings wird diese Maßnahme einer sehr genauen und ins einzelne gehenden Vorprüfung und Vorbereitung bedürfen, denn es würde der gesamten Rassenpolitik des Reiches zum größten Schaden gereichen, wenn sich die vorgesehene Regelung nicht oder nicht in dem geplanten Umfange als durchführbar erweisen würde.

Bei der zwangsweisen Ausschaltung würde in erster Linie die Übernahme des *Betriebsvermögens der Juden ins Auge zu fassen sein*, weil der Besitz dieses Vermögens den größten wirtschaftlichen Einfluß gewährt. Als Grundlage für die Übernahme von Betriebsvermögen kann die auf Grund der Verordnung vom 26. April 1938 durchzuführende Vermögensanmeldung dienen, denn nach dem Muster, das für die Anmeldung zu verwenden ist, muß das Betriebsvermögen jeweils besonders angegeben werden.

Eine entschädigungslose Enteignung des Betriebsvermögens kann schon aus außenpolitischen Gründen nicht in Betracht gezogen werden. Die Entschädigung wird zweckmäßigerweise in der Aushändigung von Anleihetiteln bestehen.

Aus innerpolitischen Erwägungen muß ferner die Regelung folgenden Grundforderungen entsprechen: Die zu übernehmenden jüdischen Betriebsvermögen dürfen nicht zerstört werden. Ferner muß die Ausschaltung der Juden zu einer Stärkung des gesunden Mittelstandes führen. Es muß also Gewähr dafür geschaffen werden, daß die Betriebe jeweils *geeigneten* Volksgenossen des Mittelstandes zufallen und nicht in die Hände kapitalkräftiger Konzerne oder gewinnsüchtiger Konjunkturnutznießer gelangen.

Ich halte etwa folgenden Weg technisch für gangbar:

a) *Den Juden wird durch eine gesetzliche Vorschrift die Pflicht auferlegt, ihre Betriebsvermögen einer zu gründenden Gesellschaft anzubieten.*¹⁰ Dabei wird die Frage besonders eingehender Erwägung bedürfen, ob die Anbieterspflicht durch das Gesetz selbst unmittelbar und gleichzeitig für alle jüdischen Betriebsvermögen bestimmt werden soll, oder ob es zweckmäßiger ist, die Anbieterspflicht als solche gesetzlich festzulegen und auf Grund einer Ermächtigung die jüdischen Vermögen, deren Übernahme beabsichtigt ist, jeweils – etwa nach Branchen oder nach räumlichen Gesichtspunkten – aufzurufen.

Die Gesellschaft übernimmt entweder die angebotenen Vermögen oder lehnt die Übernahme ab. Im letzteren Falle bleibt der Betrieb, in den das Vermögen investiert ist, jüdisch

⁹ Die Anordnung auf Grund der VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. 4. 1938 legte fest, dass die Veräußerung oder Verpachtung eines gewerblichen, land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs genehmigungspflichtig war, wenn einer der Vertragschließenden Jude sei. Ebenso mussten Juden sich die Neueröffnung eines Gewerbebetriebs genehmigen lassen; RGBl., 1938 I, S. 415f.

¹⁰ Eine solche Gesellschaft ist nicht gegründet worden.

nach Maßgabe der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz, er bleibt in dem Verzeichnis der jüdischen Betriebe eingetragen und unterliegt den für diese Betriebe bestehenden gesetzlichen Beschränkungen.¹¹

Im ersteren Falle veräußert die Gesellschaft die übernommenen Werte weiter an deutsche Volksgenossen. Die Juden werden durch Gutschrift von Stücken einer Anleihe entschädigt, die durch das Reich garantiert wird. Die Anleihe kann mit etwa 2 ½ % verzinslich und mit 2 % amortisierbar sein, so daß sie dem Juden etwa eine Rente von 4 ½ % seines Betriebsvermögens einbringt, das aufgebraucht wird.¹²

Der Übernahmepreis wird von der Gesellschaft oder der über sie die Aufsicht führenden obersten Reichsbehörde nach billigem Ermessen festgesetzt. Für die Höhe des Preises kann als Anhalt der Wert nach dem Stande vom 27. April 1938 in Betracht gezogen werden; das ist der Stichtag für die Bewertung des jüdischen Vermögens nach der Verordnung über die Vermögensanmeldung vom 26. April 1938. Als *Preis für die Weiterveräußerung* durch die Gesellschaft wird der Marktpreis in Frage kommen.

Die Gesellschaft schreibt dem Juden Anleihestücke in dem Umfange gut, in dem der Übernahmepreis durch Zahlungen des Erwerbers gedeckt ist. Die Zahlungen, für die Anleihegutschrift erfolgt, leitet die Gesellschaft an das Reich weiter, das die Verwaltung der Anleihe mit seinem bereits vorhandenen Verwaltungsapparat übernimmt.

Im Ergebnis wird also das jüdische Vermögen in eine mit 2 % amortisierbare Reichsanleihe verwandelt.

b) Die schwierigste Aufgabe ist die *Weiterveräußerung der Betriebsvermögen* durch die Gesellschaft. Da nicht für alle Vermögen sofort entsprechende Käufer vorhanden sein werden, müssen sie oft erst im ganzen Reichsgebiet gesucht werden, sodann muß mit ihnen der Preis ausgehandelt werden. Eine Behördenorganisation irgendwelcher Art ist zur Erfüllung dieser rein kaufmännischen Aufgaben völlig ungeeignet. Die Übernahme-Gesellschaft, die als kaufmännisches Unternehmen gedacht ist, wird den Verkauf höchstens bei einigen volkswirtschaftlich besonders bedeutsamen Objekten selbst durchführen können, wenn anders sie ihren Apparat, der auf möglichst wenige Mitarbeiter beschränkt werden sollte, nicht ins Unübersehbare ausdehnen will. Der Verkauf wird daher praktisch nur durch die bestehende Bankenorganisation vermittelt werden können. Damit die Banken die Kreditwürdigkeit der Erwerber sorgfältig prüfen und sich um die Erzielung guter Verkaufspreise bemühen, [...] ¹³ die Gesellschaft ihnen eine Abwicklungsprovision versprechen. Dieser Anreiz wird in vielen Fällen für die Unterbringung der Objekte genügen, zumal die Juden an der Auffindung zahlungsfähiger Käufer interessiert sind, weil sie Anleihegutschrift erst nach Eingang des Geldes erhalten.

Vor dem Verkauf an den von der Bank vorgeschlagenen Erwerber ist zu prüfen, ob der Verkauf von dem Gesichtspunkt der Förderung des gesunden Mittelstandes gut geheißsen ist; es bedarf näherer Prüfung, welche Stelle hierfür einzuschalten ist.

¹¹ Die 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 legte fest, dass ein Gewerbebetrieb jüdisch ist, wenn der Inhaber als Jude im Sinne des § 5 der 1. VO zum Reichsbürgergesetz gilt; RGBl., 1938 I, S. 627.

¹² Die an die Juden ausgegebenen Reichsanleihen wurden verzinst, jedoch nicht amortisiert. Die Zinsen wurden dem Sperrkonto des Anleiheheigners gutgeschrieben und in weitere Reichsanleihen verwandelt. Wanderte der betreffende Jude aus oder wurde er deportiert und ausgebürgert, so fiel sein Vermögen dem Reich zu und die Anleihe wurde aus dem Schuldbuch des Reichs gestrichen.

¹³ Vorlage unleserlich.

c) Durch die Heranziehung der Banken wird erreicht, daß die Werte zu einem angemessenen Preis an kreditwürdige Käufer abgesetzt werden. Daß als Kaufbewerber Angehörige des gesunden, aber im allgemeinen kapitalarmen Mittelstandes auftreten können, wird indessen damit noch nicht sichergestellt. Kapitalarme Erwerber werden in der Regel nur mit den Erträgen der übernommenen Werte zahlen können. Die Banken werden aber nur in beschränktem Umfange zur Vorfinanzierung in der Lage sein. Um kapitalarmen Erwerbern den Kauf der jüdischen Werte zu ermöglichen, muß deshalb ein besonderes *Treuhandinstitut*¹⁴ geschaffen werden, das die durch Vermittlung der Banken auf Abzahlung verkauften Betriebsvermögen übernimmt, die Raten einzieht und in möglichst vielen geeigneten Fällen die Vorfinanzierung des Kaufpreises gegen Verpfändung der Werte besorgt.

d) Für die *Schulden der Juden* darf die Gesellschaft nicht haften; sie kann lediglich die einzelnen Vermögen zu dem vorgesehenen Preis übernehmen. Die Juden haben ihre Schulden grundsätzlich aus ihren als Gegenwert gutgeschriebenen Anleiheguthaben zu tilgen, deren Verkauf zu diesem Zweck zu einem bestimmten Kurs etwa an die Golddiskontbank zugelassen werden muß. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz kann bezüglich der Schulden gemacht werden, für die Hypotheken oder Pfandrechte an Gegenständen des Betriebsvermögens bestellt sind. Die Schuldentilgung wird nicht ohne Härten – auch für deutschblütige Gläubiger von Juden – abgehen. Indessen wird in vielen Fällen keine Veranlassung vorliegen, den besonders zu schützen, der heute noch in geschäftlichen Beziehungen mit Juden steht. Für andere – schutzwürdige – Fälle wäre bei der Gesellschaft ein Fonds zu bilden, der zum Ausgleich besonderer Härten Verwendung findet.

e) Die *Vermögensübertragung* ebenso wie die Gesellschaft und das Treuhandinstitut müssen *steuerfrei* bleiben, damit nicht die Durchführung im einzelnen durch Rücksichtnahme auf steuerrechtliche Auswirkungen bestimmt wird. Dagegen wäre der Gesellschaft zum Ausgleich der ihr eingeräumten Steuerfreiheit die Abführung eines Teils ihres Gewinnes an das Reich aufzuerlegen.

f) Der *Gewinn der Gesellschaft* besteht in dem Unterschiedsbetrag zwischen dem an die Juden zu zahlenden Übernahmepreis und dem von dem Erwerber zu zahlenden Kaufpreis, ferner in einer Provision vom Verkaufspreis, die von den Juden zu tragen ist.

g) Von erheblicher Bedeutung für das Gelingen des Plans ist die richtige *Konstruktion der Gesellschaft*. Zur Vermeidung der Publizitätspflicht wird als Gesellschaftsform die G.m.b.H. in Frage kommen, denn es kann nicht das geringste Interesse daran bestehen, den Umfang der umgeschichteten Werte nach außen irgendwie bekanntzugeben. Als Höhe des Eigenkapitals kann etwa der Betrag von 100 000 RM in Aussicht genommen werden.

Die Gesellschaft wird möglichste Bewegungsfreiheit haben und in die Lage versetzt werden müssen, die Angelegenheit schnell und großzügig abwickeln zu können. Auf der anderen Seite ist es notwendig, wegen der Bedeutung der von der Gesellschaft zu erfüllenden Aufgabe engste Fühlungnahme mit den zuständigen Staats- und Parteistellen zu halten. Diese Gesichtspunkte werden bei der Entscheidung der Frage eine Rolle spielen müssen, von wem die Geschäftsanteile zu übernehmen sind.

h) Die *Behandlung von Juden fremder Staatsangehörigkeit* bedarf m.E. erneut der Prüfung. So erwünscht ich es vom Standpunkt der allgemeinen Judenpolitik aus ansehen muß,

14 Vermutlich ist die o.g. Gesellschaft gemeint.

einen Unterschied nach der Staatsangehörigkeit nicht zu machen, so wird es sich – gerade auch im Hinblick auf die Erfahrungen mit der Verordnung über die Vermögensanmeldung – doch empfehlen, die Maßnahme auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit und auf staatenlose Juden zu beschränken. Die Vorteile einer Einbeziehung der Juden fremder Staatsangehörigkeit dürften auch in diesem Falle von den außenpolitischen Nachteilen weit überwogen werden.¹⁵

3. Nach der Übernahme der jüdischen Betriebsvermögen kann die Übernahme der weiteren jüdischen Vermögensteile in Angriff genommen werden, die bei der Durchführung der Vermögensanmeldung nicht zum Betriebsvermögen gerechnet werden, gleichwohl aber wirtschaftlichen Einfluß ermöglichen; hier kommen insbesondere in Betracht Obligationen von Industriegesellschaften, Pfandbriefe, Aktien und Kurse, Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einlagen als stille Gesellschafter und Geschäftsguthaben bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Auf diese Fälle kann m.E. das oben unter 2. skizzierte Verfahren ohne weiteres ausgedehnt werden.

4. Unabhängig von der Übernahme der jüdischen Betriebsvermögen und der oben unter 3. genannten Vermögensteile kann die *Übernahme der land- und forstwirtschaftlichen Vermögen und des Grundvermögens* durchgeführt werden, das nicht zum Betriebsvermögen gehört. In dieser Richtung schlage ich den Erlaß einer weiteren Verordnung zum Reichsbürgergesetz vor, in der bestimmt wird, daß Juden Grund und Boden und Rechte daran nicht erwerben können; außerdem wäre in dieser Verordnung den Juden die Pflicht aufzuerlegen, ihren vorhandenen Grundbesitz binnen einer bestimmten Frist zu veräußern.¹⁶ Das Veräußerungsgeschäft wäre an eine staatliche Genehmigung zu binden, um insbesondere Verschiebungen an ausländische Juden zu verhindern. Für den Fall der Unmöglichkeit der Veräußerung wäre die Anbietung an die oben unter 2. genannte Gesellschaft vorzusehen. Da durch die vor der Verabschiedung stehende Novelle zur Gewerbeordnung, die u.a. den Ausschluß der Juden vom Handel mit Grundstücken und von der Vermittlung von Immobilienverträgen vorsieht,¹⁷ voraussichtlich eine gewisse Beunruhigung des Grundstücksmarktes eintreten wird, würde ich es für zweckmäßig halten, die bezeichnete Verordnung zum Reichsbürgergesetz erst nach der Durchführung der Novelle zur Gewerbeordnung zu erlassen.

5. Die Juden werden durch ihre Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben zum weit überwiegenden Teil zur Untätigkeit gezwungen und darüber hinaus wird regelmäßig auch ihre Verarmung herbeigeführt werden. Beides ist vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt aus unerwünscht. Insbesondere muß das zu erwartende starke Anschwellen des jüdischen Proletariats zu Bedenken Anlaß geben.

Wirksame Abhilfe würde vor allem die *Auswanderung der Juden* bieten können. Diese kann jedoch nach dem derzeitigen Stand der Frage nur als erstrebenswertes Ziel aufgestellt werden; denn wenn auch alle *innerdeutschen* Maßnahmen getroffen werden, die zur Förderung der *Auswanderung* der Juden notwendig sind, so konnte bisher – abgesehen

15 Im Fall von Zwangsmaßnahmen in Bezug auf das Vermögen ausländischer Juden musste damit gerechnet werden, dass entsprechende Eingriffe hinsichtlich des Vermögens deutscher Staatsbürger im Ausland erfolgen würden.

16 Entsprechende Bestimmungen enthielt die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938; RGBl., 1938 I, S. 1709–1712.

17 Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6.7.1938; RGBl., 1938 I, S. 823f.

von Palästina, das ein besonderes Problem darstellt – noch kein Land gefunden werden, das für eine Masseneinwanderung der Juden ernstlich in Frage käme. Ich werde wegen dieser Frage erneut mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung treten, glaube jedoch nicht, daß mit einer Lösung für die nächste Zeit zu rechnen sein wird.

Soweit die Juden in Deutschland von dem Erlös ihrer übernommenen Betriebs- und sonstigen Vermögenswerte leben können, bedürfen sie einer strengen staatlichen Aufsicht. Soweit sie hilfsbedürftig werden, muß die Frage ihrer *öffentlichen Unterstützung* gelöst werden. Eine stärkere Inanspruchnahme der Fürsorgeverbände wird nicht zu vermeiden sein.

Ich bitte um Prüfung und um grundsätzliche Stellungnahme.¹⁸

DOK. 43

Frankfurter Zeitung: Artikel vom 15. Juni 1938 über die Anwendung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Ausgrenzung von Juden¹

Der Ausbau des Staatsangehörigkeitsrechts.

Anregungen von Staatssekretär Dr. Stuckart.²

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

Berlin, 14. Juni. In der Festnummer der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht zur fünften Jahrestagung der Akademie äußert sich Staatssekretär Dr. Stuckart vom Reichsministerium des Innern zu Problemen des *Staatsangehörigkeitsrechtes*.³ Er bemerkt, daß die Zukunft lehren müsse, ob und inwieweit die von ihm erörterten Grundsätze ihre gesetzliche Lösung finden würden. Zwar seien die größten Mißstände bereits durch das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit beseitigt,⁴ es werde auch nur noch eingebürgert, wer in rassebiologischer Hinsicht einen erwünschten Bevölkerungszuwachs darstelle. Allein damit könnten

18 Der RMF (gez. Graf Schwerin von Krosigk) betonte in seinem Antwortschreiben vom 23.8.1938, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zur Schädigung oder Zerstörung wichtiger Wirtschaftsbetriebe und damit zu Beeinträchtigungen des Steueraufkommens und Reichshaushalts führen dürften. Darum empfahl er, das bisherige Verfahren beizubehalten und die jüdischen Verkäufer von Gewerbebetrieben zur Einzahlung des Verkaufserlöses auf Sperrkonten oder -depots zu verpflichten. Die „Arisierung“ sei aus Mitteln der Privatwirtschaft zu finanzieren und von einer Entschädigung durch reichsgarantierte Anleihen sei abzusehen. Außerdem kritisierte er, dass der Vermögensentzug die Gefahr beinhalte, dass die Juden der öffentlichen Fürsorge zur Last fielen; IfZ/A, MA 1563-49 (Nürnberger Dokument NG-3937).

1 Frankfurter Zeitung, Nr. 300 vom 15.6.1938, S. 12. Gegründet 1856 als Frankfurter Geschäftsbericht, erschien die Frankfurter Zeitung seit 1866 mit einer liberalen Ausrichtung. Sie wurde 1943 auf Betreiben Hitlers verboten.

2 Dr. Wilhelm Stuckart (1902–1953), Jurist; 1922 NSDAP- und 1936 SS-Eintritt; von Juni 1933 an StS im preuß. Unterrichtsministerium, von 1935 an StS im RMdI (zuständig für Abt. I Verfassung und Gesetzgebung), 1942 Teilnehmer der Wannseekonferenz; 1945–1949 interniert, 1949 im Wilhelmstraßenprozess verurteilt (Strafe galt mit der Haft als verbüßt), 1950 als Mitläufer eingestuft.

3 Probleme des Staatsangehörigkeitsrechts, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht, hrsg. von Reichsminister Dr. Hans Frank, 5. Jg., 1938, S. 401–403.

4 RGL., 1933 I, S. 480.

die gerade in der *Judenfrage* notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechtes nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Wenn auch den im Inlande ansässigen Juden aus allgemeinpolitischen Erwägungen die deutsche Staatsangehörigkeit belassen werden möge, so gehe es doch auf der anderen Seite nicht an, den nach dem derzeitigen Staatsangehörigkeitsrecht noch möglichen weiteren Zugang von Juden in den deutschen Staatsverband durch außereheliche Geburt, durch Legitimation und durch Heirat auch in Zukunft zu dulden. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht werde daher Vor-sorge treffen müssen, daß Juden die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, Legitimation und Heirat künftig nicht mehr erwerben könnten.⁵ Daß dieselbe Regelung auch zum Beispiel für die Zigeuner werde getroffen werden müssen, bedürfe keiner näheren Erörterung. Weiter werde bei der Neugestaltung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch Verehelichung der Frau nicht allein die rassisch unerwünschte Ausländerin auszu-nehmen sein, in gleicher Weise müßten auch die deutschblütigen Ausländerinnen behan-delt werden, die allem rassischen Empfinden zuwider einen Juden deutscher Staatsan-gehörigkeit heirateten. Im übrigen werde aber der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Verehelichung einer Ausländerin mit einem deutschen Staats-angehörigen beibehalten werden müssen. Dem Erwerb durch Aufnahme und durch An-stellung sollte man nicht nur von vornherein endgültig und bedingungslos zustimmen. Vielmehr erscheine eine gewisse *Bewährungsfrist von etwa fünf Jahren* als angemessen. Von den weiteren Einzelhinweisen des Staatssekretärs sei der hervorgehoben, daß die Aberkennung der Staatsangehörigkeit von Amts wegen auch in Zukunft beizubehalten sei. Es sei zu prüfen, ob eine Aberkennung auch für im Inland begangene Treuepflicht-verletzungen eingeführt werden solle.

DOK. 44

Paul Strauss bittet am 17. Juni 1938 das Städtische Schulamt Frankfurt a. M. darum, seinen Sohn vom Realschulunterricht zu befreien¹

Brief von Paul Strauss,² Frankfurt a. M., Fürstenbergerstr. 171 II, an das Städtische Schulamt, Frank-furt a. M. (Eing. 18.6. 1939),³ vom 17.6. 1938

Mein Sohn, Kurt Strauss,⁴ hat die Berufsschule für Kochlehrlinge besucht und nahm dreimal am Unterricht teil. Nach diesem Unterricht wurde er von dem Lehrer der Berufs-schule weggeschickt und an die Hirsch-Realschule⁵ überwiesen.

5 Am 14.2.1938 hatte der RMDI einen Entwurf für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht vorgelegt; die Diskussion darüber zog sich über mehrere Jahre hin und endete ohne Einigung über eine umfas-sende Neuregelung. Mit der 11.VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 wurden jedoch alle Ju-den deutscher Staatsangehörigkeit, die sich dauerhaft im Ausland aufhielten, für staatenlos erklärt.

1 IfS Frankfurt a. M., Schulamt/2.368.

2 Paul Strauss (*1885), Zimmermann; am 14.11.1938 ins KZ Dachau verschleppt, später Emigration in die USA.

3 Richtig: 18.6. 1938, da die Hirsch-Realschule im Juni 1939 schon nicht mehr existierte.

4 Kurt Strauss (1923–1941).

5 Samson Raphael Hirsch-Schule, gegr. 1853, koedukativ, orthodox orientiert, bot von 1933 an ver-stärkten Englisch- und Hebräischunterricht sowie Tischlerkurse zur Vorbereitung der Emigration an, Ende März 1939 aufgelöst.

In der dortigen Schule findet ein Fachunterricht nicht statt. Es ist lediglich, soweit bisher festgestellt wurde, theoretischer Unterricht, und zwar zum grossen Teil auf einer Grundlage, die unserer Auffassung nicht entspricht. Andererseits kostet dieser Fachschulunterricht pro Monat M 6.–. Ich bin leider gezwungen, jeden Pfennig für den notwendigen Lebensunterhalt meiner Familie zu verwenden. Schon seit längerer Zeit muss meine Frau⁶ mitverdienen, um diesen direkt notwendigen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Mein bisheriger Mitverdienst fällt demnächst ebenfalls fort, weil meine Vertreterstellung gekündigt wurde.

Ich erlaube mir deshalb die ergebene Anfrage, ob mein Sohn nicht von dem Unterricht in der Hirsch-Realschule befreit werden kann. Ich darf hierzu bemerken, dass er fachlich äusserst interessiert und strebsam ist, sodass irgendeine Benachteiligung in seinem allgemeinen Fortkommen nicht zu erwarten ist.

Für eine Bewilligung dieser meiner Bitte bei Berücksichtigung meiner ausserordentlich schwierigen finanziellen Lage wäre ich zu grossem Dank verpflichtet.

Für die Beantwortung dieses Gesuches erlaube ich mir, ein Freikuvert beizufügen.⁷

Anlage: 1 Freikuvert.

DOK. 45

Der Sicherheitsdienst der SS stellt am 20. Juni 1938 Überlegungen zur Rolle der Reichsbank und des Reisebüros Schlie bei der Auswanderung österreichischer Juden an¹

Vermerk vom Leiter des Judenreferats im SD-Hauptamt (II 112,Hg/Pi), Hagen, vom 20. 6. 1938

1. Vermerk

Betr.: Auswanderung aus Österreich

Vorg.: Tel. Rücksprache II 112 mit SS-UStuf. Eichmann am 17.6.

a.) Eichmann teilte telephonisch über das Ergebnis der mit bzw. von Reichsbankrat Wolf² gepflogenen Verhandlungen mit, daß sie einen vollen Erfolg gezeitigt hätten. Reichsbankrat Wolf habe vorbehaltlich der Zustimmung seines Ministeriums zugesagt, daß ohne die Zustimmung des SD-O.A. Österreich, II 112, keine Devisengenehmigungen für die jüdische Auswanderung erteilt würden. Darüber hinaus habe sich aus dem Besuch Wolfs in Wien die Möglichkeit ergeben, auch das Altreu-Verfahren auf das Gebiet des Landes Österreich auszudehnen.

⁶ Johanna Strauss (1897–1985), Kindergärtnerin; emigrierte in die USA.

⁷ Dem Gesuch wurde stattgegeben mit Verweis darauf, dass Kurt Strauss als Jude weder einen Ausbildungsvertrag als Kochlehrling erhalten, noch die Gehilfenprüfung ablegen könne; Schreiben der Berufsschule V an das Schulamt Frankfurt a.M. vom 29.6. 1938, wie Anm. 1.

¹ BArch, Dok/K 99/3.

² Gustav August Louis Wolf (1892–1973), Kaufmann; von 1920 an Reichsbankbeamter, von 1937 an Leiter der Abt. Auslandsschulden, nach Kriegsbeginn führte er die Stillhalterverhandlungen mit ausländischen Gläubigerbanken und erweiterte erfolgreich den Kreditrahmen für Deutschland, 1940 Ernennung zum Direktor bei der Reichsbank.

Zur raschen Belebung der Auswanderung ist zugesagt worden, daß die von ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellten Unterstützungsgelder in voller Höhe in Österreich zur Auszahlung gelangen, d.h. ohne den üblichen Abzug von 100 %.

b.) In der gleichen Zeit, in der sich Reichsbankrat Wolf in Wien aufhielt, befand sich der Leiter des Reisebüros Schlie, Berlin, in Wien und hat verhandelt wegen der Einrichtung eines insbesondere für die jüdische Auswanderung bestimmten Reisebüros.³ Er hat sich verpflichtet, falls die Errichtung gebilligt würde, den bei der Isr. Kultusgemeinde und dem Palästina-Amt registrierten Auswanderungslustigen die Möglichkeit zur Abwanderung nach Übersee zu beschaffen.

Da Schlie zum Teil als Zuträger tätig gewesen ist, wäre auf diese Weise eine Kontrollmöglichkeit für die tatsächliche Durchführung der Auswanderung im Errichtungsfalle gegeben. (Anm.: Falls die Errichtung eines solchen Büros gefördert werden kann, ohne daß Schlie dabei von hier aus Möglichkeiten zu einem unlauteren Gewinn gegeben werden, müßte an die Reichsstelle für das Auswanderungswesen⁴ herangetreten werden, die den Standpunkt vertritt, daß die beiden jüdischen Auswanderungsstellen⁵ für die Durchführung der Auswanderung genügen).

c.) Außerdem hat es sich als notwendig erwiesen, eine Organisation zu gründen, die die nicht reichsbürgerfähigen jüdischen Mischlinge aufnimmt nach dem Vorbild der Vereinigung 1937⁶ Dazu benötigt der O.A. die Statuten der Vereinigung 1937⁷

Zur Vorbereitung der geplanten Landesvertretung der Juden in Österreich werden die Statuten der Reichsvertretung für die Juden in Deutschland benötigt.⁸

II 112

[...] ⁹

3 Heinrich Schlie betrieb in der Eisenacher Str. 1B in Berlin ein Reisebüro, das eng mit dem SD kooperierte und spätestens von Okt. 1938 an eine Dependence in Wien in unmittelbarer Nähe der Zentralstelle für jüdische Auswanderung unterhielt; Bericht des Hanseatischen Reisebureaus Schlie, 25.10.1938, RGVA, 500k-1-669, Bl. 78–83. Gegenüber der Deutschen Botschaft in Rom und dem ital. Kolonialministerium gab sich Schlie als „Mitglied der Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aus und forderte das Monopol zur Durchführung von Judentransporten nach Abessinien. Als Gegenleistung versprach er den ital. Behörden, die Verantwortung für die Auswahl der Juden nach Berufen und „hinsichtlich der moralischen Qualifikation“ zu übernehmen; Bericht Schlies für die Zentralstelle, 14.6.1939, PAAA R 99491.

4 Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin mit Zweigstellen in diversen deutschen Städten war 1902 als Zentralauskunftsstelle für Auswanderer gegründet worden. Die Behörde gehörte 1919–1924 als Reichswanderungsamt und 1924–1945 als Reichsstelle für das Auswanderungswesen zum RMdI.

5 Gemeint sind der Hilfsverein und das Palästina-Amt.

6 Die „Vereinigung 1937“ hieß bis 1936 „Paulus-Bund“ und ging aus dem 1933 gegründeten „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V.“ hervor, dessen Mitglieder als gleichwertige Deutsche anerkannt werden wollten. Von März 1937 an durften auf behördliche Weisung nur noch sog. Mischlinge Mitglieder sein, und der Name der Organisation wurde in „Vereinigung 1937“ geändert. 1939 folgte das Verbot durch die Gestapo. Als Nachfolger wurde 1946 der „Verband der Opfer der Nürnberger Gesetze“ von der brit. Militärregierung genehmigt.

7 Handschriftl. eingefügt: „wird bereits erledigt“.

8 Handschriftl. eingefügt: „wird bereits erledigt“.

9 Im Original hier noch: „2. II 1 m.d.B. um Kenntnissnahme. 3. II 1123 zur Absendung der Statuten.“ Handschriftl. „4. zdA.“ und Abzeichnungen.

DOK. 46

**Der Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde berichtet am 21. Juni 1938
über die Unterrichtssituation jüdischer Schüler in Wien¹**

Bericht des Amtsdirektors und Leiters der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (Josef Löwenherz)²
vom 21.6. 1938 (Durchschrift)

Bericht über den Schulunterricht der jüdischen Jugend in Wien vom 21. Juni 1938.

A) Die Unterrichtsverhältnisse zu Beginn des Schuljahres 1937/38:

I. Pflichtschulen:

a) Schüler

1.) An Volksschulen:	Knaben:	2 289		
	Mädchen:	2 401	zusammen:	4 690
2.) An Hauptschulen:	Knaben:	1 229		
	Mädchen:	1 620	zusammen:	2 849
daher insgesamt an den Pflichtschulen:				7 539

b) Schulen:

1.) Volksschulen:	2.) Hauptschulen:	3.) Hilfsschulen:	7
		(Anzahl der Schüler:	64)
Staatlich:	3	Städtisch:	149
Städtisch:	241	Jüdisch:	1
Privat:	6	Zusammen:	150
Jüdisch:	2		
Zusammen:	252		

c) Religionslehrer:

1.) Lehrer der Israelitischen Kultusgemeinde Wien:	28
2.) " " Gemeinde Wien:	8
Zusammen:	36

Da die Anzahl der Schüler nicht in allen Schulen jene Höhe erreichte, die einen besonderen Religionsunterricht erforderlich machte, wurden die jüdischen Schüler in 113 Religionsstationen zusammengezogen, an denen von den bereits angeführten Religionslehrern der Unterricht erteilt wurde.

II. Mittelschulen:

a) Schüler:

Knaben:	2 911
Mädchen:	2 327
Zusammen:	5 238

¹ BArch, ZB 7050 A.7.

² Josef Löwenherz (1884–1960), Jurist; Delegierter der 10.–15. Zionistenkongresse (1911–1915), von 1918 an Rechtsanwalt in Wien, 1924–1937 Vizepräsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, von 1936 an Direktor der Jüdischen Gemeinde Wien; am 18.3.1938 verhaftet, Anfang Mai 1938 von Eichmann mit der Reorganisation der Gemeinde und der Forcierung der jüdischen Auswanderung beauftragt; 1945 von den sowjet. Besatzungsbehörden verhaftet und noch im selben Jahr in die USA emigriert.

b) Schulen:

Knaben:	Staatliche M.Sch.	40
	Privat " "	4
	Zusammen:	44

1 Jüd. RG mit Koedukation.

Mädchen:	Staatliche M.Sch.	1
	Privat " "	15
	Zusammen:	16

c) Religionslehrer:

Pragmatisiert:	11
Hilfslehrer im Vertragsverhältnis:	20
Zusammen:	31

Auch an den Mittelschulen wurden die jüdischen Schüler in 62 Stationen zusammengefasst.

III. Fachschulen:

Schülerzahl:	2 544
Schulen:	22

IV. Allgemeiner Ueberblick:

Zu Beginn des Schuljahres 1937/38 besuchten 15 321 jüdische Schulkinder 492 Schulen aller Art und erhielten in 197 Stationen zusammengefasst von 67 Lehrern ihren Religionsunterricht.

Die weltlichen Fächer wurden zu einem, wenn auch ganz geringen, Teil ebenfalls von jüdischen Lehrern unterrichtet.

*B) Die Unterrichtsverhältnisse nach der Neuordnung**I. Pflichtschulen:**a) Schüler:*

1.) An Volksschulen:	Knaben:	2 251
	Mädchen:	2 142
	Zusammen:	4 393

2.) An Hauptschulen:	Knaben:	850
	Mädchen:	1 804
	Zusammen:	2 654

insgesamt an den Pflichtschulen: 7 047

b) Schulen:

Städtische Volks- und Hauptschulen:	14
Jüdische Schulen:	2
An den Privatschulen keine Aenderung.	

c) Religionslehrer:

Lehrer der Israelitischen Kultusgemeinde Wien: 22

Die städtischen Lehrer (acht an der Zahl wurden in den Ruhestand versetzt.)

II. Mittelschulen:

a) Schüler:	Knaben:	2 427	b) Schulen:	7
	Mädchen:	1 216		An den Privatschulen keine Aenderung.
	Zusammen:	3 643	c) Religionslehrer:	17

III. Fachschulen:

Der Schülerstand an den Fachschulen kann nicht genau ermittelt werden, da der Religionsunterricht an diesen Anstalten jetzt nur zum Teil erfolgt, so dass der Kultusgemeinde keinerlei Daten zur Verfügung stehen.

Die Schülerzahl an den Hilfsschulen ist unverändert.

IV. Allgemeiner Ueberblick:

Nach Neuordnung des Unterrichts besuchten 10 690 jüdische Schulkinder 21 öffentliche Schulen (Volks-, Haupt- und Mittelschulen) wie auch 3 jüdische Schulen (private Lehranstalten sind unberücksichtigt geblieben) und erhielten von 39 Lehrern ihren Religionsunterricht. Die weltlichen Fächer werden von arischen Lehrkräften unterrichtet. Die Zahl der Mädchen an den Hauptschulen (1804 gegen 1620 zu Beginn des Schuljahres) weist auf eine Rückwanderung aus den Mädchenmittelschulen hin. Dagegen ist die Zahl der Knaben um $\frac{1}{3}$ zurückgegangen. An den Volksschulen ist ein ungefähr 7%iger Rückgang festzustellen.

Während sich die Zahl der Knaben an den Mittelschulen um rund $\frac{1}{6}$ verringerte, ist bei den Mädchen ein Rückgang von fast 50 % ersichtlich (2327 : 1816).

*Vorschläge für das Schuljahr 1938/39:**A) Volks- und Hauptschulen*

I. Anzahl der Schulen: Die Neueinteilung des Unterrichts brachte es mit sich, dass in den jüdischen Schulen Klassen mit 60 bis 70 Schülern keine Seltenheit bilden, was sowohl für die Lehrer als auch für die Schüler gesundheitlich schädlich ist und sich in pädagogischer Hinsicht ungünstig auswirkt.

Die Entfernung der Schule vom Elternhause ist in manchen Fällen bedeutend, worunter besonders die Kinder der Volksschule im Alter von 6 bis 10 Jahren zu leiden haben.

Für das kommende Schuljahr würde es sich daher dringend empfehlen, die Anzahl der Volks- und Hauptschulen zu vermehren, damit die Schülerzahl in den einzelnen Klassen nicht allzu gross sei.

Durch Gewährung von Schülerfahrtscheinen könnte die Frage der Entfernung vom Elternhause in berücksichtigungswerten Fällen gelöst werden.

Die zwei bestehenden jüdischen Schulen sind jetzt durch Ueberfüllung in ihrer Arbeit behindert. Die Voranmeldungen lassen für das kommende Schuljahr eine weitere Belastung befürchten. Durch Ueberlassung freier Schulräumlichkeiten könnte die Tätigkeit dieser Anstalten bedeutend gefördert werden.

II. Lehrer: Es liegt im Interesse des Unterrichtserfolges, dass die jüdischen Schüler, wenn nur möglich, von jüdischen Lehrern unterrichtet werden. Da die Zahl der jüdischen Lehrer, die für Volks- und Hauptschulen geprüft sind, ausserordentlich gering ist, wird es wohl unvermeidlich sein, dass geprüfte Mittelschullehrer die Erlaubnis erhalten, auch an Volks- und Hauptschulen zu unterrichten. Ausserdem sollen jüdische Lehramtskandidaten die Möglichkeit erhalten, die Lehrbefähigung für jüdische Schulen zu erlangen.

III. Lehrplan: Der Lehrplan muss der bevorstehenden Auswanderung der jüdischen Schuljugend Rechnung tragen. Es wird daher die Ueberleitung zu einem gewerblichen Fachunterricht weitgehend berücksichtigt werden müssen. Ein intensiver Unterricht der hebräischen Sprache ist nicht nur von ideologischer Bedeutung, sondern mit Rücksicht auf die Palästinawanderung auch praktisch wertvoll. Der Unterricht einer Fremdsprache (Englisch, Französisch, Spanisch) muss ebenfalls ins Auge gefasst werden.

B) Mittelschulen:

I. Anzahl der Schulen:

Die Einschränkung des Hochschulstudiums lässt eine Verminderung der jetzt bestehenden jüdischen Mittelschulen als möglich erscheinen; keineswegs kann jedoch die einzige private Mittelschule, das Chajesrealgymnasium,³ als ausreichend bezeichnet werden. Es darf nicht übersehen werden, dass die Schüler des Obergymnasiums berechtigterweise das Bestreben haben, ihr Mittelschulstudium zu beenden, um gegebenenfalls nach erfolgter Auswanderung an einer ausländischen Hochschule zu inskribieren. Da die Errichtung einer jüdischen Mittelschule in der Provinz wegen der allzu geringen Schülerzahl nicht in Frage kommt, darf der Erwartung Ausdruck verliehen werden, dass im kommenden Schuljahre der jüdischen Jugend einschliesslich des Chajesrealgymnasiums vier Mittelschulen zur Verfügung stehen werden. Eine dieser Anstalten sollte als Mädchenmittelschule geführt werden. Es wird bei dieser Gelegenheit auf das Mädchenrealgymnasium II, Novaragasse 3, hingewiesen, das derzeit von mehr als 90 % jüdischen Schülerinnen besucht und von einem überwiegend jüdischen Schulverein erhalten wird.

Hervorgehoben muss werden, dass bei der Festsetzung einer Höchstzahl jüdischer Mittelschüler nicht das Zahlenverhältnis in Wien, sondern das Zahlenverhältnis im Lande Deutschösterreich massgebend sein sollte, da ja die Wiener Schulen auch für die Schüler der Provinzgemeinden berechnet sind.

II. Lehrer: Auch an Mittelschulen kann der richtige Lehrerfolg, der die Einstellung der jüdischen Jugend auf Palästina bezweckt, in erster Linie von jüdischen Lehrern erreicht werden. Die Reaktivierung der in den dauernden Ruhestand versetzten jüdischen Lehrer könnte in irgendeiner Form erfolgen, ohne den staatlichen Haushalt besonders zu belasten.

III. Lehrplan: Die jüdischen Schulen müssten eine beträchtlich höhere Stundenzahl aufweisen, um die Erweiterung des hebräischen Unterrichts und den intensiven Unterricht einer Fremdsprache sowie der Judentumskunde in Verbindung mit Palästina im Stundenplan unterbringen zu können.

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien hofft, dass sie bei der Einrichtung dieser Schulen zur Mitarbeit herangezogen wird, um den nationalen und religiösen Charakter dieser Anstalten auszugestalten.

C) Fachschulen:

Für die landwirtschaftliche und gewerbliche Ausbildung kommen neben den 2544 Schülern des laufenden Schuljahres 1771 jüdische Knaben und Mädchen in Betracht, wel-

³ Das Jüdische Privatgymnasium wurde mit finanzieller Unterstützung der Jüdischen Gemeinde 1919 in Wien eröffnet und 1927 nach dem Tod des Oberrabbiners und Schulgründers Zwi Perez Chajes in Chajesrealgymnasium umbenannt. 1939 wurde die Schule geschlossen, jedoch war ein Schulbetrieb für jüdische Kinder noch bis 1941 möglich, 1941–1945 diente das Gebäude als Sammellager für die Deportation von Juden; 1980 als Zwi Perez Chajes-Schule wieder eröffnet. Siehe auch Dok. 286 vom 31.5.1939.

che jetzt die IV. Hauptschul- bzw. Mittelschulklasse besuchen. Hierzu kommen noch 2260 jüdische Jugendliche aus den verschiedenen Klassen des Obergymnasiums, die zum überwiegenden Teil zum Zwecke der Auswanderung gewerblich geschult werden müssen. Selbst nach Abrechnung der bereits Ausgewanderten bzw. Ausgebildeten muss mit ungefähr 5000 jüdischen Jugendlichen gerechnet werden, die für Fachschulen in Frage kommen. Ein Teil dieser Jugend soll der landwirtschaftlichen Betätigung zugeführt werden. – Dieser Teil kann jedoch höchstens 10 % bis 20 % ausmachen, so dass für ungefähr 4000 in gewerblicher Beziehung vorgesorgt werden muss.

Für die Ausbildung der weiblichen Jugend: Für Mädchen im Alter von 14–18 Jahren sowie für den Umschichtungsprozess Erwachsener in einer gekürzten Lehr- und Ausbildungsdauer in Schneiderei, Modisterei, Koch- und Haushalts- sowie anderen für Auswanderungswillige bestimmten Kursen (Kosmetik, Frisieren) könnte die seit Jahren bestehende jüdische Zentralanstalt für Mädchenerziehung und -fortbildung (Dr. Krüger-Heim), II. Malzgasse 7, herangezogen werden.

Für die männliche Jugend werden aber Fachschulen benötigt, an denen auch Kurse für Erwachsene zur Vorbereitung der Auswanderung veranstaltet werden könnten.

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien bittet daher um die Errichtung zweier jüdischer Fachschulen, an denen, soweit jüdische Lehrer für die entsprechenden Fächer vorhanden sind, dieselben für den Unterricht zu verwenden wären.

DOK. 47

Der Botschafter der USA in Berlin informiert seinen Außenminister am 22. Juni 1938 über antijüdische Demonstrationen und Verhaftungen von Juden¹

Bericht Nr. 196 des US-Botschafters in Berlin, Hugh R. Wilson,² an den Außenminister in Washington³ vom 22.6. 1938

Betrifft: Demonstrationen gegen jüdische Geschäfte

Exzellenz,

unter Bezugnahme auf das Botschaftstelegramm Nr. 307 vom 16. Juni um 11 Uhr,⁴ in dem über umfangreiche Verhaftungen von Juden berichtet wurde, habe ich die Ehre,

1 NARA, RG 59, CDF 862.4016/1744; Abdruck in: The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes, hrsg. von John Mendelsohn, Vol.1, New York 1982, S. 138–145. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Hugh Robert Wilson (1885–1946), Diplomat; von 1911 an im diplomatischen Dienst der USA, u.a. in Buenos Aires, Wien, Bern, Paris, Tokio und mehrfach in Berlin, 1938–1939 als Botschafter in Deutschland, 1941–1945 beim Office of Strategic Services tätig, dem Vorgänger der CIA.

3 Cordell Hull (1871–1955), Jurist und Politiker; 1907–1931 Abgeordneter im US-Abgeordnetenhaus, 1931–1933 US-Senator und 1933–1944 Außenminister; 1945 Friedensnobelpreis.

4 In seinem Telegramm berichtete Wilson dem US-Außenminister, dass in Berlin und andernorts Juden verhaftet worden seien, die aufgrund lange zurückliegender Vergehen der Polizei bekannt waren. Die Zahl der Festgenommenen und deren Verbleib seien unbekannt, vermutlich kämen sie in KZ oder würden zur Zwangsarbeit eingesetzt. Führende Vertreter des Judentums vermuteten, dass die Verhaftungen die Auswanderung beschleunigen sollten, zumal die Presse kürzlich gemeldet habe, dass bei der gegenwärtigen Auswanderungsrate der letzte Jude Deutschland erst in 30 Jahren verlassen würde; Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1938, Vol. II, Washington 1955, S. 376 f.

das Ministerium davon zu unterrichten, dass auf diese Aktion am Wochenende des 18. Juni organisierte Demonstrationen gegen jüdische Geschäftsinhaber in Berlin folgten.

Vom späten Samstagnachmittag an konnte man Gruppen von Zivilisten, gewöhnlich bestehend aus zwei oder drei Männern, beobachten, die an die Schaufenster jüdischer Geschäfte das Wort „Jude“ in großen roten Buchstaben, den Davidsstern und Karikaturen von Juden malten. Auf dem Kurfürstendamm und in der Tauentzienstraße, dem eleganten Einkaufsviertel im Berliner Westen, wurde den Malern die Arbeit dadurch erleichtert, dass am Vortag jüdische Geschäftsinhaber angewiesen worden waren, ihre Namen in weißen Buchstaben am Laden anzubringen. (Dieser Schritt war offensichtlich im Vorgriff auf eine bevorstehende Regelung verfügt worden, wonach Juden verpflichtet werden sollen, ein einheitliches Erkennungszeichen anzubringen.⁵ Dies machte deutlich, dass in diesem Viertel immer noch eine überraschend große Zahl von jüdischen Geschäften existiert.) Den Malenden folgte jeweils ein großer Trupp Schaulustiger. Diese genossen das Geschehen offensichtlich sehr. Nach Ansicht informierter Kreise wurde die Maßnahme von Vertretern der Arbeitsfront und nicht wie früher von der SA oder SS durchgeführt. Man weiß, dass sich in der Gegend um den Alexanderplatz Hitler-Jungen an den Malaktionen beteiligten, die ihren Mangel an Geschick durch Phantasie und Gründlichkeit bei der Zerstörung wettmachten. Es gibt Berichte, wonach in dieser Gegend mehrere Läden geplündert und deren Besitzer zusammengeschlagen wurden; man sah etwa ein Dutzend eingeschlagene oder leere Vitrinen und Schaufenster, was diese Berichte glaubwürdig erscheinen lässt.

Eine Besichtigungstour durch die Innenstadt bot am Sonntag einen traurigen Anblick, insbesondere in den von Juden bewohnten Gegenden. Dort waren Polizisten, die durch die leeren und beschmierten Straßen patrouillierten, praktisch die einzigen Personen, die man sehen konnte. Im Westen der Stadt hatten am Montag die meisten Inhaber die Bemalungen ihrer Geschäfte weggewischt, mit Ausnahme der größeren Geschäfte von Rosenhain und Grünfeld, die ihren Konkurrenten bereits seit langem ein Dorn im Auge waren. Dort standen kleine Jungen und bösartig wirkende Herumtreiber weiterhin Posten. Insgesamt scheinen sich in den fünf Jahren der Judenhetze in Berlin die Methoden öffentlicher Demonstrationen hinsichtlich ihrer Originalität erschöpft zu haben. Allerdings sind die jüngsten Maßnahmen insofern von Bedeutung, als sie den ersten Versuch seit 1933 darstellen, jüdische Geschäfte organisiert zu kennzeichnen und Posten vor diesen aufzustellen. Im Übrigen wurde bekannt, dass mindestens vier ausländische Korrespondenten, darunter drei Amerikaner und ein Engländer, festgenommen worden sind, weil sie die beschmierten jüdischen Geschäfte fotografiert hatten. Nachdem sie sich ausgewiesen und wiederholt versichert hatten, dass ihnen keinerlei Gesetz bekannt sei, das Fotos dieser Art verbiete, wurden sie wieder freigelassen. Allerdings heißt es, dass das Auto und die Kamera des englischen Journalisten vorläufig von der Polizei einbehalten worden seien.

Das *Deutsche Nachrichten Büro* veröffentlichte am Samstag, den 18. Juni, ein Communiqué zu den Verhaftungen der vergangenen Woche. Darin wird festgestellt, dass in Fortsetzung der Ende Mai durchgeführten Razzien, bei denen 317 verdächtige Juden verhaftet worden waren, nun am 16. Juni weitere 143 Juden festgenommen worden seien. Das

5 Zur Diskussion um die Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte siehe Einleitung, S. 19.

Deutsche Nachrichten Büro behauptete, dass diese Razzien ausschließlich gegen kriminelle Elemente gerichtet und nicht im Geringsten von politischen Erwägungen motiviert seien. Man räumte allerdings ein, dass einige Juden zu ihrer eigenen Sicherheit in Haft genommen worden seien, um sie vor der wachsenden öffentlichen Empörung zu schützen. Diese sei ausgelöst worden durch einen neuerlichen Zustrom von Juden in die Hauptstadt, wo diese offenbar hofften, der Überwachung zu entgehen. Es hat den Anschein, dass zwar einige der alten und gebrechlichen Verhafteten entlassen worden sind, jedoch die Zahl der weiterhin inhaftierten Juden in etwa die gleiche geblieben ist und sich möglicherweise auf insgesamt mehrere Hundert Personen beläuft. Es heißt, dass diejenigen, die nicht fest in Berlin leben, in ihre Herkunftsgemeinden zurückverfrachtet werden und dass andere womöglich in ein neues Arbeitslager in der Nähe von Weimar geschickt werden.⁶

Am 21. Juni, als der Höhepunkt der Demonstrationen vorerst überschritten war, versuchte der *Völkische Beobachter* mit den Juden und der ausländischen Presse gleichzeitig kurzen Prozess zu machen, indem er behauptete, die Auslandspresse sei den Juden zu Hilfe geeilt.⁷ Unter Hinweis darauf, dass im vergangenen Monat mehr als 3000 Juden nach Berlin zugezogen seien, erklärte die Redaktion des *Völkischen Beobachters*, die Bevölkerung sei gezwungen, Selbsthilfemaßnahmen zu ergreifen, zumal die Juden dazu übergegangen seien, Frauen auf der Straße zu belästigen. In derselben Ausgabe der Zeitung vergleicht Karl Megerle,⁸ der vor allem für seine Beiträge zur internationalen Politik in der *Börsenzeitung* bekannt ist, die gemäßigten gegenwärtigen antijüdischen Maßnahmen mit den Gewalttaten, die von den alliierten Besatzungstruppen im Rheinland und Ruhrgebiet an den Deutschen verübt worden seien und in der damaligen ausländischen Presse überhaupt keine Erwähnung gefunden hätten.⁹

Zu der bereits langen Liste antijüdischer Repressionen kommt nun noch die am 21. Juni bekannt gegebene Anordnung des Wirtschaftsministers hinzu, die jüdischen Wertpapierhändlern den weiteren Zugang zu deutschen Wertpapier- und Warenbörsen untersagt.¹⁰ Im Interesse der allgemeinen Wirtschaft soll den jüdischen Wertpapierhändlern jedoch einstweilen gestattet werden, sich über entsprechend bevollmächtigte „arische“ Mitarbeiter zu betätigen. Am selben Tag wurde auch bekannt gegeben, dass Postämter künftig das von jüdischen Firmen versandte Werbematerial nicht mehr zu den üblichen günstigen

6 Gemeint ist das KZ Buchenwald. Zu der Verhaftungswelle im Juni 1938 siehe Einleitung, S. 21, und Dok. 39 vom 1.6. 1938.

7 „Die armen Juden. Die Hintergründe der ‚Judenverfolgung‘“, VB (Berliner Ausg.), Nr. 172 vom 21.6. 1938, S. 1.

8 Dr. Karl Megerle (1894–1972), Journalist; von 1931 an freier Mitarbeiter der Zeitungen VB, Berliner Börsenzeitung, NSZ-Rheinfront und Westfälische Landeszeitung; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934 Referent im Propagandaministerium mit Sonderaufträgen in Österreich; von 1938 an MdR; 1939 wiss. Hilfsarbeiter im AA, 1941 Beauftragter für Propaganda und 1943 für das Informationswesen im Persönlichen Stab RAM; nach 1945 journalistisch tätig.

9 „Deutsche ‚Barbarei‘ und französische ‚Humanität‘“ von Dr. Karl Megerle; VB (Berliner Ausg.), Nr. 172 vom 21.6. 1938, S. 8.

10 Erlaß über die Abänderung der Börsenordnung sämtlicher deutschen Börsen- und amtlichen Kursmärkte vom 20.6. 1938; Bruno Blau, Das Ausnahmerecht für Juden 1933–1945, Düsseldorf 1954, S. 46.

Tarifen zustellen würden, es sei denn, es handle sich bei den Adressaten um jüdische Kunden und Firmen.¹¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die gegenwärtige antijüdische Kampagne an Gründlichkeit alles seit Anfang 1933 Geschehene übertrifft und über einen bloßen sommerlichen Überschwang der Partei wie 1935 hinausgeht. Zweifellos wird die gegenwärtige Dynamik durch die neue Macht über die jüdische Bevölkerung Österreichs ausgelöst und von dem Verdacht angeheizt, dass möglicherweise viele österreichische Juden nach Berlin gekommen sein könnten, um dort Zuflucht zu suchen. Außerdem mag das Gefühl eine Rolle spielen, dass die Emigration insgesamt zu langsam vonstatten geht. So wie die Ausschreitungen von 1935 zu den Nürnberger Gesetzen vom September desselben Jahrs führten,¹² geht man davon aus, dass die aktuelle Kampagne weitere gesetzliche Maßnahmen nach sich ziehen wird. In diesem Zusammenhang wird auf die unmissverständliche Ankündigung verwiesen, die Dr. Goebbels in seiner Rede am 21. Juni anlässlich der „Sonnwendfeier“ im Olympiastadion gemacht hat.¹³

Wie das *12 Uhr Blatt* berichtete, stellte Dr. Goebbels die Frage: „Ist es nicht geradezu empörend und treibt es einem nicht die Zornesröte ins Gesicht, wenn man bedenkt, daß in den letzten Monaten nicht weniger als 3000 Juden nach Berlin eingewandert sind? Was wollen die hier?“¹⁴ Dr. Goebbels fuhr dann fort, dass die Auseinandersetzung mit dem internationalen Judentum nach den Gesetzen von Partei und Staat vollzogen würde und nicht auf der Straße. Gesetzliche Maßnahmen würden dafür sorgen, dass in absehbarer Zeit der jüdische Einfluss auf die deutsche Wirtschaft gebrochen werde. Dr. Goebbels „ersuchte“ die jüdische Bevölkerung, nicht weiterhin so provokant in der Öffentlichkeit aufzutreten, während er die [nichtjüdische] Bevölkerung „aufforderte“, Disziplin zu wahren. (In diesem Zusammenhang geben die hiesigen Auslandskorrespondenten an, man habe ihnen mitgeteilt, dass solche „aktiven Maßnahmen“ wie das Bemalen der Schaufenster in der vergangenen Woche von der Partei abgeblasen worden seien.)

Man hält es für möglich, dass die angekündigten Gesetze folgen, sobald die Registrierung jüdischen Eigentums am 30. Juni gemäß der jüngsten Verordnung abgeschlossen ist, und spätestens auf dem bevorstehenden Parteitag im September bekannt gegeben werden.¹⁵ Eine Maßnahme, die sich in Erwartung weiterer allgemeiner und gesetzlicher Schritte als wirksam erwiesen hat, ist folgende verschiedentlich angewandte Praxis: Ein Parteimitglied tritt an den jüdischen Inhaber eines florierenden Geschäfts heran und „rät“ ihm zu verkaufen, und zwar zu einem vom „arischen“ Kaufinteressenten (oftmals das Parteimitglied selbst) willkürlich genannten Preis.

Hochachtungsvoll

11 Am 24.6. 1938 meldete die JR, dass die Deutsche Reichspost Postwurfsendungen jüdischer Absender künftig nur noch befördere, wenn sie an jüdische Gewerbebetriebe gerichtet seien; JR, Nr. 50 vom 24.6. 1938, S. 3.

12 Siehe VEJ 1/198 und 199.

13 Siehe Dok. 48 vom 23.6. 1938.

14 Zitiert nach: „Sonnwend im Olympiastadion. Dr. Goebbels über das Judenproblem in Berlin“ im *12 Uhr Blatt* (Berliner Ausg.), Nr. 148 vom 22.6. 1938, S. 1f.

15 Der Reichsparteitag 1938 fand vom 5. bis 12.9. statt. Die meisten Verordnungen zum Ausschluss der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ergingen im November, unmittelbar nach dem Pogrom; siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

DOK. 48

Völkischer Beobachter: Artikel vom 23. Juni 1938 über Joseph Goebbels' Rede im Berliner Olympiastadion, in der er neue antijüdische Maßnahmen ankündigt¹

Dr. Goebbels kündigt an:

*Gesetzliche Maßnahmen zur Ausschaltung des jüdischen Einflusses in der Wirtschaft
Scharfe Zurückweisung jüngster jüdischer Unverschämtheiten*

Berlin, 22. Juni.²

Lodernd und züngelnd schlugen aus dem Holzstoß inmitten des breiten Ringes der 6000 Fackelträger die Flammen zum nächtlichen Himmel empor, als der Gauleiter von Berlin, Reichsminister Dr. Goebbels, im strahlend weißen Licht der Scheinwerfer an das Rednerpult trat, um der Sonnenwendfeier seines Gaues durch eine packende und mitreißende Rede Inhalt und Weihe zu geben. Jubelnde Heilrufe drangen von allen Rängen des weiten Stadions zur hochragenden Ehrentribüne herüber, als Dr. Goebbels das Wort nahm.

Er begann bei dem Sinn der Feier: Der Nationalsozialismus habe den alten germanischen Brauch der Sonnenwendfeier aus dem Erleben unserer Tage wieder zu Ehren gebracht, habe Brauchtum der Väter und Empfinden des modernen Menschen des 20. Jahrhunderts verschmolzen. Fast wie ein Märchen mutet es an, wenn auch inmitten des Häusermeeres und der endlosen Asphaltstraßen dieser 4 ½-Millionenstadt das Fest der Sonnenwende feierlich begangen werde. Man schimpfe auf dieses Berlin und nenne es herzlos und unromantisch. Das aber, so betonte Dr. Goebbels unter dem begeisterten Beifall der 120 000 Männer und Frauen seines Gaues, könne nur der sagen, der Berlin und den Berliner nicht kenne. Mit Begeisterung nahmen die Massen die Erklärung des Gauleiters auf, daß er nach zwölfjähriger Tätigkeit in der Reichshauptstadt auch *sich selbst mit Stolz zu diesen Berlinern rechne*. Zwar pflege dieser Menschenschlag nicht das Herz auf der flachen Hand zu tragen, wohl aber schlage sein Herz heiß und leidenschaftlich für Glück und Ehre der Nation. Treffend charakterisierte Dr. Goebbels den Berliner als einen Menschen, der rauh, aber herzlich sei und dessen rauhe und harte Schale ein weiches, verstehendes und mitfühlendes Herz umschließe.

Dr. Goebbels verwies in diesem Zusammenhang auf die grandiosen *Baupläne des Führers*, deren Ziel es sei, Berlin zur wahrhaften Hauptstadt einer neuen Großmacht Deutschlands, zur würdigen Repräsentantin des neuen Reiches zu machen. Mit stürmischem Beifall unterstrichen die Massen die Erklärung, daß der Berliner stolz darauf sei, an dieser großen Aufgabe der Neugestaltung der Reichshauptstadt mitwirken zu können.

Der Nationalsozialismus habe in einem harten siebenjährigen Kampf diese große Aufgabe vorbereitet, und wenn es ihm gelungen sei, aus der ehemals nach Moskau rötenden Hauptstadt Europas eine echte deutsche Stadt zu machen, so habe er wohl zweifellos auch ein Recht darauf, daß die Ergebnisse dieses Kampfes nicht in Zukunft wieder verloren gingen. Tosender Beifall erhob sich hüben und drüben auf den Rängen, als der Gauleiter in diesem Zusammenhang erklärte:

„Wir haben nicht sieben Jahre in Berlin gegen das internationale Judentum gekämpft, damit

1 Völkischer Beobachter (Berliner Ausg.), Nr. 174 vom 23.6.1938, S. 4.

2 In seinem Tagebuch äußerte sich Goebbels am 22.6.1938 sehr positiv über seine „scharfe Rede“ zur „rücksichtslosen Auseinandersetzung mit dem Judentum“ und die sich anschließenden Beifallsbekundungen; in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 5, Dez. 1937–Juli 1938, bearb. von Elke Fröhlich, München 2000, S. 355f.

es sich heute im nationalsozialistischen Berlin beinahe breiter macht als je zuvor. Gegen diese provokative Haltung des internationalen Judentums in Berlin müssen wir schärfstens protestieren.“

Mitunter habe man fast den Eindruck, daß sich die Juden in Berlin noch genauso wohl fühlten wie in den Zeiten vor unserer Revolution, und sie fänden offenbar noch Gelegenheit genug, in Berlin ihre schmutzige Geschäftemacherei den Augen der Öffentlichkeit zu entziehen. Entrüstete Pfuirufe wurden im ganzen Stadion laut, als Dr. Goebbels ausrief: *„Ist es nicht geradezu empörend und treibt es einem nicht die Zornesröte ins Gesicht, wenn man bedenkt, daß in den letzten Monaten nicht weniger als dreitausend Juden nach Berlin eingewandert sind?“*

Was wollen die hier? (Erregte Rausrufe.) Wahre Beifallsstürme erhoben sich im Stadion, als Dr. Goebbels fortfuhr: *„Sie sollen dahin gehen, woher sie gekommen sind, und sie sollen uns nicht noch weiter lästig fallen. Sie sollen nicht so tun, als wenn es eine nationalsozialistische Revolution überhaupt nicht gegeben hätte.“*

Mit Nachdruck betonte dann Dr. Goebbels, daß die Auseinandersetzung mit dem internationalen Judentum in Berlin legal und streng nach dem Gesetz von der Partei und vom Staate und nicht von der Straße vollzogen werde. Im übrigen würde schon *durch gesetzliche Maßnahmen dafür gesorgt, daß in absehbarer Zeit der jüdische Einfluß auch in der Wirtschaft gebrochen werde.*³

Er richtete das Ersuchen an die Juden, nicht weiterhin so provokatorisch in der Öffentlichkeit aufzutreten. Die Bevölkerung forderte er auf, Disziplin zu halten, nicht zu Einzelaktionen zu schreiten und dem Staate das Weitere zu überlassen.

Dr. Goebbels gab vor allem den nach Berlin in der jüngsten Zeit zugewanderten Juden den dringenden Rat, Berlin möglichst schnell wieder zu verlassen. Wenn sich im übrigen die marxistisch-jüdische Auslandspresse so sehr für die Zurückweisung jüdischer Unverschämtheiten interessiere und von Unterdrückung spreche, so könne er nur empfehlen, sich näher mit der Terrorisierung und brutalen Unterdrückung von 3½ Millionen Deutschen in einem anderen Lande zu befassen.⁴

„Deutschland will“, so erklärte der Minister unter immer wiederholten stürmischen Zustimmungskundgebungen der Hunderttausend, „den Frieden, aber nicht den Kirchhofsrieden, der in Versailles organisiert werden sollte.

Wenn man im Ausland etwas für den Frieden tun will, dann soll man möglichst schnell dafür sorgen, daß die unhaltbaren Bedingungen dieses Vertrages verschwinden. Wenn die Völker eins aus dem Kriege gelernt haben müßten, dann wäre es die Tatsache, daß es im 20. Jahrhundert nicht mehr möglich ist, auf die Dauer Volk von Volk zu trennen.

Wenn ich also bei dieser festlichen Gelegenheit erneut an die Welt appelliere und von ihr Einsicht und Vernunft fordere, so tue ich das nicht als Chauvinist, sondern als Mensch mit gesundem Menschenverstand. Deutschland bildet keine Kriegsgefahr; es will nur, daß *die Elemente, die Ursachen kommender Kriege in sich schließen, beseitigt werden.*

3 Mit dem Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6.7.1938, RGBl., 1938 I, S. 823f., wurde Juden die Betätigung in zahlreichen Gewerbebezügen untersagt, darunter im Hausierergewerbe und Straßenhandel, in der Schaustellerei, in Immobilienhandel und -verwaltung sowie in der Heiratsvermittlung.

4 Anspielung auf die Situation der deutschsprachigen Minderheit in Böhmen, die von der nationalsozialistischen Propaganda angeprangert wurde, um die Forderung nach Annexion des Sudetenlands zu legitimieren.

Deutschland will nur sein Lebensrecht. Es kann auf sein Lebensrecht gar nicht Verzicht leisten, und wir haben auch keineswegs die Absicht, uns für dauernd in die Kategorie der Habenichtse einreihen zu lassen. Diese große Lehre hat uns der *Führer* gelehrt. Er hat unserem Volke seinen nationalen Stolz zurückgegeben. Das war vielleicht unter seinen vielen Taten die *größte Tat*.“

Es könne „uns alle mit tiefem Stolz erfüllen“, so fuhr Dr. Goebbels fort, „in dieser Millionenstadt, deren Bevölkerung vor sechs Jahren noch in Dutzende von Parteien zerfiel, nun auf dieses einheitliche, geschlossene, wogende Menschenmeer zu schauen, das doch wiederum nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus dem großen 75-Millionen-Volk sei, das sich kraft seiner Größe, seines Mutes und seiner Intelligenz eine glückliche nationale Zukunft erobern werde.

Dieser festliche Abend sei für uns mehr als eine romantische Gefühlsduselei, und wenn ich bei diesem Anlaß von Politik spreche, dann deshalb, weil die Politik der Inbegriff unseres nationalen Lebens sei, weil *unser Volk politisch geworden* und weil jeder Deutsche politisch zu denken und politisch zu handeln entschlossen sei.

Was wäre aber diese Politik“, so schloß Dr. Goebbels, „ohne ihre tragende Idee und ohne ihren führenden Mann? Ich glaube, wenn dieses Volk seinem Führer so treu bleibt, wie der Führer seinem Volke treu bleibt, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Deshalb wollen wir es aufs neue geloben im Scheine dieser niedersinkenden Flamme: *Dem Volke unsere Arbeit, dem Führer unser Herz! Die Nation, das Reich, der Führer – Sieg-Heil!*“

Begeistert stimmen die 120 000 in den *Gruß an den Führer* ein, und feierlich klingen, das *Treuegelöbnis* bekräftigend, die Hymnen der Nation zum nächtlichen Himmel empor. Anhaltende, immer wiederholte Beifallskundgebungen, die die Versammelten dann dem Gauleiter und Reichsminister darbrachten, bestätigten, wie sehr er seinen Berlinern aus dem Herzen gesprochen hatte.

DOK. 49

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit gibt am 24. Juni 1938 Hinweise zur „Arisierung“ des österreichischen Schuhhandels¹

Vermerk des RKW (Dr. G/W), undat. und ungez. (Gater)²

Entwurf

*Vorschläge für das Vorgehen bei der Arisierung der Schuheinzelhandelsgeschäfte.*³
(Vergleiche Aktennotiz von Herrn *Hundt* vom 22.6. 1938).⁴

1 ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2229/1, Bd. I.

2 Dr. Rudolf Gater (1905–1989), Ökonom; von 1935 an für das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Saarbrücken tätig, von Mai 1938 an in der Dienststelle Österreich des RKW verantwortlich für die Rationalisierung der österr. Wirtschaft und Liquidierung jüdischer Betriebe, leitete von 1940 an die Dienststelle Generalgouvernement des RKW; nach 1945 für das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft tätig.

3 Diese Vorschläge wurden mit Briefkopf der Dienststelle Österreich des RKW am 24.6. 1938 an ORR Kratz, einen der wichtigsten Mitarbeiter des Reichskommissars Bürckel, übersandt. Zuvor waren sie bereits mit der Vermögensverkehrsstelle sowie mit Hans Kehrl, dem Generalreferenten für Sonderaufgaben im RWM, abgestimmt worden; Schreiben des RKW an ORR Kratz, 24.6. 1938; wie Anm. 1.

4 Liegt nicht in der Akte.

Von 380 Geschäften in Wien sind ca. 250 jüdisch. Um den Einzelhandel in Schuhen zu bereinigen, müßten von den letzteren eine Anzahl geschlossen werden (unverbindlich ca. 80). In der Provinz sind die Verhältnisse zum Teil günstiger, weil hier die Anzahl der jüdischen Geschäfte geringer ist. Lediglich im Burgenland sind die Verhältnisse so ähnlich wie in Wien.

Die Schuhindustrie hat an einer möglichst baldigen Erledigung der Arisierung ein lebenswichtiges Interesse:

1. Sie hat erhebliche Außenstände in den jüdischen Geschäften, die heute praktisch eingefroren sind und die wahrscheinlich nur durch eine schnelle und systematische Durchführung der Arisierung gerettet werden können.
2. Das Verkaufsgeschäft ist in großem Umfang lahmgelegt, da mit der Lieferung an jüdische Geschäfte ein zu großes Risiko verbunden ist und auch die Lieferung an Geschäfte, die von kommissarischen Leitern betreut werden, von der Industrie zum Teil abgelehnt wird.

Es soll bei der Vermögensverkehrsstelle eine erhebliche Anzahl von Arisierungsanträgen vorliegen.⁵ Bisher sind angebliche Bewilligungen von Arisierungen durch die Vermögensverkehrsstelle nicht erfolgt. Dagegen wird über Arisierungen mit Einverständnis verschiedener Parteinstanzen berichtet.

Um zu einer möglichst schnellen Lösung zu kommen, erscheint folgender Weg als zweckmäßig:

Es wird im Benehmen mit der Industrie und dem Handel eine Reihe von Fachleuten ausgewählt, die unter Federführung des RKW die Arisierungsanträge nach folgenden Gesichtspunkten gutächtiglich bearbeiten:

1. Prüfung des zu arisierenden Geschäftes.

- a) Umsätze, Genre,
- b) Lebensfähigkeit, Lage, Konkurrenz,
- c) Gefolgschaft,
- d) Lageraufnahme, -bewertung,
- e) Status, Vermögen, Verbindlichkeiten (Lieferanten, Steuern, Mieten, Löhne, soziale Abgaben usw.),
- f) Kosten (jährliche Miete usw.),
- g) Verdienstspanne (unter Beachtung der erfolgten oder noch erfolgenden Herabsetzung),
- h) Mindestumsätze für wirtschaftliche Arbeiten,
- i) Mindestkapital, das zur Führung des Geschäftes notwendig ist.

2. Prüfung des Antragstellers.

- a) Fachliche Eignung,
- b) Kapitalverhältnisse,
- c) Höhe der von der Industrie zu gebenden bzw. stehenzulassenden Kredite,
- d) Stellungnahme der als Hauptkreditgeber in Frage kommenden Lieferanten.

⁵ Die Vermögensverkehrsstelle, gegründet im Mai 1938, überwachte die „Arisierung“ bzw. Liquidierung jüdischer Geschäfte in Österreich. Leiter der VVSt war der Ingenieur Walter Rafelsberger; siehe Einleitung, S. 39.

Das Ergebnis der Prüfung wird zusammengefaßt und zum Antrag Stellung genommen. Das Gutachten wird der Vermögensverkehrsstelle zur Entscheidung zugestellt.

Verfahrensmäßig empfiehlt sich, mit den vorliegenden Arisierungsanträgen zu beginnen und nach deren Erledigung die verbleibenden Geschäfte durchzuprüfen, damit bei einem erfolgenden Arisierungsantrag sofort Stellung genommen werden kann. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß bei einem größeren Zeitraum zwischen Durchprüfung und Arisierung das Gutachten in einzelnen Teilen überholt sein kann.

Es erscheint zweckmäßig, diese Arbeiten in Wien so bald als möglich zu beginnen. Nachdem das Verfahren in Wien aufgezo- gen ist und sich seine praktische Durchführbarkeit erwiesen hat, müßte das Burgenland in gleicher Weise bearbeitet werden.

DOK. 50

Das Wiener Innen- und Kultusministerium protestiert am 27. Juni 1938 bei der Gestapo gegen die Ernennung von Josef Löwenherz zum Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien¹

Schreiben des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV Erziehung, Kultus u. Volksbildung, Wien, Staatskommissar, gez. Plattner,² an die Geheime Staatspolizei (Eing. 28.6.1938), Wien, vom 27.6.1938 (Abschrift)

Z.18032-3/b Wien, israelitische Kultusgemeinde; Führung der Amtsgeschäfte

Durch den Bericht des besonderen Stadtamtes I. vom 28. Mai 1938, Z.I/5-256³ ist das Kultusamt des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten als oberste österreichische Kultusbehörde von der Verfügung der Geheimen Staatspolizei Wien hinsichtlich der Vertretung der israelitischen Kultusgemeinde Wien und Führung ihrer Geschäfte in Kenntnis gelangt.

Das Ministerium stellt fest, dass mit ihm in vorliegender Angelegenheit nicht Fühlung genommen wurde.

Es bedauert, erst nunmehr folgendes vorbringen zu müssen:

Der zum Leiter der israelitischen Kultusgemeinde Wien bestellte Amtsdirektor und I. Sekretär Dr. Josef *Löwenherz*⁴ ist Zionist und gehört nicht zu den in Wien geborenen Juden, sondern hat sich als Ostjude erst im Weltkriege in Wien niedergelassen. Trotz-

¹ BArch, R 58/6558.

² Friedrich Plattner (*1896), Physiologe; 1933 NSDAP- und 1936 SS-Eintritt, zuletzt Standartenführer; 1936 Ordinarius der Universität Königsberg, von 1938 an in Wien und dort zeitweilig Staatskommissar im Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, zuständig für Entlassungen von Hochschullehrern; 1945 verhaftet, 1948 verurteilt; von 1949 an Professor im Iran.

³ Liegt nicht in der Akte.

⁴ Für den SD-Oberabschnitt Donau (II 112Ech./Ne.) begründete Eichmann die Ernennung von Löwenherz damit, dass dieser Zionist sei und über gute Verbindungen zu internationalen jüdischen Organisationen verfüge. Die jüdischen Kultussteuern und Sonderzuwendungen seien im Einverständnis mit dem SD-OA Donau erhöht worden, Löwenherz habe sich bislang strikt an die Weisungen des SD gehalten und zudem 100 000 \$ für die Auswanderung gesammelt; wie Anm. 1, Bl. 360 f.

dem gelang es ihm, sich in den Vorstand der Kultusgemeinde einzudrängen, und er bekleidete schliesslich die Stelle des Vicepräsidenten. Diese Stelle missbrauchte er, als vor einigen Jahren die Frage der Neubesetzung des gut dotierten Amtsdirektorpostens bei der Wiener israelitischen Kultusgemeinde akut wurde. Er liess sich selbst hiefür von Seiten der Zionisten in Vorschlag bringen, es zeigte sich zwar eine lebhaftige Opposition bei den Wiener (ansässigen) Juden, die es aber nicht verhindern konnten, dass schliesslich doch die Zionisten obsiegten, die nicht davor zurückschreckten, selbst das Ausland zu Hilfe zu rufen. Auf diese Weise wurde der ehemalige ehrenamtliche Vicepräsident der bestbezahlte Funktionär der Kultusgemeinde. Aber ganz abgesehen von der Herkunft *Löwenherz*' als Ostjude lassen auch besondere Anzeigen vermuten, dass derselbe mit der internationalen Judenschaft in engster Verbindung steht und dürften die überraschend guten Informationen über die angebliche Diskriminierung der Juden im ehemaligen Oesterreich, wie sie dem im November 1934 in New York tagenden amerikanischen Judenkongresse vorlagen und schliesslich zu einem Memorandum an die damalige österreichische Regierung führten,⁵ mit grosser Wahrscheinlichkeit aus dieser Quelle geflossen sein.

Auch soll nicht unerwähnt bleiben, dass *Löwenherz* für eine Erhöhung der Kultussteuern wegen des angeblichen finanziellen Zusammenbruches der israelitischen Kultusgemeinde Wien gegen den Willen der Wiener ansässigen Juden eifrigst eingetreten ist, obgleich das Budget 1937 ordnungsgemäss abgeschlossen werden konnte, ja sogar für 1938 ein ausgeglichenes Budget einstimmig beschlossen wurde. Nach hierortiger Anschauung ist *Löwenherz* der ungeeignetste Mann, um im gegenwärtigen Zeitpunkte die Geschäfte der Wiener israelitischen Kultusgemeinde zu führen. Denn es ist bei den bekannten Praktiken der Ostjuden anzunehmen, dass er die Agenden im Sinne der internationalen Judenschaft, speziell aber des Ostjudentums, führen wird, über dessen Einstellung zum Nationalsozialismus und seine Verbindung zu Sowjetrussland keine Zweifel bestehen. Was nun den Beirat anlangt, so sind sämtliche Mitglieder des bestellten Beirates ebenfalls Zionisten und stammen zum Teil aus dem Osten. Es ist also nicht zu erwarten, dass *Löwenherz*, der nur zu diktieren gewohnt ist, in Ausführung seiner Absichten durch den Beirat irgendwie behindert werden wird.

Aus allen diesen Gründen erhebt das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV, Erziehung, Kultus und Volksbildung, gegen die Bestellung des *Löwenherz* zum Leiter der israelitischen Kultusgemeinde Einspruch.

⁵ Ende 1934 äusserten sich verschiedene jüdische Organisationen in den USA besorgt über die Diskriminierung der österr. Juden. Der American Jewish Congress überreichte Anfang Dez. 1934 dem österr. Botschafter in Washington eine Petition, in der Österreich aufgefordert wurde, die Minderheitenschutzbestimmungen des Vertrags von St. Germain einzuhalten; American Jewish Year Book, Vol. 37, S. 143.

DOK. 51

**Der Direktor des Chajesgymnasiums in Wien bittet die Universität Jerusalem am
30. Juni 1938, jüdische Schüler und Studenten aus Wien aufzunehmen¹**

Schreiben von Dr. Viktor Kellner,² Direktor des Chajesrealgymnasiums des Vereins „Jüdisches Realgymnasium“, Wien XX., Staudingergasse 6, an Dr. Werner Senator,³ Universität Jerusalem (Eing. 12.7.1938), vom 30. 6. 1938 (Kopien an Dr. Landauer, Miss Szold), (Abschrift)

Sehr geehrter Herr Doktor Senator,

ich bestaetige Ihnen Ihren Brief vom 23. d. M.⁴ und freue mich, dass die Universitaet im Sinne meines letzten Briefes zehn Stipendien bewilligt hat. Die Kommission, die Sie wuenschen, wird nach vorheriger Verlautbarung der Stipendien in den naechsten Tagen zusammentreten und die Kandidaten auswaehlen, um sie Ihnen in Vorschlag zu bringen. Leider kann ich nicht umhin, meiner Enttaeuschung darueber Ausdruck zu geben, dass von Ihnen aus nicht mehr getan worden ist. Bedenken Sie doch, wie wenig praktischen Wert Ihr Entgegenkommen hat. Sie verzichten bei einem Studenten auf 12 ½ Pfund jaehrlich; das ist ein ungemein geringfuegiger Betrag, der gegenueber den Lebenshaltungskosten keine besondere Rolle spielt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Studierende finden, denen durch dieses Stipendium der Besuch der Universitaet ermoeeglicht wird. Wenn einer kein Geld hat, dann kommt es auf 12 ½ Pfund auch nicht an, und auch wenn einer hier in Oesterreich das Geld hat, so kann er es gegenwaertig nicht transferieren. Wollen Sie aber wirklich helfen, dann muessen Sie dafuer sorgen, dass fuer die jungen Menschen, die an die Universitaet gehen sollen, die Lebenshaltungskosten gedeckt werden. Ich verstehe ja gut, dass die Universitaet ihre eigenen Sorgen hat und sich mit diesen Dingen nicht beschaeftigen will, aber ich glaube trotzdem, dass die Zeit gekommen ist, eine grosse Aktion, nicht nur fuer Hochschueler, sondern ueberhaupt fuer Studierende, die nicht mit der Jugendalijah ins Land kommen, einzuleiten. Es waere meines Erachtens ein Aufruf zu erlassen, dass palaestinensische Juden Kinder fuer ein oder zwei Jahre ins Haus nehmen und unentgeltlich verpflegen und dass die Schulen auf jede Bezahlung verzichten.

Fuer eine solche grosszuegige Kinderrettungsaktion ausserhalb der Jugendalijah wird sicher auch das Ausland zu gewinnen sein. Man wird einen Teil der Hilfsgelder in Anspruch nehmen koennen, die bisher schon im Auslande gesammelt worden sind. Die Universitaet muesste sich bei der Aktion an die Spitze stellen und muesste die Lehrerschaft Palaestinas dafuer gewinnen.

¹ CZA, S7/790/1.

² Dr. Viktor Kellner (1887–1970), Gymnasiallehrer und Übersetzer; 1910–1914 Latein- und Deutschlehrer in Jaffa, 1919–1938 Direktor des Chajesgymnasiums in Wien; Mitglied des B'nai B'rith-Ordens und des Herzl-Bunds; 1938 Emigration nach Palästina, Schuldirektor in Jerusalem, später in Tel Aviv; engagierter Zionist.

³ Dr. Werner Senator (1896–1953), Sozialarbeiter und -politiker; 1920–1921 stellv. Direktor des Arbeiterfürsorgeamts der Jüdischen Organisationen Deutschlands, Berlin; 1925–1930 Generalsekretär des europäischen Joint in Paris, 1930–1935 Mitglied der Exekutive der Jewish Agency, Jerusalem; von 1937 an Verwaltungsbeamter der Hebräischen Universität Jerusalem, 1949–1953 deren geschäftsführender Vizepräsident.

⁴ Liegt nicht in der Akte.

Sie koennen nicht ermessen, was eine solche Tat fuer die oesterreichischen Juden bedeuten wuerde. Briefe aus Palaestina beweisen mir immer wieder, wie unzureichend die Vorstellung ist, die man von unserer Lage hat, wie wenig man begreift, in welchem Ausmass und in welchem Tempo sich der Prozess der Liquidation des oesterreichischen Judentums vollzieht. Es ist bedauerlich, wie gering bei allem guten Willen die Kraft der seelischen Einfuehlung bei Menschen ist, die vom Schauplatz der Ereignisse entfernt sind.

Machen Sie also eine solche Aktion; sie wird der Universitaet und der Lehrerschaft Palaestinas zum Ruhm und dem Lande zum Segen gereichen. Stecken Sie sich fuer das erste Jahr ein Ziel, das erreichbar ist: Nehmen Sie etwa in Aussicht, im ersten Jahr hundert juedische Kinder aus Oesterreich in dieser Weise nach Palaestina zu bringen. Soweit es mich angeht, werde ich dafuer sorgen, dass nur wirklich wuerdige und beduerftige Kinder ausgewaehlt werden.

Ich weiss nicht, ob der Appell, den ich hier an Sie richte, einen Erfolg haben wird. Ich fuehle mich aber verpflichtet, ihn an Sie und damit an den weiteren Kreis der Lehrerschaft des Landes zu richten. Ich vertraue darauf, dass das Mitgefuehl mit uns in Palaestina so stark ist, dass irgend etwas Konkretes in der Richtung, die ich andeute, geschehen wird. Den aelteren Menschen hier ist vielfach nicht zu helfen, aber die Kinder soll und muss man, soweit es irgend geht, retten. Was ich verlange, ist zunaechst nicht viel. Es handelt sich um einen Anfang. Aus diesem Anfang koennte mit der Zeit eine planmaessige Aktion werden, die, von der Lehrerschaft Palaestinas ausgehend, die ganze juedische Welt gewinnt.

Ich hoffe, Sie sind mir nicht boese, dass ich zu Ihren vielen Sorgen Ihnen diese aufzuhalten versuche. Meine Idee entspringt nicht einer Panikstimmung, sondern ist die Frucht vielfacher Ueberlegung.

Mit besten Gruessen

Ihr aufrichtig ergebener⁵

DOK. 52

Ein ehemaliger Häftling schildert die Haftbedingungen im KZ Buchenwald im Juni 1938¹

Bericht eines ehemaligen Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald (Übersetzung)²

Im heutigen Deutschland gibt es kein Wort, das im Herzen des Volkes grösseren Schrecken auslöst, als der Name *Buchenwald*. Nur wenige Kilometer von Goethes Weimar entfernt, inmitten eines freundlichen Buchenwaldes, liegt, umgeben von Stacheldrahtzäunen,

⁵ In seinem Antwortschreiben vom 10.7.1938 berichtete Senator, dass drei Stipendien für österr. Studenten privat finanziert würden und weitere folgen sollten. Die unentgeltliche Aufnahme von Kindern in Familien bzw. eine große Hilfsaktion sei hingegen aufgrund der strengen Einwanderungsbestimmungen fast unmöglich. Allerdings würde sich die Jugendallijah bemühen, vorerst ca. 300 österr. Kinder nach Palästina zu holen; wie Anm. 1.

¹ Abdruck in: Dokumente über die Behandlung deutscher Staatsangehöriger in Deutschland 1938–1939, London 1940, S. 33–44.

² Dem Foreign Office am 18.2.1939 übermittelt.

bewacht von S.S.-Abteilungen und Maschinengewehren, die neue Stadt des Kummers, das Konzentrationslager Buchenwald.³

Ich wurde am 13. Juni 1938, morgens 5 Uhr, in meiner Wohnung in Berlin verhaftet, zum Polizeipräsidium gebracht und dort unterrichtet, dass ich als Jude mit einem vormaligen „Verbrechervermerk“ nun in Schutzhaft genommen sei und zur gegebenen Zeit in ein Konzentrationslager geschickt werden würde. In dem überfüllten Polizeigefängnis, wohin ich zuerst gebracht wurde, sah ich viele Bekannte unter den andern Gefangenen, die zum grössten Teil aus angesehenen Leuten bestanden, Geschäftsmännern und Hochschullehrern. Die früheren Vergehen, die zum Vorwand für all die Verhaftungen genommen wurden, lagen oft zehn Jahre oder länger zurück und bezogen sich auf „Verbrechen“, wie z.B. Übertretung der Verkehrsvorschriften oder sonstige kindische und unwesentliche Verstösse der einen oder anderen Art.

Mehr und mehr Gefangene wurden eingeliefert, bis die Polizeibeamten selbst nicht mehr wussten, wie sie für den Strom der Neuankommenden Platz schaffen sollten. Jeder männliche Jude, der irgendeinen Polizeivermerk hatte, wurde im Laufe dieser zwei Tage, dem 13. und 14. Juni, festgenommen. Einige der Gefangenen waren Greise über 70, die aus den Armenhäusern direkt ins Gefängnis eingeliefert wurden.

In Berlin betrug die Zahl der Verhafteten etwa 4000; im ganzen Reich waren es vermutlich 10 bis 15000. Diese Gefangenen wurden auf die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald verteilt. Auf dem Polizeipräsidium wurde jedem Gefangenen mitgeteilt, dass er nur dann erwarten könne, entlassen zu werden, wenn er sich Schriftstücke besorge, die es ihm gestatteten, das Land zu verlassen. Hieraus geht klar hervor, dass es sich bei diesen Verhaftungen um eine rein politische Massnahme handelte und dass dieser typische Naziplan den einzigen Zweck hatte, die jüdische Auswanderung zu beschleunigen, die, nach Ansicht der Nazis, viel zu langsam voranging. Trotzdem wurden die Verhaftungen der gewöhnlichen Kriminalpolizei überlassen und nicht, wie zu erwarten war, der Gestapo. Die Berliner Zeitungen berichteten daher nur, dass eine „Anzahl jüdischer Verbrecher in Schutzhaft genommen worden sei.“

In der Nacht des 14. Juni wurden 2000 von uns vom Gefängnis nach dem Konzentrationslager überführt. Vor Verlassen des Gefängnisses wurden wir von einem ungewöhnlich jungen Arzt untersucht, der jeden einzelnen⁴ als für die Härten des Konzentrationslagerlebens körperlich geeignet bezeichnete, einschliesslich der Siebzigjährigen und eines tuberkulösen Gefangenen, der fortgesetzt Blut spie.

Der Anhalter Bahnhof, von wo aus wir Berlin verliessen, wurde um 2 Uhr mittags, der Zeit unserer Abfahrt, für die Öffentlichkeit gesperrt, und ein starkes Polizeiaufgebot mit schussbereiter Waffe hielt Wache. Am Morgen des 15. Juni, etwa um 6 Uhr, erreichten wir Weimar, wo uns eine „Totenkopf“-Abteilung der S.S.⁵ am Bahnhof erwartete. Wir hatten

3 Das Lager wurde als eines der grössten Konzentrationslager auf deutschem Boden am 16.7.1937 in Betrieb genommen. Es hatte 130 Nebenlager und Außenkommandos. Bis zu seiner Befreiung durch amerikanische Truppen am 11.4.1945 waren insgesamt 238 980 Häftlinge aus 30 Ländern dort inhaftiert.

4 Muss heißen: jeden einzelnen.

5 Die SS-Totenkopfverbände waren eine unabhängige Elitesondereinheit innerhalb der SS, die dem Inspekteur der Konzentrationslager Theodor Eicke unterstand und für die Bewachung und Verwaltung der Konzentrationslager zuständig war. 1938 gab es vier SS-Totenkopfstandarten: in Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald, Mauthausen. 1941 wurden die Totenkopfverbände in die Waffen-SS integriert.

kaum den Bahnsteig erreicht, als uns ein Hagel von Fusstritten, Faust- und Kolbenschlägen den Tunnel, der zur Strasse führte, entlang trieb. Hier wurden wir vom Oberaufseher des Lagers, Rödl,⁶ mit folgenden Worten begrüßt:

„Unter euch sind solche, die bereits im Gefängnis waren. Was ihr dort zu spüren bekommen habt, ist nichts gegen das, was ihr hier erleben werdet. Ihr kommt in ein Konzentrationslager, und das bedeutet in die Hölle. Ein Versuch, sich den Befehlen der S.S.-Wachen zu widersetzen, und ihr werdet auf der Stelle erschossen. Wir kennen nur zwei Arten der Bestrafung in diesem Lager, die Peitsche und den Tod.“

Der Eingang des Lagers war durch Maschinengewehr-Posten bewacht und über dem Tor prangte das Schlagwort: „Recht oder Unrecht, es ist mein Vaterland!“ Jeder Gefangene muss beim Betreten des Lagers zwischen zwei Reihen von Wachen Spiessrutenlaufen. Mehr Fusstritte und Schläge.

Gleich nach diesem Empfang, der in allen Konzentrationslagern mehr oder weniger üblich ist, werden unsere Köpfe geschoren, wie es bei gefährlichen Verbrechern üblich ist. Sodann werden unsere Zivilkleider gegen Gefangenuniform ausgetauscht. Die Kleidung jedes Gefangenen trägt ein besonderes Kennzeichen. Politische Gefangene tragen einen roten Streifen, Bibelforscher einen violetten und die sogenannten „Drückeberger“ einen schwarzen.

Unsere losen Gefangenenjacken waren mit einem schwarzen Davidstern auf gelbem Fleck versehen; dies bedeutet „arbeitsscheuer Jude“. Es muss erwähnt werden, dass die meisten von uns selbständige Geschäftsleute und der Rest Angestellte und Arbeiter waren, die gezwungen wurden, ihre Arbeitsstellen zu verlassen. In unserer Gruppe befanden sich ausserdem ein Zahnarzt und mehrere Rechtsanwälte. Jeder von uns bekam eine Nummer, die in die Gefangenenkleidung eingenäht wurde, und von da an waren die Nummern der Ersatz für unsere Namen.

Nach Beendigung der eben beschriebenen Eintrittsformalitäten wurden wir in unsere neuen Quartiere geführt. Während die 6000 arischen Gefangenen in Holzbaracken, von denen jede etwa 140 Mann fasste, untergebracht waren, wurden wir buchstäblich in eine Anzahl von Viehscuppen gepackt, je 500 Mann in einen Schuppen. In den Schuppen waren weder Tische noch Stühle vorhanden. Nicht einmal Betten. Nachts warfen wir uns auf den nackten Fussboden, unfähig, uns auszustrecken und auszuruhen, da es an Raum mangelte. Jeder Gefangene erhielt zwei dünne und oft zerrissene Decken. Es gab keine Waschgelegenheit. Keiner von uns konnte sich während der ersten Woche waschen, später wurden je einer Gruppe von 500 Mann acht Waschschüsseln zugeteilt. Das Wasser musste von einer zehn Minuten entfernten Pumpe geholt werden. Am schwersten war jedoch der Umstand zu ertragen, dass laut Befehl der S.S. eine Gruppe von Berufsverbrechern in jeden Schuppen gelegt und mit der „Aufrechterhaltung der Ordnung“ betraut wurde. Diese Verbrecher, die sich ebenfalls in Lagerhaft befanden, waren uns als „Unteroffiziere“ übergeordnet und besaßen volle Autorität, die andern Gefangenen zu bestrafen. Der diensttuende Verbrecher in unserem Schuppen war ein besonders brutales Individuum, das uns fortgesetzt schamlos misshandelte.

⁶ Arthur Rödl (1898–1945), Hilfsarbeiter; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1928 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1934 an hauptberuflich bei der SS tätig, Schutzhaftlagerführer im KZ Sachsenhausen, 1937–1940 Erster Schutzhaftlagerführer im KZ Buchenwald, 1940–1941 in den KZ Dachau und Flossenbürg, 1941–1942 Kommandant im KZ Groß-Rosen, danach beim Höheren SS- und Polizeiführer in Kiew, 1944 Versetzung zur Waffen-SS; nahm sich das Leben.

Wir waren alle viel zu eingeschüchtert, um auch nur den Versuch zu wagen, uns vor diesen unmenschlichen Bestien zu schützen, da jeder Widerspruch als Aufruhr angesehen und mit dem Tod bestraft wurde. Ein besonders furchtbarer Zwischenfall haftet in meinem Gedächtnis. Einer der älteren Gefangenen war, während wir arbeiteten, von einer S.S.-Wache derartig geschlagen worden, dass er nachts im Schuppen ununterbrochen stöhnte. Die diensttuende Bestie schlug diesen Mann wiederholt ins Gesicht und schrie ihn an, den Lärm zu unterlassen. Am Morgen war der alte Mann tot.

Während der ersten zwei Tage im Lager erhielten wir überhaupt nichts zu essen. Trotzdem wurden wir zu anstrengenden Körperübungen herangezogen. Eine ganze Woche verging mit der Erledigung der verschiedenen Formalitäten, die mit unserem Eintritt ins Lager zusammenhingen; erst dann wurde uns reguläre Arbeit zugewiesen. Zu diesen Formalitäten gehörte die Unterzeichnung einer Erklärung, dass wir in Schutzhaft genommen worden seien, weil wir jüdische „Drückeberger“ seien, die nicht arbeiten wollten. Auf dem Formular stand gedruckt, dass die unterzeichnende Person freiwillig diese Angabe gemacht habe. Einer der Gefangenen, ein Breslauer Rechtsanwalt, weigerte sich, das Schriftstück zu unterzeichnen. Dieser unglückliche Mann musste jede Art von Strafe erdulden, die das Repertoire unserer Wärter enthielt, aber er blieb standhaft in seiner Weigerung. Am vierten Tag seiner Folterung, als er bereits ein sterbender Mann und sein Körper zerquetscht und zerbrochen war, leistete er, halb bewusstlos, seine Unterschrift. Ich muss hier einige der Strafen beschreiben, die uns von der S.S. auferlegt wurden. Selbst die geringsten Vergehen, wie Wassertrinken während der Arbeitsstunden, wurden mit dem Entzug des Mittagessens und vierstündigem Strammstehen während der kurzen „Freizeit“, die gewöhnlich am Sonntag gestattet wurde, bestraft. Die Hauptstrafe jedoch war die Peitsche. Selbst für kleine Vergehen fanden öffentliche Auspeitschungen statt, z. B. wenn ein Gefangener beim Zigarettenrauchen während der Arbeit ertappt wurde. Am Schluss der nachmittäglichen Namensverlesung wurden die Gefangenen, die zur Auspeitschung verurteilt waren, aufgerufen – es waren täglich mehrere –, und die Männer mussten vortreten und wurden fest an den Prügelbock gebunden. Die gewöhnliche Strafe bestand in fünfundzwanzig Hieben auf das Gesäss mit einem rohen Ochsenziemer und wurde von zwei kräftigen S.S.-Männern abwechselnd verabreicht. Ein dritter S.S.-Mann hielt die Kiefer des Opfers fest, um jeden Schrei zu ersticken. Einige der älteren Gefangenen, die unfähig zu schneller Arbeit waren, wurden in dieser unmenschlichen Weise wegen Faulheit ausgepeitscht. Nach der Auspeitschung musste das Opfer seine Hosen herunterlassen und einem S.S.-Mann seine blutigen Striemen zeigen, dessen Aufgabe es war, festzustellen, ob die Peitsche kräftig genug gehandhabt worden war. Fünfundzwanzig Schläge waren die bevorzugte Strafe in Buchenwald, aber es gab auch andere. Zum Beispiel den „Schwitzkasten“.⁷ Es eignete sich häufig, dass der Gefangene bereits tot war, wenn der Schwitzkasten geöffnet wurde, um ihn herauszulassen.

Eine weitere beliebte Strafe war das „An-den-Baum-Binden“, und die Wachen zeigten die grösste Erfindungsgabe in der Anwendung dieser Folter. Für noch so geringe Vergehen wurden die Gefangenen an einen Baum gestellt, ihre Arme um ihn herumgeschlungen und ihre Hände gefesselt. Die Fesselriemen waren so fest angezogen, dass die Hände sich kaum bewegen konnten. Dann begannen die Wachen, mit ihnen Karussell zu spielen,

⁷ Nicht ermittelt.

d.h. sie zwangen die Gefangenen, um die Bäume herumzulaufen. Wenn sie dabei nicht schnell genug vorwärts kamen, wurde ihnen durch Fusstritte nachgeholfen.

Dies war jedoch noch eine mildere Form dieser Art Bestrafung. Es gab noch eine andere, die oft tödlich endete. Das Opfer wurde an den Baum gebunden, das Gesicht nach aussen, die Arme rückwärts um den Baumstamm gelegt und dann zusammengebunden. Die Schenkel und Füsse – letztere berührten nur knapp den Erdboden – wurden ebenfalls gebunden und zwar eng genug, um die Blutzirkulation zu unterbinden. Der Gefangene musste in dieser Stellung stundenlang hängen. Man soll nicht denken, dass diese barbarische Folter eine Ausnahme war; in Buchenwald ereigneten sich diese Dinge täglich.

Eine Woche nach unserer Ankunft wurde uns reguläre Arbeit zugewiesen. Unser Arbeitstag im Konzentrationslager Buchenwald war folgendermassen eingeteilt: morgens 3 Uhr 30 Wecken, gefolgt vom Namensaufruf von 4 Uhr 30 bis 5 Uhr 30; dann marschierten wir zur Arbeit, die kurz vor 6 Uhr begann. Wir arbeiteten ununterbrochen bis zum Mittag; dann trat eine halbstündige Pause ein, und wir bekamen Malzkaffee. Um 12 Uhr 30 begann die Arbeit wieder und dauerte bis 3 Uhr 45. Von 4 bis 5 Uhr 30 fand der zweite Namensaufruf statt, gefolgt von den öffentlichen Auspeitschungen, die für den betreffenden Tag vorgesehen waren. Zwischen 5 Uhr 30 und 6 Uhr assen wir unsere Hauptmahlzeit und arbeiteten dann weiter bis zum Abendessen um 8 Uhr. Der Tag endete um 9 Uhr. Sonntags mussten wir von 6 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags arbeiten. Keinem Feiertag wurde im Lager irgendwelche Beachtung geschenkt, nicht einmal (wie mir ein Gefangener, der länger dort war, erzählte) dem Weihnachtsfest. Wir waren siebzehneinhalb Stunden am Tag auf den Beinen, bei Regen oder Sonnenschein. Dieser Stundenplan galt sowohl für die älteren als auch für die jüngeren Gefangenen, sowohl für die Kranken, soweit sie fähig waren, sich auf ihren Füßen zu halten, als für die Gesunden. In unserer Gefängniskleidung aus Ersatzstoff wurden wir bei jedem Wetter hinausgeschickt, bei Sturm und heftigem Regen genau so wie bei brennender Sommerglut.

Nun zu meinem ersten Tag schwerer Arbeit – ein Tag, den ich niemals vergessen werde, solange ich lebe. Einige der älteren Gefangenen unserer Arbeitsgruppe starben im Steinbruch an diesem glühend heissen Junitag. Nach dem morgendlichen Namensaufruf wurden wir in Arbeitsgruppen zu je hundert Mann eingeteilt. Jede Gruppe erhielt einen Obmann, der beinahe immer aus den Reihen der Berufsverbrecher gewählt wurde, und der das Recht hatte, uns niederzuschlagen, wann immer es ihm passte. Wir waren von einer S.S.-Wachabteilung begleitet, von der nicht einer älter als 18 Jahre gewesen sein kann. Trotzdem waren sie durchaus erfahren in der Art, uns anzupacken und zu schlagen. Unsere Kolonne, in der sich einige Männer über 65 Jahre befanden, marschierte ab, oder vielmehr wir wurden von den S.S.-Männern, die alle mit Knüppeln bewaffnet waren, entlang gehetzt, bis wir den Steinbruch erreichten, wo wir arbeiten sollten. Achtzig von unsern Hundert hatten niemals vorher diese Art körperlicher Arbeit verrichtet. Trotzdem erwartete man von uns, dass wir Steinblöcke von solch einem Gewicht schleppten, dass der Versuch, sie zu heben, selbst einem geübten Erdarbeiter zu schaffen gemacht hätte. Viele Steine waren so schwer, dass mehrere Männer einen Block anheben mussten, um ihn auf die Schultern des Mannes zu setzen, der ihn zu tragen hatte. Diese Steine mussten nach einer neuen Landstrasse gebracht werden, die über einen Kilometer entfernt gelegen, mit „Gefangenen“-Arbeit gebaut wurde. Der Weg, der zu dieser neuen Landstrasse führte, war ziemlich steil und das letzte Drittel mussten wir unter Fusstritten und Kolbenstössen der S.S.-Männer zurücklegen, die den Weg entlang aufgestellt waren. Den

älteren Gefangenen, denen es körperlich unmöglich war, ihre Aufgaben zu erfüllen, ging es am schlechtesten. Von der Landstrasse gingen wir zum Steinbruch zurück, um eine frische Ladung aufzunehmen, und dann wiederholte sich der ganze Vorgang. Die Sonne stieg höher, der Tag wurde heisser und heisser, und die vorbeirasenden S.S.-Wagen wühlten Wolken weissen Staubs auf der Landstrasse auf, die im übrigen für den Verkehr geschlossen war. Dicht beim Steinbruch befand sich eine Quelle, sprudelnd vor frischem, klarem Wasser. Gefangene, die sich der Quelle zu nähern versuchten, wurden von S.S.-Wachen fortgetrieben. Dreissig von unserer Hundertgruppe waren bis zum Nachmittag zusammengebrochen, meist durch Hitzschlag, und nicht einmal die brutalen Angriffe der Wachen konnten sie wieder auf die Beine und zurück zur Arbeit bringen. Wir mussten sie ins Lagerhospital tragen, bis auf zwei, die bereits gestorben waren.

Ausser unserer Arbeit im Steinbruch hatten wir auch Baumstämme von einem Ort zum andern zu tragen. Es war nicht erlaubt, dass mehr als acht Mann sich auch an der schwersten Ladung beteiligten. Den Weg entlang waren S.S.-Männer in Abständen aufgestellt, und wir befanden uns fortgesetzt unter Beobachtung. Das Gebrüll der Aufseher, begleitet von den Schlägen ihrer Knüppel auf Kopf und Schultern und von den Fusstritten ihrer Kanonenstiefel: „Vorwärts! Verdammt! Wird's bald!“, klingt noch immer in meinen Ohren. Gelegentlich kam es vor, dass ein übereifriger S.S.-Mann uns Kniebeugen machen liess, während wir unsere Lasten trugen. Dies war nicht gefahrlos, denn wenn einer oder mehrere von uns zusammengebrochen wären, hätte der schwere Baumstamm die andern zermalmt.

Eines Tages, bevor wir zur Arbeit marschierten, wurde eine Bekanntmachung erlassen, in der es hiess, „dass die Juden ihre Brotration fortgeworfen hätten“. Es wurde deshalb eine Massnahme ergriffen, für die es kein Beispiel gibt, nicht einmal in der Geschichte des Dachauer Konzentrationslagers: von nun an erhielten wir einen halben Liter Suppe (alle andern bekamen einen Liter) und 250 Gramm Brot (während die normale Ration 625 Gramm betrug). Man verlangte endlose schwerste Arbeit von uns, und gleichzeitig sahen die Lebensmittelrationen folgendermassen aus: morgens ein Viertelliter Malzkaffee, mittags ein halber Liter Suppe, dazu 250 Gramm mit Margarine bestrichenes Brot und abends etwas Sülze. An drei aufeinanderfolgenden Sonntagen erhielten wir überhaupt nichts zu essen, obwohl wir selbstverständlich wie gewöhnlich arbeiten mussten.

Unsern Verwandten war es gestattet, uns Geld zu schicken. Lebensmittelpakete waren jedoch verboten, da „alles im Lager gekauft werden könne“. Wir werden gleich sehen, wie dieses System in der Praxis funktionierte. Für die Familien der ärmeren Gefangenen bedeutete jeder nach dem Lager gesandte Pfennig ein wirkliches Opfer, und durch die Massenverhaftungen hatten viele Haushalte ihre hauptsächliche Unterhaltsquelle verloren.

Ich weiss persönlich von einigen Fällen, in denen die „Öffentliche Wohlfahrt“ keiner Familie, deren Ernährer im Gefängnis war, Unterstützung gewährte oder die bisherige Unterstützung fortsetzte. Diejenigen, die wirklich Geld erhielten, waren deshalb noch längst nicht in der Lage, ihre mageren Rationen hinreichend zu ergänzen. Teilweise wurde das Geld zurückbehalten, um davon die Fahrkarte im Falle der Entlassung des Gefangenen zu bezahlen. Diese Vorschrift war für die ärmeren Gefangenen besonders hart, da bei kleinen Summen der ganze Betrag für diesen Zweck „beiseitegelegt“ wurde. Grössere Summen wurden in wöchentlichen Raten von 5 Mark ausgezahlt. Dieses Geld konnte in der Gefängniskantine, die sehr hohe Preise nahm, ausgegeben werden. Die

Vorräte dieser Kantine aber waren äusserst unvollständig. Es war nie möglich, Brot zu kaufen, und oft geschah es, dass das einzig Verkäufliche in Limonadenpulver bestand. Ausserdem mussten wir Seife, Zahnpasta und ähnliche Dinge von unserem Geld selbst kaufen.

In Buchenwald war die Anzahl der Toten, und zwar sowohl von Juden als auch von Ariern, höher als in irgendeinem anderen Lager. Das arische Totenverzeichnis wies mindestens einen neuen Fall pro Tag auf. Von den 2000 am 15. Juni eingelieferten Juden starben achtzig in den ersten vier Wochen und weitere dreissig in der fünften Woche. Die Behörden taten alles, was in ihrer Kraft stand, um diese Ziffern zu vertuschen, und dem Komitee der jüdischen Gemeinde in Berlin wurden von den 110 Todesfällen offiziell nur neununddreissig bekannt gegeben.

Wie kamen diese Männer ums Leben? Die berühmte Phrase „auf der Flucht erschossen“ muss die Antwort ersetzen. Ich kann bezeugen, dass zumindest während meiner Haftperiode sich kein einziger Fall ereignete, in dem ein Gefangener im Verlauf eines wirklichen Fluchtversuchs erschossen wurde.

Das Lager ist von Drahtzaun umgeben, der nachts elektrisch geladen ist. In gewissen Zeitabständen nehmen dort Aussichtsposten der S.S. mit Maschinengewehren Aufstellung. Den Gefangenen ist es verboten, sich dem Draht zu nähern. Die S.S. ist angewiesen, sofort zu feuern, wenn sie es trotzdem tun. Neu angekommene Gefangene beachteten diese Verordnung zuerst nicht, und die gelangweilten S.S.-Männer, die nichts zu tun hatten, amüsierten sich oft damit, einen Gefangenen zum Zaun zu rufen. Neue Gefangene pflegten diesem Befehl zu folgen, und sobald sie erschienen, eröffnete die S.S. Maschinengewehrfeuer. Man trieb diese Art „Scherz“ sehr häufig. Hin und wieder geschah es, dass ein Gefangener, der halb wahnsinnig gemacht worden war und die höllischen Zustände nicht länger mehr ertragen konnte, blind auf den Zaun zurannte. Die S.S. eröffnete unterschiedslos Feuer, und zwar sofort, obwohl sie sich deutlich bewusst war, dass ihr Opfer den Verstand verloren hatte und nicht etwa aus dem Lager auszubrechen versuchte.

Aber die meisten Gefangenen in Buchenwald sterben im Steinbruch. Um den Steinbruch war ebenfalls eine Kette von S.S.-Posten aufgestellt, und es bedeutete den sicheren Tod, sich den Posten zu nähern. Häufig wurde einem der älteren oder schwächeren Gefangenen befohlen, einen Steinblock fortzuschaffen, was für ihn körperlich unmöglich war, obwohl er seine beschränkten Kräfte bis aufs äusserste anspannte. Die S.S.-Wache versuchte immer wieder, den Gefangenen zur Beförderung seiner Last zu zwingen. Natürlich blieb der unglückliche Mann hinter seinen Kameraden zurück. Eine Weile später hörten diejenigen, die an ihm vorbeimarschiert waren, einen Schuss. Der Gefangene war durch den Wachposten aus der Reihe heraus zu dem S.S.-Posten hinübergetrieben worden, der ein neues Opfer „auf der Flucht“ erschossen hatte. Ein besonders tragisches Ereignis muss hier erwähnt werden. Unter den jüdischen Gefangenen befand sich ein zweiundzwanzigjähriger junger Mensch namens Erich Löwenberg.⁸ Er war Kantor in einer Synagoge, hatte jung geheiratet, und seine Frau erwartete in zwei Monaten ein Kind. Erich Löwenberg – der Fall ereignete sich ungefähr am 15. Juli 1938 – wurde von einer S.S.-Wache auf der Landstrasse nahe am Steinbruch vor einen von einem anderen S.S.-Mann gelenkten schweren Lastwagen getrieben. Anderthalb Stunden später war der junge Mann tot.

⁸ Richtig: Horst Loewenberg (1917–1938), Kantor; am 15.6.1938 wurde er von seinem Wohnort Berlin nach Buchenwald verschleppt und starb dort am 16.7.1938 an den Folgen zahlreicher Verletzungen.

Die körperliche Misshandlung, die den Gefangenen gewöhnlich zuteil wurde, führte oft zu Schlaganfall und Tod. Als Todesursache wurde dann von dem Arzt „Herzschwäche“ angegeben. Die Gefangenen fertigten selbst die Särge in den Tischlereien an. Die Leichen wurden gewöhnlich ins Weimarer Krematorium gebracht und dort verbrannt. Verwandte erhielten vom Büro des Lagerkommandanten eine offene unfrankierte Postkarte, die sie offiziell vom Tod des Gefangenen verständigte.

Viele starben auch infolge Mangels an ärztlicher Hilfe im Lager. In den ersten Wochen war es den Lazarethhelfern streng untersagt, Juden Medizin zu geben; dieses Verbot hat ebenfalls zu der hohen Zahl der Todesfälle beigetragen. Später kam es oft vor, dass der diensttuende Arzt sich weigerte, jüdische Patienten zu behandeln. Ich kenne einen Fall, in dem der Arzt einen kranken Mann hinauswarf und erklärte, dieser simulierte. Innerhalb von zwei Stunden war der Mann tot.

Des Nachts hatten wir in den Schuppen keine Möglichkeit, einem sterbenden Mann zu helfen. Wir konnten nicht einmal ein Glas Wasser, geschweige denn Medizin beschaffen. Ebenso wenig war es uns möglich, den Schuppen zu verlassen, um ärztliche Hilfe zu holen, da die S.S.-Aufseher angewiesen waren, auf jeden, der des Nachts das Gebäude verlassen wollte, Maschinengewehrfeuer zu eröffnen.

Vier Wochen nach unserer Ankunft wurde ein Hospitalschuppen für Juden eröffnet. Dieser musste von den Juden selbst bezahlt werden. Es fehlte selbst die geringste Anfangsausrüstung. Es waren keine Thermometer vorhanden, nicht einmal ein Nachtgeschirr.

Und doch stiess man auch in dieser Hölle auf menschliche Wesen. Es gab eine sehr kleine Anzahl von S.S.-Männern, die uns nicht misshandelte. Einige der S.S. erklärten uns, dass sie gegen die Zustände im Lager nichts tun könnten. Sie empfangen ihre Befehle von „oben“. Diese höhere Behörde war Herr Standartenführer Kock,⁹ der wegen unbeschreiblicher Roheiten im Columbushaus¹⁰ in Berlin und in den Lagern Esterwege und Sachsenhausen verrufen war und der nun das Lager Buchenwald verwaltete. Wieviele Todesfälle wehrloser Gefangener hat dieser Mann auf dem Gewissen?

Unter den Vormännern befanden sich auch einige, die unter eigener Lebensgefahr uns zu helfen versuchten. Einige von ihnen wurden von anderen Gefangenen als „Judenfreunde“ angezeigt und öffentlich ausgepeitscht. Unsere schlimmste Zeit folgte auf die Ankunft einer Abteilung junger österreichischer S.S.-Männer, die von Wöllersdorf¹¹ nach Buchenwald geschickt worden waren. Die uns von diesen Männern auferlegten Foltern gehen über das Mass dessen hinaus, was mit der Feder beschrieben werden kann.

Wie setzen sich die Insassen eines Konzentrationslagers im gegenwärtigen Deutschland zusammen? Aus welchen Elementen besteht das Lager? In Buchenwald waren 8000 Gefangene, 2000 Juden und 6000 Nichtjuden. Es ist jetzt beabsichtigt, das Lager zu ver-

9 Richtig: Karl Otto Koch (1897–1945), Bankbeamter; 1931 NSDAP- und SS-Eintritt; 1935 Kommandant des KZ Columbia-Haus in Berlin, 1936 KZ-Kommandant in Esterwegen, 1936 in Sachsenhausen und von 1937 an in Buchenwald, Ende 1941 bis Aug. 1942 Kommandant im KZ Majdanek; 1941 und 1943 Verhaftung wegen Korruptionsverdachts und Ermordung von Häftlingen, im Dez. 1944 von einem SS- und Polizeigericht zum Tode verurteilt und 1945 hingerichtet.

10 Richtig: Columbia-Haus.

11 Auf dem Gelände der ehemaligen Munitions- und Feuerwerksfabrik Wöllersdorfer Werke in Österreich wurde 1933 ein Lager für politische Gefangene eingerichtet, in dem im Okt. 1934 ca. 5000 Personen inhaftiert waren. Im April 1938 wurde das Lager aufgelöst, die Gefangenen wurden in das KZ Dachau verlegt.

grössern und mit einer Aufnahmefähigkeit von 25000 zum grössten in Deutschland zu machen.

Unsere 8000 Gefangenen umfassten in erster Linie „politische“ (z.B. alle kommunistischen Mitglieder des Reichstags: Neubauer, Saefkow, Woitinski und andere); viele von ihnen sind seit 1933 in verschiedenen Konzentrationslagern gewesen. Ein anderer Gefangener war der bekannte Berliner Strafverteidiger Hans Litten.¹² Er hatte sich kürzlich im Steinbruch von Buchenwald ein Bein gebrochen, das von einer früheren Wunde noch nicht vollständig geheilt war. Abgesehen von den echten politischen Gefangenen befanden sich viele arme Teufel in Buchenwald, die angeklagt waren, sich über die heilige Person des Führers in abfälliger Weise geäussert zu haben. Die meisten von ihnen waren nach Verbüssung ihrer Gefängnisstrafen ins Konzentrationslager geschickt worden. Die Länge der Haft ist in diesen Fällen unbestimmt.

Diese nervenzerrüttende Ungewissheit ist eine der teuflischsten Qualen der Einkerkierung im Konzentrationslager. Schutzhaft mag drei Monate bedeuten. Sie kann aber auch leicht drei Jahre sein. Keine Regel, kein Gesetz bestimmt die Länge der Haft.

Nach den „politischen“ ist die Kategorie der sogenannten „Arbeitsscheuen“ zahlenmässig am grössten. Man täuscht sich sehr, wenn man sich vorstellt, das diese Gruppe mit Landstreichern oder Vagabunden irgendetwas gemeinsam hat. Ein Beispiel: Ein Angestellter verlor seine Stellung und beantragte Arbeitslosenunterstützung. Eines Tages wurde ihm auf dem Arbeitsamt mitgeteilt, dass er als Erdarbeiter auf den neuen Autostrassen beschäftigt werden könne. Dieser Mann, der nach einer Stellung im Geschäftsleben suchte, lehnte das Angebot ab. Das Arbeitsamt meldete ihn hierauf bei der Gestapo als „arbeits-scheu“; er wurde verhaftet und ins Konzentrationslager geschickt. Technische Arbeiter, die niedrig bezahlte Beschäftigung verlassen, um höhere Löhne zu suchen, ereilt oft das gleiche Schicksal.

Die nächste Gruppe sind die „Bibelforscher“, eine religiöse Sekte, die ihre Lehren der Bibel entnimmt und in allen Teilen des Landes eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern besitzt, aber von der Gestapo geächtet ist, da ihre Mitglieder sich weigern, Militärdienst zu leisten; diese unglücklichen Leute wurden fast so schlecht behandelt wie die Juden.

Die vierte Kategorie bestand aus Homosexuellen oder wenigstens solchen, bei denen es die Gestapo für richtig hielt, sie der Homosexualität zu beschuldigen. Es ist eine beliebte Taktik der Geheimen Staatspolizei, diejenigen, die unbeliebt sind, mit solcher Anklage zu belasten. Zur Zeit meines Aufenthalts in Buchenwald befand sich kein Vertreter dieser Gruppe dort.

Die letzte Klasse der Gefangenen bestand aus Berufsverbrechern. Ihren Reihen wurden, wie schon gesagt, unsere „Aufseher“ entnommen, die mit uns verfahren konnten, wie sie wollten. Viele von ihnen versuchten, sich bei der S.S. dadurch beliebt zu machen, dass sie uns misshandelten, uns während der Ruhepause an Sonntagen „exerzieren“ liessen oder die alten Gefangenen zwangen, sich vorwärts und rückwärts im nassen Schlamm zu wälzen.

¹² Hans Achim Litten (1903–1938), Jurist; 1928 Eröffnung einer Anwaltskanzlei zusammen mit dem RA Ludwig Barbasch in Berlin; als „Arbeiter-Anwalt“ übernahm er Mandate der Roten Hilfe, die juristischen Beistand für politisch Verfolgte organisierte; nach dem Reichstagsbrand verhaftet und in verschiedenen KZ inhaftiert, im Sommer 1937 in Buchenwald, im Okt. in Dachau, wo er sich später das Leben nahm.

Wenn ein Gefangener wirklich entlassen werden sollte, musste er sich erst einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, um festzustellen, ob sein Körper noch Peitschenstrichen aufwies oder sonst irgendwelche Misshandlungen verriet. Gefangenen, die noch Spuren der Prügel trugen, wurde es nicht erlaubt, das Lager zu verlassen, ehe nicht jedes Merkmal verheilt war. Auf diese Weise versuchten die Behörden, zu verhindern, dass die Aussenwelt irgendwelche Kenntnis von der körperlichen Misshandlung der Gefangenen erhielt. Es ist zweifelhaft, dass sie damit Erfolg haben werden. Die Wahrheit sickert doch langsam durch.

Bei meiner Entlassung – ich war einer der wenigen, die das Konzentrationslager verliessen, ohne ein ausländisches Visum erlangt zu haben – wurde ich von einem hohen S.S.-Beamten gewarnt und darauf hingewiesen, dass selbst ein Flüsterwort über mein Leben im Konzentrationslager mit dem Tod bestraft werden würde. Die wirklichen Worte des S.S.-Führers sind wert, wiedergegeben zu werden. „Nationalsozialismus“, sagte er, „hat keinen Grund, die Wahrheit zu fürchten. Aber er kann nicht dulden, dass phantastische Greuelmärchen ausgestreut werden.“

Nach meiner Entlassung wurde mir mitgeteilt, dass ich innerhalb fünf Wochen das Land zu verlassen habe und es nicht wieder betreten dürfe.

Während dieser fünf Wochen würde ich mich unter polizeilicher Aufsicht befinden und mich täglich zuerst im Polizeipräsidium in Berlin und später in meinem eigenen Bezirk zu melden haben. In der ersten Zeit meldete ich mich im Polizeipräsidium; dort geschah etwas, was mir für die augenblicklichen Zustände in Deutschland typisch erscheint. Als ich ankam, fand ich mich von einer Gruppe von Beamten der regulären Mannschaft umgeben, die mich eifrig über Buchenwald ausfragten. Da ich an die Drohungen dachte, die meinen Fortgang aus dem Konzentrationslager begleitet hatten, weigerte ich mich zuerst, zu antworten. Die Beamten zeigten mir ihre Personalausweise, um meinen Verdacht zu zerstreuen und drangen erneut in mich, ihnen etwas über die wirklichen Zustände in Buchenwald zu erzählen. Sie würden dafür sorgen, dass mir kein Leid geschähe. Daraufhin schilderte ich ihnen die Dinge, die ich gesehen hatte. Sie waren so erschüttert, dass sie mich nicht weiter reden liessen. Solche Zustände, sagten sie, seien empörend und skandalös. Frick und Himmler seien verantwortlich. Kein anderer sonst. Sie bemühten sich, mich davon zu überzeugen, dass sie über die Konzentrationslager keine Kontrolle hätten, wo tatsächlich die S.S. die höchste und ausschliessliche Autorität darstellt.

Ich habe die Dinge, die hier über Buchenwald berichtet werden, selbst erlebt. Ich war nur sechs Wochen lang im Lager und mein Bericht kann daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Ich weiss aus vertrauenswürdigen Quellen, dass die Mehrzahl der mit mir zusammen im Juni verhafteten Personen noch dort gefangen ist und dass die Zahl der Todesfälle unter ihnen steigt.

DOK. 53

**Blätter des Jüdischen Frauenbundes: Artikel vom Juni 1938
über die Rolle der Frauen in der Emigration¹**

Jüdische Frauen in Übersee²

Im Jahre 1937 sind – mit Unterstützung des Hilfsvereins der Juden aus Deutschland und des Palästina-Amtes – 3041 jüdische Frauen aus Deutschland ausgewandert: 529 nach Palästina, 2512 nach anderen überseeischen Ländern. Bei der Palästina-Auswanderung betrug der Anteil der Frauen 23,69 %, in den Auswanderungszahlen des Hilfsvereins 43,7 %. Von den letztgenannten Frauen waren 49,9 % ledig, 50,1 % verheiratet, verwitwet oder geschieden.

Wenn schon diese Zahlen eine Zunahme der Frauenauswanderung bestätigen, so könnten im Jahre 1938 noch weit höhere Ziffern erreicht werden, wenn dem Andrang auswanderungswilliger Frauen und Mädchen entsprechende Einwanderungsmöglichkeiten gegenüberständen. Voraussetzung bleibt neben der Bereitschaft die *Eignung* zur Auswanderung: gesundheitliche Eignung, ausreichende Sprachkenntnisse, zweckmäßige Berufsausbildung, Bewährung in der Arbeit. Mit dem Hilfsverein versucht der Jüdische Frauenbund, diese Eignung festzustellen. Wenn wir dem Hilfsverein Frauen zur Auswanderung empfehlen, so setzt das aber auch voraus, daß wir von ihrer Einordnungsfähigkeit und ihrem Arbeitswillen, ihrer menschlichen und ihrer jüdischen Haltung einen befriedigenden Eindruck gewonnen haben und daher glauben, daß die Betreffende den Anforderungen der Fremde gewachsen ist. Wie aber kann sie den Beweis antreten?

Für die weibliche *Jugend* bestehen heute gewisse Auswanderungsmöglichkeiten. Die Wizo³ und die Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendliljah stellen in Palästina, der Hechaluz in Deutschland ihre Ausbildungs- und Arbeitsstätten auch den Mädchen zur Verfügung. Das jüdische Auswanderungslehrgut Groß-Breesen⁴ bildet Mädchen, die für eine Gruppensiedlung in Übersee in Frage kommen, zur Siedlerin aus. Gewisse Chancen bestehen für die tüchtige junge Hausangestellte, wenn eine entsprechende Arbeitszeit hier sowie ein Arbeitsvertrag in USA nachgewiesen werden kann. Bräute können nach Argentinien, Brasilien, Südafrika angefordert werden. Männliche und weibliche Jugend findet sich zusammen, versucht gemeinsam dem Kampf ums Dasein zu begegnen und ein neues Leben aufzubauen.

Mit besonderer Sorge erfüllt uns das Los der *älteren* Frauen von etwa 30–45 Jahren. Die verheirateten Frauen dieser Altersgruppe sind meist Mütter jüngerer Kinder. Sie stehen

1 Blätter des Jüdischen Frauenbundes. „Für Frauenarbeit und Frauenbewegung“, 14. Jg., Nr. 6, 1938 (Juni), S. 2. Die Zeitschrift erschien seit 1924 monatlich und wurde von Hannah Karminski und Martha Ollendorff (1867–1942) herausgegeben. 1934 betrug die Auflage 4000, 1938 noch 3400 Exemplare. Nach dem Novemberpogrom wurde die Zeitschrift verboten.

2 Autorin war Hannah (Johanna Minna) Karminski (1897–1943), Sozialpädagogin; Geschäftsführerin des Jüdischen Frauenbunds, 1938 bis zu ihrer Deportation 1942 Angestellte der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland; im Nov. 1942 verhaftet und im Dez. 1942 nach Auschwitz deportiert, dort im Juni 1943 ermordet.

3 Women's International Zionist Organization (WIZO), 1920 von Zionistinnen in London gegründet, setzte sich für die Ausbildung jüdischer Frauen in Palästina ein.

4 Groß-Breesen bei Breslau war die einzige Ausbildungsstätte, die jüdische Jugendliche auf die Auswanderung in andere Länder als Palästina vorbereitete. Geleitet wurde sie 1936–1939 von dem Psychologen Professor Curt Bondy (1894–1972).

in den besten Jahren des Schaffens; sie würden – Erfahrungen kinderloser Frauen beweisen es – dem Mann eine wesentliche Hilfe im Existenzkampf draußen bieten, wenn ihnen für die erste Zeit des Aufbaues die Verantwortung für ihre Kinder durch Unterbringung in geeigneten Heimen abgenommen oder doch erleichtert werden könnte. Diese Bitte des Jüdischen Frauenbundes, die in Einzelfällen schon an jüdische Frauen-Komitees im Ausland gerichtet wurde, sei an dieser Stelle wiederholt. Ihre Erfüllung würde vielen Familien den Entschluß zur Auswanderung sehr erleichtern.

Die unverheiratete Frau dieser Altersgruppe hat sich im Berufsleben meist schon jahrelang bewährt. Sie verfügt über handwerkliches Können, sie hat ihre kaufmännischen Kenntnisse durch Erlernung von Fremdsprachen ergänzt, sie eignet sich hauswirtschaftliches Können an, lernt Wäschebehandlung oder Korsettnähen. Die pflegerisch Begabte bildet sich in Wochenhilfe, eine andere in Heilmassage aus. Sie ist bereit zu jeder Arbeit – wo aber findet sie Einlaß?

Hier geht die Bitte des Jüdischen Frauenbundes nicht nur an die Komitees in den Einwanderungsländern, sondern an jede ausgewanderte bzw. vor der Auswanderung stehende jüdische Frau. Wer selbst unter diesem Schicksal steht, weiß, worum es geht. Diese Frauen kennen die Menschen, die ihnen folgen möchten; *sie müssen ihnen den Weg bereiten*. So wie die Solidarität der jüdischen Familie sich in diesen Jahren bewährt hat, bewähre sich erneut die Solidarität der jüdischen Frau. Jede versuche – nach der Zeit des Eingewöhnens – einer anderen einen Arbeitsplatz zu schaffen.

Die hier folgenden Briefe⁵ sind ein erster Versuch, persönliche Erfahrungen einer größeren Allgemeinheit nutzbar zu machen. Absichtlich wurden fast ausnahmslos Briefe *älterer* Frauen zusammengestellt. Und wenn auch in ihnen nüchterne Sachlichkeit zuweilen durchbrochen wird, so beweist es, daß nicht nur die Jugend empfänglich ist für Schönheit der Natur und den Zauber des Neuen.

Von der Veröffentlichung einiger sehr wesentlicher Briefe mußten wir auf Wunsch der Schreibenden absehen, damit nicht allgemeingültige Folgerungen aus sehr persönlichen Beobachtungen abgeleitet werden. Davor muß auch bei den folgenden Briefen gewarnt werden. Aber für die Beratung auswandernder Familien und Frauen sind derartige Berichte unentbehrlich. Daher bitten wir Sie um solche Briefe, denn nur aus der Fülle läßt sich ein Bild gewinnen. Allen, die uns dazu verhelfen wollen, empfehlen wir das Schema, das sich als nützlich erwiesen hat, um über die Fragen, die für die Frauenauswanderung wichtig sind, Auskunft zu erhalten (siehe Seite 3).⁶

Und so sei auch dieses Blatt wieder eine Brücke, die jüdische Frauen draußen mit denen verbindet, die ihnen auf dieser Brücke folgen wollen. Als Motto stellen wir aus einem der ungedruckten Briefe folgende Sätze voran: „Ich möchte noch einiges betonen: Ob eine Familie hier durchkommt oder nicht, hängt vor allem von der Frau ab. In vielen Fällen verdient sie vor dem Mann. Aber in jedem Fall, auch wenn sie „nur“ das Hauswesen versorgt, hängt mehr als in kälteren Ländern die körperliche und seelische Gesundheit der Familie von ihr ab. Sie braucht natürlich mehr Geduld und muß in einer sehr einge-

⁵ Insgesamt wurden 14 Briefe auf den Seiten 3–10 abgedruckt, die erste positive Eindrücke und Erfahrungen sowie Arbeits- und Wohnverhältnisse der Auswanderinnen in Tel Aviv, Haifa, Siantar, Kapstadt, Chicago, Kenya, São Paulo oder Sydney beschreiben.

⁶ Auf S. 3 wurde eine Liste von Stichworten und Fragen als Anregung für das Verfassen von Informationsbriefen aus dem Ausland abgedruckt, die auswandernden Familien zur Orientierung dienen sollten.

schränkten Existenz die gute Laune bewahren können. Sie muß dafür sorgen, daß die Familie nicht versimpelt. In diesem Zusammenhang wäre anzuraten, daß eine Familie, die es sich leisten kann, ein Musikinstrument mitbringen sollte. Das Leben hier draußen spielt sich viel mehr als das der Europäer in der Familie ab; für Einwandernde ist das noch mehr der Fall. Da hängt die Stimmung, das ganze geistige und seelische Klima von der Frau ab!“

H.K.

DOK. 54

Der Weinexporteur Frederick Weil aus Frankfurt reist im Frühsommer 1938 durch Deutschland¹

Bericht von Frederick Weil² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Eindrücke einer Deutschland-Reise

Nachdem ich in der Zeit zwischen dem 1. Dezember 1937 und dem 1. März 1938 von meiner arischen Kundschaft auch nicht einen einzigen Auftrag mehr erhalten konnte, war mein Entschluss gefasst, nach Amerika auszuwandern, wo bereits 3 erwachsene Söhne seit mehreren Jahren arbeiteten. – Bereits am 16. April 1938 habe ich mein Wohnhaus in Frankfurt a.M. verkauft. – Am 6. Mai 1938 war ich beim amerikanischen Konsul in Stuttgart, um mich über die Formalitäten zu informieren.⁴ Ich verfehlte dabei nicht zu erwähnen, dass ich durch die Nazi bereits vorbestraft bin und brachte das Strafurteil mit.⁵ Die Herren Vizekonsuln zeigten ein grosses Interesse für diesen Fall und versprachen mir, natürlich unverbindlich, einen Antrag meinerseits wohlwollendst zu prüfen, und ich möchte nur für ein recht gutes Affidavit sorgen, dann würde der Fall keinerlei Schwierigkeiten haben. –

Bei meiner Rückkehr nach Frankfurt a.M. erhielt ich von der Parteileitung ein gedrucktes Formular mit der Anfrage, ob und wann ich mein Geschäft:

1. an Arier verkaufen,
2. liquidieren oder
3. anderweitig zur Auflösung bringen will.

Eine Antwort hierauf innerhalb von 8 Tagen wurde von mir verlangt. –

1 Frederick D. Weil, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), Kapitel 13, S. 59–69, Harvard-Preisausschreiben Nr. 239.

2 Frederick D. Weil (*1878), Kaufmann; von 1900 an Inhaber eines Weinexportgeschäfts in Frankfurt a.M., nach dessen Zerstörung im Ersten Weltkrieg Beteiligung an der Weinbrandindustrie des Schwiegervaters, 1905–1933 beim Frankfurter Weinhändler-Verband aktiv, Aug. 1935–Mai 1938 Weinkommissionär; vom 13.6. 1938 bis 23.7. 1938 im KZ Buchenwald inhaftiert; im Nov. 1938 Emigration über Paris in die USA.

3 Der gesamte Bericht umfasst 239 Seiten und wurde aus New York eingesandt. Im ersten Teil beschreibt Weil seine Erfahrungen in Deutschland seit 1933, die nationalsozialistischen Jugendbewegungen und den Ausschluss der Juden aus der Wirtschaft.

4 US-Generalkonsul in Stuttgart war in den Jahren 1938/39 Samuel Honaker; zuvor war er 1917 Vizekonsul in Johannesburg, 1926 in Smyrna, 1919–1920 in Johannesburg, 1927–1929 in Port-au-Prince, 1932 in Glasgow.

5 1933 war Weil wegen eines Zollvergehens aus dem Jahr 1924 verurteilt worden.

Anstatt eine Antwort zu geben, habe ich am nächsten Tag beim zuständigen Amtsgericht meine Firma löschen lassen.

Gleichzeitig meldete ich diese Tatsache der zuständigen Industrie- und Handelskammer. Der Gerichtssekretär, der die Beurkundung vornahm, forderte mich auf, am Schluss der Verhandlung in das anstossende Nebenzimmer einzutreten, angeblich um dort den Amtsstempel auf die Urkunde aufzudrücken. In Wirklichkeit aber, um mich einige Minuten allein und ohne Zeugen zu sprechen. Nachdem die Tür hinter uns zu war, sagte er mir, wie leid es ihm tue, diese hochangesehene Firma löschen zu müssen; ich möchte doch überzeugt sein, dass nicht alle Deutschen im Herzen so denken, wie sie leider zu handeln gezwungen sind. Er sprach mir guten Mut zu und wünschte mir von Herzen recht viel Glück und – dass ich „bald die Rache des deutschen Volkes erleben möge“.

Bei einigen meiner Abnehmer machte ich private Abschiedsbesuche, die teilweise recht dramatisch wurden. – Man bedauerte ausserordentlich meinen Entschluss, dass ich die einzig mögliche Konsequenz aus den vorliegenden Umständen zu ziehen gezwungen bin, und man bat mich quasi – um Entschuldigung.

Dreimal musste ich in Privatbüros der Chefs von grossen Firmen hören: „Sind Sie doch froh, dass Sie soweit sind und fortgehen können; ich wäre ja heilfroh, wenn ich mit Ihnen tauschen könnte, dann würde ich lieber heute als morgen diesen – Saustall verlassen und ins Ausland fahren, aber wir Arier im militärischen Alter bekommen keine Erlaubnis mehr, ins Ausland zu reisen.“ –

Die nun kommenden herrlichen Maitage benutzten meine Frau und ich zu ausgedehnten Autofahrten, um von den so liebgewordenen, altvertrauten Bergen und Landschaften Abschied zu nehmen.

Wir fuhren von Frankfurt a.M. aus den Rhein und die Mosel entlang bis Trier & machten von da aus einen Sonntagsausflug nach Luxemburg. – Dann über Kassel durch den Harz nach Berlin, Hamburg, Lübeck, Travemünde, Bremen, Hannover, Leipzig, Dresden, Schandau, durch das sächsische Erzgebirge nach Chemnitz, Bamberg, Nürnberg, München, Garmisch-Partenkirchen, Oberstdorf, Lindau, Konstanz, Donaueschingen, über den grossen Feldberg, Titisee, Freiburg und Baden-Baden, immer auf den Schwarzwaldhöhen entlang nach Frankfurt a. Main.

Wir waren insgesamt 29 Tage unterwegs und hatten Gelegenheit, nicht nur sehr viel Schönes wiederzusehen, sondern noch mehr, vieles neu zu sehen und unendlich viel neue Eindrücke von Menschen zu bekommen. – Ich hatte auf dieser Kreuz- und Querfahrt durch einen grossen Teil Deutschlands oft das Gefühl, eine „Henkersmahlzeit“ zu geniessen, d. h. Abschied zu nehmen von meinem früher so heissgeliebten Vaterland, von der einzigartig herrlichen Natur, mit der dieses Land so verschwenderisch reich gesegnet ist, von lieben Freunden und Verwandten, denen ich wohl zum letzten Mal die Hand drücken durfte. – Es war auch ein Abschiednehmen von so vielen Grabstätten, von unvergesslichen Jugenderinnerungen, von selbst gepflanzten, jetzt grossen und altgewordenen Aepfel- und Birnenbäumen und Weinreben, in denen ich als Kind arbeiten durfte.

Von meiner Geburtsstätte, in der jetzt der Enkel des nach unserem Wegzug eingezogenen Grossbauern wohnte. – Mit diesem Enkel, der ein überzeugter Nazi war, unterhielt ich mich eine geraume Weile. Er war der Typus der neuen deutschen Generation. Ich schätzte ihn auf ca. 18 Jahre. – Der Refrain seiner Antworten war stets der gleiche: „Ich kann Ihnen darauf nur das Eine sagen: Unser Führer weiss, was er will, und wenn es

auch nicht Jedem gleich als gut und richtig erkennbar ist, *ich* weiss, dass es für das Volk nur zum Guten ist.“ –

Auch die Judenfrage sieht er nur von diesem Gesichtspunkt aus an. – Meine Frage nach der Freiheit des Individuums als des höchsten Gutes des Menschen beantwortete der Jüngling: „Wenn man genau nach den Ideen und Lehren des Führers lebt, hat in Deutschland jeder die Freiheit!“ – Bei diesem Wort versuchte der halbgelähmte Vater dieses Jungen im Rollstuhl aufzustehen und mit seinem Krückenstock nach seinem Sohn zu schlagen mit einer Wut in seinem puterrotten Gesicht, das beredter war als alle Worte, die er – nicht auszusprechen wagte. – Die Tochter beruhigte den alten kranken Mann und gab ihm aus einer Medizinflasche einige Tropfen.

Damit beschloss ich meinen letzten Besuch in meinem Geburtshaus in Gedanken, die weit zurücklagen.

Die Erinnerung wurde lebendig in mir, wie ich unseren geliebten Pfarrer Rohrhurst, dem späteren Präsidenten der zweiten badischen Kammer, unseren Rabbiner Rawicz, den Bezirksamtmann und Baron von Böcklin an langen Winterabenden in freundschaftlicher angeregter Unterhaltung mit meinen Eltern vor mir sah und wie friedlich die Menschen sich verstanden haben mussten. – Meine Eltern waren ebenso regelmässige wie gerngesehene Gäste bei unseren andersgläubigen Freunden; das Wort „arisch“ kannte man noch nicht, wie auch umgekehrt die christlichen Freunde gerne und häufig unser jüdisches Haus besuchten, das religiös und im konservativen Sinn geführt wurde. –

Und welcher Kontrast zwischen damals und heute! Der Friedhof allein ist heute noch der Zeuge, dass seit dem Jahre 1530 auf diesem Friedhof die dort ansässigen Juden zur letzten Ruhestätte gelangt sind. – Dieser Friedhof war im März 1933 und im November 1938 das Ziel und der Schauplatz einer Horde von Vandalen, die ihrem eingepfiffen Gifthass gegen die Juden befehlsgemäss dadurch Ausdruck verleihen mussten, dass sie mehr als 50 Grabstätten verwüsteten, die Grabsteine niederwarfen und mit mitgebrachten Steinmetzhämmern zerschlugen. – Die Friedhofshalle und die Totenkammer wurden in der gemeinsten Weise als Klosett benützt.

Andererseits hatte ich auch sprechende Beweise von überschäumendem Hass seitens der arischen Bevölkerung gegen das jetzige braune Regime. – Eine alte Bäuerin konnte es sich nicht versagen, einen kerndeutschen Fluch gegen die braune Pest so laut zu schreien, dass ich sie bitten musste, in Zukunft mehr Vorsicht zu üben. –

Während ich mit dieser Frau vor ihrem Haus mich unterhielt, kamen immer mehr Bauern mit ihren Frauen dazu. Als sie erfuhren, dass ich nach Amerika auswandere, waren sie zuerst ganz still, dann aber sprach der grösste unter ihnen: „Wer wird jetzt noch dafür sorgen, dass wir jedes Jahr unseren Wein verkaufen können?“

Jeder bat, dass ich noch einmal zu ihm in sein Haus kommen müsste, um gemeinsam mit ihm ein Glas Wein zu trinken. – Ich musste der Kürze der verfügbaren Zeit wegen es ablehnen, aber innerhalb einer Viertelstunde kamen 8 Frauen, und eine jede hatte ein Abschiedsgeschenk unter der Schürze, Butter, Eier, Brot, Kirschwasser und 1 frisch geschlachtetes Huhn. Ich war ganz gerührt über diese Aufmerksamkeit, und im Moment, als ich mich bereits verabschiedet und bedankt hatte und ins Auto einsteigen wollte, brachte die Tochter des Bürgermeisters einen grossen Strauss frischer Maiblumen für meine Frau.

Ich denke noch immer gerne an diese Stunde, in der das alte Deutschland sich noch einmal mir zeigen wollte, wie es wirklich war! –

Aber auch sonst konnte ich in den kleineren Ortschaften des Schwarzwaldes, dessen Bevölkerung kerndeutsch und meistens rein allemannisch ist, eine offene Aussprache mit mir wahrnehmen und eine tief und ehrlich empfundene Feindschaft gegen die Zwangsherrschaft des Hitler-Regimes.

Anders war es schon in Mittel-Deutschland und besonders in den rein landwirtschaftlichen Gebieten. –

Da musste ich einmal 5 Ortschaften absuchen, bis ich als Jude überhaupt ein Zimmer zum Uebernachten erhalten konnte. Am nächsten Tag fuhr ich durch den Harz, der in seinem frischen Grün und den herabstürzenden Waldbächen seinen herrlichen Zauber ausstreute. Ich kam dabei nach Bad Harzburg. Ein breites Band über die Hauptverkehrsstrasse empfing mich mit der Aufschrift: „Juden ist der Aufenthalt in Bad Harzburg verboten.“ –

Die Reise ging dann umso rascher vorwärts; in Halberstadt fanden wir im ersten Hotel eine willkommene Gaststätte.

In Magdeburg sahen wir an jedem Geschäftsladen, Restaurant, Frisör etc. das gleiche einladende Schild, sodass wir nur im Speisesaal des Hauptbahnhofs essen konnten.

Im Gespräch mit einem arischen Geschäftsfreund hörte ich, dass die Partei jedem Inhaber eines offenen Geschäfts zwei solcher Emailschilder durch S.A.-Leute sandte und wofür Rm. 2.– gezahlt werden mussten, die Plakate brachten die S.A.-Leute gleich an die Schaufenster an. – Weigerte sich ein Ladeninhaber gegen die Zahlung und Anmachung der beiden Schilder, schrieb der S.A.-Mann aus einem bereitgehaltenen Schreibblock sogleich eine Vorladung des Ladenbesitzers vor das zuständige Parteibüro heraus. Weigerte er sich trotzdem nochmals, dann erfolgte die amtliche Vorführung zur Gestapo und im Weigerungsfall sofortige Verschickung ins Konzentrationslager wegen Sabotage an der deutschen Wirtschaft.

Die herrliche Reichsautobahn brachte uns noch am gleichen Tage nach der Reichshauptstadt Berlin. Zunächst war ich erstaunt darüber, dass kaum ein einziges Geschäft oder Restaurant oder Café irgendeinen Hinweis zeigte, dass „Juden unerwünscht“ wären. – Im Hotel war man sehr überrascht über meine Frage, ob ich als Jude hier wohnen könnte! – Das äussere Geschäftsleben in Berlin war kaum verändert gegenüber der „System-Zeit“. – Die Restaurants und Cafés waren voll besetzt, und in den Lokalen des Westens am Kurfürstendamm dominierte das mehr oder weniger sympathische jüdische Element. – Viele recht unangenehm auffallende Typen von Frauen machten sich in unzweifelhafter Weise bemerkbar. – In den Konzertkaffees fand ich die übergrosse Mehrzahl der Gäste gleichfalls aus diesen Kreisen, die selbst im Sommer 1938 noch nicht gelernt haben, die neue Zeit zu begreifen und eine Zurückhaltung zu üben, die wohl noch das geringste Opfer gewesen wäre, was man von diesen Leuten zum mindesten hätte erwarten dürfen. Man behauptete zwar, dass es in der Hauptsache nur Ausländer wären, die in jeder Weise von der Partei geschützt seien.

Theater, Konzerte, Kinos und Museen waren nur noch den „Ariern“ zugänglich; Juden war der Eintritt strikt untersagt. Das Publikum bestand hauptsächlich aus befohlenen Mitgliedern von „Kraft durch Freude“. Für Juden und christliche Nichtarier waren nur die Veranstaltungen des Jüdischen Kulturbunds zugelassen. –

Gegenüber Provinzstädten und kleineren Orten fiel mir der Mangel an Uniformen in Berlin auf. Auch im sogenannten Regierungsviertel sah ich nur vereinzelte Uniformen. Das war das äussere Bild, das mir in Berlin auffiel. Ganz anders war mein Eindruck nach dem Besuch von persönlichen Freunden, jüdischen wie arischen. – Die letzteren klagten

sehr über den Druck und den Zwang, dem sie in jeder Beziehung, aber ganz besonders in steuerlicher Beziehung unterworfen sind. Trotzdem man arbeitete von früh bis spät in die Nacht hinein, müsse man die eigene pekuniäre Substanz angreifen und jegliche Möglichkeit zu Ersparnissen sei vollkommen unmöglich. – Durch die gesellschaftliche Abschnürung erfahre man nichts mehr, was von wesentlichem Interesse wäre. – Auslandsreisen sind vollständig so gut wie verboten, und wenn solche aus Exportgründen von der Devisenstelle genehmigt sind, kommen trotzdem die Schnüffler der Gestapo zu peinlichen Hausdurchsuchungen, da solche genehmigten Reisen von der Gestapo als „Geldverschiebungsreisen“ bezeichnet wurden.

Einige meiner jüdischen Freunde hatten das richtige Gefühl, dass es keinen Zweck habe, noch länger die Augen zu verschliessen vor der eisernen Notwendigkeit und dass man eben die Konsequenzen auch persönlich zu ziehen hätte.

Wo es möglich war, arisierte man die jüdischen Betriebe, so gut oder so schlecht es eben ging. – Je nachdem die guten Beziehungen weit genug nach oben reichten, hat man verhältnismässig „gut“ abschliessen können. – Die kleinen Hitler waren bescheiden, dafür nicht so erfolgreich als die „grossen“ Hitler, die ihren klingenden Vorteil ausnahmslos als „ausgekochte Jungens“ zu wahren verstanden haben. Die Mittelspersonen waren meistens einige sehr angesehene Rechtsanwälte, die jedoch nur auf Grund allererstklassiger Empfehlungen sich für den einzelnen schwierigen Fall interessieren wollten. Man zeigte sich zunächst sehr zugeknöpft und behielt sich vor, ob man das Mandat annehmen könne oder nicht. Die Entscheidung darüber sollte nach 1 Woche fallen, in welcher Zeit man sich den Fall überlegen wollte. – Richtiger ausgedrückt: man erkundigte sich bei seinen Freunden, ob die aufgegebene Adresse interessiert oder nicht, d. h. man vergewisserte sich bei der zuständigen Hauptstelle, ob die Sache gemacht werden kann. – In der zweiten Besprechung wurde das Mandat angenommen, Reverse unterschrieben, jedoch nur in einfacher Form, ohne dass der Klient eine Abschrift davon erhielt. Die Unterlagen kamen dann in der darauffolgenden Woche, und nach Verlauf von weiteren 14 Tagen hatte der Jude die finanzamtlichen Unbedenklichkeiten, seinen Auslandspass, die Genehmigung zur Ueberweisung seines Sperrmarkguthabens oder für einen Grundstückstausch eines inländischen Hauses mit einem im Ausland liegenden und für die Mitnahme seines Reisegepäckes. Für all diese Notwendigkeiten brauchte man in Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe oder Heidelberg etc. mindestens 6 Monate, wobei die Laufereien zu den diversen Aemtern eine mehr oder weniger angenehme Spiessrutentour genannt werden musste.

Von wirklich seriösen, wirtschaftlich geschulten und verlässlichen Männern der verschiedensten Kreise hatte ich unumstössliche Beweise, dass die Korruption in den Aemtern kaum noch zu überbieten war. – Aber wehe dem kleinen Polizeibeamten, Finanzsekretär oder sonst einem uniformierten Beamten, wenn er ertappt würde, dass er im Dienst oder ausserhalb des Dienstes nicht so schroff wie nur möglich mit einem Juden umgeht. Dafür ein kleines Beispiel:

Ich benötigte für meinen in Paris lebenden Sohn eine Abschrift seiner polizeilichen Abmeldung vor seiner Auswanderung. Ich fuhr zum zuständigen Polizeirevier, stellte mich der Reihe nach an und bat den Oberwachtmeister um Auskunft. Danach sollte ich in dem gegenüber liegenden Papiergeschäft 3 grüne Formulare holen, solche ausfüllen und ihm dann wieder zurückbringen, um ein Duplikat für mich dann polizeilich abgestempelt abzuholen. Gleichzeitig bat mich der Beamte, ihm für 5 Pfennig eine Geburtstagsglückwunschkarte mit dem dazu passenden Umschlag mitzubringen, gab mir die 5 Pfennig &

sagte, er käme von der Arbeit nicht dazu, die Karte selbst zu holen und der Geburtstag wäre morgen. – Ich besorgte also die Geburtstagskarte & gab ihm gleichzeitig die 3 grünen Formulare ausgefüllt in die Hand, jedoch die Glückwunschkarte mit Kuvert so von dem grünen Formular verdeckt, dass niemand sie sehen konnte. – Der Beamte stempelte das grüne Formular ab und gab es mir zurück, worauf ich das Polizeilokal verliess. – Nach 2 Stunden erscheint dieser Beamte in meiner Wohnung in heller Aufregung und bat mich um eine Unterredung. – Im Zimmer sah er sich erst um, ob niemand sonst anwesend sei. Ich beruhigte ihn & bestätigte, dass nur meine Frau und ich in der Wohnung wären.

Nun erzählte er uns: Kaum dass ich eine halbe Stunde vom Polizeirevier weggegangen sei, kam der Reviervorsteher zu ihm und ersuchte, ihm auf sein Geschäftszimmer zu folgen. Hier eröffnete der Reviervorsteher, dass er vorhin von der Gauleitung angerufen wurde, dass der Oberwachtmeister sich mit einem Juden besonders freundschaftlichst unterhalten hätte und dass er mit dem Juden anscheinend Geschäfte machen würde. Wenn das erwiesen sei oder nur der Verdacht dafür bestände, müsste der Oberwachtmeister durch ein Disziplinarverfahren bestraft werden. Der Oberwachtmeister erklärte mir, dass er 64 Jahre alt sei und einschliesslich seiner Militärzeit 44 Dienstjahre habe und im folgenden Jahr mit 80 % seines Gehalts pensioniert würde. Wenn er aber jetzt entlassen und durch ein Disziplinarverfahren bestraft wird, verliert er seine Pensionsberechtigung. – Sein Chef hätte ihm erklärt, dass er ihn gegen die Nazi, soweit es möglich sei, in Schutz nehme. – Der Zweck seines Besuches bei mir wäre, mir die Sache privat und geheim mitzuteilen für den Fall, dass die Gauleitung bei mir nachforschen sollte, in welchen Beziehungen ich zu dem Oberwachtmeister stehe und damit seine Aussagen mit den meinigen nicht in Widerspruch kommen würden. – Ich hörte später nichts mehr von der Sache, aber der Oberwachtmeister hat mir in 2stündiger Unterhaltung doch so viel vom inneren Dienst erzählt, von den Schikanen, die die jungen Burschen, die von der Partei in jedes Polizeirevier beordert sind, dass ich ein grosses Bedauern für diesen alten dienst-erprobten, ehrlichen Beamten bekam. Diese alten Beamten sind restlos feindlich eingestellt gegen die Partei-Polizei, d.h. gegen die Gestapo, die ausschliesslich aus den übel beleumundeten S.S.- und S.A.-Mannschaften bestehe.
[...]⁶

DOK. 55

Amtsblatt der Stadt Wien: Bekanntmachung vom 1. Juli 1938 über die Separierung jüdischer Schulkinder und die Einführung des Numerus clausus an Mittelschulen¹

Eigene jüdische Schulen

Den Grundsätzen des Nationalsozialismus entsprechend war die Wiener Schulverwaltung bestrebt, möglichst rasch die *Trennung zwischen arischen und jüdischen Kindern* durchzuführen. Für die Kinder jüdischer Abstammung wurden *eigene jüdische Schulen*

⁶ Im Folgenden berichtet Frederick Weil von seiner Inhaftierung in Buchenwald vom 13.6. bis zum 23.7. 1938, seiner Freilassung und von den Pogromen im Nov. 1938.

¹ Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 27 vom 1.7.1938, S. 2.

errichtet. Derzeit bestehen in Wien 14 solcher *Volks- und Hauptschulen* mit 148 Klassen und 5992 Judenkindern sowie 8 jüdische *Mittelschulen*.

Infolge der starken Zuwanderung von Juden seit dem Jahre 1918 und weil bekanntlich alle Juden ihre Kinder die Mittelschule besuchen lassen, war der Prozentsatz der jüdischen Mittelschüler und Mittelschülerinnen ein geradezu unerträglicher. Gab es doch Mädchenmittelschulen, in denen *über 80 % jüdische Schülerinnen* saßen. Für das Schuljahr 1938/39 wurde nun an den Wiener Mittelschulen der *Numerus clausus* eingeführt. Er beträgt 2 % der *Gesamtzahl der Wiener Mittelschüler bzw. Mittelschülerinnen*. Statt 8 jüdischen Mittelschulen wird es daher in Zukunft in Wien nur mehr *eine* geben, statt 6000 jüdischen Mittelschülern nur rund 500.

DOK. 56

Bericht des Sicherheitsdienstes der SS vom 1. Juli 1938 über die Vorbereitungen zur internationalen Flüchtlingskonferenz in Evian¹

Bericht von Theodor Dannecker² (II 112 qF, Dan/Pi), ungez., an Six³ vom 1.7.1938⁴

Betr.: Flüchtlingskonferenz in Evian

Vorg.: Ohne

Seit Wochen schon beschäftigt sich die gesamte Judenschaft, insbesondere die im Reichsgebiet ansässige, mit der für den 6. 7. 38 festgesetzten Konferenz in Evian. Dieser ist umso größere Bedeutung beizumessen, als sich zum ersten Male eine internationale Konferenz, der ausschließlich offizielle Regierungsvertreter der Teilnehmerstaaten angehören werden, mit dem Problem der Unterbringung von Juden aus dem Gebiete Großdeutschlands beschäftigt.⁵

1. Initiative Roosevelts

Die Rückgliederung Österreichs und das damit erneut aktuell gewordene Judenproblem veranlaßte die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, am 24. 3. 38 durch den Staatssekretär Cordell Hull an die Regierungen von 29 Staaten den Vorschlag zur Bildung eines internationalen Ausschusses zu richten, der die Auswanderung aus Deutschland und Österreich erleichtern soll.⁶ Dieser Vorschlag ging an alle Republiken Nord- und Südamerikas sowie in Europa an die Regierungen Groß-Britanniens, Frank-

1 RGVA, 500k-1-649.

2 Theodor Dannecker (1913–1945), Kaufmann; 1932 NSDAP- und SS-Eintritt; seit 1936 im SD tätig, von 1937 an im SD-Referat II 112 bzw. im Referat IV B 4 des RSHA für die „Judenfrage“ zuständig; 1940 als „Judenberater“ beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Frankreich, 1942 organisierte er die Deportationen franz. Juden, 1943 die Deportationen aus Bulgarien, 1944 aus Italien und Ungarn, 1945 von US-Truppen gefangen genommen, nahm sich das Leben.

3 Dr. Franz Alfred Six (1909–1975), Jurist; 1930 NSDAP-, 1932 SA- und 1935 SS-Eintritt; 1938 Professor in Königsberg, 1939 in Berlin; von 1935 an im SD tätig, 1939 Leiter der Abt. Gegnerforschung des RSHA; 1941 Führer des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B, 1942 Leiter der kulturpolitischen Abt. im RAM; 1948 in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen, 1956 Werbeberater bei Porsche-Diesel-Motorenbau.

4 Im Original handschriftl. Anmerkungen, unleserlich.

5 Siehe Dok. 19 vom 18.3.1938, Dok. 59 vom 8.7.1938 und Dok. 64 vom 16.7.1938.

6 Siehe Einleitung, S. 46.

reichs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, der Schweiz und Italiens. Während Italien sofort ablehnte, sagten alle anderen Staaten unter gewissen Bedingungen zu.

Roosevelt hat sich inzwischen persönlich mit Vertretern jüdischer und nichtjüdisch-christlicher Organisationen in Washington besprochen, um mit ihnen Pläne für eine Zusammenarbeit mit dem zu errichtenden internationalen Komitee zu beraten.

Gleichzeitig wurde unter dem Vorsitz des früheren Flüchtlingskommissars, James McDonald,⁷ Mitte Mai d.J. ein amerikanisches Vorbereitungskomitee mit dem Sitz in Washington eingerichtet, das sich nach den vorliegenden Meldungen hauptsächlich mit den Fragen der Massenansiedlung beschäftigt und die Einwanderungsmöglichkeiten vor allem auch in U.S.A. selbst prüft.⁸ Hierfür soll bereits ein Projekt fertiggestellt sein.

Dem Komitee in Washington gehören neben Vertretern konfessioneller Verbände auch bezeichnenderweise zahlreiche Juden an, u.a. auch der als übler Deutschenhetzer bekannte Präsident des „Jüdischen Weltkongresses“, Rabbiner Stephen Wise.⁹

Mit der Vertretung der amerikanischen Regierung auf der Konferenz wurde Myron C. Taylor,¹⁰ der frühere Generaldirektor der United States Steel Corporation, vom amerikanischen Präsidenten beauftragt. Allgemein besteht die Meinung, daß durch T. der Ablauf der Konferenz wesentlich beeinflußt werden wird.

Zur Vorbereitung fand Anfang Juni d.J. in Paris eine Vorbesprechung jüdischer Großorganisationen zu der Evian-Konferenz statt, an der Vertreter des „American Joint Distribution Committee“, des „Council for German Jewry“¹¹ und der „Hicem“¹² teilnahmen. Aus dem Reich waren als Vertreter der „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ und des „Hilfsvereins der Juden in Deutschland“ Dr. Eppstein¹³ und Dr. Hirsch,¹⁴ für

7 James Grover McDonald (1886–1964), Politiker; 1919–1933 Chairman of the Foreign Policy Association; 1933 bis zu seinem Rücktritt 1935 Hochkommissar des Völkerbunds für Flüchtlinge aus Deutschland; 1949–1951 US-Botschafter in Israel.

8 Gemeint ist das President's Advisory Committee on Refugees.

9 Stephen Samuel Wise (1874–1949), Rabbiner; 1907 gründete er die Free Synagoge in New York und war dort Reformrabbiner; 1917 Mitarbeit an der Konzeption der Balfour-Deklaration; 1918–1920 Vizepräsident der Zionist Organization of America, 1936–1938 deren Präsident; 1936–1949 Präsident des Jüdischen Weltkongresses.

10 Myron Charles Taylor (1874–1959), Jurist und Unternehmer; 1932–1938 Präsident der U.S. Steel Corporation; 1938 von Roosevelt mit dem Vorsitz der Evian-Konferenz beauftragt, 1939–1950 Vertreter der USA im Vatikan.

11 Council for German Jewry: Jüd. Hilfsorganisation in Großbritannien, 1933 als Central British Fund for German Jewry gegründet.

12 Die HICEM wurde 1927 gegründet und koordinierte die Arbeit der HIAS (US Hebrew Sheltering & Immigrant Aid Society) in New York, der ICA (Jewish Colonization Association) in Paris und der Emigdirect in Berlin, um die jüdische Auswanderung planmäßig zu organisieren. Die Bezeichnung HICEM setzt sich aus den Abkürzungen der drei Organisationen zusammen.

13 Dr. Paul Eppstein (1902–1944), Soziologe; Vorstandsmitglied beim Verband der jüdischen Jugendvereine, Zionist; 1926–1933 Privatdozent an der Handelshochschule Mannheim, 1933 Entlassung; von 1935 an Sozialreferent in der Reichsvertretung der Juden und deren Verbindungsmann zur Gestapo; lehrte in den 1930er-Jahren an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin Soziologie; 1943 nach Theresienstadt deportiert, dort von Jan. 1943 bis zum 27.9. 1944 Judenältester, ermordet.

14 Dr. Otto Hirsch (1885–1941), Jurist; von 1920 an Ministerialrat im württembergischen Innenministerium; von 1919 an in jüdischen Organisationen aktiv, von 1933 an geschäftsführender Vorsitzender der Reichsvertretung der deutschen Juden; er wurde 1941 verhaftet und im KZ Mauthausen ermordet.

die „Israelitische Kultusgemeinde Wien“ Dr. Löwenherz und Dr. Rothenberg,¹⁵ ferner Dr. Rau¹⁶ vom Palästina-Amt, Berlin, und Dr. Feilchenfeld¹⁷ für die Haavara und Intra anwesend.

Beratungsgegenstand waren Vorschläge der internationalen Judenschaft zur Lösung des Emigrantenproblems, die dem Kongreß unterbreitet werden sollen. Die Vertreter der „Reichsvertretung“ hatten dabei von sich aus zur Bedingung gemacht, daß unbedingt eine Steigerung der Einwanderung in aufnahmefähige Länder erreicht werden müsse und daß vor allem die Einwanderungssperren in den für die Auswanderung von Juden aus Deutschland besonders in Frage kommenden Ländern, wie Brasilien und die Südafrikanische Union, aufgehoben würden. Ähnliche Vorschläge ergingen wegen der Einwanderung in die U.S.A.

Die ausländischen Organisationen erklärten sich bereit, die Vorschläge der jüdischen Delegierten aus Deutschland in dem der Konferenz vorzulegenden Memorandum zu berücksichtigen. Gleichzeitig wiesen sie aber darauf hin, daß *ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Übernahme der gesamten Kosten der jüdischen Auswanderung aus Deutschland unmöglich sei.*

2. Haltung der Teilnehmerstaaten

a) U.S.A.:

Die bisherige Entwicklung ist bereits einleitend aufgezeigt. Es muß jedoch besonders auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die U.S.A., obwohl der Anstoß zu der Konferenz von dort aus kam, nicht beabsichtigen, irgendeine Erhöhung der bisher gültigen Einwanderungsquote gemäß Einwanderungsgesetz aus dem Jahre 1924, die sich für Deutschland und Österreich zusammengerechnet auf 27370 pro Jahr belief, zu verfügen. Die einzige Erleichterung, die bisher erfolgte, aber lediglich als Geste zu betrachten ist, bestand darin, daß die amerikanischen Konsulate durch Roosevelt angewiesen wurden, die bestehenden Einwanderungsbestimmungen zukünftig liberaler zu handhaben. Praktisch war es nämlich bis heute fast unmöglich, die Einwanderungsquote nach U.S.A. voll auszunützen, so daß zumeist nur ca. 10–12000 Personen einreisen konnten.

b) England:

Zunächst verlautete Mitte April, also zu einem Zeitpunkt, wo die Teilnahme Englands an der Konferenz noch nicht feststand, daß dort die Absicht bestehe, dem Völkerbundsrat vorzuschlagen, die Zuständigkeit des „High Commissioner für Auswanderer aus Deutschland“¹⁸ auch auf Auswanderer aus Österreich auszudehnen.

Vor einigen Tagen wurde nun im englischen Unterhaus bekanntgegeben, daß die englische Regierung auf der Konferenz in Evian durch Lord Winterton,¹⁹ also einen aktiven

15 Dr. Alois Rothenberg (*1889), Mineralölhändler; von Eichmann Ende März 1938 zum Leiter des Palästina-Amts Wien ernannt; 1940 nach Triest emigriert.

16 Dr. Arthur A. Rau (1895–1962), Jurist; 1925–1933 Landgerichtsrat in Berlin, 1933 Entlassung; 1935–1938 Direktor des Palästina-Amts in Berlin, 1939 Emigration nach Palästina, 1941–1961 Rechtsberater und Leiter der Rechtsabt. der Anglo-Palestine Bank in Tel Aviv.

17 Werner Feilchenfeld (1895–1985), Wirtschaftsberater und Rechtsanwalt; 1919–1933 Syndikus der IHK Berlin, 1934 Emigration nach Palästina, 1936–1940 Generaldirektor der Haavara Trust and Transfer Ltd. in Tel Aviv; 1936–1939 Vertreter der Jewish Agency; 1951 Emigration in die USA, selbstständiger Wirtschaftsberater; Mitautor von „Ha'avara-Transfer“ (1973).

18 Richtig: Hochkommissar für die Flüchtlinge (jüdische und nicht-jüdische) aus Deutschland.

19 Lord Edward Turnour Winterton (1883–1962), Politiker; 1904–1951 brit. Parlamentsmitglied, leitete die brit. Delegation in Evian, Chairman des dort gegründeten Intergovernmental Committee.

Minister, und Charles M. Palaire²⁰ vertreten werde. Weiter wurde durch die englische Regierung mitgeteilt, daß sie den Vorschlag, die Dominien zur Vorlage eines Gesamtplanes für das Empire zu veranlassen, der ihre Aufnahmefähigkeit für Emigranten aufzeige, als nicht ausführbar betrachte. Nach Auffassung der Regierung sei die Zulassung von Einwanderern und ihre wirtschaftliche Eingliederung nur von den einzelnen Regierungen selbst zu entscheiden. Der Vertreter des englischen Außenministers, Butler,²¹ vertritt die Meinung, daß eine der Hauptschwierigkeiten einer derartigen Konferenz in der Geldfrage liege. Auch B. verwies auf die grundlegende Absicht der U.S.A., die vor allem dahin gehe, von keinem Lande zu verlangen, mehr Emigranten aufzunehmen, als dies auf Grund der bestehenden Gesetze möglich ist, und ferner zu erreichen, daß die Finanzierung der Emigration durch private Organisationen innerhalb der verschiedenen Länder geschehe.

c) Frankreich:

Die Organisation der Konferenz wird auf Bitten des amerikanischen Staatsdepartements von der französischen Regierung durchgeführt. Zum Führer der französischen Abordnung wurde der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Politik, Senator Henri Béranger,²² bestimmt.

Bis heute ist allerdings weder die Tagesordnung der Konferenz bekannt,²³ noch sind den beteiligten Regierungen Mitteilungen über ihren technischen Verlauf zugegangen. Dieser Umstand kann evtl. sehr hemmend auf den Fortgang der Tagung wirken, da die Regierungen ihren Vertretern nur dann Vollmachten geben, wenn sie genau über die zu behandelnden Vorschläge unterrichtet sind.

d) Holland:

Der erneute Zustrom von Emigranten aus Österreich veranlaßte die Regierung der Niederlande, insbesondere auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Landes, verschärfte Bestimmungen für die Emigranteneinwanderung zu treffen.²⁴ Offiziell bezeichnete der holländische Justizminister²⁵ die Notwendigkeit dieser Maßnahmen damit,

20 Charles M. Palairet (1882–1956), Diplomat; von 1905 an im diplomatischen Dienst Großbritanniens, 1918/9 Teilnehmer der brit. Delegation an der Friedenskonferenz in Paris, 1920–1938 in Paris, Tokio, Rom, Bukarest, Stockholm und Wien tätig.

21 Harold B. Butler (1883–1951), Diplomat; 1919 beteiligt an der Gründung der International Labour Organization, 1932–1938 Direktor des International Labour Office (ILO); 1938 Leiter des Nuffield College in Oxford, 1939 Kommissar für Zivilschutz; von 1942 an Leiter des British Information Service in Washington und Präsident der European League for Economic Cooperation.

22 Richtig: Henry Béranger (1867–1952), Philosoph, Journalist und Diplomat; 1926–1928 Botschafter Frankreichs in Washington, 1931–1939 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats und von 1932 an Délégué Titulaire beim Völkerbund; außerdem Delegierter Frankreichs im Verwaltungsrat des Hochkommissars für Flüchtlinge aus Deutschland.

23 Am 14. 6. 1938 hatte das State Department eine Tagesordnung an die Teilnehmerstaaten verschickt; demnach sollte auf der Konferenz 1. über langfristige Maßnahmen zur Ansiedlung von Flüchtlingen diskutiert werden, 2. über Sofortmaßnahmen zur Regelung der dringendsten Fälle, 3. über Dokumente für Flüchtlinge, denen ihre Heimatländer keine Papiere mehr ausstellten, 4. ein Gremium von Regierungsvertretern geschaffen werden, das an einer umfassenden Problemlösung arbeiten sollte; Barbara McDonald-Stewart, *United States Government Policy on Refugees from Nazism 1933–1940*, New York, 1982, S. 296.

24 Am 21. 3. 1938 billigte das niederländ. Kabinett Maßnahmen zur Verschärfung der Grenzkontrollen: Diese waren bisher begrenzt auf die zentralen Bahngrenzübergänge in Oldenzaal und Zevenaar und wurden nun ausgeweitet auf alle Straßen-, Straßenbahn- und kleinere Bahnübergänge; Bob Moore, *Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933–1940*, Dordrecht 1986, S. 78, 207.

25 Carolus Maria Joannes Franciscus (Carel) Goseling (1891–1941), Jurist und Politiker; 1919–1937

daß vor dem Beginn der Evian-Konferenz der Strom der Neuankömmlinge hätte eingedämmt werden müssen. Die Regierung erwarte von der Konferenz, daß sie zu Lösungen führe, die die besondere Lage der einzelnen Länder berücksichtigen würden. D.h. also, daß von Holland kaum positive Vorschläge zur Lösung der schwebenden Fragen zu erwarten sind.

e) *Südamerika:*

Die Haltung aller südamerikanischen Staaten ist noch vollkommen offen, obwohl sie sich von vornherein zur Teilnahme an der Konferenz bereit erklärt hatten. *Der Erfolg der Tagung hängt aber zweifelsohne von der Bereitwilligkeit der südamerikanischen Regierungen zur Aufnahme weiterer jüdischer Emigranten ab.*

3. *Zweck und Ziel der Konferenz*

Wie schon teilweise aus dem oben Gesagten hervorgeht, erwarten die beteiligten Kreise und insbesondere auch die Judenheit als Erfolg der Konferenz die Erreichung von Zugeständnissen der teilnehmenden Regierungen bezüglich der Auflockerung und liberaleren Handhabung der Einwanderungsbestimmungen.

Die Konferenz kann, wenn überhaupt mit einer ernsthaften Bereitschaft gerechnet werden darf, infolge ihrer Unabhängigkeit vom Völkerbund umfassende Beschlüsse fassen, die für die Auswanderungsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung sein können.

Im Hinblick auf diese Möglichkeiten verdienen die sogenannten „Coordinating Committees“,²⁶ die in London und New York gebildet wurden, besondere Aufmerksamkeit. Sie entstanden aus der Notwendigkeit, den diplomatischen Vertretern der Teilnehmerstaaten eine gemeinsame Vertretung der an der Konferenz interessierten jüdischen und nicht-jüdischen Kreise gegenüber – bzw. zur Seite zu stellen. Diese Komitees haben bereits miteinander Fühlung genommen und sich darüber hinaus mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen anderer Länder in Verbindung gesetzt.

Es ist beabsichtigt, das Londoner Komitee zu einer Zentralstelle auszubauen, die die jüdischen Forderungen und Wünsche in Evian mit der notwendigen Autorität und dem erforderlichen Nachdruck vertreten kann. Das Komitee veröffentlichte bereits in den englischen Blättern einen Aufruf, der u.a. von Lord Reading und dem Bischof von Winchester unterzeichnet ist und in dem betont wird, daß die zusammengeschlossenen Organisationen gemeinsam an der Hilfe für die aus Mitteleuropa auswandernden Juden mitarbeiten wollen.²⁷

4. *„Beobachter“ aus Deutschland*

Auch die Juden in Deutschland bzw. Deutsch-Österreich beabsichtigen, „Beobachter“ nach Evian zu entsenden, deren Aufgabe darin bestehen wird, Fühlung mit den Vertretern der einzelnen Staaten aufzunehmen und Hinweise auf die unbedingte Notwendigkeit der jüdischen Auswanderung aus Deutschland zu geben.

als Rechts- und Staatsanwalt in Amsterdam tätig, 1930–1937 Vorsitzender der Rooms-Katholieke Staatspartij (RKSP) und 1936–1937 ihr Fraktionsvorsitzender in der 2. Kammer des Parlaments, 1937–1939 politischer Führer der RKSP und Justizminister; 1940 in Buchenwald inhaftiert und dort gestorben.

²⁶ Nicht ermittelt.

²⁷ Mit dem Aufruf wandten sich verschiedene Flüchtlings- und Hilfsorganisationen an die brit. Öffentlichkeit und forderten, nach dem Anschluss Österreichs die praktische und finanzielle Unterstützung für die Verfolgten zu verstärken; The Times, Nr. 47969 vom 14.4.1938, S. 8: In Aid Of The Persecuted.

Die für die Teilnahme in Frage kommenden Juden aus dem Reich wurden bereits in Besprechungen in diesem Sinne belehrt.

Neben diesen wird noch durch Vermittlung des O.A. Österreich ein neutraler Beobachter an der Konferenz teilnehmen, der nach seiner Rückkehr berichten wird.²⁸

Sollte der auf den 6.7.38 festgelegte Anfangstermin der Konferenz – wie teilweise vermutet wird – verlegt werden, so darf vorgeschlagen werden, unter Berücksichtigung der großen Bedeutung, die die Konferenz für die Auswanderung der Juden aus Deutschland haben kann, *in Erwägung zu ziehen, einen deutschen diplomatischen Vertreter als Beobachter an der Konferenz teilnehmen zu lassen.*²⁹

Über den Erfolg der Konferenz von Evian wird nach ihrem Abschluß berichtet werden.
II 1³⁰

DOK. 57

Frankfurter Zeitung: Artikel vom 7. Juli 1938 über den Beitrag von Anthropologen und Statistikern zur Erforschung der „Judenfrage“¹

*Die Entstehung des Judentums. Vorträge auf der Münchener Tagung.
(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)*

FK München, 6. Juli. Auf der Münchener Tagung des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“² hatte der Dienstag in den Vortragsthemen und dem Temperament der Redner die kämpferisch-polemische Seite der wissenschaftlichen Behandlung des Judenproblems besonders zur Geltung gebracht. Der heutige zweite Beratungstag tauchte die Arbeit in die kühlere Luft naturwissenschaftlicher und statistischer Ueberlegungen und brachte damit zugleich eine charakteristische Ergänzung zu der Arbeit der Historiker im engeren Sinne.

Professor Eugen Fischer³ vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem stellte mit seinem Referat über Rassenentstehung und Rassengeschichte des antiken Judentums die Erörterung vor die weitere Perspektive anthropologischer und vor- und frühgeschicht-

28 Nicht ermittelt.

29 Es nahm kein deutscher Diplomat als Beobachter an der Konferenz von Evian teil.

30 Handschriftl. von Six (II 1) gegengezeichnet. Am Ende des Dokuments: „VFG.: 1.II 1 mit der Bitte um Kenntnisnahme, 2. Vorschlag: Vorlage C“. Am 15.8.1938 sandte Six einen von Hagen verfassten Bericht an den RFSS, in dem der Verlauf der Konferenz und die Positionen der einzelnen Delegierten zusammengefasst wurden. Darin gelangte Hagen zu dem Schluss, dass die Emigration der Juden aus Deutschland in Zukunft schwieriger werde und daher umso mehr zu forcieren sei. Folglich sollten die Besprechungen mit dem RWM über die zur Verfügung stehenden Devisen beschleunigt abgeschlossen werden. Dem Bericht lag eine Liste der Delegierten sowie die Abschlussresolution der Evian-Konferenz bei; RGVA, 500k-1-612, Bl. 17–37.

1 Frankfurter Zeitung Nr. 341 vom 7.7.1938, S. 2.

2 Das im Sommer 1935 in Berlin gegründete Reichsinstitut unterstand der Aufsicht des REM und sollte die neuere deutsche Geschichte seit der Französischen Revolution erforschen. Die 1936 geschaffene Forschungsabt. Judenfrage war in München ansässig.

3 Dr. Eugen Fischer (1874–1967), Anthropologe; 1918 Professor für Anatomie in Freiburg, 1927–1942 (Gründungs-)Direktor des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 1933–1935 Rektor der Berliner Universität; 1940 NSDAP-Eintritt; 1952 Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie; Autor u.a. von „Die Rehobother Bastards und das Bastardisierungsproblem beim Menschen“ (1913), Mitautor von „Grundriss der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“ (1921), Mithrsg. von „Volk und Rasse“.

licher Forschung. Er gründete seine den Stoff souverän meisternden Ausführungen auf die breite Basis der neuen erbbiologischen Erkenntnisse: Wir wüßten heute exakt, daß auch die menschlichen Rasseeigenschaften *Erbeigenschaften* seien und sonst nichts; Erbeigenschaften, die innerhalb einer gewissen Reaktionsbreite den Umwelteinflüssen Einwirkungen verstatteten. Rasse sei eine Ganzheit leiblicher und geistig-seelischer Eigenschaften, und die verschiedenen Rasseunterschiede hätten sich aus der ursprünglich einheitlichen Menschheit durch *Mutationen und Anpassungsauselese* – für uns erkennbar seit der letzten Steinzeit – herausgebildet, über welche Vorgänge im einzelnen noch mancherlei offene Fragen bestünden.

Professor Fischer erörterte dann unter eindringlicher und behutsamer Hervorhebung der zweifelhaften Momente die Ergebnisse, zu welchen Anthropologie, Sprachkunde, Archäologie und Frühgeschichtsforschung im Hinblick auf die *Entstehung des Judentums* bisher gelangt seien. Die Juden, deren rassische Genealogie seit den Zeiten des Königs David im wesentlichen abgeschlossen sei, wiesen drei Komponenten auf, aus deren Verschmelzung sich unter dem Druck der Kämpfe gegen eine andersartige Umwelt ihre Besonderheiten ergeben hätten. Die vorderasiatische Rasse bilde den Grundstock, der sich im fünften vorchristlichen Jahrtausend über die mediterrane Rasse gelagert habe und zu dem später die orientalische Rasse hinzugetreten sei; vereinzelt Einsprengsel nordisch-indogermanischen Ursprungs und gelegentlich negroide Einschläge zeugten noch von der frühen Aufnahme fremden Blutes, wie auch schon die in hohe Zeiten zurückreichende Teilung in Sephardim mit mehr orientalischem und Aschkenasim mit mehr vorderasiatischem Gepräge von der ursprünglichen Blutmischung Kunde ablegten. Später habe die Abschließung nach außen und die Inzucht immer deutlicher das feste Rassegefüge der Juden ausgeprägt und sie zu einer Einheit werden lassen, die allen europäischen und vornehmlich der nordischen Rasse biologisch feind sei.

Den Vortrag Professor Fischers über die rassische Entstehung des antiken Judentums ergänzte für den gegenwärtigen Stand der Frankfurter Professor Freiherr von Verschuer⁴ mit seinen Ausführungen über die *Rassebiologie* der Juden. Er betonte, daß es kein einzelnes Merkmal gebe, an dem mit Sicherheit die jüdische Rasse festzustellen sei, daß also nur eine Verbindung von Gruppen einzelner Merkmale Vergleichs- und Unterscheidungsmöglichkeiten biete. Der Redner zählte eine lange Reihe charakteristischer Merkmale der Konstitution und des Verhaltens auf, indem er jeweils die Befunde bei Juden und Ariern gegenüberstellte und sowohl die normalen körperlichen Eigenschaften wie auch die Disposition und Reaktionsweise bei Krankheiten sowie psychische Eigenschaften berücksichtigte. Die unterscheidenden biologischen Merkmale der Juden entstammten, so sagte er, vorwiegend dem vorderasiatisch-orientalischen Grundstock, und sie seien seitdem durch Auslese und Anpassung an die besonderen Umweltbedingungen verstärkt und befestigt worden. Die Bevorzugung städtischer, vor allem großstädtischer Existenz und der händlerischen Berufe, die Hinlenkung auf formale logische Geistigkeit durch den Talmud und die Einwirkung der Auserwähltheitsidee hätten sich so im Laufe der Zeit

⁴ Dr. Otmar Freiherr von Verschuer (1896–1969), Mediziner, Humangenetiker; 1940 NSDAP-Eintritt; 1928–1935 Abteilungsleiter im KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, 1942–1945 dessen Direktor, 1935–1942 Professor in Frankfurt a.M. sowie Richter am Erbgesundheitsobergericht; 1951–1965 Leiter des Instituts für Humangenetik in Münster; Autor u. a. von „Rassenhygiene als Wissenschaft und Staatsaufgabe“ (1936), „Leitfaden der Rassenhygiene“ (1941).

auch biologisch im jüdischen Rassetypus niedergeschlagen und dessen leibliche und seelische Fremdheit gegenüber dem deutschen vertieft.

Professor Friedrich *Burgdörfer*⁵ vom Statistischen Reichsamt gab sodann eine Uebersicht über die biologische, berufliche und soziale Struktur des Judentums, soweit sie sich in den zahlenmäßigen Ermittlungen der Statistik spiegelt, welche freilich ihrem Wesen nach mit schematischen Vereinfachungen arbeiten muß. Burgdörfer erläuterte an Hand rassischer Darstellungen die Verbreitung der Juden, ihr Verhältnis zur Bevölkerungsbewegung seit der Emanzipation, die Altersschichtung der Glaubensjuden im Deutschen Reich und ihre wirtschaftliche und soziale Gliederung, wobei die Angaben, soweit sie nicht auf bloßen Schätzungen beruhten, sich im wesentlichen auf die konfessionelle und rechtliche Stellung der Juden stützten. Die *erste statistische Erfassung* der Juden nach rassischen Gesichtspunkten soll in Deutschland – und damit überhaupt – bei der *Volkszählung von 1939* vorgenommen werden, die also zum ersten Male exaktes Zahlenmaterial für dieses Problem liefern wird.⁶

Die Diskussion, die sich, wie schon am Vortage, an die Referate anschloß, war heute besonders belebt infolge der Ergänzung durch die Mitwirkung von Naturwissenschaftlern neben den rein historisch-politischen Erörterungen des ersten Tages. Es zeigte sich große Befriedigung über diesen Gedankenaustausch über die Grenzen der Fachdisziplin hinweg, dessen Fruchtbarkeit sich gerade auf einem so neuen Forschungsgebiet wie der Judenfrage bewähren muß, wo es noch so viel Zweifel zu klären und so große Lücken der Kenntnis auszufüllen gibt.

DOK. 58

Der NSDAP-Gauleiter in Wien schlägt am 8. Juli 1938 vor, das Eigentum geflohener Juden zu beschlagnahmen und zu versteigern¹

Aktenvermerk der NSDAP-Gauleitung Wien, (Unterschrift unleserlich), vom 8.7.1938²

Aktenvermerk

Zum Zwecke der Behebung der Wohnungsnot schlägt Gauleiter Globocnik³ im Einvernehmen mit der Geheimen Staatspolizei vor, alle jene Einrichtungsgegenstände, welche in Wohnungen geflüchteter Juden stehen, aber nicht beschlagnahmt wurden,

5 Dr. Friedrich Burgdörfer (1890–1967), Statistiker; 1925–1939 Abteilungsdirektor des Statistischen Reichsamts, 1939–1945 Präsident des Bayer. Statistischen Landesamts; verantwortlich für die Sondererfassung der Juden in den Volkszählungen 1933 und 1939; 1940 Gutachten über die Umsiedlung von vier Millionen Juden nach Madagaskar; 1960 Ehrenmitglied der Deutschen Statistischen Gesellschaft; Autor u. a. von „Volks- und Wehrkraft, Krieg und Rasse“ (1936).

6 In der Volkszählung vom 17.5.1939 wurden Juden erstmalig nicht aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, sondern aufgrund ihrer Abstammung registriert und zugleich namentlich erfasst; siehe Dok. 36 vom 17.5.1938.

1 ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2025, Bl. 22.

2 Am oberen Dokumentenrand handschriftl. notiert: „Reg. Rat Hofmann“, Stempel NSDAP-Gauleitung Wien; am unteren Rand Vermerk: „I. Nach den gesetzl. Bestimmungen nicht durchführbar. II. ZdA. W. 15/7 iA. H.“

3 Odilo Globocnik (1904–1945), Diplomingenieur und Bauunternehmer; 1931 Eintritt in die illegale österr. NSDAP, 1934 in die SS, von 1936 an Landesleiter in Kärnten, 1938 Gauleiter in Wien; von

- 1.) durch Ginhardt⁴ zu sammeln und zu überprüfen und dann
- 2.) Kunstschatze zu verwahren und den Museen etc. einzuverleiben,
- 3.) den Rest im Versteigerungswege zu verkaufen und den Erlös einem eigenen Konto zuzuführen, über dessen Verwendung nach Durchführung der Verfahren gegen die geflüchteten Juden entschieden wird.

DOK. 59

Max Kreutzberger berichtet am 8. Juli 1938 über die Konferenz von Evian¹

Bericht von Dr. Kreutzberger² (ungezeichnet), Evian, vom 8.7.1938 (auszugsweise Abschrift)

2. Bericht.³

Die Konferenz wurde programmässig am Mittwoch eröffnet. Alle angekündigten Staaten waren vertreten. Die Eröffnungssitzung war gar nicht feierlich, mit den drei Reden von Taylor, Winterton und Berenger. (Den stenographischen Teil der Reden habe ich mit Luftpost geschickt.) Wintertons Rede ist von uns mit besonderer Spannung erwartet worden. Sie war zwar kein besonderer Beitrag zum Thema der Konferenz, hätte aber viel gefährlicher sein können.⁴ Wir waren nur froh, dass sie so gehalten wurde. Zum Schluss sprach der Norweger Hansen⁵ (sehr sympathische Figur), der (mit allen Verbeugungen vor dem Völkerbund) die Einsetzung einer neuen Körperschaft vorschlug.

In der zweiten Plenarsitzung sprachen darin der Vertreter Kanadas, Australiens, Argentinens, Brasiliens, Belgiens und Hollands. (Text der Reden habe ich übersandt). Von den Vertretern der europäischen Staaten war nicht viel zu erwarten. Aber die Reden und

1939 an SS- und Polizeiführer für den Distrikt Lublin; Leiter der „Aktion Reinhard“, bei der mehr als zwei Millionen Juden im Generalgouvernement ermordet wurden; 1943 zum Höheren SS- und Polizeiführer Adriatisches Küstenland ernannt; nahm sich bei seiner Festnahme das Leben.

⁴ Richtig: Dr. Karl Ginhardt (1888–1971), Jurist und Kunsthistoriker; von 1927 an Staatskonservator; 1930–1932 NSDAP-Mitglied, Wiedereintritt am 1.7.1938 beantragt, am 1.1.1941 aufgenommen; 1933–1939 Hrsg. des Handbuchs der Deutschen Kunstdenkmäler (Dehio); von 1936 an als Professor an der TH Wien tätig, 1942 Ordinarius des Kunsthistorischen Instituts, das er mit Unterbrechung nach 1945 mehrere Jahrzehnte leitete.

¹ CZA S7/693.

² Dr. Max Kreutzberger (1900–1978), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler; 1933–1935 in der Reichsvertretung der deutschen Juden tätig; 1935 Emigration nach Palästina, leitende Position in der Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland (H.O.G.); 1948 Rückkehr nach Deutschland, 1955 Emigration in die USA, 1967 in die Schweiz, Mitbegründer des Leo Baeck Instituts New York.

³ Kreutzberger berichtete mehrfach aus Evian über die Entwicklung der Konferenz. Im 1. Bericht vom 6.7.1938 schilderte er seine Eindrücke vor Konferenzbeginn und die Erwartungen der jüdischen Delegierten; im 3. Bericht vom 11.7.1938 resümierte er die Statements der Regierungsvertreter und die Ergebnisse der Konferenz; wie Anm. 1.

⁴ Winterton hatte die Beteiligung Großbritanniens an der Konferenz davon abhängig gemacht, dass dort nicht über Palästina als Einwanderungsland verhandelt würde. Die Zionisten hatten befürchtet, dass Winterton in seiner Rede seine ablehnende Haltung gegenüber der Einwanderung nach Palästina bekräftigen würde.

⁵ Richtig: Michael Hansson (1875–1944), Jurist; Anwalt am obersten norwegischen Gerichtshof, 1907–1931 Richter, Vizepräsident und dann Präsident an den Gemischten Gerichtshöfen in Ägypten, von 1919 an Mitglied des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag, 1936–1938 Präsident des Nansen-Büros für Flüchtlinge in Genf.

Erklärungen der Südamerikaner und Australier waren auch nicht hoffnungsvoller. Man hat den (traurigen) Witz gemacht, dass der Inhalt ihrer Reden eigentlich der Antrag an die Konferenz war, Emigrationsmöglichkeiten für die Juden ihrer Länder zu finden. Das genauere Studium des Textes der Reden ergibt aber, dass sie zwar mit äusserster Reserve, aber keineswegs gänzlich hoffnungslos gesprochen haben. Von öffentlichen Erklärungen konnte man auch (wenn man gerecht sein will) bei dem teilweise jämmerlichen politischen und wirtschaftlichen Zustand nicht viel mehr erwarten.

Das eigentliche Ergebnis der Sitzung war die Einsetzung zweier Kommissionen. Die eine will vertraulich Berichte und Vorschläge der Regierungen entgegennehmen und die Emigrationsmöglichkeiten erörtern. (Technische Commission). Die andere soll die angemeldeten privaten Organisationen anhören.

Die Konferenz dauert jetzt drei Tage. Man hat nicht den Eindruck, dass sie schon ihren Stil gefunden und sich über ihren Weg etwas klarer geworden wäre. Die technische Organisation ist furchtbar. Die Konferenz verfügt z. B. nur über einen kleinen Saal, sodass die beiden Kommissionen nicht einmal die Möglichkeit haben, gleichzeitig zu tagen.

Nach den Informationen, die wir vertraulich von James Macdonald⁶ erhalten haben (er ist überhaupt der Einzige, der sich irgendwelche Vorstellungen macht und sich um eine Systematisierung bemüht) soll das Ergebnis der Konferenz etwa folgendes sein: die versammelten Staaten werden sich als permanente Konferenz erklären, etwa mit dem Sitz in Paris. Sie werden einen Exekutivausschuss wählen von folgenden Staaten: United Kingdom, U.S.A., Frankreich, Argentinien und Brasilien. Dieser Ausschuss wird einen Generaldirektor bestellen mit einem ungewöhnlich hohen Gehalt und drei weiteren Direktoren, ebenfalls ausserordentlich bezahlt. Man will versuchen, erste internationale Persönlichkeiten zu gewinnen (etwa vom Schlage Hoovers, der selbst nicht in Frage kommt.) Das Direktorium soll in erster Reihe Verhandlungen mit Deutschland führen. Viel weiter wird die Konferenz nicht gehen können, da alles andere gänzlich unvorbereitet ist. Mit Finanzplänen etc. wird sich die gegenwärtige Konferenz nicht befassen.

Wir haben nun in unserem Kreise (Ruppin,⁷ Goldmann,⁸ Moses,⁹ Rosenblüth,¹⁰ Rudel¹¹

6 Richtig: James Grover McDonald.

7 Arthur Ruppin (1876–1943), Soziologe und Nationalökonom; 1903–1907 Leiter des von ihm gegründeten Bureaus für Statistik der Juden in Berlin; 1908 nach Palästina ausgewandert, Leiter des Palästina-Amtes in Jaffa, 1926 Dozent an der Hebräischen Universität, 1933–1935 Vorsitzender der Jewish Agency; Autor u. a. von „Soziologie der Juden“ (1931).

8 Dr. Nahum Goldmann (1895–1982), Jurist; Redakteur der Encyclopaedia Judaica; 1926–1933 Vorstandsmitglied der ZVfD; emigrierte 1933 in die Schweiz, 1934–1940 Vertreter der Jewish Agency for Palestine beim Völkerbund, 1951–1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses, 1956–1968 der Zionistischen Weltorganisation.

9 Siegfried Moses (1887–1974), Jurist; 1923–1929 Direktor der Schocken-Warenhäuser in Zwickau; 1933–1937 Vorsitzender der ZVfD; 1937 Auswanderung nach Palästina; 1939–1949 Direktor der Haavara; Präsident der Vereinigung der in Israel ansässigen Einwanderer aus Europa; 1955–1975 Mitbegründer und Präsident des Leo Baeck Instituts.

10 Dr. Martin Michael Rosenblüth (1886–1963), Schriftsteller; 1910–1915 Beamter der Zionistischen Organisation im Kölner Zentralbüro, 1915–1920 Direktor des Büros in Kopenhagen, von 1933–1939 organisierte er in London die brit. Unterstützung für die Auswanderung der Juden aus Deutschland, später war er Berater und Repräsentant des israelischen Finanzministers in den USA; Autor von „Go forth and serve“ (1961).

11 Salomon Adler-Rudel (1894–1975), Sozialfürsorger und Publizist; 1930–1934 Leiter der Arbeits-

und ich) vielfache Besprechungen gehabt über die von uns einzuschlagende Taktik und unsere Vorstellungen, die wir an die Konferenz heranbringen können, und sind etwa zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Weizmanns¹² Auftreten ist nicht möglich, da er nicht in einer Reihe mit dreissig Organisationen auftreten kann. (Dem haben sich auch Macdonald und [...] ¹³angeschlossen, die ursprünglich sehr für Weizmanns Auftreten waren.)

2. Wenn auch spezielle Finanzpläne (intern. Arbeit, Transfer etc.) hier nicht detailliert behandelt werden, so wollen wir uns doch bemühen, dass die terms of reference¹⁴ der ständigen Regierungskonferenz sie nicht ausschliessen.

3. Das gleiche gilt für das Thema „ost-europäisches Judentum“. (Ruppin ist etwas abweichender Meinung – er will versuchen, diese Themen stark in den Vordergrund zu rücken.)

4. Da die Subkommission eine Unzahl jüdischer Organisationen hören will, wollen die „Grossen Fünf“ (Agency, Joint, Ica, Council, World Congress)¹⁵ detaillierte Unterredungen mit Taylor, Winterton und Berenger führen.

5. Ein Auftreten der „Agency“-Vertreter vor Winterton allein sei nicht opportun, weil deren Forderungen von Weizmann vor Macdonald vertreten werden müssen. Hingegen soll[en] die österreichische Delegation und die inzwischen eingetroffenen Deutschen¹⁶ ruhig zu Winterton gehen und sich über die Haltung der englischen Regierung in bezug auf Palästina beklagen, die Forderung auf zusätzliche Zertifikate vorbringen etc.

Wie ich schon in meinem Bericht bemerkte, sind unzählige jüdische Delegationen und auch einige nichtjüdische (Katholiken, Academic Assistance Council, englische Wohlfahrtsverbände, sozialistische Arbeiterinternationale etc.) hier eingetroffen. Dutzende von Memoranden sind der Konferenz eingereicht worden. Das Memorandum der Agency ist vorbildlich in seiner Kürze und Prägnanz. Um zu verhindern, dass allerlei unkontrollierte und einander widersprechende Vorschläge der Konferenz zur Verhandlung unterbreitet werden, eine gewisse Einheitlichkeit des Auftretens zu sichern, die Ermüdung der Delegierten durch den Massenbesuch von Delegationen zu vermeiden, ist eine Konferenz aller Privaten Organisationen vorgestern unter dem Vorsitz von Bentwich¹⁷ zusammengerufen worden. Nach stundenlangen heftigen Auseinandersetzungen und unter Vorbe-

und Berufsfürsorge der Jüdischen Gemeinde Berlin, 1933–1934 Mitglied des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, 1934–1936 führendes Mitglied der Reichsvertretung der deutschen Juden und der ZVfD; 1936 Emigration nach Großbritannien, 1949 nach Israel; 1958–1975 Vorstandsmitglied des Leo Baeck Instituts Jerusalem.

12 Chaim Weizmann (1874–1952), Chemiker und Politiker; 1920–1930 und 1935–1946 Präsident der Zionistischen Weltorganisation, 1929 Präsident der Jewish Agency; 1948–1952 Staatspräsident Israels.

13 Name unleserlich. (Czalet oder Cazalot)

14 Terms of reference: Aufgabenbereiche.

15 Jewish Agency, Joint Distribution Committee, Jewish Colonization Association, Council for German Jewry, Jüdischer Weltkongress.

16 Die Delegation der österr. Juden in Evian bestand neben Josef Löwenherz (Leiter) aus Heinrich v. Neumann und Berthold Storfer. Der Delegation der deutschen Juden gehörten Otto Hirsch (Leiter) und Paul Eppstein von der Reichsvertretung sowie Werner Rosenberg vom Hilfsverein und Michael Traub vom Palästina-Amt an.

17 Norman Bentwich (1883–1971), Jurist; 1932 und 1945–1951 Professor in Jerusalem; Vorsitzender des Academic Assistance Council zur Unterstützung geflohener Wissenschaftler; 1933–1935 Stellvertreter McDonalds als Hochkommissar für die Flüchtlinge aus Deutschland, Mitglied im Council for German Jewry.

halten verschiedener Organisationen ([...] ¹⁸ von den Revisionisten, die Gesellschaft „Ort“, vertreten durch Lord [Berley] und [Brannsen], die „Freiland-Bewegung“ ¹⁹ mit Steinberg taten sich da besonders hervor). Schliesslich einigte man sich auf einen Aktionsausschuss von 15 Personen, dem von [den] Zionisten Goldmann, Rosenblüth und ich angehören. Die Wirkungsmöglichkeit dieses Ausschusses wird aber gleich Null sein, da sich schon bei den ersten Diskussionen herausstellte, dass ein Zusammengehen der verschiedenen Richtungen gar nicht möglich ist. Insbesondere aber auch deshalb, weil die Konferenz inzwischen beschlossen hatte, dass sie bereit sei, jede Delegation von der erwählten Subkommission empfangen zu lassen.

Inzwischen hat die Subkommission getagt, und selbstverständlich hat keine jüdische Delegation verzichtet, dort selbständig zu erscheinen. Für uns traten Dr. Ruppín, Agency und Goldmann, World Congress auf. Jeder für sich allein, um mehr Zeit zu erhalten. Für die grösseren Gruppen waren 15 bis 20 Minuten vorgesehen, für die kleineren 4–5 Minuten. Ruppín hat ungefähr den Inhalt des Memorandums vertreten mit einigen Ergänzungen (wie eben angeführt). Goldmann hat ausserdem noch versucht, jüdische Weltlage und Finanzpläne in den Vordergrund zu stellen. Beide Gesichtspunkte wurden von dem Vorsitzenden (dem Australier White ²⁰) zurückgewiesen: die Konferenz wolle sich mit Deutschland und Österreich befassen und eine finanzielle Regierungshilfe sei ausdrücklich im Einladungsschreiben Roosevelts abgelehnt worden. Als Goldmann darauf bestand, dass in die „terms of reference“ der neuen Körperschaft a) eine Ausdehnung ihrer Arbeitsbasis in späterer Zeit nicht ausgeschlossen werden sollte und dass b) Finanzhilfe auch evtl. moralische Hilfe, Garantien etc. durch Regierungen bedeuten könnte, hat der Vorsitzende die Aufnahme dieser beiden Punkte ins Protokoll angeordnet. Es ist nun abzuwarten, wie der Bericht dieser Unterkommission an die Konferenz aussehen wird.

Und nun die erschütternden Ereignisse aus Palästina. ²¹ Man hätte sich nichts Schlimmeres zur Schädigung der Position Palästinas und unserer Verhandlungsbasis hier vorstellen können. Die Weltpresse bringt die Ereignisse in grosser Aufmachung und auch die Provinzialpresse hier auf der ersten Seite.

¹⁸ Name unleserlich.

¹⁹ Nachfolgeorganisation der 1905 in Basel gegründeten Territorialistischen Jüdischen Organisation. Die Territorialisten warben für eine Ansiedlung von Juden außerhalb Palästinas, verloren jedoch gegenüber dem Zionismus allmählich an Einfluss. Als die Suche nach Zufluchtsmöglichkeiten für Juden immer dringlicher wurde, erhielt auch die bereits tot geglaubte territorialistische Bewegung in Gestalt der 1935 gegründeten Freiland Liga neuen Auftrieb.

²⁰ Thomas Walter White (1888–1957), Geschäftsmann, Politiker und Pilot; 1920–1932 Direktor der C.J. White & Sons Pty. Ltd. in Melbourne; 1929–1951 in verschiedenen Positionen für die Nationalistische Partei in Australien tätig; 1940–1941 Kommandeur in einer militärischen Fliegerschule; 1941–1943 Verbindungsoffizier der australischen Luftstreitkräfte zur Royal Air Force, 1943–1944 Mitglied des Australian Air Force Staff. White sorgte während der Konferenz für Aufsehen, weil er als einziger Delegierter explizit gegen die Einwanderung von Juden nach Australien Stellung nahm: Sein Land habe keine Rassenprobleme und wolle auch keine importieren.

²¹ In den ersten Julitagen waren in Palästina bei mehreren Anschlägen zahlreiche Juden und Araber ums Leben gekommen. Nach einem Bombenanschlag auf ein arabisches Café am 7.7.1938 erschossen Polizisten 26 Menschen, über 100 wurden verletzt. Die JR titelte am 8.7.1938: „Schwerer Ausbruch des Terrors“; JR, Nr. 54 vom 8.7.1938, S. 9.

DOK. 60

**Der Vorstand der Talmud-Tora-Schule bittet die Hamburger Schulbehörde
am 11. Juli 1938 um Unterstützung¹**

Schreiben des Vorstands der Talmud-Tora-Schule,² ungez., an die Schulverwaltung Hamburg vom 11.7.1938 (Durchschrift)

In Ergänzung seines Schreibens vom 20.6.38 gestattet sich der Vorstand der Talmud-Tora-Schule der Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg ergebenst die Abrechnung für die Zeit vom 1.4. bis 30.6.38 zu überreichen und folgendes zu unterbreiten: Die Ausgaben haben sich in der genannten Zeit eng an den Vorschlag gehalten und betragen demgemäß ein Viertel der Ausgaben, die im Haushaltsplan vorgesehen sind. Die Schulgeldeinnahmen sind jedoch infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage unserer Eltern um mehr als RM 3000,- zurückgegangen, während die übrigen Einnahmen dem Haushaltsplan entsprechen. Nur die Juni-Subvention der Reichsvertretung der Juden in Deutschland in Höhe von RM 833,33 ist trotz Anmahnung und Hinweis auf unsere schwierige Kassenlage noch nicht eingegangen. Am 1.7 ds. Js. liegt also bereits ein Fehlbetrag in Höhe von RM 3883,90 vor, sodaß es schon jetzt nicht mehr möglich ist, Gehälter und Steuern ordnungsgemäß zu bezahlen und unseren sonstigen dringenden Verpflichtungen nachzukommen.

In unserem Schreiben vom 20.6.38 hatten wir die Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg ergebenst gebeten, uns bis zum 1.9.38 zunächst einen Betrag von RM 5000,- außer der bewilligten Staatsunterstützung zur Verfügung zu stellen, damit wir wenigstens über die gegenwärtigen Schwierigkeiten bis zum 1. September hinwegkommen.

Wie wir ebenfalls mit Schreiben vom 20.6.38 schon mitgeteilt haben, besteht neben der finanziellen Frage noch das Problem der Versorgung mit Lehrkräften. Bis zum 1. Oktober ds. Js. beabsichtigen nicht 3 Lehrer, wie in dem erwähnten Schreiben angegeben, sondern 5 Herren, Hamburg zu verlassen. Unter diesen befindet sich Herr Michaelis³, der schon am 1.7. aus dem Dienst der Schule geschieden ist. Es kommt hinzu, daß der Hilfslehrer Herr Ed. Schloß⁴ vor einigen Wochen verhaftet worden ist. Es ist nicht bekannt, wo er sich zur Zeit befindet, und auch über den Grund der Verhaftung bestehen nur Vermutungen. Es wird angenommen, daß Herr Ed. Schloß im Zuge einer allgemeinen polizeilichen Maßnahme wegen einer vor 18 Jahren erfolgten Bestrafung festgenommen worden ist. Weder die Schule noch die Familie konnten Näheres über seinen Verbleib erfahren. Die

¹ CAHJP, AHW TT 63 (3), Bl. 72f.

² Die Talmud-Tora-Schule, Volks- und Oberrealschule in Hamburg, gegründet 1805, war die älteste jüdische Privatschule in Deutschland; sie befand sich im Grindelhof 30, Direktor war von 1925 bis zu seiner Emigration im Febr. 1940 Dr. Arthur Spier (1898–1985); siehe Dok. 279 vom 2.5.1939 und Dok. 310 vom 11.7.1939.

³ Eugen Abraham Michaelis (1907–1974), Lehrer; 1931–1938 Lehrer an der Talmud-Tora-Schule in Hamburg, 1936 Vertreter der Israelitischen Gemeinde Hamburg beim Zionistischen Weltkongreß in Zürich, emigrierte 1938 nach Palästina, dort pädagogisch tätig.

⁴ Eduard Schloß (1888–1940), Lehrer; 1919–1938 Leiter eines jüdischen Waisenhauses in Hamburg am Papendamm und Lehrer an der Talmud-Tora-Schule in Hamburg, 1938 wegen eines Jahre zurückliegenden Verkehrsdelikts verhaftet und ins KZ Oranienburg verschleppt. Nachdem Schulleiter Spier sich an die örtliche Gestapo gewandt hatte, wurde Schloß wieder freigelassen, danach Emigration in die USA.

Schule hat selbstverständlich bis jetzt das Gehalt an die Familie (Ehefrau gestorben, 5 unmündige Kinder) ausgezahlt, ist aber völlig im unklaren, wie lange Herr Schloß noch fehlen wird und insbesondere, ob er nach den Sommerferien wieder seinen Dienst antreten wird.

Trotz der Abwanderung hat sich die Schülerzahl nicht so erheblich vermindert, daß mit einer Einsparung von Klassen schon nach den Sommerferien gerechnet werden kann. Der Vorstand der Schule weiß daher nicht, ob und unter welchen Bedingungen er zum Wiederbeginn der Schule neue Lehrer nach Hamburg berufen soll. Es gibt kaum noch geeignete jüdische Lehrer in Deutschland, und der Vorstand ist im Zweifel, ob er es verantworten kann, infolge der unsicheren finanziellen Lage der Schule einen Lehrer zu veranlassen, nach Hamburg an die Talmud-Tora-Schule zu kommen. Die jetzt an der Talmud-Tora-Schule angestellten Lehrer können andererseits nur dann ihren Dienst hier ruhig weiter versehen, wenn für sie von seiten der Schulbehörde gewisse Sicherungsmaßnahmen hinsichtlich der ordnungsgemäßen Weiterbezahlung der Gehälter und der Gewährung eines Wartegeldes gemäß unserem Schreiben vom 20.6.38 getroffen werden.

Der Vorstand hat sich mit allen Kräften bis zu diesem Augenblick bemüht, einen ordnungsgemäßen Betrieb der Schule aufrechtzuerhalten. Er sieht sich aber jetzt gezwungen, die Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg ergebenst zu bitten, der Schule möglichst bald ihre Hilfe erneut angedeihen zu lassen und neben der finanziellen Unterstützung insbesondere die Fragen der Lehrerneuanstellung und Besoldungssicherung der bisher festangestellten Lehrer zu entscheiden, damit die Hamburger jüdische Schule ebenso wie die übrigen öffentlichen jüdischen Schulen des Reiches weiter erhalten werden kann.

DOK. 61

Das argentinische Außenministerium weist am 12. Juli 1938 alle Botschafter an, Personen, die in ihren Herkunftsländern unerwünscht sind, keine Visa zu erteilen¹

Rundschreiben Nr. 11 (geheim, streng vertraulich) des argentinischen Außenministers José María Cantilo² an alle Botschaften³

Sehr geehrter Herr Botschafter,
die Regierung bereitet gegenwärtig eine Novellierung des Gesetzes 817 vor,⁴ um die Einwanderung den Grenzen anzupassen, die die wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse des Landes setzen. In Verbindung mit diesem Vorhaben wird es nötig sein, auch die kürz-

1 Archiv des argentinischen Außenministeriums, Buenos Aires. Veröffentlicht unter: <http://ukinet.com/circular-11.htm> (30.9.2008). Das Dokument wurde aus dem Spanischen übersetzt.

2 Dr. José María Cantilo (1877–1957), Jurist und Diplomat; Legationssekretär in Rom, Bern, Rio de Janeiro, 1912 stellv. Außenminister, 1931 Botschafter Argentinien in Uruguay, 1935–1938 in Italien, 1938–1940 argentin. Außenminister.

3 Überliefert ist das Exemplar, das der argentin. Botschafter in Stockholm, Ricardo Olivera, erhalten hat.

4 Das Gesetz 817 vom 6.10.1876 regelte die Einwanderung und Kolonisierung des Landes. Im ers-

lich in bilateralen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Aufnahme ausländischer Landwirte zu berücksichtigen sowie weitere Verpflichtungen, die sich aus unserer Beteiligung an Konferenzen und an internationalen Organisationen, die momentan an einer generellen Lösung arbeiten, ergeben können. Es wird daher mitgeteilt, dass vorerst eine rigorose Einwanderungskontrolle notwendig ist und alle Mittel der Selektion auszureizen sind, um zu verhindern, dass sich die Zuwandererströme ungeregt über unser Land ergießen. Dabei sollte die endgültige Regelung antizipiert werden, die die Regierung erlassen wird, um die verschiedenen Aspekte dieses Problems in Einklang zu bringen.

Deshalb wird Eure Exzellenz gebeten, den Konsulaten in Ihrem Zuständigkeitsbereich mitzuteilen, dass von jetzt an die Erteilung von Visa für den Zuzug von Ausländern jedweder Kategorie in die Republik Argentinien generell den hauptamtlichen Konsuln vorbehalten ist, außer es liegt eine ausdrückliche Genehmigung des Außenministeriums zugunsten bestimmter Vizekonsuln oder Honorarkonsuln vor.

Zudem wird Eure Exzellenz streng vertraulich gebeten, nur den hauptamtlichen Konsuln im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die folgenden Anweisungen zu übermitteln:

„Vorbehaltlich der sonstigen Verfügungen über Auswahl der Einreisenden und vorbehaltlich eines Sondererlasses des Außenministeriums müssen die Konsuln das Erteilen von Visa – selbst Touristen- oder Transitvisa – für alle Personen ablehnen, von denen begründet anzunehmen ist, dass sie ihr Herkunftsland verlassen haben oder verlassen wollen, weil sie dort unerwünscht sind oder ausgewiesen wurden, unabhängig vom Grund ihrer Ausweisung. Das Außenministerium hofft, dass das Pflichtbewusstsein und das gute Urteilsvermögen des Herrn Konsul die formelle Auskunft ersetzen werden, die nicht in allen Fällen zu erhalten sein wird; denn darin beweist sich die Befähigung des Beamten für seine Aufgabe. In jedem Zweifelsfall ist das Außenministerium zu konsultieren, desgleichen bei jeder Person, deren Aufnahme hierzulande der Herr Konsul für nicht ratsam erachtet. Diese Anweisungen sind streng geheim und dürfen in keinem Fall der Öffentlichkeit oder den Behörden des Landes, in dem er sein Amt ausübt, bekannt werden. Alle vorherigen Verfügungen sind aufgehoben, sofern sie der vorliegenden widersprechen. Die Herren Konsuln werden gebeten, den Eingang des vorliegenden Rundschreibens direkt beim Ministerium für Auswärtige Beziehungen zu bestätigen.“

In Erwartung der Empfangsbestätigung dieses Rundschreibens durch Eure Exzellenz verbleibe ich

hochachtungsvoll

ten Teil des Gesetzes wurde u.a. die Entsendung von Migrationsvermittlern ins Ausland verfügt. Die argentinische Einwanderungswerbung richtete sich vor allem an Handwerker, Arbeiter, Bauern und Lehrer aus Europa. Der zweite Teil des Gesetzes regelte die Landverteilung sowie die finanzielle Unterstützung seitens der Regierung für die Kolonisten.

DOK. 62

Reichskommissar Bürckel unterbreitet Göring am 14. Juli 1938 seine Vorstellungen zur „Arisierung“ in Österreich¹

Schreiben des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, ungez. (Josef Bürckel),² an Ministerpräsident und Generalfeldmarschall Göring vom 14.7.1938 (Kopie)

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ich darf Ihnen über die weitere Entwicklung des Kommissar-Wesens³ und der Arisierungsfrage hier in Österreich nachstehendes berichten:

I.) Kommissar-System und wirtschaftliche Planung.

Die Freistellung des Exporthandels und der exportwichtigen Betriebe von Kommissaren unter gleichzeitiger Einschaltung einer treuhänderischen Überwachung schreitet planmäßig fort.

Allen stimmungsmäßigen Bedenken zum Trotz sehe ich mich im Interesse klarer Rechtsverhältnisse entschlossen, auch für die übrige Wirtschaft das Kommissarwesen aufzugeben und nur dort ausnahmsweise Kommissare zu belassen, wo ein Unternehmer an der Leitung des Betriebes gehindert ist und die Aufrechterhaltung des Betriebes aus zwingenden volkswirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Dies wird insbesondere dort der Fall sein, wo der jüdische Unternehmer in Haft gehalten wird und eine Enthftung aus Gründen der Staatssicherheit nicht möglich ist. Es wird sich dabei für ganz Österreich höchstens um wenige hundert Fälle handeln. Bei der Neuordnung beabsichtige ich, folgendes Verfahren einzuschlagen:

Die jüdischen Betriebe, die auf Grund der Anmeldeverpflichtung ihr Vermögen angemeldet haben, sind berechtigt, einen Antrag nach bestimmtem Formblatt auf Arisierung zu stellen. Dabei scheiden von vornherein von den rund 50–60 000 jüdischen Geschäften alle Fälle aus, in denen das jüdische Vermögen weniger als 5000 RM beträgt. Dies dürfte nach den vorliegenden Schätzungen bei vielen Tausenden kleinen Geschäften zutreffen. Bei der Antragstellung sind nach vorgeschriebenem Formblatt bestimmte Merkmale des Betriebes darzustellen und ist die Richtigkeit eidesstattlich zu versichern.

Auf Grund dieser Merkmale ist es möglich, eine erste Scheidung der jüdischen Betriebe vorzunehmen, und zwar in solche, die für die Arisierung überhaupt in Frage kommen, und in solche, die ohne weiteres der Liquidation anheimfallen.

Wird auf Grund der Unterlagen angenommen, daß der Betrieb aus volkswirtschaftlichen Gründen zu erhalten ist, so wird dem Antragsteller die Bestätigung erteilt, daß sein Betrieb zur Arisierung angemeldet ist. Er darf daraufhin eine entsprechende Aufschrift an den Schaufenstern und auf den Geschäftsbriefen tragen. Die Volksgenossen einschließlich der Parteigenossen sollen berechtigt sein, bei Einkauf und Verkauf diese zur Arisie-

¹ BArch, R 104 F/77921.

² Josef Bürckel (1895–1944), Volksschullehrer; 1921 NSDAP-Eintritt, von 1926 an NSDAP-Gauleiter der Rheinpfalz und von 1933 an zugleich des noch von Frankreich verwalteten Saargebiets; 1935–1936 Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlands, 1936–1940 Reichskommissar für das Saarland und 1938–1940 Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich, 1940–1944 Chef der Zivilverwaltung in Lothringen; nahm sich das Leben.

³ Zu den kommissarischen Verwaltern jüdischer Unternehmen siehe Einleitung, S. 39.

rung angemeldeten Betriebe den arischen Betrieben gleich zu achten. Die Genehmigung zur Führung der Aufschrift „zur Arisierung angemeldet“ kann jederzeit widerrufen werden, während der Jude an sein Arisierungsangebot unbedingt gebunden bleibt.

Die zur Arisierung angemeldeten Geschäfte, die die Berechtigung zur Tragung der Aufschrift erhalten, werden einer treuhänderischen Überwachung unterstellt, um Vermögensverschiebungen und unberechtigte Gewinne zu vermeiden; denn mit der Stellung des Antrages auf die Arisierung verliert der Jude den Anspruch auf Vergütung als Angestellter. Die Vermögensverkehrsstelle ist aber berechtigt, einen späteren Stichtag festzusetzen, falls das Geschäft mit Verlust arbeitet. Ein solcher Verlust müßte zu Lasten des Juden gehen.

Der zahlenmäßige Erfolg dieses Verfahrens ist im Einzelnen noch nicht abzusehen. Es steht aber fest, daß bei dieser ersten Auslese ein sehr großer Teil der jüdischen Geschäfte für die Arisierung ausscheidet. Diese für die Arisierung ausscheidenden Betriebe unterliegen damit dem stillen Boykott, der ohne äußere Störung verstärkt werden kann, und werden bereits dadurch während einer bestimmten Übergangszeit mit Notwendigkeit zum Erliegen kommen.

Zurzeit läuft eine in zwei Aktionen gegliederte Anquete⁴ über Besetzung in Handel und Handwerk und über den Wert des einzelnen Geschäftes für die Volkswirtschaft. Es sind für diese Anquete der gesamte wirtschaftspolitische Apparat der Partei, die zuständigen Organisationen der gewerblichen Wirtschaft, der staatlich-behördliche Apparat sowie wissenschaftliche Institute eingesetzt.

Diese Anquete wird ein klares und genaues Bild über die Besetzung der einzelnen Wirtschaftszweige und den wirtschaftlichen Wert der einzelnen Betriebe ergeben und es damit ermöglichen, eine endgültige Auslese vorzunehmen. Unter den zur Arisierung angemeldeten Geschäften werden nun diejenigen ausgewählt, die aus volkswirtschaftlichen Gründen erhalten und deshalb arisiert werden sollen. Den übrigen wird die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „zur Arisierung angemeldet“ entzogen, und sie verfallen damit ebenfalls dem Erliegen während einer bestimmten Übergangszeit.

Die gleiche Auslese wird für die wenigen noch unter kommissarischer Verwaltung stehenden Betriebe durchgeführt.

Diese Anquete soll aber auch unter den arischen Geschäften die volkswirtschaftlich ungeeigneten und deshalb zum Erliegen reifen Geschäfte feststellen; denn ich bin auf Grund meiner Erfahrungen der festen Überzeugung, daß Handel, sowohl Groß- wie Einzelhandel, sowie das Handwerk einschließlich der Gastwirtschaften und Kaffeehäuser unter allen Umständen auf ein normales Besetzungsmaß geführt werden müssen, wenn ich bei der Erfüllung meiner Aufgabe eine wirksame Preispolitik durchführen und gleichzeitig das wirtschaftliche Niveau der Stadt Wien in Handel und Handwerk derart heben will, wie es der Stellung der Stadt Wien in Verfolg unserer Südost-Pläne entsprechen muß.

In einem früheren Schreiben an Sie schlug ich vor;⁵ zur Erreichung des Zieles den radikalen Weg zu gehen und ein Gesetz einzuführen, wonach alle Betriebe konzessionspflichtig sind und alle bisher erteilten Konzessionen erlöschen. Ich habe mich nun überzeugt, daß man zum gleichen Ziel kommt, wenn man die Möglichkeit der Untersagung des Gewerbebetriebes zur Herbeiführung einer Normalbesetzung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gesetzlich schafft und von diesem Zeitpunkt an das Gesetz über den Schutz des

4 Enquête: Umfrage, amtliche oder gerichtliche Untersuchung.

5 Liegt nicht in der Akte.

Einzelhandels einführt. Ich werde deshalb die Landesregierung veranlassen, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Am Ende der vorgesehenen Anquete stehen also die Betriebe fest, die aus volkswirtschaftlichen Gründen arisiert werden müssen, und es sind gleichzeitig die arischen und nicht- arischen Betriebe bekannt, die aus volkswirtschaftlichen Gründen erliegen sollen. Mit Hilfe des stillen, von äußeren Störungen freien Parteiboykotts gegen die nicht arischen und zur Arisierung nicht zugelassenen Betriebe sowie durch die Untersagungsmaßnahmen gegen nicht arische und arische Betriebe wird der Abbau während einer mehrmonatigen Übergangszeit durchgeführt, ohne daß dabei ein wirtschaftlicher Schaden entstehen kann. Es wird auch insbesondere darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Warenvorräte der zum Erliegen kommenden Geschäfte nicht verschleudert, sondern der bestmöglichen wirtschaftlichen Verwendung zugeführt werden. Auch darüber werden zurzeit die verschiedenen Möglichkeiten geprüft.

II.) *Arisierung.*

Was nun die Arisierung selbst betrifft, so beabsichtige ich, nach folgenden Richtlinien vorzugehen:

- 1.) Die zur Arisierung angemeldeten und für die Arisierung geeignet befundenen Betriebe werden von einem Treuhänder überprüft. Dabei wird der einfache Sachwert festgestellt. Der Jude muß sich bereits bei der Stellung des Arisierungsantrages damit einverstanden erklären, daß er sich dieser treuhänderischen Feststellung unterwirft und den Sachwert als Kaufpreis anerkennt.
- 2.) Mit diesem Kaufpreis werden dann die jüdischen Geschäfte von einer Treuhandstelle erworben.
Zur Treuhandstelle soll die „Kontrollbank“ (Kreditanstalt und Merkur-Bank) ausgebaut werden.⁶ Für die Durchführung dieses Geschäftes steht die Bank unter der Aufsicht der österreichischen Landesregierung. Sie kann keinerlei Gewinne machen, sondern ist lediglich zur Berechnung der banküblichen Spesen berechtigt.
- 3.) Der festgestellte Kaufpreis wird nicht in bar ausbezahlt, sondern bei einer der hinter der Kontrollbank stehenden Banken auf ein Sperrkonto zu einem mäßigen Zinssatz eingezahlt. Diese Maßnahme ist notwendig, um jederzeit eine Überleitung zu der von Ihnen vorgesehenen größeren Regelung zu finden.
- 4.) Ebenfalls durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer wird der Verkehrswert des arisierten Objektes festgestellt. Der Verkehrswert wird bei der vorgesehenen Auslese der zur Arisierung kommenden Betriebe stets, und zwar in der Regel ganz wesentlich, über dem Sachwert liegen.
- 5.) Die Veräußerung an den Kaufwerber wird zu dem Verkehrswert erfolgen.
- 6.) Der Ausgleichsbetrag zwischen Verkehrswert und Sachwert fließt einem Fonds zu, der ebenfalls bei der Kontrollbank angelegt wird und über den die Landesregierung nach Richtlinien verfügt, die der Reichsstatthalter im Einvernehmen mit mir feststellt. Die Mittel des Fonds sollen verwendet werden zur Gewährung von Zuschüssen und Darlehen an bewährte nationalsozialistische Kaufwerber, die infolge ihres Einsatzes für

⁶ Die Kontrollbank für Industrie und Handel wurde 1914 gegründet und fungierte zunächst als Überwachungsinstanz für Kartelle. Nach dem Anschluss Österreichs bearbeitete eine eigens dafür gegründete Abteilung größere und komplizierte „Arisierungsfälle“. Von Sept. 1938 an trat die Kontrollbank auch als Treuhänderin jüdischer Unternehmen auf und organisierte deren Verkauf.

die Bewegung mittellos geworden sind, zur Unterstützung des jüdischen Proletariats, zur Förderung der jüdischen Auswanderung und über zu bestimmende Aufbauzwecke. Es kann aber noch nicht geschätzt werden, wie hoch dieser Fonds etwa sein wird.

7.) Diese Teilung des Arisierungsaktes in den Kauf durch die Treuhand und den Verkauf an die Kaufwerber ist aus zwei Gründen notwendig.

a) Es werden unberechtigte Gewinne des Käufers vermieden. Solche müssen eintreten, wenn der Kaufwerber zum Sachwert erwirbt. Für die zurückliegenden Arisierungen sind derartige Vorwürfe erhoben worden. Ich werde sie im Einzelfall nachprüfen und entsprechend entscheiden.

b) Eine peinliche Auslese der Kaufwerber wird ermöglicht. Dies ist um der wirtschaftlichen Leistung willen absolut notwendig. Die Auslese erfolgt durch die Vermögensverkehrsstelle im Einvernehmen mit dem wirtschaftspolitischen Apparat der Partei und den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft. Für einzelne Wirtschaftszweige und bei großen Objekten behalte ich meine Zustimmung vor. Es ist klar, daß die Kontrollbank nicht etwa 10 oder 20 tausend jüdische Betriebe, die arisiert werden müssen, schlagartig übernimmt. Die Übernahme der Betriebe muß in einem zeitlichen Zusammenhang mit der Auslese der Kaufwerber stehen. Dabei ist es durchaus möglich, daß einige Hundert für die Landesverteidigung und den wirtschaftlichen Aufbau wichtige jüdische Betriebe sofort in die treuhänderische Verwaltung der Treuhandstelle übernommen werden und die Überführung des Betriebes auf den endgültigen Eigentümer nach Maßgabe der fortschreitenden Auslese der Kaufwerber erfolgt.

Die Einschaltung der Treuhandstelle setzt allerdings voraus, daß nur ein Rechtsvorgang gebühren- und stempelpflichtig ist und für den anderen entsprechende Kostenfreiheit gewährt wird. Eine entsprechende Regelung wird vorbereitet. Ich erbitte Ihre Unterstützung.

Es dürfte auch Ihre Bedenken wesentlich zerstreuen, wenn ich Ihnen mitteilen darf, daß ich den Generalstaatsanwalt *Welsch*,⁷ der als deutscher Vertreter beim Obersten Abstimmungsgerichtshof nach der Saarrückgliederung unsere Interessen mit besonderem Geschick und Klugheit vertreten hat, mit dem Sonderauftrag eingesetzt habe, die polizeilichen Maßnahmen hinsichtlich Verhaftung und Beschlagnahmen zu überprüfen. Dabei werde ich vor allem darauf bedacht sein, Maßnahmen zu verhindern bzw. rückgängig zu machen, die unserer großen wirtschaftlichen Linie im Wege stehen.

Über den Stand der wirtschaftlichen Angleichung in den einzelnen Industriezweigen werde ich Ihnen demnächst berichten.

Bevor ich im Sinne meiner vorstehenden Ausführungen die erforderlichen Anweisungen an die Dienststellen der Partei, des Staates und der gewerblichen Wirtschaft gebe, bitte ich Sie, sehr verehrter Herr Generalfeldmarschall, um Erklärung Ihres Einverständnisses.

Heil Hitler!

Ihr treu ergebener⁸

⁷ Heinrich Welsch (1888–1976), Jurist; Generalstaatsanwalt und Beauftragter für das Justizwesen im besetzten Lothringen während des Zweiten Weltkriegs; 1955/56 Ministerpräsident der saarländischen Übergangsregierung.

⁸ Eine Antwort Görings ist nicht bekannt; am 21.7.1938 erhielt er ein Telegramm von Bürckel, in dem dieser um Kenntnisnahme des hier abgedruckten Schreibens bat, da er am selben Tag telefonisch die Entscheidung dazu erfragen wolle; wie Anm. 1.

DOK. 63

**Ein Wiener Schuhfabrikant weist die Vermögensverkehrsstelle
am 15. Juli 1938 darauf hin, dass die Schuhindustrie nicht hinreichend
an „Arisierungsentscheidungen“ beteiligt sei¹**

Schreiben der Schuhfabrik Brüder Brunnmüller,² ungez., Wien 7, Zieglerg. 6, an die Vermögensverkehrsstelle Wien vom 15.7.1938 (Abschrift)

Betr.: Arisierung des Schuhhandels.

Die österreichische Schuhindustrie hat es auf das lebhafteste begrüßt, dass durch die nunmehr in Aussicht genommene energische Arisierung des Schuhhandels die Schuhindustrie endlich aus einer Situation kommt, die für sie schwer weiterhin tragbar ist und im übrigen auch den Weiterbestand einzelner Industriefirmen auf das ernstlichste gefährdet.

Die Schuhindustrie hat aus diesem Grunde auch durch ihre bevollmächtigten Vertreter die Mitwirkung in jeder Beziehung gerne zur Verfügung gestellt.

Bei der praktischen Durchführung der gestrigen Sitzung ist sie jedoch zur Ueberzeugung gelangt, dass ihre Mitwirkung einfach darin bestehen soll, mitzubestimmen, welche nicht-arischen Schuhläden zu arisieren sind oder nicht. Hinsichtlich dieser Frage liegt ja bereits eine Qualifikationsliste vor, von der kaum anzunehmen ist, dass auch gewiegte Fachkenner irgendwelche Aenderungen vorschlagen könnten, so dass eigentlich eine weitere Beratung über diese Frage überflüssig erscheint.

Da die Führung eines Schuhladens eine nicht ganz einfache Sache ist und neben entsprechendem Kapital und Fachkenntnissen insbesondere auch persönlichen Geschmack erfordert, ist mit Sicherheit anzunehmen, dass dort, wo diese Voraussetzungen nicht gegeben erscheinen, sich die arisierten Geschäfte nicht halten werden können und Zusammenbrüche, das heisst neuerliche Verluste für die Schuhindustrie, unvermeidlich sind. Nachdem die Schuhindustrie glaubt, dass die zu arisierenden Geschäfte hinsichtlich der neuen Käufer und deren wirtschaftlichen Verhältnisse durch ihre Vertreter, denen sie, wie ohne Ueberheblichkeit gesagt werden kann, volles Vertrauen entgegenbringt, überprüft worden sind, so würden diese Käufer seitens der Industrie ohne weiteres entsprechende Kredite eingeräumt erhalten.

Da jedoch eine Ueberprüfung faktisch durch die Vertreter der Schuhindustrie nicht erfolgt, wollen dieselben als verantwortungsbewusste Männer nicht etwa die unschuldige Ursache sein, dass ihre Fachgenossen bei Fehlarisierungen Geld verlieren. Aus diesem Grunde bittet der Gefertigte, die geehrte Vermögensverkehrsstelle freundlich zur Kenntnis zu nehmen, dass Herr Sektionschef Halmschlag,³ Kommerzialrat Robert Hruby⁴ und der Gefertigte selbst von ihrer weiteren Mitarbeit absehen müssen.

¹ ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2229/1.

² Franz Brunnmüller (1890–1969), Industrieller; von 1920 an Delegierter des österr. Schuhfabrikantenvereins, 1938–1945 Leiter der Bezirksgruppe Ostmark der Fachgruppe Schuhindustrie (Präsident des Fachverbands der Schuhindustrie); nach 1945 Leiter des Verbands der österr. Schuhindustrie. Mitinhaber der Schuhfabrik war Norbert Brunnmüller (1893–1959), Fabrikant.

³ Dr. Norbert Halmschlag (1877–1949), Industrieller; Kommerzialrat des Handelsstatistischen Dienstes; Vorsitzender des Verbands der Schuhindustrie im Bund der österreichischen Industriellen, Vizepräsident der Lederwerke Adler AG, Wels; Rat der Handelskammer Wien.

⁴ Robert Hruby, Kommerzialrat, Fabrikant.

Indem ich bei dieser Gelegenheit neuerlich dringend bitte, die nunmehr unaufschiebbar gewordene Arisierung des Schuhhandels schnellstens durchzuführen, damit die notleidende Schuhindustrie zu ihren eingefrorenen Geldern, soweit dieselben überhaupt noch vorhanden sind, kommt, empfehle ich mich bestens mit
Heil Hitler!

DOK. 64

Völkischer Beobachter: Artikel vom 16. Juli 1938 über die Konferenz von Evian¹

Das Ergebnis der Judenkonferenz. Eigener Bericht des VB.

dt. Genf, 15 Juli.

Es ist vielleicht nur ein Zufall, daß die Emigrantenkonferenz von Evian, auf der das jüdische Element weitaus am stärksten vertreten war und auch am stärksten berücksichtigt wurde, rechtzeitig vor Beginn der Sabbatruhe zum Abschluß gekommen ist. Es war allerdings kein jüdischer Kongreß, sondern eine Konferenz von Regierungen, die sich darüber klar werden wollten, wie man die aus Deutschland abgewanderten und künftig noch abwandernden Juden unterbringen soll.

Daß die katholische Kirche durch einen Geistlichen auf der Konferenz vertreten war, der sich Pater Odo² nannte und die gegen das Dritte Reich arbeitende internationale Presse eifrig informierte, war ein bezeichnendes Symptom.

Die drei großen Demokratien, namentlich die Vereinigten Staaten als Veranstalter der Konferenz, hatten Evian als eine Verheißung für das internationale Judentum angekündigt und damit neben gewissen innerpolitischen Wirkungen auch übertriebene Hoffnungen hervorgerufen, die sich im Laufe der Konferenz gegen die Veranstalter selbst zu kehren drohten. Die Juden merkten bald, daß sie nicht so zu Wort und Geltung kamen, wie sie sich das in Paris, Neuyork und Genf vorgestellt hatten.

Mit der Greuelpropaganda z.B. wäre es überhaupt nichts gewesen, wenn sich nicht einige jüdische Journalisten, die in neutralen Ländern Gastfreundschaft genießen, angestrengt hätten, mit Unterstützung gewisser amerikanischer Delegierter aus dieser Konferenz ein Maximum an antifaschistischer Hetze herauszuholen. Die meisten Regierungsvertreter, das muß zu ihrer Ehre gesagt werden, verhielten sich diesen Treibereien gegenüber ablehnend und waren sorgsam darauf bedacht, in ihren eigenen Kundgebungen jede Polemik gegen Deutschland zu vermeiden.

In diesem Sinne will die in der freitägigen Schlußsitzung angenommene Entschließung gewertet sein. Sie befriedigt im Grunde genommen niemanden, denn sie sieht weder konkrete Maßnahmen für die Unterbringung der überall unerwünschten Juden vor, noch enthält sie irgendeinen Protest gegen die deutschen Rassengesetze. Sie geht vielmehr von der Notwendigkeit einer weiteren jüdischen Auswanderung als einer gegebenen Tatsache aus. Nur möchte man diese Auswanderung in geordnete Bahnen lenken und vor allem die Mitnahme der jüdischen Vermögen sichern.

¹ Völkischer Beobachter (Berliner Ausg.), 51.Jg., Nr. 197, S. 7.

² Pater Odo, geboren als Carl Alexander Herzog von Württemberg (1896–1964), Benediktinermönch; 1919 Eintritt in die Erzabtei St. Martin, Beuron, 1926 zum Priester geweiht; 1934 Emigration in die Schweiz und nach Italien, Gründer der Internationalen Katholischen Flüchtlingshilfe; 1936 aus dem Deutschen Reich ausgebürgert; 1940 Emigration in die USA; 1949 Rückkehr nach Deutschland.

Die Konferenzmächte sagen nicht, wie sie sich die Durchführung dieses Problems vorstellen. Das in London zu errichtende Büro soll einen amerikanischen Direktor erhalten, der mit dem „Ursprungsland“ Verhandlungen aufnimmt.³ Ob derartige Verhandlungen überhaupt in Gang kommen, weiß im Augenblick in Evian niemand. Man hat daher, um einen möglichen Erfolg nicht zu gefährden, die Konferenz am Freitagmittag nach Schlußansprachen des amerikanischen, englischen und französischen Vertreters mit sehr gedämpftem Trommelklang begraben.

Das ist eine bemerkenswerte Änderung der Tonart, wenn man bedenkt, daß der gleiche Senator Berenger, der in seinem Schlußwort am Freitag von Annäherung und Verständigung sprach, früher in der vordersten Reihe der Agitatoren gegen die in Deutschland gefundene Lösung des Judenproblems stand.

Eine Spezialaufgabe hatte der englische Hauptdelegierte, Lord Winterton, zu erfüllen, dem die Zionisten im Laufe der Konferenz vorgeworfen hatten, er habe eine Anstandspflicht versäumt, indem er in seiner Eröffnungsansprache kein Wort von Palästina erwähnte. Winterton gab den Zionisten zu verstehen, daß England sich in der Palästinapolitik volle Entscheidungsfreiheit vorbehalte und sich von jüdischer Seite weder zu einer sofortigen Änderung seiner Einwanderungspolitik noch zu irgendwelchen bindenden Zusagen für die Zukunft drängen läßt. Dagegen machte er den Juden gewisse Hoffnungen auf Kenya, wo allerdings nur Landerwerb durch einzelne, nicht etwa eine jüdische Masseneinwanderung von England zugelassen werden würde. Die Hoffnungen auf ein umfangreiches Siedlungsgebiet, das später auch die polnischen Juden aufnehmen könnte, sind somit, was Ostafrika betrifft, zuschanden geworden.

Und doch ist es hier allgemeine Überzeugung, daß nur die Länder mit großem Kolonialbesitz, voran das Britische Reich, eine ernsthafte und dauerhafte Lösung des europäischen Judenproblems herbeiführen könnten, indem sie den Juden, die in jedem nationalen Staatswesen unwillkommene Gäste sind, ein Gebiet zur Verfügung stellen, wo sie unter sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben fertig werden sollen, die sie bisher nur als innerlich unbeteiligte Zuschauer inmitten fremder Völker kennengelernt haben.

DOK. 65

Wiener Tagblatt: Artikel vom 17. Juli 1938 über die Kündigung jüdischer Mieter¹

Jüdische Rassenzugehörigkeit Kündigungsgrund.

Vor kurzem wurden bekanntlich alle arischen Hausbesitzer aufgefordert, im Zuge der Reinigung Wiens von allen rassenfremden Elementen die jüdischen Mieter zu kündigen. Gestern wurde nun vor dem Richter des Bezirksgerichtes Hernals,² Dr. Hermann

³ Das Büro des in Evian gegründeten Intergovernmental Committees wurde im Aug. 1938 in London eingerichtet. Vorsitzender des IGC war der amerikanische Rechtsanwalt George Rublee (1868–1957). Die deutsche Regierung lehnte es zunächst ab, Rublee zu empfangen, nahm aber nach dem Novemberpogrom Verhandlungen mit dem IGC auf; siehe Dok. 207 vom 20. 12.1938 und Dok. 230 vom 1.1.1939.

¹ Registratur Stadt Wien, Wiener Wohnen, MA 21 A 50-141, 143, 155/38. Im Original unleserliche handschriftl. Anmerkungen.

² 17. Wiener Gemeindebezirk.

Reul,³ über die von Rechtsanwalt Dr. Josef Korn⁴ vertretene erste *Kündigungsklage* dieser Art verhandelt. Der beklagte Mieter wandte ein, daß er seit dreißig Jahren in dem Hause wohne und immer ordnungsgemäß seinen Zins bezahlt habe. Es bestehe daher nach dem Mietengesetz kein Anlaß zu einer Kündigung.⁵

Bezirksrichter *Dr. Reul* hielt ihm vor, daß neben den normalen Kündigungsgründen im Gesetz auch nicht näher bezeichnete, sogenannte „*wichtige Gründe*“ zu einer Kündigung berechtigen. Solch einen wichtigen Grund stelle der Auftrag der Partei dar, der für den Richter „*halbes Gesetz*“ ist. Er müsse daher unbedingt der Klage stattgeben und rate zu einem *Vergleich*. Die beiden Parteien einigten sich schließlich darauf, daß der Mieter binnen drei Monaten die Wohnung übergeben werde.

DOK. 66

Die Israelitische Kultusgemeinde berichtet am 19. Juli 1938 über die Arbeit der verschiedenen Gemeindeeinrichtungen und über die Lage der Wiener Juden¹

10. Wochenbericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Amtsdirektor Josef Löwenherz, Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, vom 19. Juli 1938²

10. Wochenbericht der Israel. Kultusgemeinde Wien

ddto. 19. Juli 1938.

A) Tätigkeitsbericht.

1.) Auswanderung und Fürsorge.

In der Zeit vom 5.–10. Juli 1938 wurden 385 Personen abgefertigt, wobei bemerkt werden muss, dass ein Teil von ihnen die zur Beschaffung der Reisedokumente notwendigen Beiträge erhielt. Insgesamt wurde bisher 2769 Personen zur Auswanderung verholffen.

Aus den Mitteilungen der Provinzgemeinden Salzburg und Horn ergibt es sich, dass aus diesen Gemeinden 30 Personen ausgewandert sind. Drei Familien und eine alleinstehende Person bereiten ihre Ausreise aus Horn vor.

Die Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien ist derzeit mit der Aufstellung einer Liste von Personen beschäftigt, die für die Auswanderung nach Kolumbien in Frage kommen. Diese Liste, welche jetzt 2757 Personen umfasst, soll als Grundlage der endgültigen Auswahl der Auswanderer nach Kolumbien dienen.

³ Dr. Hermann Reul (1902–1984), Jurist; von 1931 an Richter, zunächst am Kreisgericht Steyr, dann bei verschiedenen Bezirksgerichten sowie beim Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien; 1936 NSDAP-Eintritt, Schulungsleiter einer NSDAP-Ortsgruppe; von 1938 an Landesgerichtsrat, von 1943 an Landesgerichtsdirektor; 1945 vorübergehend außer Dienst gestellt; von 1949 an wieder beim Handelsgericht Wien, von 1955 an dessen Vizepräsident.

⁴ Dr. Josef Korn (1903–1976), Jurist; 1945–1973 Ausschussmitglied der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland, 1946–1976 Mitglied des österr. Verfassungsgerichtshofs; Konsulent des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

⁵ Das österreichische Mietengesetz trat am 7.12.1922 in Kraft und definierte erstmals einen Kündigungsschutz für Mieter.

¹ BArch, R 58/6558.

² Das Original enthält mehrere handschriftl. Unterstreichungen.

Die Beratungsstelle für Berufsausbildung und Umschichtung hat in der letzten Berichtsperiode mehrere Umschichtungskurse eingerichtet. Im Sinne der erhaltenen Weisungen wurde das jeweils zuständige Polizei-Kommissariat von der Errichtung dieser Kurse verständigt. Besondere Eingaben wurden auftragsgemäss um die Genehmigung der landwirtschaftlichen Umschichtungskurse auf den Besitzungen des Arnold Klein, Unterholz, der Brüder Weiss, Gross-Enzersdorf und des S. Sternberg in Eichgraben a/Stein überreicht. Gleichzeitig wird das Ansuchen um die Ermöglichung von Umschichtungskursen in den zwei Gärtnereibetrieben in Wien, 19., Krottenbachstrasse und 19., Kaasgrabengasse wiederholt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit sind diese Genehmigungen dringend. Gemüse-gärtnerei ist für die Auswanderung nach Kanada und nach Palästina sehr wichtig, es könnte auch in diesen Kursen eine grössere Schülerzahl zusammengefasst werden. Eine diesbezügliche Aufklärung der massgebenden Stellen wäre daher von grosser Bedeutung. In der Zeit vom 1. Juli bis auf den heutigen Tag wurden durch die Fürsorge-Zentrale und die Auswanderungsabteilung insgesamt RM 112 511,- ausgegeben. Der grösste Teil dieses Betrages wurde für Auswanderungszwecke verwendet.

Die Auswanderer-Hilfsorganisation HICEM in Paris hat in ihren Zuschriften vom 23. und vom 28. Juni³ auf die dringende Notwendigkeit einer persönlichen Rücksprache mit dem Leiter der Fürsorgezentrale und der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde Wien hingewiesen. Die Anwesenheit des Amtsvorstandes Engel wäre für die Erledigung mehrerer Einzelfälle und für die Besprechung allgemeiner Fragen äusserst wichtig.⁴ Die Repräsentanz des Auswanderer-Hilfskomitees in Kopenhagen ist bemüht, ungefähr 200 – 300 junge Leute, die seinerzeit in Dänemark als Pflegekinder weilten, aufzunehmen. Auch in diesem Falle wird die Anwesenheit eines Vertreters der Wiener Gemeinde zwecks persönlicher Rücksprache als notwendig bezeichnet. Es wird daher um die Genehmigung dieser Reisen des Amtsvorstandes Engel gebeten.

2.) *Entsendung von Kindern zu einem Ferienaufenthalte.*

Aus einer Zuschrift der Israel. Religionsgemeinde Pressburg vom 12. d.M. geht hervor, dass gegen die Einreise von Kindern aus Oesterreich zu einem Aufenthalte für die Dauer der Ferienzeit mit einem vom tschechoslowakischen Konsulate in Wien vidierten Sammelpass kein Einwand erhoben wird, vorausgesetzt, dass die vorgesetzte Behörde die Ausreise aus Oesterreich für die Ferienzeit genehmigt. Mit Rücksicht darauf, dass der erste Ferienmonat bereits zur Hälfte vorbei ist, wäre eine Genehmigung dieser Reise äusserst dringend.

3.) *Schul-Angelegenheiten.*

Die Neuordnung des Unterrichtswesens und die Absonderung der jüdischen Schulkinder brachten es mit sich, dass die beiden jüdischen Schulen II., Castellezgasse 35, und II., Malzgasse 16, eine bedeutende Zahl von Neuanmeldungen erhielten und daher im kommenden Schuljahre mehrere Parallelklassen errichten müssen. Da die zur Verfügung stehenden Räume vollauf ausgenützt sind, war die Israelitische Kultusgemeinde Wien gezwungen, beim Wiener Magistrate um die Zuweisung eines freigewordenen Schulge-

³ Liegen nicht in der Akte.

⁴ Emil Engel (1881–1955), Sozialpolitiker; 1926 Vorstandsmitglied der IKG Wien, 1928–1940 Leiter der Abt. für Sozialhilfe, verantwortlich für die Zentralisierung der jüdischen Fürsorgearbeit in Wien; emigrierte 1940 in die USA.

bäudes anzusehen. Um eine entsprechende Unterstützung dieses Ansuchens wird gebeten. Gleichzeitig wird bemerkt, dass die in Aussicht gestellte Freigabe des Hauses XX., Denisgasse 33, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Errichtung einer zweiten jüdischen Hauptschule äusserst dringlich ist.

4.) *Anstalten der Kultusgemeinde.*

a) *Altersheim.*

Die Verwaltung des Altersheimes der Israel. Kultusgemeinde Wien berichtet: „Der Verpflegungsstand beträgt unter voller Ausnützung aller verfügbaren Räume und der Vermehrung des Belages auf den Krankensälen derzeit 450 Personen, wovon 230 im Altersheim und 220 in der Krankenabteilung untergebracht sind. Das Alter der Insassen beträgt durchschnittlich 77 Jahre. Der jüngste Pflégling ist 65, der älteste 92 Jahre alt. In den letzten Monaten ist eine derart grosse Anzahl allerdringlichster Aufnahmsansuchen eingelangt, dass deren Zahl bereits 900 übersteigt. Ausschlaggebend für den grossen Einlauf von Gesuchen ist der Umstand, dass nicht bloss wie früher aus Wien stammende Personen, sondern auch aus anderen Gauen des Landes Oesterreich kommende Juden um Aufnahme ansuchen. Ueberdies können zahlreiche Familien erst dann auswandern, wenn sie ihre alten und siechen Angehörigen untergebracht wissen. Der natürliche Abgang beläuft sich im Jahre auf ungefähr 130 Personen, es können daher nur ebenso viele Petenten im Jahre aufgenommen werden, was zu der angeführten Zahl der sich um die Aufnahme Bewerbenden in gar keinem Verhältnis steht. Es ist daher unbedingt notwendig, Räumlichkeiten für die Unterbringung der allerdringlichsten Fälle zu beschaffen.“

Zu diesem Bericht des Altersheimes wird bemerkt, dass bereits wiederholt um die Freigabe des Hauses 19., Ruthgasse 21, für diese Zwecke angesucht wurde, womit wenigstens ein Teil des Bedarfes gedeckt wäre.

b) *Spital.*

Das Spital der Israel. Kultusgemeinde berichtet: „Am 13. Juli d.J. hat die Kreisleitung Währing nach einer vorausgegangenen Personalversammlung bei der Direktion die Durchführung nachstehender Forderungen verfügt:

1. Die Aufhebung der Zwangsverköstigung des Personales mit 16. d.M. und die Reluierung⁵ dieses Naturalbezuges mit dem Betrage von RM 2.50.
2. Die Aufhebung der im Jahre 1933 durch Einstellen der Weihnachts- und Urlaubsremunerationen⁶ erfolgten Lohnkürzungen.
3. Die Zuweisung von 2 Badezimmern für das arische Personal.
4. Die Zuteilung einer 4. Pfléglerin für die urologische und die dermatologische Abteilung.

5. Eine entsprechende Erhöhung der derzeit mit RM 3.34 bemessenen Wohnungszulage.“ Zu diesem Bericht wird bemerkt: Den unter 3) und 4) ausgesprochenen Verfügungen wird entsprochen. Die Aufhebung der im Jahre 1933 erfolgten Lohnkürzung durch Einstellen der Weihnachts- und Urlaubsremuneration dürfte, bei Zugrundelegung des derzeitigen Personalstandes, eine Mehrausgabe von RM 9000,- verursachen. Die Israel. Kultusgemeinde Wien ist bereit, der erlassenen Verfügung zu entsprechen, gestattet sich jedoch die Bemerkung, dass die zur Verfügung stehenden Mittel unter den obwaltenden Umständen derartige Mehrausgaben nicht zulassen. Gleichzeitig wird darauf hinge-

⁵ Erstattung.

⁶ Vergütung.

wiesen, dass in einem anderen Wiener Privatspital die Löhne fast bei allen Angestellten-Kategorien erheblich niedriger sind. Die Forderung nach Abänderung des dort bestehenden Kollektiv-Vertrages wurde vom kommissarischen Leiter der Anstalt abgelehnt.

Zu der unter 1) verfügten Aufhebung der Zwangsverköstigung des Personales wird bemerkt, dass auch in der bereits erwähnten Anstalt Zwangsverköstigung besteht. Dortselbst wird der Angestelltenschaft das Essen auch an dienstfreien Tagen nicht reluiert, sondern mit kaltem Proviant ersetzt. Jedenfalls ist die Reluierung des Naturalbezuges mit dem Betrage von RM 2.50 nicht gerechtfertigt. Laut Verordnung des Bürgermeisters vom 28.6.1935 wird die Tagesverköstigung für die gewerbliche Sozialversicherung mit RM 1.60 bewertet. An dem genannten Privatspital erhalten die Angestellten während desurlaubes ein Kostrelutum⁷ in der Höhe von RM 2.–. Es wird daher um entsprechende Weisungen und um Aufklärung der Kreisleitung Währing gebeten.

5.) *Polizeiliche Auskunftserteilung an die Kultusgemeinde.*

Das Steueramt berichtet, dass das Zentral-Meldeamt der Polizei-Direktion, die bisher gegen eine vereinbarte Bezahlung erteilten Meldenachrichten über jüdische Kultussteuerzahler verweigert. Am 15. Juni d. J. wurde der Kostenbetrag von RM 9854.– für den für die Israel. Kultusgemeinde Wien von Organen der Wiener Polizei-Direktion angefertigten Meldezettel-Kataster überwiesen und um die Ausfolgung des Katasters gebeten. Dieses Ansuchen wurde mit dem Beifügen rückgemittelt, dass über Weisung der Staatspolizeileitstelle in Wien weder die bereits hergestellten Abschriften der Meldezettel der Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt, noch weitere Abschriften angefertigt werden dürfen.

Zu diesem Bescheid wird folgendes bemerkt: Eine Meldepflicht der jüdischen Einwohner bei der Kultusgemeinde ist nicht vorhanden; das Steueramt war daher gezwungen, gegen entsprechende Bezahlung die polizeiliche Auskunft in Anspruch zu nehmen. Es ist dies auch die einzige Möglichkeit, bei den Uebersiedlungen, die gerade in der letzten Zeit äusserst häufig sind, die neue Anschrift des Steuerzahlers zu ermitteln. Die erlassene Verfügung verursacht daher der Gemeinde einen grossen Schaden und entzieht der Fürsorge wie auch der Auswanderungs-Aktion namhafte Beträge. Dazu kommt auch, dass die Auswanderungsabteilung von der Geheimen Staatspolizei beauftragt ist, von Zeit zu Zeit Berichte über die Zahl der ausgewanderten Juden zu erstatten. Für diesen Zweck sind der bereits angefertigte Kataster der Meldezettel und die meldepolizeilichen Auskünfte äusserst wichtig. Es wird daher gebeten, die Ausfolgung dieses Katasters und die weitere Erteilung von meldepolizeilichen Auskünften verfügen zu wollen.

6.) *Verzeichnis der jüdischen Landwirte.*

Entsprechend den erhaltenen Weisungen wird eine Liste der jüdischen Landwirte in Oesterreich übermittelt.⁸ Es muss jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, dass das verarbeitete Material keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Der Kultusgemeinde stehen nämlich keine amtlichen Grundlagen zur Verfügung, so dass andere nicht authentische Behelfe herangezogen werden mussten.

Es ist auch nicht bekannt, welche Veränderungen in dieser Beziehung letzstens vorgekommen sind.

⁷ Kostgeld.

⁸ Hier nicht abgedruckt.

B) Lagebericht.

Die Beunruhigung der jüdischen Bevölkerung, welche durch die Entlassung der jüdischen Angestellten aus jüdischen Privatbetrieben und durch die in verschiedenen Bezirken vorgenommenen Kündigungen jüdischer Mieter hervorgerufen wurde, erfuhr letzters durch die nächtliche Verunstaltung jüdischer Geschäfte eine weitere Steigerung. In mehreren Strassen des 2. und des 20. Bezirkes wurden von unbekannten Tätern die Firmmentafeln jüdischer Geschäfte und die Auslagscheiben mit Oelfarbe beschmutzt und durch beleidigende Aufschriften und Zeichnungen entstellt. In mehreren Geschäften wurden die Rollbalkenschlösser durch eine Gipsfüllung unbrauchbar gemacht. Die Israel. Kultusgemeinde bittet daher um Verfügung von Massnahmen, die geeignet sind, derartige Uebergriiffe unverantwortlicher Elemente abzustellen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Juden in Wien bereit sind, nach Massgabe der vorhandenen Möglichkeiten auszuwandern. Mehr als 2700 sind bereits mit Hilfe der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde Wien ausgewandert. Die Zahl jener, die aus eigenen Kräften das Reichsgebiet verlassen konnten, ist um ein Vielfaches grösser. Eine Erleichterung der administrativen Massnahmen, die zur Erlangung einer Ausreisewilligung notwendig sind, und die Unterlassung uneinbringlicher Steuervorschreibungen würden den Fortschritt der Auswanderung bedeutend fördern. Die Entlassung der jüdischen Angestellten, deren gesetzliche Grundlage der Kultusgemeinde nach wie vor unbekannt ist, und die empfindliche Schädigung der jüdischen Kaufleute durch Verunstaltung ihrer Geschäfte sind jedoch Massnahmen, die geeignet sind, die systematische Vorbereitung einer geregelten Auswanderung unmöglich zu machen.

Die von diesen Massnahmen betroffenen Personen werden durch die Arbeitslosigkeit, Not und andauernde Aufregung zermürbt und zu jeder Arbeitsleistung bzw. Umschichtung unfähig. Abgesehen davon ist die Israel. Kultusgemeinde Wien keineswegs in der Lage, für die grosse Zahl jener zu sorgen, die durch die genannten Massnahmen nicht mehr in der Lage sind, ihre Familien zu erhalten. In Zusammenhang damit muss auf die mehrfach vorgenommenen Kündigungen hingewiesen werden, die bedeutend zur Verschärfung der Lage beitragen. Der Israel. Kultusgemeinde Wien liegt ein von 32 jüdischen Mietern des Gemeindehauses 20., Pater Abelplatz, unterzeichnetes Ansuchen vor, in dem es heisst: „Die Unterzeichneten sind durch Kündigung ihrer Wohnungen von der bittersten Obdachlosigkeit arg bedroht und sehen dem kommenden 1. August mit banger Sorge entgegen. Im Hinblick auf die Unmöglichkeit, unter den obwaltenden Umständen eine andere Unterkunft herbeizuschaffen, bitten die Unterzeichneten höflich um gütige Intervention bei den massgebenden Stellen zwecks Erlangung eines Aufschubes bis zur Beschaffung einer anderen Wohnung oder um Unterbringung in einer Ersatzwohnung und blicken hilfesuchend und mit hoffendem Erwarten usw.“

Dieses Ansuchen der jüdischen Mieter im Gemeindehaus Wien 20., Pater Abelplatz, wird hiemit an die Geheime Staatspolizei weitergeleitet mit der Bitte, Abhilfe schaffen zu wollen, da die Kultusgemeinde selbst nicht in der Lage ist, diesen Parteien in irgendeiner Art zu helfen. In den meisten Fällen werden auch jüdische Hausherrn daran gehindert, die in ihrem Hause freiwerdenden Wohnungen an Juden zu vermieten, so dass die Beschaffung einer Ersatzwohnung de facto unmöglich gemacht wird.

Am 15. d. M. wurden mehrere jüdische Mieter des Hauses 2., Wohlmutsstrasse 20, welches einem Juden gehört, ohne vorherige schriftl. Kündigung kurzerhand delogiert;⁹ obwohl

⁹ Zwangsweise ausquartieren.

ihnen von massgebender Seite die gesetzliche Notwendigkeit einer schriftlichen Verfügung mitgeteilt wurde. Die Delogierung wurde in einer Weise vorgenommen, die eine schwere Schädigung der betroffenen Parteien bedeuten musste. Es war auch weder für Ersatzwohnung noch für Unterbringung des Hausrates gesorgt worden. Es wird dringend gebeten, den massgebenden Stellen entsprechende Verfügungen und Aufklärungen zukommen zu lassen, um den jüdischen Familien bis zu ihrer Auswanderung ein Obdach zu sichern. Es wird auch gebeten, die Grundlagen mitteilen zu wollen, auf welchen diese Kündigungen erfolgen. Da die Israel. Kultusgemeinde Wien über die gesetzliche Basis dieser Verfügung keinerlei Kenntnis besitzt, ist sie auch nicht in der Lage, den betroffenen Parteien irgendeinen Rat zu erteilen. In der Nacht zum 16. Juli d.J. wurde gegen 4 Uhr das Bethaus Wien XX., Mortaraplatz 1, von unbekannten Männern gewaltsam geöffnet und die dort befindlichen Ritualgegenstände wie Gesetzesrollen, Gebetmäntel usw. beschädigt und aus dem Raume fortgeschafft. Religiöse Juden, welche in früher Morgenstunde die Reste der Gesetzesrollen auf der Strasse sammeln wollten, wurden misshandelt. Derzeit ist das Lokal, welches den in dieser Gegend wohnenden jüdischen Familien, 600 an der Zahl, als einziges Bethaus diente, von NSKK Motorsturm 21 in Anspruch genommen.

Die bereits in den früheren Berichten ausgesprochene Meinung, dass im Interesse einer geregelten und intensiven Auswanderung die Beunruhigung der jüdischen Bevölkerung vermieden und jeder jüdischen Familie bis zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung nach Möglichkeit Wohnungs- und Existenzmöglichkeit gesichert werden muss, wird in diesem Zusammenhange mit besonderem Nachdruck wiederholt und im Anschluss daran die Bitte ausgesprochen, durch entsprechende Verordnungen, die Bemühungen der Kultusgemeinde, wie sie auch aus den [Schilderungen] auf Seite 1 dieses Berichtes zu ersehen sind, zu unterstützen. Die Auswanderungsmöglichkeit hängt zum grossen Teile von der Verfassung ab, in der sich die zur Auswanderung vorgemerkten Personen befinden. Diesem Bericht ist eine Liste von Angelegenheiten angeschlossen, die in den letzten Berichten bereits behandelt wurden, ohne dass eine Erledigung erfolgt wäre.¹⁰

DOK. 67

Die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe informiert am 20. Juli 1938 über Maßnahmen zur Kontrolle der Bankschließfächer jüdischer Kunden¹

Rundschreiben (vertraulich!) der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe – Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Dikt.Tr.²/H; Tgb.Nr.171 Ø Z 3 –17), Berlin NW 7, Dorotheenstr. 4 (Abschrift)³

10 Liegt nicht in der Akte.

1 RGVA, 500k-1-499; Bl. 46. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

2 Dr. Erich Trost (1892–1965), Jurist; von 1914 an Referendar am Amtsgericht Ahrweiler; im Juni 1948 in die neuentstandene Währungskommission berufen, im Sept. als Rechtsberater für Wechselstuben tätig.

3 Übermittelt im Rundschreiben des Devisenfahndungsamts (gez. Müller) vom 23.8.1938 an alle Zollfahndungsstellen.

Betr.: Sicherungsanordnung Schrankfächer der Juden

Das Devisenfahndungsamt⁴ Berlin beabsichtigt, alle an Juden vermieteten Schrankfächer zu sperren. Einzelne Zollfahndungsstellen hatten bereits an die Banken die Aufforderung gerichtet, mit sofortiger Wirkung jüdischen Inhabern den Zutritt zu ihren Schrankfächern nur noch im Beisein eines Beamten der Bank zu gewähren, der gleichzeitig im Auftrage der Zollfahndungsstelle den Inhalt des Schrankfaches feststellen und darüber der Zollfahndungsstelle Bericht erstatten sollte. Das Devisenfahndungsamt hat die Zollfahndungsstellen angewiesen, *von Auflagen der letztgenannten Art abzusehen*, ebenso soll den Devisenbanken *nicht mehr* die Auflage erteilt werden, *von sich aus die jüdischen Inhaber der Schrankfächer festzustellen*.⁵

Um den erstrebten Zweck, den Inhalt von Schrankfächern jüdischer Mieter sicherzustellen, auf einheitlichem Wege zu erreichen, hat das Devisenfahndungsamt jetzt angeordnet, daß die Zollfahndungsstellen die Verzeichnisse der Inhaber von Schrankfächern *selbst prüfen und der Bank mitteilen, welche Inhaber Juden sind*. Diesen Inhabern darf dann Zutritt zum Schrankfach nur noch in Gegenwart eines Beamten der Zollfahndungsstelle gestattet werden.

Die Zollfahndungsstellen werden auf Grund des § 34 DevGes.⁶ von den Banken ein Verzeichnis der Schrankfachinhaber fordern, das *nur dem obengenannten Zweck dient*, die jüdischen Schrankfachinhaber zu ermitteln. Die Zollfahndungsstellen werden angewiesen, dem Ersuchen eines Mitgliedes auf *Rückgabe des Verzeichnisses* nach Abschluß der Prüfung zu entsprechen. Sollte eine einzelne Bankniederlassung sich in der Lage sehen, unter ihrer Verantwortung diejenigen Schrankfachinhaber, die Juden im Sinne des § 5 der 1. DfVO. zum Reichsbürgergesetz sind,⁷ namhaft zu machen, so ist das *Devisenfahndungsamt damit einverstanden*, daß lediglich eine solche Liste der Zollfahndungsstelle übergeben wird.

Sollten noch Schwierigkeiten entstehen, so bitten wir um schnellsten Bericht darüber.

4 Das Devisenfahndungsamt wurde 1935 auf Weisung Görings von Heydrich aufgebaut, um die Einhaltung der Devisenbestimmungen und insbesondere den Devisentransfer ins Ausland zu überwachen. Das Amt bediente sich der Zollverwaltung, die dem RFM unterstand. Die Akteure, die den einzelnen Juden bzw. deren Geld nachforschten, waren – auch später in den besetzten Ländern – immer Finanzbeamte.

5 Die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe hatte gegenüber dem RWM die Verantwortung für die Feststellung, welche Schließfachinhaber Juden waren, zurückgewiesen. Daraufhin verfügte Heydrich als Chef des Devisenfahndungsamts, dass die Banken eine Liste aller Schließfachinhaber an die Zollfahndungsstellen aushändigen sollten, damit diese die jüdischen Schließfachinhaber feststellen könnten; Devisenfahndungsamt (gez. Heydrich) an die Zollfahndungsstelle Frankfurt a.M., 13.7.1938, wie Anm. 1, Bl. 47.

6 Nach § 34 des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4.2.1935 konnten der RWM, die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, die Devisenstellen und die Reichsbank von jedem Auskünfte über i. S. dieses Gesetzes beschränkte bzw. verbotene Geschäfte oder Handlungen verlangen. Dabei konnte auch die Vorlage der Bücher und Belege gefordert werden (RGBl., 1935 I, S. 106–113).

7 DfVO: Durchführungsverordnung; § 5 der 1. VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

DOK. 68

Der Berliner Polizeipräsident erlässt am 20. Juli 1938 Richtlinien zur Diskriminierung von Juden¹

Runderlass (vertraulich!) des Polizeipräsidenten in Berlin, (P. 50⁰¹ a/38), gez. Graf von Helldorff,² vom 20. 7. 1938 [Verteiler]³ (Abschrift)⁴

An Hand der anliegenden erschöpfenden Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten, welche geeignete Wege aufzeichnen, sollen nunmehr einheitliche und durchgreifende Maßnahmen gegen die Juden Berlins polizeilicherseits durchgeführt werden.⁵

Das Ziel ist, die Juden zur Auswanderung zu bringen, und nicht etwa ohne Aussicht auf diesen Erfolg planlos zu schikanieren. Das Gesetz bietet hierfür solch' weitgehende Möglichkeiten, daß illegale Wege nicht notwendig und nicht zu beschreiten sind.

Ich erwarte von sämtlichen Dienststellen und Beamten, daß jeder an seiner Stelle unter Einsatz seiner ganzen Kraft das Seine dazu beiträgt, daß der erstrebte Erfolg, Berlin von den Juden und insbesondere dem jüdischen Proletariat weitgehendst zu befreien, auch erreicht wird. Besonders die Beamten, deren Dienststellen fast täglich unmittelbar mit Juden in Berührung kommen oder Judenvorgänge bearbeiten müssen (Reviere, Polizeiämter und Abteilungen), sind mir persönlich dafür verantwortlich, daß das gesteckte Ziel restlos erlangt wird.

Ich ersuche den Kommandeur der Schutzpolizei, die Gruppen- und Abschnittskommandeure und die Leiter der Abteilungen und Polizeiämter persönlich, alle Beamten des Kommandos, der Gruppen und Abschnitte, der Abteilungen und Polizeiämter von *sämtlichen* Punkten der anliegenden Richtlinien in Kenntnis zu setzen und sie zur genauesten Beachtung derselben anzuhalten. Die Abschnittskommandeure haben alsdann persönlich unverzüglich den Vorstehern der Reviere die Richtlinien bekanntzugeben und jedem derselben ein Exemplar auszuhändigen.

Die Richtlinien sind *streng vertraulich* zu behandeln, auf die besondere Vertraulichkeit des letzten Satzes der Ziffer 4 weise ich vornehmlich hin. Das jeweilige Exemplar der Richtlinien verbleibt in der Hand des Kommandeurs der Schutzpolizei, des Gruppen- bzw. Abschnittskommandeurs, des Abteilungsleiters, des Polizeiamtsleiters und des Reviervorstehers, wo die sachbearbeitenden Beamten jederzeit Einsicht haben.

1 RGVA, 500k-1-603, Bl. 22–32.

2 Richtig: Wolf Heinrich Graf von Helldorf (1896–1944), Landwirt; 1920 Teilnehmer am Kapp-Putsch; 1930 NSDAP- und 1931 SA-Eintritt; 1933–1935 Polizeipräsident in Potsdam und 1935–1944 in Berlin; 1944 als Mitverschwörer des Attentats vom 20. Juli hingerichtet.

3 In der vorliegenden Abschrift nicht übermittelt.

4 Im Original mehrere handschriftl. Anstreichungen.

5 Der Erstellung dieser Richtlinien war eine längere, von Goebbels angeregte Diskussion über antijüdische Maßnahmen in Berlin vorausgegangen, an der neben Helldorf auch SD und Gestapo beteiligt waren. Sie fand ihren Niederschlag in der „Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“; Meldung Six an Heydrich, 28. 6. 1938, wie Anm. 1, Bl. 1f.; teilweise Abdruck in: Wolf Gruner, „Lesen brauchen sie nicht zu können ...“ in: Jahrbuch f. Antisemitismusforschung 4, hrsg. v. Wolfgang Benz, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 305–341.

*Vertraulich**Richtlinien für die Behandlung von Juden und Judenangelegenheiten*

I.

- 1.) Sämtliche gegen Juden polizeilicherseits zu ergreifenden Maßnahmen haben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, jedoch unter weitgehendster Auswertung derselben zu erfolgen.
- 2.) Die für die Bearbeitung von Judenangelegenheiten gegebenen Richtlinien finden in erster Linie nur auf Juden Anwendung. Die Richtlinien sollen aber auch dann hinreichend berücksichtigt werden, wenn der zunächst Verantwortliche (z. B. der Antragsteller) Arier, aber sein Ehegatte oder ein sonst an dem konkreten Vorgang unmittelbar Beteiligter Jude ist. Zum mindesten ist in den letztgenannten Fällen ein strengerer Maßstab als üblich anzulegen. Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß der Arier, der mit einem Juden verheiratet war, dessen Ehe aber durch Tod des jüdischen Eheteils oder durch rechtskräftige Scheidung aufgelöst ist, gegen das Gesetz der Rasse verstoßen hat, es sei denn, daß der Durchbruch des Rassegedankens allein ihn zur Auflösung der Mischehe veranlaßt hat.
- 3.) Staatenlose Juden sind in gleicher Weise wie inländische Juden zu behandeln.
- 4.) Bei ausländischen Juden ist zur Vermeidung diplomatischer Konflikte bei der Anwendung der Richtlinien eine gewisse Zurückhaltung geboten; von der angezeigten Linie ist jedoch grundsätzlich auch hier nicht abzuweichen. Eine besondere Zurückhaltung ist aus wirtschaftlichen Belangen und im Interesse unserer Auslandsdeutschen bei den jüdischen Staatsangehörigen folgender Nationen zu wahren: USA, England, Niederlande, Frankreich und Schweiz.
- 5.) Wie in den Verfügungen vom 22. Juni 1938 und 8. Juli 1938 – P.5001a 38 – bereits angeordnet,⁶ ist, um Judenvorgänge als solche einheitlich zu kennzeichnen, von der erstbearbeitenden Dienststelle auf der ersten Seite des Vorgangs oben in der Mitte mit einem Rotstempel ein „J“ zu setzen. Diese Anordnung findet auf alle Schriftstücke, Anmeldungen, Anzeigen, Vorgänge, Anträge usw., die mit einem Juden im Zusammenhang stehen, Anwendung. Hat die erstbearbeitende Dienststelle dies aus Unkenntnis unterlassen, so hat die Kennzeichnung von der nächstbearbeitenden Dienststelle, welche die Judenangelegenheit als solche erkennt, nachgeholt zu werden.
- 6.) Die Rassezugehörigkeit ist in Zweifelsfällen nachzuprüfen und das Ergebnis der Prüfung zu vermerken. Unberührt hiervon bleiben die bereits bestehenden Vorschriften über die Nachprüfung der Rassezugehörigkeit (z. B. in Paß- und Schanksachen). Gegebenenfalls kann dem Vorgang auch eine schriftliche Erklärung des Antragstellers usw. über seine und seines Ehegatten Rassezugehörigkeit beigelegt werden. Der Vordruck Nr. 2589 wird hierfür empfohlen. Bei den Vorgängen, die durch das Polizeirevier laufen, ist in den noch nicht gekennzeichneten Fällen auf Grund der auf den Meldekarten verzeichneten Religionszugehörigkeit, die ein gewisses Indiz für die Rassezugehörigkeit bildet, festzustellen, ob der Antragsteller usw. Jude ist.
- 7.) Bei der Abfassung jeder einem Juden ungünstigen Entscheidung, gegen welche die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig ist, ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Entscheidung einer verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung nach Möglichkeit

⁶ Da es im Folgenden um die Auslegung aller Bestimmungen zum Nachteil von Juden geht, wurde auf die Erläuterung der einzelnen Erlasse etc. verzichtet.

standhalten muß. Der Leiter der Dienststelle, welcher die Prozeßführung bzw. die Endzeichnung der Schriftsätze obliegt, hat besonders in zweifelhaften Fällen mit dem Berichterstatter oder dem Vorsitzenden des entscheidenden Gerichtes persönlich die Sach- und Rechtslage zu erörtern. Hiermit kann auch von Fall zu Fall der zuständige Polizeiamtsleiter beauftragt werden. In diesem Zusammenhang verweise ich nochmals auf die erfreulichen und in der Praxis verwertbaren Gründe des bereits mitgeteilten Urteils des Bezirksverwaltungsgerichts Schneidemühl vom 14. Dezember 1937. Die grundsätzliche Stellungnahme des Bezirksverwaltungsgerichtes Schneidemühl ist in allen Judenangelegenheiten weitgehendst auszuwerten.

- 8.) Bei Verwaltungsstreitverfahren gegen Juden ist sowohl schriftsätzlich als auch beim Vortrag in der mündlichen Verhandlung einleitend die Rassezugehörigkeit der jüdischen Gegenpartei deutlich herauszustellen und jeder selbst unbedeutend erscheinende Angriffspunkt gegen den Juden schonungslos auszuwerten. Ist eine Vertretung in der mündlichen Verhandlung vor einem Verwaltungsgericht in einer gegen einen Juden anhängigen Verwaltungsstreitsache erforderlich, so soll diese von dem Dezernenten persönlich wahrgenommen werden.
- 9.) Vorgänge ausländischer oder staatenloser Juden, die – wenn auch nur entfernte – Anhaltspunkte einer eventuellen Ausweisungsmöglichkeit bieten, sind unverzüglich der Abteilung II zur weiteren Veranlassung zu übersenden.⁷
- 10.) Verwaltungsgebühren sind, von begründeten Ausnahmen abgesehen, bei Juden grundsätzlich nach dem in der Verwaltungsgebührenordnung vorgesehenen Höchstsatz zu erheben und Stundungs- bzw. Ratenzahlungsanträge abzulehnen.
- 11.) Die Kontrollen auf allen Gebieten polizeilicher Tätigkeit müssen gegen Juden allgemein schärfer und häufiger erfolgen als gegenüber arischen Volksgenossen. Die Kontrollergebnisse müssen zu sofortigen und strengsten Strafen und Zwangsmaßnahmen führen.
- 12.) Die Vollstreckung etwaiger Strafen oder Zwangsmaßnahmen muß mit größtem Nachdruck ohne Verzögerung unnachsichtig durchgeführt werden.
- 13.) Aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses ist möglichst die sofortige Ausführung jeder gegen einen Juden erlassenen polizeilichen Verfügung zu fordern und durchzusetzen.
- 14.) Juden sind grundsätzlich nicht gebührenpflichtig zu verwarnen, sondern der Bestrafung zuzuführen.
- 15.) In polizeilichen Strafsachen ist gegen Juden grundsätzlich als Strafmaß das Fünffache des Regelsatzes zu nehmen.
Bei gegen Juden zu erlassenden Zwangsgeldverfügungen ist stets der Höchstbetrag von 50.– RM, wahlweise 1 Woche Haft, festzusetzen.
- 16.) Die Ausstellung von Bescheinigungen an Juden jeglicher Art, auf die kein rechtlicher Anspruch besteht, ist abzulehnen.
- 17.) Die Abfertigung von Juden auf den Dienststellen hat sachlich, aber äußerst zurückhaltend zu erfolgen. Nicht unbedingt erforderliche Auskünfte sind nicht zu erteilen. Dem arischen Volksgenossen ist bei der Abfertigung nach Möglichkeit auch zeitlich der Vorzug zu geben.

⁷ Abt. II des Berliner Polizeipräsidiums war u. a. zuständig für Pass- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

- 18.) Gegen jeden, der sich des deutschen Grußes nicht bedient, besteht zunächst die Vermutung, daß er Jude ist, es sei denn, daß es sich offensichtlich um einen Ausländer handelt.
- 19.) An Juden sind grundsätzlich keine fernmündlichen Auskünfte zu erteilen. Juden haben sich zwecks notwendiger Auskünfte auf die Dienststellen zu begeben.
- 20.) Die Juden sind zur Aufklärung von Zweifelsfragen stets persönlich vorzuladen. Häufige Vorladungen sind, falls vertretbar, nicht unerwünscht. Erscheint der für eine bestimmte Stunde vorgeladene Jude nicht rechtzeitig, so ist die Abfertigung wegen der notwendigen Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Dienstbetriebes abzulehnen und der Jude erneut vorzuladen. Juden sind vornehmlich an Sonntagen und jüdischen Feiertagen vorzuladen.
- 21.) Ernste Auswanderungsabsichten von Juden sind in jeder Weise zu unterstützen und dahingehende Auskünfte bereitwillig zu erteilen. Es ist in geeigneter Weise jede passende Gelegenheit auszunutzen, um den Juden auf die Zweckmäßigkeit seiner Auswanderung hinzuweisen.
- 22.) Bei Feststellungen selbst von untergeordneter Bedeutung im Hause oder in der Wohnung des Juden durch uniformierte Beamte, durch Außendienst- oder Kriminalbeamte ist grundsätzlich in der Weise vorzugehen, daß möglichst zahlreiche Hausbewohner davon Kenntnis erlangen, „daß die Polizei nach dem Juden ... geforscht hat.“
- 23.) Die Bearbeitung von Judenansuchen usw. hat, von Auswanderungsvorgängen sowie von solchen Vorgängen, die mittelbar eine Auswanderung fördern können (Anträge auf straffreies Führungszeugnis u. ä. m.), abgesehen, grundsätzlich keine besondere Eile. Besonders sind die im Verwaltungsstreitverfahren anfechtbaren Entscheidungen gegen Juden möglichst hinauszuzögern. Etwaige Belange an dem Vorgang beteiligter arischer Volksgenossen sind jedoch zu berücksichtigen.
- 24.) Um die Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Juden nicht abzuschwächen, muß jede Dienststelle grundsätzlich nur im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit tätig werden. Jede sachlich nicht zuständige Dienststelle hat jedoch nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, über irgendwelche ihr bekannt werdenden Vorkommnisse die zuständige Dienststelle unverzüglich zu unterrichten und eventuelle Anregungen zu übermitteln. Um den in der Bearbeitung von Judenangelegenheiten erstrebten Erfolg möglichst schnell und weitgehendst zu erreichen, ist eine besonders enge und rege Zusammenarbeit sämtlicher Dienststellen dringend geboten.
- 25.) Die Dienststellenleiter haben sich grundsätzlich die Unterzeichnung in allen und sei es auch noch so unbedeutenden Angelegenheiten, in denen ein Jude beteiligt ist, persönlich ausdrücklich vorzubehalten. Hierdurch soll die Einheitlichkeit und Durchschlagskraft aller besonderen Maßnahmen gegen die Juden gewährleistet werden. Soweit bei einzelnen Dienststellen ein derartiger Vorbehalt praktisch nicht möglich ist, da er zu einer Überlastung des Dienststellenleiters führt, ist jedoch die Entscheidungsstelle in Judenangelegenheiten möglichst zu zentralisieren. Die Endzeichnung in Judenangelegenheiten darf nur von einem Dezernenten vorgenommen werden.
- 26.) Auf die hinsichtlich der gegen Juden polizeilicherseits anzuwendenden besonderen Verfügungen, die bereits ergangen sind, wird besonders hingewiesen.
 - a.) Vfg. v. 28.6.38. – P 50⁰1a/38 –, betr. jüdische Namensänderungen,
 - b.) Vfg. v. 28.6.38. – P 50⁰1a/38 –, betr. Judenmeldungen,

- c.) Vfg. v. 29.6.38. – IV 1215 – mit FS-Nachträgen, betr. Namensanbringung an jüdischen Geschäften und Gaststätten,
- d.) Vfg. v. 1.7.38. – P 50⁰¹a/38 –, betr. Vertretung von Juden durch deutsche Anwälte,
- e.) Vfg. v. 7.7.38. – P 50⁰¹a/38 –, betr. Kenntlichmachung jüdischer Ausweise,
- f.) Vfg. v. 7.7.38. – P 50⁰¹a/38 –, betr. Kraftfahrzeuge, deren Halter Juden sind,
- g.) Vfg. v. 8.7.38. – P 50⁰¹a/38 –, betr. Judenangelegenheiten.

II.

- 27.) Paßanträge von Ariern, deren Ehegatten Juden sind, sind grundsätzlich mit gewisser Zurückhaltung zu bearbeiten.
- 28.) Die Erteilung von Dringlichkeitsbescheinigungen⁸ an Juden kommt grundsätzlich nur im Falle der Auswanderung oder im Zusammenhang mit einer die Auswanderung vorbereitenden Reise infrage. Eine den Betrag von 20.– RM überschreitende Dringlichkeitsbescheinigung soll grundsätzlich an einen Juden nicht erteilt werden. Die Erteilung einer Dringlichkeitsbescheinigung von 50.– RM an einen Juden empfiehlt sich in keinem Fall. Wandert ein Jude mit mehreren Familienangehörigen aus, so darf dies nicht zur Erhöhung einer einzigen Dringlichkeitsbescheinigung führen; vielmehr ist wegen der jeweils entstehenden Verwaltungsgebühr der für die Dringlichkeitsbescheinigung auszuwerfende Betrag quotenmäßig auf jeden einzelnen Auswanderer zu verteilen.
- 29.) Waffenscheine, Waffen- und Munitionserwerbsscheine sind für Juden grundsätzlich nicht auszustellen. Dies gilt auch entsprechend für arische Ehegatten von Juden.
- 30.) Juden ist der Besitz von Waffen auf Grund des § 23 des Waffengesetzes grundsätzlich zu verbieten.

III.

- 31.) Die auf Grund der Berliner Straßenordnung erteilten Erlaubnisse (z. B. Aufstellung von Warenautomaten, Herausstellen von Waren, Anbringung von Reklame besonderer Art, z. B. Leuchtreklame, Standerlaubnis für Straßenhändler in Hauseingängen und Durchfahrten u. dergl.) sind stets unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt worden. Solche an Juden erteilte Erlaubnisse sind möglichst aus polizeilichen Gründen zu widerrufen oder nachträglich weitgehendst einzuschränken (§ 42 Abs. 2 PVG, allgemeine ordnungs- und sicherheits-, insbesondere verkehrspolizeiliche, evtl. auch feuerpolizeiliche Gründe). Neue Anträge von Juden sind grundsätzlich abzulehnen.
- 32.) Der Reichsverkehrsminister hat mit Erlaß vom 19. März 1938 bereits angeordnet, daß die Bearbeitung von Anträgen jüdischer Unternehmer auf Genehmigung von gewerbsmäßiger Personenbeförderung und von Güterfernverkehr bis auf weiteres auszusetzen sei. Hinsichtlich der Zurücknahme bereits erteilter Konzessionen an Juden sind die vorhandenen Vorgänge zu prüfen und nach Möglichkeit die Zurücknahme zu verfügen (persönliche Unzuverlässigkeit).
- 33.) Die Bearbeitung von Anträgen jüdischer Kraftdroschenfahrer auf Erteilung oder

⁸ Auslandsreisende konnten bei der Polizei, der Industrie- und Handelskammer oder anderen Institutionen eine Dringlichkeitsbescheinigung beantragen, die sie dazu berechnigte, mehr als den zulässigen Freibetrag von 10 RM in Devisen auszuführen.

Erneuerung von Droschkenfahrausweisen ist bis auf weiteres auszusetzen (vergl. Erlasse des Reichsverkehrsministers vom 19. März und 4. April 1938). Bereits an Juden erteilte Genehmigungen sind zu überprüfen und nach Möglichkeit zu widerrufen.

- 34.) Soweit gesetzliche Bestimmungen Billigkeitserwägungen oder Ermessensfragen zulassen, sind diese zu Gunsten von Juden nicht anzuwenden (z.B. Entschädigungen bei Enteignungen).
- 35.) Bei der Erteilung der nach § 22 des Wassergesetzes zur Errichtung oder wesentlichen Veränderung von Anlagen an Wasserläufen I. und II. Ordnung erforderlichen Genehmigungen der Wasserpolizeibehörde ist Juden gegenüber grundsätzlich ein besonders strenger Maßstab anzulegen. Falls eine Ablehnung des Antrages gesetzlich nicht tragbar erscheint, sind nach Möglichkeit erschwerende Auflagen zu machen.
- 36.) Die hinsichtlich des Strafmaßes und der Zwangsgeldfestsetzung oben niedergelegten allgemeinen Richtlinien gelten auch hinsichtlich der Nichtbefolgung wasserpolizeilicher Bestimmungen durch Juden.
- 37.) Fischereischeine sind Juden grundsätzlich zu versagen (§ 96 des Preuß. Fischereigesetzes). An Juden bereits erteilte Fischereischeine sind nach Möglichkeit zu widerrufen.
- 38.) Bei der Erteilung von Führerscheinen an Juden ist ein besonders strenger Maßstab anzulegen. Bei der Entziehung von Führerscheinen ist gegen Juden mit aller Strenge vorzugehen. Die Entziehung der Führerscheine hat grundsätzlich insbesondere schon dann sofort zu erfolgen, wenn bei Ariern (z.B. bei Trunkenheit oder leichten Verstößen) zunächst eine Verwarnung erteilt würde.
- 39.) Die Kraftfahrzeuge von Juden sind, insbesondere bei der Zulassung, aber auch sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit, auf besondere Mängel genauestens zu prüfen und nötigenfalls bis auf weiteres sicherzustellen.
Die Freigabe sichergestellter Kraftfahrzeuge jüdischer Halter soll grundsätzlich frühestens nach einer Woche erfolgen.
- 40.) Die Erteilung von Probefahrerkennzeichen an jüdische Unternehmer kommt grundsätzlich nicht mehr in Frage. Erteilte Genehmigungen sind nachzuprüfen und nach Möglichkeit zu widerrufen.
- 41.) Periodische feuerpolizeiliche Besichtigungen
 - a) von Waren- und Geschäftshäusern,
 - b) von Hotels und Gasthäusern mit mehr als 20 Gastbetten, Schankwirtschaften mit mehr als 100 Sitzplätzen,
 - c) von Kraftwagenhallen für mehr als 20 Fahrzeuge,
 - d) von Fabriken und sonstigen gewerblichen feuergefährdeten Betrieben,
 - e) von größeren Holz- und Strohlagern usw.haben Juden gegenüber häufiger und strenger als bisher zu erfolgen.
- 42.) Bei der Besichtigung sonstiger feuergefährdeter Geschäfte und Betriebe, z.B. Gummimantelklebereien und Zelluloidbetriebe, ist von der Gelegenheit, jüdische Betriebe häufiger und strenger zu prüfen als deutsche, weitgehendst Gebrauch zu machen.
- 43.) Juden sind zu der für Lichtspielvorführer, technische Bühnenvorstände und Baumeister vorgeschriebenen Prüfung grundsätzlich nur dann zuzulassen, wenn der Nachweis erbracht ist, daß nach Erlangung des Prüfscheines die Auswanderung unmittelbar bevorsteht.

IV.

- 44.) Wegen der Behandlung jüdischer Vorgänge betr. Wandergewerbescheine, Legitimationskarten und -scheine, Stadthausierscheine, das Bewachungsgewerbe, die gewerbsmäßige Auskunftserteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten, den Handel mit Grundstücken, die Geschäfte gewerbsmäßiger Vermittlungsagenten für Immobilienverträge und Darlehen sowie das Gewerbe der Haus- und Grundstücksanwälte, die gewerbsmäßige Heiratsvermittlung und das Fremdenführergewerbe wird auf das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 6. Juli 1938 (RGBl. I, Seite 823) verwiesen.
- 45.) Unter den nach § 14 Absatz 2 und § 35 RGO⁹ nur der Anzeigepflicht unterliegenden Gewerbetreibenden (Trödler, Feuerversicherungsagenten, Händler mit Kunstgegenständen, Inhaber von Leihbibliotheken u.a.m.) befinden sich immer noch zahlreiche Juden. Die Verdrängung der Juden aus diesen Gewerbebezügen ist unter Ausnutzung jeder sich bietenden Gelegenheit mit Nachdruck anzustreben.
- 46.) Ausverkäufe sind bei Juden grundsätzlich nicht zuzulassen.
- 47.) Bei der Genehmigungserteilung zur Versteigerung in jüdischem Besitz befindlicher Sachwerte durch gewerbsmäßige Versteigerer ist ein strenger Maßstab anzulegen. Die Versteigerung jüdischer Handelsware ist weitgehendst einzuschränken.
- 48.) In geeigneten Fällen ist gegen jüdische Reklame der Werberat der deutschen Wirtschaft einzuschalten.
- 49.) Jüdische Pfandleiher und Pfandvermittler sind in geeigneter Form nach Möglichkeit dem Fachgruppenleiter „Pfandleihergewerbe“ zu melden mit dem Anheimstellen, die freiwillige Aufgabe des Gewerbes zu veranlassen. Gegen etwaige neue Konzessionsanträge von Juden ist polizeilicherseits stets Widerspruch zu erheben.
- 50.) Es ist in geeigneter Weise Vorsorge zu treffen, daß auf städtischen und privaten Märkten neue jüdische Verkaufsstände nicht mehr entstehen und daß alle vorhandenen gekündigt werden und verschwinden.
- 51.) Soweit sonstige Möglichkeiten zur Stilllegung eines jüdischen Betriebes nicht vorhanden sind, muß weitgehendst versucht werden, beim Oberbürgermeister (Wirtschaftsamt) nach der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 (RGBl. I, Seite 706) in Verbindung mit Artikel I der Ausführungsanweisung vom 27. Februar 1936 (Min.Bl.Wi.1936, Seite 51) die völlige Untersagung durch entsprechenden polizeilichen Antrag zu erreichen.
- 52.) Unerlaubt von Juden betriebene Verkaufsstellen (vgl. Einzelhandelsschutzgesetz) müssen trotz evtl. noch bestehender tatsächlicher oder rechtlicher Zweifel soweit und so schnell wie möglich geschlossen werden. Neue Genehmigungen an Juden kommen nicht mehr in Frage.
- 53.) Juden ist die Ausnahmegenehmigung nach § 3 der Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks zum selbständigen Betriebe eines Handwerks oder zur Lehrlingshaltung grundsätzlich nicht zu gewähren.
- 54.) Konzessionsanträgen von Juden ist grundsätzlich zu widersprechen; eine vorläufige Erlaubnis ist zu versagen.
- 55.) Eine praktische Anwendung des § 3 Ziffer 9 der Sperrverordnung, nach welcher die Ausnahmeerlaubnis erteilt werden kann, wenn der Betrieb nur auf Juden beschränkt

⁹ RGO: Reichsgewerbeordnung.

bleibt, diese Beschränkung kenntlich gemacht und deutschblütiges, weibliches Personal nicht beschäftigt wird, soll nach Möglichkeit unterbleiben.

- 56.) Alle besonderen Vergünstigungen sind für jegliche Gast- und Schankwirtschaften zu untersagen, z.B. Polizeistundenverlängerung, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine eigene Veranstaltung des jüdischen Konzessionsinhabers handelt oder um Veranstaltungen, die Dritte in seinen Räumen beabsichtigen; desgl. Tanzerlaubnisse, Erlaubnisse zur Beschäftigung weiblicher Angestellter, Erlaubnisse zur Aufstellung von Schankvorgärten usw. Die bestehenden Sondervergünstigungen sind nachzuprüfen und möglichst zu widerrufen.
- 57.) Die Genehmigung nach der Verordnung über die Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schankstätten vom 27. Mai 1933 ist bei Juden grundsätzlich auch dann zu versagen, wenn es sich um die Beschäftigung nicht deutschblütigen Personals handelt.
- 58.) Sind häufige und strenge Kontrollen jüdischer Klubs nach den verschiedenen hierfür in Frage kommenden polizeilichen Gesichtspunkten durchzuführen.
- 59.) Zwecks Kontrolle der jüdischen Garagenbesitzer hinsichtlich der nach dem 1. Dezember 1936 abgeschlossenen Mietverträge wegen etwaiger Verstöße gegen die Preisstoppverordnung, haben die Preisüberwachungsstellen der Polizeiamter zunächst sämtliche in ihrem Bezirk liegenden Garagen jüdischer Besitzer durch die Reviere feststellen und anschließend vom Gewerbeaufsichtsdienst eingehend kontrollieren zu lassen.
- 60.) In gleicher Weise sind die jüdischen Wohnungsvermittler zu überprüfen, wobei besonders zu beachten ist, daß die Vermittlung von Wohnungen bis zu 3 Zimmern ohnehin verboten ist.
- 61.) Die Preisüberwachungsstellen der Polizeiamter haben bei vorsätzlichen Verstößen gegen die Preisstoppbestimmungen seitens jüdischer Hauseigentümer (bis zum 31. Dezember 1938 auch Hausverwalter) nicht nur mit besonders empfindlichen Ordnungsstrafen vorzugehen, sondern auch weitgehendst solche Bestrafungen zwecks Veröffentlichung in der Presse unter namentlicher Nennung der Beschuldigten der Abteilung IV zu melden.
- 62.) Die Preisüberwachungsstellen der Polizeiamter haben bei festgestellten Zuwiderhandlungen jüdischer Vermieter neben der zu verhängenden Strafe bei schwerwiegenden Verletzungen gegen die Preisstoppverordnung von der sich aus Ziffer 21 und 22 des Rd.-Erlasses Nr. 184/37 ergebenden Möglichkeit, besondere Auflagen zu geben, weitgehendst Gebrauch zu machen. Es kommen hierfür folgende Maßnahmen in Frage:
 - a) Alle nach dem 1. Dezember 1936 festgestellten Verstöße sind von den jüdischen Vermietern den betreffenden arischen Mietern gegenüber rückgängig zu machen (z.B. Rückzahlung der über den zulässigen Mietpreis gezahlten Beträge an den Mieter). Die Erfüllung der Auflage muß nach einiger Zeit geprüft werden. Sodann ist evtl. mit weiteren empfindlichen Strafen gegen den jüdischen Vermieter vorzugehen.
 - b) Die Nachprüfung aller nach dem 1. Dezember 1936 von jüdischen Vermietern abgeschlossenen Mietverträge ist nach Möglichkeit zu verlangen und von dem jüdischen Hauseigentümer zu fordern, daß diese Nachprüfung ausnahmslos durchgeführt wird.

- c) Den jüdischen Hauseigentümern ist eine Kündigungsbeschränkung derart aufzulegen, daß sie Kündigungen nur nach vorheriger Genehmigung durch die Preisüberwachungsstelle aussprechen dürfen. Die Übertragung der in jüdischen Händen befindlichen Hausverwaltung an einen Arier ist bei Verstößen gegen die Preisstoppverordnung grundsätzlich auch vor dem 31. Dezember 1938 zu fordern. Hierzu ist allerdings die vorherige Genehmigung des Reichskommissars für die Preisbildung einzuholen.
- 63.) Falls ein Jude eine Anzeige erstattet, die sich als unzutreffend erweist, ist genauestens nachzuprüfen, ob der Verdacht einer wissentlich falschen Anschuldigung gegeben ist, und grundsätzlich eine entsprechende Strafanzeige nach § 164 StGB bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.
- 64.) Bei Ordnungsstrafen gegen Juden wegen Preisüberschreitungen ist hinsichtlich des Strafmaßes grundsätzlich das Zehnfache des Regelbetrages zu nehmen.
- 65.) Ordnungsstrafen gegen Juden sind stets unnachsichtlich in kürzester Frist einzutreiben, und zwar vor Entscheidung über den etwa eingelegten Einspruch, der mit Ausnahme der auf dem Spinnstoffgebiet liegenden Vorgänge ohnehin keine aufschiebende Wirkung hat.
- 66.) Bei Verstößen gegen die Preisstoppverordnung durch Juden ist mehr als bisher die Geschäftsschließung zu erwägen.

V

- 67.) Bei von Juden begangenen Übertretungen besonderer Art (z.B. verbotenes Rauchen im Walde) ist die Höchststrafe von 150.- RM, ersatzweise 14 Tage Haft, zu verhängen.
- 68.) Das Wohnungsrevier prüft in jedem Fall, ob der Angezeigte als Jude im Meldeblatt verzeichnet ist, und kennzeichnet den Vorgang entsprechend. Bei evtl. notwendig werdenden Nachforschungen nach der arischen Abstammung ist auf Einhaltung der Verjährungsfrist besonders zu achten.
- 69.) Beschleunigte und bevorzugte Behandlung straffreier Führungszeugnisse für Juden zum Zwecke der Auswanderung ist erforderlich. Die Anordnung der beschränkten Auskunft und die Befürwortung irgendwelcher durch die Justizbehörden zu treffenden Maßnahmen hinsichtlich der Straflöschung oder sonstiger Gnadenerweise kommt bei Juden, die nicht auswandern wollen, in keinem Falle in Betracht.
- 70.) Durch die Abteilung V sind häufige Kontrollen jüdischer Drogengeschäfte, Lebensmittelgeschäfte und Fleischerläden zu veranlassen.¹⁰ Den Polizeiarzten der Lebensmittelüberwachung ist die erstattete Anzeige mit der Angabe der Vorstrafen auf Anfordern zurückzugeben. Den daraufhin von den Polizeiarzten gegebenen Anregungen für die weitere Behandlung, ebenso den Anregungen der Drogenrevisoren ist möglichst zu entsprechen. Die Polizeiarzte der Lebensmittelüberwachung und die Drogenrevisoren haben für die Behandlung derartiger Anzeigen durch die Abteilung V besondere Weisung erhalten.
- 71.) Die Wirtschaftswerbung auf dem Gebiete des Heil- oder Gesundheitswesens durch oder für Juden, insbesondere in der Form von Vorträgen, ist ausnahmslos zu verhindern. Wenn die Polizeiverordnung vom 5. Mai 1936 (Ordner I Gruppe E) Keine hin-

¹⁰ Abt. V des Berliner Polizeipräsidiums war u.a. für Medizinal- und Veterinärangelegenheiten zuständig sowie für Kreistierärzte und Veterinäruntersuchungsämter.

reichende Handhabe bietet, ist der Vortrag wegen Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung gemäß § 14 PVG zu untersagen. Gegebenenfalls ist der Werberat der deutschen Wirtschaft wirksam einzuschalten.

- 72.) Jagdscheinanträge von Juden sind grundsätzlich abzulehnen. Zweifelhafte Fälle sind der Abteilung V vorzulegen, die sich ihrerseits mit den infragekommenden Stellen (Jägerschaft usw.) in geeigneter Weise in Verbindung setzt.
- 73.) Ehemalige jüdische Apotheker sind besonders daraufhin zu überwachen, ob sie unerlaubten Handel mit pharmazeutischen Artikeln treiben. Der Handel wird meist von der Wohnung aus betrieben. Bei den Revisoren bekannte Anschriften ehemaliger jüdischer Apotheker sind der Abteilung V über das zuständige Polizeiamt unverzüglich bekanntzugeben. Falls bei den Revisoren oder den Polizeiämtern bekannt ist oder der begründete Verdacht besteht, daß jüdische ehemalige Apotheker Handel mit pharmazeutischen Artikeln treiben, ist die Abteilung V zu benachrichtigen. Ermittlungen bei den jüdischen Apothekern lediglich zu diesem Zwecke sind von den Polizeirevieren und Polizeiämtern nur auf besondere Weisung der Abteilung V anzustellen.
- 74.) Eine weitgehende Einschränkung der Zahl der Juden, die vom Ministerium des Innern unmittelbar die Genehmigung zur Einführung von Bettfedern, Fetten und mineralischen Ölen erhalten, ist durch geeignete Berichterstattung an das Ministerium des Innern anzustreben.
- 75.) Jüdischen Anträgen auf Erteilung von Gifthandelserlaubnissen und Erlaubnissen zum Handel mit Drogen ist polizeilicherseits stets wegen Unzuverlässigkeit des Antragstellers zu widersprechen.
- 76.) Bei der Erteilung der Erlaubnis zum Milchhandel ist die arische Abstammung genau zu prüfen. Dem Stadtverwaltungsgericht gegenüber ist der Erlaubnis zum Milchhandel an Juden grundsätzlich wegen mangelnder Zuverlässigkeit zu widersprechen. Das Verfahren zur Entziehung der Milchkonzession wird nötigenfalls nach scharfer Kontrolle im Sinne des § 14 Ziffer 5,1 des Milchgesetzes zu begründen sein. Die Mindestmenge ist bei jüdischen Geschäften nicht herabzusetzen.

DOK. 69

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien bittet die Geheime Staatspolizei am 22. Juli 1938 um die Freilassung verhafteter Frauen aus Mattersburg im Burgenland¹

Schreiben des Leiters der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Amtsdirektor Josef Löwenherz, an die Geheime Staatspolizei-Leitstelle, Wien I., Hotel Metropol, Zimmer 314, vom 22.7.1938

Es erscheinen jüdische Mitglieder der Kultusgemeinde Mattersburg und geben Folgendes an:

Am 21. Juli wurden in der Gemeinde Mattersburg 20 jüdische Frauen von Organen der Geheimen Staatspolizei, Stelle Eisenstadt, zur Gendarmerie vorgeladen und von dort dann auf Kraftwagen mit unbekanntem Ziel weggeführt.² Sie bitten die Isr. Kultusge-

¹ BArch, ZB 7050 A. 17.

² Nicht ermittelt.

meinde Wien, bei den massgebenden Stellen vorzusprechen, um den Aufenthalt der Mattersburger Frauen festzustellen und ihre Freilassung zu erwirken. In den meisten Fällen handelt es sich um Mütter kleiner Kinder, die jetzt ohne Aufsicht und Pflege geblieben sind. Von den Familien, die in Mattersburg noch geblieben sind, stehen die meisten knapp vor der Auswanderung und sind durch die Abwesenheit der Frauen in ihren Vorbereitungen gehemmt.

Zu diesem Berichte wird noch hinzugefügt, dass nach den der Isr. Kultusgemeinde Wien zugekommenen Meldungen am gestrigen Tage die Frau³ des aus Gross Petersdorf im Burgenland nach Wien zugereisten Ludwig *Heinrich*, derzeit wohnhaft Wien IX. Porzellan-gasse 58/30, aus ihrer Wiener Wohnung mit einem Wagen mit dem Kennzeichen Burgenland weggeführt wurde. Angeblich ist ausserdem noch eine 80jähr. Frau aus dem Burgenland am gestrigen Tage in Wien verhaftet worden.

Die Israel. Kultusgemeinde Wien bittet mit Rücksicht auf die angeführten Umstände, die Freilassung dieser Frauen verfügen zu wollen.

DOK. 70

Abraham Tauber Rubin aus Wien sucht am 25. Juli 1938 nach einem Bürgen, um mit seiner Familie emigrieren zu können¹

Handschriftl. Brief von Abraham Tauber Rubin,² Wien XX., Raffaelgasse 1/12, an einen unbekannten Adressaten³ vom 25.7.1938

Ich bin seit 25 Jahren selbständiger Uhrmachermeister und habe für die größten Geschäfte Wiens gearbeitet, was ich mit Zeugnissen beweisen kann. Bin 43 Jahre alt.

Mein älterer Sohn ist 17 Jahre alt, ausgelernter Uhrmachergehilfe, ausserdem kann er Jazz-Schlagwerk spielen. Mein jüngerer Sohn ist 14 Jahre alt. Er hat heuer die vierte Gymnasialklasse mit gutem Erfolg absolviert. Hat auch das Wiener Konservatorium besucht und ist ein ausgezeichnete Violinspieler. Beide sind gesunde fescche Kinder und haben leider keine Zukunft.

Ich trete daher in dieser traurigen Zeit an edle Menschenherzen heran, einer edlen jüdischen Familie zu helfen und für mich und meine Familie Affidavits zu schicken. Ich werde gottbehüte niemandem zur Last fallen. Werde alle Barauslagen mit vielen tausend Dank bezahlen. Sämtliche Spesen zahle ich mir selbst.

Indem ich für die werte Mühe im voraus bestens danke, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtungsvoll

B. H. A. Rubin

3 Klotilde Heinrich (*1888), Ehefrau von Ludwig Heinrich (*1880), Fleischhauer; betrieb in Groß Petersdorf eine Fleischhauerei, die wahrscheinlich 1939 im Auftrag des Kreiswirtschaftsberaters von der Vermögensverkehrsstelle liquidiert wurde; am 31.3.1939 in die USA emigriert.

1 YVA O. 75/85.

2 Abraham Chaim Tauber, auch Rubin (*1895), Uhrmacher; die Familie hatte von Verwandten in den USA ein Affidavit erhalten, das das Konsulat in Wien jedoch als Grundlage für ein Visum für nicht ausreichend ansah; Rubin wurde am 12.5.1942 gemeinsam mit seiner Frau Seraphine(a) Rubin (*1894) und seinem Sohn Herbert Rubin (*1923) von Wien ins Getto Izbica deportiert; sie überlebten nicht.

3 Das Schreiben war vermutlich an eine jüdische Hilfsorganisation in den USA gerichtet.

Anbei sende ich die Lebensdaten:

Abraham Tauber Rubin geboren	am 5. September 1895 in Barysy, Poland
Seraphine Rubin	“ am 18. März 1894 in Lucyawa, Rumänien
Max Rubin	“ am 12. Mai 1921 in Wien, Deutschösterreich
Herbert Rubin	“ am 19. November 1923 in Wien, Deutschösterreich

Wir alle sind deutschösterreichische Staatsbürger.

Bitte Retourantwort auf Wohnungsadresse.

DOK. 71

Israelitisches Familienblatt: Artikel vom 28. Juli 1938 über die Gründung des Reichsverbands der Juden in Deutschland¹

Jüdische Gesamt-Organisation

Zur Tagung des Rates bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland

Am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche ist in Berlin der Rat bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland versammelt. Die Tagesordnung enthält im wesentlichen die Gegenstände, die mit der Schaffung des Reichsverbandes der Juden in Deutschland zusammenhängen.²

In dem Augenblick, in welchem diese Zeilen geschrieben werden, haben die Beratungen noch nicht begonnen, man weiß aber, daß die geführten Unterhaltungen noch einige Fragen hinterlassen haben, über die keine Einigung erzielt werden konnte, von denen man aber zuversichtlich hofft, daß ihre einvernehmliche Regelung ohne Schwierigkeiten gelingen wird. Ueber das Endziel sind sich alle jüdischen Richtungen einig, es darf heute als *einmütige Auffassung* gelten, daß die Tagung des Rates zu der Begründung des Reichsverbandes der Juden in Deutschland führen wird. Das ist der Punkt, auf den sich das Interesse der großen jüdischen Öffentlichkeit lenkt. Dabei sollen die noch vorhandenen Differenzen in ihrer Bedeutung keineswegs verkannt werden. An alle jüdischen Gemeinden und Landesverbände und an deren verantwortliche Persönlichkeiten darf aber die Bitte gerichtet werden, das Ihrige zur Herstellung einer einmütigen Auffassung beizutragen. Wir hoffen, daß insbesondere alle jüdischen Landesverbände sich vertrauensvoll in die Gesamtorganisation einordnen werden und daß auf allen Seiten Verständnis dafür bestehen wird, daß die Erhaltung bisheriger Selbständigkeiten in diesem oder jenem Teile des Reiches keineswegs eine entscheidende Frage ist. Wir möchten hoffen und sind auch überzeugt davon, daß das große jüdische Werk nicht an Einzelheiten scheitern kann.

Die Schaffung einer einheitlichen jüdischen Gesamtorganisation, in der alle jüdischen Gemeinden enthalten sind, ist *eine unabweisbare Notwendigkeit*. Es ist unmöglich, in diesem Augenblicke den Gang der Beratungen vorauszusehen, wohl aber glauben wir, uns

¹ Israelitisches Familienblatt, Nr. 30 vom 28.7.1938, S. 1.

² Nachdem den Jüdischen Gemeinden im März 1938 der Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts entzogen worden war (siehe Dok. 23 vom 28.3.1938), waren sie auch nicht mehr berechtigt, von den Gemeindemitgliedern Beiträge zu erheben. Daher diskutierten führende Vertreter des deutschen Judentums seit dem Frühjahr über eine neue Organisationsform. Die Gründung eines Reichsverbands wurde zunächst von den Behörden abgelehnt; im Jahr 1939 wurde schließlich die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland als neuer Dachverband gegründet; siehe Einleitung, S. 61.

darin nicht zu irren, daß an ihrem Ende die Schaffung des Reichsverbandes der Juden in Deutschland stehen wird.

Am Dienstag, dem 26. Juli, versammelte sich der Große Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden zu einer Sitzung. Die Neuordnung der Verhältnisse der jüdischen Gemeinden durch das Reichsgesetz vom März ds. Js. hat die Notwendigkeit neuer Regelungen auch für die jüdischen Gemeindeverbände mit sich gebracht.

Nach Anhörung von Referaten von Kammergerichtsrat Wolff³ über die Tätigkeit des Landesverbandes und die Entwicklung der letzten Monate, von Rechtsanwalt Dr. Klee⁴ über den vorliegenden Satzungsentwurf der Gesamtorganisation und die *Zusammenfassung der kleinen Gemeinden zu einheitlichen Bezirksgemeinden*, schließlich von Dr. Lilienthal⁵ über die neuen Musterstatuten für die Gemeinden, trat der Rat in eine Debatte über die schwebenden Probleme ein.

Geheimrat Falkenheim (Königsberg)⁶ forderte, daß der Verband seine Selbständigkeit nicht aufgäbe, bevor nicht ein Gleiches von den Verbänden in Süddeutschland zugestanden würde. Dr. Leo Baeck⁷ gab die Versicherung ab, daß auf Grund einer ihm von dem Wortführer der Verbände in Süddeutschland zuteilgewordenen Erklärung ein paralleles Vorgehen dieser Verbände außer Zweifel stände. Die der Ratssitzung vorangegangene Besprechung im Präsidialausschuß der Reichsvertretung habe auf Grund eines Vorschlages des Herrn Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee eine *Angleichung der Standpunkte* ergeben. Die Lösung, die Dr. Klee vorgeschlagen habe, wird darin gefunden, daß die Landesverbände in Süddeutschland in einen gemeinsamen Lastenausgleich einbezogen würden, ihr Vermögen der gemeinschaftlichen Verwaltung unterstellten und ihren Namen den gewandelten Verhältnissen entsprechend abändern. Schließlich wurde nahezu einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der Rat hält die schnelle Bildung des Reichsverbandes der Juden in Deutschland für unbedingt geboten. Er wünscht, daß nach Bildung des Reichsverbandes der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden in diesen aufgeht und ermächtigt den engeren Rat, alle dazu erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten. Der Rat spricht die bestimmte Erwartung aus, daß auch die übrigen Landesverbände nach Bildung des Reichsverbandes das gleiche tun werden. Für den Fall, daß ein Beschluß des Verbandstages notwendig ist, soll der engere Rat diesen Beschluß herbeiführen.

3 Dr. Leo Wolff (1870–1958), Jurist; von 1910 an Amtsgerichtsrat in Berlin; 1924–1927 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, Vorstandsmitglied des CV, 1933–1939 Vorstandsmitglied der Reichsvertretung; 1939 Emigration nach Großbritannien.

4 Dr. Alfred Klee (1875–1943), Jurist; führte als Rechtsanwalt in Berlin bis 1938 Prozesse gegen Antisemiten; Vorsitzender der ZVfD, von 1925 an Vizepräsident des Preuß. Landesverbandes Jüdischer Gemeinden, von 1933 an im Rat der Reichsvertretung, von 1936 an im Präsidialausschuß; 1938 Emigration nach Amsterdam, dort Präsident der Jüdischen Gemeinde; im Lager Westerbork gestorben.

5 Dr. Arthur Lilienthal (1899–1942), Jurist; bis 1933 Richter am Landgericht III Berlin; von 1933 an Generalsekretär der Reichsvertretung und von 1939 an Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung der Juden; 1938 in Sachenhausen inhaftiert; er wurde 1942 nach Minsk deportiert und dort ermordet.

6 Hugo Falkenheim (1856–1945), Mediziner; Professor für Kinderheilkunde in Königsberg (Preußen); Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Königsberg, von 1928 an deren Vorsitzender; 1941 emigrierte er über Spanien und Kuba in die USA.

7 Leo Baeck (1873–1956), Rabbiner; 1897–1912 Reformrabbiner in Oppeln, Düsseldorf, 1912–1942 in Berlin; 1913–1942 Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums; von 1922 an Vor-

DOK. 72

Hamburger Anzeiger: Artikel vom 28. Juli 1938 über die Einführung der Kennkarte¹

Kennkarte – Der neue Personalausweis.

Für alle Wehrpflichtigen, im kleinen Grenzverkehr und beim Ausflugsverkehr über die Grenze

Berlin, 28. Juli

Im Reichsgesetzblatt, Teil 1, ist in diesen Tagen eine Verordnung über Kennkarten erschienen. Nach dieser Verordnung wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 als allgemeiner polizeilicher Inlandsausweis die sogenannte Kennkarte eingeführt.²

Eine Kennkarte können alle deutschen Staatsangehörigen mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Reichsgebiet vom vollendeten 15. Lebensjahre ab erhalten. Damit wird der reichsdeutschen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, sich *einen vollgültigen polizeilichen Personalausweis* zu beschaffen. Ein Zwang zur Beschaffung der Kennkarte besteht grundsätzlich nicht.

Ergänzend berichtet unser *Berliner Büro* dazu:

Zuständig für die Entgegennahme der Anträge auf Ausstellung der Kennkarte sind die *Ortspolizeibehörden* oder die von der Ortspolizeibehörde beauftragten polizeilichen *Meldebehörden*. Für die Ausstellung selbst sind *die Paßbehörden zuständig*. Der Antrag auf Ausstellung der Kennkarte ist persönlich zu stellen. Für eine beschränkt geschäftsfähige oder eine geschäftsunfähige Person stellt der gesetzliche Vertreter den Antrag.

Auf amtliches Verlangen hat der Kennkartenbewerber alle Angaben zu machen und Nachweise zu liefern, die notwendig sind, um seine Person und seine deutsche Staatsangehörigkeit festzustellen. Der Kennkartenbewerber hat dabei insbesondere die erforderliche Anzahl von *Lichtbildern* in der vorgeschriebenen Größe und Ausstattung einzureichen, die erforderlichen *Fingerabdrücke* nehmen zu lassen, die erforderlichen *Unterschriften* zu leisten, sich, falls an seiner Person Zweifel bestehen, einem *Personen-Feststellungsverfahren* zu unterziehen, zur Empfangnahme der Kennkarte und auch sonst auf amtliches Verlangen an *Amtsstelle* zu erscheinen. Nur wenn die Person und die *deutsche Staatsangehörigkeit* des Bewerbers einwandfrei festgestellt sind, darf die Kennkarte ausgestellt werden. Im übrigen darf sie nur versagt werden, wenn der Kennkartenbewerber die ihm nach dem vorigen Absatz obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt.

Die Ausstellungsgebühr beträgt *drei Mark*. Sie ermäßigt sich auf eine Mark, wenn eine vorhandene Kennkarte, die noch eine Geltungsdauer von mehr als zwei Jahren hat, durch eine neue Karte ersetzt wird, weil sich der Name oder der Beruf des Karteninhabers geändert hat. Für *Wehrpflichtige* und zur Benutzung für den *kleinen Grenzverkehr* ist die Gebühr gleichfalls *auf eine Mark* ermäßigt. Weiter kann bei Bedürftigkeit die Gebühr auf die Hälfte ermäßigt oder ganz erlassen werden. Schließlich wird die Gebühr nicht erhoben, wenn eine vorhandene Kennkarte, die noch eine Geltungsdauer von mehr als zwei

sitzender des deutschen Rabbinerverbands, Großpräsident des deutschen Distrikts der B'nai B'rith Loge; 1933–1943 Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden bzw. der Reichsvereinigung; 1943 Deportation nach Theresienstadt; nach der Befreiung Emigration nach London; Autor u. a. von „Wesen des Judentums“ (1923).

1 Hamburger Anzeiger, Nr. 174 vom 28. 7. 1938, 1. Beilage.

2 RGBl, 1938 I, S. 913–915.

Jahren hat, durch eine neue ersetzt werden muß, weil sie infolge eines Umstandes ungültig ist, den die Paßbehörde zu vertreten hat.

Der Kennkarten-Inhaber ist verpflichtet, der Paßbehörde die Kennkarte *unverzüglich zurückzugeben*, wenn sich sein Name oder seine Berufsart ändert, wenn er seine deutsche Staatsangehörigkeit verliert oder wenn sich herausstellt, daß er die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt. Die Verfügung, durch die eine Kennkarte *versagt oder entzogen* wird, ist dem Kennkarten-Bewerber unter Mitteilung der Gründe schriftlich oder mündlich bekanntzugeben. Gegen die Versagung und die Entziehung der Kennkarte ist ausschließlich die Beschwerde zulässig. Sie ist innerhalb von zwei Wochen schriftlich bei der Paßbehörde einzulegen. Mit Haft und Geldstrafe bis zu 150 Mark wird bestraft, wer bei Stellung des Antrags unwahre Angaben macht oder wer seine Kennkarte einem anderen zum Gebrauch überläßt.

In einer ersten Bekanntmachung über den Kennkartenzwang wird bestimmt, daß männliche deutsche Staatsangehörige innerhalb der letzten *drei Monate vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres* (Eintritt in das Wehrpflichtverhältnis) bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen haben. Für männliche deutsche Staatsangehörige, die beim Inkrafttreten dieser Bekanntmachung ihr 17., aber noch nicht ihr 18. Lebensjahr vollendet haben, beginnt die Frist von drei Monaten mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung. *Dienstpflichtige* haben sich bei jedem dienstlichen, das Wehrpflichtverhältnis betreffenden Verkehr mit den Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung sowie mit den Wehrrersatzdienststellen auf Verlangen über ihre Person durch ihre Kennkarte auszuweisen.

Weiter wird in einer zweiten Bekanntmachung bestimmt, daß deutsche *Staatsangehörige über 15 Jahre im kleinen Grenzverkehr und im Ausflugsverkehr* die eingeführten Ausweise vom 1. Januar 1939 ab nur ausgestellt erhalten, wenn sie eine gültige Kennkarte vorlegen. Schließlich hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister in einer dritten Bekanntmachung bestimmt, daß *Juden, die deutsche Staatsangehörige sind*, unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Jude bis zum 31. Dezember 1938 bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen haben.³ Für Juden, die nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung geboren werden, ist der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Geburt zu stellen. Juden über 15 Jahre haben sich, sobald sie eine Kennkarte erhalten haben, auf amtliches Erfordern jederzeit über ihre Person durch ihre Kennkarte auszuweisen. Sie haben, sobald sie eine Kennkarte erhalten haben, bei Anträgen, die sie an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen richten, unaufgefordert auf ihre Eigenschaft als Jude hinzuweisen, sowie *Kennort und Kennnummer ihrer Kennkarte anzugeben* oder, falls die Anträge mündlich gestellt werden, unaufgefordert ihre Kennkarte vorzulegen. Das gleiche gilt für jede Art von Anfragen und Eingaben, die Juden an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen richten, sowie bei der polizeilichen Meldung. Zuwiderhandlungen hiergegen sind als besonders schwere Fälle im Sinne der Strafbestimmungen der Verordnung anzusehen.

3 RGBI, 1938 I, S. 922. Bei der Erstellung der Kennkarte wurde für das Kennkartendoppel ein zweites Passbild verlangt, auch die Fingerabdrücke wurden zweimal genommen. Das Zweitexemplar der Kennkarte wurde in der Einwohnermeldekartei abgelegt. Juden mussten sich künftig jederzeit mit ihrer Kennkarte ausweisen und bei Behörden und Ämtern unaufgefordert ihre Kennnummer angeben.

DOK. 73

**Eine Provinzialdienststelle des Deutschen Gemeindetags
erkundigt sich am 1. August 1938 bei der Zentrale in Berlin, ob öffentliche
Aufträge an „Halbjuden“ vergeben werden dürfen¹**

Schreiben des Geschäftsführenden Direktors der Provinzialdienststelle Rheinland und Hohenzollern des DGT (SCH/S.400), i.V. Dr. Volk,² Düsseldorf, an den DGT (Eing. 2.8.1938), Berlin, vom 1.8.1938³

Vergebung öffentlicher Aufträge an Halbjuden

Der Bürgermeister in Grevenbroich teilt mit, er habe bisher bei der Vergebung öffentlicher Aufträge recht häufig einen Bauunternehmer berücksichtigt, von dem sich nun herausgestellt habe, daß er Halbjuden sei. Der Betreffende sei seit Jahren Pg., da offenbar über seine Abstammung nichts Näheres bekannt gewesen sei. Er genieße sonst einen guten Ruf, sei Frontkämpfer und Schwerkriegsbeschädigter. Ferner habe er um das Jahr 1926/27 der deutsch-völkischen Bewegung angehört. Auch habe die Partei über seine Person sonst eine gute Meinung, wenn er nun auch aus der NSDAP ausgeschlossen werden müsse.

Der Bürgermeister fragt an, ob er der Firma weitere Aufträge übertragen kann.

Die im Nachrichtendienst Nr. 142 von 1933 veröffentlichten Richtlinien der Reichsregierung für die Vergebung öffentlicher Aufträge an Firmen, deren Inhaber oder an der Geschäftsführung maßgebend beteiligte Personen nicht arischer Abstammung sind (Abschnitt III der Richtlinien), können m.E. für die Beurteilung der aufgeworfenen Frage nicht mehr herangezogen werden, weil einerseits das Arbeitslosenproblem, das seinerzeit allen anderen Überlegungen vorangehen mußte, gelöst ist, und andererseits der Gesetzgeber durch die 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 (RGBl. I, S. 627) eine klare Abgrenzung für die Beurteilung der Frage geschaffen hat, welche Gewerbebetriebe als jüdisch gelten.⁴

Da der Gewerbebetrieb nicht als jüdisch gilt, wenn der Inhaber jüdischer Mischling ist (§ 1 Abs. 1 der genannten VO in Verbindung mit der ersten VO zum Reichsbürgergesetz, § 2 Abs. 2), ergibt sich die Frage, ob nun hieraus gefolgert werden darf, daß derartige Betriebe bei Vergebung öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden dürfen.

Der Nachrichtendienst teilt zwar in Nr. 793 von 1938 unter dem Stichwort „Vergebung öffentlicher Aufträge – jüdische Gewerbebetriebe“ den wesentlichen Inhalt der 3. VO. zum RBG⁵ mit, zieht aber nicht die Folgerung, wie nun solche Betriebe und namentlich diejenigen, deren Inhaber jüdische Mischlinge sind, bei der Vergebung öffentlicher Aufträge zu behandeln seien. Diese Frage erscheint mir deshalb von grundsätzlicher Bedeutung, weil heute die Rechtsstellung der jüdischen Mischlinge klar umrissen ist. Sie gelten z.B.

¹ LAB, B. Rep. 142/7 Nr. 4-1-4.

² Dr. Leo Volk (*1909), Jurist; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt, 1942 SS-Hauptsturmführer; 1937 Juristischer Referent beim DGT, 1940–1941 Amtsleiter im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt; 1943 Prokurist bei der Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH; 1947 zu zehn Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen.

³ Das Dokument enthält verschiedene handschriftl. Unterstreichungen und Bemerkungen.

⁴ Die 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 legte fest, dass ein Gewerbebetrieb jüdisch sei, wenn der Inhaber Jude im Sinne des § 5 der 1. VO zum Reichsbürgergesetz sei; RGBl., 1938 I, S. 627.

⁵ Reichsbürgergesetz.

als vorläufige Reichsbürger wie die deutschblütigen Staatsangehörigen und besitzen auch das politische Stimmrecht wie diese. Auch unterliegt ihre wirtschaftliche Betätigung und ihre sozialpolitische Betreuung heute keinen besonderen Beschränkungen mehr, und sie können sogar Mitglied der DAF sein.

Da ich gleichwohl Bedenken habe, dem Bürgermeister in Grevenbroich eine entsprechende Auskunft zu erteilen, zumal die Frage der Vergebung von öffentlichen Aufträgen an jüdische Mischlinge bisher von keiner Stelle klar ausgesprochen und entschieden worden ist, bitte ich um gefällige Verfügung.⁶

DOK. 74

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien unterbreitet dem Magistrat der Stadt am 3. August 1938 Vorschläge zur Unterbringung alter und pflegebedürftiger Juden¹

Schreiben der IKG Wien, Amtsdirektor und Leiter der IKG an die Magistrats-Abteilung 2,² Rathaus, Wien I, vom 3.8.1938

Am 27. Juli d.J. fand in der Magistratsabteilung 2 eine Unterredung statt, bei der die Israel. Kultusgemeinde Wien durch Amtsvorstand Engel vertreten war. Behandelt wurde die Frage der Unterbringung der jüdischen Patienten, die sich derzeit in den Fonds und Gemeindespitalern befinden, in einem Spitalsbetrieb, der von der Kultusgemeinde geleitet werden soll. Es wurde bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit hingewiesen, für jüdische Greise und Sieche eine Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen, da das Altersheim der Kultusgemeinde mit 450 Insassen vollauf belegt ist und derzeit 1250 Voranmeldungen bereits vorliegen. Diese beiden Fragen wurden am 29. Juni d.J. im Amt des Herrn Dr. Lange von der Geheimen Staatspolizei in Gegenwart von Vertretern der Magistratsabteilung 2 und des Leiters der Israel. Kultusgemeinde Wien behandelt. Bei dieser Unterredung wurde die Kultusgemeinde beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, der dem Magistrat der Stadt Wien und der Geheimen Staatspolizei vorgelegt werden soll. Dieser Vorschlag soll beinhalten: 1. Den Plan zur Errichtung und Führung dieser neuen Spitalsanlage; 2. Die Beschaffung der finanziellen Mittel; 3. Die Bezeichnung und den Schätzwert der Objekte, welche die Kultusgemeinde als Beitrag für die Errichtung der Spitalsbaracken und einer Barackenanlage zur Unterbringung der Alten und Siechen zur Verfügung stellen könnte. Im Folgenden wird dieser Vorschlag auftragsgemäss unterbreitet:

A. Erweiterter Spitalsbetrieb.

Es besteht die Möglichkeit, durch interne Massnahmen den Belegraum des Spitals der Israel. Kultusgemeinde um 50 Betten zu erhöhen. Ausserdem könnte dieses Spital durch

⁶ Im Antwortschreiben vom 8.8.1938 teilte der Geschäftsführende Präsident, i.A. von der Lühe, mit, dass die grundsätzliche Ausschließung von „Halbjuden“ bei Vergebung öffentlicher Aufträge angesichts der klaren Rechtslage eine „Sonderaktion“ darstellen würde, die nach den wiederholten Erklärungen maßgeblicher staatlicher Stellen nicht mehr stattfinden dürfe; wie Anm. 1.

¹ BArch, ZB 7050 A.17.

² Die Magistratsabt. 2 war zuständig für Kultus-, Schul-, Vereins- und Versammlungswesen, Verschiedenes.

Errichtung einer Barackenanlage zur Unterbringung von Alten und Siechen um einige unheilbare Fälle entlastet werden. Eine vollkommene Unterbringungsmöglichkeit für jene Patientenanzahl, die normalerweise in den Fonds und Gemeindespitälern untergebracht wurden, könnte durch Errichtung einer Spitalsbaracke erreicht werden innerhalb jener Anlage, die für die Unterbringung der Alten und Siechen dienen soll. Betont muss jedoch werden, dass mit Rücksicht auf die Bauart und die örtliche Lage des Spitals der Israel. Kultusgemeinde Wien weder hier noch in der zu errichtenden Spitalsbaracke eine Möglichkeit bestünde, Infektionskranke und Fälle offener Tuberkulose unterzubringen. Für diese Patienten müsste in ähnlicher Weise vorgesorgt werden wie für die Geisteskranken, die in der Heilanstalt am Steinhof verbleiben dürfen. Die Adaptierung des Hauses Wien 9, Währingergürtel 99, kommt nicht in Frage, da der ungestörte Spitalsbetrieb die Unterbringung der Aerzte und Pflegerinnen in diesem Hause erfordert. Hinzugefügt werden muss, dass der rückwärtige Trakt dieses Hauses baulich für eine Spitalsanlage ganz ungeeignet ist.

B. Unterbringung von Alten und Siechen.

Augenblicklich ist die Vorsorge für 1250 Fälle, die im Altersheim der Israel. Kultusgemeinde Wien vorgemerkt sind, äusserst dringend. Die Entwicklung der Verhältnisse lässt jedoch eine Verdopplung dieser Zahl für die nächste Zeit als unbedingt erscheinen. Das Ausscheiden der Juden aus dem Erwerbsleben und die gesteigerte Auswanderung der jüngeren Familienangehörigen sind die Ursachen eines gesteigerten Bedarfes an Unterbringungsmöglichkeiten für Alte und Sieche. Das Altersheim der Kultusgemeinde ist derzeit voll belegt und kommt als Entlastung überhaupt nicht in Frage. In Betracht kommt 1. die Errichtung einer entsprechenden Barackenanlage, 2. die Zuweisung und entsprechende Adaptierung leerstehender Schulgebäude. Bei der Unterbringung von 2500 alten Menschen (Greisen und Siechen) in Baracken muss als Mindestgrundfläche pro Kopf mit 30 m² gerechnet werden. Die Hälfte dieser Fläche müsste pro Kopf verbaut werden, wobei die Mauerquerschnitte, Ordinationsräume, Vorratsräume, Isolationsräume und Wirtschaftsanlagen mitgerechnet wurden. 15 m² kommen für Wege, Hofanlagen und ein ganz bescheidenes Luftreservoir pro Kopf in Frage. Es wäre daher für die Unterbringung von 2500 Menschen ein Flächenraum von 75000 m² notwendig.

Bei den durchgeführten Besprechungen wurde die im Besitze der Israel. Kultusgemeinde befindliche Parzelle im Augarten, Wien 20, Rauscherstr. 16, für die Errichtung einer entsprechenden Barackenanlage in Betracht gezogen. Dieses Grundstück umfasst jedoch nur 16 932 m² und könnte daher Raum für 565 Insassen bieten. Diese Zahl ist aber für die Lösung der zur Behandlung stehenden Frage viel zu gering; andererseits ist die zentrale Bewirtschaftung auch hier aus verschiedenen Gründen unerlässlich. Als Lösung ergeben sich daher folgende Möglichkeiten:

a) Anschliessung eines entsprechenden Teiles des Augartens an das Grundstück Wien 20, Rauscherstr. 16, bis zur Höhe des erforderlichen Flächenausmasses. Dieser Modus wäre mit Rücksicht auf die örtliche Lage dieses Grundstückes äusserst begrüssenswert. Der Augarten, zwischen 2 Bezirken mit zahlreicher jüdischer Bevölkerung gelegen, kommt, nachdem die staatlichen Gartenanlagen für Juden gesperrt wurden, als Luftreservoir für Juden ganz besonders in Frage. Die Errichtung einer Barackenanlage zur Unterbringung jüdischer Alten und Siechen in einem Teile des Augartens würde daher der Umgebung entsprechen.

b) Die Zuweisung und Adaptierung leerstehender Schulgebäude in geeigneter Lage.

C. Die Beschaffung der finanziellen Mittel bzw. die Beitragsleistung der Kultusgemeinde. Durch das Ausscheiden der Juden aus dem Erwerbsleben und durch die Auswanderung zahlreicher Gemeindemitglieder ist die finanzielle Kraft der Kultusgemeinde äusserst geschwächt. Andererseits sieht sie sich durch dieselben Umstände auf dem Gebiete der Fürsorge und der Förderung der Auswanderung vor grosse Aufgaben gestellt. Die Israel. Kultusgemeinde Wien ist daher nicht in der Lage, aus eigenen Barmitteln für die Errichtung und Erhaltung der erweiterten Spitalsanlage sowie der Baracken zur Unterbringung der Alten und Siechen beizutragen. Es besteht auch gar keine Aussicht, von den ausländischen Hilfsorganisationen irgendwelche Zuwendungen für diese Zwecke zu erhalten. Die Organisationen haben bereits wiederholt erklärt, dass sie lediglich für Auswanderungszwecke Mittel zur Verfügung stellen können, so dass die Gemeinde mit grösster Sorge feststellen muss, dass ihr für ihre Fürsorge, für den Kultusbetrieb und für ihr Schulwerk fast keinerlei Mittel zur Verfügung stehen. Die Israel. Kultusgemeinde ist jedoch bereit, einige in ihrem Besitz befindliche Objekte bzw. die Objekte oder das Kapital jüdischer Stiftungen, die zum Teile in der Verwaltung der Kultusgemeinde stehen und ihren Zwecken dienen, als Beitrag für die Errichtung der in Frage kommenden Anlagen durch die Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen.

Vorgeschlagen werden:

1. Das Haus Wien I., Schottenring 25, im Werte von RM 250 000, derzeit in Verwendung als Sitz des Stillhaltekommissars für Vereine, Verbände und Organisationen.³
2. Das Kindererholungsheim in Payerbach-Küb, Mühlhof 3 (Gottlieb-Stiftung), im Werte von RM 120 000.
3. Das Grundstück im Augarten, Wien 20, Rauscherstr. 16, mit dem darauf befindlichen Kinderambulatorium im Gesamtwerte von RM 539 000.
4. Die Parzelle Grundbuchgericht Neulengbach K.B. 66/31, Wald-Haltfeld E.C.110 Kat. Gem.Haag.⁴
5. Das Kapital der Baronin Hirsch-Kaiser Jubiläums-Wohltätigkeits-Stiftung in der Höhe von RM 500 000.

Diese Stiftung wurde mit dem Bescheid des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten in Wien vom 1. VII. 1938 aufgelöst.

Die Israel. Kultusgemeinde Wien erwartet mit Bestimmtheit, dass der Stillhaltekommissar für Vereine, Verbände und Organisationen das Vermögen dieser Stiftung, welches zur Unterstützung armer Juden begründet wurde, für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wird.

Insgesamt werden daher Werte in der Höhe von rund RM 1400 000 als Beitragsleistung der Israel. Kultusgemeinde Wien zur Verfügung gestellt.

³ Am 18.3.1938 setzte Reichskommissar Bürckel den Reichsamtsleiter Albert Hoffmann als Stillhaltekommissar ein, dessen Aufgabe darin bestand, die österr. Vereine gleichzuschalten und ihr Vermögen zu „arisieren“. Das Vermögen der jüdischen Fürsorgevereine wurde i. d. R. der IKG übertragen, dasjenige der zionistischen Vereine den zionist. Dachverbänden.

⁴ Kataster-Gemeinde.

DOK. 75

**Der Chef der Schweizer Fremdenpolizei Rothmund spricht
am 3. August 1938 mit dem deutschen Gesandten in Bern über die Abschiebung
von Flüchtlingen über die grüne Grenze¹**

Vermerk, gez. Rothmund,² vom 3.8.1938

Notiz über eine Besprechung mit dem Deutschen Gesandten über die Frage der Flüchtlinge aus Deutsch-Österreich

Herr Minister Köcher³ ersuchte um eine Besprechung über die Konferenz von Evian. Ich gab ihm zunächst die gewünschten Aufklärungen über den Verlauf der Konferenz und über die Einstellung der Schweiz zu dem Problem. Ich wies namentlich darauf hin, dass sich die Schweiz schon in Evian Zurückhaltung auferlegt hat und dass an die Londoner Konferenz⁴ kein Vertreter geschickt wird, dass wir aber in Fühlung bleiben mit dem Komitee und uns bereit erklärt haben, in technischen Fragen, die unser Land als Transitland interessieren, mitzuwirken.

Ich benützte die Gelegenheit, um Herrn Minister Köcher auf die Lage aufmerksam zu machen, in die wir gekommen sind durch die grosse Zahl von ständig „schwarz“ über die Grenze einreisenden jüdischen Flüchtlingen aus Österreich. Ich sagte ihm, dass nach meinen heutigen Informationen direkte und indirekte Überstellungen solcher Ausländer erfolgt sind über Samnaun (Leute, die angeblich in behördlichem Auto bis Landeck gebracht worden sind), über Schaanwald, Kreuzlingen (Saubach), von Friedrichshafen nach Singen dirigiert und von dort über Ramsen nach Schaffhausen und von Lörrach nach Basel. Im Vorarlberg soll sich die Sache wie folgt abspielen: Flüchtlinge, die von Wien her mit der Bahn eintreffen, ohne im Besitze eines deutschen Ausreisevisums zu sein, werden in Feldkirch eingesperrt, bis die Rückfrage in Wien über die Möglichkeit der Erteilung eines Ausreisevisums erledigt ist. Kommt die Zustimmung aus Wien, so werden die Leute aus dem Gefängnis entlassen und in den Gasthof zum Ochsen geschickt, wo ihnen der Weg zum verbotenen Grenzübergang nach der Schweiz gezeigt wird. Als ein schweizerischer Grenzpolizeibeamter einen deutschen Kollegen in Feldkirch auf dieses Vorgehen aufmerksam machte, soll dieser ihm geantwortet haben, die Schweiz habe ja Geld genug, um die Leute aufzunehmen, die sie draussen nicht mehr brauchen könnten und nicht

¹ BAR, Bern, E4300B 1969/78, Bd. 1; Abdruck in: Documents diplomatiques Suisses 1848–1945, Vol. 12 (1937–1938) Bern, 1994, S. 813f.

² Dr. Heinrich Rothmund (1888–1961), Jurist; 1916 Eintritt in die schweizerische Bundesverwaltung, 1919–1929 Chef der eidgenössischen Zentralstelle für Fremdenpolizei, 1929–1954 Chef der Polizeiabt. des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, von Ende 1933 an war ihm in dieser Funktion die eidgenöss. Fremdenpolizei unterstellt.

³ Otto Köcher (1884–1945), Jurist und Diplomat; von 1912 an im AA tätig, 1919–1923 Legationsrat in Bern, 1924–1930 in Mexiko, 1933–1936 Generalkonsul in Barcelona, 1937–1945 Gesandter in Bern, 1945 Ausweisung aus der Schweiz; nahm sich in einem amerikanischen Internierungslager das Leben. Über das Gespräch mit Rothmund berichtete Köcher am 3.8.1938 an das AA; PAAA, R 48973.

⁴ Gemeint ist das auf der Konferenz von Evian gegründete Intergovernmental Committee, das in London tagte. Die Schweiz hatte mit Rücksicht auf die deutsche Regierung abgelehnt, die von Roosevelt initiierte Flüchtlingskonferenz in Genf stattfinden zu lassen; sie tagte daraufhin im 30 Kilometer entfernten franz. Kurort Evian les Bains.

mehr wollten. Von Basel habe ich heute fünf Pässe von Österreichern erhalten, in denen der Polizeipräsident in Wien einen Stempel angebracht hat: „Einmalige Ausreise nach allen Staaten Europas, Nord- und Südamerika und Wiedereinreise in das Deutsche Reich bewilligt“. Die fünf jüdischen Flüchtlinge erhielten vom Bezirksamt in Lörrach, gestempelt „Der Landrat, Lörrach“, auf dem üblichen gelben Formular für den kleinen Grenzverkehr Baden-Schweiz am 1. August die Bewilligung zum einmaligen Grenzübertritt. Auf dem gelben Formular ist der Ausreisestempel der deutschen Passkontrolle „Lörrach-Stetten“ angebracht. Die Leute erklärten bei der Einvernahme, sie seien angewiesen worden, beim Grenzübertritt nach der Schweiz den österreichischen Pass in der Tasche zu behalten und nur den gelben Grenzverkehrsschein vorzuweisen. Auf Befragung müssten sie sagen, dass sie im Grenzbezirk wohnhaft seien. Sie hätten aber alle die nach meiner Kenntnis ausnahmslos vor der Ausreise aus Deutschland verlangte unterschriftliche Erklärung abgeben müssen, dass sie sich nicht mehr auf deutschem Boden blicken lassen würden. Für den Fall des Verstosses gegen diese Erklärung oder gegen die sonstigen Instruktionen wurde ihnen das Konzentrationslager angedroht.

Ich mache Herrn Minister Köcher auf das Unhaltbare eines solchen Vorgehens aufmerksam und erinnere ihn an die korrekten, durch die Sorge des guten nachbarlichen Einvernehmens bedingten Besprechungen, die ich mit ihm und Herrn von Bibra vor der Wiedereinführung des Visums auf dem österreichischen Pass gehabt habe, sowie auf die aus den gleichen Gründen erfolgte Einstellung der Schweiz zur Konferenz in Evian und zu dem Londoner Komitee. Sodann gebe ich ihm zu bedenken, dass eine grosse Zahl auf diese Weise regellos nach der Schweiz abgeschobener Flüchtlinge zweifellos in den Kreisen der schweizerischen Bevölkerung, die mit ihnen in Fühlung kommen, eine Stimmung schaffen könnten, die dem guten Verhältnis zu Deutschland Schaden bringen müsste. Auch erkläre ich ihm, dass die Schweiz ja Deutschland eine Reihe von Juden abnehme, denen sie die Einreise zum vorübergehenden Aufenthalt, d.h. bis zur endgültigen Erledigung der Formalitäten für die definitive Auswanderung, bewillige. Es handle sich um österreichische Juden, die verwandtschaftliche, geschäftliche oder freundschaftliche Beziehungen zu in der Schweiz wohnhaften Personen haben, welche sie vorübergehend aufzunehmen bereit sind. Diese Leute werden aber sorgfältig ausgewählt, von ihnen wird auch verlangt, dass sie sich in der Schweiz ruhig verhalten und keinen Unfrieden stiften.

Ich habe den Eindruck, Herr Minister Köcher habe die Lage verstanden. Er hat sich bereit erklärt, sofort nach Berlin zu schreiben und den Versuch zu machen, wenigstens die Überstellung durch die Behörden abzustellen. Er erklärte allerdings, es sei sehr fraglich, ob eine Möglichkeit bestehe, Flüchtlinge, die ohne Mitwirkung der deutschen Behörden schwarz nach der Schweiz einreisen wollten, zurückzuhalten. Ich dankte Herrn Minister Köcher für seine Bereitwilligkeit, die Sache an die Hand zu nehmen, und fügte bei, dass das Problem sehr ernst sei.

DOK. 76

**Hertha Nathorff notiert am 5. August 1938 ihre Reaktion auf das
Approbationsverbot für jüdische Ärzte¹**

Tagebuch der Hertha Nathorff,² Eintrag vom 5.8. 1938³

Ich konnte nicht schreiben, ich bin noch immer wie gelähmt, der erste Silberfaden glänzt in meinem Haar, das hat der Kummer der letzten Tage gemacht.

Wir saßen bei Tisch mit unseren Gästen, da ein Telefonanruf. Ich gehe selbst an den Apparat. Kollege S., er fragt mich: „Haben Sie eben Radio gehört?“ „Nein“, sage ich, „was ist denn wieder los?“ Der sonst so ruhige Kollege, er sagt mit zitternder, erregter Stimme: „Was Sie immer prophezeit haben, sie nehmen uns die Approbation, wir dürfen nicht mehr praktizieren – eben hat man’s am Radio durchgesagt.“ „Am Radio durchgesagt.“ So müssen wir erfahren, daß man uns nimmt, was wir durch jahrelanges Studium erworben, was prominente Professoren, berühmte Universitäten uns zuerkannt haben ... Ich kann es nicht fassen ...

„Und ich muß es nun meinem Mann sagen.“ Das war das einzige, was ich in dem Augenblick denken konnte, wie ich ruhig an den Eßtisch zurückgehen, die Tafel aufheben und meinen Gästen sagen konnte, „es ist nichts Besonderes“. Ich weiß es nicht, ich weiß nur, wie ich am Schreibtisch saß, die Hände verkrampft und meinem Mann sagte: „Es ist aus – aus – aus.“ Er holte dann eine Zeitung, und wirklich, es stand schon drin. So haben wir jüdischen Ärzte unser Todesurteil erfahren. In der Klinik sind sie völlig verzweifelt. Die Oberin, die arischen Schwestern, die noch da sind, sie gehen mit uns, erklären sie – Was hilft’s? Was würde geschehen, wenn ich mein Dienstmädchen auf diese Weise aus Beruf und Arbeit brächte? Jedes Arbeitsgericht würde mich einsperren lassen – aber uns, uns darf man mit einem Federstrich auslöschen aus dem Register der Ärzte.⁴ Wer wird denn künftig die armen jüdischen Patienten behandeln? Sie dürfen eben wohl auch nicht mehr krank sein – manche Apotheken geben ja an Juden auch keine Medikamente mehr ab. Es muß an allem gespart werden, da fängt man an, den Juden den Brotkorb noch höher zu hängen als den anderen Menschen in Deutschland.

Ich habe den Onkel, der zur Zeit in der Schweiz ist, noch einmal flehentlich um das Affidavit gebeten. *Jetzt* wird er wohl einsehen, daß ich allen Grund dazu habe!

1 Hertha Nathorff, Tagebuch 30. 1.1933 bis 9.5.1965, S. 38; ZfA/A Berlin, Lebensgeschichtliche Sammlung, Hertha Nathorff; Abdruck in: Das Tagebuch der Hertha Nathorff, hrsg. von Wolfgang Benz, München 1987, S. 112f.

2 Dr. Hertha Nathorff (1895–1993), Ärztin und Psychotherapeutin; 1922–1928 leitende Ärztin des DRK-Frauen- und Kinderheims in Berlin-Lichtenberg, 1923–1938 Praxis in Berlin; 1922–1933 Leiterin der ersten Frauen- und Familienberatungsstelle in Berlin, Vorstandsmitglied der Ärztekammer Berlin, Mitglied im Bund Deutscher Ärztinnen; 1939 Emigration nach Großbritannien, 1940 in die USA, dort arbeitete sie von 1954 an als Psychotherapeutin.

3 Da Teile des Originals während der Emigration verloren gingen, rekonstruierte Hertha Nathorff ihr Tagebuch aufgrund von geretteten Notizen und aus ihrer Erinnerung. Sie reichte 1940 das Typoskript ihres Tagebuchs von 1933 bis 1939 bei der Harvard Universität für den Wettbewerb „Mein Leben in Deutschland“ ein.

4 Die 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938 entzog jüdischen Ärzten mit Wirkung ab 30.9.1938 die Approbation; RGBl., 1938 I, S. 969f. Danach war nur noch einer kleinen Zahl jüdischer Ärzte, die sich „Krankenbehandler“ nennen mussten, die medizinische Versorgung jüdischer Patienten gestattet.

Täglich Ärger mit alten Patienten, weil ich die Behandlung ablehnen muß. „Mein Mann ist doch Jude, da können Sie doch zu mir auch kommen, ein arischer Arzt will ja gar nicht in unser Haus kommen.“ „Ich sage doch niemand, daß Sie mich behandeln.“ – Daß die Menschen nicht einsehen wollen, daß Gesetz eben Gesetz ist und daß ich nicht dagegen verstoße – keinesfalls – es kommt ja auf ein paar mehr oder weniger, die mich nicht mehr mögen, nicht an!

DOK. 77

**Vermerk aus der Reichs-Kredit-Gesellschaft über ein
Gespräch mit Hermann Josef Abs am 9. August 1938, die „Arisierung“
der Lederfabrik Adler & Oppenheimer betreffend¹**

Vermerk der Reichs-Kredit-Gesellschaft² (Sch/Nw.), (Unterschrift unleserlich), Berlin, vom 9. 8. 1938

*Adler & Oppenheimer.*³

Ich sprach heute Herrn Abs⁴ im Rahmen einer längeren Unterhaltung auf seine Zuwahl in den Aufsichtsrat bei A. & O. an und fragte ihn, wie er sich die Entwicklung bezüglich der Arisierung resp. Repatriierung⁵ denke, indem ich auf die seit mehr als 15 Jahren bestehende Hauptverbindung des Unternehmens mit der Reichs-Kredit-Gesellschaft hinwies.

Herr Abs sagte mir zunächst, dass seine Beziehungen zu Julius Oppenheimer⁶ bereits aus seiner Zeit bei Delbrück Schickler⁷ stammen und dass schon damals die Frage seines Eintritts in den Aufsichtsrat aus rein persönlichen Gründen erörtert worden sei. Er habe nunmehr im Einverständnis mit dem RWM dem Wunsch des Herrn Oppenheimer entsprochen und werde in der bevorstehenden Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt werden und auch das Präsidium übernehmen. Damit sei aber die wesentlichste Frage der Repatriierung von rd. RM 16 Millionen von RM 18 Millionen Aktien ja nicht

1 BArch, R 8136/2988.

2 Reichs-Kredit-Gesellschaft (Erka oder RKG) war die Konzernbank der reichseigenen Vereinigten Industrieunternehmungen AG (VIAG); außer im laufenden Bankgeschäft vor allem auf den Gebieten des Industrie- und Handelskredits, des Emissionsgeschäfts, der Vermögensverwaltung und der Finanzierung des deutschen Imports und Exports tätig; in den 1930er-Jahren entwickelte sich die RKG zu einer der fünf Berliner Großbanken, verfügte jedoch über keine eigenen Filialen.

3 Die Lederfabrik Adler & Oppenheimer (A&O), gegr. 1872 in Straßburg, von 1920 an mit Hauptsitz in Berlin, war einer der größten deutschen Lederhersteller mit einer Holding in den Niederlanden. Die Firma hatte 1937 ein Nominalkapital von 18 Mio. RM. Die „Arisierung“, die 1938 begann und 1940 abgeschlossen war, wurde von Hermann Josef Abs betrieben, der seit 1938 Aufsichtsratsvorsitzender bei A&O war. Die Firma unterhielt in Neustadt-Glewe in Mecklenburg ein Werk, in dem 2000 Arbeiter beschäftigt waren.

4 Dr. Hermann Josef Abs (1901–1994), Bankier; 1938 Mitglied des Vorstands und Direktor der Auslandsabt. der Deutschen Bank, beteiligt an der „Arisierung“ jüdischen Vermögens, über 40 Aufsichtsratsmandate, darunter I.G. Farben und die Reichsbank; nach 1945 Berater Adenauers, 1957–1967 Vorstandssprecher der Deutschen Bank, von 1976 an Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats.

5 Gemeint ist die Rückverlagerung von im Ausland befindlichem Aktienbesitz.

6 Julius Oppenheimer, Lederfabrikant; Vorstandsmitglied der A&O, Aufsichtsratsmitglied der Roth-Händle AG und der Kontorhaus AG.

7 Das Bankhaus Delbrück Schickler & Co. entstand 1910 aus der Fusion der Bankhäuser Delbrück Leo & Co. und der 1712 gegründeten Berliner Privatbank Gebrüder Schickler.

gelöst, und er habe diese Frage auch mit den Aktionären in einer irgendwie konkreten Weise bisher nicht behandelt. Er habe Herrn Steinbeck,⁸ der ihn (anscheinend auf Grund unserer Intervention) auf die Frage der Bankumsätze angesprochen habe, ausdrücklich gesagt, er wünsche nicht, dass sich hierin etwas ändere, zumal die Deutsche Bank in Frankfurt⁹ ein recht lebhaftes Geschäft mit der Firma habe.

Ich habe Herrn Abs mitgeteilt, dass uns von A. & O., insbesondere von Herrn Ullmann,¹⁰ wiederholt, zuletzt im Januar 1937, auf Grund unserer sehr intimen Verbindung ausdrücklich versichert worden sei, dass wir im Falle einer Arisierungstransaktion an erster Stelle begrüsst werden würden, und dass wir infolge unserer Beziehungen zu der Gesellschaft unbedingt Wert darauf legen müssten, an einem so entscheidenden Abschnitt in der Geschichte des Unternehmens massgeblich beteiligt zu werden.

Herr Abs erwiderte, dass er hiermit völlig einverstanden sei und unsere Mitarbeit an massgeblicher Stelle sehr begrüssen würde. Er fragte mich, was wir uns etwa für eine Quote gedacht hätten, wobei er mit Recht auf die Grösse des Objektes hinwies. Er habe den Wunsch, Delbrück Schickler, die auch mit A. & O. langjährig arbeiteten, bei dem Geschäft ebenfalls zu beteiligen, wogegen ich keinen Widerspruch erhoben habe. Ich habe Herrn Abs vorgeschlagen, bei einer etwa 10 %-igen Quote von Delbrück Schickler im übrigen im Verhältnis von 60 : 40 zwischen Deutsche Bank und Erka zu teilen. Hiermit war Herr Abs grundsätzlich einverstanden.

Die Frage wird in den nächsten Tagen dadurch bereits akut, dass bekanntlich etwa RM 800 000 der Aktien, die aus Oppenheimerschem Verwandtschaftsbesitz kommen, in deutschen Besitz in der Weise überführt werden sollen, dass sie durch Vermittlung von Banken placiert werden. Dieses Geschäft werden wir bereits zusammen bearbeiten, und ich habe auch hier eine Quote von 60 : 40 vorgeschlagen.

Herr Abs fragte, zu welchem Kurse wir die Aktien übernehmen würden. Herrn Oppenheimer schwebt (bei 6 % reichlich verdienter Dividende) ein Kurs von 120 % vor. Herr Abs hält das mit Rücksicht auf die gegenwärtige Kursgestaltung für zu hoch. Ich habe ihm heute unsererseits 110% genannt, worauf er meinte, diesen Kurs nur bei kommissionsweisem Verkauf mit 2 % Nutzen, bei fester Übernahme aber 105 %;¹¹ ich habe mich hiermit einverstanden erklärt.

Auch unsere Vertretung im Aufsichtsrat der arisierten Gesellschaft liegt im Rahmen des Möglichen und muss im Falle des Konkretwerdens des Repatriierungsgeschäftes, das möglicherweise noch Monate dauern kann, erneut besprochen werden. Mit einem Widerstand der Deutschen Bank ist meines Erachtens nicht zu rechnen.

Ich hörte vertraulich, dass die Dresdner Bank sich bereits vor mehr als einem Jahr ohne Auftrag um die Arisierung beim Reichswirtschaftsministerium beworben hat unter Hinweis darauf, dass sie bereits ein „Arisierungs-Konsortium“ unter ihrer Führung zusammengestellt habe.

8 Ernst Steinbeck (*1877), Legationsrat; ORR, Reichsbeauftragter für Lederwirtschaft, von 1938 an Vorstandsmitglied von A&O. Die Berufung Steinbecks in den Vorstand von A&O war ein Ergebnis des wachsenden Drucks auf die Firma, die „Arisierung“ voranzutreiben.

9 Die Deutsche Bank begann 1938 als dominierender Partner in einem Konsortium, bestehend aus der RKG, der Deutschen Bank, Delbrück Schickler & Co. und Pferdenges & Co, Aktien der A&O zu erwerben. Bis 1939 wurden Anteile im Gesamtwert von 617 000 RM aufgekauft; bis Ende 1940 hatte die Deutsche Bank drei Viertel des gesamten Kapitals der Firma erworben.

10 Ernst Ullmann, Kaufmann; Vorstandsmitglied von A&O.

11 Satz unvollständig. Es fehlt: „akzeptieren zu können.“

Herr Abs beabsichtigt nicht, auf dieses Konsortium Rücksicht zu nehmen, worin ich ihn bestärkt habe.

Wir werden über die weitere Entwicklung durch Herrn Abs unterrichtet werden und brauchen uns also in diesem Punkte bei dem Vorstand, der keinen Einfluss auf die Dinge hat, nicht weiter zu bemühen.

DOK. 78

Die Reichsbank wird am 11. August 1938 gebeten, ihren Direktor Richard Buzzi für die Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung freizustellen¹

Schreiben des Reichsbankdirektors Wilhelm,² Berlin, an die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums Puhl,³ Kretschmann⁴ (ergebenst) und den Vizepräsidenten der Reichsbank Dreyse⁵ (gehorsamst) (Eing. 24. 8. 1938), vom 11. 8. 1938⁶

Heute um 5 Uhr rief mich Herr Minister Fischböck⁷ aus Wien an und teilte mir mit, daß auf Anregung des Gauleiters Bürckel bei seinem Ministerium eine sogenannte „Juden-auswanderungsstelle“ errichtet werden solle.⁸ Diese Stelle soll die Gewähr dafür bieten, daß die ganze Judenauswanderung einheitlich behandelt werde, und zwar in einer Weise, die sowohl den Interessen der Gestapo als auch des RWiM und der Devisenstelle in Wien gerecht werden soll. Durch die Arbeit der Stelle soll gewährleistet werden, daß die Auswanderung der Juden sich möglichst reibungslos und rasch vollziehe; sie wäre es, der gegenüber von den auswandernden Juden einheitlich alle Formalitäten zu erfüllen wären.

Hierfür brauche Herr Minister Fischböck aber einen mit den Devisengesetzen, besonders auch mit den österreichischen Verhältnissen, vertrauten Leiter. Er erblicke ihn in der

1 BArch, ZE 6175, PA Richard Buzzi.

2 Friedrich Wilhelm (*1889), Bankkaufmann; von 1931 an Referent beim Reichsbankdirektorium; 1935–1939 Leiter der Reichsbank-Devisenabt., Reichsbankdirektor; 1939 NSDAP-Eintritt; von 1939 an Mitglied des Reichsbankdirektoriums.

3 Emil Johann Puhl (*1889), Bankkaufmann; 1933 Leiter des Reichsbankdezernats für ausländischen Zahlungs- und Kreditverkehr, von 1934 an Mitglied des Reichsbankdirektoriums; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1935 an Vorstandsmitglied der Deutschen Golddiskontbank, 1939 StS und Vizepräsident der Deutschen Reichsbank, von 1940 an in geschäftsführender Funktion; 1949 zu 5 Jahren Haft verurteilt, im selben Jahr vorzeitig entlassen; später Leiter der Auslandsabt. und Vorstandsmitglied der Hamburger Kreditbank AG.

4 Richtig: Max Kretschmann (1890–1972), Bankkaufmann; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1938 an Mitglied des Reichsbankdirektoriums; 1951–1964 Leiter des Bankhauses von der Heydt Kersten, 1959–1964 Präsident der IHK Wuppertal.

5 Friedrich Wilhelm Dreyse (1874–1943), Bankkaufmann; 1924–1939 Mitglied des Reichsbankdirektoriums, 1926–1939 Vizepräsident der Reichsbank, von 1936 an stellv. Vorsitzender des Aufsichtsamts für das Kreditwesen, 1939–1943 stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank.

6 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

7 Dr. Hans Fischböck (1895–1967), Jurist; 1936–1938 Direktor der Österr. Versicherungs-AG; 1938 österr. Staatsrat, 1938–1939 österr. Minister für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen; 1940 NSDAP- und SS-Eintritt; 1940–1942 Generalkommissar für Wirtschaft und Finanzen sowie stellv. Reichskommissar der Niederlande, 1942–1945 Reichskommissar für die Preisbildung und StS beim BVP; 1951 Flucht nach Argentinien.

8 Gemeint ist die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, die am 20. 8. 1938 in Wien gegründet wurde.

Person des Herrn Direktor Buzzi.⁹ Er frage deshalb an, ob die Reichsbank in der Lage wäre, Herrn Buzzi unter Wahrung seiner vertraglichen Rechte gegenüber der Reichsbank auf längere Zeit abzudelegieren.

Ich sagte Herrn Minister Fischböck, daß bei aller Hilfsbereitschaft der Reichsbank nicht von mir aus sofort seine Anfrage beantwortet werden könne, daß ich diese aber unverzüglich dem Reichsbankdirektorium unterbreiten würde. Es müsse auch die Frage geprüft werden, ob die dienstlichen Verhältnisse bei der Reichsbank in Wien es zulassen, daß Herr Buzzi zur Verfügung gestellt wird.

Herr Minister Fischböck bat nun darum, daß ihm die Entscheidung möglichst bald mitgeteilt würde, da er die Institutionen mit aller Beschleunigung errichten möchte.

Berlin, den 11. August 1938.¹⁰

DOK. 79

Der Führer des SD-Oberabschnitts Donau berichtet am 12. August 1938 dem Sicherheitshauptamt in Berlin über die illegale Emigration von Juden aus Wien¹

Schreiben des SD-Führers des SS-OA Donau Stahlecker² (II 112Ech./Ne.),³ Wien, an das Sicherheitshauptamt, Abteilung II 112, vom 12.8.1938⁴

Betr: Emigrantenorganisationen in Wien.

Vorg: Dort. Schreiben II 112 O/Fl 2 v 27.7.1938.⁵

Es entspricht den Tatsachen, dass am 9.7.1938 ein Dampfer mit rund 400 (nicht 4000) jüdischen Auswanderern nach Palästina ausgelaufen ist.⁶ Diese Einwanderung nach Palästina ist eine illegale gewesen. Der SD-Oberabschnitt Donau wurde von der Staatspolizeistelle erst in Kenntnis gesetzt, nachdem von dort aus die diesbezüglichen Verhandlungen mit den hierfür zuständigen Stellen bereits zum Abschluss gebracht worden waren. Von II 112 wurde darauf hingewiesen, dass die Einstellung des Sicherheitshauptamtes in

⁹ Richard Buzzi (1882–1948), Kaufmann; 1905–1930 bei der Commerzbank tätig, von 1930 an bei der Österr. Nationalbank, vor dem Anschluss stellv. Direktor; 1938 NSDAP-Eintritt, zuvor Mitglied der illegalen österr. NSDAP; 1938 kommissar. Leiter der Reichsbanknebenstelle Wien und Liquidator der Österr. Nationalbank, 1939–Juni 1942 Direktor der Reichsbankhauptstelle Wien sowie Berater und Bankratsmitglied der Slowak. Nationalbank in Bratislava; von 1942 an Vorstandsmitglied des Creditanstalt-Bankvereins; nach 1945 wieder Direktor der Österr. Nationalbank.

¹⁰ Das Reichsbankdirektorium gab der Bitte statt; Vermerk vom 24.8.1938, wie Anm. 1.

¹ RGVA, 500k-1-675, Bl. 4 f. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

² Franz Walter Stahlecker (1900–1942), Jurist; 1921 erstmalig, 1933 abermals NSDAP-Eintritt; 1934 Leiter der Politischen Polizei in Württemberg, 1937 der Staatspolizeistelle Breslau, 1938 Befehlshaber der Sicherheitspolizei Donau in Wien, 1939 BdS Böhmen und Mähren, von 1940 an Ministerialrat im RAM, von 1941 an Führer der Einsatzgruppe A und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im RK Ostland; von Partisanen erschossen.

³ Ech: Kürzel von Eichmann.

⁴ Im Original handschriftl. Unterstreichungen, Anmerkungen und Stempel.

⁵ Hagen an den SD-Führer des SS-OA Donau, II 112, vom 27.7.1938. In dem Schreiben fragt Hagen an, ob es zutrifft, dass eine jüdische Emigrantenorganisation von Wien aus die Auswanderung junger jüdischer Männer über Griechenland, Rhodos und Zypern nach Palästina arrangiere und dies von den brit. Behörden stillschweigend geduldet werde; wie Anm. 1, Bl. 2.

⁶ Am 9.7.1938 lief der Dampfer Artemis mit illegalen jüdischen Auswanderern aus.

solchen Fällen stets eine negative sein wird, da eine illegale Einwanderung in die verschiedenen Länder grundsätzlich nicht stattfinden soll, weil hierdurch früher oder später Rückschläge bezüglich einer weiteren Einwanderung in solche Länder zu erwarten sind. Dieser erwähnte Transport ging mit einem griechischen Dampfer vor sich. Es sollten anlässlich der Anwesenheit des Reichsbankrates Dr. Wolf weitere Verhandlungen bezüglich weiterer solcher Transporte unter dem Vorsitz des Leiters der Vermögensverkehrsstelle Wien, Pg. Raffelsberger,⁷ stattfinden. Diese Besprechungen fanden:

1. einen Tag früher als ursprünglich angesetzt statt, so dass Reichsbankrat Wolf daran nicht teilnehmen konnte (es sollten hier die devisentechnischen Angelegenheiten besprochen werden) und
2. hat man von dort aus die weiteren Transporte vorläufig fallen lassen müssen, da die griechische Regierung die bekannten Judengesetze erlassen hat.⁸

Das Reichswirtschaftsministerium (Reichsbankrat Wolf) ist an sich ebenfalls gegen solche Art der Auswanderung, da sie das Deutsche Reich Devisen kostet.

DOK. 80

Das bischöfliche Ordinariat Berlin appelliert am 12. August 1938 an alle deutschen Bischöfe, Hilfsorganisationen für Katholiken aufzubauen, die als Juden gelten¹

Anlage zum Schreiben des Bischöflichen Ordinariats, (J.-Nr. 7222), Generalvikar, gez. Prange,² Berlin W 8, Behrenstr. 66, an die Erzbischöfe und Bischöfe in Deutschland vom 12.8.1938 (Abschrift)³

Die gegenwärtige Zeitlage dürfte auch Katholiken zur Auswanderung veranlassen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten. Man muss annehmen, dass ihre Aussiedlung den Wünschen der Regierung entsprechen wird. Einer Unterstützung dieser Auswanderung dürfte[n] also von den Behörden keine Schwierigkeiten entgegengesetzt werden.

1. *Zahlen:* Die Zahl der Christen jü. Ursprungs steht nicht fest; sie ist sowohl den Behörden als auch den Stellen unbekannt, welche die nichtar. Christen zu betreuen suchen. (Diese Stellen sind das „Büro Dr. Dr. Spiere“⁴ in Bln. W. 15, Brandenburgische Str. 41, für die volljüd. Christen u. die „Vereinigung 1937“ – früher: der „Paulus-Bund“ – in Bln.-

7 Richtig: Walter Viktor Ludwig Rafelsberger (1899–1986), Ingenieur und Chemiker; 1933 NSDAP- und 1934 SS-Eintritt; 1938 Gauwirtschaftsberater in Wien, Leiter der Vermögensverkehrsstelle Wien, Staatskommissar für die Privatwirtschaft des Reichsstatthalters, Präsident der Wiener Handelskammer; 1947 kurzzeitig inhaftiert, dann untergetaucht, 1966 Generalvertreter der Jenbacher Motorenwerke in Südtirol.

8 Dem Schreiben liegt eine Meldung der DAZ bei, derzufolge die griechische Regierung die Grenzbehörden des Landes angewiesen hat, Juden fremder Staatsangehörigkeit die Einreise zu verweigern; „Griechenland schützt sich gegen jüdische Emigranten“, DAZ, vom 29.7.1938, wie Anm. 1, Bl. 3.

1 BArch, R 58/5696, Aufn. 0041/0606.

2 Dr. Maximilian Prange (1893–1965), Theologe und Priester; 1929 Domvikar in Breslau, 1933 Domvikar und Ordinariatssekretär in Berlin, 1938–1950 und 1957–1961 Generalvikar des Bistums Berlin.

3 Das Schreiben stammt aus der Akte „Verbindungen zwischen Katholizismus und Judentum“ im Bestand RSHA.

4 Richtig: Büro Dr. Spiro.

Charlottenburg 5, Sophie Charlottestr. 28, für die Mischlinge).⁵ Es fehlen überhaupt alle Unterlagen, die eine einigermaßen zuverlässige Schätzung zulassen. In der „Vereinigung 1937“ wurde mir berichtet, dass die Behörden die *Mischlinge* auf etwa 300 000 schätzen; anscheinend haben die Regierungsstellen diese Zahl aus einer Veröffentlichung des Hn. Reichsärztesführers übernommen, die ebenfalls – schätzungsweise – eine Ziffer von 300 000 Mischlingen angenommen hatte. In der „Vereinigung 1937“ schätzt man – allerdings auch ohne Unterlagen – die Mischlingszahl auf 500 000.

Aus diesen Ziffern kann vielleicht die ungefähre Zahl der volljd. Katholiken wie folgt berechnet werden:

Der frühere „Paulus-Bd.“ hatte rund 4500 Mitglieder. Nach seiner Umwandlung in die „Vereinigung 1937“, d.h. nach dem Ausscheiden der volljd. Christen, beträgt die Mitgliebersumme nur noch rund 3000. Daraus kann man folgern, dass etwa 1500 christl. Volljuden gelegentlich der Umwandlung in die „Vereinigung 1937“ aus dem Verbande ausgeschlossen worden sind. Die alte Organisation bestand demnach zu $\frac{1}{3}$ aus Volljuden und $\frac{2}{3}$ aus Mischlingen. Das Verhältnis $\frac{1}{3}$ zu $\frac{2}{3}$ dürfte auch bei Berechnung der nichtar. Christen zu Grunde zu legen sein, die dem früheren „Paulus-Bunde“ nicht beigetreten waren, d.h. auch hier dürften $33\frac{1}{3}\%$ Mischlingen gegenüberstehen.

Geht man von den obengenannten Mischlingszahlen v. 300 000 bzw. 500 000 aus, so würden auf die $(300\,000 : 3 =) 100\,000$ bzw. $(500\,000 : 3 =) 166\,667$ getaufte Volljuden entfallen.

Die ungefähre Gesamtzahl der nichtar. Christen wäre danach auf $(300\,000 + 100\,000 =) 400\,000$ b bzw. auf $(500\,000 + 166\,667 =) 666\,667$ anzusetzen.

Nach einer mir früher gemachten Mitteilung des ehem. „Paulus-Bundes“ befanden sich unter seinen Mitgliedern 12 % Katholiken; das ist auch der ungefähre Prozentsatz, der nach der letzten Volkszählung für das Verhältnis der beiden christl. Bekenntnisse zueinander für Berlin errechnet worden ist. Man wird demnach annehmen können, dass von den 400 000 bzw. 666 667 Christen jd. Abstammung 12%, das sind 48 000, bzw. 80 000 kath. Glaubens sind.

Die Lage der Mischlinge ist eine wesentlich bessere als die der Volljuden. Man kann daher nicht wissen, ob bei einem wesentlichen Teile der Mischlinge überhaupt eine Auswanderungsabsicht besteht, u. ob den Behörden ihre Aussiedlung erwünscht ist. Für die Auswanderung dürften demnach – wenigstens nach der gegenwärtigen Lage – nur die Christen in Frage kommen, die 3 oder 4 jd. Großeltern- oder 2 volljd. Elternteile haben.

Die Zahl dieser Christen habe ich oben mit 100 000 b bzw. mit 166 667 angesetzt. Nimmt man auch hier an, dass 12% der Hl. Kirche angehören, so wären die Katholiken, die nach den deutschen Gesetzen Juden sind, auf 12 000 b bzw. 20 000 zu berechnen.

Diese Schätzungen gelten nur für das alte Reichsgebiet. Wie die Verhältnisse im ehem. Österreich liegen, ist mir unbekannt. Man wird aber unbedenklich annehmen können,

⁵ Der „Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V.“ wurde 1933 als Zweckverband katholischer und evangelischer Christen jüdischer Abstammung mit Ortsgruppen im gesamten Reichsgebiet gegründet; im August durch Verfügung des Reichskulturwalter Hinkel Namensänderung in „Paulusbund. Vereinigung nichtarischer Christen e.V.“; im März 1937 Teilung in „Vereinigung 1937“ (jüdische „Mischlinge“) und „Büro Heinrich Spiero“ („Volljuden“); die „Vereinigung 1937“ wurde am 11.8.1939 durch die Gesta-po aufgelöst.

dass der Hundertsatz der Katholiken unter den getauften Juden u. Mischlingen die Zahl 12 erheblich übersteigt.

II. Materielle Lage: Die wirtschaftliche Lage der jd. Katholiken ist weit schlimmer als die ihrer Volksgenossen mosaischen Glaubens, denn die jd. Hilfsorganisationen lehnen die Unterstützung der Konvertiten bei der Auswanderung grundsätzlich ab.

III. Jüd. Hilfsorganisationen: Die Hilfskomitees des Judentums sind so zahlreich, dass man sie nicht aufzählen kann, es gibt auch keine Verzeichnisse, aus denen sie ersichtlich sind.

1.) Inland: Träger der jd. Wohlfahrt, zu deren Hauptaufgaben die Auswanderungsfürsorge zählt, sind in Preussen die Kultusgemeinden, die in Provinzialverbänden zusammengefasst sind. Die Provinzialinstanzen sind in der „Reichsvertretung der Juden in Dtschl.“ in Bln.-Charl. 2, Kantstr. 158, zusammengeschlossen. In den nicht preuss. dtn. Ländern fehlen die Provinzialverbände; hier sind die Einzelgemeinden der „Reichsvertretung“ unmittelbar unterstellt. Neben der „Reichsvertretung“ besteht in Bln. W 35, Ludendorffstr. 20, der „Hilfsverein der Juden in Dtlld.“, dessen ausschliessliche Aufgabe die Durchführung der Auswanderung ist.

Zu diesen Verbänden gesellen sich im Inlande die zahlreichen – ebenfalls auf Auswandererbetreuung eingestellten – zionistischen Organisationen, deren Zusammenschluss das „Palästina-Amt“ der zi. Vereinigungen für Dtlld.⁶ in Bln. W 15, Meineckestr. 10, ist. Schliesslich sei noch die „Jüd. Beratung u. Förderung für Umschichtung (d.i. = Umschulung) zwecks Auswanderung“ in Bln. C. 2, Rosenstr. 2, genannt.

2. *Ausland:* Im Auslande, im europäischen und aussereuropäischen, bestehen in jeder Hauptstadt der wichtigsten Länder Auswandererhilfskomitees, die von den Juden des betr. Landes unterhalten werden.

Aufgaben dieser Hilfsstellen sind u.a.:

- a. Empfang der Aus- oder Durchwanderer auf dem Grenzbahnhof oder im Ankunftshafen;
- b. Unterstützung [durch] Geld und Kleidungsstücke;
- c. teilweise auch Umschulung;
- d. Ausrüstung für eine etwaige Weiterreise;
- e. Gewährung von Unterkunft u. Verpflegung für die Übergangszeit;
- f. Arbeitsvermittlung;
- g. Jugendfürsorge u.
- h. Bereitstellung der von der Einwanderungsbehörde geforderten Geldmittel.

Von diesen Auslandsorganisationen habe ich nur die Adresse der Londoner erfahren können, u. zwar die des „German-Jewish Aid Committee“ Woburn House, Upper Woburn Place in London W.C.1.

Die Büros dieses Hilfsvereins sind in nicht weniger als 14 Stockwerken untergebracht.

3. *Kath. Hilfsorganisationen:* Diesem grossartigen Hilfswerk der jd. Glaubensgemeinschaft stehen auf kath. Seite nur 2 Organisationen gegenüber: der Raphaelsverein⁷ u. das bischöfl. Komitee in New York,⁸ deren segensreiches Wirken das grösste Lob verdient.

⁶ Richtig: Zionistische Vereinigung für Deutschland.

⁷ Der St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer Auswanderer e.V. wurde 1871 in Mainz gegründet. Präsident war der jeweilige Bischof von Osnabrück. Der Verein wurde am 25.6. 1941 verboten.

⁸ Auf Bitten der deutschen Bischofskonferenz gründeten die amerikanischen Bischöfe in New York das Catholic Committee for Refugees, das unter Leitung von Joseph Ostermann (1894–1975) von Jan. 1937 an katholische Flüchtlinge unterstützte.

Eine Hilfe des New-Yorker Komitees wird in vielen Fällen gar nicht möglich sein. Wie mir Herr Dr. Krone⁹ mitteilte, ist eine Einwanderung in die U.S.A. *nur* mittels eines Verwandten-Affidavits zulässig; Bürgschaften von befreundeter Seite werden demnach nicht anerkannt. Wer also keine oder nur weitläufige Verwandte in den Vereinigten Staaten hat, ist ohne weiteres von dem Zuzug in dieses Land ausgeschlossen; das gilt auch für den Fall, dass Amerikaner jd. Glaubens ihren kath. Angehörigen das Affidavit verweigern. Ausserdem verspricht die Auswanderung in ein Land, das, – wie die U.S.[A.] – 10 bis 12 Millionen Arbeitslose hat, keine einigermaßen gesicherte Zukunft. Es gilt daher, die kath. Auswanderung in andere Länder zu leiten, so nach Canada, Australien, Neu-Seeland, vor allem aber nach Süd- und Ost-Afrika u. nach Süd- und Mittel-Amerika.

Die Einwanderung nach Süd-Afrika hätte den Vorzug, dass viele Auswanderer – wenn auch vielleicht nur notdürftig – die engl. Sprache beherrschen, dass dieses Gebiet nach einer kürzlichen Rede des Generals Smuts¹⁰ ein sehr entwicklungsfähiges ist, das wirtschaftlich noch in den Kinderschuhen steckt.

Für Süd- und Mittel-Amerika spricht, dass in den fast ganz kath. Ländern den kath. Einwanderern ein Aufgehen in der Bevölkerung wesentlich erleichtert wird.

Für diese Länder – oder wenigstens für einige von ihnen – wäre m.E. ebenfalls bischöfl. Komitees nach dem nordamerikanischen Muster zu schaffen. Für Süd- und Ost-Afrika zusammen würde ein Komitee in Kapstadt genügen; für Süd- und Mittelamerika erscheinen mir 2 angebracht, das eine für das portugiesische (Brasilien) u. das andere für das spanische Sprachgebiet (die übrigen Länder).

Diese Komitees dürften ungefähr die gleichen Aufgaben zu erledigen haben, die dem in New York u. den jd. Hilfsorganisationen im Auslande obliegen.

Es wäre meines Dafürhaltens ein besonders verdienstliches Werk christlicher Caritas, wenn von Rom aus weitere bischöfl. Hilfsstellen im Sinne meines Vorschlages geschaffen würden. An Mitteln hierfür kann es nicht fehlen: Wenn die rund 18 Millionen Juden der ganzen Welt in der Lage sind, für etwa 500 000 Glaubensgenossen in Dtl. ein so gewaltiges Hilfswerk zu unterhalten, müsste es den etwa 380 Millionen Katholiken des Erdkreises auch möglich sein, für eine erheblich geringere Zahl von Glaubensbrüdern ähnliches zu leisten.

Dass bei der Einrichtung der Komitees *grösste Eile* geboten ist, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Zum Schlusse erlaube ich mir noch zu erwähnen, dass es vielleicht angebracht wäre, seitens des Raphaels-Vereins Exposituren in Bln. und Wien zu errichten, u. zwar in möglichst enger Anlehnung an die bischöfl. Ordinariate. Die Aufgabe dieser Zweigstellen wäre die Beratung der in der Nähe wohnenden Auswanderungslustigen u. die Vorbereitung ihrer Ausreise. Die Auswanderung selbst müsste alsdann – wenn alle erforderlichen Unterlagen zusammengebracht worden sind – durch die Hamburger Hauptstelle geschehen.

9 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), Lehrer; 1922–1933 Generalsekretär der Zentrumspartei, 1925–1933 MdR, 1934 Geschäftsführer des Caritasnetzwerks; 1944 im Zusammenhang mit dem Attentat des 20. Juli in Haft; 1955–1961 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben.

10 Jan Christian Smuts (1870–1950), Jurist, General der südafrikanischen Armee, Politiker, Philosoph; 1919 Vertreter Südafrikas auf der Pariser Friedenskonferenz, 1919–1924 und 1939–1948 Ministerpräsident der Südafrikanischen Union.

DOK. 81

**Siegfried Gerstle aus München beantragt
am 13. August 1938 den Umtausch seines Vermögens in Devisen
im Rahmen des Altreuverfahrens¹**

Schreiben von Siegfried Gerstle,² München, Stievestraße 6, an die Dringlichkeitskommission der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 158, vom 13.8. 1938 (Abschrift)

Unter Bezugnahme auf beiliegende Voranmeldung zum Altreu-Transfer erlaube ich mir, Sie zu bitten, den Antrag aus folgenden Gründen als dringlich behandeln zu wollen: Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet und habe 4 Söhne im Alter von 11 bis 15 Jahren. Seit über 16 Jahren bin ich Prokurist der Ihnen bekannten Firma H. Aufhäuser, München, und zwar Leiter der Devisen- und Auslandsabteilung. Seit dem Jahre 1933 erstreckte sich meine Tätigkeit in immer ausgedehnterem Masse auf die Betreuung jüdischer Auswanderer, und ich darf wohl sagen, dass ich durch die Beratung der unendlich grossen Anzahl süddeutscher Auswanderer, die sich in den letzten 5 Jahren an mich wandten, in vorderer Linie und mit Erfolg am Problem der jüdischen Auswanderung mitarbeiten konnte.

Nunmehr tritt durch den Zwang der Verhältnisse auch an mich – insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, meinen minderjährigen Kindern eine Zukunftsmöglichkeit zu schaffen – das Gebot, selbst auszuwandern, heran, und ich werde im Herbst mit meiner Familie nach Kalifornien auswandern, nachdem mein ältester Sohn bereits voriges Jahr nach Australien emigrierte. Das Visum kann ich uns durch die Hilfe von guten Freunden beschaffen, ich bin jedoch genötigt, mir eine Existenz aus dem Nichts aufzubauen, da mir eine feste Anstellung oder andere Erwerbsmöglichkeiten nicht geboten sind.

Nach Zahlung der Reichsfluchtsteuer und anderer Steuern, Anschaffungen, Vorsorge für Verwandte, Zahlung von Passage- und Frachtgebühren, Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank für Umzugsgut etc. wird mir ein Betrag von voraussichtlich ungefähr RM 110000.– Sperrmark zur Verfügung stehen. Beim Verkauf dieses Betrages zum derzeitigen Ankaukurs der Deutschen Golddiskontbank für Sperrmark würde ich also bedeutend schlechter gestellt sein, als wenn ich nur RM 50 000.– besässe und nach der Altreutabelle RM 15000.– erhalten könnte.

In Würdigung dieser Umstände, besonders meiner grossen Familie und meiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Förderung der Auswanderung wegen, bitte ich ergebenst, mein Gesuch wohlwollend prüfen zu wollen und zeichne mit vorzüglichster Hochachtung

¹ StAHH, 622-1 Haut D25.

² Siegfried Gerstle (*1888), Prokurist; bei der Aufhäuser-Bank tätig, im Sept. 1938 mit seiner Ehefrau und den drei jüngeren Kindern in die USA emigriert.

DOK. 82

Frau Marx bittet am 16. August 1938 den Papst um Hilfe angesichts der schwierigen Lage der „nicht-arischen“ Katholiken¹

Handschriftl. Brief von Frau Dr. med. Georg Marx,² z. Zt. Rom, Via dei Mille 22, bei Richard Marx, an Seine Heiligkeit Papst Pius XI. vom 16. 8. 1938³

Heiliger Vater!

Nur die größte Sorge um die Existenz meiner Familie, die in verzweifelter Situation sich befindet, bringt mich dazu, als einfache Frau Ew. Heiligkeit mit diesem Briefe zu behelligen. Seit 5 Jahren sehe ich aus um Hilfe um einen Ausweg, resultatlos. Ich bin die deutsche katholische Frau eines jüdischen, deutschen Arztes, dessen Vorfahren während der spanischen Inquisition über Holland nach Deutschland geflüchtet sind. Meine 4 Kinder, katholisch getauft und in confessionellen Schulen erzogen, sind also Halb-Arier. Durch die Sonderbestimmungen für jüdische Ärzte in Deutschland in den letzten 5 Jahren sind unsere pekuniären Verhältnisse aufs äußerste erschüttert und durch die neue gesetzliche Bestimmung, die ab 30. Sept. jedem jüdischen Arzt jede ärztliche Tätigkeit bei Gefängnisstrafe untersagt, [ist] unsere Existenz vollkommen vernichtet worden.⁴ Mein Mann, jetzt im 69. Lebensjahr, über dessen tadellosen Charakter, die Vornehmheit, mit welcher er seine Kinder in der katholischen Religion erziehen ließ, bin ich jederzeit im Stande, Ew. Heiligkeit die denkbar besten Empfehlungen des Seelsorgers unserer Pfarrei und der Seelsorger meiner Kinder zu bringen. Seit 5 Jahren, und gerade in besonderem Maße in den letzten Monaten, sind durch die jüdischen Hilfskomitees der ganzen Welt einer großen Zahl von Juden im Ausland eine Existenzmöglichkeit geschaffen worden, besonders auch für jüdische Ärzte. Aber so viel ich mich auch bemühte, unterstützt durch beste priesterliche Empfehlungen, ich finde keine Hilfe. Die jüdischen Hilfskomitees sind nur zuständig für „rein jüdische Fälle!“ Unsere Familie besteht aber nur aus einem Juden und fünf Katholiken! Wie kann mein Mann von den Juden Hilfe erwarten mit seiner katholischen Frau und seinen katholischen Kindern?!

Ungeheuer ist die Not der deutschen Juden, Ungeheueres wird aber auch geleistet an Hilfe durch die Juden der ganzen Welt. Eine verhältnismäßig kleine Zahl von Helfenkönnenden steht einer ungeheuren Zahl von sozusagen über Nacht Existenzlos-Gewordenen gegenüber. Erschütternd ist die Tragödie der Juden, erschütternder die der christlichen Halbarier, denn die Hilfen, die sich in so vielen Wegen für die Juden bieten, sind dem Halbarier verschlossen, weil er „kein Jude ist“.

Gewiß, es sind viele Halbarier in schwerster Bedrängnis, und doch bilden sie nur einen winzigen Prozentsatz, gemessen an den hunderten von Millionen Katholiken der ganzen Welt. Ich bin hierher gekommen vor einigen Tagen zu meinem Sohne, der seit 4 Jahren

1 A.S.V., A.E.S. Germania, IV periodo 1938, Pos. 742, Fasc. 356, Bl. 20–26.

2 Maria Marx, wohnte 1938 mit ihrem Ehemann Dr. Georg Marx (1870–1947) in Remscheid, später in Köln. Ihr Mann überlebte den Krieg versteckt in einem Kloster katholischer Ordensschwester in Koblenz-Lützel; ob im 1888 errichteten Kloster Maria Trost der Schwestern zum Guten Hirten oder im 1903 eingeweihten Josephinenstift, ist ungeklärt. Beide Einrichtungen existieren nicht mehr.

3 Das Original enthält einige sprachliche Eigenheiten, die behutsam korrigiert wurden.

4 Siehe Einleitung, S. 18 und Dok. 76 vom 5.8.1938.

in Rom Medizin studiert und der seinerzeit beste Empfehlungen von kirchlicher u. klösterlicher Seite, Pater Esch pp. an Hochwürdigen Herrn Pater Leiber, Pater Stratmann pp. hatte. Ich wollte mich an diese Herren wenden und sehen, ob ich durch ihre gütige Vermittlung vielleicht die Möglichkeit finden könnte, mit meiner Familie ins Ausland zu kommen. Leider sind nun die Herren zur Zeit nicht in Rom, und ich muß in 2–3 Tagen wieder zurück nach Deutschland. Da kam ich in meiner verzweifelten Ratlosigkeit dazu, an Ew. Heiligkeit diesen Brief zu schreiben mit der innigen Bitte um Hilfe. Diese Hilfe könnte wohl nur darin bestehen, daß sich jemand fände auf Gottes weiter Welt, der für meine Familie eine Einwanderungserlaubnis ins Ausland beschaffe und uns für den allerersten Anfang, vielleicht für die Zeit von 2–3 Monaten, etwas unterstützen würde. Gerne würde ich nach Nordamerika gehen.

Sollte mein Mann nicht als Arzt unterkommen können, so könnte vielleicht die Möglichkeit als Hilfe in einem wissenschaftlichen Institut gegeben sein, da mein Mann an einer wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Bakteriologie arbeitet. Zu welchen Endergebnissen diese Arbeiten führen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Bis jetzt ist auf jeden Fall eine Veränderung von T.B.C. Baz[illus]. in dem Sinne zu erreichen, daß ihre spezifische Färbbarkeit verloren und Kulturen nicht mehr angingen. Mein Mann erwartet in Bezug auf Diagnose, Identifizierung und Therapie Erkenntnisse zu erreichen und wahrscheinlich auch bei ultravioletten Keimen. Wenn mein Mann die nötigen Mittel gehabt hätte, würde er einen Gratisarbeitsplatz, welchen er auf Grund obiger Arbeiten an der Züricher Hochschule vor zwei Jahren bekommen hatte, angenommen haben; aber er konnte im Interesse seiner Familie seine Praxis nicht aufgeben.

Wenn uns die Möglichkeit geschaffen würde, nach Amerika zu kommen, würden wir auch sonst in Kürze unser Fortkommen finden, da wir alle willens sind, jede anständige Arbeit anzunehmen, um eine bescheidene Existenz aufzubauen. Ich habe vor 2 Jahren die Herstellung von Pralinen pp. erlernt, um im Auswanderungsfalle gleich mithelfen zu können. Mein ältester Sohn, 26 Jahre, Dipl.-Ing. in Südafrika, schickt jeden Monat regelmäßig 8–10 Pfund. Mein 2. Sohn studiert hier seit 4 Jahren, er natürlich kann pekuniär nicht helfen. Meine älteste Tochter ist seit 1½ Jahren im Royal Southantshospital in Southampton, die Krankenpflege zu erlernen. Im Falle einer Auswanderung würde es sicher nicht schwer sein, für sie eine Arbeitsmöglichkeit zu schaffen.

Meine jüngste Tochter, 17 Jahre alt, könnte zunächst eine Stelle bei Kindern annehmen. Mein Mann ist auch kaufmännisch lehrmäßig ausgebildet. Was wir brauchen, ist die Möglichkeit, Einwanderungserlaubnis zu bekommen, die Existenz würden wir uns schon mit eiserner Energie selbst aufbauen. Kommen wir aus Deutschland nicht heraus, sind wir einfach ab 30. Sept. zum Zugrunde-gehen verurteilt. Und so schließe ich mit der inigen Bitte: Heiliger Vater! Helfen Sie uns um Christi Willen! Lassen Sie den jüdischen Mann mit seiner katholischen Familie nicht zu Grunde gehen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Heiligkeit

Ergebenst

DOK. 83

**Der 75-jährige David Heimann, Alterspräsident der
Jüdischen Gemeinde zu Berlin, bittet am 17. August 1938 um eine
Dringlichkeitsbescheinigung für die Palästina-Auswanderung¹**

Schreiben von David Heimann² an das Palästina-Amt, Juristische Abteilung, Meineckestr. 10, Berlin W 15, vom 17.8.1938

Betr. Dringlichkeitsbescheinigung

David *Heimann*

Ich, der Unterzeichnete, Kaufmann David *Heimann*, bin Inhaber der Reichsbank-Vormerkungsnummer 4349.³ Ich beabsichtige, so schnell wie möglich mit meiner Ehefrau Rosa Heimann,⁴ geborene Arnfeld, in Erez Israel einzuwandern. Die Gründe lege ich wie folgt dar:

Ich bin am 12. März 1864 geboren. Mein Auswanderungsvorhaben ist eng verknüpft mit demjenigen meiner Kinder

Frau Thekla Hirsch,⁵ geb. Heimann, wohnhaft in Berlin-Steglitz, Steinstr. 12, Inhaberin der Reichsbank-Vormerkungsnummer 4185 und

Else verheiratete Michaelis,⁶ geb. Heimann, deren Ehemann Hans Michaelis in Stettin, Hohenzollernplatz 2, Inhaber der Reichsbank-Vormerkungsnummer 4320 ist, welche Vorgenannten als Mitglieder der nach dem Ableben meiner ersten Ehefrau Klara, geborene Arnfeld, Mitglieder der ungeteilten Erbgemeinschaft David Heimann sind und, gestützt auf meine Beratung und materielle Hilfe, ebenfalls nach Erez Israel gehen werden. Dadurch werden meine vier Enkelkinder, nämlich die Kinder von Thekla Hirsch und die Tochter von Hans und Else Michaelis, deren Namen ich nachstehend aufführe,

Ruth Hirsch,

Gerhard-Mosche Hirsch,

Wolfgang-Awraham Hirsch

Hella-Lea Michaelis

als Jugendliche in die Lage kommen, sich am Aufbau des Landes unserer Väter zu beteiligen.

Meine Enkelin Ruth Hirsch wird, nachdem sie am 5. August 1938 das 18. Lebensjahr erreicht hat, als Wizo-Chawera⁷ nach Erez Israel gehen. Sie war als Jugendliche zuerst in Grüßen bei Frankenberg-Eder auf Hachscharah, jetzt in Augsburg.

Mein Enkelsohn Gerhard-Mosche Hirsch, welcher am 16. 1. 1939 das 17. Lebensjahr voll-

1 CJA, 1/75 D He 1, Nr. 1, Bl. 38–41.

2 David Heimann (1864–1942), Kaufmann; lebte in Berlin, im Sept. 1942 nach Theresienstadt deportiert und in Treblinka ermordet.

3 Vermutlich handelt es sich um eine Nummer auf einer Warteliste, die die Reihenfolge festlegte, in der Emigranten zum Umtausch von Devisen berechtigt waren.

4 Rosa Heimann, geb. Arnfeld (1870–1942), starb im Jan. 1942 in Berlin.

5 Thekla Hirsch, geb. Heimann, emigrierte nach Großbritannien.

6 Else Michaelis, geb. Heimann (*1899), im Nov. 1942 zusammen mit ihrem Ehemann Hans Michaelis (*1895) nach Auschwitz deportiert.

7 Chawera (hebr.): Genossin; gemeint ist hier: Mitglied der internationalen zionistischen Frauenorganisation.

endet, ist zurzeit bei der Jüdischen Jugendhilfe⁸ in Jessen bei Sommerfeld auf Hachscharah und soll am 1. September nach Ellguth⁹ kommen.

In erster Linie möchte ich meine eigene Auswanderung durchführen. Ich habe mich als Zionist seit Jahren vielfach betätigt, und ich erfülle in meiner Person alle Voraussetzungen, um ein nützliches Mitglied des Aufbaues in Erez Israel zu sein. Von jeher habe ich mich zum Nutze des Zionismus beteiligt und erlaube mir, hierzu folgende nähere Angaben zu machen:

Seit langen Jahren innerlich von Sympathien für den Zionismus erfüllt, habe ich mich im Jahre 1929 offen zu der Idee des Zionismus bekannt. Bei der damaligen Neuwahl der Repräsentanten für die Gemeinde Berlin als zionistischer Kandidat aufgestellt, war ich bei der Wahlarbeit im ganzen Norden Berlins Vertrauensmann und erfolgreich tätig. Im Anfang des Jahres 1934 wurde ich als Repräsentant einberufen und bin als solcher, zugleich ältestes Mitglied der zionistischen Fraktion und Arbeitsgemeinschaft, tätig. In der am 1. Januar 1937 begonnenen neuen Legislativperiode der Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde bin ich Alterspräsident und vor kurzem durch einstimmigen Beschluß der zionistischen Arbeitsgemeinschaft als zweiter zionistischer Stellvertreter des Vorsitzenden zur Wahl präsentiert und durch die Repräsentantenversammlung einstimmig gewählt worden.

Vor etwa 8 Jahren hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Dr. Siegfried Moses in Verbindung zu treten, indem ich aus dem Nachlaß des verstorbenen Sanitätsrats Dr. Bau, dessen Witwe ich betreute, ein Legat in Höhe von 3000 Mark dem Aufbau von Erez Israel zuführte.

Als ich im Frühjahr 1938 die Familie meines in New York lebenden Sohnes besuchte, nahm ich diese Gelegenheit wahr, mich über einige wichtige Einwanderungsorganisationen zu unterrichten, in erster Reihe über die zionistische Organisation von Amerika. Aus meinen Tagebuchnotizen überreiche ich anliegend mit Anlage 1 einen diesbezüglichen Teilbericht,¹⁰ aus welchem mein Bemühen ersichtlich ist, vor einem Forum hervorragender amerikanischer Juden für Hilfe und Aufbau in Erez Israel mitzuhelfen. (s. Anlage 2 und 3)

Ich benutzte auch die Gelegenheit, in eingehender Aussprache mit Herrn Direktor Max Schlesinger von der Intria Ltd. New York Office mich für eine Werbung der Haavara-Unterstützungsmark bei den großen Organisationen in Deutschland einzusetzen. (s. Anlage 4)

In welcher Weise diese Werbung durch mich bei den großen jüdischen Organisationen durchgeführt worden ist, wollen Sie aus dem anliegenden Anerkennungsschreiben der Palästina-Treuhandstelle in Berlin vom 6. 8. 1938 ersehen. (s. Anlage 5)

Als Referenzen gebe ich die folgenden Herren an:

Rechtsanwalt Dr. Raban

Rechtsanwalt Benno Cohn

Dr. Hans Friedenthal

⁸ Jüdische Jugendhilfe: 1932 von Recha Freier, Berlin, gegründeter Verein, der die Emigration von Kindern und Jugendlichen nach Palästina vorbereitete. Jessen-Mühle bei Sommerfeld in der Niederlausitz: 1937 gegründetes Ausbildungslager mit 40 bis 60 Plätzen, in dem Jugendliche auf die Auswanderung vorbereitet wurden.

⁹ Hachschara-Zentrum in Oberschlesien.

¹⁰ Sämtliche im Dokument erwähnten Anlagen liegen nicht in der Akte.

Rechtsanwalt Dr. Scherek

Rechtsanwalt Dr. Exiner

die Geschäftsführer der Palästina-Treuhandstelle, die Herren Dr. Marcus und Bermann. Durch die bekannten Bestimmungen für kaufmännische Handelsvertreter hat meine Erwerbstätigkeit ein Ende gefunden.¹¹ Mein Vermögen reicht äußerstenfalls zur Belegung der Vorzeigegelder für meine Angehörigen und mich selbst aus. Ich laufe Gefahr, unser Auswanderungsvorhaben nicht mehr verwirklichen zu können, wenn ich nicht umgehend in Erez Israel einwandern kann. Dort werde ich mich in meinem bisherigen Lederberuf betätigen. Für diesen Zweck ist es mir während meines Aufenthaltes in USA gelungen, den Alleinverkauf eines Ledermonopolartikels der C.D. Brown & Co., Inc., Tenneries and Executive Offices in Rochester, New York, deren Mitinhaber und Alleinvertreter die Firma The Mosbacher Company Inc., 171–177 William Street, New York, ist, für die Bezirke Palästina, Syrien und Ägypten zu erhalten. (s. Anlage 6 Bestätigungsschreiben sowie Anlage 7)

Das Hauptmerkmal des Auswanderungsvorhabens meiner Gesamtfamilie ist darin zu erblicken, daß es mir trotz meines vorgerückten Alters gelänge, kraft meiner persönlichen Energie und meiner Mittel eine Anzahl verheißungsvoller junger Kräfte in Erez Israel seßhaft zu machen.

Daher beantrage ich, mich zum Erwerb des Vorzeigegeldes von P. 1000 zwecks Erlangung des A I-Zertifikates¹² im Dringlichkeitsverfahren beschleunigt zuzulassen.

Ich bitte um wohlwollende Prüfung und möglichst rasche Entscheidung, damit mir in meinem Alter der Wunsch, auf welchen ich seit Jahren hingearbeitet habe, erfüllt werde. Herzlichst Schalom und in vorzüglicher Hochachtung¹³

DOK. 84

Eine Verordnung vom 17. August 1938 zwingt Juden, die Vornamen „Sara“ und „Israel“ anzunehmen¹

Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen.

Vom 17 August 1938.²

Auf Grund des § 13 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 9) wird folgendes verordnet:

¹¹ Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6.7.1938 (RGBl., 1938 I, S. 823f.) schränkte die Gewerbetätigkeit von Juden stark ein.

¹² A I-Zertifikate wurden auch „Kapitalisten-Zertifikate“ genannt, da die Anwärter bei ihrer Einwanderung mindestens 1000 brit. Pfd. mitbringen mußten.

¹³ Der Antrag auf Auswanderung wurde am 7.12.1939 abgelehnt und zur Begründung auf das hohe Alter des Antragstellers und die mit der Reise verbundenen unzumutbaren Strapazen verwiesen; wie Anm. 1, Bl. 133.

¹ RGBl., 1938 I, S. 1044.

² Fußnote im Original: „Betrifft nicht das Land Österreich.“ Mit der VO vom 24.1.1939 wurde der Geltungsbereich des Gesetzes vom 5.1.1938 auch auf Österreich und die sudetendeutschen Gebiete ausgedehnt; RGBl., 1939 I, S. 81f. Die 1. VO regelte am 7.1.1938, wie die Änderung von Familiennamen bekannt zu machen und welche Gebühr zu entrichten sei; RGBl., 1938 I, S. 12.

§ 1

(1) Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in den vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind.³

(2) Abs. 1 gilt nicht für Juden, die eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen.

§ 2

(1) Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.

(2) Wer nach Abs. 1 einen zusätzlichen Vornamen annehmen muß, ist verpflichtet, hiervon innerhalb eines Monats seit dem Zeitpunkt, von dem ab er den zusätzlichen Vornamen führen muß, dem Standesbeamten, bei dem seine Geburt und seine Heirat beurkundet sind, sowie der für seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten.

(3) Ist die Geburt oder die Heirat des Anzeigepflichtigen von einem deutschen diplomatischen Vertreter oder Konsul oder in einem deutschen Schutzgebiet beurkundet, so ist die dem Standesbeamten zu erstattende Anzeige an den Standesbeamten des Standesamtes I in Berlin zu richten. Hat der Anzeigepflichtige seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so ist die im Abs. 2 Satz 1 vorgesehene Anzeige an Stelle der Ortspolizeibehörde dem zuständigen deutschen Konsul zu erstatten.

(4) Bei geschäftsunfähigen und in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Personen trifft die Verpflichtung zur Anzeige den gesetzlichen Vertreter.

§ 3

Sofern es im Rechts- und Geschäftsverkehr üblich ist, den Namen anzugeben, müssen Juden stets auch wenigstens einen ihrer Vornamen führen. Sind sie nach § 2 zur Annahme eines zusätzlichen Vornamens verpflichtet, ist auch dieser Vorname zu führen. Die Vorschriften über die Führung einer Handelsfirma werden hierdurch nicht berührt.

§ 4

(1) Wer der Vorschrift des § 3 vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Beruht die Zuwiderhandlung auf Fahrlässigkeit, so ist die Strafe Gefängnis bis zu einem Monat.

(2) Wer die im § 2 vorgeschriebene Anzeige vorsätzlich oder fahrlässig unterläßt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Monat bestraft.

Berlin, den 17. August 1938.

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung

Dr. Stuckart

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gürtner⁴

3 Runderlass des RMdI vom 18.8.1938, RMBliV, 1938, S. 1345–1348.

4 Dr. Franz Gürtner (1881–1941), Jurist; von 1909 an im bayer. Justizministerium tätig, 1922–1932 bayer. Justizminister, sorgte für die Aufhebung des NSDAP-Verbots, 1932–1941 Reichsjustizminister; 1937 NSDAP-Eintritt; Hrsg. u. a. von „Das kommende deutsche Strafrecht“ (1934).

DOK. 85

Hildegard Wagener berichtet über den unvorhergesehenen Verlauf eines politischen Schulungsabends am 19. August 1938¹

Handschriftl. Tagebuch von Hildegard Wagener,² Eintrag vom 19.8.1938

Ich habe heute abend etwas erlebt, was mich sehr erschüttert und nachdenklich gemacht hat:

Politischer Schulungsabend für die Gehilfenprüfung. Es wird über die Juden gesprochen. (An den drei vorherigen Abenden gipfelte alles in dem selben Thema). Bei jeder Handlung eines Juden wird ein selbstsüchtiger Gedanke vorausgesetzt.³ Der Schulungsleiter redet eine Stunde, dann sollen wir uns melden und die Gedanken noch einmal kurz zusammenfassen. Es meldet sich ein junger Mann. Fängt an: „Der Nationalsozialismus ist der Ansicht, daß ...“ Er führt aus, daß die portugiesischen Juden doch eben sehr kultiviert und verfeinert sind im Gegensatz zu den Ostjuden. Der Leiter: „Jude bleibt Jude“. –

Jetzt meldet sich ein mittelmäßig begabtes junges Mädchen und sagt alles so, wie man es von uns zu hören wünscht, wie es uns gelehrt wird: Der Jude ist schlecht, *kein* Jude taugt etwas, Halbjuden sind seelisch zerrissene Menschen und deshalb noch minderwertiger. –

Es soll sich weiter jemand freiwillig melden. Schweigen. Ein junger Mann wird aufgerufen. Er wiederholt ebenfalls die Worte und die Ansichten des Leiters, auch die allgemeine Meinung im Zimmer scheint so zu sein. Der nächste wird aufgefordert. „Ich bedaure, ich bin vollkommen anderer Meinung!“ Erstarrung. – „Ich bin selbst Halbjude, meine Mutter ist Arierin. Ich bin getauft, fühle vollkommen deutsch, habe nie anders gefühlt und werde nie anders fühlen. Mein Vater war 4 Jahre als Offizier an der Front. Ich kann mich Ihren Ansichten über die Schlechtigkeit der Juden, die Minderwertigkeit der Halbjuden nicht anschließen.“ Schweigen. – Der Leiter versucht, schwache Erwiderungen zu machen. Der junge Mann, der vorher so ganz im Sinne des Leiters gesprochen hatte, meldet sich zum Wort. „Es ist statistisch festgestellt, daß sich ... tausend Juden freiwillig im Weltkriege gemeldet haben und gefallen sind. Die Juden, denen man tatsächlich etwas vorzuwerfen hat, sind bereits ausgewandert. Die restlichen 260 000 Familien, die sich noch hier befinden, sind anständige deutsche Menschen. Der heutige Kampf gegen die Juden ist daher ein Spiel mit dem Wind und vollkommen unberechtigt. Es tut mir leid, daß ich vorhin etwas anderes gesagt habe. Ich bin selbst Halbjude.“ Die Augen werden immer größer, die Situation ist mir auf Grund dessen, was der Leiter vorher ausgeführt hat, entsetzlich peinlich. Es wagen sich jetzt mehr Stimmen hervor, die den Juden wenigstens etwas Seele zugestehen. Ich bitte schließlich, das Thema zu beenden, weil das allen Teilen wünschenswert sei unter den gegebenen Verhältnissen. Und als ich hinausgehe, muß ich dem jungen Mann, der zuerst so tapfer war, die Hand drücken und sagen, daß er sich fabelhaft benommen habe. Ich muß es! –

1 Original in Privatbesitz H. Wagener, maschinenschriftl. Abschrift in: AdK, Berlin, Kempowski-Biographienarchiv, A 37.

2 Hildegard Wagener (*1918), Fremdsprachensekretärin; bis zum Kriegsausbruch in einem Exportgeschäft in Hamburg tätig, wechselte später in das Steuerberaterbüro ihres Ehemanns, lebt heute in Hamburg.

3 Im Original unleserliche Einfügung.

Wenn nun am Montag auf der Prüfung derartige Fragen an mich gestellt werden, frisiere ich meine Meinung nicht, sondern sage alles so, wie ich wirklich denke, *auch auf die Gefahr hin, daß man mich durchfallen läßt.* –

Eigentlich habe ich gar keine eigene Meinung über die Juden, sondern kann nur das sagen, was mir erzählt worden ist, da ich kaum Erfahrungen mit Juden habe. Man darf mir aber diese Dinge nicht zu plump servieren, es gibt immer noch Leute, die darüber stolpern. –

DOK. 86

Luise Solmitz schreibt am 24. August 1938 über die Einführung der Zwangsvornamen für Juden¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Eintrag vom 24. 8. 1938 (Abschrift)

Anruf ... „Und wie geht es Ihnen?“ Es ist so bitter, sagen zu müssen „Danke, gut!“, wenn man ums nackte Leben kämpft und nicht mehr Achtung geniessen soll als ein Zuchthäusler.

Und abends fiel dann auch der neue Schlag, auf den wir warteten.

Fr.² ganz blass und still, dann sagte er es mir.

Deutsche, nur deutsche Vornamen, ein paar eingebürgerte eingeschlossen.³

Aber Juden jüdische. – Ich sagte vorher: „Pass auf, sie schreiben sie vor!“ Und so kam es auch. Nicht Jonas, Josua, Benjamin, die sich ertragen liessen, sondern furchtbarste, kaum gekannte, zum Teil beleidigende Namen, und was für Fr. in Betracht kommt, wer andere Vornamen hat, muss ihnen, als Mann: Israel, als Frau: Sarah hinzufügen. Man weiss gar nicht, was man sagen soll. Jede amtliche Unterschrift muss so geleistet werden; so steht's im Fernsprechverzeichnis, im Adressbuch, im Girokonto.

Fr. schrieb sogleich an den Minister des Innern Frick, bat ihn, davon verschont zu bleiben, gab seine Gründe an. Wer weiss, ob das nicht noch als Auflehnung gilt? ...

Hitler und Horthy in Hamburg.⁴ – Herr v.Z. hatte sie gesehen, Hitler, ganz gegen seine Gewohnheit, wohl um des Gastes willen, tief im Wagen.

DOK. 87

Das Ehepaar Malsch aus Düsseldorf schreibt am 24. August 1938 dem Sohn in New York über Auswanderungsbemühungen und ein drohendes Berufsverbot¹

Handschriftl. Brief des Ehepaars Malsch, Düsseldorf, an Wilhelm R. Malsch, Long Island (New York), vom 24. 8. 1938

1 StAHH, 622-1/#0, Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

2 Gemeint ist Friedrich Wilhelm, der Ehemann von Luise Solmitz.

3 Siehe Dok. 84 vom 17. 8. 1938.

4 Der ungar. Reichsverweser Miklós Horthy war vom 21. bis 26. 8. 1938 auf Staatsbesuch in Deutschland. Am 24. 8. 1938 reiste Hitler mit Horthy, einst Admiral der k.u.k. Marine, nach Hamburg.

1 USHMM, RG-10.086/7 of 13.

Mein geliebter Willy!

Gestern schrieben wir Dir mit der Europa einen Brief, und heute morgen kam Dein I. Brief mit der Normandie an, den wir Dir sofort mit einer Karte mit der Deutschland bestätigten. Heute sandten wir Dir auch durch Drucksache die gewünschten Umschläge + Geschäftsbogen. Ich überlege mir nun den ganzen Tag, wie wir bald zu Dir kommen können, es muß *unbedingt* noch etwas geschehen, im großen ganzen gehst Du eigentlich sehr wenig auf alle unsere Fragen ein, obschon wir *bestimmt* überzeugt sind, daß Du in unserer Sache viel unternimmst. Wir wissen nicht, was nach dem 30. September werden soll.² Schreibe also auch umgehend an Franklin. Korns müssen am 23. Sept. in St. sein. Was haben Fuller denn jetzt für Bedenken? Was sagten sie denn eigentlich zu unserem Brief? Du hast doch sicher mit ihnen darüber gesprochen. Lieb' Männele, tue mir einen Gefallen und schreibe uns deutlicher, das Ungewisse macht einen ganz krank. Was sagt Onkel denn zu alledem? Der I. Papa meinte, Stuttgart³ würde an Onkel dort antworten, weil er auch geschrieben hätte, es kann aber bestimmt noch lange dauern, denn in St. ist nichts eilig, nur uns eilt es sehr. Man ist manchmal ganz kopflos. Ich hoffe, Du verstehst mich nicht falsch und kannst Dich in unsere jetzige Lage versetzen. Auf jeden Fall gib uns gleich eine recht ausführliche Nachricht. Sonst haben wir Dir ja gestern bereits alles Nennenswerte mitgeteilt. Hoffentlich hat die Hitze dort inzwischen etwas nachgelassen. Kommst Du öfter mit Martin zusammen? So, für heute wäre weiter nichts zu berichten, und gib sofort Antwort. Herzlichste Grüße und Küsse immer Deine Dich sehr liebende Mutter.

Dem I. Onkel + Tante herzliche Grüße.

Mein lieber Willy, die Lage, vor der wir stehen, ist schnell erklärt. Am 30. Sept. hört für j[üdische] Vertreter jede Reisetätigkeit auf, nicht einmal eine Stadtreise ist mehr möglich. Selbst das, was wir selbst herstellen würden, dürften wir nicht selbst verkaufen. Aber auch zu einer solchen Tätigkeit gehört erst eine behördliche Genehmigung, + es gehören Firmen dazu, die von j. Herstellern kaufen! Selbst in einer handwerklichen Tätigkeit muss man bei der D.A.T.⁴ sein! Somit ist jedes Verdienen abgeschnitten. Keiner weiß, was werden soll! Wir stehen glatt vor dem Nichts! Wir können nichts arbeiten, weil wir nichts arbeiten dürfen. Wovon leben? Du wirst also verstehen, daß wir fort müssen. Und dazu brauchen wir eben noch eine Hilfe. Onkel Eugen kennt doch die Lambertsche Familie. Du hast die Sacks herausgefunden, sieh mal zu, ob Du die L. nicht finden kannst. Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Gern schrieben wir Dir etwas Erfreulicheres, aber all unser Denken ist ja nur – fort, fort, so rasch als möglich. Die neuen Zeitungen, die wir Dir kommenden Sonntag senden, werden Dir ja alles berichten. Dieser Brief soll noch zur Deutschland.

Allen herzl. Grüße + Dir viele herzl. Küsse Dein Dich liebender
Papa

2 Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 6.7.1938 (RGBl., 1938 I, S. 823) verbot jüdischen Handelsvertretern vom 30.9.1938 an die Ausübung ihres Berufs. Dies betraf auch Paul Malsch.

3 Gemeint ist das US-Konsulat in Stuttgart, wo das Ehepaar Malsch ein Visum beantragt hatte.

4 Vermutlich DAF (Deutsche Arbeitsfront).

DOK. 88

In einem Bericht an den Joint wird am 25. August 1938 die Situation der Juden in Deutschland resümiert¹

Bericht, ungez., vom 25.8.1938²

Ich werde im Folgenden versuchen, kurz die Situation der Juden in Deutschland zu beschreiben. Dies kann nur in aller kürzester Form geschehen, denn wollte man detailliert alle Anordnungen und Maßnahmen wiedergeben, müsste man ein ganzes Buch darüber schreiben.

Seit dem Anschluss³ Österreichs hat sich die Situation der Juden in Deutschland von Woche zu Woche verschlechtert. Auf dem Land und in den kleineren Städten, insbesondere in Hessen, Franken und Ostpreußen, sah die Situation bereits vor der Annexion sehr schlecht aus. In größeren Städten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt a.M., Leipzig usw. war die Lage bis zum vergangenen Osterfest gar nicht so schlecht; im Vergleich zu heute könnte man sogar sagen, sie sah noch geradezu rosig aus. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten die Juden in den Großstädten noch ungehindert in Restaurants, Cafés und Kinos gehen. Sie wurden nicht auf der Straße belästigt und führten ein mehr oder weniger normales Leben. Wie den folgenden Ausführungen zu entnehmen ist, hat sich die Lage jedoch völlig verändert:

Vor ungefähr zehn Wochen wurden überraschend Razzien in solchen Cafés durchgeführt, die von Juden besucht werden, und diese dabei verhaftet. Parallel dazu fand im ganzen Reich eine Serie von Verhaftungen statt, deren Opfer man in das Konzentrationslager Buchenwald in der Nähe von Weimar brachte.⁴ Es war nicht möglich, die genaue Anzahl der Juden festzustellen, die sich dort gegenwärtig befindet, aber es handelt sich schätzungsweise um 1700–1800 Personen. Unter ihnen sind auch Männer, die über 60 Jahre alt und noch älter sind. Es war auch nicht möglich herauszufinden, wer diese Verhaftungen veranlasst hat. Die Gestapo behauptete, nichts damit zu tun zu haben. Andere Behörden behaupteten dasselbe. Offenbar ist dieses Mal die Initiative direkt von der Kriminalpolizei ausgegangen, auf Anweisung des obersten Chefs der Polizei – Himmler. Bis vergangene Woche sind mehr als 170 Gefangene in Buchenwald gestorben. In solchen Fällen erhält die Familie eine Postkarte, die sie davon in Kenntnis setzt, dass die Urne mit der Asche des Verstorbenen gegen eine Gebühr zugesandt werde. Es hat den Anschein, dass nur sehr wenige der Verstorbenen Selbstmord begangen haben. Viele von ihnen waren nicht für die harte Arbeit geschaffen, die sie verrichten mussten, und brachen schlichtweg zusammen. Andere wurden erschossen, weil sie versucht hatten zu fliehen. Gefangene, die nachweisen können, dass sie bereits Schritte zur Auswanderung unternommen haben, werden unter der Bedingung entlassen, das Land binnen weniger Wochen zu verlassen. Infolgedessen werden der Hilfsverein⁵ und die anderen humanitär

1 JDC, AR 33/44, 631. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Der Verfasser ist nicht bekannt. Den Bericht übersandte Nathan Katz, Mitarbeiter des Joint-Büros in Paris, am 8.9.1938 mit einem kurzen Anschreiben und der Bemerkung, dass er die Ausführungen für recht genau und zuverlässig halte, an die Vertreter des Joint in New York; wie Anm. 1.

3 Im Original deutsch.

4 Siehe Dok. 39 vom 1.6.1938.

5 Im Original deutsch.

engagierten jüdischen Organisationen und Privatpersonen von morgens bis abends von den Frauen der unglücklichen Gefangenen belagert. Die Frauen flehen voller Verzweiflung darum, ihren Ehemännern bei der Emigration zu helfen, damit sie entlassen werden können. Wie die Behandlung der Gefangenen in Buchenwald aussieht, kann man sich anhand der Tatsache vorstellen, dass einige von ihnen, die ich nach ihrer Freilassung traf, in den sechs Wochen ihrer Inhaftierung 30–40 Pfund abgenommen haben. An einem Tag bekamen sie nichts zu essen, am nächsten nichts zu trinken. Es heißt, dass sich die Lage in der letzten Zeit verbessert haben soll, dass es häufiger etwas zu essen gibt und die Gefangenen nicht so häufig wie zuvor geschlagen werden. Ob diese Behauptung richtig ist, lässt sich nicht überprüfen.

Was das Vorleben der 1700 Gefangenen betrifft, so haben 20 Prozent von ihnen nicht die kleinste strafbare Handlung begangen. Sie wurden verhaftet, weil sie die Straße nicht vorschriftsmäßig überquert haben, wofür sie ein geringes Bußgeld zahlen mussten, oder auf Grund irgendwelcher ähnlicher Verstöße. 40 Prozent von ihnen haben vor 20 bis 30 Jahren eine Strafe absitzen müssen. Mir sind ein paar Fälle bekannt, in denen diese Strafen dafür verhängt wurden, dass man während des Kriegs zu viele Vorräte gelagert hatte. 40 Prozent haben in der Vergangenheit wirklich eine Straftat begangen.

Gleichzeitig mit der Verhaftungswelle begannen vor zehn Wochen die Ausschreitungen gegen alle jüdischen Betriebe. Scheiben wurden eingeschlagen, Eingangstüren von Bur-schen aus der Hitlerjugend bewacht, sodass niemand hereinkommen konnte. Infolgedessen wurden viele Geschäfte für ein paar Tage geschlossen. Derartige Aktionen wurden dann gestoppt, die Schmierereien von den Schaufenstern und Ladentüren entfernt. Es erging jedoch die Anordnung, dass jedes jüdische Geschäft mit dem Namen seines Besitzers in 20 Zentimeter großen, weißen Buchstaben auf dem Schaufenster beschriftet werden muss. Tatsächlich tauchen diese Aufschriften überall auf und sind schon von Weitem zu sehen.

Es soll vermerkt werden, dass die Öffentlichkeit von diesem Vorgehen nicht wirklich angetan war, aber natürlich wagte niemand, etwas dagegen zu sagen.

Die Arisierung der jüdischen Geschäfte schreitet überall voran. Infolgedessen werden immer mehr jüdische Angestellte entlassen. Es ist bezeichnend, dass in vielen Fällen der Verkaufsvertrag für ein großes jüdisches Unternehmen zwar schon ausgestellt worden ist, die Behörden aber ihre Einwilligung nicht geben. Man gewinnt den Eindruck, als würde sich niemand trauen, etwas zu unterzeichnen. Nehmen wir einmal als Beispiel das große Geschäft N. Israel und die Zigarettenfabrik Garbathy.⁶ Die Verhandlungen waren bereits abgeschlossen, aber die Genehmigung fehlte noch. Die betreffenden Beamten scheinen zu befürchten, dass die Partei sie desavouiert und maßregelt, sollten sie die Genehmigung erteilen.

Zum 15. September werden über 3000 jüdische Ärzte ihre Zulassung verlieren. In Berlin wird man 175–200 ehemaligen jüdischen Ärzten erlauben, als „Krankenbehandler“⁷

6 Warenhaus N. Israel in Berlin, Spandauer Straße. Das Kaufhaus wurde 1939 „arisiert“ und in die Emil Köster AG überführt. Zigarettenfabrik Garbáty in Berlin-Pankow, 1881 gegründet, 1938 „arisiert“ und an die Jakob Koerber Gruppe verkauft, 1949 unter dem Namen VEB Garbáty verstaatlicht.

7 Im Original deutsch. Die 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938 entzog jüdischen Ärzten die Approbation mit Wirkung vom 30.9.1938 an.

jüdische Patienten zu behandeln. Verhandlungen darüber finden derzeit noch statt. Den Ärzten am Jüdischen Krankenhaus wird zwar gestattet, dort weiter zu praktizieren, aber sie dürfen keine Patienten in ihren Privatwohnungen empfangen. Überdies befinden sich die Ärzte in einer äußerst schwierigen Lage, da sie nicht nur ihr Einkommen verlieren, sondern ihnen darüber hinaus mitgeteilt wurde, dass sie ihre Wohnungen zum 1. Oktober verlassen müssen. Obwohl die Vermieter dies häufig abgelehnt haben, wurden sie von Polizei und Partei dazu gezwungen.

Die Zahl der betroffenen Handelsvertreter und -berater ist dreimal so hoch. Ende September müssen über 30 000 dieser Handlungsreisenden im Reich ihre Arbeit ohne irgendeine Entschädigung aufgeben.⁸ Sehr vielen Menschen, die ihre Stellung in den vergangenen Jahren verloren haben, ist es gelungen, sich irgendwie durchzuschlagen, indem sie als Handelsvertreter unterwegs waren. Das wird ihnen ab Ende September untersagt sein.

Die Wohnungsfrage löst große Besorgnis aus. Dem Parteiprogramm zufolge dürfen Juden und Arier nicht unter dem gleichen Dach leben. Es kursieren viele Gerüchte über einen Plan, dass ein Getto errichtet werden soll. Wann das stattfinden soll, ist nicht von Bedeutung. Der Punkt ist, dass viele Vermieter den Juden auf Veranlassung der arischen Mieter gekündigt haben; diese Praxis wurde gerichtlich vielfach bestätigt. In Franken, wie beispielsweise in Schweinfurt, aber auch in anderen Orten, sind viele jüdische Hausbesitzer unter dem Druck von Polizei und Partei gezwungen worden, ihre Häuser spottbillig zu verkaufen. Die erste Amtshandlung des neuen Besitzers war es dann, den ehemaligen jüdischen Hauswirt hinauszuerwerfen.

Nach den bereits erwähnten Razzien wurden solche Maßnahmen zunächst einmal nicht wiederholt. Doch vor einer Woche brandete eine neue Welle auf. Am vergangenen Samstag wurden z.B. alle jüdischen Personen, die im Stölpchensee in der Nähe des Wannsee badeten oder ruderten, verhaftet. Nur ein paar, die ihren Ausweis bei sich hatten, wurden wieder freigelassen. Es ist nicht bekannt, was aus den anderen geworden ist. In den Zeitungen wurde als Grund für diese Maßnahme angegeben, der Polizei sei zu Ohren gekommen, dass „Anarchisten und kriminelle Elemente“ am Stölpchensee ein Treffen geplant hätten. Am selben Tag wurden alle jüdischen Bewohner von Wannsee zur Polizei vorgeladen, die ihre Ausweise konfiszierte oder diese mit einer roten Markierung als jüdisch kennzeichnete.

Seit vergangener Woche werden die Reisepässe von Juden ebenfalls rot markiert.⁹ Bei dieser Gelegenheit sollte erwähnt werden, dass Juden nur noch zu Auswanderungszwecken Pässe ausgestellt werden. Zuvor konnten Kaufleute Pässe auf Empfehlung der Handelskammer erhalten, wenn diese erklärte, dass Waren exportiert und Devisen ins Land gebracht werden würden. Das ist in den letzten Monaten nicht mehr möglich. Ich weiß von vielen Großexporteuren, deren Anwesenheit im Ausland dringend erforderlich gewesen wäre, die vergeblich auf einen Reisepass gewartet haben, obwohl dessen Ausstellung von der Handelskammer unbedingt befürwortet wurde. Es gibt nur wenige Juden, die einen Pass besitzen. Von Zeit zu Zeit wird ein Reisepass ausgestellt, dies geschieht jedoch nur, wenn die „Reichsstelle für das Auswanderungswesen“¹⁰ bestätigt, dass das Ziel

8 Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 6. 7. 1938; RGBl., 1938 I, S. 823.

9 Eine allgemeine Verfügung zur Kennzeichnung der Pässe von Juden mit einem roten „J“ erging erst im Nov. 1938; siehe Dok. 127 vom 10.11.1938.

10 Im Original deutsch.

der Reise des Juden die jüdische Auswanderung fördere. Bevor ein Pass ausgestellt wird, werden folgende Stellen konsultiert: die Ausländerpolizeibehörde, die Partei, die Gestapo und die Ortspolizei. In manchen Fällen wird das Ausstellen eines Passes daran gebunden, dass eine Geisel bestimmt wird, die gegenüber der Polizei für alles haftet, was der Reisende möglicherweise im Ausland gegen Deutschland propagiert.

Ab 1. Oktober wird im deutschen Hoheitsgebiet eine Kennkarte eingeführt, die für alle Juden vorgeschrieben und mit einem Fingerabdruck versehen ist.¹¹

Neugeborene jüdische Kinder müssen künftig jüdische Namen erhalten. Alle Juden, die einen nichtjüdischen Vornamen haben, müssen ab 1. Oktober den männlichen Beinamen „Israel“ bzw. den weiblichen Beinamen „Sara“ tragen.¹²

Autos in jüdischem Besitz erhielten kürzlich besondere Kennzeichen – ab 300 000 aufwärts.¹³ Auf diese Weise weiß man, dass sie Juden gehören. Solche Autos bekommen auf der Autobahn kein Benzin. Darüber hinaus behauptete der Angriff kürzlich, dass Juden überhaupt nicht Auto fahren sollten, da „ihnen der erforderliche Korpsgeist fehle“!¹⁴

Obwohl die jüdische Auswanderung beschleunigt werden soll, wird diese immer weiter erschwert. Drei Listen sind für die Mitnahme von Möbeln und persönlichem Besitz erforderlich.

1. Eine Liste des gesamten Mobiliars, das vor 1933 erworben wurde.

2. „ „ „ „ „ „ in den letzten 5 Jahren erworben wurde.

3. „ „ [aller] Artikel, die im Hinblick auf die Emigration gekauft wurden.

Der gleiche Betrag, der für die in den letzten fünf Jahren erworbenen Güter ausgegeben wurde, muss bei der Golddiskontbank¹⁵ eingezahlt werden. Auf den Listen muss jedes Möbelstück, Buch etc. aufgeführt werden. Es dauert oft monatelang, bis die Genehmigung zur Ausfuhr der Möbel erteilt wird.

Es muss nicht eigens gesagt werden, dass die Zahl derer, die unbedingt auswandern wollen, täglich steigt. 1000 bis 1200 Menschen wenden sich täglich an den Hilfsverein. Die Reichsstelle für Auswanderung, die der Polizei eine Empfehlung zur Ausstellung eines Reisepasses gibt, benimmt sich sehr anständig bei ihrer Arbeit. Die Ämter sind so überlaufen, dass die Menschen stundenlang Schlange stehen müssen, um eine Nummer für die nächste Woche zu erhalten. Die Zustände in den verschiedenen jüdischen Organisationen sind ähnlich wie beim Hilfsverein. Das Joint-Büro in Berlin wird ebenfalls von morgens bis abends von Bewerbern belagert. Das amerikanische Konsulat in Berlin nimmt bekanntlich keine neuen Anträge mehr an. Es hat sogar für die jetzt laufenden Anträge eine Bearbeitungsfrist bis Februar/März 1939 festgelegt. Im Verhältnis zur starken Nachfrage sind die Auswanderungsaussichten sehr gering. Aufgrund der Dringlichkeit der Buchenwald-Fälle wird die normale Auswanderung zunehmend schwerer, da die Gefangenen nur unter der Bedingung freigelassen werden, dass sie auswandern. Die Summe von 5000 £, die dem Hilfsverein für die vorstehenden Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, sind aufgebraucht, und *die Zuwendung neuer Mittel ist dringend erforderlich*.

Die Einnahmen aus den Gemeindesteuern sind derzeit auf Grund des Verkaufs zahlreicher jüdischer Unternehmen noch recht zufriedenstellend. Doch ist ein echter Auf-

11 Siehe Dok. 72 vom 28.7.1938.

12 Siehe Dok. 84 vom 17.8.1938.

13 Nicht ermittelt.

14 Nicht ermittelt.

15 Im Original deutsch.

lösungsprozess im Gange. Es ist unmöglich vorauszusagen, wie sich das Budget der Jüdischen Gemeinde Berlins, das sich im Vorjahr auf 12000 000 Mark belaufen hat, in 1 oder 1½ Jahren darstellen wird. Da es so aussieht, dass alle jüdischen Unternehmen bis Ende des Jahres liquidiert sein werden, sind die Aussichten auf Steuereinkünfte recht gering. Es steht zu befürchten, dass das deutsche Judentum in den kommenden 1½–2 Jahren vollständig vernichtet sein wird.

DOK. 89

Die NSDAP-Gauleitung Niederdonau beschwert sich beim NSDAP-Hauptamt für Volkswohlfahrt am 29. August 1938 über die Umwidmung einer Synagoge zu einer evangelischen Kirche¹

Schreiben der NSDAP Niederdonau (U-43-5-90, Ka²/T.Org.), Wien, ungez., an die NSDAP, Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, Pg. Wulff,³ Berlin, vom 29. 8. 1938 (Abschrift)

Des Interesses halber möchte ich Ihnen folgenden Vorfall berichten:

Der NSV-Kreisamtsleiter des Kreises Korneuburg⁴ mit seinem Sitz in Stockerau hat für NSV-Zwecke, insbesondere für die jetzt laufende Sonderaktion, den Judentempel requiriert. Der Judentempel wurde von der Kultusgemeinde nicht mehr gebraucht und wäre mithin nach einigen kleinen Umbauten der gegebene Lagerraum und hätte ausserdem noch Räumlichkeiten für „Mutter und Kind“⁵ ergeben. Der Tempel wurde auf Kosten der NSV ausgeräuchert. Vor einigen Tagen wurde dem Kreisamtsleiter von Seiten des Kreisleiters erklärt, dass er den Tempel nicht behalten könne, sondern dieser wird von der evangelischen Kirchengemeinde übernommen. Diese zahlt der jüdischen Kultusgemeinde irgend eine Abtretungssumme. Es wird also eine evangelische Kirche aus dem jetzigen NSV-Lager gemacht. Ich werfe die Frage auf, ob es angängig ist, dass ein Leiter unserer Weltanschauung dazu hilft, einer Religionsgemeinschaft sich zu verbreiten.

Ich werde noch versuchen, diese Angelegenheit rückgängig zu machen.⁶

Heil Hitler!

1 BArch, R 58/5891.

2 Vermutlich Hans Karafiat, Leiter der Organisationsabt. NSV-Gauverwaltung.

3 Ernst Wulff (*1900), Kaufmann; 1931 NSDAP- und 1939 SS-Eintritt; von 1933 an im HA Volkswohlfahrt, 1935–1943 Leiter des Organisationsamts, 1941–1943 Verbindungsführer zwischen der Volksdeutschen Mittelstelle und der NSV; 1943 wegen Bestehung verurteilt, 1944 SS- und NSDAP-Ausschluss.

4 NSV-Kreisamtsleiter war Julius Faubel (*1897), Installateur; 1938 NSDAP-Eintritt.

5 Das NSV-Hilfswerk Mutter und Kind betreute Frauen während der Schwangerschaft und nach der Niederkunft.

6 Die Synagoge in Stockerau wurde am 6. 11. 1938 evangelisch geweiht. 1953 endete ein von der Israelitischen Kultusgemeinde angestrebtes Rückstellungsverfahren mit einem Vergleich: Gegen Zahlung von 150 000 Schilling wurden das Gebäude sowie das dazugehörige Grundstück der Pfarrgemeinde Stockerau endgültig übereignet.

DOK. 90

**Aufbau, New York: Artikel vom 1. September 1938 über die Einführung der
Zwangsvornamen für Juden¹***Israel und Sarah*

Dem braunen deutschen Wesen, an dem die Welt genesen soll, ist eine neue Köstlichkeit entsprossen: Ein von Reichs„justiz“minister Dr. Gürtner und Reichsinnenminister Dr. Frick unterzeichneter Erlass befiehlt den jüdischen Menschen Streicherlands,² die einen nichtjüdischen Vornamen tragen, diesem für die Zukunft, je nach dem Geschlecht, „Israel“ oder „Sarah“ hinzuzufügen.³ (Welche Vornamen als jüdisch zu gelten haben, hat man mittlerweile schon bestimmt. Eine ganze Reihe gut jüdischer Namen sind in den erblichen Arierstand erhoben worden.)

Wäre das Motiv, dem jene Verordnung entsprungen ist, nicht so abgründig gemein – an ihrem Inhalt gibt es nichts zu tadeln: „Israel“ bedeutet „Gottesstreiter“ und „Sarah“ oder „Sara“ – der Vorname, den ja auch die verehrungswürdige Mutter des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt führt! – bedeutet „Fürstin“. Für Angehörige der Hakenkreuzler-Rasse kommen diese Namen wirklich nicht in Betracht: Fürstliche Züge sucht man bei den Schändern alles Göttlichen vergebens.

Zu erwägen wäre, ob man den Nazis und ihren Huldinnen nicht mit entsprechender Münze zurückzahlen sollte. Vielleicht haben Mitglieder unserer Leserschaft glückliche Eingebungen. Schwierig ist die Aufgabe auf jeden Fall. Denn wie wäre die schrankenlose Niedertracht, die sich unter der Swastika⁴ austobt, in zwei handliche Worte zusammenzupressen ...?!

Bdl.⁵

1 Aufbau, Nr. 10 vom 1.9. 1938, S. 5.

2 Anspielung auf Julius Streicher, Hrsg. der antisemitischen Hetzschrift *Der Stürmer*.

3 Siehe Dok. 84 vom 17.8. 1938.

4 Hakenkreuz.

5 Dr. Rudolf Hermann Brandl (1884–1957), Journalist; 1906–1923 Schriftleiter der Frankfurter Zeitung, 1923–1924 des Leipziger Tageblatts, 1924–1932 Leiter der Zweigstelle Leipzig des Ullstein-Nachrichtendienstes, 1932–1934 Archivleiter im Ullstein-Haus Berlin, 1934 Emigration in die USA, 1937–1939 Hauptschriftleiter des Aufbau; 1953 Rückkehr nach Deutschland.

DOK. 91

**Die Zollfahndung in Halle verdächtigt am 10. September 1938 Ernst Petschek,
seinen Aktienbesitz durch einen Strohhmann zu tarnen¹**

Schreiben der Zollfahndungszweigstelle Halle (H II 231/3-1), gez. Böhnstedt,² an das Devisenfahndungsamt, Berlin, vom 10.9.1938 (Abschrift)

Betr.: Verdacht der Devisenvergehen gegen den Juden Dr. Ernst *Petschek*,³ Aussig/Berlin, und andere.

Durch die Deutsche Arbeitsfront, Gauwaltung Halle-Merseburg, ist der Verdacht ausgesprochen worden, daß der Jude Dr. Ernst Petschek sich umfangreicher Devisenvergehen schuldig gemacht habe. Die von mir auf Grund dieser Anregung angestellten Vorermittlungen hatten folgendes vorläufige Ergebnis:

Dr. Ernst Petschek war bis zum Jahre 1934 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Leonhardt-Werke in Zipsendorf, Kr. Zeitz,⁴ eines Unternehmens, das der Gewinnung von Braunkohle und der Herstellung von Briketts dient und das ein Aktienkapital von RM 8000 000,- besitzt.

Nach seinem Ausscheiden als Vorsitzender gehörte Petschek dem Aufsichtsrat der Leonhardt-Werke weiter als Mitglied an. Erst vor etwa 3 Wochen ist er endgültig ausgeschieden. Nach einer Zeitungsnotiz ist an seine Stelle der Direktor der Leonhardt-Werke *Knackstedt*⁵ getreten, der allgemein als Strohhmann des Petschek gilt, während als Aufsichtsratsvorsitzender seit 1934 der frühere Direktor bei der Berliner Handels-Gesellschaft und jetzige Direktor bei der Commerz- und Privat-Bank A.G.,⁶ Herr Staatsrat *Reinhardt*,⁷ tätig ist.

Von der Gauwaltung Halle-Merseburg der Deutschen Arbeitsfront wird vermutet, daß Petschek noch heute mit mehr als 90 % am Aktienkapital der Leonhardt-Werke beteiligt ist und daß er die in den Jahren 1933 bis 1938 auf seinen Aktienbesitz entfallene Dividende in das Ausland verschoben hat.

Für die Richtigkeit dieser Vermutung sprechen folgende, teils von mir selbst festgestellte, teils von Vertrauenspersonen der DAF behauptete Tatsachen:

1 BArch, R 2, Anh. 56, F. 8.

2 Günter Böhnstedt (*1906), 1933 NSDAP-Eintritt; Zollinspektor in Halle.

3 Dr. Ernst Friedrich Petschek (1887–1956), Chemiker; Vorstandsmitglied der Deutschen Industrie-AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Leonhard AG, nach der „Arisierung“ der Unternehmensgruppe Petschek 1938 in die USA emigriert. Die Familie Petschek besaß ein weitverzweigtes, teilweise in der Tschechoslowakei ansässiges Fimenkonsortium, zu dem u. a. umfangreiche Braunkohlevorkommen gehörten. Insbesondere an diesen war Göring als BVP stark interessiert.

4 Richtig: Braunkohlenwerke Leonhard AG, 1907 gegründet, 1931–1938 Hauptaktionär Familie Petschek, 1939 nach der „Arisierung“ der Unternehmensgruppe Petschek Übernahme durch die Deutsche Kohlenbergbau GmbH, 1940 den Reichswerken Hermann Göring als Abt. BKW Leonhard zugeordnet; von 1946 an Eigentum des Landes Thüringen.

5 Otto Albrecht Conrad Knackstedt (*1878), Ingenieur; 1937 NSDAP-Eintritt; seit 1907 Vorstandsmitglied der Braunkohlenwerke Leonhard AG, seit 1912 der Braunkohlenwerke AG Vereinsglück, von 1927 an Aufsichtsratsmitglied der Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats GmbH.

6 1870 als Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg gegründet, 1905 Fusion mit der Berliner Bank AG, 1920 Fusion mit der Mitteldeutschen Privatbank AG zur Commerz- und Privatbank AG.

7 Richtig: Friedrich Reinhardt (1871–1943), Bankkaufmann; von 1929 an Direktor der Commerz- und Privatbank, Aufsichtsratsvorsitzender u. a. der Leonhard AG und der Ilse Bergbau AG; 1933 Preuß. Staatsrat, Präsident der IHK Berlin, Leiter der Wirtschaftskammer Berlin-Brandenburg.

1. Es wird vermutet, konnte jedoch bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß Petschek schon vor 1933 Großaktionär der Leonhardt-Werke war.

2. In den letzten Jahren sind auf sämtlichen Generalversammlungen der Leonhardt-Werke nur 17 % der ausgegebenen Aktien vertreten worden. 9 % vertrat regelmäßig Petschek, 8 % befanden sich in anderer Hand, 83 % wurden überhaupt nicht vertreten.

3. Die Dividenden für die von Petschek vertretenen 9 % und für die restlichen 83 % der ausgegebenen Aktien wurden in den Jahren 1933 bis 1938 grundsätzlich nicht abgehoben. Sie wurden *einem* Konto „Nicht abgehobene Dividende“ bei den Leonhardt-Werken gutgebracht, das am 17.5.38 einen Bestand von rd. RM 2 300 000,- auswies, der nicht verzinst wurde.

4. Nach Auskunft des Vorstehers des Finanzamtes Zeitz erklärte diesem der als Strohmann geltende Direktor Knackstedt auf Befragen, daß er sich wohl denken könne, wem die nicht abgehobenen Dividenden zuständen. Wenn er aber eine eidesstattliche Erklärung hierüber abgeben müßte, so könnte er einen Namen nicht nennen.

5. Am 17.5.38 vertrat Petschek zum letzten Male auf der Generalversammlung der Leonhardt-Werke die 9 % Aktien, die übrigens in seinem am 29.6.38 dem Herrn Polizeipräsidenten in Berlin eingereichten Vermögensverzeichnis nach dem Stande vom 27.4.38 nicht erscheinen. In der Zeit vom 17.5. bis 30.6.38 wurden dann plötzlich sämtliche bisher nicht eingelösten Dividendenscheine zur Einlösung vorgelegt und von den Leonhardt-Werken tatsächlich auch eingelöst. Einreicher waren inländische Banken, in erster Linie die Commerz- und Privat-Bank Berlin. Ein großer Teil der Scheine soll jedoch zuvor über das jüdische Bankhaus Dreyfus⁸ gelaufen sein.

6. Bis zum 28.7.38 hat der Direktor Knackstedt regelmäßige Betriebsberichte an Petschek erstattet. Er soll sogar dessen Entscheidung in wichtigeren Betriebsangelegenheiten (z. B. bei Ankauf von größeren Maschinen und bei Aufstellung des Finanzplanes) eingeholt haben. Nach Angabe der Vertrauensleute der DAF hat Knackstedt außerdem häufig handgeschriebene Briefe an Petschek kopieren lassen, wobei er jedoch stets die Kopien sofort an sich genommen haben soll.

Bei der Gefolgschaft der Leonhardt-Werke soll Petschek allgemein als „Chef“ gelten. Bemerkt werden muß noch in diesem Zusammenhange, daß Petschek auch Großaktionär der Phönix-Kohlengruben in Mumsdorf/Thür. und der Bornaer Kohlengruben in Borna/Sa. sein soll.⁹ Die Erzeugnisse sämtlicher drei Gruben werden von der von Petschek gegründeten und angeblich noch heute beherrschten Kohlenhandelsgesellschaft m.b.H., Leipzig (Filialen in Berlin und Dresden),¹⁰ abgesetzt. Diese Gesellschaft soll in noch nicht geklärtem Zusammenhange mit der Deutschen Industrie-A.G. (Diag),¹¹ Berlin W 8, Potsdamer Straße, stehen, von der vermutet wird, daß sie lediglich der Verwaltung des Petschekschen Vermögens dient.

8 Das Bankhaus Dreyfus, 1868 von Jacques Dreyfus in Frankfurt a.M. gegründet, 1897–1903 mit der Commerz-Diskonto-Bank Hamburg fusioniert, vermittelte von 1924 an große Auslandskredite für das Deutsche Reich und die deutsche Industrie, 1938 „arisiert“.

9 Phönix AG für Braunkohlenverwertung, 1909 gegründet, Hauptaktionär 1926–1938 Familie Petschek, 1939 Übernahme durch die Deutsche Kohlenbergbau GmbH, später Übergang in die Reichswerke Hermann Göring als BKW Phönix; nach 1945 als VEB BKW Phönix weitergeführt. Braunkohlenwerke Borna AG, nach 1938 Zweigbetrieb der BKW Salzdettfurth AG; 1952 der VEB-Verwaltung unterstellt, von 1990 an Betrieb der Vereinigten Mitteldeutschen Braunkohlenwerke AG.

10 Die Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft m.b.H., Treuhandgesellschaft, verwaltete die Besitzungen der Petschek-Gruppe in Oberschlesien.

11 Die Deutsche Industrie-AG bildete einen Teil der Unternehmensgruppe Petschek in Böhmen.

Die im Besitz des Petschek befindlichen Aktien sollen aus dem Nachlaß seines Vaters Ignaz P.¹² stammen. Andere Vermögensteile des Ignaz P. sollen auf einen Bruder des Dr. Ernst P., Julius P.,¹³ übergegangen sein. Die von Julius P. beherrschten Gesellschaften sind angeblich inzwischen auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums arisiert worden. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß die maßgeblichen Stellen im Ministerium in diesem Zusammenhange auch über die tatsächlichen Vermögensverhältnisse des Dr. Ernst P. unterrichtet worden sind und daß möglicherweise kein Interesse an der Aufklärung der Besitzverhältnisse bei den Leonhardt-Werken besteht.

Aus diesem Grunde und im Hinblick auf die Person des derzeitigen Aufsichtsratsvorsitzenden, Staatsrat Reinhardt, bitte ich festzustellen, ob die Fortsetzung der Ermittlungen und die Aufklärung der Besitzverhältnisse bei den Leonhardt-Werken, den Phönix-Kohlengruben, den Bornaer Kohlengruben, der Kohlenhandelsgesellschaft und der Deutschen Industrie-A.G. erwünscht ist.¹⁴

DOK. 92

Eichmann unterrichtet am 14. September 1938 das Sicherheitshauptamt in Berlin über die Vertreibung mittelloser Juden aus Wien¹

Schreiben des Leiters der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien IV., Prinz Eugenstraße 22, SS-Obersturmführer Eichmann,² an das Sicherheitshauptamt, II 112z.Hd. v. SS-O'Stuf. Hagen (Eing. 20. 9. 1938), vom 14. 9. 1938³

Betr: Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien IV., Prinz Eugenstrasse 22.

Vorg: Rücksprache SS-O'stuf. Eichmann mit SS-O'stuf. Hagen anlässlich seines letzten Hierseins.

Anlg: 2.

Am 22.8. 1938 wurde in Wien auf Anordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ gegründet.

Mit der Gesamtleitung dieser Zentralstelle wurde der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, der Inspekteur der Sicherheitspolizei, SS-Standartenführer Dr. *Stahlecker* beauftragt.

Es häuften sich in Wien die Fälle, wo auswanderungslustige Juden tage- und wochenlang

12 Ignaz Petschek (1857–1934), Bankier und Industrieller; Begründer der Unternehmensgruppe Petschek, von 1926 an zusammen mit seinem Bruder Dr. Julius Petschek Hauptaktionär der Phönix AG, von 1927 an der Ilse Bergbau AG und der Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken AG, seit 1931 der Vereinsglück AG, der Leonhard AG, der Herzog Ernst Bergwerks AG und der Grube Kraft, von 1932 an der Anhaltischen Kohlenwerke AG und der Niederlausitzer Kohlenwerke AG.

13 Tatsächlich handelte es sich um den Bruder von Ignaz Petschek, Julius Petschek (1856–1932), Bankier und Industrieller, Begründer der böhmischen Linie der Familie.

14 Die Ermittlungen gegen Petschek wurden weitergeführt. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag wurde die Firma Petschek zum größten Einzelobjekt in der Geschichte der „Arisierung“.

1 RGVA, 500k-1-625, Bl. 10–13.

2 Leiter der Zentralstelle war Stahlecker. Eichmann fungierte formal als dessen Stellvertreter, leitete die Zentralstelle jedoch de facto.

3 Das Original enthält einige unleserliche handschriftl. Anmerkungen und am Ende den Stempel der Zentralstelle für jüdische Auswanderung.

vor den zuständigen Dienststellen Schlange standen, um dort ihre Auswanderungspapiere in Ordnung zu bringen. Teils durch Ungeeignetheit der zuständigen Beamten, teils durch mangelhafte Organisation traten im Laufe der Zeit Unzukömmlichkeiten auf, die entgegengesetzt unserem Interesse an einer forcierten Abwanderung von Juden aus Österreich standen.

Unter Bezugnahme auf die Unterredung des SS-O'stuf. Eichmann mit SS-O'stuf. Hagen werden nachstehend zur dortigen Kenntnissnahme noch einige Angaben gemacht.

1.) Eines der grössten Übelstände bezüglich der Auswanderung von Juden aus Wien war das Treiben der arischen Rechtsanwälte. Dadurch dass durch ein kompliziertes System die Beschaffung der für die Passanlagen notwendigen Unterlagen meistens 2–3 Monate dauerte (z.B. die Beschaffung eines polizeilichen Führungszeugnisses dauerte 6–8 Wochen), kam es, dass vermögende Juden arische Rechtsanwälte mit der Beschaffung ihrer Dokumente beauftragten.

Diesen Rechtsanwälten gelang es, bei den Behörden bevorzugt behandelt zu werden. Diese Rechtsanwälte oder ihre beauftragten Kanzleihilfen kamen nun mit 10, 20, 30 oder mehr Passanträgen zu den verschiedenen Behörden, hielten dort die Beamten stundenlang auf, während die mittellosen Juden tagelang auf der Strasse standen und um keinen Schritt vorwärts kamen. Dieses Vorgehen brachte nichts als Übelstände mit sich. Einmal wurde es den vermögenden Juden ermöglicht, ohne Schwierigkeiten das Land zu verlassen, während der mittellose Jude hier bleiben musste, also eine Angelegenheit, die im entgegengesetzten Interesse unserer Bestrebungen stand. Zum anderen schrieb das Ausland bereits, dass die Beschaffung von Reisepässen in der Ostmark RM 1000.– pro Pass kostet. Die Rechtsanwälte verlangten nämlich pro Reisepass zum Teil unerhörte Summen, die der vermögende Jude auch freiwillig bezahlte.

Nachdem die Beschaffung von Reisepässen durch die Einrichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung nur etwa 8 Tage dauert (die Beschaffung eines polizeilichen Führungszeugnisses geht heute unter 48 Stunden vor sich), werden diese Rechtsanwälte bereits bei allen möglichen Partei- und Staatsstellen vorstellig, da ihnen durch diese Einrichtung, wie sie sich selbst ausdrücken, ein fettes Geschäft verloren geht. Da obendrein diesen Rechtsanwälten von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung keine Extrastunden für ihre Behandlung eingeräumt wurden, ist ihre Erbitterung gegen diese Einrichtung eine umso grössere.

Das Bestreben der Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist es, in erster Linie für eine forcierte Abwanderung der mittellosen Juden Sorge zu tragen und vermögende Juden nur dann zur Auswanderung zu bringen, wenn mit ihrer Abwanderung gleichzeitig die Abwanderung eines ihrem Vermögen entsprechenden Teiles von mittellosen Juden verbunden ist.

2.) Es wurden vor Gründung der Zentralstelle Reisepässe und die hierfür notwendigen Dokumente wahllos ausgegeben, d.h. jeder Jude, der zuerst kam, bekam seine nötigen Unterlagen ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Jude tatsächlich Einwanderungsmöglichkeiten hatte oder nicht. In der Folgezeit traten dann die Fälle auf, in denen die bereits beschafften Papiere ihre Gültigkeit verloren, da der Jude noch immer nicht zur Auswanderung gelangen konnte (die Laufzeit einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung,⁴ eines polizeilichen Führungszeugnisses usw. beträgt hier nur 4 Wochen). Diese

4 Siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

Juden mussten also bis zur endgültigen Abwanderung mehrmals dieselben Wege machen, was zwangsläufig auch zu einer Überlastung des Behördenapparates führte.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung gibt bis auf weiteres Unterlagen, Dokumente und Reisepässe nur an solche Juden ab, die bereits im Besitz einer Einwanderungsmöglichkeit sind, d.h. eine grosse Anzahl von Juden ist im Besitz von befristeten Einreisemöglichkeiten. Um diese Unterlagen nicht wertlos zu machen, werden sie vordringlich behandelt, gleichzeitig sind die jüdisch-politischen Organisationen in Wien tätig, laufend weitere Einwanderungsmöglichkeiten für Juden zu schaffen. Die Zeit der Gruppenwanderung ist ja bekanntlich bis auf weiteres endgültig vorbei, sodass z.Zt. intensiver an der Einzelauswanderung gearbeitet wird. Die Zentralstelle macht täglich 200 Juden passfertig und beobachtet gleichzeitig deren Abtransport.

3.) Zur dortigen Kenntnisaufnahme wird anliegend der Monatsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde Wien für August und der Wochenbericht der Israelitischen Kultusgemeinde vom 13.9.1938 übersandt.⁵

Heil Hitler!

DOK. 93

Julian Kretschmer aus Emden schildert die Auflösung seiner Arztpraxis im Spätsommer 1938¹

Bericht von Julian Kretschmer² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Am 1. Januar wurde mir ein Teil der Krankenkassen – wie allen jüdischen Kassenärzten – genommen, das erste Mal, dass die Beschränkung der ärztlichen Tätigkeit offiziell erfolgte.⁴ Die Mitteilung bekam ich drei Tage vorher. Anfang Februar konnte noch eine Zusammenkunft von aktiven Zionisten Nordwestdeutschlands in Wilhelminenhöhe bei Hamburg stattfinden. Auf der Hinreise erfuhr ich aus den Zeitungen die grossen Veränderungen in der Heeresleitung.⁵ Die Mitreisenden erwähnten diese wohl, sprachen sich

⁵ Liegen nicht in der Akte.

¹ Julian Kretschmer, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 74–79, Harvard-Preisausschreiben Nr. 120.

² Dr. Julian Kretschmer (1881–1948), Internist; bis 1914 Assistenzarzt in Berlin, 1914–1918 Militärarzt an der franz. Front, 1919–1938 Praxis in Emden, Nov.–Dez. 1938 im KZ Oranienburg inhaftiert; 1939 Emigration nach Palästina, von 1943 an Arzt in Raananah und Kfar Warburg.

³ Der gesamte Bericht umfasst 83 Seiten und wurde aus Kfar Warburg, Palästina, eingesandt. Im ersten Teil des Berichts beschreibt Julian Kretschmer seine Schulzeit und Ausbildung in Breslau, die Jahre in Berlin, den Kriegseinsatz und seine Erfahrungen als niedergelassener Arzt in Emden sowie das Berufsverbot.

⁴ Mit Wirkung vom 1.1.1938 hatten die Ersatzkassen entsprechend einer Vereinbarung mit der Kasernenärztlichen Vereinigung allen Ärzten, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, die Kasernenzulassung entzogen. Allein in Berlin waren von dieser Regelung ca. 800 Ärzte betroffen; siehe Einleitung, S. 14.

⁵ Am 4.2.1938 übernahm Hitler persönlich die Befehlsgewalt über die Wehrmacht, entließ Reichskriegsminister Werner von Blomberg sowie den Oberbefehlshaber des Heeres Werner Freiherr von Fritsch, dessen Position Walther von Brauchitsch übernahm. Das neu geschaffene Oberkommando der Wehrmacht wurde Wilhelm Keitel unterstellt; siehe Einleitung, S. 16.

jedoch nicht näher darüber aus. Ein grosser Teil der Reisenden waren übrigens, wie überhaupt in den letzten Jahren, Soldaten und Arbeitsdienstmänner und -mädchen. Man war mir gegenüber, der ich mich an ihrer im allgemeinen recht oberflächlichen Unterhaltung nicht beteiligte, hilfsbereit, leistete mir kleine Gefälligkeiten. Die Soldaten schimpften gelegentlich auf ihre Vorgesetzten oder machten Witze über ihre Ausstattung aus Ersatzstoffen.

Kurz danach stellte das Inkassobüro, das bisher meine Rechnungen an Patienten einkassiert hatte, seine Tätigkeit für mich ein. Im April 1938 erschien die Verordnung über die Anzeige des Vermögens der Juden, wonach ein subtiles Verzeichnis aller möglichen Vermögenswerte nach dem Stande vom 27. April 1938 bis zum 30. Juni einzureichen war, u. zw. seltsamerweise nicht bei der Steuer-, sondern bei der Verwaltungsbehörde, in meinem Falle dem Regierungspräsidenten in Aurich.⁶

Noch während ich mit der Aufstellung dieser Verzeichnisse für mich und meine Frau beschäftigt war, erschienen am 15. Juni in meinem Sprechzimmer Beamte der „Zollfahndung“, d. h. eines Dienstzweiges der Devisenstelle, die sich mit Fahndung auf Devisenvergehen befasste, und wollten über meine Vermögensbestände Auskunft haben. Dass meine Gehilfin im Sprechzimmer anwesend war, war ihnen sichtlich peinlich, sodass sie zunächst im Flüstertone mit mir zu verhandeln versuchten. Ich hatte in Voraussicht ähnlicher Vorkommnisse – z. B. erwartete ich wie alle Juden auch einmal den Besuch der Gestapo – meiner Gehilfin generell Anweisung gegeben, in solchen Fällen immer im Zimmer zu bleiben. Auch auf den Flüsterton ging ich nicht ein, sondern gab völlig unbefangen die verlangten Auskünfte. Als Grund dieser Besuche gaben die Beamten an, dass ein gewisser – wenn auch nicht substantzierter Verdacht wegen meiner Auswanderungsabsichten bestehe, zumal meine Tochter bereits ausgewandert sei. Die Beamten waren mir bekannt, denn sie hatten mich schon einmal nach Ruths Auswanderung besucht und über deren Vermögensverhältnisse Auskunft verlangt. Beide Besuche waren übrigens völlig überflüssig, denn das, was zu ermitteln ihre Aufgabe war, war der Finanzbehörde längst bekannt. Ausserdem war ich mit ihnen einige Monate vorher zusammengekommen, als sie einen Juden kurz vor seiner Auswanderung wegen eines Verdachtes der Devisenschlebung, der sich nicht bestätigte, verhaftet hatten und den ich, als er in der Haft erkrankte, dort besuchte. Während des eine Stunde dauernden Besuches der Zollfahndungsbeamten in meinem Sprechzimmer hatte sich mein Wartezimmer mit lauter alten treuen Patienten gefüllt, die getreulich das Ende des ungebetenen Besuches abwarteten.

Etwa gleichzeitig wurde dieselbe Aktion bei sämtlichen über etwas Vermögen verfügenden Juden der Stadt vorgenommen. Nicht immer ging es so glimpflich ab wie bei mir. Bei meinem Schwiegervater Valk senior⁷ wurde eine subtile Haussuchung vorgenommen, bei anderen nur die Schreibtische und Korrespondenz durchsucht, was alles bei mir unterblieb.

Sofort auf den Besuch folgten Sicherungsanordnungen über mein Vermögen, ebenso wie bei den anderen Juden, d. h. wir konnten nur mit Genehmigung der Devisenstelle verfügen, mit Ausnahme eines kleinen Betrages von wenigen hundert Mark sowie von Sachbesitz, u. zw. musste man auch zur Bezahlung von Steuern die Genehmigung der Devi-

⁶ Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

⁷ Jacob Valk (1860–1942), Kaufmann; Besitzer des Kaufhauses J.M. Valk in Emden, das 1936 „arisiert“ wurde, Nov.–Dez. 1938 im KZ Oranienburg inhaftiert, zog 1937/1938 nach Berlin und starb dort.

senstelle einholen. Diese Regelung war der örtlichen Finanzbehörde, dem Finanzamt, anscheinend nicht bekannt. Denn kurz danach bestellte mich der zuständige Beamte des Finanzamtes zur mündlichen Rücksprache und verlangte von mir Hinterlegung der RFlSt. (Reichsfluchtsteuer). Ich verwies ihn auf die Sicherungsanordnung, die ja eigentlich eine derartige Hinterlegung überflüssig machte, erklärte mich aber trotzdem dazu bereit, da, wie ich annahm, das Finanzamt und die Devisenstelle sich ja leicht auf dem Dienstwege darüber verständigen könnten und andernfalls nur überflüssiger Schriftwechsel entstände. Mir war die amtliche Unzulässigkeit meines Vorschlages wohl bekannt und ebenso, dass ich für Hinterlegung die Genehmigung der Devisenstelle einholen müsse, aber ich wollte nicht unterlassen, dem mir als grossen Nazi bekannten Beamten (Steuerinspektor Luderer) das Unsinnige des ganzen Verfahrens anzudeuten. Ich gebrauchte im übrigen diesem sowie den Zollfahndungsbeamten und den Bankangestellten gegenüber immer gern den Ausdruck „Beschlagnahme“, wogegen jedesmal protestiert wurde. Besonders Zollinspektor Wagner von der Zollfahndung glaubte, mir versichern zu müssen, dass ich in keiner Weise in der Verwendung meines Vermögens behindert werden sollte. Ich wusste, was ich davon zu halten hatte und wie die Behörde schon allein durch die Verzögerung der Genehmigungsbescheide in die Vermögensverwendung eingreifen konnte, was sich auch später bestätigte. Immerhin gelang es mir, noch eine gewisse Summe für Einkäufe zu meiner nunmehr nach meiner völligen Wiederherstellung fest beschlossenen Auswanderung sowie später für Unterstützungen von Verwandten und jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen, Reisekosten usw., wenn auch mit grosser Verzögerung, frei zu bekommen.

Wie aus alledem hervorgeht, konnte ich nur einen Teil meiner Zeit meinen – immer weniger werdenden – Kranken widmen, da die Aufstellung von Verzeichnissen, Berechnungen, Anträgen usw. für Finanzamt, Devisenstelle, Judenvermögensanzeige eine beträchtliche Arbeit erforderte. Meine Praxis, die 1937 mich noch einigermassen beschäftigt und einen kleinen Überschuss erbracht hatte, verfiel nunmehr vollkommen, und meine Gehilfin Maria Reinken, die 11 Jahre bei mir gewesen war, musste sich nach einer anderen Stelle umsehen, die sie bei dem früher erwähnten Dr. Hüchtemann⁸ fand, den sie kurz danach heiratete.

Am 3. August wurde die Anordnung über die Beendigung der Tätigkeit jüdischer Ärzte bekanntgegeben, und gleichzeitig erschien auch in der OTZ ein Artikel, worin darauf hingewiesen wurde mit der Bemerkung, dass ich schon längere Zeit meine Auswanderung vorbereitete.⁹ Vom 7.–14. August war ich nach Berlin gefahren, um Einkäufe für die Auswanderung vorzunehmen. Die übliche Bekanntgabe von Abreise und Rückkehr in Zeitungsinseraten war mir schon seit 1935 nicht mehr möglich, da die Zeitungen Aufnahme von Inseraten von Juden verweigerten. Trotzdem kamen in der Woche vom 15.–22. August eine grosse Zahl meiner früheren Patienten, um sich noch einmal von mir zu verabschieden, eine erhebliche Nervenprobe, sodass schon am 15. August meine Gehilfin, die ihre neue Stellung am 23. August antreten sollte, unter Tränen erklärte, sie

⁸ Dr. Ewald Hüchtemann, Arzt; 1926 approbiert, von 1931 an Internist in Emden, übernahm einen grossen Teil der Patienten von Dr. Kretschmer.

⁹ Die 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938, am 2.8.1938 im RGBl. veröffentlicht, entzog jüdischen Ärzten mit Wirkung ab 30.9.1938 die Approbation; RGBl., 1938 I, S. 969 f. Siehe auch Dok. 76 vom 5.8.1938. Die Meldung erschien in der Rubrik „Aus der Heimat“ in: Ostfriesische Tageszeitung, Nr. 183 vom 8.8.1938.

wüsste nicht, wie sie es diese Woche noch aushalten sollte. Dass bei den Abschiedsbesprechungen die Nazis nicht gut wegkamen, bedarf keiner Erwähnung.

In den letzten Wochen meiner Praxis wurde ich nachts telephonisch von einer Frauenstimme aufgefordert, in das Haus Grasstrasse Nr. X. zu kommen, dort hätte ein Fräulein Herzkrämpfe. Durch frühere Erfahrungen gewitzigt, liess ich mir die Anschlussnummer sagen, um durch Anruf meinerseits das erste Gespräch zu bestätigen oder eine etwaige Mystifikation zu erkennen. Darauf wurde mir die Nummer angegeben mit dem Bemerkten, dass es sich um eine sogenannte Geheimnummer handele, die nicht im Verzeichnis stände. Ich rief das Fernsprechamt an und erfuhr, dass sonst über Geheimnummern Auskunft gegeben würde, über diese jedoch nicht. Nun wusste ich Bescheid. Ich hatte nämlich gelegentlich gehört, dass sich in dieser Strasse ein Bordell befindet, um das es sich offenbar handelte. Ich rief wieder an und erklärte, ich würde nur kommen, wenn ich von der Polizei aufgefordert und begleitet würde. Die Frauenstimme antwortete lachend: „Ist das so schlimm!“ Ein weiterer Anruf erfolgte nicht.

Es besteht die Möglichkeit, dass es sich um einen wirklichen Krankheitsfall gehandelt hat, aber auch die einer mir gelegten Falle. Aber auch im ersten Falle hätte ich mich in eine grosse Gefahr begeben, wenn ich hingegangen wäre. Denn wenn mich Nazis in dieses Haus gehen gesehen hätten, wäre mein Schicksal ohne Rücksicht auf den wirklichen Sachverhalt besiegelt gewesen.

Den letzten Krankenbesuch bei Nichtjuden machte ich am 15. September bei Fräulein Lina Gail,¹⁰ die ebenso wie ihre mit ihr in Gemeinschaft lebenden Schwestern eine alte Lehrerin war. Die Damen waren immer Verehrerinnen Hitlers gewesen. Die Untaten der Nazis erklärten sie damit, dass Hitler dies alles nicht wüsste. Damit suchten sie auch den 75jährigen Moses Seligmann zu trösten,¹¹ den sie in meinem Wartezimmer kennenlernten, wobei sie erfuhren, dass seine zwei Söhne bei der sogenannten Juniaktion 1938 verhaftet und verschleppt worden waren, sodass man erst nach Wochen erfuhr, dass sie im Konzentrationslager Buchenwald waren.¹² Sie billigten meine Auswanderung, sprachen mir guten Mut zu und meinten, ich würde im Ausland schon wieder hochkommen.

Mit Prokurist Hinz von der EVAG¹³ hatte ich eine Besprechung über die Räumung meiner Wohnung und Sprechstundenräume, wobei ich ihm die Frage vorlegte, wer von uns die Kündigung aussprechen sollte. Er hatte den Wunsch, dass sie von mir ausginge, was auch geschah. Die Wohnung sollte bis zum 30. September, das Sprechzimmer konnte etwas später geräumt werden.

Um den Verkauf meiner Möbel und einzelner medizinischer Geräte hatte ich mich schon früher bemüht. Ich hatte für die gut erhaltenen Möbel, die z.T. einen hohen Liebhaber- oder Kunstwert besaßen, nach Prüfung durch einen Fachmann Preise festgesetzt, die im Durchschnitt etwa 35 % des Neuwertes im Jahre 1913 entsprachen. An diesen niedrigen Preisen hielt ich auch fest, trotzdem die sich in einiger Zahl einfindenden Kauflustigen sie herabzudrücken versuchten. Als ich schliesslich einem anscheinend

¹⁰ Caroline Gail, Hausfrau; wohnte mit ihren beiden Schwestern Auguste und Matthilde Gail in Emden.

¹¹ Moses Seligmann (1866–1942), Viehhändler; zog 1940 mit seiner Ehefrau Henriette Seligmann, geb. Rosenberg nach Berlin.

¹² Zur sog. Juniaktion siehe Dok. 39 vom 1.6. 1938.

¹³ Emdener Verkehrs- und Automotive Gesellschaft.

ernstlichen Käufer erklärte, dass ich die Möbel eher als Brennholz verwerten lasse, als dass ich unter diesen äussersten Preis herunterginge, erklärte er sich mit demselben einverstanden. Verhältnismässig grosszügig war der Inhaber eines grossen Hotels in Emden, der ein Herrenzimmer und ein Schlafzimmer zum festgesetzten Preise abnahm, ohne zu handeln. Für den Verkauf der grösseren ärztlichen Geräte waren von der Leitung der deutschen Ärzteschaft Richtlinien aufgestellt worden, nach denen ich den Preis berechnete. Es handelte sich im wesentlichen um eine Röntgeneinrichtung, die ich im Jahre 1931 für RM 7100,- angeschafft hatte. Sie wurde von mir mit RM 1960,- berechnet und zu diesem Preise von Dr. van Lessen,¹⁴ Juist, übernommen.

Da ich in Kürze die Transferegenehmigung, die Vorbedingung für das Einwanderungsviisum, erwartete, hatte ich mich entschlossen, den Rest meiner Habe zum grössten Teil einem Spediteur zur Einlagerung zu übergeben, besonders die neu zur Auswanderung eingekauften Gegenstände, und nur mit Kleidung, persönlichen Effekten und meinem Schreibtisch zu meinen Schwiegereltern zu ziehen, die in einer Verkehrsstrasse im Innern der Stadt ein älteres weitläufiges Haus bewohnten. Meinen Schreibtisch mit Inhalt benötigte ich sehr, da ich, wie schon eben erwähnt, ständigen Schriftverkehr neben mündlichen Besprechungen mit den Finanzbehörden hatte, wobei es im wesentlichen darum ging, in welcher Form ein grosser Teil des Vermögens auf die verschiedenen Abgaben usw. zu verteilen war. Ausserdem fungierte ich als Geschäftsführer der Jüdischen Winterhilfe. Gelegentlich besuchten mich noch einige meiner alten Patienten, vor allem die treue Frau Blesene, sonst konnte man den Zustand als Ghettodämmerung bezeichnen.

Ich hätte erwartet, dass meine frühere langjährige Gehilfin, die sich inzwischen mit Dr. Hüchtemann verheiratet hatte, noch gelegentlich nach mir fragen und Interesse für mein Schicksal zeigen würde. Gelegentlich eines Besuches, den ich in der Sprechstunde von H. machte, um über Abgabe weniger kleinerer ärztlicher Geräte Rücksprache zu nehmen, deutete sie mir an, dass sie und ihr Mann, der als früherer Anhänger von Otto Strasser¹⁵ verdächtig und sogar schon einmal acht Tage in Haft gewesen war, besonders vorsichtig sein müssen. Ihr Mann hätte sogar anonyme Warnungsbriefe bekommen.

Ende Oktober erfolgte die Ausweisung der polnischen Juden, in Emden handelte es sich um 16 Erwachsene und zehn Kinder.

[...] ¹⁶

14 Dr. Hero van Lessen (1895–1975), Arzt; 1932 NSDAP-Eintritt; 1922 approbiert, bis 1937 Arzt in Emden, dann auf Juist.

15 Richtig: Otto Straßer (1897–1974), Politiker, Publizist, Verleger; 1917–1920 SPD- und 1925–1930 NSDAP-Mitglied; führender Vertreter des sog. linken Flügels der NSDAP, trat 1930 aus der Partei aus und gründete die Organisation Schwarze Front; 1933 Emigration nach Österreich; nach 1945 in der Bundesrepublik publizistisch tätig.

16 Im letzten Teil berichtet Julian Kretschmer von seiner Verhaftung im Nov. 1938, dem Aufenthalt im KZ Sachsenhausen und seiner Ausreise nach Palästina.

DOK. 94

Der Hilfsverein informiert am 16. September 1938 über die Bedingungen der Einwanderung nach Bolivien¹

Rundschreiben (B Nr. 247) des Hilfsvereins der Juden in Deutschland (Dr. Sti/Bo.), gez. Dr. Prinz,² gez. i.A. Dr. Stillschweig,³ an alle Auswandererberater im Reich und die Sachbearbeiter im Hause vom 16. 9. 1938

Betr.: Einwanderung nach Bolivien.

1. Die Hicem hat auf unsere Anregung ein *Comité in Bolivien konstituiert*, dessen Anschrift wir den Sachbearbeitern der Berliner Zentrale in einem besonderen Rundschreiben mitteilen. Durch die Errichtung des *Comités* ist einem Mangel abgeholfen, der bisher unsere Arbeit, soweit sie sich auf Bolivien bezieht, wesentlich erschwert hat.

2. Das *Comité* hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen und eine *Unterredung mit dem Minister für Einwanderung und Kolonisation* gehabt,⁴ der folgendes erklärte:

„Mehrere jüdische Einwanderer aus verschiedenen Ländern haben die Einreiseerlaubnis für Bolivien bekommen, weil sie erklärten, dass sie ein bestimmtes Kapital besitzen oder einen bestimmten Beruf in ihrem Herkunftsland ausüben, den sie auch in Bolivien auszuüben gedenken. Auf Grund dieser Erklärungen wurde ihnen die Einreiseerlaubnis gewährt. Als sie jedoch im Lande ankamen, hat sich eine Anzahl von ihnen dem Hausierhandel gewidmet, was die Unzufriedenheit der Regierung erregt hat. Infolgedessen und um die jüdische Einwanderung nicht einzuschränken, sind die *gesetzlichen Bestimmungen folgendermassen geändert worden*: eine Person, die nach Bolivien einzureisen wünscht und erklärt, dass sie ein bestimmtes Kapital besitze und einen bestimmten Beruf ausübe, kann die Einreiseerlaubnis in das Land für zwei Jahre erhalten, während welcher sie die Wahrheit ihrer sich auf den Beruf beziehenden Erklärungen beweisen muss; nach Ablauf dieser Frist erhält sie das endgültige Aufenthaltsrecht, sofern ihre Erklärungen sich als zutreffend erwiesen haben. Im umgekehrten Fall behält sich die Regierung das Recht vor, sie auszuweisen.

Der Minister gab ausserdem von den Instruktionen Kenntnis, die er an die Konsuln im Ausland gegeben hat und gemäss denen *Touristenvisa nur wirklichen Touristen* erteilt werden dürfen.“

Das *Comité* betont mit Nachdruck, dass es unter keinen Umständen angängig ist und den Einzelnen sowie die gesamte jüdische Bolivieneinwanderung aufs schwerste gefährdet, wenn Einwanderungswillige bei den Erklärungen über ihre Berufe falsche Angaben machen.

1 CJA, 2A2, Nr. 17, Bd. 1.

2 Dr. Arthur Prinz (1898–1981), Wirtschaftswissenschaftler; 1923–1933 Dozent in Berlin, 1927 Redakteur der Neuen Leipziger Zeitung, 1933–1939 Mitglied des Hilfsvereins und Leiter von dessen Presseabt., 1936–1939 Hrsg. des Hilfsvereins-Bulletins „Jüdische Auswanderung“; emigrierte 1939 nach Palästina, 1948 in die USA.

3 Kurt Stillschweig (1905–1955), Jurist; 1932–1933 Rechtsanwalt in Berlin, 1938–1939 Berater für Emigrationsfragen beim Hilfsverein und in der Reichsvertretung der Juden; 1939 emigrierte er nach Schweden, dort Rechtsanwalt; Autor u.a. von „Die Juden Osteuropas in den Minderheitsverträgen“ (1936).

4 Eduardo Díez de Medina (1881–1955), Jurist, Diplomat und Schriftsteller; 1938 Minister für Auswärtiges, Immigration und Kultus in Bolivien.

3. Das hiesige Konsulat hat uns *streng vertraulich* darauf aufmerksam gemacht, dass das bolivianische Generalkonsulat in Hamburg Juden keine Visa erteilt. Es empfiehlt sich, in den für Hamburg zuständigen Fällen den Antrag in Berlin zu stellen. *Den Petenten gegenüber darf unter keinen Umständen auf die vertrauliche Mitteilung des hiesigen Konsulats Bezug genommen werden.*

DOK. 95

Der Sicherheitsdienst der SS schlägt am 22. September 1938 vor, Umschulungslager für Juden im Kriegsfall in Arbeitslager umzuwandeln¹

Bericht (geheime Reichssache) des SD (II 112 0/C #1, Hag), Six (II 1), vom 22.9.1938²

Betr.: Jüdische Umschulungslager.

Vorg.: ohne.

1. Vermerk:

Im gesamten Reichsgebiet bestehen z.Zt. die in der Anlage aufgeführten 29 jüdischen Umschulungslager,³ die ein durchschnittliches Fassungsvermögen von 40–50 Insassen haben.

Da im A-Falle⁴ die in Deutschland ansässigen Juden für ihre Hilfsbedürftigen, für die Angehörigen von den in Schutzhaft genommenen Juden usw. selbst aufkommen sollen, erscheint es angebracht, die genannten jüdischen Umschulungslager zu Arbeitslagern auszubauen, in denen diese Personen zu einem Teil untergebracht werden können. Sie würden dort praktische Arbeit zu leisten haben und für ihre eigene Verpflegung sorgen müssen. Zur Überwachung müssen, ähnlich wie bei den Konzentrationslagern, diesen Arbeitslagern SS-Wachen zugeteilt werden, die für einen geregelten Ablauf der Arbeit und für Ruhe und Ordnung verantwortlich sind.

1 Anlage

2. Zur Mitzeichnung vorgelegt:

a) II B 4⁵

b) SS-Standartenführer Müller⁶

c) Dr. Best

3. SS-Gruppenführer Heydrich vorgelegt m.d.B. um Entscheidung, ob der Chef der Konzentrationslager, SS-Gruppenführer Eicke, entsprechend unterrichtet werden soll.

4. Wvlg. bei II 112.

1 BArch, ZB 7050, A.6.

2 Das Schreiben ist von Hagen verfasst und von Six gegengezeichnet worden. Im Original handschriftl. Kürzel und Bearbeitungsvermerke.

3 Hier nicht abgedruckt.

4 A-Fall: Angriffs-, Kriegsfall.

5 Judenreferat des Gestapo.

6 Heinrich Müller (*1900), Flugzeugmonteur; von 1919 an in der Polizeidirektion München tätig, seit 1929 bei der Politischen Polizei für die Überwachung kommunistischer Organisationen zuständig; 1934 SS-Eintritt; Versetzung zum Gestapo Berlin, 1936 stellv. Chef des Amts Politische Polizei im Hauptamt Sicherheitspolizei; 1938 nach langen Kontroversen NSDAP-Eintritt; 1939 Geschäftsführer der Reichszentrale für jüdische Auswanderung und Chef des Amts IV (Gestapo) im RSHA; 1942 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz; seit 1945 verschollen.

DOK. 96

Besprechung im Reichsjustizministerium am 22. September 1938 über die Aufhebung des Mieterschutzes für Juden, deren Verarmung und mögliche Gettoisierung¹

Protokoll des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt,² Referent: Dr. Fränk³ (II/Hp.), Besprechung im Reichsjustizministerium vom 22.9.1938⁴ (Durchschlag)

Betreff: Mieterschutz der Juden.

Es hat sich als notwendig herausgestellt, eine gesetzliche Regelung über die Aufhebung des Mieterschutzes für Juden zu erlassen. Einzelne Amtsgerichte haben bereits auf Grund der §§ 2 oder 4 des Mieterschutzgesetzes⁵ den Mieterschutz für Juden verneint mit der Begründung, dass allein das Bewohnen von jüdischen Haushaltungen die Hausgemeinschaft auf das empfindlichste stört und deshalb eine Kündigung dieser Haushaltungen zumutbar ist. Da die Auffassung der Gerichte über die Auslegung der Gesetzesbestimmung nicht einheitlich ist und die Befürchtung verschiedenartiger Behandlung derartiger Fragen besteht, werden folgende Fragen aufgeworfen:

- 1.) Ist der Zeitpunkt gekommen, nunmehr auch auf diesem Gebiet gegen die Juden vorzugehen?
- 2.) In welcher Weise soll hiergegen vorgegangen werden und welche Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Art sind zu erwarten?

Die Frage zu 1.) wurde von allen Vertretern der beteiligten Ressorts bejaht. Zu der Frage zu 2.) führt Ministerialrat Scheffler⁶ für das Ministerium des Innern aus, dass eine abschliessende Stellungnahme seines Hauses noch nicht gegeben werden kann, insbesondere müsse vorweg geprüft werden, wieviel jüdische Haushaltungen bestehen und durch diese Massnahmen betroffen werden, da im Falle einer Obdachlosigkeit der jüdischen Haushaltungen diese der Gemeinde zur Last fallen würden, die ihrerseits verpflichtet wäre, für eine Unterbringung Sorge zu tragen. Weiterhin sei es die Frage der Schaffung eines Ghettos, die zurzeit vom Reichsführer SS. geprüft wird und noch nicht abschliessend geklärt ist. Er müsse jedoch feststellen, dass vom Standpunkt der Gemeinde aus eine

1 BArch, R 4606/157, Bl. 153–155.

2 Albert Speer (1905–1981), Architekt; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt; von 1934 an Planer und Architekt großer Bauvorhaben, u. a. der Neuen Reichskanzlei, von 1937 an Generalbauinspektor (GBI) der Reichshauptstadt, 1942 RMfRuK; 1946 in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1966 entlassen.

3 Dr. Gerhard Fränk (1908–1975), Jurist; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; 1935 Gerichtsassessor, 1937 Magistratsrat in der Berliner Stadtverwaltung, von 1938 an Vizepräsident der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt, Hausjurist des GBI, stellv. Leiter der HA II (Räumung, Baustoffe, Arbeitskräfte), von 1940 an im Stab des SS-Hauptamts Verwaltung und Wirtschaft, 1944 SS-Standartenführer.

4 Die Besprechung wurde von Ministerialdirektor Dr. Volkmar geleitet. Weiter waren Vertreter des StfF, des RMDI, des RArbM und des RWM anwesend.

5 Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1.6.1923, RGBl., 1923 I, S. 353–364, Neufassung vom 30.6.1926, RGBl., 1926 I, S. 347–357; das Gesetz wurde in den folgenden Jahren mehrfach geändert; Susanne Willems, *Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau*, Berlin 2000, S. 90. Zur Diskussion um die Aufhebung des Mieterschutzes für Juden siehe Dok. 101 vom 6.10.1938.

6 Dr. Gerhard Scheffler (1894–1977), Jurist; 1931–1933 Landrat des Kreises Bentheim, 1933–1940 in der Kommunalabt. des Preuß. bzw. RMDI tätig; 1940 NSDAP-Eintritt; 1940–1945 Oberbürgermeister von Posen; 1949–1950 beim Rechnungshof NRW, 1950–1958 im BMI für Sozialwesen zuständig.

wesentliche Mehrbelastung durch Bau von Wohnungen und dergl. nicht übernommen werden könne. Weiterhin sei auch die Frage des Gewerbebetriebes der Juden in diesem zu schaffenden Ghetto zu erörtern, insbesondere der Umstand, dass Juden aus der Provinz (jüdische Viehhändler u. dergl.) in die Grosstadt zögen und dort arbeitslos würden. Es sei heute schon so, dass jeder vierte Jude öffentliche Unterstützung erhalte, so dass zurzeit ein Entwurf zur Abänderung der Fürsorgepflichtverordnung ausgearbeitet wird, nach welchem die öffentliche Unterstützung für Juden gegenüber den deutschen Volksgenossen wesentlich herabgesetzt werden wird.

Der Vertreter des Stellvertreters des Führers begrüßte die vom Reichsjustizminister angeregten Massnahmen und hielt eine alsbaldige Regelung für dringend erforderlich. Insbesondere sei die Tendenz der bisher ergangenen gerichtlichen Entscheidungen zu billigen. Er bat, die Frage des Ghettos und der weiteren Auswirkungen zurückzustellen. Er habe keine Bedenken, zunächst zu versuchen, die Juden sich selbst zu überlassen, um anderweitig unterzukommen. Gegebenenfalls würde er vorschlagen, zur Unterbringung der obdachlosen Juden Baracken durch die Gemeinde errichten zu lassen.

Die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums schliessen sich im allgemeinen den vorgetragenen Ausführungen an, können aber für ihre Ressorts abschliessende Stellungnahmen noch nicht geben.

Dr. Fränk trägt die Stellungnahme des Generalbauinspektors vor, die insbesondere für Berlin und vermutlich für die anderen Städte, in denen städtebauliche Massnahmen des Führers durchgeführt werden, grundlegend sein dürfte. Es wird von uns insbesondere die Herausnahme der Juden aus Grosswohnungen gefordert, um diese denjenigen Mietern aus Abrissgebieten zukommen zu lassen, die bisher Grosswohnungen innehatten. Wirtschaftlich gesehen würde dies, da im wesentlichen die Gemeinde zur Errichtung der Ersatzwohnungen verpflichtet sei, eine Ersparnis von etwa 40 Millionen RM bedeuten. Ob man auch für die Juden in den Grosstädten wie Berlin, Frankfurt usw. Barackenbauten errichtet, sei noch zu erwägen. Wegen der Vordringlichkeit für die Berliner Verhältnisse sei beabsichtigt, diese jüdischen Grosswohnungsinhaber in einem noch zu bestimmenden – vielleicht abseits gelegenen – Teil Berlins in Neubauwohnungen unterzubringen. Ministerial[direktor] [Dr.] Volkmar⁷ erbittet die noch ausstehenden abschliessenden Stellungnahmen des Reichsministers des Innern, des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministers bis zum 15. Oktober, um dann auf Grund dieser entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Ich habe im Anschluss an die Besprechung mit Dr. Werner Müller⁸ von der Stadt Berlin Rücksprache genommen. Um festzustellen, in welchem Ausmasse jüdische Haushaltungen von einer derartigen Aktion in Berlin betroffen werden, müssen m.E. statistische Erhebungen angestellt werden. Es ist aus der Wahlkartei der Bezirksbürgermeister ersichtlich, wieviel nichtwahlberechtigte Juden zurzeit in Berlin vorhanden sind. Nach

7 Dr. Erich Volkmar (*1879), Jurist; 1908 Amtsrichter, 1919 Geh. Reg. Rat und 1931 Min. Dir. im RJM, 1936 im Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Senatspräsident des Reichserbhofgerichts, Honorarprofessor in Berlin, von 1943 an im Ruhestand.

8 Dr. Werner Müller (1900 – 1955), Jurist; 1926–1928 Gerichtsassessor in Berlin, Leiter des Berliner Hauptplanungsamts, Obermagistratsrat; nach 1945 Generalreferent im Berliner Bau- und Wohnungswesen, 1951–1953 Innensenator von West-Berlin, von 1954 an Präsident des Verwaltungsgerichts Berlin.

oberflächlicher Schätzung beläuft sich diese Summe auf 160 000. Nach dem Erfahrungssatz (ein Haushalt = 2,8 Personen im Durchschnitt) haben wir daher etwa 50 000 jüdische Haushaltungen. Es ist jedoch aus dieser Statistik nicht erkennbar, wie diese Haushaltungen sich auf die einzelnen Wohnungsgrößen verteilen.

Ich schlage daher vor, über den Gau Berlin mit Hilfe der Politischen Leiter nähere Einzelheiten ermitteln zu lassen. Dieses Verfahren dürfte nicht allzu zeitraubend sein, da jeder Blockwaller genau über die Zusammensetzung seines Bereiches bestens informiert ist.

Ich bitte um Entscheidung, ob ich in dieser Weise vorgehen kann. Es besteht allerdings bei dieser Massnahme die Gefahr, dass hierdurch die Kenntnis über das Motiv an die breite Masse gelangt, ohne dass von uns aus die Beweggründe zu diesem Vorgehen genannt werden.

DOK. 97

Der NSDAP-Kreisleiter Jena greift am 23. September 1938 in die „Arisierung“ er örtlichen Viehwirtschaft ein¹

Schreiben (durch Eilboten) des Kreisleiters Jena (Krl/le), gez. Müller,² an die Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft (Eing. 24. 9. 1938), Berlin, vom 23. 9. 1938 (Abschrift an den Kreiswirtschaftsberater Jena)³

Das Amt des Gauwirtschaftsberaters, Weimar, Johann-Albrecht-Str. 1, hat sich mit der Genehmigung der Arisierung der jüdischen Firma Hermann Friedmann,⁴ Jena, beschäftigt. Es sind zwei Gruppen an dem Erwerb dieses Unternehmens interessiert gewesen. Die Vorgänge sind dem Gauwirtschaftsberater⁵ genauestens bekannt. Der Gauwirtschaftsberater teilt mir am 20. September ds. Js. mit, daß die Arisierung im Rahmen der gepflogenen Verhandlungen inzwischen vollkommen hinfällig geworden sei. Zur zweiten Gruppe gehörte ein gewisser Herr Vogt,⁶ der meines Wissens eigens aus Leipzig zugezogen ist, um

1 StadtA Jena, Dih 10, Bd.I.

2 Paul Müller (*1896), Lehrer; 1919–1921 Mitglied der DVP, 1925 NSDAP- und 1938 SA-Eintritt; 1925–1937 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Saalfeld, 1934 Leiter der Mädchenschule Saalfeld, 1934–1937 Bürgermeister von Saalfeld, 1937–1945 NSDAP-Kreisleiter in Jena-Stadtroda; Verbleib nach 1945 unbekannt.

3 Stempel der NSDAP-Kreisleitung.

4 Hermann Friedmann (1870–1940), Kaufmann; von 1892 an Besitzer einer Darm- und Fellgroßhandlung in Jena, 1896 Mitbegründer und Leiter der Israelit. Religionsgemeinschaft zu Jena; 1938 in Buchenwald inhaftiert, Mitinhaber der Firma war von 1915 an Friedmanns Sohn Artur (1895–1978), Kaufmann; 1937 Ortsgruppenleiter des RjF in Jena; nach der „Arisierung“ der Firma arbeitete er 1938 als Transportarbeiter in der Nähe von Jena; 1941 emigrierte er in die USA.

5 Otto Eberhard (1890–1939), Ingenieur; Bergwerksdirektor der Riebeck'schen Montanwerke Halle, 1933 Reg.Rat, 1934–1939 Gauwirtschaftsberater in Thüringen, von 1938 an Arisierungsbeauftragter für den Gau Thüringen.

6 Richtig: Paul Voigt (1896–1976), Kaufmann; von 1931 an Besitzer eines Fleischereibedarfsladens in Magdeburg. Voigt schloss am 15. 7. 1938 mit Hermann Friedmann einen Kaufvertrag ab, in dem vereinbart wurde, dass das Geschäft H. Friedmann zum 1. 8. 1938 in Voigts Besitz übergehen sollte. Die Räumlichkeiten der Firma sollten im Besitz Friedmanns verbleiben und zunächst für drei Jahre an Voigt vermietet werden. Die Übernahme kam jedoch nicht zustande. Im Dez. 1938 wurde das Familienunternehmen Friedmann mit dem Geschäftsgrundstück von Hugo Hörchner, Inhaber einer Eisenwarenhandlung in Jena, übernommen.

das Geschäft Friedmann mit einem Pg. Ulrich,⁷ der im Hintergrunde stehen sollte, also die Finanzierung nur decken wollte, zu übernehmen. Gegen die Übernahme des Geschäfts durch Vogt habe ich Einspruch eingelegt. Vogt nimmt nicht die geringste Föhlung zur Partei; er steht ihr und ihrer Arbeit völlig uninteressiert gegenöber. Es ist mir berichtet worden, daß noch nicht einmal seine Kinder nationalsozialistischen Jugendorganisationen angehören dürfen. Ich halte Vogt politisch nicht für voll vertrauenswürdig und zuverlässig, sondern für einen reinen Geschäftemacher. Es ist also gar nicht einzusehen, warum Vogt gerade in Ansehung dieser Tatsachen besonders günstig zu einem ehemaligen jüdischen Betrieb kommen soll, um ihn vielleicht als sogenannter weißer Jude zu föhren.⁸

Nun wird mir durch einen Pg. Lücking berichtet, daß Vogt versuchte, das Kontingent des Friedmannschen Geschäfts auf irgendeine Weise an sich zu ziehen, trotzdem der Versuch der Arisierung des Friedmannschen Geschäfts weiter durch den Kreiswirtschaftsberater betrieben wird. Angeblich will Vogt dann mit diesem Kontingent in Jena ein völlig neues Geschäft aufmachen. Ob Hintermänner ihm dabei helfen, weiß ich nicht. Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, die Wegnahme des Kontingents vom Friedmannschen Geschäft im Einvernehmen mit den zuständigen politischen Stellen zu erörtern, besser aber noch, diese Frage kurze Zeit ruhen zu lassen, bis ein geeigneter Bewerber für das Friedmannsche Geschäft die Vertragsverhandlungen beendet hat. Es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen an den Gauwirtschaftsberater brauchbare Vorschläge herangetragen werden, die die Arisierung des Friedmann'schen Geschäfts doch ermöglichen.

Dem Gauwirtschaftsberater habe ich meine Auffassung zur Arisierung wie folgt mitgeteilt:

1) Ich halte es volkswirtschaftlich für unbedingt richtig, das seitherige Friedmannsche Geschäft zu erhalten und in geeignete arische Hände zu überföhren.

Der arische Besitzer muß politisch im nationalsozialistischen Sinne völlig einwandfrei sein.

2) Es soll versucht werden, unter den Bewerbern einen verdienten Nationalsozialisten, der auch die fachlichen Voraussetzungen erfüllt, zu finden.

Von Ihnen erbitte ich Auskunft, ob Vogt tatsächlich den Versuch unternommen hat, das Kontingent von Ihnen übertragen zu erhalten. Da er wegen der Arisierung bei mir vorstellig geworden ist und meine Befürwortung verlangt, die ich versagte, muß ich bejahendenfalls schließen, daß Vogt jetzt den politischen Stellen, die an den Arisierungsverhandlungen tätig sind, ein Schnippchen schlagen will.

Das geht unter gar keinen Umständen!

Durchschrift dieses Briefes leite ich weiter an den Gauwirtschaftsberater, an den Kreiswirtschaftsberater und an die Kreisbauernschaft.

Heil Hitler!

7 Edwin Ulrich (1880–1949), Ledergroßhändler in Jena; 1938 NSDAP-Eintritt. Ulrich wollte 30 000 RM und Voigt 10 000 RM Eigenkapital für die Geschäftsübernahme aufbringen.

8 Weißer Jude: Antisemitischer Schmähbegriff für Personen, die sich vermeintlich wie Juden verhalten oder als deren nichtjüdische Statthalter agieren.

DOK. 98

**Der Bund der österreichischen Industriellen widerruft
am 24. September 1938 auf Druck Bürckels die Aufforderung,
jüdische „Mischlinge“ aus der Privatwirtschaft zu entlassen¹**

Rundschreiben (vertraulich) des Bunds der österreichischen Industriellen (Dr. C/J 3156/38), Wien, gez. kommissarischer Leiter Dr. Hans Frh. von Possanner² e.h. und Geschäftsführer Dr. Siegfried Camuzzi e.h.,³ an alle Landesverbände vom 24.9.1938 (Abschrift)

Betr.: Kündigungen in der Privatwirtschaft.

Wir beziehen uns auf unser vertrauliches Schreiben vom 25.VI.1938, Dr. T/R,⁴ und bemerken hierzu, dass der Reichsminister des Innern an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich ein Schreiben gerichtet hat, in welchem er darauf hinweist, dass unsere obzitierte Anordnung ohne die Genehmigung des Reichsministers ergangen und daher unwirksam sei.⁵ Wir sehen uns aus diesem Grunde veranlasst, diese Anordnung nunmehr auch formell zurückzuziehen. Soweit uns damals bekanntgeworden ist, hat die Anordnung nur im Bereiche der Gaue Wien und Niederösterreich eine Wirkung gehabt, da in den übrigen Gauen jüdische Mischlinge in der Industrie überhaupt nicht beschäftigt waren.

Der Reichsminister des Innern stützt seine Anordnung auf nachstehende Ueberlegungen: Die Erfahrungen, die im Laufe der Jahre im Altreich auf diesem Gebiete gemacht wurden, zeigen, dass die jüdischen Mischlinge, die ihre Stellung einmal verlieren, keinerlei Möglichkeit haben, anderswo unterzukommen. Sie fallen daher regelmässig der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last, müssen also von der deutschblütigen Bevölkerung unterhalten werden. Den Betrieben, in denen die jüdischen Mischlinge bisher gearbeitet haben, ist noch am ehesten zuzumuten, sie zu beschäftigen. Die allgemeine Kündigung der jüdischen Mischlinge würde nur die Bildung eines staatsfeindlichen Proletariates fördern, die Fürsorgeverbände belasten und überdies den arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten durchaus zuwiderlaufen.

Vom rassenpolitischen Standpunkt aus bestehen gegen die Beschäftigung der jüdischen Mischlinge in der gewerblichen Wirtschaft keine Bedenken, denn sie erfüllen nach der Entscheidung des Führers und Reichskanzlers die blutmässigen Voraussetzungen für den Erwerb vorläufigen Reichsbürgerrechtes, dürfen die Reichs- und Nationalflagge hissen und sind verpflichtet, Wehr- und Arbeitsdienst zu leisten.

Der Reichskommissar richtet an den Minister für Wirtschaft und Arbeit⁶ unter Weiterleitung des Erlasses die Einladung, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass jüdische Mischlinge in der Wirtschaft nicht aus rassenmässigen Gründen entlassen werden.

1 ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/1, Kt. 90.

2 Dr. Hans (Johann) Freiherr von Possanner (1891–1968), Industrieller; von 1934 an Angehöriger der illegalen österr. SA-Brigade 6, 1941 NSDAP-Eintritt; Generaldirektor der Hammerbrotwerke, 1938–1939 kommissar. Leiter des Bunds der österr. Industriellen, von 1946 an bis mind. 1949 in Haft.

3 Dr. Siegfried Camuzzi (1887–1965), Jurist; 1938 NSDAP-Eintritt; 1919 Angestellter beim Hauptverband der Industrie, Geschäftsführer des Bunds der österr. Industriellen; 1946 als Beamter der Handelskammer in den Ruhestand versetzt, danach selbstständiger Versicherungsagent.

4 Liegt nicht in der Akte.

5 Schreiben des RmDI an Reichskommissar Bürckel vom 1.9.1938; wie Anm. 1.

6 Minister für Wirtschaft und Arbeit war Dr. Hans Fischböck.

Wir geben über Ersuchen des Ministers für Wirtschaft und Arbeit die Tatsachen bekannt und bitten um einen Bericht zum Gegenstande.

Heil Hitler!

DOK. 99

Notiz vom 27. September 1938 aus dem Sekretariat Warburg über das Angebot eines deutschen Geschäftsmanns, seine Firma in Argentinien zu verkaufen¹

Vermerk aus dem Sekretariat Warburg, van Biema², Berlin, vom 27.9.1938³

Notiz betr. Transferprojekt Argentinien.

Uns besuchte heute Herr Walter Mattner, Berlin, Passauerstrasse 13, Telefon 24 26 40, den ich zusammen mit Herrn Pietsch⁴ empfangen habe. Herr Mattner ist uns bisher nicht bekannt. Er gibt als Referenz die Deutsche Arbeitsfront, Abteilung „Haus und Heim“, und die Berliner Stadtbank an. Bei letzterer Stelle haben wir uns heute erkundigt.

Herr Mattner gibt an, von der Auslandsorganisation der N.S.D.A.P. den Auftrag erhalten zu haben, folgendes Transferprojekt zu bearbeiten:

In der Stadt La Falda in Argentinien besteht eine Aktiengesellschaft im Familienbesitz, die dort ein Hotel unter dem Namen Eden-Hotel betreibt.⁵ Es soll sich um ein modernes gutgehendes Hotel handeln. Die A.G., deren Kapital Herrn Mattner nicht bekannt war, soll im letzten Jahr 7 % Dividende gegeben haben. Der Wert des Unternehmens, einschliesslich des dazu gehörigen Grundbesitzes etc., soll 3 Millionen arg. Pesos = ca. RM 1800 000.– betragen. Die Aktionäre des Unternehmens sind Deutsche und wollen zurückwandern.⁶ Sie möchten deshalb ihr Unternehmen gegen Reichsmark verkaufen. Es schwebt ihnen ein Kaufpreis, inclusive Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank, von 7 ½ Millionen vor.

Wir haben Herrn Mattner gesagt, dass wir zunächst einmal prüfen wollten, ob wir uns überhaupt mit der Angelegenheit beschäftigen möchten. Wenn diese Prüfung positiv ausfiele, wäre eine Fülle von näheren Fragen zu stellen. Insbesondere eine genaue Beschreibung des zu verkaufenden Hotels nebst der Grundstücke nach Grössen, Lage und Beschaffung, die Bilanz der A.G. und die Gewinn- und Verlustrechnung aus den letzten Jahren etc. Ausserdem müsste sowohl die Frage der Einwanderung der präsumptiven Käufer nach Argentinien als auch der grundsätzlichen Einstellung der deutschen Devisenbehörden vorher geklärt werden, ehe man daran denken könnte, mit einzelnen Kunden zu sprechen.

1 Stiftung Warburg Archiv, Hamburg, Transfer-Projekte (nach Ländern geordnet).

2 Adolf van Biema (1910–1964), Bankkaufmann; 1928–1939 beim Bankhaus Warburg & Co. tätig, emigrierte 1939 nach Großbritannien und später in die USA, dort Geschäftsführer mehrerer Firmen.

3 Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

4 Hans Pietsch (*1898), Bankbeamter; Sachbearbeiter im Berliner Büro des Bankhauses Warburg.

5 Das Hotel Eden in der argentin. Kleinstadt La Falda wurde 1895 von dem deutschen Einwanderer Robert Balcke erbaut, 1912–1944 war es im Besitz der aus Leipzig stammenden Familie Eichhorn und wurde zu einem beliebten Feriendomizil der argentin. Oberschicht. Der Verkauf kam nicht zustande, und nach der Kriegserklärung Argentiniens an das Deutsche Reich beschlagnahmte der argentinische Staat das Hotel 1944.

6 Vermutlich Walter und Ida Eichhorn.

DOK. 100

**Robert B. Lawrence über die „Arisierung“ seiner Wiener Wohnung
im September 1938¹**

Bericht von Robert B. Lawrence² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Meine Wohnung wird „arisiert“.

Der sogenannte „Arisierungsprozess“, der zunächst einmal nur jüdische Geschäftsunternehmungen erfasste, dehnte sich rapid auf alles jüdische Eigentum, Grund- und Hausbesitz, Bankguthaben, Wohnungen und Möbel aus. Ein von arischer Seite häufig erzählter Witz spielt darauf an:

Ein Mann steht in der überfüllten elektrischen Strassenbahn. Plötzlich greift er an seine Rocktasche, fühlt, sucht!

„Mir scheint, jetzt hat man mir meine Brieftasche ‚arisiert‘!“, platzt er schliesslich heraus. Das Wort arisiert wurde spasshaft in der Bedeutung von gestohlen verwendet, und obwohl dies im Grunde eine Beleidigung der arischen Bevölkerung Wiens darstellte, wurde es lachend in arischen Zirkeln erzählt.

In den letzten Augusttagen erschien in meiner Wohnung, die ich mir ein Jahr zuvor eingerichtet hatte und die zwar nicht gross, aber mit viel Liebe möbliert war – ich hatte jedes Stück selbst gezeichnet –, ein Mann, der einen guten, angenehmen Eindruck machte und mich höflich fragte, ob ich die Absicht hätte, meine Wohnung und die Möbel abzugeben, das heisst, zu einem anständigen Preise zu verkaufen. Er war von seiner Frau begleitet, einer sehr angenehmen jungen Blondine, die auf meine Frau und mich den günstigsten Eindruck machte.

Ich zeigte ihm die Wohnung, er untersuchte alle Möbel auf das Gründlichste, alles gefiel ihm ausgezeichnet, und er versprach wiederzukommen. Einige Tage vergingen, plötzlich erhielt ich von dem Besitzer des Hauses, eigentlich von dem Verwalter, der Arier war, ein Schreiben, in dem er mir mitteilte, dass die „Partei“ (N.S.D.A.P.) meine Wohnung angefordert habe und dass er gezwungen sei, mich per nächsten Ersten zu kündigen. Ich protestierte schriftlich gegen diese ungesetzliche Massnahme. Es bestand nämlich ein Gesetz, dass kein Hausherr einem Mieter grundlos kündigen könne. Als Gründe galten nur: boshafte Beschädigung einer Wohnung und Weigerung zum Ersatz und Nichtbezahlung des Mietzinses. Mein Protest war noch nicht beantwortet, als der Mann, der sich für meine Wohnung interessiert hatte, wiederkam. Diesmal war er bereits weniger lebenswürdig und setzte einen Preis für die Einrichtung fest, der genau ein Zehntel dessen war, was ich ein Jahr früher dafür bezahlt hatte. Ich ahnte, dass der Mann Parteimitglied sei

¹ Robert B. Lawrence, Mein Leben in Österreich vor und nach dem 13. März 1938 (Anschluss), S. 46–48, Harvard-Preisausschreiben Nr. 129.

² Dr. Robert B. Lawrence (1911–1998), Jurist; im Inkassobüro einer Papierfirma tätig; 1938 verhaftet, emigrierte 1939 mit seiner Frau über die Schweiz und Frankreich in die USA, lebte zuletzt in Schenectady, New York.

³ Der Bericht umfasst 54 Seiten und wurde aus Albany, New York eingesandt. Im ersten Teil berichtet Lawrence über seine Herkunft, Studienzeit und soziale Stellung in Österreich; er geht auf die Rolle der Mittelschicht in der österr. Gesellschaft und die Haltung der Österreicher zur jüdischen Auswanderung ein.

und akzeptierte den Preis widerspruchslos. Ich teilte ihm aber mit, dass meine Wohnung von der Partei angefordert worden sei, was ihn nicht beunruhigte. Am nächsten Tage kam er wieder und meinte, der Preis sei ihm zu hoch, er müsse ihn um ein Drittel reduzieren. Das Angebot, das er mir nun machte, war geringer als der Preis, den ich für meine Teppiche bezahlt hatte. Nichtsdestoweniger wollte ich wieder nicht widersprechen und akzeptierte auch diesen Preis. Er versprach drei Tage später zu kommen, den Preis zu erlegen und die Wohnung, von deren Bestand er ein Inventar aufgenommen hatte, zu übernehmen. Er kam auch drei Tage später, diesmal im vollen Schmuck seiner Parteiuniform. Es stellte sich heraus, dass er es gewesen war, der die Wohnung, noch ohne überhaupt mit mir verhandelt zu haben, bei meinem Hausherrn angefordert hatte. Seine Stellung war ziemlich hoch, obwohl er ein ungebildeter Mensch war. Er bekleidete die Position eines Sekretärs der Bauernkammer (Farmers association) und war hoher Offizier in der S.A. Ich nehme noch heute an, dass er diesen kleinen Betrag wirklich bezahlen wollte, aber er war offenbar dann doch nicht in der Lage, es zu tun. An diesem Tage jedenfalls erklärte er mir, dass er mir noch vierzehn Tage Zeit zur Übersiedlung gebe und dass er dann den Betrag erlegen wolle. Diesmal aber war ich mit meiner Geduld zu Ende. Ich erklärte ihm, dass ich leider nicht in der Lage sei, ihm den Eintritt in meine Wohnung zu verweigern, dass ich aber mein Recht kenne und wisse, dass ich die Einrichtung meiner Wohnung verkaufen könne, an wen ich wolle, wenn auch er bereits die Wohnung selbst angefordert hätte. Er gab nach – für mich ein Beweis, dass er kein Geld hatte – und meinte, er könne mich nicht hindern, die Wohnungseinrichtung zu verkaufen, was ich dann auch in aller Hast, stückweise und zu einem ganz entsetzlich niedrigen Preise tat. Als er die leere Wohnung übernahm, teilte er mir stolz mit, dass er ganz „prächtige“ Möbel zu einem billigen Preise gekauft hätte und dass sie am nächsten Tage kommen würden. Wir schieden soweit in gutem Einvernehmen.

Mehrere Wochen später erfuhr ich von meiner ehemaligen Hausmeisterin, dass er noch immer in der leeren Wohnung hause und dass sie ihm und seiner Frau habe Matratzen leihen müssen, damit sie wenigstens schlafen könnten.

Dieser Mann war ein Beispiel für die anständigere Gruppe unter den „Herren Parteigenossen“. Andere spielten Freunden von mir weitaus ärgere Streiche. Sie kamen, sahen die Wohnung, kauften sie, das heisst, versprachen einen gewissen Betrag, und als es zum Zahlen kam, kamen sie mit einer Gruppe von S.A.-Männern und warfen die Besitzer der Möbel einfach vor die Türe. Proteste waren zwecklos, wurden auch in den meisten Fällen gar nicht versucht, da die Betroffenen nur riskierten, die Wut des betreffenden Parteigenossen zu reizen und im Konzentrationslager zu landen.

Ich hatte also keine Möbel, keine Wohnung mehr. Meine Frau und ich mieteten ein Zimmer bei einer jüdischen Familie sehr nahe bei der amerikanischen Gesandtschaft in Wien und wohnten dort solange, bis wir Wien verliessen. Die Konfiszierung der Wohnungen schritt fort. Zunächst konnte man noch kein System darin erblicken. Die Zeitungen erwähnten nichts davon, und in privaten Zirkeln hörte man die widersprechendsten Meinungen darüber. Meistens vermutete man, dass die Juden in ein grosses Barackenlager gebracht werden würden und dann zu Strassenarbeiten und anderen schweren Beschäftigungen verwendet werden würden. Tatsächlich war aber später zu erkennen, dass nur gewisse Distrikte judenrein gemacht wurden. Andere blieben den Juden vorbehalten. Dass dies nicht die besten Bezirke Wiens, sondern gerade die schmutzigsten und ungesündesten Gegenden waren, geht aus der ganzen Behandlung dieser unglücklichsten aller

Menschen hervor. Obwohl Wien seit 1930 nicht mehr unter Wohnungsnot litt, waren die jüdischen Wohnungen so eingeteilt, dass in jedem Zimmer zumindest zwei Leute schliefen. Mit anderen Worten, man stopfte Familien in Zimmern zusammen und brachte in Wohnungen mit vier Räumen unter Umständen vier verschiedene Familien unter. Freunde, die bis dahin eine aus acht Zimmern und sämtlichen Nebenräumen bestehende Wohnung bewohnt hatten, wurden in eine andere Wohnung in folgender Weise zwangsübersiedelt. Diese Wohnung bestand aus drei grösseren Zimmern, Küche, Badezimmer und einem kleinen Raum. In dieser Wohnung wohnten folgende Leute: mein Freund, Herr S. B., seine Frau, seine drei Söhne und drei erwachsenen Töchter (er war Manager eines der grössten Exporthäuser Wiens gewesen), ferner ein Arzt mit seiner Frau, seinem Schwager, seiner Schwägerin, seiner Schwiegermutter und schliesslich noch ein junger Student. Also in einer Wohnung mit fünf Räumen mussten sich vierzehn erwachsene Personen aufhalten und daselbst auch schlafen. Menschen, die früher zu ästhetisch gewesen waren, um einen Besucher in Hausschuhen zu empfangen. Und dennoch, diese Leute waren imstande, auch diese furchtbare Lage noch durch gegenseitiges Einvernehmen und Entgegenkommen, durch kolossale Opfer, die ein jeder seiner Bequemlichkeit brachte, einander gegenseitig erträglich zu gestalten.
[...]⁴

DOK. 101

Albert Speer bittet am 6. Oktober 1938 das Reichswirtschaftsministerium, die Massenkündigung jüdischer Mieter in Berlin zu unterstützen¹

Vertrauliches Schreiben von Generalbauinspektor Albert Speer (Sp/II/Dr.) an Herrn Staatsrat Schmeer² im RuPrWM vom 6.10.1938

Lieber *Schmeer!*

Nachstehend möchte ich Dir folgenden Sachverhalt vertraulich mitteilen. Durch die im Rahmen der Neugestaltung der Reichshauptstadt notwendig werdenden zahlreichen Abrisse von Wohngebäuden werden für die nächste Zeit etwa 2500 Grosswohnungen, d.h. solche über 5 Wohnräume, benötigt. Die Erstellung dieser Grosswohnungen bringt nicht unerhebliche Schwierigkeiten mit sich, da die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Stadt Berlin, die im wesentlichen die Ersatzwohnungen errichtet, Grosswohnungen nur im beschränkten Umfange aufführen kann. Insbesondere können zu den von mir festgelegten Räumungsterminen – 1.4.1939 und

⁴ Weiter schreibt Lawrence über seine Umschulungskurse in der Israelit. Kultusgemeinde und über die Haltung nichtjüdischer Bekannter zur Judenverfolgung. Er geht auf die Behandlung von Juden in der Öffentlichkeit ein und berichtet von der Misshandlung eines Juden auf der Straße.

¹ BArch, R 4606/157.

² Rudolf Schmeer (1905–1966), Elektromonteur; 1923 NSDAP-Eintritt, 1925 SA- und erneuter NSDAP-Eintritt, 1926–1931 NSDAP-Führer in Aachen; 1930–1945 MdR; von 1933 an stellv. Leiter des Führeramts der DAF und Leiter der Reichsparteitage, 1935 Preuß. Staatsrat, 1938 Min.Dir. im RWM, Leiter der Abt. Wirtschaftsorganisation, Judenangelegenheiten, 1941 Leiter des Aufbaustabs Moskau, 1942–1945 im RMfRuK; nach 1945 Kaufmann.

1. 10. 1939 – diese Grosswohnungen nur zu einem verhältnismässig kleinen Teil fertiggestellt werden.

Ich beabsichtige daher, zu versuchen, eine gesetzliche Regelung dahin zu erwirken, dass die Möglichkeit besteht, den jüdischen Mietern von Grosswohnungen zu kündigen. Da sowohl der Oberbürgermeister als auch die Schutzpolizei und die Parteiorganisation zurzeit mit anderweitigen Aufgaben überlastet sind, habe ich mit der Deutschen Arbeitsfront in einer gemeinsamen Besprechung vereinbart, dass diese durch ihre Blockwalter in den politischen Kreisen I, II und IV etwa 2500 – 3000 jüdische Grosswohnungen herausucht und mir das Ergebnis dieser Ermittlungen zustellt.

Unabhängig davon läuft eine Aktion bei dem Reichsjustizministerium auf Entzug des Mieterschutzes für Juden überhaupt.³

Ob insbesondere in Berlin, wo etwa 50 000 jüdische Haushaltungen vorhanden sind, diese Aktion schon so rechtzeitig durchgeführt werden kann, dass diese jüdischen Wohnungen als Ersatzräume für die abgebrochenen Häuser dienen können, möchte ich bezweifeln, da vorläufig die Frage der Unterbringung der Juden noch nicht geklärt ist.

Ich beabsichtige daher, meinen Plan unabhängig von dem Vorgehen des Reichsjustizministers beschleunigt voranzutreiben, und wäre Dir dankbar, wenn Du diese Bestrebungen unterstützen würdest.

Ich habe bereits mit dem Oberbürgermeister⁴ und der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft über Errichtung eines Blockes von 2500 Kleinwohnungen (2–2 ½ Zimmer-Wohnungen) verhandelt, in die ich dann diese jüdischen Grosswohnungsmieter unterzubringen beabsichtige.

Die Errichtung eines solchen Blockes von Kleinwohnungen würde nach oberflächlicher Schätzung etwa 25 Millionen betragen. Wäre ich dagegen genötigt, auch die durch die Abrisse benötigten Grosswohnungen neu zu errichten, so würde hierfür ein Kapital von etwa 65 Millionen aufzubringen sein.

Für die von mir beabsichtigte Umsiedlung der jüdischen Grosswohnungsmieter würde ich mithin einen Betrag von etwa 40 Millionen der öffentlichen Hand ersparen können.⁵

Ich gebe Dir hiervon zunächst vertraulich Kenntnis.

Heil Hitler!

³ Mit dem Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939 (RGBl., 1939 I, S. 864 f.) wurde den jüdischen Mietern gegenüber arischen Vermietern der gesetzliche Mieterschutz entzogen. Mit der VO vom 10. 9. 1940 (RGBl., 1940 I, S. 123 f.) wurde der Mieterschutz für alle Mietverhältnisse von Juden beseitigt. Siehe Dok. 95 vom 22. 9. 1938.

⁴ Dr. Julius Lippert (1895–1956), Journalist; 1927 NSDAP- und 1933 SA-Eintritt; 1927–1933 Hauptschriftleiter der NS-Zeitschrift *Der Angriff*; 1933–1936 Staatskommissar für Berlin, 1937–1940 Stadtpräsident und OB von Berlin; dann als Kommandeur der Propagandaabt. Südost u. a. Aufbau des Soldatensenders Belgrad; 1943–1945 Kreiskommandant der Sicherheitspolizei in Arlon (Belgien); 1945 in alliierter Haft, 1946 nach Belgien ausgeliefert und wegen Kriegsverbrechen dort 1950 verurteilt und bis 1952 inhaftiert.

⁵ Der Pogrom vom 9./10. November 1938 und die staatl. Enteignungs- und Vertreibungspolitik zwangen die Juden schon bald, die von Speer begehrten Wohnungen zu verlassen. Am 26. 11. 1938 verfügte Göring, dass GBI Speer das Vorkaufsrecht bzw. die Entscheidung über die erste Neuvermietung zukomme.

DOK. 102

**The Jewish Chronicle, London: Artikel vom 7. Oktober 1938
über die Situation der Juden nach dem deutschen Einmarsch
ins Sudetenland¹**

*Juden fliehen aus dem Sudetenland. Nazis attackieren jüdische Geschäfte.
Appell an Lord Halifax.² Zusicherungen der tschechischen Regierung*

In den vergangenen Tagen sind Flüchtlinge, Juden und Nichtjuden, aus dem Sudetenland nach Prag geströmt und stellen so die Tschechoslowakei vor ein weiteres Problem. Der jüdische Gemeindeausschuss und jüdische Hilfsorganisationen in Prag geben ihr Äußerstes, um mit ihren begrenzten Mitteln der Masse der Flüchtlinge zu helfen.

Zionistische Einrichtungen und das Büro der *Hicem* werden von Juden belagert, die sich nach Auswanderungsmöglichkeiten erkundigen.

Eine der letzten Amtshandlungen der tschechischen Behörden in Eger war die Freilassung von 17 Juden, die von Henleins Sturmtruppen³ in Marienbad verhaftet worden waren. Die tschechischen Behörden halfen den Juden, wo sie nur konnten, um deren persönlichen Besitz zu retten.

Wie man hörte, sind viele Synagogen im Sudetenland der Obhut nichtjüdischer Verwalter übergeben worden, nachdem die Schriftrollen und alle sakralen Gegenstände nach Prag geschafft worden sind.

Kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen machten sich Nazi-Randalierer einen Spaß daraus, jüdische Geschäfte in Karlsbad, Eger, Franzensbad und andern Städten zu verschandeln. Zahlreiche Schaufenster wurden eingeschlagen. Es wird über eine Reihe von Selbstmorden unter den Juden im Sudetenland berichtet. Dr. Rudolf Lederer, ein Teplitzer Anwalt, sprang vom Aussichtsturm auf dem Proschwitzer Kamm in der Nähe von Gablonz. Ein Dr. Sabat⁴ in Staab bei Pilsen vergiftete sich gemeinsam mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern.

Das erste Konzentrationslager

Wie der *News Chronicle* meldet,⁵ ist im Kreis Tetschen-Bodenbach, im ehemaligen Schloss des Grafen Thun, ein Konzentrationslager eingerichtet worden. Demokraten wurden aus ihren Häusern dorthin verschleppt, ihr Schicksal ist ungewiss.

1 The Jewish Chronicle, 7.10.1938, S. 12: Jews flee from Sudetenland. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Edward Frederick Lindley Wood, 1st Earl of Halifax (1881-1959), Politiker; 1938-1940 Außenminister Großbritanniens, 1941-1946 Botschafter in den USA.

3 Die Bezeichnung „storm troops“ im Original ist nicht eindeutig. Es könnte sich entweder um den der SA ähnlichen sog. Freiwilligen Schutzdienst handeln, über den die von Konrad Henlein (1898-1945) geführte Sudetendeutsche Partei seit April 1938 verfügte, oder um die Sudetendeutschen Freikorps. Bei letzteren handelte es sich um eine ebenfalls Henlein unterstehende bewaffnete Einheit von ins Reich geflohenen Sudetendeutschen, deren Aufstellung Hitler am 17.9.1938 angeordnet hatte, die aber bereits am 9.10.1938 wieder aufgelöst wurde.

4 Richtig: Dr. Wolfgang Sabath (1882-1938), Arzt; Frauenarzt in Staab/Stod; Sozialdemokrat und Stadtrat; Sabath war von örtlichen Henlein-Anhängern bedroht worden; daraufhin beschloss er gemeinsam mit seiner Frau und der 18-jährigen Tochter Lotte, beiden Frauen sowie der neunjährigen Hana und schließlich sich selbst mittels einer Gifteinjektion das Leben zu nehmen.

5 Nicht ermittelt.

Die *Jewish Telegraphic Agency* berichtet,⁶ dass Rev[erend] M. L. Perlzweig⁷ im Namen der Führung des Jüdischen Weltkongresses einen dringenden Appell an Außenminister Lord Halifax gerichtet hat, in dem er diesen darum bittet, die Interessen der jüdischen Bevölkerung in den evakuierten Gebieten zu schützen. In dem Gesuch wird noch einmal daran erinnert, dass im Anschluss an das Abkommen zur Evakuierung des Saargebiets den Juden hinreichend Gelegenheit gegeben wurde, ihre Angelegenheiten zu regeln und ihren Besitz mitzunehmen. Man drängt nun darauf, der jüdischen Bevölkerung des Sudetenlandes ähnliche Möglichkeiten zuzugestehen. (Über Hilfeaufrufe für das neue Heer der Enteigneten wird unter der Rubrik „Flüchtlinge“ in dieser Ausgabe berichtet.)

Bis Donnerstag vergangener Woche blieben von der ursprünglich ansässigen jüdischen Bevölkerung nur 2000 Menschen im abgetretenen Gebiet zurück, heißt es bei der *J.T.A.* Ob überhaupt irgendwelche Juden dort bleiben möchten, erscheint fraglich. Diejenigen, die dies beabsichtigen, können dem *Völkischen Beobachter* mit Erleichterung entnehmen, dass „es im direkten Widerspruch zu den Prinzipien des NS-Staats steht, Minderheiten zu unterdrücken, wie bereits tausendfach durch die Behandlung von Minderheiten auf deutschem Gebiet bewiesen wurde“, und dass deshalb die tschechischen Minderheiten im Sudetenland „nicht den Verlust ihrer Rechte zu befürchten haben“.⁸ Womöglich werden sie es aber vorziehen, den Worten der Nazis keinen Glauben zu schenken.

10 000 Juden befinden sich noch im Sudetenland, in dem gemäß dem Münchener Abkommen eine Volksabstimmung stattfinden soll. Wie schon im Saarland geht man davon aus, dass der Vermögenstransfer und der Verkauf von Land und Immobilien in diesen Gebieten gestattet werden. Die Absicht, das Gebiet zu verlassen, muss innerhalb von sechs Monaten nach dem Volksentscheid angekündigt werden, und diejenigen, die beabsichtigen auszureisen, müssen dies binnen eines Jahres tun. In dieser Zeit sind keinerlei Maßnahmen gegen Personen auf Grund ihrer Rasse, Religion oder Sprache zulässig.

Zusätzlich zur Misere der sudetendeutschen Juden hat auch eine Vielzahl von Juden in den tschechischen und slowakischen Gebieten schwere Verluste erlitten. Viele von ihnen unterhielten geschäftliche Verbindungen zu den sudetendeutschen Gebieten. Andere, darunter Handlungsreisende, haben nun ihre Anstellung bei Firmen verloren, die in erster Linie oder ausschließlich mit dem Sudetenland zu tun gehabt haben.

Es heißt, dass unter den 250 000 Bewohnern des tschechischen Landkreises Teschen, die nun polnische Staatsangehörige werden, auch 1000 Juden seien.⁹ Diese leben hauptsächlich in den Städten Teschen und Bohumin. Ob von ihnen jemand vorhat, ins tschechische Gebiet auszuwandern, ist nicht bekannt.

⁶ Nicht ermittelt.

⁷ Maurice L. Perlzweig (1895–1985), Rabbiner; bis mindestens 1938 Rabbiner in London; 1936 Mitglied der Exekutive des WJC, 1936–1942 Vorsitzender der brit. Sektion des WJC, 1942–1947 Leiter der politischen Abt., später Leiter der Abt. internationale Angelegenheiten des WJC in New York, in den späten 1960er-Jahren politischer Leiter des WJC.

⁸ Nicht ermittelt.

⁹ In einer Zusatzerklärung zum Münchener Abkommen war die Abtretung des Teschener Lands an Polen besiegelt worden. Nach einem Ultimatum an die Tschechoslowakei zur Übergabe des Gebiets wurde es am 2.10.1938 von Polen besetzt. Die zuvor zwischen Polen und der Tschechoslowakei geteilte Stadt Teschen wurde daraufhin der Verwaltungssitz des neugebildeten poln. Landkreises Cieszyn.

Berichten zufolge beansprucht Ungarn jetzt nicht nur ungarisch geprägte Gebiete, sondern auch das gesamte Gebiet von Bratislava bis einschließlich Uschhorod, in dem eine große Anzahl von Juden lebt.

Inmitten dieses ganzen Tumults innerer Umbrüche ist es gut zu erfahren, dass das tschechische Kabinett unter Führung von General Sirovy¹⁰ gegenüber den Juden die Erklärung des vorherigen Kabinetts von Dr. Hozda¹¹ bestätigt hat, indem er ihnen zusicherte, er sei entschlossen, die Gleichheit aller Bürger, ungeachtet ihrer Rasse und Religion, zu gewährleisten.

DOK. 103

Selbstwehr. Jüdisches Volksblatt: Artikel vom 8. Oktober 1938 über die Situation der Juden in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei¹

Juden in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei

Die territorialen Veränderungen, welche die neue Grenzziehung bereits vollbracht und die, welche voraussichtlich nach dem Abschluß des Plebiscits² und der Verhandlungen mit Ungarn³ noch vollzogen werden müssen, betreffen auch einen keineswegs unbedeutenden Teil der jüdischen Bevölkerung der Tschechoslowakei.

Bei der Betrachtung der diesbezüglichen Bevölkerungszahlen müssen wir die drei hier in Betracht kommenden fremdsprachigen Gebiete (das deutsche, polnische und ungarische) unterschiedlich behandeln.⁴ Zwar fallen alle diese drei Gebiete an Staaten, welche eine jüdenfeindliche Politik betreiben, doch wird der dort den Juden bevorstehende Leidensweg ein verschiedener sein. Dementsprechend wird voraussichtlich auch die Reaktion der

10 Jan Syrový (1888–1970), General und Politiker; 1924–1927 stellv., 1927–1933 Chef des Generalstabs, 1926 Armeegeneral, 1926 und 1938/39 Verteidigungsminister, 1933–1938 Generalinspekteur der Streitkräfte, Sept.–Dez. 1938 Ministerpräsident; 1939 Rückzug ins Privatleben; 1947 wegen angeblicher Kollaboration zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1960 amnestiert, 1960–1964 Nachtwächter.

11 Richtig: Milan Hodža (1878–1944), Politiker; 1922 und 1932 tschechoslowak. Landwirtschaftsminister, 1926–1929 Unterrichtsminister, 1935–1938 erster aus der Slowakei stammender Ministerpräsident der CSR, 1935/36 Außenminister, Kabinettspräsident, 1938 Rücktritt; 1939 Emigration nach Großbritannien; 1940 Vizepräsident des tschechoslowak. Staatsrats im Londoner Exil; 1944 in die USA emigriert.

1 Selbstwehr, Nr. 40 vom 8.10.1938, S. 2. Die Selbstwehr war eine zionistische deutschsprachige Wochenzeitschrift, die von 1907 bis Ende 1938 in Prag erschien und 1919–1938 von Felix Weltsch geleitet wurde.

2 Das Münchener Abkommen sah vor, dass in den von einer internationalen Kommission festzulegenden Gebieten mit ethnisch heterogener Bevölkerung bis spätestens Ende Nov. 1938 eine Volksabstimmung durchgeführt werden sollte, um über den Verbleib der Gebiete im tschechoslowak. Staatsverband oder die Angliederung an Polen bzw. Ungarn zu entscheiden.

3 Die tschechoslowakisch-ungarischen Verhandlungen fanden zwischen dem 9. und 13.10.1938 statt und wurden ergebnislos abgebrochen. Beide Staaten erklärten sich aber bereit, sich einem deutsch-italienischen Schiedsspruch zu beugen. Nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2.11.1938 wurden südslowakische und karpatoukrainische Gebiete an Ungarn abgetreten.

4 Gemeint sind das Sudetenland als deutsches, Teschen als poln. und die südliche Slowakei sowie der südwestliche Teil der Karpatoukraine (Transkarpatien) als ungar. Gebiet.

Juden dieser Gebiete auf das sie dort erwartende Schicksal und die Entscheidung darüber, ob sie ihre alte engere Heimat behalten oder den Wanderstab ergreifen sollen, sehr verschieden ausfallen.

In dieser Hinsicht wird für die Juden zweifelsohne die schicksalsschwerste Aufgabe das deutschsprachige Gebiet von Böhmen und Mähren darstellen. Zahlenmäßig leben im deutschsprachigen Gebiet der historischen Länder weniger Juden als im ungarischsprachigen Gebiet der Slowakei. Die aber im deutschsprachigen Gebiet die Juden erwartende Zukunft bedeutet für sie eine solch eindeutige und rasche Vernichtung jeder weiteren Existenzmöglichkeit, daß man kaum mit dem Verbleiben einer größeren Zahl der in diesen Gebieten seit vielen Jahrhunderten ansässigen Juden rechnen kann.

Es sind insgesamt 50 politische Bezirke in Böhmen (40 Bezirke) und Mähren (10 Bezirke), in denen die Volkszählung vom Jahre 1930 eine überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung (von 98,8 in Graslitz bis 57,9 in Brüx) zeigte. In diesen 50 Bezirken lebten vor acht Jahren fast 2,5 Millionen Deutsche (heute somit ungefähr um 150 000 mehr) und neben ihnen eine bedeutende tschechische Minderheit von einer halben Million Seelen und eine zahlenmäßig ganz kleine *jüdische* Minderheit von 24 000 Seelen (genau schon mit den Ausländern 23 925). Diese jüdische Minderheit verteilte sich ihrerseits nach ihrer nationalen Orientierung auf 5345 Nationaljuden und 17 580 solche, die sich zur deutschen Nationalität (zirka 15 000), bzw. zur tschechischen Nationalität bekannten.

Aus den vorliegenden Zahlen ist ersichtlich, daß außerhalb des deutschen Siedlungsgebietes mit einer überwiegend deutschen Mehrheit noch eine stattliche Zahl Deutscher in der Republik leben, welche erst auf dem Wege der Option und des Bevölkerungsaustausches in das deutsche Siedlungsgebiet werden gelangen können. Solche Deutsche gab es im Jahre 1930 in Böhmen und Mähren gegen 600 000, und weitere 100 000 lebten in der Slowakei und Karpathorußland. Abgesehen von diesen letzten Deutschen, die kaum in bedeutender Zahl ihre heutigen Heimatsorte werden wechseln wollen, ist mit einem Bevölkerungsaustausch der halben Million Tschechen mit einem Großteil der deutschen Minderheit, die heute außerhalb der 50 deutschen politischen Bezirke ansässig ist, zu rechnen.

Mit voller Bestimmtheit ist aber mit der Umsiedlung der großen Mehrheit der 24 000 Juden aus dem an Deutschland übergehenden Gebiet zu rechnen.

Das an Polen bereits abgetretene Gebiet bedeutet für den Staat zwar einen ernsten wirtschaftlichen Verlust, ist aber nach seiner Größe und geopolitischen Lage ziemlich unwichtig im Vergleich mit dem Sudetenland. Eigentlich gab es in der Republik nur einen einzigen politischen Bezirk mit einer polnischen Mehrheit: Tschechisch-Teschen, wo die Polen 51,8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. In diesem Bezirk bilden die Polen eine größere Mehrheit nur in Jablonkau (67,1 Prozent). Im zweiten Bezirk mit einer bedeutenden polnischen Bevölkerung (Frystat) sind die Tschechen in der Mehrheit (63,7 Prozent); die Polen bilden dort eine relative Mehrheit (47,8 Prozent) nur in Karvions gegenüber den Tschechen mit ihren 44,6 Prozent. Ein klassisches Bild eines gemischt-sprachigen Gebietes, wo eine territoriale Abgrenzung der ethnischen Gruppen in der Tat nur die Aufhebung des formellen Minderheitenzustandes für einen Teil, gleichzeitig aber die Schaffung desselben Zustandes für den anderen Teil bedeutet.

In diesen zwei Bezirken lebten im Jahre 1930 nur 2,5 Tausend Juden. Obwohl Polen im Vergleich mit der Tschechoslowakei sowohl in seiner Judenpolitik als auch in seinen allgemeinen Wohlstandsverhältnissen unvergleichlich ungünstiger steht, ist kaum zu

erwarten, daß ein größerer Teil der Juden der abgetretenen Gebiete ihre Wohnorte verlassen werden, um in der Tschechoslowakei oder anderswo neue Ansiedlungs- und Existenzmöglichkeiten zu suchen.

Die Frage der Regelung der Beziehungen zu Ungarn befindet sich derzeit noch in der Schwebe. Es steht noch nicht fest, ob hier eine Grenzrevision unternommen werden wird und in welchem Ausmaße. Die Volkszählung vom Jahre 1930 zeigt uns hier 13 Bezirke in der Slowakei und einen in Karpathorußland (Berehovo) mit einer ungarischen Bevölkerungsmehrheit (zwischen 87,6 und 55,6 Prozent). Die Gesamtbevölkerung dieser 14 Bezirke betrug 640 000 (heute zirka 700 000). Davon waren im Jahre 1930 445 000 Ungarn und 31 000 *Juden*. Von diesen Juden bekannten sich 22,5 Tausend zur jüdischen Nationalität. Ein Drittel war somit bereits assimiliert und zum Großteil magyarisiert. Obwohl Ungarn vor kurzem einen scharfen antijüdischen Kurs, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, eingeleitet hat,⁵ ist doch kaum zu erwarten, daß bei einer eventuellen neuen Grenzziehung viele Juden sich entschließen werden, ihre Wohnorte zu wechseln.

Auf Grund dieser Statistik und Betrachtungen gelangen wir zu dem Schluß, daß wir nach der Festlegung der neuen Grenzen der Republik mit einem Verlust von nur einem Teil der jüdischen Bevölkerung der fremdsprachigen Grenzgebiete zu rechnen haben. Die Gesamtzahl der Juden, die in den fremdsprachigen Gebieten leben, beträgt 56 000 bis 57 000 Seelen. Es ist zu erwarten, daß gegen 25 000 Juden in ihren bisherigen Wohnorten verbleiben werden, und somit wird sich das Problem der Uebersiedlung und Einordnung von ungefähr 30 000 Seelen (7 000 bis 8 000 Familien oder Wirtschaften) stellen.

Hier wird die jetzige soziale und berufliche Struktur der für die Umsiedlung in Betracht kommenden jüdischen Bevölkerung von großer, ja entscheidender Bedeutung sein.

Die 24 000 jüdischen Menschen aus dem Sudetenland lebten bisher hauptsächlich in den größeren städtischen Gemeinden. Nur in den 29 Städten mit mehr als 10 000 Seelen lebten über 10 000 Juden. Wir haben es somit, wie überall in den historischen Ländern, mit einem politischen und sogar großstädtischen Element zu tun. Auch in ihrer sozialen und beruflichen Struktur werden sich diese 24 000 Juden kaum vom allgemeinen Bild der Westjuden unterscheiden. Genaue Daten liegen leider nicht vor, weil die amtliche Statistik nur die Nationaljuden, nicht aber sämtliche Juden nach ihrer beruflichen und sozialen Struktur berücksichtigt. Angenommen, sämtliche Juden zeigen in dieser Hinsicht ein den Nationaljuden ähnliches Bild, so erhalten wir aus einer Stichprobe in 10 größeren Städten mit 3283 nationaljüdischen Einwohnern (also über 35 aller Nationaljuden im gesamten Gebiet) folgende interessanten Zahlen: Von 1754 Berufstätigen waren volle 1000 Selbständige (Unternehmer), 311 Beamte, 320 Angestellte und 123 Arbeiter, Tagelöhner und Lehrlinge. Vom Stadtpunkt der sozialen Stärke kann man somit mit großer Wahrscheinlichkeit bei der Umsiedlung der sudetendeutschen Juden mit einem mehr oder weniger wohlhabenden Element rechnen, welches aber gewisse Mittel für die Einordnung in die neuen Siedlungsorte verfügt. Ungünstiger sieht von diesem Standpunkt die berufliche Struktur dieser Juden aus. Dies zeigt eine weitere Stichprobe: Von den 1000 Selbständigen waren in der Industrie nur 89 Personen tätig. In den freien Berufen 77 und im Warenhan-

⁵ Am 29.5.1938 hatte das ungar. Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den Anteil von Juden in einzelnen Berufszweigen oder Betrieben auf maximal 20 % begrenzte.

del ganze 414 Personen. Von allen Berufstätigen waren tätig: 228 in der Industrie, 601 im Warenhandel und 124 in den freien Berufen.

Vor der jüdischen Gemeinschaft wird hier offenkundig eine ernste Aufgabe der *Um-schichtung*, und zwar in der Richtung des Ueberganges vom Warenhandel in die Industrie, stehen. Nur als bahnbrechende Unternehmer in für die anderen Gebiete der Republik notwendigen neuen Industriezweigen können sich die Juden aus dem sude-tendeutschen Gebiet bewähren und als erwünschte Mitbürger in den neuen Orten Aufnahme finden.

DOK. 104

Ruth Maier beschreibt am 9. Oktober 1938 die Verzweiflung jüdischer Familien in Wien¹

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier,² Eintrag vom 9. 10. 1938

Es gab nie ein Ereignis in der Geschichte von solchem Elend u. Unglück, Erniedrigung, Scham u. Bestialität.

Daß wir es *ertragen*, wundert mich. Daß wir trotz alldem nicht den Gashahn aufdrehen, in die Donau springen.

3 Tage vor der Entbindung geht eine jüd. Frau illegal über die Grenze. Die Familie zerrissen ... die Frau als Köchin in England, der Mann in Belgien illegal, die Mutter noch in Deutschland, der Bruder in Dachau, die Schwester ...

Es ist so ungeheuer, daß wir es selbst nicht ermessen können. An Jom Kippur sind SA-Männer im 18., 19., 17. Bezirk in die Wohnungen eingedrungen, haben befohlen, innerhalb 24h mit Kofferl einzupacken, wegzufahren. Man stelle sich die grauenhaften Szenen vor. Nein, bitte, keine Herrschaften. Ein paar Menschen haben den Gashahn aufgedreht. Bei Ehrlich's waren sie, auch bei Frau Kamill. Hildegards Eltern wollten in den Wienerwald gehen ... im 20. Jhd. ... Nein, bitte, es war ein Witz, ein Ulk ... Im Tempel mußten jüd. Frauen, Mädchen den Tempel aufreiben [aufputzen].

Es ist unfassbar, bitte schön, nur manchmal kommt es zum Bewußtsein ...

SA-Männer kommen in die Wohnungen, Bücher requirieren, sagen: „Ah, den Heine lesen die Juden.“

Verbrennen Heine, Zweig, Schnitzler. „Das internationale Gesindel!“

Manche können nicht mehr mit! Die Mutter v. Frau Herr hat sich umgebracht!

Nur weg!!

1 HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier, „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 141.

2 Ruth Maier (1920–1942), Gymnasiastin; floh im Jan. 1939 nach Lillestrøm, Norwegen; 1940 Abitur; 1940–1942 Arbeit im freiwilligen Frauenarbeitsdienst; im Sept. 1942 zog sie nach Oslo um, wo sie ihren Lebensunterhalt mit kunsthandwerklichen Arbeiten und Modellstehen verdiente und Abendkurse an der Kunst- und Handwerksschule belegte; im Nov. 1942 wurde sie verhaftet, nach Auschwitz deportiert und ermordet.

DOK. 105

**Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung in Österreich berichtet
am 11. Oktober 1938 Reichskommissar Bürckel über die Schwierigkeiten
beim Zwangsarbeitseinsatz von Juden¹**

Schreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zweigstelle Österreich (II d 5746), Gärtner,² an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Bürckel (Eing. 17.10.1938), Wien, vom 11.10.1938

Betrifft: Arbeitseinsatz; hier: Beschäftigung von Juden.

Mit meinem Schreiben vom 20. September 1938³ – 5746 – hatte ich unter Hinweis auf die bedeutende Zahl der arbeitslos gemeldeten Juden u.a. ausgeführt, daß ich es zur Erleichterung der Auswanderungsbestrebungen und im Interesse der Entlastung öffentlicher Unterstützungsmittel für erforderlich hielt, Juden bei geeigneten Arbeiten, nämlich Erd-, Steinbruch- und ähnlichen Arbeiten zu beschäftigen. Gleichzeitig hatte ich bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß ich die notwendigen Schritte hierfür bereits eingeleitet hätte. Inzwischen sind auf meine Veranlassung hin rund 200 Juden bei öffentlichen Arbeiten im Bezirk des Landesarbeitsamtes Wien, wo der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit liegt, untergebracht worden.

Dem weiteren Einsatz der arbeitslosen Juden stehen Schwierigkeiten entgegen, die hauptsächlich im Mangel an *geeigneten örtlichen* Arbeitsgelegenheiten liegen. Auch glauben manche Stellen, unter keinen Umständen Juden beschäftigen zu sollen. Es ist richtig, daß es leicht zu Arbeitsstörungen führen könnte, wenn Juden in der Reihe anderer Arbeiter beschäftigt würden. Ich habe deswegen, wo es gegangen ist, den Einsatz jüdischer Arbeitskräfte in geschlossenen, allein arbeitenden Kolonnen vorgenommen. Da mir nun Einsatzmöglichkeiten dieser Art in Wien selbst nur in verhältnismäßig geringem Umfange angegeben sind, dagegen die Zahl der arbeitslos gemeldeten Juden zu rund 90 v.H. allein auf den Bezirk des Landesarbeitsamtes Wien entfällt, ergibt sich die Notwendigkeit, geeignete zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in der Stadt Wien bzw. ihrer engeren Umgebung zu schaffen, oder aber bei auswärtigen Arbeiten Unterkünfte zur Unterbringung der Wiener Juden bereitzustellen.

Die Durchführung solcher Pläne wird durch die geringe Bereitwilligkeit öffentlicher Bau-träger zur Aufnahme von Juden erschwert. Ich verkenne diese Bedenken nicht, glaube aber, daß es doch richtiger ist, von Juden, solange sie aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen beziehen, auch im Interesse der Gesamtheit Arbeitsleistungen zu verlangen. Von anderen Unterstützungsempfängern wird solche Arbeitsleistung evtl. durch Entziehung der Unterstützung verlangt; die Juden besser zu stellen als arbeitslose deutsche Volksgenossen, erscheint mir nicht billig. Auch verlangt der allgemeine Mangel an Arbeitskräften, der z.Zt. die Durchführung und Fertigstellung selbst der dringenden Arbeiten gefährdet,

¹ ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/7, Kt. 91.

² Friedrich Gärtner (1882–1970), Jurist; 1927–1934 Präsident des Landesarbeitsamtes (LAA) Schlesien, 1934–1938 Präsident des LAA Westfalen, 1938–1940 Leiter der Zweigstelle Österreich des RArbM; 1943–1945 Reichsinspekteur für den Arbeitseinsatz; 1950–1953 Mitarbeit beim Aufbau der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 1952 Großes Bundesverdienstkreuz.

³ Liegt nicht in der Akte.

m.E. die Ausnützung auch der Arbeitskraft der Juden in entsprechenden Arbeiten und unter entsprechenden Vorkehrungen.

Ich wäre deswegen dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß auf öffentliche Bauträger dahin geltend machen würden, daß dem Einsatz von Juden bei Arbeiten nicht grundsätzliches Ablehnen entgegengebracht wird. Ich kann dabei darauf hinweisen, daß die bezgl. der Arbeitsleistungen der Juden bisher gemachten Erfahrungen gute sind. In Wien sind ja nicht nur jüdische Angestellte arbeitslos, sondern auch über 1000 Arbeiter u. Angehörige des Handwerkes (Fleischergesellen). Für eine Mitteilung Ihrer Stellungnahme und gegebenenfalls des von Ihnen Veranlassten wäre ich dankbar, damit ich bei meinen zukünftigen Verhandlungen mit den Bauträgern hierauf Bezug nehmen kann.⁴

Der Zentralstelle für jüdische Auswanderung habe ich Abschrift vorstehenden Schreibens zugehen lassen.

DOK. 106

Der Jüdische Weltkongress analysiert am 14. Oktober 1938 die Situation der Juden in Europa¹

Vertraulicher Bericht des Jüdischen Weltkongresses, ungez., vom 14.10.1938²

Der nachfolgende Ueberblick über die jüdische Lage in Europa sieht davon ab, Einzelheiten über die Situation in den verschiedenen Ländern zu geben, und verweist diesbezüglich auf die Detailberichte, die vom Büro der Executive des Jüdischen Weltkongresses gleichzeitig Ihnen zugesandt werden. Ich beschränke mich darauf, die grossen Grundlinien der jüdischen Lage in Europa in seinen wichtigsten Ländern zu skizzieren, unter Hinweis auf die Richtlinien der Aktionen, die unsererseits im Hinblick auf eine mögliche Besserung dieser Lage oder wenigstens die Verhinderung einer Verschlechterung zu unternehmen sind.

I. Allgemeines

Die jüdische Lage in Europa, wie überall, ist im wesentlichen eine Folge der allgemeinen politischen Situation. Es gibt natürlich ein spezifisches jüdisches Problem, welches bestanden hat und bestehen wird unabhängig von der jeweiligen politischen Lage in der Welt. Dieses spezifische jüdische Problem grundsätzlich zu lösen, ist die Aufgabe derjenigen Bewegungen, die, wie der Zionismus, sich diese grosse historische Aufgabe zum Ziel gesetzt haben. Aufgabe des Weltkongresses ist, die bestehenden jüdischen Rechte und Positionen in der Welt zu verteidigen, dort, wo sie bedroht sind, oder wo sie vernichtet sind, sie wieder herzustellen und zu verhindern, dass weitere Diskriminationen der Juden erfolgen. Gesehen vom Standpunkt einer solchen Emergency-Aktion, gilt der oben dar-

⁴ Am 21.10.1938 teilte Bürckel dem Verfasser mit, dass auch er es für wichtig halte, arbeitslose Juden zu Arbeiten heranzuziehen, nicht jedoch gemeinsam mit „arischen“ Arbeitern, sondern in geschlossenen Kolonnen bei größeren Straßenbau- und ähnlichen Projekten; wie Anm. 1.

¹ AJA, The World Jewish Congress Collection Series A, Central Files 1919–1975, Subseries 1: Organizational History and Activities 1919–1970, Box A3, File 2, European Situation report, (German).

² Das Original enthält geringfügige handschriftl. Korrekturen, die hier nicht im Einzelnen gekennzeichnet sind.

gelegte Satz, dass die jüdische Lage in erster Linie eine Folge der allgemeinen politischen Situation ist.

Die europäische politische Lage steht unter dem Eindruck und den Nachwirkungen des historischen Ereignisses, welches in den Vereinbarungen von München festgelegt worden ist. Dieser Münchener Akkord erweist sich immer mehr als eine der grössten diplomatischen Niederlagen, die die europäischen Demokratien erlitten haben, und ist der grösste Sieg, den die totalitären Staaten bisher errungen haben. Die katastrophalen Auswirkungen dieser Niederlage der Westmächte (auf deren Ursachen einzugehen hier zu weit führen würde) lassen sich noch gar nicht übersehen und werden von Tag zu Tag grössere Formen annehmen. Die positiven Hoffnungen, die die westeuropäischen Staatsmänner an das Münchener Abkommen geknüpft haben (allgemeine Befriedung Europas, Regelung aller Streitfragen durch Verhandlungen der vier Grossmächte etc.) können bereits heute als illusorisch und überholt betrachtet werden. Die totalitären Staaten sind heute, wenige Wochen nach München, bereits ebenso aggressiv, wenn nicht viel aggressiver und arroganter, als sie vor München waren, und der Friede in unseren Tagen, von dem Herr Chamberlain³ naiverweise gleich nach München sprach, wird bereits von allen als eine Illusion anerkannt. Damit ist auch gesagt, dass die Gefahr eines permanenten Viermächte-Direktoriums⁴ für Europa – Gefahr deswegen, weil nach den Erfahrungen von München in diesem Direktorium faktisch die zwei totalitären Staaten die Führung gehabt hätten – praktisch nicht mehr besteht. Europa wird weiterhin im Zustand der Labilität, der Unruhe, der aggressiven Politik der Diktaturstaaten bleiben, wie lange, kann niemand voraussehen.

Die negativen Auswirkungen des Münchener Abkommens sind bereits in voller Entwicklung begriffen. Die Tschechoslowakei wird in rapidem Tempo ein antidemokratischer Staat, der faktisch ein Vasallenstaat Deutschlands werden muss; die kleine Entente ist vernichtet,⁵ Jugoslawien, Bulgarien, die Türkei geraten immer mehr unter den vorherrschenden wirtschaftlichen und damit auch politischen Einfluss Deutschlands, Rumänien wird sich dem wachsenden Druck des Dritten Reichs auch schwer entziehen können; Polen lebt in der panikartigen Furcht vor Deutschland und wird sich, geleitet von Beck, dessen prodeutsche Politik scheinbar triumphiert hat, immer mehr deutschen Wünschen anpassen; alle kleinen Staaten Europas zittern für ihre Existenz und leben in der Panik vor der deutschen Hegemonie. Europa geht einem schweren und bitteren Winter entgegen, und solange nicht die englische Politik ihren Kurs ändern wird, d.h. solange Herr Chamberlain mit seiner Schwäche und seinen Illusionen diese Politik dirigieren wird, ist auf eine Besserung dieser Lage nicht zu rechnen. Frankreich ist im Augenblick und für die nächste Zukunft als Grossmacht kaum mehr zu betrachten und wird das tun, was

3 Arthur Neville Chamberlain (1869–1940), Politiker; von 1918 an für die Konservative Partei im brit. Unterhaus, 1937–1940 Premierminister. Durch Unterzeichnung des Münchener Abkommens, das die Angliederung des Sudetenlands an das Deutsche Reich besiegelte, glaubte er, „den Frieden in unseren Tagen“ gesichert zu haben. Nach dem deutschen Einmarsch in Prag im März 1939 beendete er seine Appeasementpolitik und schloss Garantieverträge mit Polen, Griechenland, Rumänien und der Türkei.

4 Als Viermächte-Direktorium werden die Staaten bezeichnet, die das Münchener Abkommen schlossen: Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien.

5 Kleine Entente: das zwischen Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei geschlossene Bündnis, das den 1919/20 geschaffenen Status quo im Donaauraum gegen Revisionsforderungen Bulgariens, Ungarns und Italiens sichern sollte.

England will. Die einzige Hoffnung auf eine Aenderung der europäischen Situation beruht in der Möglichkeit einer Wandlung der englischen Politik, eines Zusammenschlusses zwischen England, Russland und Frankreich mit moralischer Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika, denn nur ein solcher Block kann heute noch der Aggression der Diktaturstaaten erfolgreich Widerstand leisten. Anzeichen für ein Erwachen der englischen öffentlichen Meinung sind vorhanden. Wie schnell sich dieses Revirement auswirken wird, lässt sich natürlich nicht vorhersagen.

II. Einzelne Länder

1. Deutschland

Die deutsche Judenfrage steht gegenwärtig im letzten Kapitel ihrer restlosen, totalen Liquidation. Die letzten, kümmerlichen ökonomischen Positionen, die gewissen Kategorien der deutschen Juden noch offenstanden, sind in den letzten Monaten vernichtet worden (Ärzte, Handelsreisende etc.),⁶ und spätestens im Jahre 1939 wird kaum noch ein Jude in Deutschland irgendeine wirtschaftliche Existenzmöglichkeit haben. Die Hoffnung mancher, dass unter der Wirkung der Münchener Friedensatmosphäre das Dritte Reich bereit sein würde, wenigstens im Flüchtlingsproblem Konzessionen zu machen, scheint sich als trügerisch zu erweisen. Die Saarbrückener Rede Hitlers⁷ und viele andere Anzeichen deuten darauf hin, dass in keiner Hinsicht das Dritte Reich irgendwelche Konzessionen England und den anderen demokratischen Staaten gegenüber zu machen bereit ist. Die arrogante Anspielung Hitlers auf die Gouvernantenallüren der englischen Politik gegenüber Deutschland beziehen sich bekanntlich auf die Äußerungen Chamberlains in Berchtesgaden⁸ bezüglich einer Milderung der Politik gegenüber den deutsch-jüdischen Flüchtlingen und zeigen, dass auch in dieser für Deutschland zweitrangigen Frage Hitler keinerlei Konzessionen zu machen gewillt ist. Die Verhandlungen, die das Evian-Comité demnächst mit den deutschen Behörden aufnehmen will, sind meines Erachtens sehr wenig erfolversprechend.⁹ Vielleicht wird es, wenn die Vereinigten Staaten und England einen wirklichen Druck ausüben würden, gelingen, minimale Konzessionen zu erreichen, die aber gegenüber dem Umfang und der Schärfe des Flüchtlingsproblems sehr wenig ins Gewicht fallen werden. Was aus den noch in Grossdeutschland lebenden 300 000 Juden werden soll, ist völlig unausdenkbar, die Phantasie eines Dante kann nicht die Leiden ausmalen, die diesen unglücklichsten Teilen des jüdischen Volks in der aller-nächsten Zeit bevorstehen.

2. Italien

Die antisemitische Wendung der italienischen Innenpolitik ist in erster Linie eine Folge der Forderung Deutschlands nach einer Gleichschaltung Italiens auch in dieser Richtung und der wachsenden Wut Mussolinis gegenüber den Westmächten. Die antijüdischen

⁶ Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6.7.1938 (RGBl., 1938 I, S. 823f.) schränkte die Gewerbebetätigung von Juden stark ein. Wandergewerbebescheine von Juden wurden zum 30.9.1938 für ungültig erklärt. Gemäß der 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938 war jüdischen Ärzten mit Wirkung vom 30.9.1938 die Approbation entzogen worden.

⁷ Am 9.10.1938 hatte Hitler eine Rede vor Arbeitern am Westwall gehalten und sich gegen die angebliche Bevormundung durch Großbritannien gewandt. Die Rede ist abgedruckt in: VB (Berliner Ausg.), Nr. 283 vom 10.10.1938, S. 1f.

⁸ Am 15.9.1938 hatten sich Hitler und Chamberlain auf dem Obersalzberg getroffen, um über die Zukunft der Tschechoslowakei zu sprechen.

⁹ Die Verhandlungen zwischen dem in Evian gegründeten Intergovernmental Committee und der deutschen Regierung begannen erst Ende 1938. Zu den Ergebnissen siehe Dok. 230 vom 1.1.1939.

Gesetze, die in Italien erlassen worden sind, sind gegenüber den nichtitalienischen Juden totaler und brutaler noch als die analogen Bestimmungen in Deutschland. Was die italienischen Juden selbst betrifft, so sind die Beschlüsse des Grand Conseil Fasciste milder ausgefallen, als man vielleicht befürchtet hat.¹⁰ Die Ausnahmekategorien der Juden, die von keiner Diskrimination betroffen werden, sind sehr erheblich und werden ungefähr 30–40 % der italienischen Juden umfassen. Den anderen 60–70 % wird die Möglichkeit der Existenz als kleine Kaufleute und Handelsangestellte vorläufig belassen. Wie lange die augenblickliche Regelung anhalten wird, ist völlig unsicher. Eine schlechte Laune des Duce genügt, um neue Verschärfungen herbeizuführen, und ausserdem haben die Beschlüsse des Grand Conseil Fasciste mit einer zynischen Tendenz der Erpressung öffentlich erklärt, dass eventuelle weitere Gesetze gegen die italienischen Juden davon abhängen würden, wie sich das Weltjudentum gegenüber dem Faschismus verhält. Da das Weltjudentum keinesfalls eine Annäherung an den Faschismus vollziehen kann, so eröffnet diese Erpressungs-Methode sehr gefährliche Perspektiven in bezug auf eine eventuelle Verschärfung der antijüdischen Massnahmen in Italien.

3. Polen

Die antijüdische Politik der polnischen Regierung hat in den letzten Monaten eine gewisse Pause durchgemacht.¹¹ Die Ursache war einerseits der Wunsch der Regierung, einen Akkord mit den mehr demokratischen Parteien, vor allem mit der Bauernpartei, herbeizuführen und zweitens die wachsenden Schwierigkeiten, die Polen mit seiner deutschen und ukrainischen Minorität hat.¹² Es ist zu befürchten, dass die Verstärkung der prodeutschen Politik Becks mit dem Erfolg, den sie gegenüber der Tschechoslowakei erzielt hat,¹³ auch eine Verschärfung der antijüdischen Massnahmen nach sich ziehen kann, insbesondere nachdem es den Anschein hat, dass eine Versöhnung der Regierung mit der Bauern-

¹⁰ Der Gran Consiglio del Fascismo wurde am 9.12.1928 als Pseudoparlament unter Mussolini geschaffen. Der Rat wählte u.a. den Premierminister. Auch um dem deutschen Verbündeten entgegenzukommen, verabschiedete Italien 1938 antijüdische Gesetze. Am 5.9.1938 legte ein in der Folge stark diskutiertes Gesetz die Trennung zwischen Juden und Nichtjuden in Schulen und Hochschulen fest. Zwei Tage später drohte ein Dekret Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die seit 1919 eingewandert waren, mit Ausweisung, falls sie nicht innerhalb eines halben Jahres auswandern würden. Im Nov. folgten Rassegesetze, die den Ausschluss der Juden aus Arbeitsverhältnissen, freien Berufen und dem Kulturleben, die Zwangsveräußerung von jüdischen Groß- und mittleren Unternehmen regelten und allen nach 1919 eingebürgerten Juden die ital. Staatsbürgerschaft entzogen. Obwohl in vielem ihren deutschen Vorbildern ähnlich, wurden die antijüdischen Gesetze in Italien meist weniger gewaltsam oder u.U. gar nicht in die Praxis umgesetzt; Klaus Voigt, *Die jüdische Emigration in Italien*, in: Manfred Briegel, Wolfgang Frühwald (Hrsg.), *Die Erfahrung der Fremde*, Weinheim 1988, S. 13–32, hier: S. 16 f.

¹¹ In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre war der Ton gegenüber den poln. Juden schärfer geworden. So wurde 1936 ein Schächtverbot erlassen; an den Universitäten erreichten poln. Studenten die Einführung eines Numerus clausus und die Einrichtung separater, sog. Getto-Bänke für polnisch-jüdische Studenten.

¹² In der Zweiten Polnischen Republik lebten 4,8 Mio. Ukrainer (15 % der Gesamtbevölkerung) und 700 000 Deutsche (2,2 %). Einerseits förderte die Polonisierungspolitik einen engeren Zusammenschluss sowohl der ukrainischen als auch der deutschen Bevölkerungsgruppe, andererseits funktionalisierte Hitler die deutsche Minderheit, um die Spannungen im deutsch-polnischen Verhältnis zu verschärfen. Ukrainische Nationalisten forderten 1938 auch in Reaktion auf die polnischen Diskriminierungen eine Territorialautonomie.

¹³ Nach dem Münchener Abkommen erhielt Polen das bis dahin zur Tschechoslowakei gehörige Teschener Industriegebiet zugesprochen.

Partei wenig Chancen hat, was aus dem Boykott der Bauern-Partei gegenüber den Wahlen zum neuen Sejm hervorgeht.¹⁴

Mildernd auf die antijüdische Politik Polens wird auch in Zukunft das Vorhandensein des deutschen und ukrainischen Minoritätenproblems wirken, zumal beide Probleme sich verschärfen werden; das deutsche infolge der wachsenden Arroganz aller deutschen Minoritäten in Osteuropa, das ukrainische infolge der Aufrollung des ukrainischen Problems durch die karpathorussische Frage, wo die Ruthenen bekanntlich völlige Autonomie bekommen haben, was schon zu den ruthenischen blutigen Demonstrationen in Lwow geführt hat.¹⁵ Nichtsdestoweniger ist die Zukunft der polnischen Judenheit überaus düster. Die wirtschaftliche Ausrottungspolitik gegenüber den Juden, die niemals, auch nicht in den letzten Monaten, irgendeine Unterbrechung erfahren hat, wird fortgesetzt werden. Und Polen wird einen immer stärkeren Druck im Sinne der Regelung des polnisch-jüdischen Problems durch eine massenweise Emigration ausüben. (Ich werde im Schlussteil noch auf die allgemeinen jüdischen Konsequenzen dieser Politik in der nächsten Zukunft zurückkommen.) Die formell noch bestehende jüdische Gleichberechtigung wird immer weiter durchlöchert werden, und die Einführung eines numerus clausus für die Juden in allen Berufen nach ungarischem Muster,¹⁶ wovon polnische Regierungskreise schon seit einiger Zeit sprechen, ist eine durchaus reale Möglichkeit.

4. Baltische Staaten

In den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) ist die jüdische Lage heute noch erträglich. Wirtschaftspolitisch wird auch in diesen Ländern, vor allem in Lettland und in Litauen, eine gewisse antijüdische Politik befolgt, und die wachsende Zentralisierung der wirtschaftlichen Aktivität dieser Länder durch staatliche Institutionen und Monopole bedeutet ohnehin die fortschreitende Ausschaltung der Juden aus ihren wirtschaftlichen Positionen. Aber im Vergleich mit Deutschland, Italien, Polen und Rumänien ist die Lage in den baltischen Ländern, wie gesagt, noch erträglich. Ob sie nicht eine Tendenz zur Verschlechterung bald annehmen wird, ist nicht sicher, aber durchaus möglich infolge der wachsenden Furcht vor Deutschland in diesen Ländern und der Notwendigkeit für sie, sich stärker an Deutschland anzulehnen. Schon hat Deutschland Litauen einen Wirtschaftsvertrag angeboten, der faktisch die deutsche ökonomische Prädominanz in Litauen besiegeln würde, was automatisch die wirtschaftliche Vernichtung von Zehntausenden von litauischen Juden zur Folge haben müsste.¹⁷ Andererseits werden diese Länder, soweit es geht, schon infolge des Gegendrucks der Sowjet-Union sich

14 Mit Bauernpartei ist die im März 1931 aus dem Zusammenschluss aller Bauernparteien entstandene Volkspartei (SL) gemeint; die Oppositionsparteien boykottierten die vorgezogenen Parlaments- und Senatswahlen am 6. bzw. 13.11.1938, in denen das „Lager der Nationalen Einheit“ (OZN) 161 von 208 Mandaten erlangte.

15 Im Okt. 1938 hatten Teile der Karpatoukraine ihre Autonomie innerhalb der Tschechoslowakei eingeräumt bekommen, woraufhin ukrainische Nationalisten in Lemberg für ihre Unabhängigkeit stritten, in der Hoffnung, von der Karpatoukraine könne die ukrainische Eigenstaatlichkeit ausgehen. Am 15.3.1939 besetzten ungarische Truppen die Karpatoukraine und die Region verlor die Autonomie.

16 Siehe Dok. 26 vom 13.4.1938.

17 Im Zuge der im Herbst 1938 begonnenen Verhandlungen bot das Deutsche Reich Litauen als Gegenleistung für die Rückgabe des Memelgebiets an Deutschland einen litauischen Freihafen und Wirtschaftsprivilegien in Memel an. Am 22.3.1939 wurde der Staatsvertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen.

bemühen, eine balancierende Politik der Neutralität zu befolgen, falls ihnen dies gelingen sollte. Sollten sie sich auf einer solchen Linie halten können, so wird das Schlimmste für die Juden dieser Länder vielleicht nicht eintreten. Die Gefahr einer Verschlechterung der jüdischen Lage ist auch in diesen Ländern real gegeben.

5. Rumänien

In Rumänien hatte sich in den letzten Monaten die jüdische Lage etwas entspannt. Der Sturz der Regierung Goga und der Zusammenbruch seiner hitleristischen Judenpolitik (zum grossen Teil mit herbeigeführt durch den vom Weltkongress organisierten Kampf gegen die Goga'sche Judenpolitik) war einer der wenigen wirklichen Erfolge jüdischer Politik in den letzten Jahren.¹⁸ Die sehr energische Bekämpfung und Vernichtung der „Eisernen Garde“¹⁹ durch die jetzige rumänische Regierung hat naturgemäss in dieser Hinsicht auch positiv gewirkt. Leider verblieb als Rest der Goga'schen Judenpolitik das ominöse Gesetz zur Revision der jüdischen Bürgerrechte, welches in Wirklichkeit zur Ausbürgerung von 2–300 000 rumänischen Juden führen muss. Die Bemühungen des Jüdischen Weltkongresses um eine Milderung dieses Gesetzes waren nicht aussichtslos.²⁰ Aber auch hier hat sich die Lage durch die Münchener Vereinbarungen radikal geändert. Rumänien hatte vor München eine Politik der entschlossenen Annäherung an die Westmächte begonnen. Es ist zu befürchten, dass diese Politik revidiert werden wird. Schon spricht man vom Rücktritt des Aussenministers Comnen,²¹ der diese Politik vertreten hatte. Rumänien ist jetzt, nachdem die Tschechoslowakei ein deutscher Vasallenstaat werden wird, dem ungeheuren und unmittelbaren Druck Deutschlands unterworfen. Es lässt sich nicht voraussagen, zu welchen Konsequenzen sowohl in der Aussenpolitik wie in der Innenpolitik Rumäniens dies führen wird, Konsequenzen, die unter Umständen katastrophal für die rumänischen Juden werden müssen. Wie immer auch die Lage sich entwickeln wird, werden doch, fürchte ich, Hunderttausende rumänische Juden ausgebürgert und damit existenzlos werden, werden die anderen, als Bürger anerkannten rumänischen Juden ökonomisch immer mehr aus dem Wirtschaftsleben verdrängt werden und wird die rumänische Regierung zum mindesten eine Politik im Sinne der polnischen treiben; d.h. versuchen, durch Massenemigration das jüdische Problem in Rumänien zu lösen. Schon der jetzige Aussenminister Comnen hatte mehrfach mit mir von seiner Absicht gesprochen, eine internationale Konferenz zur Lösung der jüdischen Emigrationsfrage einzuberufen. Es ist wahrscheinlich, dass diese Bestrebungen in nächster Zeit eine Verstärkung erfahren werden.

18 Octavian Goga (1881–1938), Dichter und Politiker; von 1919 an mehrfach Minister u.a. für Kunst und Inneres, 1937–1938 rumän. Ministerpräsident, im Febr. 1938 auf Druck Frankreichs und Grossbritanniens von König Carol II. entlassen. Zur antijüdischen Gesetzgebung in Rumänien siehe Dok. 13 vom Februar 1938, Anm. 2.

19 Ultranationalistische Bewegung in Rumänien, gegründet 1927 von Corneliu Zelea Codreanu (1899–1938), zunächst unter dem Namen Legion des Erzengels Michael.

20 Weil Gogas Gesetzgebung gegen den Minderheitenvertrag von 1919 verstieß, forderte der Völkerbund auf Drängen des Jüdischen Weltkongresses eine Änderung der rumän. Judenpolitik. In der Folgezeit wurde daraufhin durch sog. Identitätskarten der Aufenthalt vieler Juden legalisiert bzw. ihre Auswanderung nach Palästina organisiert.

21 Nicolae Petrescu-Comnen (1881–1958), Diplomat; 1923–1927 rumän. Vertreter beim Völkerbund, 1927–1937 Bevollmächtigter in Berlin und zwischenzeitlich im Vatikan, 1937–1938 zunächst StS im Außenministerium, dann Außenminister, 1938–1941 Botschafter beim Vatikan; 1943 Gründer des Rumänischen Roten Kreuzes, dessen Präsident bis 1952.

6. *Tschechoslowakei*

Nach dem Münchener Abkommen und durch die Grenzziehung durch die Botschafterkonferenz von Berlin ist die Tschechoslowakei in eine fast vollständige Abhängigkeit von Deutschland geraten, was auch auf dem Gebiete der Politik den Juden gegenüber bald zum Ausdruck gelangen dürfte. Nicht bloss der ausdrückliche Wunsch Deutschlands, sondern auch die allgemeine Disposition eines Volks nach einer schweren Niederlage wird den antisemitischen Kurs fördern. Der reduzierte Lebensraum, der Zudrang der Tschechen zu den liberalen Professionen lässt in Anbetracht der starken Besetzung dieser Berufe durch Juden restriktive Massnahmen gegen diese befürchten, was durch die jüngsten Kundgebungen aus tschechischen Aerzte- und Advokatenkreisen bestätigt wird.²² Bisher sind noch keinerlei Verfügungen getroffen worden, die irgendeine Diskrimination der jüdischen Staatsbürger beinhalten. Die Massnahmen gegen den Zustrom von Flüchtlingen aus dem von Deutschland okkupierten Gebiet treffen allerdings die Juden besonders schwer.²³ Die tschechische Regierung wird dem antisemitischen Kurs nicht sehr willig folgen, da sie von der Ergebnisheit der Juden für die Tschechoslowakei überzeugt ist und ihre wirtschaftliche Bedeutung, besonders wegen ihrer Verbindungen mit der Welt, einzuschätzen weiss. Sie wird trotz der Ausrichtung nach Deutschlands Politik ihre Unabhängigkeit zu wahren suchen, und hierdurch eröffnen sich für das Schicksal der Juden gewisse Perspektiven.

Der Kurs der autonomen Regierung der Slowakei ist scharf antisemitisch.²⁴ Es ist fraglich, ob das Schicksal der Juden in den strittigen Gebieten der Südslowakei und Karpatorusslands besser unter ungarischer oder slowakischer resp. ruthenischer Herrschaft sein wird, obwohl bezüglich des autonomen Regimes in Karpatorussland bisher kein Anlass zu Pessimismus besteht.

Die Zukunft der 360 000 Juden in der Tschechoslowakei ist jedenfalls höchst gefährdet. Durch eine aktive Politik von Seiten des Weltjudentums wird sich aber manches beeinflussen lassen.

7. *Ungarn*

In Ungarn ist bekanntlich der 20%ige *numerus clausus* gegen die Juden Gesetz geworden und wird in beschleunigtem Tempo durchgeführt. Es wird keine fünf Jahre dauern, wie es im Gesetz vorgesehen ist, bis dieser *numerus clausus* realisiert sein wird. Dies bedeutet die wirtschaftliche Depossidierung von etwa 20 000 ungarischen jüdischen Familien. Eine Zahl von mehreren Zehntausenden von Juden, die bisher im ungarischen Teil der Slowakei lebten und jetzt zu Ungarn kommen, werden jetzt unter dieses Gesetz fallen. Bei alledem ist noch durchaus unsicher, ob selbst der jetzige antijüdische Kurs der Regierung erhalten bleiben wird. Die Gefahr einer restlosen Nazisierung Ungarns ist heute durchaus

22 Die Tschechoslowakei war von 1933 an das Ziel zahlreicher jüdischer Flüchtlinge gewesen. Die unsichere Situation nach dem Münchener Abkommen, die mit einem erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen einherging, führte auch zu einem Anwachsen antisemitischer Tendenzen. Juden wurden in der Rumpf-Tschechoslowakei sukzessive aus Staatsämtern entlassen und aus Vereinen ausgeschlossen.

23 Zur Haltung der tschechoslowakischen Regierung gegenüber den Flüchtlingen aus dem Sudetenland siehe Einleitung, S. 42.

24 In der Slowakei häuften sich gewaltsame Angriffe auf Juden und Plünderungen. Aus dem Landesinnern wurden im Okt. 1938 jüdische Familien in die an Ungarn abzutretenden Gebiete deportiert. Bei einem Treffen slowakischer Politiker mit Göring am 12.10.1938 kamen Massnahmen gegen die Juden zur Sprache, und zur gesetzlichen Regelung wurde ein „Judenkomitee“ gebildet.

vorhanden, infolge der Nachbarschaft des Dritten Reichs. Eine Aenderung der Regierung und die Bildung einer Regierung der „Pfeilkreuzler“ (ungarische Nazis) ist durchaus möglich und würde bedeuten die schnelle Vernichtung der Existenz auch der ungarischen Juden, die vom *numerus clausus* noch nicht erfasst worden sind.²⁵

8. Frankreich

Es ist sehr charakteristisch, dass in einer Aufzählung der Länder mit wachsendem jüdischen Problem heute auch Frankreich zu nennen ist. Die französische Politik, sowohl die Aussen- wie die Innenpolitik, befindet sich in einem Zustande des völligen Chaos. Die Niederlage von München hat nicht nur das gesamte System der französischen Aussenpolitik vernichtet, sondern auch innerpolitisch eine völlige Desorientierung geschaffen. Der Riss zwischen den Anhängern einer festen Politik und den Defaitisten, die bereit sind, faktisch auf die französische Grossmachtposition zu verzichten, um vor Angriffen Hitlers geschützt zu sein, geht durch alle Parteien. Die Rechte ist gespalten, und die Linke ist gespalten, mit Ausnahme der Kommunisten, die einheitlich die Linie einer starken Aussenpolitik verfechten. Das zentrale und furchtbare Ereignis der letzten Wochen, welches vielleicht die tiefste Ursache der Niederlage der Westmächte in München war, ist die Haltung der französischen Grossbourgeoisie, die aus Angst vor eventuellen sozialen Revolutionen oder einem Aufstieg der arbeitenden Massen selbst im Falle eines siegreichen Kriegs gegen Deutschland bereit ist, Hitlers Vormachtstellung in Europa zu akzeptieren und bei der Wahl zwischen der nationalen Grossmachtposition Frankreichs und der – angeblichen – Sicherung ihrer Bankkonten sich für die Bankkonten entschieden hat. Die Politik, die Herr Bonnet, der Hauptschuldige an den Vorgängen, die zu München geführt haben, betrieben hat, war diktiert durch die französische Schwerindustrie, worunter auch die jüdische Grossfinanz in Frankreich (vor allem die Bank Lazard Frères) zu verstehen ist.²⁶ Die Folge des Münchener Abkommens ist ein ungeheures Gefühl der Bestürzung und vielfach auch der Scham in weiten französischen Kreisen. Diese Kreise suchen nach einem Sündenbock und finden ihn natürlich in den Juden. Die antisemitische Propaganda in Frankreich, geführt von dem Teil der Rechten, der bereit ist, vor Hitler zu kapitulieren, nimmt bedrohliche Formen an, und die innere Zerrissenheit der französischen Innenpolitik ist so gross, dass faschisierende Tendenzen natürlicherweise in Frankreich um sich greifen und die Gefahr eines faschistischen Coup d'Etat nicht ganz ausgeschlossen ist. Wenn ich nicht an die Unmittelbarkeit dieser Gefahr heute glaube, so geschieht es, weil ich annehme, dass die französische Armee und der französische Generalstab sich dem widersetzen wird, und in dem Chaos der französischen Innenpolitik ist die Armee und der Generalstab die letzte starke und nicht demoralisierte Institution. Aber faschisie-

²⁵ Im Gesetz vom 29.5.1938, das den Anteil von Juden in einzelnen Berufszweigen oder Betrieben auf maximal 20 % begrenzte, wurde der Begriff „Jude“, anders als in Deutschland, religiös definiert. In den folgenden antijüdischen Gesetzen galten für assimilierte Juden häufig mildere Ausnahmeregelungen. Bei den letzten ungar. Wahlen vor Beginn des Zweiten Weltkriegs errangen die besonders jüdenfeindlichen Pfeilkreuzler ca. ein Sechstel der Stimmen, in Budapest mehr als ein Drittel.

²⁶ Georges Etienne Bonnet (1889–1973), Jurist und Politiker; 1924–1940 Abgeordneter der Radikal-sozialistischen Partei im franz. Parlament, verschiedene Ministerposten, 1938–1939 Außenminister und entschiedener Befürworter des Münchener Abkommens; 1945 Ausschluss aus der Radikal-sozialistischen Partei; später Bürgermeister von Brantôme. Das Bankhaus Lazard Frères wurde 1848 von den Brüdern Alexandre, Simon und Elie Lazard als Handelsgesellschaft Lazard Frères & Co in New Orleans gegründet. Von Mitte des 19. Jahrhunderts an entstanden Niederlassungen u. a. in New York, Paris und London.

rende Tendenzen werden sich bestimmt in den nächsten Monaten in Frankreich breit machen und werden, wie dies überall der Fall war, am wirksamsten mit der antisemitischen Parole Propaganda machen. Wenn auch nicht anzunehmen ist, dass sehr schnell ein wirkliches akutes Judenproblem in Frankreich entstehen wird – ausgeschlossen ist auch das nicht –, so wird jedenfalls der französische Antisemitismus in der nächsten Zukunft sehr heftige Formen annehmen, und die Abwehr der antisemitischen Attacken wird eine der dringlichsten Aufgaben der jüdischen Politik sein.

9. Schweiz

Auch in der Schweiz ist mit einem steigenden Antisemitismus zu rechnen. Dieses kleine Land, eingezwängt zwischen Italien und Deutschland, von drei Seiten umfasst von diesen Mächten, lebt in einer Panik vor den Diktatoren. Die Schweizer Demokratie ist zwar fest gegründet, und vielleicht in keinem europäischen Lande hat man den absurden und beschämenden Jubel der Westmächte in den ersten Tagen nach München so wenig mitgemacht wie in der Schweiz, bis weit in ihre reaktionären Kreise hinein. Aber die Schweiz fühlt sich begreiflicherweise ziemlich hilflos gegenüber den Diktatoren, insbesondere nach den Erfahrungen der Tschechoslowakei. Die Folge ist eine wachsende Aengstlichkeit, ausgedrückt in dem Wunsch nach einer peinlichen Neutralität, auch in der geistigen und moralischen Haltung, die den Diktaturmächten keine Angriffsflächen bieten will. Selbstverständlich wird sich dies auch auf die Lage der Juden in der Schweiz auswirken, die, wenn auch nicht unmittelbar bedroht sind, so doch vielfach Angriffen in nächster Zeit ausgesetzt sein dürften.

III. *Resumé*

Dieses flüchtig skizzierte Bild (wobei ich Holland und Belgien sowie die skandinavischen Staaten, in denen jetzt noch stärkere antisemitische Erscheinungen nicht zu verzeichnen sind, obschon auch sie durch den wachsenden Druck Deutschlands nicht ausgeschlossen sind, ausgelassen habe) gibt eine Vorstellung von der jüdischen Lage in Europa. Das einzige europäische Land vielleicht, in dem die jüdischen Rechte vorläufig erhalten erscheinen, ist England. In allen anderen europäischen Ländern gibt es bereits eine Judenfrage in den tragischsten Formen, und in den wenigen Ländern, in denen sie noch nicht existiert, kann sie sehr schnell akut werden. Um dies kurz zu resümieren, ist in der nächsten Zukunft mit folgenden Gefahren zu rechnen:

- a) Anwachsen des Antisemitismus in seinen brutalsten Formen, begleitet von Exzessen, von einer diffamierenden und vor nichts zurückschreckenden Agitation (es gibt schon heute sehr populäre Zeitschriften in Frankreich, die in ihren perfiden Angriffen gegen die Juden sich wenig mehr von der deutschen Presse à la „Stürmer“ unterscheiden);²⁷
- b) Verstärkung der antijüdischen Politik der osteuropäischen Regierungen durch wirtschaftliche Depossidierung der Juden und durch einen steigenden Druck zur Emigration, die Möglichkeit einer internationalen Aufrollung der Judenfrage durch die osteuropäischen Länder, unterstützt durch Deutschland und Italien, ist heute durchaus real. Bei der antizionistischen Haltung der totalitären Staaten einerseits und der schwächlichen Palästinapolitik Englands andererseits ist die Lösung der jüdischen Emigrationsfrage im Sinne der Palästina-Lösung sehr unwahrscheinlich. Woran die osteuropäischen Mächte,

27 Zu den einflussreichsten antisemitischen Zeitschriften gehörte die Wochenzeitung *L'Ami du Peuple*, die Mitte der 1930er-Jahre in einer Auflage von 460 000 Exemplaren erschien, ferner die Zeitungen *Je suis partout* und *La Libre Parole*.

insbesondere Polen und Rumänien, heute denken, ist die Bereitstellung irgendeines entfernten afrikanischen oder amerikanischen Territoriums für jüdische Massenemigration,²⁸ und ein derartiger Druck auf die Juden in den Ostländern bewirkt, dass sie auch unter den ärgsten Bedingungen in ein etwaiges solches Territorium auszuwandern bereit sein würden;

c) die Fasisierung oder Nazisierung von europäischen Ländern, die heute noch faktisch oder nominell Demokratien sind, und die damit verbundene automatische Entrechtung und Vernichtung der Judenheit dieser Länder.

IV. *Vorschläge für unsere Aktionen*

Diese jüdische Lage in Europa erfordert naturgemäss

a) eine Abwehr- und Verteidigungsaktion seitens des selbstbewussten Teils des jüdischen Volks in einem unendlich viel grösseren Ausmass, als es bisher der Fall war. Mit den kleinen Mitteln und Mittelchen der jüdischen Politik kann man gegen diese ungeheuerlichen Gefahren nicht mehr ankämpfen. Klar ist, dass die Methoden der jüdischen Notabelnpolitik durch Stillsein und Sichtotstellen, das Vorhandensein einer Judenfrage vergessen zu lassen oder durch die guten Beziehungen zu nichtjüdischen Persönlichkeiten hie und da eine Milderung herbeizuführen, völlig gescheitert sind; die Fortsetzung dieser Methoden angesichts dieser Lage wäre absurd und lächerlich. Aber auch die mutigeren Methoden, vor allem der diplomatischen Interventionen und des politischen Kampfs, mit denen der Jüdische Weltkongress gearbeitet hat, genügen heute nicht mehr. Sie müssen fortgesetzt werden, aber sie müssen entscheidend ergänzt und umgebaut werden. Was notwendig ist, ist Folgendes:

b) Die Erweckung des Willens zum Kampf für unsere Existenz in den breiten Massen unseres Volks. Die grösste Gefahr, die uns heute droht, sind nicht einmal die Attacken unserer Gegner, sondern das wachsende Gefühl der Verzweiflung in weiten Teilen des jüdischen Volks. Die grossen jüdischen Massen sind von einem Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit beherrscht, und darin liegt die wirkliche Gefahr, denn nur wenn ein Volk den Kampf aufgibt und zu seinem Untergang resigniert mit den Schultern zuckt, ist die Gefahr seines wirklichen Untergangs vorhanden. Der Kampfesgeist im jüdischen Volk muss geweckt und gestärkt werden. Dazu ist notwendig die Organisation einer jüdischen Selbstschutzbewegung. Juden müssen bereit sein, gegen Exzesse sich zu verteidigen und etwas von dem Geiste des palästinensischen Judentums bekommen. Das russische Judentum vor dem Krieg kannte eine solche Selbstschutzbewegung, die nicht nur oft praktische Erfolge hatte in der Abwehr von Exzessen, sondern auch vor allem moralisch das Rückgrat und den Existenzwillen der russischen Judenheit gestärkt hatte.²⁹

c) Organisation eines gross aufgezogenen Abwehrkampfes gegen die antisemitische Propaganda. Dies kann nicht geschehen durch noch so kluge Artikel in der jüdischen Presse,

28 Sowohl in Rumänien als auch in Polen wurde in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg über Auswanderungsziele für Juden diskutiert; im poln. Außenministerium entstand 1936 ein Grundsatzpapier „Jüdische Emigration und Kolonialfragen“, 1938 sah ein Entwurf die poln. Kolonisation Madagaskars bei gleichzeitiger Errichtung einer jüdischen Siedlung zur Minderung des jüdischen Bevölkerungsanteils in Polen vor. In Rumänien äusserte Ministerpräsident Goga Anfang 1938 mehrfach die Hoffnung, die rumän. Juden etwa nach Madagaskar abschieben zu können.

29 Nach mehreren Pogromen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war in Russland eine jüdische Selbstverteidigungsbewegung entstanden.

die für diese Zwecke völlig unwichtig ist, sondern durch die Benützung der nichtjüdischen Presse, durch Broschüren, Aufrufe etc., die aber alle von nichtjüdischer Seite kommen müssen. Es wird nötig sein, die Kooperation mit den demokratischen Kräften in der Welt, die noch vorhanden sind, sowohl in den West- wie auch in den Ost-Staaten – insbesondere z.B. auch in Polen – auszubauen. Durch Kompromisse mit den totalitären Staaten ist für uns nichts mehr zu erreichen. Wenn noch Zweifel daran bestanden haben, so muss das italienische Beispiel sie endgültig zerstreut haben. Unsere Rettung liegt in dem Siege der Demokratie, und da der wirkliche Entscheidungskampf zwischen den Diktaturen und den Demokratien nicht ausgetragen ist – München war nur ein Vorgefecht, welches die Demokratien verloren haben –, so kann unsere Politik nur in einer wachsenden Zusammenarbeit und in einem gemeinsamen Kampf auf Seiten der demokratischen Kräfte in der Welt bestehen. Dafür sind hundert Möglichkeiten vorhanden, und ebenso wie wir erkennen, dass wir die Hilfe der demokratischen Parteien und Kräfte benötigen, verstehen auch diese Parteien, dass sie die Kooperation der jüdischen Welt brauchen. Es mehren sich immer stärker die Angebote und Aufforderungen seitens solcher Parteien und Gruppen zwecks einer Zusammenarbeit mit ihnen.

d) Fortsetzung der diplomatischen Interventionen unter immer stärkerer Ausnützung der öffentlichen Meinung der Welt. Trotz allem sind Staaten wie Polen, Rumänien, Ungarn etc. noch immer empfänglich für den Druck der westeuropäischen und vor allem amerikanischen Öffentlichkeit, und dieses Kampfmittel muss in Zukunft noch viel stärker ausgenutzt werden als bisher.

e) Inangriffnahme des jüdischen Emigrationsproblems durch uns. Das Problem lässt sich nicht aus der Welt schaffen, und es wäre gefährlich, wie in allen politischen Fragen, die Initiative zu seiner Lösung den Gegnern zu überlassen. Wie immer sich auch das Schicksal Palästinas gestalten wird, wird es ein dringendes jüdisches Emigrationsproblem in Europa geben. Es gibt auch Möglichkeiten einer positiven Lösung, aber wir müssen sie in die Hand nehmen. Ich denke dabei nicht an die Beschäftigung mit den individuellen Fällen der Emigration, Aufgabe, die die Hicem und andere jüdische Organisationen erfüllen, sondern es handelt sich um die allgemeine und politische Inangriffnahme des Problems durch Verhandlungen mit den Emigrations- und Immigrationsländern, durch das Studium internationaler Finanzmethoden und die Verhinderung, dass diese Frage zu einem der wichtigsten Instrumente der antijüdischen Politik in der Welt wird.

Bei der Gestaltung der so skizzierten Arbeit sei eine Bemerkung hier gemacht: Immer mehr und mehr rückt der Schwerpunkt der jüdischen Politik und Verteidigung heute nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Das amerikanische Judentum ist das einzige grosse Judentum, welches noch in vollem Besitz seiner Kraft und Positionen ist. Wenn es nicht die Führung im jüdischen Verteidigungskampf übernimmt, dann wird es der historischen Aufgabe, die ihm die jetzige Situation auferlegt, untreu, und es braucht nicht gesagt zu werden, dass der völlige Zusammenbruch des europäischen Judentums, der eintreten könnte, wenn wir versagen, auch die Position des amerikanischen Judentums nicht unerschüttert lassen kann. Das Gesetz der jüdischen Solidarität, wonach es letzten Endes ein gemeinsames Schicksal geben wird für alle Juden der Welt – alle frei oder alle Parias – hat sich niemals so konkret bestätigt wie in den tragischen Ereignissen der letzten Jahre. In der Organisation des Kampfs, wie er hier skizziert wurde, muss das amerikanische Judentum den entscheidenden Anteil tragen, sowohl politisch und geistig

wie auch finanziell. Die Arbeit, wie sie hier skizziert wird, ist nur zu machen, wenn grosse Geldmittel zur Verfügung stehen, ganz andere Mittel als die armseligen Budgets, mit denen der Weltkongress bisher schlecht und recht operiert hat. Sind diese Mittel nicht zu beschaffen, so ist der Kampf, wie er hier dargelegt ist, nicht zu organisieren. Aber ich kann nicht glauben, dass es nicht möglich sein soll, unter der Wucht der Schläge, die wir in den letzten Jahren und vor allem in den letzten Wochen erlitten haben, dem amerikanischen Judentum zum Bewusstsein zu bringen, dass es ganz andere Mittel für die Lösung des politischen Kampfs zur Verfügung stellen muss. Philantropie ist sehr nützlich und rettet viele einzelne jüdische Existenzen; für die Gestaltung des jüdischen Gesamtschicksals ist sie völlig unerheblich. Die Zukunft des jüdischen Volks in Europa und damit überall in der Welt wird nur zu sichern sein durch einen gross geführten politischen Kampf in enger Anlehnung an die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der Welt. Ein solcher Kampf macht uns zu einem Bundesgenossen in diesen Zeiten der Vorbereitung und in dem Moment der grossen Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen Kräfte in der Welt und den totalitären Staaten, die früher oder später kommen muss und wahrscheinlich sehr viel schneller kommen wird, als es mancher annehmen mag. Nur ein solcher Kampf wird unsere Rechte und unser Schicksal sicherstellen für diese grosse Auseinandersetzung, aber auch nur ein solcher Kampf wird dem jüdischen Volke, soweit es den Willen zur Existenz noch besitzt – und dazu gehört glücklicherweise noch die grosse Majorität der Juden in der Welt –, das Bewusstsein geben, dass es noch nicht verloren ist. Es wird die Depression und die Verzweiflung, die unsere Existenz heute moralisch bedrohen, überwinden lassen und den jüdischen Massen den Willen zum Kampf geben – und solange ein Volk kämpft, ist es nicht verloren.

DOK. 107

Besprechung am 14. Oktober 1938 bei Göring über die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung und die „Arisierung“¹

Stenographischer Bericht (geheime Kdo.) der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium bei Generalfeldmarschall Göring (Th),² undat., am 14. 10. 1938

Generalfeldmarschall Göring eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, dass er Weisungen geben wolle für die Arbeit der nächsten Monate. Jeder wisse ja aus der Presse, wie die Lage in der Welt sei, und der Führer habe ihn infolgedessen angewiesen, ein gigantisches Programm durchzuführen, gegen das die bisherigen Leistungen bedeutungslos seien. Dem

1 Kopie: IFZ/A, (Nürnberger Dokument 1301-PS); Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 27, Nürnberg 1948, S. 160–165.

2 Vermutlich Georg Thomas (1890–1946), Berufsoffizier; Leiter des Wehrwirtschaftsstabs im Wehrmachtsamt des Reichskriegsministeriums, 1939–1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts im OKW; am 11.10.1944 im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli verhaftet, in den KZ Flossenbürg und Dachau inhaftiert, 1945 von amerik. Truppen befreit und in deren Gewahrsam gestorben.

gegenüber beständen Schwierigkeiten, die er mit der grössten Energie und Rücksichtslosigkeit überwinden werde.

Der Devisenbestand sei durch die Vorbereitung für das tschechische Unternehmen völlig abgesunken und bedürfe einer sofortigen starken Erhöhung. Auch habe man die Auslandskonten schon stark überzogen, sodass grösste Exporttätigkeit – mehr wie bisher – im Vordergrund stände. An 1. Stelle stände für die nächsten Wochen Erhöhung des Exports zur Besserung der Devisenlage. R Wi M *soll einen* Vorschlag machen, wie die Exporttätigkeit zu heben ist, wobei über die derzeitigen exporthemmenden Schwierigkeiten hinweggeschritten werden müsse.

Diese Exportgewinne sind einzusetzen für die Verschärfung der Rüstung. Die Rüstung dürfe durch die Exporttätigkeit nicht gekürzt werden. Er habe vom Führer den Auftrag, die Rüstung abnorm zu steigern, wobei in 1. Linie die Luftwaffe stände.³ Die Luftwaffe sei schnellstens zu verflünffachen; auch die Marine müsse schneller rüsten, und das Heer müsse schneller grosse Mengen von Angriffswaffen schaffen, in Sonderheit schwere Artillerie und schwere Tanks. Daneben hergehen muss die fabrikatorische Rüstung, wobei in Sonderheit Treibstoffe, Gummi, Pulver- und Sprengstoffe in den Vordergrund zu rücken sind. Daneben muss gehen der beschleunigte Strassenausbau, Kanalausbau und in Sonderheit der Eisenbahnausbau.

Dazu käme der VJP, der nach 2 Gesichtspunkten neu zu ordnen ist.

Im VJP sind in 1. Linie alle Bauten vorwärts zu treiben, die der Rüstung dienen, und in 2. Linie alle die Anlagen zu schaffen, die wirklich devisensparend sind.

Die Ersatzstoffe, die der VJP geschaffen hat, müssen nun beschleunigt in den Verkehr gebracht werden. R Wi M und die anderen Behörden sollen bis Anfang November Vorschläge machen für vermehrte Einführung der Ersatzstoffe. Die Einfuhr in den Stoffen, für die wir Ersatzstoffe haben, müsse rücksichtslos beschränkt werden.

Generalfeldmarschall Göring kam dann zur Hauptfrage des Tages: wie können diese Forderungen erfüllt werden! –

Er stände vor ungeahnten Schwierigkeiten. Die Kassen seien leer, die fabrikatorischen Kapazitäten für Jahre hinaus mit Aufträgen vollgepropt. Trotz dieser Schwierigkeiten werde er die Lage unter allen Umständen ändern. Denkschriften nützten ihm nichts, er wünsche nur positive Vorschläge. Er werde die Wirtschaft, wenn es notwendig ist, mit brutalen Mitteln umdrehen, um dieses Ziel zu erreichen. Es sei jetzt der Moment da, wo die Privatwirtschaft zeigen könne, ob sie noch eine Daseinsberechtigung hätte. Wenn sie versagt, ginge er rücksichtslos zur Staatswirtschaft über. Er werde von seiner – ihm vom Führer erteilten – Generalvollmacht barbarisch Gebrauch machen.

Alle Wünsche und Pläne von Staat, Partei oder anderen Stellen, die nicht ganz in dieser Linie liegen, sind rücksichtslos zurückzustellen. Auch weltanschauliche Fragen können jetzt nicht gelöst werden, dazu sei später Zeit. Er warne dringend, Arbeitern Versprechungen zu machen, die von ihm nicht gehalten werden können. Wünsche der Arbeitsfront treten voll in den Hintergrund.

Die Wirtschaft müsse voll umgestellt werden. Es sei sofort eine Untersuchung aller Produktionsstellen einzuleiten, ob sie auf die Rüstung und den Export umgestellt werden könnten oder stillzulegen seien. Dabei stände die Frage der Maschinen-Industrie an 1. Stelle. Für Druckerei-, Wäscherei-Maschinen und ähnliche Sorten sei kein Platz mehr,

³ Der letzte Halbsatz ist mit Bleistift in Klammern gesetzt.

sie müssten alle Werkzeugmaschinen machen. In den Werkzeugmaschinen sei die Dringlichkeit der Aufträge zu prüfen, wo irgend möglich seien Kapazitätserweiterungen vorzunehmen. 3-Schichten-Arbeit sei selbstverständlich.

Es bleibt nun zu überlegen, wer diese Aufgabe durchführen soll; der Staat oder die Selbstverwaltungs-Wirtschaft. – Er habe von Generaldirektor *Zangen*⁴ einen Vorschlag verlangt, wie diese Pläne verwirklicht werden sollen. Er warne alle Stellen, in Sonderheit die Arbeitsfront, Preiskommissar usw., die Durchführung dieser Vorschläge irgendwie zu hemmen. Er werde gegen jede Störung, die durch die Arbeitsfront erfolge, rücksichtslos vorgehen. Die Arbeitsfront bekäme keine Rohstoffe und keine Arbeiter mehr für ihre Aufgaben. Ebenso müssen alle anderen parteimässigen Forderungen rücksichtslos zurücktreten. Ausländische Arbeiter können weiter beschäftigt werden, nur nicht in den besonders geheimen Teilen der Betriebe. Die Werke dürfen in der jetzigen Zeit nicht mit unnötigen Belastungen beschwert werden; wie Sportplätze, Kasinos oder ähnliche Wünsche der Arbeitsfront. Massnahmen, die die Arbeitsfront treffen will, seien ihm zur Genehmigung vorzulegen.

Rohstoffe und Energie sind genau zu lenken. Ebenso ist die Menschenverteilung in ganz anderer Form wie bisher zu organisieren. Die Umschulung hat nicht funktioniert; alle Stellen haben versagt. Die Eingliederung der Jugend in die Wirtschaft werde ganz grosszügig von ihm organisiert werden. Es seien grosse staatliche Lehrlingswerkstätten zu schaffen; ausserdem werden die Werke verpflichtet werden, bestimmte Mengen Lehrlinge einzustellen. Es müsste eine Umschulung von Hunderttausenden stattfinden. Frauenarbeit sei viel mehr wie bisher durchzuführen.

Vor allem sei die weibliche Jugend viel mehr einzustellen. Achtstündige Arbeitszeit gibt es nicht mehr; wo notwendig, seien Überstunden zu machen, 2–3fache Schichten seien selbstverständlich. Wo Weigerungen der Arbeiterschaft erfolgen, wie z. B. in Österreich, will Generalfeldmarschall Göring mit Zwangsarbeit vorgehen; er werde Zwangsarbeits-Lager schaffen. Die Arbeitsfront solle nicht falsche Sozialbegriffe unter die Arbeiter bringen. Tatsache sei, dass unsere Generation die Karre in den Dreck gefahren habe, indem die Arbeiter gemeutert haben und indem wir die Schuld auf uns geladen haben, dass wir diese Arbeiter nicht sofort zusammengeschossen haben. Wir müssten also auch die Sache wieder in Ordnung bringen.

Auf dem Verkehr-Gebiet müsse sofort viel geschehen. Verk.-Ministerium muss einen Antrag vorlegen über Bau von rollendem Material und sonstigen Forderungen. Der Stichkanal beim Hermann Göring-Werk sei besonders wichtig. Es ginge nicht weiter, dass die Wehrmacht den Wagenpark blockiert. Wenn es weiter erfolge, werde er Entscheidung treffen, denn es sei nicht möglich, dass deswegen das Volk verhungert.

In der Landwirtschaft käme es darauf an, ausländische Arbeiter einzustellen. Ebenso müsse die Landmaschinen-Frage gefordert werden. Besonders wichtig ist der Bau von Vorratshäusern.

Das Sudetenland müsse mit allen Mitteln ausgenutzt werden. Generalfeldmarschall Göring rechnet mit einer völligen wirtschaftlichen Angleichung der Slowaken. Tschechen und Slowaken würden deutsche Dominions werden. Es müsse herausgeholt werden, was

4 Wilhelm Zangen (1891–1971), Industrieller; 1927 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1934 an Vorstandsvorsitzender der Mannesmann Röhrenwerke AG in Düsseldorf; 1937 Wehrwirtschaftsführer, von 1938 an Leiter der Reichsgruppe Industrie, u. a. im RMfBuM tätig; 1945 Gefangenschaft, von 1948 an wieder bei Mannesmann beschäftigt, 1965 Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern.

irgend möglich ist. Der Oder-Donau-Kanal sei beschleunigt vorzusehen. In der Slowakei müssten in Sonderheit von Staatssekretär Keppler Untersuchungen von Erdöl und Erze[n] vorgenommen werden.

Im 2. Teil seiner Ausführungen kam Generalfeldmarschall Göring auf das Judenproblem zu sprechen. Die Judenfrage müsste jetzt mit allen Mitteln angefasst werden, denn sie müssten aus der Wirtschaft raus. Unter allen Umständen zu unterbinden ist aber die wilde Kommissar-Wirtschaft, wie sie sich in Österreich ausgebildet hat. Diese wilden Aktionen müssten aufhören, und die Erledigung der Judenfrage darf nicht als ein Versorgungssystem untüchtiger Partei-Genossen angesehen werden. Hierauf wurde Ministerialrat *Fischböck* das Wort erteilt. Er teilte mit, dass es in Österreich zunächst 25000 Kommissare gegeben hätte. Heute gibt es immer noch 3500, die fast alle unbrauchbar wären. In Österreich vertritt die Partei den Standpunkt, dass die Arisierung Sache der Partei sei und sie zu verbinden sei mit der Wiedergutmachung an alten Parteigenossen.

In Österreich seien noch 2 Milliarden Gesamtwerte jüdischen Vermögens. Die grossen Betriebe würden durch die Kontrollbank aufgekauft,⁵ Schwierigkeiten mache es, die Juden aus den kleinen gewerblichen Betrieben hinauszubringen.

Generalfeldmarschall Göring nahm scharf gegen die Auffassung Stellung, dass die Arisierung Sache der Partei sei. Sie sei allein Sache des Staates. Er könne aber Devisen für den Abschub der Juden nicht möglich machen. Im Notfalle müsse man Ghettos in den einzelnen Grosstädten einrichten.

Staatsrat *Schmeer* warnte davor, in der Judenbekämpfung rücksichtsvoller vorzugehen; man sollte jüdische Arbeits-Kolonnen aufstellen, dann würden die Leute schon von allein auswandern.

Staatsrat *Neumann* warnte und war der Ansicht, dass man – besonders in Österreich – vorsichtiger an die Sache herangehen müsse.

Sodann wurde die Sitzung ganz überraschend von Generalfeldmarschall Göring geschlossen, ohne dass die Wortmeldung erfüllt oder Entscheidungen getroffen wurden.

DOK. 108

Hauptwachtmeister Witzel berichtet der Amtsanwaltschaft Marburg am 16. Oktober 1938, wie in Zwesten Fenster und Türen in den Häusern von Juden zertrümmert wurden¹

Schreiben des Gend. Hauptwachtmeisters und Postens Zwesten, Fritzlar-Homberg, Bez. Kassel, gez. Witzel, an die Amtsanwaltschaft in Marburg/Lahn vom 16. 10. 1938 (Abschrift)²

Am 16. 10. 1938 erschienen um 7 ½ Uhr die beiden Jüdinnen Hirschberg und Junghelm in meiner Wohnung und meldeten, dass sie in der vergangenen Nacht durch Tür- und Fensterzertrümmerungen in Angst und Schrecken gejagt worden wären. Sie baten darum,

⁵ Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel; 1914 gegründet, spielte sie bis 1938 eine untergeordnete Rolle bei der Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele. Von 1938 an wurde die Kontrollbank als vermittelnde Instanz in die „Arisierung“ eingeschaltet, um Betriebe, die erhalten werden sollten, vor dem Konkurs zu bewahren.

¹ HHSta, 483/905c.

² Sprachliche Eigenheiten wurden beibehalten.

dass ich mir die Zertrümmerungen gleich einmal ansehen möchte; denn das in der vergangenen Nacht Erlebte könnten sie nicht mehr ertragen.

Ich ging darauf ins Dorf und stellte fest:

1.) Bei dem Jude Hugo Stern war die Haustür stark zertrümmert und einige Fensterscheiben eingeworfen. Vor dem Haus lagen etwa 20 starke Bruchsteine, Knüppel und kleinere Holzstücke, die zum Werfen und Schlagen gedient haben.

2.) Bei dem Jude Aron Jungheim war eine Türfüllung eingeschlagen und einige Scheiben kaputt geworfen worden. Vor der Haustüre lagen etwa 10–15 Steine.

3.) Bei dem Jude Hermann Levi war ein Fenster vollständig zertrümmert und eine andere Fensterscheibe eingeschlagen.

4.) Bei dem Jude David Hirschberg war ein Fenster vollständig zertrümmert.

5.) Bei dem Jude Markus Stern waren zwei Fensterläden zertrümmert.

Nach den von mir angestellten Ermittlungen und Angaben Zwestener Bürger ist die Tat zwischen 24–1 Uhr, vom 15. auf 16. 10. 38 ausgeführt worden. Die Zwestener Volksgenossin Katharina Appel, die durch den Krach wie noch mehr Einwohner, wach geworden und aus dem Haus gesehen hat, hat die 3 in Frage kommenden Täter, verheiratete Männer, erkannt. Sie will mir diese aber nicht verraten, weil sie denkt, dass ihr nachher die Fenster eingeschlagen würden. Nur wenn sie auf dem Gericht zur Aussage gezwungen, würde sie aussagen.

DOK. 109

Eichmann meldet am 21. Oktober 1938 dem SD-Hauptamt in Berlin, dass täglich 350 Juden aus Österreich auswandern¹

Schreiben des Leiters der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (G1-Bbr. 952/38 Ech/R), i.A. Eichmann, Wien IV., Prinz Eugenstraße 22, an das SD-Hauptamt II 112 vom 21.10.1938²

Betrifft: Abwanderung der Juden aus Österreich.

Vorgang: Ohne.

Zur dortigen Kenntnisnahme wird mitgeteilt, dass die Zahl der durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung [zur Auswanderung] gebrachten Juden sich auf täglich 350 erhöht hat.

Die genaue Zahl der bis zum 30. 9. 38 aus Österreich abgewanderten Glaubensjuden beträgt 38 000. (In dieser Zahl sind jedoch nicht eingeschlossen die illegal abgewanderten Juden, sodass hier insgesamt mit einer mit erreichbarer Genauigkeit geschätzten Zahl von 50 000 zu rechnen ist.)

Von diesen 38 000 Juden sind in europäische Länder rund 15 000, nach Palästina 2103, nach Südamerika 3220, in die anderen überseeischen Länder 18 500 abgewandert.

¹ RGVA, 500k-1-685, Bl. 30. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

² Im Original Stempel der Zentralstelle für jüdische Auswanderung und Bearbeitungsvermerke.

DOK. 110

**Der Reichswirtschaftsminister teilt den Devisenstellen
am 27. Oktober 1938 mit, dass Juden bei der Devisenausfuhr keinen Freibetrag
mehr beanspruchen können¹**

Allgemeiner Erlass Nr. 140/38 D. St. Ue.St. (vertraulich) des RWM (V Dev. 3/30363/38), i.A. gez. Dr. Landwehr,² an die Oberfinanzpräsidenten/Devisenstelle und den Leiter der Devisenstelle Wien (persönlich)³ vom 27.10.1938

Betr. V 8: Inanspruchnahme der Freigrenze durch Juden;

im Anschluß an die RE 75/36 D.St./ 25/36 Ue.St. und 133/37 DSt./-Ue.St.⁴

Durch die Verordnung über Reisepässe von Juden vom 5. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 1342) sind alle deutschen Reisepässe von Juden für ungültig erklärt worden. Reisepässe mit Geltung für das Inland werden an Juden nicht mehr ausgestellt. An ihre Stelle tritt die Kennkarte (vgl. die Verordnung über Kennkarten vom 22. 7. 1938, Reichsgesetzbl. I, S. 913, und die Dritte Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23. 7. 1938, Reichsgesetzbl. I, S. 922).⁵ *Kennkarten berechtigen nicht zur Inanspruchnahme der Freigrenze.* Reisepässe mit Geltung für das Ausland werden an Juden nur noch in Ausnahmefällen, namentlich zur Auswanderung, ausgestellt (vgl. Anlage zu AvE 27/38 D.St. /-Ue.St.).⁶

Die Inanspruchnahme der Freigrenze durch Juden ist damit – von den genannten Ausnahmefällen abgesehen – praktisch unterbunden. Diese Wirkung ist u.a. mit der Ungültigkeitserklärung aller deutschen Reisepässe von Juden bewußt angestrebt worden. Es sollen auf diesem mittelbaren Wege die zunehmenden Freigrenzenzahlungen durch Juden in das Ausland, namentlich an ausgewanderte Angehörige, unterbunden werden. Genehmigungen zur Überweisung von Unterstützungszahlungen in das Ausland aus Anlaß der weggefallenen Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Freigrenze sind Juden demgemäß in keinem Fall zu erteilen (vgl. schon AvE 73/38 D.St./Ue.St.).⁷ Ergibt sich in Einzelfällen die Notwendigkeit, daß Juden für andere Zwecke Zahlungen in das Ausland leisten, die bisher im Rahmen der Freigrenze erfolgen konnten, so sind nunmehr entsprechende Devisenerwerbsgenehmigungen zu erteilen; hierbei kann es sich jedoch nur um Ausnahmefälle handeln, z.B. um die Bezahlung von Urkunden, die zur Vorbereitung der Auswanderung aus dem Ausland beschafft werden müssen.

1 RGVA, 500k-1-499, Bl. 78. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

2 Dr. Hermann Landwehr (1884–1955), Jurist; 1913 beschäftigt bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf, als MinDir. Leiter der Abt. VI Devisen des RWM und zugleich Chef der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung bis zu ihrer Auflösung, zudem von 1936 an Mitglied der Devisenzuteilungskommission; 1945–1947 Stadtrat für Wirtschaft im Berliner Magistrat.

3 Leiter der Devisenstelle Wien war Reichsbankrat Wolf.

4 Nicht ermittelt.

5 Siehe Dok. 72 vom 28. 7. 1938.

6 Nicht ermittelt.

7 Nicht ermittelt.

DOK. 111

Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft Österreichs schlägt am 27. Oktober 1938 die Errichtung von Arbeitslagern für Juden vor¹

Schreiben mit Vermerk des Staatskommissars in der Privatwirtschaft, (Rf/GI/1938), Rafelsberger, Wien, an den Vizepräsidenten Barth,² Wien (Eing. 28.10.1938), vom 27.10.1938 (Abschrift)

Anbei übersende ich Ihnen Abschrift der 3. Ergänzung zu den Vorschlägen für die Entjudung.
Heil Hitler!

3. Ergänzung

zu den Vorschlägen für die Entjudung³

Über Weisung des Gauleiters Bürckel wird die Errichtung der ersten Judensammellager in Angriff genommen. Die Durchführung ist dem Pg. *Dürfeld*⁴ übertragen, der sich dabei unmittelbar an die Weisungen des Staatskommissars und Gauwirtschaftsberaters von Wien⁵ zu halten hat. In Fragen der Finanzierung ist das Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zu pflegen.

Die Arbeiten in dem für die ersten Lager vorgesehenen Gebiete im Marchfeld⁶ sind sofort zu beginnen. Die erforderlichen Mittel werden vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit bevorschußt. Es ist zu diesem Zweck ein Voranschlag von Herrn Dürfeld zu erstellen, der den nächsten Bedarf berücksichtigt.

Wegen der Beschaffung von Material, vor allem Eisen, ist das Einvernehmen mit der Wehrmacht herzustellen, ob Draht etc. aus dem besetzten Gebiet zur Verfügung gestellt werden kann. Im übrigen wird beim Generalfeldmarschall⁷ wegen der Dringlichkeitsbescheinigungen und der tatsächlichen Bereitstellung des Materials durch Gauleiter Bürckel interveniert werden. Das Erfordernis ist diesem daher bekanntzugeben.

Pg. Dürfeld soll für die Durchführung dieser Arbeiten ein eigenes Büro aufziehen, das, wenn möglich, in der Vermögensverkehrsstelle unterzubringen ist und unter Heranziehung von Arbeitskräften aus dieser aufzuziehen ist.

Die gesamte Leitung der Aktion soll durch diese Dienststelle durchgeführt werden. Träger, d.h. Besitzer und Verwalter des Lagers selbst, soll eine Genossenschaft werden, die

1 ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/00 1.

2 Dr. Karl Barth (1896–1962), Jurist; 1932 NSDAP-Eintritt; 1934 persönlicher Referent Bürckels, von 1938 an Dienststellenleiter in Abt. III beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 1939 Regierungspräsident der Pfalz, 1940 der Westmark in Saarbrücken; 1945–1948 interniert; 1956 Landrat in Saarbrücken.

3 In der „2. Ergänzung zu den Vorschlägen für eine wirkungsvolle Durchführung der Entjudung“ hatte Rafelsberger am 21.10.1938 die Kosten zur Errichtung eines Barackenlagers für 10000 Mann auf 4 Mio. RM kalkuliert und nach Rücksprache mit dem Landesplaner verschiedene Standorte vorgeschlagen. In das Lager sollten vorrangig männliche arbeitslose Juden eingewiesen werden, später auch Familien; wie Anm. 1.

4 Richtig: Ernst Dürfeld (1898–1945), Hilfsarbeiter; 1922 NSDAP-Eintritt; von 1929 an Ortsgruppen-, später Kreisleiter der NSDAP Kaiserslautern; 1933 Bürgermeister in Kaiserslautern, 1935–1937 OB von Saarbrücken; 1935–1945 MdR, 1938 Leiter der „Umschulungslager für Nichtarier“ in Österreich, 1940–1944 Wirtschaftsberater und Dezernent in der Stadtverwaltung Warschau, 1944–1945 beim RMfRuK.

5 Gauwirtschaftsberater war Walter Rafelsberger.

6 In der Nähe von Marchegg im niederösterreich. Bezirk Gänserndorf gelegen.

7 Gemeint ist Göring.

aus den jüdischen Lagerinsassen besteht. Die Finanzierung wird in der Weise erfolgen, daß bei den Entjudungen von jüdischem Besitz an Realitäten und Wertpapieren eine Sonderauflage eingehoben wird. Diese soll einen Ausgleich darstellen dafür, daß die Entwertung dieser Art von jüdischem Besitz für den Juden bei der Arisierung geringer ist als bei Unternehmungen. Die Festsetzung der Höhe dieser Auflage ist mit 10–20 % gedacht und im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft und Arbeit sofort vorzunehmen. Diese Auflagen werden der Genossenschaft als Kredit gegeben, und die früheren Inhaber der arisierten Objekte werden somit Gläubiger der Genossenschaft.

In den Besitz der Genossenschaft gehen nur die Gebäude und die Einrichtung über, nicht aber Grund und Boden, auf dem das Lager steht.

Die Leitung dieser Genossenschaft wird einem Kommissar unterstellt, der im Auftrag der Dienststelle zu handeln hat.

Aus diesen Auflagen ist auch der Unterhalt der Lagerinsassen zu bestreiten und deren Ausbildung. Dazu ist außerdem heranzuziehen der Anteil der Arbeitslosenunterstützung, der auf die Lagerinsassen entfällt und von der Reichsanstalt zur Verfügung gestellt werden soll. Das Lager soll, wie schon in früheren Vorschlägen festgehalten, einerseits dazu dienen, die Juden umzuschulen und in handwerkliche Berufe überzuleiten, andererseits durch Arbeitsleistung für gemeinnützige Vorhaben die Arbeitskraft der Juden, solange sie im Lande sind, auszunützen. Die Lager sollen von Haus aus so aufgezogen werden, daß auch die Familien in diesen Lagern untergebracht werden.

Neben dieser Einrichtung ist als vorübergehende Entlastungsmaßnahme daran gedacht, bei einigen Reichsautobahnarbeitsstellen ausschließlich jüdische, und zwar ledige Arbeitslose einzusetzen.

Die Beaufsichtigung der Insassen in den Sammellagern erfolgt durch die Dienststelle, die dazu im Einvernehmen mit der Gestapo Parteiformationen heranzuziehen hat.

Bei der Erstellung der Lager im Marchfeld ist noch einmal besonders mit der Wehrmacht Fühlung zu nehmen wegen richtiger Lagerstandorte und späterer Verwendung der Lager.⁸

DOK. 112

Die Münchener Polizei vermerkt am 28. Oktober 1938, dass 568 Juden polnischer Staatsangehörigkeit festgenommen wurden¹

Vermerk der Polizeidirektion München, ungez., undat.

Bei der Aktion gegen die polnischen Juden am 28. 10. 38 wurden 568 Juden festgenommen, 47 wurden wieder entlassen wegen Krankheit, Schwangerschaft, hohen Alters. Auch Kinder, die ohne Begleitung ihrer Angehörigen waren, mußten wieder entlassen werden.

521 Juden wurden mit Sonderzug abtransportiert.²

⁸ Das Lager Gänserndorf war im März 1939 für 450 Juden fertiggestellt; weitere Lager wurden später an Talsperren, Autobahnbaustellen und Hochwasserschutzbauten in Österreich eingerichtet; Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978, S. 208 f.

¹ BayStA München, Rep. Polizeidirektion München, Sachakte, 70 I7, Aufn. 35.

² Ende Okt. 1938 wurden im ganzen Reichsgebiet etwa 17000 Juden poln. Staatsangehörigkeit ver-

224 Juden konnten in ihrer Wohnung nicht angetroffen werden. Hiervon hatte sich ein großer Teil ins polnische Generalkonsulat geflüchtet, andere waren verreist oder hielten sich sonst verborgen.

DOK. 1B

Rabbi Arthur Bluhm berichtet über die Deportation der polnischen Juden aus Krefeld am 28. Oktober 1938¹

Bericht von Arthur Bluhm² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Ich werde niemals die dramatischen Ereignisse vergessen, die sich in Deutschland zwischen dem 28. Oktober und dem Ende des Jahres 1938 abgespielt haben. Während dieses kurzen Zeitraums wurde das schwierige Leben der deutschen Juden noch härter und prekärer. Die ohnehin in keiner Weise akzeptable Situation der Juden verschlechterte sich in einem Maße, das niemand für möglich gehalten hätte.

Am 28. Oktober – einem Freitag – kam Frau Libermann⁴ morgens früh völlig aufgelöst zu mir. Ihre Familie lebte in einem Vorort von Krefeld. Sie erzählte mir, dass ihr Mann und ihr jüngster Sohn nachts verhaftet worden seien. Herr und Frau Libermann hatten noch einen weiteren Sohn, einen ehemaligen Zahnarzt, der in Lima, Peru, wohnte.⁵ Herr Libermann hatte ein Schuhgeschäft besessen, doch sein Laden war boykottiert worden und er hatte sein gesamtes Vermögen verloren. Der Sohn, der gemeinsam mit dem Vater verhaftet worden war, litt an einer Lungenkrankheit, und unsere Gemeinde kam für seine Behandlung auf. Ich versuchte herauszufinden, ob die Polizei etwas gesagt hatte. Doch Frau Libermann war nicht in der Lage, irgendeinen Grund für die Verhaftung der beiden anzugeben.

Als Frau L. ihre Ausführungen beendet hatte, kamen Frau Müller und ihre fünfzehnjährige Tochter weinend herein. Sie erzählten, dass die Polizei im Laufe der Nacht viermal vorbeigekommen sei, um Herrn Müller zu verhaften. Herr M. war Geschäftsführer eines

haftet, um sie über die poln. Grenze abzuschieben; siehe Einleitung, S. 51f. Mit dem Sonderzug aus München wurden die dort verhafteten Juden wie viele andere aus dem gesamten Reichsgebiet nach Neu-Bentschen (Zbąszyń) an der deutsch-polnischen Grenze transportiert und dort in einem Lager provisorisch untergebracht.

1 Arthur Bluhm, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 159–175, Harvard-Preisausschreiben, Nr. 154. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Dr. Arthur Bluhm (1899–1962), Rabbiner; von 1924 an Lehrרבבין in Berlin, Würzburg und Danzig, 1928–1938 Oberrabbiner in Krefeld; im Nov. 1938 im KZ Dachau inhaftiert, Freilassung mit der Auflage, Deutschland zu verlassen, 1939 Emigration über die Niederlande in die USA; Rabbiner in Illinois, seit 1941 in Texas.

3 Der gesamte Text umfasst 232 Seiten und wurde aus Glencoe, Illinois, USA eingesandt. Hier abgedruckt wird das Kapitel „The Deportation of the Polish Jews“. Im ersten Teil beschreibt Bluhm seine Jugend, seine Zeit als Student, als Lehrרבבין und Rabbiner. Siehe auch Dok. 131 vom Nov. 1938.

4 Vermutlich Mully Liebermann, geb. Michels (*1878); wurde zusammen mit ihrem Ehemann Hermann (*1876) und dem jüngsten Sohn Werner am 28.10.1938 nach Polen ausgewiesen; der Sohn starb 1939 in Lemberg, die weiteren Schicksale der Eheleute sind unbekannt.

5 Vermutlich Erich Liebermann (*1907), Zahnarzt; emigrierte im Nov. 1936 nach Südamerika.

großen Warenhauses in einer anderen Stadt. Er besaß ein kleines Haus in Krefeld, das er gebaut hatte, als er noch eine ähnliche Stellung in Krefeld bekleidet hatte.

Als das Warenhaus arisiert worden war, wurde Herr M. für lange Zeit arbeitslos. Nun hatte er eine neue Stellung in einer anderen Stadt gefunden und kam nur am Wochenende nach Hause. Als die Polizisten zum vierten Mal kamen, erzählte Frau M. ihnen auf ihre Nachfragen hin, wo ihr Mann arbeitete.

Alle verhafteten Männer waren polnische Staatsbürger und nach dem, was Frau M. erzählt hatte, schien es, als würden Sondermaßnahmen gegen polnische Juden durchgeführt.⁶ Ich erkundigte mich telefonisch bei dem Rabbiner der nächstgelegenen Stadt, der aber von nichts wusste. Später hörte ich, woran das lag. In den meisten Städten hatte die Polizei die gesamte polnisch-jüdische Bevölkerung verhaftet – Männer, Frauen und Kinder –, und die Gemeinde erfuhr erst später, was passiert war.

Ich bat die Frauen, in meinem Haus zu warten und fuhr zu unserem Gemeindebüro. Dort fertigte ich eine Liste all unserer polnischen Gemeindemitglieder an und schickte drei Mitarbeiter zu allen polnischen Familien. Etwa eine Stunde später wusste ich, dass alle polnischen Männer, mit zwei Ausnahmen, verhaftet worden waren. Der eine der beiden war in Belgien und der andere hatte sich versteckt. Inzwischen hatten sich benachbarte Gemeinden bei uns gemeldet und wollten wissen, ob bei uns das Gleiche passiert sei, was sie tun sollten und ob wir etwas über die Hintergründe des Vorfalls wüssten.

Dann ging ich zur Gestapo, der Polizei für politische Angelegenheiten, weil eine der Frauen gesagt hatte, ihr Mann sei von der Gestapo verhaftet worden. Die Gestapo erklärte: „Das wundert uns aber, wir wissen von nichts.“ Daraufhin ging ich zur Kriminalpolizei. Dort waren die Leiter überrascht und wussten von nichts. Ich verstand das nicht. Ich sagte: „Die Männer sind verhaftet worden“, die Polizei hatte sie in große Polizeiautos, „Grüne Minna“⁷ genannt, verfrachtet; bestimmt sei das doch von jemandem angeordnet worden, der in der Lage sein sollte, zu erklären, was geschehen sei. Man muss wissen, dass die meisten Polizisten, die die Festnahmen durchführten, den verhafteten Männern nicht die Zeit ließen, sich anzuziehen. Es war ein kalter Tag, und die meisten der Verhafteten hatten nur Zeit gehabt, sich ihre Hosen über die Schlafanzüge zu ziehen. Einer von ihnen, der seit über vierzig Jahren in Krefeld wohnte, war alt und krank. Ich bat den Kommissar der Kriminalpolizei, mir zu helfen, und sei es nur aus Gründen der Humanität.

Er antwortete: „Ich würde gerne helfen, aber ich weiß von nichts.“

Daraufhin sagte ich: „Vielleicht weiß ja der Leiter der Ausländerpolizei etwas darüber.“

Er rief den Kommissar an, und jetzt waren wir an der richtigen Stelle. Ich ging zum Direktor, der mir sagte, dass er nicht befugt sei, mir irgendeine Antwort zu geben.

Ich antwortete: „Wenn die Frauen der verhafteten Männer zum polnischen Konsulat gehen, kann die Regierung Ärger bekommen. Im Interesse des Staats muss ich mit dem Mann sprechen, der für Krefeld verantwortlich ist. Ich habe vor ein paar Tagen mit ihm gesprochen, ich werde ihn anrufen.“

Als ich diesen Namen erwähnte, sagte er: „Ja, Herr Humpert gab den Befehl.“⁸ Wenn Sie

⁶ Zur Abschiebung der poln. Juden siehe Einleitung, S. 51f.

⁷ Im Original deutsch.

⁸ Viktor Humpert (1906–1989), Textilkaufmann und Polizist; 1934 Polizeiinspektor, 1935 Versetzung zur Gestapo Düsseldorf, dort 1935–1940 Leiter des Judenreferats; 1937 NSDAP-Eintritt; 1940–1943 in Brüssel tätig, danach in Düsseldorf mit Wirtschafts- und Organisationsaufgaben betraut; 1945–1949 in Deutschland und Belgien interniert, von 1953 an Stadtinspektor in Düsseldorf.

ihn kennen, lassen Sie uns gemeinsam anrufen, dann kann ich hören, was er sagt.“ Von diesem Augenblick an verwandelte sich der höchst misstrauische Kommissar in einen Freund, der mir später noch oft helfen sollte.

Als wir bei der Düsseldorfer Gestapo anriefen, war keiner der höheren Beamten in seinem Büro. Dann verlangte ich unseren Polizeidirektor zu sprechen, aber dieser befand sich in Düsseldorf, wo er von der Regierung hiniitiert worden war, um Anweisungen zu empfangen. Während ich telefonisch versuchte, jemanden zu erreichen, teilte mir der Kommissar mit, dass er alle verhafteten Männer noch am selben Tag an die polnische Grenze schicken müsse. Dies führte dazu, dass ich meine Bemühungen, einen Zuständigen zu finden, noch verdoppelte. Schließlich sagte ich, dass ich Dr. Hürter sprechen müsse.⁹ Dieser wichtige und sehr gefürchtete Mann war (bevor Hitler die Macht übernahm) Dezernent für politische Strafsachen unserer Stadt gewesen und musste die Kommunisten und die Nazis verurteilen. Er stand beiden gleich ablehnend gegenüber, und niemand hatte vermutet, dass er in Wirklichkeit ein Nazispion war.

Hochgestellte Beamte hatten mir oft erzählt, dass er Juden in allen Gemeinden verfolgte. Bei der Ausübung seiner Pflichten ging er härter gegen uns vor, als es laut Vorschrift erforderlich gewesen wäre. Selbst um unsere kleinsten Rechte zu verteidigen, mussten wir uns an die Regierung wenden. Bei allen Entscheidungen der Bezirksregierung bekamen wir Recht. Zwischen ihm und uns herrschte bereits seit langem Kriegszustand.

Ich wusste, wenn ich unseren Gemeindevorsitzenden fragen würde, ob ich zu Dr. Hürter gehen sollte oder nicht, würde er mir davon abraten. In diesem schwierigen Augenblick sagte ich mir, dass die Zeit fehlte, um weiter darüber nachzudenken. Ich war fest davon überzeugt, dass ich Dr. Hürter um eine Unterredung bitten musste. Das Schlimmste, was passieren konnte, war eine Absage. Schließlich bat ich den Kommissar, Dr. H. anzurufen. Das tat er auch und sagte: „Hier ist Dr. Bluhm. Er möchte mit Ihnen über die verhafteten Polen sprechen.“

Nach einer kurzen Fortsetzung des Gesprächs gab er mir den Hörer. Es war das erste Mal seit Monaten, dass Dr. H. mit einem Juden sprach. In den Monaten zuvor hatte er sich geweigert, Juden zu empfangen. Jetzt teilte er mir am Telefon mit: „Wenn ich Sie empfangen soll, dann aber sofort. Ich werde noch eine Stunde im Rathaus in Uerdingen sein.“ Bevor ich mich auf den Weg zu dieser Verabredung machte, fuhr ich zu unserem Gemeindebüro, um den Frauen der Verhafteten zu sagen, dass ich ihnen hoffentlich bald mehr sagen könnte.

Ich hielt auch kurz bei mir zu Hause an. Dort erfuhr ich, dass in den meisten umliegenden Städten alle polnischen Juden, Männer, Frauen und Kinder, verhaftet worden waren und Herr Müller bereits von Düren nach Aachen ins Gefängnis gebracht worden sei. Ich nahm Frau Libermann mit und fuhr nach Uerdingen. Auf dem Weg dorthin bot sich uns ein schrecklicher Anblick. Ein kleiner Junge, vielleicht fünf Jahre alt, lag tot auf der Straße. Ein Lastwagen hatte ihn überfahren. Der Unfall hatte sich erst wenige Minuten zuvor ereignet, und wir sahen die entsetzten Gesichter der Menschen, die aufgeregt auf der Straße standen. Der Polizist ließ uns anhalten. Ich entgegnete: „Ich habe keine Zeit. Ich

⁹ Dr. Emil Hürter (1898–1958), Jurist; 1930–1933 Assessor bei den Staatsanwaltschaften Elberfeld, Kleve, Düsseldorf und Krefeld, dort Dezernent für politische Strafsachen; 1933 NSDAP- und SA-, 1939 SS-Eintritt, Standartenführer; bis 1937 Dienstvorgesetzter der Politischen Polizei in Krefeld, Beigeordneter der Stadt Krefeld, von 1938 an Bürgermeister von Uerdingen.

bin bei Dr. Hürter vorgeladen. Hier ist der Beweis. Sie werden feststellen, dass meine Aussage stimmt.“ Er ließ uns passieren.

Dr. H. war geradezu übertrieben freundlich. Zwei oder drei Mal sagte er, er wüsste, dass die Leute in unserer Gemeinde ihn für ungerecht hielten, aber er täte nur seine Pflicht. In diesem Fall zum Beispiel, sagte er, hätte er auch die polnischen Frauen und Kinder verhaften lassen können, und er wisse, dass dies in den meisten Nachbarstädten der Fall gewesen sei, doch der Wortlaut der Regierungsanordnung biete etwas Interpretationsspielraum. Er sei nicht, beharrte er, so schlecht, wie manche von uns glaubten. Ich erinnerte mich an all das Böse, das er uns angetan hatte, doch ich hatte keine Zeit für solche Überlegungen. Ich bat ihn, mir und den Angehörigen der Polen zu erlauben, sie zu besuchen und ihnen Anzüge und die Dinge zu bringen, die sie brauchten, vor allem für die Reise. Ich bat auch um Erlaubnis, jedem Mann zehn Mark mitzubringen, den Betrag, den eine Person laut deutschem Gesetz ausführen durfte, ebenso wie Lebensmittel im Wert von bis zu 25 Mark. Diesen Bitten gab er statt. Dann fragte ich ihn, ob er veranlassen könne, dass Frau Müller mit ihrer Tochter nach Aachen fahren könne, um Herrn Müller zu sehen. Er sagte: „Ich werde umgehend der Polizei Anweisung geben.“ Daraufhin sagte ich: „Ich weiß nicht, ob die Aachener Polizei Frauen und Kinder zusammen mit den Männern hat verhaften lassen. Vielleicht ist es für die beiden gefährlich, nach Aachen zu fahren.“ Er antwortete lachend, dass beide auf jeden Fall wieder nach Krefeld zurückkehren könnten. Ich bat ihn dann in einem weiteren wichtigen Punkt um seine Zustimmung: dass die gefangenen Männer ihre Frauen, Kinder oder andere Personen mit einer Generalvollmacht ausstatten dürften. Dr. Hürter machte diese Zugeständnisse und fügte hinzu, dass er der Polizei Anweisungen geben würde, sich meinen Wünschen entsprechend um diese Angelegenheiten zu kümmern. Ich war überrascht. Nach all dem, was sich zwischen ihm und uns abgespielt hatte, hätte ich nicht mit so viel Entgegenkommen von seiner Seite gerechnet.

Bei meiner Rückkehr lag das arme tote Kind immer noch auf der Straße, auch wenn man es mittlerweile bedeckt hatte.

Im Büro der Gemeinde hinterließ ich Anweisungen, berichtete, was passiert war, und eilte dann nach Hause; von dort aus ging ich weiter ins Polizeigefängnis. Hier waren die verhafteten Männer bereits im Hof versammelt und warteten auf meine Ankunft. In der Zwischenzeit hatte unser Büro Formulare zum Erteilen der Generalvollmachten vorbereitet. Die verhafteten Männer besaßen Kopien dieser Schriftstücke, die unser Gemeindevorsitzender, ein Rechtsanwalt, angefertigt hatte.

Die inhaftierten Männer waren froh, mich zu sehen sowie zu hören, dass ihre Angehörigen bald kämen, um sich von ihnen zu verabschieden, bevor sie nach Polen abreisen mussten, einem Vaterland, dass einige von ihnen noch nie gesehen hatten, dessen Sprache manche von ihnen nicht beherrschten. Ich konnte die Aufregung dieser Männer verstehen, die mich mit Fragen belagerten. Ich konnte nicht wissen, dass ich zwei Wochen später selbst als Gefangener in diesem Hof stehen würde.¹⁰ Dann würde ich nicht die Gelegenheit haben, das Telefon im Gefängnisbüro zu benutzen und mit der Regierungsbehörde zu verhandeln.

Ich bat die Männer, vernünftig zu sein und mir meine schwierige Pflicht nicht noch schwerer zu machen. Sie könnten im Hof bleiben, und ich würde sie einzeln ins Büro

¹⁰ Siehe Dok. 131 vom 10.11.1938.

rufen. Ich muss sagen, dass sie alle sehr vernünftig reagierten. Kurz darauf trafen die ersten Frauen mit Anzügen und Lebensmitteln ein. Durch das offene Fenster konnte ich anrührende Szenen, das Wiedersehen und die Abschiede, miterleben.

Ein verhafteter Mann, den ich vorher noch nicht gekannt hatte, kam weinend ins Büro, ohne aufgerufen worden zu sein. Er erzählte mir, dass er als Jude geboren sei, er könne Hebräisch und Jiddisch lesen und schreiben. Als er eine Christin geheiratet habe, sei er konvertiert. Ich könne ihn prüfen, sagte er, er sei in der Lage, unser Gebetbuch zu übersetzen. Er bat mich, seine Frau anzurufen, damit sie ihn besuchen käme. Ich kannte sein Geschäft, hatte aber nicht gewusst, dass der Besitzer ein ehemaliger Jude war. Natürlich rief ich seine Frau vom Gefängnisbüro aus an und teilte ihr mit, was sie ihrem Mann mitbringen dürfe. Dann ließ ich ihn eine Generalvollmacht für seine Frau ausstellen.

Es war vier Uhr, als ich das Polizeigefängnis verließ und zum Gerichtsgefängnis fuhr. Dort wurde ein kranker Mann, ein Fabrikant, festgehalten, dem ich versprochen hatte, ihn zu besuchen. Ich befürchtete, dass er unruhig würde, wenn ich nicht käme, da ich ihm versprochen hatte, ihn Freitagmorgen zu besuchen. Ich besuchte nur diesen einen Gefangenen und sagte den Wachen Bescheid, dass ich die anderen jüdischen Gefangenen an den folgenden Tagen besuchen käme.

Als ich in der Absicht nach Hause zurückkehrte, mich auf den Freitagabend-Gottesdienst vorzubereiten, sagte mir Frau Bluhm:¹¹ „Dr. Hürter hat gerade angerufen. Er will sofort mit Dir sprechen.“ Mit einer eigentümlichen Vorahnung ging ich zum Telefon. Dr. Hürter sagte: „Die Regierung hat beschlossen, auch die polnischen Frauen und Kinder zu verhaften.“ Er wollte wissen, ob er sie in den Polizeitransporter verfrachten solle oder ob ich die Verantwortung übernehme, dass sie sich noch an diesem Abend um 10 Uhr auf der Polizeiwache einfänden, bereit, das Land zu verlassen.

Ich wusste, dass einige unserer polnischen Glaubensbrüder „Schwarzgeld“ im Haus hatten. Deswegen antwortete ich: „Ich werde tun, was ich kann. Ich werde versuchen, alle zu benachrichtigen. Ich werde Ihnen mitteilen, falls unsere Angestellten es nicht schaffen sollten, alle zu erreichen, aber ich kann nicht garantieren, dass alle Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheinen. Aber bitte, ich flehe Sie an, bringen Sie diese unglückseligen Menschen nicht noch weiter dadurch in Bedrängnis, dass Sie sie in einen Polizeiwagen stecken.“ Er stimmte zu und sagte: „Ich werde nichts unternehmen.“ Dann bat ich ihn um zwei weitere Zugeständnisse. Ich bat ihn, die Polizei in Aachen anzurufen und sie anzuweisen, dass Frau und Fräulein Müller nicht verhaftet würden, sondern nach Hause zurückkehren könnten, damit sie ihre Kleider und anderen persönlichen Bedarf packen könnten. Zweitens bat ich ihn, dass den verhafteten Personen gestattet würde, neue Generalvollmachten auszustellen. Im Polizeigefängnis, erklärte ich, gäbe es keine offiziellen Stempel, um diese Dokumente rechtsgültig zu machen. Dr. Hürter versprach, dass bis zum Abend alles in der Polizeizentrale geregelt sei; das Büro des Leiters der Ausländerpolizei stünde mir zur Verfügung, er meinte jedoch, dass ich die Verantwortung für die Wohnungen und den Besitz der Leute übernehmen müsse. Ich entgegnete ihm, ich befürchte, dass diese Verantwortung für mich allein zu groß sei, dass ich aber unseren Gemeinderat fragen wolle.

Nachdem ich die Anrufe erledigt hatte, musste ich zum Freitagabend-Gottesdienst laufen.

¹¹ Gemeint ist Johanna Herta Bluhm, geb. Heimann (*1906), Ehefrau von Arthur Bluhm.

Weil wir so unter Zeitdruck standen, fiel der Beginn der Vorstandssitzung mit dem Beginn des Freitagabend-Gottesdienstes zusammen. Ich erzählte dem stellvertretenden Vorsitzenden, was sich ereignet hatte, und ging dann zum Gottesdienst, sagte aber, dass man mich holen könne, wenn ich gebraucht würde. Und tatsächlich wurde ich während des Gottesdienstes aus der Synagoge geholt. Für ein paar Minuten verließ ich den Gottesdienst. Während des gesamten Gottesdienstes war ich nicht in der Lage, mich auf die Gebete zu konzentrieren. Ich fragte mich immer wieder, ob ich etwas vergessen oder zu tun versäumt hatte. Nach Ende des Gottesdienstes ging ich zur Vorstandssitzung. Einige unserer polnischen Glaubensbrüder hatten kein Geld, und wir waren verpflichtet, ihnen Lebensmittel und die erlaubten zehn Mark zu geben. Wir waren einstimmig dafür, sie auf diese Weise zu unterstützen, aber ebenso einmütig dagegen, die Verantwortung für ihren Besitz zu übernehmen. Wir waren der Ansicht, dass es in Ordnung sei, wenn diese Menschen ihre Sachen in der Obhut ihrer Freunde ließen, dies sei jedoch nicht die Aufgabe der Gemeinde.

Während unseres Treffens kam die Frau des konvertierten Juden zu mir und fragte mich, was sie tun solle. Da sie selbst Arierin war, hatte die Polizei ihr die Entscheidung überlassen, ob sie in Deutschland bleiben oder das Land mit ihrem Mann verlassen wolle. In diesem Moment erhielt ich die Nachricht, dass auch die Polizei alle jüdisch-polnischen Personen instruiert hatte, sich um 10 Uhr abends in der Polizeizentrale einzufinden. Die Dame christlichen Glaubens erzählte mir, dass sie und ihr Mann ein Affidavit für die Vereinigten Staaten erhalten hätten. Sie waren beim Generalkonsulat in Stuttgart registriert. Ihre Quotennummer war so niedrig, dass täglich mit ihren Visa und ihrer umgehenden Ausreise in die USA zu rechnen war. Ich bat die Polizei telefonisch, diesen Mann nicht zu deportieren, da er ohnehin Deutschland binnen kurzer Zeit verlassen würde. Die Polizei lehnte dies ab. Sie hätten strengsten Befehl, alle polnischen Juden zu verhaften. Sie seien nicht befugt, irgendeine Ausnahme zu machen. Als die Frau dies vernahm, sank sie ohnmächtig vom Stuhl. Ich war froh, dass eine andere polnische Frau, die etwas fragen wollte, in diesem Moment das Büro betrat. Diese Frau half mir; wir gaben der Ohnmächtigen Wasser, und bald kam sie wieder zu sich. Ich gab ihr folgenden Rat: Ich sagte ihr, sie solle eine Fahrkarte für ihren Mann kaufen, da nach deutschem Gesetz dieser Tag der letzte sei, an dem sie das noch machen konnte.¹² Sie könnte in Deutschland bleiben und ihre Angelegenheiten regeln und später ein Schiff nehmen, das aus Danzig käme und auch in Rotterdam oder Amsterdam oder Southampton anlegen würde. Ich gab all diesen polnischen Frauen den Rat, Fahrkarten zu kaufen, sofern irgendeine Chance für sie bestand, nach Übersee zu emigrieren. Unser Büro half den Frauen dabei.

Unterdessen wandte sich der Arzt Dr. Hirschfelder Rat suchend an unseren Vorstand.¹³ Eine polnische Familie hatte ein drei Wochen altes Baby. Der Junge war bereits seit ein paar Tagen krank. Der Arzt wusste nicht, was er tun sollte. Er meinte, sofern es möglich sei, auf der Reise heiße Milch für das Kind zu bekommen, bestünde keine Gefahr, andern-

12 Vermutlich musste die Frau, um eine Auslandsfahrkarte für ihren Mann zu kaufen, dessen gültigen Reisepass vorlegen. Die Pässe der polnischen Juden, und als solcher wurde ihr Mann eingestuft, wurden jedoch am 31.10.1938 ungültig.

13 Dr. Kurt Isidor Hirschfelder (1878–1941), Arzt; 1914–1918 Oberstabsarzt, von 1906 an Kinderarzt in Krefeld, städtischer Schul- und Fürsorgearzt und Gründer des Krefelder Säuglingsheims; Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Krefeld; nahm sich vor der Deportation nach Riga das Leben.

falls hielte er es jedoch für sehr riskant. Wir beschlossen, das Kind in das Jüdische Krankenhaus nach Köln zu schicken. Das Krankenhaus erklärte sich bereit, das Kind aufzunehmen, und wir schickten es mit einer unserer Krankenschwestern nach Köln. Die Familie gab uns 1000 Mark für die Unkosten. Das war das einzige Mal, dass wir Geld von den polnischen Juden annahmen. Nachdem wir diese Abmachung getroffen hatten, begann die Mutter des kranken Kinds bitterlich zu weinen. Sie insistierte: „Der Arzt hat gesagt, dass keine Gefahr für das Kind besteht; wir würden es immer, selbst im Zug schaffen, Milch für mein Baby aufzuwärmen.“ Doch ich antwortete: „Das ist etwas, das Sie mit sich selbst ausmachen müssen. Wenn der Zug auf offener Strecke zwischen den Grenzen stehen bleibt, was können Sie dann schon machen?“ Sie antwortete: „Ich würde jederzeit einen barmherzigen Bauern finden, der mir für mein Baby gäbe, was es braucht.“

Ich sagte: „Aber wenn Sie den Zug nicht verlassen könnten, wären Sie die Mörderin Ihres Kindes.“ Da gab die Mutter nach. Später hörten wir, dass der Zug, mit dem unsere Leute abtransportiert wurden, über anderthalb Tage lang ohne Lok, ohne Heizung und nachts ohne Licht im Niemandsland gestanden hatte.

Hungrig und verdrossen ging ich in Begleitung unseres stellvertretenden Gemeindevorsitzenden nach Hause. Bevor wir in meine Wohnung zurückkehrten, gingen wir bei Herrn Müller vorbei. Frau Müller und ihre Tochter waren nicht aus Aachen heimgekehrt. Wir wussten, dass sie das Gefängnis in Aachen um 3.30 Uhr verlassen hatten. Sie hätten mittlerweile zu Hause sein müssen. Hatte man sie verhaftet? Wir baten ihren christlichen Nachbarn, einen katholischen Sozialarbeiter, Frau Müller auszurichten, sie möge zu mir kommen, bevor sie irgendetwas anderes unternahm. Dann ging ich nach Hause, um den Sabbat zu begehen.

Unablässig kamen Frauen mit ihrem „Schwarzgeld“ zu mir, welches anzunehmen ich mich weigerte. All diese unglücklichen Menschen fragten, was besser wäre: zu fliehen und sich ein paar Tage zu verstecken oder ihre Männer zu begleiten. Es war sehr schwierig, ihnen den richtigen Rat zu geben. Die Frauen, die in Deutschland blieben, würden ihre polnische Staatsbürgerschaft verlieren; sie würden nicht in der Lage sein, später nach Polen zu fahren, und ihre Männer konnten nicht nach Deutschland zurückkehren. Einige der polnischen Frauen unserer Gemeinde waren an diesem Tag nach Düsseldorf gefahren, um den polnischen Generalkonsul zu bitten, ihre Pässe zu stempeln; in diesem Fall wären sie polnische Staatsangehörige nach den neuen polnischen Gesetzen geblieben.¹⁴ Doch der Generalkonsul weigerte sich, obwohl er seinen Stempel ohne zu zögern allen nichtjüdischen Polen gab. Hätte der polnische Konsul die Pässe abgestempelt, hätte ich den Frauen geraten, sich ein paar Tage lang zu verstecken. Dann hätten sie nach dem Verkauf ihrer Geschäfte und der Regelung ihrer Angelegenheiten als polnische Staatsangehörige nach Belgien reisen können, ohne ein Visum zu benötigen, aber nun verloren ihre polnischen Pässe am 1. November ihre Gültigkeit. Deswegen sagte ich den Frauen, dass jede für sich selbst entscheiden müsse, was sie tun wolle. Einige von ihnen wollten nur mit ihren Männern und Söhnen zusammen sein. Andere erklärten, sie wollten lieber in Deutschland bleiben. Ich bat sie, nicht zu sagen, dass sie diese Angelegenheiten mit mir erörtert hätten. Einige dieser Frauen waren sehr unentschlossen. Ich hatte kaum Zeit für mich selbst an diesem Abend.

Bevor ich ins Polizeihauptquartier ging, schaute ich noch nach Frau Müller und ihrer

14 Siehe Einleitung, S. 52.

Tochter: Sie waren nicht nach Hause gekommen. Auf der Polizeiwache traf ich zwei Mitarbeiter unserer Gemeinde und die polnischen Frauen mit ihren Kindern, Freunden und Verwandten. Ein paar Christen warteten vor dem Hauptquartier. Die Polen waren in einem sehr großen Raum versammelt. Dort standen drei Schreibmaschinen zu unserer Verfügung. Der Leiter der Ausländerpolizei erschien mit all seinen Untergebenen und forderte mich auf, neben ihm Platz zu nehmen. Dann brüllte er: „Ruhe! Alle hinsetzen. Alle hier anwesenden Juden, mit Ausnahme von Dr. Bluhm, sind verhaftet.“

In diesem Moment kamen etwa dreißig uniformierte Polizisten herein und blockierten den Ausgang. Ich sagte: „Es sind zwei Mitarbeiter unserer Gemeinde anwesend, die hier sind, um mir zu helfen sowie Freunde und Verwandte der Verhafteten, bei ihnen handelt es sich nicht um polnische Staatsangehörige.“ All diese Menschen, mit Ausnahme unserer beiden Mitarbeiter, mussten die Polizeiwache verlassen.

Einige der polnischen Frauen fragten mich, ob sie von Deutschland nach Frankreich, Belgien oder Luxemburg ausreisen könnten. Sie hatten Verwandte in diesen Ländern und zeigten ihre Einreisegenehmigungen vor. Die Polizei erklärte, dass sie die Ausreise nicht genehmigen könne, weil alle deutschen Grenzen für polnische Staatsangehörige geschlossen seien.

Zuerst riefen sie die Namen aller polnischen Personen auf. Frau Halpern fehlte.¹⁵ Als ich zur Polizei kam, gab man mir das Attest eines arischen Arztes; demzufolge hatte Frau Halpern einen Nervenzusammenbruch erlitten. Sie sei transportunfähig. Ich übergab das ärztliche Attest dem Polizeikommissar. Er war darüber sehr aufgebracht und seiner Aufgabe an diesem Abend nicht gewachsen. Er fragte seinen Vorgesetzten, was er wegen Frau Halpern unternehmen solle. Der Vorgesetzte sagte, dass dies der Bezirksarzt entscheiden müsse. Ich wusste, dass Obermedizinalrat Dr. Klahold¹⁶ an diesem Abend nicht in Krefeld war. Er hatte mir und anderen Juden, die ich zu ihm geschickt hatte, sooft er konnte, geholfen. Sein Assistenzarzt war ein unangenehmer junger Nazi. Ich wusste, dass dieser Frau Halperns Ausreise anordnen würde, selbst wenn dies auf einer Bahre geschehen müsste. In diesem Augenblick wurden die verhafteten Männer hereingeführt und der Kommissar vergaß Frau Halpern. Bewegende Szenen spielten sich ab.

Den Männern war zunächst nicht klar, warum ihre Familien anwesend waren. Sie glaubten, die Polizei hätte ihre Frauen und Kinder hergebracht, damit sie sich verabschieden konnten. Ungefähr sechzig Polizisten in Uniform und Zivil versperrten den Raum. Manche wandten sich ab, um die traurigen Szenen, die sich abspielten, nicht mit ansehen zu müssen. Der Kommissar verlor die Beherrschung und sagte zu mir: „Ich muss Anweisung geben, dass alle Polen zum Zug gebracht werden.“

Ich wandte mich mit lauter Stimme an die Menschen und bat sie, leise zu sein, andernfalls würden sie umgehend auf den Bahnsteig gebracht, ohne dass sie die Möglichkeit hätten, ihre Angelegenheiten zu regeln. Sie würden während der Fahrt ausreichend Zeit haben, sagte ich, sich mit ihren Familien zu unterhalten. Umgehend wurde es still.

Leider hatten wir keine Formulare für die Generalvollmachten. Ich diktierte den Schreibern den Text. Nachdem dieser aufgesetzt war, kamen die Polen nacheinander zu mir,

15 Henriette Halpern, geb. Löwin (*1890); 1939 nach Lemberg abgemeldet; verheiratet mit Wolf Halpern (*1891), Möbelhändler; er wurde am 28.10.1938 nach Polen ausgewiesen.

16 Richtig: Dr. Franz Klaholt (1880–1958), Arzt; von 1919 an Stadt- und Kreisarzt in Krefeld, 1935–1946 Leiter des Krefelder Gesundheitsamts, von 1937 an erster Beisitzer beim Erbgesundheitsobergericht Düsseldorf, Ernennung zum kommissar. Leiter der städtischen Krankenanstalten.

weil sie noch etwas vergessen hatten. Sie baten mich, die Vollmachten zu ändern oder zu ergänzen. Die meisten der Polen hatten Geschäfte und verkauften ihre Waren auf Kredit. Sie hatten Bargeld in ihren Wohnungen, das zum Teil versteckt war. Deswegen waren ihre Angaben oft sehr lang und detailliert.

Wir arbeiteten sehr zügig. Die Polizei drängte uns ständig, mit der Arbeit zum Ende zu kommen, weil am Bahnhof bereits der Zug wartete. Schließlich waren wir fertig, und die Polizei brachte die Verhafteten zum Bahnhof. Wir mussten nur einen Platz überqueren, um zum Bahnhof zu kommen. Der ganze Weg war von Polizei und SS gesäumt. Die Polizei war sehr freundlich. Sie schickte die Polen mit dem Berliner Nachtexpress nach Berlin, in einem geschlossenen Zugteil am Ende des Zugs. Deutsche Juden, die mit den Polen verwandt oder befreundet waren, gingen auf den Bahnsteig und versuchten ein letztes Mal, mit ihnen zu sprechen, aber die Polizei trennte die Polen von den übrigen Leuten. Ich war der einzige, der mit ihnen reden konnte.

Später hörten wir, dass die Polizei in einigen anderen Städten barsch mit den Polen umgegangen sei.

Am nächsten Morgen musste ich predigen. Es sollte mein letzter Gottesdienst in der Synagoge sein. Ich schickte Hanna zu Frau Halpern, um nachzusehen, wie es ihr ging. Der Kommissar hatte mir mitgeteilt, er habe den Befehl erhalten, in den kommenden beiden Tagen alle verbleibenden polnischen Juden zu verhaften. Ich befürchtete, dass sie auch Frau Halpern verhaften würden. Hanna fand sie beim Frühstück vor, dem sie herzlich zusprach. Als sie hörte, dass Gefahr im Verzug sei, sprang sie ins Bett, um Hanna eine Kostprobe ihres Talents als Simulantin zu geben.

Während des Gottesdienstes hörte ich, dass Frau Müller sich im Haus von Freunden befand. Von Aachen aus war sie zu ihren Kölner Verwandten gefahren, die verhaftet worden waren und deren Wohnungen sie von der Polizei versiegelt vorfand. Ich riet Frau Müller, sich bis zum 1. November zu verstecken.

Samstagabend fuhr ich nach Berlin. Ich nahm den gleichen Zug, mit dem die Polen am Tag zuvor deportiert worden waren. In Berlin traf ich ein paar Polen, die sich versteckt hatten. Bei der Gelegenheit hörte ich auch, was sonst noch im Land passiert war. In Hannover, zum Beispiel, hatten sie die Polen in den frühen Morgenstunden verhaftet und umgehend an die polnische Grenze gebracht. Sie vergaßen allerdings die Kinder, die in der Schule waren. Als die Kinder nach Hause kamen, fanden sie ihre Wohnungen von der Polizei versiegelt vor.

Zwei Tage später starb meine Mutter, und ich eilte wieder nach Berlin. Ich beabsichtigte, die Trauerwoche dort zu verbringen.

Für Mittwoch, den 8. November, hatte ich zwei wichtige Termine, einen mit dem höchsten Richter unseres Bezirks wegen unserer beiden Anwälte sowie einen mit der Gestapo wegen der verhafteten jüdischen Personen. Ein neues Gesetz aus dieser Zeit sah vor, dass wir in Krefeld nur noch einen Anwalt haben sollten, der zudem auch für den gesamten Bezirk entlang der holländischen Grenze zuständig sein sollte.¹⁷ Unsere beiden Anwälte ersuchten mich, diese Regierungsanordnung abzuwenden. Die Anwaltskammern konnten ihnen nicht helfen. Vor meiner Reise nach Berlin hatte ich beabsichtigt, beide Termine zu verlegen, doch unser umgehend einberufener Vorstand vertrat die Auffassung, dass es in diesen Zeiten für einen Juden schwierig sei, überhaupt Zugang zu diesen Be-

¹⁷ 5. VO zum Reichsbürgergesetz vom 27.9.1938; RGBl., 1938 I, S. 1403–1406; siehe Einleitung, S. 18.

amten zu bekommen. Falls ich diese Termine verschöbe, bekäme ich womöglich nie wieder die Gelegenheit, mit diesen Männern zu sprechen. Also kehrte ich am 8. November nach Hause zurück.

Morgens musste ich zur Gestapo. Der vorherige Chef¹⁸ war sehr freundlich zu mir gewesen. Unsere Freundschaft stammte noch aus den Tagen, als die Regierung die B'nai B'rith Loge verboten hatte.¹⁹ Einer seiner Angestellten hatte ihn bei seinem Gestapo-Vorgesetzten in Düsseldorf denunziert, indem er gesagt hatte, dieser Mann sei ein Freund von mir. Es gab ein paar Geheimermittlungen, und zwei Monate später wurden beide versetzt. Der neue Gestapochef, Herr Wulle,²⁰ war ein noch junger Kommissar, der aus Berlin gekommen war. Er war ein kultivierter Mann, ein Mann voller Ehrgeiz. Diese Eigenschaften machten ihn für uns sehr gefährlich. Es gelang mir, mit ihm in Kontakt zu treten. Einmal führte ich eine lange Diskussion mit ihm, die sich bis Mitternacht hinzog. Hanna war dabei zugegen. Auf dem Heimweg sagte sie, dass sie ihn für einen feinen Kerl hielt, und war ganz begeistert von ihm. Ich sagte: „Er ist genau der Typ von Mann, der dich lachend erdrosseln würde. Du musst jedes Wort auf die Goldwaage legen, das Du zu ihm sagst.“ Kurz danach hörte ich, dass selbst die Gestapobeamten Angst vor ihm hatten.

Um 10:00 Uhr hatte ich einen Sondertermin mit dem Leiter des Judenreferats, Herrn Schulenburg.²¹ Doch ein anderer Mann, ein neuer Beamter, empfing mich in Herrn Schulenburgs Büro. Ich fragte ihn, ob er der neue Leiter dieses Referats sei. Er verneinte dies und antwortete, der neue Kommissar habe angeordnet, dass er alle wichtigen Angelegenheiten regelte. Im Laufe unseres Gesprächs fragte er mich verächtlich, ob ich denn tatsächlich glauben würde, dass wir Juden unsere Arbeit so wie bisher weitermachen könnten.

Am Montag, den 7. November, hatte ein in Paris lebender polnischer Jude namens Herschel Grynszpan,²² 17 Jahre alt, auf Ernst vom Rath, den deutschen Botschaftssekretär in Paris, geschossen und ihn schwer verletzt. Nach seiner Verhaftung sagte Grynszpan aus, dass seine polnischen Eltern am 28. Oktober aus Deutschland deportiert worden seien und er sie habe rächen wollen. Uns Juden in Deutschland wurden daraufhin in der gesamten Presse ernste Vergeltungsmaßnahmen angedroht. Uns war klar, dass wir im Falle von v. Raths Tod alle schwer zu leiden hätten.

Als mich also an diesem Morgen der Gestapobeamte fragte, ob ich glaube, dass wir wie bisher unsere jüdischen Aktivitäten fortsetzen können, nahm ich an, er wisse, was passieren werde. Ich bat ihn, mir zu erzählen, was seiner Meinung nach die Reaktion der Regierung sein würde, ob wir mit zusätzlichen antijüdischen Gesetzen zu rechnen hätten. Es war je-

18 Vermutlich Wilhelm Gottlieb Höhmann (1907–1961), Kriminalkommissar; 1930 NSDAP-Eintritt, 1930–1934 SA-Mitglied; von Sept. 1937 an Leiter der Außenstelle Krefeld der Gestapo, 1941 Hauptsturmführer.

19 Siehe VEJ 1/27.

20 Vermutlich Friedrich Bolle (*1884), Polizist; 1933 NSDAP-, 1937 SS-Eintritt; zunächst in Berlin, dann in Stettin im Polizeidienst, 1934 im RMdI, Sept.–Nov. 1938 bei der Gestapo Krefeld, danach Gestapochef in Duisburg, 1942/43 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich.

21 Richard Schulenburg (1879–1967), Polizist; 1919–1923 DDP-Mitglied, 1927 NSDAP-Eintritt; von 1919 an bei der Kripo, dann bei der Politischen Polizei Krefeld, 1937–1945 Leiter des Referats IV der Krefelder Gestapo (Juden, Emigranten, Kirchen).

22 Herschel (auch Herschel oder Herszel) Grynszpan (auch: Grynspan, Grynßpan oder Grünspan) (*1921), Schulbesuch in Hannover; Mitglied einer zionistischen Jugendgruppe; 1935 Besuch der Rabbinischen Lehranstalt in Frankfurt a.M.; 1936 Emigration nach Belgien, von dort aus illegal nach Paris; 1938–1940 in franz., dann in deutscher Haft; vermutlich 1945 in Sachsenhausen umgekommen, 1960 für tot erklärt; siehe Einleitung, S. 52 f.

doch nicht möglich, irgendeine Information von Herrn Braun²³ zu bekommen, obwohl ich merkte, dass er gut unterrichtet war. Er sagte, er habe nur mitbekommen, dass neue Maßnahmen gegen uns geplant seien, er wisse jedoch nicht, um was es sich dabei handele. Sehr aufgewühlt ging ich daraufhin zu Dr. Alexander,²⁴ dem Vorsitzenden unserer Gemeinde. Er war zugleich stellvertretender Vorsitzender des C.V., der größten Organisation deutscher Juden. Ich drängte ihn, in unserer Zentrale in Berlin nachzufragen, ob man dort etwas wisse. Er antwortete darauf: „Vielleicht wird die Regierung den Kulturbund,²⁵ den C.V., die Zionisten und andere jüdische Organisationen verbieten, aber das wird nichts Ernstes sein. Wenn wir weniger jüdische Vereine haben, haben Sie weniger zu tun.“ Ich betrachtete dies nicht als spaßige Angelegenheit und war überrascht, dass sich Dr. Alexander, einer der bestinformierten deutschen Juden, nicht über die Situation von uns Juden besorgt zeigte. Ich fragte ihn, ob er mir etwas vorenthalte, es sei mir lieber, mich mit der Wahrheit auseinanderzusetzen. Dr. Alexander antwortete, dass die Nazis, nachdem Frankfurter den Nazi-Landesgruppenleiter in der Schweiz ermordet hätte, lediglich alle jüdischen Organisationen für ein paar Monate verboten hätten.²⁶ Das Gleiche würde passieren, sollte vom Rath sterben. Mich befriedigte das nicht. Die sarkastische Frage des Gestapobeamten und das ganze Gespräch mit ihm beunruhigten mich. Ich bat Dr. Alexander dringend, den C.V. in Berlin anzurufen, was er denn auch tat, um mich zu beruhigen. Unsere Berliner Büros hatten keine wichtigen Neuigkeiten erhalten. Sie hatten nur gehört, dass in einigen hessischen Dörfern Juden belästigt worden seien. Sie wussten nichts von dem, was ich später in den Niederlanden hören sollte, dass die Kasseler Synagoge in der Nacht zuvor zerstört worden war. Es war typisch für die deutsche Zensur, dass von diesem Vorfall, der sich am Abend des 8. [November] ereignet hatte, am Mittag des darauffolgenden Tages in Berlin noch niemand etwas wusste.

Nach diesem Anruf sagte Dr. Alexander mir, ich solle keine „Gespenster sehen“, doch als ich nach Hause kam, hatte ich das Gefühl, dass etwas Schreckliches passieren würde. Als ich zur Straßenbahn nach Düsseldorf ging, erwartete mich Dr. Alexander an der Haltestelle, um zu sehen, ob ich immer noch so aufgeregt war. Er befürchtete, ich könnte noch zu aufgewühlt sein, um die Verhandlungen allein zu führen. Ich lehnte seine Hilfe aber ab. In Düsseldorf hatte ich Erfolg. Oberlandesgerichtsdirektor Dr. Oberg²⁷ versprach mir

23 Herbert Andreas Braun (*1900), Polizist; 1933 NSDAP-Eintritt; 1944 war er u.a. für die Überwachung der „weltanschaulichen Gegner“ (z.B. Zeugen Jehovas) zuständig; nach dem Krieg bis mind. 1947 in Internierungshaft.

24 Dr. Kurt Alexander (1892–1962), Jurist; 1922–1938 Rechtsanwalt in Krefeld; 1937 und 1938 Vize-Vorsitzender des CV und Mitglied im Präsidialrat der Reichsvertretung der Juden in Deutschland; bis 1939 Vorsitzender der Synagogengemeinde Krefeld; 1938 im KZ Dachau inhaftiert; 1939 nach Großbritannien emigriert, 1949 in die USA; Leiter des United Restitution Office New York.

25 Der Kulturbund deutscher Juden (später Jüdischer Kulturbund e.V.) wurde im Juni 1933 in Berlin gegründet, von Dr. Kurt Singer geleitet und schuf Arbeitsmöglichkeiten für jüdische Künstler. Nach seinem Vorbild entstanden auch andernorts Kulturbünde, die Theater- und Opernaufführungen, Konzerte, Filmvorführungen, Vorträge und Ausstellungen organisierten. Der Kulturbund wurde im Sept. 1941 von der Gestapo aufgelöst.

26 Am 4.2.1936 hatte David Frankfurter in Davos den Leiter der NSDAP-Landesgruppe der Schweiz, Wilhelm Gustloff, erschossen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Olympischen Spiele hatte die NSDAP-Führung damals Gewaltakte gegen Juden unterbunden; siehe VEJ 1/25.

27 Dr. Walter Oberg (*1891), Jurist; von 1923 an Landesgerichtsrat in Düsseldorf, von 1932 an am dortigen OLG tätig; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934–1938 Oberlandesgerichtsrat, von 1938 an Oberlandesgerichtsdirektor.

nach langer Diskussion, zwei Anwälte für Krefeld zuzulassen, ohne einen anderen jüdischen Anwalt aus dem Rheinland von der Liste zu streichen. Dieses Versprechen wurde gehalten. Als ich nach Krefeld zurückkehrte, hörte ich im Radio, dass von Rath gestorben war.²⁸

DOK. 14

Der Hilfsverein warnt am 28. Oktober 1938 vor Problemen bei der Auswanderung nach Shanghai¹

Rundschreiben B Nr. 280 des Hilfsvereins der Juden in Deutschland (Dr. P/C.), gez. Dr. Prinz, gez. i.A. Dr. Stillschweig, an alle Auswandererberater im Reich und die Sachbearbeiter im Hause vom 28. 10. 1938 (Abschrift)

Betr. : Auswanderung nach Shanghai.

Das ständig wachsende Auswanderungsbedürfnis unserer Menschen bei gleichzeitiger Verengung der Einwanderungsmöglichkeiten hat in der letzten Zeit eine ausserordentlich starke Auswanderung nach Shanghai zur Folge gehabt, nur weil die dortigen Einreisebestimmungen leicht zu erfüllen waren und sich infolgedessen die Möglichkeit ergab, in besonders dringenden Fällen die Auswanderung rasch durchzuführen. Doch ist jetzt die Zahl der schon in Shanghai befindlichen Immigranten bereits so gross, dass die meisten von der Wirtschaft des Landes nicht mehr absorbiert werden können. Erschwerend tritt der Umstand hinzu, dass durch den chinesisch-japanischen Konflikt² das Wirtschaftsleben im Fernen Osten und insbesondere in Shanghai unter einer starken Depression leidet. Selbst hervorragend qualifizierte Spezialisten haben in Shanghai kaum noch Ausichten.

Die ausserordentlich ernste Situation, in der sich die meisten Einwanderer befinden, hat vor kurzem sogar zu einer Mitteilung des englischen Generalkonsuls an das englische Aussenamt Anlass gegeben, in der der Generalkonsul darauf hinweist, „dass einige 30 österreichische Flüchtlinge, meist Juden oder jüdischer Abstammung, kürzlich in Shanghai angekommen sind und dass noch weitere folgen sollen. Es ist mit Nachdruck zu betonen, dass sehr wenig Hoffnung auf einigermas[sen] auskömmliche Beschäftigung für irgendeinen dieser Leute besteht, selbst wenn sie hochqualifiziert sind, und dass die jüdischen oder sonstigen Hilfsorganisationen in Shanghai nicht mehr in der Lage sind, noch irgendeine Unterstützung zu gewähren.“

Die Situation wird fernerhin beleuchtet durch einen Auswanderer[brief] aus Shanghai, in dem es heisst:

„Shanghai, den 6. Oktober 1938

Damen und Herren, die perfekt drei Sprachen: französisch, englisch und deutsch, manchmal sogar noch chinesisch beherrschen, sind dem schrecklichsten Elend preisgegeben;

28 Richtig: vom Rath. Zur Fortsetzung des Berichts siehe Dok. 131 vom Nov. 1938.

1 Stiftung Warburg Archiv, Hamburg, Auswanderer Länderberichte.

2 Der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg begann am 7.7.1937 im Nov. 1937 gewannen Japan. Truppen die Schlacht um Shanghai, im Dez. fiel die damalige chines. Hauptstadt Nanking. Die japan. Truppen in China ergaben sich offiziell am 9.9.1945.

denn die Sprachen zählen hier kaum. Die einzige Möglichkeit ist, eine ganz gediegene Profession zu haben. Ein ganz erstklassiger Konditor oder Uhrmacher oder Goldschmied könnte sich hier über Wasser halten. Shanghai ist de facto der elendste Platz der Welt heute, überlaufen von Emigranten und Flüchtlingen, umgeben von einer eingescherten Chinesenwelt und bedroht von schwersten Epidemien (schwarze Pocken, Typhus, Cholera, verschiedenste Ausschläge usw. usw.) und politischen Konflikten.

Ob ich noch meine Stellung habe, wenn Du ankommst, ist zweifelhaft. Wir haben so gut wie nichts zu tun. Es bleibt nichts weiter übrig, als in absehbarer Zeit nach Australien zu gehen, da hier eine starke Abwanderung nach A. eingesetzt hat und dort wenigstens die verkommenen, herumlungenden Massen nicht anzutreffen sind.

Es gibt hier keine Unterstützungen der Arbeitslosen und keine Krankenkassen. Es ist absolut ein Kolonialland, in dem sich der Weisse nur sehr bedingt halten kann. Dazu ist das Klima so, dass man nicht zu primitiv leben kann, weil man dann einfach verkommt. Auf Unterstützungen von anderer Seite brauchst Du hier nicht zu rechnen. Du glaubst gar nicht, wie hart die Menschen hier sind. Ich habe hier Dinge gesehen und gehört, bei denen sich Deine Haare sträuben würden. Hier ist nicht Europa, sondern ein China, das seit Monaten Krieg hat und entsetzlich verelendet ist.“

Wenn auch ein derartiger Auswandererbrief naturgemäss mit Vorsicht zu bewerten ist, so kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, dass die Lage in Shanghai überaus ernst ist und dass es kaum verantwortet werden kann, auch nur die dringendsten Fälle jetzt noch nach Shanghai zu schicken.

Bezeichnenderweise nehmen neuerdings die japanischen Schifffahrtsgesellschaften keine Passagen nach Shanghai mehr an, ohne sich zu vergewissern, dass der Passagier einen ausreichenden Betrag mit sich führt; auch von anderen Schifffahrtsgesellschaften werden ähnliche Massnahmen getroffen.

DOK. 15

Cornelius von Berenberg-Gossler erfährt am 28. Oktober 1938 von der drohenden Abschiebung einer jüdischen Bekannten nach Polen¹

Tagebuch von Cornelius Freiherr v. Berenberg-Gossler,² Hamburg, Eintrag vom 28.10.1938

Freitag, 28. Okt.

Nadia³ fährt morgens mit mir zur Stadt. Brief von Heinrich⁴ aus Buenos Aires vom 22. Oktober. Er will vernünftiger Weise um sein Verbleiben bei der Bank of London &

1 StAHH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch Cornelius von Berenberg-Gossler 1938.

2 Cornelius Freiherr von Berenberg-Gossler (1874–1953), Kaufmann und Bankier; von 1913 an Leiter der Firma Johann Berenberg, Gossler & Co in Hamburg, 1932 Rückzug aus dem aktiven Bankgeschäft; Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Waren-Treuhand-AG.

3 Nadia von Berenberg-Gossler, geb. Oesterreich (1887–1962); Ehefrau von Cornelius von Berenberg-Gossler.

4 Heinrich von Berenberg-Gossler (1907–1997), Bankier; Sohn von Cornelius und Nadia von Berenberg-Gossler; Mitinhaber des Bankhauses Joh. Berenberg, Gossler & Co., arbeitete 1938 bei der Bank of London & South America in Buenos Aires.

South America kämpfen, und er hat dem general manager Trevor Jones in London vorgeschlagen, er möge ihn nach New York versetzen. Ich schreibe Heinrich, ich fände seinen Vorschlag sehr vernünftig. (Ich glaube zwar nicht, daß Jones auf ihn eingeht.) Viel zu tun mit Frau Blöde,⁵ die Jüdin u. polnische Staatsangehörige ist. Sie wurde heute von der Polizei benachrichtigt, daß sie (wie alle jüdischen Polen hier) innerhalb 24 Stunden Deutschland zu verlassen hat. Auch meine telefonische Fürsprache beim polnischen Generalkonsulat ist ergebnislos. Frau Blöde berichtete, daß sie von einem Polizisten zur Polizeistation gebracht, von dort in einem offenen Omnibus mit anderen nach Altona zur Polizei gefahren wurde, wo sie eine Verfügung erhielt, die sie mir zeigte, in der ihre Ausweisung bis morgen verfügt wurde. Barbarische Zustände. Die Firma Rée⁶ übernimmt die Verwaltung von Frau Blödes Vermögen, das wohl beschlagnahmt werden wird. Spät in Niendorf. Nadia nach Tisch bei Duncker zum Singen. Nach Tisch in der Umgebung des Parks gegangen, in der Kirche Beleuchtung. Wir schenken Hellmuth heute im Voraus zu Weihnachten ein Auto, das er für seinen Beruf als Versicherungsmakler braucht. Café mit Gleich und Kauffmann.⁷ Nachmittags in der Firma Rée.

DOK. 16

Bericht des Sicherheitsdienstes der SS vom 28. Oktober 1938 über die österreichischen jüdischen Organisationen¹

Abschlussbericht des SD II 112- Ö.A.K.² (St./Be.), SS-Oberscharführer Stein,³ Berlin, vom 28.10.1938

Die Tätigkeit des Ö.A.K. II 112 erstreckte sich auf die Zeit vom 18. Mai bis 31. Oktober 1938. Als Berater waren in Aussicht genommen:

1. St-Oberscharführer Stein,
2. St-Oberscharführer Reissmann,
3. SS-Scharführer Hagelmann,
4. Frl. Benecke als Schreibkraft.

Die Arbeit des Ö.A.K. wurde stark beeinträchtigt durch Arbeitsausfall infolge des in die Berichtszeit fallenden Jahresurlaubs und verschiedener Abkommandierungen. So hat SS-Oberscharführer Reissmann infolge anderweitiger Verwendung an der Arbeit des

5 Editha Charlotte Blöde, geb. Kutnewsky (1889–1968); durch ihre Heirat poln. Staatsangehörige, seit ca. 1935 verwitwet, emigrierte im Dez. 1938 in die Niederlande, starb in Den Haag.

6 Bankhaus Wilhelm Rée junior, Adolphbrücke 10 in Hamburg.

7 Richard Kauffmann (*1880); Inhaber der Firma Rée, vereinbarte als Reaktion auf den „Arisierungs“-Druck im April 1938 mit Berenberg-Gossler die Beteiligung der Firma Joh. Berenberg, Gossler & Co. am Bankhaus Rée. Berenberg-Gossler verhalf Kauffmann zur Emigration nach Großbritannien.

1 RGVA, 500k-1-617. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

2 Ö.A.K.: Österreich Auswertungs-Kommando. Dieses Kommando beschlagnahmte die Archivbestände und Bibliotheken österr. jüdischer Organisationen und sorgte für den Abtransport der Bücher und Archivalien nach Berlin.

3 Dr. Albert Günther Stein (1908–1972), wiss. Bibliothekar; 1933 NSDAP- und 1936 SS-Eintritt; 1935 beim Leipziger Institut für Leser- und Schrifttumskunde tätig, baute die Bücherei der NSDAP-Kreisleitung in Leipzig auf, von 1936 an Bibliothekar des SD-Hauptamts in Berlin, leitete den Abtransport der Bibliotheken verschiedener jüdischer Organisationen aus Wien nach Berlin, von 1939 an stellvertr. Leiter der sog. Judenbibliothek des SD in Berlin.

Ö.A.K. II 112 niemals teilnehmen können. SS-Oberscharführer Stein und SS-Scharführer Hagelmann wurden längere Zeit zu II 1 abkommandiert, um für die Sofortmassnahmen von II 112 im Mobfalle zur Verfügung zu stehen. Im gleichen Zusammenhange war Frl. Benecke für III 2 tätig. Darüber hinaus wurde SS-Scharführer Hagelmann längere Zeit zur Urlaubsvertretung zu II 112 abgestellt. Hinzuweisen ist schliesslich noch auf den durch die Teilnahme am Pflichtsport bedingten Arbeitsausfall.

Von dem gesamten für Ö.A.K. II 112 angefallenen Material wurde von vornherein die Bearbeitung sämtlicher Bücherkisten zurückgestellt. Diese Kisten sind in den Kellern der Eisenacherstrasse eingelagert und können jederzeit nach der Emserstrasse überführt werden.⁴ Die ursprünglichen Signaturen für diese Kisten sind beibehalten worden. Auf Befehl von SS-Obersturmführer Hagen wurde auch die Bearbeitung des Rothschild-Archivs einer späteren Zeit vorbehalten.

Somit blieb folgendes Aktenmaterial für die Bearbeitung durch II 112 übrig:

Aktenmaterial

1. der „Union österreichischer Juden“,
2. der Wochenschrift „Die Wahrheit“,
3. der „Israelitische Allianz“,
4. des Jüdischen Hochschulausschusses „Judäa“, Wien,
5. des „Bund jüdischer Frontsoldaten“,
6. des „Reichsverband jüdischer Legitimisten Österreichs“,⁵
7. der staatszionistischen Organisationen,
8. des „Verband jüdischer Kaufleute und Gewerbetreibender“,
9. des „Verein für unentgeltlichen Arbeitsnachweis“.⁶

Hinzu tritt ferner

10. das Material der verhältnismässig kleinen jüdischen Organisationen der Stadt Graz sowie nur wenig Material der Kultusgemeinde Wien und des Hebräischen Pädagogiums, Wien.

Das gesamte Material befand sich in einem schlechten und ungeordneten Zustand. Ausserdem weist das Aktenmaterial verschiedener Organisationen auffällige Lücken auf. Worauf diese Lücken zurückzuführen sind, lässt sich im allgemeinen nicht feststellen. Lediglich beim „Bund jüdischer Frontsoldaten“ kann nachgewiesen werden, dass ein Teil des Materials von jüdischer Seite bereits vernichtet worden ist.

Inhaltlich ist das Material von sehr verschiedenem Wert. Zu einem sehr grossen Teil handelt es sich dabei um interne Vereinskorrespondenzen oder um Korrespondenz aus früheren Jahren, die für eine SD-mässige Auswertung keinerlei Bedeutung haben.

4 In der Emser Str. 12–13 in Berlin, im beschlagnahmten Haus der Großen Loge von Hamburg, war vom Sommer 1936 an die SD-Hauptabt. 32, Museum, Bücherei und Wissenschaftliche Forschungsstelle, untergebracht. Sie unterstand Franz Six. In der Emser Str. wurden die Bibliotheks- und Archivbestände jüdischer Organisationen und Privatpersonen gelagert, um sie zu einer zentralen Judenbibliothek und einem Judenarchiv des SD zusammenzuführen. Die Bibliothek umfasste im Frühjahr 1939 bereits knapp 200 000 Bände, während des Kriegs kamen weitere, aus den besetzten Ländern abtransportierte Bibliotheken hinzu, darunter auch die Bibliothek und das Archiv des jüdischen Historikers Simon Dubnov. Da die Räumlichkeiten in der Emser Str. nicht ausreichten, nutzte der SD spätestens vom Frühjahr 1938 an zusätzlich das Gebäude der früheren Großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland in der Eisenacher Str. 12.

5 Die Legitimisten traten für die Wiederherstellung der Habsburger Monarchie ein.

6 Der Verein betrieb von 1899 an ein Arbeitsvermittlungsbüro in Wien.

Das Material der jüdischen Organisationen liess sich ferner fast ausschliesslich nur sachaktenmässig auswerten, da für die Bearbeitung meist nur ununterschiedene Durchschläge zur Verfügung standen. Infolge des verschiedenen Umfanges und der verschiedenen Ergiebigkeit des Materials konnten nur für einige Organisationen Berichte angefertigt werden, während für andere lediglich die Form des Aktenvermerkes gewählt werden musste. Für folgende Organisationen wurden Berichte angefertigt:

1. „Union österreichischer Juden“,⁷
2. „Israelitische Allianz“, Wien,
3. „Bund jüdischer Frontsoldaten“,
4. Staatszionistische Organisationen,
5. Gesamtbericht über Graz,
6. Bericht über U.O.B.B.-Loge Graz.⁸

Das Material erforderte gelegentlich ein Zusammenarbeiten mit II 122 und II 123⁹

Für die verschiedenen Sonderbefehle, die im Laufe der Zeit an das Ö.A.K. gestellt wurden, konnte kaum Material gefunden werden.

Dem Oberabschnitt Donau wurde dagegen die etwa 15000 Mitglieder umfassende Kartei des „Bundes jüdischer Frontsoldaten“ zur Verfügung gestellt.

Für eine nachrichtendienstliche Auswertung kommt das gesamte Material kaum noch in Frage. Dagegen kann es für historische Arbeiten noch herangezogen werden.

In seiner Gesamtheit bildet das vorhandene Aktenmaterial eine Quelle für die Geschichte der Juden. Da nicht abzusehen ist, welche Fragen in diesem Zusammenhange noch auftauchen können, muss von einer Vernichtung des – im Augenblick vielleicht auch als unwesentlich erscheinenden – Materials abgeraten werden.

Nachdem bereits alles Überflüssige, wie z.B. ungebrauchte Formulare und dgl., ausgesondert worden ist, wird vorgeschlagen, sämtliches jetzt in der Eisennacherstrasse befindliche Aktenmaterial der jüdischen Organisationen für das Judenarchiv bereitzuhalten.

Es wird ferner vorgeschlagen, das Zeitungsarchiv des „Bundes jüdischer Frontsoldaten“, des „Reichsverbandes jüdischer Legitimisten“ sowie die gebundenen Exemplare der Wochenschrift „Die Wahrheit“ der Bibliothek Emserstrasse zu überweisen, um sie dort für eine SD-mässige Auswertung und wissenschaftliche Bearbeitung aufzustellen. Von dem Organ des „Reichsverbandes jüdischer Legitimisten Österreichs“, „Der Legitimist“, sind aus den Jahrgängen 1935 bis 1937 genügend Einzelexemplare vorhanden, so dass die genannten Jahrgänge über den oben gemachten Vorschlag hinaus einem zeitungswissenschaftlichen Institut zur Verfügung gestellt werden können. In gleicher Weise können die Jahrgänge 1936 bis 1938 der Zeitung des „Bundes jüdischer Frontsoldaten“ einem solchen Institut überwiesen werden.

Ausser den genannten Zeitungsarchiven sind folgende Bibliotheken der Judenabteilung der Emserstrasse zu überweisen:

1. Bibliothek der „Union österreichischer Juden“,
2. Bibliothek der „Israelitischen Allianz“,

⁷ 1886 gegründet als Österreichisch-Israelitische Union; siehe Einleitung, S. 30 f.

⁸ UOBB: Unabhängiger Orden B'nai B'rith; siehe Dok. 27 vom 14. 4. 1938.

⁹ Die Abt. II 122 im SD-Hauptamt war für die Beobachtung von Bewegungen der politischen Mitte, die Abt. II 123 für die Rechtsbewegung zuständig.

3. Bibliothek des Vereines für unentgeltlichen Arbeitsnachweis,
4. Bibliothek der „Gesellschaft christsuchender Juden“,
5. Bibliothek des Jüdischen Hochschuleausschusses „Judäa“,
6. Bibliothek des UOBB Wien,
7. Bibliothek der Zeitung „Neue Welt“,¹⁰
8. Jüd. Bibliothek aus Eisenstadt,

9. Bibliothek des Hebräischen Padagogiums in Wien,
10. Beschlagnahmtes Büchermaterial aus jüd. Buchhandlungen.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass für die Unterbringung dieser Bibliotheken in der Emserstr. z. Zt. kein Raum zur Verfügung steht.

Wegen der Uneinheitlichkeit, ferner wegen der Lückenhaftigkeit und wegen der geringen Ergiebigkeit des Materials lässt sich kein Gesamtbild über die österreichischen jüdischen Organisationen entwerfen. Es muss daher auf die Einzelberichte bzw. Aktenvermerke, die die einzelnen Organisationen betreffen, verwiesen werden. Als positive Ergebnisse der Auswertungsarbeit sind festzuhalten:

1. Die Ergänzung der Judenkartei für Österreich,
2. die Aufstellung einer UOBB-Mitgliederkartei,
3. die karteimässige Erfassung bisher unbekannter ausländischer jüdischer Organisationen,
4. die Erfassung einzelner Juden im Ausland, die als Verbindungsmänner für das österreichische Judentum anzusprechen sind,
5. die Erkenntnis, dass die jüdischen Organisationen Österreichs sich z. T. im Hintergrund zu halten suchen und daher ihre Unterstützung nichtjüdischen Organisationen zuwenden.

Zur Abrundung des Bildes über das österreichische Judentum müssen daher die Berichte von II 122 über die Harand-Bewegung¹¹ und die Pan-Europa-Bewegung¹² herangezogen werden.

6. Schliesslich muss darauf hingewiesen werden, dass die Verbindung nach Deutschland, soweit sich aus den Akten erkennen lässt, seit 1933 völlig abgerissen ist.

¹⁰ In der von ihm 1897 zunächst unter dem Namen Welt gegründeten Zeitung Neue Welt vertrat Theodor Herzl erstmals vor einer größeren Öffentlichkeit seine Idee von der Gründung eines jüdischen Staats. Die Zeitung ist die direkte Vorgängerin der heutigen überparteilichen Zeitschrift Illustrierte Neue Welt, die sechsmal im Jahr in einer Auflage von 15000 Exemplaren in Wien erscheint.

¹¹ Die Harand-Bewegung, 1933 auf Initiative der christlichen Aktivistin Irene Harand als Weltorganisation gegen Rassenhass und Menschennot in Österreich gegründet, engagierte sich 1937/38 gegen den Antisemitismus. Nach dem Anschluss Österreichs wurden die Vereinsbestände nach Berlin verschleppt.

¹² Anfang der 1920er-Jahre schlossen sich die Anhänger der Idee eines wirtschaftlich sowie politisch geeinten, demokratischen und durch christliche Werte geprägten Europas unter Führung von Richard Graf v. Coudenhove-Kalergi zur Paneuropa-Union zusammen. 1933 wurde die Union in Deutschland verboten, war aber bis 1938 noch in Frankreich, Österreich und der Tschechoslowakei aktiv.

DOK. 17

Fragebogen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland über die geplante Aufnahme Eva Oppenheims in Australien vom 31. Oktober 1938¹

Fragebogen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland über Eva Oppenheim², ungez.,³ Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158 II, vom 31.10.1938⁴

Fragebogen
für Auslandsunterbringung Jugendlicher

A) Personalien

Familienname: Oppenheim
Vorname: Eva Martha
Wohnort: Halle-Saale
Wohnung, Strasse: Halle, Hindenburgstr. 13 a
Geburtstag: 12. 10. 1921.
Geburtsort: Halle-Saale
Wenn Pass vorhanden, Nr. und Gültigkeitsdauer angeben: nein

						Bemerkungen
	Name	Geb.-Tag “-Ort	Staatsangehörigk.	Jüdisch?	In Deutschl. seit:	z.B. geschieden verst. (Datum angeben)
Vater	Georg Oppenheim ⁵	13. 4. 78 Stettin	deutsch	ja	Geburt	
Mutter	Frieda geb. Cahn	3. 12. 87 Halle	deutsch	ja	Geburt	
Beruf	jetziger mögl. genau		früherer		Arbeitsstelle	
des Vaters	Herrenstoff-einzelhandel		Herrenstoff-grosshandel		Selbständig	
der Mutter	Hausfrau		Hausfrau			

1 CJA, 2A2/201.
2 Eva Martha Oppenheim (1921–1942); 1940 Eintritt in die Hachschara, Praktikantin im jüdischen Kinderheim Leipzig, danach Praktikantin im Altersheim Boeckestr. 4 in Halle/Saale, 1942 Deportation ins Vernichtungslager Sobibor.
3 Am Ende des Dokuments befindet sich ein Stempel der Wirtschaftshilfe der Synagogengemeinde Halle a.S., deren Mitarbeiter offenbar die Angaben über Eva Oppenheim gemacht haben.
4 Vordruck, maschinenschriftlich, offenbar von der Wirtschaftshilfe der Synagogengemeinde Halle ausgefüllt; es wurden zwei verschiedene Maschinentypen benutzt. Der Übersichtlichkeit halber sind bei diesem Dokument nicht Hervorhebungen, sondern nur die ins Formular eingefügten Angaben über Eva Oppenheim kursiv gedruckt, alle Rubriken und Fragen des Formulars dagegen in Normal-schrift.
5 Georg Oppenheim (1878–1942), Kaufmann; 1907 Heirat mit Frieda Cahn. Das Ehepaar wurde zu-sammen mit seinen beiden Töchtern Eva und Ilse 1942 ins Vernichtungslager Sobibor deportiert und dort ermordet.

Namen und Geb.-Daten der Geschwister:

Ilse Oppenheim 16. 3. 1911 Halberstadt

Erforderlichenfalls Name und Anschrift der Vormunds:

B) Eingehende Darstellung der wirtschaftlichen Lage und Einkommens- sowie Vermögensverhältnisse, (Miete, laufende Verpflichtungen, Kapitalbesitz etc.)

Der Vater betreibt seit vielen Jahren in Halle eine Tuchgrosshandlung in Herrenstoffen, die er vor kurzer Zeit auf Einzelhandel in diesen Stoffen umgestellt hat. Die wirtschaftliche Lage der Familie war nie besonders günstig. Nach der uns heute gemachten Angabe will der Vater noch bis jetzt ein Jahreseinkommen von netto RM 3000,- gehabt haben, eine Angabe, deren Richtigkeit uns fraglich erscheint. Ebenso bezweifeln wir die Richtigkeit seiner weiteren Angabe, dass unerfüllte, laufende Verpflichtungen nicht vorhanden seien. Für die wirtschaftliche Lage scheint uns vielmehr bezeichnend zu sein, dass der Vater mit Kultussteuer in Höhe von RM 80,- zugegebenermassen im Rückstand ist. Vermögen ist zweifellos nicht vorhanden.

Kann von den Eltern oder sonstigen Personen ein Zuschuss zu den Reisekosten geleistet werden? In welcher Höhe?

Unseres Erachtens nur in geringem Umfange. Der Vater gab jedoch an, die Reisekosten selbst bestreiten zu können und zu wollen.

C) Eingehende Darstellung des Familienlebens, Charakteristik der Personen, einschliesslich der Geschwister, Angabe der Interessen und des Lebensstils der Familie

Das Familienleben ist gut. Die Eltern haben u. E. alles ihnen Mögliche getan, um den beiden Töchtern eine gute Schule und Berufsausbildung angedeihen zu lassen. Die kaufmännischen Fähigkeiten des Vaters halten wir für gute. Sein Geschäft hat er stets einwandfrei geführt. Besondere über den Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit hinausgehende starke Interessen dürften nicht vorhanden sein. Die Mutter ist wohl eine erfahrene Hausfrau, hat aber den Zuschnitt des Haushalts wohl nicht immer den u.E. nur bescheidenen Einkommensverhältnissen des Mannes anzupassen verstanden. Gesellschaftlichen Umgang hat sie besonders früher stark gepflegt. Sonstige, insbesondere geistige Interessen bestehen u.W. nicht. Die ältere Tochter ist geistig wenig entwickelt und u.E. nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben.

Jüdische Haltung der Eltern

“ “ des Jugendlichen

Die Eltern sind jüdisch liberal eingestellt. Sie besuchen insbesondere an Feiertagen den Gottesdienst. Der Vater war früher und ist jetzt wieder Repräsentant der Synagogengemeinde. Er war früher auch Vorstandsmitglied des Vereins für das liberale Judentum.

Eva Oppenheim ist infolge der Entwicklung der letzten Jahre jetzt sehr positiv jüdisch eingestellt.

Ist Unterbringung in rituell geführtem resp. orthodoxem Haushalt erforderlich?

nein

D) Charakteristik des Jugendlichen

(Gesamteindruck, Auftreten, Temperament, Verhalten im häuslichen Leben und in der Gemeinschaft, Interessenrichtung, Erziehungsschwierigkeiten)

Eva Oppenheim macht einen guten Eindruck. Sie ist von sehr bescheidenem Auftreten, ruhig, dabei aber gewandt. Nach Angabe des Vaters hat sie schon als Kind im Haushalt der Mutter geholfen und tut dies auch jetzt noch mit grossem Interesse. Geistig besonders interessiert scheint sie nicht zu sein, betätigt sich aber sportlich und nutzt hier jede sich ihr bietende Gelegenheit aus. Sie übt sich besonders im Geräteturnen und spielt Handball. Sie hat immer mit Gleichaltrigen gern verkehrt und wird uns von diesen als gute Kameradin geschildert.

Welche Schulen resp. Ausbildungsanstalten wurden oder werden besucht?

Grundschule

Städt. Lyzeum I. Halle.

2 Jahre Kaufm. Berufsschule

Versetzung regelmässig? *Ja.*

Sonstige Berufsvorbereitung oder Ausbildung?

Kaufmännische Lehre, die abgebrochen werden musste, jetzt Schneiderkursus.

Englische Sprachkenntnisse? *Ja.*

Seit wann? *Seit einem Jahr englischer Unterricht, zur Zeit zwei Stunden wöchentlich.*

Kenntnis anderer Sprachen?

Etwas französisch infolge 5jährigen Unterrichts.

Mitglied einer Jugendorganisation? *Nicht mehr, früher Bund deutsch jüdischer Jugend.*

Welcher?

Berufs-Wünsche: *Stellung im Haushalt.*

“ -Eignung: *ja.*

Eignung für Stadt- oder Landunterbringung?

Stadtunterbringung.

E) Konkrete Auswanderungspläne der Familie oder einzelner Familienmitglieder?

Keine.

Welche?

Verwandte oder Freunde im Ausland?

Vetter der Mutter, Kurt Werner, 11 Broadway, New York.

Deren Namen, Adressen, Verwandtschaftsgrad, wirtschaftliche Lage

Seine wirtschaftliche Lage soll recht gut sein. Er hat auf eine Anfrage erklärt, der Familie O. ein Affidavit nicht stellen zu können, da er einer grösseren Anzahl anderer Verwandter bereits ein solches gestellt habe.

F) Zusammenfassende Bemerkungen der Meldestelle:

Die vorstehenden Angaben sind von uns gemacht und beruhen auf unserer eigenen Kenntnis und von uns eingezogenen Erkundigungen über die Familie O.

Eva O. halten wir für die beabsichtigte Unterbringung in Australien für geeignet.

Die Frage der Nachwanderung der Familie erscheint uns schwer bejahbar wegen der Schwester und wegen des vorgeschrittenen Alters des Vaters, obwohl uns in gesundheitlicher Hinsicht bei den Eltern Bedenken nicht gegeben zu sein scheinen.

DOK. 118

**Gerta Pfeffer schildert die Abschiebung polnischer Juden aus Chemnitz
im Oktober 1938¹**

Bericht von Gerta Pfeffer² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Austreibung aus Deutschland.

Ich betrieb alles, was möglich war, um meine Emigration zu beschleunigen. Die einzige praktische, erfolgversprechende Möglichkeit war, als Hausgehilfin nach England zu gehen. Eine liebe Bekannte, die bereits in England war, bemühte sich, mir einen Posten zu beschaffen. Fieberhaft bereitete ich alles vor, um nur rasch wegfahren zu können. Wir sassen eines Abends im Oktober 1938 bei Tisch, als ein junger Mann zu uns kam und erzählte, dass eine polnisch-jüdische Familie soeben verhaftet war. Eine quälende Unruhe bemächtigte sich unser. Ich sah durchs Fenster auf die Strasse, sah hell erleuchtete, mächtige Polizeiautos durch die Strassen fahren und fast nur bei Häusern haltend, wo polnische Juden wohnten. Es war eine der Austreibungsaktionen von Juden im Gang, die damals so grasierten. Um 11 Uhr nachts kam man auch zu uns. Die ganze Familie musste mitkommen, wir durften nur Essen für 24 Stunden mitnehmen, sonst nichts. Erklärungen wurden uns keine gegeben. Ein Polizist, der mit mir Mitleid zu haben schien, fragte mich nach meinem Alter und tröstete mich, dass, da ich noch jung sei, mir nichts passieren werde. Wir wurden in einen grossen Gasthaussaal in der Stadt geführt, wo dicht zusammengedrängt schon eine Menge Leidensgenossen waren. Alle hatten ein verängstigtes, bleiches Gesicht, jeden quälte die Frage, was wohl die Nazibanden mit uns vor hatten. Ein Feldwebel des Heeres hatte die Aufsicht über uns, und er schimpfte andauernd über die Unruhe, über den Lärm, der im Saale herrschte. Das war schliesslich nicht wunder zu nennen, da auch viele verängstigte Kinder anwesend waren. Meine ganze Familie musste in der Nacht einen Zettel unterschreiben, dass wir innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen mussten. Wir waren natürlich sehr erregt und hatten noch immer keine Ahnung, wohin man uns eigentlich bringen werde. Wir blieben die ganze Nacht noch mit den zahlreichen Leidensgenossen zusammengepfertcht in dem viel zu engen Saal, und in den Morgenstunden erfuhren wir, dass wir abtransportiert werden; bei Fluchtversuch werde jeder sofort erschossen. In grossen Polizeiwagen wurden wir zum Bahnhof gefahren. Dort sammelten sich rasch Neugierige an, ich habe keinen lachen gesehen, niemand hat uns beschimpft. Lange endlose Stunden fuhren wir mit dem Zug. Wir wussten nun, es ging nach Polen, wo wir sicherlich unerwünschte Gäste sein werden, obwohl wir polnische Staatszugehörige waren. Wir hatten keine Dokumente bei uns, kein Gepäck, nichts ausser was wir am Leibe an hatten. Es

1 Gerta Pfeffer, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 50–59; Harvard-Preisausschreiben, Nr. 177.

2 Gerta Pfeffer (*1912), Textilzeichnerin; Tochter eines Chemnitzer Kaufmanns, 1933–1938 Anstellung in einer Weberei in Süddeutschland, danach Rückkehr nach Chemnitz; 1938 Verhaftung der Familie und Deportation an die poln. Grenze, 1939 Bewilligung zur Einreise nach England.

3 Der gesamte Bericht umfasst 62 Seiten und wurde aus London eingesandt. Anfangs schildert Pfeffer ihren Schulbesuch in Chemnitz und die ersten Erfahrungen mit dem Antisemitismus ihrer Lehrer, die Verhaftung ihres Bruders, ihres Vaters und einiger Freunde nach dem Reichstagsbrand 1933. 1938 erhielt sie nach ihrer Geburtstagsfeier in der Firma das Entlassungsschreiben.

war 12 Uhr nachts. Wir mussten unweit der Grenze sein. Einige wenige Reisegefährten versuchten durch Witze aufheiternd zu wirken, aber ich fühlte doch die Angst, die aus allen Reisegefährten sprach. Der Zug hielt. Am Nebengeleise stand bereits ein anderer Zug mit ebenfalls ausgetriebenen Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit. Wir mussten aussteigen. Da standen eine Unzahl von Hitlers schwarzer S.S. Ein Gruseln überlief uns. Was werden sie jetzt nur mit uns beginnen? Wir mussten uns in Reihen aufstellen, und neben jeder Reihe schritt ein S.S.-Mann daher. Wir wurden angetrieben wie eine Herde, schneller, schneller, rief man uns zu. Wir mussten einen endlos langen Weg gehen, erschöpft von der Angst, der Reise, dieses nicht endenwollenden Marsches auf der Strasse nach Polen, angetrieben von mitleidslosen S.S.-Banden. Einigen wenigen war gestattet worden, dass sie ein wenig Gepäck auf die Reise mitnehmen durften. Die meisten von ihnen mussten aber das Gepäck jetzt auf diesem Marsch wegwerfen; weil sie einfach zu schwach waren, auch noch das Gepäck zu schleppen. Es war stockfinstere Nacht. Wir hörten nur das Stöhnen der Erschöpften und das rohe Schimpfen der S.S. Wir marschierten immer noch auf der unbekannten Strasse einem unbekannten Ziele zu. Plötzlich hörten wir an der Spitze des Zuges Schreien. Mich überlief es kalt. Was bedeutet das wiederum? Später erfuhr ich, dass die Ersten mit Schlägen mit einer Eisenrute in einen schlüpfrigen Wassergraben getrieben wurden, der anscheinend die Grenze zwischen Polen und Deutschland bildete. Auch ich und meine Familie mussten durch den eiskalten Wassergraben. Auf der anderen Seite standen bereits einige Männer, denen es gelungen war, den schlüpfrigen Graben zu passieren. Sie reichten uns die Hände, und es gelang so, uns herauszuziehen. Zwei Kinder sollen in dem Graben ertrunken sein. Wir standen nun auf einer Wiese und wussten nicht, wo wir waren. Die S.S. rief uns noch nach, wir mögen ja nicht wagen, noch einmal nach Deutschland zurückzukommen, sonst würde man uns einfach erschiessen. Auf der Wiese war ein allgemeines Durcheinander. Männer suchten ihre Frauen, Kinder ihre Eltern, und es dauerte ziemlich lange, bis man sich in dem Dunkeln fand. Dann stapften wir durch die Felder einem Lichte nach, das wir in der Ferne sahen. Gesprochen wurde wenig, zu sehr lastete das Erlebte auf unserer Seele. Wo waren wir eigentlich? Waren wir bereits auf polnischem Gebiet und sogar dann, wo werden wir wirklich noch landen? Plötzlich tauchte ein polnischer Grenzbeamter auf und sprach mit uns polnisch. Nur wenige verstanden ihn. Wir sollten mit ihm kommen, zurück nach Deutschland. Ein Grauen überlief uns. Als wir uns weigerten, hetzte er einen Hund auf uns, schlug mit seinem Gummiknüttl auf uns ein und beschimpfte uns „Deutsche Schweine“. Das war das Widerwärtigste für mich. Dachte ich doch, dass man über der Grenze bei polnischen Beamten auf Menschlichkeit und Verständnis stossen werde. Dieser polnische Beamte zwang uns, die Richtung zurück nach Deutschland zu gehen. Wir überquerten eine Wiese, und unsere Phantasie malte sich die schrecklichsten Bilder aus, was jetzt die Deutschen mit uns anfangen werden, wenn wir in ihre Hände fallen werden. Auf der anderen Seite der Wiese stand ein deutscher Grenzbeamter, der uns natürlich die Rückkehr nach Deutschland verweigerte. Wir standen so die ganze Nacht auf dieser Wiese, aus Deutschland vertrieben, in Polen unerwünscht. Die Wiese war neutrales Gebiet, war Niemandsland. In der Ferne hörten wir [es] schiessen.

Den tiefsten Eindruck machten auf mich die Kinder, erschöpft, müde, tränenlos. Ich beobachtete, wie einzelne auf ihre verzweifelnden Eltern beruhigend einwirkten. Die Schüsse, die wir hörten, sollen Schüsse auf Vertriebene gewesen sein, die, von den Polen nicht ins Land gelassen, gezwungen wurden, deutsches Gebiet zu betreten. Ich selbst

konnte nie Authentisches darüber erfahren. Wir standen die ganze Nacht auf dieser Wiese bis zum frühen Morgen. Einige Grenzbeamte führten uns zu einem Dorfweiler, an dessen Eingang wir eine Menge anderer Ausgetriebener bereits warten sahen. Von Ferne sah dieser Menschenschwarm wie ein schwarzer, düsterer Fleck in der Landschaft aus. Schicksale sprachen aus den traurigen Augen, und das herrschende Schweigen vervollständigte die düstere Stimmung. Die Grenzbeamten sprachen nur polnisch, obwohl sie auch deutsch sprechen konnten.

Als alle Vertriebenen, die man in dieser Gegend zusammengefangen hatte, beisammen waren, wurden wir auf einen Bahndamm geführt und mussten einen höchst beschwerlichen Marsch zwischen den Schienen machen. Ich befürchtete, dass jeden Augenblick ein Zug daherrasen konnte. Wir wussten nicht, in welche Richtung wir gingen, ob landeinwärts nach Polen oder ob die polnischen Beamten doch beschlossen hatten, uns wieder den Nazis auszuliefern, wir, die wir doch formell polnische Staatsbürger waren. Nach einer Biegung des Bahndammes sahen wir plötzlich wieder die gefürchteten schwarzen Uniformen der S.S. Nun war wohl allzu drastisch jeder Zweifel behoben, wohin wir gebracht worden waren. Wir waren unmissverständlich auf deutschem Boden. Sollte unsere Quälerei nie ein Ende nehmen? Die S.S. übernahm uns, und wieder marschierten wir einem unbekannten Ziel entgegen. Einige Ueberängstliche brachten den traurigen Mut auf, S.S.-Leute zu fragen, was denn nun mit uns geschehen würde. Die prompte Antwort war: „Erschiessen.“ Ein anderer meinte: „Ihr kommt in ein Lager.“ Rasch flüsterte einer dem anderen die Schreckensbotschaften zu. Erst ertönte ein Haltekommando, dann mussten wir umkehren und denselben Weg retour. Dann führte man uns auf eine Strasse, anscheinend noch immer deutsches Gebiet. Kinder lachten und höhnten uns, die wir müde, mit nassen Füßen und kotbeschmutzt Schritt für Schritt weitergingen. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir auf einmal ein polnisches Grenzhäuschen sahen. Wir wurden noch bis dort von der S.S. gebracht, die uns verliess und sich sofort zurückzog. Diesmal wurden wir von einem sehr höflichen polnischen Grenzbeamten übernommen, polnische Kinder brachten uns Wasser, und mit unserer letzten Kraft gelang es uns, uns in ein nahegelegenes Oertchen zu schleppen. Wir wurden in ein Haus gebracht, wo schon alles auf unser Kommen vorbereitet war. Man brachte uns zu essen und zu trinken, und diese Teilnahme war Balsam auf unsere bedrückten Gemüter. Zuerst waren wir ganz apathisch, und nur langsam trat das Ueberstandene hinter dem Neuen zurück.

Ich war schon öfter im Ausland gewesen, mit Wissensdrang erfüllt, aber jetzt war mein Herz besonders geöffnet für Neues, Gutes. Ich betrat einen Laden, um verschiedene Reinigungsmittel wie Seife und Schuhputzzeug zu kaufen. Zwei Arbeiter empörten sich über das uns zugetane Unrecht, der eine machte seinem Herzen durch Loswettern auf die Hitlerbarbaren Luft, der andere, ein älterer Mann, weinte sogar. Ich war tief ergriffen, Mitgefühl zu finden. Am Abend gaben uns hilfsbereite Menschen Quartier und wenige verlangten eine Entschädigung von uns. Am nächsten Morgen wurden wir ins Landesinnere gebracht. Auf vielen Bahnstationen wurden uns Lebensmittel und Getränke gegeben. Manche der Leute, die uns Erfrischungen reichten, weinten. Wir selbst waren keiner Tränen mehr fähig; das Schicksal anderer kann einen mehr zu Tränen rühren als sein eigenes, oder vielleicht war uns auch die Tragik schon zur Gewohnheit geworden. Wir, auf der Fahrt ins innere Polen, waren eine Gemeinschaft geworden, verbunden durch gemeinsam erlebtes Unrecht. Die Hilfsbereitschaft in den Bahnhöfen tröstete. Ein religiöser Mann kam

in mein Abteil und las aus der Bibel vor. Uns tröstete es, und ich gewann wieder meinen Glauben an die Menschen. Ich wurde mit meiner Familie in Lemberg untergebracht, wo wir ein entbehrungsreiches Emigrantenleben geführt haben.
[...]⁴

DOK. 119

Der Syndikus des CV, Kurt Sabatzky, berichtet über Boykott, Verhaftungen und Zwangsarbeit in Leipzig und Umgebung im Herbst 1938¹

Bericht von Kurt Sabatzky² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...]³

In der Stadt Leipzig war die jüdische Situation bis zum Jahre 1938 mit Rücksicht auf Messe und Pelzhandel erträglich gewesen, jedoch setzte während der Herbstmesse ein starker Boykott jüdischer Geschäfte, unterstützt durch große Schilder in den Straßen, ein. Zur gleichen Zeit war eine noch viel schärfere Aktion in Dresden. Hier sammelten sich von der Partei beordnete Elemente vor den jüdischen Geschäften und bedrohten die Inhaber und Kaufleute. Gemeinsam mit dem Dresdener Rabbiner Dr. Wolff⁴ hatte ich eine Unterredung mit dem stellvertretenden Kommandeur der Schutzpolizei. Dieser veranlaßte im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten,⁵ daß die Boykothorden vor den Geschäften durch Schutzpolizeibeamte zerstreut wurden. Drei Tage lang schritt die Schutzpolizei immer wieder gegen die Excedenten ein. Plötzlich wurden alle jüdischen Geschäfte geschlossen, vor denen die Ansammlungen stattgefunden hatten, und zwar durch die Staatspolizei. Dr. Wolff und ich verhandelten nun mit dieser. Bei meiner Vorstellung bemerkte der Beamte höhnisch: „Sie sind bekannt!“ Als ich auf das Ungesetzliche der Zusammenrottung wie der Schließung hinwies, erwiderte der Beamte mit Nachdruck: „Ja,

4 Anschließend berichtet Gerta Pfeffer, dass ihr im Febr. 1939 die Einreise nach England genehmigt wurde und das deutsche Konsulat ihr einen vierwöchigen Aufenthalt in Chemitz gestattete, wo sie mit ihrer Mutter den Hausstand weit unter Wert verkaufte. Im März 1939 emigrierte sie nach London.

1 Kurt Sabatzky, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 53–56, Harvard-Preisausschreiben, Nr. 261.

2 Kurt Sabatzky (1892–1955), Journalist; 1922–1923 Syndikus des CV in Leipzig, 1923–1932 Geschäftsführer des CV in Ostpreußen und 1933–1938 des Landesverbands Sachsen und Anhalt in Leipzig; Mitglied des RjF und des B'nai B'rith; zeitweise KZ-Haft in Buchenwald; 1939 Geschäftsführer der Synagogengemeinde Essen; 1939 emigrierte er nach Großbritannien, dort von 1943 an für jüdische Organisationen tätig.

3 Der gesamte Bericht umfasst 64 Seiten und wurde aus London eingesandt. Im ersten Teil berichtet Sabatzky über das Anwachsen des Antisemitismus nach dem Ersten Weltkrieg, die Gründung der regionalen Centralvereine deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Köslin sowie Königsberg und seine politische Arbeit im CV.

4 Richtig: Dr. Albert Wolf (1890–1951), Rabbiner; 1920–1939 Rabbiner in Dresden; im Nov. 1938 inhaftiert im KZ Buchenwald, im Febr. 1939 Emigration nach Großbritannien, 1940 in die USA, dort Reformrabbiner in Wisconsin, Washington und Chicago.

5 Ernst Walther Hille (1894–1945), Jurist; 1937 NSDAP- und 1943 SS-Eintritt; Anfang 1920 Eintritt in die Sächsische Schutzpolizei und im Aug. 1920 Beförderung zum Polizeioberstleutnant, von 1927 an in Dresden, 1933 Major, später Polizeipräsident von Dresden, 1941–1942 Befehlshaber der Ordnungspolizei München, 1942–1943 BdO Posen, 1943–1944 BdO Wiesbaden; nahm sich in amerikan. Kriegsgefangenschaft wahrscheinlich das Leben.

das haben *wir* veranlaßt, *wir*, die Geheime Staatspolizei!“ Das hieß in Wirklichkeit soviel wie: „Ihr könnt euch zehnmal bei Polizeipräsidium und Schutzpolizei beschweren, sie können euch zehnmal helfen, wir machen dann schließlich doch, was wir wollen!“

Einen tragischen Ausgang hatte eine Boykott-Angelegenheit in Löbau. Das Geschäft des dortigen jüdischen Kaufmanns Grünewald wurde in ganz besonders starkem Maße schikaniert, wobei verschiedene Polizeibeamte die Boykottposten stark unterstützten. Der Amtshauptmann von Löbau,⁶ ein alter objektiver Beamter, versuchte helfend einzugreifen, jedoch vergeblich. Das führte dazu, daß Grünewald die Nerven verlor und sich in seinem Laden, das Gesicht der gegenüberliegenden Polizeiwache zugewendet, erhängte. Viele jüdische Geschäftsleute wurden nunmehr gezwungen, ihre Geschäfte weit erheblich unter dem Wert zu verschleudern. Es gab wenig Betriebe, bei denen der jüdische Besitzer auch nur einigermaßen annähernd entschädigt wurde.

Sehr tragisch verlief eine Aktion der Staatspolizeistelle Halle. Eines Tages wurde eine Anzahl älterer Juden, die sämtlich im Berufsleben standen, auf das dortige Arbeitsamt bestellt. Sie wurden aufgefordert, Erdarbeiten bei der Saale-Regulierung zu übernehmen. Die Betreffenden erklärten, sie stünden im Wirtschaftsleben, bezögen keinerlei öffentliche Unterstützung und könnten mit Rücksicht auf ihre Berufe und vielfach außerdem auch mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand die Erdarbeiten nicht übernehmen. Das war Anfang März 1938. Vier Wochen später wurden die Betreffenden in Halle und in Naumburg verhaftet und als erste Gefangene in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Eine Woche später erfuhr man bereits von 3 Todesfällen. Ich verhandelte in Berlin mit dem Gestapa, mit dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung⁷ sowie dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Erfurt,⁸ das für Halle zuständig war. Das Gestapa erklärte, es habe die Maßnahme nicht veranlaßt, es sei ihm jedoch interessant, daß sie erfolgt sei; es habe keinerlei Ursache, den Anordnungen der Stapo Halle entgegenzutreten. Die Präsidenten der Arbeitsvermittlungs-Anstalten waren über die Maßnahme entsetzt und gaben sich ernsthaft Mühe, die Stapo Halle zur Freilassung zu veranlassen, jedoch ohne Erfolg; die Freilassung erfolgte erst, als es den Henkersknechten in Halle paßte. Als ich das erstemal den Namen Buchenwald erfuhr, dachte ich noch nicht daran, daß ich etwa ½ Jahr später auch dorthin kommen sollte.

Außerordentlich tragisch gestaltete sich die Abschiebung von etwa 1000 Polen aus Leipzig und weiteren 100 aus anderen Orten, die Leipzig passierten. Die polnische Regierung erklärte eines Tages, daß sie die Staatsangehörigkeit derjenigen in Deutschland lebenden Polen nicht mehr anerkenne, die seit Jahren nicht in Polen gewesen sind.⁹ In Leipzig gab

6 Vermutlich Dr. Rudolf Moritz Franz Böhme (*1887), Jurist und Beamter; 1933 NSDAP- und SA-Eintritt; von 1936 an bei der Amtshauptmannschaft Löbau.

7 Dr. Friedrich Syrup (1881–1945), Ingenieur, Jurist und Staatswissenschaftler; von 1905 an im preuß. Staatsdienst, 1920–1927 Präsident des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sowie 1927–1932 und 1933–1938 der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 1932–1933 Reichsarbeitsminister, 1936–1942 beim Vierjahresplan für den Arbeitseinsatz verantwortlich, 1939–1942 StS im RArbM; er starb 1945 in sowjetischer Gefangenschaft im Lager Sachsenhausen.

8 Dr. Alfred Löblich (*1874), Jurist; von 1919 an als Organisationsreferent im RFM beim Aufbau der Reichsfinanzverwaltung tätig, 1920 dort Ministerialrat, 1921 Abteilungspräsident des Landesfinanzamts Berlin, von 1927 an Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland in Erfurt; 1940 in den Ruhestand versetzt.

9 Diese Maßnahme traf nur die im Ausland lebenden Polen jüdischen Glaubens; siehe Dok. 112 vom 28.10.1938.

es eine ganz große polnisch-jüdische Kolonie. Diese Leute wurden eines Morgens im Oktober 1938 aus den Betten heraus verhaftet, durften vielfach nichts mit sich nehmen und wurden in Polizeiautos auf den Hauptbahnhof geschleppt, wo Sonderzüge zusammengestellt wurden. Ich sorgte sofort für die Bereitstellung eines Hilfsdienstes seitens der Israelitischen Religionsgemeinde. Den Leuten wurden notwendige Gebrauchsgegenstände und Geldmittel von jüdischen Helfern aus ihren Wohnungen geholt, wer kein Geld hatte, bekam solches von der Gemeinde, und ein Verpflegungsdienst wurde eingesetzt. Es muß anerkannt werden, daß sich hierbei Offiziere und Mannschaften der Schutzpolizei- wache des Hauptbahnhofes sehr menschlich zeigten und den Verhafteten von ihren But-tervorräten abgaben. Es gelang mir, etwa 80 Leute durch Verhandlungen mit dem Leiter der Fremdenpolizei, dem Kommandeur der Schutzpolizei oder dem Gestapoleiter aus dem Zug herauszuholen und sie freizubekommen, weil sie entweder krank waren oder Visa für ein anderes Land hatten. Den übrigen konnte ich allerdings nicht helfen. Eine Anzahl von den Abgeschobenen kam später zur Ordnung ihrer Verhältnisse auf 4 Wo-chen nach Leipzig zurück; sie erklärten, daß sie durch S.S.-Leute an der Grenze in das Niemandsland gejagt worden und hinter ihnen hergeschossen worden sei. Die Polen hät-ten sie lange Zeit nicht hereingelassen, so daß sie unter freiem Himmel bei Kälte und Regen im Niemandsland hätten kampieren müssen.

Eine Köpenikiade spielte sich anläßlich der Ausschaltung der jüdischen Aerzte und ihrer Umstellung als Judenbehandler ab. Nur ein kleiner Teil war als solcher zugelassen. Einen Tag vor dem Inkrafttreten des Gesetzes¹⁰ teilte mir der geschäftsführende Chefarzt des Israelitischen Krankenhauses in Leipzig mit,¹¹ daß ihm sein Betriebszellen-Obmann, der Heizer Häckel des Krankenhauses, ein Ultimatum gestellt habe, wonach in der nächsten Nacht um 12Uhr das Krankenhaus geschlossen und alle Patienten auf die Straße gesetzt würden, wenn die bis dahin am Krankenhaus tätigen jüdischen Aerzte nicht ihre Bestel-lungen durch den Innenminister zu Judenbehandlern vorgelegt hätten. Ich begab mich mit Dr. Frankenthal sogleich zu dem Regierungs-Obermedizinalrat, der unverzüglich eine Verfügung des Regierungspräsidenten erwirkte, wonach die bisher als Aerzte tätigen künftigen Judenbehandler bis zum Eintreffen der ministeriellen Bestellung auch weiter-hin tätig sein könnten, da in Bezug auf die Krankenversorgung im Interesse der öffent-lichen Sicherheit und Ordnung keine Unterbrechung eintreten dürfe.

Am nächsten Morgen berief mich Dr. Frankenthal in das Krankenhaus. Hier befand sich eine Kommission des Gesundheitsamtes der NSDAP, deren Führer, Zahnarzt Dr. Lange,¹² uns im Zimmer des Chefarztes die nachstehenden Bedingungen der Partei bekanntgab: Der Heizer Häckel, der nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen in seiner Eigenschaft als Arier nicht mehr im jüdischen Krankenhaus beschäftigt werden

10 Nach der 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7.1938 wurde den jüdischen Ärzten mit Wirkung zum 30. 9. 1938 die Approbation entzogen. Nur wenigen jüdischen Ärzten war weiterhin gestattet, als sog. Krankenbehandler jüdische Patienten medizinisch zu versorgen. Siehe Einleitung, S. 18 und Dok. 76 vom 5.8.1938.

11 Dr. Ludwig Frankenthal (1885–1944), Arzt; von 1928 an war er Chefarzt im neu eröffneten Isra-elitischen Krankenhaus in Leipzig, am 10. 11. 1938 wurde er mit vielen weiteren Leipziger Juden in das KZ Buchenwald gebracht und kam am 28. 11. 1938 unter der Bedingung, innerhalb von zwei Wochen mit seiner Familie auszuwandern, frei; Dez. 1938 Flucht in die Niederlande, dort 1943 im KZ Westerbork inhaftiert, 1944 Deportation nach Theresienstadt und Auschwitz, dort ermordet.

12 Vermutlich Dr. Fredo Lange (*1886), Arzt; Facharzt für Mund- und Kieferkrankheiten, Zahnarzt in Leipzig.

durfte, sollte zum Kommissar des Krankenhauses mit einem Gehalt von RM 350.– ernannt werden. Ihm seien sämtliche Kassen- und Bankvollmachten zu erteilen sowie alle Schlüssel auszuhändigen, ein Chefzimmer sei ihm einzuräumen und das gesamte medizinische Pflege- und das Verwaltungspersonal sei ihm einschließlich der beiden Chefärzte zu unterstellen. Dr. Lange forderte Dr. Frankenthal und mich, als den Berater des Krankenhauses, auf, Häckel in sein neues Amt als Kommissar einzuweisen. Frankenthal wie ich lehnten strikte ab. Ich erklärte, daß die Anstalt als ein jüdisches Unternehmen nicht der Parteidisziplin unterstehe und daß einzig und allein die Gesundheitsbehörde, die ihre Entscheidung ja getroffen habe, zu bestimmen habe. Lange erklärte darauf, wir würden sofort von der Gestapo verhaftet werden. Wir ließen uns nicht einschüchtern und wiesen den Kommissionsmitgliedern das Zimmer. Sogleich informierten wir das Judendezernat der Gestapo, daß hier ein völlig ungesetzlicher Eingriff vorliege, der unbedingt zurückgewiesen werden müsse. Assessor Schindhelm¹³ vom Judendezernat versuchte uns zu überreden, Häckel dann wenigstens als Buchhalter, der er früher einmal gewesen sei, zu beschäftigen, aber auch das wurde von uns abgelehnt. – Damit endete diese Köpenickiade. [...] ¹⁴

DOK. 120

Max Moses Polke berichtet über die letzten Monate seiner Tätigkeit als Anwalt in Breslau, die am 3. November 1938 endete¹

Bericht von Max Moses Polke² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Nachdem meine Frau⁴ von ihrer Palästina-reise zurückgekehrt war, gingen auch wir an unsere Uebersiedlung dorthin. Ich hatte zwar bis dahin die Absicht gehabt, in Deutschland zu bleiben und nur den Kindern eine Zukunft in Palästina zu bereiten, denn es war

¹³ Vermutlich Hans Gerhard Schindhelm, vor 1945 SS-Obersturmbannführer, NSDAP-Mitglied; nach Bradfisch und Richter übernahm er den Befehl über das Einsatzkommando 8 in Mogilew; als im Juli 1961 der Prozess gegen Otto Bradfisch stattfand und dieser wegen Beihilfe zum Mord in 15000 Fällen zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, blieb Schindhelm unbehelligt.

¹⁴ Im Folgenden berichtet Kurt Sabatzky vom Novemberpogrom 1938, von seiner Verhaftung in Dresden, dem Aufenthalt im KZ Buchenwald sowie über die Arbeit im CV von seiner Freilassung bis zur Ausreise.

¹ Max Moses Polke, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 106–112, Harvard-Preisausschreiben, Nr. 178.

² Max Moses Polke (*1895), Jurist und Volkswirt; von 1924 an Rechtsanwalt in Breslau; SPD-Mitglied; aktiv in der jüdischen Gemeinde Breslau; nach dem Pogrom 1938 KZ-Haft; am 18.12.1938 emigrierte er mit seiner Familie nach Palästina; Autor u. a. von „Die deutschen Juden als nationale Minderheit“ (1934).

³ Der gesamte Bericht umfasst 150 Seiten und wurde aus Petach-Tikwah, Palästina, eingesandt. Der Autor beschreibt im vorangehenden Teil seine Ausbildung zum Juristen, seine Kriegsteilnahme sowie die Anwalts- und Notarstätigkeit in Breslau; siehe auch VEJ 1/9.

⁴ Die Ehefrau von Max Polke betrieb in Breslau ein Schuhgeschäft, das sie 1932 von ihrem Vater übernommen hatte und das aufgrund der Beschränkungen, denen Polke als jüdischer Rechtsanwalt unterlag, für das Familieneinkommen immer wichtiger wurde. Frau Polke reiste Ende 1937 nach Palästina.

ja für uns in Deutschland immer noch wirtschaftlich erträglich. Ich fürchtete, dass meine Einordnung in Palästina bei meinem Alter und Beruf sehr schwer sein würde, und in Deutschland konnte ich immerhin noch einiges auch für das Judentum leisten. Nunmehr bemühte ich mich aber um die Erlangung eines Palästinazertifikats, was im Laufe der Jahre immer schwieriger geworden war. Nach vielen Bemühungen und Fahrten nach Berlin erhielt ich am 29. August 1938 vom Berliner Palästinaamt einen zusagenden Bescheid, als einziger von 50 Bewerbern aus Breslau. Meine langjährige zionistische Tätigkeit und die Anzahl von 3 Kindern waren hierfür entscheidend gewesen.

Allerdings sollte die Uebersiedlung bis zum 30. September 1938 erfolgt sein. Das war unmöglich. Denn durch Auflösung des Geschäftes meiner Frau musste erst noch ein Teil der erforderlichen Mittel flüssig gemacht werden. Es gelang mir, eine Fristverlängerung zu erreichen.

Unterdessen wurde der auf die Juden ausgeübte Druck zur Auswanderung immer stärker. Am 13. Juni 1938 wurden plötzlich Tausende von Juden verhaftet und in Konzentrationslager verbracht.⁵ Nachdem man sich von dem ersten Schrecken erholt hatte, wurden Verhandlungen mit den polizeilichen Stellen in die Wege geleitet. Es stellte sich heraus, dass jeder Jude, der bei dieser Aktion verhaftet worden war, entlassen werden könnte, sobald seine Auswanderung bis zu einem gewissen Grade vorbereitet sei. Palästinaamt und der Hilfsverein der Juden in Deutschland, dem die Auswanderung nach anderen Ländern als Palästina oblag, arbeiteten fieberhaft, ohne dass sie der beängstigend grossen Zahl von Fällen gerecht werden konnten. Man setzte daher grosse Hoffnungen auf die Konferenz von Evian am 6. Juli 1938. Ihr Misserfolg war eine um so grössere Enttäuschung.⁶

Wie zum Hohn erliess die deutsche Regierung gerade an diesem Tage ein Gesetz, durch welches den zahlreichen jüdischen Handelsvertretern die weitere Tätigkeit unmöglich gemacht wurde.⁷ Gerade in Breslau wurde hiervon eine verhältnismässig grosse Zahl von Personen betroffen. Bald folgte die Entziehung der Approbation der Aerzte für den 30. September 1938.⁸ Wir Anwälte wussten, dass die berühmte Prophezeiung vom Jahre 1935 „certum an incertum quando“ (vergl. Seite 73)⁹ nunmehr bald in Erfüllung gehen würde. Das geschah auch promptest durch eine Verordnung vom 27. September 1938. Sie wurde allerdings erst Mitte Oktober 1938 veröffentlicht.¹⁰ Offenbar hatte sie

5 Zur sog. Juni-Aktion siehe Einleitung, S. 21f., Dok. 39 vom 1.6. 1938 und Dok. 47 vom 22.6. 1938.

6 Zur Konferenz von Evian siehe Einleitung, S. 46 f., sowie Dok. 56 vom 1.7. 1938, Dok. 59 vom 8.7. 1938 und Dok. 64 vom 16.7. 1938.

7 Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6.7. 1938 untersagte Juden vom 30.9. 1938 an die Tätigkeit als Handelsvertreter. Jüdischen Grundstückshändlern, gewerbmässigen Immobilien- und Darlehensvermittlern sowie Haus- und Gutsverwaltern war die Ausübung ihres Berufs noch bis zum 31.12. 1938 erlaubt; RGBl., 1938 I, S. 823.

8 4. VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.7. 1938; RGBl., 1938 I, S. 969–970; siehe auch Dok. 76 vom 5.8. 1938 und Dok. 93 vom Spätsommer 1938.

9 Lat.: „Dass es geschehen wird, ist gewiss; ungewiss ist, wann.“ Auf S. 73 seiner Aufzeichnungen berichtet Max Moses Polke von RM Hans Franks Bemühungen, bereits 1935 ein Berufsverbot für jüdische Anwälte durchzusetzen. Als Franks Versuche vergeblich blieben, seien jüdische Anwälte inoffiziell darüber informiert worden, dass ein derartiges Verbot lediglich als aufgeschoben gelten könne.

10 Die 5. VO zum Reichsbürgergesetz vom 27.9. 1938 schloss Juden vom Beruf des Rechtsanwalts aus. Einige wenige durften als sog. Konsulenten weiter arbeiten, aber ausschließlich jüdische Klienten vertreten. Die VO wurde am 14.10. 1938 veröffentlicht und trat im Reichsgebiet zum 30.11. 1938, in Österreich zum 31.12. 1938 in Kraft. RGBl., 1938 I, S. 1403–1406.

in die aussenpolitische Spannung von Ende September 1938 nicht hineingepasst.¹¹ Damit wusste ich, dass meine Tätigkeit als Anwalt mit dem 30. November 1938 aufhören würde.

Nur die selbständigen jüdischen Geschäfte bestanden noch. Aber auch gegen sie ging man jetzt schärfer vor. Und bereits im Sommer 1938 mussten in Berlin an den jüdischen Geschäften zur Kenntlichmachung die Namen der Inhaber mit Buchstaben von 20 cm Höhe angebracht werden.¹² In anderen Städten, wie z. B. in Breslau, bestand eine solche Vorschrift noch nicht. Aber während des Turnfestes, das Ende Juli oder Anfang August 1938 in Breslau stattfand und aus allen deutschsprechenden Gegenden der Welt Gäste nach Breslau brachte, mussten die jüdischen Geschäfte am Schaufenster ein Riesenplakat ankleben mit der Aufschrift „Jüdisches Geschäft“.¹³ Jeder jüdische Geschäftsinhaber musste auf der Polizei ein solches Plakat in Empfang nehmen. Es wurde genau kontrolliert, ob alle erschienen waren, ebenso durch Polizeistreifen festgestellt, ob die Anbringung am Schaufenster ordnungsmässig erfolgt war. In diesen Tagen wagte kein arischer Kunde, in jüdischen Geschäften zu kaufen.

Am letzten Tage des Turnfestes durften die Plakate abgenommen werden. Die arische Kundschaft, auch die Gäste von ausserhalb, strömten in die jüdischen Geschäfte, obwohl sie wussten, dass die Inhaber Juden waren. Zu diesem Turnfest war auch Hitler in Breslau erschienen, den ich bei dieser Gelegenheit unfreiwillig sehen musste, als ich eine Strasse infolge der Absperrung nicht überqueren konnte. In seiner ständigen Begleitung befand sich Konrad Henlein,¹⁴ der Führer der Sudetendeutschen, der bekanntlich im Zivilberuf Turnlehrer war und angeblich nur deswegen am deutschen Turnfest teilnahm.

Ich begann damals bereits im Hinblick auf meine bevorstehende Uebersiedlung nach Palästina, mich von der Anwaltspraxis loszulösen, und betrieb sie nur noch in kleinem Umfang von der Wohnung aus, nachdem ich meine Büroräume im Juli 1938 aufgegeben hatte. Dafür nahm ich eine Beschäftigung bei der jüdischen Arbeiter- und Wanderfürsorge an, die damals ungefähr die Funktionen eines jüdischen Konsulates ausübte. Sie war ein selbständiges Gebilde, von der Synagogengemeinde zwar unterstützt, aber von ihr unabhängig.¹⁵ Der Leiter war Ende Juli gerade aus unbekannter Ursache von der Gestapo verhaftet worden. Es fand sich niemand, der seinen Posten übernehmen wollte! So sprang ich ein. Nach wenigen Tagen kehrte der Leiter wieder zurück, aber es war mehr als hinreichend Arbeit für uns beide vorhanden.

Unsere hauptsächliche Aufgabe bestand in der Bearbeitung der Buchenwalder Fälle. Wir

¹¹ Gemeint ist die sog. Sudetenkrise.

¹² Die 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 ermächtigte den RWM, die Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe in Absprache mit dem RMdI und dem StfD anzuordnen; RGBl., 1938 I, S. 627. Zu Maßnahmen und Reaktionen in Berlin siehe Dok. 47 vom 22.6.1938.

¹³ Nicht ermittelt.

¹⁴ Konrad Henlein (1898–1945), Lehrer; 1933 Gründer der Sudetendeutschen Heimatfront; 1938 SS-Eintritt; 1938–1939 Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete, von 1938 an Gauleiter, von 1939 an Reichsstatthalter im Sudetenland; 1939 NSDAP-Eintritt; Chef der Zivilverwaltung in Böhmen, 1942–1945 Reichsverteidigungskommissar im Sudetenland; 1943 SS-Obergruppenführer; nahm sich im Internierungslager das Leben.

¹⁵ Die Jüdische Arbeiter- und Wanderfürsorge war eine selbstständige Abt. der 1917 gegründeten Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Von 1933 an beschäftigte sie sich vor allem mit der Repatriierung nichtdeutscher Juden in ihre Ursprungsländer.

mussten die Verhandlungen mit den jüdischen und staatlichen Stellen führen, zu denen die Angehörigen der Verhafteten nicht in der Lage waren. Täglich erschien bei uns eine grosse Anzahl Frauen, denen wir zumindest Trost zusprechen mussten, um ihnen über die schweren Sorgen hinwegzuhelfen. Dazu gehörte auch in vielen Fällen die Beschaffung von Geld für den notwendigsten Unterhalt und die Uebersendung des Rückreisegeldes nach Buchenwald.

Der schönste Lohn war es für uns, wenn einer nach dem anderen unserer Schützlinge aus Buchenwald zurückkehrte. Von diesen erfuhren wir natürlich auch *viel* über die Zustände im Konzentrationslager.

Schwierig waren nicht nur die Verhandlungen mit der Polizei und der Gestapo, sondern auch mit dem Hilfsverein der Juden in Deutschland. Sobald nämlich von dieser Stelle eine Bescheinigung kam, dass die Auswanderung bis zu einem gewissen Grade vorbereitet sei, gelang in den meisten Fällen die Freilassung. Aber der Hilfsverein hatte nicht so viele Möglichkeiten wie Interessenten. Wir mussten darauf achten, dass unsere Schützlinge zumindest nicht benachteiligt wurden. Die massgebenden Personen des Hilfsvereins hatten auch Bedenken, solche Bescheinigungen auszustellen, wenn ihr Inhalt nicht in vollem Umfange der Wirklichkeit entsprach. Denn sie fürchteten schwere Unannehmlichkeiten, wenn die Zurückgekehrten nicht innerhalb der versprochenen Frist tatsächlich Deutschland verliessen. Wir andererseits drängten darauf, dass die Menschen, für deren Leben wir uns verantwortlich fühlten, aus der Buchenwalder Hölle so schnell wie möglich, gleichviel auf welche Weise, herauskamen. Darüber gab es mit den Berliner Herren bei wiederholten Konferenzen nicht immer erfreuliche Auseinandersetzungen. Es zeigte sich nachher, dass die staatlichen Stellen Entgegenkommen zeigten und Fristverlängerung bewilligten, auch wenn unsere Schützlinge nicht so schnell auswanderten, wie wir versprochen hatten. Die Hauptsache war, dass man die Auswanderungsabsicht durch intensive Bemühungen in Erscheinung treten liess.

Zu bearbeiten hatten wir auch die immer zahlreicher werdenden Fälle der Ausweisungen jüdischer Staatenloser, deren Unterbringung meist ein kaum lösbares Problem war.¹⁶ Denn in erster Reihe mussten die geringen Auswanderungsmöglichkeiten den Insassen von Buchenwald zugute kommen. Meist konnten wir die zentralen jüdischen Stellen erst für uns gewinnen, wenn so ein unglücklicher Staatenloser nach wiederholter Androhung durch die Polizei verhaftet worden war.

In diese Kategorie gehörten auch die Juden, welche noch die polnische Staatsangehörigkeit besaßen und gleichfalls einer nach dem anderen Ausweisungsbefehle erhielten.¹⁷ Hatte man diese früher an den Auswanderungsmöglichkeiten nach Palästina und Uebersee teilnehmen lassen, so musste man ihnen jetzt raten, nach Polen zurückzukehren, obwohl manche von ihnen, in Deutschland geboren, auch nicht ein Wort von der polni-

16 Staatenlose konnten nicht auf legalem Wege in andere Länder abgeschoben werden, da kein Staat bereit war, sie aufzunehmen. Wurden sie ausgewiesen, so blieb ihnen als Alternative zur Inhaftierung meist nur der Schritt in die Illegalität.

17 Die poln. Regierung hatte im März 1938 ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglichte, Staatsbürgern, die sich fünf Jahre oder länger ununterbrochen im Ausland aufgehalten hatten, die Staatsbürgerschaft zu entziehen; auf diese Weise sollte verhindert werden, dass Juden mit poln. Staatsangehörigkeit massenhaft nach dem Anschluss aus Österreich nach Polen einwanderten. Um deren dauerhaften Verbleib im Deutschen Reich zu unterbinden, hatte der RMDI im Mai 1938 entschieden, die Aufenthaltsgenehmigungen poln. Juden nicht zu verlängern; Eliahu Ben Elissar, *La diplomatie du III^e Reich et les Juifs (1933–1939)*, o.O. 1969, S. 305.

schen Sprache wussten. Sie waren nicht gerade erfreut über unsere Ratschläge, und wir mussten auch hier viele Widerstände überwinden.

Selbstverständlich erfuhr die polnische Regierung hiervon und erliess Ende Oktober 1938 ein Gesetz, wonach vom 20. Oktober 1938 ab alle ausserhalb Polens wohnhaften polnischen Staatsbürger diese Eigenschaft verloren. Deutschlands Antwort war die Polenaktion vom 27. und 28. Oktober 1938.¹⁸ Gewaltsam wurden die Juden polnischer Staatsangehörigkeit aus ihren Häusern geholt und auf der Strasse aufgegriffen und in Sonderzügen nach Polen verfrachtet. Die ersten Züge wurden dort angenommen. Nachher traf wiederum die polnische Regierung ihre Gegenmassnahmen und liess die Judenzüge nicht mehr über die Grenze, verhinderte hieran auch Einzelne mit bewaffneter Gewalt. Die deutschen Stellen gaben nach und liessen die Zurückkehrenden unbehelligt in Deutschland. Furchtbare Tragödien spielten sich ab, viele Familien wurden auseinandergerissen. Eltern wussten nicht, wohin ihre Kinder geraten waren, für obdachlos gewordene Kinder musste die jüdische Allgemeinheit sorgen.

Am 3. November 1938 hatte ich meine letzte Strafverteidigung vor einem deutschen Gericht. Es handelte sich um ein polnisch-jüdisches Ehepaar, das der erhaltenen Ausweisung nicht Folge geleistet hatte und nunmehr wegen sogenannten Bannbruchs bestraft werden sollte. Im Termin erschien nur die Ehefrau, da der Mann unterdessen gewaltsam abgeschoben worden war. Ich schilderte dem Gericht die aus den Zeitungen nur andeutungsweise bekannt gewordenen Tatsachen auf Grund meiner sehr genauen Kenntnis der Angelegenheit und konnte auch darauf hinweisen, dass zwischen der deutschen und polnischen Regierung Verhandlungen schweben, um den unmöglichen Zustand zu regeln.¹⁹ Als ich geendet hatte, konnte sich der Richter nicht enthalten zu sagen: „Das ist ja eine ganz furchtbare Tragödie.“ Der Staatsanwalt erhob sich und beantragte, angesichts der sachkundigen Mitteilungen des Herrn Verteidigers, gegen deren Richtigkeit er nicht die mindesten Bedenken habe, das Verfahren einstweilen ruhen zu lassen, und das Gericht gab dem statt.

Damals war bereits, wie bemerkt, am 17. Oktober 1938 die Verordnung herausgekommen, wonach die Zulassung sämtlicher jüdischer Rechtsanwälte bis zum 30. November zurückzunehmen ist. In der „Deutschen Justiz“, dem amtlichen, vom Justizministerium herausgegebenen Blatt, war am 21. Oktober eine lange Verordnung über die Zulassung jüdischer Rechtskonsulenten in ganz geringem Umfange erschienen.²⁰ Dasselbe Blatt hatte als Leit-

¹⁸ Siehe Einleitung, S. 51f., sowie Dok. 112 vom 28.10.1938, Dok. 1 B vom 28.10.1938 und Dok. 118 vom Okt. 1938.

¹⁹ In den deutsch-poln. Verhandlungen, die Anfang Nov. 1938 begannen, nach dem Novemberpogrom jedoch für mehrere Wochen unterbrochen wurden, verständigten sich beide Seiten darüber, dass Deutschland die zeitweilige Rückkehr der Abgeschobenen sowie die Ausfuhr von deren Möbeln, Arbeitsutensilien und persönlichem Besitz nach Polen gestatten sollte. Der Erlös aus dem Verkauf des übrigen Besitzes sollte auf ein Sperrkonto gezahlt werden. Die poln. Regierung verpflichtete sich, die Ehefrauen der abgeschobenen Juden und deren Kinder bis zu 18 Jahren aufzunehmen. Ein entsprechendes Abkommen wurde am 24. I. 1939 in Berlin unterzeichnet; Jerzy Tomaszewski, Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938, Osnabrück 2002.

²⁰ Die Zulassung als Konsulent erfolgte auf Widerruf. Der Ort der Niederlassung wurde vom RJM zugewiesen und durfte ohne Genehmigung nicht länger als eine Woche verlassen werden; VO vom 17.10.1938, Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik 100 (1938), Ausg. A, Nr. 42, S. 1666–1671.

artikel einen Aufsatz des Reichsleiters Buch,²¹ obersten Parteirichters der NSDAP, worin es u. a. heisst:

„Der Nationalsozialist hat erkannt: Der Jude ist kein Mensch. Er ist eine Fäulniserscheinung. Wie sich der Spaltpilz erst im faulenden Holz einnistet und sein Gewebe zerstört, so konnte sich der Jude erst im deutschen Volk einschleichen und Unheil anrichten, als es geschwächt durch den Blutverlust des 30jährigen Krieges innerlich zu faulen begann und seine Schwären begierig den Einflüssen der französischen Revolution dargeboten hatte.“²²

Wohlgemerkt, so etwas erschien nicht etwa im Stürmer, sondern im amtlichen Blatt der deutschen Rechtspflege, als dessen Herausgeber Dr. Franz Gürtner, Reichsminister der Justiz, zeichnete und das von allen deutschen Richtern und Staatsanwälten gelesen werden musste. Es ist ein Zeichen für die von mir immer hervorgehobene Korrektheit und Anständigkeit des deutschen Richters, wenn dem jüdischen Verteidiger eines noch dazu ausländischen Juden noch am 3. November 1938 in der angegebenen Weise begegnet wurde. [...] ²³

DOK. 121

Ruth Maier schildert am 7. November 1938 die Verängstigung der Wiener Juden nach dem Attentat auf Ernst vom Rath¹

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier, Eintrag vom 7.11.1938²

Ein kl. 17jähriger Emigrant hat ein Attentat auf einen d[eu]tschen Legationsrat³ verübt. Er ist polnischer Jude. Mein Gott!

Es ist wieder gedrückte Stimmung, die Luft dick u. voll Traurigkeit. Die Juden schleichen an den Mauern wie gehetzte Tiere. Jetzt ist es tot. *Niemand*, kein Jude geht außer Haus. Wir haben alle Angst, sie werden uns schlagen, weil ein poln. Jude einen Deutschen töten wollte.

21 Walter Buch (1883–1949), Offizier; 1922 NSDAP-, 1923 SA- und 1933 SS-Eintritt; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; von 1928 an MdR; von 1933 an Sachverständiger für Bevölkerungs- und Rassepolitik im RMdI, von 1934 an Oberster Parteirichter der NSDAP und SS-Obergruppenführer im Stab des RFSS; 1945 interniert, 1949 zu Vermögenseinzug und dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, am Urteilstag entlassen; nahm sich das Leben.

22 Walter Buch, Des nationalsozialistischen Menschen Ehre und Ehrenschatz, in: Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik 100 (1938), Ausg. A, Nr. 42, S. 1657–1664, hier S. 1660.

23 Im folgenden Teil des Lebensberichts beschreibt der Autor u. a. seine Verhaftung während des Novemberpogroms und seine Emigration nach Palästina.

1 HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier: „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 147.

2 In Ruth Maiers Tagebuch ist der Eintrag irrtümlich auf den 5.11.1938 datiert.

3 Ernst Eduard vom Rath (1909–1938), Diplomat; 1932 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Gesandtschaftsattaché im AA in Bukarest, Paris und Kalkutta, von Juli 1938 an Legationssekretär bei der Deutschen Botschaft in Paris.

DOK. 122

Die Gestapo Nürnberg lässt Hitler am 8. November 1938 über die Anzahl der abgeschobenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit informieren¹

Fernschreiben der Stapostelle Nürnberg-Fürth (ES-Nr., 47 651, aus Nürnberg Nr. 18714, 1347), gez. i. V. Dr. Heigl,² an den Inspektor der Sicherheitspolizei o. V. i. A., München, vom 8. 11. 1938 (Abschrift an den Reichssicherheitsdienst)³

Dringend. Dringend. Sofort vorlegen.

Betrifft: Abschiebung polnischer Juden aus Deutschland.

Der Führer hat sich anlässlich seines Aufenthaltes in Nürnberg heute morgen nach der Zahl der aus Deutschland abgeschobenen polnischen Juden insgesamt und für Nürnberg erkundigt. Wegen seiner Abfahrt konnte ihm die vom RFSS und ChdDtPol. mit Blitz-FS erbetene Zahl nicht mehr mitgeteilt werden. Ich darf daher bitten, ihm bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in München zu berichten, daß in der Zeit vom 26.–29. Okt. 1938 17 000 polnische Juden aus dem Reichsgebiet nach Polen abgeschoben wurden. Aus Nürnberg-Fürth wurden 284 polnische Juden nach Polen gebracht, die bis jetzt dort geblieben sind. Weitere 1 K, die ebenfalls abgeschoben werden sollten, wurden inzwischen wieder nach Nürnberg zurückgebracht.

DOK. 123

Gerda Kappes berichtet ihrer Schwiegermutter von den Pogromen in Bebra am 7. und 9. November 1938¹

Handschriftl. Brief von Gerda Kappes² an Clara Kappes³ vom 11. 11. 1938

Liebe Mutter!

Hab recht herzlichen Dank für Deinen lieben, langen Brief, wir haben uns sehr darüber gefreut, auch daß es Euch allen gut geht. Wir sind körperlich auch wieder auf der Höhe, ich bin so froh, daß meine Krankheit mit Solluxlampe vorübergegangen ist, auch wäre in diesen letzten Tagen körperliches Leiden noch ein weiterer Ballast gewesen. Du hast Dich

¹ BArch, R 58/6678.

² Dr. Otto Heigl (1905–1994), Jurist; bis 1934 bei der Regierung von Oberfranken und Mittelfranken, von 1934 an Regierungsrat im bayer. Innenministerium; 1935 NSDAP-Eintritt; 1938 bei der Gestapo Nürnberg-Fürth, 1939 zur Regierung in Karlsbad und zur Polizeidirektion Klagenfurt versetzt; von 1940 an Leiter der Staatl. Polizeiverwaltung der Reichswerke Hermann Göring.

³ Der am 15.3.1933 als Führerschutzkommando gegründete und am 1.8.1935 umbenannte Reichssicherheitsdienst war für den Personenschutz Adolf Hitlers zuständig.

¹ Privatbesitz Hans H. Kappes; veröffentlicht unter: http://www.zum.de/Faecher/Materialien/nuhn/Schicksale/vor_aller_Augen/index.html#seite18hhtml (28.4.2009).

² Gerda Kappes, geb. Wenderoth (1906–1987), Hausfrau; seit 1934 verheiratet mit dem Rechtsanwalt Werner Kappes (1899–1979), 1940 dienstverpflichtet bei der Firma Bebrit, die Kunststoffartikel produzierte.

³ Clara Kappes, geb. Lips (*1870), Hausfrau; 1892–1934 verheiratet mit dem Pfarrer Adolph Kappes; zum Zeitpunkt des Pogroms hielt sich Clara Kappes bei ihrer Tochter in Kiel auf.

sicher sehr gewundert, daß wir noch nichts von uns haben hören lassen. Wir hätten auch längst geschrieben, aber wir wollten erstmal zur Ruhe kommen, damit unser Bericht vom letzten Ereignis nicht so drastisch wird und Du nicht so einen Schrecken bekommst. Anlässlich des Attentats auf Legationsrat vom Rath sind hier große Judenverfolgungen gewesen. In der Nacht vom Montag auf den Dienstag⁴ sind verschiedene Fanatiker der Partei in die Judenhäuser eingedrungen, haben die Juden aus den Betten geholt und alles kurz und klein geschlagen. Alle Möbel umgekippt, Porzellan, Glas, Fensterscheiben, überhaupt alles Erreichbare umgekippt und kaputt geschlagen. Vorhänge abgerissen, Stoffe und auch zum Teil Lebensmittel umhergeworfen, elektrische Lampen und Birnen, sogar die Lichtleitung kaputt geschlagen, bei Emanuels⁵ eingebaute Waschbecken, Badewanne, sogar die Mettlauer Platten sind hinüber. Wir hörten die ganze Nacht Spektakel und Klirren von Glas, dachten aber nicht anders, als es sei ein großes Autounglück geschehen. Wir schliefen die ganze Nacht nicht, konnten aber bei der Dunkelheit auch auf der Straße nichts erkennen als nur viele Menschen, ich glaube die Hälfte der Bewohner Bebras waren die Nacht auf den Beinen. Am anderen Morgen erzählte uns nun Lisbeth, was geschehen war. Wir sind dann gleich zu Dir in die Wohnung gegangen,⁶ um zu sehen, ob noch alles in Ordnung wäre. Wir fanden auch Deine Wohnung tipp topp im Schuß, sogar unsere Würstekammerchen, Dein Klosett und Deine Kellerräume waren unversehrt, alles andere ein großer Trümmerhaufen. Der Jud Emanuel stand inmitten der Trümmer, kein Fensterkreuz mehr im Haus, keine Türe mehr, sogar die schwere eichene Haustür ist nicht mehr vorhanden, ein Bild des Entsetzens und großen Jammers. Nachmittags sind dann die Juden alle von hier weg, sie mußten wohl auch, denn sie konnten sich ja nirgends aufhalten, noch nicht einmal ein Bett war ja noch ganz. Die andere Nacht war Ruhe. Dann am Mittwoch auf den Donnerstag ging's wieder los, denn am Mittwoch war Herr v. Rath doch gestorben. Als Rache hierfür kam die zweite Aktion. Wir hörten wieder ein furchtbares Getöse und schliefen in dieser Nacht wieder nicht, denn in der Nacht hören sich Axtschläge so sehr unheimlich an. Dieses Mal sind alle Möbel, überhaupt jegliches Inventar aus den Judenwohnungen geholt worden und auf dem Adolf-Hitler-Platz aufgestapelt und verbrannt worden. Silber, Schmuck, die großen Warenlager und die unheimlich vielen gehamsterten Lebensmittel und natürlich auch Geld sind von der Polizei beschlagnahmt und sichergestellt worden. Unsere Äpfel sind inzwischen auch schon bei der NSV gewesen, wir haben sie uns heute aber wiedergeholt, das war also nicht mit Absicht geschehen. Ich bin in diesen Tagen viel zwischen uns und da unten hin und her gelaufen, damit nicht aus Unkenntnis Deine Vorräte auch mit fortkommen. Werner hatte viel zu tun und konnte sich um so etwas gar nicht kümmern. Aber Herr Ellenberg,⁷ der SS-Führer, hat sich bei mir nach allem erkundigt, was Dir sei,⁸ auch war der Rex⁹ schon hier, um sich genau zu orientieren, denn Dir soll auf keinen Fall etwas wegkommen, wurde

4 Vom 7. auf den 8.11.1938.

5 Manfred Emanuel (1892–1942), Kaufmann; Besitzer einer Manufakturwarenhandlung in Bebra; 1939 zog er zusammen mit seiner Ehefrau Martha, geb. Oppenheim (*1893), nach Aachen; starb im KZ Majdanek.

6 Clara Kappes lebte im 2. Stock des Hauses von Manfred Emanuel in der Hersfelder Str. 7. Gerda Kappes und ihr Mann wohnten ca. 300 m davon entfernt in der Nürnberger Str. 49.

7 Richtig: Fritz Ellenberger (*1878), Schneider, Bademeister; 1929 NSDAP-Eintritt, 1934 SS-Untersturmführer, 1938 SS-Obersturmführer.

8 Gemeint ist „Was Deins sei“.

9 Leiter der Bebraer Polizeistation.

mir schon von allen leitenden Stellen versichert, man geht da sehr genau vor. Da ja alles offen ist, war letzte Nacht nochmal Wache da unten, wir waren heute noch ein paar mal da unten, es ist nichts mehr in der Judenwohnung, außer 2 cm hoch Glasscherben. Man kann jetzt so richtig verstehen, was Schiller in der Glocke sagt „und in den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen“. Der Boden ist noch verhältnismäßig gut davongekommen, das ist aber nur dem Umstand zu verdanken, daß niemand genau wußte, ob Du nicht auch noch Zimmer oben inne hättest. Nachdem wir diesen Zweifel aufgeklärt haben, werden wohl die Sachen oben auch noch geholt werden.

Das Warenlager ist längst weg, Emanuel soll Sachen, nur Stoffe, im Werte von 50 000 M. gehabt haben, auch haben sie Devisen bei allen Juden in beträchtlichen Mengen gefunden, auch eine Gemeinheit, und viel Geld. Die Geschäftsbücher sind alle sichergestellt worden, der Emanuel soll in diesem Jahr bis jetzt einen Umsatz von 76 000 M. gehabt haben, kann man so etwas glauben? Wir wissen es von einem, der genau darüber Bescheid weiß, der natürlich auch dabei gewesen ist. Emanuels ihre Vorräte waren auch ausgestellt, sie waren auch sehr sehenswert und sehr bezeichnend für die ängstlichen Leute, die wahrscheinlich Angst hatten, sie müßten Hungers sterben. Denk mal, 120 Büchsen Konserven, unendliche Gläser mit dem feinsten Geflügel, Gänse, Täubchen, Hähnchen, u.s.w., 200 Eier, $\frac{1}{2}$ Zentner Butter, $\frac{1}{2}$ Zentner Margarine, dann Rindsfett große Steintöpfe voll, unzähliges Palmin, 20 Lt.¹⁰ Salatöl, wohl 4 Waschkörbe voll Äpfel, sehr viel Marmelade, Gelee, u.s.w., ich kann gar nicht alles aufzählen. Herr Ellenberg hat mir alles gezeigt, ich hatte so etwas von Vorräten noch nicht gesehen und bei der Fettknappheit so zu hamstern, zudem wäre doch sicher die Hälfte schlecht geworden, dieses alles war ja eine große Gemeinheit. Die anderen hatten sich auch alle gut eingedeckt, aber dieses war doch das meiste. Diese Sachen hat alle die NSV an sich genommen und sollen auf dem schnellsten Wege verteilt werden. Die Stadt hat jetzt unendlich viel zu tun. Heute sind den ganzen Tag Läger und Speisekammern aufgelöst worden, ich glaube kaum, daß sie schon fertig sind, denn alle Juden haben sehr große Stoff- und Wäschelager, das hat man doch so gar nicht mehr gewußt. Nun sind die Juden endgültig fort, was mit den Häusern wird, weiß kein Mensch. Du kannst wenigstens noch bei Dir die Treppe rauf gehen, in den anderen Häusern sind sogar die auch weg, sie haben wohl alle nur das nackte Leben vorläufig gerettet, es weiß kein Mensch, wo sie alle hin sind, man vermutet, daß sie alle bis zur endgültigen Lösung im Konzentrationslager stecken. Verschiedene Judenfrauen sind irrsinnig geworden, die junge Frau Levi hat sich die Pulsadern aufgeschnitten.¹¹ Ich habe nur Emanuels ehemalige Wohnung gesehen, aber alle anderen sind genauso zugerichtet, die Synagoge ist natürlich auch ein Schutthaufen, die Gebetbücher fliegen auf der Straße rum. Ich bringe meine Zeit jetzt viel in Deiner Wohnung zu, denn alle Menschen laufen im Hause herum, da ist ein Betrieb vom Boden bis zum Keller, so viel Menschen hat das Haus noch nicht gesehen. Wir haben auch darum heute Dein ganzes Silber geholt, die Familienbilder, etwas gute Wäsche, den schönen Teller auf der Kommode, Deine Kassen- und Versicherungsbücher und sämtlichen Speck und Würste. Dann habe ich das Klosettfenster und Speisekammerfenster zugemacht und das Klosett abgeschlossen. Deine sämt-

¹⁰ Liter.

¹¹ Martha Levi, geb. Frank (*1902); sie wurde in der Pogromnacht von einem SA-Mann vergewaltigt, ihr Mann Leopold Levi (*1897) ins KZ Buchenwald verschleppt; im Frühjahr 1939 zog das Ehepaar nach Mannheim, wurde von dort am 20. 10. 1940 ins franz. Internierungslager Gurs deportiert, im Aug. 1942 nach Auschwitz; beide Eheleute überlebten nicht.

lichen Schlüssel sind auch hier oben. Mehr konnten wir ja nun nicht holen, ich weiß ja nicht wohin damit. Wir haben gedacht, das sei erst mal das Wichtigste, weil nicht mehr zu ersetzen. Herr Röse aus der Gastwirtschaft nebenan will das Haus kaufen, er fragte uns nach Emanuels Adresse, die wir natürlich nicht haben. Nun wird hoffentlich Werner den Rest der Judenhäuser verkaufen,¹² weil die ja nichts mehr zu melden haben, denn die anderen sind doch größten Teils in Rotenburg verkauft auf Drängen der Juden, worüber ich mich immer so geärgert habe. Du kannst Gott danken, daß Du nicht hier warst, Du könntest einen Herzschlag kriegen, die Nachbarschaft hat uns versichert, daß es furchtbar gedroht hat. Frau N. ist ganz fertig, ihr laufen die Tränen, wenn man mit ihr spricht. Du darfst auch noch nicht wiederkommen, sogar ein wohl harter Mann, der schon viel erlebt hat, wie er uns versichert hat, Herr Rex sagt, daß Du unter keinen Umständen jetzt wiederkommen darfst. Alle Leute hielten mich schon nach der ersten Nacht an und fragten nach Dir, die meisten wußten ja, daß Du nicht da warst. Das Frä. G. und Frau N. wollten uns die erste Nacht anrufen, sie haben es dann aufgegeben, weil Du ihnen erzählt hattest, Du wolltest verreisen, und so hätten wir ja doch nichts machen können. Es ist ja auch Deinen sämtlichen Sachen und Vorräten nichts passiert. Die Äpfel waren nur mit fortgekommen, weil die im vorderen Keller standen, sie kamen erst am Montagnachmittag, und in der folgenden Nacht war schon alles passiert. Sie sind immer noch nicht ausgepackt, ich weiß nicht, ob ich sie da unten lassen soll, es ist ja alles so riskant. Die beiden folgenden Tage konnten wir das Haus nicht betreten, die Polizei hatte alles mit dicken Brettern zugenagelt, jetzt ist alles offen. Minna braucht die Treppe so bald nicht wieder zu wischen, es ist alles bis oben hin weiß von zertretenem Mehl, eine ganz furchtbare Schweinerei drin[nen] und draußen. Man hat sogar die Spaliere, wo die schönen blauen Blumen dran emporrankten, nicht geschont, auch die Steinpfosten liegen um, die sämtlichen Gitter, die Garage aufgerissen, das Auto umgestülpt und kurz und klein geschlagen, auch ein großer Trümmerhaufen. Nun kannst Du Dir ein ungefähres Bild davon machen, richtig begreifst Du erst alles, wenn Du es gesehen hast. Hoffentlich ist bald alles wieder in Ordnung, man schätzt, daß 3000 M. nötig sind, um alles wieder herzustellen, allein nur bei Emanuels. Es sollen vorsichtig geschätzt etwa für 30 000 M. Sachwerte verbrannt worden sein. Nun weißt Du auch, warum wir so sehr froh und dankbar sind, daß Du dort in Kiel bist, dieses ist bestimmt eine göttliche Fügung. Nun will ich aufhören, ich bin ganz erhitzt, so regt das alles immer noch auf, ich könnte ein Buch schreiben. Meine Mutter war am Mittwoch hier bei mir, in Rotenburg war genau dasselbe, mein Vater sei ganz daneben,¹³ erzählte sie mir, sonst wäre er auch mitgekommen. Grüße die Familie Stange recht sehr von mir mit dem süßen Gerdchen, ich sähe ihn doch zu gern mal wieder. Sei Du recht herzlich begrüßt und reg Dich nicht auf, denn es ist alles in Ordnung bei Dir, gar kein Grund zur Aufregung, herzlichst

Deine Gerda

Hebe den Brief bitte auf und bestätige bald seinen Eingang.¹⁴

12 Gerda Kappes hoffte, dass ihr Mann als Rechtsanwalt mit dem Verkauf der Häuser der geflohenen Bebraer Juden beauftragt werde.

13 Friedrich Wenderoth (1867–1939), Jurist; Amtsgerichtsrat im sieben Kilometer entfernten Rotenburg a. d. Fulda, verheiratet mit Clara Wenderoth, geb. Gundlach (1879–1966).

14 Den letzten Satz hat Werner Kappes hinzugefügt, der seiner Mutter außerdem einen kurzen, hier nicht abgedruckten Brief geschrieben hat, in dem er die Schilderungen seiner Frau bestätigte.

DOK. 124

**Joseph Goebbels' Tagebuchaufzeichnungen über den Abend des 9. November 1938
und die Anweisungen zum Novemberpogrom¹**

Tagebuch von Joseph Goebbels, Eintrag vom 10.11.1938

10. November 1938. (Do.)

Gestern: der traditionelle Marsch vom Bürgerbräu zur Feldherrnhalle und dann zum Königlichen Platz.² Es ist ein grauer Novembertag. Unübersehbare Menschenmassen umsäumen die Straßen. Am Königlichen Platz die große Totenfeier. Sehr würdig und stimmungsvoll.

Mit Ley parlavert.³ Er ist ein guter Kerl. Auch er hat es manchmal satt und sehnt sich nach Ruhe. Er beklagt sehr, daß er so selten mit dem Führer zusammenkommt.

Lutze⁴ schimpft mächtig über die S.S. Nicht ganz mit Unrecht, zum Teil aber auch aus Konkurrenzneid. Himmler hat doch allerhand auf die Beine gestellt.

Im Hotel Arbeit: der Ausbau des Rund- und Drahtfunks soll nun tatkräftig in die Hand genommen werden. Ich verlange jetzt genaue Termine.

Die Theater im Sudetengau erfordern große Zuschüsse. Ich bewillige sie gleich, damit sie überhaupt mal wieder anfangen können zu spielen.

Es bekümmern sich jetzt im Gegensatz zu früher zuviele um die Presse.

Das tut auch nicht gut. Ich lasse das ein wenig abstellen.

Das Befinden des von dem Juden angeschossenen Diplomaten Raths in Paris ist weiterhin sehr ernst. Die deutsche Presse geht mächtig ins Zeug.

Die Rede des Führers im Bürgerbräu findet im In- und Auslande ein sehr starkes Echo. Helldorff läßt in Berlin die Juden gänzlich entwaffnen.⁵ Die werden sich ja auch noch auf einiges andere gefaßt machen können.

Moskau proklamiert aufs Neue die Weltrevolution. Unter dem großen und weisen Weltmarschall Stalin. Aber das klingt alles so hohl. Moskau hat in der Tschechenkrise sein ganzes Prestige eingebüßt.⁶ Das kann mit Phrasen nicht mehr aufgeholt werden.

1 RGVA, Nachlass Goebbels, Fond 1477; Abdruck in: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 6, Aug. 1938–Juni 1939, bearb. von Jana Richter, München 1998, S. 179–181.

2 Mit Totenfeiern und Aufmärschen erinnerte die NSDAP alljährlich an die während des Hitler-Putsches vom 9.11.1923 Getöteten. Der Putschversuch war an der Münchener Feldherrnhalle von der Polizei niedergeschlagen worden.

3 Dr. Robert Ley (1890–1945), Chemiker; 1921–1927 in der Fa. Bayer bzw. der IG-Farben AG tätig; 1925 NSDAP- und SA-Eintritt; 1925–1931 NSDAP-Gauleiter Rheinland-Süd; mehrere Freiheits- und Geldstrafen wegen antisemitischer Hetze; von 1933 an Reichsleiter der DAF; 1945 angeklagt im Nürnberger Prozess, nahm sich das Leben.

4 Viktor Lutze (1890–1943), Kaufmann; 1922 NSDAP-, 1923 SA-Eintritt, von 1928 an SA-Oberführer Ruhr und Stellv. Gauleiter Ruhr; von 1933 an Polizeipräsident Hannovers und Oberpräsident der Provinz Hannover; von 1934 an Nachfolger des ermordeten Ernst Röhm als SA-Stabschef; starb bei einem Autounfall.

5 Richtig: Helldorff. Der Berliner Polizeipräsident gab anlässlich des Attentats auf vom Rath die Ergebnisse einer Waffenkontrolle der jüdischen Bevölkerung in Berlin bekannt, die in den Wochen zuvor begonnen hatte; Westfälische Landeszeitung – Rote Erde vom 9.11.1938, Nr. 305. Siehe Dok. 141 vom 11.11.1938.

6 Die sowjetische Regierung hatte der Tschechoslowakei im Konflikt um das Sudetengebiet ihre Unterstützung zugesagt, letztlich aber nicht interveniert.

Den Nachmittag an meinem neuen Buch gearbeitet.⁷ Das macht mir jetzt richtigen Spaß. Dietrich hat gegen Berndts⁸ Artikel, der auf meine Veranlassung geschrieben wurde, gemeckert.⁹ Aber mehr gegen Berndt. Gut, daß Berndt in eine neue Abteilung kommt. In Kassel und Dessau große Demonstrationen gegen die Juden, Synagogen in Brand gesteckt und Geschäfte demoliert. Nachmittags wird der Tod des deutschen Diplomaten vom Rath gemeldet. Nun aber ist es g[ar].

Ich gehe zum Parteiempfang im alten Rathaus. Riesenbetrieb. Ich trage dem Führer die Angelegenheit vor. Er bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen. Das ist richtig. Ich gebe gleich entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln.

Einige Laumänner machen schlapp. Aber ich reiße immer wieder alles hoch. Diesen feigen Mord dürfen wir nicht unbeantwortet lassen. Mal den Dingen ihren Lauf lassen. Der Stoßtrupp Hitler geht gleich los, um in München aufzuräumen. Das geschieht denn auch gleich. Eine Synagoge wird in Klump geschlagen. Ich versuche sie vor dem Brand zu retten. Aber das mißlingt.¹⁰

Unterdeß unterhalte ich mich mit Schwarz¹¹ über Finanzfragen. Mit Streicher über die Judenfrage. Mit Ribbentrop über Außenpolitik. Auch er ist der Meinung, daß man die Tschechei nun auf kaltem Wege einsacken kann. Man muß es nur geschickt anfangen. Chvalkovski¹² will. Ob auch die andern, das weiß man nicht.

Mit Wagner zum Gau.¹³ Ich gebe noch ein präzises Rundschreiben heraus, in dem dargelegt wird, was getan werden darf und was nicht.¹⁴ Wagner bekommt kalte Füße und zittert

7 Vermutlich Joseph Goebbels, Wetterleuchten. Aufsätze aus der Kampfzeit, hrsg. von Georg-Wilhelm Müller, München 1939.

8 Alfred-Ingemar Berndt (1905–1945), Journalist; 1923 NSDAP-, 1924 SA-, 1934 SS-Eintritt; von 1933 an Adjutant des Reichspressechefs Otto Dietrich, von 1936 an Leiter der Abt. Presse im RMfVuP, 1938 der Abt. Schrifttum, 1939 der Abt. Rundfunk und 1941 Leiter der Abt. Propaganda; von 1943 an im Stab Rommels beim Afrika-Korps; vermutlich bei einem Fliegerangriff getötet.

9 Dr. Otto Dietrich (1897–1952), Journalist und Politiker; 1929 NSDAP- und 1932 SS-Eintritt, 1931–1945 Reichspressechef der NSDAP; von 1934 an Vizepräsident der Reichspressekammer, von 1938 an Pressechef der Reichsregierung und StS im RMfVuP; 1949 im Nürnberger Wilhelmstraßenprozess zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

10 Die Synagoge der ostjüdischen Religionsgemeinschaft Linath Hazedek Agudas Achim in der Reichenbachstraße und die Synagoge der Ohel-Jakob-Religionsgemeinschaft in der Herzog-Rudolf-Straße in München wurden in der Pogromnacht vom 9./10.11.1938 zerstört.

11 Vermutlich Franz Xaver Schwarz (1875–1947), Kommunalbeamter; 1922 NSDAP-Eintritt, von 1925 an Reichsschatzmeister der NSDAP, von 1935 an als Reichsleiter Hitler direkt unterstellt, 1943 SS-Obergruppenführer; starb 1947 im Internierungslager Regensburg.

12 Richtig: František Chvalkovský (1885–1945), Jurist und Diplomat; 1908–1914 Rechtsanwalt, von 1920 an im diplomatischen Dienst der Tschechoslowakei, Gesandter in Tokio und Washington, 1927–1932 in Berlin, 1938–1939 Außenminister, Juni 1939–1945 Gesandter des Protektorats in Berlin; kam bei einem Bombenangriff in Berlin ums Leben.

13 Adolf Wagner (1890–1944), Bergwerksdirektor und Verleger; 1922 NSDAP-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, von 1929 an Gauleiter von München-Oberbayern; von 1933 an bayer. Innenminister und stellv. Ministerpräsident; übte von 1942 an seine Ämter krankheitsbedingt nicht mehr aus.

14 Die Reichspropagandaleitung sandte um 0.30 Uhr und 1.40 Uhr Fernschreiben an die Gaupropagandaleitungen, deren Inhalt nicht überliefert ist, die aber vermutlich zu antisemitischen Über-

für seine jüdischen Geschäfte. Aber ich lasse mich nicht beirren. Unterdeß verrichtet der Stoßtrupp sein Werk. Und zwar macht er ganze Arbeit. Ich weise Wächter¹⁵ in Berlin an, die Synagoge in der Fasanenstraße zerschlagen zu lassen. Er sagt nur dauernd: „Ehrenvoller Auftrag“.

S.S. Vereidigung vor der Feldherrnhalle. Um Mitternacht. Sehr feierlich und stimmungsvoll. Der Führer spricht zu den Männern. Zu Herzen gehend.

Ich will ins Hotel, da sehe in den Himmel blutrot. Die Synagoge brennt. Gleich zum Gau. Dort weiß noch niemand etwas. Wir lassen nur soweit löschen, als das für die umliegenden Gebäude notwendig ist. Sonst abbrennen lassen. Der Stoßtrupp verrichtet fürchterliche Arbeit. Aus dem ganzen Reich laufen nun die Meldungen ein: 50, dann 7[5] Synagogen brennen. Der Führer hat angeordnet, daß 2[5] – 30 000 Juden sofort zu verhaften sind. Das wird ziehen. Sie sollen sehen, daß nun das Maß unserer Geduld erschöpft ist.

Wagner ist noch immer etwas lau. Aber ich lasse nicht locker. Wächter meldet mir, Befehl ausgeführt. Wir gehen mit Schaub¹⁶ in den Künstlerklub, um weitere Meldungen abzuwarten. In Berlin brennen 5, dann 15 Synagogen ab. Jetzt rast der Volkszorn. Man kann für die Nacht nichts mehr dagegen machen. Und ich will auch nichts machen. Laufen lassen.

Schaub ist ganz in Fahrt. Seine alte Stoßtrupppergangenheit erwacht.

Als ich ins Hotel fahre, klirren die Fensterscheiben. Bravo! Bravo! In allen großen Städten brennen die Synagogen. Deutsches Eigentum ist nicht gefährdet.

Im Augenblick ist nichts Besonderes mehr zu machen. Ich versuche, ein paar Stunden zu schlafen.

Morgens früh kommen die ersten Berichte. Es hat furchtbar getobt. So wie das zu erwarten war. Das ganze Volk ist in Aufruhr. Dieser Tote kommt dem Judentum teuer zu stehen. Die lieben Juden werden es sich in Zukunft überlegen, deutsche Diplomaten so einfach niederzukuallen.

Und das war der Sinn der Übung.

Ich habe noch allerhand zu arbeiten. Jannings will mit Gewalt seinen Film retten.¹⁷ Aber ich kann ihm auch nicht helfen.

Der Rundfunk auf über 10 Millionen Hörer gestiegen. Ein phantastisches Ergebnis, das sehr erfreulich ist.

Ich gebe Anweisung, daß Verbote im Bereich des ganzen Ministeriums nur von mir ausgesprochen werden dürfen. Sonst geschieht zuviel Blödsinn.

Man will zum 80. Geburtstag des Kaisers Gedenkfeiern machen und Lobesartikel schrei-

griffen aufforderten; Wolf-Arno Kropat, „Reichskristallnacht“: Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe, Wiesbaden 1997, S. 1 B.

15 Werner Wächter (* 1902), Handelsvertreter; 1922 NSDAP-Eintritt; von 1932 an NSDAP-Kreisleiter in Berlin; 1935–1945 Leiter der Landesstelle im Bezirk II (Berlin) des RMfVuP, von 1937 an im Reichspropagandaamt Berlin, 1942–1945 Chef des Propagandastabs der Reichspropagandaleitung, 1944 Oberster SA-Führer; von 1945 an verschollen, 1950 für tot erklärt.

16 Julius Schaub (1898–1967), Drogist; 1920 NSDAP-Eintritt, Mitbegründer der SS, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; von 1933 an persönlicher Adjutant Hitlers; nach 1945 Drogist in München.

17 Emil Janenz, Künstlername Jannings (1884–1950), Schauspieler; nach Erfolgen im deutschen Stummfilm wirkte er 1926–1929 in Hollywood, 1928 mit einem Oscar ausgezeichnet, er trat u.a. in den Filmen „Der Herrscher“ (1937) und „Ohm Krüger“ (1941) auf, 1939 Verleihung der Goethe-Medaille; nach 1945 Auftrittsverbot. Vermutlich ist hier die Verfilmung von Hans Falladas Roman „Der eiserne Gustav“ gemeint, an der Jannings lange arbeitete, ohne sie jedoch fertigzustellen.

ben. Ich wäre damit einverstanden, wenn auch die Seite gegen den Kaiser ebenso zu Wort kommen könnte. Aber da zucken die Reaktionäre zurück.

Bei den Wahlen in Amerika Freunde Roosevelts vielfach geschlagen. Starker Gewinn der Republikaner. Aber das sagt noch nichts gegen Roosevelt selbst.¹⁸

London läßt Teilung Palästinas fallen.¹⁹ Damit kommen die Engländer doch nicht durch.

Führerrede im Bürgerbräu findet ein sehr aggressives Echo in London und Paris.²⁰ Das war ja auch zu erwarten. Wenn man den Kriegshetzern auf die Finger klopft, dann schreien sie auf.

Den ganzen Morgen regnet es neue Meldungen.

Ich überlege mit dem Führer unsere nunmehrigen Maßnahmen.

Weiterschlagen lassen oder abstoppen?

Das ist nun die Frage.

DOK. 125

Anweisungen des Geheimen Staatspolizeiamts vom 9. November 1938, 23:55 Uhr, für den Pogrom¹

Fernschreiben (geheim) des Gestapa (Nr. 234 404 9.11.23:55h)gez. Gestapa II Mueller, Berlin, an alle Stapo- und Stapo-Leitstellen vom 9.11.1938

Dieses FS ist sofort auf dem schnellsten Wege vorzulegen.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.

2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Massnahme sicherzustellen.

3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20–30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.

¹⁸ Bei den Kongresswahlen 1938 in den USA gewannen die Republikaner 72 Sitze; dennoch behielten die Demokraten die Mehrheit. In der Folge schwächte Roosevelt seine Politik des New Deal ab.

¹⁹ Die von der brit. Regierung eingesetzte Woodhead-Kommission veröffentlichte am 9.11.1938 einen Bericht, in dem sie sich gegen die Teilung Palästinas und für eine drastische Einschränkung der Einwanderung aussprach.

²⁰ Le Figaro hatte unter Bezugnahme auf die Rede Hitlers am 9.11.1938 geschrieben, dass das Reich nur auf den günstigsten Moment warte, um die deutschen Kolonien zurückzufordern; Le Figaro vom 9.11.1938, S. 3: L'Allemagne et les territoires sous mandat. The Times hatte am 9. und 10.11.1938 über Hitlers Kriegshetze, seine Angriffe gegen Churchill sowie seine Mutmaßung berichtet, dass Großbritannien bei einem Regierungswechsel zum Feind Deutschlands werden könne; The Times, Nr. 48147 vom 9.11.1938, S. 14: Herr Hitler on Democracy; The Times, Nr. 48148 vom 10.11.1938, S. 16: Future German Policy.

¹ Kopie: IfZ/A, (Nürnberger Dokument 374-PS); Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. 25, Nürnberg 1948, S. 377 f.

4. Sollen bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Massnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtkaktionen können herangezogen werden Verfügungsgruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Massnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

Zusatz für Stapo Köln:

In der Synagoge Köln befindet sich besonders wichtiges Material. Dies ist durch schnellste Massnahme im Benehmen mit SD sofort sicherzustellen.²

Gestapa II Mueller

Dieses FS ist *geheim*.

DOK. 126

Heydrich präzisiert am 10. November 1938 um 1:20 Uhr früh die Anweisungen des Geheimen Staatspolizeiamts zum Pogrom¹

Blitz-Fernschreiben (geheim. Dringend! Sofort dem Leiter oder seinem Stellvertreter vorlegen!) des Chefs der Sicherheitspolizei (München 47767 10.11.38, 1 Uhr 20), gez. Heydrich, an alle Staatspolizeileit- und Staatspolizeistellen und alle SD-Ober- und Unterabschnitte vom 10.11.1938 (Abschrift)

Betrifft: Massnahmen gegen Juden in der heutigen Nacht.

Auf Grund des Attentats gegen den Leg. Sekretär vom Rath in Paris sind im Laufe der heutigen Nacht – 9. auf 10. 11. 1938 – im ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten. Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen die folgenden Anordnungen:

1) Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen – Gauleitung oder Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, dass die Deutsche Polizei vom Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Massnahmen der politischen Leitungen zweckmässig anzupassen wären:

- a) Es dürfen nur solche Massnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z. B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist),
- b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.
- c) In Geschäftsstrassen ist besonders darauf zu achten, dass nicht jüdische Geschäfte unbedingte gegen Schäden gesichert werden.

² Das Archiv der Synagogengemeinde Köln ist seit der Pogromnacht verschollen.

¹ Kopie: IfZ/A, (Nürnberger Dokument 3051-PS); Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 31, Nürnberg 1948, S. 516–518.

d) Ausländische Staatsangehörige dürfen – auch wenn sie Juden sind – nicht belästigt werden.

2) Unter der Voraussetzung, dass die unter 1) angegebenen Richtlinien eingehalten werden, sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen.

3) Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der Jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird. Es kommt dabei auf das historisch wertvolle Material an, nicht auf neuere Steuerlisten usw. Das Archivmaterial ist an die zuständigen SD-Dienststellen abzugeben.

4) Die Leitung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen hinsichtlich der Demonstrationen gegen Juden liegt bei den Staatspolizeistellen, soweit nicht die Inspekture der Sicherheitspolizei Weisungen erteilen. Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Massnahmen können Beamte der Kriminalpolizei sowie Angehörige des SD, der Verfügungstruppe und der allgemeinen SS zugezogen werden.

5) Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zulässt, sind in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, dass die auf Grund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht misshandelt werden.

6) Der Inhalt dieses Befehls ist an die zuständigen Inspekture und Kommandeure der Ordnungspolizei und an die SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte weiterzugeben mit dem Zusatz, dass der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei diese polizeiliche Massnahme angeordnet hat. Der Chef der Ordnungspolizei hat für die Ordnungspolizei einschliesslich der Feuerlöschpolizei entsprechende Weisungen erteilt.² In der Durchführung der angeordneten Massnahmen ist engstes Einvernehmen zwischen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu wahren.

Der Empfang dieses Fernschreibens ist von den Stapoleitern oder deren Stellvertretern durch FS an das Geheime Staatspolizeiamt – z. Hd. SS-Standartenführer Müller – zu bestätigen.³

² Nicht ermittelt.

³ In mehreren Blitz-Telegrammen vom selben Tag an alle Staatspolizei(leit)stellen sowie an die SD-Ober- und Unterabschnitte bekräftigte Heydrich das Plünderungsverbot und verlangte von der Gestapo, ihm Plünderungsfälle bis zum 11.11.1938, 8 Uhr, zu melden. Ferner teilte er mit, dass das RJM verfügt habe, die Strafanstalten für die Unterbringung festgenommener Juden zur Verfügung zu stellen, in Zusammenhang mit den „Judenaktionen“ keine Ermittlungen aufzunehmen und darum gebeten habe, keine Haftbefehle zu beantragen; wie Anm. 1, S. 518f.

DOK. 127

Die Schweizerische Gesandtschaft fasst am 10. November 1938 für das Auswärtige Amt die Vereinbarungen über die Kennzeichnung der Pässe von Juden zusammen¹

Schreiben der Schweizerischen Gesandtschaft in Deutschland (XVIII 5/39), ungez., an das AA (Eing. 14.11.1938) vom 10.11.1938²

Die Schweizerische Gesandtschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches unter Bezugnahme auf ihre Note vom 31. August 1938 betreffend die passrechtliche Behandlung deutscher Emigranten auftragsgemäss folgendes zur Kenntnis zu bringen.³

In der Zeit vom 27. bis 29. September dieses Jahres fanden in Berlin zwischen Vertretern der Schweizerischen und der Deutschen Regierung Besprechungen über die Frage statt,⁴ die laut Niederschrift vom 29. September 1938 zu nachstehender Regelung geführt haben:

1. Die Deutsche Regierung wird dafür Sorge tragen, dass alle diejenigen Pässe von reichsangehörigen Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 – RGBl. I, S. 1333),⁵ die zur Ausreise in das Ausland oder für den Aufenthalt im Ausland bestimmt sind, möglichst beschleunigt mit einem Merkmal versehen werden, das den Inhaber als Juden kennzeichnet.

2. Die Schweizerische Regierung wird reichsangehörige Juden, deren Pass mit dem in Nr. 1 erwähnten Merkmal versehen ist oder nach den deutschen Bestimmungen versehen sein muss, die Einreise in die Schweiz gestatten, wenn die zuständige schweizerische Vertretung in den Pass eine „Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz“ eingetragen hat.

3. Die in Betracht kommenden deutschen Dienststellen, die an der deutsch-schweizerischen Grenze mit der Passnachschauf und Grenzüberwachung betraut sind, werden angewiesen werden, an der Ausreise nach der Schweiz reichsangehörige Juden zu hindern, deren Pass die „Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt in der Schweiz oder zur Durchreise durch die Schweiz“ nicht enthält.

Die Deutsche Regierung behält sich vor, nach Benehmen mit der Schweizerischen Regierung auch von Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit die Einholung einer „Zusicherung der Bewilligung zum Aufenthalt im Reichsgebiet oder zur Durchreise durch das

1 PAAA, R 49420.

2 Auf der ersten Seite unten handschriftl. Anmerkungen.

3 Die Schweizer Note vom 31.8.1938 stellte die Aufkündigung des schweizerisch-deutschen Sichtvermerksabkommens vom 9.1.1926 in Aussicht; siehe Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. V (Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten), Juni 1937–März 1939, Baden-Baden 1953, S. 755, Anm. 1.

4 Der Vertreter der Schweiz, Polizeichef Rothmund, hatte die Kennzeichnung der Pässe „nichtarischer“ deutscher Staatsangehöriger vorgeschlagen, um die illegale Einwanderung in die Schweiz zu unterbinden. Das Auswärtige Amt, das die Emigration deutscher Juden möglichst nicht behindern wollte, akzeptierte den Vorschlag erst, als mit der Kündigung des deutsch-schweizerischen Vertrags vom 9.1.1926 die Visumsfreiheit für alle deutschen Staatsangehörigen wegzufallen drohte. Die Pässe deutscher Juden wurden vom 5.10.1938 an mit einem roten „J“ auf der ersten Seite gekennzeichnet; siehe RGBl., 1938 I, S. 1342 und Dok. 263 vom 10.3.1939.

5 § 5 der 1. VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

Reichsgebiet“ zu fordern, falls sich hierfür nach deutscher Auffassung etwa die Notwendigkeit ergeben sollte.

Die Schweizerische Regierung nimmt die Kündigung der deutsch-schweizerischen Vereinbarung über die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkszwanges vom 9. Januar 1926 zurück.

Falls die oben vorgesehene Regelung nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen sollte, werden die beiden Regierungen erneut, insbesondere wegen der Bestimmung des Zeitpunktes für die etwa notwendige Einführung des allgemeinen Sichtvermerkszwanges in Verbindung treten.

Der Schweizerische Bundesrat hat dieser Regelung zugestimmt.⁶

DOK. 128

Ludwig Goldstein berichtet über die Zerstörung der Synagoge in Königsberg i.Pr. am 9. und 10. November 1938¹

Rückblickender Tagebucheintrag von Ludwig Goldstein² zum 9. und 10.11.1938 (Auszug)³

Ein ganz anderes, viel bösarigeres Gesicht trug *die Pogromnacht* vom 9. zum 10. November 1938.

Ich schlummerte in jener Nacht arglos meinem 71. Geburtstag entgegen. Bald nach dem Erwachen jedoch hörte ich von schweren Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte. Man hatte sich die Gelegenheit des Pariser Mordes durch Grünspan nicht entgehen lassen, um die „Volkswut“ künstlich zum Kochen und nächtlicherweile zum Ueberlaufen zu bringen. Angeblich war der Ausfall ganz aus freien Stücken erfolgt. Wie sehr aus freien Stücken, war daraus zu ersehen, dass fast überall, auch in den entlegensten Städten, *fast zu gleicher Zeit und auf ganz ähnliche Weise* ein Handstreich auf Besitz und Kultstätten der Israeliten unternommen war. Der „Zufall“ hatte hier offenbar wie eine Präzisionsmaschine gearbeitet.

Unnötig zu sagen, dass es dem alten Zeitungsmann nicht Ruhe liess, bis er sich von den Vorgängen durch eignen Augenschein überzeugt hatte. Binnen einer Viertelstunde fuhr ich nach der Vorstadt hinunter und gewann nur zu bald den Eindruck, dass – auf Grund einer genauen Liste oder unter zuverlässiger Führung – so ziemlich *jeder* Laden, der einem Juden gehörte, Gegenstand von Angriffen geworden war. Die Türen waren eroder zerbrochen, die Schaufenster eingeschlagen, die Auslagen auf den Bürgersteig, ja, bis auf den Fahrdamm geworfen, die Inneneinrichtung samt den Waren durchwühlt und vernichtet; hin und wieder sogar durch Feuer. Natürlich hatte man, wenn nicht beim

⁶ Der Bundesrat hatte den Vereinbarungen am 4. 10. 1938 zugestimmt.

¹ GStAPK, XX. HA., NL Goldstein, Nr. 1/5, S. 137–141.

² Dr. Ludwig Goldstein (1867–1943), Redakteur, Kunst- und Literaturhistoriker; über 30 Jahre lang Feuilletonredakteur bei der Königsberger Hartungschen Zeitung, Mitarbeiter des Ostmarken-Rundfunks; Vorsitzender des Goethebunds; er starb eines natürlichen Todes und wurde in Königsberg anonym bestattet; Autor u. a. von „Ein Menschenleben. Ein- und Ausfälle eines Zeitungsschreibers“ (1934).

³ Der Eintrag wurde frühestens Ende Dez. 1939, spätestens 1942 verfasst.

Ueberfall, so doch später allerlei Kaperware mitgehen heissen. Trauringe, Schmuck, Uhren u. dergl. waren noch längere Zeit „unter der Hand“ billig zu haben, soweit es gewisse Leute nicht vorzogen, sie in ihren „Geheimtresor“ den Augen der Mitwelt zu entziehen.

Als ich die Köttelbrücke überschritt, fiel mein Blick zufällig auf die Kuppel der *neuen Synagoge*. Na nu?! Die sieht doch so sonderbar – so luftig aus! Und bei schärferem Hinblicken entdeckt man, dass nur noch das Eisengefüge steht. Werden dort etwa Ausbesserungsarbeiten ausgeführt? Aber davon hat man doch nichts gehört! Sollte etwa – – –? Nein, das wäre doch nicht möglich! – Freilich, das Wörtchen „unmöglich“, so hat man öfters mit Stolz rühmen hören, existiert nicht im Wörterbuch des Nationalsozialismus.

Genug der Zweifel. Ich eile hin, und wahrhaftig: das Unzulängliche, hier wird's Ereignis; das Unbeschreibliche, hier ist es getan. Der 1894–96 errichtete Prachtbau liegt in Trümmern, soweit sich dies mit einer klüglich ausgelegten Feuersbrunst bei einem Steinhaus erreichen lässt. Die bis zu einer Höhe von 46 m aufsteigende Riesenkuppel lässt fünfzigfach den blauen Himmel hindurchblicken; nur die von Löwen gehaltenen steinernen Gesetzestafeln davor halten noch ihre gewohnte sinnbildliche Wacht.

Der Ansturm auf die Synagoge war nach gründlicher Vorbereitung auf 2 Uhr nachts angesetzt und sollte, hier wie anderswo, das Zeichen zur allgemeinen „Erhebung“ geben. Im Inneren war, wie man hörte, nach Möglichkeit alles zertrümmert. Wo die Bundeslade gestanden hat, war sogar mit Brecheisen gearbeitet worden, wahrscheinlich weil man hier „Schätze“ vermutet hatte. Die Bänke waren umgeworfen, die Thorarollen auf den Fussboden geschmettert. Die angerückte Feuerwehr wurde an jeder Löschhandlung gehindert und hatte lediglich darauf zu achten, dass den Nachbarhäusern kein Schad' geschieht. Während ein Brandkommando, mit besten Mitteln ausgerüstet, in das Gebäude eindrang, riegelte ein anderer Teil der Abkommandierten den Schauplatz sorgsam ab, damit niemand die fröhliche Sonnenwendfeier zu stören vermöchte. Sonst geschehen solche Absperungen, damit ungehindert gelöscht, hier damit ungehindert angezündet werden konnte („Volkswut“).

Die anfangs erörterten Pläne, was sich am besten mit dem seiner Bestimmung so plötzlich entzogenen Gotteshaus anfangen liesse, kamen nicht zur Ausführung. Man entschloss sich einfach zum *Abbruch*. Am 26. VI. 39 boten Händler „1000 000 tadellose Ziegel, eine sehr wertvolle Orgel, einen schwarzen Flügel u.v.a.“ zum Verkauf aus. Die Mauern wiesen eine so ausserordentliche Festigkeit auf, dass es im Dezember 39 zahlreicher Sprengungen bedurfte, um sie umzulegen. Wo sie einst gestanden haben, soll in Zukunft ein Verbindungsgässchen laufen. In der Presse gab man der Genugtuung Ausdruck, dass „jetzt nichts mehr an den hässlichen Bau erinnere“.

Auch das angrenzende – von dem Berliner Baumeister Behrendt reizvoll entworfene – *Israelitische Waisenhaus* wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die dort untergebrachten kleinen Kinder wurden in tiefer Nacht durch eindringende Banden und den von ihnen verursachten Lärm aus dem Schlaf gerissen und rasten nun, zu Tode erschreckt und mangelhaft bekleidet, ja ohne Schuhe und in blossen Hemdchen, auf die Strasse, bis sie bei ihnen bekannten jüdischen Frauen eine erste Notunterkunft fanden. Kantor W.,⁴ der

⁴ Hermann Wollheim (1877–1950), pensionierter Kantor der neuen Synagoge Königsberg; Religionslehrer in Bendorf und Königsberg; emigrierte in die USA.

im Waisenhaus seine Wohnung hatte, wurde – wie noch so mancher Leidensgefährte dieser Schreckensnacht – schwer misshandelt, so dass er zu seiner Wiederherstellung lange Zeit in der Klinik zubringen musste. Der Synagogen-Hauswart, dem die gleiche Behandlung angedroht war, suchte sein Heil in der Flucht. Die Bücherei wurde vernichtet oder verschleppt. Desgleichen wurden dem orthodoxen Rabbiner Dr. D.⁵ 3000 Bände entwertet und entwendet. Auch bei Privaten fielen, wie schon 1933, Bücher und Bilder der Meute zum Opfer.

Erwähnenswert noch die Haltung der Presse. Die Kbger. Allgemeine Ztg., die sonst dem geringsten Laubenbrand ihre Aufmerksamkeit schenkt, berichtete über das beispiellose Begebnis mit wenigen Zeilen, dass nämlich vor der Synagoge „ein Auflauf“ stattgefunden habe, und schloss mit dem denkwürdigen Lakonismus: „*Und dann entstand ein Brand.*“⁶

Auch der *alte Tempel von 1811* in der jetzigen Seilerstrasse war Gegenstand eines solchen „Auflaufs“, und auch hier wurden die dem Gläubigen heiligen Thorarollen zerschlitzt und auf's Pflaster geschleudert. Dass dieses Bethaus nicht auch in Brand gesteckt wurde, verdankt es keiner Gnade, sondern nur seiner Lage inmitten einer feuergefährlichen Gebäudegruppe, die im Fall einer Feuersbrunst leicht hätte mit aufflammen können.

Bei der Grundsteinlegung zu dem Bau in der Lindenstrasse⁷ hatte der damalige Gemeindevorsteher, Prof. Dr. *Samuel*, gesagt: „die Gotteshäuser, ob Kirchen oder Tempel, sind der einzige Ort, wo dem Schwachen Trost, dem Sünder Mahnung, allen Erbauung zuteil wird.“ Wie fern dieser Auffassung müssen die Triebe jener Verführten gewesen sein, die diesen schönen Andachtsort dem Untergang preisgaben! – Und bei der Weihe des Hauses kam in den öffentlichen Reden wiederholt der Gedanke zum Ausdruck, dass es im Grunde doch ein und derselbe Gott sei, zu dem man unter dem Davidsschild wie unter dem Kreuz bete. Der Vertreter der Stadt hob noch insbesondere hervor, dass an jenem Einweihungsfest nahezu die gesamte Königsberger Bürgerschaft Anteil nehme, und führte dann aus, welch gute Meinung er von dem Juden habe, den man ehemals wohl verbrannte, dem heute aber „nur noch verblendete Fanatiker seine Rechte kürzen wollen“. Welch seltsame Abwertung hat solche Humanität in den letzten Jahren erlitten!

5 Josef Hirsch Dünner (1913–2007), Rabbiner und Schulleiter; 1934–1936 Hebräischlehrer, 1936–1938 Religionslehrer und Rabbiner in Königsberg; 1938 Emigration nach Großbritannien; dort als Rabbiner in Flüchtlingsgemeinden in Westcliff und Leicester tätig; von 1946 an Direktor des Teacher's Training College London, von 1960 an Rabbiner in der Adass Yisroel-Synagoge in London.

6 Der Artikel „Antijüdische Kundgebungen. Empörung über den feigen Mord in Paris“ endete mit dem Satz „In der Synagoge entstand ein Brand.“, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, Nr. 528/29 vom 11.11.1938, S. 16. Die Königsberger Allgemeine Zeitung, 1875 von Alfred Hausbrandt gegründet, erschien bis 1945. Sie war ursprünglich nationalliberal ausgerichtet.

7 Die Synagoge der liberalen jüdischen Gemeinde in der Lindenstraße wurde 1896 eingeweiht; sie war die größte Synagoge in Königsberg.

DOK. 129

Die Gestapo Wien berichtet am 10. November 1938 über die Beschlagnahme einer Bibliothek und die Zerstörung einer Synagoge¹

Bericht der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, Wilhelm Nußmüller,² vom 10. 11. 1938

Bericht

Am 10.11.38 gegen 6 Uhr habe ich im Beisein von 3 Begleitpersonen im Zuge der Judenaktion die im Hause des Judentempels, Wien II., Tempelgasse 5, untergebrachte jüdische Bibliothek sichergestellt. Die Räume wurden abgeschlossen und versiegelt. Die Synagoge und die anschließenden Räume waren bereits durch die empörte Bevölkerung zerstört, sodass ein Sicherstellen von Werten, die sich evtl. im Tempel befunden haben könnten, nicht mehr möglich war.

Laut der ergangenen Weisung wurde der SS.-Ustf. *Schröder* des SD.-Oberabschnittes Wien davon in Kenntnis gesetzt.

Die Schlüssel zur jüdischen Bibliothek wurden dem SS.-Ustf. *Mandl*³ des SD.-Unterabschnittes Wien nach vorheriger Rücksprache mit dem SS.-Ustf. Dr. *Höttel*⁴ des SD.-Unterabschnittes Wien übergeben.

DOK. 130

Max Reiner aus Berlin berichtet, wie er seiner Verhaftung am 10. November 1938 entgangen ist¹

Bericht von Max Reiner² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Flucht vor dem Konzentrationslager.

Es läutet. Wir laufen nach dem Hinterkorridor. Meine Frau öffnet. Es ist nicht Gestapo. Es ist eine Dame, die in der ersten Etage wohnt. Wir hören sie:

¹ DÖW, 1456.

² Wilhelm Nußmüller (*1915), Kriminalbeamter; 1933 NSDAP- und SA-Eintritt; 1935–1937 Scharführer der Österreichischen Legion; von 1938 an Kriminalassistent im Referat II B2 in Wien.

³ Rupert Mandl (*1910), Buchhalter; 1931 NSDAP- und 1933 SS-Eintritt; 1929–1938 Buchhalter in einem Wiener Autohaus; 1938 Referent im SD-Unterabschnitt Wien, 1941 Hauptsturmführer; lebte nach 1945 zunächst unter falschem Namen in Österreich, später vermutlich in Brasilien.

⁴ Vermutlich Dr. Georg Wilhelm Höttl (1915–1999); 1934 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1938 an für den SD in Österreich tätig, stellv. Gruppenleiter im Amt VI im RSHA, Adjutant von Ernst Kaltenbrunner in Wien, von 1943 an Leiter des Nachrichtendienstes, Amt VI im RSHA, Leiter des Vatikanreferats; 1943 SS-Sturmabführer; gründete 1952 ein Privatgymnasium.

¹ Dr. Max Reiner, *Flucht vor dem Konzentrationslager*, in: *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 241–243, Harvard-Preisausschreiben, Nr. 182.

² Dr. Max Reiner (1888–1944), Journalist; 1903–1906 Parlamentskorrespondent in Wien, 1906–1933 politischer Redakteur der Ullstein-Zeitungen *Berliner Morgenpost* und – seit 1919 in leitender Position – *Vossische Zeitung*; 1933 entlassen; 1939 nach Palästina emigriert.

³ Der gesamte Lebensbericht umfasst 254 Seiten und wurde aus Jerusalem eingesandt. Max Reiner berichtet im ersten Teil über seine Tätigkeit im Berliner Ullstein-Verlag, seine Erfahrungen im Ersten Weltkrieg an der russischen Front, die Rückkehr nach Berlin, seine Entlassung als Redakteur und die zunehmenden Verhaftungen in seinem Bekanntenkreis. Nach der Rückkehr von einer Reise nach Palästina im Jahr 1938 wurde sein Vermögen beschlagnahmt.

„Ich wollte nur Ihren Mann warnen. Er muss sofort weg. Mein Schwager ist schon geholt. Meinen Mann habe ich aus dem Hause geschickt.“

Ich bin sofort in Hut und Mantel. Ich weiss, wo ich mich verbergen kann. Bei einer unserer Freundinnen, die ohne Mann in ihrer Wohnung lebt, nur mit einer Untermieterin.

Sie nimmt mich gerne auf. Ich telefoniere nach Hause, damit man weiss, dass ich in Sicherheit bin. Die arische Freundin meiner Frau hatte so lange gewartet, sie wollte mir für den Notfall ihr Wochenendhaus anbieten, das weit ausserhalb Berlins lag.

In meinem Asyl ist Schrecken und Trauer. Die Untermieterin ist verlobt. Den Bräutigam hat die Gestapo geholt.

Nach einer finsternen Nacht ein trüber Morgen. Wir wissen, dass diese Menschenjagd noch einige Tage dauern wird und dass ich mein Asyl vielleicht noch eine Woche lang werde in Anspruch nehmen müssen. Ich gehe deshalb mittags in meine Wohnung, um einige Wäsche zu holen. Am Tage ist es ja ungefährlich.

Während ich in meiner Wohnung noch rasch eine Zeitung durchfliege, läutet es. Die „daily general“ ist in der Hinterwohnung,⁴ meine Frau beim Einkaufen. Ich öffne. Draussen steht ein grosser, kräftiger Mann. „Sind Sie Herr Reiner?“

„Ja.“

Er zieht eine Erkennungsmarke hervor.

„Ich bin Kriminalbeamter, und ich habe Auftrag, Sie nach dem Polizeipräsidium zu bringen.“

In der Falle! Ich fühle meine Knie schwach werden.

„Bitte, treten Sie ein.“ Er folgt in die Diele. Ich bitte ihn weiter in mein Arbeitszimmer. Er zögert, aber er folgt, bleibt stehen, während ich in einen Stuhl falle. Ich weiss, was das für mich bedeutet: den sicheren Tod. Ich bin Diabetiker. Im „Lager“ erhalte ich kein Insulin, keine Diät, keine ärztliche Behandlung. In zwei Wochen etwa bin ich ein toter Mann.

Der Kriminalbeamte sieht nicht schlimm aus, nicht roh. Er sagt in ruhigem Ton:

„Bitte machen Sie sich fertig, ich habe nicht viel Zeit.“

„Lassen Sie mich einige Minuten sitzen, ich bin ein kranker Mann.“

„Können Sie nachweisen, dass Sie krank sind?“

„Ich bin 80 % erwerbsunfähig geschrieben.“

Ich erhebe mich mühsam und hole aus dem Schreibtisch das Aktenstück meiner Versicherung. Während er in den Papieren blättert, die ärztlichen Atteste durchliest, die Bescheide der Versicherungsgesellschaft prüft, frage ich ihn:

„Was liegt denn gegen mich vor?“

„Nichts, nur die Pariser Sache.“

Er ist mit der Durchsicht fertig.

„Sie kommen für das Lager nicht in Betracht. Sie können ruhig zu Hause bleiben.“

Ich atme auf.

„Bitte, wird aber nicht morgen ein anderer Beamter kommen, um mich zu holen?“

„Nein! Sie können ruhig zu Hause bleiben.“

Er geht, ohne Gruss.

Nach einigen Minuten kommt meine Frau. Sie lebt noch nachträglich den Schrecken durch. Ich bin nicht beruhigt. Wieder weg, ins Asyl! Wir packen hastig, und ich verschwinde ... Erst später erfuhr ich, dass Auftrag gegeben war, nachweislich Kranke nicht ins Lager zu

4 Vermutlich ist die Haushälterin gemeint.

holen. Aber nicht alle Beamte haben sich an diese Instruktion gehalten. Ich erfuhr von Fällen, in denen hoch Fiebernde aus den Betten gezerzt worden waren.

Am Nachmittag kommen die Zeitungen: Als Sühne für den Pariser Mord 20 % Abgabe von allen Judenvermögen. Pensionen werden zum 15-fachen Betrag als Kapital angesehen.⁵ Ich rechne nach: Dann muss ich etwa RM 50 000,- als Abgabe leisten. So viel Geld habe ich gar nicht.

Meine Frau kommt am nächsten Tag zu Besuch. Die Portierfrau hat ihr gemeldet, dass während ihrer Abwesenheit gestern noch zwei Leute da gewesen sind, die nach mir gefragt haben. Die Portierfrau konnte nicht sagen, ob es Beamte der Polizei oder Organe der Partei waren.

8 Tage bleibe ich in meinem Asyl. Während dieser Zeit erhält meine Gastgeberin die Mitteilung, dass auch ihr Bruder ins Konzentrationslager gebracht worden ist. Hier und da besucht mich meine Frau. Sie berichtet, wer alles verhaftet worden ist. Manche unserer Bekannten sind geflüchtet. Da haben die Beamten jugendliche Söhne als Geiseln mitgenommen ... Den Juden ist befohlen worden, die zertrümmerten Auslagefenster auf ihre Kosten erneuern zu lassen. Die Versicherungsgesellschaften sind von jeder Ersatzpflicht befreit worden. Viele jüdische Geschäftsleute hatten einfach das Geld nicht. Die Kultusgemeinde muss einspringen, hat eine Sammelaktion eingeleitet. Meine Frau erzählt mir, dass Dr. Ullstein aufgefordert worden ist, RM 100 000,- als Beitrag für diese Sammlung zu geben.⁶ Kein jüdisches Geschäft darf wieder geöffnet werden. Meine Frau schildert, wie jeden Abend Juden mit Handtaschen durch die Strassen eilen, jeder in ein Versteck. Möglichst bei einem arischen Freund, wenn er einen hat. Die christliche Bevölkerung benimmt sich zum Teil ausgezeichnet. Tausende Arier gewähren Juden Zuflucht, trotzdem sie damit das Konzentrationslager riskieren.

Meine Frau hat noch anderes zu berichten: Ihre Cousine Margot war bei ihr, der die Sorge für den 8jährigen Jungen einer verstorbenen Schwester obliegt. Der Junge war in einer jüdischen Schule in Caputh bei Potsdam, der gleichen, die auch Eveline⁷ besucht hat. Am Morgen des 10. November sind S.A.-Trupps in der Schule erschienen und haben sie zu demolieren begonnen. Die Vorsteherin bat, man möge ihr wenigstens so viel Zeit lassen, dass sie die Kinder wegbringen könne. Es wurden ihr 10 Minuten hierfür bewilligt. Die meisten Kinder waren noch nicht angekleidet. Sie wurden in den Wald getrieben. Manche in blossen Strümpfen, ohne Kleider. So sind sie stundenlang durch den Wald gewandert bis nach Potsdam. Jetzt sind die Kinder bei verschiedenen Familien untergebracht, so gut es ging ... Ich bin glücklich, Eveline in Palästina zu wissen.

[...]⁸

⁵ Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

⁶ Hermann Ullstein notierte in seiner Autobiographie, dass er Ende Nov. 100 000 RM – den Rest seines Vermögens – zahlen musste, bevor er seinen Pass für die Auswanderung erhielt. Er stellte dabei keinen Zusammenhang zur Pogromnacht her; Hermann Ullstein, *The rise and fall of the house of Ullstein*, New York 1943, S. 306 f.

⁷ Richtig: Eva (später: Chava) Alkan (1925–1991), Nichte Max Reiners; ihr Vater, der Arzt Leopold Alkan, starb 1933, die Mutter Adele, geb. Wolfers, 1936 bei einem Verkehrsunfall in Belgien, wo sie sich um Auswanderungsmöglichkeiten bemühte. Nach dem Tod der Mutter kam Eva ins jüdische Kinderheim in Caputh bei Berlin, Max Reiner wurde ihr Vormund; er begleitete sie 1938 zu ihrem Bruder nach Palästina; sie lebte in dessen Familie und machte eine Ausbildung als Grafikerin und Ergotherapeutin.

⁸ Im letzten Teil des Berichts beschreibt Max Reiner die Auflösung des Haushalts vor der Emigration nach Palästina.

DOK. 131

Rabbi Arthur Bluhm schildert die Pogromnacht in Krefeld und seine Verhaftung¹

Bericht von Arthur Bluhm für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...]²

Ich besaß zwei Telefone. Eins befand sich in meinem Büro im zweiten Stock und das andere in unserer Wohnung im ersten Stock. Bei letzterem handelte es sich um ein tragbares Modell. Ich konnte es in drei Zimmern anschließen, im Salon, im Wohn- und im Schlafzimmer. Nachts stand es auf meinem Nachttisch. In der Nacht auf den 10. November klingelte um zehn nach drei das Telefon. Herr Halperin war dran.³ Er war Vorbeter und wohnte in einem Haus, das direkt neben unserer Synagoge lag. Er war sehr aufgeregt und sagte: „Sie zerstören unsere Synagoge.“ Ich fragte ihn: „Haben Sie die Polizei und Dr. Alexander angerufen?“ Er antwortete: „Ja. Die Polizei hat erklärt, sie könnte uns nicht helfen.“ Ich antwortete: „Gehen Sie nicht in die Synagoge. Schließen Sie die Verbindungstür sorgfältig ab. Ich werde versuchen, einen der maßgeblichen Beamten zu erreichen. Ich gebe Ihnen Bescheid.“ Zuerst rief ich das *Überfallkommando*⁴ (die Polizeidienststelle, die man bei plötzlichen Überfällen um Hilfe ruft) an. Dort sagte man mir, es wäre in der Stadt zu Unruhen gekommen, und alle Beamten seien beschäftigt, man könne niemanden schicken. Dann rief ich die Gestapo an. Dort teilte man mir mit, dass auch hier alle Beamten eingespannt seien und man nichts tun könne. Danach versuchte ich Dr. Hürter, den Polizeichef unserer Stadt, zu erreichen, als nächsten Major Wittkugel, seinen Vertreter, und schließlich den Chef der Gestapo.⁵ Sie alle waren weder zu Hause noch in ihren Büros zu erreichen. Daraufhin rief ich Dr. Alexander an. Er wollte zu mir kommen, aber es gelang ihm nicht, ein Taxi zu finden, das bereit war, einen jüdischen Fahrgast mitzunehmen. Ich sagte: „Ich werde Herrn Beckers, meinen Taxifahrer anrufen. Er wird Sie fahren, ganz bestimmt.“ Herr Beckers erklärte sich einverstanden.

All diese Anrufe tätigte ich von meinem Bett aus. Dann standen Hanna und ich auf. Unsere Schlafzimmerfenster gingen auf die Hintergärten unseres Häuserblocks hinaus. Da wir am Abend zuvor spät zu Bett gegangen waren, hatten wir die Jalousien nicht heruntergelassen, um unsere Nachbarn und die im selben Haus lebenden Angehörigen nicht zu stören. Als ich mich anzog, sah ich einen hellen Schein aus der Richtung unserer Synagoge kommen. Ich rief: „Hanna, schau! Die Synagoge steht in Flammen!“ Hanna antwortete: „Das kann nicht sein.“ In diesem Moment klingelte das Telefon und Herr Halperin sagte, den Tränen nahe: „Die Synagoge brennt. Ich kann nicht aus dem Haus. Die SA versperrt den Weg.“ Ich rief umgehend die Feuerwehr an. Dort teilte man mir mit, dass ihre Männer bereits auf dem Weg zur Synagoge seien. Daraufhin rief ich alle möglichen

1 Arthur Bluhm, The tenth of Nov. 38, in: Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 176–187, Harvard-Preisausschreiben Nr. 154. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Im Original handschriftl. Einfügungen und Unterstreichungen; zum 1. Teil des Berichts siehe Dok. 1B vom 28.10.1938.

3 Leo Halperin (*1889), Kantor der jüdischen Gemeinde in Krefeld; geboren in Grodno/Polen, 1928 eingebürgert; 1938 inhaftiert; 1939 Emigration nach Belgien; 1943 Deportation nach Auschwitz; für tot erklärt.

4 Im Original deutsch.

5 Chef der Gestapo in Krefeld war vom 1.9.1937 an Gottlieb Höhmann, von 1938 an Friedrich Bolle. Das genaue Datum der Amtsübergabe ist nicht bekannt.

staatlichen Stellen an. Alle erklärten mir, sie seien außerstande zu helfen. Zwischen all diesen Anrufen versuchte ich, Herrn Kober,⁶ den Verwalter unseres schönen neuen Gemeindehauses zu erreichen. Dieses lag in einer anderen Straße. Leider hatten sie dort nur ein Telefon im Esszimmer, und die Hausbewohner hörten es nicht. Schließlich rief ich Herrn Otto Meyer an, eins unserer Vorstandsmitglieder, einen klugen und energiegeladenen Mann.⁷ Sein Auto stand bei ihm vor der Tür. Ich bat ihn, zu mir zu kommen. Er hatte von der Unruhe nichts mitbekommen und war sehr überrascht zu hören, was passiert war.

Während ich diese Anrufe tätigte, sah ich, dass die Kuppel der Kathedrale von den Flammen der brennenden Synagoge erleuchtet wurde.⁸ Ich hatte gerade den Hörer auf die Gabel zurückgelegt und durch das Fenster in Richtung der Synagoge geblickt, als die jüngste Tochter von Herrn Halperin anrief und sagte: „Das Schlafzimmer steht bereits in Flammen. Wir kommen nicht aus dem Haus.“ Daraufhin rief ich erneut die Feuerwehr an. Sie antworteten mir, dass die Feuerwehrleute bereits an der Synagoge seien und die Bewohner retten würden.

Nachdem ich vom Balkon unseres Salons aus festgestellt hatte, dass sich niemand auf der Straße befand, ging ich hinunter, um die Tür für Dr. Alexander und Herrn Meyer zu öffnen. Ich musste ein paar Minuten warten. Vor mir sah ich den Turm im Hof beleuchtet von den Flammen der brennenden Synagoge. Währenddessen hielt ich weiter Ausschau. Ein Auto hielt an der nächsten Ecke. Dr. Alexander und seine Frau stiegen aus. Als sie ins Haus traten, sah ich ein anderes Auto vorfahren. Ich vermutete Herrn Meyer darin, und so war es auch. Ich sagte zu ihm: „Ich hatte eigentlich vor, während der Nacht zu Hause zu bleiben, aber Herr Halperin und seine Familie befinden sich in dem brennenden Haus.“ Er antwortete: „Lassen Sie uns zur Synagoge fahren.“ Wir stiegen am Ostwall, eine der Hauptstraßen der Stadt, aus dem Auto und versuchten, die Synagoge auf diesem Weg zu erreichen. Es war unmöglich. Wir sahen, dass die Leute auf der Straße nicht näher als auf eine Entfernung von zwei Blocks an die Synagoge herankamen. Durch eine Seitenstraße näherten wir uns der Synagoge, die an einer Straßenecke lag.

Auf dieser Straße befanden sich nur SA- und SS-Leute mit ihren Freunden, darunter auch einige Frauen. Wir hörten sie lachen und spotten. Die Frauen waren am schlimmsten. Sie bedauerten, dass Herr Halperin und seine Familie gerettet wurden. Dies war klar ersichtlich, ohne jemanden fragen zu müssen. Wir sahen das Gewölbe der Kuppel einstürzen. Die johlende Menge wich zurück, blieb einen Augenblick lang still, um danach noch lauter zu grölen, als hätte sie eine Heldentat vollführt. Wir sahen, dass die Feuerwehr das Haus beschützte, in dem die Familie Halperin gelebt hatte, ebenso wie die anderen Häuser in der Nachbarschaft. Die Türen der Synagoge waren verbrannt. Im Innenraum und

6 Julius Erwin Kober (*1887), Büroangestellter; lebte zunächst in Beuel bei Bonn; 1937 zog er gemeinsam mit seiner Frau Emilie, geb. Levy (*1891), und dem Sohn Walter (*1917) nach Krefeld, wo er die Verwaltung und das Restaurant des jüdischen Gemeindehauses am Bleichpfad übernahm; Walter Kober emigrierte nach Großbritannien, später nach Kanada. Im April 1942 wurde das Ehepaar Kober vermutlich nach Izbica deportiert und ermordet, 1955 vom Amtsgericht Krefeld zum 31.12.1945 für tot erklärt.

7 Otto Meyer (*1896), Fabrikant; Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Krefeld; 1938 inhaftiert; im Dez. 1938 über Zürich in die USA ausgewandert.

8 Krefeld hatte keine Kathedrale. Von seiner Wohnung aus konnte Bluhm vermutlich sowohl die kath. Hauptkirche St. Dionysius als auch die Liebfrauenkirche sehen. Möglicherweise ist aber auch das Amts- und Landgericht gemeint, das eine Kuppel hatte und unweit der Synagoge stand.

auf den Treppen sahen wir Fässer. Von diesen Fässern stiegen Flammen auf. Später hörten wir, dass man diese mit Buttersäure gefüllten Fässer in die Synagoge gebracht und angezündet hatte, nachdem die Einrichtung zerstört worden war. Ich wollte umkehren, doch Herr Meyer sagte: „Dort ist der Brandmeister der Feuerwehr. Ich kenne ihn. Ich will zu ihm gehen und herausfinden, ob das Gemeindehaus zu retten ist.“ Herr Meyer erklärte dem Chef, dass sich wichtige Papiere für die Emigranten in den Büros unseres Gemeindehauses befänden. Er sagte, dass wir sie brauchten, und fragte, ob wir sie holen könnten oder ob er das Haus retten könne. Der Chef wandte ihm den Rücken zu, ohne ihn auch nur eines Blicks zu würdigen. In diesem Moment kam ein SA-Anführer, der mich kannte, auf mich zu und forderte mich auf, die Straße zu verlassen. Die aus SA-Leuten und ihren Anhängern und Mädchen bestehende Menge begann zu johlen. Im gleichen Augenblick griff mich ein junger Mann an. Sein Gesicht war das eines Kriminellen. Sollte ich ihm noch einmal begegnen, würde ich ihn wiedererkennen. Ich verteidigte mich, so gut ich konnte. Herr Meyer unternahm nichts. Er wurde nicht angegriffen. Ich bat einen vorbeigehenden Polizisten, mir zu helfen, aber der nahm keine Notiz von mir. Die SA johlte und feuerte den Angreifer an. Ich wunderte mich, dass die SA mich nicht ebenfalls angriff. Die Gestapo, die mich am nächsten Tag verhaftete, verriet mir den Grund dafür. Sie hatten strikte Anweisungen, niemanden anzugreifen, zu belästigen oder zu verletzen. In dieser brenzligen Situation gaben vier SS-Männer in Zivil dem Kriminellen Anweisung, mich loszulassen. Die vier folgten uns. Wir befürchteten, dass sie Herrn Meyers Wagen demolieren würden. Deswegen gingen wir zum Taxistand. Als wir im Wagen saßen, verboten diese vier Männer dem Fahrer, uns oder andere Juden als Fahrgäste zu akzeptieren. Ich sagte, dass wir in diesem Fall zu Fuß gehen würden. Die vier Männer folgten uns. Nach einem kurzen Stück des Wegs drehten wir uns um und fragten sie, was sie wollten. Sie antworteten: „Nichts, außer dass Sie nach Hause gehen.“ Wir antworteten: „Genau das tun wir. Wenn Sie Ehrenmänner sind, lassen Sie uns in Ruhe.“ Dies taten sie dann auch. Wir gingen weiter zu meinem Haus. Hanna hatte guten Grund, aufgeregt zu sein. Sie hatte Tee vorbereitet. Wir saßen im Esszimmer, das auf die Gärten und nicht die Straße hinausging. Nur wenige Minuten nach unserer Rückkehr klingelte es an der Tür. Uns allen wich die Farbe aus dem Gesicht. Ich ging auf den Balkon des Salons. Vor der Tür standen der Sohn des Verwalters und ein Angestellter des neuen Gemeindehauses. Ich öffnete die Tür. Herr Kober junior war nur unvollständig bekleidet. Der Angestellte war barfuß und hatte nur seinen Schlafanzug an. Er blutete aus Mund und Nase. Sie schilderten uns, wie das Haus zuerst verwüstet und dann angezündet worden war. Die Bewohner des Hauses hatten die SA und SS nicht hereinkommen gehört. Gegen vier Uhr morgens wurden plötzlich die Türen der Schlafzimmer im zweiten Stock brutal aufgebrochen. Das Licht wurde eingeschaltet, und Herr Kober und Frau Kober, Herr Kober junior und der Angestellte erblickten entsetzt in ihren jeweiligen Räumen Männer, die Revolver in den Händen hielten und sie anschrien: „Verlasst sofort das Zimmer!“

Die Hausbewohner wurden in ein Zimmer getrieben, dessen Tür die Bande versperrte. Die Bande drohte ständig, sie zu erschießen. Sie konnten hören, wie die SA und SS unter Johlen und Jubeln das Mobiliar zerstörte. Bisweilen hörten sie – und sahen dies auch durch die geöffnete Tür – einige der Männer mit ihren Revolvern auf die Glühbirnen an Wänden und Decken schießen.

Später hörten sie einen Befehl: „Achtung! Fertig machen zum Feuerlegen!“

Einige aus der Bande sagten zu unseren vier Leuten: „Jetzt wünschen wir euch viel Spaß.“

Wir werden euch mit dem Haus verbrennen.“ Dann schrieten sie plötzlich: „Raus aus dem Haus!“ Die vier verließen das Haus durch ein Spalier von Banditen, und auf dem Weg nach draußen wurden beide jungen Männer getreten und geschlagen. Bis sie die Haustür erreicht hatten, konnten sie schon das Knistern des Feuers aus dem Innern des Hauses hören.⁹ Auf der Straße wurden sie dann von der Menge getrennt. Sie sahen Herrn Kober auf der anderen Straßenseite, konnten aber nirgendwo Frau Kober entdecken. An dieser Stelle des Berichts jammerte der junge Kober: „Ich habe nicht gesehen, dass meine Mutter das Haus verließ; sie ist noch in dem brennenden Haus, da bin ich sicher.“ Wir konnten ihn nicht beruhigen. Schließlich wimmerte er wie ein kleines Kind: „Meine Mutter, meine arme Mutter.“ Ich hatte das Gefühl, etwas unternehmen zu müssen. Ich nahm den Hörer und rief die Gestapo an. Ich erkannte Offizier Diers Stimme.¹⁰ Ich sagte: „Herr Dier?“ Er antwortete: „Ja.“ Dann erzählte ich ihm, dass der junge Kober befürchtete, seine Mutter sei in dem brennenden Haus geblieben. Dier antwortete: „Das kann ich mir kaum vorstellen. Wir hatten spezielle Anweisungen, dass niemand zu Schaden kommen sollte. Aber ich werde nachsehen, was passiert ist.“ Doch diese Nachricht konnte den Jungen nicht beruhigen. Wir gaben ihm ein Beruhigungsmittel und legten ihn auf die Couch in unserem Wohnzimmer. Dann brachten wir den blutenden Diensthelfer in unser Badezimmer und wuschen ihm das Gesicht. Ich gab ihm einen Anzug von mir sowie ein Hemd, Socken, Schuhe, Geld und was er sonst noch brauchte. Er wollte sofort zu seiner Familie fahren. Sie lebte in einer Kleinstadt, etwa zwei Stunden mit der Bahn von Krefeld entfernt. Er sagte: „Es gibt einen guten Zug, der in einer halben Stunde in Krefeld abfährt. Den kann ich gerade noch schaffen.“ Ich antwortete: „Nein, Sie müssen bis Tagesanbruch warten. In der Stadt sind Unruhen ausgebrochen. Sie könnten von marodierenden Banden schikaniert werden. Sie können einen späteren Zug nehmen.“

Für einen Augenblick saßen wir still am Tisch. Es war drückend heiß. Plötzlich ging die Türglocke. Niemand wagte zu sprechen. Vom Balkon erkannte ich Herrn Kober senior. Als ich ihm die Tür öffnete, waren seine ersten Worte: „Wo sind meine Frau und mein Sohn?“ Ich beruhigte ihn, indem ich sagte: „Ihr Sohn ist hier. Ihre Frau ist in Sicherheit.“ Es war mittlerweile etwa fünf Uhr. Herr Kober senior befand sich in einem Zustand furchtbarer Anspannung. Er wollte wissen, wo seine Frau war. Er wollte umgehend zu ihr. Ich sagte: „Sie können sie später sehen, aber jetzt nicht. Seien Sie ein Mann, und seien Sie vernünftig.“ Er antwortete: „Ich kann nicht denken. Ich kann immer nur diesen Hammer hören und wie sie mit dem Hammer zuschlagen. Können Sie mir helfen, dass ich dies nicht mehr länger hören muss?“ Er hielt sich die Ohren mit seinen Händen zu und lief wie ein wildes Tier durch das Zimmer. Das regte seinen Sohn nur noch mehr auf. Er stöhnte: „Meine Mutter, meine Mutter.“ Schließlich bat ich ihn barsch, still zu sein. Wir brauchten unsere Nerven für die kommenden Ereignisse. Ich legte seinen Vater auf die Couch und ließ ihn allein im Esszimmer zurück.

Dr. Alexander, Herr Meyer und ich beschlossen, eine Mitgliederversammlung unseres

⁹ Das jüdische Gemeindehaus am Bleichpfad, in dem die Familie Kober wohnte, brannte in der Pogromnacht nieder, obwohl eigentlich vorgesehen war, es künftig für Parteizwecke zu verwenden. Der oder die Brandstifter wurden nie ermittelt. Die Jüdische Gemeinde richtete nach dem Pogrom ein Büro im Haus Südwall 11 ein, in das auch Familie Kober einzog.

¹⁰ Richtig: Otto Dier (* 1902), Polizist; 1934 bei der Abt. I.A (Politische Polizei) Krefeld, 1937 Kriminalsekretär, 1939 bei der Spionageabwehr in Düsseldorf, 1943 Kriminalobersekretär, 1941–1942 bei der Staatspolizei Marburg a.d. Drau im deutsch annektierten slowenischen Teil Jugoslawiens.

Gemeindevorstands um neun Uhr morgens in meinem Haus einzuberufen, um zu entscheiden, was zu tun sei. Gegen sechs Uhr rief der Sekretär unserer Gemeinde an. Frau Kober war soeben bei ihm zu Hause eingetroffen. Sie trug nur ein Tuch über ihrem Schlafanzug. Sie war eigentlich eine energiegeladene und lebhafte Frau, aber man hatte sie völlig aus der Fassung gebracht. Ein Polizist, der sie kannte, war ihr begegnet, als sie durch die Straßen irrte. Er gab ihr meine Adresse, die sie in ihrer Aufregung vergessen hatte, und wies ihr den Weg. Er sagte ihr, sie solle zu mir nach Hause gehen. Dort habe sie nichts zu befürchten. In meinem Haus würde sie nicht angegriffen. Sie war bereits in unsere Straße eingebogen, als sie eine marodierende Bande sah und deswegen kehrte um und stattdessen zu Herrn Traub ging. Sie beruhigte sich, nachdem sie mit ihrem Mann und ihrem Sohn gesprochen hatte. Nach diesem Anruf gingen Herr Kober und sein Sohn zu Herrn Traub nach Hause.

Gegen sechs Uhr morgens rief Herr Meyer seinen jüdischen Chauffeur an, der seinen Wagen abholen sollte, den wir am Abend zuvor am Ostwall hatten stehen lassen. Er trug ihm auf, durch die Stadt zu fahren und uns zu erzählen, was nachts passiert sei. Der Fahrer wusste nicht, was sich ereignet hatte, und zeigte sich äußerst erstaunt. Als er eintraf, hörten wir von ihm, dass die wenigen jüdischen Geschäfte, die es noch gab, zerstört worden waren. Das Glas der Schaufenster lag auf der Straße. Vor den jüdischen Geschäften waren SS-Posten aufgestellt. Soweit der Fahrer erkennen konnte, waren die Geschäfte von innen völlig zerstört. Unsere Gäste hatten uns am frühen Morgen gerade erst verlassen, als das Telefon alle paar Minuten zu läuten begann. In Mönchengladbach, der Nachbarstadt, hatten die gleichen Ausschreitungen stattgefunden, erzählte mir der dortige Rabbiner.¹¹ Ich rief meine Rabbiner-Kollegen in Düsseldorf und Duisburg an, zwei anderen Nachbarstädten, konnte dort aber niemanden erreichen. Später erfuhr ich, dass der Duisburger Rabbiner, Dr. Neumark,¹² im Laufe der Nacht verhaftet worden war. Sie verlangten von ihm, dass er ihnen sage, wo die Juden das Gold aus der Synagoge versteckt hätten. Sie bedrohten ihn, als er ihnen erklärte, dass es überhaupt kein Gold gäbe. In Düsseldorf verwüsteten sie die Wohnungen der Rabbiner und malträtierten Dr. Klein,¹³ den Assistenten des Rabbiners. In Viersen, einer kleinen Stadt in unserer Nähe, hatten sie alle jüdischen Männer verhaftet. Einige von ihnen wurden von der SS verprügelt. Unter ihnen befand sich auch der jüdische Lehrer und Kantor Herr Nussbaum,¹⁴ der über 70 Jahre alt war. Er war auf dem Weg ins Gefängnis gesehen worden, aus Nase und Mund blutend.

11 Dr. Siegfried Gelles (1884–1947), Philosoph und Rabbiner; von 1913 an Rabbiner in Lissa (Posen), 1921–1938 Rabbiner in Mönchengladbach, bis 1933 zugleich Religionslehrer an höheren Schulen; im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom verhaftet; emigrierte im Febr. 1939 nach Großbritannien; in den letzten Jahren vor seinem Tod Geschäftsführer der British Rabbis Association in London.

12 Dr. Manasse Neumark (1875–1942), Rabbiner; 1905–1942 liberaler Rabbiner in Duisburg; Mitglied von B'nai B'rith; im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und dort umgekommen.

13 Dr. Siegfried Klein (1882–1944), Rabbiner; vor 1914 Religionslehrer an den Schulen der Jüdischen Gemeinde Berlin, 1914–1918 Feldrabbiner und Soldat; Mitbegründer des Verbands jüdischer Jugendvereine; 1919–1938 zweiter liberaler Rabbiner in Düsseldorf, von 1938 an dort einziger Rabbiner und Vorstand der Jüdischen Gemeinde; 1941 Deportation nach Łódź, 1944 nach Auschwitz, dort ermordet.

14 Israel Nussbaum (1869–1942), Lehrer und Kantor; 1897–1932 Lehrer in Viersen, bis 1905 an einer jüdischen Privatschule; besuchte 1936 seine Tochter in Palästina und kehrte nach Deutschland zurück; am 25.7.1942 nach Theresienstadt deportiert und dort umgekommen.

Später hörte ich, dass man abends diese Männer, als sie sich im Gefängnis befanden, durch das offene Fenster mit Wasser begossen hatte. Solche und ähnliche Nachrichten erhielt ich ununterbrochen telefonisch. In Linn, einem Krefelder Vorort, hatten sie die Synagoge abgebrannt, das Innere zweier jüdischer Privatwohnungen verwüstet und alle jüdischen Männer verhaftet. Ich rief Herrn Tuss¹⁵ an, der in Uerdingen, dem anderen Krefelder Vorort, lebte. Er wusste noch nichts von den Verfolgungen. Ich informierte ihn und bat ihn, die Schriftrollen aus der Synagoge zu holen. Als er zur Synagoge kam, waren die Vandalen bereits dort. Sie verhafteten ihn, kurz nachdem er nach Hause zurückgekehrt war, und verwüsteten sein Geschäft und sein Haus. Als ich fünf oder sechs Wochen später bei ihm zu Besuch war, sah ich die Spuren dieser Verwüstung.

Nach dem Anruf von Frau Servos konnte ich mir ein genaues Bild unserer Situation machen.¹⁶ Ihr Mann war in Frankfurt/Main gewesen. Am Abend zuvor hatte man ihn verhaftet und sofort in das Konzentrationslager Buchenwalde¹⁷ gebracht.

Im Laufe der Trauerwoche¹⁸ trafen sich einige Männer morgens und abends in meinem Haus zum Gebet – unser „Minjan“ (die zehn Männer älter als 13 Jahre). Einige unserer Gebete, so wie das Kaddisch, das besondere Gebet für Trauernde, können unseren religiösen Gesetzen zufolge nur gesprochen werden, wenn zehn Männer anwesend sind. An diesem Morgen kamen nur wenige Männer und zudem spät. Sie waren alle sehr aufgeregt. Sie hatten die brennende Synagoge gesehen, die zerstörten Geschäfte und die Verhaftung einiger unserer Leute. Sie befürchteten, dass noch weitere Dinge geschehen würden. Wir waren gerade mit dem Beten fertig, als Hanna aufgeregt ins Zimmer kam. Zwei Minuten zuvor hatte ich die Türglocke läuten gehört. Ich vermutete augenblicklich, dass ich verhaftet werden sollte. Da ich die Leute nicht beunruhigen wollte, schob ich Hanna aus dem Zimmer in den Flur, bevor sie etwas sagen konnte. Aber sie war außerstande zu sprechen. Sie deutete nur auf das Esszimmer. Ich wusste, wer mich dort erwarten würde, und betrat das Zimmer. Zwei Gestapobeamte erhoben sich. Hanna folgte mir. Die Beamten sagten: „Wir haben Befehl, Sie und alle in ihrer Wohnung befindlichen Personen zu verhaften.“ Ich antwortete: „Ich danke Ihnen, dass Sie unser Gebet nicht unterbrochen haben. Aber ich bitte Sie, Folgendes in Betracht zu ziehen. Die Männer sind hier nur zum Beten. Mit einer Ausnahme sind hier heute Morgen nur arme Leute. Es sind Leute, die von unserer Gemeinde unterstützt werden, die von mir erwarten, dass ich ihnen am Ende der Trauerwoche Geld gebe. Welches Interesse könnten Sie daran haben, diese Männer zu verhaften?“ Zunächst erklärten sie, dass sie hineingehen und mit den Männern sprechen müssten, aber schließlich stimmten sie zu, dass ich in den Salon gehen und alle Männer mit Ausnahme von Herrn Nassan,¹⁹ dem stellvertretenden Vorsitzenden unserer Gemeinde, nach Hause schicken dürfte. Herr Nassan war wegen unseres Vorstandstreffens gekommen. Nachdem die anderen Männer das Zimmer verlassen hatten, sagte ich Herrn Nassan, dass die Gestapo im Esszimmer sei, um uns zu verhaften. Falls er vorhabe zu fliehen, sagte ich, könne

15 Richtig: Dr. Paul Luss (*1900), Kaufmann; 1938 in Dachau inhaftiert; im April 1942 nach Izbica deportiert; vermutlich 1942 in Sobibor oder Belzec ermordet.

16 Vermutlich Gerda Servos, geb. in der Elst (1902–1995); verheiratet mit dem Kaufmann Max Servos (*1889), der 1944 nach Theresienstadt deportiert wurde und überlebte.

17 Richtig: Buchenwald.

18 Ende Okt. 1938 war Arthur Bluhms Mutter gestorben; siehe Dok. 1 B vom 28. 10. 1938.

19 Richtig: Julius Nassau (*1875), Kaufmann; Geschäftsführer des Warenhauses Leonhard Tietz A.G. in Krefeld; 1939 nach Großbritannien emigriert.

er das tun. Die Tür vom Flur zum Esszimmer war geschlossen. Aber er entgegnete, wenn sie vorhätten, ihn zu verhaften, sei es besser, sie täten dies gleich hier, als später bei ihm zu Hause. Daraufhin gingen wir ins Esszimmer, wo die beiden Gestapoleute und Hanna warteten. Die Beamten fragten Herrn Nassan nach seinem Alter. Er war 62 Jahre alt. Sie berieten sich und sagten anschließend, dass sie nur Befehl hätten, Personen bis zum 60. Lebensjahr zu verhaften. Sie erinnerten sich, dass er nicht auf der Liste der zu verhaftenden Personen gestanden hatte, und sagten, dass er gefahrlos nach Hause gehen könne.

Ich fragte sie, auf welcher Grundlage sie die Leute verhafteten. Sie antworteten, dass sie Befehl hätten, alle bedeutenden jüdischen Männer und die führenden Köpfe all unserer jüdischen Organisationen zu verhaften. Das Telefon klingelte währenddessen unablässig weiter, aber wir gingen nicht dran. Ich erklärte den Beamten, dass ich noch viele dringende Angelegenheiten für die Gemeinde zu erledigen hätte, und bat sie, mir zu erlauben, mich noch darum zu kümmern. Dies gestatteten sie. Ich ging in den zweiten Stock in mein Büro und schloss die Tür zu unserer Wohnung. Die Beamten verließen sich darauf, dass ich nicht flüchtete. Als ich hochging, zog ich dies einen Augenblick lang in Betracht, sagte mir aber dann, dass es nicht recht wäre, das Vertrauen der Beamten zu missbrauchen. Später, auf dem Weg ins Gefängnis, sah ich, dass es klug gewesen war, nicht zu fliehen. Auf der anderen Straßenseite erkannte ich eine Gruppe derselben Leute, die ich am Abend zuvor an der Synagoge gesehen hatte. Sie riefen mir Beleidigungen hinterher. Ich bin sicher, dass sie auf mich gewartet hatten. Die Gestapobeamten erklärten mir sodann, dass sie mich nur zu meinem eigenen Schutz verhaftet hätten. In meinem Büro kam ich nicht dazu, etwas zu tun. Das Telefon klingelte unablässig. Weinende Frauen riefen an, um mir zu erzählen, dass ihre Männer verhaftet worden waren, und zu fragen, was sie tun könnten. Ich antwortete: „Ich habe jetzt keine Zeit. Ich bin auch verhaftet worden. Wir müssen abwarten, wie sich die Situation entwickelt.“ Einige der Frauen fragten mich, was ich ihnen raten würde zu tun. Die Polizei war bei ihnen zu Hause gewesen, um ihre Männer oder Söhne zu verhaften, die bei Freunden waren oder im Auto durch die Stadt fuhren. Die Beamten hatten gesagt, dass sie später noch einmal wiederkommen würden, und die Frauen fragten mich, was sie tun sollten. Ich wusste, dass in Deutschland die Telefone abgehört wurden und dass es gefährlich war, ihnen einen von Herzen kommenden Rat zu geben, nichtsdestotrotz sagte ich diesen Frauen, dass ihre Männer sich verstecken sollten, bis diese Verhaftungswelle vorüber wäre.

Ich versuchte meine Freunde anzurufen, um ihnen den gleichen Rat zu erteilen, konnte jedoch keinen von ihnen erreichen.

Nochmals spielte ich einen Moment lang mit dem Gedanken zu flüchten. Ich nahm an, dass ich durch die Gärten entkommen könnte. Krefeld war eine Stadt der Gärten. Die meisten Häuser hatten Gärten nach vorne und nach hinten hinaus. In unserem Block waren die Gärten der vier Straßen in dem Platz zwischen den Häusern angelegt. Ich kannte den Weg zu den Häusern von Juden und Nichtjuden, von denen ich wusste, dass sie mir helfen würden. Aber mir wurde klar, dass ich von allen Seiten zu sehen wäre. Ich wusste zwar, zu welchen Häusern ich gehen könnte, aber ich sagte mir, dass ich nicht wüsste, wie die Bewohner einiger dieser Häuser darauf reagieren würden, und entschied mich schließlich dafür, das Vertrauen der beiden Beamten nicht zu missbrauchen. Sie könnten ihre Stellung verlieren oder noch grausamer als bislang zu unserem Volk werden. Dementsprechend kehrte ich in unsere Wohnung zurück und erklärte, dass ich fertig sei. Ich bat sie nur, ein Buch, Bridgekarten und einen Stift mitnehmen zu dürfen. Ich sagte:

„Ich kann kein Buch lesen, ohne anzustreichen, was mir darin wichtig erscheint.“ In Deutschland sind den Gefangenen der *Schupo* Schreibutensilien untersagt. Sie dürfen nur in Anwesenheit der Wächter schreiben. Die Beamten gestatteten mir jedoch mitzunehmen, was ich wollte.

Dann war ich bereit, das Haus zu verlassen. Hanna verlor die Fassung und begann bitterlich zu weinen. Ich sagte ihr, dass die Offiziere nur ihre Pflicht erledigten und sie tapfer sein solle. Ich würde dieser Regierung niemals die Gelegenheit geben, mich schwach werden zu sehen. Deswegen bat ich sie, stark zu bleiben.

Auf der Treppe fragten mich die Gestapoleute, ob wir im Haus Waffen hätten oder ob ich welche in den Taschen hätte. Sie hätten Befehl, danach zu suchen, und würden, so sagten sie, später zum Haus zurückkehren, um dies zu tun. Ich bat sie, dies zu unterlassen; sie könnten mir glauben. Der höhergestellte Beamte sagte: „Es wird ausreichen, wenn ich Ihre Taschen durchsuche. Ich kann später sagen, dass ich Sie nach Waffen durchsucht habe.“ Ich entgegnete: „Wenn Sie keine in meine Taschen oder mein Haus schmuggeln, werden Sie keine finden. Nicht eine einzige!“ Nachdem sie mich oberflächlich durchsucht hatten, entschuldigten sie sich, und wir verließen das Haus.

Auf der Straße erzählten sie mir, dass man alle anderen Glaubensbrüder, die man verhaftet hatte, in einen Polizeiwagen gesteckt hätte, sie aber bei mir eine Ausnahme machen würden. Sie hatten einen Sonderbefehl erhalten, mich zu verhaften. Es wäre gut, wenn ich eine Zeit lang ins Gefängnis käme. Wenn ich frei wäre, würden mich die Terroristen möglicherweise belästigen. Ich antwortete: „Ich weiß, dass in diesem Land nichts ohne das Einverständnis der Regierung passieren kann.“

[...] ²⁰

DOK. 132

Die Sicherheitspolizei beantragt am 10. November 1938 die Ausbürgerung Siegfried Gumbels und seiner Familie¹

Schnellbrief des RFSS/Chef der deutschen Polizei im RMdI (S-PP (II B) 5927/38), i.A. gez. Dr. Zimmermann,² an die Abt. I des RMdI vom 10.11.1938 (Durchschrift)³

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des jüdischen Emigranten Siegfried Gumbel, geb. am 15.3.1902 in Berlin,
letzter inländischer Wohnsitz: Berlin-Charlottenburg,
jetziger Aufenthalt: Sowjet-Union,

²⁰ Im letzten Teil beschreibt Rabbi Bluhm seine Freilassung, den darauf folgenden Abschied von seiner Gemeinde und seine Ausreise aus Deutschland.

¹ PAAA, R 99746.

² Dr. Herbert Zimmermann (1907–1965), Jurist; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; von 1937 an im Gestapo, 1939 Gestapo Münster, 1940 Leiter der Gestapo Bremen; von Aug. 1943 an KdS und Leiter der Gestapo in Bialystok, von Nov. 1944 an KdS in Metz; Vertr. des Chefs der Einsatzgruppe B; nach 1945 unter falschem Namen als Ingenieur tätig, von 1954 an Rechtsanwalt; nahm sich nach zwei Freisprüchen vor einem dritten Prozess das Leben.

³ Im Original diverse handschriftl. Unterstreichungen.

und Erstreckung der Ausbürgerung auf die Ehefrau Malwine, gesch. Mass, geb. Günsberg, geboren am 10.6. 1904 in Podwoloczyska,⁴

und das aus der Ehe hervorgegangene Kind Peter Paul Gumbel, geboren am 24.8. 1932 in Berlin-Schmargendorf.

Vorgang: Ohne.

Gumbel ist Jude und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Er ist von Beruf Buchhändler. *Gumbel* hat bereits lange Zeit vor der nationalsozialistischen Erhebung der KPD angehört und u. a. am 3. März 1929 als Fahnenträger an einem verbotenen kommunistischen Demonstrationszug teilgenommen. Er ist wegen Betruges und Widerstandes gegen die Staatsgewalt vorbestraft.

Im Oktober 1935 wanderte Gumbel mit seiner Familie aus dem Reichsgebiet aus und begab sich in die Sowjet-Union. In Moskau war er längere Zeit bei der berüchtigten „Deutschen Zentralzeitung“⁵ tätig, während die Frau Beschäftigung als Deutschlehrerin in einer Mittelschule fand. Im Februar 1938 wurde Siegfried Gumbel verhaftet und befindet sich seitdem im Gefängnis. Die Ehefrau und das Kind verliessen die Sowjetunion im September 1938 und begaben sich nach Finnland, wo sie z.Zt. von der jüdischen Gemeinde unterstützt werden.

Die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des Juden Gumbel sind gegeben, da er sich während seines Aufenthalts im Inlande kommunistisch betätigt und in der Sowjet-Union bei der deutschfeindlichen „Deutschen Zentralzeitung“ in Moskau gearbeitet hat. Um Gumbel im Falle seiner Ausweisung aus der UdSSR, mit der im Hinblick auf die z.Zt. dort stattfindenden Massenausweisungen Reichsdeutscher gerechnet werden kann,⁶ die Rückkehr in die Heimat zu verlegen und die Deutsche Volksgemeinschaft vor einer erneuten Berührung mit ihm zu bewahren, bitte ich, das Erforderliche mit möglichster Beschleunigung zu veranlassen.

Die Ausbürgerung bitte ich, auf die Ehefrau, die Jüdin Malwine, gesch. Mass, geb. Günsberg, geb. am 10.6. 1904 in Podwoloczyska, und das aus der Ehe hervorgegangene Kind *Peter Paul*, geb. am 24.8. 1932 in Berlin-Schmargendorf, zu erstrecken, da beide das Reichsgebiet zusammen mit Gumbel verlassen und sich bis zu seiner Verhaftung bei ihm aufgehalten haben.

Eine Vermögensbeschlagnahme und Verfallerklärung kommt nicht in Betracht, da die Eheleute keine Vermögenswerte mehr im Inlande besitzen.

Über den Ausgang des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten. Das Auswärtige Amt und die Deutsche Botschaft in Moskau haben je eine Durchschrift des vorstehenden Ausbürgerungsvorschlages erhalten.⁷

4 Richtig: Podwoloczyska.

5 Deutsche Zentralzeitung. Tageszeitung Moskau. Die Zeitung erschien von 1926–1939. Sie wurde von der Deutschen Sektion des ZK der KPdSU herausgegeben.

6 In den Jahren 1937 bis 1940 wurden in der Sowjetunion Ausländer, emigrierte Kommunisten ebenso wie Spezialisten, als vermeintliche Spione verhaftet. Viele derjenigen, die die sowjetische Staatsangehörigkeit angenommen hatten, wurden nach ihrer Verhaftung zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die anderen wurden ausgewiesen, darunter etwa 1000 Deutsche, die dann der Gestapo in die Hände fielen.

7 Am 1.12.1938 teilte die Deutsche Botschaft Moskau dem AA mit, dass sie gegen die Ausbürgerung Gumbels, seiner Ehefrau und seines Sohnes keine Bedenken erhebe; wie Anm. 1. Siegfried, Malwine und Peter Paul Gumbel standen auf der 84. Ausbürgerungsliste, die im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 298 vom 22.12.1938 veröffentlicht wurde.

DOK. 133

Der Gauleiter von Wien Globocnik berichtet über die Verhaftung von Juden und die Beschlagnahmung ihres Eigentums nach dem Pogrom¹

Bericht von Odilo Globocnik, undat.²

Bericht über die am 10. und 11. November durchgeführte Judenaktion

Am Mittwoch, den 9. November, anlässlich des Kameradschaftsabends im Rathaus in München teilte Pg. Dr. Goebbels öffentlich mit, dass auf den Mord des Gesandtschaftsrates vom *Rath* eine entsprechende Reaktion aus dem Volke erfolgen müsste. Er gab hierzu um ca. 22 h die Weisung, dass Aktionen grössten Stils mit vollkommen freier Hand für jedermann gegen Juden einzutreten haben, die mit einer entsprechenden Vernichtung des jüdischen Besitzes enden sollten. Ich telephonierte an meine Dienststelle nach Wien, dass Aktionen demonstrativer Art stattzufinden hätten unter der Beifügung, dass das Tragen von Uniformen während dieser Aktion strengstens verboten ist. Ebenso gab ich das strengste Verbot, Brandstiftungen, Totschläge, Raub und Erpressungsakte jedweder Art zu vollführen, daher sich die Aktion nur auf das Zertrümmern von Fensterscheiben und ähnlichem zu beschränken habe. Gauinspekteur Nemec,³ der diese Weisung entgegennahm, gab dieselbe um 1 h nachts an sämtliche 9 Kreisleiter weiter. Eine weitere Weisung ging dahin, sich der Polizei bei der Verhaftung von Juden und allfälligen Hausdurchsuchungen nach Waffen und belastendem Material zur Verfügung zu stellen.

Bei meiner Ankunft in Wien waren die Kreisleiter um 8 h früh gestellt und erfolgte die Berichterstattung. Die Meldungen waren folgende:

- a) Meine Weisungen waren durchgeführt und der Stand der verhafteten Juden ca 2000.
- b) Andere Formationen, die direkte Weisungen ihrer Dienststellen aus Berlin hatten, führten Sprengungen und Brandlegungen bei den jüdischen Tempeln durch, drangen in zahlreiche Geschäfte ein, zertrümmerten Einrichtungsgegenstände und die Warenbestände an Volksgenossen zur Verteilung brachten.
- c) Weiters lag eine Weisung des Reichspropagandaamtes vor, die per Fernschreiben um 3 h nachts ankam und der[en] Inhalt in seinen Auswirkungen weit über die von mir durchgegebenen Weisungen [hinaus] gegangen wäre.⁴ Ich verlas diese Weisung den Kreisleitern mit der Aufforderung, trotzdem in dem von mir gesteckten Rahmen zu bleiben.

Mein nächster Befehl lautete:

- a) Geschäfte von Juden werden geschlossen, die Schlüssel sind an die Polizei abzuführen. Beschädigte Fensterscheiben haben auf Kosten des jüdischen Geschäftsinhabers wieder hergestellt zu werden.
- b) In Wohnungen, die von Juden verlassen sind, haben die Möbel in ein Zimmer gestellt

¹ ÖStA/AdR 04, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2010/0, Kopie: DÖW, 9425; Abdruck in: Hans Safrian, Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 2008, S. 297–300.

² Satzbau wie im Original, Grammatik und Rechtschreibung behutsam korrigiert.

³ Vermutlich Josef Nemec (1901–1954), Beamter; 1932 NSDAP-Eintritt; Aug. 1940–Anfang 1942 Stabsführer SSPF Lublin.

⁴ Siehe Dok. 124 vom 9.11.1938, Anm. 14.

und dieses versiegelt zu werden und kann die Wohnung an Parteigenossen gegen entsprechenden Mietzins weitergegeben werden.

c) Bei Wohnungen und Geschäften, wo die Voraussetzung der Sicherheit der Ware nicht mehr gewährleistet ist, hat diese sofort in entsprechende Räume bei den Kreis- oder Ortsgruppenleitungen zusammengetragen zu werden.

d) Die Verhaftung von Juden ist laut vorerst gegebener Weisung weiter durchzuführen. Die Voraussetzung für alle diese Punkte war aber, dass die Partei als Assistenz für die Polizei zu fungieren habe.⁵

Um ca. 11 Uhr vormittags war eine Sitzung des Beirates der Vermögensverkehrsstelle. Dorthin gab Gauleiter Bürckel an Minister Fischböck die Weisung, für entsprechende Sicherungsmassnahmen zu sorgen. Minister Fischböck teilte mir das Ergebnis dieser Unterredung mit, während ich ihm von den von mir getroffenen Massnahmen Mitteilung machte und ihn aufforderte, nunmehr auf Grund seiner exekutiven Stellung als Minister hier die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Er akzeptierte die Vorschläge und frug mich, was er denn überhaupt tun sollte. Er teilte mir bei dieser Gelegenheit mit, dass die Sperrung von Geschäften gelegen komme, da ohnehin 5000 Kleinhandelsgeschäfte infolge Ueberlagerung gesperrt werden müssten. Kurze Zeit darauf teilte mir der Branddirektor Wiens⁶ mit, dass er bei einer neuerlichen Brandaktion, die die jüdischen Tempel betrifft, nicht mehr in der Lage sei, die entsprechende Löschungsaktion vorzunehmen, da er bereits sämtliches Material und Mannschaft, einschliesslich der ältesten Spritzen, mobilisiert habe. Ich verfügte hierauf die Einsetzung der bis dahin in Reserve stehenden SA und die Einstellung weiterer Aktionen. Diese Weisung ergab Reibungen zwischen den von mir beauftragten politischen Leitern und den mit der Brandaktion betrauten Männern. Es ist aber schliesslich und endlich die Aktion zum Stillstand gekommen.

Um 1 Uhr mittags hatte ich abermals die Kreisleiter zur Berichterstattung versammelt, wiederholte meine Weisungen und ergänzte sie dahin, dass vorläufig auch jene Geschäfte gesperrt blieben, die sich in Arisierung befinden, um einen Schaden hintanzuhalten. Bei dieser Besprechung war auch der Vertreter der Staatspolizeistelle Wien anwesend. Des weiteren ermächtigte ich die Kreisleiter, die Umsiedlung von bis dahin in Kleinwohnungen wohnenden Juden in bereitgestellte, unanbringliche Grosswohnungen vorzunehmen, wobei es den Juden freigestellt blieb, ihre Habe mitzunehmen oder sie in ihren alten Wohnungen in einem versiegelten Zimmer zu belassen. Gleichzeitig machte ich die Kreisleiter aufmerksam, dass im Laufe des Nachmittags die Anordnung für die Beendigung der Aktion zu erwarten sei. Tatsächlich kam um 4 Uhr Nachmittag dieser Befehl und zwischen 6 und 7 Uhr abends war die Aktion beendet.

Der Schaden des zerstörten Eigentums wurde auf ca RM 1000 000 geschätzt. Die beschlagnahmten und sichergestellten Wertgegenstände und Güter durch die Partei werden derzeit auf rund RM 25000 000.– geschätzt, die sonst der Weisung gemäß vernichtet worden wären.

Am Abend wurde dann sofort im Verein mit der Polizei Streifendienst eingesetzt und über die zwei kommenden Nächte beibehalten. Es wurde nach Ueberprüfung der einlan-

⁵ Handschriftl. am rechten Blattrand vermerkt: „Vorher mit Polizei zu vereinbaren“.

⁶ Branddirektor war Dipl. Ing. Paul Bernaschek; 1938 Branddirektor, 1940 Leiter der Feuerschutzpolizei.

genden Meldungen bei sämtlichen Kommissariaten der Polizei festgestellt, dass Plünderungen nur in ganz vereinzelt Fällen von unkontrollierbaren Elementen vorgenommen wurden; auf Grund dieser Tatsache war Ruhe und Sicherheit gegeben. 5 Tage und 5 Nächte wurden damit verbracht, das sichergestellte Gut zu sichten und listenmässig zu erfassen.

In einer mit dem Staatskommissar für die Privatwirtschaft durchgeführten Besprechung wurden die nunmehr zu treffenden Massnahmen über die Verwendung der Güter festgelegt und nach diesen die weitere Durchführung gehandhabt. Die staatlichen Stellen haben ihr[en] Apparat wohl restlos eingesetzt, man konnte aber infolge der geringen Kräfte auf die Assistenz der Partei nicht verzichten.

Aus dieser Aktion ergeben sich nunmehr folgende Vorteile:

- 1.) Es wurden von den 5000 zu sperrenden, laut Planung, Einzel-Kleinhandelsgeschäften 4000 innerhalb kürzester Zeit gesperrt und dadurch der arische Kleinhandel auf eine gesunde Wirtschaftslage gebracht und gestärkt.
- 2.) Die Lagerbestände werden an die arischen Geschäftsleute über Fachkommissionen bei Einhaltung der wirtschaftsnotwendigen Preise abgegeben.
- 3.) Leicht verderbliche Lebensmittel wurden der NSV übergeben.
- 4.) ca 2000 Parteigenossen haben durch diese Aktion entsprechende Kleinwohnungen erhalten.

Abschliessend wurde beigelegte Anweisung Gauleiter Bürckels⁷ mit meinen Ausführungsbestimmungen an sämtliche Dienststellen der Partei durchgegeben und ist derzeit in Durchführung begriffen.

Stimmungsmässig wurde die Aktion von der Bevölkerung eher ablehnend wie zustimmend bewertet. Die erlassenen Weisungen, die direkt aus dem Altreich kamen, gaben den einzelnen Formationen so viel Spielraum, dass eine Reihe von Dingen vorkamen, die in der Bevölkerung Befremden hervorriefen. Wenn auch der überwiegend grössere Teil der Aktion durch die politische Leitung in erträglichen Bahnen gehalten wurde, so sieht man bekanntermassen immer nur das Negative eines derartigen Geschehnisses. Für die tatsächlichen negativen Auswirkungen lehnt die Partei jedoch jede Verantwortung ab.

Bemerkenswert ist die Feststellung, dass die Juden, wie auf Grund der beschlagnahmten Einlagebücher, die in den Monaten Juni, Juli und August erhöhte Einlagen aufweisen, nachweisbar ist, Geschäfte unbekannter Art tätigten. Von diesen Einlagen wurden im Monate September namhafte Beträge abgehoben, die zum Ankauf von Schmuckgegenständen etc. verwendet wurden, in der Absicht, auf diese Art und Weise Vermögen in das Ausland zu schleppen. Durch den Zugriff der Polizei und Partei wurden ungeheuerere Wertverschleppungen verhindert, und es empfiehlt sich nun die Erlassung einer Verordnung, die die schärfste Kontrolle und Ueberprüfung bei Grenzübertritten Personen jüdischer Rasse und auch anderer zu Grunde hat.

⁷ Bürckel verfügte darin, dass die unbeschädigt gebliebenen jüdischen Geschäfte zu „arisieren“, alle anderen zu schließen seien. Beschlagnahmte Waren sollten zunächst registriert und dann vornehmlich an Geschäftsinhaber verteilt werden, deren nationalsozialistische Gesinnung ausser Zweifel stand; DÖW 9425.

DOK. 134

**SA-Männer aus Lesum erschießen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938
drei Juden in ihren Wohnungen¹**

Urteilsbegründung des Sondersenats des Obersten Parteigerichts der NSDAP (Geschäfts-Nr. Sondersenat Nr. 6), gez. Schneider, vom 20. 1.1939

Anlage 10²

Im Namen des Führers

Geschäfts-Nr. Sondersenat Nr. 6

In Sachen des SA- Scharführers u. Pg. August *Frühling*³ in Lesum und des SA-Rottenführers Bruno *Mahlstedt*,⁴

Mitglieds-Nummer⁵

hat der Sondersenat des Obersten Parteigerichtes der NSDAP in der Sitzung vom 20. Januar 1939 unter Mitwirkung des Richters

Pg. *Schneider* als Vorsitzenden

und der Richter Pg. *Koch-Schweisfurth*⁶

Pg. v. *Wauck* als Beisitzer

Pg. *Lohse*,⁷ Gauleiter,

Pg. *Damian*,⁸ SA-Gruppenführer als Schöffen

Für Recht erkannt:

Das Verfahren wird *eingestellt*.

Begründung:

I. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurden in Lesum bzw. Platjenwerbe das

1 BArch (ehem. BDC), OPG, Mahlstedt, Bruno, 12.7.07; Abdruck in: Wolfgang Scheffler, Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberporgroms 1938, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 44/78 vom 4. 11.1978, S. 15f.

2 Die Akte enthält außer der hier abgedruckten Urteilsbegründung keine weiteren Dokumente oder andere Anlagen.

3 August Frühling (1885–1966), Schiffingenieur; fuhr von 1908 an zur See, nach 1920 Maschineningenieur und Betriebsleiter in verschiedenen Firmen, zeitweise arbeitslos; 1933 SA-, 1937 NSDAP-Eintritt, 1938 SA-Scharführer; 1952 wieder als Schiffingenieur tätig.

4 Bruno Mahlstaedt (1915–2001), Offizier und Kaufmann; 1933 SA-Eintritt, 1938 SA-Rottenführer; nach der Pogromnacht Wehrmachtssoldat, zuletzt Hauptmann; 1951 kaufmännischer Angestellter, 1952 Prokurist, 1953 als Handelsvertreter und Betreiber einer Automatenwäscherei tätig, später Angestellter einer Tubenfabrik in Singen.

5 Im Original nicht ausgefüllt.

6 Emil Koch-Schweisfurth (1907–1991), Jurist; 1929 NSDAP-Eintritt; 1935 Landesverwaltungsrat in Sachsen; von 1936 an hauptamtlich Richter am Obersten Parteigericht (OPG); 1941 Landesoberverwaltungsrat, 1942 Oberlandesgerichtsrat in Kassel; von 1943 an Reichshauptamtsleiter und Vorsitzender der I. Kammer des OPG.

7 Hinrich Lohse (1896–1964), Handelskaufmann und Bankbeamter; 1921 NSDAP-Eintritt, 1925–1945 (mit Unterbrechung 1932) NSDAP-Gauleiter in Schleswig-Holstein; 1933–1945 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein; von 1937 an SA-Obergruppenführer; 1941–1944 Reichskommissar für das Ostland (Riga); 1945 Verhaftung, 1948 zu zehn Jahren Haft und Vermögensentzug verurteilt, 1951 entlassen.

8 Vermutlich Leopold Damian (1895–1971), Lehrer; 1929 NSDAP- und 1931 SA-Eintritt, 1937–1941 Chef des Gerichts- und Rechtsamts der Obersten SA-Führung, vom 9.11.1938 an SA-Gruppenführer, 1941–1945 Führer der SA-Gruppe Oberrhein (Straßburg), ehrenamtliches Mitglied des Volksgerichtshofs.

jüdische Ehepaar *Goldberg*⁹ und der jüdische Elektriker *Sinasohn*¹⁰ in ihren Wohnungen erschossen. Sinasohn wurde nach der Erschießung vergraben. Die Handlungen geschahen anlässlich der Massnahmen gegen die Juden nach dem Tod des Gesandtschaftsrates vom *Rath*. Die Ausführenden waren im Falle Goldberg der SA-Scharführer *Frühling*, im Falle Sinasohn der SA-Rottenführer *Mahlstedt*. Beide legten, zur Verantwortung gezogen, dar, über den Obersturmführer *Jahns*¹¹ bzw. den Obertruppführer *Harder*¹² von dem Sturmhauptführer *Köster*¹³ den Befehl zur Erschießung der Juden Goldberg und Sinasohn und zur Beiseiteschaffung des Sinasohn empfangen zu haben. Köster bestätigte in seiner Vernehmung die Richtigkeit der Darlegungen der SA-Männer. Zu seiner Rechtfertigung führte er aus, dass er den an sie bzw. ihre Führer Jahns und Harder in ihrer Anwesenheit gegebenen Befehl zur Beseitigung der Juden seinerseits von der Standarte 411 durch den Truppführer *Seggermann*¹⁴ erhalten habe. Dieser Befehl sei wiederum auf eine telefonische Anfrage seines von ihm in der Nacht geweckten Sturmbannführers *Roeschmann*¹⁵ von der Gruppe bestätigt worden.

Zu den Darlegungen Kösters ist auf Grund der Beweisaufnahme folgender Sachverhalt erwiesen:

Sturmhauptführer Köster, Bürgermeister der Stadt Lesum, wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 um etwa ½ 4 Uhr durch das Telefon geweckt. Sein Hausmeister, der ihn angerufen, teilte ihm mit, dass die Standarte 411 ihn zu sprechen wünsche. Auf der Standarte meldete sich ein Truppführer Seggermann. Es entwickelte sich folgendes Gespräch:

„Hier Standarte 411 Am Telefon Truppführer Seggermann. Haben Sie schon Befehl?“

Köster: „Nein“.

Seggermann: „Grossalarm der SA. In ganz Deutschland. Vergeltungsmassnahmen für den Tod vom Rath. Wenn der Abend kommt, darf es keine Juden mehr in Deutschland geben. Auch die Judengeschäfte sind zu vernichten. Sturmbannführer Roeschmann ist zu benachrichtigen.“

9 Dr. Adolph Goldberg (1860–1938), Arzt; von 1888 an Arzt in seinem Heimatort Burgdamm (Lesum), 1918 Sanitätsrat; 1895 heiratete er die aus einer Schweriner Kaufmannsfamilie stammende Martha Sussmann (1873–1938), die auch in seiner Praxis als Sprechstundenhilfe, Sekretärin und Buchhalterin arbeitete.

10 Leopold Sinasohn (1877–1938), Monteur; 1891–1894 Mechanikerlehre in Berlin, fuhr mehrere Jahre zur See, 1911–1933 für die Hanseatischen Siemens-Schuckert Werke GmbH in Bremen in der Abt. für Schiffbau tätig, zuletzt als Obermonteur des Baubüros.

11 Friedrich Jahns (1885–1939), Gärtner; Obersturmführer des SA-Reservesturms 29/411 Lesum-Ritthude.

12 Anton Dietrich Harder (1904–1964), Lehrer; 1933 SA-, 1938 NSDAP-Eintritt, 1935–1939 Führer der SA-Nachrichtentruppe Lesum, 1939 Obertruppführer; von 1953 an Versicherungs- und Handelsvertreter, von 1956 an als kaufmännischer Angestellter tätig.

13 Fritz Johann Köster (1906–1993), kaufmännischer Angestellter; 1932 SA- und 1933 NSDAP-Eintritt; 1934–1939 Bürgermeister in Lesum, anschließend in der Bremer Verwaltung; von 1943 an ORR, zuletzt Vertreter des Bausenators; 1944 SA-Obersturmbannführer; 1947–1953 inhaftiert; danach bei der Horten AG in Düsseldorf, in den 1970er-Jahren Berater der Lürssen-Werft.

14 Walter Seggermann (1908–1972), Kaufmann; 1933 SA- und NSDAP-Eintritt, von 1937 an bei der SA-Standarte 411 I der Brigade 62, Gruppe Nordsee, hauptamtlich als Kraftfahrer und Schreiber tätig, 1937 oder 1938 Obertruppführer; von 1939 an Wehrmachtssoldat, 1942 bei der Marine.

15 Ernst Röschmann (1913–1967), Kaufmann; 1931 SA- und NSDAP-Eintritt, von 1935 an hauptamtlich bei der SA, 1938 SA-Sturmbannführer; von 1939 an Wehrmachtssoldat; 1945 und 1952 als Handelsvertreter tätig, 1966 Geschäftsführer.

Köster hat den ganzen Befehl wiederholt und, überrascht durch den Inhalt des Mitgeteilten, nach der Wiederholung des Befehls noch einmal gefragt: „Was soll denn tatsächlich mit den Juden geschehen?“, worauf ihm von Seggermann die Antwort [erteilt] wurde: „Vernichten!“ Auf die weitere Frage von Köster, ob Sturmbannführer Roeschmann sich noch eine Bestätigung des Befehls holen solle, gab Seggermann die weitere Antwort: „Nein, handeln!“

Köster begab sich darauf zu dem Haus von Roeschmann, weckte ihn und teilte ihm den von der Standarte durch Seggermann erhaltenen Befehl mit. Wegen der Bedeutung des Befehls wurden beide sich einig, sich eine Bestätigung bei der Gruppe zu holen. Roeschmann telefonierte deshalb in Gegenwart von Köster auf der SA-Dienststelle mit der Gruppe. Dort meldete sich in vorübergehender, durch die Ereignisse bedingter Abwesenheit des Stabsführers Oberführer *Römpagel*¹⁶ der Sturmführer vom Dienst *Gross*.¹⁷ Roeschmann, der den erhaltenen Befehl am Fernsprecher nicht durchgeben wollte, sagte, als *Gross* sich meldete, lediglich: „Ich habe hier so einen verrückten Befehl; hat das mit dem seine Richtigkeit?“, worauf ihm *Gross* antwortete: „Jawohl, in Bremen ist schon die Nacht der langen Messer in Gange. Die Synagoge brennt bereits.“¹⁸ Auf die Frage Roeschmanns: „Ist das amtlich?“, antwortete *Gross*: „Das ist amtlich.“

Köster, der Roeschmann bei dem Telefongespräch am Tisch gegenüber sass, wollte Klarheit. Als er diese aus dem, was Roeschmann am Apparat zunächst sprach und fragte, nicht zu ersehen glaubte, schlug er, um sich verständlich zu machen und seiner Frage Nachdruck zu verleihen, während des Gesprächs mit der Faust auf den Tisch und sagte unter Anspielung auf die Worte Seggermanns zu Roeschmann: „Was heißt *vernichten*?“, worauf ihm Roeschmann wiederholte: „In Bremen ist bereits die Nacht der langen Messer im Gange“ und das Gespräch beendend antwortete: „Ja, Fritz, es ist so, wir müssen handeln.“ Roeschmann und Köster haben das von *Gross* Gesagte als eine Bestätigung des Befehls der Standarte aufgefasst, also die „Nacht der langen Messer“ auf die Beseitigung der Juden bezogen. Sie haben es nach ihren Aussagen um so mehr als eine Bestätigung des Befehls der Standarte angesehen, als kurz vor dem Gespräch mit der Gruppe die Polizeistation *Vege*sack die SA-Dienststelle angerufen und ihr mitgeteilt hatte, dass ein Sturmführer *Weber* unterwegs sei, einen von *Vege*sack nach *Blumenthal*, einem Nachbarort, geflüchteten Juden abzuholen. Sowohl Roeschmann als auch Köster erteilten sodann an ihre Männer in der Gewissheit, dass ein solcher Befehl nur im Einverständnis mit den höchsten Stellen gegeben werde, im Innern erschüttert, entsprechende Befehle, wobei Köster, als ihn der Obertruppführer *Harder* im Falle *Sinasohn* bei der Befehlsausgabe noch einmal fragte, was denn nun getan werden solle, antwortete: „Vernichten, verschwinden lassen“. Die Worte „verschwinden lassen“, die nach der Meinung Kösters nur ein weiterer Ausdruck für vernichten sein sollten, fasste *Harder* wörtlich auf, so dass nach der Erschiessung des *Sinasohn* durch *Mahlstedt* der Erschossene von *Harder* und seinen Leuten

16 Werner Römpagel (1911–1946), kaufmännischer Angestellter; 1928 SA- und 1929 NSDAP-Eintritt; von 1933 an hauptberuflich für die NSDAP tätig, 1937 SA-Oberführer, vom 1.7.1938 an Stabsführer der Gruppe Nordsee in Bremen, 1939 Führer der Brigade 63 Gruppe Nordsee in Oldenburg; 1942 im RMfBO.

17 Richtig: Arthur Groß (1910–1944), Verwaltungsgehilfe; 1932 NSDAP-Eintritt, 1934 erneut eingetreten, SA-Führer.

18 Die Synagoge in Bremen, die 1876 eingeweiht worden war, brannte in der Nacht vom 9./10.11.1938 ab.

auf einer Weide begraben wurde. Köster selbst ging mit einem seiner Truppführer zu einer jüdischen Familie, verhaftete sie und fuhr sie mit seinem Wagen auf freies Feld, um sie zu erschiessen. Er brachte die Erschiessung jedoch ebenso wenig wie sein Truppführer über sich, sondern liess die Juden auf dem Feld unter Abgabe eines Schreckschusses laufen.¹⁹

Bei den die Erschiessungen Ausführenden, Frühling und Mahlstedt, handelt es sich um gut beleumundete Männer, die der SA seit 1935 angehören, die nicht vorbestraft sind und denen von ihren zuständigen SA-Führern nach Charakter und Führung ein gutes Zeugnis ausgestellt wird. Irgendwelche selbstsüchtigen Motive waren bei keinem von ihnen festzustellen. Die Erschossenen sind sowohl Mahlstedt als auch Frühling unbekannt gewesen. Beide haben einem erhaltenen Befehl in selbstverständlichem Gehorsam nach schwerem inneren Kampf Folge geleistet.

Dieser Sachverhalt beruht auf den eidlichen Aussagen der Zeugen Roeschmann und Köster sowie auf den Bekundungen der Zeugen Gross und Seggermann.

II. Hinsichtlich der Übermittlung des angeblichen Befehls der Standarte 411 an Köster durch Seggermann konnten folgende Feststellungen getroffen werden:

Der Führer der Standarte 411, Standartenführer *Löber*,²⁰ war vom Kreisleiter und Zeugen *Kühn*²¹ in der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 dahin unterrichtet worden, dass

- 1.) die jüdischen Geschäfte zu zertrümmern und
- 2.) die Synagogen in Brand zu setzen seien.

Irgendwelche Befehle von der Gruppe hatte Löber nicht empfangen. Löber versuchte, seine Sturmbannführer in der Nacht von den geplanten Massnahmen in Kenntnis zu setzen. Er versuchte deshalb auch, den Sturmbannführer Roeschmann telefonisch zu erreichen. Als ihm dies nicht gelang, beauftragte er den bei der Standarte hauptamtlich tätigen Truppführer Seggermann, eine Verbindung mit dem Sturmhauptführer Köster herzustellen. Löber lässt die Möglichkeit offen, dass er nach vielen Versuchen, eine Verbindung zu erreichen, dem Truppführer erlaubt habe, sich mit Köster in Verbindung zu setzen und diesem selbst die besprochenen Befehle, nämlich 1.) die jüdischen Geschäfte zu zertrümmern und 2.) die Synagogen in Brand zu setzen, von denen allein die Rede gewesen sei, zu übermitteln. Seggermann teilte nach dem Gespräch mit Köster, an den Tisch des Standartenführers zurückkehrend und Meldung erstattend, diesem auch auf seine Frage, welche Befehle er übermittelt, mit, dass er die obigen 2 Befehle weitergegeben habe. Diese 2 Befehle sind im Bereich der Standarte 411 bis auf den vorliegenden Fall auch nicht überschritten worden.

Die Stimmung, die nach den übereinstimmenden Aussagen aller Beteiligten, und zwar hier der Zeugen Standartenführer Löber, Kreisleiter Kühn und des Truppführers Seggermann in jener Nacht in dem Café Wendt, in dem die Zeugen sassen, geherrscht hat, ist die gewesen, dass nun endlich der Zeitpunkt der restlosen Lösung der Judenfrage für gekommen erachtet wurde und dass die wenigen Stunden bis zum nächsten Tage genützt werden müssten. Es hat ferner die Auffassung geherrscht, dass bei dem geringsten Wider-

19 Es handelte sich um die Familie des Rabbis Isaak ter Berg aus Ritterhude.

20 Carl-Theodor Löber (1910–1940), kaufmännischer Angestellter; NSDAP-Mitglied, 1930 SA-Eintritt, SA-Führer der Standarte 411, Gruppe Nordsee; starb bei einem Flugzeugabsturz.

21 Hugo Kühn (1904–1943), Lehrer; 1925 NSDAP-Eintritt, 1933 Gaupropagandaleiter von Ost-Hannover, von 1934 an NSDAP-Kreisleiter von Wesermündung, später Wesermünde; von 1939 an Kriegsdienst, gefallen.

stand zu schiessen sei und dass es dabei auf ein Judenleben nicht ankomme. Sämtliche beteiligten Führer waren sich nach der Aussage des Standartenführers Löber jedoch auch darüber klar, dass irgendeine befehlsmässige Unterlage für eine solche Auffassung nicht vorhanden gewesen sei, dass aber dennoch so gegen die Juden vorgegangen werden könne und müsse und dass dies schliesslich auch die Auffassung der höchsten Stellen sei, die deshalb sich nicht deutlich ausdrückten, weil sie nicht eine für die Bewegung ungünstige Rechtslage mit einem eindeutigen Befehl hätten schaffen wollen.

Aus dieser von dem Zeugen Standartenführer Löber bekundeten Auffassung heraus will der Zeuge Seggermann sodann sein Gespräch mit Köster geführt haben, wie es bereits dargelegt ist und wie es von ihm in den wesentlichen Punkten zugegeben wird.

III. Was die von Roeschmann und Köster angeführte Bestätigung des Befehls durch die Gruppe angeht, so bestreitet der Zeuge Sturmführer Gross nicht, auf die Frage Roeschmanns: „Ich habe hier so einen verrückten Befehl, hat das mit dem seine Richtigkeit?“ mit „Jawohl“ geantwortet und zugleich erklärt zu haben, dass in Bremen die Synagoge bereits brenne und die Nacht der langen Messer im Gange sei. Er will aber die „Nacht der langen Messer“ nicht, wie Roeschmann, auf die Umbringung der Juden, sondern im wesentlichen nach dem Inhalt des ihm durch den Oberführer bekannt gewordenen Befehls des Gruppenführers auf die Inbrandsetzung der Synagogen, die Zerstörung der Geschäfte und die Unterbringung der Juden in Konzentrationslagern bezogen haben, zumal er auch habe annehmen können, dass Roeschmann den Befehl des Gruppenführers mit seiner Frage nach der Richtigkeit des von ihm empfangenen Befehls gemeint habe, worin von einer Beseitigung der Juden aber nichts zu lesen gewesen sei. Mit dem Ausdruck „die Nacht der langen Messer“ will Gross ferner lediglich von sich aus der Stimmung Ausdruck gegeben haben, die in der Nacht unter den SA-Führern geherrscht habe, nämlich, dass nunmehr der Zeitpunkt der völligen gewaltsamen Lösung der Judenfrage gekommen sei, bei der es auf das Leben eines Juden nicht ankomme.

Der Befehl des Gruppenführers, der dem Stabsführer der Gruppe, Oberführer Römpagel, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 telefonisch übermittelt wurde, ist von diesem wie folgt schriftlich zusammengefasst worden:

„Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören. Nach der Zerstörung hat eine SA-Wache aufzuziehen, die dafür zu sorgen hat, dass keinerlei Wertgegenstände entwendet werden können. Die Verwaltungsführer der SA stellen sämtliche Wertgegenstände, einschliesslich Geld, sicher.

Die Presse ist heranzuziehen.

Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. Es sind nur Wohnhäuser arischer Deutscher zu schützen von der Feuerwehr. Jüdische anliegende Wohnhäuser sind auch von der Feuerwehr zu schützen, allerdings müssen die Juden raus, da Arier in den nächsten Tagen dort einziehen werden.

Die Polizei darf nicht eingreifen. Der Führer wünscht, dass die Polizei nicht eingreift.

Die Feststellung der jüdischen Geschäfte, Lager und Lagerhäuser hat im Einvernehmen mit den zuständigen Oberbürgermeistern und Bürgermeistern zu erfolgen, gleichfalls das ambulante Gewerbe.

Sämtliche Juden sind zu entwaffnen. Bei Widerstand sofort über den Haufen schiessen.

An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen, mit etwa folgendem Text:

„Rache für Mord an vom Rath

Tod dem internationalen Judentum.

Keine Verständigung mit den Völkern, die judenhörig sind.

Dies kann auch erweitert werden auf die Freimaurerei.“

Stabsführer Römpagel hat diesen Befehl den erreichbaren SA-Führern schriftlich ausgehändigt, andere sind telefonisch von seinem Inhalt in Kenntnis gesetzt worden. Römpagel hat als Zeuge bekundet, dass er, nachdem er den Befehl erhalten, sich darüber klar gewesen sei, dass es Tote geben würde. Er habe aber weder den Gruppenführer gefragt, ob Juden umgelegt werden könnten, noch habe der Gruppenführer von sich aus ähnliches gesagt. Erst um 2 Uhr sei ihm vom Gruppenführer durch den Befehl, dass die Juden in ein Konzentrationslager gebracht werden sollten, Klarheit geworden, was mit den Juden zu geschehen habe. Er selbst habe aber auch vor Erhalt des zweiten Befehls den ersten Befehl nicht so aufgefasst, dass einfach bei jedem Juden Widerstand ohne weiteres anzunehmen sei, denn er habe selbst die Besitzer eines jüdischen Hotels ausgehoben, ohne diese irgendwie anzurühren. Allerdings sei die Meinung unter den SA-Führern, die auf der Gruppe erschienen waren, die gewesen, dass es nun auf Judenleben nicht ankomme und dass ruhig der eine oder andere über die Klinge springen könnte.

Bei den vernommenen SA-Führern handelt es sich durchweg um alte SA-Führer. Sie hinterliessen in der Verhandlung den denkbar besten Eindruck, sowohl hinsichtlich ihres ganzen Auftretens, ihrer Haltung und Einsatzbereitschaft, ihrer Wahrheitsliebe, von der auch dort nicht abgegangen wurde, wo sie sich selbst hätten belasten können, als auch hinsichtlich ihres Einstehens für ihre Männer und der diesen gegebenen Befehle.²²

DOK. 135

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien bittet die Zentralstelle für jüdische Auswanderung am 11. November 1938 darum, auf eine Mäßigung des antijüdischen Terrors hinzuwirken¹

Schreiben des Amtsvorstands der Israelitischen Kultusgemeinde, Engel, Wien, an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung (Eing. 12.11.1938), Wien, vom 11.11.1938

Es wird berichtet:

Der Dienstbetrieb der einzelnen Ämter der Israel. Kultusgemeinde und der ihr unterstellten Anstalten sowie der Parteienverkehr am 11.d. M. ergibt folgendes Bild:

Am 10.d. M. wurden unzählige Juden in ihren Wohnungen sowie auf der Strasse verhaftet und in verschiedene Polizeigefängnisse gebracht. Dieser Eingabe ist ein Verzeichnis derartiger Verhaftungen angeschlossen,² welches jedoch nur einen ganz kleinen Teil der

²² Wegen der Ermordung des Ehepaars Goldberg und von Leopold Sinasohn mussten sich Köster, Harder, Frühling, Mahlst[a]edt, Seggermann und Röschmann 1948 vor Gericht verantworten. Köster wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, die Strafe in der Revisionsverhandlung auf 15 Jahre herabgesetzt und er 1953 entlassen. Das Gericht verurteilte Frühling zu zehn, Harder zu acht Jahren Zuchthaus, beide wurden 1951 begnadigt. Mahlst[a]edt erhielt eine Strafe von achteinhalb Jahren Zuchthaus, Röschmann wurde zu vier Jahren, Seggermann zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

¹ BArch, ZB 7050 A. 17.

² Liegt nicht in der Akte.

der Kultusgemeinde gemeldeten Fälle enthält, wobei bemerkt werden muss, dass auch der gesamte Parteienverkehr der Israel. Kultusgemeinde, der am heutigen Tage im Zeichen der gestrigen Massnahmen steht, auch nur einen Bruchteil der Verhaftungen erfassen konnte. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Beamte und Angestellte der Israel. Kultusgemeinde Wien, deren Dienstleistung in der Auswanderungsabteilung unentbehrlich ist, sowie Beamte, die für eine Zuweisung an die Auswanderungsabteilung, deren Betrieb weisungsgemäss gesteigert werden soll, in Betracht kommen. Ein diesbezgl. Verzeichnis liegt dem Berichte bei.³

Unter den Verhafteten befinden sich die Gemeinde-Rabbiner:

Dr. Arthur Zacharias Schwarz,⁴ Wien 9., Wasagasse 31,

Josef Babad,⁵ Wien 1., Kai 17,

Dr. Gabriel M. Mehrer,⁶ Wien 4., Seisgasse 7,

Dr. Albert Weiner,⁷ Wien 10., Wielandplatz 7.

Unter anderem wurden auch viele Personen verhaftet, die bereits im Besitze einer Einreisebewilligung in verschiedene Zielländer waren, so dass durch ihre Verhaftung deren Ausreise verzögert wird oder überhaupt unterbleiben muss. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, dass der stellvertretende Leiter des Palästina-Amtes, Dr. Maurycy Grün,⁸ verhaftet wurde, dessen Dienstleistung besonders derzeit in Abwesenheit des Leiters des Palästina-Amtes, Dr. Alois Rothenberg, der sich im Auftrage der Zentralstelle für jüdische Auswanderung gegenwärtig in Paris und London befindet, unbedingt notwendig ist.

In zahlreichen Fällen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei in mehreren Wohnungen Einrichtungsgegenstände beschädigt und Brände gelöscht werden mussten. Unter anderem wurden in der Wohnung des Beirates der Israel. Kultusgemeinde Wien, Julius Steinfeld, Wien 2., Ob. Donaust. 59, der sich mit Fragen der Auswanderung befasst, schriftliches Material vernichtet, darunter 15 Affidavits zur Einwanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In mehreren Bezirken wurden die Wohnparteien aufgefordert, ihre Wohnungen innerhalb einer ganz kurzen Frist, oft 2–3 Stunden, zu verlassen; die Wohnungsschlüssel wurden abgenommen und in die einzelnen Ortsgruppenleitungen der NSDAP gebracht. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, in einzelnen, kleinen, unzulänglichen Räumen eine grosse Anzahl von Personen unterzubringen. Unter anderem wurden im Lehrlingsheim „Zu-

³ Liegt nicht in der Akte.

⁴ Dr. Arthur Zacharias Schwarz (1880–1939), Rabbiner und Literaturwissenschaftler; von 1914 an Rabbiner in Wien; 1938 Inhaftierung, nach schweren Misshandlungen durch die Gestapo konnte er 1939 nach Palästina emigrieren, wo er wenig später verstarb; Autor u.a. von „Die hebräischen Handschriften der Nationalbibliothek in Wien“ (1925).

⁵ Josef Babad (*1875), Rabbiner; Richter des Obersten jüdischen Gerichtshofs in Wien, emigrierte 1940 über die Niederlande nach Großbritannien.

⁶ Dr. Gabriel Meir Mehrer (1876), Rabbiner der Vereinssynagoge Beth Aharon in der Siebenbrunnengasse, 1940 nach New York emigriert.

⁷ Dr. Abraham (Albert) Weiner (1890–1970), Lehrer und Rabbiner; Bezirksrabbiner für das Burgenland, Inspektor des jüdischen Religionsunterrichts in Wien; 1939 Emigration nach Palästina; Mitbegründer und Rabbiner der Gemeinde Sheerit Jacob in Petach Tikvah.

⁸ Dr. Maurycy Moses Grün (*1890), Rechtsanwalt; Zionist, 1938 stellv. Leiter und 1940 Leiter des Palästina-Amtes Wien, 1939 ernannte Eichmann ihn zum Leiter der Zweigstelle Wien des Jüdischen Kulturbunds, ihm wurde verboten auszuwandern; 1943 Deportation nach Theresienstadt, 1944 nach Auschwitz; dort umgekommen.

kunft“, Wien 9., Gr. Torgasse 26, 50 Personen einquartiert. In der Wohnung des Amtsdirektors und Leiters der Israel. Kultusgemeinde, Dr. Josef Loewenherz, Wien 9., Nussdorferstr. 42, wurden ungefähr 15 Personen, bestehend aus jüdischen Wohnparteien der anliegenden Häuser, untergebracht. Der Amtsdirektor Dr. Josef Loewenherz weilt gegenwärtig im Auftrage der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Paris und in London, um mit den ausländischen Hilfsorganisationen wegen Bereitstellung von Devisenbeträgen und Beschaffung von Einreisemöglichkeiten zu verhandeln. Die Stellung des Leiters der Israel. Kultusgemeinde Wien und sein ausgedehnter Parteienverkehr macht die Herstellung der ungeschmälernten Verfügung über seine Wohnung unbedingt notwendig. Unter anderem wurde auch der Beirat der Israel. Kultusgemeinde Wien, zugeteilt der Fürsorgezentrale und der Auswanderungsabteilung, Dr. Leo Landau,⁹ in Untermiete bei seinem 76jährigen Schwiegervater, Jakob Schenkel, Wien 9., Porzellangasse 49a, aufgefordert, seine Wohnung innerhalb weniger Stunden zu räumen. Diesem Berichte wird eine auszugsweise Liste der bei der Israel. Kultusgemeinde gemeldeten Fälle von Wohnungskündigungen beigelegt,¹⁰ mit dem Bemerkten, dass bereits wiederholt darauf hingewiesen wurde, dass die einzelnen Familien bis zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung ihre Unterkunftsmöglichkeiten behalten müssen; insbesondere macht die vor einiger Zeit angeordnete Entfernung der Juden aus den einzelnen Gauen der Ostmark, welche zum Grossteil deren Uebersiedlung nach Wien notwendig machen wird, die Frage der Wohnungsbeschaffung äusserst dringlich.¹¹ Von den Wohnungskündigungen wurden auch mehrere Beamte und Angestellte der Israel. Kultusgemeinde betroffen, deren Dienstleistung unentbehrlich ist.

Von den einzelnen Aemtern der Israel. Kultusgemeinde ist das Steueramt, Wien 1., Rupprechtsplatz 1, versiegelt worden, ebenso die Bibliothek und das Archiv der Israel. Kultusgemeinde, Wien 2., Ferdinandsstr. 223. Es ist daher nicht gut möglich, ein Verzeichnis der durch Verhaftung am Dienst verhinderten Angestellten dieser Aemter zu übermitteln. Die Zeremonienhallen der Israel. Kultusgemeinde am Zentralfriedhof (I. Tor.) und Neuen Friedhöfe (IV. Tor.) sind zum Teil schwer beschädigt; die Einrichtungsgegenstände sind entfernt worden, so dass die ordnungsgemässe Durchführung der Leichenbestattungen nicht gewährleistet werden kann. Insbesondere muss hervorgehoben werden, dass Arbeitsbehelfe, Bücher, Karthothek und dergleichen beschlagnahmt wurden, wodurch die Dienstleistung der beiden Friedhofskanzleien besonders erschwert wird. Zum Teil ist es auch dem jüdischen Personal unmöglich, die Diensträume zu betreten.

Der Firma Luise Rosenberg, Wien 2., Nestroygasse 1, welche die für die Bestattung von Leichen notwendigen Särge erzeugt, wurde der Geschäftsbetrieb gesperrt und das Lokal versiegelt. Da der vorhandene Vorrat an Särgen nur noch einige Tage reicht, müsste die Arbeit in diesem Betriebe sofort in Angriff genommen werden, um die Beisetzung von Leichen nicht ins Stocken zu bringen.

⁹ Dr. Leo Landau (*1891), Jurist; 1930 Präsident des Verbands aller privaten Tempel-Vereinigungen in Wien, Obmann des Verbands der konservativen Bethäuser (mit Ausnahme der Häuser der Adass Jisroel), Zionist, Leiter zunächst der Flüchtlingsfürsorge der IKG Wien, später in der allgemeinen Fürsorgearbeit tätig.

¹⁰ Liegt nicht in der Akte.

¹¹ Eine zentrale Anordnung, dass die Juden aus den Gauen nach Wien umzuziehen hatten, ist nicht ergangen. In Linz verfügte die Gestapo im Juli 1938, dass die Juden die Stadt bis zum Jahresende zu verlassen hätten, Anfang Okt. 1938 erging eine ähnliche Weisung für Graz; Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 92.

Es wird gebeten, sämtliche Massnahmen, die eine ordnungsgemässe Durchführung der Beerdigungen ermöglichen, veranlassen zu wollen.

Im Altersheim der Israel. Kultusgemeinde, Wien 9., Seegasse 9, wurde in den Vormittagsstunden des 10. November l. J. eine Hausdurchsuchung vorgenommen; über Verfügung der Ortsgruppe wurde die zur Bedienung der telefonischen Hauszentrale bestimmte Beamtin entfernt und gegen eine arische Angestellte ausgetauscht. Dieselbe Massnahme wurde auch im Spital der Israel. Kultusgemeinde, Wien 18., Gürtel 97, angeordnet, wobei bemerkt werden muss, dass die massgebenden Stellen wiederholt ihre Absicht kundgetan haben, das arische Personal in diesen beiden Anstalten gegen jüdisches auszutauschen.

Die Kultusbezirksämter der Israel. Kultusgemeinde, Wien 15., Turnergasse 22, [Wien] 16., Hubergasse 8, [Wien] 18., Schopenhauerstr. 37, sind, soweit festgestellt werden kann, von SA-Gruppen besetzt. Die Freigabe dieser Aemter ist mit Rücksicht auf die räumliche Entfernung mancher Bezirke vom Hauptgebäude der Israel. Kultusgemeinde Wien unbedingt notwendig. In einzelnen Bezirken wurden am 10. und in den Vormittagsstunden des 11. November l. J. die Abgabe von Lebensmitteln an jüdische Parteien verweigert, was ebenfalls dazu beigetragen hat, unter der jüdischen Bevölkerung eine besondere Unruhe hervorzurufen.

Mit wenigen Ausnahmen mussten auch sämtliche Ausspeisungsstellen der Israel. Kultusgemeinde Wien ausser Betrieb gesetzt werden, da die Einrichtungsgegenstände beschädigt und Lebensmittelvorräte teils unbrauchbar gemacht, teils beschlagnahmt wurden. Die Wiederaufnahme der regelmässigen Ausspeisung ist mit Rücksicht auf die vorbereitete Winterhilfsaktion unbedingt notwendig.

Die Tagesheimstätte, Wien 2., Aspernbrückengasse 1, wurde während der Ausspeisung der Kinder besetzt, wobei das Essen unbrauchbar gemacht und die Einrichtungsgegenstände zerstört wurden. Die bei dieser Ausspeisung beschäftigten Mitarbeiter sowie die Kinder begleitenden Väter wurden in Gewahrsam genommen.

Die Vorgänge des gestrigen Tages brachten es mit sich, dass der Parteienverkehr in der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde Wien, obwohl mit [dem] heutigen Tage der normale Betrieb weisungsgemäss aufgenommen wurde, weit hinter dem Durchschnitt der vergangenen Wochen zurückbleibt. Die meisten Aemter sind damit beschäftigt, die über Verhaftung eines Angehörigen bzw. über eine kurzfristige Delegation klagenden Parteien zu beruhigen.

Da die Mitteilungen der Kultusgemeinde an die Gemeindemitglieder derzeit nicht gelangen können, wurden am Hauseingang grosse Tafeln mit der Inschrift angebracht, dass die Auswanderungsabteilung weiterarbeitet und den Parteienverkehr normal abwickelt. Nichtsdestoweniger muss festgestellt werden, dass der Dienstbetrieb sämtlicher mit der Auswanderung befassten Aemter durch die Ereignisse der letzten Tage stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die einzelnen Parteien sind durch die verschiedenen Vorfälle derart eingeschüchtert, dass sie davor zurückscheuen, das Amtsgebäude der Israel. Kultusgemeinde aufzusuchen. Die Israel. Kultusgemeinde Wien ist im Sinne der erhaltenen Aufträge eifrig bemüht, die Auswanderungsbewegung auszudehnen und zu intensivieren. Sie erachtet es daher als ihre Pflicht, diesen Bericht mit der dringlichen Bitte vorzulegen, die Bemühungen der Israel. Kultusgemeinde Wien auf dem Gebiete der Auswanderung durch beruhigende Massnahmen, welche einen normalen Parteienverkehr ermöglichen, unterstützen zu wollen.

DOK. 136

**Der bayerische Innenminister informiert den Bayerischen Ministerpräsidenten
am 11. November 1938 über Beendigung und Folgen der Pogromnacht¹**

Schreiben des Staatsministeriums des Innern, Adjutantur (Tgb. Nr. 15764), Karl Oberhuber,² München, an den Bayerischen Ministerpräsidenten,³ Bayerische Staatskanzlei, München, vom 11.11.1938⁴

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Ich nehme höflichst auf meine fernmündliche Mitteilung vom 10. November abends an Sie nach Würzburg Bezug und gestatte mir höflichst, Ihnen anbei den Ihnen durchgegebenen Text zu übermitteln.

Heil Hitler!

Karl Oberhuber

1 Anlage!

Abschrift!

Ich habe die Ehre, Ihnen folgendes, bereits fernmündlich Durchgegebene, zu übermitteln: Reichsminister Pg. Dr. Goebbels hat dem Herrn Minister fernmündlich folgendes mitgeteilt:

„Sämtliche Aktionen gegen die Juden sind als abgeschlossen zu betrachten, nachdem Pg. Goebbels dem Führer Vortrag erstattet hat. Der Führer sanktioniert die bisher getroffenen Massnahmen und erklärt, dass er sie nicht missbillige. Er hat weiterhin nichts dagegen, wenn die einzelnen Gauen von sich aus versuchen, jüdische Geschäfte zu schliessen oder zu arisieren, je nach Lage in den Gauen. Der Führer gedenkt, ungefähr in einer Frist bis Ende dieses Jahres alle jüdischen Geschäfte gegen eine auf den Namen des Inhabers lautende gering verzinsliche Staatsanleihe zu enteignen.

Bezüglich des Protestes des polnischen Generalkonsulats über den toten Juden Both⁵ sollen wir diesen Schritt nicht allzu ernst nehmen. Wir stellen anheim, die polnischen Juden aus München herauszunehmen, um sie nicht in Gefahr zu bringen, da bei solchen spontanen Aktionen kaum ein Unterschied zwischen polnischen und deutschen Juden gemacht wird.“

Ich übermittle Ihnen folgende Anordnung des Herrn Staatsministers:

1 BayHStA, StK 6412, Bl. 9–12.

2 Karl Oberhuber (1900–1981), Kaufmann; 1922–1923 NSDAP- und SA-Mitglied, 1928 erneut NSDAP-Eintritt; von 1935 an Adjutant des bayer. Innenministers und Münchener Gauleiters Adolf Wagner, von 1939 an Leiter der Adjutantur; 1942 Brigadeführer im NSKK; 1943 ORR im RMdI; 1945 interniert, im Entnazifizierungsverfahren 1949 als Mitläufer eingestuft und zu einer Geldstrafe verurteilt.

3 Ludwig Siebert (1874–1942), Politiker und Jurist; 1905–1906 Staatsanwalt in Bayern, 1908–1919 Bürgermeister von Rothenburg o. d. T., 1919–1933 von Lindau; 1931 NSDAP-Eintritt, 1933 SA-Ehrenmitglied; 1933–1942 Bayer. Ministerpräsident, bayer. Finanz-, von 1936 an auch Wirtschaftsminister; 1939–1942 Präsident der Akademie für Deutsches Recht.

4 Unleserliche, handschriftl. Anmerkungen.

5 Joachim (Chaim) Both (1876–1938), Kaufmann; 1908 zog er mit seiner Familie von Polen nach München, 1909 eröffnete er das Herrenbekleidungsgeschäft Both & Zeimer, das am 10.11.1938 zwangsweise geschlossen wurde; Joachim Both wurde in der Nacht zum 10.11.1938 in seiner Wohnung von den drei SA-Männern des Sturmes 22/1, Schenk, Schmidt und Heinrich, erschossen, nachdem sein Laden und seine Wohnung demoliert worden waren. Andreas Heusler, Tobias Weger, „Kristallnacht“. Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938, München 1998, S. 112–121.

„1) Es ist den Juden zu eröffnen, dass sie mit eigenen Mitteln die zerstörten Geschäfte in Ordnung zu bringen haben und die Schäden auf eigene Kosten zu nehmen haben.

2) Ferner haben die Juden aus eigenen Mitteln die Gehälter und Löhne der Angestellten zu tragen, solange die Juden noch Eigentümer der Geschäfte bzw. Unternehmungen sind, auch wenn diese geschlossen bleiben.

3) Den Juden ist ferner zu eröffnen, dass jeder Verkauf und jede Verkaufsverhandlung von jüdischen Geschäften und Unternehmungen und zwar von beweglichen und unbeweglichen Gütern der vorherigen Zustimmung der Gauleitung München-Oberbayern unterliegen.“

Diese Massnahme im Gau München-Oberbayern soll durch den Leiter der Polizeiabteilung, SS-Obergruppenführer Freiherrn von Eberstein⁶ über die Polizeidienststellen in ganz Bayern durchgegeben werden.

Eine Mitteilung für Herrn Ministerpräsident Siebert:

Es versuchen einige Länder, z.B. Oldenburg, jüdische Geschäfte und Unternehmungen sofort zu enteignen. Es ist, vertraulich mitgeteilt, die Meinung des Führers, dass diesen örtlichen Regelungen nicht durch eine Reichsregelung vorgegriffen werden soll.

Heil Hitler!

DOK. 137

SA-Brigadeführer Lucke meldet am 11. November 1938 die Zerstörung von 36 Synagogen in Hessen¹

Schreiben des Führers der SA-Brigade 50 (Starkenburg) (Abteilung F Br. B. Nr. 4309),² ungez., Darmstadt, an die SA-Gruppe Kurpfalz, Mannheim, vom 11.11.1938

Am 10.11.1938 3 Uhr erreichte mich folgender Befehl :

„Auf Befehl des Gruppenführers³ sind sofort innerhalb der Brigade 50 sämtliche jüdischen Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen.

Nebenhäuser, die von arischer Bevölkerung bewohnt werden, dürfen nicht beschädigt werden. Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Meutereien oder Plünderungen sind zu unterbinden.

6 Karl Friedrich Freiherr von Eberstein (1894–1979), Bankkaufmann; 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch; 1925 NSDAP- und 1929 SS-Eintritt, 1930–1933 SA-Mitglied; 1936–1942 Polizeipräsident in München, von 1937 an Leiter der Polizeiabt. im bayer. Innenministerium; von 1938 an Höherer SS- und Polizeiführer in München; nach 1945 Bankkaufmann in Tegernsee.

1 AJA, The World Jewish Congress Collection Series C: Institute of Jewish Affairs, 1918–1979, Sub-series 3: War Crimes and Retribution, 1918–1979, Box C 156, File 7; Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 27, Nürnberg 1948, S. 487–489 (Nürnberger Dokument 1721 – PS).

2 Karl Lucke (1889–1945), Verwaltungsangestellter; von 1920 an Verwaltungsinspektor bei der Badischen Landesversicherungsanstalt; 1930 NSDAP- und 1931 SA-Eintritt, 1936–1942 SA-Brigadeführer der Brigade 50 in Darmstadt, von 1939 an stellv. Führer der Gruppe Kurpfalz, von 1942 an Führer der Gruppe Mittelrhein.

3 SA-Gruppenführer Kurpfalz war von Nov. 1937–Jan. 1942 Herbert Fust (1899–1974), Landwirt und Gutsverwalter; 1930 NSDAP- und SA-Eintritt; 1933–1945 MdR; 1933–1934 Sonderbevollmächtigter der Obersten SA-Führung in Hamburg und Mecklenburg, 1941 SA-Obergruppenführer; nach 1945 interniert.

Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr an Brigadeführer oder Dienststelle.“

Die Standartenführer wurden von mir sofort alarmiert und genaustens instruiert und mit dem Vollzug sofort begonnen.

Ich melde hiermit, es wurden zerstört im Bereich der

Standarte 15

- 1.) Synagoge in Darmstadt, Bleichstrasse durch Brand zerstört
- 2.) “ “ “ Fuchsstrasse “ “ “
- 3.) “ “ O./Ramstadt Innenraum und Einrichtung zertrümmert
- 4.) “ “ Gräfenhausen “ “ “ “
- 5.) “ “ Griesheim “ “ “ “
- 6.) “ “ Pfungstadt “ “ “ “
- 7.) “ “ Eberstadt durch Brand zerstört

Standarte 145

- 1.) Synagoge in Bensheim durch Brand zerstört
- 2.) “ “ Lorsch in Hessen “ “ “
- 2.) “ “ Heppenheim “ “ und Sprengung zerstört
- 3.) “ “ Birkenau durch Brand zerstört
- 4.) Gebetshaus in Alsbach “ “ “
- 5.) Versammlungsraum in Alsbach “ “ “
- 6.) Synagoge in Rimbach Inneneinrichtung vollst. zerstört.

Standarte 168

- 1.) Synagoge in Seligenstadt durch Brand zerstört
- 2.) “ in Offenbach “ “ “
- 3.) “ in Klein-Krotzenburg “ “ “
- 4.) “ in Steinheim a/M “ “ “
- 5.) “ in Mühlheim a/M “ “ “
- 6.) “ in Sprendlingen “ “ “
- 7.) “ in Langen “ “ “
- 8.) “ in Egelsbach “ “ “

Standarte 186

- 1.) Synagoge in Beerfelden durch Sprengung zerstört
- 2.) “ in Michelstadt Inneneinrichtung zertrümmert
- 3.) “ in König “ “ “
- 4.) “ in Höchst i/O. “ “ “
- 5.) “ in Gross-Umstadt “ “ “
- 6.) “ in Dieburg “ “ “
- 7.) “ in Babenhausen “ “ “
- 8.) “ in Gross-Bieberau durch Brand zerstört
- 9.) “ in Fränk. Crumbach Inneneinrichtung zerstört
- 10.) “ in Reichelsheim “ “ “

Standarte 221

- 1.) Synagoge und Kapelle in Gr. Gerau durch Brand zerstört
- 2.) “ in Rüsselsheim niedergerissen u. Inneneinrichtung zerstört
- 3.) “ in Dornheim Inneneinrichtung zerstört
- 4.) “ in Wolfskehlen “ “ “

DOK. 138

**Ruth Maier beschreibt am 11. November den Pogrom, Misshandlungen
und Verhaftungen von Juden in Wien¹**

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier, Eintrag vom 11.11.1938

Sie haben uns geschlagen! Gestern war der schrecklichste Tag, den ich je erlebt habe. Ich weiß jetzt, was Pogrome sind, weiß, was *Menschen* tun können, Menschen, die Ebenbilder Gottes.

In der Schule sagte uns der Direktor: „Ja, also, sie zünden Tempel an, verhaften, schlagen ... vor der Tür steht ein Lastauto ... Drei Professoren haben sie verhaftet.“ ... Dann werden wir nach der Reihe zum Telefon gerufen ... wie in einem Schlachthaus, wir trauten uns nicht auf die Straße, lachten ... machten Witze, waren nervös ... Mit dem Taxi fuhren Dita² u. ich nach Hause, es sind 100 Schritte. Wir rasten durch die Straße, es war wie im Krieg ... Leute starrten, kalte Luft, Gestalten u. vorn ein Lastauto mit Juden, ganz aufrecht, wie Schlachtvieh! Diesen Anblick werd' und darf ich nie vergessen. Juden wie Schlachtvieh im Lastauto ... Leute starren.

Wir schlüpfen wie gehetztes Wild ins Haus, keuchten die Stiegen hinauf. Dann begann es. Sie schlugen, sie verhafteten, zerdroschen Wohnungseinrichtungen etc. Wir saßen alle so bleich zu Haus und von der Straße kamen Juden zu uns wie Leichen.

Ich fragte: „Wie ist es draußen?“ – „Mies!“

Grete L. haben sie 46 RM. weggenommen, haben geschrien, eine 75jährige Frau haben sie geschlagen, und sie schrie, sie haben ihr die Wohnung mit einem Hammer zerschlagen etc.

Heute ging ich durch die Gassen. Es ist wie am Friedhof. Alles zerschlagen mit Lust u. Freude, die jüd. Geschäfte versiegelt, nichts als Rollbalken. Dann ein Zettel: „Das Inventar dieses Cafés in arisch. Händen: nicht beschädigen!“

In dem Volksruf³ steht: „Wo bleibt der gelbe Fleck?“

Und wenn wir alle einen gelben Fleck tragen müssen: Sittlich, im Inneren, unsere Welt, die wir mit uns tragen, die können sie uns nicht nehmen. Und drum lassen sie ihre Wut an Fensterscheiben aus, schlagen uns, schreien: „Juda verrecke!“

Unten sagt ein Arier: „Dem Juden hab' ich an Steißen gebn, dass er glei in Winkel taumelt ist.“

Menschen, Ebenbilder d. Götter! Und dann: „Selig sind, die Verfolgung leiden, um der Gerechtigkeit willen.“⁴

1 HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier: „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 147f.

2 Judith Suschitzky, geb. Maier (*1922), jüngere Schwester von Ruth Maier; emigrierte 1939 nach Großbritannien.

3 Nicht ermittelt.

4 NT: Matthäus, 5, 10.

DOK. 139

Heydrich ordnet am 11. November 1938 an, dass Eichmann zu einer Besprechung über die künftige antijüdische Politik nach Berlin reist¹

Fernschreiben des RFSS-Sicherheits-Diensts II 1 (FS-Kontrollstreifen Nr. 71014 aufgegeben 11.11.38 1310), gez. SS-Sturmbannführer Ehrlinger, an den SD-Führer des SSOA Donau, SS-Staf. Stahlecker, vom 11.11.1938

Im Laufe des Sonntags-Vormittag findet in Berlin eine grössere Besprechung statt, in welcher die mit den Aktionen gegen die Juden und der künftigen einzuschlagenden Generallinie zusammenhängenden Fragen besprochen werden sollen.² Da der Plan besteht, entsprechend der Regelung in der Ostmark auch im Reich eine Zentralstelle zu gründen, erscheint es Gruf. Heydrich zweckmässig, wenn SS-OStuf. Eichmann an der Besprechung teilnimmt, um zur praktischen Durchführung seine Erfahrungen mitzuteilen. Es wird demnach gebeten, SS-OStuf. Eichmann sofort nach Berlin in Marsch zu setzen. Er soll sich morgen, Sonntag, vormittags 08:30 Uhr bei SS-Stubaf. Ehrlinger im SD H Amt melden. –

DOK. 140

Hildegard Wagener empört sich am 11. November 1938 über die Gewalt gegen Juden¹

Handschriftl. Tagebuch von Hildegard Wagener, Eintrag vom 11.11.1938 (Abschrift)

11.11.1938

Ein deutscher Gesandtschaftsrat ist von einem 17jährigen Juden in Paris hinterrücks erschossen worden. –

In der Nacht nach dem Tode des Deutschen wurden sämtliche jüdischen Geschäfte in ganz Deutschland demoliert und viele Synagogen angesteckt. –

Sind wir aufrechte Deutsche oder ein Pöbelhaufen? Ist das eines deutschen Volkes würdig, Gewalt mit Gewalt zu vergelten? Ich schäme mich. –

Nein – nie im Leben kann ich unsere Antwort auf das Verbrechen in Paris gutheissen, und Gott sei Dank denken viele, viele mit mir so, Leute, die einen Krieg mitgemacht haben, Leute, die Reife und Erfahrung besitzen. Ich glaube, *das* Deutsche Volk ist es auch nicht, das so einen dummen Bubenstreich macht. Sollen wir die Fehler der anderen, die wir vorher ans Licht gezerrt haben und gescholten, nun nachmachen? Nein – vorleben sollen wir, zeigen, daß man auf geradem, freiem Weg sein Ziel viel besser erreicht. Mein Gott – ich habe Angst vor einer Vergeltung, denn das *ist* Unrecht, was hier geschehen. Wir sind doch *Menschen* und keine Raubtiere, die sich auf Wehrlose stürzen!

¹ RGVA, 500k-1-625.

² Gemeint ist die Besprechung im Reichsluftfahrtministerium am 12.11.1938; siehe Dok. 146 vom 12.11.1938.

¹ Original in Privatbesitz H. Wagener; Abschrift in: AdK, Berlin, Kempowski-Biographienarchiv, A 37.

DOK. 141

**Reichsinnenminister Frick verbietet den Juden am 11. November 1938
den Waffenbesitz¹**

Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden.

Vom 11. November 1938.

Auf Grund des § 31 des Waffengesetzes vom 18. März 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 265), des Artikels III des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 237) und des § 9 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete vom 1. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 1331) wird folgendes verordnet:

§ 1

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzbl. I, S. 1333)² ist der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schusswaffen und Munition sowie von Hieb- oder Stoßwaffen verboten. Sie haben die in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Munition unverzüglich der Ortspolizeibehörde abzuliefern.

§ 2

Waffen und Munition, die sich im Besitz eines Juden befinden, sind dem Reich entschädigungslos verfallen.

§ 3

Für Juden fremder Staatsangehörigkeit kann der Reichsminister des Innern Ausnahmen von dem im § 1 ausgesprochenen Verbot zulassen. Er kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen.

§ 4

Wer den Vorschriften des § 1 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen vorsätzlicher Zuwiderhandlung ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

§ 5

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 6

Diese Verordnung gilt auch im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten.
Berlin, den 11. November 1938

Der Reichsminister des Innern

Frick

¹ RGBL., 1938 I, S. 1573.

² § 5 der 1. VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBL., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

DOK. 142

**Göring erlegt den Juden deutscher Staatsangehörigkeit am 12. November 1938
eine Zwangsabgabe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auf¹**

Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit.

Vom 12. November 1938.

Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und harte Sühne.

Ich bestimme daher auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I, S. 887) das Folgende:²

§ 1

Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.

§2

Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern.

Berlin, den 12. November 1938

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

DOK. 143

**Göring verbietet am 12. November 1938 die Geschäfte
und Handwerksbetriebe von Juden¹**

Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Vom 12. November 1938.

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I, S. 887) wird folgendes verordnet:²

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 – Reichsgesetzbl. I, S. 1333)³ ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.

(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.

¹ RGBl., 1938 I, S. 1579.

² Zur DVO vom 18.10.1936 siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938, Anm. 2.

¹ RGBl., 1938 I, S. 1580.

² Zur DVO vom 18.10.1936 siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938, Anm. 2.

³ § 5 der 1. VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes galt; RGBl., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

(3) Jüdische Gewerbebetriebe (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 – Reichsgesetzbl. I, S. 627),⁴ die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2

(1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I, S. 45) sein.⁵

(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3

(1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.

(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

§ 4

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nichtjüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November 1938

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

DOK. 144

Göring verfügt am 12. November 1938, dass die Juden für die Pogromschäden aufkommen müssen¹

Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben.

Vom 12. November 1938

Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I, S. 887) verordne ich folgendes:²

§ 1

Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.

4 Die 3. VO zum Reichsbürgergesetz legte fest, welche Gewerbebetriebe als jüdisch zu gelten hatten; RGBL., 1938 I, S. 627f.

5 Das Gesetz zur nationalen Arbeit vom 20. 1. 1934 ernannte den Unternehmer bzw. den Firmenvorstand zum Betriebsführer.

1 RGBL., 1938 I, S. 1581.

2 Zur DVO vom 18.10.1938 siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938, Anm. 2.

§ 2

(1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.

§ 3

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, im Benehmen mit den übrigen Reichsministern Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Berlin, den 12.11.1938

Der Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Generalfeldmarschall

DOK. 145

**Maria Kahle aus Bonn und ihr Sohn werden am 12. November 1938
der Sympathie für Juden beschuldigt¹**

Bericht von Maria Kahle² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Letzte Augustwoche 1938 war der Deutsche Orientalistentag in Bonn. Mein Mann⁴ war Leiter der Tagung in enger Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und den örtlichen Behörden.

Anfang September war der internationale Orientalistentag in Brüssel. Mein Mann war Chef der deutschen Delegation, vom Ministerium ernannt. Aengstlicher noch als in Deutschland habe ich es in Brüssel vermieden, mich an irgend einem politischen Gespräch zu beteiligen. Wenn Ausländer mich nach meiner Stellung zum Nationalsozialismus fragten, habe ich sicher nicht gegen die Regierung geredet, wenn ich auch möglichst vermied, die Nazis zu loben.

Nach der Enttäuschung, die München für uns brachte,⁵ haben wir uns soviel wie möglich von der Aussenwelt abgeschlossen.

¹ Maria (Marie) Kahle, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 10–12, Harvard-Preisausschreiben, Nr. 101.

² Maria Kahle, geb. Gisevius (1893–1948), Lehrerin; 1914–1917 als Volksschullehrerin tätig, 1917 Heirat mit Paul Kahle; 1923–1939 lebte sie in Bonn, 1939 Emigration nach Großbritannien; Autorin von „Was hätten Sie getan?“ (1998).

³ Der Bericht umfasst zwölf Seiten. Im ersten Teil beschreibt Kahle die Situation nach Beginn des Ersten Weltkriegs. 1920 starben ihre Mutter und ihr ältester Sohn bei einer Grippeepidemie. 1933 verbot sie ihren Söhnen, in die Hitler-Jugend einzutreten. Nach dem Aprilboykott 1933 wurde sie aufgrund einer Denunziation wiederholt zur Gestapo vorgeladen.

⁴ Dr. Paul Ernst Kahle (1875–1964), Orientalist, Theologe; 1903–1908 Pfarrer und Leiter der Deutschen Schule in Kairo, 1909–1914 Privatdozent in Halle, 1914–1923 Professur in Gießen und 1923–1938 in Bonn, dort Direktor des Orientalischen Instituts; April 1939 Emigration nach Großbritannien; 1963 Rückkehr nach Düsseldorf.

⁵ Gemeint sind das Münchener Abkommen und die Zugeständnisse Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der deutschen Expansionspolitik; siehe Einleitung, S. 42.

Am 10. November 1938 um 1/2 12 vormittags kam die Frau eines jüdischen Kollegen⁶ zu mir und berichtete, dass die beiden Bonner Synagogen in Brand gesteckt worden seien und SS-Leute die jüdischen Geschäfte zerstörten, worauf ich ihr sagte: „Das ist doch nicht wahr!“ Sie gab mir ein Manuskript zum Aufbewahren, das Lebenswerk ihres Mannes. Einer meiner Jungen brachte dann dieselben Nachrichten.

Mein Dritter fuhr sofort, ohne dass ich das wusste, zu einem jüdischen Uhrmacher, half der Frau, einige Sachen zu verstecken, und brachte einen Koffer mit den wertvollsten Schmucksachen und Uhren nach Hause. Dann fuhr er zu einem Schokoladengeschäft, warnte die Inhaberin und half ihr, Tee, Kaffee usw. in ein entferntes Hinterzimmer zu bringen. Während vorn im Laden 3 SS-Leute in Uniform alles zerschlugen, ist er mit einem Koffer voll Wertpapieren zur Hintertüre hinausgegangen, hat auf der Strasse sein Rad genommen und ist nach Hause gefahren.

Er hat später noch wochenlang bei unseren Bekannten diese versteckten Sachen verkauft und den beiden Inhabern Geld verschafft, von dem die Gestapo nichts wusste. Ein jüdischer Kollege meines Mannes hat mit seiner Frau den ganzen 10. November bei uns gegessen und ist so der Verhaftung entgangen.

Vom 11. an waren meine Söhne eifrig beschäftigt, den jüdischen Ladeninhabern beim Aufräumen ihrer Läden zu helfen.⁷ Ich konnte mich ja nicht beteiligen, da ich die Stellung meines Mannes nicht gefährden wollte. Ich konnte nur die armen Leute besuchen. Bei einem dieser Besuche wurde ich mit meinem ältesten Sohne von einem Polizisten überrascht, der meinen Namen aufschrieb.

Die Folge war ein Zeitungsartikel im Westdeutschen Beobachter, Bonn, vom 17. November 1938, betitelt: „Das ist Verrat am Volke, Frau Kahle und ihr Sohn halfen der Jüdin Goldstein bei Aufräumarbeiten.“⁸ Auf Grund dieses Zeitungsartikels wurde mein Mann sofort beurlaubt, und es wurde ihm verboten, das orientalische Seminar und die Universitätsgebäude zu betreten. Meinem ältesten Sohn wurde auch das Betreten der Universität verboten. Er wurde von einem Disziplinargericht abgeurteilt, das Urteil liegt bei.⁹ In der Nacht wurde ein Angriff auf unser Haus gemacht. Die Scheiben wurden eingeschlagen usw. Die jungen Leute kamen wohl in der Absicht, mich mitzunehmen, konnten aber die Haustür nicht aufbrechen. Das Ueberfall-Kommando kam nach eini-

6 Margarete Philippson, geb. Kirchberger (1882–1993), Geografin; verheiratet mit dem Geographen Alfred Philippson (1864–1953); im Juni 1942 wurde das Ehepaar Philippson gemeinsam mit der Tochter Dora nach Theresienstadt deportiert, im Juli 1945 kehrten alle drei nach Bonn zurück.

7 Das Ehepaar Kahle hatte fünf Söhne: Wilhelm (1919–1993), Hans (1920–2003), Theodor (1922–1988), Paul (1923–1955) und Ernst (1927–1993).

8 Maria Kahle und ihr Sohn Wilhelm waren von dem Polizisten im Miederwarengeschäft von Emilie Goldstein (1875–1944) angetroffen worden, das sich in der Kaiserstr. 22, nahe der Wohnung von Familie Kahle, befand. In dem dreispaltigen Artikel wurden Mutter und Sohn mit vollem Namen und Adresse genannt und ihnen wurde vorgeworfen, sich „an die Seite der Juden“ gestellt und diesen „gegen ihr eigenes Volk“ geholfen zu haben. Es folgte eine Auflistung der angeblich von Juden zu verantwortenden Verbrechen, vom Betrug am Bonner Sparer bis zur „Schändung“ rheinischer Frauen durch die „schwarzen Horden wilder Kolonialtruppen“; der Artikel ist nachgedruckt in: Maria und Paul Kahle, Was hätten Sie getan? Die Flucht der Familie Kahle aus Nazi-Deutschland, Bonn 1998, S. 188–191.

9 Nach dem Disziplinarurteil der Universität Bonn vom 6. 12. 1938, abgedruckt in: ebd., S. 31–33, wiesen auch die Universitäten Leipzig und Frankfurt den Musikstudenten Wilhelm Kahle ab, und es fand sich keine Kirche in Bonn, die ihm die Benutzung der Orgel zu Übungszwecken erlaubt hätte. Er wurde auch später nicht rehabilitiert.

ger Zeit, verschwand aber sofort wieder. Einer der Polizisten gab mir den Rat, mal auf die Strasse zu sehen; wir fanden in grossen roten Buchstaben auf den Bürgersteig geschrieben: „Volksverräter! Judenfreund!“ und haben die Schrift dann mit Terpentin ausgewaschen. Da die Leute aber immer wieder kamen mit ihrem Auto, bin ich mit meinem Rad öffentlich fortgefahren. Ich wollte nicht vor den Augen meiner Kinder totgeschlagen werden und war ja auch nur eine Gefahr für meine Familie. Ich fand Unterkunft in einem kleinen Nonnenkloster, in dem die Nonnen sehr freundlich für mich und meinen Jüngsten gesorgt haben.¹⁰ Bei der Vernehmung von der Gestapo nach einigen Tagen wurde ich gefragt, ob ich die Nummer des Autos wüsste, dessen Insassen den Ueberfall gemacht hatten. Auf mein „Nein“ hin wurde ich entlassen. Als ich aus dem Gebäude der Gestapo kam, stand dasselbe Auto vor der Tür. Ich konnte sogar den Chauffeur erkennen.

Wichtig in dieser ganzen Zeit war ein Besuch im Januar 1939 von einem bekannten Nervenarzt, der als Reichsschulungsleiter in der Judenfrage Bescheid wusste.

Er hat mir, als wir während zwei Nachmittagen allein waren, gesagt, was mit mir und meiner Familie geschehen würde unter dem Motto: „Juden und Judenfreunde müssen ausgerottet werden.“ – „Wir rotten Judenfreunde mit der ganzen Nachkommenschaft aus.“ Dann sagte er, dass ich nicht zu retten sei, aber meine Familie. Als ich ihn fragte, was ich tun solle, erzählte er als Antwort einige Geschichten, in denen die Frau Selbstmord verübte und dadurch ihre Familie rettete. „Wieviele Veronal haben Sie“, fragte er dann. Auf meine Antwort: „Nur zwei Gramm“ hat er mir dann ein Rezept für das fehlende Quantum gegeben. Ich habe das Veronal einige Tage mit mir herumgetragen, dann aber beschlossen ich, nicht zu sterben, sondern zu versuchen, ins Ausland zu flüchten *mit* meiner Familie.

Von den Kollegen haben in vier Monaten 3 gewagt, zu uns zu kommen.¹¹ Ich durfte am Tage nicht ausgehen; als ich einmal abends eine Kollegenfrau traf und mich beklagte, dass *keine* Freundin oder Bekannte gewagt habe, mich zu besuchen, sagte sie: „Das ist keine Feigheit, wir tragen nur den Tatsachen Rechnung.“¹²

Als am 17. Februar 1939 die Gestapo meinem Mann verbot, mit Kollegen zu sprechen (1. Programmpunkt meines Bekannten), sah ich, dass es Zeit sei, Deutschland zu verlassen, ehe die Nazis mich und meinen Jungen ins Konzentrationslager bringen konnten (2. Programmpunkt meines Bekannten).

Ich nehme an, dass dieser Bekannte dem Kreisleiter gesagt hat, dass ich mir sicher das Leben nehmen werde und dass man mir den Pass wieder geben solle (den man mir nach dem 17. November abgenommen hatte). Anders kann ich mir nicht erklären, dass ich meinen Pass zurückbekam. Drei Tage später fuhr ich mit meinem Ältesten nach Holland und von da nach England. Hier haben unsere englischen Freunde für uns Geld gesammelt, und es fand sich eine wissenschaftliche Arbeit für meinen Mann. Als alle Mittel, meinem Mann mitzuteilen, dass er nun auch kommen sollte, fehlschlügen, fuhr ich nach Brüssel und traf dort meinen Mann. Nach *beinahe* unüberwindlichen Schwierigkeiten

¹⁰ Benediktinerinnenkloster Zur ewigen Anbetung, Bonn-Endenich, Kapellenstr. 6.

¹¹ Rudolf Thurneysen (1857–1940), Professor für Indogermanische Sprachwissenschaften in Bonn; Gerhard Deeters (1892–1961), Professor für Vergleichende Sprachwissenschaften in Bonn; Hans Bonnet (1887–1972) Professor für Ägyptologie in Bonn.

¹² Berly Bickel, geb. Braadland (1882–1972), Ehefrau von Ernst Bickel (1876–1961), Professor für Klassische Philologie in Bonn.

gelang es uns, auch die anderen Jungen aus Deutschland herauszubekommen. Am 2. April fuhren wir alle nach England herüber.

Als Schluss möchte ich nur noch sagen, dass ich die ganzen letzten Monate in Deutschland, wenn ich nicht einen Freund gehabt hätte, nicht durchgehalten hätte. Es war Professor Rademacher, Professor für katholische Dogmatik an der Universität Bonn.¹³ Sein letztes Wort an mich war: „Confide, filia, fidem tuam te salvam fecit!“¹⁴

Div. Anlagen.¹⁵

DOK. 146

Besprechung bei Göring am 12. November 1938 über die antijüdische Politik nach dem Pogrom¹

Stenographische Niederschrift² eines Teils der Besprechung unter dem Vorsitz von Feldmarschall Göring im RLM vom 12.11.1938, 11 Uhr³

Göring: Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers Bormann im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist.⁴ Durch telefonischen Anruf bin ich gestern vom Führer noch einmal darauf hingewiesen worden, jetzt die entscheidenden Schritte zentral zusammenzufassen.

Da das Problem in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen. Selbstverständlich ergeben sich daraus auch eine Reihe rechtlicher Maßnahmen, die sowohl in das Gebiet des Justizministers wie des

13 Dr. Arnold Rademacher (1873–1939), Priester und Theologe; 1917–1939 Professor in Bonn, 1928–1929 Rektor der Universität Bonn; 1914–1922 Hrsg. der „Jahresberichte der Görresgesellschaft“ und von 1936 an der „Grenzfragen zwischen Theologie und Philosophie“, Autor u.a. von „Gnade und Natur“ (1925).

14 Lat.: „Sei getrost, meine Tochter, dein Glaube hat dir geholfen!“, Matthäus 9, 22.

15 Im Anhang befindet sich eine handschriftl. Abschrift eines Plakats vom 17.11.1938, auf dem Frau Kahle und ihr Sohn als Volksverräter denunziert werden, das Disziplinarurteil der Universität Bonn gegen den Studenten Wilhelm Kahle sowie die Abschrift zweier Briefauszüge: In dem einen drückte Professor Walther Hinz sein Bedauern gegenüber seinem Kollegen Kahle wegen des „instinktlosen“ Verhaltens seiner Frau aus; Abdruck in: Maria und Paul Kahle, Was hätten Sie getan? (wie Anm. 8).

1 Nürnberger Dokument 18K-PS; Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. 28, Nürnberg 1948, S. 499–540.

2 Die Niederschrift ist unvollständig. Drei von insgesamt sieben Teilprotokollen sind nicht überliefert.

3 An der Konferenz nahmen über hundert hochrangige Beamte, Minister und Staatssekretäre teil, darunter für das RMdI Innenminister Frick, StS Stuckart sowie der Rassereferent Bernhard Lösener; für das AA der Leiter der Politischen Abt. Woermann und Judenreferent Schumburg, ferner Adolf Eichmann; Abdruck der Aufzeichnungen von Woermann und Schumburg zur Konferenz in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. V (Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten), Juni 1937–März 1939, Baden-Baden 1953, S. 761f.; die Notizen Löseners in: VfZ 9 (1961), H. 3, S. 260–313, zur Konferenz: S. 288–291.

4 Nicht ermittelt.

Innenministers fallen, dann die daraus zu folgernden Propagandamaßnahmen, die in das Gebiet des Herrn Propagandaministers fallen, selbstverständlich auch Maßnahmen des Finanzministers und des Wirtschaftsministers.

In der Sitzung, in der wir damals zum ersten Mal über diese Frage sprachen und den Beschluß faßten, die deutsche Wirtschaft zu arisieren, den Juden aus der Wirtschaft heraus und in das Schuldbuch hineinzubringen und auf die Rente zu setzen, haben wir leider Gottes nur sehr schöne Pläne gefaßt, die dann aber nur sehr schleppend verfolgt worden sind.⁵ Wir haben dann hier in Berlin eine Demonstration gehabt. Daraufhin ist dem Volk gesagt worden: es geschieht jetzt etwas Entscheidendes. Es ist aber wieder nichts geschehen.⁶

Wir haben jetzt diese Sache in Paris gehabt.⁷ Darauf folgten wieder die Demonstrationen, und jetzt muß etwas geschehen! Denn, meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt. Sie schädigen nicht den Juden, sondern schließlich mich, der ich die Wirtschaft als letzte Instanz zusammenzufassen habe. Wenn heute ein jüdisches Geschäft zertrümmert wird, wenn Waren auf die Straße geschmissen werden, dann ersetzt die Versicherung dem Juden den Schaden – er hat ihn gar nicht – und zweitens sind Konsumgüter, Volksgüter zerstört worden. Wenn in Zukunft schon Demonstrationen, die unter Umständen notwendig sein mögen, stattfinden, dann bitte ich nun endgültig, sie so zu lenken, daß man sich nicht in das eigene Fleisch schneidet. Denn es ist irrsinnig, ein jüdisches Warenhaus auszuräumen und anzuzünden, und dann trägt eine deutsche Versicherungsgesellschaft den Schaden, und die Waren, die ich dringend brauche – ganze Abteilungen Kleider und was weiß ich alles –, werden verbrannt und fehlen mir hinten und vorn, da kann ich gleich die Rohstoffe anzünden, wenn sie hereinkommen.

Das Volk versteht das natürlich nicht, und deshalb müssen hier Gesetze gemacht werden, die dem Volk einwandfrei zeigen, daß hier etwas getan wird. Ich wäre wirklich dankbar, wenn durch die Propaganda einmal auf diesen Punkt hingewiesen werden könnte, daß der Schaden leider Gottes nicht den Juden trifft, sondern tatsächlich die deutschen Versicherungsgesellschaften.

Nun habe ich aber keine Lust, die deutschen Versicherungsgesellschaften diesen Schaden tragen zu lassen. Ich werde deshalb auf Grund meiner Vollmacht eine Anordnung erlassen, und bitte da natürlich um die Mitarbeit der zuständigen Ministerien, damit das in das richtige Lot kommt und die Versicherungsgesellschaften den Schaden nicht zu tragen haben.

Es taucht aber sofort ein zweites Moment auf: diese Versicherungsgesellschaften können im Ausland rückversichert sein. Falls eine solche Rückversicherung hier in Frage kommt, möchte ich wieder nicht darauf verzichten, weil sie Devisen bringt. Das muß also unter-

⁵ Am 28.4. 1938 erklärte Göring in einer Ministerratssitzung die vollständige Eliminierung der Juden aus der Wirtschaft zum Ziel der Judenpolitik. Der Ministerrat beschloss u.a. den Ausschluss von Juden aus Teilen der gewerblichen Wirtschaft.

⁶ Nachdem Mitte Juni 1938 in Berlin mehrfach jüdische Geschäfte angegriffen worden waren, verkündete der Leiter der Inlandspresse im RMfVuP, Fritzsche, bei der Reichspressekonferenz am 20.6. 1938, dass Einzelaktionen in der Judenfrage nicht mehr am Platz seien, da die jüdischen Geschäfte gekennzeichnet würden; zu den Übergriffen siehe Einleitung, S. 18f. und Dok. 47 vom 22.6. 1938.

⁷ Gemeint ist das Attentat auf Ernst vom Rath.

sucht werden. Aus diesem Grunde habe ich auch Herrn Hilgard⁸ von den Versicherungen hierher bestellt, der uns am besten darüber Auskunft geben kann, wieweit die Versicherungsgesellschaften durch Rückversicherungen gegen solche Schäden gedeckt sind. Denn darauf möchte ich auf keinen Fall verzichten.

Darüber möchte ich keinen Zweifel lassen, meine Herren: die heutige Sitzung ist nicht dazu da, sich erneut darüber zu unterhalten, was getan werden sollte, sondern es fallen jetzt Entscheidungen, und ich bitte die Ressorts inständig, nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung der Wirtschaft zu treffen und mir vorzulegen, soweit das notwendig ist.

Bei der Arisierung der Wirtschaft ist der Grundgedanke folgender: Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab. Er wird dafür entschädigt. Die Entschädigung wird im Schuldbuch vermerkt und wird ihm zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst. Davon hat er zu leben.

Es ist selbstverständlich, daß wir diese Arisierung, wenn sie schnell erfolgen soll, nicht etwa zentral allein im Wirtschaftsministerium in Berlin machen können. Dann würde man damit nicht fertig. Auf der anderen Seite ist es aber unbedingt notwendig, ganz bestimmte Sicherheitskautele einzuschalten, damit in der nächsten Instanz, bei den Statthaltern und Gauleitern, die Dinge nun nicht unverständlich gemacht werden. Es müssen hier also sofort genaue Richtlinien herausgebracht werden. Darüber hinaus ist selbstverständlich die Arisierung aller größeren Unternehmungen – vom Wirtschaftsministerium ist noch festzusetzen, welche und wieviele Unternehmungen das sind – mir vorzubehalten; sie darf nicht durch einen Statthalter oder durch unsere Instanzen erfolgen, weil diese Dinge in den Außenhandel hinübergreifen und draußen oft große Probleme anrühren, die der Statthalter von seinem Ort aus unmöglich überblicken und lösen kann. Die muß ich mir vorbehalten, damit hier nicht ein größerer Schaden entsteht als der Nutzen, der erreicht werden soll.

Das Sichtbarste, meine Herren, für das Volk sind die jüdischen Kaufläden und nicht etwa die Beteiligungen. Deshalb muß hier begonnen werden, und zwar nach folgenden Theesen, die wir bereits festgelegt haben.

Zunächst gibt der Wirtschaftsminister bekannt, welche Geschäfte er überhaupt stilllegen will, weil sie übersetzt sind. Diese Geschäfte scheiden bei der Arisierung von vornherein aus. Die vorhandenen Waren sind für andere Geschäfte zum Verkauf freizustellen. Soweit sie nicht abgesetzt werden können, wird sich irgendein Weg finden, sie in die Winterhilfe hineinzuführen oder sonstwie zu verwerten. Es muß natürlich immer die kaufmännische Verwertung angestrebt werden; denn bei dieser ganzen Umwandlung soll der Staat nicht leiden, sondern soll einen Vorteil davon haben. Zweitens sind für die Kaufläden und Kaufhäuser – ich spreche jetzt nur von dem, was sichtbar zutage tritt – Kategorien aufzustellen entsprechend der Wichtigkeit der einzelnen Branchen.

Der Treuhänder des Staates schätzt das Geschäft ab und bestimmt, welchen Betrag der

⁸ Eduard Hilgard (1884–1982), Jurist; 1934 NSDAP-Eintritt; 1919–1921 Referent für Reparationsfragen im RFM, zuletzt ORR, 1921 Wechsel zur Allianz AG, 1921–1944 deren Vorstandsmitglied, 1934–1945 Leiter der Reichsgruppe Versicherungen; 1948–1953 Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz. Die Versicherungssummen wurden nicht an die deutschen Juden ausgezahlt, sondern vom Staat konfisziert. Die Verhandlungen zwischen Versicherern und Ministerialverwaltung zogen sich bis zum Aug. 1939 hin. Hilgard gelang es, die staatlichen Forderungen schließlich auf eine einmalige Zahlung in Höhe von 1,3 Mio. RM zu reduzieren.

Jude bekommt. Dieser Betrag ist selbstverständlich an sich schon möglichst niedrig zu halten. Das Geschäft wird dann von der Treuhand in arischen Besitz überführt, und hierbei ist der Aufschlag zu erzielen, d.h. das Geschäft ist entsprechend seinem normalen tatsächlichen Verkehrswert und Bilanzwert an den Mann zu bringen.

Hier setzen Schwierigkeiten ein. Es ist menschlich verständlich, daß in starkem Maße versucht wird, in diese Geschäfte Parteigenossen hineinzubringen und ihnen so gewisse Entschädigungen zu geben. Ich habe da entsetzliche Dinge in der Vergangenheit gesehen: daß sich kleine Chauffeure von Gauleitern derart bereicherten, daß sie auf diese Weise schließlich eine halbe Million Vermögen an sich gebracht haben. Die Herren wissen Bescheid? Das stimmt doch?

(Zustimmung.)

Das sind natürlich Dinge, die unmöglich sind. Ich werde nicht davor zurückscheuen, dort, wo unsauber verfahren wird, rücksichtslos einzugreifen. Sollte es sich um eine prominente Person handeln, die das Delikt ermöglicht, so werde ich binnen zwei Stunden beim Führer sein und diese Schweinerei ganz nüchtern vortragen.

Wir müssen darauf drängen, daß der Arier, der das Geschäft übernimmt, aus der Branche ist und davon etwas versteht. Er muß normalerweise auch das Geld für das Geschäft aus Eigenem aufbringen. Anzustreben ist also ein normaler Geschäftsverkauf, wie er zwischen zwei Kaufleuten – dem einen, der sein Geschäft verkaufen will, und dem andern, der es kaufen will – stattfinden würde.

Sind nun unter den Bewerbern Parteigenossen, so sind sie, wenn sie dieselben Bedingungen erfüllen, vorzuziehen, und zwar selbstverständlich in erster Linie der Geschädigte, dann ungefähr dem Parteialter nach.

Es können nun natürlich Ausnahmen stattfinden. Ein Parteigenosse ist nachweisbar dadurch geschädigt worden, daß ihm der Staat Schuschnigg oder Prag die Geschäftskonzession entzogen hat, daß er dadurch Pleite ging und kaputtgemacht wurde.⁹ Dieser Mann hat normalerweise Anrecht auf das Geschäft, und ihm wird auch geholfen, wenn er nicht die Mittel dafür besitzt. Die Treuhand kann das umso eher machen, je geschäftstüchtiger sie im sonstigen Verkehrsgang der Ueberführung verfährt. Diesem Parteigenossen kann das Geschäft möglichst billig übertragen werden. Man wird hier nicht den vollen Wert herausholen, sondern nur den Sperrwert, den der Jude bekommt. Unter Umständen wird man dem Mann auch noch ein Stützungsdarlehen geben, damit er zunächst zurecht kommt.

Ich betone aber noch einmal ausdrücklich: das kommt nur dort in Frage, wo der Parteigenosse ein solches Geschäft hatte, etwa in folgendem Fall: Ein Parteigenosse hatte ein Schreib- und Papierwarengeschäft. Schuschnigg hat ihm die Konzession entzogen. Er hat das Geschäft verloren und ist dadurch Pleite gegangen. Wenn jetzt ein jüdisches Papierwarengeschäft arisiert wird, soll dieser Parteigenosse hineingesetzt werden, möglichst zu Bedingungen, die er erfüllen kann. Das ist aber die einzige Ausnahme. Sonst muß kaufmännisch verfahren werden, wobei natürlich, wie ich eben schon sagte, der Parteigenosse jeweils den Vorzug hat, wenn die Bewerber gleich sind.

Bei der Uebertragung wird sich nun, wenn wir den Verkehrswert zugrunde legen, selbstverständlich ergeben, daß auf 100 zu übertragende jüdische Geschäfte bestenfalls vielleicht 60 Arier kommen, die bereit sind, die Läden zu übernehmen. Ich glaube nicht, daß

⁹ Gemeint sind NSDAP-Mitglieder, die in der Zeit des NSDAP-Verbots in Österreich dort oder im Sudetenland Nachteile aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit hatten.

wir heute für jedes jüdische Ladengeschäft einen Deutschen besitzen, der es erwerben will. Vergessen Sie doch nicht, daß der Jude sein Hauptbetätigungsfeld gerade im Handel gesehen hat. Hier steckt er doch zu 90 % drinnen. Ob wir überhaupt so viel Nachfrage, ja ob wir überhaupt so viele Menschen haben, bezweifle ich, zumal jetzt, wo die Leute überall ein Betätigungsfeld gefunden haben.

Darum bitte ich den Herrn Wirtschaftsminister, mir in der Stillegung der Geschäfte von vornherein sehr weit, außerordentlich weit zugehen, nicht nur so weit, als wir es selbst nach unserem Prinzip für richtig halten, sondern auch von dem Gedankengang ausgehend, daß hierfür keine Bewerber da sind. Das muß also absolut in Ordnung sein.

Die Uebertragung der Läden und Geschäfte wird man selbstverständlich den unteren Stellen überlassen müssen, nicht hier der Zentrale, sondern den Gauen bzw. der Reichsstatthalterschaft. Hier müssen Vertreter der Treuhandgesellschaft sitzen, wenn es auch nur sehr wenige Leute sind. Der Statthalter kann das nicht mit seinen Leuten, sondern das muß die Treuhand übernehmen. Aber der Statthalter ist derjenige, der nun nach den Richtlinien, die ihm gegeben sind, die Treuhand unterstützt, sie beaufsichtigt und ihr gerade in diesen Dingen der Uebergabe an Parteigenossen Anweisungen gibt.

Es ist selbstverständlich, daß diese Geschäfte nun nicht etwa auf einen Schlag verschwinden können. Aber es muß jetzt ab Montag,¹⁰ möchte ich sagen, damit derartig begonnen werden, daß die Umwandlung hier wenigstens an den auffallenden Punkten eintritt. Darüber hinaus kann man ja auch von vornherein zur Schließung gewisser Geschäfte schreiten, um die Sache hier zu erleichtern.

Ein weiterer Punkt! Ich habe festgestellt, daß Arier ein jüdisches Geschäft übernommen haben und dann so geschäftstüchtig waren, den Namen dieses jüdischen Geschäftes in irgendeiner Form mit „vormals“ beizubehalten oder überhaupt beizubehalten. Das darf nicht sein; das darf ich nicht erlauben. Denn sonst kommen Dinge vor, wie sie jetzt wieder passiert sind, daß Läden eingeschmissen wurden, deren Aushängeschild jüdisch klang und auch einmal jüdisch war, die aber jetzt längst arisiert waren. Hier darf und muß der jüdische Name der früheren Firma restlos ausgelöscht werden, und der Deutsche muß mit seinem Namen und seiner Firmenbezeichnung hervortreten. Ich bitte, daß das ganz klar durchgeführt wird. So viel zur Arisierung der Geschäfte und Engroslager, insbesondere des Aushängeschildes, möchte ich einmal sagen, alles dessen, was auffällt!

Auf die Konsequenzen, die sich daraus für den Juden ergeben, komme ich später zu reden, weil das mit anderen Punkten zusammenhängt.

Jetzt kommen die Fabriken. Bei den kleinen und mittleren Fabriken ist ähnlich zu verfahren, daß zunächst festgestellt wird:

1.) Welche Fabrik brauche ich überhaupt nicht? Welche kann man stillegen? Kann man nichts anderes daraus machen? – Dann wird sie möglichst rasch abgeschrottet.

2.) Wenn sie benötigt wird, wird sie nach denselben Richtlinien wie das Geschäft in arischen Besitz überführt. Alle diese Dinge müssen aber rasch geschehen, weil ja überall auch arische Angestellte sind. Ich möchte gleich sagen: wenn Geschäfte geschlossen werden, müssen die arischen Angestellten wieder sofort untergebracht werden. Bei dem riesigen Menschenbedarf, den wir heute haben, wird das eine Kleinigkeit sein, selbst wenn sie in die eigene Branche kommen müssen.

Wie ich eben sagte: wenn die Fabrik notwendig ist, wird sie arisiert. Wenn sie nicht not-

¹⁰ 14. 11.1938.

wendig ist, werden ihre Anlagen jener Aktion zur Verfügung gestellt, die ich sowieso in den nächsten Wochen durchführen muß, nämlich der Aktion zur Umwandlung von nicht lebensnotwendigen Produktionswerkstätten in lebenswichtige. Dazu werde ich noch sehr viel Raum und sehr viele Fabriken brauchen.

Wenn solch eine Fabrik aufgelassen wird oder umgewandelt wird, muß sofort nachgesehen werden: Was für Maschinen besitzt die Fabrik? Wo kann ich diese Maschinen unterbringen? Kann ich sie für die neue Aufgabe verwerten, oder wo ist eine dringende Nachfrage nach solchen Maschinen? Wo können sie hingebaut werden? Die Arisierung der Fabriken ist also eine noch schwierigere Aufgabe als die Arisierung der Kaufläden.

Nun kommen die größeren Fabriken, die von einem jüdischen Besitzer ohne verantwortliche Gesellschaft selbst geleitet werden, oder die Aktiengesellschaften, wo der Jude im Aufsichtsrat oder sogar im Direktorium drinsteckt, wo aber die Fabrik sonst im allgemeinen läuft. Hier ist die Sache wiederum sehr einfach: die Fabrik läuft weiter. Der Jude wird herausgenommen. Mit seinem Anteil wird genau so verfahren wie bei den Kaufläden und den Fabriken. D.h. sein Anteil, der in der Fabrik steckt, wird ihm zu dem Schlüssel vergütet, den wir festsetzen. Damit tritt er aus. Die Treuhand hat diesen Anteil in der Hand. Soweit es sich um Aktien handelt, auch die Aktien. Diesen Anteil kann sie nun wieder verkaufen bzw. kann die Aktien zunächst dem Staatsbesitz zuführen, und von dort können sie dann verwendet werden. Wenn ich also eine große Fabrik habe, die einem Juden oder einer jüdischen Aktiengesellschaft gehört, und der Jude scheidet aus, vielleicht mit seinen Söhnen, die noch darin waren, dann läuft die Fabrik ruhig weiter. Es muß vielleicht, weil der Jude das Geschäft selbst geführt hat, ein Direktor hereingesetzt werden. Aber sonst ist, besonders wenn die Fabrik sehr notwendig ist, alles im besten Gang.

Es ist also sehr einfach. Ich habe jetzt seinen Anteil. Den kann ich einem anderen Arier geben oder einer anderen Gruppe, bzw. ich behalte die Aktien. Die nimmt der Staat an sich und bringt sie, wenn sie börsengängig sind, an die Börse, wenn er es für richtig hält, oder verwertet sie selbst auf irgendeine Weise.

Nun spreche ich von den ganz großen Unternehmungen, wo der Jude noch zum Teil in dem Aufsichtsrat drin ist, wo ihm Aktien usw. gehören und er dadurch entweder Besitzer oder Hauptbesitzer ist, jedenfalls sehr stark interessiert ist. Auch da ist die Sache verhältnismäßig einfach: Er liefert das gesamte Aktienpaket aus. Diese Aktien werden ihm zu dem Kurs abgenommen, der von der Treuhand festgesetzt wird. Der Jude ist damit im Schuldbuch drin. Mit den Aktien wird so verfahren, wie ich eben gesagt habe. Diese Fälle können allerdings nicht mehr die Gaue und Reichsstatthalter regeln, sondern die müssen von uns hier oben gemacht werden, weil nur wir überblicken können, wo diese Fabriken hingebraucht werden müssen, in welchen Vereinigungen sie vielleicht mit anderen zusammengefaßt werden, wieweit der Staat sie selbst behalten wird, wieweit er sie einer Gesellschaft geben wird, die dem Reich gehört. Das sind alles Gesichtspunkte, die nur von hier aus geklärt werden können. Ich weiß natürlich: Je größer, umfangreicher und gewinnbringender das Unternehmen ist, desto stärker wird sich der Drang auch all der Herren Gauleiter und Statthalter von den verschiedenen Seiten bemerkbar machen, in den Besitz dieser Anteile zu kommen. Damit werden große Versprechungen auf Verschönerung der Hauptstädte usw. gemacht werden. Das kenne ich alles. Das geht nicht. Wir müssen hier zu einer ganz klaren, für das Reich Gewinn bringenden Aktion kommen.

Das gleiche Verfahren tritt da ein, wo der Jude sonst noch Anteil, Besitzanteil an der

Wirtschaft hat. Ich bin nicht so versiert, um zu wissen, in welcher Form das noch der Fall ist und wie weit ihm das noch weggenommen werden muß. Jedenfalls muß der Jude auf diese Weise nun sehr rasch aus der gesamten deutschen Wirtschaft hinaus.

Ich komme nun zu den Juden, die Ausländer sind. Wir müssen hier unterscheiden. Solche Juden, die wirklich Ausländer waren und geblieben sind, sind natürlich nach den Gesetzen zu behandeln, die wir mit diesem Land haben. Aber auch hier ist dafür Sorge zu tragen, daß sie freiwillig, durch sanften oder stärkeren Druck, durch geschickte Manöver hinausmanövriert werden. Auf die Juden aber, die im allgemeinen Deutsche waren, die immer in Deutschland gelebt haben und die eben nur, um sich in Sicherheit zu bringen, in den letzten Jahren diese und jene Staatsangehörigkeit angenommen haben, bitte ich keine Rücksicht zu nehmen. Mit denen wird man fertig. Oder haben Sie Bedenken?

*Woermann:*¹¹ Ich würde bitten, daß das Auswärtige Amt im Einzelfalle beteiligt wird, weil sich das generell sehr schwer entscheiden läßt.

Göring: In jedem Falle beiziehen können wir Sie nicht. Aber im ganzen selbstverständlich.

Woermann: Ich möchte jedenfalls den Anspruch des Auswärtigen Amtes auf Beteiligung anmelden. Man kann nicht wissen, welche Schritte unternommen werden.

Göring: Aber nur bei wichtigen Sachen! Auf jeden Fall möchte ich auf diese Kategorie keine Rücksicht nehmen. Denn ich habe jetzt erst gesehen, in welchem Ausmaß das geschehen ist. Das trifft besonders auf Oesterreich und die Tschechei zu. Wenn also jemand vorher im Sudetenland Tscheche war, so brauchen wir überhaupt keine Rücksicht zu nehmen. Da braucht auch das Auswärtige Amt nicht beteiligt zu werden, weil man da der Auffassung sein kann, daß der jetzt zu uns gehört. Aber es sind in Oesterreich und auch im Sudetenland sehr viele plötzlich Engländer oder Amerikaner oder sonst was geworden, und darauf können wir im allgemeinen nicht allzuviel Rücksicht nehmen.

*Es fehlt Turnus 2.*¹²

*Funk:*¹³ Das ist für uns eine ganz entscheidende Frage: Sollen die jüdischen Läden wieder aufgemacht werden?

Goebbels: Ob sie aufgemacht werden, ist eine andere Frage. Es handelt sich darum, ob sie wiederhergestellt werden. Ich habe Frist gestellt bis Montag.

Göring: Ob sie wieder aufgemacht werden, brauchen Sie nicht zu fragen. Dafür sind wir zuständig.

Goebbels: Nr. 2: Es sind fast in allen deutschen Städten Synagogen niedergebrannt. Nun ergeben sich für die Plätze, auf denen die Synagogen gestanden haben, die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Die einen Städte wollen sie zu Parkplätzen umgestalten, andere wollen dort wieder Gebäude errichten.

Göring: Wieviele Synagogen sind tatsächlich niedergebrannt?

¹¹ Dr. Ernst Woermann (1888–1979), Diplomat; 1937 NSDAP-Eintritt, 1938 SS-Eintritt; von 1938 an MinDir. und Leiter der Politischen Abt. im AA; 1942 SS-Oberführer; 1943 Botschafter in Nanking; 1949 zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

¹² Fehlendes Teilprotokoll.

¹³ Walther Funk (1890–1960), Journalist; 1922–1930 Chefredakteur der Berliner Börsenzeitung; 1931 NSDAP-Eintritt; von 1931 an Hitlers persönlicher Wirtschaftsberater; von 1933 an Pressechef der Reichsregierung, StS im RMfVuP, 1938 RWM, von 1939 an zudem Präsident der Reichsbank; 1946 im Nürnberger Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt, 1957 entlassen.

Heydrich: Es sind im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert,¹⁴ 7500 zerstörte Geschäfte im Reich.

Göring: Was heißt: durch Brand zerstört?

Heydrich: Z. T. abgebrannt, z. T. ausgebrannt.

Goebbels: Ich bin der Meinung, daß das der Anlaß sein muß, die Synagogen aufzulösen. Alle, die nicht mehr vollkommen intakt sind, müssen von den Juden niedergelegt werden. Die Juden müssen das bezahlen. Hier in Berlin sind die Juden dazu bereit. Die Synagogen, die in Berlin gebrannt haben, werden von den Juden selbst niedergelegt. Wir können sie z. T. zu Parkplätzen umgestalten, z. T. werden dort andere Gebäude errichtet werden. Das muß nun, glaube ich, als Richtschnur für das ganze Land herausgegeben werden, daß die Juden selbst die beschädigten oder angebrannten Synagogen zu beseitigen haben und der deutschen Volksgemeinschaft fertige freie Plätze zur Verfügung zu stellen haben.

Nr. 3: Ich halte es für notwendig, jetzt eine Verordnung herauszugeben, daß den Juden verboten wird, deutsche Theater, Kinotheater und Zirkusse zu besuchen. Ich habe schon auf Grund des Kulturkammergesetzes eine solche Verordnung herausgegeben.¹⁵ Ich glaube, daß wir uns das auf Grund unserer heutigen Theaterlage leisten können. Die Theater sind sowieso überfüllt. Wir haben kaum Platz. Ich bin aber der Meinung, daß es nicht möglich ist, Juden neben Deutsche in Varietees, Kinos oder Theater hineinzusetzen. Man könnte eventuell später überlegen, den Juden hier in Berlin 1 oder 2 Kinos zur Verfügung zu stellen, wo sie jüdische Filme vorführen können. Aber in deutschen Theatern haben sie nichts mehr verloren.

Weiterhin halte ich es für notwendig, daß die Juden überall da aus der Öffentlichkeit herausgezogen werden, wo sie provokativ wirken. Es ist z. B. heute noch möglich, daß ein Jude mit einem Deutschen ein gemeinsames Schlafwagenabteil benutzt. Es muß also ein Erlaß des Reichsverkehrsministers herauskommen, daß für Juden besondere Abteile eingerichtet werden und daß, wenn dieses Abteil besetzt ist, die Juden keinen Anspruch auf Platz haben, daß die Juden aber nur dann, wenn alle Deutschen sitzen, ein besonderes Abteil bekommen, daß sie dagegen nicht unter die Deutschen gemischt werden und daß, wenn kein Platz ist, die Juden draußen im Flur zu stehen haben.¹⁶

Göring: Da finde ich es viel vernünftiger, daß man ihnen eigene Abteile gibt.

Goebbels: Aber nicht, wenn der Zug überfüllt ist.

Göring: Einen Moment! Es gibt nur einen jüdischen Wagen. Ist er besetzt, müssen die übrigen zu Hause bleiben.

¹⁴ Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurden insgesamt etwa 1200 Synagogen und Betstuben zerstört, die meisten während des Novemberpogroms; Adolf Diamant, *Zerstörte Synagogen vom November 1938. Eine Bestandsaufnahme*, Frankfurt a. M., 1978.

¹⁵ In seiner Funktion als Präsident der Reichskulturkammer wies Goebbels die Leiter von Theatern, Konzert- und Vortragsveranstaltungen, Filmunternehmen und Veranstalter von Tanzvorführungen und Ausstellungen an, Juden den Zutritt zu verbieten; Amtliche Mitteilungen der Reichsmusikkammer, Nr. 22 vom 15.11.1938, S. 77. Der VB titelte: „Abrechnung des Reiches mit den jüdischen Verbrechern. Juden zum Besuch öffentlicher kultureller Veranstaltungen nicht mehr zugelassen“; VB, Norddt. Ausg., Nr. 317 vom 13.11.1938, S. 1.

¹⁶ Auf Anordnung Görings wurde Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen verboten, separate Abteile wurden ihnen nicht zur Verfügung gestellt; siehe Dok. 215 vom 28.12.1938. Das Verbot trat mit Erlass des Reichsverkehrsministers vom 23.2.1939 in Kraft; Abdruck in: Alfred Gottwald, Diana Schulle, „Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt“. Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1939–1945, Berlin 2007, S. 53.

Goebbels: Aber nehmen wir an: es sind nicht so viele Juden da, die mit dem Fern-D-Zug nach München fahren, sagen wir: es sitzen zwei Juden im Zug, und die anderen Abteile sind überfüllt. Diese beiden Juden hätten nun Sonderabteil. Man muß deshalb sagen: die Juden haben erst dann Anspruch auf Platz, wenn alle Deutschen sitzen.

Göring: Das würde ich gar nicht extra einzeln fassen, sondern ich würde den Juden einen Wagen oder ein Abteil geben. Und wenn es wirklich jemals so wäre, wie Sie sagen, daß der Zug sonst überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.

Goebbels: Das will ich nicht sagen. Ich glaube das nicht, sondern da muß eine Verordnung herauskommen.

Dann muß eine Verordnung herauskommen, daß es den Juden verboten ist, deutsche Bäder, Strandbäder und deutsche Erholungsstätten zu besuchen.¹⁷ Im vergangenen Sommer – –

Göring: Vor allen Dingen hier im Admiralspalast sind wirklich widerwärtige Sachen passiert.

Goebbels: Auch im Wannseebad. Eine Verordnung, daß es den Juden absolut verboten ist, deutsche Erholungsstätten zu besuchen.

Göring: Man könnte ihnen ja eigene geben.

Goebbels: Man könnte sich überlegen, ob man ihnen eigene gibt oder ob man deutsche Bäder zur Verfügung stellt, aber nicht die schönsten, daß man sagt: in den Bädern können sich die Juden erholen.

Es wäre zu überlegen, ob es nicht notwendig ist, den Juden das Betreten des deutschen Waldes zu verbieten.¹⁸ Heute laufen Juden rudelweise im Grunewald herum. Das ist ein dauerndes Provozieren, wir haben dauernd Zwischenfälle. Was die Juden machen, ist so aufreizend und provokativ, daß es dauernd zu Schlägereien kommt.

Göring: Also wir werden den Juden einen gewissen Waldteil zur Verfügung stellen, und Alpers¹⁹ wird dafür sorgen, daß die verschiedenen Tiere, die den Juden verdammt ähnlich sehen – der Elch hat ja so eine gebogene Nase –, dahin kommen und sich da einbürgern.

Goebbels: Ich halte dieses Verhalten für provokativ.

Dann weiter, daß die Juden nicht in deutschen Anlagen herumsitzen können. Ich knüpfe an an die Flüsterpropaganda durch Judenfrauen in den Anlagen am Fehrbelliner Platz.²⁰ Es gibt Juden, die gar nicht so jüdisch aussehen. Die setzen sich zu deutschen Müttern mit Kindern und fangen an zu mosern und zu stänkern.

Göring: Die sagen gar nicht, daß sie Juden sind.

Goebbels: Ich sehe darin eine besonders große Gefahr. Ich halte es für notwendig, daß man den Juden bestimmte Anlagen zur Verfügung stellt – nicht die schönsten – und sagt:

17 In vielen Badeorten war die Separierung oder Ausgrenzung jüdischer Gäste schon seit längerem üblich; das RmDI hatte diese Praxis in einem Erlass vom Juli 1937 offiziell gebilligt (VEJ1/289); in seinen geheimen Richtlinien vom 28.12.1938 betonte Göring erneut die Möglichkeit eines „Judenbanns“ in öffentlichen Badeanstalten, während Juden medizinische Heilbäder, falls ärztlich angeordnet, „im Einzelfall“ benutzen könnten; siehe Dok. 215 vom 28.12.1938.

18 Eine entsprechende Verordnung hat es nicht gegeben.

19 Friedrich Alpers (*1901), Jurist; 1929 NSDAP-, 1930 SA- und 1931 SS-Eintritt; von 1937 an StS und Generalforstmeister im Reichsforstamt; 1943 SS-Obergruppenführer; von 1944 an bei der Luftwaffe, vermisst.

20 Nicht ermittelt.

auf diesen Bänken dürfen die Juden sitzen. Die sind besonders gekennzeichnet. Es steht darauf: Nur für Juden!²¹ Im übrigen haben sie in deutschen Anlagen nichts zu suchen. Als letztes wäre noch folgendes vorzutragen. Es besteht tatsächlich heute noch der Zustand, daß jüdische Kinder in deutsche Schulen gehen. Das halte ich für unmöglich. Ich halte es für ausgeschlossen, daß mein Junge neben einem Juden im deutschen Gymnasium sitzt und deutschen Geschichtsunterricht erteilt bekommt. Ich halte es für notwendig, daß die Juden absolut aus den deutschen Schulen entfernt werden und man ihnen anheimgibt, innerhalb ihrer eigenen Kultusgemeinde selbst die Erziehung zu übernehmen.²²

Göring: Ich bitte dann, Herrn Hilgard von der Versicherung hereinzurufen. Er wartet draußen. Wenn er fertig ist, kann er gehen, und wir können weiter verhandeln. Schon beim Tode von Gustloff war ein Ausgleich von Schäden vorbereitet, die Deutschland zugefügt werden.²³ Aber ich glaube, wir wollen das nicht jetzt mit einem gewissen Steuerzuschlag machen, sondern mit einer einmaligen Kontribution. Damit ist mir mehr gedient.

(Hilgard erscheint.)

Herr Hilgard, es handelt sich um folgendes. Durch den berechtigten Zorn des Volkes gegenüber den Juden sind eine Anzahl von Schäden im ganzen Reich angerichtet worden. Fenster sind eingeschmissen worden, Sachen und Menschen zu Schaden gekommen, Synagogen ausgebrannt usw. Ich nehme an, daß ein Teil der Juden – wahrscheinlich das Gros – auch versichert ist gegen Tumultschäden usw.

(Hilgard: Ja.)

Es würde also jetzt dabei folgendes herauspringen: daß das Volk in einer berechtigten Abwehr dem Juden hat einen Schaden zufügen wollen und daß dann tatsächlich der Schaden von der deutschen Versicherungsgesellschaft gedeckt wird. Hier wäre nun die Sache verhältnismäßig einfach, indem ich eine Verordnung mache, daß diese Schäden, die aus dieser Aufwallung gekommen sind, nicht von der Versicherung zu decken sind. Aber die Frage, die mich brennend interessiert, weshalb ich Sie hierher gebeten habe, ist folgende: Für den Fall, daß hier irgendwie auf dem Gebiet der Tumultschädenversicherung Rückversicherungen im Auslande liegen, möchte ich selbstverständlich nicht auf diese Rückversicherung verzichten, sondern möchte die an sich heranholen und darum mit Ihnen den Weg besprechen, wieweit diese Rückversicherung, die womöglich noch Devisen bringt, nicht zum Juden kommt, sondern zur deutschen Volkswirtschaft.

Ich hätte gern einmal von Ihnen gehört – das ist die erste Frage, die ich an Sie zu stellen habe – : Sind nach Ihrer Auffassung die Juden in großem Ausmaß gegen diese Schäden versichert?

Hilgard: Ich darf gleich antworten. Die Sache liegt so, daß wir es mit drei Arten von Versicherungen zu tun haben, und zwar nicht mit der Aufruhrversicherung und der Tumultschädenversicherung, sondern mit der regulären Feuerversicherung, mit der regulären Glasversicherung und mit der regulären einfachen Diebstahlversicherung. Die Versicher-

21 Im Sommer und Herbst 1937 waren in Berlin und Glogau erstmals „Judenbänke“ aufgestellt worden. Gera und Königsberg gehörten zu den ersten Städten, die Juden das Betreten einzelner Parkanlagen untersagten.

22 In einem Runderlass des REM vom 15.11.1938 wurde Juden der Besuch „deutscher“ Schulen untersagt; DWEV, 1938 IV, S. 520 f.

23 Nicht ermittelt.

ten, also diejenigen, die hier einen Anspruch auf Grund dieser Verträge haben, sind teils Juden, teils Arier. Bei der Feuerversicherung, die hier den größten Teil ausmacht, sind es wohl durchgängig Juden. Bei den Warenhäusern ist der Geschädigte mit dem Juden, mit dem Eigentümer identisch, bei der Synagoge natürlich erst recht, abgesehen von den Nachbarschäden, die dadurch entstanden sind, daß das Feuer übergegriffen hat. Aber nach meinen Feststellungen, die ich noch in der letzten Nacht getroffen habe, sind diese Schäden verhältnismäßig gering.

Vollkommen anders liegen die Verhältnisse bei der Glasversicherung, die eine sehr große Rolle spielt. Hier ist der weitaus größere Teil der Geschädigten arisch. Das ist nämlich der Hausbesitz, der überwiegend in arischen Händen liegt, während der Jude in der Regel nur der Mieter des Ladens ist, – ein Vorgang, den Sie auf der ganzen Linie, z. B. am Kurfürstendamm, feststellen können.

Göring: Das ist das, was wir gesagt haben.

Goebbels: Da muß der Jude den Schaden bezahlen.

Göring: Es hat ja keinen Sinn. Wir haben keine Rohstoffe. Es ist alles ausländisches Glas; das kostet Devisen! Man könnte die Wände hochgehen!

Hilgard: Ich darf vielleicht folgendes feststellen. Das Ladenfensterglas wird nicht in der böhmischen Glasindustrie fabriziert, sondern es ist ausschließlich in den Händen der belgischen Glasindustrie. Der Umfang dieser Schäden ist nach meinen Schätzungen ungefähr folgender: Wir haben etwa mit Glasschäden für 6 Millionen zu rechnen, d. h. für das Glas, das wir auf Grund der Versicherungsbedingungen den in der Hauptsache arischen Geschädigten als Ersatz liefern müssen, müssen wir etwa 6 Millionen aufwenden – meiner Schätzung nach. Ich muß hier aber alle Vorbehalte machen, Herr Generalfeldmarschall; denn ich habe für die Feststellungen nur einen Tag Zeit gehabt.

Wenn man rechnet – das kann ich nicht genau sagen, da wird die Industrie besser Auskunft geben können – , daß etwa die Hälfte dieser 6 Millionen im Handel usw. hängen bleibt, so möchte ich immer noch ungefähr damit rechnen, daß wir für etwa 3 Millionen belgisches Glas einführen müssen. Nebenbei bemerkt, werden die Schäden die Hälfte einer Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie sein. Wir sind der Auffassung, daß man von der Fabrikationsseite aus ein halbes Jahr braucht, um das Glas zu liefern, das zum Ersatz dieser Schäden notwendig ist.

Göring: Hier muß eine Volksaufklärung stattfinden.

Goebbels: Das kann jetzt nicht im Augenblick gemacht werden.

Göring: So kann das nicht weitergehen. Das halten wir gar nicht aus. Unmöglich!

Nun weiter! Nach Ihrer Auffassung trifft der Schaden den Arier, nicht wahr?

Hilgard: Jawohl, zum größten Teil die Glasversicherung.

Göring: Die müßte das Glas ersetzen.

Hilgard: Jawohl. Es kommt natürlich auch vor, daß der Geschädigte, der Ladeninhaber, mit dem Hauseigentümer identisch ist, was zunächst bei allen Kaufleuten der Fall ist. Im Kaufhaus Israel²⁴ ist selbstverständlich der Glasgeschädigte auch der Jude.

Göring: Nun kommt die dritte Kategorie.

Hilgard: Das sind die einfachen Diebstahlgeschädigten.

Göring: Da muß ich eine Frage stellen. Wenn Waren jeder Art aus den Geschäften heraus-

²⁴ Das Kaufhaus N. Israel in Berlin, Spandauerstraße, wurde 1939 „arisiert“ und in die Emil Köster AG überführt.

genommen wurden und draußen auf der Straße verbrannt worden sind, fällt das auch darunter?

Hilgard: Ich glaube nicht.

Göring: Fällt das unter Aufruhr?

Hilgard: Das ist gerade die Frage, die wir im Augenblick noch nicht zu beantworten in der Lage sind: liegt ein einfacher Diebstahl dann vor, wenn nach der gewaltsamen Erbrechung eines Wohnungseingangs oder von Behältnissen eine Sache entwendet wird?

Göring: Es liegt Aufruhr vor.

Hilgard: Der Aufruhr spielt bei dieser Sache gar keine Rolle, weil wir kaum mehr nennenswerte Aufruhrversicherungen haben. Die sind längst von uns abgebaut und abgewickelt.

Göring: Das hier ist doch Aufruhr. Das ist der juristische Begriff. Es ist nicht gestohlen, nicht eingebrochen worden, sondern ganz öffentlich wälzt sich die Masse herein und zertrümmert die Sachen. Oder Tumult.

Hilgard: Tumultschäden. Es ist kein Aufruhr.

Göring: Sind die gegen Tumultschäden versichert?

Hilgard: Nein, nicht mehr. — Ich darf das vielleicht an einem praktischen Beispiel klar machen. Der größte Fall, den wir auf diesem Gebiet haben, ist der Fall Margraf unter den Linden. Das Juweliergeschäft von Margraf ist bei uns mit einer sogenannten kombinierten Police versichert. Da ist eigentlich jeder Schaden gedeckt, der passieren kann. Dieser Schaden ist bei uns in Höhe von 1,7 Millionen angemeldet, weil der Laden vollkommen ausgeplündert worden ist.

Göring: Dalüque²⁵ und Heydrich, ihr müßt mir diese Juwelen wieder herschaffen durch Riesenrazzien!

Dalüque: Das ist schon angeordnet. Die Leute werden dauernd kontrolliert. Nach den Meldungen von gestern Nachmittag sind bisher allein 150 verhaftet.

Göring: Die Sachen werden sonst verschoben. Wenn einer mit Juwelen in ein Geschäft kommt und sagt, er hätte sie gekauft, müssen sie ihm rücksichtslos weggenommen werden ohne große Geschichten. Irgendwo hat er sie gestohlen oder gehandelt.

Heydrich: Im übrigen ist in rund 800 Fällen im Reich geplündert worden entgegen der Vermutung, aber wir haben Plünderer schon in einer Zahl von mehreren Hundert und sind auch dabei, das geplünderte Gut herbeizuschaffen.

Göring: Und die Juwelen?

Heydrich: Das ist sehr schwer zu sagen. Sie sind z.T. auf die Straße herausgeschmissen worden und dort aufgegriffen worden. Ähnliches hat sich bei Pelzläden abgespielt, z.B. in der Friedrichstraße im Revier C. Da hat sich natürlich die Menge draufgeworfen, hat Nerze, Skunkse usw. mitgenommen. Das ist sehr schwer wiederzuzukriegen. Z.T. haben auch Kinder lediglich aus Spielerei sich die Taschen vollgesteckt. Man müßte anregen, daß H.J. nicht ohne Wissen der Partei eingesetzt werden darf und an solchen Dingen beteiligt wird. Solche Dinge sind sehr bald zerstört.

²⁵ Richtig: Kurt Daluege (1897–1946), Bauingenieur; 1918–1920 Führer des Selbstschutzes Oberschlesien; 1922 NSDAP-Eintritt, gründete 1926 die SA Berlin und Norddeutschland; 1927–1933 Ingenieur bei der Stadt Berlin; 1933 Leiter der Sonderabt. Daluege im Preuß. MdI, 1933–1936 Chef der Polizei Preußens, 1936–1945 Chef der Ordnungspolizei, Juni 1942–1943 stellv. Reichsprotector für Böhmen und Mähren, 1943 aus Gesundheitsgründen beurlaubt; 1946 in Prag hingerichtet.

Dalüque: Es wäre vor allen Dingen notwendig, von der Partei aus einen Befehl herauszugeben, daß sofort an die Polizei Meldung erstattet wird, wenn etwa die Nachbarsfrau – man kennt ja den Nachbarn ganz genau – einen Pelz umarbeiten läßt oder die Leute mit neuen Ringen oder Armbändern ankommen, daß uns die Partei da unterstützt.

Hilgard: Diese Schäden fallen wohl nicht unter die Police, aber ich muß das unter Vorbehalt sagen. Darf ich überhaupt einmal ein Wort über unsere Haftpflicht sagen und ein Petikum der Versicherungswirtschaft anmelden? – Wir legen großen Wert darauf, Herr Generalfeldmarschall, daß wir an der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen nicht gehindert werden.

Göring: Das muß ich aber. Ich lege Wert darauf.

Hilgard: Wenn ich das begründen darf: es hängt einfach damit zusammen, daß wir in starkem Maße auch internationale Geschäfte treiben. Wir haben für unsere Geschäfte eine sehr gute internationale Basis, und wir müssen gerade im Interesse der deutschen Devisenbilanz Wert darauf legen, daß das Vertrauen zu der deutschen Versicherung nicht gestört wird. Wenn wir es heute ablehnten, klare, uns gesetzlich obliegende vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen, so wäre das ein schwarzer Fleck auf dem Ehren-Schild der deutschen Versicherung.

Göring: Aber nicht mehr in dem Augenblick, wo ich durch eine staatliche Verordnung, durch ein Gesetz eingreife.

Hilgard: Darauf wollte ich nämlich kommen.

Heydrich: Man mag ruhig die Versicherung ausschütten, aber nachher bei der Auszahlung wird sie beschlagnahmt. Dann ist formell das Gesicht gewahrt.

Hilgard: Das, was Obergruppenführer Heydrich eben gesagt hat, möchte ich eigentlich auch für den richtigen Weg halten, sich zunächst einmal des Apparates der Versicherungswirtschaft zu bedienen, die Schäden festzustellen, zu regulieren und auch auszuzahlen, dann aber der Versicherungswirtschaft die Möglichkeit zu geben, in irgendeinem Fonds –

Göring: Einen Moment! Auszahlen müssen Sie sowieso, weil Deutsche geschädigt sind. Sie bekommen aber ein gesetzliches Verbot, die Auszahlungen unmittelbar an die Juden vorzunehmen. Die Schäden, die Sie an die Juden auszuzahlen hätten, müssen Sie auch auszahlen, aber nicht an den Juden, sondern an den Finanzminister.

(Hilgard: Aha!)

Was der damit macht, ist seine Sache.

*Schmer:*²⁶ Herr Feldmarschall, ich hätte den Vorschlag zu machen, daß man von dem angemeldeten Vermögen – es soll ja eine Milliarde eingezogen werden – einen bestimmten Prozentsatz festlegt, meinestwegen 15 %, und diesen Prozentsatz noch etwas erhöht, so daß alle Juden gleichmäßig zahlen und von diesem Betrag den Versicherungen das Geld zurückerstatten.

Göring: Nein. Ich denke gar nicht daran, den Versicherungen das Geld zurückzuerstatten. Die Versicherungen sind ja haftbar. Nein, das Geld gehört dem Staat. Das ist ganz klar. Das wäre ja ein Geschenk für die Versicherungen. Sie haben ja hier ein großartiges Petikum abgegeben. Sie werden erfüllen. Verlassen Sie sich darauf!

*Kerl:*²⁷ In einer Hinsicht muß man doch die Sache etwas anders machen. Bei der Glasver-

²⁶ Vermutlich Rudolf Schmeer.

²⁷ Richtig: Hans Kehrl (1900 – 1984), Textilfabrikant; 1933 Präsident der IHK Cottbus; 1933 NSDAP-Eintritt, von 1933 an Gauwirtschaftsberater, 1936 SS-Eintritt; Referent Görings in der Vierjahres-

sicherung liegt es tatsächlich so, daß hier den Hausbesitzern auf alle Fälle der Schaden ausgezahlt werden muß. Die Glasversicherungen müssen also den Schaden regulieren, wie es auch festgesetzt worden ist. Nun ist es aber so, daß die Mehrzahl dieser Gesellschaften – außer einer einzigen Aktiengesellschaft in Köln – alles ganz kleine Gegenseitigkeitsvereine sind. Die werden sicherlich gar nicht in der Lage sein, das zu tragen. Da muß noch festgestellt werden, wieweit sie durch Rückversicherung gedeckt sind. Das kann ich im Moment auch nicht sagen.

Hilgard: Die Rückversicherung spielt in diesem Zusammenhang eine verhältnismäßig geringe Rolle, abgesehen von den großen Warenhausversicherungen gegen Feuer. In der Glasversicherung gibt es überhaupt keine Rückversicherung, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Glasversicherung normalerweise zu unseren besten Versicherungszweigen gehört und sie infolgedessen normalerweise ein Rückversicherungsbedürfnis nicht hat. Ich muß aber hier hinzufügen, daß dieser Schaden, der jetzt entstanden ist, ungefähr die doppelte Höhe eines normalen Jahresschadens beträgt, also alle Kalkulierungen für uns, für die Tantiemen vollkommen über den Haufen wirft.

(Zuruf Kerl)

– Nein, Herr Generaldirektor, es ist so. Die Gesamtprämie der deutschen Glasversicherung beläuft sich, wenn ich recht unterrichtet bin, auf ungefähr 14 Millionen. Der normale Verlauf lag bei ungefähr 4 bis 5 Millionen. Die Glasversicherung ist unsere beste Branche. Da ist an sich bisher am besten verdient worden. Aber nunmehr ist der Schadensbetrag in der Gesamtheit das Doppelte eines normalen Jahresbetrages. Ganz anders liegt es bei einzelnen Spezialglasversicherungen.

Göring: Einen Moment! 4 bis 5 Millionen normal. Das Doppelte wären ungefähr 10 Millionen. 14 Millionen nehmen Sie an. Da bleiben immer noch 4 Millionen übrig.

Hilgard: Die Kosten müssen wir auch bezahlen. Nein, für uns ist es eine sehr große Katastrophe. Ich darf vielleicht ausführen, daß nach meinen Schätzungen der Gesamtschaden in ganz Deutschland sich auf ungefähr 25 Millionen Mark belaufen wird. Ich wollte vorsichtig sein.

Heydrich: Sachschaden, Inventar- und Warenschaden schätzen wir auf mehrere hundert Millionen, allerdings einschließlich des Schadens, den das Reich durch Steuerausfall erleiden wird. Umsatz-, Vermögens- und Einkommenssteuer. Das wird der Herr Finanzminister sicher auch erfahren haben.

v. Krosigk: Ich habe keinerlei Einblick in den Umfang.

Heydrich: 7500 zerstörte Geschäfte im Reich.

Dalüque: Eine Frage muss noch besprochen werden. Die Waren, die sich in den Läden befanden, sind nicht Eigentum des Besitzers gewesen, sondern laufen größtenteils auf Rechnung von anderen Firmen, die diese Waren geliefert haben. Jetzt kommen die unberechneten Lieferungen von Firmen, die bestimmt nicht alle jüdisch, sondern arisch sind, die Waren, die auf Kommission gegeben waren.

Hilgard: Die müssen auch bezahlt werden.

Göring: Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.

planbehörde; von 1938 an Referent im RWM, zuständig für die besetzten Gebiete und die Reichswerke Hermann Göring, 1943 Leiter des Rohstoff- und Planungsamts im Rüstungsministerium; 1949 zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1951 entlassen, Wirtschaftsberater in Leverkusen; Autor von „Krisenmanager im Dritten Reich“ (1973).

Heydrich: 35 Töte sind es.²⁸

Kerl: Ich glaube, man könnte es so machen: Soweit es Juden sind, wird sowieso nicht gezahlt. Soweit es Arier sind, muß gezahlt werden, und dann mag die Versicherungsgesellschaft über die Reichsgruppe mit uns in Verbindung treten, und wir prüfen die Fälle. Ich denke an die kleinen Gegenseitigkeitsvereine, von denen man unschwer feststellen kann, daß sie das nicht tragen können, da ist auch die Summe nicht so groß. Da können wir später eine Regelung finden, ich glaube insoweit, als die Versicherungswirtschaft die Schadensregelung vornimmt, ausschließlich an Arier, im übrigen dann, wenn das Ergebnis feststeht, mit uns in Verhandlungen tritt. Dann werden wir schon einen Weg finden bei den kleinen Versicherungsgesellschaften. Selbstverständlich nur da, wo es unbedingt notwendig ist.

Funk: Der Weg ist nicht notwendig. Ich möchte auf das zurückkommen, was ich vorhin zu dem Erlaß gesagt habe. Das war die einfachste Lösung.

Göring: Das können wir doch nicht. Die legen doch den großen Wert darauf, daß sie zahlen können.

Funk: Wenn die Juden das bezahlen, brauchen es die Versicherungsgesellschaften nicht zu bezahlen.

Göring: Eben. – Also, meine Herren, es ist ganz sonnenklar. Das halten wir fest. In diesem Augenblick denkt keine Versicherungsgesellschaft – Herr Hilgard ausgenommen, der hier ist – etwas anderes, als daß sie für den Schaden zahlen muß. Sie wollen auch, und ich habe volles Verständnis dafür. Sie müssen das, damit ihnen nicht vorgeworfen werden kann, sie wären nicht stark genug, den Schaden zu tragen. Die Glasversicherung – das ist ebenfalls betont worden – war bisher das beste Geschäft. Sie hat also, wenn sie ein gutes Geschäft gemacht hat, genügend Ueberschüsse, und wenn sie sie nicht in lauter Dividenden verteilt hat, dann hat sie Rücklagen gemacht, um einen größeren Schaden ausgleichen zu können. Einen Schaden von 10, 12, 15 Millionen, das Dreifache eines normalen Jahresbetrages, muß eine solche Versicherungsgesellschaft decken können. Kann sie das nicht, dann muß man sich die Frage überlegen, ob man solche kleinen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit am Leben läßt. Es wäre ja ein Wahnsinn, Versicherungsgesellschaften zu besitzen, die solchen Schaden nicht mehr zu übernehmen in der Lage sind. Eine solche Versicherungsgesellschaft wäre absolut ein Betrug am Volk.

Ich bin jetzt folgender Auffassung. Die Schäden sind festzustellen. Die Versicherungsgesellschaften haben zunächst in vollem Umfang ihrer juristischen Haftung dafür einzutreten und zu zahlen.

Es fehlt Turnus 4.

Göring: Jetzt kommen die Schäden, zunächst die Schäden, die der Jude gehabt hat, daß bei Margraf die Juwelen verschwunden sind usw. Die sind weg und werden ihm nicht ersetzt. Den Schaden hat er. Soweit die Juwelen von der Polizei wieder eingebracht werden, verbleiben sie dem Staat. Nun kommen die anderen Dinge, die Waren, die auf die Straße geschmissen worden sind, geklaut worden sind, verbrannt sind. Auch den Schaden hat der Jude. Aber nun kommen die Kommissionsgeschichten. Hier muß der Jude den Schaden ersetzen.

²⁸ Nach offiziellen Angaben wurden während des Pogroms 91 Juden getötet; die tatsächliche Zahl der Opfer ist unbekannt, war jedoch vermutlich wesentlich höher.

Goebbels: Das braucht aber nicht in die Verordnung hinein. Diese Verordnung genügt vollkommen.²⁹

Hilgard: Ich denke gerade darüber nach, inwieweit die ausländischen Versicherungsgesellschaften betroffen werden.

Göring: Die müssen ja zahlen. Wir beschlagnahmen das.

Hilgard: Gerade bei diesen Kommissionswaren kann ich mir vorstellen, daß der amerikanische Lieferant, wenn er Pelze aus England oder Amerika hierher liefert und in Kommission gibt, sie vielfach bei einer englischen oder amerikanischen Versicherungsgesellschaft versichert.

Göring: Dann zahlen die ihm den Schaden aus. Die Frage ist nur die: Glauben Sie, daß hier für diese gesamten Schäden Rückversicherungen ans Ausland sind?

Hilgard: Ganz wenig, geringfügig.

Goebbels: Da kriegt es sowieso der Staat.

Göring: Ganz klar. Der Arier kann keinen Schaden anmelden, weil er keinen hat. Der Jude ersetzt. Der Jude muß den Schaden anmelden. Er kriegt die Versicherung, aber die wird beschlagnahmt. Es bleibt also im Endeffekt immerhin doch noch insofern ein Verdienst für die Versicherungsgesellschaften, als sie einige Schäden nicht auszuzahlen brauchen. – Herr Hilgard, Sie können schmunzeln!

Hilgard: Ich habe gar keinen Grund, wenn das ein Verdienst genannt wird, daß wir einen Schaden nicht zu zahlen brauchen.

Göring: Erlauben Sie einmal! Wenn Sie juristisch verpflichtet sind, 5 Millionen zu zahlen, und auf einmal kommt Ihnen hier ein Engel in meiner etwas korpulenten Form und sagt Ihnen: 1 Million können Sie behalten, zum Donnerwetter noch einmal, ist das kein Verdienst? Ich müßte direkt Kippe mit euch machen,³⁰ oder wie nennt man das sonst. – Ich merke es am besten an Ihnen selbst. Ihr ganzer Körper schmunzelt. Sie haben einen großen Rebbes gemacht.³¹

(Zuruf: Wir wollen eine Tumultschadensteuer für die Versicherungen einführen.)

Hilgard: Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß der ehrbare deutsche Kaufmann nicht der Leidtragende sein darf. Ich habe auch mit den Unternehmungen gesprochen, ich habe dafür gesprochen, daß der Schaden nicht an den Ariern hängenbleiben darf, und er bleibt rettungslos an den Ariern hängen, weil die Versicherungsgemeinschaft – nicht Versicherungsgesellschaft! – dadurch getroffen wird, indem sie erhöhte Prämien zahlen muß und verminderte Dividenden bekommt. Infolgedessen ist sie der endgültig Geschädigte. Das ist so und bleibt so. Das wird mir niemand abstreiten.

Göring: Dann sorgen Sie gefälligst dafür, daß nicht so viele Fensterscheiben eingeschmissen werden! Sie sind auch ein Teil des Volkes. Schicken Sie Ihre Vertreter hinaus. Die sollen sofort aufklären! – Wenn noch besondere Fragen auftauchen, dann sprechen Sie mit Herrn Lange.

(Reichsgruppenleiter Hilgard verläßt die Sitzung.)

Meine Herren, wir fahren fort.

²⁹ Die Frage der Kommissionsschäden wurde in der Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben nicht erwähnt; siehe Dok. 144 vom 12.11.1938.

³⁰ Kippe (jidd.): umgangssprachlich für Teilhaberschaft, Wohl; Kippe machen: einen Gewinn teilen.

³¹ Ribbis (jidd.): Interesse, Zins, Wucher; Rebbes machen: im landwirtschaftl. Handel Redewendung für Gewinn erzielen. In antisemitischer Verwendung mit dem Vorwurf der Unredlichkeit verbunden.

Woermann: Ich glaube, daß die ausländischen Juden jetzt im § 1 ganz ausfallen. Sie stehen nur im § 2. Die ausländischen Juden müßten im § 1 auch berücksichtigt werden. Sonst sind sie nur erfaßt, wenn sie versichert sind, und nicht, wenn sie nicht versichert sind.³²

Göring: Dann sollen sie sich eben versichern, oder was meinen Sie sonst?

Woermann: Wie ich den Wortlaut verstehe, sind die ausländischen Juden jetzt nur im § 2 oder 3 bei der Versicherung erwähnt, dagegen nicht in § 1. Wenn ich recht in Erinnerung habe, wollten Sie im § 1 sagen: inländische Juden. Dann haben wir eine Fülle von Reklamationen.

Göring: Aber verzeihen Sie! Laut § 2 bekommen die den Versicherungsschaden ausbezahlt.

(*Woermann:* Wenn sie versichert sind!)

Solche, die nicht versichert sind, gibt es kaum.

Heydrich: Darf ich noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir brauchen die Beschlagnahme nicht in die Verordnung hineinzunehmen, sondern das würde ich stillschweigend machen.

Göring: Nein, das können Sie nicht stillschweigend machen, sondern das muß klares Recht sein. Das trifft aber nicht das, was Herr Woermann meint. Da dreht es sich um die ausländischen Juden, die nicht versichert sind. Soweit sie versichert sind, sind sie gedeckt. Es handelt sich nur um die, die nicht versichert sind. Das könnte einmal da und dort der Fall sein.

Woermann: Dann haben wir die Fülle der Reklamationen.

Göring: Ich möchte vermeiden, hier zu viel auf die ausländischen Juden hinzuweisen.

Woermann: Aber wenn das sowieso im § 2 drinsteht, könnte es im § 1 auch drin sein. Die erste Fassung des Herrn Reichsjustizministers deckte die Sache.

Gürtner: Wenn ich Herrn Woermann recht verstehe, nimmt er daran Anstoß, daß die Wiederherstellungspflicht allgemein ausgeführt wird, daß aber bei der Versicherungsfrage nur die Juden deutscher Staatsangehörigkeit genannt werden. Nun bitte ich zu prüfen, ob es irgendwie zu beanstanden ist, wenn auch dem ausländischen Juden die Pflicht auferlegt wird, das wiederherzustellen, und ihm gleichzeitig gesagt wird: deine Versicherungssumme bekommst du nicht?

Göring: Das kann er auch.

Woermann: Und wenn er nicht versichert ist?

Gürtner: Ach so.

Göring: Das wird wohl überhaupt kaum der Fall sein. Wollen wir es einmal darauf ankommen lassen.

Stuckart: Wenn er nicht versichert ist, muß er sowieso herstellen lassen. Wieso hat er dann Anspruch gegen jemand?

Göring: Dann hat er keinen Anspruch.

Woermann: Dann hat er den Anspruch gegen den Staat.

Stuckart: Nach welcher Bestimmung? Tumultschädengesetz? – Tumult wird nicht anerkannt!

Göring: Vollkommen richtig.

Woermann: Darf ich generell sagen: Der Vorbehalt für die ausländischen Juden, daß die

³² Bezieht sich auf § 1 und 2 der VO zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben vom 12.11.1938, siehe Dok. 144 vom 12.11.1938.

Vertragslage berücksichtigt werden muß, war nur für die Frage der Arisierung gemacht. Das gilt natürlich für alle Sparten, die heute durchgesprochen werden, a fortiori für die Enteignung.

Göring: Wir müssen hier, wie der Führer sagt: einen Weg finden, daß wir die Frage erst mit den Staaten zusammen besprechen, die auch gegen die Juden etwas unternehmen. Das muß aufhören, daß jeder dreckige polnische Jude hier eine Rechtsstellung hat und wir ihn ertragen müssen. Der Führer war gar nicht glücklich über die Abmachung, die mit Polen getroffen worden ist,³³ und ist auch der Meinung, man sollte es tatsächlich auf verschiedenes ankommen lassen, man sollte den Polen sagen: Bitteschön, das tun wir nicht, sprecht euch mit uns aus, wie wir gemeinsam vorgehen; ihr geht ja auch gegen eure Juden in Polen vor; aber sobald der Itzig draußen ist, soll er plötzlich wie ein Pole behandelt werden. Ich möchte diese ausländischen Geschichten ein bißchen zurückdrängen.

Woermann: Es muß abgewogen werden, ob nicht die Vereinigten Staaten Maßnahmen gegen das deutsche Eigentum ergreifen. Man kann die Frage natürlich nicht für alle Länder gleich behandeln. Ich muß hier einen formellen allgemeinen Vorbehalt anmelden.

Göring: Ich habe immer gesagt und möchte das bei dieser Gelegenheit noch einmal aussprechen: Besonders den Vereinigten Staaten gegenüber sollten unsere Schifffahrtsgesellschaften und überhaupt die deutschen Gesellschaften endlich so klug sein, ihre Investitionen abzurufen, sie zu verkaufen usw. Dieser Lumpenstaat geht uns gegenüber überhaupt mit keiner Gesetzlichkeit vor. Er hat uns schon einmal alles gestohlen, und deshalb verstehe ich nicht, wie man das nur wieder machen konnte, weil man vorübergehend ein größeres Verdienst dabei hat. Das ist ein Risiko. Das kann man bei ordentlichen Staaten, aber doch nicht bei einem Staat, wo die Rechtsseite so stumpf ist wie bei den Vereinigten Staaten. Als ich neulich den Botschafter bei mir hatte und wir über den Zepelin sprachen,³⁴ sagte ich ihm: „Wir brauchen kein Helium, ich fahre ohne Helium, aber die Voraussetzung ist, daß dieses Schiff nach zivilisierten Staaten fährt, wo Rechtsgrundsätze herrschen. Nach solchen Räuberstaaten kann man selbstverständlich nicht fahren.“ Da hat er dumm geguckt. Das muß man einmal den Amerikanern klarmachen. Aber immerhin haben Sie recht, Herr Woermann. Das muß man berücksichtigen.

Woermann: Also die Zusage der generellen Beteiligung des Auswärtigen Amtes ist damit gegeben?

Göring: Damit bin ich einverstanden. Aber ich möchte bitten, daß wir die Erwähnung der ausländischen Juden hier vermeiden, wo wir sie vermeiden können. Dann lieber dadurch, daß das Auswärtige Amt in den Fällen beteiligt wird, wo die Sache wirksam wird, damit ein Ausgleich geschaffen wird.

Woermann: Generell und in den besonderen Fällen.

³³ Gemeint ist vermutlich die Deutsch-Polnische Minderheitenerklärung vom 5.11.1937. Sie garantiert den Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutschland und den Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen Rechtsgleichheit auf wirtschaftlichem Gebiet; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. V (Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten), Juni 1937–März 1939, Baden-Baden 1953, S. 21f.

³⁴ Deutschland und die USA hatten seit 1937 über Heliumlieferungen für die deutsche Luftschifffahrt verhandelt, ein Vertrag kam jedoch nicht zustande. In einem Brief an US-Präsident Roosevelt vom 2.5.1938 berichtete US-Botschafter Wilson, Göring habe während eines diesbezüglichen Gesprächs deutlichen Groll gezeigt; Hugh R. Wilson, *A career diplomat. The third chapter: the Third Reich*, Reprint, Westport, Connecticut 1973, S. 29–32.

Funk: Die entscheidende Frage ist: sollen die jüdischen Geschäfte wieder aufgemacht werden müssen oder nicht?

Göring: Das hängt davon ab, wie weit diese jüdischen Geschäfte einen verhältnismäßig großen Verkehrsumsatz haben. Wenn das der Fall ist, ist das ein Zeichen dafür, daß das deutsche Volk, obwohl es ein jüdisches Geschäft ist, einfach gezwungen ist, dort zu kaufen, weil ein Bedürfnis vorliegt. Wenn wir die gesamten jüdischen Geschäfte, die jetzt zu sind, noch vor Weihnachten schließen wollten, kämen wir in die Bredouille.

Fischböck: Wir haben darüber in Oesterreich schon einen genauen Plan, Herr Generalfeldmarschall. In Wien gibt es 12 000 jüdische Handwerksbetriebe und 5 000 jüdische Einzelhandelsgeschäfte. Für diese zusammen 17 000 offenen Läden lag die endgültige Planung für alle Gewerbetreibenden schon vor dem Umbruch vor. Von den 12 000 Handwerksbetrieben sollten nahezu 10 000 endgültig gesperrt und 2 000 aufrechterhalten werden. Von den 5 000 Einzelhandelsgeschäften sollten 1 000 aufrechterhalten, d. h. arisiert, und 4 000 geschlossen werden. Nach diesem Plan würden also 3 000 bis 3 500 von den im ganzen 17 000 Geschäften offenbleiben, alle übrigen geschlossen werden. Das ist auf Grund von Untersuchungen für jede einzelne Branche nach den örtlichen Bedürfnissen abgestimmt, mit allen zuständigen Stellen erledigt und kann morgen hinausgehen, sobald wir das Gesetz bekommen,³⁵ das wir im September erbeten haben, das uns ermächtigen soll, ganz allgemein ohne Zusammenhang mit der Judenfrage Gewerbeberechtigungen zu entziehen. Das wäre ein ganz kurzes Gesetz.

Göring: Die Verordnung werde ich heute machen.

Fischböck: Sie war uns für Oesterreich im Rahmen unserer gesamten Wirtschaftsplanung zugestanden. Sie ist, glaube ich, nur wegen Verhandlungen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Nährstand noch nicht erledigt gewesen. Grundsätzlich war man sich darüber einig. Sobald wir die haben, können wir diese 10 000 Geschäfte auch offiziell schließen. Das ist eine reine Schreiarbeit. Zur Durchführung ist dann noch erforderlich, daß sich irgendjemand darum kümmert, was mit den Waren geschieht, die in diesen Geschäften sind. Bis vorige Woche haben wir die Absicht gehabt, die Liquidierung der Warenlager mehr oder weniger den Juden selbst zu überlassen. Jetzt wird das nicht mehr möglich sein. Wir haben also die Absicht, für alle diese Geschäfte zusammen eine wirtschaftliche Verwertungsstelle zu schaffen, die sich darum kümmert, daß diese Waren verwertet werden, und zwar wird das im allgemeinen am besten in der Form geschehen, daß man sie der betreffenden Branche übergibt, die sie dann wieder auf die arischen Geschäfte aufteilt, die sie entweder kommissionsweise weiterverkaufen oder fix abnehmen.

Es handelt sich jetzt, wenn es in der Form durchgeführt wird, nur um die etwa 3 000 restlichen Geschäfte, die nach der Branchenplanung zur Arisierung bestimmt sind. Für etwa die Hälfte dieser Geschäfte sind konkrete Käufer da, deren Kaufverträge so weit geprüft sind, daß sie sofort genehmigt werden können. Die Genehmigung ist nur deshalb in vielen Fällen bisher nicht ausgesprochen worden, weil man den endgültigen Beschluß über die Frage der Planung abwarten wollte. Für die restlichen ca. 15 000 Geschäfte sind die Verhandlungen in sehr vielen Fällen auch schon sehr weit vorgeschritten. Wir sind der Ansicht, man sollte so vorgehen, daß man sich selbst noch einen Endtermin setzt, der etwa bis Ende des Jahres sein kann. Wenn bis Ende des Jahres für solche Verkaufsge-

³⁵ Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

schäfte, die planmäßig zur Arisierung bestimmt sind, ein endgültiger Käufer nicht gefunden wird, dann wird man noch einmal prüfen, ob man sie nicht doch liquidieren soll. Das wird meist möglich sein; denn Handwerkerbetriebe sind höchstpersönliche Angelegenheiten. Bei Einzelhandelsgeschäften wäre die Sache niemals so dringend, daß man sagen könnte, der wirtschaftliche Schaden wäre zu groß. Die ganz wenigen Geschäfte, die dann noch übrigbleiben, von denen man feststellen würde, daß sie an sich notwendig sind, daß aber kein Käufer da ist, würden von der Treuhandstelle übernommen werden. Ich glaube aber nicht, daß das 100 Geschäfte sein werden, wahrscheinlich weniger. Auf diese Weise könnten wir bis Ende des Jahres die gesamte nach außen sichtbare jüdische Geschäftswelt beseitigt haben.

Göring: Das wäre hervorragend!

Fischböck: Dann wären von 17000 Geschäften 12000 oder 14000 geschlossen und der Rest arisiert oder an die Treuhandstelle übertragen, die dem Staat gehört.

Göring: Ich muß sagen: der Vorschlag ist wunderbar. Dann würde in Wien, einer der Hauptjudenstädte sozusagen, bis Weihnachten oder Ende des Jahres diese ganze Geschichte wirklich ausgeräumt sein.

Funk: Das können wir auch hier machen. Ich habe für diesen Fall eine Verordnung vorbereitet, die besagt, daß Juden vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen und Versandgeschäften sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt ist.³⁶ Ferner ist es ihnen verboten, dafür Angestellte einzustellen oder Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen. Wo ein jüdisches Gewerbe geführt wird, ist es polizeilich zu schließen. Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 sein. Ist ein Jude an leitender Stellung eines Wirtschaftsunternehmens tätig, ohne Betriebsführer zu sein, so kann das Anstellungsverhältnis durch den Betriebsführer mit einer Frist von 6 Wochen gekündigt werden. Nach Ablauf der Kündigungsfrist sind alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrag, einschließlich etwaiger Versorgungsansprüche, erloschen. Das ist immer sehr unangenehm und eine große Gefahr. Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden bis 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Genehmigung ist nicht erforderlich. Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Göring: Ich glaube, daß wir diese Verordnung unterschreiben können (Zurufe: Jawohl), daß dann allerdings nach dem 1. Januar noch gewisse Dinge zu bereinigen bleiben werden, die wir dann auch mit Hilfe der allgemeinen Methoden bereinigen können, die wir für alles andere jüdische Vermögen unbedingt weiterführen müssen, daß wir aber in bezug auf die Ladengeschäfte so rigoros vorgehen können, wobei wir der Meinung sind, daß sich bis zu Weihnachten genügend Käufer finden werden, um die Geschäfte, die jetzt völlig unter Druck stehen, zu erwerben, daß die Waren auch sichergestellt werden in ähnlicher Form, wie Sie das vorgeschlagen haben. Mir scheint das einfach hervorragend vorbereitet zu sein.

Funk: In jedem einzelnen Geschäft ist alles da.

Schmer: Es ist alles vorhanden, nur daß wir über diese Treuhandgeschichte keine Kon-

³⁶ Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

trolle mehr haben. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir das nicht nötig haben, sondern wir sind bisher mit der Arisierung ganz gut hingekommen. Für die wenigen Geschäfte, an denen wir Interesse haben, daß sie weitergeführt werden, finden wir ohne weiteres Käufer. Die übrigen Räume werden ohne weiteres vermietet. Dafür ist gerade in Berlin großer Bedarf.

Göring: Aber lieber Freund, da kriegt der Jude den vollen Betrag!

Schmer: Er bekommt den Betrag, der weit unter dem Wert liegt, und die Arisierung muß wie bisher genehmigt werden.

Göring: Der Jude bekommt den Betrag und kommt nicht ins Schuldbuch hinein.

Schmer: Nein. Das können wir später laufen lassen. Er kann das Geld auch nicht fressen. Die Summe liegt ja fest, und der Jude ist laut Verordnung verpflichtet, jede Aenderung in seinem Vermögensbestand anzumelden, so daß das laufend registriert wird. Das läuft uns nicht davon, sondern das haben wir im Reich. Sie brauchen nur eine Verordnung zu erlassen oder dem Wirtschaftsminister die Befugnis des § 7 zu übertragen,³⁷ um die Beschlagnahme des jüdischen Vermögens zu ermöglichen. Weglaufen kann es uns nicht.

Göring: Herr Schmer, ist nicht folgendes möglich? Hier wird einer arisiert, bekommt 300 000 Mark in die Hand. Er rennt damit um die Ecke in einen Juwelierladen herein und kauft einen Schmuck nach dem andern auf, um am gleichen Tag noch über die Grenze zu gehen?

Schmer: Dann muß er diese Vermögensveränderung anmelden.

Göring: Wenn er aber ausrücken will!

Fischböck: Die Genehmigung zur Arisierung wird nicht erteilt, wenn der Kaufpreis ausbezahlt wird. Bei uns wird es so gemacht: es wird nur noch unter der Bedingung genehmigt, daß entweder der Kaufpreis in langfristigen Raten zu bezahlen ist, wenn der Käufer nicht barzahlen kann, oder, sofern Barzahlung erfolgt, daß der Betrag vorläufig auf Sperrkonto gelegt wird.

Göring: Das können wir auch machen.

Schmer: Wir können in der Durchführungsverordnung³⁸ sagen, daß die Zahlung von einer bestimmten Höhe an in Reichsanleihe oder sonst etwas zu erfolgen hat. Das wäre nur ein Erlaß an die Genehmigungsbehörden.

Dalüque: Die Zahl der jüdischen Geschäfte ist nicht bekannt. Bis gestern sind bei uns 7500 jüdische Geschäfte gemeldet worden, und mehr werden es nicht.

Fischböck: In Wien sind durch die vorgestrigen Ereignisse 5000 geschlossen worden. Im ganzen waren es 40 000.

Schmer: Die österreichische Regelung bleibt bestehen?

Göring: Da tritt keine Aenderung ein.

Fischböck: Nur daß alles geschlossen werden kann.

Heydrich: Ich weiß, daß für die Anmeldepflicht eine sehr hohe Grenze festgelegt ist, ich glaube, 3000.

Fischböck: Ueber 5000.

Göring: Ist das auch im Reich der Fall?

³⁷ Nach § 7 der VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden konnte der Beauftragte für den Vierjahresplan Maßnahmen treffen, „um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen“; siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

³⁸ Nicht ermittelt. Die Details der hier vorgeschlagenen Regelung besprachen Vertreter des RWM und der Großbanken am 24. 11. 1938; siehe Dok. 175 vom 24. 11. 1938.

Fischböck: Jawohl, auch im Reich. Darf ich in diesem Zusammenhang noch auf ein paar andere Fragen aufmerksam machen?

Was uns außerordentlich beschäftigt, sind die jüdischen Mietzinshäuser, die von dem gesamten jüdischen Vermögen einen erheblichen Bruchteil ausmachen. Während erstaunlicherweise das jüdische Volksvermögen in Oesterreich nach der Anmeldung bloß 320 Millionen Mark ausmacht, betragen die Zinshäuser allein 500 Millionen. Wir würden großen Wert darauf legen, daß nunmehr die Bestimmung über die Anforderungsmöglichkeit von jüdischem Vermögen auch auf die Zinshäuser ausgedehnt wird, so daß wir in die Lage versetzt werden, diese Häuser in eine Treuhandgesellschaft hineinzubringen und dann dem Juden Reichsschuldbuchforderungen auszuhändigen. Das wäre auch der Anlaß, die Kontribution einzuziehen, die man bei dieser Gelegenheit vorweg in Abzug bringen könnte. Die Verwaltung dieses großen Komplexes von Zinshäusern wäre überhaupt kein Problem. Dazu braucht man nur Verwalter. Solche gibt es genug. Wir würden bitten, daß wir die Zinshäuser in dieser Weise einfordern können und außerdem die Wertpapiere. Bisher ist die Frage der Wertpapiere offen geblieben. Bei uns ist ein sehr großer Teil des jüdischen Vermögens, und zwar 266 Millionen Reichsmark, in Wertpapieren aller Art, Aktien, aber auch festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Eine Gefahr für den Markt ist meiner Ansicht nach deshalb nicht gegeben, weil die Papiere in eine Hand kommen, die vom Reichswirtschaftsministerium kontrolliert werden kann. Bezahlt wird mit Reichsschuldbuchforderungen. Infolgedessen tritt eine Belastung der Reichsfinanzen nicht ein; denn der Reichsfinanzminister zahlt für die Reichsschuldbuchforderungen bloß 3 %. Dafür bekommt er Reichsanleihe zurück. Also er erspart noch etwas. Wenn man auch die Wertpapiere nicht verkauft, könnte man sie 30 Jahre behalten, bis die Reichsschuldbuchforderungen ausgelaufen sind.

Funk: Warum dürfen Juden keine Wertpapiere mehr behalten?

Göring: Damit wäre der Jude beteiligt.

Funk: Das ist ganz neu.

Göring: Nein, ich habe vorhin ganz klar gesagt: Aktien und Anteile.

Funk: Aktien ja, aber Schuldverschreibungen des Reiches nicht.

Fischböck: Es ist doch besser, wenn man dem Juden 3 % bezahlt statt 4 ½ %. Die Möglichkeit einer Kontrolle des jüdischen Vermögens ist ganz aus in dem Augenblick, wo wir ihm die Wertpapiere lassen.

Göring: Meine Herren, keine Diskussion, ganz ausgeschlossen, daß er die Wertpapiere behält. Die muß er weggeben.

Fischböck: Dann würde ich bitten, die Sache in der Form zu regeln, daß die Papiere abgefordert werden, damit der Wertpapiermarkt dadurch nicht gestört wird. Das kann sehr einfach geschehen. Die werden eingeliefert. Bei den Wertpapieren ist auch die Verwaltung viel einfacher. Die kann die Treuhand übernehmen. Sie gibt sie ins Depot und gibt dafür Reichsschuldbuchforderungen. Damit ist die Sache erledigt. Es fragt sich nur, ob man die Sache wieder anderweitig unterbringen will.

Funk: Da wird das Reich Besitzer von ½ Milliarde Wertpapieren.

Göring: Ja, ja.

Goebbels: Die kann es nach Bedarf abstoßen.

Fischböck: Es ist ja ein Gewinngeschäft.

v. Krosigk: Ich überlege mir erstens, ob es ein Gewinn ist. Das will ich einmal zugestehen. Aber zweitens kommt ein ganz neues Geschäft hinzu. Ich kann mir durchaus vorstellen,

was Herr Minister Fischböck sagt. Hinsichtlich der sonstigen festverzinslichen Werte ist es eine ganz neue Idee, daß man auch hier den Juden, den man als Rentenbesitzer lassen wollte, nun zwangsweise enteignet.

Fischböck: Es ist deshalb sehr wichtig, weil die ganze Aktion keinen Erfolg hat, wenn die Juden im Besitz von Werten bleiben, die sie rasch realisieren können und mit denen sie sonst etwas anderes machen können.

Göring: Das ist es. Wir wollen dem Juden die Möglichkeit nehmen, gegen uns wieder irgendwie versteckt zu manipulieren.

Fischböck: Wenn wir z. B. nicht wollen, daß die Juden Juwelen besitzen, so würde man das dadurch verhindern können, daß sie nur Reichsanleihe behalten dürfen, also die Juwelen nur gegen Reichsanleihe erwerben könnten.

Göring: Ihre Schuldbuchforderungen würde ihnen keiner bezahlen.

Fischböck: Die sollen ja nicht übertragbar sein.

Göring: Nur mit Zustimmung.

Heydrich: Kann man nicht auf dem Umweg grundsätzlich verordnen, daß der Jude das, was er an Geld besitzt, nicht in bestimmten Werten anlegen darf, z. B. Kunstgegenständen?

Göring: Die Regelung mit den Schuldbucheintragungen ist viel einfacher. Die sind nicht übertragbar. Damit kann er nichts anfangen, und mit den 3½ % kann er nicht viel machen.

Heydrich: Man muß aber auch die Ablieferung der in jüdischem Besitz befindlichen Dinge regeln.

Göring: Was er jetzt hat. Das soll ja kommen.

Schmer: Im § 7 der Verordnung ist die Vollmacht enthalten, daß der Vierjahresplan den Einsatz des jüdischen Vermögens für die deutsche Volkswirtschaft regelt.³⁹

Göring: Ich finde: dieser Vorschlag von Fischböck ist sehr gut. Den müßte man jetzt tatsächlich in eine Form bringen, zunächst die Mietzinshäuser, die Aktienanteile usw.

Fischböck: Ich möchte noch bitten, folgende Frage zu entscheiden. Die Juden haben bei uns 184 Millionen Reichsmark Kapitalsforderungen, und zwar gegen Private, nicht bei Instituten. Das ist gewiß auch eine Anlageform, die wir keineswegs wünschen. Das ist Geld, das sie irgendeinem anderen Juden, aber häufiger einem Arier geborgt haben. Dadurch entsteht eine Abhängigkeit des arischen Gewerbetreibenden von dem jüdischen Gläubiger, die wir ablehnen. Nun ist die Frage aufzuwerfen – die würde ich bejahen –, ob man nicht auch hier eine Treuhandstelle mit der Verwaltung der Forderungen betrauen sollte und den Juden dann nach Maßgabe des Eingangs der Forderung in Reichsschuldbuchforderungen bezahlt. Der Zweck soll sein, den Schuldner vom jüdischen Gläubiger unabhängig zu machen, eine arische Treuhandstelle dazwischenzuschalten und dem Juden seine Forderungen auszuzahlen, soweit sie wirklich einbringbar sind. Es kann sein, daß sie uneinbringlich ist; dann ist sie natürlich auch nicht zu zahlen. Also auch hier wäre erforderlich, eine Treuhandstelle dazwischenzuschalten, aber mit dem Unterschied gegenüber den anderen Werten, daß wir die Forderung nicht sofort endgültig übernehmen, sondern sie nur zum Inkasso der Treuhandstelle überlassen.

Funk: Wenn über diese Debatte etwas an die Öffentlichkeit dringt, haben wir morgen einen run auf den ganzen Kapitalmarkt.

³⁹ Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

Fischböck: Deshalb haben wir diese Ideen immer zurückgestellt. Wir haben Beispiele, daß die Juden Reichsanleihe, Aktien und alles, was sie haben, Hals über Kopf verkauft haben. *Göring*: Das könnte ich durch eine einzige Verordnung verhindern. Die Verordnung wäre: Der ganze Kapitalverkehr der Juden wird sofort gestoppt. Wer von Juden kauft, ist strafbar, außerdem wird das, was er kauft, eingezogen. Anders könnte ich es nicht machen.

Es fehlt Turnus 6.

Frick: Das Innenministerium muß beteiligt werden.

Göring: Das habe ich vorhin gesagt. (Zuruf Goebbels.)

– Das ist ein Mißverständnis. Das ist jetzt die Kommission, die sich über gar nichts anderes ausläßt als diese Geschichte, die angeschnitten worden ist: wie soll man die Aktien, wie soll man die Schuldbuchverschreibungen machen? Ich möchte deshalb mit Absicht niemand hineinhaben, weil die Kommission so klein wie möglich sein soll.

Bürckel: Wird auch der Plan der Arisierung besprochen?

Göring: Herr Fischböck bringt diesen Plan vor. Darum dreht sich die Geschichte. Sie haben doch hoffentlich immer zugehört, damit Sie genau wissen, was für den Sudetengau gilt!

Nun bin ich natürlich auch der Meinung, man müßte diese wirtschaftlichen Sachen untermauern mit einer Anzahl von polizeilichen Aktionen, propagandistischen Aktionen, Kulturaktionen, damit jetzt alles herauskommt und das Judentum in dieser Woche zack-zack eins nach dem anderen um die Ohren bekommt.

Heydrich: Bei allem Herausnehmen des Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt. Darf ich dazu einige Vorschläge machen?

Wir haben in Wien auf Weisung des Reichskommissars eine Judenauswanderungszentrale eingerichtet, durch die wir in Oesterreich immerhin 50 000 Juden herausgebracht haben, während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19 000 Juden herausgebracht werden konnten, und zwar ist uns das durch Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium und den ausländischen Hilfsorganisationen gelungen.

Göring: Vor allen Dingen habt ihr mit den örtlichen Führern der grünen Grenze zusammengearbeitet. Das ist die Hauptsache.

Heydrich: Das waren die geringsten Zahlen, Herr Generalfeldmarschall. Es sind illegal –

Göring: Die Geschichte hat in der ganzen Welpresse gestanden. Die Juden wurden die erste Nacht nach der Tschechei ausgewiesen. Am nächsten Morgen haben sie die Tschechen gepackt und nach Ungarn abgeschoben. Von Ungarn ging es zurück nach Deutschland und zur Tschechei. Sie fuhren so herum und so herum. Schließlich landeten Sie auf einer alten Prahm der Donau. Da hausten sie, und wo sie auch an Land gingen, wurden sie zurückgewiesen.⁴⁰

Heydrich: Das war diese Meldung. Es handelte sich um keine hundert Juden.

Göring: Es war doch 14 Tage lang praktisch so, daß immer um Mitternacht eine Anzahl Juden auswärts gewandert sind. Das war im Burgenland.

⁴⁰ Diese Abschiebung wurde u.a. in folgenden Artikeln thematisiert: The Times, Nr. 47973 vom 20. 4. 1938, S. 9: Expulsion of Jews from Austria; The Times, Nr. 47975 vom 22. 4. 1938, S. 13: Homeless Austrian Jews. Refugee Found in Danube Tugboat; The NYT, Nr. 29306 vom 20. 4. 1938, S. 1, 13: Austrian Jews Set Adrift on Borders; The NYT, Nr. 29309 vom 23. 4. 1938, S. 4: Expulsion of Jews is Laid to Gestapo; Los Angeles Times vom 21. 4. 1938, S. 3: Jewish Austrian Refugees Seek Shelter Near Border; siehe auch Einleitung, S. 44.

Heydrich: Durch legale Maßnahmen sind zum mindesten 45000 Juden herausgebracht worden.

Göring: Wie war das möglich?

Heydrich: Wir haben das in der Form gemacht, daß wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kulturgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden. Das Problem war ja nicht, den reichen Juden herauszukriegen, sondern den jüdischen Mob.

Göring: Aber, Kinder, habt ihr euch das einmal überlegt? Es nützt doch auch nichts, daß wir vom jüdischen Mob Hunderttausende herauskriegen. Habt ihr euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, daß er auf die Dauer nicht gangbar ist?

Heydrich: Nur die Devisen, die jeder Jude bekommen hat.

(*Göring:* Einverstanden.)

Auf diese Weise. Darf ich vorschlagen, daß wir eine ähnliche Zentrale im Reich unter Beteiligung der zuständigen Reichsbehörden einrichten⁴¹ und daß wir auf Grund dieser Erfahrungen unter Abstellung der mit Recht vom Herrn Generalfeldmarschall kritisierten Fehler eine Lösung für das Reich finden?

(*Göring:* Einverstanden.)

Das Zweite, um die Juden herauszubekommen, müßte eine Auswanderungsaktion für das Judentum im übrigen Reich sein, die sich auf mindestens 8 bis 10 Jahre erstreckt. Wir kriegen im Jahr nicht mehr als höchstens 8- bis 10 000 Juden heraus. Es bleibt also eine Unzahl Juden drin. Durch die Arisierungen und die sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des zurückbleibenden Judentums. Ich muß also in Deutschland solche Maßnahmen treffen, daß sie auf der einen Seite den Juden isolieren, damit er nicht in den normalen Lebenskreis des Deutschen eintritt. Ich muß aber auf der anderen Seite Möglichkeiten schaffen, die den Juden auf einen engsten Kundenkreis beschränken, aber eine bestimmte Betätigung zulassen, in der Rechtsanwaltsfrage, Arztfrage, Friseurfrage usw. Diese Frage müßte auch geprüft werden.

Für die Isolierung möchte ich rein polizeilich einige Vorschläge kurz unterbreiten, die auch wegen ihres psychologischen Einflusses auf die öffentliche Meinung von Wert sind. Z.B. die persönliche Kennzeichnung des Juden, indem man sagt: Jeder Jude im Sinne der Nürnberger Gesetze muß ein bestimmtes Abzeichen tragen. Das ist eine Möglichkeit, die viele andere Dinge erleichtert — in bezug auf Ausschreitungen sehe ich keine Gefahr —, die uns auch das Verhältnis zum ausländischen Juden erleichtert.

Göring: Eine Uniform!

Heydrich: Ein Abzeichen. Dadurch könnte man auch die Schäden abstellen, die dadurch entstehen, daß die ausländischen Juden, die sich in ihrem Äußeren nicht von inländischen Juden unterscheiden, in Mitleidenschaft gezogen werden.⁴²

Göring: Aber lieber Heydrich, Sie werden nicht darum herumkommen, in ganz großem Maßstab in den Städten zu Ghettos zu kommen. Die müssen geschaffen werden.

Heydrich: Ich darf gleich zur Frage des Ghettos Stellung nehmen. Das Ghetto in der Form vollkommen abgesonderter Stadtteile, wo nur Juden sind, halte ich polizeilich nicht für

41 Zur Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung siehe Dok. 243 vom 24.1.1939.

42 Zur Diskussion um das Abzeichen für Juden siehe Dok. 149 vom 14.11.1938. Die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden wurde im Sept. 1941 eingeführt: Vom 19.9.1941 an mussten alle Juden vom sechsten Lebensjahr an in der Öffentlichkeit einen gelben Stern tragen.

durchführbar. Das Ghetto, wo der Jude sich mit dem gesamten Judentum versammelt, ist in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar. Es bleibt der ewige Schlupfwinkel für Verbrechen und vor allen Dingen von Seuchen und ähnlichen Dingen. Heute ist es so, daß die deutsche Bevölkerung – wir wollen die Juden auch nicht in demselben Haus lassen – in den Straßenzügen oder in den Häusern den Juden zwingen, sich zusammenzunehmen. Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden und aber Tausenden in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Ueberwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann.

Göring: Wir brauchten nur das Telefonieren nach auswärts zu unterbinden.⁴³

Heydrich: Ich könnte den Verkehr des Judentums aus diesem Stadtteil heraus doch nicht ganz unterbinden.

Göring: Und in wirklich eigenen Städten?

Heydrich: Wenn ich sie in vollkommen eigene Städte tue, jawohl. Dann bildet diese Stadt aber ein solches Zentrum für Verbrechergesindel, daß sie die größte Gefahr darstellt. Ich würde andere Wege gehen. Ich würde Sperrgebiete für das Judentum einrichten und würde sagen: in München das Regierungsviertel und das Gebiet – –

Göring: Halt! Mir kommt es weniger darauf an, daß die Juden nicht irgendwo auftauchen, wo ich sie nicht haben will, sondern mir kommt es mehr auf folgendes an. Wenn der Jude jetzt nicht mehr in der Arbeit drin ist, wird er bescheiden leben müssen. Von den 3½ % wird er keine großen Sprünge machen können mit Speisehäusern usw. Er wird mehr arbeiten müssen. Das wird eine Zusammenfassung des Juden ergeben, die vielleicht doch von vornherein irgendwie die Kontrolle erleichtert. Man weiß: in diesem Hause wohnen nur Juden. Wir müssen auch die jüdischen Metzger, Friseur, Lebensmittelhändler usw. in jüdischen Straßenzügen zusammenbringen. Es ist allerdings die Frage, ob wir das noch dulden wollen. Wenn nicht, dann muß der Jude beim Arier kaufen.

Heydrich: Nein. Ich würde sagen, daß man es für die kleinen Dinge des täglichen Lebens ausschaltet, daß der Deutsche den Juden bedient.

Göring: Einen Moment! Verhungern lassen können Sie ihn nicht. Jetzt kommt aber folgende Schwierigkeit: Wenn Sie sagen, daß der Jude soundso viele Geschäfte des Einzelhandels bedienen kann, dann sind wieder welche im Geschäft drin, und die nächste Erweiterung ist: er muß sich beim Engros-Laden eindecken.

Schmer: In einer Kleinstadt ist das gar nicht durchführbar.

Göring: Das wäre nur durchführbar, wenn Sie von vornherein ganze Stadtteile bzw. ganze Städte für den Juden reservieren. Sonst müssen Sie zulassen, daß nur Deutsche im Geschäftsverkehr bleiben und der Jude dort kaufen muß. Sie können keine jüdische Barbierstube einrichten. Der Jude muß doch Lebensmittel, muß Strümpfe kaufen können.

Heydrich: Es muß entschieden werden, ob man das will oder nicht.

Göring: Ich möchte das gleich heute entscheiden. Wir können hier nicht noch einmal eine Art Unterteilung vornehmen. – Das geht nicht –, daß wir sagen: soundso viel Geschäfte bleiben für den Juden bestehen; denn dann hört sofort die Kontrolle wieder auf, weil diese

⁴³ Am 19.7.1940 wurde Juden per Erlass des RPM das Telefonieren verboten; Josef Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg 1996, S. 325f. Die von Juden benutzten Telefonanschlüsse mussten zum 30.9.1940 gekündigt werden. Ausgenommen waren aktive Ärzte, Juristen und jüdische Organisationen; Erlass des RPM vom 29.7.1940; Bruno Blau, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945, Düsseldorf 1954, S. 84.

Geschäfte wieder Engrosgeschäfte brauchen usw. Ich möchte sagen: Alles, was Geschäft ist, soll arisches Geschäft sein, wo der Jude kaufen kann. Man kann höchstens einen Schritt weitergehen und sagen: Voraussichtlich werden die und die Geschäfte in der Hauptsache von Juden aufgesucht werden. Man könnte gewisse Barbierstuben durch Juden einrichten. Man könnte gewisse Konzessionen in der Richtung geben, einen Beruf in bestimmten Straßenzügen für bestimmte Aufgaben auszuüben. Läden aber nicht.

Heydrich: Wie wäre es im Ghetto? Müßte da der Jude in den arischen Teil zum Einkaufen gehen?

Göring: Nein. Da würde ich sagen: es gibt genug deutsche Geschäftsleute, die sich mit Wonnegründen in das Ghetto hereinsetzen, weil sie da ein Geschäft machen. Ich würde nicht mehr von dem Grundsatz abweichen, daß der Jude in der Wirtschaft nichts mehr zu suchen hat.

Heydrich: Das möchte ich nicht entscheiden. – Dann einige Dinge, die auch psychologisch wichtig sind.

Göring: Wenn wir überhaupt einmal ein Ghetto haben, könnten wir feststellen, was für Geschäfte da hereinmüssen, und dann kann man sagen: du, Jude Soundso, bekommst jetzt mit dem und dem zusammen die Konzession für die Anlieferung. Dann wird eine deutsche Engrosfirma beauftragt, für dieses jüdische Geschäft zu liefern. Dieses Geschäft ist dann nicht ein Einzelgeschäft, sondern eine Konsumwirtschaft, ein Konsumverein für die Juden.

Heydrich: Diese ganzen Maßnahmen werden praktisch-organisch zu einem Ghetto führen. Ich muß sagen: man soll heute nicht ein Ghetto bauen wollen. Aber durch diese Maßnahmen werden die Juden automatisch in ein Ghetto gedrängt in der Form, wie das angedeutet wurde.

Funk: Der Jude muß ganz eng zusammenrücken. Was sind 3 Millionen?⁴⁴ Da muß der einzelne für den anderen eintreten. Der einzelne verhungert.

Göring: Jetzt kommt das, was Minister Goebbels vorhin sagte. Es kommt das Zwangsvermieten. Jetzt kommen die jüdischen Mietsparteien zusammen.⁴⁵

Heydrich: Als Maßnahme würde ich weiter vorschlagen, daß man alle persönlichen Berechtigungen wie Zulassungsscheine und Führerscheine den Juden entzieht, daß der Jude nicht Eigentümer von Kraftwagen sein darf, daß er aber auch nicht fahren darf, weil er damit deutsches Leben gefährden kann,⁴⁶ daß man ihn weiterhin in seiner Freizügigkeit durch Aufenthaltsverbote beschränkt. Ich würde sagen: Der Königliche Platz in München, die Reichsweihestätte, darf in einem bestimmten Umkreis von Juden nicht mehr betreten werden.⁴⁷ Dasselbe bei kulturellen Einrichtungen, Grenzzäunen, Festungswerken. Des weiteren, was Minister Dr. Goebbels vorhin sagte: Ausschließung der Juden von öffentlichen Theatern, Kinos usw.

44 Vermutlich überschätzte Funk die Zahl der noch im Deutschen Reich lebenden Juden, deren tatsächliche Anzahl 1938 nur noch etwa 500 000 betrug.

45 Am 28.12.1938 ordnete Göring an, dass jüdische Mieter in bestimmten Häusern, in denen nur Juden lebten, zu wohnen hätten; siehe Dok. 215 vom 28.12.1938.

46 Am 3.12.1938 wurden den Juden auf Anordnung Himmlers die Führerscheine und Kfz-Papiere entzogen.

47 Verbot nicht ermittelt. Der Königsplatz in München wurde 1933 in Königlicher Platz umbenannt und zur Weihestätte der NSDAP umgestaltet. Am östlichen Rand wurden zwei Ehrentempel für die Särge der „Martyrer der Bewegung“ errichtet.

Zum Kurbetrieb darf ich folgendes sagen. Der Kurbetrieb in der Heilstätte ist an sich eine Zusatzangelegenheit der Körpergesundheit, die nicht unbedingt für den einzelnen Menschen notwendig ist. Viele Millionen deutscher Volksgenossen sind nicht in der Lage, ihren Gesundheitszustand durch einen Besuch eines Heilbades zu verbessern. Ich sehe nicht ein, warum der Jude überhaupt in Bäder gehen soll.

Göring: In Heilbäder, nein.

Heydrich: Dann würde ich dasselbe für die Krankenhäuser vorschlagen. Ein Jude kann nicht im Krankenhaus mit arischen Volksgenossen zusammenliegen.

Göring: Aber das muß allmählich gemacht werden.

Heydrich: Dasselbe mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Göring: Gibt es nicht jüdische Sanatorien und jüdische Krankenhäuser? (Zurufe: Jawohl.) Das muß alles durchgefiedelt werden. Diese Dinge müssen hintereinanderweg herauskommen.

Heydrich: Ich wollte bloß grundsätzlich das Einverständnis erbitten, daß wir diese Dinge einleiten dürfen.

Göring: Noch eine Frage, meine Herren: Wie beurteilen Sie die Lage, wenn ich heute verkünde, daß dem Judentum als Strafe diese 1 Milliarde als Kontribution auferlegt wird?

Bürckel: Die Wiener werden sehr damit einverstanden sein.

Goebbels: Ich meine, ob die Juden die Möglichkeit haben, sich zu entziehen, etwas auf Seite zu schaffen.

*Brinkmann:*⁴⁸ Dann machen sie sich schon strafbar.

v. Krosigk: Herr Fischböck, eine Frage: Kann man die Kontribution ausschreiben, ohne gleichzeitig ein Verbot der Versilberung herausgehen zu lassen? Es ist naturgemäß die Gefahr gegeben, daß sie ihre Anleihen auf den Markt schmeißen.

Funk: Das ist alles angemeldet. Das Geld müssen sie auch angeben.

v. Krosigk: Aber sie können vorläufig darüber verfügen.

Göring: Es nützt ihnen nichts, wenn sie das versilbern. Das Geld können sie nicht weggeben.

Funk: Wenn sie ihre Effekten verkaufen, haben sie den Schaden.

Fischböck: Die Gefahr hat schon etwas für sich. Aber ich glaube nicht, daß sie sehr groß ist. Das setzt allerdings voraus, daß man tatsächlich die anderen Maßnahmen im Laufe der nächsten Woche trifft.

v. Krosigk: Spätestens im Laufe der nächsten Woche müssen sie getroffen werden.

Göring: Das würde ich als Bedingung setzen.

Fischböck: Es ist vielleicht gut, wenn wir uns selbst auf die Weise unter Druck setzen.

Göring: Ich werde den Wortlaut wählen, daß die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von 1 Milliarde auferlegt bekommen.⁴⁹ Das wird hinhalten. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im übrigen muß ich noch einmal feststellen: ich möchte kein Jude in Deutschland sein.

⁴⁸ Vermutlich Rudolf Brinkmann (*1893), Nationalökonom; von 1916 an in der Reichsbank tätig, 1931 Direktor der Reichsbanknebenstelle in Aschaffenburg, von 1933 an Direktoriumsmitglied der Deutschen Golddiskontbank, von 1937 an der Reichsbank, 1934–1937 Generalreferent Schachts im RWM; 1938 SS-, 1939 NSDAP-Eintritt; 1938 Staatsrat und StS; im Mai 1939 auf Veranlassung der Gestapo Einweisung in eine Klinik für Geisteskranke in Bonn bis mindestens 1944.

⁴⁹ Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

v. Krosigk: Deswegen möchte ich erst einmal das stark unterstreichen, was Herr Heydrich zu Anfang gesagt hat: wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes, die Juden herauszubringen ins Ausland. Das muß doch immer das entscheidende sein, daß wir nicht das ganze Gesellschaftsproletariat hier behalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist.

(Frick: Und eine Gefahr.)

Ich stelle mir den Zwang zum Ghetto auch nicht gerade als angenehme Aussicht vor. Die Aussicht, zum Ghetto kommen zu müssen, ist auch keine angenehme. Infolgedessen muß das Ziel sein, was Heydrich gesagt hat: heraus, was herausgebracht werden kann!

Göring: Das zweite ist folgendes. Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen. Darüber hinaus wird der Führer jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen.⁵⁰ Das hat er mir am 9. November auseinandergesetzt. Es geht nicht mehr anders. Er will auch den anderen Staaten sagen: „Was redet ihr immer von den Juden? – Nehmt sie!“ Dann kann man noch einen Vorschlag machen: die reichen Juden können in Nordamerika, Kanada oder sonstwo ein großes Territorium für ihre Glaubensgenossen kaufen.

Ich möchte noch einmal zusammenfassen. Der Wirtschaftsminister wird die Kommission leiten und wird alle Maßnahmen, die in dieser Richtung liegen, in wenigen Tagen in irgendeiner Form treffen.

Blessing:⁵¹ Ich habe Bedenken, daß die Juden in den nächsten Tagen ab Montag für Hunderttausende Reichsanleihe verkaufen, um sich Mittel zu beschaffen. Da wir den Kurs der Reichsanleihe halten im Hinblick darauf, daß wir weiter Reichsanleihe begeben wollen, müßte das Anleihekonsortium bzw. der Reichsfinanzminister diese Reichsanleihe aufnehmen.

Göring: In welcher Form kann der Jude seine Reichsanleihe auf den Markt bringen?

(Zuruf: Verkaufen!)

An wen?

(Zuruf: An der Börse. Er gibt Auftrag an eine Bank.)

Dann sperre ich den Verkauf der Reichsanleihe für drei Tage.

Blessing: Das müßte durch eine Verordnung geschehen.⁵²

Göring: Ich sehe nur keinen Vorteil für den Juden darin. Er weiß auch nicht, wieviel er selbst zu zahlen hat. Ich glaube im Gegenteil: er wird sich zunächst nicht rühren.

50 In zwischenstaatlichen Verhandlungen über mögliche Zielländer der Auswanderung bzw. Aussiedlung der poln. und deutschen Juden war vom Herbst 1937 an die Insel Madagaskar im Gespräch, die damals franz. Kolonie war.

51 Carl Blessing (1900–1971), Kaufmann; 1930 bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Genf, 1933 Mitarbeiter Schachts in der Reichsbank, von 1934 an im RWM, 1937 Präsident der Reichsbank, im Jan. 1939 gemeinsam mit Schacht abberufen; 1939–1941 Vorstandsmitglied der Margarine-Union, 1941–1945 der Kontinentalen Öl AG; 1948 Unilever-Verwaltung Hamburg, 1958–1969 Bundesbankpräsident.

52 Nicht ermittelt. Die Reichsanleihen dienten als Instrument zur Enteignung der Juden. Sie wurden, obwohl formal noch jüdisches Eigentum, von den Reichsbankvertretern bereits als faktischer Staatsbesitz angesehen. Auf dem Markt waren sie praktisch kaum noch verkäuflich; siehe Einleitung, S. 59.

Goebbels: Im Augenblick ist er klein und häßlich und bleibt zu Hause.

Göring: Ich würde keine Logik darin sehen. Sonst muß man das tun. Weshalb ich die Veröffentlichung rasch haben will: wir haben zwar momentan Ruhe, aber wer garantiert mir dafür, daß am Sonnabend/Sonntag nicht eine neue Sache kommt. Ich will ein für allemal jede Sonderaktion endgültig beseitigen. Das Reich hat die Sache in die Hand genommen. Der Jude kann nur Sachen verkaufen. Er kann ja gar nichts machen. Da muß er das Geld abliefern. Den Schaden hat er so und so. Er weiß auch nicht, in welcher Höhe er drankommt. Der einzelne Jude wird jetzt zunächst nicht daran denken, etwas auf den Markt zu werfen, sondern jetzt wird ein Geschnattere kommen, dann wird der Sturm lauf bei uns losgehen usw. Dann werden sie sich erst mal alle die großen Arier aussuchen, von denen sie glauben, daß sie mit ihnen Glück haben, die sogenannten Reichsbriefkästen verschiedener Ordnung, wo sie ihre Beschwerden ablagern. Dann werden die auf mich losstürmen. Da vergeht schon eine ganze Menge Zeit, bis die Sache so weit ist.

Dalüque: Kann die Kraftfahrzeugbeschlagnahme heraus? –

Göring: Ebenfalls muß das Innenministerium mit seiner Polizei überlegen, welche Maßnahmen nun ins Auge zu fassen sind.

Dann danke ich Ihnen.

(Schluß der Sitzung 2.40 Uhr.)⁵³

DOK. 147

Die Zelle 08 der NSDAP-Ortsgruppe Dornbusch sammelt am 12. November 1938 Informationen über vermögende Juden¹

Vermerk der Zelle 08,² (Unterschrift unleserlich), Frankfurt a.M., vom 12.11.1938

Aufstellung über die vermögenden Juden!

Familie Ernst Rosenthal, Liliencronstr. 9 – Uhren- & Goldwaren-Geschäft – bereits festgenommen.

Nach Angabe der Frau verläßt sie am 15.11. das Haus, das vermietet sein soll, und zieht in eine Frankfurter Pension, um später nach Afrika auszuwandern!

⁵³ Die Aufzeichnungen von Woermann und Schumburg enthalten Anhaltspunkte in Bezug auf die während der Konferenz erörterten Themen, über die kein Protokoll erhalten ist: Demnach sollte ein Ausschuss unter Vorsitz von RWM Funk die Enteignung von jüdischem Grundbesitz, jüdischen Kunstgegenständen und Schmuck regeln. Juden, die im Exportgeschäft eine wichtige Rolle einnahmen, durften „nicht angefaßt werden“. Die zuständigen innenpolitischen Ressorts hatten „die Frage der Zwangsarbeit des jüdischen Proletariats“ zu prüfen. Reichsstatthaltern und Parteistellen sollten eigenmächtige Aktionen gegen Juden strengstens verboten werden. Gegenüber ausländischen Juden war man zu Konzessionen hinsichtlich der Schadensersatzleistungen geneigt, wenn die Geschädigten aus westlichen Staaten kamen, mit denen es entsprechende Verträge gab, gegenüber Angehörigen osteuropäischer Staaten hingegen nicht. Den Notizen Löseners zufolge wurde auf der Konferenz ferner vereinbart, dass den Juden, soweit möglich, ihre Titel abzusprechen seien; wie Anm. 3.

¹ IfS Frankfurt a.M., Vereine, V 11/6, Bl. 40.

² Die NSDAP Ortsgruppe Zelle 08 in Frankfurt-Dornbusch entstand 1935 nach einer Neuaufteilung des Bezirks. Das Zuständigkeitsgebiet der Zelle 08 umfasste nur wenige Mietshäuser, viele der Parteimitglieder hatten Leitungsfunktionen in der Wirtschaft oder auf anderen Gebieten inne, wie der Humangenetiker von Verschuer. Die Leitung der Zelle übernahm zunächst Emil Nold, 1936–1940 Bruno Krümpelmann, 1940–1945 Dr. Harry Gerber. Anfang 1936 lebten im Gebiet der Zelle 25 Juden über 20 Jahre, am 8.3.1943 erklärte Gerber das Gebiet für „judenrein“.

Fam. Bankier Robert Weiss und Leopold Rotbarth, Roseggerstr. 17, Hausbesitz und auch so noch vermögend!

Fam. Joseph und Rich. Neumann, Anzengruberstr. 10 – sollen zur Zeit in Holland sein. – Hausbesitz und noch Vermögen!

Sally Rosenberg, Anzengruberstr. 5 & Frau Rosenberg, Paula geb. Lind (Schwiegertochter),

Hausbesitz und noch Vermögen.

Wwe. Leontine Oppenheimer, geb. Levingstone, Grillparzerstr. 45, & Wwe. Flory Oppenheimer, geb. Haas (Schwiegertochter der Leont. O.).

Besitzen das Haus Grillparzerstr. 45 & Gust. Freytagstr. 6.

Sollen „steinreich“ sein, sind Verwandte des bekannten engl. Bankhauses Lincoln-Levingstone-Oppenheimer!

Luise Sander & Ludwig Löwenthal, Grillparzerstr. 56 – Hausbesitz Grillp. 56 und ausserdem sehr vermögend!

Dr. jur. Rob. Cahn, Mörikestr. 3, & Mathilde, geb. Rotbarth

Hausbesitz von Mörikestr. 3 und sehr vermögend!

Tochter des in Roseggerstr. 17 wohnenden Juden Rotbarth! S. obigen Eintrag!

Familien Felix *Ochs* &

Familien Fritz *Cohn*, Grillparzerstr. 34 – Hausbesitz Grillp. 34 und ausserdem steinreich! – Waren die früheren Inhaber von Fa. Wagener & Schlötel, Ffm., Zeil!

Stehen heute noch ständig mit dem Nachfolger, Dir. Stier, Ffm., Beethovenstr. 16, in persönlicher Verbindung!

Es ist bestimmt anzunehmen, dass nach wie vor die Juden Cohn und Ochs über Stier noch ihr Geld in der Firma W. & Schl. stecken haben! – Es wird dringend geraten, die Verhältnisse bei der Firma einmal genauer nachzuprüfen! – Hat die DAF. die Verhältnisse genau geprüft, bevor man der Firma das Schild „Deutsches Geschäft“ gab???

Heil Hitler!

DOK. 148

Aufzeichnungen von Luise Solmitz vom 10. bis 14. November 1938 über den Novemberpogrom und neue antijüdische Bestimmungen¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Einträge vom 10.11.1938 bis 14.11.1938 (Abschrift)

10.11.38

Ein böser, böser Tag. Fredy² erfuhr es zuerst beim Grünmann, daß jüdische Geschäfte zerstört und geschlossen seien. Wir gingen zur Stadt, besorgten {etwas}. ... Die Leute unheimlich geschäftig, beschäftigt, Gruppen, Zusammenballungen, Sperrungen, all die großen jüdischen Geschäfte geschlossen, {bei} Robinsohn, Hirschfeld sämtliche Scheiben zertrümmert, ein fortwährendes Scheppern und Klirren von prasselnden Scheiben, an denen die Glaser arbeiteten; nie hörte ich so etwas an Klirren. Schweigende, erstaunte und zustimmende Leute. Eine häßliche Atmosphäre. – „Wenn sie drüben unsere Leute totschießen, dann muß man so handeln“, entschied eine ältere Frau.

¹ StAAH, 622–1/40, Familie Solmitz, 1, Bd. 31; gekürzter Abdruck in: Hans-Jürgen Döscher, „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938, München 2000, S. 112.

² Gemeint ist der Ehemann von Luise Solmitz, Friedrich Wilhelm Solmitz.

Um 18 Uhr im Rundfunk: Demonstrationen und Aktionen gegen Juden seien sofort einzustellen. – Die Antwort auf den Mord an Herrn von Rath³ werde der Führer auf dem Verordnungswege geben. – Goebbels läßt das sagen.

D.h. {Das bedeutet} unser Schicksal läuft unaufhaltsam dem Untergang zu.

An der Synagoge waren fast alle Scheiben zertrümmert, auch das Innere war wohl zerstört. Die Leute sahen durch die Türöffnungen hinein. Polizei stand im Vorgarten. Unablässig zogen die Menschen vorüber. {Einschaltung: Inzwischen ganz abgetragen, Ende 1939.} Abends brachten Gisela und ich einen kleinen Hund auf unsere Polizeiwache; ein Jude wurde untersucht, in einer Ecke lag auf einem Stuhl ein tobtlicher Mensch. Der kleine Hund beschnupperte den Mann: „Pfui, laß,“ sagte der Polizeibeamte zu ihm. „Das ist ein Jude.“

Kemal Pascha ist gestorben, Atatürk, der Neuschöpfer der Türkei. – Evangelische Kirche. – Namensgebung für den jüngsten Sohn von Rudolf Heß.⁴ {Was dahinter steckt, weiß ich heute nicht mehr. Ein Zusammenhang offenbar, den weiter auszudeuten, gefährlich schien.} Wenn wenigstens die Verordnung gleich herauskäme, die uns vernichtet. – Vernichtet, weil ein jüdisch-polnischer Verbrecher mordet. Mit B.'s waren wir drei bei Baßler. Vielleicht war es ganz gut. Aber all die andern sehen {müssen}, unbekümmert, unbeschwert; die meinen gewiß, sie haben Sorgen, ach, was sind die gegen unsere Verzweiflung. Sie gehen nach Hause, schlafen ohne Angst vor morgen und der Zukunft, können die „Verordnungen und Gesetze“ in Ruhe abwarten. Hingegen wir!

Paris meldet aus Nürnberg,⁵ daß, da der Führer dort weile, alle Juden sich bis 18 Uhr auf der Polizei einschreiben lassen und Haus- und Garagenschlüssel abliefern mußten. – 500 seien verhaftet. In Berlin sollen die Synagogen verbrannt sein. – Polizei und Feuerwehr griffen nicht ein.

Immer dachte ich, nun ist wohl der Gipfel erreicht, siehe da, es war immer nur Vorspiel des nächsten. Nun kommt das Ende.

11.11.38

Der Tag begann mit der Tröstung von Frau Hartmann {der Reinmachefrau}: „Nu is der Bart ganz ab; nu is es aus mit die Juden.“

Ich fürchtete, sie wüßte schon etwas früh morgens Durchgesagtes, fragte aber nichts, und es war auch nichts.

Trübe, bittere, angstvolle Stimmung. Da hilft kein Mut.

Ich ging mit Gisela zur Stadt; statt der Fenster Holzverschlüge, Riesenschäden; stumm wogte die Menge auf und ab. Kein Jude dazwischen.

Abends bei unserem Blockwart wegen der Waffenablieferungen. Denn das lasen Gisela und ich unterwegs: alle Schuß-, Stoß-, Hiebaffen von Juden müssen binnen 4 Tagen der Polizei abgeliefert werden.⁶

Fredys schönes Jagdgewehr, die Waffen, die er im Felde getragen hat. Ein Bitteres kommt zum andern, nirgends ein Schimmer von Wohlwollen, von Hoffnung, nirgends ein klei-

3 Richtig: Ernst vom Rath.

4 Rudolf Heß (1894–1987), Kaufmann; Mitglied der Thule-Gesellschaft, 1920 NSDAP-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, dafür Festungshaft in Landsberg a.L.; Privatsekretär Hitlers, 1933–1941 StdF; 1946 im Nürnberger Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt, nahm sich 1987 in der Haft das Leben.

5 Gemeint ist vermutlich ein franz. Radiosender.

6 Siehe Dok. 141 vom 11.11.1938.

nes Aufatmen. Die das nicht trifft, können nicht vermessen, wie glücklich, wie sicher ihr Leben ist. Ihr Eigentum brauchen sie nicht zu umfürchten, Zeitung, Rundfunk, nichts kann sie beunruhigen.

Als ich von der Ablieferung der Waffen las, trieb es mich nach Hause, ich sorgte mich um Fr., ich war froh, als wir ihn ... trafen. ... wir wollen sehen, wie weit es sich ertragen läßt. – „Ist es so schwer, etwas früher vom Tisch des Lebens aufzustehen?“, läßt Fontane Effi Briest fragen. Ja, es ist schwer für den, den Bande der Liebe halten, der den Wert des Lebens, seine Schönheiten, seinen heiligen Alltag kennt, und {der} sich keiner, keiner staatsbürgerlichen Schuld bewußt ist, der nie seinem Vaterlande untreu wurde.

In Himmlers Verordnung wird für Nichtablieferung der Waffen das K.Z. und Schutzhaft von 20 Jahren! angedroht.⁷

12. 11.38

Ich besorgte im Alsterhaus⁸ Theaterkarten für Gisela und Frau E. und ihre Rita. Ehe ich das Alsterhaus betrat, las ich: „Die Reichsregierung wird antworten – legal aber hart.“ – Nie werde ich diese Worte vergessen: legal aber hart. Unser Schicksal ist besiegelt. Ich begreife nicht, daß ich meinen Auftrag im Alsterhaus erledigte. Ich sah nichts von all den bunten Dingen um mich herum. Ich mußte Gisela von den Karten sagen, ich rief an, ich vermochte es, von Theaterkarten zu sprechen; fast versagte mir die Stimme. Dann traf ich wieder mit Fredy zusammen ... und wir gingen zur Gestapo im Stadthaus. Fr. hatte den Wortlaut des Waffenerlasses noch nicht gelesen, sonst hätte er den Antrag nicht erst gestellt, seinen Degen aus dem Felde zu behalten und die Pistole. – Die beiden SS-Leute, die uns in einer Halle am Paternoster abfertigten, waren etwas ratlos: „Major a.D.“ Der Beamte oben sagte trocken „Das ist jetzt ganz vorbei.“ – „Und“, fügte er hinzu, „wenn ich Ihnen raten soll, liefern Sie alles ab.“ – „Das ist selbstverständlich für mich als alten Offizier“, erwiderte Fredy.

Eben waren wir zu Hause, wollten noch einmal fort, da klingelt es. Zwei Herrn in Zivil. Fredy sagte: „Luise, die Herren kommen von der Geheimen Staatspolizei.“ – „Ja, bitte?“, sagte ich ebenso ruhig und war es auch. Als ich mit ins Zimmer trat, sagte der eine Beamte zu Fredy: „Kann ich Sie allein sprechen?“ Ich verließ das Zimmer. – Hörte noch, wie er sagte: „Haben Sie Auszeichnungen?“ – „Kriegsauszeichnungen? Ja, eine ganze Menge.“ – „Zeigen Sie die Urkunden.“ – „Sie waren Flieger?“ – „Ja, einer der ersten Fliegeroffiziere Deutschlands und als solcher 50 v. H. dienstbeschädigt.“ Bei allem die Lösung: Bitte, ganz kurz. – Fredy sagte, wir kämen eben von der Gh. Staatspolizei wegen der Waffenablieferung. „Sie haben Waffen?!“ – „Eine Masse, als alter Frontoffizier.“ – „O, dann liefern Sie sie ja alle ab.“ Das sei ganz selbstverständlich, wiederholte Fredy, und ist es auch. „Darf ich nach dem Grund Ihres Besuches fragen?“ – „Daraus, daß wir so wieder fortgehen, sehen Sie, daß alles in Ordnung ist.“

Hätten sie ohne die Auszeichnungen Fr. mitgenommen oder doch ihm Platz und Zeit angewiesen, wo er sich einzufinden hätte? Er hat eine böse Viertelstunde durchkämpft. In trübster Stimmung, ich wie versteinert vor Angst, fuhren wir zu Wanda, wir hatten uns nun mal da angemeldet.

⁷ In der VO gegen den Waffenbesitz der Juden wurde bei Zuwiderhandlung in besonders schweren Fällen mit einer Zuchthausstrafe von bis zu fünf Jahren gedroht.

⁸ Kaufhaus an der Binnenalster in Hamburg.

Unterwegs schrie es uns aus den Zeitungen entgegen: Juden ist der Besuch von Theatern, Konzerten, Kinos verboten.⁹

Wir waren keine heiteren Gäste ... Wanda war ganz entsetzt: „Aber Dir, Fr., tun sie doch nichts! Dich geht es doch nichts an!“ Wie ist das möglich, daß man so auf dem Mond lebt. Ich sagte ihr, sie solle sich nicht so schnell um eine Zweizimmerwohnung bemühen, vielleicht sei ihr drittes Zimmer schon bald die letzte Zuflucht ... Sie versprach es. – Nein, fröhliche Gäste waren wir nicht.

Und abends traf der Schlag, – ich hörte gar nicht zu vor Angst. Paris meldete: Eine Milliarde Reichsmark für den Mord in Paris, zu zahlen von den Juden.

Dabei völlige Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben.¹⁰

Nun gab auch Fredy es zu: Wir sind vernichtet.

Etwa 45 Millionen ... Franzosen zahlten aus einem reichen Lande 5 Milliarden {1871},¹¹ macht 9 Millionen Menschen auf eine Milliarde. Hier sollen an 600 000 Menschen eine Milliarde in tiefstem Notstand aufbringen. ... es haftet {dafür} nicht das, was verdient wird, sondern das, was durch Vermögensangabe zugriffsbereit daliegt, d.h. alles.

13. 11.38

Ein Sonntag so golden, so warm, so unserer Angst hohnsprechend ... Wir lieferten die Waffen auf dem Polizeirevier ab, das tut weh, meinte der Wachtmeister {der 1945 ganz zufällig unser Untermieter wurde!}, der auch Frontsoldat gewesen ist, und ein anderer lobte das schöne Jagdgewehr und meinte, es stecke doch ein großer Wert in den Waffen; sie {die Polizisten} waren ja ganz erstaunt, ein ganzes Arsenal zu bekommen von Fr. – Fr.'s Degen, auf dem er im Felde die Leute vereidigte, die Pistole, die ihn in den Kämpfen in Ost und West begleitet hatte, der belgische Pallasch,¹² ein Beutestück, Payes dummer kleiner Trommelrevolver, ... den ich 1918 nicht abgeliefert hatte, Säbel, Grabenmesser, Mauserpistole, Munition. Bekamen eine Bescheinigung und brachten noch ein paar Patronen nach.

14. 11.38

Kein Jude darf mehr eine deutsche Hochschule besuchen; es sind noch einige Ausnahmen gemacht gewesen.¹³

Es wird beraten über die endgültige Lösung der Judenfrage.¹⁴

Was wird das geben, warum müssen wir davor zittern, und 80 Millionen Menschen können es in Ruhe erwarten.

⁹ Siehe Dok. 146 vom 12.11.1938, Anm. 15.

¹⁰ Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

¹¹ Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 musste Frankreich dem neuen Deutschen Reich das Elsass, Metz und Teile Lothringens abtreten und Kontributionszahlungen in Höhe von fünf Milliarden Goldfranken leisten.

¹² Lange, schwere Hieb- und Stichwaffe.

¹³ In einem Telegramm an die Rektoren der deutschen Universitäten ordnete REM Rust am 14. 11.1938 an, Juden die Teilnahme an Lehrveranstaltungen sowie das Betreten der Hochschulen zu verbieten; siehe auch Dok. 155 vom 15.11.1938. Der VB kündigte einen Gesetzesentwurf zum Ausschluss jüdischer Personen von den Hochschulen an; „Juden von allen deutschen Hochschulen ausgeschlossen“, VB (Norddt. Ausg.), Nr. 39 vom 15.11.1938, S. 1. Am 8.12.1938 wurden noch bestehende Ausnahmen vom Verbot per REM-Runderlass untersagt; DWEV, 1938 IV, S. 530.

¹⁴ Der Ausdruck „endgültige Lösung der Judenfrage“ wurde im Nov. 1938 auch in der Presse verwendet; „Alle jüdischen Geschäfte in kürzester Frist deutsch! Dr. Goebbels über die endgültige Lösung der Judenfrage“, VB (Norddt. Ausg.), Nr. 318 vom 14. 11.1938, S. 1f.

Dieser Abschied gestern, den Fr. von seinen stummen Kriegsgefährten nahm. In Ehren geführt, schandvoll abgeliefert.

Daß man wieder schlafen muß! ... Einschlafen heißt jetzt Angst vorm Erwachen; ... ich werde mitten in der Nacht hellwach ... Verzweiflung folgt, die man mit Lesen zu über-täuben sucht, ohne zu wissen, was man liest.

DOK. 149

Der Sicherheitsdienst der SS legt am 14. November 1938 fünf Entwürfe zur Kennzeichnung von Juden vor¹

Schreiben des SD-Hauptamts II 1/II 2 (ungez. II B, III1) vom 14. 11.1938

Betr.: Abzeichen für Juden.

Vorg.: Anordnung von SS-Gruppenführer Heydrich vom 14. 11.38.

1.) Vermerk:

SS-Gruppenführer Heydrich hat die Vorlage von Entwürfen von Abzeichen angeordnet, welche durch Juden im Sinne des § 5 der 1. Ausführungs-VO. zum Reichsbürgergesetz künftig getragen werden müssen.

Weisungsgemäss werden anliegend fünf Entwürfe in Vorlage gebracht:



1. Entwurf



2. Entwurf

Entwurf 1 stellt den jüdischen Sechsstern in blauer Farbe auf schwarzem Grunde dar, durch einen schmalen gelben Streifen eingerahmt. In Querschrift ist in der Mitte des jüdischen Sechssterns das Wort ‚Jude‘ in gelber Farbe aufgetragen.

Die Farbe wäre im Spritzverfahren auf ein rundes Metallplättchen (Metall Magnesium) aufzutragen.

Entwurf 2 stellt den jüdischen Sechsstern in blauer Farbe dar, dessen Ränder in schwarzer Farbe eingefasst sind. In Querschrift in der Mitte des Sechssterns ist das Wort ‚Jude‘ in gelber Farbe mit schwarzer Umrandung aufgetragen. Das Abzeichen wäre durch Ausstanzen herzustellen und die Farbe im Spritzverfahren aufzutragen.

¹ RGVA, 500k-1-659, Bl. 120–123.



3. Entwurf



4. Entwurf

Entwurf 3 stellt den jüdischen Sechsstern in blauer Farbe auf schwarzem Grunde dar, durch einen schmalen gelben Streifen eingerahmt. In Querschrift ist in der Mitte des jüdischen Sechssterns das Wort ‚Jehudaj‘, (hebräisch) = Jude, aufgetragen.

Entwurf 4 stellt einen kleinen Kreis dar, der mit blauer Farbe ausgefüllt und von einem Ring in gelber Farbe umgeben ist. Auf das Abzeichen ist senkrecht in schwarzer Farbe in Fraktur-Schrift der Buchstabe ‚J‘ aufgetragen.



5. Entwurf

Entwurf 5 stellt einen kleinen Kreis dar, der mit blauer Farbe ausgefüllt und mit einem Ring in gelber Farbe umgeben ist. Auf das Abzeichen ist senkrecht in schwarzer Farbe in Blockschrift der Buchstabe ‚J‘ aufgetragen.

Bezüglich der Anfertigung und der Kosten der einzelnen Abzeichen wurden Verhandlungen noch nicht gepflogen.

2.) SS-Gruppenführer Heydrich vorgelegt mit der Bitte um Entscheidung, welcher der fünf Entwürfe gewählt werden soll.²

² Über diese Entwürfe wurde vorerst nicht entschieden. Vom 19.9.1941 an mussten alle Juden vom sechsten Lebensjahr an in der Öffentlichkeit einen gelben Stern tragen.

DOK. 150

**Cornelius von Berenberg-Gossler über die Verhaftungen in seinem Bekanntenkreis
vom 11. bis zum 15. November 1938¹**

Tagebuch von Cornelius von Berenberg-Gossler, Hamburg, Eintrag vom 11.11.1938 bis zum 15.11.1938

Freitag, 11. Nov.

Für die Juden ein schrecklicher Tag: von meinen Bekannten wurden verhaftet: der frühere Notar Kauffmann,² George Behrens,³ Dr. Warburg,⁴ Rosenmeier⁵ u. a. Man weiß nicht, wo sich die Verhafteten befinden. Rose[n]meiers Firma war ohne Chefs u. Unterschrift, daher wandte sich auf seine Veranlassung sein Prokurist Lührs an mich. Ich setze mich mit dem Bureau des Gauwirtschaftsberaters⁶ in Verbindung, der einen „Treuhänder“, einen bezahlten verkrachten Nazi-Bankier, ernannte. Ich besuchte Frau Behrens,⁷ die trotz ihrer 83 Jahre sehr mutig war, dann bei Lena, deren Vater heute gestorben ist. Frühstück nachm. in der Kantine von Rée. Aufsichtsratssitzung der Ruberoi Werke,⁸ in denen der Nazi Otte⁹ erklärte, er wisse, daß die Konjunktur 10 Jahre dauern werde. Auf meine Einwendung, niemand könne in die Zukunft sehen, sagte er, er wisse das bestimmt. Schließlich bei Frau Blödes Mutte[r.] Frau Blöde¹⁰ ist ausgewiesen, u. die Mutter wollte sich mit mir besprechen, um Schritte für ihre Tochter zu tun. Nadia abds. in der Singakademie.

Hellmuth an Bord des Dampfers, auf dem Friedrich Vorwerk u. Schwester nach Chile zurückfahren. Vor Tisch u. abds. im Park. – Atatürk, der Begründer der modernen Türkei,

1 StAAH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch v. Cornelius Berenberg-Gossler 1938.

2 Dr. Moritz Otto Kauffmann (1879–1963), Notar; 1939 in die Niederlande emigriert; nach 1945 kehrte er nach Hamburg zurück und war dort bis ca. 1952 im selben Notariat tätig, das er 1935 hatte verlassen müssen.

3 George Eduard Behrens (1881–1956), Bankier; von 1907 an Teilhaber der Bank L. Behrens & Söhne; Mitglied des Aufsichtsrats u. a. der Carbonit AG, der Guatemala Plantagen-Gesellschaft, der Hypothekenbank und der Stadttheater-Gesellschaft in Hamburg; Engagement für die DDP; nach Belgien emigriert und dort von der Gestapo verhaftet, 1941 nach Kuba emigriert; 1948 Rückkehr nach Hamburg.

4 Dr. Fritz M. Warburg (1879–1964), Bankier und Jurist; 1907–1938 Teilhaber des Bankhauses M.M. Warburg & Co.; Vorsitzender des Deutsch-Israelitischen Krankenhauses in Hamburg, 1933–1938 Vorstandsmitglied der Hamburger Deutsch-Israelitischen Gemeinde; Nov. 1938–Mai 1939 im Zuchthaus Fuhlsbüttel inhaftiert; 1939 Emigration nach Schweden, 1944 wurde er schwedischer Staatsbürger; 1957 Emigration nach Israel.

5 Richtig: Kurt Rosenmeyer (1893–1970), Bankier; Mitinhaber des Bankhauses Elias Calman; am 23.11.1938 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen, emigrierte im Juni 1939 nach Großbritannien.

6 Gauwirtschaftsberater war Carlo Otte (*1908), Kaufmann; 1930 NSDAP- und 1931 SS-Eintritt; Beigeordneter des Senats v. Allwörden und dessen Vertreter als Wirtschaftsbeauftragter des Reichsstatthalters, Juli 1933 stellv., Juni 1935–1940 Gauwirtschaftsberater in Hamburg; 1943 SS-Oberführer; 1940–1945 Leiter der Hauptabt. Volkswirtschaft beim Reichskommissar Norwegen in Oslo.

7 Franziska Behrens, geb. Gorrisen (1856–1950), Mutter von George Eduard Behrens, Witwe des jüdischen Bankiers Eduard Ludwig Behrens jun. (1853–1925). Als Nichtjüdin konnte sie während der NS-Zeit in Hamburg bleiben.

8 Richtig: Ruberoidwerke A.G. Die Firma produzierte Dachpappen und Isoliermaterial und hatte sich auf Holzverarbeitung beim Wohnungsbau spezialisiert.

9 Siehe Anm. 6.

10 Siehe Dok. 1 B vom 28.10.1938.

ist gestorben. Im Park höre ich abds. die Blätter von den Bäumen fallen. Morgens für Rée Besuch in der Getreide-Firma Mackprang.

Sonnabend, 12. Nov.

Es wird überall über die empörende, unwürdige Behandlung vieler unschuldiger Juden seitens der Nazi-Regierung gescholten, zu einem großen Teil angesehene Juden, die, wie Kauffmann mir mitteilte, nach Oranienburg bei Berlin in die Gefangenschaft abgeführt wurden.¹¹ Sein Bruder ist unter diesen Deportierten. Das Ausland reagiert aufgeregt u. wütend über diesen neuen Akt der Barbarei der Nazis.¹² – Und eine solche Regierung erwartet, Kolonien zu erhalten, in denen die Eingeborenen den unseligen Folgen der Nazi-Rasse-Politik ausgesetzt werden könnten. (Aber Hitler hat z.Zt. eine solche Macht, die auf Angst kriegerischer Verwicklung beruht, daß viele kluge Leute glauben, man werde ihm Kolonien ausliefern.) – Morgens in der Devisenstelle wegen Richard Samson,¹³ für den ich mich vergeblich bei den Beamten einsetze. Es wird mir erwidert, Samson sei Jude u. unterliege den Beschränkungen, denen alle Juden in Deutschland unterlägen. – Frühstück nachm. in Niendorf. Vor Tisch wiederholt in Park u. Umgebung. Nachm. Richard Kauffmann besucht, der in Angst ist, er werde das Schicksal seines Bruders teilen müssen u. arretiert werden. Vorher Besuch bei Pfeiffer-Saenz, der mit gebrochener Kniescheibe im Hotel 4 Jahreszeiten liegt. Die Times war wieder beschlagnahmt, wie so oft in der letzten Zeit.

Sonntag, 13. Nov.

Angeblich aus Rache für die Ermordung eines deutschen Diplomaten, vom Rath, in Paris durch einen 17jährigen polnischen Juden werden weitere Vergeltungsmaßnahmen gegen die deutschen Juden veröffentlicht, nachdem viele unschuldige Juden eingesperrt worden sind. Neben Beschränkungen auf wirtschaftlichem Gebiet, in dem die Juden nicht mehr tätig sein dürfen, wird ihnen 1 Milliarde Reichsmark Buße auferlegt. Der Erlaß ist von Göring unterzeichnet, der dieses Geld für seinen 4-Jahres-Plan *rauben* will, nachdem er, so behauptet man, am 30. Juni 1934 nach bisher unwidersprochenen Gerüchten viele Menschen, die seine Partei fürchtete, habe ermorden lassen.¹⁴ Jeder anständig denkende Mensch müßte mit Abscheu von dieser Nazi-Partei abrücken. – Herrliches sonniges Wet-

¹¹ Gemeint ist das KZ Sachsenhausen.

¹² The Times und The New York Times charakterisierten den Pogrom am 12.11.1938 übereinstimmend als brutalen Rückfall ins Mittelalter; The Times, Nr. 48150 vom 12.11.1938, S. 14: Nazi attacks on Jews; NYT, Nr. 29512 vom 12.11.1938, S. 1: Nazis warn foreign press 'lies' will hurt Reich Jews, Arrests run to thousands. Die NYT schrieb weiter, der „blutige Pogrom“ sei Ausdruck einer Barbarei, bei der es sich um kein rein jüdisches Problem, sondern um eine Bedrohung rechtlicher Errungenschaften allgemein handle.

¹³ Richard Samson (1885–1945), Bankier; Inhaber des Bankhauses D. Samson am Jungfernstieg 7 in Hamburg. Im Sept. 1938 wurde dem Bankhaus die Eigenschaft als Devisenbank entzogen, die Zollfahndung Hamburg führte eine Haussuchung durch und leitete Ermittlungen wegen Verdachts auf Kapitalflucht ein. Am 14.11.1938 ordnete die Devisenstelle an, dass das Ehepaar nicht mehr über sein Vermögen verfügen dürfe; StAHH, R 1938/2047, Bl. 27. Richard Samson emigrierte im Frühjahr 1939 nach Schweden.

¹⁴ Anlässlich einer Führertagung der SA ließ Hitler am 30.6.1934 den SA-Chef Ernst Röhm und andere Angehörige der SA-Führung durch die SS ermorden. Auch innerparteiliche Opponenten, darunter „Alte Kämpfer“ der NSDAP und politische Gegner aus konservativen Kreisen, fielen der Mordaktion zum Opfer. Die Reichsregierung rechtfertigte die Aktion, die angeblich einen von Röhm geplanten Putsch verhindern sollte, nachträglich am 2.7.1934 per Gesetz mit einem „Staatsnotstand“.

ter. Zum Frühstück Edmund bei uns, lange im Park. Um 6 Uhr Abreise nach Frankfurt a.M. in dem vorzüglichen Diesel-Motorzug, der schon um 11.½ Uhr in Frankfurt eintrifft. Sehr hübsch ausgestaltete Wagen. Im Zuge zusammen mit Hasenhöller, einem Direktor der Triton Belco Gesellschaft.¹⁵ Ich übernachtete im Hotel Carlton am Bahnhofplatz (Z. 302). Hasenhöller sagte mir, die Triton Belco Ges. habe jetzt noch größere Aufträge als früher für die Rüstung. Daß die Rüstung vergrößert wird u. zwar erheblich (man spricht von einer Erhöhung von 60 % (?), wurde mir auch von anderer Seite gesagt.

Montag, 14. Nov.

In Frankfurt a.M. Besuche bei Metzler's,¹⁶ Bethmann,¹⁷ den ich verfehle, in der Frankfurter Bank, in der Metall-Gesellschaft, wo ich Georg verfehle, in der Deutschen Gold- u. Silber-Scheideanstalt, wo ich Dr. Busemann¹⁸ treffe, in der Deutschen Effekten- u. Wechselbank, wo ich eine angenehme Unterhaltung mit Dr. Hartmann habe. Schließlich Frau v. Metzler u. Frau v. Bethmann versucht zu treffen, sie waren ausgegangen. Frühstück im Carlton Hotel, um 3 Uhr Abreise, um 11.1/2, in Niendorf treffe ich noch Nadia u. Nadinka¹⁹ auf. Brief von Heinrich aus Buenos Aires vom 9. Nov., noch immer keine Entscheidung über seine Zukunft.

Dienstag, 15. Nov.

Morgens Kauffmann besucht, die Verhaftungen von Juden nehmen ihren Fortgang, unter ihnen werden das Elend, die Angst u. die Sorge immer größer. Sogar kranke Juden sind aus dem Sanatorium in Fürstenberg verhaftet worden. Frühstück im Patriotischen Gebäude, nachm. ein interessantes Erlebnis, Psychologie eines Nazis. Wiesmann²⁰ kündigt einem 65jährigen fanatischen Nazi in seinem Comptoir. Der Nazi sagte, er werde sich an die Arbeitsfront wenden, das Geld, das durch seinen Abgang gespart werden sollte, könnte man besser von Kauffmanns Geld nehmen. Wir lieferten das Geld, er die Arbeit, so sei die Gemeinschaft. Er wies dann darauf hin, daß ich so alt wie er sei. Schließlich beschwerte er sich laut am Telefon im großen Comptoir bei der Arbeitsfront über uns. – Nadia abds. in der Singakademie, Cornelia bei Tita.²¹ Cornelia erzählt, daß aus ihrem Hotel Reichshof nachts die Juden herausgeholt u. abgeführt wurden. Vor Tisch kommt Overbeck, der mit Nadinka zur Stadt fährt. – Die ausländische Presse scheint mit Recht über die Mißhandlungen der Juden in Deutschland zu toben. Die Times ist wieder beschlagnahmt. Die deut-

15 August Hasenhöller (1902–1961), kaufmännischer Angestellter und Industrieller; 1933 NSDAP-Eintritt; 1955 Vorstandsvorsitzender der Triton-Belco AG, Hamburg, Verbandsvorsitzender der Fachhändler-Vereinigung des sanitären Installations-, Gas- und Wasserleitungsbedarfs e.V. Bonn.

16 Vermutlich B. Metzler seel. & Co., Privatbank in Frankfurt a.M., die aus einem 1674 von Benjamin Metzler gegründeten Handelsunternehmen hervorging.

17 Vermutlich Simon Moritz Freiherr von Bethmann (1887–1966), Bankier und Jurist; von 1913 an Teilhaber des Bankhauses Gebrüder Bethmann, 1929 stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Frankfurter Bank; 1937 NSDAP-Eintritt; 1949–1958 Wiederaufbau und Modernisierung der Bethmannbank.

18 Dr. Ernst Busemann (1876–1939), Bankkaufmann und Jurist; von 1919 an Vorstandsmitglied der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt (1980–2007 Degussa AG), 1930–1939 deren Vorstandsvorsitzender.

19 Nadia von Berenberg-Gossler (1916–2005), Tochter von Nadia und Cornelius von Berenberg-Gossler; später Dr. med., Internistin in Hamburg.

20 Bernhard Wiesmann (*1888), Prokurist und Bankkaufmann; arbeitete beim Bankhaus Wilhelm Rée jr., von 1938 an fungierte er in Absprache mit dem Eigentümer Richard Kauffmann als Geschäftsinhaber der Bank.

21 Clarita von Specht, geb. von Berenberg-Gossler (1899–1977), Tochter von Nadia und Cornelius von Berenberg-Gossler.

sche Presse arbeitet gegen England, indem sie auf die Behandlung der Araber in Palästina durch die Engländer hinweist, ein sehr schwaches Argument, denn die Juden in Deutschland sind wehrlos. Die Beschlagnahme jüdischer Vermögen ist ein Raub, an der Ermordung des deutschen Diplomaten sind die Juden unschuldig, die anständigen mißbilligen den Mord.

DOK. 151

Der Schweizer Botschafter in Paris berichtet am 15. November 1938 von seinem Gespräch mit Staatssekretär Weizsäcker über die Vertreibung der Juden aus Deutschland¹

Bericht Nr. 51 des Schweizer Botschafters (I-B-/38./R.P.Nr. 51), W. Stucki,² in Paris an den Chef des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Motta³ (Eing. 18.11.1938), vom 15.11.1938⁴

Sehr verehrter Herr Bundesrat,

Der verbrecherisch-stupide Anschlag, dem ein junger Sekretär der hiesigen deutschen Botschaft zum Opfer gefallen ist, hat hier überall berechtigte und grosse Entrüstung und Teilnahme hervorgerufen. Diese kam sehr deutlich zum Ausdruck anlässlich der Trauerfeier, die letzten Samstag von der Deutschen Botschaft in der deutschen Kirche veranstaltet worden ist und an der das ganze offizielle Frankreich teilnahm. Obschon ich dem Deutschen Botschafter⁵ bereits vorher einen Beileidsbesuch gemacht hatte und an diesem Tage nachmittags 2 Uhr nach Dijon verreisen musste, hielt ich doch darauf, an der Trauerfeier persönlich teilzunehmen. Es war dies um so angezeigt, als Herr Staatssekretär von Weizsäcker⁶ neben dem Botschafter die deutsche Regierung offiziell vertrat. Ich hatte anlässlich der übrigens sehr eindrucksvollen und schönen Trauerfeier nur kurz Gelegenheit, mit Herrn von Weizsäcker zu sprechen, und verreiste unmittelbar nachher nach Dijon. Gestern, nach meiner Rückkehr, telefonierte mir Herr von Weizsäcker, der in Paris geblieben war, um mir seinen freundschaftlichen Besuch anzukündigen. Ich bat ihn auf heute im engsten Familienkreise zum Mittagessen. Er hat mich soeben verlassen,

1 BAR, Bern, E 2300 1000/716, Bd. 345; Abdruck in: Documents Diplomatiques Suisses, Bd. 12 (1937–1938), hrsg. von der Nationalen Kommission für die Veröffentlichung Diplomatischer Dokumente der Schweiz, Bern 1994, Nr. 449, S. 1030–1032.

2 Dr. h.c. Walter Stucki (1888–1963), Jurist und Diplomat; 1917–1920 Generalsekretär des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, 1925–1935 Direktor der eidgenössischen Handelsabt., von 1935 an bevollmächtigter Minister, Delegierter des Bundesrats für den Außenhandel, 1937 zum schweizerischen Gesandten in Paris ernannt; nach 1945 Bundesratsdelegierter für Spezialfragen.

3 Dr. Dr. h.c. Giuseppe Motta (1871–1940), Jurist; 1895–1911 Großrat und Führer der katholisch-konservativen Partei, 1899–1911 Mitglied des Nationalrats, 1911–1940 Mitglied des Bundesrats, 1915, 1920, 1927, 1932 und 1937 Bundespräsident, von 1920 an Chef des Politischen Departements, Chef der schweizerischen Delegation beim Völkerbund.

4 Das Original weist handschriftl. Unterstreichungen und Bearbeitungsvermerke auf sowie im Kopf des Dokuments die Bemerkung „sehr interessant“. Sprachliche Eigenheiten wurden im Wesentlichen beibehalten.

5 Deutscher Botschafter in Paris war von März 1936 bis Sept. 1940 Johannes Graf v. Welczeck.

6 Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882–1951), Diplomat; von 1920 an im AA tätig, 1931–1933 Geschäftsträger in Oslo, 1933–1936 Geschäftsträger in der Schweiz; 1938 NSDAP-Mitglied, Ehrenrang eines SS-Gruppenführers; 1938–1943 StS im AA, 1943–1945 Botschafter beim Vatikan; 1947 Inhaftierung, 1949 im Wilhelmstraßenprozess zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

nachdem wir sehr offen und freundschaftlich verschiedene wichtige Fragen eingehend diskutiert haben.

Ich erlaube mir, über die von ihm geäußerten Meinungen folgendes zu berichten:

Er betont mit allem Nachdruck, dass nach Auffassung der deutschen Regierung gegenüber Frankreich kein Konfliktstoff mehr bestehe und man deutscherseits um so lieber zu einer Entspannung und Verständigung bereit sei, als sich der französische Ministerpräsident⁷ beim Führer und beim deutschen Volk grosse persönliche Sympathien erworben habe. Ohne es ausdrücklich zu sagen, liess er durchblicken, dass der Abschluss eines deutsch-französischen Nichtangriffpakt⁸es möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich sei.⁸ Was insbesondere die deutschen Kolonialforderungen anbelangt, so würden sie selbstverständlich von Deutschland energisch weiter vertreten, einen Krieg werde Deutschland deshalb aber nicht führen.

Herr von W. beurteilt meines Erachtens die innere Situation in Frankreich durchaus richtig, wenn er sagt, dass man sich nicht durch die ständigen Parteikämpfe darüber täuschen lassen dürfe, dass Frankreich sich sofort einigen und geschlossen jedem Feinde entgegenstellen würde, falls wirklich ernste französische Lebensinteressen im Spiele stehen. Ich stimme ihm auch darin bei, dass dies eben während der letzten Krise nach Ansicht der französischen Öffentlichkeit nicht der Fall gewesen ist und dass deshalb im September ein Krieg in Frankreich recht unpopulär gewesen wäre.⁹

Mit Bezug auf die französisch-italienischen Beziehungen äusserte Herr von W. folgende Meinung: Der Duce¹⁰ verachtet die französische Politik und die französischen Politiker. Gewisse seiner Mitarbeiter, insbesondere der Aussenminister,¹¹ beurteilen Frankreich vollkommen falsch, indem sie meinen, die Korruption, die innere Zersetzung, seien so weit fortgeschritten, dass Frankreich im Kriegsfall überhaupt kein ernst zu nehmender Gegner mehr wäre. In Berlin, fügt er bei, denke man ganz anders und habe insbesondere vor der französischen Landarmee den grössten Respekt. Wenn trotz der Ernennung eines französischen Botschafters in Rom¹² die italienische Stimmung gegen Frankreich immer noch schlecht sei, so liege der Grund in der oben angedeuteten ausgesprochenen Antipathie des italienischen Regierungschefes gegen die französischen Politiker. Seines Erachtens handelt es sich aber keineswegs darum, irgend eine Angriffshandlung stim-

7 Édouard Daladier (1884–1970), Politiker und Lehrer; Mitglied und Vorsitzender der Radikalsocialisten, 1936 an der Bildung der Volksfront, Front Populaire, beteiligt, 1933, 1934 und 1938–1940 franz. Ministerpräsident; nach seinem Aufruf zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung 1940 Verhaftung und 1942 Anklage durch die Vichy-Regierung, 1943–1945 Internierung in Frankreich und Deutschland.

8 In der deutsch-französischen Erklärung vom 6. 12. 1938 konstatierten die Regierungen beider Länder ihr Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen und der Erhaltung des Friedens; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. IV (die Nachwirkungen von München), Okt. 1938–März 1939, Baden-Baden 1951, S. 409 f.

9 Am 29./30. 9. 1938 hatte Daladier zusammen mit Chamberlain, Mussolini und Hitler das Münchener Abkommen geschlossen, das den Anschluss des Sudetenlands an das Deutsche Reich besiegelte. Die Gegner des Abkommens in Frankreich und Großbritannien hatten dafür plädiert, auf die deutschen Expansionsbestrebungen mit militärischen Mitteln anstatt mit diplomatischen Zugeständnissen zu reagieren.

10 Benito Mussolini (1883–1945), 1922–1943 ital. Ministerpräsident.

11 Galeazzo Ciano Conte di Cortelazzo (1903–1944), Diplomat; 1936–1943 ital. Außenminister.

12 André François-Poncet (1887–1978), Diplomat; 1931–1938 franz. Botschafter in Berlin, 1938–1940 in Rom.

mungsgemäss vorzubereiten. In Berlin sei man vollständig davon überzeugt, dass Italien gegenwärtig noch genügend zu „verdauen“ habe und keineswegs beabsichtige, in näherer Zukunft irgendwie aggressiv im Mittelmeergebiet vorzugehen.¹³

Resumierend betrachtet Herr von W. die Lage also so: Zwischen Deutschland und Frankreich Kriegsgefahr auf absehbare Zeit hinaus beseitigt, zwischen Italien und Frankreich für die nächste Zukunft äusserst unwahrscheinlich.

Ich habe das Gespräch dann auch auf die gegenwärtig akute Judenfrage gebracht. Herr von W. hat nicht den geringsten Versuch unternommen, das zu verteidigen, was in letzter Zeit, illegal und legal, gegen die Juden in Deutschland unternommen wurde. Ohne sich irgend etwas zu vergeben, gab er mir mit seinem grossen Bedauern darüber Ausdruck, dass nun wiederum in der ganzen Welt eine sehr schlechte Stimmung gegen Deutschland geschaffen wurde. Seiner Ansicht nach ist die national-sozialistische Partei derart im Kampf gegen das Judentum engagiert, dass sie nicht mehr zurück, ja nicht einmal mehr stillehalten kann. Die noch in Deutschland verbliebenen circa 500 000 Juden sollten unbedingt irgendwie abgeschoben werden, denn sie könnten in Deutschland nicht bleiben. Wenn, wie bisher, jedoch kein Land bereit sei, sie aufzunehmen, so gingen sie eben über kurz oder lang ihrer vollständigen Vernichtung entgegen.

Ueber die schweizerisch-deutschen Beziehungen haben wir uns nicht näher unterhalten. Herr von W. bezeichnete sie als „ordentlich“ und erklärte, in Deutschland teile jedermann die offiziell ausgesprochene Ansicht, die deutsche Schweiz wäre für Deutschland ein „unverdaulicher Bissen“.

Herr von W. wird heute abend oder morgen Paris verlassen, in Düsseldorf an den Beredigungsfeierlichkeiten von Herrn vom Rath teilnehmen und sich unmittelbar hierauf mit seiner Frau auf eine Mittelmeerfahrt begeben.

Das lange Gespräch hat sich in genau der gleichen freundschaftlichen Atmosphäre abgewickelt, wie wir uns von Bern und Berlin gewohnt waren.

Schon im Frühling dieses Jahres war ich durch unseren Konsul in Dijon eingeladen worden, im Herbst nach Burgund zu kommen und die „Trois Glorieuses de Bourgogne“ zu präsidieren.¹⁴ Da dies vor mir schon die Botschafter der Vereinigten Staaten und Belgiens sowie einige hier akkreditierte Minister getan hatten, glaubte ich nicht ablehnen zu sollen. Ich war deshalb von Samstagabend bis Montagmorgen, begleitet von den Herren de Torrenté und Naville, in Dijon, Nuits-St-Georges, Clos-Vougeot und Beaune. Ich brauche nicht zu betonen, dass die ganze Unternehmung recht anstrengend war. Ich habe aber als Vertreter der Schweiz überall von seiten der Behörden, Organisationen und der Bevölkerung einen ganz ausserordentlich freundschaftlichen Empfang gefunden. Mit verschiedenen anderen Schweizern (Direktor Rietmann von der N.Z.Z., Bittel vom Office du Tourisme, etc.) wurde ich nach feierlichem altem Brauch in die „Confrérie des Tastevins“¹⁵

13 Mussolini verfolgte in Anlehnung an das Römische Imperium der Antike das Ziel eines „mare nostrum“, einer ital. Kontrolle über das Mittelmeer. Die ital. Gebietsansprüche auf franz. kontrolliertes Territorium, z.B. Korsika, Tunis, Djibouti, Nizza und Savoyen, belasteten die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Eine militärische Durchsetzung dieser Ansprüche schien jedoch vorerst unwahrscheinlich, nachdem die ital. Armee 1935/36 unter erheblichen Anstrengungen Abessinien erobert hatte; Roland Ray, *Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers*, München 2000, S. 246.

14 Les Trois Glorieuses de Bourgogne: Weinfest in Burgund, verbunden mit einer Weinauktion zugunsten wohltätiger Zwecke. Das Fest findet jedes Jahr am dritten Wochenende im Nov. statt.

15 Franz.: eine Gesellschaft von Weinliebhabern.

aufgenommen, wobei der „Grand Maître“¹⁶ in einem äusserst komischen Küchenlatein das Lob der Schweiz und der Schweizer verkündete. Unmittelbar vorher hatte mich der in der Mairie¹⁷ versammelte Gemeinderat von Nuits-St-Georges in einer, in seiner Schlichtheit ergreifenden, Zeremonie zum Ehrenbürger dieser kleinen burgundischen Stadt ernannt. Es hat dies weiter keine andern Konsequenzen, als dass ich für die Armen dieser Gemeinde einen erheblichen Betrag spendieren und eine grössere Bestellung von Wein machen musste. Am nächsten Tage eröffnete ich offiziell die recht interessante Versteigerung der Weine des Jahrganges 1938 von Beaune, bei welcher auch viele Schweizer Käufer zugegen waren. Am Abend war ein zweites grosses Bankett, das zu einer eindrucksvollen Demonstration der burgundischen Freundschaft für die Schweiz Anlass gab. In den verschiedenen Ansprachen, die ich bei diesem Anlasse zu halten hatte, enthielt ich mich jeder politischen Ausführung, benutzte vielmehr die Gelegenheit, um für den Absatz von Schweizerkäse und für den Besuch unserer Landesausstellung 1939 Propaganda zu machen.

Die Zwischenzeit benutzte ich zu einem Besuch des Schweizerischen Konsulates und des schweizerischen Standes an der gegenwärtigen Herbstmesse von Dijon. Mit kleinen Mitteln ist hier eine recht gute und nützliche Arbeit geleistet worden.

Da nächsten Dienstag mein Sohn in Bern sein erstes grösseres Konzert gibt, so beabsichtige ich, mit meiner Frau auf zwei Tage nach Bern zu kommen. Ich werde mir erlauben, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, meinen Besuch zu machen, und hoffe, Ihnen bei dieser Gelegenheit ein einigermaßen sicheres Urteil über die Aussichten der neuen „décrets-lois“ bekanntgeben zu können.¹⁸ Zur Stunde ist die Situation in dieser Hinsicht noch recht unübersichtlich.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner hochachtungsvollen Ergebenheit.

DOK. 152

Der Reichserziehungsminister verbietet am 15. November 1938 jüdischen Schülern den Besuch allgemeiner Schulen¹

Rundschreiben des REM (E I b 745 (b)), gez. Zschintzsch,² an die Unterrichtsverwaltungen der Länder (außer Preußen), den Reichskommissar für das Saarland, die Oberpräsidenten, Abtlg. für Höheres Schulwesen, den Stadtpräsidenten Berlin, a) [Abt.] für höheres Schulwesen, b) Abtlg. für Volks- und Mittelschulen, c) Abtlg. für Berufs- und Fachschulen, die Regierungspräsidenten – Schulabteilung –, sowie den Preuß. Ministerpräsidenten, den RMDI, den RMVuP, den StdF vom 15.11.1938 (Abschrift)

16 Franz.: Großmeister; höchster Titel in einer Confrérie.

17 Franz.: Amtssitz des Bürgermeisters.

18 Zur Stabilisierung der franz. Währung und Sanierung der Staatsfinanzen wurden im Rahmen der décrets-lois Ende Okt. bzw. Anf. Nov. 1938 Steuern erhöht, öffentliche Ausgaben reduziert und die Vierzigstundenwoche, insbesondere in Industriezweigen, die der Landesverteidigung dienen, abgeschafft.

1 DWEV, 1938 IV, S. 520 f.

2 Werner Zschintzsch (1888–1953), Jurist; 1924–1933 Referent und von 1926 an Ministerialrat im preuß. Innenministerium; 1920–1922 DNVP-Mitglied, 1933 NSDAP-, 1936 SS-Eintritt; 1933–1936 Regierungspräsident in Wiesbaden, 1936–1945 StS im REM; 1949 bei der Entnazifizierung als Mitläufer eingestuft.

Betrifft: Schulunterricht an Juden.

Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen. Die Rassentrennung im Schulwesen ist zwar in den letzten Jahren im allgemeinen bereits durchgeführt, doch ist ein Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übrig geblieben, dem der gemeinsame Schulbesuch mit deutschen Jungen und Mädeln nunmehr nicht weiter gestattet werden kann.³

Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelung ordne ich daher mit sofortiger Wirkung an:

1. Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zur Zeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.
2. Wer jüdisch ist, bestimmt § 5 der ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz (Reichsgesetzblatt I S. 1333)⁴
3. Diese Regelung erstreckt sich auf alle mir unterstellten Schulen einschließlich der Pflichtschulen.

DOK. 153

Der Apostolische Nuntius in Berlin berichtet dem Vatikan am 15. November 1938 über den Novemberpogrom¹

Schreiben Nr. 25341 des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo,² Berlin, an Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli³ vom 15.11.1938 (Eing. 19.11.1938⁴)

Gegenstand: Antisemitischer Vandalismus

Hochzuverehrende Eminenz

Ich halte es für meine Pflicht, zusätzliche Nachrichten zu dem beizubringen, was die Zeitungen über den antisemitischen Vandalismus am 9. und 10. laufenden Monats in Deutschland bereits veröffentlicht haben.

³ Das Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen vom April 1933 sah vor, „Nichtariern“ den Zugang zu deutschen Bildungseinrichtungen auf lange Sicht zu verbieten. 1935 wurde jüdischen Schulkindern die Teilnahme an Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts wie Klassenfahrten verboten. Die meisten jüdischen Schülerinnen und Schüler hatten aufgrund der Diskriminierung die staatlichen Schulen im Herbst 1938 bereits verlassen.

⁴ Siehe VEJ 1/210.

¹ A.S.V., A.E.S., Germania, Pos. 742, Fasc. 356, ff. 40r–41v Das Dokument wurde aus dem Italienischen übersetzt.

² Cesare Orsenigo (1873–1946), Priester; 1897 Kaplan, später Pfarrer in Mailand, 1922 zum Titularbischof ernannt, 1922–1925 Apostolischer Internuntius in Den Haag, dann in Ungarn, 1930–1945 Nachfolger von Pacelli als Apostolischer Nuntius in Berlin.

³ Dr. Eugenio Pacelli (1876–1958), Theologe und Jurist; 1901 Eintritt ins päpstliche Staatssekretariat, 1909–1914 Professor an der Diplomatenaakademie des Vatikans, 1917 Titularbischof und päpstlicher Nuntius in München, 1920–1929 Nuntius für das Deutsche Reich, 1929 Kardinal, 1930 Kardinalstaatssekretär, im März 1939 zum Papst Pius XII gewählt.

⁴ Handschriftl. Vermerk.

1) Die Zerstörungen begannen, wie auf ein Stichwort, in der Nacht, unmittelbar nachdem der Tod des jungen Diplomaten in Paris bekannt geworden war, der den Schüssen des jungen Juden erlegen war, dessen Eltern wenige Tage zuvor aus Deutschland nach Polen ausgewiesen worden waren. Der blinde Volkszorn folgte überall der gleichen Methode: In der Nacht zertrümmerte man die Schaufenster und steckte die Synagogen an; am darauffolgenden Tag wurden die Geschäfte geplündert, die ohne Schutz blieben, wobei selbst die kostbarsten Güter unbrauchbar gemacht wurden.

2) Erst gegen Nachmittag des 10., nach einem Tag, an dem der Pöbel, von keinem Polizisten gezügelt, den wüstesten Affekten freien Lauf gelassen hatte, gab Minister Goebbels den Befehl abzulassen, wobei er das Geschehene als Entladung des „deutschen Volkes“ bezeichnete. Dieses Wort reichte aus, um die Ruhe wiederherzustellen.

All dies lässt leicht erkennen, dass die Anweisung oder die Erlaubnis zu handeln von sehr weit oben kam. Durch diesen Satz von Goebbels, dass die sogenannte „antisemitische Reaktion“ ein Werk des „deutschen Volkes“ gewesen sei, hat das wahre und gesunde deutsche Volk, das bestimmt die major pars darstellt, schwer zu leiden: ein protestantischer, im Ruhestand lebender Superintendent, achtzig Jahre alt, kam, um gegen diese Phrase von Goebbels zu protestieren, sogar zur Apostolischen Nuntiatur.

3) Unterdes arbeitet man an Gesetzen und ministeriellen Erlassen, um die Juden immer weiter zu isolieren, verbietet ihnen jede Art des Handels, den Besuch allgemeiner Schulen, den Zutritt zu den Orten öffentlicher Belustigung (Theater, Lichtspiele, Konzerte und Stätten der Kultur), darüber hinaus sollen sie eine Gesamtstrafe von einer Milliarde bezahlen:⁵ Man behauptet, dass aus der Vermögensanmeldung, die den Juden im Frühjahr auferlegt worden war, hervorgehe, dass die Juden Vermögenswerte von rund 7 Milliarden [Reichsmark] besitzen sollen.

4) Auch wurden den Juden alle Waffen weggenommen;⁶ und obwohl der Zweck ein ganz anderer war, war das doch gut, denn die Versuchung zum Selbstmord muss bei manchen groß gewesen sein.

5) Alle Diplomaten haben starkes Interesse an diesen Ausschreitungen genommen; der kolumbianische Geschäftsträger hatte sogar Auseinandersetzungen mit der Polizei, da man ihn beim Fotografieren erappte; die Regierung freilich, die den Missgriff der Polizei nicht zugeben wollte, aber auch dem Geschäftsträger nichts vorhalten konnte, der sich auf seine Immunität angesichts einer so unschuldigen, von keinem Gesetz untersagten Handlungsweise berief, rächte sich durch die Weigerung, die Beglaubigungsschreiben des neuen Botschafters von Kolumbien entgegenzunehmen, der seit drei Monaten in Berlin darauf wartet, akkreditiert zu werden.⁷

6) Die Diplomaten Englands und Hollands intervenierten energisch zur Verteidigung des Besitzes ihrer jüdischen Staatsangehörigen; anders der polnische Gesandte, war es doch gerade Polen, das durch die Weigerung, den polnischen Juden in Deutschland die auslaufenden Pässe zu verlängern, die Gewaltaktion Deutschlands provozierte, das daraufhin Zehntausende von Juden nach Polen abschob, darunter auch die Eltern des ver-

⁵ Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938, Dok. 152 vom 15.11.1938 und Dok. 142 vom 12.11.1938.

⁶ Siehe Dok. 141 vom 12.11.1938.

⁷ Kolumbian. Geschäftsträger in Berlin war Rafael Rocha-Schloss, Legationssekretär. Schloss war in Begleitung des neuen kolumbianischen Botschafters in Berlin, Dr. Jaime Jaramillo-Arrango. Nach dem Vorfall wurden beide Diplomaten aus Berlin abberufen und das kolumbianische Außenministerium ernannte einen neuen Interims-Geschäftsträger.

zweifelten jungen Mannes, der dann zum Attentäter in der deutschen Botschaft zu Paris wurde.

Mich zum Kusse des Heiligen Purpurs verneigend, habe ich die Ehre, mich mit den Gefühlen der tiefsten Ehrerbietung Eurer hochzuverehrenden Eminenz zu empfehlen⁸

DOK. 154

Der Chef der Sicherheitspolizei informiert am 15. November 1938 das Auswärtige Amt über die Gründung einer Reichsvereinigung für die Betreuung jüdischer Auswanderer und fürsorgebedürftiger Juden¹

Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei (S-V 1 Nr. 703/38-151-vA.w.), gez. Dr. Best, an das Auswärtige Amt vom 15.11.1938²

Betr.: Reichszentrale jüdischer Auswanderung.

Zur Verwirklichung der von Herrn Generalfeldmarschall in der Chefbesprechung vom 12. 11. 1938³ erteilten Weisung, in erster Linie die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu fördern, habe ich vorgesehen, eine Reichszentrale für *jüdische* Auswanderung in Berlin zu schaffen, die in Zusammenarbeit mit einer ebenfalls zu schaffenden Reichsvereinigung für die Betreuung jüdischer Auswanderer und fürsorgebedürftiger Juden diese Aufgabe in Angriff zu nehmen hat.

Ich erlaube mir, zu einer Vorbesprechung dieser Angelegenheit auf
Donnerstag den 17. November 1938 um 16 Uhr 30⁴
im Saal 28 meines Ministeriums
(Prinz Albrechtstr. 8)
ergebenst einzuladen.

⁸ Der Brief ist mit den Worten „Untertänigst-ergebenst-wohlgeneigt zu Diensten“, Orsenigos Namen und der Amtsbezeichnung „Erzbischof von Tolemaide di L., Apostolischer Nuntius“ unterschrieben.

¹ PAAA, R 99366.

² Im Original handschriftl. Anmerkungen und der Stempel des RFSS, Chef der Dt. Polizei im RMdI, Chef der Sicherheitspolizei.

³ Siehe Dok. 146 vom 12.11.1938.

⁴ In einem Schreiben vom 25.11.1938 teilte Geheimrat Hinrichs vom AA mit, die Teilnahme an der Besprechung sei aufgrund der Düsseldorfer Trauerfeier für vom Rath nicht möglich gewesen. Die erste Arbeitsbesprechung des Ausschusses der Reichszentrale für die jüdische Auswanderung fand am 11.2.1939 im Gestapa statt. Eine Niederschrift befindet sich in der Akte.

DOK. 155

The Times: Artikel vom 15. November 1938 über die Situation der Juden im Reich¹

Deutschland und die Juden. Weitere Strafmaßnahmen. Von den Universitäten ausgeschlossen. Beschlagnahme des Kapitals

Von unserem Korrespondenten²

Berlin, 14. Nov. Hunderte von Juden standen heute in den Schlangen vor den britischen und amerikanischen Passämtern in der – in nahezu allen Fällen vergeblichen – Hoffnung, man möge ihnen die Einreise in diese Länder gestatten. In vielen Fällen handelte es sich bei den Einlass begehrenden Personen um Frauen, die sich nur um ein Stück Papier bemühten, mit dem sie nachweisen könnten, dass ihre Männer einen Termin bei der Visabehörde hätten. Indem sie so ihre Auswanderungsabsichten unter Beweis stellten, hofften sie, die Freilassung ihrer Angehörigen erwirken bzw. deren Verhaftung verhindern zu können.

Unterdessen haben die deutschen Behörden weitere antijüdische Maßnahmen angekündigt. Obwohl diese weniger drastisch sind als die vom vergangenen Wochenende, so wird damit doch der Last, die die Juden in Deutschland ohnehin schon zu tragen haben, eine weitere hinzugefügt.

Bislang war es einer begrenzten Anzahl von Juden, die in etwa dem jüdischen Bevölkerungsanteil entsprach, erlaubt, an deutschen Universitäten zu studieren. Heute setzte Erziehungsminister Dr. Rust alle Universitätsrektoren telegrafisch davon in Kenntnis, dass zukünftig Juden unter keinen Umständen mehr der Zugang zum Studium bzw. auch nur der Zutritt zu den Hochschulen gestattet ist.³

Finanzielle Einschränkungen

Der NS-Verband der Privatbankiers⁴ setzte seine Mitglieder heute davon in Kenntnis, dass sie ab sofort von Juden keine Aufträge für den Verkauf von Wertpapieren annehmen dürfen. Ferner dürfen die Begrenzungen, die gegenwärtig für derartige Verkäufe im Auftrag von Juden gelten, nicht heraufgesetzt werden.⁵ Die Anordnung gilt offenbar sowohl für deutsche als auch für ausländische Juden, und es heißt, dass heute keine Verkaufsaufträge von Letzteren angenommen wurden. Trotzdem ist es einem Juden erlaubt, Wertpapiere zu verkaufen, sofern er den Verkaufserlös dazu benutzt, andere, mindestens gleichwertige Wertpapiere zu erwerben. Infolge dieser Verordnung konnte sich die Aktienbörse, deren Kurse auf Grund der jüdischen Verkäufe um immerhin vier Prozent gesunken waren, am Nachmittag wieder etwas erholen.

¹ The Times, Nr. 48152 vom 15.11.1938, S. 1: Germany and the Jews. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt. The Times, gegründet 1785 als The Daily Universal Register, erscheint seit 1788 als Tageszeitung unter dem heutigen Namen in London. In den 1930er-Jahren betrug die Auflage 190 000 Exemplare.

² Vermutlich Douglas Launcelot Reed (1895–1976), Journalist; 1921–1938 für The Times tätig, 1928–1935 assistierender Berlin-Korrespondent, 1935–1938 Central European Correspondent in Wien, von 1938 an freier Journalist; Autor von „The Burning of the Reichstag“ (1934).

³ Siehe Dok. 148 vom 10.–14. 11.1938, Anm. 11.

⁴ Gemeint ist vermutlich die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, die sich in die Unterabteilungen Privatbankiers, Aktienbanken, Hypothekenbanken, Freie Börsenmakler und Kursmakler gliederte.

⁵ Nicht ermittelt.

Aus München wird berichtet, dass Juden dort nur noch begrenzte Beträge von ihren Bankkonten abheben dürfen. Auch wenn in Berlin solche Maßnahmen nicht grundsätzlich ergriffen worden sind, gingen einzelne Banken trotzdem dazu über, ihre eigenen Beschränkungen einzuführen, wenn es um größere Beträge ging. So heißt es beispielsweise, dass ein Jude, der 25000 M abheben möchte, am Schalter wahrscheinlich nur 1000 M erhält.

Die „Sühneleistung“

Der Prozess der „Arisierung“ jüdischer Geschäfte schreitet unter dem Einfluss der Schäden und der hohen Geldstrafen, die der Gemeinde auferlegt worden sind, rasch voran. Wie bereits gestern an dieser Stelle angedeutet, scheint es zweifellos übertrieben, das jüdische Gesamtvermögen auf 8000 000 000 M (672000 000 £) zu veranschlagen, so wie gestern von Dr. Goebbels getan.⁶ Selbst Parteimitglieder, die nach eigenen Angaben in dieser Hinsicht gut informiert sind, beziffern diesen Betrag kaum höher als 2600 000 000.

Es ist anzunehmen, dass der höhere Betrag genannt wurde, um die deutsche Bevölkerung mit dem jüdischen Reichtum zu blenden, von dem die Geldstrafe und die Schäden, die sich möglicherweise auf zwei Milliarden Mark belaufen, „nur einen Bruchteil ausmachen“, wie die Zeitungen heute Abend erneut behaupten. Jüdische Betriebe wechseln in kürzester Zeit und zu extrem niedrigen Preisen ihre Besitzer. Mindestens ein Fall ist bekannt, in dem ein großes Industrieunternehmen schließlich zu einem Fünfhundertstel seines Werts verkauft wurde.

Aus hiesigen jüdischen Kreisen wird berichtet, dass gestern Abend und heute Morgen etwa 160 wohlhabende Juden ins Polizeipräsidium zitiert wurden und dass 112 von ihnen erschienen oder, falls sie selbst verhindert waren, Verwandte schickten. Dort überreichte man ihnen Zettel, auf denen die Geldsummen standen, die sie bezahlen sollen, um die Schäden vom vergangenen Donnerstag zu begleichen. Die Beträge, denen Schätzungen des jeweiligen Vermögens des betroffenen Juden zugrunde lagen, sollen sich auf zehn Millionen Mark summieren. Das Geld werden die Behörden verwenden, um die Reparaturkosten der Geschäftsräume jener Juden zu decken, die zu arm sind, um sich diesen Luxus leisten zu können.

Jüdische Autofahrer

Herr Hühnlein,⁷ Führer des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps, ordnete heute die Auflösung des „Jüdischen Auto-Club 1927“ an, einer Organisation, die ungeachtet ihres Namens erst 1933 gegründet worden war, um alle jüdischen Autofahrer besonders gründlicher Prüfung unterziehen zu können, wenn sie Zollbescheinigungen für die Grenzüberquerung beantragten.⁸ Das genaue Ausmaß von Hühnleins Aktion ist noch nicht bekannt, aber es ist klar, dass die Organisation ihre Schuldigkeit getan hat, jetzt wo Juden unter gar keinen Umständen mehr ihre Autos aus Deutschland herausbringen können.

Soweit zu erfahren ist, gehen die Verhaftungen von Juden weiter, obwohl einige der letzte Woche Verhafteten inzwischen wieder freigelassen worden sind. Viele der Inhaftierten

⁶ The Times, Nr. 48151 vom 14. 11. 1938, S. 12: The Jews in Germany.

⁷ Adolf Hühnlein (1881–1942), Offizier; NSDAP- und SA-Mitglied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1930 Korpsführer des NSKK, 1936 Generalmajor, 1938 NSDAP-Reichsleiter; 1939 Beauftragter für den motorisierten Transport der Kriegswirtschaft.

⁸ Zum Jüdischen Auto-Club 1927 siehe VEJ 1/48.

befinden sich mittlerweile in Konzentrationslagern. Berichten zufolge sind 1400 Berliner Juden in den vergangenen Tagen in das Lager in Oranienburg gekommen.⁹ Es heißt, dass einige Juden bereits zur Arbeit an Befestigungsanlagen ins Rheinland geschickt worden sind.

Unterdessen versuchen die Behörden, Dr. Goebbels' jüngste Anordnung zu rechtfertigen, die Juden den Besuch „jeder Art von Kulturveranstaltung“ untersagt, einschließlich von Theatern, Kinos und Konzerten. Herr Hinkel vom Propagandaministerium,¹⁰ dessen Aufgabe darin besteht, die jüdischen Kulturorganisationen zu überwachen, teilte deutschen Pressevertretern heute mit, dass die Juden über ein völlig ausreichendes eigenes Kulturleben verfügten, das von der Regierung geschützt und gefördert werde.

Zu diesem Zweck sei 1933 der *Jüdische Kulturbund*¹¹ gegründet worden, der sich mittlerweile 184 000 Mitgliedern rein jüdischen Bluts rühmen könne. In der Saison 1936/37 sei der Bund für 221 Theater-, Musik- und Kulturveranstaltungen in ganz Deutschland verantwortlich gewesen, fügte Herr Hinkel hinzu.

Gleichermaßen sei im Propagandaministerium eine Sonderabteilung eingerichtet worden, um alle jüdischen Zeitungen und Zeitschriften unter ihre Fittiche zu nehmen. Diese Journale könnten natürlich nicht öffentlich zum Verkauf angeboten werden, und genauso wenig sei ihnen gestattet, sich mit anderen als rein jüdischen Angelegenheiten wie etwa der Emigration zu befassen. Jüdische Buchhandlungen seien in den meisten deutschen Großstädten zugelassen. (Diejenige in Berlin wurde übrigens am Donnerstag zerstört und geplündert.)

Indessen fristen viele der polnischen Juden, die die deutsche Regierung vor vierzehn Tagen en masse erfolglos nach Polen zu deportieren versuchte, weiterhin ein prekäres Dasein an der deutsch-polnischen Grenze. In Neu-Bentschen werden 6000 heimatlose Juden vom Polnischen Roten Kreuz und von zionistischen Organisationen in provisorischen Lagern versorgt.¹²

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über das Schicksal dieser Juden sind – zumindest vorläufig – zum Stillstand gekommen. Die polnische Delegation hat Vorschläge gemacht, die als Grundlage für neue Verhandlungen dienen könnten; nun ist sie nach Warschau zurückgekehrt und wartet dort auf die deutsche Antwort.

9 Gemeint ist das KZ Sachsenhausen.

10 Hans Hinkel (1901–1960), Journalist; 1921 NSDAP- und 1931 SS-Eintritt; 1930–1932 Schriftleiter der Berliner Ausgabe des VB; 1933–1935 Staatskommissar im Preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, von 1935 an Sonderbeauftragter für Judenfragen und von 1942 an Leiter der Filmabt. im RMfVuP, 1944 Reichsfilmintendant; 1947–1952 in poln. Haft, dann in die Bundesrepublik entlassen.

11 Im Original deutsch.

12 Zur Abschiebung der polnischen Juden aus dem Deutschen Reich siehe Einleitung, S. 51f.

DOK. 156

Ein französischer Diplomat in Berlin analysiert am 15. November 1938 die Hintergründe des Pogroms und die daraus entstehenden internationalen Spannungen¹

Bericht von M. de Montbas,² französischer Geschäftsträger in Berlin, an M. Georges Bonnet, Minister für Auswärtige Angelegenheiten (Eing. 29.11.1938), Paris, vom 15.11.1938

Mit dem Tod vom Rath, der unter den Kugeln eines polnisch-jüdischen Attentäters fiel, rechtfertigte das Reich offiziell die Exzesse der „Volkswut“ vom 10. und 11. November und die beispiellos harten Maßnahmen, die am 12. November diese jüngste Offensive des Nationalsozialismus gegen die Juden abgerundet haben.

In Wirklichkeit war die Ermordung des deutschen Diplomaten nur ein Vorwand, und die deutsche Öffentlichkeit war sich generell darüber im Klaren. In Berlin wie im übrigen Reich unterstellte der Mann von der Straße, der in der Regel der Randalie und den Plünderungen mit unausgesprochener Missbilligung zusah, seinen Führern schnell, die Chance genutzt zu haben, die sich ihnen mit der Tat eines exaltierten 17-Jährigen bot.

Insofern hat Goebbels' Propaganda gewissermaßen das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bezweckte. Je mehr sie sich bemühte, den Mord Grynszpan zu einem „historischen“ Verbrechen aufzubauschen, desto mehr war der Durchschnittsdeutsche versucht, soweit er sich durch den Hitlerschen Fanatismus nicht hat verwirren lassen, die Hintergedanken herauszufinden oder Motive zu erfinden, die, wie er meinte, seine Herren und Meister geleitet haben könnten. Goebbels hat mit seiner Waffe aufs Geratewohl zugestochen und sie damit, so scheint es, entschärft und stumpf gemacht. Nichts verdeutlicht dies besser als das Gerücht, das hier unter den einfachen Leuten kursiert, wonach das Attentat auf vom Rath bloß eine Machenschaft der Gestapo sei. Diese habe Grynszpan, der davon nichts ahnte, die Rolle Van der Lubbes beim Reichstagsbrand zugeteilt,³ um letztlich den Nazis zu ermöglichen, die Judenfrage auf brutale Weise zu lösen.

Das Dritte Reich pflegt zwar aus Prinzip bei jeder Gelegenheit Gewalt anzuwenden, um die materielle Stärke des Regimes fühlbar unter Beweis zu stellen. Doch haben ganz offensichtlich vielfältige Motive Hitlers Führungsriege bewogen, diese entscheidende Kampagne gegen das Judentum zu führen.

Dem Anschein nach handelt es sich vor allem darum, die Politik des Antisemitismus, eines der Axiome des neuen Deutschlands, fortzusetzen und zu Ende zu bringen. In den Monaten zuvor war im Rahmen dieser generellen Linie den Juden verboten worden, weiterhin als Ärzte oder Anwälte tätig zu sein.⁴ Die Maßnahmen vom 12. November und jene, die noch folgen sollten, bezwecken ausschließlich, die Lage der deutschen Juden als

1 Abdruck in: Documents Diplomatiques Français 1932–1939, Sér. 2 (1936–1939), Tome XII, Paris 1978, S. 569–573. Das Dokument wurde aus dem Französischen übersetzt.

2 Dr. Hugues Barthou de Montbas (*1892), Diplomat; von 1919 an Botschaftsattaché, 1920 Redakteur in der franz. Abt. des Völkerbunds, franz. Geschäftsträger in Berlin.

3 Marinus van der Lubbe (1909–1934) wurde als Reichstagsbrandstifter zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Prozess sagte er aus, er habe den Brand allein und mit dem Ziel gelegt, die Arbeiterschaft zum Widerstand aufzurufen. Dem NS-Regime diene der Brand hingegen als Beweis für einen Umsturzversuch der KPD und als Rechtfertigung für die am folgenden Tag erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die den Behörden weitreichende Mittel zur Verfolgung politischer Gegner in die Hand gab und bis 1945 in Kraft blieb.

4 Siehe Einleitung, S. 18.

Paria noch zu verschärfen. Sie sind dazu verdammt, unter elenden Bedingungen dahinzuvegetieren und nach und nach aus dem Reich zu verschwinden. „Wir wollen auf keinen Fall wieder Ghettos errichten“, erklärte Goebbels gestern, „aber wir wollen die schärfste Abtrennung zwischen dem deutschen Volk und den Juden durchsetzen.“⁵

Im Übrigen hat diese Politik gegenwärtig beträchtliche materielle und moralische Vorteile für die Regierung. Die Geldbuße von über einer Milliarde wird die Kassen füllen,⁶ die für die Finanzierung des Vierjahresplans bestimmt sind, und die den Juden auferlegte Verpflichtung, innerhalb kurzer Zeit und zu den ungünstigsten Bedingungen ihre Unternehmen, ihre Werkstätten und ihre Handelshäuser aufzugeben,⁷ erlaubt es der Führungsriege des Regimes, auf billige Weise ihre Popularität bei der anwachsenden Klasse deutscher Kapitalisten aufzufrischen, die nicht wissen, was sie mit ihrem Kapital anfangen sollen. Gleichzeitig kann die Regierung ihre Anhängerschaft unter den deutschen Handwerkern und Kaufleuten ausweiten, die sich bislang gegen die jüdische Konkurrenz behaupten mussten. Auf Wien beispielsweise, wo es besonders viele jüdische Häuser gab, findet seit einiger Zeit ein regelrechter *Run* von Deutschen aus dem übrigen Reich statt, die von den Juden aufgegebene Geschäfte, Immobilien und Anwesen zu Niedrigpreisen aufkaufen. Dies kompensiert die wirtschaftlichen Versorgungsschwierigkeiten und lenkt von der tendenziell wachsenden Unzufriedenheit in Handels- und Industriekreisen ab.

Aber bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass diese Gründe unter den gegebenen Umständen für die Entscheidungen des Führers und seiner radikalsten Gefolgsleute bloß zweitrangig waren. Jedenfalls wurden diese auch durch andere Motive getrieben. Wenn man die Rolle Goebbels' bei der Entscheidungsfindung analysiert, werden viele Hintergründe der deutschen Politik dieser letzten Tage deutlich.

Der Fall Goebbels ist nicht neu. Die Botschaft hat sich jüngst mit ihm befasst. Der Propagandaminister, dessen liederlicher Lebenswandel stadtbekannt ist, hätte beinahe das Vertrauen des Führers und seine Machtstellung innerhalb des Regimes verspielt.⁸ Goebbels, ein sehr impulsiver Mensch, hat nie auch nur im Geringsten daran gedacht, sich zurückzunehmen, und sei es auch nur vorübergehend. Er brauchte einen glänzenden Gegenangriff. Er hat eine Gelegenheit gesucht, sich hervorzutun, die Gunst des Führers in vollem Umfang zurückzugewinnen und seine Macht im Apparat des Dritten Reiches, die er sich erhalten hatte, öffentlich zur Schau zu stellen.

Gut informierte Kreise in Berlin schreiben allein Goebbels die Initiative und Verantwortung für den Ausbruch der „spontanen Empörung“ in der Nacht vom 9. auf den 10. November zu. Die Gestapo sei seinen Anweisungen gefolgt, und die Polizisten hätten daraus nicht das geringste Geheimnis gemacht. Ging der Propagandaminister bei der Organisation der Pogrome zu schnell vor oder ging er zu weit? Sein Appell an die Bevölkerung

5 Laut dem VB hatte Goebbels in einem Reuter-Interview am 14.11.1938 erklärt, die Errichtung spezieller Stadtviertel für Juden sei nicht beabsichtigt. Jedoch müsse dem „unmöglichen Zustand“ ein Ende gemacht werden, dass jüdische Familien über mehr Wohnraum verfügten als Deutsche; „Deutschlands Ziel in der Judenfrage: Reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden“, VB (Berliner Ausg.), Nr. 3 Ⓓ vom 15.11.1938, S. 1.

6 Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

7 Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

8 Goebbels' Affäre mit der tschechischen Schauspielerin Lída Baarová (1914–2000) wurde 1938 durch Intervention Hitlers beendet. Lída Baarová erhielt Auftrittsverbot und verließ Deutschland.

vom Abend des 10. November lässt dies vermuten.⁹ Aber die Sache war nun am Laufen. Goebbels hat es dann meisterhaft verstanden, Marschall Göring auf seine Seite zu ziehen. Dieser verspürte zweifellos das Bedürfnis, sich vom Vorwurf reinzuwaschen, ein „Gemäßigter“ zu sein, den die hundertprozentigen Nazis seit dem deutsch-tschechoslowakischen Konflikt gegen ihn erhoben.

Beim Führer hatte Goebbels absehbar leichtes Spiel. Hitlers antisemitische Saite ist immer sehr empfindsam. Nichts ist leichter, als sie zum Vibrieren zu bringen. Der Zeitpunkt war außerdem sehr günstig. Der Duce ist Hitler in der antisemitischen Politik gefolgt. Das Gesetz zum Schutz der Rasse, das die faschistische Regierung jüngst verabschiedet hat, bedeutet eine totale Zustimmung zu Hitlers Ideen und eine Ermutigung für das Dritte Reich, noch weiter zu gehen.¹⁰ Zudem zog der gewaltsame Feldzug gegen das Judentum nach der Ermordung vom Rathes glücklicherweise die Aufmerksamkeit des ganzen Landes auf sich, lenkte von andern Fragen ab, stellte ein weiteres Mal Einstimmigkeit her und kaschierte gewisse Säuberungen, zu denen es anscheinend ohne viel Lärm vor allem in der Armee kam.¹¹

Goebbels hat es verstanden, das jüdische Problem in Deutschland, ein innenpolitisches Problem also, mit dem Problem der antinationalsozialistischen Kampagne im Ausland, vor allem in den angelsächsischen Demokratien, sehr geschickt zu verknüpfen. Durch das verzerrende Prisma der deutschen Propaganda gesehen, war die Ermordung vom Rathes nicht eine Antwort auf Abschiebemaßnahmen des Deutschen Reichs gegenüber den polnischen Juden,¹² sondern die direkte Folge der Angriffe der amerikanischen Demokraten und der britischen Oppositionsführer auf das Hitlerregime, die als provokante Antwort auf die kurz zuvor gehaltene Rede von Weimar interpretiert wurden.¹³ Das ist gemeint, wenn Goebbels' Zeitungen in ihrem üblichen Stil davon sprachen, „die jüdische Frage auf eine internationale Ebene zu bringen“. Fortan konnte sich Goebbels der Gunst des Führers sicher sein. Goebbels hatte die Offensive für seine persönliche Rehabilitation mit einem der Themen verbunden, die Hitler am meisten am Herzen liegen.

Vor wenigen Tagen hat ein ausländischer Journalist darauf hingewiesen, dass in der Presse die Kampagne gegen die jüdische Internationale jene gegen den internationalen Bolschewismus mit all den gegen diesen erhobenen Vorwürfen ersetzt habe. Die halbamtlichen Redakteure attackieren kaum noch Moskau und den Kommunismus. Sie richten all ihre Pfeile auf das Weltjudentum, eine breite und unbestimmte Entität, die für die deutsche Öffentlichkeit das Heer all jener zusammenfassen soll, die sich im Ausland keine

⁹ Goebbels ordnete die sofortige Beendigung der Pogrome an, da die „endgültige Antwort“ an das Judentum auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen werde; „Neue Regelung der Judenfrage angekündigt. Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels an die Bevölkerung“, VB (Norddt. Ausg.), Nr. 315 vom 11.11.1938, S. 1.

¹⁰ Zur ital. antijüdischen Gesetzgebung siehe Dok. 106 vom 14.10.1938, Anm. 10.

¹¹ De Montbas berichtet in einem weiteren Schreiben, von einer Säuberung in der Wehrmacht sei nur die Pensionierung der Generale Ludwig Beck und Gerd von Rundstedt einer breiten Öffentlichkeit bekannt; wie Anm. 1, S. 562. Beck war im Aug. 1938 wegen Hitlers Kriegsplänen zurückgetreten, von Rundstedt wurde im Okt. 1938 auf Veranlassung Hitlers abgelöst, da er nach dem Einmarsch ins Sudetenland die Eroberung weiterer Gebiete zunächst ablehnte. Er wurde 1939 reaktiviert und zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd ernannt.

¹² Zur Abschiebung der poln. Juden aus dem Deutschen Reich siehe Dok. 112 und 1B vom 28.10.1938.

¹³ Am 6.11.1938 hatte Hitler eine Rede auf dem Gautag der thüring. Nationalsozialisten gehalten, in der er vor allem die brit. „Kriegshetzer“ scharf angegriffen hatte. Die Rede ist dokumentiert im VB (Norddt. Ausg.), Nr. 311 vom 7.11.1938, S. 1f.

Gelegenheit entgehen lassen, den Einfluss Hitlers zu sabotieren. Zwischen dem Dritten Reich und der jüdischen Internationale herrscht sozusagen Kriegszustand. In diesem Krieg werden die deutschen Juden als Geiseln genommen.

Wenn man die Beschlüsse vom 12. November angemessen beurteilen will, muss man sie als Gegenschlag des Regimes und der nationalsozialistischen Propaganda begreifen: Der Hitlersche Radikalismus fordert die angelsächsischen Demokratien heraus (Frankreich wird gegenwärtig noch verschont). Ein Parteifunktionär jubelte vorgestern über „Goebbels' Faustschlag ins Gesicht nicht nur der Juden von New York und London, sondern auch der angelsächsischen Puritaner“. „Gewisse amerikanische Kreise“, erklärte jüngst ein Beamter des Außenministeriums einem meiner Mitarbeiter, „wollen sich mit Deutschland einen Kampf bis aufs Messer liefern. Sie werden ihn bekommen. Wir wissen ganz genau, dass sie es sind, die die englische Opposition, Eden und Churchill, gegen das Reich ermutigen und anstacheln.¹⁴ Wir werden es ihnen anständig heimzahlen.“

Im Konzentrationslager Oranienburg, wohin zahlreiche der am 10. und 11. November „aus Sicherheitsgründen“ festgenommenen Juden gebracht wurden, verheimlicht man den Gefangenen, die bislang ziemlich gut behandelt werden sollen, nicht, dass man sie nun als Geiseln betrachtet. Man sagt ihnen, dass ihre weitere Behandlung davon abhängt, wie klug sich die „jüdischen“ Unruhestifter im Ausland verhielten. Der „Völkische Beobachter“ hat dieselbe Formulierung gebraucht.¹⁵

In Washington hat man schnell begriffen, welche Herausforderung der deutsche Antisemitismus bedeutet, und die Abberufung des Botschafters der Vereinigten Staaten in Berlin¹⁶ deutet darauf hin, dass man alle Konsequenzen dieses Schrittes einkalkuliert hat. Man kann sich andererseits fragen, was unter solchen Bedingungen aus den Bemühungen um eine deutsch-britische Annäherung wird. Was Anlass zu ernsthafter Besorgnis gibt: Die Führungsriege um Hitler scheint einen Schlusstrich unter die Politik der Mäßigung und der internationalen Verständigung gezogen zu haben, mindestens was ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und England betrifft, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem man glauben konnte, der Geist des Münchener Abkommens würde trotz der Reden von Saarbrücken und Weimar¹⁷ schließlich obsiegen und auf die Beziehungen Deutschlands mit den großen demokratischen Mächten erfreuliche Auswirkungen haben. Ist das ein Zeichen dafür, dass sich in Berlin einmal wieder die Radikalen durchsetzen? Muss man daraus schließen, dass eine stabile Übereinkunft mit dem Dritten Reich unmöglich ist und dass die Gewalttätigkeit und Grausamkeit, die in der nationalsozialistischen Ethik

14 Anthony Eden (1897–1977) und der spätere Premier Winston Churchill (1874–1965) gehörten in Großbritannien zu den prominentesten Kritikern der Appeasement-Politik Chamberlains. Eden war im Febr. 1938 aus Protest gegen die brit. Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland und Italien vom Amt des Außenministers zurückgetreten.

15 Eine Rede, die Goebbels am 13.11.1938 vor Mitarbeitern des Winterhilfswerks gehalten hatte, wurde vom VB in Auszügen abgedruckt. Goebbels sagte darin, er habe zwei Tage zuvor „den Vertretern der Auslandspresse in Berlin in aller Deutlichkeit vor Augen gehalten, daß jede Aktion des internationalen Judentums in der Welt nur den Juden in Deutschland Schaden zufügt“, „Alle Geschäfte in kürzester Frist deutsch!“, VB (Norddt. Ausg.), Nr. 318 vom 14.11.1938, S. 2.

16 US-Präsident Roosevelt hatte den Botschafter Hugh Robert Wilson am 16.11.1938 aus Anlass der Novemberpogrome zur Berichterstattung nach Washington zurückberufen.

17 Zu Hitlers Rede in Saarbrücken am 9.10.1938, in der er wiederum vor allem Großbritannien attackiert hatte, siehe Dok. 106 vom 14.10.1938, Anm. 8; zur Rede in Weimar siehe Anm. 13 dieses Dokuments.

stecken, Deutschland dazu verdammten, nach dem Gesetz des Schwertes, mit dem es seine Gegner unterwerfen will, selbst gerichtet zu werden? Im diplomatischen Korps in Berlin macht sich unter den neutralen Kleinstaaten Mutlosigkeit breit, und einige von ihnen sagen ganz offen, dass ihrer Ansicht nach ein europäischer Konflikt vermutlich unausweichlich sei, wenn sich an der inneren Entwicklung des Dritten Reiches nichts ändert.

DOK. 157

**Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung: Artikel vom 15. November 1938
über die Forderung, jüdischen Mietern zu kündigen¹**

Hausgemeinschaft wird gefährdet, wenn Jude im Hause wohnt

Die Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung hat in letzter Zeit wiederholt Gerichtsurteilen Raum gegeben, wenn es sich um Klagen von Hauseigentümern gegen jüdische Mieter handelte. Verwiesen sei auf die entsprechenden Ausführungen in den Ausgaben Nr. 12, 15 und 18/1938.²

Am 20. Oktober d. J. hat das Amtsgericht in Neumünster (Akt.-Z. 4 C, 848/38) der Räumungsklage einer Hauseigentümerin gegen einen jüdischen Mieter stattgegeben. Dem beklagten Juden wird eine Räumungsfrist bis zum 15. Januar 1939 bewilligt. Die Gerichtskosten trägt die Klägerin. Ferner hat die Klägerin dem beklagten Juden die Umzugskosten innerhalb Neumünsters bis zum Höchstbetrage von RM 30,- zu ersetzen, weil die wirtschaftliche Lage der Hauseigentümerin günstiger sei als die des Beklagten. Der Beklagte ist Volljude. Das Gericht sagt in seinen Entscheidungsgründen u. a.:

Die Klage ist, soweit sie auf § 4 MSchG gestützt wird,³ begründet, da die Klägerin nach Sachlage ein so dringendes Interesse an der Erlangung des Mietraumes hat, daß auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für die Klägerin darstellen würde. Ein dringendes Interesse gemäß § 4 MSchG. besteht nicht nur bei eigenem Bedarf, sondern auch bei Vorliegen anderer Gründe. Solche Gründe sind hier gegeben. Die reinliche Scheidung, die sich zwischen dem deutschen Volke und allen rassefremden Elementen auf allen Gebieten vollzogen hat, ist mit der wachsenden Aufklärung in der Judenfrage bis in die kleinste Zelle der Volksgemeinschaft eingedrungen. Der reinlichen Scheidung im großen mußte notwendig diese Scheidung auch in jeder kleinen Zelle des völkischen Zusammenlebens folgen. Auch die Hausgemeinschaft der in einem Hause zusammen wohnenden Volksgenossen stellt eine solche Zelle dar. Es ist Pflicht eines jeden Vermieters, dafür Sorge zu tragen, daß die Hausgemeinschaft zwischen den Hausbewohnern nicht durch irgendwelche Umstände, die zu beseitigen sind, gefährdet wird. *Gefährdet wird die Hausgemeinschaft aber zweifellos, so-*

1 Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung, Nr. 22 vom 15.11.1938, S. 6. Die Zeitung erschien erstmals 1894; 1939 hatte sie eine Auflage von ca. 36 000 Exemplaren sowie eine „Beilage für Groß-Kiel und Umgebung“. Hauptschriftleiter war Hermann Hartmann.

2 „Das Judentum in der Wohnwirtschaft“, NHZ, Nr. 12 vom 15.6. 1938, S. 1f.; „Keine Hausgemeinschaft mit Juden“, NHZ, Nr. 15 vom 1.8. 1938, S. 1–2 und „Aufhebung des Kündigungsschutzes für Juden verlangt“, ebd., S. 2. In Nr. 18/1938 findet sich kein entsprechender Artikel.

3 Nach § 4 des Mieterschutzgesetzes war eine Kündigungsklage zulässig, wenn für den Vermieter ein so dringendes Interesse an den Mieträumen bestehe, dass ihre Vorenthaltung für ihn auch bei Berücksichtigung der Mieterinteressen eine schwere Unbilligkeit bedeuten würde; RGBl., 1926 I, S. 347f.

lange in dem Hause ein Jude wohnt. Jeder verantwortungsbewußte Volksgenosse wird es ablehnen, auf die Dauer mit einem Juden unter einem Dach zu wohnen. Er wird den unbedingten Wunsch haben, entweder mit deutschen Volksgenossen zusammen zu wohnen, oder aber sich eine andere Wohnung zu suchen. Daß dieser Wunsch bei jedem verantwortungsbewußten und rassebewußten Volksgenossen besteht, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Im vorliegenden Falle insbesondere deshalb nicht, weil zu den neun Mietparteien des Hauses auch mehrere Parteigenossen gehören und ferner kürzlich ein Beamter in das Haus eingezogen ist, der zweifellos nicht eingezogen wäre, wenn er damit rechnen müßte, daß das Zusammenwohnen mit einem Juden ein Dauerzustand bleibt. Es ist Pflicht des Vermieters, diesen berechtigten Wünschen seiner Mieter nachzukommen und dadurch die Grundlage zu einem gedeihlichen Zusammenleben zwischen den Hausgenossen zu schaffen. Um diesem Verlangen nachkommen zu können, hat der Vermieter aber ein dringendes Interesse an der Erlangung und anderweitigen Vermietung der von dem Beklagten gemieteten Wohnung. Hinzu kommt aber weiterhin ein dringendes wirtschaftliches Interesse des Vermieters an der Erlangung der Wohnung. *Die Klägerin muß damit rechnen, daß ihre übrigen Mieter, besonders die Parteigenossen, sich nach einer anderen Wohnung umsehen werden, wenn sie damit rechnen müssen, daß auf die Dauer ein Jude im Hause wohnen wird, und es wird der Klägerin auch schwer fallen, passende Ersatzmieter zu finden.* Die Klägerin hat also, wenn sie den Beklagten weiter im Hause duldet, erhebliche Scherereien mit ihren Mietern und evtl. Schwierigkeiten beim Vermieten ihrer Wohnungen zu befürchten.

DOK. 158

**Marienbader Zeitung: Artikel vom 16. November 1938 über die
Vertreibung der Juden aus dem Kurort¹**

Marienbad judenfrei.

Der jüdische Einfluß und die drohende Verjudung Marienbads beseitigt.

Marienbad, 16. Nov. In diesen Tagen verlassen die letzten Juden, die in Marienbad ansässig sind, unsere Stadt. Es sind nur noch spärliche Reste der Judenschaft, denn der Großteil hat bereits Ende September und unmittelbar vor der Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich Marienbad fluchtartig verlassen. Der 16. November 1938 wird in der Entwicklung und Geschichte Marienbads als denkwürdiges Datum genannt werden, denn die in den letzten Jahren gefährlich zunehmende Verjudung der Kurstadt hat ein ebenso rasches wie unabänderliches Ende gefunden. Marienbad wird von nun an frei von Juden sein, und alles, was heute noch an die jüdische Machtstellung einer versunkenen Zeit erinnert, wird bald beseitigt sein.

Die Judenschaft Marienbads zählte nicht ganz 10 Prozent der gesamten Bevölkerung.² Sie hatte jedoch eine viel bedeutendere wirtschaftliche und politische Stellung inne. Es braucht nur an die Tatsache erinnert zu werden, daß bis vor wenigen Monaten der erste Vizebürgermeister der Stadt³ ein Jude war und daß der Stadtvertretung außerdem noch

¹ Marienbader Zeitung, 65. Jg., Folge 265 vom 16.11.1938, S. 1. Die Zeitung erschien 1874–1941 als Wochenzeitung.

² 1930 waren von 7200 Einwohnern 405 Juden.

³ Vizebürgermeister von Marienbad war bis 1938 Siegfried (Fritz) Buxbaum (1874–1953), Hotelier;

drei Verordnete jüdischer Rasse angehörten. Von insgesamt 520 Häusern in Marienbad waren 64 Wohn-, Kurhäuser und Hotels in jüdischem Besitz. Im Handelsgremium waren 13 Juden in der Lebensmittelbranche, 14 in der Textilbranche, 5 in der Abteilung Galanteriewaren und 51 in der Abteilung gemischter Handel. Von 72 Ärzten waren nicht weniger als 39 Juden. Neben neun arischen Rechtsanwälten gab es sechs jüdischer Abstammung. Auch jene „Saisonen“ werden nicht wiederkehren, in welchen nahezu 80 von Hundert der Kurbesucher Juden waren. Mit Erbitterung hat die deutsche Bevölkerung Marienbads zusehen müssen, wie sich der Jude und Tscheche zur Unterdrückung und Verelendung unserer deutschen eingewanderten Bevölkerung verbündeten. Tausendfach sind die Wunden, die der unbarmherzige jüdische Boykott allen Schichten der deutschen Einwohner dieser Stadt geschlagen hat. Die Juden leisteten den tschechischen Behörden Spitzeldienste und verfolgten jeden, der es wagte, sich gegen das Judentum zu stellen.

Gingen nicht die ankommenden jüdischen Gäste in die Häuser und fragten, ob dieses Haus einem Arier gehöre? Kauften Sie nicht ausschließlich in jüdischen Geschäften, schickten sie nicht die Hausmeister nur zu Juden, und mieden sie nicht jedes Unternehmen, dessen Besitzer oder Inhaber sich als deutscher oder gar nationaler Mann betätigte? Marienbad hatte, abgeschnürt von Deutschland, in den letzten Jahren keine reguläre Saison mehr, sondern nur noch eine jüdische Saison. Nach 1933 wimmelte es von Emigranten und dunklen Elementen, die sich hier niederlassen wollten und mit ihrer Sippschaft sich ein Stelldichein gaben.

Tausende treuer Kurgäste, die diese Schmach nicht ertragen konnten, hat unser Kurort verloren. Diese dunkelsten Zeiten Marienbads sind jetzt endgültig vorbei.

DOK. 159

Der Erlass vom 16. November 1938 verbietet es Juden, eine Uniform zu tragen¹

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Entziehung des Rechts zum Tragen einer Uniform.

Vom 16. November 1938.

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1333)² die der alten oder der neuen Wehrmacht, der Österreichisch-Ungarischen Wehrmacht oder dem Österreichischen Bundesheer angehört und das Recht zum Tragen einer Uniform erhalten haben, wird dieses Recht hiermit entzogen.

Berlin, den 16. November 1938.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Keitel³

Besitzer der Hotels „Miramare“ und „Klinger“ in Marienbad, von 1929 an Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Marienbad; Stadtrat, 1932 stellvertretender Bürgermeister; 1938 nach Südamerika emigriert.

¹ RGBL., 1938 I, S. 1611.

² § 5 der 1.VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBL., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

DOK. 160

Berliner Lokal-Anzeiger: Artikel vom 16. November 1938 über die Schließung der Geschäfte von Juden und ihre Ausgrenzung aus Baugenossenschaften¹*Zwei Drittel der bisher jüdischen Geschäfte verschwinden*

Obwohl in den letzten Jahren im Zuge der Arierisierung ein großer Teil der jüdischen Positionen in der deutschen Wirtschaft bereits in arische Hände übergegangen ist, bleibt der Sektor, der heute noch als jüdisch bezeichnet werden muß, immer noch recht erheblich. Auf 8 Milliarden RM wird das jüdische Reinvermögen im Deutschen Reich auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der im April d. J. angeordneten Inventarisierung des jüdischen Vermögens geschätzt.² Natürlich ist das nur zu einem Teil Geschäftsvermögen, immerhin gibt diese Zahl doch einen ungefähren Begriff von der Größenordnung des jüdischen Anteils an der deutschen Wirtschaft.

Die am Sonnabend erlassene Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben strebt nun eine möglichst rasche Liquidierung dieser Reststellungen an,³ wobei aber Schädigungen der deutschen Gesamtwirtschaft vermieden werden sollen. Eine ordnungsmäßige Ueberführung der jüdischen Geschäfte in deutsche Hände ist also eine dringende Notwendigkeit. Den Juden liegt die ordnungsmäßige Abwicklung ihrer Geschäfte ob. Als vordringlich wird die Arierisierung derjenigen Geschäfte angestrebt, in denen die Juden unmittelbar mit der breiten Masse der Verbraucherschaft Berührung haben, nämlich die jüdischen Betriebe des *Einzelhandels* und des *Handwerks*. Wenn es in der Verordnung heißt, daß der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften usw. den Juden ab 1.1.1939 untersagt ist, so ist das so zu verstehen, daß die Geschäfte bis Ende dieses Jahres nicht fortgeführt, sondern *lediglich abgewickelt* werden sollen. Störungen des Marktes und der Wirtschaft sind dabei zu vermeiden. Ferner ist *nicht* daran gedacht, alle jüdischen Geschäfte in arischer Hand *weiterbestehen* zu lassen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß *rund zwei Drittel* der Geschäfte überhaupt nicht wieder aufgemacht werden und lediglich ein Drittel aufrechterhalten wird. Die Errichtung besonderer jüdischer Geschäfte für Juden kommt nicht in Frage. Die Juden werden ihren Bedarf beim deutschen Kaufmann decken müssen.

Zum § 3 der Verordnung über die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, welcher besagt, daß ein Jude nicht Mitglied einer *Genossenschaft* sein kann und jüdische Mitglieder von Genossenschaften zum 31. 12. 38 aus der Genossenschaft ausscheiden, wird mitgeteilt, daß damit insbesondere der Zweck verfolgt wird, die Juden aus den Baugenossenschaften auszuschalten, durch deren Mitgliedschaft den Juden bisher ein Rechtsanspruch auf Wohngemeinschaft mit nichtjüdischen Menschen gegeben war. Den in Genossenschaftsbauten wohnenden Juden wird also nunmehr auch gekündigt werden können. Die Frage, wo die gekündigten Juden hinziehen sollen, ist noch ungeklärt, doch ist z. B. etwa an Zwangseinquartierung in jüdische Villen gedacht.

Was die Aufbringung der *Kontributionszahlungen* anlangt, so ist die Form der Aufbrin-

1 Berliner Lokal-Anzeiger, 56. Jg., Nr. 275 vom 16. 11. 1938, S. 4. Die Zeitung erschien 1883–1945, zunächst wöchentlich, von 1885 an täglich, später zweimal täglich im Scherl-Verlag. Sie war ursprünglich national-konservativ ausgerichtet und hatte 1939 eine Auflage von ca. 223600 Exemplaren.

2 Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

3 Siehe Dok. 143 vom 12. 11. 1938.

gung heute noch nicht geklärt. Es ist vielleicht an die Erhebung von Sondersteuern bzw. Sonderzuschlägen oder eine Vermögensabgabe gedacht, doch wird diese Frage erst in der nächsten Woche durch das Reichsfinanzministerium entschieden werden.⁴

DOK. 161

**Verzeichnis über beschlagnahmtes Geld, Wertgegenstände und Möbel der Juden
von Markt Piesting vom 18. November 1938¹**

Vermerk des Gendarmeriepostenkommandos Markt Piesting, ungez., für die Gestapo-Außenstelle Wiener Neustadt vom 18.11.1938

Zu E. Nr. 2005.

Verzeichnis

über im Zuge der Judenaktionen beschlagnahmte und sichergestellte Gelder, Wertgegenstände, Möbel etc. (tel.Bef. des Bezgdkdos. v. 17.11.1938)²

1 Ort der Sicherstellung (Eigentümer)	2 Verantwortlicher Leiter der Aktion	3 Genaue Bezeichnung des sichergestellten Gegenstandes, bzw. Geldbetrages	4 Gegenwärtiger Verwahrungsort
Markt Piesting Nr. 7 bei der Zahntechnikerin Rosa Rado ³	Gend. Posten- Kommando Markt Piesting, Rev. I. Johann Langer ⁴	1000 RM 1 gold. Ehering 1 Halsketterl mit Anhänger 1 Medaillon mit einem zerrissenen Ketterl 3 Vorsteckringe 1 Paar Manschettenknöpfe 2 Paar Ohrgehänge 1 Damenuhr samt langer Kette 3 Broschen 1 Paar Ohrschrauben 1 Halsketterl 3 Armbänder 1 Vorstecknadel 1 Perlenhalsband	Am 11.11.1938 unter E.Nr. 2005 mit Verzeichnis an die Gestapo-Außenstelle Wr. Neustadt abgeliefert.
	Günther Tomeschek, ⁵ SS-Rottenführer des Sturmes 9/89	1 ovaler Tisch 1 viereckiger Tisch 1 kl. viereckiger Tisch 1 rundes Rauchtischerl	Im Hause der Rosa Rado, in Benütz[ung] des SS-Sturmes 9/89

4 In der DVO über die Sühneleistung der Juden vom 21.11.1938 wurde festgelegt, dass die Kontribution in Form einer Vermögensabgabe geleistet werden musste; RGBl., 1938 I, S. 1638–1640.

1 RGVA, 1323k-2-466. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

2 Das Verzeichnis wurde angefertigt auf telefonisch übermittelte Anweisung vom Vortag; Vermerk, gez. Dr. Kranebitter, über Telefonat mit dem Bezirksgendarmeriekommando Wr. Neustadt, 17.11.1938, und sollte bis spätestens 19.11.1938 bei der Gestapo-Außenstelle Wiener Neustadt eingereicht werden; wie Anm. 1.

3 Rosa Rado, geb. Braun (*1881)/Zahntechnikerin; verwitwet; 1939 nach Palästina emigriert.

4 Johann Langer (*1893), Gendarmerie-Rayonsinspektor.

5 Richtig: Günther Tometschek (*1914), Beamter und Geschäftsführer; 1932 SS-Eintritt.

		1 gepolsterte Bank	
		2 gepolsterte Fauteuils	
		6 Sessel mit Armstützen	
		9 gewöhnliche Sessel	
		1 Vorzimmerkasten, weiß gestrichen, mit Spiegel	
		1 Kleiderkasten	
		2 Karteikästchen	
		1 Bücherständer	
Markt Piesting	–“–	1 Radioapparat	–“–
Nr. 55 bei den	Ortsgruppenleiter	1 rundes Tischlerl, schwarz	Im Hause Nr. 55
Alteisenhändlern	Josef Kinzel ⁷	3 Klubsessel, gepolstert, schwarz	in Benützung der
Brüder Walter ⁶		1 Otomane ⁸	Parteileitung
		1 Schreibmaschinentischerl	
Markt Piesting	Ortsgruppenleiter	1 Schreibtisch	In Markt Piesting
bei den Alteisen-	der NSDAP,	4 Sesseln	im Hause Nr. 55
händlern	Josef Kinzel	1 kl. rundes Tischlerl	in Benützung der
Brüder Walter		2 gepolsterte Stockerl	hiesigen Parteileitung
		1 Wanduhr	
		1 eiserner Ofen	
		1 Kohlenkübel	
		6 Tischlampen (elektr.)	
		1 Kleiderkasten	
		1 Kredenzkasten	
		1 ovaler Tisch	zur
		7 Stühle	Bauern-
		1 Kredenz ⁹	stube
		2 Speiszimmerische	
		6 Sessel	
		1 eisernr Ofen	
		2 Kästen, weiß gestr.	
		2 Wäschekasten	
		2 Kleiderkasten	
		1 gepolsterter Sessel	
		1 Wanduhr	
		1 Wandspiegel	
		2 Teppiche	
		3 Läufer	
		2 Vorhänge samt Karniesen ¹⁰	
		3 Vorhänge samt Karniesen	
		1 Kohlenkübel	
		1 Holzkiste	
		2 Küchenstockerl ¹¹	
		1 Teppich	
		1 Vorleger	
		2 Sessel, weiß	

⁶ Hans Walter (*1899), Kaufmann.

⁷ Vermutlich Josef Kinzel (*1893), kaufmännischer Angestellter; 1933 NSDAP- und SS-Eintritt, 1941 Führer im Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, 1943 SS-Ustuf.

⁸ Niedriges Sofa ohne Rückenlehne.

⁹ Anrichte.

¹⁰ Vorhangstangen mit Abdeckung.

¹¹ Küchenhocker.

		1 Sessel, gewöhl.	
		1 Sessel mit Armstütze	
		2 Vorhänge mit 1 Karniese	
Hermann Altermann in Oberpiesting 21	ein unbekannter SA-Mann	ungefähr 130 RM	Unbekannt (die Beschlagnahme erfolgte gelegentlich der Verhaftung des Altermann am 10.11.1938 abends).

DOK. 162

**Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers über die Verordnung zur Ausschaltung
der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 18. November 1938¹**

Schnellbrief des RWM (III Jd-8782/38), gez. Schmeer, an den Regierungspräsidenten in Preußen, den Polizeipräsidenten in Berlin, den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt, die Landesregierungen der außerpreußischen Länder, den Reichsstatthalter (Landesregierung) in Österreich in Wien, den Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete und den Reichskommissar für das Kreditwesen, nachrichtlich an die Oberpräsidenten in Preußen, den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich (Eing. 21.11.1938) in Wien, den Stab des StdF, München, sowie an die Reichswirtschaftskammer vom 18.11.1938²

Betrifft: Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Deutschen Wirtschaftsleben. Vom 12. November 1938. (RGBl. I, S. 1580).³

I. 1.) Durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 scheiden die Juden vom 1. Januar 1939 ab als Unternehmer aus dem *Einzelhandel, dem Handwerk und dem Marktverkehr* endgültig aus. Soweit jüdische Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe infolge der Ereignisse am 8., 9. und 10. November geschlossen worden sind, sollen sie als jüdische Gewerbebetriebe grundsätzlich *nicht* wieder eröffnet werden. Ich ersuche dies schon aus polizeilichen Gründen zur Verhütung weiterer Ausschreitungen zu verhindern. Eine Wiedereröffnung soll nur erfolgen, wenn die Überführung in nichtjüdische Hand gesichert ist. Eine solche Überführung soll mit Rücksicht auf die im Einzelhandel stehende Übersetzung unter verschärfter Anwendung des Runderlasses vom 5. Juli 1938 – III. Jd. 2818/38 – nur ausnahmsweise genehmigt werden, wenn die Weiterführung des Geschäfts aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen, insbesondere mit Rücksicht auf die Versorgung der Bevölkerung, erwünscht erscheint.⁴

In allen Fällen ist jedoch darauf hinzuwirken, daß der jüdische Geschäftsinhaber seinen Betrieb ordnungsmäßig abwickelt, seine Verpflichtungen, insbesondere gegenüber der Gefolgschaft, erfüllt und etwaige Schäden beseitigen läßt. Eine Einsetzung von kommissarischen Verwaltern kommt regelmäßig nicht in Frage. Stößt die Verwertung vorhande-

¹ ÖStA/ AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2160/0.

² Im Original Stempel, handschriftl. Kürzel und Anstreichungen.

³ Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

⁴ Der Runderlass vom 5.7.1938 erläuterte die VO zur Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.1938. Gewerbebetriebe und Immobilien durften von Juden nur noch nach Anhörung des Gauleiters verkauft werden.

ner Warenläger auf Schwierigkeiten, so ist sofort die von mir mit Weisung versehene Wirtschaftsgruppe Einzelhandel zur Behebung der Schwierigkeiten heranzuziehen.

2.) Auch jüdische Gaststätten ersuche ich in gleicher Weise geschlossen zu halten.

3.) Die Genehmigungsverfahren auf Grund der Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. August 1938 – RGBL.I, S. 415⁵ – und des Einzelhandelsschutzgesetzes⁶ sind bei den Gewerbebetrieben, die von dem Verbot des § 1 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben betroffen werden, mit allen Mitteln zu beschleunigen.

Dabei ist in allen Fällen zunächst die Vorfrage zu prüfen, ob überhaupt ein volkswirtschaftliches Interesse für die Aufrechterhaltung des fraglichen Betriebes unter nichtjüdischer Leitung besteht. Wird diese Frage verneint, so ist die Ablehnung ohne weitere Prüfung der Person des Erwerbers zu verfügen.

Zur Beschleunigung des Geschäftsverkehrs ersuche ich weiter, die Genehmigungsanträge mit den anzuhörenden Stellen in gemeinsamen Besprechungen zu erörtern, und zeitraubenden Schriftverkehr möglichst einzuschränken.

Die bisherigen materiellen Grundsätze für die Beurteilung der Genehmigungsverträge bleiben im übrigen aufrechterhalten. Es ist jedoch allgemein darauf zu achten, daß jüdisch klingende Firmenbezeichnungen verschwinden, wenn nicht in Ausnahmefällen besondere Exportinteressen die Weiterführung der früheren Firma mit einem Nachfolgezusatz für eine Übergangszeit rechtfertigen.

4.) Die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 umfaßt, wie aus der Fassung des § 1 klar hervorgeht, alle Juden, auch soweit sie eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Bei auftretenden Schwierigkeiten ist mir zu berichten. Insbesondere ist mir vor Schließung von Betrieben in allen Fällen zu berichten, bei denen es sich um Staatsangehörige der U.S.A., des britischen Reiches oder Frankreichs handelt.

II. Jüdische Großhandels- und Fabrikationsbetriebe werden durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 vorläufig nicht betroffen. Bei der Durchführung der laufenden Entjudungsgeschäfte ist sorgfältig darauf zu achten, daß deutsche Exportinteressen, soweit irgend möglich, berücksichtigt werden. Ist bei solchen Großhandels- und Fabrikationsbetrieben, deren Erhaltung im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegt, die ordnungsgemäße Geschäftsführung durch den jüdischen Geschäftsinhaber nicht mehr möglich, so ersuche ich darauf hinzuwirken, daß ein fachlich geeignetes Mitglied der Gefolgschaft des Unternehmens durch den Juden zur Weiterführung der Geschäfte und zur Einleitung erforderlicher Verhandlungen zur Überführung in nichtjüdischen Besitz bevollmächtigt wird. Ich behalte mir etwaige weitere Anordnungen wegen Einsetzung besonderer bevollmächtigter Verwalter in Ausnahmefällen vor.

Ich ersuche, die für die Genehmigung nach der Anordnung vom 26. April 1938 und nach dem Gesetz zum Schutz des Einzelhandels zuständigen Behörden entsprechend zu unterrichten.

5 Die Anordnung bestimmte, dass Neugründung, Verpachtung, Verkauf oder nießbräuchliche Nutzung von Gewerbe-, land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben angemeldet und genehmigt werden mussten, wenn Juden als Gründer oder Vertragspartner auftreten wollten.

6 Einzelhandelsschutzgesetz vom 12.5.1933, RGBL., 1933 I, S. 262.

DOK. 163

**Ein Vater aus Beuthen schreibt seiner im Ausland lebenden
Tochter am 19. November 1938 über die Ereignisse in den Tagen
des Novemberpogroms¹**

Handschriftl. Brief aus Kattowitz,² ungez., an die Tochter des Verfassers, vom 19.11.1938 (Abschrift)³

Mein geliebtes Susel!

Dieser Brief geht von Polen ab, da es unmöglich ist, ihn so von hier aus zu schreiben. Jede Wahrheit von hier aus ist ein Greuel, u. da sind sie dahinter mit drakonischen Strafen. Also, wenn ich heut an Dich schreiben kann, so ist es ein Glück u. eine Gnade von Gott, wenn es noch einen gibt. Man muß aber wirklich daran zweifeln, daß es einen gibt, der so etwas zuläßt. Rührt sich nicht das Weltgewissen? Können die Staaten teilnahmslos zusehen, wie 100 000e drangsaliert, gequält und gemartert werden? Rührt sich kein Finger, um die armen Juden von hier fort zu bringen? Weiß denn noch immer nicht die Welt, daß wir hier fort müssen u. so schnell als möglich, sonst schlachten sie uns alle ab? Bei der geringsten Kleinigkeit müssen es die Juden entgelten, wer oder was etwas machte, oder wer oder was gesagt wird, der Jude wird hoch genommen. Nun zum eigentlichen. Dein letzter Brief kam an, u. kann ich Dir nur sagen, daß wir gar nicht in der Lage waren, Dir zu schreiben. Es ist besser, ich schreibe der Reihe nach. Am 10. November wollte ich wieder früh wegfahren, um wenigstens einige Pfennige zu verdienen, natürlich illegal, denn jede Arbeit ist für Juden verboten. Unterwegs nach der Garage, ich bin nicht mehr in der Silesia, man hat mir p. 1. 10. gekündigt, bin bei Martin Fröhlich,⁴ Ostlandstr., natürlich Jude, klopft mir einer auf die Schulter, es war Josef Freund, Holzhändler, Bruder von Friedr. Freund.⁵ Wissen Sie schon, sagt er, die Synagogen brennen seit heut nacht. Daß ich überrascht u. erschüttert war, kannst Du Dir denken. Was wollen Sie denn machen, frug er, ich fahre auf Tour, meine Antwort. Das würde ich nicht machen, sagt er, ich sage, für mich ist Arbeitstag, ich muß wenigstens etwas verdienen, damit wir leben können, kommen Sie doch mit, ich fahre aufs Land, er wollte nicht. Bei Fröhlich war Schlesinger, Arbeiter-Konfektion, Krakauerstr., der berichtete, daß man in der Wohnung von Heinz Badrian⁶ alles kurz u. klein geschlagen habe u. geraubt von Wertsachen u. Geld, was sie fanden. Man wollte mich wieder zurückhalten, ich fuhr aber doch, was ich mir vornehme, führe ich aus. Das war mein Glück. Bis 1 Uhr mittags habe ich gearbeitet, eine innere Unruhe ließ mich nicht los, u. so fuhr ich auf nach Hause zu los, auf Umwegen. Um ½ 3 Uhr kam ich in den Hof von Fröhlich u. sah schon Glasscherben. Herr F. kam gerade leichenblaß herunter, er war verunglückt u. geht an Stöcken. Ich frug ihn, er sagte, die Aktion wird wohl noch nicht zu Ende sein. Sofort setzte ich mich wieder in den Wagen u. irrte umher. Schließlich mußte ich doch einmal aufhören u. riskierte eben alles, ließ den Wagen am Ringe stehen u. schlich mich die Langestr. nach Hause. Als ich

1 YVA, O. 75/188.

2 „Beuthen“ wurde durchgestrichen und in „Kattowitz“ verbessert.

3 Im Original vermerkt: „kam an am 3. Dez.!“

4 Martin Fröhlich (1882–1942), Kaufmann; verheiratet mit Flora Fröhlich, geb. Adler (1888–1942), Hausfrau; nach Auschwitz deportiert und dort umgekommen.

5 Josef Freund (*1881), Holzhändler, und Friedrich Freund (*1888).

6 Vermutlich Heinz Badrian (*1919).

auf der 3. Treppe schon nach oben sah, blieb mir das Herz stehen, es kam aber noch schlimmer. Die Fenster der Tür eingeschlagen, die Tür aufgebrochen u. ein umgestürztes Kleiderspind dagegen gelehnt, daß die Tür zu blieb. Ich wollte gerade wieder umkehren, da wurde ich von Frau Krause aus dem Hause leise angerufen. Auf jeden Fall wollte ich wissen, wo Mutti u. Frau Friedländer, die bei uns wohnt, seien. Da kein Deutscher mit einem Juden stehen oder sprechen darf, hatte sie natürlich Angst, u. ich erfuhr nur, daß sie beide, auch zum Glück, weggegangen waren. Wie ich gerade herunter gehen wollte, kam Ruth Marcus herauf, die man auch früh verhaftet u. eingesperrt hatte, um 2 Uhr aber entließ. Wir versuchten dann beide, in die Wohnung zu kommen, u. es gelang mit vieler Mühe durch die kniehohen Scherben u. Fetzen durchzukommen. Susel, ich dachte, der Schlag rührt mich sofort, u. dann habe ich bitterlich geweint wie ein kleines Kind. Das haben noch keine Augen gesehen, das waren auch keine Menschen, wilde Tiere, Bestien sind vernünftiger, ich glaube auch, das hätten noch nicht einmal Vandalen gemacht. Nie konnte ich verstehen, daß man auf die Deutschen im Kriege Barbaren gesagt hat⁷ u. legte mich s. Zt. dafür kreuz u. quer, aber jetzt ..., der Ausdruck ist zu gelinde. Die ganze Wohnung war ein Trümmerhaufen. Alles Glas, Porzellan, Kristall, Bilder, Uhren, Dokumente, ein Matsch. Das Klavier zerhackt, das Harmonium zerhackt, meine schöne alte Geige zerschlagen u. zertrampelt, die Lampen heruntergerissen. Das Buffet aufgehackt u. zerhackt, Kredenz ebenso, alle Stühle kurz u. klein geschlagen u.s.w., u.s.w., es läßt sich nicht schildern. Natürlich die wenigen Schmucksachen, die wir hatten, geraubt, ich hatte für meine Bilderfabrikanten MK 160.– liegen, die ich Sonnabend mit Abrechnung absenden sollte, geraubt, Muttis letzte paar Pfennige, damit wir leben können, geraubt, es waren 15 oder 18 Mk, Frau Friedländer hatte 30 Mk, vom Bruder unterstützt, sollte den ganzen Monat davon leben, arme Witwe, geraubt, natürlich auch Kleinigkeiten an Schmucksachen, die sie noch hatte, alles weg. Wir stehen alle als Bettler da u. wissen nicht, was mit uns werden soll. RM⁸ nahm mich mit in ihre Wohnung, u. dort verbarg ich mich bis gestern. Mutti u. Frau Friedländer führte man abends auch dorthin, u. wir übernachteten alle 3 dort, zu Hause war es unmöglich. Du kannst Dir Mutti denken, sie hat herzzerreißend geweint u. Fr. Friedländer auch. Kein Mensch kann uns helfen, denn alle Männer u. Frauen haben sie verhaftet u. eingesperrt. Die Frauen u. Kinder entließ man abends, die Männer wurden ins Konzentrationslager gebracht. Nur wer Glück zufällig hatte, u. man ihn nicht auch unterwegs schnappte, kam davon. Jeder Christ, der einen Juden bedauerte, wurde verhaftet u. abgeführt. Ein Volk kann das unmöglich machen, es war seit langem vorbereitet, es wußten es eine Menge. Man schätzt, daß ungefähr 30–40 tausend Männer weggeschafft wurden. In einer Menge Städte gibt es fast gar keine Männer mehr. Erwin hat man natürlich auch mit fortgeführt, wahrscheinlich beide Jungen von Tante Bertha auch, ich werde sie in den nächsten Tagen in Breslau sprechen. Beide Synagogen u. das Haus, wo Totscheks⁹ als Kastellan wohnte, mit allem, Möbel etc., ist abgebrannt, T. sind nackt u. bloß heraus geflüchtet, u. ihn hat man mitgenommen, die Frau hat man im Nachthemd u. Überrock draußen stehen lassen. Die Feuerwehr hat gut aufgepaßt, daß alles gut brannte u. keine andern Häuser anbrannten.

7 Im Ersten Weltkrieg stellte die Kriegspropaganda Frankreichs, Großbritanniens und der USA die Deutschen als barbarisch, brutal, hässlich und militaristisch dar.

8 Ruth Marcus.

9 Vermutlich Herbert Toćek (*1904) und Paula Toćek, geb. Černik (*1901). Paula Toćek wurde am 2.6. 1942 aus Beuthen deportiert.

Männer u. Frauen hat man brutal geschlagen, gleichviel ob alt oder jung, speziell alte Männer u. Frauen. Ein Fall von einer alten Dame ist uns bekannt, die man geschlagen u. gewürgt hat, daß sie beinahe umgekommen wäre. Ich könnte Dir noch unendlich viel erzählen, aber ich kann nicht mehr, es steigt mir immer wieder hoch, wenn ich daran denke. Es gibt nur eins für uns hier, so schnell wie möglich weg, u. jetzt ist es nicht nur eine Gefälligkeit, sondern allerdingendste Pflicht für die Onkels u. Günther in Amerika, uns hin zu nehmen. Das muß sogar ganz schnell gehen, denn lange halten wir es nicht mehr aus. Keinen Tag ist man mehr sicher, wir sind ja Freiwild, wir dürfen nicht mehr arbeiten u. verdienen, damit wir leben können, wir sollen verhungern, oder eingesperrt werden. Es gibt schon eine ganze Menge edle, ritterliche Deutsche, die Juden nichts mehr verkaufen. Na, was soll ich noch schreiben, Du kannst Dir ja vorstellen. Sende diesen Brief an Günther, Du kannst Dir ja eine Abschrift machen. Hoffentlich kommt dieser Brief gut in Deine Hände, denn sonst gnade uns Gott, wir sind verloren. Schreibe uns *sofort*, wenn Du ihn erhalten hast u. deute uns an, daß es dieser war. Wir wollen in Breslau besprechen u. ein Kabeltelegramm nach Amerika senden. Hoffentlich leiten die alles auf schnellstem Wege ein u. beschleunigen, denn jeder Tag ist kostbar. Bloß hier raus, raus u. nochmals raus. In solcher Umgebung stirbt man 1000 Tode, davon kann sich kein Mensch einen Begriff machen. – Wenn ich heut wenig von Dir u. allem andern schreibe, so wirst Du das verstehen, ich wollte Dich aber orientieren u. haben, daß der Brief weiter an Günther geht. Ruth hat jetzt die Papiere aus Argentinien bekommen, u. der arme Erwin ist eingesperrt. Wer weiss, ob die Argentinier nicht gesperrt haben. Alle südamerikanischen Staaten sind Unmenschen, wenn sie die armen Juden nicht hereinlassen. Wenn Nordamerika nicht schnell hilft, dann sind wir verloren. Es kommt jetzt nur auf die an, wenn sie wollen, können alle untergebracht werden, schadlos kann man sich später halten, erst alles raus, aber schnell. Die Welt wird sowieso durch die hier keine Ruhe mehr haben, kein Mensch sieht das ein, erst wenn es zu spät sein wird. England u. Frankreich sollen sich nur in acht nehmen. Euer Lord Chamberlin¹⁰ hat alles verkorkst, die Engländer werden es noch tief bedauern, daß sie diesem Manne folgten, hätten sie nur Eden u. Churchill gelassen, Europa wäre gerettet worden. – Nun aber Schluß. Mache alles so, wie ich schrieb, bleibe gesund, u. sei vielmals innigst u. herzlichst begrüßt u. geküßt von Deinem Dich immer liebhabenden u. treuen Vati.

Geliebtes Susele! Er hat Dir nun alles geschrieben, man könnte Bücher schreiben, aber der Mut fehlt. Du kannst Dir von allem keinen Begriff machen. Gebe nur Gott, daß Du diesen Brief erhältst. Schicke ihn sofort an G. Für heute, geliebtes Kind, sei herzlichst begrüßt und geküßt von Deiner tr. M.

Bin bloß froh, daß ihr beide nicht mehr hier seid.

10 Richtig: Chamberlain.

DOK. 164

**Reichsinnenminister Frick verfügt am 19. November 1938,
dass hilfsbedürftige Juden nur in Ausnahmefällen öffentliche Fürsorgeleistungen
beziehen dürfen¹**

Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden.

Vom 19. November 1938.²

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 1 der Fürsorgepflichtverordnung und des § 11 des Gesetzes über Kleinrentnerhilfe vom 5. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. I, S. 580) wird verordnet:³

Artikel 1

Hinter § 35 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. August 1931 (Reichsgesetzbl. I, S. 439) wird folgender § 35a eingefügt:

„§ 35a

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935, Reichsgesetzbl. I, S. 1333)⁴ sind im Falle der Hilfsbedürftigkeit auf die Hilfe der jüdischen freien Wohlfahrtspflege zu verweisen. Soweit diese nicht helfen kann, greift die öffentliche Fürsorge ein. Die Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit sind streng zu prüfen. Gewährt werden Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Krankenpflege, Hilfe für Gebrechliche sowie für Schwangere und Wöchnerinnen, Hebammenhilfe und, soweit erforderlich, ärztliche Behandlung. Nötigenfalls ist der Bestattungsaufwand zu bestreiten. Die in diesen Grundsätzen insbesondere unter B vorgesehene weitere Hilfe wird Juden nicht gewährt; auch die Zuwendungen der jüdischen freien Wohlfahrtspflege sind bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit voll anzurechnen. § 35 gilt nicht für Juden.⁵

(2) Eine über Abs. 1 hinausgehende Hilfe kann Juden gewährt werden, wenn sie die Auswanderung fördert oder sonst im öffentlichen Interesse liegt.

(3) Auf schwerkriegsbeschädigte Juden sind die §§ 18 bis 32 anzuwenden.“⁶

Artikel 2

Das Gesetz über Kleinrentnerhilfe vom 5. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. I, S. 580) und die Verordnung zur Ergänzung dieses Gesetzes vom 24. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I, S. 1415) gelten nicht für Juden.⁷

1 RGBL., 1938 I, S. 1649. Fußnote im Original: „Betrifft nicht die sudetendeutschen Gebiete.“

2 Siehe Dok. 209 vom 21.12.1938.

3 Von Sept. 1934 an konnten alte oder erwerbsunfähige Personen unter bestimmten Bedingungen eine Kleinrentnerhilfe beantragen. § 11 des Gesetzes erlaubte es dem Reichsarbeitsminister, in Verbindung mit dem Reichsfinanz- und dem Reichsinnenminister, die Verordnungen zur Umsetzung des Gesetzes zu erlassen.

4 § 5 der 1. VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBL., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

5 § 35 besagte, dass Länder und Fürsorgeeinrichtungen unabhängig von der Gewährung der in der Fürsorgeverordnung festgelegten Unterstützung Hilfe leisten durften.

6 Die Bestimmungen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene (§§ 18 bis 32) besagten u.a., dass die Leistungen für Kriegsbeschädigte denen für Kleinrentner nicht nachstehen sollten. Die soziale Fürsorge sei für Berufsberatung der Kriegsgeschädigten, Arbeitsvermittlung und -beschaffung verantwortlich.

7 In der VO vom 24.12.1937 wurde u.a. die Hilfsleistung für „Flüchtlinge oder Verdrängte“ geregelt.

8 Ein Entwurf zu dieser Verordnung wurde bereits im Aug. 1938 verfasst; Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Bd. 2, bearb. von Helmut Heiber u.a., München 1983, S. 413.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1939 in Kraft.⁸

Der Reichsminister des Innern

Frick

Der Reichsarbeitsminister

Franz Seldte⁹

Der Reichsminister der Finanzen

Graf Schwerin von Krosigk

DOK. 165

**Berliner Tageblatt: Notiz vom 19. November 1938 über die Einrichtung
separater Verkaufsstellen für Juden in München¹**

Verkauf nur an Juden

Bei der Israelitischen Kultusgemeinde in München

(NdZ²) Die Kreisleitung München der NSDAP gibt bekannt, dass die Israelitische Kultusgemeinde im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ab sofort einige Verkaufsstellen einrichtet, in denen die in München ansässigen Juden ihren notwendigen Bedarf decken können. Zutritt zu diesen Verkaufsstellen haben nur Juden. Damit ist in München die Versorgung der Juden geregelt, ohne dass diese ein deutsches Geschäft zu betreten brauchen.

DOK. 166

**Die Jüdische Zentralstelle Stuttgart bittet die Gestapo am 21. November 1938 um den
Erhalt jüdischer Einrichtungen zur Vorbereitung der Auswanderung¹**

Schreiben, ungez. [Karl Adler],² an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Stuttgart, vom 21.11.1938

Betrifft: Freigabe des Gebäudes Gartenstrasse 30.

Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Stuttgart, ersucht mich, ihr in verstärktem Masse für bestimmte Aufgaben zur Verfügung zu stehen. Sie machten mir die Auflage, die

⁹ Franz Seldte (1882–1947), Kaufmann; 1918 Gründer und Führer des Stahlhelm; 1933 NSDAP-Eintritt; 1933–1945 Reichsarbeitsminister; 1945 wurde er verhaftet und starb 1947 in einem amerikanischen Militärgefängnis.

¹ Berliner Tageblatt, 67. Jg., Nr. 547 vom 19.11.1938, S. 3.

² Nachricht der Zeitung.

¹ LBI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 3.

² Das Schreiben, das weder eine Unterschrift noch einen Absender aufweist, befindet sich im Nachlass von Karl Adler und ist auf der 1. Seite rechts oben mit „K.A.“ signiert. Prof. Dr. Karl Adler (1890–1973), Musikpädagoge, Opernsänger; 1922–1933 Direktor des Konservatoriums Stuttgart, 1933 Gründer und bis 1938 Leiter der Jüdischen Kunstgemeinschaft Stuttgart, 1935–1939 Musikdezernent der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung; 1938 Leiter der Jüdischen Mittelstelle Stuttgart; 1940 Auswanderung in die USA, 1946 Professur an der Yeshiva University in New York.

notwendigen jüdischen Einricht[ung]en schnellstens wieder in Gang zu bringen und für beschleunigte Auswanderung der hiezu fähigen jüdischen Bevölkerung Sorge zu tragen.³ In Durchführung dieser Forderungen tragen wir folgendes vor:

Das Gebäude Gartenstrasse 30 musste am Donnerstag, 10. ds. Mts., in kürzester Zeit von jüdischen Stellen und Personen geräumt werden. Gleichzeitig wurde das Gebäude anderweitig in Verwendung genommen.

Die einzelnen Stockwerke wurden seither folgendermassen benützt:

a. Im Erdgeschoss befinden sich der *Betsaal* der Israelitischen Religionsgesellschaft, der vor kurzer Zeit mit erheblichen Mitteln eingerichtet wurde, nachdem dort vorher ein Postamt untergebracht war. Dieser Raum sollte nach dem Wegfall der Synagoge wieder für Gebetszwecke verwendet werden können, sei es auch nur in vorläufiger Weise durch Aufstellung von Stühlen.⁴

b. Im I. Stock sind die *Geschäftsstellen* der Stuttgarter Jüdischen *Kunstgemeinschaft*, des Jüdischen *Lehrhauses* und der von der Geheimen Staatspolizei geforderten unterzeichneten *Zentralstelle* untergebracht.

Ausserdem werden die Räume für die *Auswanderersprachkurse* des Jüdischen Lehrhauses verwendet. Diese sowie die sog. Intensivkurse, die in verhältnismässig kurzer Zeit zur sprachlichen Auswanderervorbereitung führen sollten, fanden dort täglich vornachmittags und abends statt. Die Räume dieses Stockwerks werden auch zur *Jugendbetreuung* verwendet.

[c.] Im II. Stockwerk ist das 9. *Schuljahr*, die *Haushaltklasse* der jüdischen Schule, untergebracht. Junge Mädchen werden für den Beruf der Hausangestellten vorbereitet. Eine Lehrküche wurde für diesen Zweck im vorigen Jahr mit beträchtlichen Mitteln eingerichtet. Weiterhin wird noch eine *Schulklasse* in einem Zimmer unterrichtet.

In diesem Stockwerk befindet sich auch der *Uebungsraum* der *Kunstgemeinschaft*. Ausserdem sind dort die für die Arbeit notwendigen Instrumente, Noten, Pulte etc. untergebracht. Auch ein Teil der unter Ziffer b genannten *Lehrhauskurse* findet in diesem Stockwerk statt.

d. Im dritten Stockwerk befindet sich das *Jüdische Lehrlingsheim*. Es handelt sich hierbei um eine Wohngemeinschaft von derzeit 27 jungen Leuten, die sich in Stuttgart und Umgebung auf Umschichtung befinden, d.h. die sich hier für handwerkliche und landwirtschaftliche Berufe vorbereiten. Als Ausbildungsland für diese jungen Leute kommt in erster Linie Palästina in Frage, wofür eine besondere geistige und sprachliche Vorbereitung erforderlich ist.

Im Hinblick auf die Bedürftigkeit der Insassen ist eine Unterbringung in einzelnen Zimmern bei Familien nicht möglich.

e. Im Dachstock ist die *Hausverwalterin* untergebracht. Es befinden sich dort auch noch einzelne Kammern des Lehrlingsheims.

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, dass das Gebäude Gartenstrasse 30 in erster Linie für solche Zwecke in Anspruch genommen ist, die in unmittelbarer Weise zur Auswanderung vorbereiten. Eine Verlegung dieser Stellen und Einrichtungen in andere jüdische

3 Adler war im Nov. 1938 verhaftet worden und wurde nach ca. einer Woche unter der Bedingung entlassen, die Auswanderung der Stuttgarter Juden zu organisieren. Die von Adler geleitete Jüdische Mittelstelle (vermutlich identisch mit der Zentralstelle), eine Dependence der Reichsvereinigung der Juden, stand unter strenger Aufsicht von Gestapo und SD.

4 Die Stuttgarter Synagoge in der Hospitalstrasse wurde in der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 zerstört.

Häuser ist ausgeschlossen, denn für die genannten Zwecke ist eine zentrale Lage erforderlich. Ausserdem hängen auch diese Einrichtungen unter sich und mit benachbarten Stellen aufs engste zusammen. In der letzten Zeit wurde verschiedentlich angeregt, in das Haus Gartenstr. 30 Wohnungen einzubauen, um solche Juden aufzunehmen, die mit Wohnschwierigkeiten zu kämpfen haben. Dieser Anregung wurde jedoch nicht stattgegeben, weil die Arbeit der genannten Einrichtungen nicht beeinträchtigt werden durfte, zumal sie teilweise Anordnungen, die von Reichsbehörden und der Geheimen Staatspolizei ausgingen, entsprach.

Die Notwendigkeit des Hauses Gartenstrasse 30 wird durch folgende Umstände noch dringlicher: Derzeit sind in einem Privathaus der Gartenstrasse die Geschäftsräume der *Auswanderungsberatungsstelle*, des Hilfsvereins der Juden in Deutschland sowie der jüdischen *Winterhilfe* in Württemberg untergebracht. Dieses Gebäude dürfte in absehbarer Zeit in arischen Besitz übergehen. Infolgedessen muss man auch für die Unterbringung dieser Stellen Sorge tragen. Ausserdem ist der Isr. *Oberrat*⁵ genötigt, am 1. April 1939 seine Räume in der Königstr. 82 aufgeben zu müssen. Für seine Unterbringung kommt nur das Haus Gartenstrasse 30 in Frage.

Schon aus diesen kurzen Darlegungen dürfte hervorgehen, dass das Gebäude Gartenstrasse 30 derzeit für die genannten jüdischen Stellen lebenswichtig ist, wenn die von ihnen verlangten Gegenwartsaufgaben geleistet werden sollen. Da ein anderes jüdisches Anwesen für diese Zwecke nicht vorhanden ist und eine Verteilung aller dieser Stellen auf Häuser nichtjüdischer Besitzer unerwünscht und auch unmöglich ist, bitten wir, das Gebäude wieder seiner Bestimmung zuzuführen.⁶

DOK. 167

Der Reichswirtschaftsminister listet am 21. November 1938 das sofort verfügbare Vermögen der Juden auf¹

Rundschreiben (vertraulich) des RWM (III Jd. 8910/38), i.A. gez. Krüger,² an den RMdI, RMF, den RMEuL, den RMVuP, den StdF, München, Braunes Haus, Gestapa, an die Reichswirtschaftskammer, die Reichshauptbank – Volkswirtschaftliche und Statistische Stelle – z.Hd. von Reichsbankrat Pieter, Berlin, den Reichskommissar für das Kreditwesen, Berlin, die Ober- und Regierungspräsidenten in Preußen und den Polizeipräsidenten in Berlin, den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin, die Landesregierungen der außerpreussischen Länder, den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Wien, den Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete, Abt. III, Reichenberg, Kantstraße 6, vom 21.11.1938³

⁵ 1828 als Israelitische Oberkirchenbehörde gegründet, war die Institution, der Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft sowie des Staats angehörten, zuständig für die Verwaltungs- und Religionsangelegenheiten der württembergischen Juden. 1912 erhielt die Behörde das Recht auf Selbstverwaltung und Gesetzgebung in allen Angelegenheiten der israelitischen Religionsgemeinschaften; 1924 übernahm der Israelitische Oberrat die Aufgaben der Oberkirchenbehörde.

⁶ Ob die Bitte Erfolg hatte, geht aus der Akte nicht hervor.

¹ BArch, R7/4740, Bl. 35–38.

² Adolf-Friedrich (Alf) Krüger (1900–1981), Landwirt und Journalist; 1928 NSDAP-Eintritt, SA-Obersturmbannführer; Ministerialrat im RWM; lebte nach 1945 in Eutin; Autor von „Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft“ (1940).

³ Handschriftl. Anmerkungen auf der ersten Seite, Eingangsstempel und runder Stempel des RWM.

Betr.: Anmeldung des Vermögens von Juden.

Anliegend übersende ich eine Zusammenstellung der auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938⁴ eingegangenen Anmeldungen für das gesamte Reichsgebiet (außer den sudetendeutschen Gebieten) zur gefälligen vertraulichen Kenntnisnahme.

In dem beigegebenen „Begleitbericht“ ist dargelegt, welcher Anteil des angemeldeten jüdischen Vermögens als sofort erfaßbar angesehen werden kann.

Zu III Jd. 8910/3.

Begleitbericht.

Die anliegende nunmehr für das ganze Reich vorliegende Erfassung des jüdischen Vermögens gibt zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

- 1.) Als nicht angreifbar wird das Vermögen des nichtjüdischen Ehegatten sowohl der inländischen wie auch der staatenlosen Juden anzusehen sein. Die geringe Höhe des nichtjüdischen Ehegattens-Vermögens läßt darauf schließen, daß beachtenswerte Verschiebungen des Vermögens des jüdischen Ehepartners auf den nichtjüdischen kaum vorgekommen sind.
- 2.) Als nicht antastbar wird auch das inländische Vermögen ausländischer Juden mit Sitz im Inland zu gelten haben. Tritt man dieser Auffassung bei, so ist an greifbarem Vermögen vorhanden
 - 1.) das Vermögen der inländischen Juden und
 - 2.) das Vermögen der staatenlosen Juden.

Die Addition der Vermögenswerte ergibt folgendes Bild:

- a) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen: 112 Millionen RM
- b) Grundvermögen: 2343 Millionen RM
- c) Betriebsvermögen (nach Abzug der Betriebsschulden): 1 095 Millionen RM
- d) Sonstiges Vermögen: 4881 Millionen RM
- e) Bruttovermögen (Addition von a bis d): 8531 Millionen RM
Hiervon sind Schulden und Lasten, soweit sie nicht das Betriebsvermögen betreffen, abzuziehen mit: 1408 Millionen RM
- f) Nettovermögen (angemeldetes Vermögen nach Abzug aller Schulden): 7123 Millionen RM

Die Prüfung dieses angreifbaren Vermögens unter dem Gesichtspunkt der Liquidität ergibt folgendes Bild:

Als illiquides Vermögen ist anzusehen

- a) das land- und forstwirtschaftliche Vermögen,
- b) das Grundvermögen,
- c) das Betriebsvermögen.

Als Betriebsvermögen ist die Differenz zwischen Aktiven und Passiven erfaßt. Wie weit hierin liquide Mittel (Bankkonto, Postscheck, Wertpapiere, sofort veräußerliche Rohstoffe) liegen, ist aus der Erhebung nicht zu entnehmen, weil die Verhältnisse bei jedem Betrieb anders liegen. Im übrigen sind die im Betriebsvermögen stehenden liquiden Mittel für die Aufrechterhaltung des Betriebes im allgemeinen notwendig und scheiden deshalb für einen sofortigen Zugriff aus.

⁴ Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

Als liquide kann allein der Posten „Sonstiges Vermögen“ mit einem Betrage von 4881 Millionen RM angesehen werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß als „Sonstiges Vermögen“ auch nicht fällige Lebensversicherungen sowie Nießbrauch- und Rentenrechte erfaßt sind. Ein kleiner Teil dieses Betrages wird daher als illiquide angesehen werden müssen. Gegenüber einer liquiden Vermögenssumme von 4881 Millionen RM steht eine Schuldenlast von 1408 Millionen RM. Wieviel von diesen Schulden auf Grundbesitz ruhen, wieviel ungedeckte Schulden sind und somit im Interesse einer Befriedigung der Gläubiger bei einem Zugriff auf das sogenannte „Sonstige Vermögen“ vorher abgesetzt werden müssen, ist aus der Erhebung nicht zu entnehmen.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß die obenstehenden Zahlen auf einer statistischen Erhebung vom 27. April 1938 beruhen, daß aber inzwischen beachtliche Werte, die zahlenmäßig auch nicht einmal geschätzt werden können, unter dem wahren Wert an nicht-jüdische Gewerbetreibende veräußert worden sind. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, daß das liquide Vermögen infolge der inzwischen vorgenommenen Entjudung größer, das illiquide Betriebsvermögen dagegen kleiner geworden ist.

Zu III Jd. 8910/38.

Auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden wurden im Reich insgesamt folgende Vermögenswerte angemeldet:

(Werte in Millionen RM)

	Inländer		Ausländer		Staatenlose	
	Juden	nicht-jüdische Ehegatten	Juden	nicht-jüdische Ehegatten	Juden	nicht-jüdische Ehegatten
a) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	112	9	13	0,1	0,1	0,03
b) Grundvermögen	2 293	126	229	3,3	50,3	1,04
c) Betriebsvermögen	1 177	59	86	1,6	17,6	0,08
d) Sonstiges Vermögen	4 844	216	223	4,5	37,0	0,46
e) Summe der Werte a) bis d) (Netto Vermögen)	8 426	410	551	9,5	105,0	1,61
f) Schulden und Lasten, soweit sie nicht das Betriebsvermögen betreffen	1 376	65	136	1,9	31,5	0,34
g) Angemeldetes Vermögen (Netto) überhaupt	7 050	345	415	7,6	73,5	1,27
II. Zahl der eingegangenen Anmeldungen	135 750	6 000	9 567	153	2269	47

DOK. 168

**Bischof Kühlewein berichtet am 22. November 1938 den Geistlichen
der Landeskirche Baden über die vom Erziehungsministerium kritisierte Behandlung
der biblischen Geschichte im Religionsunterricht¹**

Rundschreiben des Landesbischofs der Vereinigten Evang.-Protest. Landeskirche Badens (Nr. 18455.),
gez. D. Kühlewein,² Karlsruhe, an sämtliche Geistliche der Landeskirche vom 22.11.1938

Religionsunterricht, bes. Unterricht im A.T. betr.

An sämtliche Geistliche der Landeskirche

Verschiedene schriftliche und mündliche Anfragen veranlassen mich, um allen etwaigen Mißverständnissen oder Mißdeutungen vorzubeugen, einen in obigem Betreff geführten Schriftwechsel mitzuteilen:

Am 28. Februar 1938 lief folgendes Schreiben des Herrn Ministers des Kultus und Unterrichts³ ein:

„In der im Religionsunterricht Verwendung findenden biblischen Geschichte für die evang. prot. Kirche in Baden, Verlag Moritz Schauenburg, Lahr, 1936 – findet sich in Nr. 13 unter der Überschrift „Jesus und die Samariterin“ (Seite 120 a.a.O.) der Satz: „wir aber wissen, was wir anbeten, denn das Heil kommt von den Juden.“⁴

Dieser Satz ist geeignet, die Gemüter der heranwachsenden Jugend zu verwirren; ich habe diese Feststellung auch bereits dem Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg mitgeteilt und auf Grund des entsprechenden Sachverhalts die Weiterverwendung der betreffenden biblischen Geschichte im Religionsunterricht verboten.

Bevor ich jedoch auch hier von den mir zur Verfügung stehenden Mitteln der Staatsaufsicht Gebrauch mache, wäre ich um Mitteilung dankbar, wie der Herr Landesbischof diesem Übelstand Abhilfe zu schaffen gedenkt.“

Antwort hierauf vom 15. März 1938:

„Das beanstandete Wort in Nr. 13 der biblischen Geschichte für die ev. prot. Kirche in Baden ist wörtlich aus dem Gespräch Jesu mit der Samariterin Evang. Joh. 4 entnommen und unbedingt als ein Wort Jesu anzusprechen. Als solches ist es auch in die biblische Geschichte hineingekommen. Es will nichts weiter sagen, als daß das Heil der Welt einst vom jüdischen Volk seinen Ausgang genommen hat, insofern diesem Volk die Offenbarung von Gesetz und Propheten gegeben war und Jesus, der Heiland der Welt, aus ihm hervorgegangen ist. Eine Verherrlichung der Juden sollte es nicht sein. Dies geht schon daraus hervor, daß Jesus in demselben Evangelium die Juden aufs schärfste bekämpft und zu ihnen sagt: Ihr seid von dem Vater, dem Teufel (Joh. 8, 44).

Bei richtiger Auslegung dürfte also das Wort aus Joh. 4 keinen Anstoß erregen. Es ist allerdings zuzugeben, daß es die Jugend verwirren kann, wenn es so genommen wird, wie

¹ EZA 50/363.

² Dr. Julius Kühlewein (1873–1948), Pfarrer; 1921–1924 Pfarrer in Freiburg i.Br., von 1924 an Prälat der evang. Landeskirche Baden, 1933–1945 Landesbischof in Baden; Kühlewein trat auf der ersten Nachkriegssynode 1945 in Bretten von seinem Amt als Landesbischof zurück.

³ Dr. Otto Wacker (1899–1940), Architekt und Germanist; 1925 NSDAP-, 1929 SA- und 1933 SS-Eintritt; 1931–1933 Leiter der Presseabt. des Gaus Baden, 1933–1934 bad. Justizminister und MdR, von 1933 an Minister für Kultus, Unterricht und Justiz; 1937 SS-Oberführer; 1937–1939 Chef des Amts Wissenschaft im REM.

⁴ Biblische Geschichte für die evangelisch-protestantische Kirche in Baden, 56. Aufl., Lahr 1936.

es dasteht und keine Erklärung erfährt. Die Geschichte von der Samariterin ist im übrigen eine wertvolle Geschichte, die nicht wegen dieses einen Satzes gestrichen werden sollte und die auch ohne diesen Satz durchgenommen werden kann.

Die biblische Geschichte bedarf zweifellos überhaupt einer Umarbeitung, besonders auch was den alttestamentlichen Teil betrifft. Diese Bearbeitung ist auch in die Wege geleitet.⁵ Dabei soll der geschichtliche Stoff des A.T. verkürzt und der prophetische in den Vordergrund gestellt werden. Ich würde diese Arbeit sehr gerne rasch zur Vollendung bringen, wenn die Aussicht auf ihre Einführung in den Schulen bestünde. Wie ich aber aus einer Mitteilung des Herrn Reichs- und Preuss. Ministers für Volksbildung⁶ an die Deutsche Evang. Kirchenkanzlei vom 6. 12. 1937 ersehe, kommt die Einführung neuer Lehrbücher erst nach Herausgabe neuer Richtlinien in Betracht. Ich wäre dem Herrn Minister für eine Stellungnahme hierzu dankbar."

Am 20. April 1937 legte ich im Hinblick auf die Änderung des Lehrplanes für den Religionsunterricht an den Höheren Schulen und in der Erwägung, daß alle für das Glaubensleben der Schüler unwesentlichen alttestamentlichen Erzählungen gestrichen werden können oder im Unterricht nur cursorisch zu behandeln sind, dem Herrn Minister einen verkürzten Lehrplan mit der Bitte vor, ihn zu genehmigen und im Amtsblatt zu verkündigen. In diesem Lehrplan waren 20 alttestamentliche Geschichten ganz oder teilweise gestrichen. Die Antwort hierauf lautet:

„Das dortige Schreiben habe ich zunächst dem Herrn Reichs- und Preuss. Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin zur Stellungnahme unterbreitet."

Am 17. Mai 1938 fragte ich beim Kultusministerium an, ob nicht gerade im Interesse der Wünsche hinsichtlich einer Verkürzung des A.T. im Religionsunterricht die von mir vorgeschlagenen Kürzungen als ein methodischer Weg den Religionslehrern bis zur Entscheidung durch das Reichserziehungsministerium empfohlen werden könnten.

Antwort des Kultusministeriums vom 9. Juni 1938:

„Es wäre vom Standpunkt der staatlichen Unterrichtsverwaltung aus selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die dortige Kirchenbehörde anordnen würde, daß das Alte Testament im Religionsunterricht nicht mehr behandelt werden darf. Dagegen kann ich zu irgend einer anderen Anordnung meine Zustimmung nicht geben, weil dadurch der Entscheidung des Reichserziehungsministeriums vorgegriffen werden könnte."

Am 26. Oktober 1938 erging folgender Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht an sämtliche Schulleitungen, von dem auch mir Kenntnis gegeben wurde:

„Bei der im Herder'schen Verlag erschienenen katholischen „Neuen Biblischen Geschichte" handelt es sich um eine Neubearbeitung.⁷ Nach einem Erlaß des Reichserziehungsministeriums dürfen aber neue Lehrbücher auch im Religionsunterricht bis auf eine entsprechende andere Anordnung im Einzelfall nicht mehr eingeführt werden.

Im Gegensatz dazu ist die „Biblische Geschichte" für die evangelisch-protestantische Kirche in Baden vom Jahre 1936 nur eine Neuauflage; sie fällt daher nicht unter das Verbot der Einführung neuer Lehrbücher. Allerdings bestehen auch gegen diese „Biblische Geschichte" – insbesondere gegen das in ihr enthaltene „Alte Testament" – allerernste Beden-

⁵ Nicht ermittelt.

⁶ Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war 1934–1945 Bernhard Rust (1883–1945).

⁷ Vermutlich Philipp Schumacher, Die Biblische Geschichte für das Erzbistum Freiburg, Freiburg i.Br. 1936.

ken, so daß die Weiterbenutzung an sich, worauf ich die Kirchenbehörde schon wiederholt aufmerksam gemacht habe, kaum mehr vertretbar erscheint. Der Herr Landesbischof der evangelisch-protestantischen Landeskirche hat sich bereits unter dem 15. März ds. Js. damit einverstanden erklärt, daß die Geschichte Nr. 13 „Jesus und die Samariterin“ künftig ohne den beanstandeten Satz „Denn das Heil kommt von den Juden“ durchgenommen werden soll. Es sollte daher veranlaßt werden, daß der genannte Satz in den in der Schule zur Verwendung kommenden „Biblischen Geschichten“ gestrichen wird, damit auch die Gefahr einer Behandlung dieses Satzes im Unterricht nicht mehr besteht.

Ich ersuche, hierwegen das Weitere zu veranlassen.”

Das ist die tatsächliche Sachlage. Ich bemerke dazu noch folgendes: Eine Anordnung seitens des Oberkirchenrats dahingehend, daß das A.T. überhaupt nicht mehr unterrichtet werden soll, ist unmöglich. Eine wesentliche Umarbeitung der Biblischen Geschichte, besonders des Alten Testaments, kommt nach Erklärung des Kultusministeriums zur Zeit nicht infrage, bevor das Reichserziehungsministerium seine Entscheidung getroffen hat, obwohl uns bereits eine teilweise Neubearbeitung der Biblischen Geschichte vorliegt, die sehr geschickt ist und den Bedenken gegen das zur Zeit bestehende Lehrbuch weithin Rechnung trägt. Demnach muß es vorläufig bei der gegenwärtigen Biblischen Geschichte verbleiben.

Was den besonders beanstandeten Satz in Geschichte Nr. 13 des Neuen Testaments betrifft „denn das Heil kommt von den Juden“, so halte ich zwar eine Streichung in den bisherigen Büchern nicht für richtig. Ich bin aber allerdings der Meinung, daß die Geschichte Nr. 13 ohne diesen in Paranthese stehenden Satz unterrichtet werden kann, ohne daß Sinn und Gehalt der Geschichte verändert wird.

Aus pädagogischen Gründen habe ich darum zugestimmt, daß in dem zur Zeit fälligen Neudruck der Biblischen Geschichte (58. Auflage) dieser Satz wegbleibt.⁸

DOK. 169

Der Reichswirtschafts- und der Reichsjustizminister regeln am 23. November 1938 den Zwangsverkauf und die Schließung jüdischer Handels- und Handwerksbetriebe¹

Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Vom 23. November 1938.

Auf Grund des § 4 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 1580)² wird verordnet:

Artikel I

Einzelhandel

§ 1

(1) Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäfte oder Bestellkontore von Juden sind grundsätzlich aufzulösen und abzuwickeln.

⁸ In der Biblischen Geschichte für die evangelisch-protestantische Kirche in Baden, 60. Aufl., Lahr 1941, S. 120, fehlt der Halbsatz „denn das Heil kommt von den Juden“.

¹ RGBl., 1938 I, S. 1642.

² Siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

(2) Soweit in besonderen Fällen zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung die Weiterführung eines bisher jüdischen Unternehmens der im Abs. 1 genannten Art erforderlich ist, kann es in nichtjüdisches Eigentum überführt werden. Die Überführung bedarf der Genehmigung der für die Entscheidung nach dem Gesetz zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 262) zuständigen Stellen.³ Diese Genehmigung ersetzt die nach der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 415) erforderliche Genehmigung.⁴ Im übrigen gelten die Vorschriften dieser Anordnung und der dazu ergangenen oder ergehenden Durchführungsvorschriften.

§ 2

(1) Die Abwicklung hat nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen:

1. Der Verkauf oder die Versteigerung von Waren an letzte Verbraucher sind nicht zulässig.
2. Alle Waren sind zunächst der zuständigen Fachgruppe oder Zweckvereinigung oder deren bezirklicher oder fachlicher Untergliederung anzubieten, die für die Unterbringung der Waren Sorge zu tragen hat. Die Übernahme der Waren erfolgt auf Grund einer Bewertung durch Sachverständige, die der Präsident der zuständigen Industrie- und Handelskammer bestellt.
3. Die Gläubiger sind in der in der Konkursordnung vorgesehenen Reihenfolge aus dem Erlös der Gesamtabwicklung zu befriedigen.

(2) Der Reichswirtschaftsminister erläßt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz weitere Richtlinien für die Abwicklung, die im Ministerialblatt für Wirtschaft veröffentlicht werden.

(3) Die Grundsätze und Richtlinien für die Abwicklung gelten auch im Falle des Konkurses für den Konkursverwalter.

§ 3

(1) Für die Abwicklung kann die nach § 1 Abs. 2 zur Entscheidung berufene Stelle Abwickler bestellen, sofern sonst eine ordnungsmäßige Abwicklung nicht gewährleistet ist. Der Abwickler hat die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anzuwenden und steht unter der Aufsicht der berufenden Stelle. Diese Stelle setzt nach Beendigung der Abwicklung die Vergütung des Abwicklers und die Höhe der ihm zu erstattenden Auslagen fest.

(2) Die Kosten der Abwicklung trägt das abzuwickelnde Unternehmen.

§ 4

(1) Der Abwickler ist zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen ermächtigt, die die Abwicklung des Unternehmens erforderlich machen. Seine Ermächtigung ersetzt in diesem Rahmen jede erforderliche Vollmacht.

(2) Der Abwickler ist insbesondere berechtigt, im Namen des Gemeinschuldners bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das Unternehmen zu stellen. Der Abwickler kann zum Konkursverwalter bestellt werden.

³ Nach dem Gesetz vom 12.5.1933 war die von der obersten Landesbehörde (Landeszentralbehörde) bestimmte Stelle für die Entscheidung zuständig.

⁴ Siehe Dok. 29 vom 26.4.1938.

Artikel II
Handwerk

§ 5

(1) Jüdische Inhaber von Handwerksbetrieben sind zum 31. Dezember 1938 in der Handwerksrolle zu löschen; die Handwerkskarte ist einzuziehen.

(2) Für die Überführung jüdischer Handwerksbetriebe in die Hand nichtjüdischer Erwerber gelten die bisherigen Vorschriften.

Berlin, den 23. November 1938.

Der Reichswirtschaftsminister
in Vertretung *Brinkmann*

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

DOK. 170

**Fritz Falk, Amsterdam, bittet am 23. November 1938
Sam van den Bergh darum, seiner Familie die Auswanderung in die Niederlande
zu ermöglichen¹**

Brief, gez. Fritz Falk,² Amsterdam, an Sam van den Bergh, Wassenaar,³ Niederlande, vom 23. 11. 1938 (Abschrift)

Sehr geehrter Herr van den Bergh!

Ihr liebenswürdiger Brief vom 15. 11. 39 gelangte in meinen Besitz.⁴ Ich danke herzlich für Ihre Zeilen, und war es ein Troststrahl nicht nur für mich, sondern auch für meine Angehörigen. Ich hatte heute Gelegenheit, Frau Behrens,⁵ die meine Angehörigen in Arnsberg besucht hat,⁶ auch Ihren Brief zu zeigen. Sie hat daraufhin ja telefonisch mit Ihnen, sehr geehrter Herr van den Bergh, gesprochen, und haben Sie von ihr einen Bericht angefordert. Ich glaube, dass Sie, wenn Sie ihn gelesen haben, mir zustimmen, dass es nichts Trostloseres gibt. Auch bin ich froh, dass Sie diesen Bericht von unparteiischer

¹ CZA, S7/791.

² Richtig: Friedrich Alexander Falk (1903–1972), Vertreter; beschäftigt bei der Fa. Margarine Verkaufs-Union Jürgens und van den Berg in Goch und Kleve, floh 1938, nachdem ihm der Gewerbeschein entzogen und er öffentlich der Rassenschande bezichtigt worden war, in die Niederlande; später in Großbritannien und Israel tätig.

³ Samuel van den Bergh (1864–1941), Margarine- und Seifenfabrikant, Sohn des Begründers der Van den Berghschen Margarinewerke Simon van den Bergh, der 1888 Teile des Betriebs nach Kleve verlegte.

⁴ Liegt nicht in der Akte.

⁵ Ehefrau von Dr. Behrens, dem Sekretär von Van den Bergh.

⁶ In Arnsberg lebten im Nov. 1938 noch die Eltern von Fritz Falk, Paul und Frida Falk, geb. Kellermann, sowie seine Schwestern Marta und Lore, sein Schwager Richard Plaut und seine Braut Herta Kellermann; Fritz Falk an das Comité voor Joodse Belangen in Amsterdam, 23. 11. 1938, wie Anm. 1.

Seite erhalten, sonst würden Sie vielleicht sagen müssen, ich hätte als Sohn und Bruder die Angelegenheit übertrieben. Aber jede Minute, die man noch seine Angehörigen in Deutschland weiss, ist so trostlos und grauenhaft, dass es wirklich nicht zu schildern ist. Die Menschen sitzen in Deutschland in ihren zertrümmerten Wohnungen ohne je Hilfe, ohne irgendeinen Menschen, der sich um sie kümmert, ohne Geld, und noch nichtmal können sich die jüdischen Familien, d.h. die Frauen, die Männer sind ja alle verhaftet, wenn sie noch leben, untereinander besuchen, um sich gegenseitig zu helfen. Die Angst ist so gross, dass sie bei jedem Geräusch zusammenschrecken, den Bräutigam meiner Schwester, der 3 Tage in den Wäldern umherirrte, hat man bei einer christlichen Familie versteckt, ob mein lieber Vater, der in Gegenwart von meiner Mutter und 2 Schwestern so misshandelt wurde, dass er blutüberströmt ins Krankenhaus eingeliefert wurde, mit dem Leben davonkommt, steht in Gottes Hand. 2 Tage später stand in 3 grossen Zeitungen, die dort in Arnsberg gelesen werden, ein grosser Artikel „Jüdische Greuelmärchen über die Misshandlungen des Juden Falk“,⁷ es sei alles nicht wahr, mein Vater würde nur im Krankenhaus im Gewahrsam gehalten, während 100te Menschen Zeugen wurden, wie man ihn, grauenhaft zugerichtet, abtransportierte. Frau Behrens hat auch die ganze Sache vom christlichen Zeugen bestätigt bekommen. Sie hat gesehen, dass meine Angehörigen ohne Bett, ohne 1 Löffel, ohne Teller, also in einer nackten und kahlen Wohnung sitzen und auf ein Wunder warten. Tränen haben sie nicht mehr, die Gesichter sind alle in Grauen erstarrt. Ich möchte Ihnen nicht noch mehr mitteilen, z.B. von dem Selbstmordversuch des jüdischen Gemeindevorstehers und seiner Frau, die jetzt auch hoffnungslos im Krankenhaus liegen.⁸ So könnte man den Bericht ins Uferlose fortsetzen.

Ich bitte Sie nun herzlichst, Frau Behrens die nötigen Unterlagen zu geben, um alles, was nötig ist, für die Errettung meiner Angehörigen zu tun. Sie weiss die Wege, die zu gehen sind, und hat auch schon verschiedene Schritte eingeleitet, die aber nur mit Ihrer Hilfe zum Ziele führen können. Wenn ich nur für sie die vorläufige Aufenthaltbewilligung bekommen kann.

Ihr und Ihrer Familie Menschentum wird ein gutes Gehör bei Gott finden. Ich glaube, es ist nicht nötig, meinen Dank nochmals zu beteuern, Sie sind meinen Angehörigen wie ein Hoffnungsstrahl.

Ich begrüsse Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

⁷ „Jude Falk ist kerngesund“, Westfälische Landeszeitung Rote Erde vom 12.11.1938; Abdruck in: Juden in Arnsberg, hrsg. von Michael Gosmann, Arnsberg 1991, S. 165.

⁸ Hugo Goldberg (1875–1943), Kaufmann; Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Arnsberg, zog 1940 mit seiner Ehefrau Emma Goldberg, geb. Maas (1877–1944) nach Hamburg, 1942 nach Theresienstadt deportiert und 1943 ermordet; seine Frau wurde 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

DOK. 171

**Ruth schildert ihrer Freundin Lilo am 23. November 1938 das Leben im
Hachschara-Lager Gehringshof bei Fulda in Hessen¹**

Handschriftl. Brief von Ruth,² Gehringshof, an Lilo³ vom 23.11.1938

Meine liebe Lilo!

Jetzt bin ich also anstatt wie geplant in ארץ,⁴ hier auf dem Gehringshof. Dein Brief wurde mir hierher nachgeschickt. Vielen Dank. Mir und uns allen geht es gesundheitlich G.s.D. gut. Von zu Hause habe ich in dieser Beziehung (so weit es geht) auch gute Nachricht. Mein Vater ist seit etwa 14 Tagen mit unbestimmtem Ziel verreist. – Hier auf dem G'hof fühle ich mich sehr wohl. Wir sind 22 Leute – leider mehr Mädchen als Jungen (darunter leidet die Tarbut-Arbeit),⁵ denn wir Mädels sind zum größten Teil neu, und auch gegen unsere Jungen, hauptsächlich die, die momentan weg sind, ziemlich unwissend, so ist also alles schwierig. Unsere Arbeit wird Dich ja interessieren. Ich arbeite in der Wäsche, d.h. diese u. die letzte Woche habe ich privat (für ein Mädel hier, das auf der Fahrt nach Polen einen Koffer mit Kleidern verloren hat) genäht. Meine Nähkenntnisse kommen mir also schon prima zugute. Sonst muß ich waschen, bügeln, stopfen etc. Arbeitszeit haben wir von 8⁰⁰ bis ½ 12 Uhr: Dann Essen u. Pause bis ½ 1⁰⁰, dann wieder Arbeit bis 4 Uhr. Die Gegend hier ist landschaftl. so schön, u. wir wissen ja gar nicht, wie lang wir sie noch genießen können, da haben wir dann von 4–6 Freizeit, so daß wir spazieren gehen können.

– Ich mache es meistens so, daß ich mit noch jemand 1 Stunde was lese u. dann draußen darüber rede (d.h. wenn wir nicht davon abkommen, denn man hat so viel andere Sachen, die einen momentan drücken, daß man sich schlecht konzentrieren kann. אבל כל האנושים, גם אבי, במחנה של כ"צ. אבי בדחו. הלא אים?⁶ Du kennst ja die Geschichte meiner unglücklichen Liebe!!! Wie unglücklich ich mich dabei fühle, kannst Du ja nicht glauben! –

Am liebsten wäre mir, wenn ich so schnell wie möglich hier wegkäme. Daß es mit meiner עליה⁸ nichts geworden ist, fängt erst jetzt an, mir richtig leid zu tun. Es wäre mir so viel erspart geblieben! Obwohl es jetzt in ארץ ja nicht gerade ruhig ist, ist doch die Lage ganz anders. Na, wozu schreibe ich Dir das, Du weißt es ja selbst. – Ich bin hier zur Wizo angemeldet, u. es wurde mir geschrieben, daß ich evtl. im Frühjahr auf ein Zertifikat hoffen könnte. Nun hat aber letzte Woche eine Dame aus Holland hier ange-

¹ YVA, O. 75/789.

² Ruth Spier (*1921), verheiratete Ben-David, Erzieherin; in Haigerloch aufgewachsen, 1939 nach Großbritannien emigriert, 1946 über Zypern illegal nach Palästina; Erzieherin, medizinische Sekretärin, später Bibliothekarin im Kibbuz Tirat Tzui.

³ Lieselotte Schäfer (*1921), heute Michal Wager; in Tübingen aufgewachsen, 1937 nach Palästina emigriert, bis 1939 im Jugendalija-Kibbuz Afikim in der Nähe des See Genezareth, 1939–1960 im Kibbuz Ginosar, dort im Weinanbau und im Kinderhaus tätig, seit 1970 in Jerusalem.

⁴ Erez (hebr.): Land, „Erez Israel“: Land Israel, das Gelobte Land, Palästina.

⁵ Tarbut (hebr.): Kultur.

⁶ Hebr.: „Aber all die Menschen, auch mein Vater, sind im Konzentrationslager, mein Vater in Dachau. Ein schrecklicher Fluch?“

⁷ Hebr.: Unsere Wohnung in Haigerloch ist zerstört.

⁸ Alija (hebr.): Aufstieg, Auswanderung.

läutet und uns u.a. auch gesagt, wir sollten eine Liste der Wizo-Anwärterinnen schicken, sie will bei der holl. Wizo für uns sprechen. Die Wizo hier pausiert momentan, und so bedeutet das (die Pause) eine Verzögerung. הלואי,⁹ daß alles klappt! Jeder Tag hi[er] ist eine Qual. Heute schrieb mir meine Mutti Susis Adresse. Sie ist seit ein paar Wochen in Stuttgart im Krankenhaus. Es geht ihr gar nicht gut. Wie sich das arme Mädel quälen muß. Ach, überall wohin man schaut, Jammer u. Not!!!

Unseren Tarbutplan haben [wir] leider etwas ändern müssen. Ich freue mich mit jeder Stunde, mit jedem Schiur.¹⁰ Wir hatten so fein angefangen, eine (d.h. meine Gruppe hat angefangen) A.G. über jüd. Geschichte an Hand von Kastein¹¹ (Herz u. Gehirn) zu machen, und hatten wirklich was davon gehabt. Der Junge, der die A.G. gab, ist aber momentan weg, u. so hat es aufgehört. So geht's mit vielem. Wir lernen עבית,¹² Tenach,¹³ usw. Dann haben wir sehr gute Leseabende. A.G. über Soziologie ... u.s.w. Jetzt erst merke ich, wie bequem ich's in dieser Beziehung hatte, wenn ich was nicht wusste, konnte ich zu m. Vati, und mich genau befragen. Ich glaube es ist meistens so, man merkt sowas erst, wenn es zu spät ist. Übrigens kennst Du von Buber „Der heilige Weg?“¹⁴ Ich habe es jetzt mit 1 Mädel gelesen. Er ist sehr fein u. für uns bes. interessant, weil am Anfang bes. gut über das, was wir חברה¹⁵ nennen, geschrieben ist. Überhaupt, obwohl unsere חברה immer berühmt u. bekannt als bes. gut war, ist sie jetzt durch das Wegsein so vieler gar nicht mehr gut, es bildet sich eine Cliquenwirtschaft. Obwohl wir versuchen, gerade jetzt bes. fest zusammen zu halten, was wir ja auch tun, u. jeder hängt sehr am anderen, leidet die חברה unter diesem Zustand. – Vor 4 Wochen kam Freitag früh plötzlich Bescheid, daß alle Polen raus müssen. Unsere 17 Leute haben sofort gepackt u. los. Für sie u. für uns Zurückbleibende war es furchtbar. Sie wußten nicht wohin. Überabend¹⁶ hatten wir Post von der pol. Grenze u. Sonntagmittag riefen sie auf einmal wieder aus Kassel an. Sie kamen zurück. Polen hat sie nicht reingelassen. Die Freudenhurra hättest Du sehen sollen. Nur schlimm ist, daß die meisten Eltern schon drüben sind, die waren Züge eher, u. die Leute nun, wenn wir hier mal auflösen, nicht wissen wohin. –

Daß bei Euch Ihr es zu einer richtigen חברה gebracht habt, ist gut. Stört das nicht, daß nur ein Teil in der הסתדרות¹⁷ ist?

Hat sich eigentlich in Eurer Arbeit oder so was im 2. Jahr geändert? Schreibe mir bitte ganz genau, wie es jetzt drüben bei Euch ist. Ich verlasse mich mehr auf Deine Angaben als auf die Angaben der Rundschau¹⁸ (die jetzt nicht erscheint). Von Deinen l. Eltern höre ich öfter. Sie haben mir geschrieben. Hast Du nicht mal ein Bild von Dir? Ich würde mich so freuen. Überhaupt, bitte schreibe mir bald wieder, Du glaubst ja gar nicht, wie sehr ich mich jedesmal (u. überhaupt jetzt) mit Deiner Post freue! – Daß Du jetzt in der Krankenpflege arbeitest, ist sehr schön. Wie lang bist Du immer in jedem Fach?

9 Halvai (hebr.): Gebe Gott.

10 Hebr.: Unterrichtsstunde.

11 Josef Kastein: Eine Geschichte der Juden, Wien 1935.

12 Ivrit (hebr.): Hebräisch. Schreibweise wie im Original; das „r“ fehlt.

13 Richtig: Tanach. Bezeichnung für die Heilige Schrift des Judentums, bestehend aus Tora (die fünf Bücher Mose), Nevi'im (Propheten) und Ketuvim (Schriften).

14 Martin Buber, Der heilige Weg. Ein Wort an die Juden und die Völker, Frankfurt a.M. 1919.

15 Chevra (hebr.): Gesellschaft, Verein, hier: Gemeinschaft.

16 Shabat (hebr.): Schabbat.

17 Histadrut (hebr.): Arbeiterorganisation, 1920 in Palästina gegründet; Gewerkschaft.

18 Gemeint ist die Jüdische Rundschau, die nach dem Novemberpogrom verboten wurde.

Ich hätte hier so gerne jetzt gewechselt, d.h. wäre gern in die Küche oder zur Außenarbeit gekommen, aber wir sind so viele Anwärterinnen, daß ich nicht drankomme. Schafe gehütet habe ich schon.

Eben geht die Post weg, u. da der Brief mit soll, Schluß.

Viele, viele Grüße

ושלום¹⁹

Deine

Ruth

M.I. Mutti u. Julius lassen grüßen.

DOK. 172

Gespräch zwischen Adolf Hitler und dem südafrikanischen Minister Pirow am 24. November 1938 über Deutschlands Machtstellung in der Welt und die „Judenfrage“¹

Aufzeichnung des Legationsrats Hewel,² Persönlicher Stab des RAM, Berchtesgaden, Verteiler: Büro RM, Staatssekretär, vom 24. 11.1938

Nach einer kurzen einleitenden Unterhaltung kommt der Führer darauf zu sprechen, daß Deutschland sich Luxusgegenstände, die es aus dem Auslande einführen müsse, in größerer Zahl nicht verschaffen könne, da dies devisenmäßig nicht möglich sei. Pirow³ drückt daraufhin die Hoffnung aus, daß zwischen Deutschland und Südafrika stärkere Handelsbeziehungen aufleben möchten, da Deutschland unendlich viel Produkte benötige, die Südafrika liefern könne und umgekehrt Südafrika auch für deutsche Waren ein Absatzmarkt sei. Pirow erwähnt den Volkswagen als einen voraussichtlich sehr günstigen Aufnahmeartikel für Südafrika. Es entspinnt sich eine kurze Unterhaltung über den Volkswagen, der durch seine Billigkeit und den niedrigen Brennstoffverbrauch in der Welt absolut konkurrenzfähig sein wird. Pirow meint, man könne dem deutschen Kleinwagen keine Preferenzzölle einräumen, da dies den anderen Ländern gegenüber nicht möglich sei. Aber gerade deshalb sei der Volkswagen eine große Hoffnung. Er könne als Tauschobjekt Deutschlands gegenüber Südafrika dienen, da er bei gleichen Zöllen absolut konkurrenzfähig bliebe. Ähnlich sei es mit deutschen Radioapparaten. Er erwähnte ferner, daß der südafrikanisch-italienische Schiffsverkehrsvertrag sich bald seinem Ende näherte.⁴ Er habe nicht gut gearbeitet und würde nun „wohl meistbietend versteigert“. Er denke daran, daß auch Deutschland hier als Bewerber in Frage käme. Für Südafrika wäre

19 VeSchalom (hebr.): und Frieden; hebräische Grußformel.

1 PAAA R28885, Akten betreffend: Südafrikanische Union, März 1936–Februar 1940, Bl. 14–26; Abdruck: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. IV (die Nachwirkungen von München), Okt. 1938–März 1939, Baden-Baden 1951, S. 291–295.

2 Walter Hewel (1904–1945), Kaufmann; 1933 NSDAP- und 1937 SS-Eintritt; 1923 Beteiligung am Hitler-Putsch, 1938 Legationsrat im AA, 1940 Ministerialdirigent; 1942 SS-Brigadeführer; 1943 Botschafter z.B.V. im Rang eines StS, Verbindungsbeamter des AA im Führerhauptquartier, nahm sich das Leben.

3 Oswald Pirow (1890–1959); Jurist und Politiker; 1929–1933 Justiz-, 1933–1939 Verteidigungs- und 1933–1938 Verkehrsminister der Südafrikanischen Union.

4 Nicht ermittelt.

dies sehr erfreulich, da dann die Schiffsfrachten bei dem Handelsaustausch mit Deutschland stark in die Waagschale fallen würden. Er erzählte, daß die Schiffsabmachungen mit Deutschland von der Konferenz abhängig seien und daß es ihn wundere, daß die Engländer bei deutschen Waren, die nach Südafrika gehen, höchstens 5 % der deutschen Schiffsfrachten zuteilen, während 95 % die Engländer selbst übernehmen. Der Führer interessiert sich für diese Frage und möchte hierüber informiert werden. Der Führer macht dann längere Ausführungen über seine wirtschaftliche Aufbauarbeit in Deutschland, indem er die Hoffnungslosigkeit schildert, in der sich Deutschland auch wirtschaftlich befand, als er die Macht übernahm. Deutschland könne zwei Millionen Tonnen Laderaum mehr gebrauchen. Leider könne er diese Schiffe jetzt nicht bauen, da die Werften mit Auslandsaufträgen und solchen Aufträgen überlastet seien, die zur Füllung der Lücken in der deutschen Flottenausrüstung bestimmt seien. Pirow bedauert dies und meint, man hätte diese Frachten in das deutsch-südafrikanische Handelsverhältnis einreihen können. Er führt dann weiter aus, einen wie tiefen außenpolitischen Sinn ein deutsch-südafrikanisches Handelsverhältnis habe. Chamberlain höre sehr auf den südafrikanischen Premierminister.⁵ Pirow fragt den Führer, ob es ihm bekannt sei, daß Südafrika sich in der Krisenzeit außerordentlich stark für den Frieden eingesetzt habe. Schließlich sei der friedliche Ausgleich zwischen Deutschland und England von ausschlaggebender Wichtigkeit für die Entwicklung und das Glück der Völker.

Der Führer sagt, daß das *deutsch-englische Verhältnis* nicht früher konsolidiert werden könne, solange England noch auf dem Standpunkt stehe, daß Deutschland nicht eine Großmacht sei und daß es von England beeinflusst, gouvornantenhaft belehrt und kontrolliert werden müsse. England habe sich nach 1918, als Deutschland im Innern zusammengebrochen war, daran gewöhnt, mit Kreaturen zu verhandeln, von denen man heute genau nachweisen könne, daß sie vom Auslande bezahlt worden seien. Man habe sich angewöhnt, einer Großmacht Rechte vorzuenthalten, die man jedem kleinen Lande, wie z. B. Holland, Belgien, der Schweiz, als natürlich einräume. Man sage heute, Deutschland sei ein Land der Barbaren und alles, was gut gewesen wäre, sei aus Deutschland verschwunden. Genau das Gegenteil sei der Fall. Noch nie seien nach einer Revolution solchen Ausmaßes auch die größten politischen Gegner mit gleicher Nachsicht behandelt worden. Wer aus Deutschland geflohen sei, habe wegen begangener Vergehen die Polizei fürchten müssen. Alles dieses müsse England erst vergessen und sich bewußt werden, daß es der stärksten Macht Europas gegenüberstünde und danach handeln, bevor sein Verhältnis zu Deutschland wieder gesund und positiv werden könne.

Hierzu gehöre auch die Behandlung der *Kolonialfrage*. England mit 45 Millionen Einwohnern brauche ein Viertel der Welt zum Leben. Alle anderen Staaten, wie Holland, Belgien, Frankreich usw. brauchen ungeheure Gebiete in Übersee, betrachten sie als Lebensnotwendigkeit. Dem größten Volke Europas, Deutschland, mit seinen 80 Millionen, gönne man nichts. Dies sei ein Zustand, der nicht ewig währen könne. England müsse sich auch daran gewöhnen, daß, wenn es sich in innerdeutsche politische Dinge einmische, es von Deutschland empfindlich zurückgeschlagen werde.

Pirow antwortet, daß die Engländer dieses voll verstünden. Die Erkenntnis, daß Deutschland die Großmacht der Welt sei, stamme aber erst von dem Münchener Abkommen.

⁵ James Barry Munnick Hertzog (1866–1942) war von 1924–1939 Premierminister der Südafrikanischen Union.

Der Führer sagt, er kenne die Grenzen seiner Macht und wolle Deutschland nicht die größte Macht der Welt, sondern Europas nennen, worauf Pirow behauptet, für ihn sei Deutschland die größte Macht der Welt, und in diesem Zusammenhang bitte er den Führer, doch solchen, die guten Willens sind, wie Chamberlain und Halifax, zu helfen. Von ihm alleine hänge das Verhältnis Deutschlands zu England ab. Würde er sich von England abwenden, so würde die Kriegspartei ans Ruder kommen, und das Ende hiervon wäre ein furchtbarer Weltkrieg. Würde er den englischen Staatsmännern helfen, so könne daraus eine glückliche Zusammenarbeit entstehen. Der Führer fragt, was er unter „helfen“ verstehe, worauf Pirow auf die *Judenfrage* eingeht. Er sagt, es sei zwar nicht das Recht der Engländer, sich in den innerpolitischen Judenkampf einzumischen, worauf der Führer jedoch antwortet, sie hätten sogar die Pflicht, sich einzumischen. Er habe einen solchen Ekel vor der Hetze und den Judendebatten in England, in denen er nicht einen positiven Vorschlag gehört habe. In Deutschland leben zurzeit 141 Menschen auf den Quadratkilometer. Neun Zehntel der in Deutschland lebenden Juden seien in den letzten Jahrzehnten aus dem Osten zugewandert. Obwohl sie nichts mitgebracht hätten, besäßen sie noch heute 4,6 mal so viel Vermögen pro Kopf wie ihre Gastgeber, und man verlange nun, daß ihnen dieses erraffte Geld mitgegeben werde. „Sie haben dem deutschen Volke die Treue gebrochen. Die Engländer triefen vor Humanität und helfen nicht.“ Als man den deutschen Mittelstand gebrochen habe, sei kein Wort laut geworden. Aber das Problem würde in der nächsten Zeit gelöst werden. Dieses sei sein unerschütterlicher Wille. Es sei aber nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Das Judenproblem erwache heute überall, in Polen, in der Tschechoslowakei und auch in Frankreich und England. Für uns seien die Juden eine kollektive Gemeinschaft. „Was sie uns antun, tut uns die gesamte jüdische Gemeinschaft an. Wenn ein Deutscher im Auslande von einem Juden ermordet wird, fällt dies darum auch auf die Juden in Deutschland zurück.“ Die Engländer hätten uns diese Art des Urteils gelehrt. Sie haben auch die Deutschen in der ganzen Welt als Kollektivgemeinschaft behandelt. Obwohl man den Kaiser für den Weltkrieg verantwortlich gemacht habe, habe man die Deutschen in der Welt bedrückt und ihnen das Kapital abgenommen, sie sämtlicher Vermögenswerte beraubt. Was Deutschland heute mit den Juden tue, sei nichts anderes. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß er in dem ganzen furchtbaren Kampf, den er geführt habe, kein einziges Attentat auf dem Gewissen habe. Diese Methode habe er nie verfolgt. Die in der Kampfzeit begangenen Fememorde seien nicht auf das Konto von Nationalsozialisten zu schreiben, sondern auf das Konto der dem Nationalsozialismus fernstehenden nationalen Verbände. „Was meinen Sie, Herr Pirow, wenn ich die schützende Hand von den Juden wegziehen würde, was in Deutschland geschehen würde? Das könnte die Welt sich nicht ausdenken.“ Pirow gibt in allem dem Führer recht, meint aber, man solle sich mit England und Amerika zusammentun, um die Judenfrage zu lösen. Außer der Judenfrage gäbe es auch noch die *Flüchtlingsfrage*. Er sähe ein, daß Deutschland kein Kapital herauslassen könne, aber er wolle erfahren, ob Deutschland gewillt sei, bei der Lösung dieser Frage zu helfen. Der Führer fragt, wie er sich denn diese Mitarbeit denke. Die Juden würden eines Tages aus Europa verschwinden. Viele Länder schauten bereits mit Empörung auf das Treiben der Juden innerhalb ihrer Grenzen.

Der Führer schildert noch einmal sein *finanzielles Aufbauwerk*. 1933 habe er Deutschland übernommen mit 83 Millionen in Gold und Devisen. Er wäre sofort gezwungen gewesen, eine energische Devisenbewirtschaftung einzuführen, um ein Verhungern des deutschen

Volkes zu verhindern. Er habe die deutsche Wirtschaft in Ordnung gebracht und z. B. die Stahlproduktion Deutschlands ungeheuer gesteigert und könne es nicht verantworten, daß die wenigen Devisen, die im Lande seien, den Juden mitgegeben würden.

Pirow meint, daß das Ausland bereit sei, zur Lösung der Judenfrage beizutragen. Manche Länder würden vielleicht Juden aufnehmen. Er frage offiziell an, ob Deutschland bereit wäre zu helfen. Der Führer erwähnt, daß Deutschland bereits Versuche gemacht habe zu helfen. Er erklärt die Idee der *Staatsbons für Juden*.⁶ Pirow meint, die Lösung der Judenfrage werfe zwei wichtige Punkte auf. Dies sei ein offizieller Vorschlag.

1) Deutschland brauche keinen Pfennig Devisen zu zahlen, sondern es würde eine internationale Anleihe aufgenommen, mit der die Auswanderung und Neusiedlung der Juden bestritten würde. Deutschland müsse nur in Form von Handelsaustausch den Zinsendienst für diese Anleihe übernehmen.

2) Die Gebietsfrage. Hier müsse Deutschland mithelfen, Gebiet zur Verfügung zu stellen und zwar solle Deutschland eine der früheren Kolonien zur Verfügung stellen.

Auf die Bemerkung des Führers, daß wir keine Kolonien hätten, meint Pirow, daß dieses Angebot, Juden in deutsche Kolonien anzusiedeln, eine neue Situation in der internationalen Diskussion der Kolonialfrage schaffe.

Der Führer meint, selbst wenn er dazu bereit sei, so könne er es dem deutschen Volk gegenüber nicht tun; es würde nicht verstehen, daß Gebiete, in denen so viel deutsches Heldenblut geflossen sei, in denen ein Lettow-Vorbeck⁷ gekämpft hätte, den ärgsten Feinden der Deutschen zur Verfügung gestellt würden.

Pirow sieht dies ein.

Der Führer wirft dann ein, Südafrika könne ja nicht einmal verstehen, daß *Südwest*⁸ an Deutschland zurückgegeben werden solle.

Pirow meint, seit 1918 habe sich sehr viel in Südafrika geändert, und es sei deshalb zu Verhandlungen bereit. „Wir wollen, daß Deutschland genau das erhält, was es gehabt hat.“ Südwest sei für Südafrika eine Quelle wirtschaftlicher Schwierigkeiten, da es eine große Konkurrenz sei. Es habe auch großes militärisches und politisches Gewicht für Südafrika. Einen Krieg mit Deutschland wegen Südwest wolle Südafrika nicht führen, aber es wolle lieber andere Gebiete im Austausch für Deutschland verschaffen.

Der Führer fragt, wie es mit *Ostafrika* stehe.

Pirow führt aus, daß Ostafrika ein Land sei, das in einer Kette von Abessinien bis zum Kap herunter bereits heute durch seine internen Beziehungen in den großen Streifen des Gebietes der weißen Afrikaner eingereiht sei. Dies sei die Gemeinschaft *eines* weißen Herrenvolkes gegenüber den Schwarzen.

Der Führer fragt, ob Deutschland da eine Ausnahme bilden würde.

Pirow: „Nein und Ja.“ Nein, denn Deutschland würde natürlich auch den Standpunkt der Weißen vertreten und verfechten. Ja, da die Deutschen sicher außerhalb dieser Gemein-

6 Vermutlich Reichsanleihen.

7 Paul von Lettow-Vorbeck (1870–1964) General; beteiligt an der Niederschlagung des Herero- und des Nama-Aufstands (1904–1907) in Deutsch-Südwestafrika (heute: Namibia); 1918 als Kriegsheld gefeiert für die Verteidigung von Deutsch-Ostafrika im Ersten Weltkrieg; lehnte 1933 das Angebot ab, Kolonialminister zu werden.

8 Südwestafrika war von 1884–1915 deutsche Kolonie, wurde 1915 von Truppen der Südafrikanischen Union erobert, zunächst unter deren Militärverwaltung gestellt. 1919 erteilte der Völkerbund Südafrika das Verwaltungsmandat über „Südwest“.

schaft stehen würden; denn sie würden immer erst Deutsche, dann Afrikaner sein, während die Afrikaner sich selbständig fühlten.

Die Frage abbrechend meint der Führer, die Regierungen hätten sich heute alle so festgelegt in der Kolonialfrage, daß es nutzlos sei, ständig über diese Frage zu sprechen. Man müsse sie in fünf oder sechs Jahren wieder aufwerfen.

Pirow wirft dann im Gegensatz zum Judenproblem das *Flüchtlingsproblem* auf.

Der Führer macht längere Ausführungen darüber, was er unter Flüchtlingsproblem verstehe. Deutschland habe eineinhalb Millionen Flüchtlinge aus dem abgetretenen Gebieten hereingenommen, die aber für das deutsche Volk durch ihren Fleiß von Nutzen seien. Die Juden aber hätten nicht die Absicht, in Ostafrika zu arbeiten, sondern als Gäste Handel zu treiben.

Pirow meint, der Führer unterschätze die Machtstellung Deutschlands. Er könne sich gar nicht ausdenken, was für eine enorme Wirkung irgendeine Geste in der Welt hätte. Irgendein Entgegenkommen Chamberlain und Halifax gegenüber würde diesen beiden unerhört helfen. Er brauche nur zu sagen: „Deutschland ist bereit mitzuarbeiten, welche Vorschläge habt ihr?“ Das würde bereits eine große Wirkung in der Welt hervorrufen.

Der Führer erwidert, diese Vorschläge kenne er schon.

Pirow verweist auf das Weltjudentum, das das Problem lösen könne.

Der Führer: Das Weltjudentum wolle gar nicht, daß die Juden aus Europa verschwinden, sondern betrachte die Juden in Europa als Vorposten für die Bolschewisierung der Welt. Die Juden hassen ihn, weil er die weitere Bolschewisierung Europas verhindert habe.

Pirow meint, der Führer solle das Weltjudentum in Gegensatz zu den Nationalsozialisten bringen.

Der Führer erwidert, er exportiere nur eine Idee. Diese sei nicht die des Nationalsozialismus; denn solange andere Völker diese Idee der Kraft und des Schaffens noch nicht begriffen hätten, bedeute dies für Deutschland eine unerhörte Kräftigung. Aber er exportiere den Antisemitismus.

Pirow meint, das internationale Judentum freue sich, wenn es durch die Judenfrage Zwiespalt brächte zwischen Frankreich und England und dem Führer und seinem Volk.

Der Führer erwidert, daß bereits jeder Staat sich gegen die Judenfrage wehre.

Pirow ist der Ansicht, daß Chamberlain umschwenken muss, wenn die Judenfrage nicht gelöst wird.

Der Führer meint, daß wegen der Judenfrage kein Krieg ausbrechen würde. Würde es aber doch geschehen, so würde dies beweisen, daß England von einer Mentalität regiert würde, die keinen Frieden mit Deutschland wolle. Kriegshetze könne man nicht durch Nachgiebigkeit brechen. Deutschland habe heute eine Weltposition und sei gesichert, und wenn England etwas gegen Deutschland unternehmen wolle, so könne es dies versuchen. Der Führer wäre bereit. Wenn England aufrüste, so rüste er doppelt auf. Wenn England 100 000 Mann in der Luftwaffe ausbilde, so würde er 300 000 ausbilden. Sie würden ihn nie einholen. Hätte während des Krieges ein Adolf Hitler an der Spitze Deutschlands gestanden, so wäre der Krieg [nicht] verloren gewesen.

Er habe ein Menschenleben [lang] für die deutsch-englische Verständigung gekämpft. Er habe dieses in seinem Buch *Mein Kampf* niedergelegt. Er habe seinen besten Mann, von dem er wüßte, daß er die deutsch-englische Verständigung als sein Lebenswerk betrachtet hätte, nämlich Ribbentrop, nach London geschickt, aber kein Mann wäre von England niederträchtiger behandelt worden als er, der Führer. Er hätte nichts als Kinnhaken

bekommen. Schweren Herzens sei er schließlich zur Liquidation seiner Jugendarbeit geschritten, als er merkte, daß England nicht wolle. Aber England solle sich keinen falschen Hoffnungen hingeben. Hier stünde Rüstung gegen Rüstung. Als Pirow noch einmal von Chamberlain und Halifax spricht, sagt der Führer, er habe den Eindruck, als tanzten diese beiden auf einem Seil. Dahinter stünden die wahren Drahtzieher, die Presse und die Opposition.

Pirow meint, man wisse in London, daß die Presse nicht so wichtig sei. Jetzt gerade vor der neuen Aufrüstung sei die Zeit zur Verständigung reif. Das Volk wolle Freundschaft mit Deutschland. Der Führer solle sich in die Lage von England versetzen. England sei heute die zweite Nation in Europa, Deutschland die erste. Der Führer solle England Zeit geben, sich daran zu gewöhnen.

Der Führer: Wenn England schlau gewesen wäre, so könnte zwischen England und Deutschland ein Verhältnis engster Freundschaft bestehen. Deutschland als stärkste Militärmacht der Welt, England als stärkste Seemacht der Welt würden die gigantischste Macht der Welt darstellen.

Pirow sagt, dieses alles hänge vom Führer ab, von einer Geste, die das englische Volk verstehen würde. Dieses würde Chamberlain und Halifax in ihrer Position stärken und sie in die Lage versetzen, diese Idee zur Wirklichkeit werden zu lassen.

DOK. 173

Deutsche Allgemeine Zeitung: Artikel vom 24. November 1938 über die Rolle der Juden in der deutschen Philosophie¹

Die Juden in der deutschen Philosophie

Wir setzen hier unsere Aufsatzreihe über die Rolle des Judentums in der Welt und in allen geistigen und materiellen Lebensbereichen fort. Sie begann mit der unter dem Titel „Höre, Israel!“ („DAZ“ Nr. 540)² von uns in Auszügen wiedergegebenen Warnung Rathenaus an seine Rassengenossen aus dem Jahre 1897.³ Dann brachten wir in Nr. 542 unter dem Titel „Der Jude in England“ interessante Beiträge über die Ablehnung des Judentums im England der Jahrhundertwende.⁴ Auch der dieswöchige Montagsleitartikel „Ein störender Irrtum“ brachte Ausführungen zum Thema.⁵ Eine weitere Illustration war der Sonderbericht unseres Korrespondenten aus Jerusalem „Märtyrer in Palästina“.⁶

1 Deutsche Allgemeine Zeitung (Morgenausg.), Nr. 549 vom 24.11.1938, S. 2. Die DAZ erschien von 1918 an in Berlin, 1922–1945 deutschlandweit zweimal, von 1944 an einmal täglich. Hauptschriftleiter war 1933–1943 Dr. Karl Silex. 1938 lag die Auflage bei 58300.

2 „Höre, Israel!“, in: DAZ (Abendausg.), Nr. 540 vom 18.11.1938, S. 1f.

3 Walter Rathenau (1867–1922), Industrieller, Politiker und Schriftsteller; von 1899 an Leiter der AEG Berlin, 1914–1915 Leiter der Kriegsrohstoffabt. im Kriegsministerium, 1921 Minister für Wiederaufbau, 1922 RAM; von Rechtsextremisten ermordet. Rathenau veröffentlichte 1897 den Aufsatz „Höre, Israel“, in dem er die mangelnde Assimilation der aus Osteuropa nach Deutschland eingewanderten Juden kritisierte. Ziel der Assimilation seien „nicht imitierte Germanen, sondern deutsch geartete und erzogene Juden“; siehe Dok. 187 vom 1.12.1938.

4 „Der Jude in England“, in: DAZ (Abendausg.), Nr. 542 vom 19.11.1938, S. 1f.

5 „Ein störender Irrtum“, in: DAZ (Abendausg.), Nr. 544 vom 21.11.1938, S. 1.

6 „Märtyrer in Palästina“, in: DAZ (Abendausg.), Nr. 546 vom 22.11.1938, S. 1f.

Der nachstehende Aufsatz befaßt sich mit der Rolle des Judentums in der Philosophie und begründet die berechnete natürliche Abneigung des nordischen Menschen gegenüber der jüdischen Denkhaltung.

Aus dem zentralen Gedanken der *Rasse* bereits erwächst die seit der Machtübernahme auf allen Gebieten des kulturellen Lebens vollzogene Umorientierung mit unaufhaltbarer Notwendigkeit. Es ist ein Anliegen erster Ordnung des sich neu formierenden deutschen Geistes unserer Zeit, im Interesse der Herausarbeitung und Klärung dessen, was unsere ureigentümliche Art ist, die Durchschlagskraft des Rassefaktors auch in sämtlichen geistigen Aktionsbereichen und den sie erfüllenden Gebilden konkret zu verfolgen. Der Kern des leitenden Rassenprinzips ist durch drei Thesen formulierbar geworden: erstens besagt er, daß „die Menschheit“ oder „der Mensch“ nur in abstracto existiert, daß als wirklich existent nur eine reiche Mannigfaltigkeit verschiedener Arten des Menschen aufweisbar ist, eine Vielheit rassenbestimmter Gruppen. Zweitens: diese Verschiedenheit hat ihren tragenden Grund in Erbanlagen, nicht aber in einer typenprägenden Kraft der Umwelt oder äußerlicher Umwelteinflüsse (wie Erziehung, Bildung usw.). Drittens: „Rasse“ umgreift nicht etwa nur die körperlich-leiblichen Bezirke des Menschen, sondern auch die Welt des Seelischen und Geistigen. Auch des *Geistigen*: somit gilt auch hier die Forderung, daß trotz der keineswegs geleugneten Geltung allgemein-menschlicher Normen, Funktionen und Gesetze in dem Maße, in dem die Betrachtung geistiger Strukturen in die Tiefe dringt, das Gemeinsame ab- und die rassische Differenzierung *zunehmen* muß.

Daß eine derartige Betrachtung, zu einer noch zu den Desideraten des gegenwärtigen Menschen gehörenden Wissenschaft von den rassebestimmten Physiognomien, Gestalten oder Lebensstilen des Geistes konsolidiert gedacht, keine leichte Aufgabe in sich beschließt, versteht sich von selbst. Denn die Allgemeinverbindlichkeit der Ergebnisse bestimmten geistigen Tuns – wie etwa der Wissenschaft – oder die in Grenzen international verständliche Symbolik der Sprache der Philosophie verdeckt leicht das Walten des Blutes und der Rasse, um so mehr, je „abstrakter“ das jeweilige Klima des Geistes – wie in der Wissenschaft oder der Philosophie – ist. Ein Verdeckungsphänomen, das seinen tiefen Grund hat: das Rassische ist gleichsam dem zunächst allein direkt greifbaren Geschichtlichen vorgelagert. Und der den Bereich des Geschichtlichen, der über alle Grenzen hinweg wirkenden und tradierten Ideen durchziehende Prozeß des Verstehens und der eigenständigen Weiterführung und -bildung des im Verstehen Angeeigneten läßt auf rassisch unterschiedenen Nährböden gewachsene Gebilde sich mannigfach durchdringen.

Mehr noch: das besonders von L.F. Clauß⁷ herausgehobene, zu besonders schwierigen Fragenstellungen führende Phänomen des rassischen „Stilbruchs“ eröffnet die Möglichkeit, daß eine Rasse oder rassisch bestimmte Individualität gleichsam an ihrem inneren Gesetz „vorbeilebt“, sich in den Stil einer anderen hineinschwingt und dort ein – wenn wir so sagen dürfen – imitatives Leben artvergessen führt. Daß diese Möglichkeit besonders im Bereich des Geistigen als dem Bereich einer Kommunikation durch symbolgeleitetes Verstehen gegeben ist, liegt auf der Hand. Somit ist die Beseitigung der ange-

7 Ludwig Ferdinand Clauß (1892–1974), Rassentheoretiker; kritisierte die Unterscheidung der Rassen allein aufgrund anthropologischer Merkmale und plädierte für eine Rassenseelenkunde; er unterschied zwischen verschiedenen Rasstypen; Autor von „Die nordische Seele“ (1936).

deuteten vielschichtigen Verdeckungen und Verstellungen ein Vorhaben, das nicht nur ein umfassendes Tatsachenwissen erfordert, sondern auch einen feinnervigen Instinkt und Blick für die sublimen Eigenart geistiger Strukturen, Formen und Stile. Daß auch ein methodisch gezügeltes, aufgabebewußtes und der kristallinen Himmelslocke begrifflicher Klarheit zustrebendes Bemühen der besagten Art von willenhaft-hintergründig lancierten Entwürfen bedingt ist, die im Bereich existentieller Entscheidungen sogar vom Härtegrad bedingungsloser Gegnerschaft ihren vorrationalen Ursprung finden, ist für die philosophische Reflexion nicht minder Einsicht als Problem.

Die korrelativ aufeinander bezogenen und in dieser Bezogenheit sich wechselseitig fördernden Versuche des gegenwärtigen deutschen Selbst- und Fremdverständnisses – Art bringt sich selbst zu Bewußtsein in Entgegensetzung zu Gegenart und umgekehrt – haben zu nur teilweise der breiten Öffentlichkeit bekannten Angriffen des nationalsozialistischen Denkens auf das jüdische besonders im Felde der Philosophie geführt, die von sich aus eine intime Nähe zu dem Bereich des Weltanschaulichen besitzt. Von verschiedenen Seiten aus, teils monographisch, teils in umfassenderen Zusammenhängen, sind derartige Vorstöße unternommen. Wenn die verschiedenen Rassetypen sich zu verschiedenen geistigen *Schaffensstilen* ausprägen, leuchtet es ein, daß die Absage an das jüdische Philosophieren sich nicht auf entdeckte Tatsachen konzentriert, nicht auf inhaltliche Ergebnisse, Leistungen und Probleme, sondern auf die Problemauswahl, auf Problemansatz und -verknüpfung und den Stil, den Geist ihrer Behandlung. Der jeweilig als Anknüpfungspunkt dienende geschichtliche Ort – nenne er sich Philo, Maimonides, Spinoza, Cohen, Cassirer, Scheler oder Husserl – ist von sekundärer Bedeutung gegenüber den als typisch gesetzten Charakteren des jüdischen Denkens.

Die Verzerrungen jüdischen Philosophierens

So sieht die nordische, mit einer starken Entwicklung des Raumsinnes verbundene Tendenz zur geistigen Uebermächtigung des Gegenstandes, zu dem das Denken sich distanziiert, sich selbst in unversöhnlicher Gegnerschaft zu der bei dem jüdischen Typus gefundenen Geringschätzung des Anschaulichen und seiner Hochschätzung des Unanschaulichen, seiner starken Neigung zu Formalismen und Formalisierungen mancherlei Art. Dem nordisch-arischen Typus wird aber in den Formalismen der Gegenstand unsichtbar, den er in anschauungsgebundener Klarheit und Einsichtigkeit durchdringen möchte. Germanisch-deutsches Streben nach spannungsgeladener Einheit sieht sich zerstört, wenn etwa Cohen, der Begründer der neukantischen Schule und die führende Autorität in der deutschen Philosophie im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, die überzeitliche Erkenntnis Kants von der unlösbaren Zusammengehörigkeit von Anschauung und Begriff aufhebt, das Moment der Anschauung streicht und das des Begriffs einseitig verabsolutiert. Und die Absage steigert sich ins Ethisch-Charakterliche, wenn sie sieht, daß Cohen die Kantische Ethik und die Platonische Staatsphilosophie für die Stabilisierung seiner eigenen „Ethik des reinen Willens“ in Anspruch nimmt, beide missdeutend, gegensätzliche Typen, wie den des Platonischen Herrscherphilosophen und den des jüdischen Propheten, in eins setzend; wenn er Unterschiede der sittlichen Kraft leugnet, sich gegen die Nietzschesche Lehre vom Uebermenschen versteift und die höchsten sittlichen Ideale der Menschheit mit den Ideen der jüdischen Religion, insbesondere denen der jüdischen Propheten, identifiziert. Hier sieht das dem Gesetz der Sachtreue sich verpflichtet wissende nationalsozialistische Denken eine Verzerrung und Verfälschung der wahren Sachlagen, in Richtung des Systematischen wie des Historischen. In solchen

gewaltsamen Verzerrungen erblickt es ein allgemeines Stigma jüdischen Philosophierens: in jener Art sieht es bereits Moses Maimonides (etwa 1200) sich vergehen an Aristoteles, so Philo an Plato, der für jenen ausgerechnet aus Moses geschöpft haben soll, so versucht Aristobulos um die Mitte des 2. Jahrhunderts v. Chr. in seiner Schrifterklärung die antike Philosophie als Erfüllung der Theologie des Alten Testaments darzustellen, Textfälschungen nicht scheuend.

Nicht die Probleme, die innere Haltung des Denkens ist entscheidend

Der Schlüssel zu einer derartigen Philosophie wird in dem jüdischen Gesetzbegriff gefunden: das praeexistente (vor der Erschaffung der Welt existente) Gesetz (die Thora) ist von Gott selbst gesetzt (der Talmud ist die fünfhundert Jahre nach Beginn unserer Zeitrechnung von Rabbinerseite gegebene Interpretation der Thora). Der aus dem Zwang zur Anpassung an die Diaspora-Umwelt erwachsende klare Wille zur Uebertretung des starren Gesetzes verbindet sich mit einer ihn rechtfertigenden rabbulistischen Interpretationstechnik, die die Möglichkeiten der Uebertretung des Gesetzes im Gesetz selber beschlossen liegend findet. Den Kern dieses talmudistischen Denkens, das Absehen des Formalismus von der konkreten Wirklichkeit und deren Abwürgung, findet die Kritik auch in den Bereichen eines logischen Methodengebrauchs, so etwa in Husserls phänomenologischer „Wesensschau“ und deren Voraussetzung, der berühmten „Einklammerung“ der Wirklichkeit. Im Stoß gegen einen metaphysikfeindlichen Formalismus und gleichzeitig eine die Aktivität des Denkens negierende Theorie der starren Gegenstände („Ideen“ und „Wesen“), wie sie bei Husserl gesehen wird, erhebt das nationalsozialistische Denken die Forderung nach einer Logik und Ontologie des Dynamischen und Organischen (Meister Eckehard, Paracelsus, Nik. v. Kues, Böhme, Hegel, Nietzsche), in Frontstellung gegen die starre Mechanistik Spinozistischen Denkens mit dem Vorurteil des Allgemeinen gegenüber dem Individuellen, der Einheit gegenüber der Vielheit, des Unendlichen gegenüber dem Endlichen, des Seins gegenüber dem Werden, des Wesens gegenüber der Existenz, geht die Suche nach einer wirklichkeitsgerechten Logik, die eine neue Einheit des Allgemeinen und Individuellen zum Prinzip erhebt, einer Logik des Widerspruchs und der Einheit der Gegensätze im Ganzen des Seins.

Die Ueberwindung der jüdischen Philosophie durch eine der nationalsozialistischen Weltanschauung gemäße erfordert selbstverständlich nicht, daß in der Philosophie zu einer engen Begrenzung in der Wahl der Themen und Probleme unter einseitiger Bevorzugung der dem Nationalsozialismus opportunen gegriffen wird. Dagegen lehnt sich der nordische Mensch aus einer inneren Versteifung gegen das Enge, Abgekapselte und Dogmatische auf, wie gerade von nationalsozialistischer Seite mit Nachdruck hervorgehoben ist. Nicht die Themen oder Probleme werden als entscheidend betrachtet, sondern die innere Haltung, in der der Denker an seine Arbeit herangeht.

Wohl aber ist die rassische Gleichheit von Denker und Volk als die unbedingte Voraussetzung für die Wechselwirkung zwischen Schaffenden und Nehmenden und die durch die bedingte Steigerung der philosophischen Denkkultur gesetzt. Das ist der tiefere Sinn der bei uns auch im Bereich der Philosophie durchgeführten personellen Vereinigung und Ausmerzung rassenfremder Elemente.

H.K.

DOK. 174

**Der Hilfsverein der Juden in Deutschland beginnt
am 24. November 1938, die Emigration von Kindern in die
Niederlande zu organisieren¹**

Rundschreiben B Nr. 303 des Hilfsvereins der Juden in Deutschland E.V. (Dr. P/Schl.), gez. Dr. Prinz, an die Beratungsstellen im Reich und die Sachbearbeiter im Hause, Berlin, vom 24. 11.1938

Betr.: Kinderverschickung nach Holland.

Durch ein interkonfessionelles holländisches Komitee,² welches sehr eng mit dem jüdischen Komitee in Amsterdam (Comité voor Joodsche Vluchtelingen) zusammenarbeitet,³ ist die Möglichkeit gegeben, mehrere hundert, wahrscheinlich sogar über tausend Kinder nach Holland zu bringen, deren spätere Weiterwanderung möglichst gesichert sein soll.

Es wird grösster Wert darauf gelegt, dass die Auswahl der Kinder nach objektiven Gesichtspunkten vorgenommen wird – also in erster Reihe die gefährdetsten Kinder (z. B. Kinder, deren Wohnung nicht benutzbar oder deren Vater nicht da ist oder die aus anderen Gründen in ihrer jetzigen Umgebung nicht bleiben können).

Nach unseren bisherigen Informationen müssen die Kinder gesund sein. Das Alter darf zwischen 3 und etwa 17 Jahren liegen, wobei die älteren Kinder als die dringenderen Fälle anzusehen sind.

Vorbehaltlich weiterer Nachrichten empfehlen wir Ihnen, vorläufig *Adressen* solcher Kinder, die für die Verschickung besonders in Frage kommen, schon *bei sich zu sammeln*. Höchstwahrscheinlich kommen nur Kinder deutscher Staatsangehörigkeit oder staatenlose mit früherer deutscher Staatsangehörigkeit in Frage. Wesentlich ist auch die Feststellung, ob und in welcher Weise eine *Weiterwanderung* gesichert ist. Die Abwicklung der Passagen übernimmt sicherlich der Hilfsverein. Über ähnliche Aktionen für England und Holland hoffen wir nächster Tage Nachricht geben zu können.

1 CJA, 2A2, Nr. 17, Bd. 1 Rundschreiben B 303.

2 Das Kindercomité, gegründet 1938, wurde von Truus Wijsmuller-Meijer geleitet und verhalf 9300 Kindern zur Emigration aus Deutschland oder Österreich. Mindestens 700 von ihnen fanden in niederländischen Familien Aufnahme, die anderen emigrierten weiter nach Großbritannien. Mit der Schließung der Grenzen im Jahr 1939 musste das Komitee seine Arbeit einstellen.

3 Gegründet im März 1933, entwickelte sich das Komitee für jüdische Flüchtlinge bald zu einer Institution mit mehr als 100 bezahlten Mitarbeitern, viele von ihnen Flüchtlinge; Vorsitzender war zunächst André Herzberger, später David Cohen, unterstützt von R.H. Eitje und Gertrud van Tijn. Das Komitee übernahm u. a. finanzielle Garantien und organisierte Umschulungen für die Flüchtlinge; es verhielt sich loyal gegenüber der niederländ. Regierung und ihrer Flüchtlingspolitik.

DOK. 175

**Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der Großbanken diskutieren
am 24. November 1938 über die vollständige Enteignung der Juden¹**

Vermerk (Sch/Nw.), (Unterschriften unleserlich), Berlin, vom 24. 11.1938 (vertraulich!)

Besprechung bei Ministerialdirektor Lange.²

In der heutigen Sitzung, an der unter Vorsitz von Herrn Lange eine Reihe von Herren des Wirtschaftsministeriums sowie ferner Vertreter der 5 Grossbanken und für die Reichsgruppe Herr Dr. Fischer,³ Herr Dr. Pfeffer⁴ sowie ferner Herr Dr. Tewaag⁵ teilnahmen, wurden zwei Fragen besprochen:

I. Kreditlenkung.

Hierzu führte Herr Lange aus, dass bei der bekannten Kapitalknappheit es unumgänglich nötig sei, auch das Leih-Kapital nur in Kanäle zu führen, die vom staatspolitischen Standpunkte als unbedingt wichtig anerkannt werden könnten. Das RWM sei sich darüber klar, dass die gegenwärtige Überspannung der Kräfte des Arbeitsmarktes wie des Kapitalmarktes auf einem Höchstpunkt angelangt sei, der erhebliche Gefahren in sich berge. Das Ressort des Herrn Ministerialdirektor Lange sei daher bemüht, eine Steuerung von der Geldseite herbeizuführen, und habe eine Denkschrift ausgearbeitet, die für den Beauftragten des Vierjahresplanes bestimmt sei. Herrn Lange schwebte vor, Richtlinien für sämtliche Kreditinstitute auszuarbeiten, die vor allem diejenigen Gebiete näher bezeichnen sollten, die als unterstützungswürdig von der Geldseite her angesehen würden.

Von der Bankseite wurde demgegenüber darauf hingewiesen, dass schon heute bei der dringenden Nachfrage nach Investitions-Krediten der Kreditzweck auch von den Geldgebern sehr wesentlich berücksichtigt werde, dass aber naturgemäss im Einzelfalle ausserordentlich schwer zu entscheiden sei, ob ein Investitionsbedarf letzten Endes diesem oder jenem staatlich erwünschten Zwecke diene oder ob er mehr in die Privat-Sphäre eines einzelnen Unternehmens hinübergreife. Gleichwohl seien die Banken dankbar für eine Bezeichnung der vordringlichen Gebiete. Man bat aber, hier keine „Richtlinien“ herauszugeben, die allzuleicht im In- und Auslande als Kreditdrosselung ausgelegt werden

¹ BArch, R 8136/3692.

² Kurt Lange (1895–1990), Kaufmann; 1930 NSDAP-Eintritt; 1931–1933 NSDAP-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft, 1933–1936 Präsident des Hamburger Rechnungshofs, 1936–1940 Ministerialdirektor im RWM, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, 1940 Vizepräsident der Reichsbank, Aufsichtsratsvorsitzender zahlreicher Firmen.

³ Dr. Otto Christian Fischer (*1882), Jurist, Bankier; von 1923 an Vorstandsmitglied der Commerz- und Privat-Bank AG, von 1925 an Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft, von 1934 an Leiter der Reichsgruppe Banken in der Reichswirtschaftskammer, Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte; Verbleib nach 1945 unbekannt.

⁴ Dr. h.c. Karl Ludwig Pfeffer (1874–1952), Bankier; von 1899 an Teilhaber des Bankhauses L. Pfeffer, 1923–1933 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer Kassel, Ausschussmitglied des Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe); 1945 Präsident der Wirtschaftskammer Kurhessen; Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte.

⁵ Dr. Carl Wilhelm Tewaag (1878–1971), Jurist, Bankier; 1921–1931 Mitglied der DNVP, 1937 NSDAP-Eintritt; von 1924 an Mitinhaber des Bankhauses Wm. Schlutow in Stettin, 1933–1945 Geschäftsführer des Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes.

könnten, sondern diese Gesichtspunkte etwa in Form von Empfehlungen oder Informationen an die Banken gelangen zu lassen. Für besonders wichtig wurde gehalten, dass der Inhalt dieser Informationen auch zur Kenntnis staatlichen und politischen Stellen in Sonderheit in der Provinz gebracht werde, da gerade von dort aus häufig unter Hinweis auf politische Notwendigkeiten Kreditbegehren gestellt würden, die offensichtlich nicht zu den von Herrn Lange bezeichneten vordringlichen Aufgaben gehörten.

Im Zusammenhang damit wurde die zunehmende Verknappung von Eigenmitteln bei der Industrie gestreift, die vorwiegend mit der Wegsteuerung der stillen Reserven begründet wurde. Es zeigte sich, dass Herr Lange für diese Bedenken volles Verständnis hatte, dass aber naturgemäss der Widerstand – übrigens auch, soweit es sich um die Banken handelt – beim Finanzministerium zu finden ist.

II.

Anschliessend daran wurde die sich durch die *Judengesetzgebung* ergebende Situation erörtert. Es handelt sich einmal um die Aufbringung der Kontribution von 1 Milliarde, darüber hinaus aber um die vom Generalfeldmarschall⁶ beschlossene Überführung des gesamten Grundstücks- und Effekten-Vermögens aus jüdischem Besitz in zunächst staatliche und später vielleicht private Hände. Auch das RWM ist sich selbstverständlich klar darüber, dass der ungeheure Effektenblock, der auf diese Weise in Bewegung geraten wird, eine schwere Gefahr für den gesamten deutschen Effektenverkehr bedeutet, und Herr Lange war der Meinung, dass deshalb dafür gesorgt werden müsse, dass die auf diese Weise schätzungsweise herauskommenden 1½ Milliarden Effekten zunächst in irgendeiner Weise blockiert werden müssten.

Anders liegt es bei den gelegentlich der Kontribution von 1 Milliarde herauskommenden Effekten, deren baldige Verwertung der Finanzminister wünscht. Wie hoch dieser Betrag ist, lässt sich schwer schätzen, da ein Teil der Kontribution in bar, ferner aber auch durch Abzug bei der Arisierung jüdischer Unternehmen gezahlt werden wird. Immerhin bleiben auch hier einige hundert Millionen sicherlich übrig.

Das gesamte jüdische Vermögen wurde von Herrn Lange auf 7 Milliarden beziffert. Endgültige Erhebungen liegen indessen noch nicht vor. Herr Lange schwebte vor, das Reichsanleihe-Konsortium⁷ für die Verwertung dieser Effekten treuhänderisch einzuschalten, nachdem über den Gesamtbesitz ein Katalog zusammengestellt worden ist.

Herr Bandel⁸ von der Commerz-Bank schlug die Gründung einer Liquidationsgesellschaft vor, die auf der einen Seite die gesamten Effekten zu einem vom Finanzministerium zu bestimmenden Kurse hereinnehmen und dagegen 3 % Rentenpapiere ausgeben sollte, mit denen dann die Juden ihre Steuern usw. zu bezahlen haben würden, wobei wiederum die Frage offen blieb, wieweit und in welcher Weise ihnen der Gegenwert

⁶ Gemeint ist Hermann Göring.

⁷ 1890 gegründet, hervorgegangen aus dem 1835 gegründeten Preußenanleihekonsortium. Das Reichsanleihekonsortium, das über die Ausgabe von Reichsanleihen entschied, vereinigte eine Vielzahl von Unternehmen. Am 1.12.1938 meldete das RFM dem StF, dass dem Reichsanleihekonsortium „nichtarische“ Firmen nicht mehr angehören. Die jüdischen Banken, die als Konsortien agierten, wurden bis Ende 1938 „arisiert“.

⁸ Eugen Bandel (1879–1948), Bankier; 1933 NSDAP-Eintritt; 1920–1932 Geschäftsinhaber des Barmer Bank-Vereins, Vorstandsmitglied der Commerz- und Privatbank, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Firmen.

solcher Teilschuldverschreibungen in bar zur Deckung ihres dringend notwendigen Lebensunterhaltes zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Dr. Mosler⁹ sprach sich sehr entschieden gegen die Gründung einer derartigen Gesellschaft aus, weil er fürchtete, dass die dort möglicherweise entstehenden Kursverluste in irgendeiner Weise den Banken, die diese Gesellschaft gründen müssten, zur Last fallen können.

Nach den Äusserungen von Herrn Lange scheint mir dieses Bedenken nicht so wesentlich, denn das RWM steht wenigstens heute noch auf dem Standpunkt, dass *lediglich* eine *treuhänderische* Bearbeitung des Geschäftes durch die Banken in Betracht kommen kann. Andererseits wurde mit Recht darauf hingewiesen, dass ein auch nur successiver Verkauf dieser Pakete in der nächsten Zeit einen schweren Druck auf den gesamten Effektenmarkt unausbleiblich auslösen würde.¹⁰

Bei der Schwierigkeit des Problems schlug Herr Dr. Fischer vor, eine Besprechung der Frage zunächst im engeren Kreise bei der Fachgruppe Privates Bankgewerbe stattfinden zu lassen, um ein einigermaßen erträgliches Schema zu finden, wobei wahrscheinlich zwischen der Behandlung der Effekten, die für Kontribution von 1 Milliarde herauskommen, und dem gesamten übrigen Effektenbesitz unterschieden werden muss. Diese Besprechung wird morgen nachmittag um 4 Uhr im Centralverband stattfinden.

Berlin, 24. November 1938.

DOK. 176

Das Schwarze Korps: Artikel vom 24. November 1938 über die Vernichtung der Juden¹

Juden, was nun?

Es gehört zu den Merkmalen unseres Aufstiegs und des Niedergangs der anderen, daß wir aus Erfahrungen lernen, und zwar bereitwillig lernen, die anderen aber nicht.

Die wirklichen, aber taktischen Judenfreunde in den Demokratien, die regierenden wie die nichtregierenden, die gottlosen wie die christlichen, schreien heute genau so, wie sie schon seit 1933 immer geschrien haben. Ihre Injurien sind die gleichen: sie kommen über das Wort „Barbaren“ nicht hinaus, das uns völlig kaltlässt, weil wir genau wissen, auf welcher Seite jeweils die besseren Menschen standen, wenn christianisierungsbeflissene Priester oder machtlüsterne Engländer auszogen, um den „Wilden“ die Segnungen ihres „Glaubens“ und ihrer „Kultur“ beizubringen.

⁹ Dr. Eduard Mosler (1873–1939), Jurist, Bankier; von 1930 an Vorsitzender der Berliner Börse, 1933–1939 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft (seit 1937 Deutsche Bank AG), Ausschussmitglied des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Firmen.

¹⁰ Am 3.12.1938 erging eine VO, die Juden zwang, ihre Wertpapiere bei den Devisenbanken zu hinterlegen; auf diese Weise sollte der befürchtete Kursverlust durch freien Verkauf der Wertpapiere vermieden werden; siehe Dok. 193 vom 3.12.1938.

¹ Das Schwarze Korps. „Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP. Organ der Reichsführung der SS“, Folge 47 vom 24.12.1938, S. 1f. Die Wochenzeitung erschien von März 1935 an als Organ der Reichsführung der SS, hrsg. von Gunter d'Alquen. Sie startete mit einer Auflage von 70 000 Exemplaren.

Laßt es bleiben!

Ihre Drohungen sind die gleichen – nur wiegen sie seit den Tagen der Tschechenkrise² nicht viel mehr als ein Pappschwert. Und ihre politischen Erpresserkünste sind die gleichen, wenn sie erklären, sie könnten nun mit Deutschland zu keiner friedlichen Einigung gelangen –; lasst es doch bleiben, liebe Freunde, wer von uns wüßte nicht, daß ihr uns ja doch immer nur den Frieden gewähren werdet, den wir euch abtrotzen!

Wir waren 1933 und später noch treuherzig und naiv. Wenn die sogenannte Weltöffentlichkeit außer Rand und Band geriet, weil unsere „Barbarei“ die Juden daran hinderte, unsere Frauen und Töchter zu mißbrauchen, so waren wir mit vollem Ernst bei der Sache, den anderen die Judenfrage von Grund auf zu erläutern – du heilige Einfalt!³ Als ob so ein waschechter Demokrat auch nur den geringsten Wert darauf gelegt hätte!

Was ist denn die Wirklichkeit? Weder Mr. Roosevelt, noch ein englischer Erzbischof,⁴ noch sonst ein prominenter Patentdemokrat würde sein Töchterlein einem schmierigen Ostjuden ins Bett legen; allein, wenn es um Deutschland geht, kennen sie auf einmal gar keine Judenfrage, sondern nur die „Verfolgung Unschuldiger um ihres Glaubens willen“, als ob es uns je interessiert hätte, was ein Jude glaubt oder nicht glaubt.

Die Wirklichkeit und Wahrheit ist, daß diese Patentdemokraten die Judenfrage zwar sehr genau kennen, daß sie – *man besehe ihre Einwanderungsbestimmungen und ihre Angst vor jüdischem Zuzug* – aus ihrer Kenntnis sogar praktische Folgerungen ableiten, daß sie sich aber dumm und unwissend stellen, wenn sie meinen, Deutschland dadurch Schaden zufügen zu können.

Nun denn, das mag uns vor ein paar Jahren noch gewundert haben. Heute empfinden wir ihr Geschrei wie ein sich gleichbleibendes Geräusch, das Steigerungen nicht mehr verträgt. Das menschliche Ohr hört bekanntlich nur bis zu einer bestimmten Schwingungszahl. Was darüber hinaus an Tönen und Geräuschen von noch höherer Frequenz erzeugt wird, hört es nicht mehr. Wir sind gegen Steigerungen des großen Weltjudengeschreis immun geworden.

Daraus leitet das einfache Volk eine Weisheit ab, an der nicht zu rütteln ist. Man hört diese Meinung auf Schritt und Tritt. Hätten wir die Judenfrage schon 1933 total und mit den brutalsten Mitteln gelöst, so wäre das Geschrei auch nicht ärger gewesen, als es seither stetig ist, da wir die Judenfrage Zug um Zug lösen, mit einzelnen Maßnahmen, zu denen die Juden selbst und ihre Freunde uns zwingen. Diese Meinung ist an sich richtig. Sie mußte nur Theorie bleiben, weil uns damals die *militärische* Macht fehlte, die wir *heute besitzen*. Damals wäre den Juden vielleicht gelungen, die Völker in einen Rachekrieg gegen uns zu hetzen; heute werden sich das die ärgsten demokratischen Schreihälse am längsten überlegen.

Weil es notwendig ist, weil wir das Weltgeschrei nicht mehr hören und weil uns schließlich

2 Gemeint sind die Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland im August und September 1938, die dem Münchener Abkommen und der Annexion des Sudetenlands vorausgingen.

3 Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom Sept. 1935 verbot Ehen und sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden und die Beschäftigung nichtjüdischer Frauen, die jünger als 45 waren, in Haushalten von Juden; siehe VEJ 1/199.

4 Im Frühjahr 1938 hatte sich der Erzbischof von Canterbury, Cosmo Gordon Lang, beim brit. Innenminister Sir Samuel Hoare für die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Österreich in Großbritannien eingesetzt.

auch keine Macht der Welt daran hindern kann, werden wir also die Judenfrage nunmehr ihrer totalen Lösung zuführen. Das Programm ist klar. Es lautet:

völlige Ausscheidung, restlose Trennung!

Was bedeutet das?

Das bedeutet *nicht nur* die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Volkswirtschaft, die sie durch ihren Mordanschlag⁵ und durch ihre Kriegs- und Mordhetze verwirkt haben.

Das bedeutet viel mehr!

Es kann keinem Deutschen zugemutet werden, daß er länger mit Juden als mit einer abgestempelten Rasse von Mördern und Verbrechern und Todfeinden des deutschen Volkes unter einem Dach lebt.

Die Juden müssen daher aus unseren Wohnhäusern und Wohnvierteln verjagt und in Straßenzügen oder Häuserblocks untergebracht werden, wo sie unter sich sind und mit Deutschen so wenig wie möglich in Berührung kommen. Man muß sie kennzeichnen und ihnen ferner das Recht nehmen, in Deutschland über Haus- und Grundbesitz oder über Anteile an diesem zu verfügen, denn es kann einem Deutschen nicht zugemutet werden, daß er der Gewalt eines jüdischen Grundherren untersteht und diesen durch seiner Hände Arbeit ernährt.⁶

In die Kriminalität

Das in jeder Beziehung *auf sich beschränkte Parasitenvolk* wird aber in dieser Isolierung, da es zu eigener Arbeit weder willens noch fähig ist, verarmen. Mögen die Juden heute auch noch Milliarden ihr eigen nennen, mag es unter ihnen auch noch viele hundert Millionäre geben, mag der einzelne sogenannte „arme“ Jude auch noch hinreichend viel verschoben und versteckt haben, so werden sie, da ihnen die Lebensader des Parasiten abgeschnitten ist, ihr Kapital doch sehr bald aufgezehrt haben.

Und wenn wir, was sich als notwendig erweisen wird, die reichen Juden zwingen werden, ihre „armen“ Rassegenossen zu erhalten, werden sie allesamt ihrer ureigensten, blutbedingten Veranlagung gemäß in die Kriminalität absinken.

Dann möge aber niemand glauben, daß wir dieser Entwicklung ruhig zusehen können. Das deutsche Volk hat nicht die geringste Lust, in seinem Bereich Hunderttausende von Verbrechern zu dulden, die durch Verbrechen nicht nur ihr Dasein sichern, *sondern auch noch Rache üben wollen!*

Am wenigsten haben wir Lust, in diesen Hunderttausenden verelendeten Juden eine Brutstätte des Bolschewismus und eine Auffangorganisation für das politisch-kriminelle Untermenschentum zu sehen, das durch den natürlichen Ausleseprozeß am Rande unseres eigenen Volkstums abbröckelt.

Wollten wir das dulden, so wäre das Ergebnis eine Verschwörung der Unterwelt, wie sie vielleicht in Amerika, gewiß aber nicht in Deutschland möglich und denkbar ist.

Im Stadium einer solchen Entwicklung ständen wir daher vor der harten Notwendigkeit, die jüdische Unterwelt genau so auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher eben auszurotten pflegen: *mit Feuer und Schwert*. Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung.

⁵ Zum Attentat Herschel Grynszpan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath siehe Dok. 122 vom 7.11.1938 und Dok. 123 vom 7.–9.11.1938.

⁶ Zur Debatte um die Kennzeichnung der Juden siehe Dok. 149 vom 14.11.1938; zur Separierung der Juden in sog. Judenhäusern siehe Dok. 215 vom 28.12.1938.

Wer nun etwa im Ausland meinen sollte, er könnte diese, wie man zugeben wird, logische und *unvermeidliche Entwicklung* durch weiteres eintöniges Geschrei, durch Drohung und Erpressung aufhalten, beweist nur, daß er seit 1933 nichts hinzugelernt hat.

Jetzt haben sich die Geister zu scheiden. Die nämlich, die in ihrer kindlichen Humanitätsduselei den Juden ernsthaft Gutes tun wollen, von jenen, denen die Judenfrage nur das Aushängeschild ihrer Feindschaft gegen alles Deutsche ist.

Die demokratischen Staatsmänner, denen das Schicksal der Juden ehrlich am Herzen liegt, mögen jetzt einsehen, daß sie, da sie mit bloßem Gezeter nichts ausrichten, einen wirklichen, *einen positiven Beitrag zur Lösung der Judenfrage* spenden müssen. Und die anderen, die sich mit pfaffischer Verschlagenheit der Juden nur als eines Prellbocks gegen Deutschland bedienen wollen, mögen jetzt wissen, *daß ihre eigenen Völker sie durchschauen werden* in dem Augenblick, in dem sie weiter hetzen und geifern, statt – zu handeln!

Eine andere Möglichkeit ist jetzt nicht mehr denkbar.

Wir haben kein Land übrig

Die Juden mögen bisher den Demokraten und die Demokraten den Juden eingeredet haben, daß es ja mit diesem Hitler-Deutschland nicht mehr lange dauern könne, und daß schließlich nichts so heiß gegessen würde wie gekocht. Wir haben Grund anzunehmen, daß die jüngste Entwicklung diesen tölpelhaften Fehlhoffnungen armer Dummköpfe den Garaus bereite. *Jetzt heißt es weniger hoffen und mehr tun!*

Deutschland selbst ist nicht in der Lage, seine Judenfrage außerhalb Deutschlands zu lösen, denn wir besitzen nichts als dieses Land, das wir von den Juden befreien müssen. Die anderen hingegen, die gepriesenen Demokratien, die teils von Juden und Freimaurern, teils immerhin von Judenfreunden beherrschten Weltmächte, verfügen über Land in Hülle und Fülle.

Sie haben bisher nichts zur Lösung der Judenfrage getan. Weder ihr löblicher Völkerbund, noch ihre Flüchtlingskonferenzen, noch ihre zahllosen judenfreundlichen Vereinigungen und Ausschüsse haben zur Lösung der Judenfrage auch nur einen Finger gerührt. Und wenn wir jetzt hören, daß beispielsweise Amerika bereit wäre, 40 000 Juden aufzunehmen, oder England die Verfrachtung von 25 000 Juden nach Guyana erwägt,⁷ so ist das erst recht ein Beweis dafür, daß sie nichts zu tun gedenken, denn 40 000 Juden sind weniger als nichts.

Die Demokratien waren bisher selbst zu feige, überhaupt zuzugeben, daß es eine Judenfrage gäbe. Sie sprechen immerfort nur von „deutschen“, „österreichischen“, „tschechoslowakischen“ Flüchtlingen, als ob diese Flüchtlinge wirklich Deutsche oder Tschechen und nicht eben Juden wären, Juden, die, woher immer sie kommen, ob aus Deutschland, aus der alten Tschechoslowakei, aus Italien, Polen, Ungarn, Rumänien oder sonst woher, eben Juden und in jenen Ländern daher denkbar unerwünscht sind.

Die Ursache dieser Erscheinung ist bekannt: wir haben sie an dieser Stelle auch schon deutlich genug beschrieben: Die Juden selbst wünschen nicht, daß von einer Judenfrage geredet, geschweige denn eine Judenfrage gelöst würde. Aus zwei Gründen:

⁷ British Guyana war seit längerem, insbesondere seit Beginn der arabischen Unruhen in Palästina, als Siedlungsgebiet für jüdische Flüchtlinge in Betracht gezogen worden. Am 24.11.1938 bezeichnete der brit. Premier Chamberlain British Guyana als für die Ansiedlung von Weißen besser geeignet als jede andere brit. oder franz. Kolonie; A.J. Sherman, *Island Refuge: Britain and Refugees from the Third Reich 1933–1939*, Ilford 1994, S. 207.

Unfähig zur Staatsbildung

Erstens – weil sie selbst am besten wissen, daß sie als Parasitenvolk unfähig zu einer Staatenbildung sind und in einem Judenstaat einander sehr bald auffressen würden.

Zweitens – weil sie ebenso gut wissen, daß die Existenz eines wirklichen Judenstaates – Palästina ist ja nur eine englische Zweckerfindung – alle Wirtsvölker veranlassen würde, „ihre“ Juden gleichfalls dahin abzuschieben.

Allein diese durchaus negativen und aus dem Parasitencharakter der Juden entspringenden Hemmungen können nicht beachtlich sein, wenn Judenfreunde die Judenfrage ernsthaft lösen wollen. Denn die Judenfreunde bezweifeln ja, daß die Juden Parasiten wären; und wenn die Juden keine Parasiten sind, sind auch die Widerstände gegenstandslos, die die Juden selbst der Schaffung eines Judenstaates in den Weg stellen.

Wer immer also den Mund auftut, um für die Juden einzutreten, muß im gleichen Atemzug die Schaffung eines Judenstaates fordern und betreiben, denn nur durch und in einem Judenstaat außerhalb Deutschlands können die „deutschen“ Juden vor dem ihnen sonst sicher drohenden Untergang gerettet werden.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika *und erst recht das britische Weltreich* sind groß genug, um an irgendeinem Ort der Welt den 20 Millionen Juden, die es auf der Welt geben *soll*, Lebensraum zu bieten. Ob dieses gelobte Land dann Kenia oder Alaska oder Nebraska oder sonstwie heißt, ob die Franzosen Madagaskar hergeben oder die Australier einen Teil ihres menschenleeren Kontinents⁸ – das ist uns von Herzen gleichgültig. Nur in unseren Kolonien soll man die Juden nicht ansiedeln, das läge auch nicht in ihrem Interesse, denn sie flögen dort so sicher einmal später heraus wie aus Deutschland.

Wir würden uns freuen

Niemand würde die Schaffung eines Judenstaates so sehr begrüßen wie wir. Denn wenn wir auch „Barbaren“ sind, so ist uns diese friedliche Lösung doch lieber als die andere, zu der man uns andernfalls zwingen würde. Wir kennen zwar bei der Bekämpfung jeglichen Verbrechertums gewiß keine Sentimentalität; wir wissen aber sehr genau, was es an Geld und Arbeitskraft kostet, Hunderttausende von Verbrechern zu bewachen, in Lager zu sperren und zu beköstigen.

Über eines allerdings müssen sich die Judenfreunde noch im klaren sein: die Lösung der Judenfrage eilt, und zwar nicht nur aus den innerhalb Deutschlands liegenden Gründen, *sondern aus ganz allgemeinen Gründen.*

Wenn die Juden heute allein in Deutschland, wo sie angeblich so sehr geknechtet und beraubt werden, noch 7 Milliarden Mark besitzen, dann kann man sich denken, daß die Juden in aller Welt über ein ungeheueres Vermögen verfügen müssen, das gewiß größer ist als das Gesamtvermögen der Deutschen oder der Franzosen oder der Engländer.

Das heißt: die Juden wären heute noch durchaus imstande, einen Judenstaat aus eigenen Mitteln zu errichten, Städte, Dörfer, Siedlungen, Häfen, Eisenbahnen und Straßen zu bauen, kurz, die notwendigen Arbeiten für eine Kolonisation von derartigem Ausmaß finanziell zu bestreiten. Es ist anzunehmen, daß ihnen das nicht einmal Mühe machen würde.

⁸ Nach den Novemberpogromen diskutierten Hilfsorganisationen, die Regierungen der wichtigsten Zufluchtsländer und das in Evian gegründete IGC verstärkt über Siedlungsmöglichkeiten für jüdische Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich. Die Debatte knüpfte zum Teil an ältere Projekte wie den Madagaskarplan an. Es wurden Kommissionen ausgesandt, um bislang nicht in Betracht gezogene Gebiete hinsichtlich ihrer Siedlungschancen zu prüfen, z. B. nach Alaska, Kenia oder Australien.

In wenigen Jahren aber kann das schon ganz anders aussehen. In wenigen Jahren wird Deutschland längst nicht mehr der einzige Staat sein, der sich der Juden erwehrt; die notwendigen und bewährten Maßnahmen Deutschlands werden Schule machen, kurz und gut – in wenigen Jahren wird das Judentum vielleicht finanziell nicht mehr imstande sein, einen Judenstaat zu errichten; und gar einen Judenstaat, der dann nicht nur die „deutschen“, sondern auf einmal alle Juden oder zumindest doch die europäischen Juden, aufnehmen muß.

Das bitten wir zu bedenken!

Es ist uns an und für sich gleichgültig, was in einigen Jahren geschieht oder nicht geschieht, denn daß wir bis dahin unsere Judenfrage gelöst, und zwar total gelöst haben werden, ist wohl nicht zu bezweifeln. Man sage jedoch nicht, daß wir nicht bereit wären, konstruktive Beiträge zur Lösung internationaler Probleme beizusteuern.

Wir haben gerade in der Judenfrage viel zu bieten: das gute Beispiel und einen reichen Erfahrungsschatz!

DOK. 177

Ernst Engländer berichtet am 25. November 1938 aus London über die Lage der deutschen Juden und bittet, über mögliche Hilfsaktionen in den USA nachzudenken¹

Brief von Ernst Engländer an unbekannten Empfänger vom 25.11.1938 (Abschrift)²

Ich musste am Wochenende nach Deutschland und bin beide Strecken geflogen, Babs blieb bei guten Freunden von uns auf dem Land in der Nähe von London. Ich fuhr nach Berlin, weil ich dort nicht so bekannt bin wie in Hamburg und es deshalb vorziehe, meine Mutter dort zu treffen. Nach meiner Rückkehr hierher habe ich Dir, wie aus beiliegender Kopie ersichtlich, ein langes Telegramm geschickt,³ in dem ich versucht habe, Dir ein Bild der Situation zu vermitteln. Leider wird sich mein Telegramm wohl ähnlich lesen wie alle anderen Berichte, die man täglich den Zeitungen entnehmen kann. Es läuft schlicht und einfach darauf hinaus, dass Worte allein nicht ausreichen, um das in Deutschland herrschende Elend zu beschreiben. Alles, was man lesen kann, ist definitiv untertrieben. Abgesehen von meiner Mutter habe ich eine Menge Leute gesehen, die tatkräftig versuchen, die Probleme zu lösen, insofern bekam ich einen ganz guten Einblick in die Situation.

Im Vergleich zur Misere der gesamten jüdischen Gemeinschaft kommt den Problemen des Einzelnen nur untergeordnete Bedeutung zu. Die Sorgen meiner nächsten Verwandten betreffen mich allein und müssen von mir persönlich gelöst werden, unter Aufbringung aller finanziellen Opfer, ganz gleich, ob ich mir das leisten kann oder nicht. Das ändert allerdings nichts an der Not der Massen. Der können sich nur diejenigen annehmen, die es sich leisten können, Abertausende von Dollars zu beschaffen, ohne dadurch ihren Lebensstil zu beeinträchtigen, und glücklicherweise gibt es in den Vereinigten Staaten eine ganze Menge solcher Leute.

1 JDC, AR 33/44, 632. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Einem handschriftl. Vermerk auf der Vorlage zufolge wurde eine Kopie des Briefes mit kleinen Veränderungen an den Juristen Ralph Wolf (1880–1951) gesandt.

3 Liegt nicht in der Akte.

Um eine persönliche Bemerkung hinzuzufügen und Dir ein Beispiel zu geben, das Du zweifellos glauben wirst und einzuschätzen weißt, möchte ich Dir folgendes erzählen. Meinem eigenen Bruder lauerte die Gestapo (Nazi-Polizei) in seiner Wohnung auf. Glücklicherweise war er nicht da und vorgewarnt. Er versteckte sich bei meiner Mutter, und als die Polizei auch dort nach ihm suchte, war er bei amerikanischen Freunden untergekommen. Auch da suchte ihn die Polizei, das heißt, er wurde von Ort zu Ort gehetzt wie ein Mörder. Schließlich teilte er meiner Mutter mit, er halte es nicht länger aus und wolle sich stellen. Mit allergrößter Überzeugungskraft brachte ihn meine Mutter dazu, sich weiterhin der Festnahme zu entziehen, was jedoch nach einem weiteren Tag auf der Flucht zu einem unausweichlichen Zusammenbruch führte, der Auswirkung auf seine Nerven sowie seine Nieren hatte. Man versuchte, einen Arzt zu finden, doch die jüdischen Ärzte waren alle selbst schon verhaftet, und schließlich ließ man einen nichtjüdischen Arzt kommen. Dieser schien Mitgefühl zu haben und bemerkte, dass der Zustand meines Bruders nicht verwunderlich sei und dass er in ein Krankenhaus müsse, ob er wolle oder nicht. Sie versuchten, ihn im Allgemeinen Krankenhaus in Hamburg unterzubringen, aber nach einer halben Stunde Warten wurde ihm die Aufnahme mit der Begründung verweigert, dass man dort keine Juden behandle. So landete er schließlich im Jüdischen Krankenhaus, wo er jetzt noch ist.

Andere Männer aus meinem engen Umfeld, entweder Freunde oder Cousins ersten und zweiten Grades, verstecken sich auf ähnliche Weise in Kohlenkellern und an anderen Orten, entweder in ihren eigenen Häusern oder in denen anderer Leute, wo niemals jemand die Tür öffnet, wenn es läutet, und nie das Licht angeschaltet wird, damit der Eindruck entsteht, dass niemand zu Hause sei. Natürlich handelt es sich hierbei um Einzelfälle, da sich die überwiegende Mehrheit ja in Konzentrationslagern befindet. Ein Freund von mir, den ich noch vor ein paar Wochen in Hamburg traf, ein Vater von sechs Kindern, wurde um drei Uhr morgens in seinem Bett verhaftet. Und, wohlgemerkt, das sind nur die Geschichten der wenigen Menschen, deren Namen mir etwas sagen, dabei gibt es Tausende anderer, die sich in der gleichen Not befinden.

Der Mann in Berlin, Dr. Beck,⁴ der für unsere Sache arbeitet und nur deswegen nicht verhaftet wird, weil er über 65 ist, weinte bitterlich, als er mir von dem Schicksal einiger Menschen im Konzentrationslager berichtete. Natürlich wollen die Deutschen, dass die Juden Deutschland verlassen, und diese sind alle bereit, jeden Pfennig und jedes Möbelstück, das sie besitzen, zurückzulassen. Aber die Schwierigkeit besteht darin, dass in jedem Land Einwanderungsbeschränkungen bestehen und alles daher furchtbar langsam geht. Dr. Otto Hirsch, ein Mitarbeiter von Dr. B[a]eck, und übrigens ein Neffe unseres Herrn Hirsch senior, wurde, da er erst etwa 50 ist, verhaftet und befindet sich gegenwärtig im Konzentrationslager Oranienburg.⁵ Die wenigen, deren Ausreisepapiere in Ordnung sind und die daher in der Lage sind auszuwandern, werden von den deutschen Behörden freigelassen. Vor Verlassen der Lager werden sie jedoch gezwungen zu schwören, dass sie nichts über die Vorgänge im Lager preisgeben. Dessen ungeachtet sind diese Männer Dr. B[a]ecks Informationsquellen. Als ich Letzterem von meinem bevorstehenden Treffen mit Frau Otto Hirsch erzählte, sagte er mir, das Leben im Lager sei tatsächlich entsetzlich und das Leiden dort nicht einmal mit dem Mittelalter zu vergleichen, eher mit

4 Richtig: Dr. Leo Baeck.

5 Gemeint ist das KZ Sachsenhausen bei Oranienburg.

dem Ägypten des Altertums, wo unser Volk mit der Peitsche zur Arbeit gezwungen wurde. Er bat mich, dies nicht Frau Hirsch zu erzählen, da sie den Eindruck habe, dass es nicht so schlimm sei.

Der Mut der Frauen ist wirklich unglaublich und höchst bewundernswert. Dies zeigt das Beispiel einer Cousine ersten Grades von mir, deren Mann in einem Konzentrationslager ist und die ein zweijähriges Kleinkind hat und das nächste demnächst erwartet. Die beiden Töchter von Otto Hirsch, deren Alter ich auf 16 und 14 Jahre schätze, spielten gerade Klavier und Cello, als wir ihnen einen Besuch abstatteten. Frau Hirsch war unterwegs, um einen Mann zu treffen, der gerade aus Oranienburg entlassen worden war, nachdem er seine Einwanderungsunterlagen erhalten hatte. Bei ihrer Rückkehr machte sie einen geradezu fröhlichen Eindruck, weil ihr Mann sie hatte grüssen lassen und ihr der Eindruck vermittelt worden war, dass es ihrem Mann ganz gut ginge.

Der Frankfurter Rabbiner ist entweder im Lager gestorben oder ermordet worden.⁶ Ein Cousin von mir, der auch hier in London ist, erzählte mir, er habe gehört, dass sowohl der Onkel seiner Frau, ein Mann von fast 65 Jahren, als auch ein Cousin von etwa 40 Jahren im Lager gestorben seien.

Wenn Du dies liest und an Deine Freunde weitergibst, möchte ich nur, dass Ihr Euch alle ein Bild von den Männern machen könnt, die da verfolgt werden. Der Frankfurter Rabbiner, wie auch seine Kollegen in anderen Städten, ist ein Mann wie Jonah Wise.⁷ Dr. Otto Hirsch ist ein Mann wie Ben Buttenweiser,⁸ Louis Grumbach⁹ und wie Du selbst. Er hat immer nur versucht, für das Wohlergehen der Anderen zu sorgen und seine ganze Zeit der Bewältigung von Problemen gewidmet. Fritz Warburg, den Bruder von Felix, hat ein ähnliches Schicksal getroffen.¹⁰ Auch er ist ein Mann wie jedes angesehene Mitglied der New Yorker Gemeinde. Tatsächlich wie sein Bruder Felix. Deswegen habe ich mein Telegramm mit dem Zitat unterschrieben: „There but for the Grace of God we go.“¹¹

Ich kenne Dein Interesse und die Arbeit, die Du für die Gemeinde insgesamt geleistet hast. Die Probleme sind so dringend und so erschreckend, dass es Menschen braucht, die ihre Arbeit stehen und liegen lassen und ihre ganze Zeit dazu nutzen, den anderen zu

6 Gemeint ist Curtis Emanuel Cassell (* 1912), liberaler Rabbiner in Frankfurt (Oder), emigrierte 1939 nach Großbritannien.

7 Jonah Bondi Wise (1881–1959), Rabbiner; von 1925 an Rabbiner der Central Synagogue in New York City, National Chairman des JDC; Hrsg. von „The American Israelite“.

8 Vermutlich Benjamin Joseph Buttenwieser (1900–1992), Investmentbanker; 1932–1949 bei der U.S. Navy, 1949–1951 U.S.A. Assistant High Commissioner für Deutschland; Präsident der Federation of Jewish Philanthropies.

9 Vermutlich Louis J. Grumbach (1874–1952), Geschäftsmann und Bankier; 1919–1939 bei der Investmentbank Speyer & Co. tätig, 1939–1941 Direktor der Am. Lead Pencil Co.; leitendes Mitglied der Federation of Jewish Philanthropies in New York, Schatzmeister der United Hebrew Charities und des National Jewish Welfare Board.

10 Fritz Warburg (1879–1964), Jurist; emigrierte im Mai 1938 von Hamburg nach Schweden, kehrte im Herbst 1938 nach Hamburg zurück, Anfang 1939 Gestapohaft, Mai 1939 Rückkehr nach Schweden, emigrierte später nach Palästina; siehe Dok. 274 vom 18.4. 1939; Felix M. Warburg (1871–1937), Bankier; 1895 Übersiedlung nach New York; 1897–1937 Teilhaber des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., 1914–1917 Teilhaber von M.M. Warburg & Co.

11 Die Worte „There but for the Grace of God, goes John Bradford!“ soll der englische Reformator John Bradford geäußert haben, als er 1550, eingekerkert im Londoner Tower, Zeuge wurde, wie eine Gruppe Gefangener zu ihrer Hinrichtung geführt wurde.

helfen. Viele herausragende Persönlichkeiten in Europa haben dies getan. Ich habe solche Menschen in Amsterdam und hier in London getroffen – weder verdienen sie daran, noch verlangen sie irgendeine Anerkennung dafür, sie erfüllen nur ihre Pflicht.

Da die amerikanischen Gesetze keine Einwanderung im großen Stil gestatten, sollte man wenigstens die europäischen Komitees mit finanziellen Mitteln ausstatten, die sich praktisch auf Millionen von Dollars belaufen müssten. Ich glaube, das Joint Distribution Committee weiß Bescheid und versucht sein Bestes, aber nachdem ich für ein paar Stunden Augenzeuge gewesen bin, wollte ich diese Bemühungen dadurch unterstützen, dass ich Dir meine Eindrücke vermittele. Ich könnte immer so weiterschreiben und doch nichts hinzufügen. Die Komitees hier leisten großartige Arbeit, und man erzählte mir in Amsterdam, dass ein arischer Hochschulprofessor mit einem Jahreseinkommen von 7000 Gulden 5000 davon gespendet habe. Insgesamt gibt es eine große Anzahl nicht-jüdischer Spender.

An der holländischen Grenze sind Kinder angekommen und haben dank der Bemühungen eines holländischen Komitees in Holland und England ein neues Zuhause gefunden.¹² Ein Augenzeuge hat mir berichtet, dass diese Kinder mit einer Schlinge um den Hals aus Deutschland herausgelassen wurden, deren Male auch jetzt noch zu erkennen sind. In Deutschland wütet der Verfolgungswahn, und diese Menschen müssen einfach herausgeholt werden, wenn man nicht danebenstehen und zusehen will, wie sie entweder umgebracht werden oder an den Folgen ihrer Leiden sterben. Kannst Du Dir vorstellen, während der Überfahrt auf der Queen Mary oder der Normandie¹³ ein kleines Boot in Seenot zu erblicken und tatenlos zuzuschauen, wie die Passagiere des kleinen Boots ertrinken? Es reicht nicht aus, diesen Menschen nur Rettungsringe zuzuwerfen. Die Rettungsboote müssen heruntergelassen werden, und alle müssen mit Hand anlegen.

Wie ich Dir in meinem Telegramm mitteilte, hängen das Niederbrennen der Synagogen, die Zerstörung der Geschäfte und das Zertrümmern der Schaufenster, von dem ich einiges mit eigenen Augen gesehen habe, zusammen. Die Gesetzesänderung des Abtreibungsparagraphen, das jüngste deutsche Machwerk, die besagt, dass es jüdischen Frauen nicht mehr verboten ist abzutreiben,¹⁴ weil kein Interesse an einer Fortpflanzung der jüdischen Rasse besteht, ist auch kaum mehr als ein Witz im Vergleich zu allem anderen, was ich gehört und gesehen habe.

Hältst Du es für machbar, dass das amerikanische Judentum ein 4000 m² großes Grundstück irgendwo in einer abgeschiedenen Gegend der Staaten erwirbt und dies zu einem humanitären Ausbildungslager macht, das vom amerikanischen Judentum finanziert wird? Wo 50 000–100 000 Kinder bis zu einem bestimmten Alter lernen könnten, wie Menschen zu leben? Sie müssten natürlich außerhalb der Quote einreisen und wären darauf begrenzt, dort fünf oder zehn Jahre zu leben, bis sie nach und nach in das Ein-

¹² Siehe Dok. 174 vom 24. 11. 1938.

¹³ Die „Queen Mary“ verkehrte 1936–1967 für die Cunard Reederei auf der Route Southampton, Cherbourg, New York; die „Normandie“ war ein Schiff der Compagnie Générale Transatlantique, das 1932–1942 zwischen Le Havre und New York verkehrte.

¹⁴ Der sog. Abtreibungsparagraph (§218) des Strafgesetzbuchs wurde zwischen 1926 und 1943 nicht geändert. Möglicherweise bezieht sich Engländer auf einzelne Fälle in der Rechtsprechung. Die nie verabschiedete Strafrechtsreform sah vor, dass Abtreibungen im Fall von „Rassenschändung“ straffrei bleiben sollten.

reisekontingent aufgenommen werden könnten und nach und nach in unterschiedliche Teile des Landes entlassen würden, wenn und falls die erste Einreisewelle abgeebbt ist. Dies ist nur ein Gedanke, der mir als mögliche Lösung zu dem Problem eingefallen ist, das uns alle beschäftigt.¹⁵

Ich hoffe, dass sowohl dieser Brief als auch mein Telegramm, sofern Du dies für richtig hältst, den Weg in die Hände von Leuten finden werden, welche die Rettungsboote her-unterlassen und Hand anlegen in einer Notsituation, die es in diesem Ausmaß seit den russischen und polnischen Pogromen nicht gegeben hat, und ich weiß nicht, ob diese auch so schlimm gewesen sind.

Dein ergebener

DOK. 178

Eine Berliner Ortsgruppe der NSDAP denunziert am 26. November 1938 einen Apotheker, der einen Juden beschäftigt¹

Schreiben des NSDAP Gaus Gross-Berlin (O/Bgt.), Ortsgruppenleiter, ungez., Kreis V, Ortsgruppe Markgraf, Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 84, an das Polizeipräsidium Berlin, Abt. V, vom 26.11.1938 (Abschrift)²

Betrifft: Apotheke „Zum goldenen Hirsch“

Inhaber: Hans Winkel,³ Berlin SW. 68, Lindenstrasse 74.

Ich erhalte Meldung, bestätigt durch Beobachtungen, wonach obiger Apothekenbesitzer noch den vormaligen jüdischen Inhaber Meyer⁴ bzw. dessen Sohn als angestellten Apotheker in seiner Apotheke beschäftigt. Auf Vorladung des Apothekers Winkel erklärt dieser, dass er die mündliche Erlaubnis vom Wirtschaftsministerium hätte, in Anbetracht der Knappheit geeigneter arischer Arbeitskräfte Juden weiterbeschäftigen zu können. Eine schriftliche Mitteilung bzw. eine Bescheinigung hierüber konnte Winkel nicht vorlegen. Da die in meinem Ortsgruppenbereich wohnenden deutschen Volksgenossen sich nicht mehr weiterhin von dem Juden Meyer bedienen lassen wollen, besteht die Gefahr, daß

¹⁵ Im Febr. 1939 legten der demokratische Senator Robert F. Wagner und die republikanische Abgeordnete Edith Nourse Rogers Entwürfe zu einem Gesetz vor, das 20 000 Kindern aus dem Deutschen Reich bis zum Alter von 14 Jahren die Aufnahme in den USA ermöglichen sollte – und zwar zusätzlich zu den 27 000 Personen, die entsprechend der Quotenregelung jährlich aus Deutschland in die USA einwandern durften. Nach langen Diskussionen wurde der Entwurf dahin gehend geändert, dass die Einwanderung der Kinder auf die Quote angerechnet werden sollte. Daraufhin zog Wagner den Entwurf zurück.

¹ LAB, B Rep. 012Nr. 580, Bl. 76+RS, in Auszügen abgedruckt in: Frank Leimkugel, Wege jüdischer Apotheker, Frankfurt a.M. 1991, S. 63–64.

² Die Abschrift ist überliefert im Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin, Abt. V, vom 23.1.1939 an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Das Original ist mit handschriftl. Kürzeln und einem Eingangsstempel versehen.

³ Hans Alfred Winkel (*1889), Apotheker; 1926–1928 Besitzer der Flora-Apotheke in Düsseldorf.

⁴ Gertrud Meyer, geb. Ehrlich (1879–1942), verkaufte ihre Apotheke 1937 an Hans Winkel, blieb aber vorerst nominell Besitzerin. G. Meyer wurde am 26.10.1942 nach Riga deportiert und dort am 29.10.1942 ermordet.

sich ohne meinen Willen die Volksgenossen zu Einzelaktionen hinreissen lassen, wenn nicht innerhalb von acht Tagen der Jude Meyer aus der Apotheke verschwindet. Ich erklärte dem Apothekenbesitzer Winkel, daß ich, um dieses zu vermeiden, seine Apotheke durch die Polizei schließen lassen müsste, nachdem ich mich vorher mit den in der Nähe befindlichen Apotheken bezüglich Übernahme des Nachtdienstes in Verbindung gesetzt hätte. Winkel versprach mir, die Angelegenheit bis zum 1.12.1938 erledigen zu wollen.

Ich habe mich ausserdem mit der Deutschen Apothekerschaft, Bezirk Berlin-Brandenburg, diesbezüglich in Verbindung gesetzt. Die Auskunft, die ich über den Apothekenbesitzer Winkel von dem dortigen Geschäftsführer, Herrn Dr. Weber, erhielt, war geradezu katastrophal.

Winkel soll bereits in Düsseldorf Besitzer einer Apotheke gewesen sein und unter Hinterlassung von Schulden Düsseldorf verlassen haben. Es ist anzunehmen, dass hierauf der Kauf der Apotheke „Zum goldenen Hirsch“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 74, von dem Juden Meyer eine glatte Schiebung ist. Beweis: Wenn man eine Apotheke regulär kauft, ist man auch in der Lage, den vormaligen jüdischen Besitzer auszubooten. Ausserdem erklärte Winkel anlässlich seiner Vernehmung am 24. ds. Mts. durch mich, daß er die Absicht hätte, das Haus, das auch dem Juden Meyer gehört, zu kaufen. Es taucht auch hier wieder die Frage auf, inwieweit ein verschuldeter Apothekenbesitzer in der Lage ist, das Haus eines Juden „zu kaufen“.

Ausserdem zweifle ich noch die politische Zuverlässigkeit des Apothekenbesitzers Winkel deshalb an, weil er anlässlich einer Werbung für den Schulungsbrief der NSDAP dem zuständigen Blockleiter die Mitteilung machte, daß er (Winkel) genug geschult sei und den Schulungsbrief nicht brauche.

Ich halte es deshalb für zweckmässig, von der zuständigen *Wohnortsgruppe Oliva*,⁵ in der Winkel wohnt (Bregenzer Strasse 1), eine politische Beurteilung anzufordern. Ich bitte Sie, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, und teile Ihnen gleichzeitig mit, dass ich Abschriften dieses Schreibens der Deutschen Apothekerschaft – Bezirk Berlin-Brandenburg – und dem Bezirksbürgermeister des Verwaltungsbezirks Kreuzberg – Gesundheitsamt – zur entsprechenden Verwendung übersandt habe.

Heil Hitler!⁶

⁵ Gemeint ist der Olivaer Platz in Berlin.

⁶ Der Polizeipräsident Berlin erhielt auf seine Anfrage vom 23.1.1939 beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf am 6.2.1939 die Auskunft, dass Winkels Apotheke in Düsseldorf 1928 zwangsversteigert worden sei. Auf Drängen der NSDAP gab Winkel schließlich an, Rudolf Meyer seit dem 1.12.1938 nicht mehr zu beschäftigen. Der Rechtsanwalt Gertrud Meyers erwirkte am 30.11.1939 eine Räumungsklage gegen den Schuldner Hans Winkel. Am 15.2.1940 erwarb Günther Arndt die Apotheke, die noch 1955 in seinem Besitz war. Eine Rückerstattungsklage der Erben von G. Meyer, darunter auch der zeitweilig von Winkel beschäftigte Rudolf Meyer, endete in den 1950er-Jahren mit einem Vergleich in Höhe von 20 000 DM; wie Anm. 1, Bl. 123 und 143.

DOK. 179

Cornelius von Berenberg-Gossler erfährt am 25. und 26. November 1938 Näheres über die Haftbedingungen im KZ Sachsenhausen¹

Tagebuch von Cornelius von Berenberg-Gossler, Hamburg, Eintrag vom 25.11.1938 und 26.11.1938

Freitag, 25. Nov.

Rosenmeyer von der Bankfirma Calmann besucht mich mit geschorenem Kopf, er kommt aus dem Gefangenenerlager Oranienburg,² ganz unschuldig, er wurde dort Wochen gefangen gehalten, nur weil er Jude ist. Er schlief mit 150 Gefangenen auf Stroh, hart neben anderen, sodaß er sich nicht auf den Rücken legen konnte. Zwangsarbeit an einem Kanalbau unter Aufsicht von Verbrechern, auch SS-Leute waren teilweise niederträchtig.³ In den Räumen waren sie unter Aufsicht von Kommunisten, meistens gebildeten Leuten, die sehr nett mit ihnen waren. In Oranienburg sind 14000 Gefangene, davon 6000 Juden. Barbarische Zustände unter diesem verfluchten Hitler-Regime! Möge Gott uns von diesem Regime befreien, das müssen alle anständigen Deutschen wünschen. – Frühstück im patriotischen Gebäude. Vor [T]isch im Park u. Umgebung. Abds. hat Nadia 11 Gäste, die unter Leitung von Frau Meyer-Seelig singen. Ein reizender Abend, sogar bei Tisch wird (Mendelssohn) gesungen. Ich sitze zwischen Frau Fertsch u. Frau Andreae. Heute viel Regen. Der deutsche Außenminister v. Ribbentrop wird lt. offizieller Mitteilung in einigen Tagen nach Paris reisen, um ein deutsch-französisches Abkommen ähnlich dem deutsch-englischen zu unterzeichnen (?)⁴ Der englische Premierminister Chamberlain u. sein Außenminister Lord Halifax waren in Paris, um mit den französischen Ministern, wie es heißt, hauptsächlich gemeinsame Rüstungsfragen zu besprechen.

Sonntagabend, 26. Nov.

Frühstück nachm. in Niendorf. Viel im Park, teilweise Regen. Zu Tisch kommt Tita. Fast alle Menschen reden über die unglaublich niederträchtige Behandlung der Juden, die eingesperrt u. beraubt werden. „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nehme doch Schaden an seiner Seele.“⁵ An dieses Bibelwort muß ich immer wieder denken. Was sind alle Erfolge u. Eroberungen Hitlers neben diesen bestialischen Gemeinheiten, die alle anständigen Menschen in der ganzen Welt mit Abscheu erfüllen. Lieber ein kleiner anständig geführter Staat als ein solches großes Reich, wie Deutschland es heute ist, ohne Recht und Anstand, mit einer Regierung von „Räubern und Mördern“. Welche Erziehung des Volkes, das Hitler durch den Haß zusammengebracht hat. In Frankreich ist für Mittwoch ein Generalstreik angesagt als Protest gegen die neuen Sparmaßnahmen der Regierung Daladier.

1 StAHH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch v. Cornelius Berenberg-Gossler 1938.

2 Gemeint ist das KZ Sachsenhausen.

3 Auf dem Forstgelände am Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal) zwischen Grabow- und Lehnitzsee wurde das Außenlager des Klinkerwerks errichtet. Die Baustelle galt unter den Häftlingen als besonders gefürchtete Arbeitsstätte.

4 Fragezeichen im Original. In der Deutsch-Französischen Erklärung vom 6. 12. 1938 bekundeten die Regierungen beider Länder ihr Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen und der Erhaltung des Friedens; Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937–1945), Bd. IV (die Nachwirkungen von München), Okt. 1938–März 1939, Baden-Baden 1951, S. 409 f.

5 NT, Matthäus 16, 26.

DOK. 180

Schlesische Zeitung: Artikel vom 27. November 1938 über die diskriminierende Gesetzgebung für „Mischlinge“¹*Das Recht der jüdischen Mischlinge**Eine Zusammenfassung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen*

In Zusammenhang mit der *neuen Judengesetzgebung* des Reiches ist von Bedeutung auch das geltende Recht der *jüdischen Mischlinge*, die von diesen neuen Maßnahmen *nicht betroffen* werden. Im Rassenpolitischen Amt der NSDAP ist dieses Recht zusammengefaßt worden, woraus sich im einzelnen folgendes ergibt:

Als jüdische Mischlinge ersten Grades werden Mischlinge mit zwei volljüdischen Großelternteilen bezeichnet, während jüdische Mischlinge zweiten Grades einen volljüdischen Großelternteil haben. Jüdische Mischlinge ersten und zweiten Grades besitzen das vorläufige Reichsbürgerrecht. Sie können die Reichs- und Nationalflagge zeigen und auch den deutschen Gruß anwenden. Für die Eheschließung der jüdischen Mischlinge sind besondere Bestimmungen ergangen. Während staatsangehörige jüdische Mischlinge ersten Grades zur Eheschließung mit Deutschblütigen oder mit jüdischen Mischlingen zweiten Grades der Genehmigung des Reichsinnenministers und des Stellvertreters des Führers bedürfen, können jüdische Mischlinge zweiten Grades ohne weiteres Deutschblütige heiraten. Zwischen jüdischen Mischlingen zweiten Grades soll eine Ehe nicht geschlossen werden, wohl aber ist eine Ehe zwischen einem ausländischen jüdischen Mischling zweiten Grades mit einem staatsangehörigen jüdischen Mischling zweiten Grades zulässig. Jüdische Mischlinge ersten Grades können ohne jede Genehmigung einander heiraten, sie können auch ohne jede Genehmigung einen Juden heiraten. In letzterem Falle gelten dann aber die Mischlinge als Juden, wie auch ein Mischling ersten Grades, der sich durch seine Religion zum Judentum bekennt, Jude ist.

Jüdische Mischlinge können nicht Mitglieder der Partei oder ihrer Gliederungen sein. Sie können weiterhin nicht angehören dem NS.-Rechtswahrerbund, dem NS.-Ärztbund, dem NS.-Lehrerbund, dem Reichsbund der deutschen Beamten, der NS.-Kriegsopferversorgung und dem NS.-Bund deutscher Techniker. Wohl aber können sie Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront und der NSV werden, jedoch dürfen sie in diesen beiden Verbänden Amtswalterstellungen nicht bekleiden. In der DAF können jüdische Mischlinge auch nicht Mitglieder der Werkscharen sein.² Dagegen können sie an den KdF-Veranstaltungen teilnehmen. Jüdische Mischlinge können nicht Mitglieder des Reichskriegerbundes sein. Für den Reichsluftschutzbund ist die Mitgliedschaft nur für Mischlinge ersten Grades ausgeschlossen, Amtsträger können aber auch Mischlinge zweiten Grades nur mit besonderer Genehmigung werden. Die Technische Nothilfe, der Reichskolonialbund und die dem Reichsbund für Leibesübungen angeschlossenen Vereine und Verbände nehmen keine jüdischen Mischlinge auf. In sonstigen Vereinen und Verbänden, insbesondere auch Genossenschaften, können jüdische Mischlinge an sich grundsätzlich die Mitgliedschaft

1 GStAPK, XVII. HA 967/1X. Die Schlesische Zeitung erschien 1848–1945 in Breslau. Die Auflage betrug 1931 3100 Exemplare.

2 Aufgabe der Werkscharen der DAF war es, innerhalb der Fabriken für die Durchsetzung nationalsozialistischer Prinzipien und deren Akzeptanz bei der Belegschaft sowie eine Steigerung der Arbeitsleistung zu sorgen.

erwerben. Wenn jedoch entsprechende Satzungsbestimmungen nach Erlaß der Nürnberger Gesetze ausdrücklich von den zuständigen Stellen zugelassen worden sind, können jüdische Mischlinge nicht Mitglieder sein.

Jüdische Mischlinge können nicht Beamte werden, auch nicht Ehegatten von Beamten. Ist der Ehegatte Mischling zweiten Grades, so kann eine Ausnahme zugelassen werden. Jüdische Mischlinge können weiterhin nicht Bauer sein. Für die Zulassung zum Arztberuf hat der Reichsärztführer besonders bestimmt, daß in nächster Zeit kein jüdischer Mischling als Arzt bestellt werden darf, ebensowenig ein Deutscher, der mit einer Jüdin oder einem Mischling verheiratet ist. Als Apotheker sind jüdische Mischlinge ersten und zweiten Grades zugelassen. Dagegen können sie in Zukunft auch nicht Rechtsanwälte werden. Die Zulassung als Anwalt setzt das Bestehen der großen Staatsprüfung voraus, der eine dreijährige Beschäftigung in der Justizverwaltung und damit als Beamter vorangeht, so daß jüdische Mischlinge schon infolge der Beamtenengesetzgebung vom Anwaltsberuf ausgeschlossen sind. Jüdische Mischlinge können ferner nicht Schriftleiter und auch nicht Zeitungsverleger werden. In der Reichskulturkammer können jüdische Mischlinge ausnahmsweise unter Umständen Mitglieder sein.

Jüdische Mischlinge ersten und zweiten Grades haben ihre Arbeitsdienstplicht zu erfüllen. Sie können jedoch nicht Vorgesetzte im Reichsarbeitsdienst werden. Die gleiche Regelung gilt für die Erfüllung der Dienstplicht in der Wehrmacht und der Luftschutzdienstplicht. Bei der Luftschutzdienstplicht können jüdische Mischlinge jedoch ausnahmsweise auch zu Arbeiten mit Anordnungsbefugnissen herangezogen werden, wenn dies zum Schutz der eigenen Person oder ihres Eigentums notwendig ist. Jüdische Mischlinge können ohne weiteres ein Handwerk erlernen, ohne irgendwelchen Beschränkungen zu unterliegen. Sie sind verpflichtet, der zuständigen Innung anzuhören. Auch deutsche Hochschulen können jüdische Mischlinge ersten und zweiten Grades besuchen. Ebenso sind sie beim Besuch aller anderen Schulen keinen Beschränkungen unterworfen.

Keine Kinderermäßigung für Juden auch bei der Bürgersteuer. Die Reichsregierung hat ein Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes beschlossen, das neben formalen Änderungen vor allem auch für die Bürgersteuer den Grundsatz festlegt, daß für Kinder, die Juden sind, Kinderermäßigung nicht gewährt wird.³ Eine entsprechende Regelung ist für die steuerliche Behandlung verwitweter oder geschiedener Personen getroffen, zu deren Haushalt ein minderjähriges Kind gehört. Wenn dieses Kind jüdisch ist, gelten diese Personen künftig steuerlich als ledig. Das Gesetz, das für Österreich und das Sudetenland noch nicht gilt, wird erstmals auf die Bürgersteuer für das Kalenderjahr 1939 angewendet.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes vom 31.10.1938, RGBl., 1938 I, S. 1543.

DOK. 181

**Die 76-jährige Hedwig Jastrow nimmt sich am 29. November 1938 das Leben,
um nicht den Zwangsvornamen tragen zu müssen¹**

Handschriftl. Brief von Hedwig Jastrow,² Berlin, vom 28.11.1938

Wenn man nur keine Wiederbelebungversuche anstellen wollte bei einem, der nicht leben will! Es liegt auch kein Unfall vor und kein Schwermutsanfall. Es geht jemand aus dem Leben, dessen Familie seit über 100 Jahren deutsche Bürgerbriefe besitzt, mit Bürgereid übergeben, der Eid stets gehalten.

43 Jahre lang habe ich deutsche Kinder unterrichtet und in allen Nöten betreut und noch viel länger Wohlfahrtsarbeit am deutschen Volk getan in Krieg und Frieden.

Ich will nicht leben ohne Vaterland, ohne Heimat, ohne Wohnung, ohne Bürgerrecht, geächtet und beschimpft. Und ich will begraben werden mit dem Namen, den meine Eltern mir teils gegeben und teils vererbt haben und auf dem kein Makel haftet.³ Ich will nicht warten, bis ihm ein Schandmal angehängt wird.

Jeder Zuchthäusler, jeder Mörder behält seinen Namen. Es schreit zum Himmel!

DOK. 182

**Der Sicherheitsdienst der SS meldet am 29. November 1938,
dass das Geheime Staatspolizeiamt den Zusammenschluss aller jüdischen
Organisationen in einen Einheitsverband verfügt¹**

Bericht des SD II 112 (Hj/Be), Hagen, vom 29.11.1938²

Tagesmeldungen

1. Ein Anfang dies[en] M[onats] aus dem Reichsgebiet ausgereister Transport mit dem fiktiven Bestimmungsland Liberia wurde nach absolut zuverlässigen Meldungen im Mittelmeer mit der Zustimmung britischer Behörden mit Waffen ausgerüstet. Alle Transportteilnehmer werden in Palästina gelandet.

(O.A. Donau II 112)

2. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien hat das Tageskontingent auf 600 Personen erhöht, die sämtlich bereits über Auswanderungsmöglichkeiten verfügen.

3. Den Dezernatsleitern der Reichsvertretung der Juden in Deutschland wurde am 28.11. im Geheimen Staatspolizeiamt die Auflage gemacht, bis zum Montag, den 5.12. einen

1 LAB, A Pr.Br. Rep. 030-03/1953; Abdruck der englischen Übersetzung in: Christian Goeschel, Suicides of German Jews in the Third Reich, in: German History, Vol. 25 Nr. 1, S. 22–45, hier: S. 29.

2 Hedwig Jastrow (1862–1938), Lehrerin, Schuldirektorin; vergiftete sich am 29.11.1938 in ihrer Wohnung in Berlin-Wilmersdorf mit Leuchtgas.

3 Vom 1.1.1939 an mussten Jüdinnen zusätzlich den Vornamen Sara, Juden den Vornamen Israel annehmen – es sei denn, sie hatten bereits einen vom RMdI als typisch jüdisch angesehenen Vornamen; siehe Dok. 84 vom 17.8.1938.

1 RGVA, 500k-1-449. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission.

2 Das Original enthält handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

praktisch durchführbaren Vorschlag für die Zentralisierung sämtlicher jüdischer Organisationen in einem Einheitsverband zu machen.

Zur Durchführung ihrer Aufgabe wurden die gesamten Geschäftsräume der Reichsvertretung wieder eröffnet.³

DOK. 18§

Der Wirtschaftsprüfer Max Joseph bittet am 29. November 1938 den Berliner Oberfinanzpräsidenten um die Genehmigung, Mobiliar nach Australien mitzunehmen¹

Schreiben des Wirtschaftsprüfers Dr. Max Joseph,² ungez., an den OFP Berlin (Devisenstelle) vom 29. 11. 1938 (Durchschrift)

Betr.: Mitnahme von Auswanderer-Umzugsgut.

Gemäss dem Runderlass des Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers 38/38³ D.S.T. vom 13.5.1938 überreiche ich in der Anlage eine Aufstellung (in dreifacher Ausfertigung) der Gegenstände, die ich anlässlich meiner Auswanderung nach Australien mitzunehmen beabsichtige, und bitte, die Versendung zu genehmigen.⁴

Ich versichere hierdurch, dass sämtliche aufgeführten Gegenstände mein Eigentum sind und dass die in der Liste enthaltenen Angaben nach bestem Wissen gemacht und richtig sind.

Die auf Seite 5 der Liste aufgeführten Einrichtungsgegenstände (Klein-Möbel für zwei Zimmer) habe ich für meine Auswanderung neu anschaffen müssen, weil die mir seit ca. 13 Jahren gehörige Einrichtung (für eine grosse 7-Zimmerwohnung) aus Gross-Möbeln besteht, die insofern zur Mitnahme ungeeignet sind, als ich mir in meinem neuen Wohnsitz (Australien) nur eine Wohnung aus zwei kleinen Räumen werde leisten können. Die Einrichtungsgegenstände der 7-Zimmerwohnung bleiben hier. Ich bitte infolgedessen, die Genehmigung für die ersatzweise angeschafften neuen Klein-Möbel ohne die Auflage einer Abgabe an die Golddiskontbank zu erteilen. –

³ Die Reichsvertretung hatte ihr Büro in der Kantstraße 158 in Berlin-Charlottenburg; nach dem Novemberpogrom waren alle jüdischen Einrichtungen geschlossen worden. Zur Gründung des Einheitsverbands bzw. zur Umwandlung der Reichsvertretung in die Reichsvereinigung der Juden siehe Einleitung, S. 61.

¹ Archive of Australian Judaica, University of Sydney, Max Joseph Nachlaß MJ 3.

² Dr. Max Joseph (1894–1974), Wirtschaftsprüfer; Vorsitzender des Wohlfahrtsbezirks „Südwest“ der Berliner Jüdischen Gemeinde; im Nov. 1938 verhaftet; 1939 Emigration nach Australien, dort führend in deutsch-jüdischen Flüchtlingsorganisationen tätig.

³ Laut dem Runderlass 38/38 vom 13.5.1938 sollte das Umzugsgut von Auswanderern mindestens 14 Tage vor der Verladung der zuständigen Devisenstelle gemeldet werden.

⁴ Dem Schreiben liegt eine fünfseitige Aufstellung von Gegenständen bei, die Joseph bei seiner Emigration mitzunehmen beabsichtigte, vorschriftsgemäß unterteilt in Dinge, die sich schon vor dem 1.1.1933 in seinem Besitz befanden, und solchen, die er erst nach diesem Datum angeschafft hatte, schließlich Gegenstände, die nur zum Zweck der Auswanderung angeschafft worden waren; wie Anm. 1.

Die (auf Seite 4 aufgeführten) nach dem 1.1.1933 angeschafften Gegenstände sind im Laufe der Jahre zum Gebrauch in meiner hiesigen Wohnung, nicht im Hinblick auf die Auswanderung, angeschafft worden; von den grösseren Gegenständen dieses Abschnittes ist insbesondere der elektrische Kühlschrank angeschafft worden, weil er im Hinblick auf die restlose Erhaltung von Lebensmitteln in meiner nach Süden gelegenen sehr warmen Wohnung erforderlich war; im Hause haben fast sämtliche Mitbewohner elektrische Kühlschränke in Gebrauch.

Die Verpackung des Umzugsgutes soll in den Tagen vom 15. bis 18. Dezember 1938 vorgenommen werden, da meine und meiner Familie Ausreise bis zum 20. 12. 1938 erfolgt sein muss.

Den vorgeschriebenen Fragebogen füge ich in doppelter Ausfertigung bei.
Wirtschaftsprüfer.

Anlagen.⁵

DOK. 184

Leopold Breisacher schildert am 30. November 1938 seinem nach Palästina emigrierten Sohn die Situation der Juden nach dem Novemberpogrom¹

Handschriftl. Brief von Leopold Breisacher Jung,² Norddeutscher Lloyd Bremen, Vertretung Breisach, Baden, an seinen Sohn Sigmar³ vom 30. 11.1938⁴

Lieber Sigmar!

Heute will ich mich mal anstrengen, Dir ebenfalls eine große Litanei zu schreiben, denn nach den letzten Vorkommnissen ist Grund + Ursache dazu genügend vorhanden. [...] ⁵Also wie die lb. Mama geschrieben hat, es wird von Tag zu Tag mieser, + ist man froh, wenn man nicht auf die Strasse braucht. Es beelendet einen direkt, wenn man durch die

⁵ Das Umzugsgut (ein Liftvan und drei Kisten) wurde am 6.12.1938 von einem Sachverständigen der Devisenstelle geprüft und die Versendung genehmigt, anschließend wurde es über Hamburg nach Sydney verschifft; wie Anm. 1.

¹ Original im Archiv der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden; Abdruck in: Ulrich Baumann, Zerstörte Nachbarschaften, Christen und Juden in badischen Landgemeinden 1862–1940, Hamburg 2000, S. 243–244.

² Leopold Breisacher (1877–1939), Kaufmann; handelte mit Textilien, Haushaltswaren und Lebensmitteln; starb am 24.6.1939 aufgrund fehlender Medikamente; die Breisacher Stadtverwaltung verweigerte den Leichenwagen für seine Beerdigung. Seine Frau Melanie Breisacher, geb. Blozheimer (1881–1944), wurde 1940 ins Internierungslager Gurs in Frankreich und 1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

³ Sigmar Benno Breisacher (1911–1993), kaufmännischer Angestellter, Schlosser, Koch; vor 1931 als kaufmännischer Angestellter in Freiburg, später in Breisach im Familiengeschäft tätig; von 1933 an in Vorbereitung auf die Emigration Schlosserlehre in Litauen und halbjährige landwirtschaftliche Ausbildung in Dänemark; 1936 Auswanderung nach Palästina, wo er zunächst in einem Kibbuz lebte, später als Koch arbeitete.

⁴ Im Brief werden aus Tarnungsgründen zahlreiche jiddische Ausdrücke verwendet, deren deutsche Übersetzung jeweils in eckigen Klammern eingefügt ist.

⁵ Im Original unleserlich.

Judengasse läuft, sieht den Trümmerhaufen von Syng. So ist es in ganz Aschkenas [Deutschland]! Nicht eine ist mehr ganz! Was viele sonst noch mitgemacht haben, ist nicht auf das Papier zu bringen. Ohne Makkes [Schläge] kam selten einer weg, oder er sagt eben Schkorem [Lügen]. Ich selbst kann zufrieden sein, + bin ziemlich ‚glimpflich‘ geschlüpft. Bernheim⁶ ist schwer mekeimet [geschlagen] worden, + ist sozusagen gemeimet [getötet] worden. So noch viele andere. Leute bis zu 82 Jahren mußten exercieren, mein Junge, aber genug davon. Heute früh steht vor unserem Hause mit ganz großer Schrift + mit rot [...] ⁷ geschrieben: ‚Judengeschäft‘ & dabei ein Pfeil bis direkt an die Treppe. Das kann nur unser Schuchen [Nachbar] gewesen sein. Uns steht es gut, bis die Stadt es wieder wegmachen läßt, denn schaden tut’s ja nichts mehr, es kommt doch kein Goi [Christ] mehr. Nun von Dachles [zur Sache]. Warum kannst Du nicht anfordern lassen?⁸ Mir scheint, daß Du Dich nicht richtig erkundigt hast. Oder können wir uns dieserhalb in Deutschland wo hinwenden? Wir gingen am liebsten dahin, wo es am raschesten ging. Können wir nach Erez [Land Israel], könntest Du auch dort bleiben, da Du doch nicht gerne fortgehst? Also strenge Dich an! Hier ist auf alle Fälle keines Bleibens mehr, und der Boden wird immer heißer. Wer weiß, was für eine misemishime [scheußlicher Tod] der meiloch [König, gemeint: Adolf Hitler] wieder vorhat, denn wenn er den Dalles [die Armut] wieder hat, sucht er wieder Schikanen und das gegangweste mes [das geklaute Geld] hat er sicher in 1–2 Jahren wieder weg.⁹ Gibt es bei Euch Tabak und Zigarren zu rauchen oder nur Zigaretten? Nun ist mein Pensum so ziemlich erschöpft. Zu Deinem bevorstehenden Geburtstage wünsch ich Dir [...] ¹⁰ alles Gute und will Dir gleichzeitig herzlich gratulieren. [...] ¹¹ Apropos, es waren hier noch im ganzen 7 Gottesdienstteilnehmer, also kein Minjan [Zahl von zehn Männern, die zur Feier des Gottesdienstes nötig sind]. Jetzt sind wieder etwa 18 gekommen, alle über 60 mit Ausnahme von Herbert Greilsamer,¹² der vorgestern kam. Mit dem Hausverkauf ist es so eine schwierige Sache, wir wollen uns doch vorher erkundigen, bevor man etwas unternimmt. Zum Herschenken langt’s immer noch, und umziehen, bevor man auswandert, ist auch kein Vergnügen. Du kannst Dir beim Hausverkauf lang Wohnungsrecht bis zur Auswanderung, sogar schriftlich, ausbedingen. Sie putzen den Daches [Arsch] mit dem Schriftlichen und werfen Dich doch hinaus. Also meine ich, es ist Zeit, bis man etwas endgültiges in Aussicht hat. Viele verkaufen ihr Haus überhaupt nicht, und zum Herschenken langt’s immer noch.

Also viele Grüße und Küsse

Dein Papa

6 Jakob Bernheim (1867–1938), Metzger; etwa 30 jüdische Männer wurden am 10.11.1938 von der SS zu Fuß von Breisach nach Freiburg getrieben und von dort ins KZ Dachau überstellt; dort wurde Jakob Bernheim von einem SS-Mann erschlagen.

7 Im Original unleserlich.

8 Juden, die in Palästina lebten, konnten Angehörige aus dem Ausland „anfordern“, d.h. ihre Einwanderung bei der Jewish Agency beantragen.

9 Anspielung auf die Enteignung der Juden zugunsten des Vierjahresplans; siehe Dok. 29 vom 26.4.1938.

10 Im Original unleserlich.

11 Im Original unleserlich.

12 Herbert Greilsamer (*1900), Kaufmann; Besitzer eines Textilgeschäfts in Breisach, im Nov. 1938 im KZ Dachau inhaftiert, emigrierte in die USA.

DOK. 185

Memorandum des Joint vom 30. November 1938 über die Folgen des Pogroms in verschiedenen Städten sowie in jüdischen Umschulungslagern und in KZs¹

Memorandum (Maurice Troper),² vom 30. 11.1938 (streng vertraulich)

Lieber Joe,³

in der Anlage übersende ich einige Papiere, die streng vertraulich sind. Dieses Material, das aus einer höchst zuverlässigen Quelle stammt, erhielt ich während meines Aufenthalts in Berlin, und Du wirst merken, dass es sich um außergewöhnlich heikle Informationen handelt, die nur im „Familienkreis“ verwendet werden sollten.

Bei dem Bericht über die „Lage der Umschulungslager“ handelt es sich lediglich um einen kurzen Abriss. So heißt es beispielsweise unter „Bomsdorf“, dass dort ein sechzehnjähriger Junge erschossen worden sei.⁴ Doch die Beschreibung, die mir über diesen und andere Vorfälle gegeben wurde, war so herzzerreißend, dass niemand mit nur einem Funken menschlicher Güte die Tränen zurückhalten konnte. Folgendes ist der Sachverhalt der Erschießung:

An besagtem Donnerstagmorgen erschienen SA-Leute in dem jüdischen Trainingslager in Bomsdorf und schickten die Jugendlichen, noch in ihren Schlafanzügen, in den Wald. Die Jungen mussten sich in Reih und Glied aufstellen und wurden gezählt. Die SA-Leute fanden nur 38 Insassen vor, obwohl es nach Informationen, über die sie offenbar verfügten, 40 Jungen hätten sein müssen. Daraufhin verlangte einer der SA-Männer von dem ersten Jungen in der Reihe Aufklärung über den Verbleib der fehlenden beiden. Der Knabe, sprachlos vor Angst, hatte nicht umgehend eine Antwort parat, und das versetzte den SA-Mann dermaßen in Rage, dass er seinen Revolver zog, den Jungen in die Stirn schoss und dann den leblosen Körper mit einem Tritt zur Seite beförderte.

Ich könnte Dir noch mehr dieser furchtbaren Geschichten erzählen, aber allein schon deren Wiederholung ist so aufwühlend, dass es mir zuwider ist, sie jemandem zuzumuten. Außerdem glaube ich, dass über die meisten Vorfälle bereits in den Zeitungen berichtet worden ist.

Wenn ich in den nächsten Tagen dazu komme, werde ich Dir einen kurzen Bericht über meine jüngste Reise geben.

Wenn Du diesen Brief gelesen hast, dann trenne ihn bitte von den restlichen Dokumenten ab und vernichte ihn.

Mit herzlichen Grüßen

P.S. Solltest Du den Eindruck haben, dass irgendwelche der Informationen in der Anlage für den A.J.C. von Interesse sein könnten, kannst Du selbst entscheiden, ob Du ihnen diese zeigst. In jedem Fall könntest Du sie zunächst P.B. und J.N.R. zeigen.⁵

1 JDC, AR 33/44, 632. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Maurice Troper (1892–1962), Jurist; Anwalt und Wirtschaftsprüfer in New York; von 1920 an für den Joint tätig, 1938–1942 Vorsitzender des European Executive Council des Joint; 1942–1948 Offizier in der US-Armee.

3 Vermutlich Joseph Hyman.

4 Auf Gut Bomsdorf bei Bitterfeld befand sich ein Umschulungslager, in dem Jugendliche zur Vorbereitung der Auswanderung nach Palästina in Landwirtschaft und Gartenbau ausgebildet wurden.

5 Paul Baerwald (1871–1961), Ehrenvorsitzender des Joint, und James N. Rosenberg (1874–1970), stellvertretender Vorsitzender des Joint.

Bereits vor dem Mord in Paris war die Situation der Juden in Deutschland höchst angespannt. Der Ausschluss von jüdischen Handelsvertretern, Handlungsreisenden und Hausierern, von jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten, Immobilienmaklern und -managern hatte die Verdienstmöglichkeiten für Juden sehr eingeschränkt. Durch die täglichen Liquidationen jüdischer Firmen wurden die dort noch arbeitenden Juden arbeitslos. Der Zeitpunkt, an dem alle Juden arbeitslos sein würden, war bereits absehbar.

In den Großstädten gehörten Anordnungen zum Alltag, dass Juden die Wohnungen arischer Besitzer, speziell von Immobiliengesellschaften, zu räumen hätten. In den mittelgroßen und kleineren Städten wurden die Juden gezwungen, ihre Häuser zu verkaufen, was gleichbedeutend war mit der Vertreibung aus der Stadt, da sie dort keine andere Bleibe finden würden.

In Teilen Bayerns, insbesondere in der Gegend von Würzburg, in Hessen und Teilen des Rheinlands, kommt es seit Mitte September zu Ausschreitungen. Einbrüche in Synagogen, Überfälle jüdischer Häuser, Misshandlungen, Deportationen aus bestimmten Städten (Rothenburg und andere)⁶ wurden den zuständigen Behörden zwar gemeldet, doch wurde nie etwas unternommen.

„Das Schwarze Korps“, die Wochenzeitung der SS und somit auch der Gestapo, veröffentlichte am 2. November ein vollständiges Programm zur weiteren Handhabung der Judenfrage in Deutschland.⁷ Dieses Programm antizipierte den vollständigen Ausschluss der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben sowie die Beschränkung jüdischer Wirtschaftsaktivitäten allein auf jüdische Kreise. Unter Berücksichtigung der beruflichen und geographischen Verteilung der deutschen Juden kam dies der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Grundlage gleich. Ferner waren die Einrichtung spezieller Wohngebiete für Juden – Gettos – und die Beschlagnahme jüdischen Eigentums vorgesehen. In einer früheren Ausgabe dieser Zeitung wurde bereits vorgeschlagen, alle arbeitslosen Juden zur Zwangsarbeit heranzuziehen.

Der Mord in der Pariser Botschaft hatte das sofortige Verbot der jüdischen Presse und die Schließung aller jüdischen Versammlungsorte zur Folge, um die Juden zu isolieren und ihnen jede Form des Meinungsaustauschs unmöglich zu machen.

Der Tod von Herrn vom Rath diente als Auftakt für einen organisierten Feldzug gegen die jüdische Bevölkerung. Angeführt wurde dieser von der Partei, und alle Parteiführer befanden sich in München. Hinsichtlich der Organisiertheit und des Umfangs überstieg diese Kampagne alles bisher in der Geschichte des jüdischen Volks Dagewesene.

In der Nacht vom 9. zum 10. November ereignete sich folgendes:

Überall in Deutschland wurden die Synagogen niedergebrannt. Die wenigen Synagogen, die dem Feuer entgingen – wie beispielsweise drei Berliner [Synagogen]⁸ – wurden nur deshalb nicht angezündet, weil sie so nah an anderen Gebäuden standen, dass das Feuer unweigerlich auf diese übergegriffen hätte. In manchen Städten wie Wien, Beuthen, Breslau, Hannover und anderen genügte den Brandstiftern der Brand alleine nicht, und sie

6 Am 22.10.1938 befahl der NSDAP-Kreisleiter Karl Steinacker die Ausweisung aller Juden aus der Stadt Rothenburg ob der Tauber SA-Männer drangen in jüdische Wohnungen ein, trieben die Menschen in die Synagoge und forderten sie auf, die Stadt zu verlassen.

7 Gemeint ist vermutlich der Leitartikel „Das fehlte noch ...“, in: Das Schwarze Korps, Nr. 44 vom 3.11.1938, S. 1–2.

8 Die Synagoge in der Rykestraße in Berlin-Prenzlauer Berg wurde aufgrund der engen Bebauung nicht vollständig zerstört. Die vollständige Zerstörung der Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin-Mitte verhinderte ein Polizist.

sprengten die Synagogen in die Luft. Außer den Synagogen wurden auch viele Gemeindegemeinschaften und Friedhöfe zerstört. Eine Wiederinstandsetzung der Synagogen ist ausgeschlossen, und die Überreste jener, die nicht vollständig niedergebrannt sind, wird man abreißen müssen. Es gibt keinen Ort mehr in Deutschland, wo noch [jüdische] Gottesdienste stattfinden.

In derselben Nacht wurden überall im Reich jüdische Geschäfte zerstört und manchmal auch geplündert. Wo, wie in Berlin, das Zerstörungswerk der Nacht nicht ausreichend erschien, wurde es am Nachmittag des 10. November fortgesetzt. So blieb beispielsweise in einem großen jüdischen Warenhaus von allem Porzellan, Glas und Nippes nichts übrig. Die Büros dieses Geschäfts wurden ebenfalls vollständig zerstört.

Abgesehen von Berlin, wo dies nur in geringem Ausmaß der Fall war, blieb in sehr vielen anderen Städten die Zerstörungswut nicht auf die Synagogen und jüdischen Geschäfte beschränkt. Unter anderem in Düsseldorf, Bochum, Essen, Oberhausen, Hagen, Königsberg, Leipzig, Chemnitz, Beuthen, Hindenburg, Nürnberg und Rostock drangen Banden in Privatwohnungen ein und zerstörten mehr oder weniger das gesamte Mobiliar. In vielen jüdischen Haushalten gibt es nach diesem Anschlag kein einziges unversehrtes Möbelstück oder einen anderen heilen Gegenstand mehr. Bei der fanatischen Raserei der Horden, die im Übrigen oft schwer betrunken waren, war es unvermeidlich, dass Menschen brutal misshandelt oder gar getötet wurden. Es konnte auch nicht verhindert werden, dass verzweifelte Juden, die sich in ihrer Not nicht anders zu helfen wussten, Selbstmord begingen.

Am 10. und 11. November wurde fast die gesamte männliche jüdische Bevölkerung im Alter zwischen 17 und 60 Jahren verhaftet und in die Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg, Buchenwald bei Weimar, Dachau in Bayern sowie einige andere verschleppt. Nur in Berlin blieb eine beträchtliche Anzahl auf freiem Fuß, obwohl auch hier mehrere Tausend verhaftet wurden. An manchen Orten gab es keine Altersbegrenzung – auch Männer über achtzig und 14-jährige Jungen wurden mitgenommen. Ein paar von ihnen sind inzwischen freigelassen worden, aber nicht viele. Zurzeit müssen sich mindestens 35000 Juden in den Konzentrationslagern befinden.

Auf dem Land und in den Grenzgebieten wurden die Juden einfach verjagt. Meistens mussten sie fliehen und dabei ihren gesamten Besitz zurücklassen. In der Regel flohen sie in die nächste große Stadt, wo sie untergebracht wurden, obwohl die Bewohner infolge der Zerstörungen oft selbst sehr beengt leben. Es scheint völlig ausgeschlossen, dass die Flüchtlinge in ihre Wohnungen zurückkehren können, zumal ihre Häuser vermutlich zerstört worden sind. So wurde bekannt, dass in einem kleinen Ort in der Eifel die kleinen jüdischen Häuser mit einem Traktor niedergerissen wurden.

Jüdische Kinderheime, Schulen und andere Bildungseinrichtungen sowie Erholungsheime, Sanatorien und Altersheime mussten in großer Zahl geräumt werden. Den Menschen aus diesen Einrichtungen droht das gleiche Schicksal wie den Flüchtlingen aus den ländlichen Gebieten.

Es ist völlig unklar, was in den nächsten Wochen aus den Juden werden soll. Selbst wenn die zuvor beschriebenen Ausschreitungen und Verhaftungen nicht weitergehen, ist die Existenzgrundlage des deutschen Judentums vernichtet. Nach dem 1. Januar 1939, dem Zeitpunkt, zu dem alle jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe arisiert oder aufgelöst sein müssen, wird es kein Einkommen mehr geben. Nach den Zahlungen für die Wiederinstandsetzung der Geschäfte und Häuser und für die Buße in Milliardenhöhe und nach dem Verkauf von Liegenschaften für einen Bruchteil ihres Werts wird vom

jüdischen Vermögen nichts übrig bleiben. In Berlin mussten die wohlhabenderen Menschen Geschäftsleuten, die selbst das Geld nicht aufbringen konnten, fünf Millionen Mark für die Reparaturen geben sowie weitere zehn Millionen Mark aufbringen, um die Schulden der Gemeinde zu bezahlen.⁹

Die Räumungsbefehle werden dazu führen, dass massenhaft Leute ohne ein Dach über dem Kopf dastehen werden. An vielen Orten werden die Juden nicht in der Lage sein, ihre dringendsten Besorgungen zu machen, nicht nur weil ihnen das erforderliche Geld dafür fehlt, sondern auch weil arische Kaufleute und Handwerker genötigt werden, den Juden ihre Dienste zu verweigern.

Angesichts dieser furchtbaren Bedingungen erscheint es als grausige Ironie, dass der Jüdische Kulturbund in Berlin gezwungen wurde, seine Theater wieder zu öffnen.

Königsberg: Nicht genug, dass die Kinder aus dem Waisenhaus getrieben wurden, auch die Einrichtung des Hauses wurde vollständig zertrümmert. Das Altersheim mit 38 Bewohnern zwischen 64 und 89 Jahren musste evakuiert werden. Der Friedhof wurde so zugerichtet, dass dort mehrere Tage lang keine Begräbnisse stattfinden konnten. Schließlich gestattete man einem Mann, (ohne weitere Hilfe) Beerdigungen durchzuführen.

Hannover: Eine große Friedhofskapelle wurde gesprengt.

Rostock: Alle jüdischen Häuser wurden vollständig zerstört. In der Umgebung von Rostock wurden Vieh und Vorräte von Juden verbrannt.

Hildesheim: Die verhafteten Juden wurden gezwungen, die brennende Synagoge zu besingen.

Schneidemühl, Küstrin, Senftenberg: Es gab Tote unter den Verhafteten, allein in Küstrin wurden vier getötet.

Düsseldorf, Bochum: Während der Ausschreitungen wurden die Juden aus ihren Häusern heraus auf die Straße getrieben, dann zurück ins Haus und wieder auf die Straße. Dabei kam es zu furchtbaren Gewalttätigkeiten.

Rosenau: Diese Stadt liegt zwischen Düsseldorf und Essen. Das Altersheim musste nachts geräumt werden.

Dinslaken: Das Gleiche geschah hier mit dem Waisenhaus.

[Bad] *Soden (Taunus):* Gleiches gilt für die Lungenheilanstalt dort. Die Patienten wurden nachts mit vorgehaltener Pistole hinausgetrieben.

Neu-Isenburg (in der Nähe von Frankfurt am Main): Das Heim für Mütter, Kleinkinder, Kinder und Mädchen wurde am Nachmittag des 10. November in Brand gesetzt.¹⁰

Mannheim: 90 % der Wohnungen zerstört, dessen ungeachtet ist Mannheim voll mit Flüchtlingen, vor allem aus der Pfalz.¹¹

⁹ Zusätzlich zu ihrem Anteil an der „Sühnezahlung“ in Höhe von einer Milliarde RM nach dem Novemberpogrom (siehe Dok. 142 vom 12.11.1938) wurde den Berliner Juden vom Reichspropagandaamt eine „freiwillige Buße“ von 5 Mio. RM auferlegt, die auf ein Sonderkonto bei der Deutschen Bank einzuzahlen war; Martin Friedenberger, *Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945*, Berlin 2008, S. 218.

¹⁰ Heim für sozial entwurzelte jüdische Mädchen und ledige Mütter mit ihren Kindern.

¹¹ Die Mannheimer Jüdische Gemeinde wurde nach dem 7.4.1933 zu einem Zentrum für Juden aus der Region. Juden aus der Pfalz suchten in den jüdischen sozialen Einrichtungen der Stadt Rat und Hilfe. In der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 wurde das jüdische Krankenhaus eine Zufluchtsstätte, nachdem in vielen Ortschaften der Pfalz Pogrome stattgefunden hatten und u.a. das jüdische Altersheim in Neustadt in Brand gesteckt worden war. Karl Otto Watzinger, *Geschichte der Juden in Mannheim 1650–1945*, Stuttgart 1984, S. 63–73.

Frankfurt am Main: Bereits am 8. und 9. November kamen viele hessische Juden nach Frankfurt, darunter einige mit schweren Verletzungen. Einige von ihnen wurden im Jüdischen Krankenhaus aufgenommen, das ständig von einem SS-Arzt überwacht und durchsucht wurde, um diejenigen fortzuschicken, die nicht schwer krank waren. Der Chefchirurg des Krankenhauses beging zusammen mit seiner Familie Selbstmord.¹² Aus dem Gemeindehaus wurde alles entwendet. Das Rothschild-Museum wurde in das Stadtarchiv überführt.¹³ Die in einem Sondergebäude untergebrachten Hilfsorganisationen wurden einige Tage lang einem Kommissar der NS-Volkswohlfahrt unterstellt, mussten dann aber ihre Arbeit einstellen. Nur dem Beratungsbüro des Hilfsvereins¹⁴ hat man gestattet, weiterzuarbeiten, es wurde jedoch ebenfalls einem Kommissar unterstellt. Noch bis zum 16. November fanden in großem Rahmen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt.

Konstanz (Bodensee): In der Umgebung von Konstanz kam es zu äußerst brutalen Angriffen.

Nürnberg: Fast alle Häuser wurden zerstört. Einige Männer wurden bei ihrer Festnahme schwer verletzt. In Nürnberg sind 14 Todesfälle bekannt geworden.

München: Ein Jude polnischer Staatsangehörigkeit wurde erschossen.¹⁵

Chemnitz: Der Besitzer eines großen Geschäfts wurde erschossen.¹⁶

Leipzig: Der Friedhof wurde vollkommen zerstört.

Bomsdorf: Ein Junge wurde im Umschulungszentrum erschossen, weil er auf eine Frage nicht schnell genug antwortete.

Ellguth[h]: Dieses Umschulungslager in Oberschlesien musste evakuiert werden.

Großbreesen: Dieses niederschlesische Umschulungslager wurde schwer beschädigt; der Leiter,¹⁷ der Inspektor und alle Jungen über 18 Jahren wurden verhaftet und in ein Konzentrationslager geschickt.¹⁸

Neuendorf: Alle über 20-Jährigen wurden verhaftet und vom Umschulungslager weggebracht.

Caputh (bei Berlin): Das Landschulheim musste unverzüglich geräumt werden. Auf Grund fehlender Transportmöglichkeiten mussten die Kinder mehrere Stunden durch den Wald gehen, um zum Bahnhof zu gelangen.

Lehnitz (bei Berlin): Das Erholungsheim musste evakuiert werden.

Bislang ist wenig über die Behandlung in den Konzentrationslagern bekannt. Doch weiß man, dass die Vorbereitungen für die Aufnahme von Juden bereits von langer Hand ge-

12 Vermutlich ist Dr. Bernhard Rosenthal (1881–1938) gemeint, der die gynäkologische Abt. des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde in Frankfurt a. M. leitete. Seine Ehefrau Nora, geb. Rosenthal, nahm sich nicht das Leben und emigrierte nach Großbritannien.

13 Die Sammlung des Rothschild-Museums dokumentierte die Geschichte der Frankfurter Juden und der Familie Rothschild.

14 Im Original deutsch.

15 Es handelt sich um Joachim Both.

16 In der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 wurde der Direktor des Warenhauses H. & C. Tietz, Hermann Fürstenheim, in seinem Wohnhaus von SA- und SS-Leuten erschossen.

17 Curt Bondy (1894–1972), Psychologe, Sozialpädagoge; 1930–1933 Honorarprofessor in Göttingen, 1933–1936 Mitarbeiter der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung, 1936–1939 Leiter des Auswandererlehrguts Groß-Breesen, Nov. 1938 im KZ Buchenwald inhaftiert; 1939 Emigration in die USA, 1950 Rückkehr nach Deutschland.

18 Als Oberinspektor war Erwin Scheier verantwortlich für die landwirtschaftliche Ausbildung in Groß-Breesen. Er wurde im Nov. 1938 verhaftet und nach Buchenwald verschleppt, emigrierte 1939 nach Großbritannien.

plant waren. So lagen beispielsweise in Dachau über 10000 Kittel mit dem Davidsstern bereit. Unter den Festgenommenen befanden sich mindestens 100 Rabbis, sehr viele Religionslehrer und Studenten, der Direktor der Israelitischen Taubstummenanstalt¹⁹ in [Berlin-]Weißensee, viele führende Persönlichkeiten jüdischer Gemeinden und Organisationen.

Bedauerlicherweise muss man davon ausgehen, dass sich die Behandlung im Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar nicht von der unterscheidet, die bereits nach den Verhaftungen im vergangenen Juni bekannt wurde.²⁰

Situation der Umschulungslager

Flensburg: Bauernhaus zerstört; Deutsche verhaftet, Mädchen und Ausländer nach Hause geschickt.²¹

Bürgerhof: Bauernhaus intakt; Deutsche verhaftet.²²

Urfeld: Haus zum Teil zerstört; Umschüler mussten alles zurücklassen, Arbeit geht nicht weiter.

Gruesen: Mehrere Anschläge; ein Mann im Jüdischen Krankenhaus in Frankfurt am Main; Lager von der SS besetzt; die Deutschen verhaftet; Lager in großer Gefahr; Haus zerstört.

Sennfeld: Widersprüchliche Berichte; vorübergehend in Betrieb.

Ge[h]ringshof: Auszubildende über 20 Jahre verhaftet.²³

Bomsdorf: Haus zerstört; 16-jähriger Junge erschossen; die über 18-Jährigen verhaftet; Kommissar eingesetzt.

Silingtal: Alle Männer verhaftet; drei Frauen setzen die Arbeit fort.

Ellguth: Alle Deutschen verhaftet; Haus nicht zerstört.

Jessen: O.K.²⁴

Neuendorf: 42 Festnahmen; weiter in Betrieb.²⁵

Winkel: O.K.²⁶

Ahrendorf: O.K.²⁷

Havelberg: Einige verhaftet, aber später wieder freigelassen, Betrieb funktioniert.

Steckelsdorf: Völlig zerstört; alle älteren Personen verhaftet.²⁸

Halbe: Lager zerstört.²⁹

19 Felix Reich (1885–1964), Sohn des Gründers der Israelitischen Taubstummenanstalt in Berlin-Weißensee, Markus Reich, der 1919–1939 Direktor der Anstalt war und 1939 nach Großbritannien emigrierte.

20 Zu den Verhaftungen im Juni 1938 siehe Dok. 39 vom 1.6. 1939, Dok. 52 vom Juni 1938 und Einleitung, S. 21f.

21 Kibbuz Jägerlust, Flensburg; verhaftet wurden die männlichen Juden deutscher Staatsangehörigkeit.

22 Vermutlich Brüderhof, Ochsenzoll, am Stadtrand von Hamburg.

23 Gehringshof (bei Fulda), siehe Dok. 171 vom 23.11.1938.

24 Kibbuz Jessen-Mühle in der Nähe von Sommerfeld (heute Lubsko/Polen).

25 Neuendorf bei Fürstenwalde in Brandenburg.

26 Gut Winkel bei Fürstenwalde in Brandenburg.

27 Ahrendorf bei Luckenwalde in Brandenburg, 1936 eröffnet, 1940 in ein Zwangsarbeiterlager umgewandelt, 1941 wurden die letzten Jugendlichen aus Ahrendorf nach Neuendorf verlegt und von dort aus 1943 nach Auschwitz deportiert.

28 Steckelsdorf bei Rathenow, 70 km westlich von Berlin, 1940 in ein Zwangsarbeiterlager umgewandelt.

29 Halbe: südlich von Berlin.

Polzenwerder: O.K.

Freienstein: Alle älteren Personen verhaftet; Situation des Lagers unbekannt.

Die meisten der Kibbuzim sind zerstört und die älteren Personen verhaftet worden.

Verbürgtes Material. Die Quelle wird durch den Anfangsbuchstaben angezeigt.³⁰

Hagenow: Die Scheunen der jüdischen Gutsbesitzer wurden in Brand gesetzt, nachdem man vorher sorgfältig die Türen verschlossen hatte.

Die gesamten Lagervorräte, vor allem Korn, wurden vernichtet, und zwölf Kühe kamen in den Flammen um.

Der Besitzer – Name des Juden unbekannt – wurde wegen Brandstiftung verhaftet.

Lichtenburg: Die jüdischen Insassen des Konzentrationslagers dürfen auf Grund der Ermordung von vom Rath weder schreiben noch Post erhalten.

Wien: Alle Synagogen zerstört, einschließlich der Synagoge in der Seitenstettengasse, die vor über 100 Jahren im Beisein von Kaiser Franz Joseph eingeweiht wurde und in der Beethoven dem jungen Komponisten und Sänger Salomon Sulzer zu lauschen pflegte.³¹

Wien: Tausende jüdischer Wohnungen wurden überfallen – angeblich, wie in der Presse behauptet wurde, um nach Waffen zu suchen –, und in Abwesenheit der Ehemänner, Väter oder Brüder, die man in Konzentrationslager verschleppt hatte, wurde die Herausgabe des Schmucks verlangt und dieser dann gestohlen.

Alten Frauen nahm man ihre goldenen Eheringe ab und mittellosen alten Leuten die Unterstützung, die sie von der Wohlfahrt erhalten.

Wien: Vor verschiedenen Konsulaten wurden Juden verhaftet, obwohl sie bereits die Zusagen für ihre Visa und ihre Unbedenklichkeitserklärungen³² vom Finanzamt besaßen. Schläge waren durchaus an der Tagesordnung, wenn diese Menschen in den Polizei- oder Gestapodienststellen ankamen.

Wien: Viele jüdische Familien wurden einfach aus ihren Wohnungen vertrieben, die Türen verschlossen und die Schlüssel von ihren arischen Verfolgern mitgenommen. Männer und Frauen mussten nachts ohne einen Pfennig in der Tasche durch die Straßen ziehen oder um Unterschlupf bitten.

Die Juden durften generell nicht in die Kaffeehäuser und Restaurants, und es wurden Anordnungen erlassen, wonach es verboten war, ihnen Essbares zu verkaufen.

Stuttgart: Alle männlichen Juden, die der amerikanische Konsul mit ihren Frauen oder anderen Verwandten für Montag, den 14. November, zu sich bestellt hatte, wurden in der Nacht zuvor in ihren Pensionen oder Wohnungen verhaftet, sodass sie ihren Termin nicht einhalten konnten. Am nächsten Morgen fand der amerikanische Konsul mehrere Hundert jüdischer Frauen vor, Verwandte der Verhafteten, die ihn bekneteten, die Festgenommenen zu befreien.

³⁰ Am Ende jeder der folgenden Meldungen ist als Hinweis auf den Informanten ein Buchstabe angegeben, der hier nicht mit abgedruckt wurde.

³¹ Der Stadttempel in der Seitenstettengasse, die Hauptsynagoge in Wien, wurde in Brand gesteckt, jedoch nicht zerstört, da sich das Gebäude in einem Wohngebiet befand. Die Synagoge war 1826 eingeweiht worden.

³² Im Original deutsch. Auswanderer mussten eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes vorlegen, aus der ersichtlich war, dass sie keine Steuerschulden hatten; siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

Karlsruhe: Die Kinder im Jüdischen Kinderheim wurden aus ihren Betten geworfen und auf die Straße gejagt.

Mannheim: Die Bewohner des Jüdischen Altersheims wurden aus ihren Zimmern und aus dem Heim geworfen.

Wartenstein/Ostpreußen: Der örtliche Bürgermeister trug selbst die Fackel, mit der die Synagoge angezündet wurde.

Berlin: Neun Arier wurden in Dahlem am 10. November verhaftet, weil sie gesagt hatten, sie würden sich für das Geschehene schämen.

Das Wirtschaftsministerium schickte zehn Mitarbeiter vom Rang eines Regierungsrats auf die Straße, um das Ausmaß der Plünderungen vom 10. November zu untersuchen.

Himmler nahm unmittelbar vor Ausbruch der „spontanen“ Demonstrationen vier Wochen Urlaub und überließ Heydrich die Arbeit, um später ein Alibi zu haben. Heydrich arbeitete in dieser Angelegenheit eng mit der Arbeitsfront zusammen.

In Sachsenhausen wurde den dorthin gebrachten Juden der Kopf rasiert, sie wurden wie Schweine behandelt; vorbestrafte Männer wurden als Wächter oder „Stubenälteste“³³ eingesetzt, und ihnen wurde das Kommando über die Baracken erteilt; die Neuankömmlinge erhielten gestreifte Gefängniskleidung.

Baracken für mehrere Tausend hatten bereits seit Wochen bereitgestanden, um die Juden aufzunehmen, und einen von denen, die das Kommando über die Baracken führten, konnte man „Na, endlich!“ ausrufen hören, als der erste Transport mit Juden eintraf.

Wien: Bericht 16. Nov.: Die Bewohner Hunderter jüdischer Wohnungen wurden einfach bei wohlhabenderen jüdischen Familien abgeladen, die über größere und mehr Räume verfügten. In die Wohnungen der so zwangsweise Ausquartierten zogen Angehörige der Deutschen Arbeitsfront ein.

Tausende wurden gezwungen, ihr gesamtes Mobiliar für ein Dreißigstel oder ein Vierzigstel des Werts zu verkaufen, und konnten dann noch froh sein, dass sie überhaupt so viel bekamen.

Hunderte von Juden mussten die kalten Nächte auf Parkbänken verbringen, weil sie nirgends hingehen konnten. Man konnte wohlhabende Juden sehen, die ihre guten Anzüge zur Pfandleihe brachten, um ihre Familie vorm Verhungern zu bewahren. Man hat ihnen ihre gesamten Bankkonten, Wertsachen, Bargeld und Wertpapiere geraubt.

Mödling bei Wien: Die Juden wurden gezwungen, die „Thorarollen“³⁴ und Gebetbücher in die Flammen der brennenden Synagoge zu werfen.

Hamburg: Zwei Zugladungen mit Juden, insgesamt etwa 1700 Männer, wurden mit dem Ziel Konzentrationslager nach Berlin verschickt.

Leipzig: Nach der Verhaftung aller Männer wurden die Frauen und Kinder in den Fluss getrieben, wo sie stundenlang im kalten Wasser stehen mussten.

Berlin: Die Arbeitsfront forderte, dass alle Hotels jüdische Gäste abweisen sollten. Die kleinen Hotels stimmten zu, doch die großen erklärten, dass sie sich im Hinblick auf ihre internationale Klientel nicht daran halten könnten.

Wien: Nazis drangen in viele Häuser ein und sagten: „Wir geben euch 400 Mark für euren gesamten Haushalt. Wenn ihr zustimmt, gut, wenn nicht, bringen wir euch nach Dachau!“

Sachsenhausen: Essen ist halbwegs gut. Die Baracken sind beheizt. Aber die Behandlung

³³ Im Original deutsch.

³⁴ Im Original deutsch.

ist barbarisch. Die Juden müssen zehn Stunden täglich Schwerstarbeit verrichten, vor allem Stahlträger schleppen.

Buch[en]wald: Der erste Transport mit Juden in dieses Konzentrationslager, das für sein Schlägerregiment bekannt ist, musste zwölf Stunden lang in Reih und Glied stehen. Wer eine schwache Blase oder einen schwachen Darm hatte und infolgedessen dem Ruf der Natur nicht widerstehen konnte, wurde mit 25 Peitschenhieben dafür bestraft, dass er seine Kleidung beschmutzt hatte.

Mannheim: Es ist den Juden verboten, Essen und Trinken in irgendeinem arischen Geschäft zu kaufen. Es gibt jedoch keine jüdischen Geschäfte, weil alle zerstört worden sind.

München: Jüdische Geschäfte wurden geplündert. Den Juden wurde verboten, Lebensmittel in arischen Geschäften zu kaufen. Hunderte Juden erhielten den Befehl, den Bezirk bis Samstag, den 12. November, zu verlassen. (Die Polizei widersprach dem, doch die Partei bestand darauf.)

Nazis drangen in jüdische Wohnungen ein und nahmen die Radiogeräte mit der Behauptung mit, es handele sich dabei um „deutsches Kulturgut“.³⁵

Die Banken erhielten die Anweisung, Juden nicht mehr als 100 Mark wöchentlich von ihren Konten auszuzahlen.

Breslau: Jüdische Telefone wurden ausgestöpselt und keine Anrufe von ihnen angenommen. Eine wohlhabende Familie, die aus drei Zweigen besteht, ...³⁶

Ereignisse in Berlin

10.-14. November 1938

Unmittelbar im Anschluss an die Trauerfeier „für die gefallenen Mitglieder der Bewegung“ wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. November im ganzen Reich die Synagogen in Brand gesetzt. Zur gleichen Zeit tauchte die Feuerwehr auf, um die umliegenden Gebäude zu schützen. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Juden, die sich das Ausmaß des Geschehens zunächst nicht vorstellen konnten. Sie eilten zu den Synagogen und stießen einen Seufzer der Erleichterung aus, wenn sie die Löschfahrzeuge in der Ferne erblickten. Geduldig warteten sie darauf, dass die Feuerwehr etwas unternähme, doch bald erkannten sie die schreckliche Wahrheit – die Feuerwehr schaute nur zu. Einer wagte zu fragen: „Warum tun Sie nichts?“ „Wir haben keinen Befehl“, antwortete ein Feuerwehrmann. Der Jude wurde umgehend von der Gestapo verhaftet.

In manchen Fällen baten die Juden um Erlaubnis, die Gesetzesrollen vor dem Feuer zu retten, doch alle, die näher kamen und Interesse am Geschehen zeigten, wurden verhaftet. „Die Gesetzesrollen sollen vernichtet werden“, sagte ein Polizist leise, „das ist Befehl.“ Mit einem lauten Donnern stürzte die Kuppel der neuen „Prinzregenten“-Synagoge ein, und das Feuer im Friedentempel³⁷ in der Fasanenstraße wütete noch lange weiter.

Währenddessen gingen SA-Leute zu allen jüdischen Geschäften und schlugen die Schau Fenster ein. Diese „Arbeit“ wurde von jungen Burschen im Alter von 16 bis 19 Jahren ausgeführt. Es ließ sich problemlos feststellen, welches jüdische Geschäfte waren, da diese auf polizeiliche Anordnung hin mit einheitlichen Buchstaben und Aufschriften gekennzeichnet waren. Die Organisation dieses Pogroms war beispielhaft. Nach dieser Vorarbeit kamen Gruppen, bestehend aus sechs Männern, SA- und SS-Leute in Zivil, vorbeimar-

³⁵ Im Original deutsch.

³⁶ Satz im Original unvollständig.

³⁷ Im Original deutsch.

schiert, spazierten durch die offenen Fenster in die Geschäfte und plünderten diese. Sie warfen sämtliche Regale und Schränke um und zertrümmerten alles mit Brechstangen. Die Bevölkerung guckte schweigend und missbilligend zu, doch nur selten traute sich jemand, laut zu protestieren. Die SA- und SS-Leute in Zivil drohten denen, die Kritik übten, mit Aussprüchen wie: „Du willst wohl diese Judenhunde beschützen, hm?“ Aus Angst hielten die Leute den Mund.

Während die Plünderungen und Raubzüge in den Geschäften des Westteils stattfanden, brachen junge Uniformierte in die Wohnungen im Ost- und Nordteil der Stadt ein, wo sie die Wertgegenstände sicherstellten und den Rest zerstörten.

Gegen Mittag befand ich mich zufällig in einem kleinen Gemüseladen in der Stadtmitte, als der Sohn der Besitzerin eine große Menge Kartons hereinbrachte. Als er sich mit einem dicken Stock in der Hand zum Gehen wandte, sagte die Frau zu ihm: „Warum machst du das, mein Sohn? Was ist, wenn die Polizei dich sieht?“ Woraufhin der Junge antwortete: „Ja, was denn, was denn wohl? Ich habe ein Schreiben, das mich dazu berechtigt.“

Gegen vier Uhr nachmittags erschienen die Zeitungen mit einem Aufruf von Goebbels, die Plünderungen zu beenden. Das gab vielen den Mut, auf die Plünderer zuzugehen, um sie auf diesen Befehl hinzuweisen. Um acht Uhr abends rief ein Mann neben mir den Plünderern, die Gegenstände aus einem jüdischen Restaurant in der Joachimstaler Straße schleppten, zu: „Stopp: Goebbels hat befohlen, dass das aufhört!“ Doch ein Mann mit einem Stemmeisen antwortete gereizt: „Ich hab’ den Befehl vom Polizeipräsidenten und zeig’s dir gleich!“ Daraufhin verschwand der erste Mann, und die Plünderungen gingen weiter, bis alle jüdischen Geschäfte ausnahmslos zerstört waren.

In der Zwischenzeit wurden die jüdischen Institutionen zerstört, verschlossen und die Führer verhaftet. Die Dokumente, vor allem Zertifikate³⁸ und Auswanderungspapiere, wurden beschlagnahmt oder vernichtet. Gleichfalls wurden die Organisationsgelder konfisziert.

Das Jüdische Museum wurde enteignet und dessen Direktor, Professor Landsberger,³⁹ verhaftet. Die Büros und Räume der Gemeinde wurden von der Gestapo versiegelt.

Am folgenden Tag befahl die Polizei den jüdischen Geschäftsinhabern, ihre Geschäfte bis 11 Uhr vormittags mit Brettern zu vernageln und *die ganze Unordnung zu beseitigen, die durch ihre eigene Schuld entstanden sei*. Danach wurde den Besitzern „geraten“, die „Arisierung“ ihrer Geschäfte zu beschleunigen. An der Bretterverkleidung erschienen Aufschriften, auf denen es hieß, „Arisierung eingeleitet“. Die Geschäfte wurden zu lächerlichen Preisen übereignet. Hinter den zugenagelten Fenstern saßen gebrochene Menschen – Menschen, die noch am Tag zuvor auf eine bessere Zukunft anderswo gehofft hatten, die mit Auswanderungsplänen beschäftigt waren und die gehofft hatten, ihre Geschäfte auf normale Art und Weise verkaufen zu können. Und nun würden sie, dem wohl organisierten Plan zufolge, verhaftet werden. Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Fachleute, wichtige Geschäftsleute, Künstler – jeder von ihnen im deutschen Judentum bekannt und

38 Gemeint sind Zertifikate für die Auswanderung nach Palästina.

39 Dr. Franz Landsberger (1883–1964), Kunsthistoriker; 1918–1933 Professor in Breslau, 1917–1933 Hrsg. der Zeitschrift „Schlesische Monatshefte“, 1935–1938 Direktor des Jüdischen Museums Berlin, im Nov. 1938 im KZ Sachsenhausen inhaftiert, 1939 Emigration nach Großbritannien, später in die USA, dort Forschungsprofessor.

angesehen. Danach wurden alle staatenlosen Juden (ehemalige Russen) verhaftet. Am dritten Tag, d.h. am 14. November, belief sich die Zahl der Festgenommenen auf mehr als hunderttausend.⁴⁰ Wenn sie die gesuchten Personen zu Hause nicht vorfanden, warteten die Beamten dort auf sie, bis die ahnungslosen Menschen zurückkehrten. Das nennt man dann „Judenfalle“. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man den reichen Juden. Die Hausbesitzer wurden „angewiesen“, sich mit den Beamten zum Rechtsanwalt zu begeben und vor diesem zu erklären, dass sie dem Staat „freiwillig“ ihren Besitz übereigneten. Selbst die Kranken in den Hospitälern wurden nicht verschont. Menschen, die schwerkrank waren, starben nach ihrer Verhaftung. Zahlreiche Verhaftete wurden in die Konzentrationslager gebracht – währenddessen gehen die Verhaftungen im gleichen Stil weiter. Die verschreckten Menschen, die ihren ganzen Besitz verloren hatten, versuchten sich selbst zu retten und hofften, Zuflucht bei ihren arischen Freunden zu finden. Doch diejenigen, die den Juden halfen, wurden dafür verhaftet, und nun irren die Menschen durch die Straßen oder im Umland durch den Nebel. Die Jagd auf die Juden, die einer Fuchsjagd ähnelt, bereitet den vergnügungssüchtigen SS- und SA-Truppen besondere Freude. Ich habe mit einigen der verzweifelte Menschen gesprochen. Wenn keine Hilfe von außen kommt, nehmen sie sich lieber das Leben, als in die Hände der Gestapo zu fallen.

Am 15. November gingen die Verhaftungen mit ungebremsster Gewalt weiter. Dies dient als Druckmittel für die Zahlung von einer Milliarde Mark.

DOK. 186

Das Reichserziehungsministerium initiiert am 1. Dezember 1938 eine Diskussion darüber, wie die Kosten für separate jüdische Schulen der Reichsvertretung aufgebürdet werden können¹

Vermerk des Reichserziehungsministeriums (Unterschrift unleserlich) vom 1.12.1938²

Über die Regelung des Schulwesens für die Juden ist heute unter Vorsitz des Herrn Ministerialdirektor Dr. Holfelder³ mit Vertretern des Stellvertreters des Führers, des Preuß. Ministerpräsidenten, des Reichsministers des Innern, des Auswärtigen Amts und der Geheimen Staatspolizei eingehend verhandelt worden. Das Ergebnis der Besprechung lässt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

1. Öffentliche jüdische Schulen dürfen nicht mehr bestehen. Es kann in Zukunft der öffentlichen Hand nicht mehr zugemutet werden, Judenschulen zu unterhalten. Soweit Synagogen Träger von Judenschulen waren, haben die Synagogen das Öffentlichkeits-

⁴⁰ Tatsächlich wurden nach dem Novemberpogrom 25000–30 000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt, aus Berlin etwa 10000.

¹ BArch, R 4901/1787, Bl. 100–103.

² Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

³ Dr. Albert Holfelder (1903–1968), Staatswissenschaftler; 1930–1933 Assistent an der TH Dresden; 1933 NSDAP-, 1935 SS-Eintritt; 1934–1945 im REM tätig als Ministerialrat, Chef des Ministeramts und 1938–1945 als Ministerialdirektor und Leiter des Amts Erziehung, 1936–1944 Mithrsg. der Zeitschrift „Weltanschauung und Schule“; 1940 SS-Standartenführer; 1945 in amerik. Internierung, von 1953 an Cheflektor für Pädagogik im Georg-Westermann-Verlag.

recht auf Grund des Gesetzes über die Rechtsstellung der jüdischen Kultusverbände verloren.⁴

2. Die Schulpflicht für Juden soll bestehen bleiben, Analphabeten sind stets eine Gefahr für eine Gemeinschaft. Dazu kommt, daß der Auswanderung von Analphabeten Schwierigkeiten bereitet werden.

3. Von der Schulpflicht zu unterscheiden ist die Beschulungspflicht. Eine Beschulungspflicht für Juden besteht rechtlich nicht. Trotzdem wird der Staat aus politischen Gründen dafür sorgen, daß die jüdischen Kinder beschult werden.⁵

4. Die Beschulungspflicht soll einer zu errichtenden Reichsvereinigung der Juden⁶ übertragen werden. In dieser Reichsvereinigung werden voraussichtlich sämtliche jüdischen Organisationen irgendwelcher Art zusammengefaßt werden. Diese Reichsvereinigung wird Beiträge erheben können, um die ihr obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Bei diesen Aufgaben stehen an der Spitze die Auswanderung und die Fürsorge für die in Deutschland verbleibenden Juden. Das Judentum in Deutschland ist ganz besonders stark überaltert. 65 % der Juden sollen über 50 Jahre alt sein, die Auswanderung wird daher im wesentlichen für jüngere Juden in Frage kommen. Unter dem Sammelbegriff „Auswanderung“ werden auch die Ausgaben gebracht werden können, die für das jüdische Schulwesen erforderlich werden.

5. Im Rahmen der Reichsvereinigung werden auch die vielen jüdischen Stiftungen, deren Kapital sich im Rahmen des Erziehungsministeriums auf etwa 4 Millionen RM beläuft, eingebracht werden. Sie werden zu einer einzigen Stiftung zusammenzufassen sein, die Zinsen werden für Zwecke der Reichsvereinigung verbraucht werden können.

6. Die beamteten jüdischen Lehrer werden zur Ruhe gesetzt. Das Ruhegehalt wird der letzte Besoldungsträger, bei Volksschulen also die Landesschulkasse zu zahlen haben.

7. Die ausländischen Juden sind grundsätzlich wie inländische Juden zu behandeln. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes wies darauf hin, daß wir im Interesse des Auslands bisher einen Unterschied gemacht hätten, daß dieser Unterschied aber in Zukunft wegfallen müsse. Das Ausland werde Verständnis für die deutsche Maßnahme aufbringen müssen. Wenn es das nicht tue, so könne das Geschrei des Auslandes bei der Durchführung der Maßnahme auch nicht größer werden, als es zur Zeit schon sei. Es sei deshalb besser, jetzt gleich ganze Arbeit zu leisten, als diese Maßnahme in Etappen durchzuführen. Ministerialdirektor Dr. Holfelder fügte dem bei, daß es den ausländischen Juden im allgemeinen kaum zugemutet werden könne, dauernden Anfeindungen von deutschen Schülern ausgesetzt zu sein, wenn sie eine deutsche Schule besuchen.

8. Es bestehen zur Zeit 18 jüdische höhere Schulen. Ob diese Zahl auch in Zukunft erforderlich sein wird, wird im einzelnen noch beraten werden müssen. Die bestehenden Schulen werden jedenfalls nur im Rahmen und in der Trägerschaft der kommenden Reichsvereinigung der Juden aufrechterhalten werden können.

9. Bei der Berufsschule wird eine Beschulungspflicht des Staates oder der Gemeinden oder anderer öffentlich rechtlicher Träger gleichfalls nicht anerkannt; Juden werden daher von Schulträgern zur Berufsschule nicht herangezogen werden. Wieweit die Reichs-

4 Siehe Dok. 23 vom 28.3.1938.

5 Beschulungspflicht: Pflicht, den Schulbesuch zu ermöglichen.

6 Im Febr. 1939 wurde die Reichsvertretung der Juden zur Reichsvereinigung umgebildet; siehe Einleitung, S. 61f.

vereinigung Berufsschulen errichtet, mag sie selber prüfen. Ein Bedürfnis wird, wenn überhaupt, nur für ungelernte Arbeiter bestehen, da nach dem kommenden Berufsausbildungsgesetz ein Jude nicht Lehrling sein kann.⁷

10. Auf dem Gebiete der Lehrerbildung bestehen zur Zeit 2 Anstalten – in Berlin und in Würzburg. Die Frage ihres Weiterbestehens ist von minderer Wichtigkeit, die Verhältnisse werden abgewartet werden können. Man wird vielleicht dazu kommen, die beiden Schulen, die aus jüdisch-religiösen Gründen getrennt bestanden haben, zusammenzulegen, vielleicht wird man auch in Zukunft nur Schulungskurse für Juden zulassen, da die vorhandenen Juden auf Jahre hinaus das Unterrichtsbedürfnis jüdischer Schüler decken werden.

11. Schulische Veranstaltungen berufsbildender Art werden nur im Rahmen der Reichsvereinigung der Juden zugestanden werden können. Die Durchführung solcher Kurse wird nicht unerheblich davon abhängen, ob die Reichsvereinigung Mittel für diese Zwecke übrigbehält.

12. Es besteht keine Möglichkeit, einen Teil der von den Juden aufzubringenden Milliarde Kontribution (vgl. Verordnung über Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12.11.38 – RGBl. I S. 1579)⁸ für Zwecke des jüdischen Schulwesens abzuziehen. Nach Angaben von Herrn Ministerialrat Richter ist diese 1 Milliarde durch die Anforderungen fast aller Fachminister und anderer Stellen bereits mehrfach „überzeichnet“.

DOK. 187

In den Richtlinien für den Dienstunterricht in der Wehrmacht vom 1. Dezember 1938 wird das antisemitische Weltbild skizziert¹

Richtlinien für den Unterricht über politische Tagesfragen,² 1.12.1938, Nr. 24

Der Weltkampf des Juden.

Der Kampf des Juden um die Weltherrschaft ist so alt wie die Geschichte des jüdischen Volkes. In der Erfüllung seines Weltherrschaftstraumes sieht der Jude zugleich die Erfüllung seiner Religion, nach der ihm die Herrschaft über alle Völker von Jehova versprochen worden ist. Seinem Blut und seinem Wesen nach führte der Jude diesen Kampf von jeher nicht als einen heldischen Machtkampf, sondern er nistete sich als Schmarotzer in andere Völker ein und ließ sie für sich die Waffen führen und die Arbeit verrichten. Er selbst strich nur die Beute und den Gewinn ein.

So nistete sich der Jude in Ägypten ein. So setzte er sich in Rom, der Hauptstadt der alten Welt, fest und begleitete als Händler und Ausbeuter die römischen Legionen auf ihren Kriegszügen in West- und Mitteleuropa.

Mit dem Beginn der Städtegründung in der deutschen Kaiserzeit begann sich der Jude in die Geschichte der Deutschen mit Leihkapital und Handel einzuschalten. Obwohl er un-

⁷ Das Berufsausbildungsgesetz wurde 1938 zwar diskutiert, jedoch nicht verabschiedet.

⁸ Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

¹ BArch, RWD 12/201.

² Die Richtlinien wurden von 1934 an herausgegeben, um den weltanschaulichen Unterricht in der Wehrmacht zu vereinheitlichen und an der NS-Ideologie auszurichten.

ter Fremdenrecht stand, verstand er es, durch sein wucherisches Vorgehen sich Reichtum und mit dem Gelde Macht zu verschaffen. Dies erregte den Haß des Volkes und führte wiederholt zu scharfen Gegenmaßnahmen gegen den Fremdrassigen. Im weiteren Verlauf führte der gesunde Sinn des Volkes zu einer äußeren Trennung von den jüdischen Parasiten, die auf besondere Wohnbezirke, „Ghetto“ genannt, beschränkt wurden.

Mit Hilfe der Freimaurerei verstand er es im 18. Jahrhundert zunächst, in England und Frankreich seine gesellschaftliche Stellung zu heben. In der französischen Revolution forderte er Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für alle Menschen. Auch in Deutschland gelang es ihm, mit Hilfe der Freimaurerlogen die gleiche Bresche zu schlagen. 1812 wurden die Juden in Preußen gleichberechtigte Bürger, allerdings noch ohne Zulassung zu den Staatsämtern. Der judenfreundliche Staatskanzler von Hardenberg führte die Judenemanzipation durch. Schon damals schrieb Fichte:

„Fast durch alle Länder von Europa verbreitet sich ein mächtiger feindlich gesinnter Staat, das Judentum. Fällt Euch denn hier nicht der begreifliche Gedanke ein, daß die Juden, welche ohne Euch Bürger eines Staates sind, der fester und gewaltiger ist als die unserigen alle, wenn Ihr ihnen auch noch das Bürgerrecht in Euren Staaten gebt, Eure übrigen Bürger völlig unter die Füße treten werden?“³

Bei der Revolution von 1848 trat der Jude schon politisch in den Vordergrund. Die Einführung des Parlaments und die Entstehung der politischen Parteien standen unter stärkstem jüdischen Einfluß. Der Vater des konservativen Parteiprogramms war der Jude Stahl. Maßgebende Nationalliberale waren die Juden von Simson, Lasker, Bamberger. Der deutschen Arbeiterbewegung bemächtigten sich die Juden Karl Marx und Lassalle. Wie der Jude die Parteien selbst durchsetzte, so durchsetzte er sie auch mit den ihm hörigen Freimaurern.

So konnte es bereits 1849 geschehen, daß der Jude Bernhard von Simson⁴ die deutsche Kaiserkrone Friedrich Wilhelm IV. im Namen der deutschen Nationalversammlung anbot. Der gleiche Jude von Simson führte 22 Jahre später, 1871, die Deputation des deutschen Reichstages, die König Wilhelm I. um Übernahme der Kaiserkrone bat.

Um die Jahrhundertwende wurde der jüdische Einfluß immer stärker. Er wirkte sich aus in der Umgebung des Kaisers selbst, z. B. die Juden Ballin und Rathenau; in der Bank- und Börsenwelt z. B. die Juden Bleichröder, Warburg, Goldschmidt und Friedländer-Fuld; in der deutschen Presse z. B. die Juden Theodor Wolff und Georg Bernhard.

Ungeheuer groß war die Zahl der Juden in maßgebenden Stellungen und der Einfluß, den sie schon damals in den politischen Parteien, über Bank und Börse, Kaufhäuser und Einzelhandel, über Presse und Zeitschriften, über Theater und Hochschulen, über Logen und Vereine im deutschen Volke ausübten.

Um diese Zeit kennzeichnete der Jude und Hochgradfreimaurer Rathenau den jüdischen „Staat im Staate“ mit folgenden Worten:

3 Richtig: „Fast durch alle Länder von Europa verbreitet sich ein mächtiger, feindseelig gesinnter Staat, der mit allen übrigen im beständigen Kriege steht, und der in manchen fürchterlich schwer auf die Bürger drückt; es ist das Judentum. Ich glaube nicht, und ich hoffe es in der Folge darzuthun, dass dasselbe dadurch, dass es einen abgesonderten, und so fest verketteten Staat bildet, sondern dadurch, dass dieser Staat auf den Haß des ganzen menschlichen Geschlechts aufgebaut ist, so fürchterlich werde.“ Johann Gottlieb Fichte, Beitrag zur Berichtigung der Urtheile des Publikums über die französische Revolution, in: J. G. Fichte, Werke 1791–1794, hrsg. von Reinhardt Lauth, Hans Jacob unter Mitwirkung von Manfred Zahn und Richard Schottky, Stuttgart 1964, S. 292.

4 Richtig: Martin Eduard Sigismund Simson, seit 1888 von Simson (1810–1899).

„Seltsame Vision! Inmitten deutschen Lebens ein abgesonderter, fremdartiger Menschenstamm, glänzend und auffallend staffiert, von heißblütig beweglichem Gebaren. Auf märkischem Sande eine asiatische Horde. Im engen Zusammenhang unter sich, in strengster Abgeschlossenheit nach außen – so leben sie in einem halb freiwilligen, unsichtbaren Ghetto, kein lebendes Glied des deutschen Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe –.“⁵

In der übrigen Welt aber arbeitete diese „asiatische Horde“, überall ein fremder Organismus im Leibe der Völker, an der Einkreisung des deutschen Reiches, das ihm noch nicht so weit hörig war wie die westlichen Demokratien und Amerika. Dort beherrschte er die Regierungen bereits durch eigene Männer und seine Vertrauensmänner, die Hochgradfreimaurer. So saßen in England im Kronrat des Königs, bestehend aus 12 Männern, allein 10 Juden und jüdisch Versippte. Für Finanz, Wirtschaft, Presse, Theater und Geistesleben gilt hier wie in Frankreich und Italien das gleiche wie über Deutschland Gesagte, nur noch in verstärktem Maße. Der französische Präsident der Republik Poincaré war Hochgradfreimaurer, desgleichen sein Minister des Äußeren Delcassé und viele maßgebenden Politiker. Noch vorherrschender war[en] der Jude und seine Trabanten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Mit Recht galt für die geheime Weltherrschaft des Judentums Rathenaus Wort:

„Dreihundert Männer, die sich untereinander kennen und ihren Nachfolger aus ihrer Umgebung suchen, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents. Die Stunde hat geschlagen für die Hochfinanz, öffentlich ihre Gesetze der Welt zu diktieren, wie sie es bisher im Verborgenen getan hat. Die Hochfinanz ist berufen, die Nachfolge der Kaiserreiche und Königtümer anzutreten mit einer Autorität, die sich nicht nur über ein Land, sondern über den ganzen Erdball erstreckt.“⁶

Das Freimaurerattentat von Sarajewo⁷ im Auftrage der jüdischen Weltleitung war das Signal zum Weltkrieg.

Der heldenhafte Abwehrkampf des deutschen Volkes wurde durch die Juden und ihre Helfershelfer verraten. Sie zersetzten die deutsche Widerstandskraft durch ihren Einfluß in den Kriegsgesellschaften, in der Rohstoffversorgung, im Getreide- und Lebensmittelhandel, in der Presse und in den politischen Parteien. Sie nahmen den von der jüdischfreimaurerischen Propaganda der Feindmächte aufgeworfenen Ball auf und suggerierten durch Flugzettel und Flüsterpropaganda dem deutschen Volke, daß der Krieg nicht gegen

5 Richtig: „Seltsame Vision! Inmitten deutschen Lebens ein abgesondert fremdartiger Menschenstamm, glänzend und auffällig ausstaffiert und von heißblütig beweglichem Gebahren. Die gezwungene Heiterkeit dieser Menschen verräth nicht, wie viel alter, ungesättigter Haß auf ihren Schultern lastet. Sie ahnen nicht, daß nur ein Zeitalter, das alle natürlichen Gewalten gefesselt hält, sie vor dem beschützen mag, was ihre Väter erlitten haben. In engem Zusammenhang unter sich, in strenger Abgeschlossenheit nach außen. So leben sie einem halb freiwilligen, unsichtbaren Ghetto, kein lebendes Glied des Volkes, sondern ein fremder Organismus in seinem Leibe.“ Höre Israel! in: Die Zukunft, hrsg. von Maximilian Harden, Nr. 28 vom 6.3.1897, Bd. 18, S. 454. Der Artikel wurde unter dem Pseudonym W. Hartenau publiziert.

6 Nur der erste Satz stammt aus einem Artikel über die Ausbildung junger Menschen vor dem Hintergrund der Gegensätze zwischen Stadt und Land, Tradition und Moderne; Walther Rathenau, Unser Nachwuchs, in: Neue Freie Presse, Morgenblatt, Wien, Nr. 16288 vom 15.12.1909, S. 5. In antisemitischen Diskursen wird das Zitat bis heute verfälscht.

7 Am 28.6.1914 wurden der öster.-ungar. Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau in Sarajevo von einem Studenten erschossen.

das deutsche Volk gerichtet sei, sondern nur gegen das autokratische Regierungssystem, den preußischen Militarismus und das Hohenzollernhaus.

(Diese damals geübte Methode versucht auch heute wieder Weltjuda dem deutschen Volke gegenüber anzuwenden.)

Unmißverständlich kam die Absicht Judas in den Worten des Juden Rathenau zum Ausdruck:

„Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser als Sieger mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durch das Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.“⁸

Gleich deutlich drückt sich der jüdische „Vorwärts“, Redakteur der Jude Stampfer, aus: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Flagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben.“⁹

Als „Sündenbock“ wurde dem deutschen Volke der Feldherr Ludendorff hingehalten. So äußerte sich Rathenau zu seinem Rassegenossen Eisner:

„Es ist uns im letzten Augenblick gelungen, alle Schuld auf Ludendorff zu werfen.“¹⁰

Wer die Erben dieser unseligen jüdischen Saat waren, das geht aus der Zusammensetzung der Führung nach der Novemberrevolte klar hervor. An der Spitze die Freimaurer Ebert und Scheidemann, die Juden Landsberg und Haase, der Urheber der Marinemeuterei von 1917; im Vollzugsrat der tschechische Jude Kautzky; in der Leitung der Arbeiter- und Soldatenräte der Jude Cohen als Vorsitzender und weitere 15 Juden; an der Spitze der Landesregierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Baden die Juden Hirsch, Eisner, Gradnauer und Haas. Nicht besser sah es in den nachgeordneten Stellen aus.

Welches Geschick dem geschlagenen deutschen Volke von der jüdischen Weltleitung zugedacht war, darüber schrieb der jüdische Prophet Walter Rathenau 1919 in den „Züricher Nachrichten“:

„Wer in 20 Jahren Deutschland betritt, das er als eines der blühendsten Länder gekannt hat, wird niedersinken vor Scham und Trauer. Die großen Städte des Altertums: Babylon, Ninive, Theben u.a. waren aus weichem Lehm gebaut; die Natur ließ sie zerfallen und glättete Boden und Hügel. Die deutschen Städte werden nicht als Trümmer stehen, sondern als halberstorbene, steinerne Blöcke, noch zum Teil bewohnt von kümmerlichen Menschen. Ein paar Stadtviertel sind belebt; aber aller Glanz und alle Heiterkeit ist gewichen. Müde Gefährte bewegen sich auf dem morschen Pflaster, Spelunken sind erleuchtet, die Landstraßen sind zertreten, die Wälder sind abgeschlagen, auf den Feldern keimt dürrtige Saat. Häfen, Bahnen, Kanäle sind verkommen, und überall stehen traurige Wohnungen, die hohen, verwitterten Zeichen aus der Zeit der Größe.¹¹ Ringsumher blühen erstarrt alte und neue Länder im Glanze und Leben neuer Technik und Kraft,

8 Walther Rathenau, Der Kaiser. Eine Betrachtung; verfasst 1919; Abdruck in: Walther Rathenau, Schriften der Kriegs- und Nachkriegszeit, Gesammelte Schriften, Bd. 6, Berlin 1929, S. 305.

9 Richtig: „Deutschland soll – das ist unser fester Wille als Sozialisten – seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztmal siegreich heimgebracht zu haben“; Der gerade Weg, in: Vorwärts, Nr. 289 vom 20. 10. 1918, S. 1f. Der Artikel ist nicht namentlich gezeichnet.

10 Nach Ludendorffs Adjutanten Wilhelm Breucker sagte Rathenau während der Tagung der Nationalversammlung 1919: „... es sei diesen Kreisen in letzter Stunde gelungen, alle Schuld auf Ludendorff zu werfen.“ Zur langjährigen Kontroverse über die Formulierung dieses Satzes siehe FAZ, Nr. 255 vom 3. 11. 1952, S. 2.

11 Richtig: „... und überall stehen traurige Mahnungen, die hohen, verwitterten Bauten aus der Zeit der Größe“.

ernährt vom Blute des erstorbenen Landes, bedient von seinen vertriebenen Söhnen. Der deutsche Geist, der für die Welt gesungen und gedacht hat, wird Vergangenheit. Ein Volk, das Gott zum Leben geschaffen hat, das heute noch jung und stark ist, lebt und ist tot.“¹²

Den vom Juden Rathenau gezeichneten Weg schien Deutschland in der Tat gehen zu müssen. Das Versailler Schanddiktat legte dem deutschen Volke, neben ungeheuerlichen Abgaben, unter dem Namen „Reparationen“, die schärfsten Kriegstribute auf. Die Deutschen verloren durch die künstlich durch jüdische Machenschaften erzeugte Inflation unter dem jüdischen Finanzminister Hilferding ihr Sparvermögen. Mit Hilfe der Deflation wurde die deutsche Wirtschaft weiter entlaugt und ihres Betriebskapitals beraubt. Immer mehr Bauernhöfe kamen zur Enteignung, immer mehr Betriebe kamen zum Erliegen. Die Not in Stadt und Land stieg ins Unerträgliche. Die Arbeitslosigkeit stieg unaufhaltsam an. 1932 wurden in Deutschland rund 7 Millionen Arbeitslose gezählt. Zusammen mit Angehörigen waren 20 Millionen Deutsche auf eine unzulängliche demoralisierende Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Drohend erhob sich inmitten des Elends das Gespenst des Bolschewismus. Mit ihm wollte der Jude das letzte Freiheitsstreben, die erwachenden völkischen Kräfte vernichtend treffen und Deutschland für immer aus der Reihe der Völker ausschalten.

Erst die Machtergreifung des Nationalsozialismus am 30. Januar 1933 machte die Pläne zuschanden, und mit ihr setzte der Abwehrkampf gegen den jüdischen Vernichtungswillen ein. Als erstes wurde der Jude aus Wehrmacht und Staatsämtern ausgeschlossen.¹³ Weitere gesetzliche Maßnahmen schalteten den Juden aus Presse, Theater, Film und sonstigem Kunstleben aus und verwiesen ihn auf eigene Kultureinrichtungen.¹⁴ Die Ausübung des Ärzte- und Rechtsanwaltsberufes wurde auf die Betreuung seiner jüdischen Rassegenossen beschränkt.¹⁵

Das Gesetz vom 15. September 1935 „zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sicherte die Reinerhaltung des deutschen Blutes und verbot gesetzlich jede Blutmischung zwischen Deutschblütigen und Juden.¹⁶

Dank der Zurückhaltung der nationalsozialistischen Gesetzgebung blieb den Juden die Möglichkeit, sich in der Wirtschaft zu betätigen. Der Jude wußte dem Dritten Reich keinen Dank dafür.

In der ganzen Welt hetzte er zum Boykott der deutschen Waren und zum neuen Weltkrieg gegen Deutschland auf. Seine Exponenten waren in Rußland der Außenminister, der Jude Litwinoff, in Frankreich der Ministerpräsident, der Jude Leon Blum, in England der Kriegsminister, der Jude Hore-Belisha. Diese 3 Männer nannte als die Hoffnung des Weltjudentums ein Aufsatz in der amerikanischen Zeitschrift „Der amerikanische Jude“ vom 3.6. 1938.¹⁷ In diesem Aufsatz heißt es u. a.:

12 Walther Rathenau, An alle, die der Haß nicht bindet. Nach der Flut, in: Walther Rathenau, Schriften der Kriegs- und Nachkriegszeit, Gesammelte Schriften, Bd. 6, Berlin 1929, S. 278 f.

13 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4. 1933 (RGBl., 1933 I, S. 175–177) und Wehrgesetz vom 21.5. 1935 (RGBl., 1935 I, S. 609–614).

14 Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. 1933 (RGBl., 1933 I, S. 661f.) schränkte die Beteiligung von Juden am kulturellen Leben stark ein. Als Zusammenschluss jüdischer Künstler wurde im Juni 1933 der Kulturbund Deutscher Juden in Berlin gegründet.

15 Siehe Einleitung, S. 18.

16 Siehe VEJ 1/199.

17 Nicht ermittelt.

„Es liegt auf der Hand, daß eine Koalition zwischen England, Frankreich und Rußland früher oder später den triumphalen Marsch des vom Erfolg berauschten Führers aufhalten wird. Ob nun zufällig oder mit Absicht, aber in jedem dieser Länder bekleidet ein Jude einen Posten von größter Wichtigkeit; in den Händen von Nicht-Ariern liegt das Schicksal und das eigentliche Leben von Millionen.

Es mag also geschehen, daß diese drei Söhne Israels, diese drei Vertreter der Rasse, die gezwungen wurde, den unschuldig von Hitler Verfolgten zu spielen, die Koalition bilden werden, die den wahnsinnigen Nazidiktator, diesen größten Judenfeind der modernen Zeit, in die Hölle schicken wird.“

Die Tschechoslowakei unter dem Hochgradfreimaurer Benesch¹⁸ sollte, wie seinerzeit Serbien, den Anstoß zum Weltkrieg geben. Die Münchener Vereinbarungen vom 30. September 1938 zerschlugen die jüdischen Hoffnungen.

Um die sich anbahnende unmittelbare Verständigung der Völker durch ihre Staatsmänner zu stören, griff nunmehr Juda wieder zu dem Mittel der Attentate, das es schon einmal gegen das Dritte Reich bei der Ermordung des Landesleiters Wilhelm Gustloff in der Schweiz durch den Juden Frankfurter angewandt hatte.¹⁹ Am 6. November 1938 fiel in Paris der Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath durch die Hand des Juden Grünspan.

Die deutsche Regierung beantwortete den Angriff des Judentums mit gesetzlichen Maßnahmen, die den Juden aus der Wirtschaft ausschalten, und legte ihm eine Sühneleistung von 1 Milliarde Mark auf.²⁰

Die Welt hat kein Recht, sich über den Abwehrkampf der Deutschen gegen den jahrhundertelangen Vernichtungswillen des Judentums zu entrüsten. Schon beginnen auch andere Völker zu erkennen, daß das deutsche Volk den richtigen Weg beschreitet. Erst wenn der Jude aus der Machtstellung auch in den anderen Ländern beseitigt ist, wird die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Völkern auf dem Grundsatz gerechter Ansprüche und freien Eigenlebens gegeben sein.

DOK. 188

Das Amt für Sippenforschung in Wien klagt am 2. Dezember 1938 über die Nachlässigkeit von Pfarrern bei der Erfassung jüdischer Herkunft¹

Bericht der Gauleitung Wien der NSDAP, Amt für Sippenforschung (Unterschrift unleserlich), Gaugeschäftsstelle Wien I., Am Hof 4, vom 2.12.1938²

Bericht.

Bei unseren Arbeiten mache ich dauernd die Erfahrung, dass die Pfarrer und Matrikelführer in der Ostmark der Ahnenforschung nicht günstig gegenüberstehen. Dies zeigt sich durch eine immer steigende Nachlässigkeit und mangelnde Sorgfältigkeit. Es mehren sich aber auch die Fälle, wo Pfarrer, vermutlich um den Parteien entgegenzukommen,

¹⁸ Richtig: Edvard Beneš.

¹⁹ Zur Ermordung Wilhelm Gustloffs am 4.2.1936 in Davos siehe VEJ 1/225.

²⁰ Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

¹ ÖStA/AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 2765/2, Kt. 183.

² Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen, Stempel der NSDAP-Gauleitung Wien.

einfach wesentliche Angaben über nichtarische Abstammung verschweigen. Belege für diese Tatsachen können jederzeit beigebracht werden. Ausserdem gibt es jetzt schon eine Anzahl von Pfarren, die ihre Personalurkunden für den Abstammungsnachweis auf unbeschnittenem Abfallpapier schreiben.

Um alle diese Misstände ein für allemal zu beheben, würde ich eine diesbezügliche Verordnung etwa im folgenden Sinne anregen:

„Die Pfarrer und Matrikenführer sind verpflichtet, alle für die Abstammung wichtigen Anmerkungen, welche in den Kirchenbüchern und Matriken vermerkt sind, auch in die Urkunden für den Abstammungsnachweis aufzunehmen. Willkürlich gekürzte Auszüge sind unzulässig. Auslassungen von Angaben, die auf nichtjüdische Abstammung hindeuten, sind strafbar. Die Geburts-, Trau- und Totenscheine müssen wie früher üblich auf ordentlichen Vordrucken ausgefertigt werden. Die endgültige Gebühr für Personenstandsurkunden ist 60 Rpf., welche Gebühr nicht ohne besonderen Grund überschritten werden darf.

Der Ahnenpass ist eine Urkunde im Sinne des Gesetzes, daher ist bei der Bestätigung grösste Genauigkeit und Sorgfalt am Platze.“³

DOK. 189

Frankfurter Zeitung: Artikel vom 2. Dezember 1938 über die Jahrestagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands¹

Wissenschaftlicher Kampf gegen das Judentum.

Weitere Vorträge aus dem Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

Berlin, 1. Dezember. Auf der Jahrestagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands² sprach der Freiburger Gelehrte Hans Bogner³ über den *Seelenbegriff der griechischen Frühzeit*. Der Vortragende machte seine Auffassung an einem Vergleich deutlich. Grimmelshausens *Simplicissimus* ist ihm die Verkörperung des deutschen Seelenzustandes in einer bestimmten Zeit: zwischen den natürlichen Anlagen und den Glaubensüberzeugungen bestehe hier ein tiefer Zwiespalt, der zu einer Gebrochenheit des Lebens führe. Der homerische Mensch dagegen zeige eine völlige Uebereinstimmung der natürlichen Anlagen mit den geltenden Wertungen, eine erstaunliche Unbeschwertheit auch bei aller Zucht und Geformtheit des Lebens. Dabei ist – nach Bogners Darle-

³ Am 12.1.1939 wies Reichskommissar Bürckel alle Gauleiter an, dafür zu sorgen, dass Kirchenbücher nicht mehr einzeln verkartet würden, vielmehr sei eine Regelung durch das Reichssippenamt abzuwarten; der Minister für Innere und Kulturelle Angelegenheiten, Wien, an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 26. 1. 1939, wie Anm. 1.

¹ Frankfurter Zeitung, Reichsausgabe, Nr. 614–615 vom 2.12.1938, S. 2.

² Das im Sommer 1935 gegründete Reichsinstitut unterstand der Aufsicht des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und sollte die neuere deutsche Geschichte seit der Französischen Revolution erforschen.

³ Hans Bogner (1895–1948), Altphilologe; 1936–1941 Professor in Freiburg, 1941–1944 in Straßburg; nach 1945 Lehrer am Evangelischen Seminar Blaubeuren.

gung – die Seele oder das eigentliche Selbst gewissermaßen aus dem einzelnen wegverlegt und der zugehörigen Gemeinschaft als dem übergeordneten Ganzen verliehen. Die Polis wird immer stärker Trägerin des Seelischen; der Verfall der Polis macht dann aber auch die Seele aus einem Organ der Gemeinschaftswerte zu einem individuellen Besitz: so kündigt sich die moderne, später verchristlichte Seelenvorstellung an. – Beispiele aus der griechischen Lyrik, der Tragödie und aus Plato veranschaulichten das von Bogner Gesagte.

Ernst Krieck,⁴ Heidelberg, sprach dann über das *deutsche Geschichtsbild*. Für Krieck hat das Weltbild der Germanen einmal eine Vollendung im Geschichtsbild erreicht; bei den Nordgermanen zwischen 1120 und 1250. In der *deutschen* Geistesgeschichte habe eine solche Vollendung *nicht* erfolgen können, weil das deutsche Selbstbewußtsein immer wieder von fremdem Gut überlagert worden sei. Unter dieser fremden Schicht habe sich aber immer ein eigentümliches Volks- und Rechtsbewußtsein erhalten. Den endgültigen Durchbruch bedeute die nationalsozialistische Revolution. Ihr Führer rechtfertige jederzeit seine Sendung aus der Geschichte der deutschen Volkswerdung und verlange ein entsprechendes deutsches Geschichtsbild.

Karl Richard Ganzer,⁵ München, untersuchte Leben und Wirken des Heiligen *Hofbauer*. Seiner Darstellung lagen folgende Gedankengänge zugrunde: Clemens Maria Hofbauer⁶ ist 1909 heiliggesprochen worden, wenige Monate, nachdem Jeanne d'Arc seliggesprochen worden war. Die Seligsprechung der französischen Nationalheldin war vielfach als Parteinahme des Papstes gegen das Deutsche Reich aufgefaßt worden; jetzt schien die Gerechtigkeit aber wiederhergestellt. In Wirklichkeit sei Hofbauer einer der entschiedensten Träger des gegendeutschen Willens der Kurie und der Vater des politischen Katholizismus in Deutschland, der Vorbereiter der römischen Mitteleuropa-Politik, die noch in unseren Tagen aus Oesterreich ein Vorfeld des Kirchenstaates zu machen gesucht habe. In diesem Redemptoristenmönch⁷ habe ein wütender Glaubenshaß gelebt. Zur Zeit des Wiener Kongresses habe Hofbauer seine Höhe erlebt. Er sei der Anreger der Konversionsbewegung unter den Führern des deutschen Geisteslebens gewesen; der eigentliche Ort, in dem er missionierend gewirkt habe, sei der Salon der Dorothea Schlegel gewesen, der katholischen Tochter von Mendelssohn. Der Hofbauer-Kreis habe die Pläne einer deutschen Nationalkirche zerstört, die bereits daran gewesen seien, Gestalt zu gewinnen. Seine Vertreter hätten in der Umgebung Metternichs und des Kaisers gesessen. Hofbauer habe dabei eine geniale Kunst der Menschenführung und Skrupellosigkeit der psychologischen Regie bewiesen. Er sei für das Oberrecht der Kirche über den Staat eingetreten, er habe über ganz Europa die Zellen seines gegenreformatorischen Ordens gezogen, und an den Höfen wie an den Nuntiaturen hätten sich seine Vertrau-

4 Dr. Ernst Krieck (1882–1947), Pädagoge; 1932 NSDAP-Eintritt; 1933 Rektor der Universität Frankfurt a. M., von 1934 an Professor in Heidelberg, Obmann des Amtes für Wissenschaft im Reichsverband der Deutschen Hochschulen; 1934 Mitarbeit im SD; im Internierungslager Moosburg gestorben.

5 Dr. Karl Richard Ganzer (1909–1944), Historiker; 1929 NSDAP- und SA-Eintritt; von 1935 an Mitglied im Sachverständigenbeirat des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, von Ende 1941 an dessen Präsident; 1943 Kriegsdienst, gefallen.

6 Richtig: Klemens Maria Hofbauer (1751–1820), Priester; baute von 1786 an die Sozialpastoral St. Benno in Warschau mit Armenschule, Waisenhaus und Handarbeitsschule auf, die 1808 auf Befehl Napoleons aufgelöst wurde, von 18 B an Seelsorger; 1888 Selig- und 1909 Heiligsprechung.

7 Redemptoristen: 1732 in Italien gegründete Ordensgemeinschaft.

ensmänner befunden. Er habe sich gegen jede echte geistige Bewegung in Deutschland gewandt und sei damit ein Träger der alten kirchlichen Tradition gewesen, jede substantielle deutsche Bewegung mit einer Gegenaktion zu beantworten.

Dann gab der Präsident des Instituts, Walter Frank,⁸ eine Erklärung zum *wissenschaftlichen Kampf gegen das Judentum* ab. Nach seinen Mitteilungen hat das Institut begonnen, die größte europäische Bibliothek zur Judenfrage aufzubauen.⁹ Das Institut ist sich – nach dieser Erklärung – bewußt, daß der wissenschaftliche Kampf nur gewonnen werden kann, wenn er in enger Verbindung mit dem politischen Kampf gegen das Judentum steht. In diesem Sinne begrüßte Frank den Gauleiter Julius Streicher. Das Institut will die Judenfrage nicht spezialistisch abgetrennt behandeln, sondern im großen Zusammenhang mit der deutschen Nationalgeschichte und der Weltgeschichte. Entschlossen will es den antijüdischen Flügel seiner Forschungsarbeit immer weiter verstärken.

Karl Georg Kuhn,¹⁰ München, sprach über die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem. Er sagte dabei: Die Juden lebten seit zweitausend Jahren als völkische Minderheit in der ganzen Welt zerstreut. Sie lebten dabei seit altersher in den Städten; sie seien das ausgesprochene Händlervolk der Geschichte. Diese Eigenschaft habe auch ihre Wanderbewegung bestimmt. Der Jude wandere nicht in unerschlossenes Neuland, sondern in bereits besiedeltes Land, wo er leichter handeln könne. Zur Zeit der Einwandererpioniere in den Vereinigten Staaten habe der jüdische Anteil noch nicht ein Tausendstel der Gesamtbevölkerung betragen, heute 35 Tausendstel. Aber mit solchen Feststellungen sei noch nicht erklärt, wie es komme, daß die jüdischen Minderheiten sich zwei Jahrtausende erhalten hätten. Die Syrer etwa, die im Altertum sich als Händler im römischen Reich betätigt hätten, seien längst aufgesogen und verschwunden; die jüdischen Minderheiten bestünden immer noch. Das liege zunächst an der jüdischen Religion, die das jüdische Volk lehre, sich als das auserwählte Heilsvolk zu fühlen, und ihm so eine große Stabilität gebe. Entscheidend aber sei schließlich die rassische Erbanlage des Judentums, die Summe seiner biologischen Eigenschaften. Seit 150 Jahren gebe es die Emanzipationsbewegung. Sie habe den Juden die Freiheit geben wollen, damit sie sich in die nationale Gesellschaft einordneten und darin aufgehen könnten. Stattdessen hätten die Juden die Freiheit benützt, um überall Machtpositionen in den Wirtsvölkern zu erwerben. Die Voraussetzungen der Emanzipation seien völlig zunichte gemacht. Der heutige Widerstand an den verschiedensten Stellen der Welt gegen das Judentum sei nichts als die Rechnung für die Verfälschung des Sinnes der Emanzipation.

8 Dr. Walter Frank (1905–1945), Historiker; von 1934 an Referent für Geschichte der Hochschulkommission der NSDAP, 1935 verlieh Hitler ihm den Professorentitel, 1935–1941 Präsident des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, 1936 Gründung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in München, von 1937 an Hrsg. der Reihe „Forschungen zur Judenfrage“; nahm sich am 9.5.1945 das Leben.

9 Die Bibliothek bestand zu einem erheblichen Teil aus Büchern, die in jüdischen Einrichtungen und Privatwohnungen beschlagnahmt worden waren.

10 Dr. Karl Georg Kuhn (1906–1976), Theologe; 1932 NSDAP-Eintritt; von 1936 an im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands tätig, von 1942 an Professor für das Studium der Judenfrage in Tübingen, 1949 Professor in Göttingen, 1954 in Heidelberg.

DOK. 190

Die Gestapo beauftragt am 2. Dezember 1938 Max Plaut mit der Geschäftsführung des Jüdischen Religionsverbands in Hamburg¹

Schreiben der Gestapo, Staatspolizeileitstelle Hamburg (Tgb. Nr. II B 2 – 5628/38), i.A. Götsche,² an Dr. Plaut,³ Syndikus des Jüdischen Religionsverbands, Hamburg, Beneckestraße 2, vom 2. 12. 1938⁴

Auf Grund § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933⁵ werden Sie hiermit beauftragt, für die nächste Zeit die Geschäfte des Jüdischen Religionsverbandes e.V.⁶ unter eigener Verantwortung zu führen. Entgegenstehende Bestimmungen der Satzungen werden vorläufig außer Kraft gesetzt. Sie sind der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Hamburg, für eine einwandfreie Geschäftsführung verantwortlich. Über die von Ihnen geplante Geschäftsführung und Geschäftsverteilung haben Sie einen Plan nach hier zu geben. Außerdem werden Sie hiermit zum Vorstand aller jüdischen Organisationen für die nächste Zeit ernannt. Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf. Für die Geldbedürfnisse des Verbandes haben Sie Beiträge zu erheben. Zur Finanzierung einer geregelten Auswanderung sind Sie befugt, von auswandernden Juden eine Sonderabgabe zu verlangen. Über die eingezogenen Beträge ist hier Rechnung zu legen.

DOK. 191

Das Deutsche Generalkonsulat berichtet am 2. Dezember 1938 über die Flucht der Juden aus dem Memelgebiet und die wirtschaftlichen Auswirkungen¹

Schreiben (Eilt!) des Deutschen Generalkonsulats für das Memelgebiet (A. 758.), i.V. gez. Mohr,² an das AA vom 2. 12. 1938 (Abschrift eines Durchdrucks)³

Inhalt: Judenflucht aus dem Memelgebiet und ihre Rückwirkung auf das memelländische Wirtschaftsleben.

Seit der Sudetenkrise hat sich unter den Juden im Memelgebiet eine verstärkte Beun-

1 StAHH, 622-1 Haut D21.

2 Claus Götsche (1899–1945), Polizist; von 1921 an in der Hamburger Ordnungspolizei, 1932 Sekretär in der Verwaltung der Polizeibehörde, von 1933 an in der Gestapo; 1933 NSDAP-Eintritt; 1941 Kriminalkommissar, Judenreferent der Gestapo Hamburg; nahm sich das Leben.

3 Dr. Max Plaut (1901–1974), Bankkaufmann, Jurist und Ökonom; 1933 Sekretär der Jüdischen Gemeinde Hamburg, 1938–1943 Vorsitzender des jüdischen Religionsverbands Groß-Hamburg, 1939–1943 Leiter der nordwestdeutschen Bezirksstelle der Reichsvereinigung; nach 1933 mehrfach verhaftet, reiste 1944 mit einem Austauschtransport nach Palästina; 1950–1965 in Bremen, u.a. als Prokurist tätig, 1965–1974 in Hamburg Engagement für christlich-jüdische Verständigung.

4 Dienststempel der Gestapo, Staatspolizeileitstelle Hamburg.

5 § 1 der VO des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2. 1933 setzte mehrere Artikel der Verfassung des Deutschen Reichs außer Kraft und beschränkte u.a. die Rechte auf persönliche Freiheit und freie Meinungsäußerung sowie das Vereins- und Versammlungsrecht; RGBl., 1933 I, S. 83.

6 Die Jüdische Gemeinde Hamburg musste sich von 1938 an „Jüdischer Religionsverband e.V.“ nennen.

1 BArch, R 2/15666, Bl. 402.

2 Dr. Ernst Günther Mohr (1904–1991), Jurist; 1929–1945 im auswärtigen Dienst, u.a. 1937/38 Generalkonsul in Memel; 1947–1949 stellv. Abteilungsleiter im Deutschen Büro für Friedensfragen, 1949 im Bundeskanzleramt tätig, 1952–1955 deutscher Gesandter in Caracas, 1955–1958 Protokollchef des AA, 1958–1963 Botschafter in Bern, 1963–1969 in Buenos Aires.

3 Abschrift zu F 6612-297 I, Durchdruck VLR von Grundherr.

ruhigung bemerkbar gemacht. Die ersten Anzeichen hierfür waren, daß die Memeler jüdischen Großkaufleute Hafthal⁴ und Eilberg im Laufe des Septembers ihre wertvollen Holzplätze zum Verkauf anboten. Die Unruhe unter der Judenschaft nahm wesentlich zu, als der Kriegszustand aufgehoben wurde, und steigerte sich in den letzten Wochen derartig, daß von einer Judenflucht aus dem Memelgebiet gesprochen werden muß.⁵

In der Überzeugung, daß der Anschluß des Memelgebiets an das Deutsche Reich sofort nach den Landtagswahlen stattfinden wird,⁶ hoben die Juden nicht nur ihre sämtlichen Bankeinlagen ab, sie verschleudern auch ihren Grundbesitz und versuchen, durch rigore Ausverkäufe ihre Warenvorräte in Bargeld umzusetzen. Die Ausverkäufe haben bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß sich das Direktorium des Memelgebiets gezwungen gesehen hat, zur Vermeidung von Störungen des Wirtschaftslebens eine Polizeiverordnung zu erlassen, wonach sämtliche Ausverkäufe bis auf weiteres verboten werden.

Sosehr die Memelländer den Auszug der Juden aus dem Memelgebiet begrüßen, so schwere Rückwirkungen hat er andererseits auf das memelländische Wirtschaftsleben: Nach den Schätzungen hiesiger Bankfachleute haben die Juden in den letzten 6 Wochen etwa 10 Millionen Lt.⁷ Bankeinlagen abgehoben.⁸ Die Schließung von Fabriken und Geschäften hat zur Folge, daß eine große Anzahl memelländischer Arbeiter und Angestellter entlassen werden, so daß die Stadt Memel mit einer größeren Arbeitslosenziffer rechnen muß. Auf dem Wohnungsmarkt herrscht ein Überangebot an Wohnungen. Während noch vor wenigen Wochen ein ausgesprochener Wohnungsmangel bestand, stehen gegenwärtig mehrere 100 Wohnungen leer und werden zur Zeit Neubauten nicht zu Ende geführt. Hierzu kommt, daß zur Zeit sowohl ausländische wie großlitauische Lieferanten nach dem Memelgebiet keine Warenkredite mehr geben. Es sind sogar Fälle vorgekommen, wo Warensendungen aus England, die gegen Dreimonats-Akzept verkauft waren, nach Ankunft in Memel seitens der englischen Verkäufer angehalten und Barzahlung verlangt wurde. In Fällen, wo die Barzahlung nicht geleistet werden konnte, wurden die Waren nach England zurückbeordert.

Diese Störung des memelländischen Wirtschaftslebens wird dadurch verstärkt, daß die Memelländer in großem Umfang ihre Bareinlagen bei der Städtischen Sparkasse und der Memeler Bank abheben, um von den Juden zu billigen Preisen Grundstücke zu kaufen oder bei den Ausverkäufen Waren zu hamstern. So sind bei den beiden genannten Bankinstituten im Laufe der letzten 4 Wochen etwa 7 Millionen Lt. abgehoben worden.

4 Richtig: Nathan Nafthal (1864–1945), Geschäftsmann; Holzhändler in Memel; stellv. Präsident der dortigen Handelskammer und Portugiesischer Honorarkonsul; 1938 Flucht nach Kaunas, dort 1941–1944 im Getto, Deportation nach Dachau, wo er 1945 umkam.

5 Von den etwa 6000 Juden, die 1938 in der Stadt Memel lebten, war bis Anfang 1939 ungefähr die Hälfte in den Westen Litauens geflohen.

6 Zum Anschluss des Memelgebiets an das Deutsche Reich siehe Einleitung, S. 43. Die Landtagswahlen fanden am 11.12.1938 statt; siehe Dok. 106 vom 14. 10. 1938, Anm. 16.

7 Lita: litauische Währung 1922–1940; Ende der 1930er-Jahre entsprachen sechs Litas etwa dem Wert von einem US-Dollar.

8 Anfangs nahmen die Flüchtlinge ihr Vermögen mit, erst als sich die deutsche Besetzung des Memelgebiets immer deutlicher abzeichnete, flohen sie meist überstürzt und ließen ihre Habe zurück.

Um ihren Auszahlungsverpflichtungen nachzukommen, war die Städtische Sparkasse gezwungen, ein Guthaben bei der hiesigen Emissionsbank in Höhe von 3,5 Millionen Lt. in Anspruch zu nehmen. Nach Erschöpfung dieses Guthabens ist sie nunmehr vor die Notwendigkeit gestellt, ein weiteres, bei der Memeler Bank A.G. stehendes Guthaben in Höhe von 4 Millionen Lt. anzugreifen. Hierdurch sowie durch die vorerwähnten Abhebungen von Juden und Memelländern ist die Memeler Bank ihrerseits gezwungen worden, auf eine seit längerer Zeit bei der litauischen Staatsbank Lietuvos Bankas eingeräumte Rediskont-Möglichkeit in Höhe von 1750 000.– Lt. zurückzugreifen. Am gestrigen Tage erhielt jedoch die Memeler Bank von der Lietuvos Bankas die Mitteilung, daß dieser Rediskont-Kredit in Höhe von 1250 000 Lt. gekündigt werde, sodaß der Memeler Bank nur 500 000 Lt. zur Verfügung bleiben.

Der Direktor der Memeler Bank A. G., Herr *Sachs*, der am gestrigen Tage zusammen mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Brindlinger⁹ und dem Direktor der Städtischen Sparkasse, Herrn *Suhr*, dem Generalkonsulat die Angelegenheit vortrug, meint, daß die Kündigung des Rediskonts seitens der litauischen Staatsbank erfolgt sei, um die Schwierigkeiten, in die die memelländische Wirtschaft durch den Judenabgang geraten sei, zu verschärfen. In gleicher Weise habe die Lietuvos Bankas im Jahre 1931 gehandelt, als infolge des englischen Pfundsturzes und durch den Zusammenbruch eines hiesigen Bankgeschäftes Abhebungen von Bankeinlagen in größerem Umfange erfolgten. Damals habe die Memeler Bank einen Rückhalt in Höhe von 1 Million Reichsmark bei der Reichsbank in Berlin für die Dauer von drei Monaten erhalten.

Die gegenwärtige Lage sei jedoch weit schlimmer als im Jahre 1931. Das Zusammenwirken der verschiedensten Faktoren: Die voraussichtlich sich fortsetzende Abwanderung der Juden mit ihrem gesamten Vermögen, die Weigerung der litauischen Staatsbank, helfend einzugreifen, der bevorstehende Jahres-Ultimo, der an die Memeler Banken in diesem Monat besonders hohe Anforderungen stelle, sowie die Tatsache, daß vom Auslande und Großlitauen dem Memelgebiet keine Warenkredite mehr gegeben werden, müßten eine katastrophale Auswirkung haben, wenn nicht umgehend geholfen werde. Um der memelländischen Wirtschaft über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, sei ein Kredit in Höhe von mindestens drei Millionen Reichsmark für die Memeler Bank und Städtische Sparkasse erforderlich. Der Magistrat der Stadt Memel und die Memeler Bank sähen sich genötigt, an die Reichsbank mit der Bitte heranzutreten, der memelländischen Wirtschaft einen Kredit in der genannten Höhe zur Verfügung zu stellen.

Herr Sachs wird sich zu diesem Zweck voraussichtlich Anfang nächster Woche nach Berlin begeben. Zuvor wird er nach Kowno fahren, um bei dem Präsidenten der litauischen Staatsbank eine Rückgängigmachung der Kündigung des Rediskont-Kredits zu erlangen. Doch ist er der festen Überzeugung, daß seine Reise keinen Erfolg haben wird, da in der Verweigerung des Rediskonts die litauische Regierung ein gutes Mittel habe, das Memelgebiet ihren Wünschen gefügig zu machen. Dieses Mittel werde sie nicht ohne weiteres aus der Hand geben.

Die Gesandtschaft in Kowno erhält Durchdruck dieses Berichts.

⁹ Dr. Wilhelm Brindlinger (1890–1967), Jurist und Politiker; 1921 Landgerichtsrat in Insterburg, dann Rechtsanwalt in Heydekrug/Memelgebiet; 1925 litauischer Staatsbürger; Mitgründer der Memelländischen Volkspartei und 1926 ihr zweiter Vorsitzender; Mitglied des Memelländischen Landtags; 1931–1934 und 1936–1944 Oberbürgermeister von Memel.

DOK. 192

**Erik und Magda Geiershoefer aus Allersberg schildern,
wie NSDAP-Funktionäre ihren Besitz vereinnahmen¹**

Bericht von Erik und Magda Geiershoefer,² (ungez.), Reigate, Großbritannien, Juni-Juli 1939

III. Bericht v. Erik Geiershoefer über die weiteren Erlebnisse mit Zusätzen von Magda Geiershoefer

22. Nov., Dienstag: In aller Frühe fuhr ich mit dem inzwischen eingetroffenen Affidavit von Tante Adele Auerbach, London, nach München, um beim englischen General-Konsul³ zu erfahren, ob wir auf Grund des erhaltenen Affidavits ohne weiteres ein englisches Visum bekämen, wenn wir im Besitze unserer Pässe seien. Vom Konsul erhielt ich den Bescheid, dass die Home Office in den letzten Tagen die Anordnung erlassen habe, dass alle bisherigen Bestimmungen für Erhalt eines Visums ungültig seien und die neuen Vorschriften von den Konsulaten abgewartet werden müssten. Unter den alten Bestimmungen hätten wir auf Grund des in Händen habenden Affidavits das Visum erhalten. Die neuen Bestimmungen sollten in 8 bis 14 Tagen eintreffen. Ohne also etwas erreicht zu haben, kam ich gegen Abend wieder in Allersberg an.

Inzwischen war ein Brief meiner Mutter,⁴ die wir in Berlin wähten, eingetroffen, in welchem sie uns mitteilte, dass sie nur eine Nacht bei ihren Bekannten verbringen konnte, weil diese sonst grosse Unannehmlichkeiten bekommen hätten. Da mein Bruder, welcher in Hamburg wohnte,⁵ unbehelligt geblieben war – hinter einem Schiffsoffizier vermuteten die Nazis wahrscheinlich keinen Juden –, flüchtete meine Mutter dorthin. Obwohl in Hamburg wie in fast allen übrigen Orten für Juden keine Zuzugsgenehmigung erteilt wurde, gelang es meinem Bruder, diese für Mutter zu erhalten. Einer der massgebenden Polizeibeamten war zufällig ein alter Bekannter von ihm. Auch gelang es ihm, seine bisherige Wohnung – er hatte dieselbe bereits gekündigt, da er im Laufe des Dezembers nach Basrah, Irak auswandern wollte – für Mutter zu erhalten. In dem Brief bat Mutter unter anderem, Magda solle versuchen, in Nürnberg von ihrem Privatbankkonto etwas Geld für sie zu erheben und ihr per Wertbrief zuzusenden, denn Mutter war nur mit geringen Mitteln fortgeschickt worden, und sie befürchtete ausserdem, dass die Bankkontos aller Juden bald gänzlich gesperrt werden würden.

23. Nov., Mittwoch: In aller Frühe fuhr Magda nach Nürnberg auf die Bank, und es gelang ihr wirklich, von Mutters Privatkonto noch einen Betrag zu erhalten. Nachmittags sandten

1 Sammlung Familie Geiershoefer/Schulenburg, Großbritannien, Archiv/GE/EN 1.

2 Erik Geiershoefer (1903–1971), Fabrikbesitzer; übernahm 1936 die Geschäftsführung der väterlichen Firma Gilardi, die die Familie Geiershoefer 1894 erworben hatte und die u. a. Christbaumschmuck herstellte; 1938 Enteignung; April 1939 Emigration mit Ehefrau Magda, geb. Ruhl (1907–1996) und Tochter Susanne (*1935) nach Großbritannien; 1946 Rückkehr nach Allersberg.

3 John Eric Maclean Carvell (1894–1978), Diplomat; von 1928 an im brit. Außenministerium und in verschiedenen Ländern als Konsul tätig, 1938–1939 Generalkonsul in München.

4 Else Amalie Geiershoefer, geb. Kann (1879–1942); Ehefrau von Otto Geiershoefer (1867–1936) und Mutter von Erik und Herbert Geiershoefer; Erbin der Firma Gilardi; sie wurde am 10.11.1938 verhaftet, kam elf Tage in „Schutzhaft“ und fand dann vorübergehend Zuflucht in Hamburg; am 25.10.1941 ins Getto Litzmannstadt (Łódź) verschleppt und dort gestorben.

5 Herbert Geiershoefer (1906–1962), Schiffsoffizier; lebte in Hamburg in der Heinrich-Barth-Str., von 1942 an in Kampala, Uganda.

wir denselben von Allersberg aus sofort ab. Soweit unsere Zeit nicht mit dem Schreiben wichtiger Briefe ausgefüllt war, verwendeten wir diese zur Aussortierung unserer Sachen. 24. Nov., *Donnerstag*: Im Laufe des Nachmittages liess mich der Ortsgruppenleiter⁶ wissen, ich solle mich gegen 5 Uhr bereithalten. Die Kreisleitung habe gerade mitgeteilt, dass die Herren heute wieder herüberkämen und ich ja da sein müsse. Zur angegebenen Zeit erschienen mit finsternen, verschlossenen Gesichtern die Herren Dornberger,⁷ Forster⁸ und Kamm⁹ von der Kreisleitung, sowie Ortsgruppenleiter Kugler und der Gendarmerie-Kommissar Burckhardt.¹⁰ Dornberger sagte sofort: „Wir bringen etwas Unangenehmes. Ihre Mutter versucht in Hamburg zusammen mit ihrem Bruder, krumme Geschichten zu machen. Da wir diese nicht packen können, nehmen wir eben Sie wieder mit. Hier ist der Haftbefehl. Heute geht's nach Hilpoltstein wieder ins Gefängnis und übermorgen früh nach Dachau ins Konzentrationslager.“

Meiner Frau, die schreckensbleich und an allen Gliedern zitternd auf der Couch zusammengesunken war, wurde befohlen, sofort einige warme Sachen für mich zusammenzurichten. Während meine Frau diesem Befehl nachkam, erschien noch der Notar Dr. Pfeiffer aus Hilpoltstein, der zusammen mit Dornberger den Firmenverkauf, Geldverwaltung etc. in der Hand hatte. Ich drang nun in die Herren, mir doch zu sagen, was Mutter und mein Bruder denn von Hamburg aus gemacht hätten, denn es müsse hier sicher ein Missverständnis vorliegen. Man antwortete mir, dass der Treuhänder meines Bruders, ein Herr Dr. Seif[f]ert in Hamburg, um sofortige Überweisung des allerdings geringen Geschäftsanteiles meines Bruders in Höhe von ca. RM 30 000.– ersucht habe, dass man rechtlich dagegen ja nichts machen könne, da mein Bruder ja auf seinen Anteil nicht verzichtet habe, doch die Anregung zu dieser Aufforderung sicher meine Mutter gegeben habe und man mich als Repressalie dagegen eben wieder mitnehme. Ich erwiderte, dass meine Mutter dies sicher nicht getan habe, und bat um Genehmigung, meinen Bruder sofort anrufen zu dürfen. Nach einigem Hin und Her wurde dies auch genehmigt. Mein Bruder erklärte mir bezw. den Herren, dass die Anforderung des Betrages nicht auf seine Veranlassung oder der von Mutter erfolgt sei, sondern sein Treuhänder habe diese auf Veranlassung der Devisenstelle Hamburg erlassen, da jene das Verfügungsrecht über das Vermögen meines Bruders, welcher ja in der Auswanderung begriffen war, an ihn übertragen habe und er als Vertrauensmann der Devisenstelle für Sicherstellung des Geldes zu sorgen habe. Mein Bruder sagte ferner, dass er sich sofort zu dem Treuhänder begeben

6 Karl Kugler (1902–1978), Lehrer; 1933 NSDAP-Eintritt; 1948 zu drei Monaten Haft wegen Diebstahls verurteilt.

7 Georg Dornberger (1900–1980), Landwirt; 1930 NSDAP- und SA-Eintritt, 1932 SA-Sturmführer, stellv. NSDAP-Kreisleiter sowie -Kreisamtsstellenleiter und DAF-Kreisobmann; 1948 zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung verurteilt.

8 Richtig: Karl Förster (1911–2005), Elektriker; 1930 NSDAP-Eintritt; 1934 DAF-Eintritt, von 1936 an Betriebszellenobmann der Vereinigten Papierwerke Heroldsberg, von 1937 an DAF Ortsobmann Heroldsberg; 1948 zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus wegen fortgesetzter gemeinschaftlicher räuberischer Erpressung verurteilt.

9 Ernst Kamm (1912–1995), Drogist; 1931 NSDAP- und SA-Eintritt, NSDAP-Zellenleiter in der Ortsgruppe Dinkelsbühl, 1934 SA-Scharführer, 1935 aus der SA auf eigenen Wunsch hin entlassen; 1948 zu sechs Wochen Gefängnis wegen Sachhehlerei verurteilt.

10 Richtig: Gottfried Burkart (1897–1960), Hauptwachtmeister; SA-Sturmführer und Gendarmeriehauptwachtmeister; 1948 Freispruch im Verfahren wegen Beihilfe zur räuberischen Erpressung und Diebstahls.

werde, der dann allen hier versammelten telephonisch die eben gemachten Angaben bestätigen könne. – Die Herren der Partei kamen nach kurzer Beratung nun zu folgendem Beschluss: „Wir müssen unbedingt für diesen Betrag anderweitig Ersatz bekommen, und da wir wissen bzw. in der Zwischenzeit in Erfahrung gebracht haben, dass Ihre Mutter beim Finanzamt Hilpoltstein für ca. 60 000. RM Wertpapiere und auf der Bank noch ein Privatkonto von ca. 30 000. – bis 35000. RM hat, kann Sie vor dem Konzentrationslager nur retten, wenn Ihre Mutter sofort hierherkommt und ihr ganzes restliches Privatvermögen an uns [...]“¹¹ bekannt und erklärte sie sich auch sofort bereit hierherzufahren, doch sei dies infolge ihres schlechten Gesundheitszustandes fast unmöglich. Sie wolle jedoch heute Abend bei einem Notar eine Vollmacht ausstellen, durch die Herr Dornberger volle Verfügungsberechtigung über ihr ganzes restliches Vermögen erhalte.

Nach kurzer weiterer Beratung erklärten sich die Herren hiemit einverstanden, wenn noch im Laufe des Abends ein Telegramm eines Hamburger Notars bestätige, dass die Vollmacht wirklich vor ihm unterschrieben und sofort abgesandt worden sei. – Nachdem auch ein längeres Telefongespräch mit dem Treuhänder in Hamburg geführt worden war und dieser alle Angaben bestätigt und sich ebenfalls verbürgt hatte, dass er für sofortige Ausstellung der Vollmacht und deren Absendung sorgen werde, begann wieder die Beratung über mein weiteres Schicksal. Endlich beschloss man, mich hierzulassen, doch musste ich mich verpflichten, nicht aus dem Haus zu gehen, bis man mir dies morgen gestatte, um mich sofort festnehmen zu können, wenn die Vollmacht nicht rechtzeitig eintreffen sollte. Schliesslich machten sich die Herren doch wieder auf den Weg. In welcher Verfassung wir uns befanden, werde ich nicht beschreiben zu brauchen. Durch diesen Vorfall war uns zur Gewissheit geworden, dass wir keinen Augenblick mehr sicher sein würden. Jeden Tag könnten die Herren ja etwas anderes finden, um mich wieder zu holen. Für heute waren sie jedenfalls einmal befriedigt, denn sie hatten ja wieder ein ganz schönes Stück Geld ergattert. – An Schlaf war jedenfalls in dieser Nacht für uns nicht zu denken.

25. Nov., *Freitag*: Im Laufe des Nachmittags kam noch einmal der Notar, welcher uns Geld für die Schiffskarten etc. brachte: Er war sehr höflich und gab uns gegenüber seiner Freude Ausdruck, dass ich gestern dableiben habe dürfen. Er habe sein möglichstes getan, doch sei sein Einfluss natürlich nur gering, da er nur ein einfaches Parteimitglied sei. Von ihm erfuhr ich auch, dass das Geschäft an einen Herrn Guttmann aus Weissenburg, einen jungen unerfahrenen Menschen ohne genügend Betriebskapital verkauft worden sei.¹²

26. Nov., *Samstag*: Ich war in Nürnberg und zahlte beim Nordd. Lloyd den Betrag für unsere Schiffskarten nach USA ein.

27. Nov., *Sonntag*: Von der Devisenstelle Nürnberg Formulare erhalten zum Ausfüllen, da bekannt geworden sei, wir wollten auswandern. Ferner fanden [wir] im Briefkasten einen an meine Frau gerichteten Zettel, in dem eine unbekannte Person sie dringend in unserem Interesse ersuchte, am Montag früh in einem kleinen Café in Nürnberg zu erscheinen. Dieser Zettel bereitete erneute Unruhe. Was wollte man wieder von uns? Sollte es eine Erpressung oder eine Falle sein, oder wollte uns jemand hintenherum einen Wink

11 Im Original eine Zeile unleserlich.

12 Richtig: Hermann Gutmann (1907–1987), Kaufmann; 1937 NSDAP-Eintritt; 1937 Gründung des „Leichtmetall-Drahtwerks Hermann Gutmann“ in Weißenburg; die NSDAP Kreisleitung veräußerte die Firma Gilardi nach einer Spende an die Partei in Höhe von 5000 RM günstig an Gutmann, der die Produktion auf Drähte für die Kriegsindustrie verlagerte; 1985 Ernennung zum Ehrenbürger von Weißenburg.

geben? Wir beschlossen dann, den Zettel dem Polizeikommissar Burckhard zu geben. Dieser war nicht zu Hause, kam aber abends zu uns, nahm den Zettel an sich und sagte, Magda solle ja nicht hingehen, aber Obacht geben, wer mit dem Frühzuge nach Nürnberg fahre und als Schreiber deszettels in Betracht komme, denn Magda musste am Montag zur Devisenstelle nach Nürnberg.

28. Nov., *Montag*: Wir machten eine Aufstellung über die wenigen Möbel, die wir mit ins Ausland zu nehmen beabsichtigten. Ferner stellten wir eine Liste der Möbel zusammen, die sich die NSDAP bzw. die NSV und die Ortsgruppenleitung für sich ausbedungen hatte[n]. Es handelte sich um folgende Möbelstücke: 1 kompl. Fremdenzimmer (Mahagoni), bestehend aus 2 Bettstellen mit Matratzen und Auflegematrizen, 2 Nachttischchen, 1 Kleiderschrank, 1 Tisch & 2 Stühle, ferner 1 Schreibtisch (Eiche) mit Sessel und grossem Bücherschrank, 1 Chaiselongue, mehrere Posterstühle, 1 weiteres Bett (Nussbaum) mit Draht- und Rosshaarauflege-Matratze, Deckbett und Kissen, Nachttisch, Waschgarnitur etc., ferner noch einen Kleiderschrank und grossen Tisch, 1 Kinderbettstelle, diverse Lampen sowie fast unsere sämtlichen elektrischen Geräte wie Kochherd, Kühlschrank, Heisswasserspeicher, Ofen. Ferner noch 1 Linoleum-Teppich, eine grosse Anzahl Kinderspielsachen sowie fast unsere ganze Bibliothek etc.

Die Pflegeschwestern meiner Frau sollten folgende Sachen erhalten, wenn die Kreisleitung uns dieselben für diesen Zweck freigeben würde: 2 Küchen- und 2 Kleider-Schränke, 2 Lampen, 2 Sessel, 4 Stühle, 2 Tische, 1 Büffet, 1 Chaiselongue, 1 Spültisch sowie etwas Porzellan und einige Küchengeräte. Ausserdem bat meine Frau noch um Freigabe der Kleinkindersachen wie Babykorb, Badewanne, Wickeltisch, Kinderwagen etc. für eine Freundin, die gerade ihr erstes Kind erwartete und der diese Sachen schon lange zugehört waren. Abends erschien wieder Gendarmerie-Kommissar Burckhard, um sich zu erkundigen, ob Magda im Zuge jemand gesehen habe, der als Briefschreiber bzw. -schreiberin in Betracht kommen könnte. Dies war aber nicht der Fall.¹³ Dann sagte der Kommissar zu mir: „Ich habe gehört, dass Sie eine sehr schöne Briefmarkensammlung haben. Diese können Sie doch nicht in das Ausland mitnehmen. Ich habe Interesse dafür, geben Sie diese doch mir.“ Was blieb mir anderes übrig, als ja zu sagen und ihm mein Europa-Album auszuhändigen. Nachdem Magda ihm auf seinen Wunsch hin noch eine Quittung über einen lächerlich geringen Betrag als angeblichen Kaufpreis ausgestellt hatte, ging er mit seiner Beute von dannen.

29. Nov., *Dienstag*: Der Devisenstelle mussten wir eine Liste aller unserer Sachen einreichen, die wir mitnehmen wollten, und es war Vorschrift, dass alles von einem amtlichen Taxator geschätzt sein musste. Dieser, ein Herr Ohmann, kam Nachmittag[s] und nahm alles auf. Da die Kontrolle sehr streng sei, ermahnte er uns, ihm ja alles, was wir hätten bzw. mitnehmen wollten, vorzulegen.

Im Laufe des Tages kam dann auch wieder Dornberger, um sich zu erkundigen, wie weit unsere Auswanderung gediehen sei, und teilte mir gleichzeitig mit, dass Donnerstag von mir verschiedene Unterschriften noch gegeben werden müssten – er käme dazu mit einigen Herren hierher – und ich auf alle Fälle da sein müsse.

30. Nov., *Mittwoch*: Unter Aufsicht von Ortsgruppenleiter Kugler musste ich im Geschäft

¹³ Im hier nicht abgedruckten Teil der Aufzeichnungen schildert das Ehepaar Geiershoefer, dass es noch mehrere anonyme Aufforderungen zu Treffen bekommen habe, die, wie sich schließlich herausstellte, von einer Nachbarin verfasst worden waren.

dem neuen Inhaber und den Angestellten eine Unmenge Fragen beantworten, da sich niemand auskannte und jetzt schon ziemlich viel verkehrt gemacht worden war.

1. Dez., Donnerstag: Im Laufe des Nachmittages erschienen Dornberger, Notar Pfeiffer sowie Dr. Seiffert, meines Bruders Treuhänder aus Hamburg. Ich musste noch einmal unterschreiben, dass mein ganzes Vermögen, welches ja im Geschäft steckte, nach Realisierung der Kreisleitung der NSDAP gehörte. Zwecks Realisierung der Vermögenswerte wurde eine neue Gesellschaft gegründet, als deren Bevollmächtigte Dr. Pfeiffer und Dr. Seiffert bestellt wurden. In dem Dokument stand auch, dass ersterer für seine bisherige Tätigkeit RM 5000,-, letzterer RM 1200,- sofort erhielt. In Wirklichkeit erhielten aber diese beiden Herren vorerst keinen Pfennig, sondern beide Beträge gingen an den stellvertretenden Kreisleiter Dornberger. Dies sagten mir die beiden Herren, als Dornberger einen Augenblick hinausging.

Durch diese Manipulation war bewirkt worden, dass Dornberger die s. Z. erhaltene Vollmacht über das Privatvermögen meiner Mutter an Dr. Seiffert zurückgab. Allerdings waren von Dornberger schon RM 22000,- als Sicherheit für eine angeblich von mir zu zahlende Reichsfluchtsteuer abgehoben worden. (Selbst wenn ich eine solche hätte bezahlen müssen, hätte lt. der früheren Vereinbarung diese nicht Mutter von ihrem verbliebenen Privatvermögen bezahlen müssen, sondern die Partei aus meinem zur Verfügung gestellten Vermögen.)

Dann ging es in Mutters Wohnung, wo für meine Mutter nach einer von Dr. Seiffert mitgebrachten Liste einige Möbel, Kleider etc. zusammen gerichtet werden sollten, denn man sah nun doch ein, dass man wenigstens etwas Mutter lassen musste. Allerdings wurde dieser Plan aufgegeben, da die Herren nur wenig Zeit hatten und noch nach Nürnberg zur Reichsbank und Devisenstelle wegen unserer Auslandsforderungen mussten. Dornberger sagte, er liesse uns im Laufe der nächsten Woche die Sachen zusammenstellen. Bevor er wegging, gab er noch Magda seine Genehmigung bezgl. der ihren Pflegeschwestern u. ihrer Freundin zugedachten Möbel.

2. Dez., Freitag: Wieder musste ich in dem mich ja gar nichts mehr angehenden Geschäft Aufklärungen und Anweisungen geben – unter Parteiaufsicht natürlich, damit ich mit keinem Angestellten etwas nicht zur Sache Gehörendes hätte reden können.

3. Dez., Samstag: Endlich traf das bereits telegraphisch avisierte Affidavit von Mr. Behrens, Detroit, ein. Ich bat hierauf telegraphisch sofort den amerikanischen Konsul in Stuttgart,¹⁴ mit dem Mr. Behrens s. Z. wegen uns gesprochen hatte, um eine Unterredung für Montag, da ich hoffte, auf Grund des wirklich erstklassigen Affidavits, für uns sofort die Einwanderungsvisa für USA zu erhalten.

Gegen Abend kam wieder einmal Kommissar Burckhard und sagte, dass das ihm gegebene Briefmarken Album nur europäische Marken enthielte. Ich müsse doch noch den 2. Band mit den aussereuropäischen Marken haben. – Ich erinnerte mich nun, dass derselbe in einer Truhe in der Vorhalle von Mutters Haus sich noch von meiner Junggesellenzeit her befand und musste nun mit ihm dorthin gehen, um diesen Band zu holen. – Später kam der Kommissar nochmal in unsere Wohnung, um sich von Magda die übliche Quittung ausstellen zu lassen.¹⁵

¹⁴ US-Generalkonsul in Stuttgart war in den Jahren 1938/39 Samuel Honaker.

¹⁵ Das Ehepaar Geiershoefer kehrte nach Kriegsende nach Deutschland zurück und baute den Betrieb wieder auf. Bis zur Firmenaufgabe im Jahr 2006 war Susanne Schulenburg, geb. Geiershoefer, die seit 1996 in Großbritannien lebt, Inhaberin und Geschäftsführerin der Firma Gilardi.

DOK. 193

Eine Verordnung vom 3. Dezember 1938 regelt den Zwangsverkauf der Betriebe und den Umgang mit Wertpapieren von Juden¹

Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens.

Vom 3. Dezember 1938.

Auf Grund des § 1 der Zweiten Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 24. November 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 1668)² wird im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern folgendes verordnet:

Artikel I

Gewerbliche Betriebe

§ 1

Dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebs (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 – Reichsgesetzbl. I, S. 627) kann aufgegeben werden, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu veräußern oder abzuwickeln. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden.

§ 2

(1) In jüdische Gewerbebetriebe, deren Inhabern nach § 1 die Veräußerung oder die Abwicklung aufgegeben worden ist, kann zur einstweiligen Fortführung des Betriebs und zur Herbeiführung der Veräußerung oder Abwicklung ein Treuhänder eingesetzt werden, insbesondere wenn der Betriebsinhaber der Anordnung innerhalb der ihm gesetzten Frist nicht nachgekommen und ein Antrag auf Verlängerung der Frist abgelehnt worden ist.

(2) Der Treuhänder ist zu allen gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen ermächtigt, die der Betrieb des betreffenden Unternehmens, seine Abwicklung oder Veräußerung erforderlich machen. Seine Ermächtigung ersetzt in diesem Rahmen jede gesetzlich erforderliche Vollmacht.

(3) Der Treuhänder hat bei seiner Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anzuwenden und steht unter staatlicher Aufsicht.

(4) Die Kosten der treuhänderischen Verwaltung trägt der Betriebsinhaber.

§ 3

(1) Die Verfügungen nach §§ 1 und 2 sind dem Inhaber des jüdischen Gewerbebetriebs zuzustellen.

(2) Bei Abwesenheit des Betroffenen kann die Zustellung durch Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger erfolgen. In diesen Fällen gilt der Tag der Bekanntmachung als Tag der Zustellung.

§ 4

Mit der Zustellung der Verfügung, durch die ein Treuhänder gemäß § 2 eingesetzt wird, verliert der Inhaber des Gewerbebetriebs das Recht, über die Vermögenswerte zu verfügen, zu deren Verwaltung der Treuhänder eingesetzt ist. Er erlangt dieses Recht erst wieder, wenn die Bestellung des Treuhänders aufgehoben wird.

1 RGBL., 1938 I, S. 1709 – 1712.

2 Laut § 1 der Zweiten Anordnung sollte der RWM im Einvernehmen mit dem RMdI und den übrigen beteiligten Ministern die notwendigen Maßnahmen treffen, um das anmeldepflichtige Vermögen im Sinne der Belange der deutschen Wirtschaft einzusetzen; siehe auch Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

§ 5

Die Genehmigung der Veräußerung nach § 1 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 415)³ ist auch in den Fällen notwendig, in denen die Veräußerung angeordnet ist; das gilt auch für die Veräußerung durch einen Treuhänder.

*Artikel II**Land- und forstwirtschaftliche Betriebe**Grundeigentum und sonstiges Vermögen*

§ 6

Einem Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 – Reichsgesetzbl. I, S. 1333)⁴ kann aufgegeben werden, seinen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb, sein anderes land- oder forstwirtschaftliches Vermögen, sein sonstiges Grundeigentum oder andere Vermögensteile ganz oder teilweise binnen einer bestimmten Frist zu veräußern. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden. Die Vorschriften der §§ 2 bis 4 gelten entsprechend.

§ 7

(1) Juden können Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Rechte an Grundstücken nicht durch Rechtsgeschäft erwerben.

(2) Die Vorschriften der §§ 2 und 4 bis 6 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 415) gelten entsprechend.

(3) Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken hat das Vollstreckungsgericht Gebote zurückzuweisen, wenn Anlaß zu der Annahme besteht, daß der Bieter Jude ist.

(4) Die Zurückweisung nach Abs. 3 verliert ihre Wirkung, wenn der Bieter ihr sofort widerspricht (§ 72 Abs. 2 des Zwangsversteigerungsgesetzes) und wenn er nachweist, daß er kein Jude ist.

(5) Ist der Zurückweisung eines Gebotes nach Abs. 4 widersprochen, so soll die Entscheidung über den Zuschlag erst zwei Wochen nach dem Schluß der Versteigerung getroffen werden.

§ 8

(1) Die Verfügung über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte durch Juden bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung. Die Verfügung über sonstige Vermögensteile bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung, wenn die Veräußerung nach § 6 dieser Verordnung angeordnet ist. Das gilt auch für die Verfügung durch einen Treuhänder.

(2) Die Vorschriften des Abs. 1 gelten auch für das Verpflichtungsgeschäft.

(3) Die Vorschriften des § 1 Abs. 2 und des § 2 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 415) gelten entsprechend. Bei Verfügungen über unbewegliches Vermögen gelten auch die Vorschriften der §§ 4 bis 6 der genannten Anordnung entsprechend.

(4) Bei der Veräußerung eines Grundstücks im Wege der Zwangsversteigerung bedarf das Gebot der Genehmigung; ein Gebot, für das die erforderliche Genehmigung nicht sofort nachgewiesen wird, ist zurückzuweisen. Im Geltungsbereich des Reichsgesetzes über die

³ Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

⁴ § 5 der 1. VO legte fest, wer als Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes zu gelten habe; RGBL., 1935 I, S. 1333f., siehe VEJ 1/210.

Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung darf in den Fällen des § 81 Abs. 2 und 3 dieses Gesetzes der Zuschlag an einen anderen als den Meistbietenden nur erteilt werden, wenn dieser andere die Genehmigung beigebracht hat.

§ 9

(1) Die Genehmigung nach § 8 ersetzt die nach der Grundstücksverkehrsbekanntmachung vom 26. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I, S. 35), dem Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 (Reichsgesetzbl. I, S. 659), der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen vom 17. August 1937 (Reichsgesetzbl. I, S. 905) sowie die nach preisrechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen.

(2) Bei der Veräußerung von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben oder der Bestellung eines Nießbrauchs an solchen Betrieben tritt die Genehmigung nach § 8 an Stelle der Genehmigung nach § 1 der Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 415).

§ 10

(1) Veräußert ein Jude ein im Gebiet der Reichshauptstadt Berlin gelegenes Grundstück, so steht der Reichshauptstadt Berlin zur Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen des Generalbauinspektors ein Vorkaufsrecht zu.

(2) Die Vorschriften der §§ 12 und 13 der Verordnung über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin vom 5. November 1937 (Reichsgesetzbl. I, S. 162) gelten entsprechend.

(3) Das Vorkaufsrecht besteht nicht, wenn das Reich, ein Land oder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei an dem Rechtsgeschäft als Erwerber beteiligt sind.

Artikel III

Depotzwang für Wertpapiere

§ 11

(1) Juden haben binnen einer Woche nach Inkrafttreten dieser Verordnung ihre gesamten Aktien, Kuxe, festverzinslichen Werte und ähnlichen Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen. Neu erworbene Wertpapiere sind binnen einer Woche nach dem Erwerb in ein solches Depot einzuliefern. Der Besitzer derartiger einem Juden gehöriger Wertpapiere darf die Wertpapiere nur an eine Devisenbank für Rechnung des Juden aushändigen.

(2) Soweit zu Gunsten von Juden Wertpapiere bereits im Depot bei einer Devisenbank liegen oder Schuldbuchforderungen eingetragen sind oder bei einer Verwaltungsstelle Auslosungsscheine hinterlegt sind, auf Grund deren Vorzugsrenten gewährt werden, haben die Juden unverzüglich der Bank, der Schuldenverwaltung oder der Verwaltungsstelle durch eine schriftliche Erklärung ihre Eigenschaft als Juden anzuzeigen. Im Falle des Abs. 1 Satz 3 muß diese Erklärung gegenüber dem Besitzer abgegeben werden.

(3) Die Depots und die Schuldbuchkonten sind als jüdisch zu kennzeichnen.

§ 12

Verfügungen über die in ein jüdisches Depot eingelegten Wertpapiere sowie Auslieferungen von Wertpapieren aus solchen Depots bedürfen der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers oder der von ihm beauftragten Stelle.

§ 13

Die Vorschriften der §§ 11 und 12 gelten nicht für Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

*Artikel IV**Juwelen, Schmuck- und Kunstgegenstände*

§ 14

(1) Juden ist es verboten, Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen zu erwerben, zu verpfänden oder freihändig zu veräußern. Solche Gegenstände dürfen, abgesehen von der Verwertung eines bei Inkrafttreten dieser Verordnung zu Gunsten eines nichtjüdischen Pfandgläubigers bereits bestehenden Pfandrechts aus jüdischem Besitz, nur von den vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufsstellen erworben werden. Das gleiche gilt für sonstige Schmuck- und Kunstgegenstände, soweit der Preis für den einzelnen Gegenstand 1000 Reichsmark übersteigt.

(2) Die Vorschrift des Abs. 1 gilt nicht für Juden ausländischer Staatsangehörigkeit.

*Artikel V**Allgemeine Vorschriften*

§ 15

(1) Die Genehmigung zur Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe, jüdischen Grundbesitzes oder sonstiger jüdischer Vermögensteile kann unter Auflagen erteilt werden, die auch in Geldleistungen des Erwerbers zu Gunsten des Reichs bestehen können.

(2) Die Genehmigungen der im Abs. 1 genannten Art können auch mit der Maßgabe erteilt werden, daß dem jüdischen Veräußerer an Stelle des ganzen oder eines Teiles des im Veräußerungsvertrag vorgesehenen Entgelts Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs zugeteilt oder Schuldbuchforderungen in das Reichsschuldbuch eingetragen werden.

§ 16

Die im Artikel II für Juden getroffenen Bestimmungen erstrecken sich auch auf Gewerbebetriebe sowie auf Vereine, Stiftungen, Anstalten und sonstige Unternehmen, die nicht Gewerbebetriebe sind, soweit sie nach der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 627) als jüdisch gelten.

§ 17

(1) Für die Verfügungen nach den Vorschriften der Artikel I und II sind, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen im Abs. 3 und 4, die höheren Verwaltungsbehörden zuständig. Die höheren Verwaltungsbehörden führen auch die Aufsicht über die eingesetzten Treuhänder.

(2) Welche Behörden höhere Verwaltungsbehörden im Sinne dieser Verordnung sind, bestimmt sich nach § 6 der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 414)⁵ mit der Maßgabe, daß

in Anhalt

das Anhaltische Staatsministerium, Abteilung Wirtschaft,

in Baden

der Badische Finanz- und Wirtschaftsminister,

in Württemberg

der Württembergische Wirtschaftsminister,

in Österreich

der Reichskommissar für die Wiedervereinigung

Österreichs mit dem Deutschen Reich oder die von ihm beauftragten Stellen,

⁵ Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

in den sudetendeutschen Gebieten
die Regierungspräsidenten
zuständig sind.

(3) Soweit es sich um landwirtschaftliches Vermögen handelt, tritt an die Stelle der höheren Verwaltungsbehörde in Preußen der Oberpräsident (Landeskulturabteilung), in den außerpreußischen Ländern die obere Siedlungsbehörde. Soweit es sich um forstwirtschaftliches Vermögen handelt, tritt an die Stelle der höheren Verwaltungsbehörde die höhere Forstbehörde.

§ 18

(1) Örtlich zuständig ist,

1. wenn die Verfügung einen Betrieb, ein Grundstück oder ein grundstücksgleiches Recht betrifft, diejenige Behörde, in deren Bezirk der Betrieb oder das Grundstück belegen ist,
2. wenn die Verfügung sonstige Vermögensteile betrifft, diejenige Behörde, in deren Bezirk der jüdische Eigentümer oder Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) In Zweifelsfällen wird die zuständige Behörde durch den Reichswirtschaftsminister bestimmt.

§ 19

Gegen Verfügungen auf Grund dieser Verordnung steht dem Betroffenen binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der Verfügung an ihn die Beschwerde an den Reichswirtschaftsminister zu. Die Entscheidung des Reichswirtschaftsministers kann nicht angefochten werden.

§ 20

(1) Soweit es sich um landwirtschaftliches Vermögen handelt, tritt in den Fällen des § 18 Abs. 2 und des § 19 an Stelle des Reichswirtschaftsministers der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, soweit es sich um forstwirtschaftliches Vermögen handelt, der Reichsforstmeister.

(2) Soweit es sich um Betriebe des Landhandels und der Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse handelt (Reichsnährstandshandel, Reichsnährstandsindustrie, Reichsnährstandshandwerk im Sinne des § 1 der Dritten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 16. Februar 1934 – Reichsgesetzbl. I, S. 100 – und der dazu ergangenen Nachträge), trifft der Reichswirtschaftsminister die Entscheidungen nach § 18 Abs. 2 und § 19 im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, soweit es sich um Bearbeiter- und Verteilerbetriebe der Forst- und Holzwirtschaft im Sinne der Verordnung über die Errichtung, Übernahme und Erweiterung forst- und holzwirtschaftlicher Bearbeiter- und Verteilerbetriebe vom 28. Februar 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 231) handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsforstmeister.

§ 21

(1) Verfügungen der höheren Verwaltungsbehörde, durch die ein Jude fremder Staatsangehörigkeit betroffen wird, sollen nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers ergehen.

(2) Das gleiche gilt für Verfügungen der im § 17 Abs. 3 genannten Behörden, durch die ein Jude fremder Staatsangehörigkeit betroffen wird. Die erforderliche Zustimmung erteilen in diesen Fällen der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft oder der Reichsforstmeister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister.

§ 22

Soweit die Vorschriften dieser Verordnung in den sudetendeutschen Gebieten nicht unmittelbar angewendet werden können, sind sie sinngemäß anzuwenden.

§ 23

(1) Wer den Vorschriften der §§ 4, 6 Satz 3, §§ 8, 11 Abs. 1 und 2, §§ 12 und 14 zuwiderhandelt, wird nach § 8 der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 414) bestraft.

(2) Nach dieser Vorschrift wird auch bestraft, wer vorsätzlich Vermögenswerte erwirbt, über die entgegen den Vorschriften der §§ 4 oder 6 Satz 3 verfügt wird.

§ 24

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 3. Dezember 1938.

Der Reichswirtschaftsminister

Walther Funk

Der Reichsminister des Innern

Frick

DOK. 194

**Der Sicherheitsdienst der SS in Wien bietet dem Rassenpolitischen Amt
am 3. Dezember 1938 Fotos von Emigranten aus den Unterlagen der Zentralstelle
für jüdische Auswanderung an¹**

Schreiben von Herbert Hagen (G II 112, l8-3, Hg/Pi), (ungez.) an das Rassenpolitische Amt der NSDAP in Berlin vom 3.12.1938 (Entwurf)²

Betr.: Jüdisches Bildmaterial

Vorg.: Ohne

Bei der Einreichung der Personalien auswandernder Juden erhält die dem hiesigen Oberabschnitt Donau angeschlossene Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien, jeweils drei Lichtbilder von jeder Person. Es wird angefragt, ob dort Interesse an der Übersendung von je einer Photographie besteht. Die Feststellung der Personalien der auswandernden Juden müßte von einem dortigen Mitarbeiter bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vorgenommen werden.

Es wird um Mitteilung gebeten,³ ob dort Interesse besteht, [...] Bilder einzusehen.⁴

¹ IfZ/A, MA 554, Fr. 5558, Fr. 5556(b) und 5557.

² Am oberen Rand steht „Vermerk. 1) Original wurde nach [...] Hin- und Hergang am 1. XII unterschrieben. 2) [...], am 2. XII. n. R. m. [nach Rücksprache mit] II 1-Saf“ [II 1-Standartenführer war Six].

³ Der Rest des Satzes ist handschriftl. hinzugefügt worden.

⁴ Das Original enthält verschiedene Bearbeitungsvermerke und wurde u.a. von II 1 (Six), II 11, II 112 und II 213 abgezeichnet. Im Antwortbrief vom 14. 12. 1938 bekundete das Rassenpolitische Amt (Mau) „außerordentliches Interesse“ an den angebotenen Fotos. Daraufhin wurde am folgenden Tag telefonisch vereinbart, dass sich das Rassenpolitische Amt direkt mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien in Verbindung setzt; wie Anm. 1.

DOK. 195
Der Landrat fordert am 5. Dezember 1938
vom Bürgermeister von Glatz Informationen zur „Arisierung“
des Einzelhandels¹

Schreiben (Eilt sehr!) des Landrats² (L.III.a.), in Vertretung (Unterschrift unleserlich), an den Bürgermeister als OPB in Glatz³ (Eing. 6. 12.1938) vom 5.12.1938

Betrifft: Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Zwecks Ausschaltung der Juden aus dem Einzelhandel ist mir *umgehend* ein namentliches Verzeichnis der jüdischen Einzelhandelsgeschäfte unter Angabe des Handelszweiges einzureichen.

Gleichzeitig sind mir diejenigen Geschäfte mitzuteilen, für die ein volkswirtschaftliches Interesse für die Aufrechterhaltung des fraglichen Betriebes unter arischer Leitung nicht mehr besteht.⁴ Ich verweise hierbei auf I. Ziffer 3 des Runderlasses des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 18. November 1938 – mitgeteilt durch Rundverfügung vom 25.11.1938 – L.III.a. –.⁵

1 APW, Akta Miasta Kłodzka, 5409.

2 Heinrich Klosterkemper (1902–1976), Verwaltungsbeamter; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934 Landrat in Unna, von 1937 an Landrat in Glatz, 1941–1945 im RmdI tätig; um 1954 Min.dir. im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Nordrhein-Westfalen.

3 Leo Schubert (1885–1968), Politiker; 1937 NSDAP- und 1939 SS-Eintritt; 1920–1933 Bürgermeister von Fulnek (Mähren), 1933–1934 in Prag inhaftiert, 1935 ins Deutsche Reich geflohen, 1936–1941 Bürgermeister von Glatz; nach 1945 Bundesorganisationsreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

4 Auf dem Dokument sind handschriftl. die Namen der jüdischen Einzelhandelskaufleute in Glatz notiert: Borchard, Ellguther, Lewkowitz, May, [...], Reich, Schott. Alle Geschäftsinhaber führten Ende Nov. 1938 bereits Verkaufsverhandlungen. In seinem Antwortschreiben vom 6. 12.1938 erklärte der Bürgermeister, dass mit Ausnahme des Wäsche- und Kurzwarengeschäfts Borchard und des Putzgeschäfts May kein volkswirtschaftliches Interesse an der Aufrechterhaltung der Geschäfte bestehe; wie Anm. 1.

5 Der Runderlass des RWM vom 18.11.1938 konkretisierte die VO zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben (siehe Dok. 143 vom 12.11.1938); demnach mussten die jüdischen Inhaber der während des Novemberpogroms geschlossenen Geschäfte selbst für eine ordnungsgemäße Betriebsabwicklung sorgen. Laut Abs. 1, Ziff. 3 sollte die Übereignung an „Nichtarier“ – die Voraussetzung für die Wiedereröffnung – beschleunigt werden. Dabei sei genau zu prüfen, ob ein volkswirtschaftliches Interesse an der Weiterexistenz der Betriebe bestehe. Der Runderlass vom 25.11.1938 regelte weitere Einzelheiten und drängte nochmals auf „größtmögliche Beschleunigung“; BArch, R 187/240 a fol. 1.

DOK. 196

**Die Israelitische Kultusgemeinde Wien berichtet am 6. Dezember 1938
über die erschwerte Auswanderung nach der Verhaftung jüdischer Männer¹**

30. Wochenbericht des Leiters der Israel. Kultusgemeinde, Wien (Löwenherz), vom 6. 12. 1938²

*A) Tätigkeitsbericht**1. Auswanderung.*

In der Zeit vom 28. 11. bis 3. 12. 1938 wurden von der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde 749 Personen abgefertigt. 678 von ihnen erhielten sämtliche Reisespesen und 71 die zur Beschaffung von Reisedokumenten erforderlichen Beiträge.

Als Zielländer wurden in diesem Berichtsabschnitte angegeben:

I. Europäische Länder 186: England 109, CSR 23, Ungarn 21, Niederlande 6, Litauen, Schweden je 4, Frankreich, Belgien je 3, Lettland, Albanien je 2, Estland 1, Zwischenaufenthalt zur Vorbereitung der Auswanderung 1.

II. Palästina 11.

III. Vereinigte Staaten von Nordamerika 81.

IV. Südamerikanische Staaten 100: Trinidad 23, Brasilien 19, Cuba 17, Uruguay, Panama je 8, Bolivien 7, Costa Rica 6, Mexico, San Domingo je 3, Jamaika 2, Honduras, Argentinien, Paraguay, Columbien je 1.

V. Andere Ueberseeländer 300: China 283, Australien 5, Rhodesien 4, Irak, Zypern je 3, Vorder-Indien, Liberien je 1.

Insgesamt wurden von der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde 15581 Personen abgefertigt.

2. Entsendung jüdischer Kinder ins Ausland.

Mit Genehmigung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung werden im Laufe dieser Woche – mit Hilfe der ausländischen Hilfsorganisationen – 400 glaubensjüdische Kinder nach England und 68 nach Holland gebracht.

Gleichzeitig werden Vorbereitungen getroffen, um weitere 1000 Kinder in wöchentlichen Transporten abzufertigen.

3. Auswanderung von Personen, die sich derzeit in Schutzhaft befinden.

In der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde Wien wurden 1319 Schutzhaftlinge registriert, welche die Möglichkeit haben, in 6–8 Wochen das Reichsgebiet zu verlassen, da sie im Besitze von Einreisebewilligungen in verschiedene Zielländer sind.

Die Enthaltung dieser Personen würde auch die Ausreise ihrer Familienangehörigen, 1679 an Zahl, zusammen also die Auswanderung von 2998 Personen ermöglichen. Auf Grund der Angaben der Familienangehörigen, von den Beamten der Auswanderungsabteilung genauest überprüft, wurden Verzeichnisse der Schutzhaftlinge, geordnet nach der Buchstabenfolge und nach dem Aufenthaltsort, den zuständigen Behörden überreicht.

¹ RGVA, 500k-1-685.

² Die IKG musste ihre Tätigkeitsberichte an die Dienststelle Eichmanns schicken. Das Original enthält handschriftl. Unterstreichungen.

4. Umschichtungsaktion.

Im 29. Wochenbericht³ wurde darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der Beratungsstelle für Berufsausbildung und Umschichtung durch die Verhaftung zahlreicher Kursleiter wie auch geschlossener Gruppen von Kursteilnehmern empfindlich gestört ist. Es wurde auch hervorgehoben, dass die Sperre mehrerer Lehrwerkstätten die Wiederaufnahme einer geordneten Umschichtungstätigkeit unmöglich macht.

Nachdem die landwirtschaftlichen Umschulungsplätze, welche nach Ueberwindung grosser Schwierigkeiten und mit dem Aufwand bedeutender Mittel grössten Teiles wieder aufgegeben werden mussten, kommt die Gefährdung der gewerblichen Umschichtungstätigkeit einer völligen Lahmlegung dieser für die Auswanderung so wichtigen Aktion nahe. Mit Rücksicht auf die bisherigen Investitionen der Kultusgemeinde und auf die ausländischen Hilfsorganisationen, denen wiederholt über die Umschichtungsaktion ausführlich berichtet wurde, wird gebeten, durch Enthaltung der Kursleiter und der Kursteilnehmer sowie durch Wiedereröffnung der geschlossenen Werkstätten die Fortsetzung der Umschichtungsaktion zu ermöglichen.

Lagebericht.

Wie im vorhergehenden Tätigkeitsbericht ausgeführt wurde, ist in dem Falle einer Enthaltung jener Personen, die sich derzeit in Schutzhaft befinden und in der Lage sind, innerhalb einer verhältnismässig kurzen Frist auszureisen, mit der Auswanderung von rund 3000 Personen in den nächsten Wochen zu rechnen.

Im Zuge der gegenwärtig vorbereiteten Kindertransporte sollen bis zum 31. d. M. 1200–1500 Kinder ins Ausland gebracht werden. Im Rahmen der laufenden Schedule sollen bis 31. d. M. 1000 Personen nach Palästina auswandern.

Die normale Abfertigungstätigkeit der Auswanderungsabteilung der Israel. Kultusgemeinde Wien dürfte bis zum 31. d. M. 2500 Personen umfassen.

Es werden daher voraussichtlich von der Kultusgemeinde und dem Palästina-Amte bis 31. d. M. 2500 Personen zur Auswanderung gebracht werden.

Diese Zahl beweist mit besonderer Deutlichkeit, mit welcher Intensität die Auswanderungsbestrebungen gefördert werden.

Im Rahmen dieser Auswanderungsvorbereitungen wird es auch möglich sein, die Frage der staatenlosen Juden sowie derjenigen, die bis vor kurzer Zeit polnische Staatsangehörige waren, in befriedigender Weise zu lösen und ihre Auswanderung in die Wege zu leiten.

Die kurzfristigen Ausweisungen dieser Juden können keineswegs zur Beschleunigung dieser Auswanderung beitragen, da die Beschaffung der zur Ausreise notwendigen Dokumente und der Einwanderungsmöglichkeiten innerhalb weniger Tage nicht durchgeführt werden kann.

Die Verhaftungen und die kurzfristigen Ausweisungen der staaten[losen] Juden bewirken einen grossen Ansturm verzweifelter und ratsuchender Parteien auf die Israel. Kultusgemeinde und das Palästina-Amt, wodurch die normale Tätigkeit der Auswanderungsabteilung beeinträchtigt wurde.

Am 2. d. M. sprachen der Leiter der Israel. Kultusgemeinde Wien, Dr. Josef Loewenherz, und der Leiter des Palästina-Amtes, Dr. Alois Rothenberg, in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vor, wo sie auf die Auswirkungen dieser Massnahmen hinwiesen, und erhielten von Herrn SS-Obersturmführer Eichmann die Erklärung, dass künftighin

³ Liegt nicht in der Akte.

bei Aufträgen, das Reichsgebiet zu verlassen, eine Frist von 8 Wochen eingeräumt werden soll.

Um den überaus grossen Andrang bei den Aemtern der Israel. Kultusgemeinde und dem Palästina-Amt zu vermeiden, sollen diese Aufträge nicht gleichzeitig an alle Betroffenen ergehen; sie sollen vielmehr gruppenweise davon verständigt werden, dass sie Vorbereitungen zur Ausreise zu treffen haben.

Die Auswanderungsbereitschaft der in Wien wohnenden Juden dauert in gesteigertem Masse an. Um die ungestörte Abwicklung dieser Auswanderung zu ermöglichen, ist jedoch die Gewährleistung eines Obdaches und eines Mindestmasses an Lebensmöglichkeiten unbedingt erforderlich.

In diesem Zusammenhange wird gebeten, jenen jüdischen Parteien, die noch immer nicht die Möglichkeit haben, ihre versperrten bzw. versiegelten Wohnungen zu betreten, die Rückkehr in ihr Heim bis zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung zu ermöglichen.

DOK. 197

Benno Cohn vom Palästina-Amt Berlin berichtet Georg Landauer am 6. Dezember 1938 über die Palästinaemigration und die bevorstehende Zwangsvereinigung der jüdischen Organisationen¹

Schreiben des Palästina-Amts Berlin der Jewish Agency for Palestine, Berlin W 15, Meinekestraße 10, Benno Cohn² (BC/Scha) an Dr. Georg Landauer,³ Jerusalem, P.O.B. 92, vom 6. 12. 1938

Lieber Landauer!

Wir haben soeben miteinander telefoniert. Wir haben uns zu diesem Telefonat entschlossen, weil wir in der Zertifikatsfrage sozusagen keinen Ausweg mehr wussten. Du kennst die Lage ja selbst genau. Wir brauchen sie Dir im einzelnen nicht zu schildern. Wir wissen über London, wie ausserordentlich zurückhaltend die Engländer angesichts der bevorstehenden palästinapolitischen Verhandlungen in bezug auf neue Alijah sind. Es scheint uns aber, dass sie gerade in diesem Punkt vielleicht zu bewegen sein werden, eine Ausnahme zu machen. Wir wissen nicht, wie die Verbindung zu Oberst Mils,⁴ dem Leiter des Einwanderungs-Departments, heute ist und ob er auf die Entscheidung sehr grossen Einfluss hat. Wir erwogen hier, ob nicht eine Delegation neuer Olim⁵ der jüngsten Alijah,

¹ CZA, S/790/2.

² Dr. Benno Cohn, später Cohen (1894–1975), Jurist und Politiker; 1937–1939 Präsident der ZVfD, Vorsitzender des Palästina-Amts Berlin; Emigration nach Palästina, dort 1939–1947 Sekretär, Direktor und Vorstandsmitglied der Organisation der Einwanderer aus Mitteleuropa (IOME); Mitbegründer der Liberalen Partei Israels; Dozent für Rechtswissenschaft in Tel Aviv; 1961–1965 Mitglied der Knesset.

³ Dr. Georg Landauer (1895–1954), Jurist und Politiker; 1924–1925 Leiter des Palästina-Amts in Berlin, 1929–1933 Geschäftsführer der ZVfD und Leiter des Palästina-Amts, 1933 Mitbegründer der Reichsvertretung; 1934 Emigration nach Palästina; 1934–1954 Direktor des Zentralbüros der Jewish Agency für die Ansiedlung deutscher und österr. Juden; 1947–1953 Vorsitzender der IOME; 1953 Emigration in die USA.

⁴ Richtig: Eric Mills (1872–1961), Beauftragter für Migration und Statistik und Leiter der Einwanderungsabt. der brit. Mandatsregierung in Palästina.

⁵ Hebr.: Juden, die nach Erez Israel einwandern.

die auf Erweiterung der Alijah petitioniert, ein ungewöhnliches, aber wirkungsvolles Mittel ist. Wir sind überzeugt, dass auch bei Euch alles Erdenkliche geschieht. Du empfahlst mir, der Tiergartenstrasse⁶ eine Liste von dreihundert dringlichen Fällen einzureichen. Wir wollen das heute tun.

Das Palästina-Amt ist in ungewöhnlichem Masse belagert. Wir hatten gestern und vorgestern ca. 400 – 500 Besucher, darunter sehr viele Jugendliche. Zur Hachscharah melden sich im täglichen Durchschnitt hundert neue Leute an, von denen immerhin 30 – 40 % durchschnittlich geeignet sind. Sie werden einer starken Siebung unterzogen. Es besteht also die Möglichkeit, die Hachscharah im starken Masse aufzufüllen. Wahrscheinlich ist das die letzte Gelegenheit, die wir haben. Es ist, wie die Dinge liegen, weiterhin eine kurz befristete Inlands-Hachscharah notwendig, weil man die Leute, die sich neu melden, unmöglich in die kostspielige Auslands-Hachscharah weiterleiten kann, wenn sie vielleicht, nachdem wir ihnen den Weg ins Ausland erschlossen haben, nach einem anderen Lande weiterwandern.

Im Augenblick sind wir bei der Neuregelung der organisatorischen Verhältnisse. Es ist klar, dass der Organisationsaufbau einschneidend geändert wird. Wir nehmen an, dass Ende dieser Woche nach behördlicher Billigung die Nachfolgerin der Reichsvertretung, die „Reichsvereinigung für jüdische Auswanderung und Fürsorge“, geschaffen werden wird, für die ein umfangreicher Organisationsentwurf eingereicht worden ist.⁷ Sie wird eine Zwangsvereinigung aller Juden werden, und die Gemeinden werden ihr örtlich unterstellt sein. Die Finanzierung wird lediglich aus dem jüdischen Sektor erfolgen. In der Reichsvereinigung werden alle anderen Wanderungsorganisationen aufgehen. Der Hilfsverein wird wahrscheinlich aufgelöst und in eine Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung umgewandelt werden. Auch die politischen Organisationen werden verschwinden, vermutlich werden das Palästina-Amt und die beiden Fonds⁸ bestehen bleiben und angesichts ihrer Verbindung mit der Jewish Agency kooperativ mit Autonomierechten in die Reichsvereinigung eingebaut werden. Die Finanzierung der wichtigsten Aufgaben der neuen Reichsvereinigung ist bis zur Stunde noch völlig unklar.

Ein paar Personalfragen: Friedenthal⁹ ist wohl inzwischen drüben schon angekommen. Rau¹⁰ ist vor ein paar Tagen endgültig ausgewandert. Er ist, wie Du wahrscheinlich weisst,

6 In der Tiergartenstr. 17 in Berlin befand sich das British Passport Control Office, bei dem Gesuche für die Einwanderung nach Palästina eingereicht werden mussten.

7 Das Gestapo hatte die Reichsvertretung der Juden am 28.11.1939 angewiesen, bis zum 5.12.1939 einen Vorschlag zur Zusammenfassung aller jüdischen Organisationen in einem Einheitsverband vorzulegen; siehe Dok. 182 vom 29. 11.1938.

8 Vermutlich Keren Kajemeth LeIsrael (Jüdischer Nationalfonds), 1901 auf dem 5. Zionistischen Kongress in Basel gegründet mit dem Ziel, Geldmittel für den Landerwerb in Palästina zu akquirieren, und Keren Hajessod (Gründungs fonds), nach der Belfour-Deklaration (1917) im Jahr 1920 auf der Zionistischen Konferenz in London gegründet mit der Zielsetzung, Geldmittel für die Immigration und Besiedlung in Palästina zu sammeln.

9 Vermutlich Hans Friedenthal (1900 – 1987), Mediziner; 1920 – 1928 in Palästina; Rückkehr nach Deutschland, dort 1934 – 36 Präsident des Sportverbands Makkabi, 1935 Vorsitzender des Reichsverbands jüdischer Sportvereine, 1936 geschäftsführender Vorsitzender der ZVfD; 1938 Auswanderung nach Palästina, 1952 – 1968 Direktor des Donollo Krankenhauses in Jaffa, später Arzt in Kfar Shmaryahu.

10 Vermutlich Arthur Aharon Rau (1895 – 1962), Jurist; 1925 – 1933 Landgerichtsrat in Berlin; Mitglied der Mizrahi-Bewegung; 1935 – 1938 Leiter des Palästina-Amts Berlin; 1939 Emigration nach Palästina.

zwar nach London gegangen, wo er sich für die Palästina-Amts-Interessen mit einsetzen will. Wallbach, der jetzt noch draussen ist, werden wir wahrscheinlich zurückkommen lassen. Die Leitung des Gesamtkomplexes Palästina-Amt und Fonds und Vertretung nach aussen werde ich wohl übernehmen, die Leitung des Palästina-Amtes im engeren Sinne Dr. Löwenthal, früher Nürnberg, der sich vorzüglich bewährt hat. Dem Palästina-Amt wird im weiteren Sinne eine Abteilung für Berufsausbildung und Jugendwanderung eingefügt werden, in die Hachscharah, Jugend-Alijah, Mädchen-Alijah, Schüler- und Studenten-Alijah eingegliedert wird.

Den Organisationsplan werden wir Dir nach Fertigstellung übermitteln. Es ist aber klar, dass wir nur eine Art Barackenlager errichten, da wir mit kurzen Fristen zu rechnen haben.

Mit herzlichem Schalom

Dein¹¹

DOK. 198

Luise Solmitz fürchtet am 5. und 6. Dezember 1938 die Ghettoisierung und die Enteignung ihres Hauses¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Eintrag vom 5. und 6. 12.1938 (Abschrift)

5. 12. 38: Berlin hat schon Bannstraßen für Juden; Straßen auch, in die zu ziehen ihnen dringend geraten wird.²

6. 12. 38: Da steht der erbarmungslose Tag, der uns unsere Heimat nimmt, unser Haus. Juden ist Grundeigentum verboten. Hätte mir Fr.³ das Haus rechtzeitig überschrieben.

Wir entwarfen sofort eine Bitte auf Überschreibung an mich ... Er hatte unsere Vernichtung in der Stadt gelesen, es mir selbst sagen wollen. Da las ich es in der Abendzeitung, er war oben, allein ... Ich zu ihm hinauf – nun ist unser Haus fort.

11 Handschriftl. Anmerkung: „Post wieder nach Meinekestr. 10. Vielleicht werden wir aber neue Räume beziehen.“

1 StAHH, 622-1/10, Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

2 Entsprechend einer Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten durften Juden neben Schwimmbädern, Bibliotheken, Museen, Kinos, Sportplätzen und Konzert- und Vortragsräumen auch einige Straßenabschnitte im Stadtzentrum nicht mehr betreten, darunter die Wilhelmstr. auf dem Abschnitt Leipziger Str. bis Unter den Linden.

3 Gemeint ist Friedrich Wilhelm Solmitz, der Ehemann von Luise Solmitz.

DOK. 199

**Gerda Erdmann aus Berlin unterbreitet dem Papst am 7. Dezember 1938 Vorschläge,
was die katholische Kirche zur Lösung der Judenfrage tun könne¹**

Schreiben von Gerda Erdmann, Berlin-Dahlem, Kiebitzweg 23, an Papst Pius XI., Rom, Vatikanstadt,
vom 7.12.1938

Ehrwürdiger Vater!

Gestatten Sie einer *nicht-katholischen Christin*, sich in einer Angelegenheit, die allgemein größte Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, an Sie zu wenden. Es handelt sich um die *Judenfrage*. Ich möchte mit diesem Schreiben eine Anregung geben, die mir geeignet erscheint, zu ihrer Lösung beizutragen, und zwar zu einer Lösung vom Christentum her.

Das Problem stellt sich mir folgendermaßen dar:

Es ist im Grunde Gottes Hand, die so schwer auf den Juden lastet. Gottes Gericht ist über sie hereingebrochen, wie schon mehrfach in der Geschichte seit Christus. Denn seit jener Stunde der Offenbarung Gottes in der Welt durch seinen Sohn ist Judentum – Schuld! Es ist ein Ausweichen vor dem Gebot der Liebe und damit Ungehorsam gegen Gott selbst. Für den jüdischen Glauben kann es seit Christus keinen Raum mehr geben auf der Erde, vor allem nicht im Schoße derjenigen Völker, die zum christlichen Teil der Welt gehören. Dort werden die Juden immer wieder als ein Fremdkörper empfunden und müssen um so mehr ein Ärgernis werden, je mehr der Geist des Christentums an Lebendigkeit gewinnt unter den Menschen. In glaubensarmen Zeiten ist die Lücke weniger sichtbar, die unüberbrückbar zwischen der Gemeinde Christi und dem Judentum klafft. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, stehen wir am Beginn einer Epoche aufblühenden christlichen Lebens. Dabei übersehe ich nicht, daß es im Augenblick nicht christliche, sondern nationalistische Beweggründe sind, die zur Judenfeindschaft geführt haben. Man sollte sich aber klar darüber sein, daß die Judenfrage auch dann noch nicht gelöst sein würde, wenn diejenigen, die heute die Juden anfeinden, ihre Haltung änderten. Das Ärgernis bliebe!

Da die europäischen Völker allgemein eine Überfremdung ihres nationalen Bestandes fürchten, möchten diejenigen, die viele Juden in ihren Reihen haben, sie gern entfernen und jene, die weniger haben, verschließen vor der jüdischen Einwanderung ihre Grenzen. Anders steht es in Übersee. Dort hat die Rassenfrage kaum eine Bedeutung und die Nationalitätenfrage steht weniger im Vordergrund. Große leere Räume stehen zur Verfügung (z.B. in Südamerika, wo ich selbst eine Reihe von Jahren gelebt habe). Was hier einer Aufnahme der Juden hindernd im Wege steht, ist neben den organisatorischen Schwierigkeiten – die religiöse Frage. Denn es ist verständlich, daß der Gedanke an die Aufnahme größerer Mengen von Juden, an die Möglichkeit der Einflußnahme jüdischen Geistes auf Wirtschaft, Kultur und Politik besonders in Ländern mit einer einheitlich katholischen Bevölkerung Unbehagen verursacht. Man fürchtet bei größerer jüdischer Zuwanderung das Entstehen eines geschlossenen fremden Machtkörpers, dessen geistige Wirkungskraft nicht unterschätzt werden darf.

Die Lage wäre eine ganz andere, wenn die aus Europa auswandernden Juden sich in ihrer neuen Heimat taufen ließen. Dem zum Christen Gewordenen würde sich die christliche

¹ A.S.V., A.E.S., Stati Ecclesiastici, Pos. 566, Fasc. 600, Bl. 19–23.

Gemeinschaft in jeder Hinsicht öffnen; er stünde nicht mehr überall vor verschlossenen Türen. Die Kinder dieser Getauften, von klein auf im christlichen Glauben erzogen, wüchsen hinein in Kirche und Nation, vermischten sich durch Heirat und gingen schließlich im neuen Volkstum auf. Von den buntrassigen Völkern in Übersee könnte das gesamte europäische Judentum auf diesem Wege gefahrlos aufgesogen werden. Die Auffrischung mit europäischer Intelligenz könnte mancherorts sogar von Gewinn sein. Dagegen scheint es mir nicht ratsam, ein weiteres jüdisches Nationalheim, etwa in den drei Guayanas,² zu errichten und damit dem Judentum innerhalb der christlichen Welt einen neuen Stützpunkt zu schaffen. Palästina hat sich schon als verfehlt erwiesen. Wer helfen will, soll den bedrängten Menschen helfen, nicht aber dem Judentum!

Freiwillig würden sich freilich nicht viele auswandernde Juden zum Glaubenswechsel bereit finden. Man müßte schon einen Zwang ausüben dergestalt, dass man die Zuwanderung von solchem Glaubenswechsel abhängig machte bzw. die bereits Zugewanderten mit der Auswanderung bedrohte, falls sie sich nicht nach einer angemessenen Frist taufen ließen. Es ist jetzt keine Zeit mehr, die Juden durch Werbung für Christus gewinnen zu wollen. Darum bleibt nichts anderes übrig, als ihnen zu sagen: Hier müßt ihr fort bis dann und dann; dort steht euch eine neue Heimat offen. Aber alsbald nach eurer Niederlassung habt ihr euch beim zuständigen Pfarrer zu melden und mindestens ein halbes Jahr lang regelmäßig den christlichen Unterricht zu besuchen. Wer ein Jahr nach seiner Einreise nicht getauft ist, muß das Land wieder verlassen. Ich sehe keinen anderen gangbaren Weg zu einer gründlichen Lösung der Judenfrage aus dem Geiste des Christentums heraus. Von den Juden selbst wird ein Vorgehen, das sie zum Übertritt zwingt, zweifelsohne vielfach als Hohn und Niedertracht empfunden werden. Sie werden sich innerlich dagegen auflehnen.

Das aber wäre eine Angelegenheit zwischen ihnen und Gott, unter dessen Hand sie sich nicht beugen wollen. Sind solche Menschen nicht im Grunde eigensinnig wie Kinder, die nicht wissen oder wahrhaben wollen, was zu ihrem Besten dient? Kinder muß man zuweilen zwingen aus erzieherischen Gründen.

Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß die Kirchen an sich auf einen solchen Zuwachs keinen großen Wert legen. Hier aber sollten die Kirchen um Jesu Christi willen über sich hinauswachsen! Ich las dieser Tage einen Spruch: „Wenn die Welt uns ausgestoßen hat, tritt Jesus zu uns.“³ Verhelfen wir diesen Ausgestoßenen zu der Begegnung mit Jesus Christus! Dann können wir getrost Ihm und Gottes Gnade das weitere Werk überlassen. Gott geht oft wunderbare Wege!

Welche große und schöne Aufgabe tut sich hier vor der Christenheit der Welt auf! Welch glücklicher Ausblick eröffnet sich in die Zukunft! In Einmütigkeit kann die Christenheit ein gewaltiges Werk tätiger Nächstenliebe vollbringen. An den Mitteln dazu wird es zuletzt nicht fehlen. Denn natürlich muß es nun die Christenheit sein, die die Mittel für eine Umsiedlung großen Stils aufbringt. In dem Augenblick, in dem sich die großen christlichen Religionsgemeinschaften und die christlichen Regierungen der Sache annehmen, ist sie gesichert und auf gutem Wege. Freilich dürfte nicht mehr lange gezögert werden! –

Ehrwürdiger Vater! Sie haben es in der Hand, die katholische Welt zur Bereitschaft und

2 Französisch, Britisch und Niederländisch Guyana (heute Surinam).

3 Nicht ermittelt.

Mitarbeit aufzurufen! Außer Mittel- und Süd-Amerika käme vor allem der Kolonialbesitz Frankreichs, Belgiens und Portugals in Frage. Gleichzeitig wende ich mich mit entsprechenden Schreiben an Ihre Majestät die Königin von Holland und an Mr. Chamberlain als Vertreter evangelischer Länder mit ebenfalls großen Kolonialreichen. Wenn alle zusammenarbeiten, wird die Last für den einzelnen leichter.

Ehrwürdiger Vater! Krönen Sie Ihr reichgesegnetes Leben mit einem Werke, das in die Geschichte eingehen wird als ein leuchtendes Beispiel selbstloser christlicher Liebe; mit einem Werke, vollbracht zum Ruhme und zur Ehre Gottes!

Gottes Gnade weise uns den rechten Weg allezeit! –

In tiefster Ehrfurcht und Ergebenheit⁴

DOK. 200

Cornelius von Berenberg-Gossler notiert am 9. Dezember 1938 Gedanken zur unmenschlichen Behandlung der Juden und der Wirkung auf das Ausland¹

Tagebuch von Cornelius Freiherr v. Berenberg-Gossler, Hamburg, Eintrag vom 9. 12. 1938

Freitag, 9. Dez.

Nadia fährt morgens mit mir zur Stadt. Brief von Heinrich aus Buenos Aires vom 3. Dez. Er sucht eine Stellung dort, bisher Schwierigkeiten u. Absagen, so bei den Vertretern von Barings, Roberts, Meynell & Compagnie, die ihn wegen der unsicheren geschäftlichen Zukunft nicht nehmen könnten. Frühstück im Café. Nachm. Besprechungen in der Firma Rée mit einem Direktor der Beiersdorf Aktien Gesellschaft Claussen u. Samson. Hellmuth² zu Tisch bei Weitzmanns. Vor Tisch in Dunkelheit im Park. Lord Baldwin³ forderte gestern Abend am Radio die angelsächsischen Staaten auf, den aus Deutschland vertriebenen Juden zu helfen, deren Behandlung er mit Recht als „unmenschlich“ bezeichnete. Der deutsche Arbeiter in seiner überwiegenden Mehrzahl lehne die unanständige Behandlung der Juden ab, das sagte mir heute Claussen von der Beiersdorf-Gesellschaft, die 4000 Arbeiter beschäftigen.⁴ Der deutsche Arbeiter sei im allgemeinen anständig. Das ist auch immer mein Eindruck gewesen. Hitler erleidet durch seine unmenschlichen Maßnahmen gegen die Juden, deren zu großer Einfluß in Deutschland vor 1933 gewiß zurückgedrängt werden mußte, aber nicht in den Formen, wie es jetzt geschieht, eine große moralische Niederlage vor der Welt.

⁴ Antwortschreiben liegt nicht in der Akte.

¹ StAHH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch v. Cornelius Berenberg-Gossler 1938.

² Hellmuth von Berenberg-Gossler (1911–1988), Versicherungsmakler; Sohn von Cornelius und Nadia von Berenberg-Gossler.

³ Stanley Baldwin (1867–1947), Politiker; 1908–1937 konservativer Abgeordneter im brit. Unterhaus; 1921–1922 Handelsminister; 1923, 1924–1929 und 1935–1937 Premierminister; 1937 Ernennung zum 1. Earl Baldwin von Bewdley; kritisierte Chamberlains Appeasement-Politik scharf.

⁴ Carl Claussen (1878–1954), Fabrikdirektor; bis 1927/28 im väterlichen Speditionsgeschäft tätig, von 1920 an Aufsichtsratsmitglied und 1933–1954 Vorstandsvorsitzender der Beiersdorf AG, verheiratet mit Martha Claussen, geb. Pulvermacher.

DOK. 201

Deutsches Recht: Artikel vom 10. Dezember 1938 über das Recht zur Anfechtung eines Vertrages bei Unwissenheit über die „Rassezugehörigkeit“ des Vertragspartners¹*Anfechtung wegen Rassezweifels*

Daß der Irrtum über die jüdische Rassezugehörigkeit des Vertragspartners ein Irrtum i. S. des § 119 BGB,² ist und daß je nach Sachlage eine Rechtspflicht des Juden besteht, bei Vertragsverhandlungen auf seine rassische Zugehörigkeit hinzuweisen, eine Pflicht, deren Verletzung dem anderen Teile das Recht zur Anfechtung wegen arglistiger Täuschung an die Hand gibt (§ 123 BGB.), ist festgegründete deutsche Rechtsüberzeugung geworden (vgl. z. B. „Deutsche Justiz“ 1936, S. 936, 937, 1017, 1018).³ Allein der Inhalt des rechtlich beachtlichen Irrtums des einen und der entsprechenden Offenbarungspflicht des andern Vertragsteiles ist damit keineswegs umgrenzt. Beide brauchen sich nämlich nicht bloß auf die tatsächliche Rassezugehörigkeit zu beziehen; sie erstrecken sich vielmehr auch auf das Bestehen von Rassezweifeln, die einen verständigen Menschen zur Abstandnahme vom Vertragsschluß veranlaßt haben würden. Ein Fall aus der Praxis, wie er in dieser oder jener Abwandlung bei Firmen, die sich „zur Zeit mitten in der Arisierung befinden“, leider nicht zu den Seltenheiten gehört, mag dies erläutern.

Ein Parteigenosse, der Verkäuferfirma als solcher kenntlich, bestellt bei ihr unter der überdies ausdrücklichen Voraussetzung, ihr Unternehmen sei arisch, Gerätschaften. Die Firma liefert sie ohne Abgabe einer näheren Erklärung. Vor der Abnahme sieht der Käufer in der gerade erschienenen Nummer einer bekannten politischen Wochenschrift die Firma unter Anführung tatsächlicher Umstände als getarntes, i. S. von § 3 der 3. VO. zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 jüdisches Unternehmen gebrandmarkt.⁴ Zur Äußerung aufgefordert, erklärt die Verkäuferin: Die Zeitschriftennotiz sei durch das Zusammentreffen mehrerer Irrtümer entstanden. Sie habe zur Klarstellung ihrer Verhältnisse bei dem zuständigen Gauwirtschaftsberater der NSDAP einen die „arische Konstruktion“ ihres Unternehmens betreffenden Antrag gestellt, über den alsbald eine Entscheidung ergehen müsse; sie bitte, die Angelegenheit bis dahin zurückzustellen. Auf Anfrage hat der Gauwirtschaftsberater mitgeteilt: Die Firma sei früher unstrittig ein jüdischer Betrieb gewesen. Vor kurzem seien der Gauleitung der Partei Unterlagen zugeleitet worden, nach denen sie nunmehr als nichtjüdischer Betrieb gelten solle. Er habe jedoch der Verkäuferin noch eine Reihe von Auflagen gemacht, deren einwandfreie Erfüllung er zur Zeit nachprüfe. Er könne vorläufig über den jüdischen oder nichtjüdischen Charakter der Verkäuferin nichts verlautbaren, werde aber nach Abschluß seiner Ermittlungen und Fertigstellung eines Gutachtens in einigen Wochen mitteilen, ob die Firma

1 Deutsches Recht, Heft 23/24, 8. Jg., vom 10.12.1938, S. 513.

2 Nach § 119 BGB vom 1.1.1900 ist eine Willenserklärung anfechtbar, wenn anzunehmen ist, dass der Betroffene sie bei Kenntnis der Sachlage nicht abgegeben hätte.

3 Im Mai 1936 hatten die Amtsgerichte Wanne-Eickel und Mainz in Rechtsstreitigkeiten zwischen Juden und Nichtjuden zugunsten der nichtjüdischen Parteien entschieden, da diese von den jüdischen Vertragspartnern über deren Rassezugehörigkeit getäuscht worden seien. Die Verträge seien daher anfechtbar.

4 Der § 3 der 3. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 (RGBl., 1938 I, S. 627f.) besagte, dass ein Gewerbebetrieb auch dann als jüdisch galt, wenn er unter dem „beherrschenden Einfluß“ von Juden stand.

als jüdisch oder nichtjüdisch anzusprechen sei. Der Käufer hat daraufhin den Vertrag wegen Irrtums über den Inhalt seiner Vertragserklärung sowie wegen arglistiger Täuschung angefochten.

Seine Anfechtung ist begründet. Es ist ohne Belang, ob sich späterhin herausstellt, daß die Verkäuferin im Zeitpunkt des Kaufabschlusses bereits als arisch hingenommen werden mußte. Denn die Sachlage bietet keinen Zweifel, daß die Käuferklärung des Käufers für die Verkäuferin erkennbar auf der Annahme beruhte, die Firma sei *bedenkenlos* arisch, und daß er bei Kenntnis der tatsächlich bestehenden Bedenken seine Erklärung nicht würde abgegeben haben. Damit ist aber der Tatbestand begründeter Irrtumsanfechtung gegeben. Der Käufer braucht daher nicht etwa zu warten, bis die rassische Eingliederung der Verkäuferin nach der einen oder anderen Richtung klargestellt ist. Zum andern aber hat die Verkäuferin durch das Verschweigen der gegen sie bestehenden rassischen Bedenken, auch wenn sie diese für unbegründet gehalten hat, dem Käufer gegenüber ihre Rechtspflicht zur Offenbarung aller derjenigen Tatsachen verletzt, von denen ihr bewußt war, daß sie für seine Entschließung entscheidend sein mußten; sie hat ihn daher arglistig getäuscht.

DOK. 202

Ruth Maier aus Wien beschreibt am 11. Dezember 1938 den Abschied von ihrer Schwester, die mit einem Kindertransport nach Großbritannien fährt¹

Handschriftl. Tagebuch von Ruth Maier, Eintrag vom 11. Dezember 1938

9 h Abend.

Dita ist weg. Jetzt fährt sie im Zug, auch jetzt, in diesem Augenblick. Sie lacht, packt das Essen aus, oder vielleicht hat sie Heimweh.

Es ist scheußlich, ein Tagebuch zu führen. Grauenhaft. Da auf der vorigen Seite, da steht noch: Dita fährt morgen weg. Und heute: Dita ist weg. Und so geht das weiter. Man sollte sich schämen.

Gestern also um 11 h im Schnellzug. Eine leere Stelle ist jetzt hier in unserem „Heim“. Mama sagt zu mir „Dittl“, und Großmutter weint, und Mama weint. „Scheiden, scheiden, scheiden, wer hat nur das Scheiden erdacht“. So heißt es doch in Danton's Tod² ... Es ist eine abgedroschene Wahrheit, daß es doch nichts ist als „Abschied nehmen“, das Leben. Grüßen und Abschied nehmen vielleicht. Von jeder Minute, jeder Sekunde! ... Nur keine Sentimentalitäten, Ruth! Das tut nicht gut.

Es war gestern nur so, wie man es malen kann. In Hütteldorf³ draußen dunkel und schwarz. Mit Taschenlampen haben die jüd. Ordner geleuchtet. Und Kinder, bis 17 Jahre, Burschen und Mädels mit Rucksäcken und Kofferln. Immer noch einen Kuß. Noch einen und einen letzten. Neben mir hat eine Frau geweint, nicht leise für sich: Gewimmert hat sie, gestöhnt. Tief aufgeseufzt. Im ganzen Gesicht gebebt ... Kleine 4jährige Kinder haben

1 HL-Senteret, Oslo; Abdruck in: Ruth Maier: „Das Leben könnte gut sein“, Tagebücher 1933 bis 1945, hrsg. von Jan-Erik Vold, München 2008, S. 157–160.

2 „Ach Scheiden, ach Scheiden, ach Scheiden, wer hat sich das Scheiden erdacht?“ Vers aus einem hessischen Volkslied. Im Drama Dantons Tod von Georg Büchner singt Lucile das Lied nach dem Abschied von ihrem Freund Camille, ohne zu wissen, dass er hingerichtet und sie ihn nicht mehr wiedersehen wird.

3 Stadtteil von Wien.

geschrien. Wahnsinn! Auf den Armen hat man sie noch tragen müssen. Und die Mütter! Die Väter von den Kleinen sind in Dachau ... Eine junge Frau, die hat sich zurückgebeugt, ihr Mann zu ihr hin. Eine hat gemurmelt: „Alle zwei auf einmal, alle zwei.“

„Mama“, hab’ ich gesagt, „Mama, schau, das ist unsere Jugend, die jüd. Jugend, und die wird aufrecht sein, die hat eine Schule durchgemacht, sie haben gelitten wie wenige, und sie werden ein neues Leben aufbauen mit ihren Händen. Manche, die Kleinen, werden sich die Hände blutig machen.“ Das denke ich jetzt so vor mich hin. Die Kleinen, die man von den Eltern weggerissen hat, werden vielleicht weinen in der Nacht. Ja! Wie ich sie gesehen habe, Juden, nur Juden, denen man die Kinder wegreißt, bevor sie sich noch satt geküsst haben, da denke ich: „Müssen sie nicht etwas Besonderes an sich haben, die Juden? Soviel Leid müssen sie ertragen. So viel Leid! Weil sie Juden sind! Deswegen. Es klingt so schön „beim Abschied spielten sich herzzzerbrechende Szenen ab.“ Nein, das Herz zerbricht nicht so schnell. Mama sagt: „Wenn einer von den vielen dort gebrüllt hätte, ein einziger, so hätten *alle* begonnen.“ Nein, es hat niemand gebrüllt, geflucht. Nur geweint haben sie. Nur Tränen, nichts als Tränen habe ich geschaut. In einem kleinen Häufel ist Dita mit anderen dort gestanden, im Dunkel. Nur ihren weißblauen Schal hab’ ich gesehen. Wie wir vorbeigegangen sind an diesem Häuflein jüd. Flüchtlinge, da hat sie auf einmal „Mama“ gerufen. Und hat gewinkt. An uns sind sie vorbei. Knapp! Noch einen letzten Kuss haben sie sich geben wollen, Dita und Mama. Ganz nah waren ihre Lippen, da hat sie der Ordner auseinandergerissen. „Machen Sie sich’s net schwerer.“

Jüdische Flüchtlinge. Sie werden verschiedenen engl. Familien zugeteilt werden. Dita wird ja bald schreiben. Sie soll ein aufrechtes Leben führen. Sie soll würdig sein. Es klingt schon alt. Und doch: „*Ich* werde mich bemühen, würdig zu sein.“ Und Dita auch. Lang’ werd’ ich sie nicht sehen. Und wie wird’s dann aussehen? In einem Jahr! Da sind wir schon in Amerika. Wir haben ja Affidavits. Wer hat da unlängst gesagt: „Wir fahren mit dem Permit nach Affidavit!“ Ja, ich laß mich treiben von meinen Gedanken, lege mir keinen Zwang auf ... ja, das Bild taucht da wieder auf. Ein hoher Bahndamm, eine mit Gras bewachsene Böschung. Oben ein Gitter. Drüben der Zug mit den hellen Fenstern. Burschen drin, die jüdischen Kinder. Und wie das die Eltern sehen, da hinten Waggon mit Kindern drin (wir durften ja nicht auf den Perron), da krochen sie alle wie die Tiere hinauf. Schrien hinüber, und die Buben drin ließen die Fenster hinunter, pffiften, gestikulierten. „Mama“, hat einer geschrien. Ja! Ganz klar ist mir alles geworden. Im Dunkel draußen in Hütteldorf. Wir standen zusammen. Dita hatte Nummer 258. „Siehst du“, hab’ ich g’sagt, „jetzt bist du nur mehr eine Nummer.“ „Oh nein, ich bin noch immer die Judith Maier“ ... Ja und als die Nummer 258 aufgerufen wurde, geschwind hinein und marsch. Das Leben beginnt! Ja! Sonst bei uns jungen Leuten, da vollzieht sich der Übergang zum „Leben“ allmählich, behutsam, ohne Überraschungen. Jetzt! Wir werden hinausgeworfen. Heute noch im Gymnasium. Morgen, Dienstmädchen, ja, machen wir uns keinen blauen Dunst vor. Mama sagt zwar immer: „Aber geh, du gehörst doch dann zum Haus, die wissen doch, wer du bist.“ Das ist schnuppe! Ein Dienstmadel werd’ ich sein. Eine Proletarin! Warum nicht? Dann gehöre ich wenigstens zu ihnen. Ganz und voll!

Und der Himmel war so klar, und die Küsse waren ohne Ende. Und die Frau neben mir hat gebebt und gewimmert. Und im Dunkel haben kleine Kinder geweint. Es war kalt und naß. Dita ist vorbeimarschiert. Der blauweiße Schal hat geleuchtet. Tapfer. Und die Jugend, die wird kämpfen.

Juden, Juden, Papa, Heinrich Heine.

DOK. 203

Max Karp schildert einem Verwandten am 16. Dezember 1938 die Situation der aus Deutschland abgeschobenen polnischen Juden im Lager Zbąszyń¹

Handschriftl. Brief von Max Karp,² Zbąszyń (früher Bentschen), an Gerhard [Intrator]³ vom 16. 12. 1938

Lieber Gerhard.

Am 17. oder 18. 11. sandte ich Dir einen Bericht über mein Schicksal und was mit uns Juden poln. Nationalität in Deutschl. seit dem 28. 10. geschehen ist.⁴ Hast du diesen Brief bekommen? Gleichzeitig sandte ich an Henry Abe einige Zeilen wegen eines dringenden Affidavits für mich. Da ich bis heute keine Antwort erhalten habe, bin ich etwas beunruhigt.

Unsere Lage hier an der Grenze ist unverändert. Der Ort ist von Polizei streng abgeriegelt, auch am Bahnhof ist Polizeikontrolle. Nur Flüchtlingsleute über 65 Jahren können nach dem Inneren Polens weiterfahren. Wir anderen müssen eben zusehen, wie wir hier aus diesem Käfig herauskommen können, und da das nur durch ein Einreisevisum anderswohin möglich ist, erwarten wir mit Sehnsucht die Hilfe von draußen. Eine Anzahl Leute sind schon abgereist nach Übersee, aber 95 % sitzen hier noch fest.

Man hört über verschiedene Sender, daß den Juden in Deutschland zur baldigen Auswanderung von bestimmten Auslandsstellen verholfen werden soll. Hat man uns hier an der Grenze, wo wir in Baracken, in Fabrikräumen und in anderen Massenquartieren auf Strohsäcken herumliegen, schon vergessen?

Durch das eintönige Leben und unsere Notlage hier stumpfen wir von Tag zu Tag mehr ab. Außerdem kommt noch die Sorge dazu um unsere in Deutschland verbliebenen Sachen und Werte. Die Wohnungen stehen noch meistens so da (bis auf geplünderte), wie wir sie verlassen haben.

In Berlin sind wenigstens genügend Familienmitglieder zurückgeblieben, die nach dem Rechten sehen können; doch leiden sie darunter, daß sie von ihren Männern und Vätern getrennt sind (und umgekehrt).

In den Provinzstädten Deutschl. sind die Wohnungen von der Polizei versiegelt worden. Aber was soll nun aus all diesen werden? Man hört nichts mehr von Verhandlungen zw. Deutschl. und Polen! Angeblich sollen diese Mitte Januar fortgesetzt werden.⁵ –

Wir haben hier in der Bürgermeisterei auf amtl. Formularen die ungefähre Summe der Werte angeben müssen, die uns in Deutschland gehören oder wir zurücklassen mußten. Vielleicht sollte diese Maßnahme zu unserer Beruhigung beitragen, denn man hofft doch schließlich, daß die polnische Regierung uns zu unserem Recht verhelfen wird!

Viele haben sich ihre Garderobe aus Berlin nachschicken lassen; die Zollkontrolle ist hier ziemlich streng, dazu hat man uns noch für die Herausnahme der Sachen einige Gebühren aufgeknackt (Zl. 3.80). Du siehst, man nimmt auch hier auf unser Schicksal wenig

1 JMB, 200 5/ 87.

2 Mendel Max Karp (1892–1940), Musiker; blieb nach seiner Abschiebung aus Berlin bis zum 29. 6. 1939 in Zbąszyń, am 13. 9. 1939 in das KZ Sachsenhausen deportiert und dort am 27. 1. 1940 gestorben.

3 Dr. Gerhard Intrator (1910–1993), Jurist; musste 1933 seine juristische Karriere aufgeben und trat daraufhin in das Geschäft von Jacques Berglas, einem Großproduzenten von Stoffen und Garnen, ein; 1937 Emigration in die USA.

4 Zur Abschiebung der Juden poln. Staatsangehörigkeit aus Deutschland Ende Okt. 1938 siehe Dok. 111 und 112 vom 28. 10. 1938 und Dok. 118 vom Okt. 1938.

5 Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen siehe Dok. 120 vom 3. 11. 1938, Anm. 19.

Rücksicht. Das Komitee⁶ greift hier helfend ein! Von Alex werde ich mir jetzt auch Verschiedenes schicken lassen, denn unser Aufenthalt hier kann sich noch viele Monate hinziehen, wenn uns von draußen nicht früher geholfen wird.

Ich wäre Alfr. Berglas⁷ sehr dankbar, wenn er mir bis zur Weiterreise eine Aufenthaltserlaubnis in London verschaffen könnte, damit ich von hier schneller wegkomme. Aber zunächst muß ich doch ein Affidavit haben!

Man spricht hier von einem Notaffidavit, auf Grund dessen man in eine bevorzugte Quote kommt. Gibt es so etwas für uns Flüchtlinge hier? –

Von A.B. habe ich einen tröstenden Brief und 100 ph.= 12l Zl. erhalten; er schreibt, daß in London schon sehr daran gearbeitet wird, daß wir bald von hier fortkommen. – Meinen Bericht, den ich an ihn sandte, wollte er dem dortigen Komitee vorlegen. –

Eine englische Delegation ist vor Wochen durch diesen Ort gekommen, wahrscheinlich hat sie inzwischen dem Evian Komitee über unsere Lage Mitteilung gemacht.⁸ Jedenfalls ist bis heute von dieser Seite für uns nichts geschehen!

Die Lebensmittelzuteilung ist jetzt für uns geringer geworden. Vordem gab es tägl. pro Kopf etwa 100 gr. Butter, ½ Würfel Tomor⁹ und 3 x in der Woche Fleisch und ebenso Eier 3 x 1 [...] ¹⁰ pro Kopf. Von nun ab ist die Butter auf 40 gr., Tomor auf 10 gr. täglich reduziert worden und Fleisch auf 2 x in der Woche. Kartoffeln und Brot, Gries, Mehl, Nudeln etc. werden besser zugeteilt. Aber da Fett mit das wichtigste in der Ernährung ist, muß man tägl. Butter zukaufen. Wer kein Geld hat, trocknet so langsam ein. Man spricht auch, dass es bei der Verteilung und beim Einkauf „der Waren nicht mit rechten Dingen zugegangen“ sein soll. Anscheinend ist hier Abhilfe geschaffen worden. Möglich ist aber auch, daß dem Komitee nicht mehr genügend Geldmittel zur Verfügung stehen! –

Was Dich vielleicht auch interessieren wird, ist, daß sich die Eltern von dem „berühmten“ Unglückshelden [...] ¹¹ und dessen bildschöne Schwester hier im Lager befinden; ¹² sie helfen hier in einer Feldküche (Gulaschkan.) mit.

Aber, lieber Gerhard, nochmals sende ich Euch über den Ozean meinen S.O.S. Ruf und ich hoffe, daß Ihr ihn hören werdet. Gebe mir bitte sofort Nachricht nach *hier*!!, wie es mit meinem Affidavit steht.

In der Hoffnung, daß es Dir sowie den übrigen Verwandten gut geht, verbleibe ich mit vielen Grüssen & Küssen

Dein Max

6 In Zbąszyń entstand unter Leitung H. Grybowskis, des jüdischen Mitinhabers der örtlichen Mühle, ein lokales Hilfskomitee, das einige der Abgeschobenen privat unterbrachte und später Geld zum Anmieten von Zimmern beschaffte. Ende Okt. kamen außerdem Mitarbeiter des Joint nach Zbąszyń und riefen dort eine Außenstelle unter Leitung des jungen Historikers Emanuel Ringelblum ins Leben. Sie kümmerten sich um die Lebensmittelversorgung, Unterbringung und andere Probleme der Neuankömmlinge.

7 Alfred Berglas (*1897), Kaufmann und Textilfabrikant; Geschäftsführer und Inhaber der Treuhandgesellschaft für juristische Personen mbH, Berlin, Mitinhaber der 1932 gegründeten Gebrüder Berglas Mechanische Webereien AG, Berlin; 1938 bzw. 1939 wurden beide Firmen „arisiert“, Berglas emigrierte nach Großbritannien.

8 Gemeint ist das auf der Konferenz von Evian im Juli 1938 gegründete Intergovernmental Committee on Refugees; siehe Dok. 64 vom 16. 7. 1938, Anm. 3.

9 Koschere Margarine.

10 Ein Wort unleserlich.

11 Ein Wort unleserlich.

12 Gemeint sind die Eltern und die Schwester von Herschel Grynszpan.

Herzl. Grüße an Abe, Henry.
Bella, Erwin und Alex M[.]sel!
sowie Tante Ida

- 1) Meine Personalien laut Paß: Mendel Max Karp, 17.7.1892, Ruszelczyce
- 2) Wohnung vorläufig bis 1.2. oder 1.3.39 Berlin C 2, Wallnertheaterstr. 19
- 3) jetziger Aufenthalt bis zur Auswanderung: Max Karp c/o Ehrlich, Zbąszyń, Senatorzka 31,Poland

P.S. Von meinem Vater erhalte ich wieder Post, anscheinend hat ihn mein Schicksal „gerührt“.

DOK. 204

Paul Eppstein protokolliert eine Vorladung bei der Gestapo Berlin am 16. Dezember 1938, bei der die Finanzierung der Pogromschäden und die Ausweisung Staatenloser erörtert werden¹

Vermerk über die Vorsprache im Gestapo, Zimmer 101, gez. Dr. Hirsch und Dr. Eppstein, vom 16. 12. 1938

Erörtert wurde:

- 1). *Die Frage der lokalen Finanzierung, insbesondere im Hinblick auf die Beschlagnahme der örtlichen Mittel und die Forderung des Ersatzes der Kosten der Wiederaufräumarbeiten durch die Synagogengemeinden*

Es wurde erklärt, dass hier bereits Weisungen ergangen seien und dass anzunehmen sei, dass in einem erheblichen Teil der Gemeinden die Ordnung wiederhergestellt sei, z. B. in Liegnitz. Demgegenüber wurde eine Zusammenstellung mit Anschreiben übergeben zur Ergänzung unserer zuletzt übergebenen Aufstellung über die Verhältnisse in durch die letzten Ereignisse notleidend gewordenen Gemeinden. Dabei wurde auch in die² inzwischen erfolgten Wiederherstellungen verwiesen. Eine Befassung mit dem Ersatz der Kosten für die Aufräumarbeiten wurde aus Zuständigkeitsgründen abgelehnt.

- 2). *Die Frage der zentralen Finanzierung*

Der Entwurf eines Rundschreibens an die jüdischen Gemeinden könne vorgelegt werden, in dem die erforderlichen Massnahmen auf dem Gebiet der Beitragsleistung und der Beschaffung der Wohlfahrtskosten nach dem 1. Januar in den einzelnen Gemeinden seitens der Reichsvereinigung in die Wege geleitet wird. Dabei soll ausdrücklich auf die Verordnung Bezug genommen werden, durch die die offene Wohlfahrtspflege für Juden nur subsidiär eintritt.³

- 3). *Überleitung der Vereine auf die Gemeinde Berlin*

Auf eine Frage von Herrn Stahl,⁴ wie die Überleitung der Vereine auf die Jüdische Gemeinde Berlin in den Fällen beschleunigt werden könne, in denen die Vereinsorgane nicht selbst die hierfür erforderlichen Massnahmen in die Wege leiten, wurde auf den Weg der Verständigung verwiesen.

¹ CJA, 2B1, Nr. 1, Bl. 255–257.

² Muss heißen: „auf die“

³ Siehe Dok. 164 vom 19. 11. 1938 und Dok. 209 vom 21. 12. 1938.

⁴ Heinrich Stahl (1868–1942), Versicherungskaufmann; von 1931 an Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Berlin, 1933–1940 Vorstandsvorsitzender; von 1939 an stellv. Vorsitzender der Reichsvereinigung der Juden, 1942 Deportation nach Theresienstadt, dort gestorben.

Die Errichtung eines jüdischen Speisehauses im Gebäude des Brüdervereins wurde abgelehnt. Man solle warten, bis eine in ganz anderer Weise durchzuführende Regelung getroffen werde.

4). *Haftentlassung von Dr. Hans Reichmann*⁵

Es wurde auf die besondere Notwendigkeit, gerade diesen Mitarbeiter zur Verfügung zu haben, hingewiesen. Die erforderlichen Daten wurden entgegengenommen.

5). *Betreuung der Juden in Sudetendeutschland*

Es soll ein Antrag eingereicht werden, in dem die Durchführung der Betreuung der Juden in Sudetendeutschland von Berlin aus durch eine Wohlfahrtspflegerin, deren Namen gleichzeitig angegeben werden soll, nachgesucht wird.

6). *Kinderauswanderung*

a) *Durchreise jüdischer Kinder aus der Ostmark*

Gegen die Durchreise jüdischer Kinder aus der Ostmark im Rahmen von Kindertransporten und ihre Betreuung durch Organe der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland werden Bedenken nicht erhoben.

b) *Kinder aus Danzig*

Der Gemeinde Danzig soll mitgeteilt werden, dass die Verhandlungen über die Kinderauswanderung aus Danzig unmittelbar mit den ausländischen Organisationen und unabhängig von der Kinderauswanderung aus Deutschland geführt werden sollen.

7). *Ausweisung von Staatlosen*

Es wird über die Praxis der Ausweisung von Staatlosen gemäss § 5 der Ausländerpolizeiverordnung⁶ berichtet, die zwar eine Einspruchsfrist vorsehen, aber den Entzug der Aufenthaltserlaubnis mit einer Ausweisung aus dem Reichsgebiet verbindet. Es wird darauf hingewiesen, dass durch den Vollzug solcher Ausweisungen ausserordentliche Schwierigkeiten ähnlich denen bei oesterreichischen Durchwanderern entstehen. Die betroffenen Personen versuchen, im Westen über die grüne Grenze zu gehen, was jedoch in der Regel nicht gelingt und eine Rückschiebung zur Folge hat. In den Orten, in denen sich diese Personen dann aufhalten, ist ihre weitere Betreuung unmöglich, sodass nichts anderes übrigbleibe, als sie in ihre Heimorte zurückzutransportieren, damit von dort aus ihre ordnungsmässige Auswanderung betrieben werden kann. Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die aus den Lagern mit kurzfristiger Auswanderungsaufgabe entlassenen Personen zur Auswanderung zu bringen, bedeutet die Ausweisung von Staatlosen eine ausserordentliche Erschwerung einer geordneten Auswanderung. Es wurde erklärt, dass das Problem bekannt sei und dass man sich darum bemühe.

8). *Berichtigung der Eingabe des Berichts über jüdische Kinderheime*

Der heute übergebene Bericht über die Kinderheime wurde nach einer inzwischen eingegangenen Mitteilung dahin berichtigt, dass das Kinderheim Bad Dürkheim seinen Betrieb wieder aufnehmen konnte.

9). *Schreiben von Juden aus dem Altreich an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien*

5 Dr. Hans Reichmann (1900 – 1964), Jurist; 1929–1933 als Rechtsanwalt tätig, 1927–1938 Syndikus bzw. Vorsitzender des CV; nach dem Novemberpogrom 1938 in KZ-Haft; 1939 emigrierte er nach Großbritannien, dort 1955–1964 Generalsekretär der United Restitution Organization, Büro London; Mitbegründer des Leo Baeck Instituts London.

6 Der § 5 der Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.1938 (RGBl., 1938 I, S. 1053–1056) bestimmte wirtschaftliche und strafrechtliche Kriterien, die ein Aufenthaltsverbot für Ausländer im Reichsgebiet begründeten.

Es wird darauf hingewiesen, dass Juden aus dem Altreich sich nicht an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, sondern ausschliesslich an die jüdischen Organisationen im Altreich zu wenden hätten. Eine entsprechende Notiz im Jüdischen Nachrichtenblatt sei vorbereitet.⁷

10). *Schreiben von Juden aus Deutschland zwecks Erlangung von Affidavits an Namensvettern im Ausland*

Es komme vor, dass Juden sich wegen Affidavits oder sonstiger Unterstützung unmittelbar an Namensvettern im Ausland wenden, worunter dann auch Arier seien, die sich an die Behörde gewandt hätten. Derartiges habe zu unterbleiben. Die Auffindung von Verwandten und dergl. dürfte nur durch die jüdischen Organisationen vermittelt werden. Der Veröffentlichung einer entsprechenden Notiz im Jüdischen Nachrichtenblatt⁸ durch die Reichsvereinigung stehe nichts im Wege.

DOK. 205

Das Bankhaus Warburg bittet die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe am 17. Dezember 1938, den Verkauf von Wertpapieren aus jüdischem Besitz zu vereinfachen¹

Schreiben (N/Hh 592.),² ungez., an die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes e.V., Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 35, vom 17. 12. 1938 (Abschrift)

Betr.: Verkauf von Wertpapieren aus jüdischem Besitz.

Mit Zustimmung und auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei erhebt der Jüdische Religionsverband Hamburg von auswandernden Juden eine Abgabe in Höhe von 20 % der Reichsfluchtsteuer. Die Passbehörde in Hamburg hat sich zur Sicherung dieser Abgabe damit einverstanden erklärt, auswandernden Juden den Pass erst dann auszuhandigen, wenn sie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Jüdischen Religionsverbandes vorlegen. Diese Unbedenklichkeitsbescheinigung wird von dem Jüdischen Religionsverband erteilt, sobald die oben erwähnte Abgabe sowie die übrigen Steuerschulden für die Vergangenheit gezahlt bzw. sichergestellt sind.

Zahlreiche auswandernde Juden werden diese Abgabe nur durch Inzahlungsgabe von Wertpapieren und nicht durch Geldzahlungen leisten können; es dürfte nicht zweckmässig sein, wenn jeder einzelne Auswanderer gesondert für sich den Antrag stellt, Wertpapiere aus seinem Depot in ein Depot des Jüdischen Religionsverbandes zur Zahlung dieser Abgabe übertragen zu dürfen. Wir möchten daher zur Erleichterung der Abwicklung empfehlen, dass Sie uns eine allgemeine Genehmigung zu unseren Händen dahin erteilen würden, dass Wertpapiere von jüdischen Auswanderern aus den Depots der Aus-

⁷ Die Notiz erschien in der Rubrik „Fragen der Auswanderung“; Jüdisches Nachrichtenblatt, Nr. 8 vom 20. 12. 1938, S. 1.

⁸ Nicht ermittelt. Im Jüdischen Nachrichtenblatt vom 3.1.1939 wurde den Auswanderern empfohlen, sich mit den jüdischen Gemeinden in den Überseeländern in Verbindung zu setzen, um Verwandte oder Freunde ausfindig zu machen; Juden in Überseeländern, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Nr. 1 vom 3.1.1939, S. 1.

¹ Stiftung Warburg Archiv, Hamburg, Judenvermögensabgabe.

² „N“ war das Kürzel von Christian Niemeyer, Jurist; seit den 1920er-Jahren bis lange nach Kriegsende in der Rechtsabt. des Bankhauses Warburg tätig, persönlicher Vertrauter von Fritz Warburg, für dessen Entlassung aus der Gestapo-Haft er sich gemeinsam mit dem Bankier Berenberg-Gossler einsetzte; siehe Dok. 274 vom 18.4. 1939.

wanderer in ein Depot des Jüdischen Religionsverbandes bei unserer Firma gelegt und zu den jeweiligen amtlichen Kursen auf die genannte Abgabe in Zahlung gegeben werden dürfen, sofern uns die schriftliche Versicherung des Auswandernden vorliegt, dass ihm Barguthaben, welche zur gänzlichen oder teilweisen Abdeckung dieser Abgabe dienen könnten, nicht zur Verfügung stehen.

Wir würden daraufhin die in Betracht kommenden anderen Banken entsprechend unterrichten.

Heil Hitler!³

DOK. 206

Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Steuerverwaltung Frankfurt a. M. vom 19. Dezember 1938 für Hermann Krips¹

Bescheinigung des OB, Rechneiamt, Steuerverwaltung, i. A. (Unterschrift unleserlich), Frankfurt a. M., für Hermann und Ilse Krips² vom 19. 12. 1938

Der Oberbürgermeister
Rechneiamt
Steuerverwaltung

Frankfurt a. M., den 19. 12. 38

Unbedenklichkeitsbescheinigung

Herrn Hermann Krips, geb. 5. 11. 1874
geb. Herzfeld, 25. 9. 1875
Frankfurt a. M., ... wohnhaft

wird hiermit bescheinigung, dass

- der Ausstellung eines Reisepasses -
- der Auswanderung -
- der Ueberführung des Umzugsgutes ins Ausland -
- zur Vorlage bei der Devisenstelle -

gemeindesteuerliche Bedenken nicht entgegenstehen.

In Auftrage:

2000. 11. 38.

³ In ihrer Antwort vom 23. 12. 1938 lehnte die Wirtschaftsgruppe den Vorschlag ab; wie Anm. 1.

¹ Privataarchiv Mühlberger.

² Hermann Krips (1910–1967), Kaufmann; 1929–1933 als Buchhalter und Bürovorsteher bei verschiedenen Firmen, 1933–1938 Lebensmittelgroßhändler in Frankfurt a. M., 17. 11.–8. 12. 1938 im KZ Dachau inhaftiert, im März 1939 nach Shanghai emigriert, arbeitete dort u. a. als Lebensmittelgroßhändler; 1947 Rückkehr nach Deutschland, 1947–1953 im Lebensmittel- und Altstoffhandel tätig, 1954–1967 kaufmännischer Leiter des DEFA-Spielfilmstudios; Ilse Krips, geb. Herzfeld (1918–2004), Schneiderin und Hausangestellte; im März 1939 Emigration nach Shanghai; nach der Rückkehr im Aug. 1947 Hausfrau und Mutter.

DOK. 207

The New York Times: Artikel vom 20. Dezember 1938 über Schachts Vorschläge zur Auswanderung der Juden und dem Transfer ihres Vermögens¹

Nazis schaffen Grundlage für Flüchtlingsplan. Schacht unterbreitet dem [Evian-]Komitee in London Vorschläge – Kompromisslösung erwartet. Expertentreffen heute. Der Plan, die deutschen Exporte durch eine Steuer des Weltjudentums zu finanzieren, wird weithin verurteilt

von Otto D. Tolischus²

Berlin, 19. Dez. – Deutsche Regierungsstellen gaben heute ein Kommuniqué heraus,³ in dem bestätigt wurde, dass Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht⁴ während seiner dreitägigen Besprechungen in London „bestimmte Vorstellungen entwickelt habe, wie die Abwanderung der Juden unter deutscher Mithilfe bewerkstelligt werden könnte“.

Zwar hieß es in dem Kommuniqué, dass „kein endgültiges Abkommen erzielt“ worden sei, doch wurde hinzugefügt, „man habe Vorbereitungen getroffen, damit die Leitung des bekannten Evian-Komitees⁵ die Besprechungen mit den zuständigen deutschen Stellen fortsetzen könne“.

Welche Haltung das Evian-Komitee dazu einnimmt, wird sich erst morgen bei einem Treffen der Finanzsachverständigen in London entscheiden. Doch geht man in deutschen Kreisen davon aus, dass dieses – vom Reich bisher brüskierte – Komitee bereitwillig die Gelegenheit wahrnehmen wird, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Anfang Januar werden die Vertreter des Komitees in Berlin erwartet.

Über die Art der Vorschläge, die Dr. Schacht unterbreitet hat, hieß es in dem Kommuniqué feinsinnig, „alle in der ausländischen Presse erschienenen Berichte sind reine Spekulation, da Dr. Schacht mit keinem einzigen Journalisten gesprochen und keine Presseerklärungen abgegeben“ habe.

Warburgs Plan befolgt

Doch trotz des Schweigens von Dr. Schacht gibt es Grund zur Annahme, dass sich seine Vorschläge eng an den sogenannten Warburg-Plan anlehnen, von dem man annimmt, dass Schacht selbst dessen eigentlicher Verfasser ist. Dieser Plan sieht vor, die Zwangsemigration der Juden aus Deutschland an eine Steigerung deutscher Exporte zu binden und so die erschöpften Devisenreserven wieder aufzufüllen.

Dieser Plan, benannt nach dem Hamburger [Bankier] Max Warburg, wurde erstmals

1 The New York Times vom 20. 12.1938, S. 15: Nazis lay Ground for Refugee Plan. Der Artikel wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Otto D. Tolischus (1890–1967), Journalist; emigrierte 1907 aus dem Memelgebiet in die USA, 1933–1940 Berlin-Korrespondent der NYT, gewann für seine Reportagen aus Berlin 1940 den Pulitzer Preis; 1942–1964 Redakteur der NYT.

3 Pressemitteilung des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) vom 19. 12.1938.

4 Hjalmar Schacht (1877–1970), Bankkaufmann; 1923–1930 und 1933–1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 Reichswirtschaftsminister, danach bis 1943 Minister ohne Geschäftsbereich; 1944 Verhaftung im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli; 1946 Freispruch im Nürnberger Prozess; 1953 Gründung einer Bank, Finanzberater von Ägypten, Äthiopien, Brasilien, Indonesien, Iran, Libyen und Syrien.

5 Auf der Konferenz in Evian gegründetes Intergovernmental Committee unter dem Vorsitz des amerikanischen Rechtsanwalts George Rublee (1868–1957).

Ende 1935 unterbreitet, als die Juden infolge der Nürnberger Gesetze zu Bürgern zweiter Klasse degradiert wurden. Doch trotz des Aufschreis, den diese Gesetze im Ausland auslösten, gelang es weder, der Weltöffentlichkeit die erforderlichen Zugeständnisse zur Umsetzung dieses Auswanderungsplans abzurufen, noch konnten die verschiedenen jüdischen Organisationen dazu veranlasst werden, ihre Differenzen über Mittel und Wege einer solchen Auswanderung beizulegen.

Würde der Plan abgelehnt, so meinten damals viele, so würden die Nationalsozialisten den Juden so lange die Daumenschrauben anlegen, bis die Welt bereit wäre, ihn zu akzeptieren. Dieses Stadium glaubt man nach den jüngsten antijüdischen Ausschreitungen sowie nach den Verordnungen, die die Juden entweder zu einem langsamen Tod oder zur Vernichtung durch „Feuer und Schwert“ verurteilen, nun erreicht zu haben. Diese Verordnungen sind ganz offiziell dazu gedacht, „die Auswanderung der Juden voranzutreiben“.

Erweiterter Palästina-Plan

In seiner ursprünglichen Form stellte der Warburg-Plan eine Abwandlung des bereits existierenden Palästina-Abkommens dar, mit der deutschen Juden hinfort die Auswanderung in jedes andere Land gestattet werden sollte. Gemäß diesem Abkommen musste jeder nach Palästina auswandernde deutsche Jude sein gesamtes Vermögen, das ihm nach Abzug der Reichsfluchtsteuer sowie verschiedener Abgaben noch verblieb, bei der Reichsbank in Form von Reichsmark einbezahlen. Das Äquivalent dieses Betrags wurde ihm von der Haavara-Bank in Tel Aviv in palästinensischer Währung wieder ausgezahlt – bis zu einer gewissen Grenze und in einem bestimmten Verhältnis zu den deutschen Exporten nach Palästina.

Der Höchstbetrag lag bei 50 000 Reichsmark; höhere Beträge konnten nur dann ausgezahlt werden, wenn damit deutsche Exportwaren bezahlt wurden, und zwar bis zu 60 Prozent ihres Werts, während die verbleibenden 40 Prozent in Devisen bezahlt werden mussten. Eine Zeitlang war Palästina aufgrund dieses Abkommens der größte deutsche Exportmarkt.

Der Warburg-Plan sah ein ähnliches Arrangement vor, das auf den Rest der Welt ausgeweitet werden sollte. Ein deutscher Jude, der in ein beliebiges Land auswandern wollte, sollte sein gesamtes Vermögen in Reichsmark bei der Reichsbank einzahlen, und der Gegenwert sollte ihm in der Landeswährung seiner neuen Heimat ausgezahlt werden und zwar in einem bestimmten Verhältnis zu „zusätzlichen deutschen Exporten“.

Steigende Exporte als Bedingung

Die Bedingung war jedoch, dass die deutschen Exporte, aus denen emigrierte Juden ausbezahlt werden sollten, tatsächlich die normale deutsche Ausfuhr steigern würden. Zudem sollte ein beträchtlicher Teil, und zwar nahezu die Hälfte des Kaufwerts, in Devisen an Deutschland bezahlt werden.

Zur Umsetzung dieses Plans wurde die Gründung einer „Liquidationsbank“ vorgeschlagen, die das Geld für die Exporte vorstrecken und den jüdischen Emigranten den Gegenwert ihres Sperrmarkvermögens in freier Währung auszahlen würde, um ihnen umgehend den Neuanfang in einem anderen Land zu ermöglichen. Diese Bank sollte durch Kapitalanleihen des internationalen Judentums finanziert werden.

Praktisch würde dies bedeuteten, dass die Bank eine echte Verkaufagentur für zusätzliche deutsche Exportwaren wäre. Und da der Emigrant nur im Falle einer Steigerung der deutschen Ausfuhr Aussicht darauf hätte, seine Reichsmarkbestände einzulösen, würde

jeder Emigrant automatisch zu einem Preistreiber und Handelsvertreter für deutsche Waren werden.

Wie eng sich Dr. Schacht an diesen Plan halten wird, bleibt bis zum Beginn der Verhandlungen offen. Gegenwärtig sind sich selbst die Mitglieder des Evian-Komitees, die mit ihm darüber gesprochen haben, noch nicht im Klaren darüber, wie der Plan im Einzelnen funktionieren und welche Auswirkungen er haben wird.

Auslandshilfe erwartet

Es wird jedoch als bezeichnend angesehen, dass alle öffentlichen und halböffentlichen deutschen Verlautbarungen die finanzielle Unterstützung vonseiten „reicher Juden aus dem Ausland“ geradezu zur Hauptbedingung jüdischer Auswanderung erhoben haben. Offenbar ist der Warburg-Plan in einem entscheidenden Punkt modifiziert worden. Dies legt zumindest das Lob der nationalsozialistischen Presse für das in Österreich praktizierte System nahe, bei dem sich reiche Juden „freiwillig“ veranlasst sehen, die Auswanderung armer Juden zu finanzieren. Der Warburg-Plan hätte natürlich die Auswanderung wohlhabender Juden erleichtert, doch Deutschland hat keinesfalls die Absicht, diese ziehen zu lassen und die armen Juden zu behalten.

Deswegen wurden wohlhabende jüdische Emigranten aus Österreich aufgefordert, neben den 25 Prozent Reichsfluchtsteuer und den 20 Prozent der sogenannten Judenvermögensabgabe weitere 10 bis 15 Prozent ihres Gesamtvermögens beizusteuern, um die Auswanderung ihrer ärmeren Brüder zu finanzieren. Für diesen „freiwilligen“ Beitrag sollte, so der Vorschlag, ein fester Prozentsatz ihres Besitzes veranschlagt werden.

Ähnliche Beiträge sind auch in Deutschland erhoben worden, aber hier wurden sie angeblich zur Fürsorge verarmter Juden benutzt, die sonst den regulären Fürsorgeeinrichtungen zur Last gefallen wären. In Österreich hat man sie eingesetzt, um die Reisekosten der ausgewiesenen oder ausreisewilligen armen Juden zu bezahlen. Bislang wurden sie noch nicht dafür verwendet, um arme Juden mit Geld zu versorgen, aber möglicherweise könnten sie auch zur Deckung der notwendigen Kapitaltransfers genutzt werden.

Quotensystem angedeutet

Angesichts der Dringlichkeit des Problems und weil eine „Liquidationsbank“ bislang nicht existiert, wurde eine weitere Variante ins Spiel gebracht: Demnach könnte der Warburg-Plan durch ein Quotensystem ersetzt werden, das auf einzelne Länder angewendet würde. Bei diesem System würden jüdische Emigranten bei ihrer Einwanderung in jedes andere Land den Gegenwert ihres Sperrkonten-Kapitals in „Quotengeld“ erhalten, das teilweise in Form zusätzlicher deutscher Exporte transferiert werden könnte, aber nur zum Teil, da Deutschland den Rest in Devisen bezahlt haben will.

Da solche Exportsteigerungen nicht von heute auf morgen möglich sind, hätten die Flüchtlingsorganisationen oder ihre Büros die Funktionen einer „Liquidationsbank“ zu übernehmen und den Emigranten zumindest einen Teil ihres gesperrten Vermögens vorzuschießen, um ihnen die Einreise in andere Länder zu ermöglichen.

Auf diese Weise wären nicht nur die deutschen Juden, sondern weltweit alle Juden, von denen man erwartet, dass sie das Geld dafür aufbringen, in die deutsche Exportkampagne verwickelt. Damit würden sie deutsche Exporte subventionieren, dabei helfen, jeden Boykott deutscher Waren zu brechen und das von Großbritannien vorgeschlagene, von deutschen Exporten unabhängige Handelssystem abzuwehren sowie indirekt die Rohstoffimporte mitfinanzieren, die Deutschland für seine Aufrüstung braucht.

Als Dr. Schacht dem Evian-Komitee seine Vorstellungen präsentierte, schloss er jedwede

Erörterung eigener Pläne des Komitees aus. Parallel dazu versuchte die deutsche Regierung die ausländischen Vorbehalte gegenüber den anti-jüdischen Maßnahmen zu dämpfen. Zwar nahm sie keine ihrer Verordnungen zurück, doch offensichtlich verschob sie – zumindest vorerst – bereits angekündigte Maßnahmen.

Für den Fall aber, dass Dr. Schachts Vorschläge abermals abgelehnt werden sollten, haben Sprecher des Regimes keine Zweifel an der Alternative gelassen und daran, wie sich diese auf die Juden in Deutschland auswirken werde.⁶

DOK. 208

Der Reichserziehungsminister fragt am 21. Dezember 1938 beim Reichsinnenminister an, ob die Auswanderung jüdischer Hochschullehrer verboten werden soll¹

Schreiben des REM (WT 1831,Z II a(b)), i. V. gez. Zschintzsch, an den RMdI vom 21.12.1938 (Abschrift zu II SB 5656/38)

Betr.: Auslandstätigkeit bzw. Auswanderung in den Ruhestand versetzter nichtarischer Hochschullehrer.

Mit meinem Schreiben vom 11. Mai 1938 – WT 414, WA – hatte ich Kenntnis gegeben von einer Regelung, die ich im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen des Staates und der Partei in der Frage der Genehmigung der Wohnsitzverlegung in den Ruhestand versetzter nichtarischer, nichtarisch versippter oder politisch unzuverlässiger Hochschullehrer getroffen hatte. Ein Abdruck meines Runderlasses vom 11. Mai 1938 – WT 414, WA – liegt hier nochmals bei.² Mit dieser Regelung war beabsichtigt zu verhindern, daß Ruhestandsbeamte der genannten Art an kulturpolitisch unerwünschter Stelle im Ausland tätig werden. In Fällen, in denen die Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland in der Absicht bei mir beantragt wurde, im Ausland eine Lehrtätigkeit an einer Hochschule oder hochschulartigen Einrichtung zu übernehmen, ist dem Antrag daher im allgemeinen nicht stattgegeben worden. Die in Frage stehende Regelung war in erster Linie auch auf Anregung des Auswärtigen Amtes getroffen worden, um ein den kulturpolitischen Interessen des Reichs im Ausland abträgliches Auftreten namentlich von Nichtariern im Rahmen der mir zu Gebote stehenden Mittel zu verhindern. Wenn sich meine Maßnahme nicht als wirksam erwies, ist notfalls von Seiten des Auswärtigen Amtes die Entziehung des Passes beantragt worden.

Durch die neuere Entwicklung der Judenfrage ist eine Sachlage geschaffen worden, die eine Überprüfung der bisherigen Regelung der Genehmigung der Wohnsitzverlegung erforderlich macht. In wachsendem Maße werden bei mir von im Ruhestand befindlichen oder emeritierten nichtarischen Hochschullehrern Anträge auf Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland gestellt, aus denen hervorgeht, daß die Antragsteller beabsichtigen, *endgültig* auszuwandern, aber durch die ausdrückliche Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes im Genuß ihrer Ruhestandsbezüge bleiben wollen, die auf dafür geschaffene Sonderkonten für Versorgungsbezüge gezahlt werden. Der Polizei-

⁶ Zur weiteren Debatte über Schachts Vorschläge siehe Einleitung, S. 48.

¹ RGVA, 1458k-48-235.

² Liegt nicht in der Akte.

präsident in Berlin legt mir gleichfalls in wachsendem Maße Anträge auf Ausstellung von Reisepässen mit der Bitte vor, dazu Stellung zu nehmen, ob Bedenken gegen die Aushändigung eines Reisepasses bestehen. In einem Falle hatte der Herr Preußische Ministerpräsident³ durch einen Adjutanten fernmündlich darauf hinweisen lassen, daß die Judenfrage nur durch Abwanderung der Juden ins Ausland zu lösen sei. Der Adjutant glaubte diese Auffassung auch dahin auslegen zu dürfen, daß demgegenüber andere an und für sich begründete Gesichtspunkte zurücktreten müßten.

Im Hinblick auf die neuere Entwicklung der Judenfrage halte ich es für erforderlich, daß eine Entscheidung über die beiden nachstehenden Fragen auch mit dem Ziel herbeigeführt wird, daß von Seiten der verschiedenen Ressorts Anträge *nichtarischer* Ruhestandsbeamter nach einheitlichen Grundsätzen geregelt werden.

1.) Ich bitte zu klären, ob mit Rücksicht auf das vordringliche Interesse des Reichs an einer endgültigen Lösung der Judenfrage die Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland an im Ruhestand befindliche oder emeritierte Hochschullehrer, die Nichtarier im Sinne der Nürnberger Gesetze sind, auch dann erteilt werden soll, wenn die von ihnen angestrebte Tätigkeit im Ausland im kulturpolitischen Interesse des Reichs unerwünscht, gegebenenfalls auch gar geeignet ist, die Interessen des Reichs im Ausland zu schädigen. Es handelt sich hier in der Regel um Fälle, in denen Nichtarier an ausländischen Hochschulen tätig werden, an die unter Umständen von mir beurlaubte politisch zuverlässige deutsche Hochschullehrer berufen würden, wenn es gelänge, die Ausreise von Nichtariern zu verhindern. Ich darf hierzu bemerken, daß sich die von mir in meinem Runderlaß WT 414, WA getroffenen Maßnahmen nur in wenigen Fällen als wirksam erwiesen haben, da ein großer Teil ehemaliger nichtarischer Hochschullehrer nicht pensionsberechtigt ist und sich bereits im Ausland befindet und da auch versorgungsberechtigte Hochschullehrer, wenn sie die ernsthafte Absicht hatten auszuwandern, Deutschland ohne die Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes verlassen haben.

Ich darf anheimstellen, bei der Klärung dieser Frage auch das Auswärtige Amt zu beteiligen.

2.) Sollte dort die Auffassung vertreten werden, daß kulturpolitische Bedenken hinter den Interessen des Reichs an der Auswanderung der Juden zurückzutreten haben, wäre in zukünftigen Fällen an sich damit die Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland zu erteilen, wenn von seiten der Polizeibehörde dem Antragsteller ein Reisepaß zur Verfügung gestellt wird. Diese Genehmigung zur Verlegung des Wohnsitzes hat gemäß § 128 Abs. 1 Ziffer 2 DBG. zur Folge, daß die Ruhestandsbezüge fortgezahlt werden. Es ist anzunehmen, daß die Mehrzahl der Nichtarier versuchen wird zu erreichen, daß wenigstens ein Teil der Versorgungsbezüge ins Ausland transferiert wird. Auch Anträge dieser Art liegen mir vor.

Die derzeitige Regelung hat die m.E. unerwünschte Folge, daß ausgewanderte jüdische Ruhestandsbeamte ihre Versorgungsbezüge weitergezahlt erhalten. Ich bitte daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen zu prüfen, ob nicht eine Ergänzung der bisherigen Bestimmungen dahingehend notwendig wird, daß ein nichtarischer versorgungsberechtigter Auswanderer seine Ruhestandsbezüge verliert.

Ich darf noch bemerken, daß mir die Klärung der vorstehenden Fragen nur für solche im Ruhestand befindliche oder emeritierte Hochschullehrer erforderlich erscheint, die

3 Preuß. Ministerpräsident war Hermann Göring.

Nichtarier im Sinne der Nürnberger Gesetze sind, nicht aber für jüdisch versippte Angehörige des gleichen Personenkreises, für die ich ebenso wie für die arischen, aber politisch unzuverlässigen Ruhestandsbeamten auch weiterhin nach der bisherigen Regelung verfahren werde.

Da die Zahl der hier vorgelegten Anträge in ständigem Steigen begriffen ist, bitte ich um vordringliche Behandlung der Angelegenheit. Abschrift dieses Schreibens haben erhalten der Stellvertreter des Führers, der Reichsminister der Finanzen, das Auswärtige Amt und der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei.⁴

DOK. 209

Das Jugend- und Wohlfahrtsamt Chemnitz weist am 21. Dezember 1938 seine Dienststellen an, Juden keine Unterstützung mehr zu gewähren¹

Rundschreiben des Vorstands des Jugend- und Wohlfahrtsamts Chemnitz, Dr. Konrad Martin,² an alle Dienststellen des Jugend- und Wohlfahrtsamts vom 21. Dezember 1938

Allgemeine Anordnung Nr. 30

Betr.: Die öffentliche Fürsorge für Juden.

Die nachstehend abgedruckte Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden vom 19. November 1938 (Reichsgesetzblatt I, S. 1649)³ gelangt hiermit an alle Dienststellen des Amtes zur Kenntnis und Beachtung.

Zu ihrer *Ausführung* ordne ich hiermit folgendes an:

Gemäß Artikel I der genannten Verordnung, wonach im Falle der Hilfsbedürftigkeit Juden auf die Hilfe der jüdischen freien Wohlfahrtspflege zu verweisen sind und die öffentliche Fürsorge nur insoweit eingzugreifen hat, als jene nicht helfen kann, sind mit *Ende Dezember 1938 alle Bar- und Naturalunterstützungen sowie jede andere Fürsorge für Juden einzustellen*. Alle jüdischen Unterstützungsempfänger werden jetzt schon von der bevorstehenden Unterstützungseinstellung von der Zentralabteilung in Kenntnis gesetzt.

Da Artikel I bestimmt, daß die öffentliche Wohlfahrtspflege eingzugreifen hat, wenn die jüdische freie Wohlfahrtspflege nicht helfen kann, werden jüdische Unterstützungsempfänger, wie überhaupt jüdische Hilfsbedürftige, wahrscheinlich Bescheinigungen der Chemnitzer jüdischen Wohlfahrtsstelle oder einer Spitzenorganisation des Inhalts beibringen, daß Unterstützungsmittel nicht vorhanden seien. Auf eine solche Bescheinigung hin ist keinesfalls Fürsorge zu gewähren. Die jüdischen Unterstützungsbewerber sind dann, sofern sie in den Dienststellen versprechen, auf die Hilfe der reichen Juden, insbe-

⁴ Die Regelung, nach der sich jüdische Pensionäre und Rentner ihre Pensionen bzw. Renten ins Ausland nachschicken lassen konnten, wurde nach Kriegsbeginn für einzelne Empfängergruppen schrittweise eingeschränkt. Die 11.VO zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 bestimmte schließlich, dass Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort im Ausland hatten, d.h. auch Deportierte, ihre deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch die Rentenansprüche verloren.

¹ StadtA Chemnitz, Rat der Stadt Chemnitz 1928-1945/700 1/4, Bl. 242 f.

² Dr. Konrad Martin (*1898), Jurist und Notar; 1932 NSDAP-Eintritt; von März 1936 an hauptamtlicher Stadtrat (Beigeordneter) in Chemnitz, leitete u.a. Jugend- und Wohlfahrtsamt, Versicherungsamt, Amt für Kriegerfürsorge sowie die Stadtpolizei, von 1943 an städt. Beigeordneter in Litzmannstadt (Łódź); 1950 Zulassung als Rechtsanwalt in Hessen.

³ Siehe Dok. 164 vom 19.11.1938.

sondere der im Reiche in großer Anzahl noch vorhandenen jüdischen Millionäre zu verweisen. Sache der jüdischen Wohlfahrtspflege ist es, diese Riesenvermögen für Unterstützungszwecke zu erfassen.

Mietsbeihilfen, wie überhaupt *Sonderunterstützungen* jeder Art, dürfen an Juden nicht mehr gewährt werden. Ausgeschlossen sind Juden auch von den *Härtebeihilfen*, von den Fettverbilligungsmaßnahmen und von der *Befreiung von der Rundfunkgebühr*. Wenn überhaupt noch Fürsorge gewährt werden muß, dann ist der Fall dem Amtsleiter zur EntschlieÙung vorzulegen. Barunterstützung ist auch dann nur nach den mit Wirkung vom 10. November 1938 eingeführten Richtsätzen für Juden zu gewähren. Diese Wochenunterstützungsrichtsätze betragen

10,– RM für ein Ehepaar,

6,– RM für einen Alleinstehenden mit Haushalt,

4,50 RM für einen Alleinstehenden ohne Haushalt,

2,50 RM für ein Kind unter 14 Jahren, dieser Satz ermäßigt sich vom 5. Kinde an auf 1,25 RM.

Alles Einkommen ist *voll* auf den Unterstützungsrichtsatz anzurechnen. Bei Juden kommen also keinerlei Anrechnungsbestimmungen zur Anwendung.

Auch alle Unterstützungen für hier oder auswärts untergebrachte jüdische Pflegekinder – Pflegegelder – sind sofort einzustellen. Als Juden gelten auch u.a. jüdische Mischlinge, die aus dem außerehelichen Verkehr einer arischen Mutter mit einem Juden stammen und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren sind. Diese unehelichen Kinder fallen daher unter die in dieser Anordnung getroffenen Maßnahmen. Die Pflegemütter, Großeltern usw. mögen sich an die jüdische freie Wohlfahrtspflege wenden.

Auch an auswärtige Fürsorgeverbände sind Erstattungen für Pflegekinder und andere Unterstützte nicht mehr zu leisten. Die auswärtigen Fürsorgeverbände sind sofort entsprechend zu benachrichtigen.

Jüdischen Anstalten sind *Verpflegsbeiträge*, wie das schon fernmündlich angeordnet worden ist, nicht mehr zu überweisen. Wegen Einstellung der Verpflegsbeiträge für in nicht-jüdischen Anstalten, insbesondere in Landes-Heil- und Pflegeanstalten und in Krankenanstalten untergebrachten Juden ergeht noch besondere Anordnung.

Soweit Juden bisher als Kleinrentner unterstützt worden sind,⁴ ist Höhe und Art ihres jetzigen Vermögens festzustellen und die Rückforderung des seit dem 1.1.1935 entstandenen Unterstützungsaufwands schnellstens zu betreiben. Mit der Herausnahme der Juden aus der gehobenen Fürsorge ist für sie auch die Schutzbestimmung des sogenannten „kleinen Vermögens“ hinfällig geworden. Über den Stand einer jeden solchen Sache ist dem Amtsleiter alle 4 Wochen Bericht zu geben.

Die Frage, wer Jude ist, behandelt § 5 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz v. 14.11.1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1333).

Zweifel, die in dieser Hinsicht entstehen, sind dem Amtsleiter vorzulegen.

Juden haben ihre Unterstützungsanträge unmittelbar bei der *Fürsorgestelle* zu stellen. Auch alle notwendig werdenden Erörterungen sind nur durch hauptamtliche Kräfte – Wohlfahrtspflegerinnen oder Ermittler – anzustellen. *Die Bezirksvorsteher sind also von*

4 Laut Bekanntmachung vom 1.8.1931 durften bei der Entscheidung über Fürsorgezahlungen an Kleinrentner kleinere Vermögen, Familien- und Erbstücke sowie kleinere Hausgrundstücke nicht veranschlagt werden; Bekanntmachung der neuen Fassung der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge § 15, Abs. 1, RGBl., 1938 I, S. 441–445.

jeder Mitwirkung bei der Unterstützung von Juden befreit. Diese Regelung habe ich im Einvernehmen mit dem Kreisleiter getroffen.

Zwecks *einheitlicher Durchführung* aller gegen Juden zu treffenden Maßnahmen wird die Bearbeitung aller jüdischen Fürsorgefälle – auch soweit sie seither vom Jugendamt bearbeitet worden sind – der Zentralabteilung des Wohlfahrtsamts-Inspektors Münch⁵ – übertragen. Alle Abteilungen, die seither Juden in irgend einer Weise fürsorgertisch betreut haben, wollen sich *sofort* mit Inspektor Münch wegen der Überleitung aller dieser Fälle, Aktenabgabe usw., in Verbindung setzen.

DOK. 210

Der Sicherheitsdienst der SS verfügt am 22. Dezember 1938, dass die aus Synagogen geraubten Schriftstücke und Kultgegenstände nicht wieder in die Hände von Juden gelangen dürfen¹

Fernschreiben vom SD-Hauptamt, Standartenführer Dr. Six, vom 22.12.1938 (Abschrift)²

Übernommen am 10.1.1939 durch³

Betr.: Jüdische Schriften im Altstoffhandel

Unter dem Zeichen II PA/2477/C hat das Geheime Staatspolizeiamt am 17. XII 1938 im Einvernehmen mit dem SD-Hauptamt nachstehenden Erlass an alle Stapoleitstellen herausgegeben:

Im Gau Südhannover Braunschweig wurden bei verschiedenen Rohprodukthändlern jüdische Schriften aufgefunden, die zum Teil aus jüd. Synagogen stammen und den Händlern zum Einstampfen übergeben wurden. Um zu verhüten, dass solche jüdischen Schriften wieder in jüdische Hände zurückgelangen oder durch Einstampfen staatspolizeilich wichtiges Schriftmaterial vernichtet wird, ersuche ich im Einvernehmen mit den örtlichen SD-Dienststellen bei einzelnen Rohprod. Stichproben durchzuführen und das dort liegende jüd. Schrift[tu]m, das aus Synagogen stammt, sowie auch anderes Schriftmaterial und Kultgegenstände, [die] offensichtlich aus Plünderungen in Synagogen, aus jüdischen Kulturvereinen und anderen herrühren, sicherzustellen. Die Überprüfung und Sicherste[llung] der abgegebenen Gegenstände von den Rohpr. ist insbesondere auch nach wertvollen Germanischen Kultgegenständen, die möglicherweise in Synagogen in Einzelfällen aufbewahrt wurden, zu erstrecken.

Über das veranlasste und sichergestellte Material ist umgehend zu berichten. Es wird gebeten, den Stapoleitstellen dort bekannt gewordene Beobachtungen zu melden und sich über das Sichergestellte Mitteilung geben zu lassen.

Über das Veranlasste ist zu berichten.

5 Johannes Rudolf Münch (1899–1981), Kaufmann; 1929 Oberstadtsekretär, 1931 Versetzung zum Jugend- und Wohlfahrtsamt (Fürsorgestelle) in Chemnitz, von 1934 an in der Amtsleitung, von 1938 an Verwaltungsinspektor; am 15.11.1945 aufgrund der VO über den personellen Neuaufbau in der öffentlichen Verwaltung aus dem Dienst ausgeschieden.

1 BArch, R 58/6562.

2 An wen das Fernschreiben gerichtet war, geht aus der Akte mit dem Titel „Sachakte: Fernschreiben“ nicht hervor.

3 Unvollständig.

DOK. 211

**Die Jüdische Zentralstelle Stuttgart protokolliert am 22. Dezember 1938
Überfälle auf Juden in Bad Mergentheim¹**

Aktennotiz der Jüdischen Zentralstelle Stuttgart, ungez., vom 22.12.1938

I.

In der Nacht vom 15. auf [den] 16. Dezember 1938 ist ein Lärm vor dem Hause des Gustav Oppenheimer² in Bad Mergentheim entstanden. Der Hauseigentümer, der Arier ist, wurde aufgefordert, die Haustür zu öffnen, widrigenfalls man sich gewaltsam Eintritt verschaffen würde. Es sind dann 2 Leute in das Haus und in die Wohnung des Gustav Oppenheimer eingedrungen. Sie haben in allen Zimmern nach ihm gesehen, ihn aber nicht gefunden. Frau Lina Oppenheimer erklärte auf Befragen, dass ihr Mann nicht im Hause sei. Es wurde ihr gesagt: „Wenn er darin ist, ist der Judenmensch erledigt.“ Auch wurden ihr und ihrem Kind einige Ohrfeigen verabreicht.

Oppenheimer fühlt sich nun seither nicht mehr sicher in Mergentheim; er hält sich deshalb zunächst nicht mehr dort auf.

Es wird gewünscht, dass die Namen der Täter nicht genannt werden, weil sonst deren Rache befürchtet wird.

II.

In derselben Nacht sind dann Leute auch in die Wohnung des Hirsch Westheimer³ eingedrungen. Westheimer selbst ist zur Zeit in einem auswärtigen Krankenhaus. Man suchte wohl nicht ihn, sondern Isi Westheimer,⁴ der sich aber damals noch im Konzentrationslager Dachau befand.

III.

Die Eheleute Oppenheimer hatten vor etwa 3 Wochen Möbel für den Betrag von 28 RM verkauft. Sofort hernach wurde Frau Oppenheimer auf die Kreisleitung bestellt und musste das Geld wieder zurückbringen, weil der Verkauf nicht gutgeheissen wurde. Sie erklärte, dass sie den Betrag zur Bezahlung von Mietschulden benötige; hierauf wurde ihr gesagt, dass sie ja diese Mietschuld evtl. mit einem Möbelstück bezahlen könne, dass sie aber zuvor nochmals dorthin (zur Kreisleitung) kommen müsse.

Die vorstehende Schilderung erstatten wir auf Grund schriftlicher Mitteilungen und persönlicher Darlegungen.

¹ Kopie: LBI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 1.

² Gustav Oppenheimer (1895–1965), Kaufmann; zunächst in Bad Mergentheim, verzog im Jan. 1939 zusammen mit seiner Ehefrau Lina, geb. Straßburger (1890–1982), und seinem Sohn Erich (*1927) nach Stuttgart. Von dort emigrierten sie im März 1939 über Großbritannien in die USA, wo die Tochter Hannelore (*1925) seit Aug. 1938 lebte.

³ Hirsch Westheimer (1867–1939) war Besitzer einer Lederwarenhandlung in Bad Mergentheim und verheiratet mit Ida Westheimer, geb. Rothschild (1874–1938).

⁴ Isi Westheimer (*1902), Kaufmann; 12.11.1938–10.1.1939 als Häftling im KZ Dachau, er emigrierte im April 1939 nach Chicago/USA.

DOK. 212

**Paul Fürstenberg erinnert am 24. Dezember 1938 die Reichs-Kredit-Gesellschaft an ihre
Zusagen in Zusammenhang mit der „Arisierung“ seiner Firma¹**

Schreiben von Paul Fürstenberg,² Berlin W. 15. Lietzenburgerstr. 13, an die Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G., z.Hd. von Direktor Dr. Jannsen,³ Berlin W 8 (Eing. 27.12.1938), vom 24.12.1938⁴

Betr. Arisierungsangelegenheit Rosenhain/Fürstenberg⁵

Unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache mit Ihrem sehr geehrten Herrn Dr. Jannsen vom Anfang dieses Monats, in welcher mir die Zusage gemacht worden war, daß verschiedene noch nicht erfüllte Bedingungen unseres an Herrn Walter Koch,⁶ Fulmer, gerichteten Kaufangebots ihre endgültige Erledigung finden sollten, gestatte ich mir, folgendes zu bemerken.

Die mit Herrn Koch auf Vorschlag des Reichs-Wirtschafts-Ministeriums abgeschlossenen Verträge hatten für uns nur dann einen Sinn, wenn die sofortige Auswanderung der Familie Fürstenberg damit verbunden war. Wir hatten daher u. a. folgende Bedingungen gestellt:

- 1.) *Aufhebung der Sicherungsanordnungen* nach § 37 a des Devisengesetzes,⁷
- 2.) *Ausstellung der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen*,⁸
- 3.) *Aushändigung der Pässe*.

Diese Bedingungen sind auch in Ihren Antrag, der an das R.W.M. gerichtet wurde, aufgenommen worden, und es wurde uns von den Vertretern Ihrer Gesellschaft versichert, daß sämtliche Bedingungen genehmigt worden seien.

Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

- 1.) Die Aufhebung der Sicherungsanordnungen ist nur insoweit erfolgt, als es zur Durchführung der an Herrn Koch getätigten Verkäufe und zur Übertragung des Privat- und Firmenvermögens auf die Treuhand Gesellschaft erforderlich war. Dagegen habe ich gestern durch Zufall erfahren, daß bis zum heutigen Tage gegen verschiedene Familienmitglieder eine vom Mai des Jahres datierte Paß-Sperre (!) besteht, die vom Finanzamt Charl[ottenburg]-Tiergarten auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle verhängt wurde und um deren Aufhebung sich bisher niemand gekümmert hat.

1 BArch, R 8136/2807, Bl. 260.

2 Paul Fürstenberg, Kaufmann; Gesellschafter der Albert Rosenhain GmbH, Ende 1938 in die USA emigriert.

3 Dr. Hermann Friedrich Jannsen (1900 – 1998), Bankier; Direktor der Reichs-Kredit-Gesellschaft; 1948 – 1966 Vorstandsmitglied und von 1966 an Aufsichtsratsmitglied der Frankfurter Bank.

4 Im Original handschriftl. Kürzel.

5 1864 als Albert Rosenhain GmbH gegründet, befand sich die Leder- und Galanteriewarenfirma 1938 im Besitz der Familie Fürstenberg. Der Umsatz betrug 1937 rund 7,5 Mio. RM. Das Unternehmen wurde im Zuge der „Arisierung“ von der Firma Reiwinkel übernommen.

6 Walter Koch, Kaufmann, wohnhaft in Fulmer, Buckinghamshire, gründete am 5.10.1938 mit den Gesellschaftern Ludwig Reisse und Dr. Fritz Graewinkel die Firma Reiwinkel – Das Haus für Geschenke, die am selben Tag die Albert Rosenhain GmbH übernahm.

7 Laut § 37 des Gesetzes über die Devisenbeschaffung vom 12.12.1938 durften Anteile an deutschen Gemeinschaften, Gesellschaften und Körperschaften von Ausländern nur mit Genehmigung erworben werden, siehe RGBl., 1938 I, S. 1739. Vermutlich war der in Großbritannien lebende Koch Ausländer.

8 Siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

2.) Gemäß der am 4. Oktober erteilten Genehmigung haben wir bereits am 12. Oktober unser gesamtes Vermögen auf die Treuhandgesellschaft übertragen, womit die Vorbedingung für die sofortige Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigungen gegeben war. Da man es aber uns allein überließ, mit den Steuerbehörden zu verhandeln, dauerte es bis zum 19. November, an welchem Tage ein Abkommen getroffen wurde, welches auch die Erteilung der Unbedenklichkeitsbescheinigungen zum Inhalt hatte. Abgesehen davon, daß wir infolge dieser unverschuldeten Verzögerung auch noch zur Juden-Kontribution⁹ herangezogen wurden, weigert sich auch heute noch die Stadt, ihrerseits die Unbed.-Bescheinigungen zu erteilen, weil sie sich mit dem Reich intern noch nicht über eine Wertzuwachssteuer geeinigt hat! Diese Tatsache ist deswegen so grotesk, weil wir weder bei diesem Streit mitzureden haben, noch davon irgendwie materiell betroffen werden.

3.) Nachdem wir in der Frage der Paßerteilung trotz wiederholter Zusagen vergeblich darauf gewartet hatten, daß behördlicherseits etwas erfolgen würde, haben nach 2 Monaten mein Vater und ich für mich und meine Familie den üblichen zeitraubenden Weg beschritten. Erst nachdem 2 Wochen vergangen waren und das Finanzamt Mitte sich aus bestimmten Gründen für den Fall interessierte, erfuhren wir von der bereits oben erwähnten Paß-Sperre.

Ich gestatte mir nun die höfliche Anfrage, ob und in welcher Weise die uns zugesagten Bedingungen erfüllt werden sollen. Ich erkenne gewiß nicht die bestehenden Schwierigkeiten, aber schließlich handelt es sich nicht um ein Jota mehr, als wir von Anfang der Verhandlungen an als unerläßliche Voraussetzungen für die Verträge bezeichnet haben. Auf Grund Ihrer Erfahrungen waren Ihnen diese Schwierigkeiten doch sicherlich ausreichend bekannt.

Bitte berücksichtigen Sie noch folgendes: Infolge der ungeahnten Verzögerung der Auswanderung muß mein fast 80jähriger, leidender Vater¹⁰ in Kürze sein Haus, das inzwischen verkauft wurde, verlassen, ohne zu meinem Bruder nach Holland übersiedeln zu können, wie es geplant ist. Meine Möbel stehen seit über einem Monat beim Spediteur, ich mußte eine hohe Versicherung abschließen, für welche die Prämien später in ausländischer Währung zu bezahlen sein werden. Dazu kommt, daß sich die Bestimmungen für die Mitnahme von Umzugsgut dauernd verschärfen. Es ist ferner noch die Frage ungeregelt, wie und in welcher Höhe unser fernerer Lebensunterhalt hier bestritten werden soll, wenn wir nach Ablauf der vorgesehenen 3 Monate noch hier sind.

Da ich in den nächsten Tagen geschäftlich verreise, bitte ich Sie, Ihre Antwort an Herrn Dr. Hans Bendix, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 73, zu richten, welcher über die Angelegenheit im Bilde ist.¹¹

Ich empfehle mich Ihnen

hochachtungsvoll

Durchschlag dieses Schreibens füge ich für Herrn Dr. Winkelmann bei.

⁹ Der jüdischen Bevölkerung wurde nach dem Novemberpogrom eine „Sühnezahlung“ von einer Milliarde Reichsmark auferlegt; siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

¹⁰ Egon Sally Fürstenberg (*1860), Kaufmann, Handelsrichter; von 1880 an Angestellter bei der Albert Rosenhain GmbH, später Seniorchef der Firma, von 1905 an im Vorstand des Verbands Berliner Spezialgeschäfte, Ende 1938 in die USA emigriert.

¹¹ Aus der Akte ist nicht ersichtlich, ob die Reichs-Kredit-Gesellschaft ihre Zusagen erfüllt hat.

DOK. 213

**Jugendliche aus einem Kindertransport berichten am 25. Dezember 1938
über ihre Aufnahme in Großbritannien¹**

Bericht über das Refugee Childrens' Camp (Broadstairs) vom 25.12.1938²

Anfang Dezember wurden die Kinder und Jugendlichen in verschiedenen deutschen Städten verständigt, dass sie sich für einen Transport nach England schnellstens bereit machen sollten. Es waren Kinder aus Wien (etwa 600), Berlin (200), Hamburg (200) und verschiedenen kleineren Städten. Jedes Kind sollte nur, soviel es selbst tragen konnte, mitnehmen. Es erwies sich bald, dass sehr viele sich unzweckmässig ausgerüstet hatten, zumindest im Hinblick auf das kalte und nasse Lager Lowestoft, das etwa 600 von ihnen aufnahm.³

Die Grenzkontrolle war zum Teil sehr scharf, zum Teil harmlos. In Holland gab es einen sehr warmen Empfang, der allen Kindern noch in guter Erinnerung ist. In England wurden die aus verschiedenen Gegenden des Reiches kommenden Kinder vereint. Das hat anfangs gewisse Schwierigkeiten gemacht, die Kinder waren voll von Vorurteilen gegen die aus anderen Gegenden stammenden, andere wieder behaupten, dass sie erst nach Kennenlernen ihrer Kameraden ihre ungünstigen Eindrücke gewannen.

Die Kinder, die in Lowestoft untergebracht wurden, fanden dort recht ungünstige Bedingungen vor. Die Gegend ist zwar sehr schön, ein idealer Badestrand für den Sommer, aber es war in den ersten Tagen dort sehr nass, in den späteren Tagen ungewöhnlich kalt. Gegen Nässe und Kälte bot das Lager wenig Schutz. Die Kinder schliefen in Holzhütten, eigentlich Badehütten, die Tagräume waren sehr gross und nur durch verschwindend kleine Ofenanlagen zu heizen.

Zudem waren anfangs keine Gruppenleiter vorhanden, sodass es nur wenig Organisation und Ordnung gab. Im Laufe der ersten Woche erschienen allmählich Gruppenleiter, aber es blieben Organisation und Ordnung mangelhaft; alle Anstrengungen dieser Leiter gingen fast nur dahin, ihren Leuten ein wenig Schutz gegen Kälte und Hunger zu verschaffen. Der etwas chaotische Zustand hatte manche unerwünschte spontane Gruppenbildung zur Folge. Ausser dem oben genannten regionalen Gegensatz bildeten sich einige andere: z. B. zwischen „Juden“ und „Christen“, zwischen den einzelnen Gruppen und zwischen einzelnen Leuten.

Besonders unangenehme Folgen des Wetters waren in Lowestoft das Einfrieren der Wasserleitungen und das Demolieren der Hüttentüren durch den Sturm. Das erste hatte das Unbrauchbarwerden der Klosets, Waschräume etc. zur Folge. Das zweite das Unbrauchbarwerden vieler Wohnstätten. Die Gruppenleiter mussten fast vollständig auf hygienische und Reinlichkeitsforderungen verzichten.

Die Verpflegung in Lowestoft war ungleichmässig, aber auch durch Organisations-, Verteilungs- und Disziplinmangel gestört. Es konnte keine rechte Tageseinteilung gemacht werden. Man war froh, wenn man wenigstens einen Teil des Tages nicht fror. Es waren aber gute Programme zur Beschäftigung und Belehrung der Jungen und Mädchen bereit.

1 CAHJP, HMB/3108, Aufn. Nr. 1069-1071.

2 Das Original ist auf den 25.11.1938 datiert; aus dem Bericht geht jedoch hervor, dass es sich dabei um einen Tippfehler handeln muss.

3 Lowestoft liegt in der Grafschaft Suffolk an der brit. Nordseeküste.

Nach wenigen Tagen wurden fast alle Mädchen des Lagers an andere Plätze geschickt. Es war dies unter den schwierigen lokalen Umständen eine notwendige Massnahme. Ebenso begann bald die Räumung des Lagers, beginnend mit den jüngeren Jahrgängen. Am Montag, den 12.XII., waren die Kinder in Lowestoft angekommen, am 21.XII. war das Lager wieder annähernd geräumt. Es ist immerhin bemerkenswert, dass keine ernsten Erkrankungen vorgefallen sind.

Die Gruppe, die diesen Bericht schreibt, wurde nach Broadstairs, Kent, geschickt. Andere Gruppen wurden nach Southwald, Leeds u.a. Orten gesandt.

Unsere Gruppe besteht aus 90 Jungen im Alter von 14-17 Jahren. Sie sind augenblicklich in 4 etwa gleich grosse Untergruppen und ebensoviele Häuser aufgeteilt.

Die Fahrt von Lowestoft nach Broadstairs führte über London, wo das Komitee einen Imbiss vorbereitet hatte. Am aufregendsten war aber die Autobusfahrt von einem Bahnhof (Liverpoolstreet) zum anderen (Victoria). Spät nachts kamen wir in Broadstairs an.

Wir hatten hier einen sehr freundlichen ersten Eindruck. Das Klima schien uns viel milder und ruhiger zu sein als in Lowestoft. Wohl lag auch Schnee, aber kein scharfer Wind blies um uns. Wir fuhren und gingen zum Rekonvaleszentenheim St. Mary, wo wir für den ersten Tag und die erste Nacht alle Quartier bekamen. Dieses Heim wird von Nonnen der anglikanischen Kirche geführt, die uns sehr freundlich empfangen und bis heute ausserordentlich durch Rat und Tat helfen.

Am anderen Tag suchten wir unsere jetzigen Quartiere auf. Wir wohnen:

1. Gruppe Dr. Paul Bergmann, 17 Stone Road, Tel. 124

2. Gruppe Dr. Willi Pollak, Stone Road, Tel. 85

3. Gruppe Mr. David Harland, Henley Lawn, Crow Bill, Tel. 117

5. Gruppe Nurse Paopworth und Nurse Jameson, St. Marys Home, Tel. 639. Die 4. Gruppe wird in einigen Tagen auch, wie die anderen, in ein privates Quartier übersiedeln. Die Häuser sind nette Quartiere mit Tagräumen, die gut geheizt sind und Radio, Klavier, Gesellschaftsspiele haben. Die Schlafräume enthalten zwischen 1 und vier Betten. Sie sind nicht warm, aber wir sind – nach Lowestoft – mit ihnen sehr zufrieden. Es gibt heisses Wasser nach Belieben; das Essen ist in jedem Quartier verschieden, augenblicklich sind Bemühungen im Gange, den Standard in den schlechteren Häusern auf den der besseren zu bringen.

Broadstairs liegt an der Nordsee, wir sehen von unseren Fenstern unmittelbar auf das Meer. Es ist ein Kur- und Badeort von etwa 16000 Einwohnern, wirkt jedoch als tief friedliche wohlhabende Kleinstadt. Ein einziger Strassenzug sammelt alle Geschäfte und Kinos, alles andere sind Villen, Rekonvaleszentenheime, Hotels und dgl. m. Das Land ist hügelig, böte bei dem gegenwärtigen Wetter, das aber ganz ungewöhnlich ist, gute Gelegenheit zum Skifahren.

Wir suchen nach Arbeit für die Jungen. Wir langweilen uns nicht, aber wir wollen doch lieber durch nützliche Betätigung uns den Engländern dankbar erweisen und dabei etwas selbst lernen. Einige haben zwar ständig Küchendienst, andere helfen dies und jenes, aber wir hoffen, dass richtige handwerkliche und andere Arbeiten uns bald ermöglicht werden.

8 Jungen werden ab morgen tagsüber im Hospital von Margate zu Hilfsdiensten Verwendung finden, einer wird bei einem Elektrotechniker unterkommen, aber für die meisten haben wir noch nichts. Allerdings soll ja der hiesige Aufenthalt für alle nur ein Provisorium vor ihrer Unterbringung in Familien und Arbeitsplätzen sein. Aber trotzdem wäre

nützliche Arbeit schon jetzt notwendig. Es ist übrigens nicht jede Arbeit willkommen, wie wir erfahren haben. Wir haben angeboten, an der Schneereinigung mitzuwirken, aber wurden mit Dank abgelehnt, da es im Ort unbeschäftigte Arbeitslose gibt, die uns Gratarbeit übelnehmen könnten.

Unsere Beziehungen zur Bevölkerung des Ortes, Komitees und Einzelpersonen, sind die denkbar besten. Wir sind immer wieder gerührt von der uns unwahrscheinlich scheinenden Freundlichkeit der Leute aller Bevölkerungsklassen, die uns, da es gerade Weihnachten ist, auch in Form von vielen und vielerlei Geschenken entgegnet. Wir wurden ins Kino, zu sportlichen Veranstaltungen usw. eingeladen und hoffen, bisher nicht allzuviel Anstoss durch Unkenntnis der englischen Höflichkeitsregeln erregt zu haben. Unsere englischen Mitarbeiter helfen uns natürlich gerade dabei besonders.

Unsere Stimmung ist ausgezeichnet, wir sind gewiss oft am Tage in vollkommenem Vergessen der deutschen Dinge und auch unserer eigenen unklaren Zukunftsaussichten. Der Zusammenhalt der Jungen ist ausgezeichnet, die Leiter der Gruppen arbeiten ohne Reibung und gern miteinander, es bleibt fast nichts an Arbeit für die zentrale Leitung der Gruppen in Broadstairs. Denn die Anzahl der Gruppen und die der Jungen in jeder Gruppe ist nicht so gross, dass sie leicht zu handhabende menschliche Kontakte unmöglich machte.

DOK. 214

Adele Klinger aus Wien bittet am 27. Dezember 1938 die Gestapo um die Freilassung ihres Mannes aus dem KZ Buchenwald¹

Schreiben von Adele Klinger, Wien X., Quellenstraße 48/7, an die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Berlin, vom 27.12.1938 (Abschrift)

Betr.: Schutzhäftling Isidor Klinger², Weimar-Buchenwald, Block 16a, Nr. 9342

Als Gattin des oben genannten Schutzhäftlings erlaube ich mir, hiemit folgende Bitte zu stellen:

Mein Mann befindet sich seit 30. Mai 1938 in Schutzhaft und ist derzeit im Konzentrationslager Weimar-Buchenwald. Ich habe mich die ganze Zeit bemüht, eine Einreisewilligung für ihn zu erhalten und insbesondere in Palästina alle Schritte unternommen, um von dort aus eine Einreisemöglichkeit zu beschaffen. Ein Verwandter, Herr Siegfried Nagler,³ hat die nötigen Schritte eingeleitet, und ich lege in beglaubigter Abschrift ein vom deutschen Generalkonsulat in Jerusalem vidiertes Schreiben vom 14. Dez. 1938 vor, in welchem bestätigt wird, dass mit der Genehmigung des Antrages in der nächsten Zeit zu rechnen ist.

Ueberdies habe ich für meinen Mann eine Schiffskarte nach Shanghai fix bestellt und beangabt, worüber ich die Kopie einer Bestätigung des Reisebüros „Vindobona“ vom

¹ YVA, O.75/585-26.

² Isidor Klinger (*1893), Kaufmann; nach seiner Verhaftung am 30. 5. 1938 nach Dachau, am 24. 9. 1938 von dort nach Buchenwald verschleppt, am 29. 4. 1939 entlassen.

³ Siegfried (Shmuel) Nagler (1914–1987), Soziologe und Psychologe; 1938 aus Wien nach Palästina emigriert, 1943 bis mind. 1948 am Hadassah-Hospital in Jerusalem, 1948 an der Universität Wien promoviert, später an der Universität Haifa tätig; Autor einer Untersuchung über die psychischen Folgen der Kibbuzerziehung.

16. Dez. ds. J. vorlege. Das Original befindet sich bei der Geheimen Staatspolizeileitstelle in Wien, wo ich dieselbe mit einem Gesuch um Entlassung meines Mannes aus der Schutzhaft vorgelegt habe.

Jedenfalls wird mein Mann, wenn er aus der Schutzhaft entlassen wird, die Möglichkeit haben, unverzüglich das Deutsche Reichsgebiet zu verlassen. Wenn vorher die Einreiseerlaubnis nach Palästina kommt, wird er dorthin gehen, anderenfalls nach Shanghai. In diesem Falle würde dann selbstverständlich der restliche Fahrpreis sofort erlegt werden. Ich füge noch bei, dass mein Mann den ganzen Weltkrieg mitgemacht hat und seine Militärdokumente bei sich in der Schutzhaft hat. Er ist auch sonst ganz unbescholten und hat sich niemals politisch betätigt.

*Beilagen*⁴

DOK. 215

Göring ordnet am 28. Dezember 1938 die Einrichtung von Judenhäusern an, verbietet Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen und regelt den Status von Mischehen¹

Richtlinien (geheim) des Beauftragten für den Vierjahresplan, gez. Göring, Ministerpräsident Generalfeldmarschall, vom 28. 12. 1938

Der Führer hat auf meinen Vortrag folgende Entscheidungen in der Judenfrage getroffen:
A.

I. Unterbringung der Juden.

I. a) Der Mieterschutz für Juden ist generell nicht aufzuheben. Dagegen ist es erwünscht, in Einzelfällen nach Möglichkeit so zu verfahren, daß Juden in einem Haus zusammengelegt werden, soweit die Mietverhältnisse dies gestatten.

b) Aus diesem Grunde ist die Arisierung des Hausbesitzes *an das Ende der Gesamtarisierung zu stellen*, d.h. es soll vorläufig nur dort der Hausbesitz arisiert werden, wo in Einzelfällen zwingende Gründe dafür vorliegen. Vordringlich ist die Arisierung der Betriebe und Geschäfte, des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der Forsten u.a.

2. Die Benutzung von Schlafwagen und Speisewagen ist Juden zu untersagen. Andererseits sollen keine besonderen Judenabteile bereitgestellt werden. Ebenso wenig darf ein Verbot für die Benutzung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Vorort-, Stadt- und Untergrundbahnen, Omnibussen und Schiffen ausgesprochen werden.

3. Der Judenbann soll nur für gewisse, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen usw. ausgesprochen werden. Dazu gehören solche Hotels und Gaststätten, in denen vor allem die Parteigenossenschaft verkehrt (Beispiele: Hotel Kaiserhof, Berlin, Hotel Vierjahreszeiten, München, Hotel Deutscher Hof, Nürnberg, Hotel Drei Mohren, Augsburg etc.). Ferner kann der Judenbann für Badeanstalten, gewisse öffentliche Plätze, Badeorte usw.

⁴ Liegen nicht in der Akte.

¹ Überliefert im Rundschreiben (geheim) des RVM (R/L S 3. 3426/38 g), gez. Waldeck, an die nachgeordneten Behörden und Stellen der Wasserstraßenverwaltung und des Kraftverkehrs, vom 24. 1. 1939; APW, Naczelne Prezydium Prowincji, 1290; Abdruck in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. 25, (Nürnberger Dokument 069-PS), Nürnberg 1948, S. 132–134.

ausgesprochen werden. Medizinische Bäder können im Einzelfall, soweit ärztlich verordnet, von Juden gebraucht werden, aber nur derart, daß kein Anstoß erregt wird.

II. Juden, die Beamte waren und pensioniert worden sind, ist die Pension nicht zu versagen. Es ist aber zu prüfen, ob diese Juden mit einem geringeren Ruhegehalt auskommen können.

III. Die jüdische Fürsorge ist nicht zu arisieren oder aufzuheben, damit die Juden nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, sondern durch die jüdische Fürsorge betreut werden können.

IV. Jüdische Patente sind Vermögenswerte und daher ebenfalls zu arisieren. (Ein ähnliches Verfahren ist im Weltkrieg seitens Amerika und anderer Staaten Deutschland gegenüber angewendet worden.)

B.

Mischehen:

I. 1. *mit Kindern (Mischlinge I. Grades).*

a) Ist der Vater Deutscher, die Mutter Jüdin, so darf diese Familie in ihrer bisherigen Wohnung verbleiben. Für diese Familien ist also hinsichtlich der Unterbringung kein Judenbann auszusprechen.

Das Vermögen der jüdischen Mutter kann in solchen Fällen auf den deutschen Ehemann bzw. auf die Mischlinge übertragen werden.

b) Ist der Vater Jude und die Mutter Deutsche, so sind derartige Familien ebenfalls vorläufig nicht in jüdischen Vierteln unterzubringen, da die Kinder (Mischlinge I. Grades) später im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht dienen müssen und nicht der jüdischen Agitation ausgesetzt werden sollen.

Hinsichtlich des Vermögens ist vorläufig so zu verfahren, daß es auf die Kinder ganz oder teilweise übertragen werden kann.

2. *ohne Kinder:*

a) Ist der Ehemann Deutscher und die Frau Jüdin, so gilt das unter 1 a) Gesagte sinngemäß.

b) Ist der Ehemann Jude, die Frau Deutsche, so ist bei diesen kinderlosen Ehen so zu verfahren, als ob es sich um reine Juden handelt. Vermögenswerte des Mannes können nicht auf die Ehefrau übertragen werden. Beide Ehegatten können in jüdischen Häusern oder Vierteln untergebracht werden. Vor allem aber sind beide Ehegatten bei der Auswanderung wie Juden zu behandeln, sobald die verstärkte Auswanderung in Gang gebracht ist.

II. Läßt sich die deutsche Ehefrau eines Juden scheiden, so tritt sie wieder in den deutschen Blutsverband zurück, und alle Nachteile für sie fallen fort.

Ich habe die Willensmeinung des Führers in diesen Fragen klar eingeholt, damit sie nunmehr als einzige Richtlinie für das Verfahren zu gelten hat. Ich ersuche alle Reichs- und Landesbehörden, sich strikte an diese Willensmeinung zu halten.

Ich verlange, daß die Richtlinien, die vorstehend festgelegt worden sind, bis zu den untersten Staatsstellen bekanntgegeben werden.

Ich habe Abschrift an den Stellvertreter des Führers mit der Bitte gesandt, dieses Schreiben auch den Parteistellen zuzusenden.

DOK. 216

**Deutsches Volksblatt, Wien: Artikel vom 30. Dezember 1938
über die Zwangsemigration der Juden¹**

Bilanz der Ostmark:

70 000 Juden weniger!!

230 000 müssen noch hinaus!

Als das Jahr 1938 begann, da blickten noch Millionen von deutschen Volksgenossen in der Ostmark hoffnungslos und in bitterer Sorge in die Zukunft. Auf allen lastete noch der schwere Druck des *Schuschnigg-Systems*. Während zahllose Volksgenossen ihres deutschen Glaubens wegen noch in den Kerkern schmachteten, während nackte Armut, Hunger und Elend immer größere Teile des Volkes erfaßten, *ballten sich Millionenreichtümer in den Händen der Juden zusammen*. Alle Gebiete des Lebens, Politik, Wirtschaft, Kultur lagen entweder in einem unbeschreiblichen Zustand darnieder oder sie waren durch den *beherrschenden jüdischen Einfluß* faul und verdorben. Gewiß, den unzerstörbaren Glauben, daß einmal die Stunde der Freiheit kommen wird, den trugen Hunderttausende im Herzen, daß es aber nur mehr wenige Wochen dauern sollte, bis der Sturm losbrechen und das fluchbeladene System samt der ganzen Judenclique davongejagt wird, das hätte wohl kaum jemand in seinen kühnsten Träumen zu hoffen gewagt.

Am Ende dieses unvergeßlichen Jahres 1938 ist wohl für alle Volksgenossen die Frage von einigem Interesse, inwieweit uns die Juden von ihrer höchst unerwünschten Anwesenheit befreit haben. Wenn man nun bedenkt, daß es im März dieses Jahres in der Ostmark einschließlich der jüdischen Mischlinge und jener Personen, die dem Gesetze nach als Juden gelten, rund 300 000 Juden gegeben hat, *und daß bis Ende Dezember gegen 70 000 Juden die Ostmark verlassen haben*, so ist dies eine Auswanderungsziffer, mit der man durchaus zufrieden sein kann.²

Der Laie macht sich von den *Schwierigkeiten*, die der jüdischen Auswanderung entgegenstehen, *oft nicht die richtige Vorstellung*. Es versteht sich zunächst einmal von selbst, daß der Staat ein sehr bestimmtes Interesse daran hat, alle Juden sehr gewissenhaft unter die Lupe zu nehmen, die die Ostmark verlassen. Es sei in diesem Zusammenhange nur darauf hingewiesen, daß der Staat nicht den geringsten Anlaß hat, den Juden Steuern oder Abgaben zu schenken, mit denen die ansonsten sehr geschäftstüchtigen Hebräer gewöhnlich im Verzug geblieben sind. Die zweite Schwierigkeit besteht dann darin, daß sich das Ausland immer mehr gegen die jüdische Emigration absperrt und mit Einreisebeschränkungen aller Art Barrieren aufrichtet, die nicht so ohne weiteres umgangen werden können. Um allen diesen Schwierigkeiten wirksam begegnen zu können, hat Reichskommissar *Bürckel* bereits im August dieses Jahres in Wien eine *zentrale Stelle* geschaffen, bei der alle die jüdische Auswanderung betreffenden Fragen in geradezu vorbildlicher Art behandelt werden.³ In dieser Zentralstelle, die im ehemaligen Rothschild-Palais ihren Sitz hat, *haben*

1 Deutsches Volksblatt, Wien, Nr. 200 vom 30. 12. 1938, S. 1; RGVA, 500k-1-685. Kopie: ÖStA, Bestand: Historikerkommission. Die Wochenzeitung Deutsches Volksblatt erschien in den Jahren 1935–1945; sie hatte bereits vor dem Anschluss Österreichs eine stark antisemitische, pro-nationalsozialistische Ausrichtung.

2 Nach Angaben verschiedener Hilfsorganisationen emigrierten etwa 55 000 bis 60 000 Juden im Verlauf des Jahres 1938 aus Österreich.

3 Gemeint ist die Zentralstelle für jüdische Auswanderung; siehe Einleitung, S. 25, 39 f.

zwölf Aemter ihre Vertreter sitzen; darüber hinaus sind hier aber auch die Exponenten der unterschiedlichen jüdischen Organisationen tätig, die ihren Glaubensgenossen an die Hand gehen. Die Vorteile dieser zentralen Stelle liegen auf der Hand. Die oft recht zeitraubenden Wege von einem Amt zum anderen kommen hier in Wegfall. Während es früher oft Wochen gedauert hat, bis ein jüdischer Auswanderer alle nötigen Dokumente beisammen hatte und weitere Wochen dazu nötig waren, die Angaben des Juden von den verschiedenen Aemtern auf ihre Richtigkeit hin überprüfen zu lassen, sind heute – bei Zutreffen aller Voraussetzungen – *nur mehr acht bis zehn Tage nötig*, bis der Jude tatsächlich so weit ist, um auswandern zu können. Das vom Gauleiter Bürckel geschaffene Zentralamt hat sich in jeder Hinsicht bewährt, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die jüdische Auswanderungsziffer bedeutend niedriger wäre, wenn diese zentrale Stelle nicht geschaffen worden wäre.

Wenn deshalb oft gesagt wird, daß der Staat selbst durch bürokratische Maßnahmen der Auswanderung der Juden Schwierigkeiten in den Weg legt, so ist dies *absolut unzutreffend*. Im Gegenteil, die zuständigen Stellen sind mit allen Kräften bemüht, die jüdische Auswanderung in jeder erdenklichen Weise zu fördern, und so darf man sich auch der Hoffnung hingeben, daß die heute noch in der Ostmark lebenden rund 230 000 Juden in nicht allzu ferner Zeit uns den Rücken kehren werden. *Daß für sie kein Platz hier ist*, dürfte nach allem, was in diesem Jahre geschehen ist, auch dem verstocktesten Hebräer klar geworden sein.

DOK. 217

Cornelius von Berenberg-Gossler schildert am 30. Dezember 1938 die Trauerfeier für seinen Geschäftspartner, der in einer Nervenheilanstalt gestorben ist¹

Tagebuch von Cornelius Freiherr v. Berenberg-Gossler, Hamburg, Eintrag vom 30. 12.1938

Frühstück im Café. Vor Tisch beim Hause. Zum Essen kommen: Overbeck, FrI. Willink u. ihr Bruder Joachim, ein Engländer Gregory, der bei ihnen wohnt, FrI. Scharlach, Johannes Amsinck jr., Albert Münchmeyer, Ferdinand Schlüter jr. u. Nadia Specht, die bei uns übernachtet. Es wird getanzt u. Bowle getrunken, sehr fröhliche Stimmung, die Gäste bleiben bis ca. 2.1/2Uhr. Tauwetter. Mittags im Crematorium in Ohlsdorf Trauerfeier für Percy Hamberg,² der durch die Brutalitäten der Nazis umgekommen ist. Jüdischerseits alles unendlich traurig, der Rabbiner las die Trauerrede ab. Alles unter großem Druck, kleine Beteiligung, Hermann Willink unter den wenigen Anwesenden.

1 StAAH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch v. Cornelius Berenberg-Gossler 1938.

2 Percy Hamberg (1883–1938), Bankier; von 1921 an Teilhaber des Bankhauses L. Behrens & Söhne; während des Novemberpogroms befand er sich in einem Sanatorium in Fürstenberg, aus dem er gegen ärztlichen Rat ins Zuchthaus Strelitz verschleppt wurde. Aus dem Tagebuch geht hervor, dass Percy Hamberg in einer Nervenheilanstalt starb.

DOK. 218

**Ehud Ueberall von der Beratungsstelle der Jugendalija berichtet am
30. Dezember 1938 über seine Versuche, Kinder aus Wien in den Niederlanden
oder Großbritannien unterzubringen¹**

Bericht, gez. Ehud Ueberall,² vom 30. 12. 1938

Bericht über den Aufenthalt in Amsterdam und London

I. Mein Besuch in diesen zwei Städten sollte zwei Aufgaben erfüllen:

Erstens die Möglichkeiten der Kinderunterbringung im Auslande kennenzulernen und zweitens auf die Unterbringung im Auslande selbst Einfluss zu nehmen.

In Holland befinden sich bis jetzt etwa 700 Kinder aus dem deutschen Reich. Die Regierung scheint bereit zu sein, diese Zahl auf 1000 zu erhöhen, und es ist anzunehmen, dass die zusätzlichen 300 Kinder schon in der allernächsten Zeit nach Holland genommen werden. Unter Hinweis auf die Tatsache, dass bis jetzt fast nur Kinder aus dem Altreich in Holland sind, habe ich vorgeschlagen, dass die 300 zusätzlichen aus Oesterreich genommen werden. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah hat auf dem Wege über das holl. Komitee für Kinder- und Jugend-Alijah mit der holl. Regierung Verhandlungen geführt, die darauf abzielten, für 500 Jugendliche, die vor dem Alter der Jugend-Alijah stehen,³ unter Zertifikatsgarantie (aber ohne Festlegung auf einen bestimmten Termin) Einreisebewilligungen nach Holland zu erhalten. Um diese Verhandlungen zu erleichtern wurde seitens der Jugend-Alijah, im Gegensatz zu bisherigen Festlegungen, zugestimmt, 25 Zertifikate schon jetzt nach Holland zu geben. Es handelt sich dabei um Jugendliche, die schon in Deutschland zur Alijah vorbestätigt und in Vorbereitungslagern waren. Im Augenblick lässt sich nicht genau sagen, ob diese Verhandlungen erfolgreich sein werden.

Die Tätigkeit in Holland wird dadurch erschwert, dass das Zentralkomitee,⁴ das sich mit der Frage von Flüchtlingskindern befasst, ausschliesslich aus nichtjüdischen Personen besteht, und es wurde ausdrücklich abgelehnt, Juden zur Mitarbeit heranzuziehen. Auf Grund der eifrigen Bemühungen, insbesondere von Frau van *Thijn*⁵ wurde erreicht, dass ein Subkomitee „Erziehung“ eingesetzt wurde, dessen Mitglieder ausschliesslich aus Juden bestehen. Dieses Komitee besteht aus Zionisten und Nichtzionisten, doch haben schon jetzt die Nichtzionisten die Initiative und die praktische Arbeit den Zionisten überlassen.

¹ CAHJP, HMB/3108, Aufn. Nr. 1076–1080.

² Ehud Avriel, geboren als Ehud Ueberall (1917–1980), Diplomat und Politiker; emigrierte 1939 nach Palästina, 1938–1940 Funktionär der Jugendalija, während des Zweiten Weltkriegs Mitglied der Haganah und Mitorganisator der illegalen Einwanderung nach Palästina; 1955–1957 Mitglied der Knesset, 1958–1960 israelischer Botschafter in Ghana und Liberia, 1960–1961 im Kongo, 1965–1968 in Italien, 1975 Generalkonsul in Chicago.

³ Das Mindestalter für die Jugendalija war 14 Jahre.

⁴ Vermutlich ist das Kinderkomitee gemeint, siehe Dok. 174 vom 24. 11. 1938, Anm. 2.

⁵ Richtig: Gertrud(e) van Tijn-Cohn (*1891), JDC-Repräsentantin und führende Mitarbeiterin des Komitees für jüdische Flüchtlinge in Amsterdam, nach 1940 Mitglied des Judenrats Amsterdam, 1943 zunächst in Westerbork, dann in Bergen-Belsen inhaftiert, im Juni 1944 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs nach Palästina; nach 1945 Sozialarbeiterin in Shanghai, 1948 Emigration in die USA.

Es wird sehr intensiv und verantwortungsvoll dafür vorgesorgt, dass die Kinder, die nach Holland kommen, zweckentsprechend untergebracht werden. Man ist sich dessen bewusst, dass die Unterbringung der jüdischen Kinder im Auslande *gleichermaßen* ein Erziehungs- wie ein Flüchtlingsproblem ist. Deshalb stösst man gerade in pädagogischen Fragen und in Fragen der Vorbereitung für die Jugend-Alijah auf grosses und warmes Verständnis.

Ein Palästinenser, Uri Koch,⁶ der selbst über pädagogische Erfahrungen verfügt, ist für die Ausarbeitung des Erziehungsplanes verantwortlich. Ausser ihm wird es schon in der nächsten Zeit noch einige palästinensische Pädagogen geben, die sich in Holland mit der Erziehung der Jugendlichen befassen werden. Gegenwärtig wird an der Adaptierung eines Jugendheimes in Amsterdam gearbeitet, das 75 Jugendliche aufnehmen wird, weitere Unterbringungsplätze werden eifrig gesucht, und es besteht die Hoffnung, dass die Kinder aus den provisorischen Unterbringungslagern, in denen sie sich jetzt befinden, bald in ihre endgültigen Aufenthaltsplätze gebracht werden. An eine Familienunterbringung wird in Holland prinzipiell nicht gedacht, und nur solche Kinder, die auf Grund der Anforderungen von Familien eingereist sind, werden in die betreffenden Privathäuser gebracht.

II. Etwas anders liegen die Verhältnisse in *England*. Dort wird die gesamte Tätigkeit vom „British Movement for the care of children from Germany“ geregelt.⁷ Diese Gesellschaft, die aus Juden und einigen Nichtjuden – sämtliche Mitglieder der englischen Society – besteht, ist pädagogischen Fragen vollkommen unzugänglich und sieht in der Unterbringung von jüdischen Kindern aus Deutschland *nichts* anderes als ein Refugee Problem. Der Plan ist, ohne jegliche zahlenmässige Festlegung in möglichst kurzer Zeit eine möglichst grosse Zahl von Kindern nach England zu bringen. Es besteht die Absicht, diese Kinder in Familien unterzubringen, deshalb, weil das nichts koste und dann auch deshalb, weil das die beste Gewähr dafür biete, dass die Kinder kein unnötiges Aufsehen erregen.

Gegenwärtig befinden sich in England etwa 1000 Kinder, die zuerst in Quarantäne waren, ein Lager kann weiter gehalten werden, das andere musste aufgelassen werden,⁸ weil ein unvorhergesehener Witterungsumschwung den Aufenthalt dort unmöglich machte. Diese Kinder sind in Hotels, Privatwohnungen und kleineren Lagerplätzen untergebracht worden. Vor den Personen, die sich mit der Unterbringung befassen, steht aber jetzt aus zwei Gründen das Problem, was mit den Kindern weiter geschehen solle:

Die vorhandenen Auffanglager müssen frei gemacht werden, um neuen Kindern aus Deutschland und Oesterreich Platz zu machen, und es wurden nicht genügend Familien gefunden, die bereit sind, Kinder zu sich zu nehmen.

Von seiten der Jugend-Alijah wird seit jeher der Standpunkt vertreten, dass das kollektive Unterbringen die einzige Gewähr für die Vorbereitung der Jugendlichen für Palästina sei.

⁶ Uri Kochba, geboren als Walter Koch (1910–2001), Verbandsfunktionär; emigrierte 1933 in die Schweiz, 1934 weiter nach Palästina, Mitglied des Alijakomitees, 1938–1940 im Auftrag von Hechaluz in den Niederlanden tätig, 1940–1945 in Kreuzburg, Oberschlesien, interniert; 1946–1949 für die Jugendalija tätig, von 1976 an Leiter des Zentralarchivs des Kibbuz Hameuchad.

⁷ Das British Movement for the Care of Children from Germany, ein Zusammenschluss mehrerer nichtjüdischer Organisationen, half, die Kindertransporte nach Großbritannien zu organisieren.

⁸ Siehe Dok. 213 vom 25.12.1938.

Während das Movement anfänglich dieser Auffassung ablehnend gegenüberstand, ist es jetzt etwas zugänglicher geworden, weil die Schwierigkeiten allgemein bewusst werden und kaum ein anderer Vorschlag zu ihrer Lösung gefunden werden kann.

Ich habe in London den Eindruck gewonnen, dass alle Personen, die mit der Unterbringung von jüdischen Kindern zu tun haben, mit dem allerbesten Willen und der grössten Hingabe bei der Sache sind. Das gilt nicht nur von jenen, die unmittelbar teilnehmen, sondern auch von weiten Kreisen der jüdischen und englischen Bevölkerung, in der grosszügige und hochherzige Spenden und Sammlungen veranstaltet werden. Briefe, teilnehmende Sorge, auch nichtjüdischer Familien, sind ein schöner Beweis für das Verständnis und die Hilfsbereitschaft, die in der englischen Gesellschaft zu finden ist. Trotzdem geht die Arbeit nicht ohne Hindernis vor sich. Abgesehen von den enormen Schwierigkeiten, die mit der Zahl der Kinder, die nach England kommen, wachsen, gibt es in England ein Problem, das den Gepflogenheiten des öffentlichen Lebens adäquat ist. Es gibt nämlich 70 Komitees, die sich mit Fragen der Jugendunterbringung befassen und in irgendeiner Weise auf den Lauf der Dinge Einfluss haben wollen. Ich hatte das Vergnügen, der Gründung des 71. Komitees beizuwohnen.

Durch das Entgegenkommen der englischen Öffentlichkeit ist es letzten Endes gelungen, ein ganz ausgezeichnetes Objekt für die Unterbringung von etwa 200 Jugendlichen zu finden – das Schloss des Lord *Balfour Wittingham*, ein Gebäude, das in baulicher und landschaftlicher Beziehung sehr geeignet erscheint. In einer Sitzung des „Women's Appeal Committees“⁹ wurde vorgestern beschlossen, dieses Gebäude zu erwerben und zunächst jene 200 Kinder unterzubringen, die von der Beratungsstelle der Jugend-Alijah nach England geschickt wurden und die sich jetzt im Auffanglager in Harwich befinden. In der erwähnten Sitzung des „Women's Appeal Committee“ gab ich einen Bericht über unsere Tätigkeit und unsere Bedürfnisse, der die Damen sehr bewegte und sie einsehen lehrte, dass eine maximale Beschleunigung aller Arbeiten und die Aufbringung grosser Mittel erforderlich sei.

Ich konnte den Eindruck gewinnen, dass die Möglichkeit besteht, vielleicht noch 1000 Kinder nach England zu nehmen. Es scheint mir, dass dann eine Pause eintreten müsste, weil für die Unterbringung der Kinder und für die Umstellung auf das Prinzip der *Kollektivverfassung* ohne Zweifel einige Zeit gebraucht wird. Da eine zahlenmässige Festlegung seitens der Regierung nicht vorliegt und da die Aufbringung finanzieller Mittel fortschreitet, ist dabei zu beachten, dass, wenn das Problem der Unterbringungsplätze und des Erziehungspersonals gelöst wird, die Kindertransporte nach England im bisherigen Umfang fortschreiten werden.

III. Abgesehen von den Besprechungen und Zusammenkünften in Angelegenheit der Jugend-Alijah hatte ich auch Gelegenheit, andere Fragen zu besprechen.

Ich wurde von *Adler-Rudel* empfangen, der sich in ausführlichen Gesprächen für alle Fragen unserer hiesigen Tätigkeit interessierte und mit grossem Verständnis auf alle Einzelheiten einging. Es ist nach wie vor sein unbedingter Wunsch, dass die Arbeit für die Auslandshachscharah zentral durchgeführt wird, und [er] hält es weiterhin für schädlich und unzutraglich, wenn Wien sich mit ausländischen Stellen in Verbindung setzt und den ordnungsgemässen Weg über die Zentrale des deutschen Hechaluz übergeht. Ich konnte

⁹ Komitee der Hilfsorganisation Central British Fund for German Jewry, organisierte die Kindertransporte nach Großbritannien.

den Eindruck gewinnen, dass Adler-Rudel an unseren Fragen lebhaftestes Interesse nimmt und die Fragen des österreichischen Hechaluz für ihn Fragen erster Ordnung sind, wie alle anderen Fragen, mit denen er zu tun hat.

Ich hatte auch Gelegenheit, mit Dr. Georg *Josefthal*¹⁰ und Teddy *Kollek*¹¹ zu sprechen, die sich ebenfalls mit der Auslandshachscharah befassen. Während meiner Anwesenheit in London wurden eben die Genehmigungen für die 88 Chawerim des Hechaluz aus Wien und Berlin für England-Hachscharah erteilt. Ein Teil der Permits ist inzwischen schon hier eingetroffen.

Ich kann es nicht unterlassen, auf die besondere Bereitschaft hinzuweisen, mit der Frau Eva *Stern-Michaelis*¹² von der Kinder- und Jugend-Alijah sich allen Fragen widmet. Auch von Frau Lola *Hahn-Warburg*,¹³ die die Geschäfte des „British Movement for the care of children from Germany“ führt, habe ich den Eindruck gewonnen, dass sie mit allen Kräften das Werk fördert und um die Beschleunigung und Vergrößerung der Aktionen bemüht ist.

DOK. 219

NS-Frauen-Warte: Artikel vom Dezember 1938 über die Reaktionen im In- und Ausland auf die Reichspogromnacht¹

„Die armen Juden!“

Ununterbrochen brandet die Hetze des Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an und überschlägt sich in Haßwellen, die alles bisher Dagewesene übertreffen. Der Mord des Juden *Grünspar* an dem Gesandtschaftsrat *vom Rath*, der nach der Aussage des Mörders *Deutschland* galt, hat endlich der großmütigen Geduld des deutschen Volkes und seiner Führung ein Ende gesetzt.

Die spontanen Entrüstungskundgebungen in ganz Deutschland und die Maßnahmen der Reichsregierung, die dem Weltjudentum bewiesen, daß seine Waffen auch nach hinten

10 Richtig: Dr. Georg Josefthal (1912–1962), Politiker; von 1933 an zionistischer Jugendführer in Nürnberg, 1934–1938 Leiter der Jugendalija und Hechaluz in Berlin, 1938 inhaftiert, emigrierte danach nach Palästina, Mitarbeiter der Jewish Agency; 1960 israel. Minister für Arbeit, 1961 für Wohnungsbau und Entwicklung.

11 Theodor (Teddy) Kollek (1911–2007), Sozialarbeiter, Politiker, Jurist; 1931–1934 Mitglied der Hechaluz-Bewegung, emigrierte 1935 nach Palästina, 1940–1945 Mitarbeiter der Jewish Agency, zuständig für die Kontakte zu Geheimdiensten, organisierte von Istanbul aus die Flucht von Juden aus dem deutsch besetzten Europa; 1950 israel. Botschafter in den USA, 1952–1965 Generaldirektor des Büros des israel. Premierministers, 1965–1993 Bürgermeister von Jerusalem.

12 Eva Stern-Michaelis (1904–1992), Sozialarbeiterin; bis 1932 Turnlehrerin in Hamburg und Berlin, 1932–1938 Mitbegründerin und Leiterin der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendalija, 1938–1945 Leiterin der Central Youth Alijah Office und Gesandte der Jewish Agency in London; von 1945 an in Palästina.

13 Lola Hahn-Warburg (1901–1989), von 1933 an Mitarbeiterin der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, 1933/34 Mitbegründerin der Kinder- und Jugendalija, emigrierte 1938 nach Großbritannien, als Mitglied des Executive Committee des Refugee Children Movement führend an der Organisation der Kindertransporte nach Großbritannien beteiligt.

1 NS-Frauen-Warte, Nr. 13, 2. Dezemberheft, S. 407. Die Zeitschrift erschien 14-täglich als Organ der NS-Frauenschaft in einer Auflage von einer Million Exemplaren (1938).

losgehen können, haben insbesondere in den westlichen, von jüdischem Einfluß beherrschten Demokratien einen erneuten, beispiellosen Sturm der Hetze und Verleumdung gegen Deutschland entfesselt, der die wahren Ziele und Absichten des Judentums enthüllt und die Maske von der Mörderfratze des internationalen Judentums reißt.

So wagte es die amerikanische Zeitung „New York Daily News“, eine Zuschrift des Juden Max Rosenberg zu veröffentlichen, in der dieser allen Ernstes den Vorschlag macht, *„zehn oder zwölf lebenslänglich verurteilte berufsmäßige Mörder freizulassen unter der Bedingung, daß sie Hitler und seine Gesellschaft erledigen“*.

Abgesehen von der Tatsache, daß derartiges in einem Lande veröffentlicht werden darf, das sich einschließlich seines Oberhauptes mit am meisten über die „Barbarei“ in Deutschland aufregt und dabei die Scheußlichkeiten des *Lynchens* und andere „Kulturerscheinungen“ pflegt, haben sich die verbrecherischen Anlagen und Eigenschaften des Judentums kaum jemals öffentlicher und schamloser geäußert als in diesem Vorschlag. Trotzdem finden sich immer wieder Volksgenossen, die angesichts zertrümmerter Fensterscheiben und verhafteter Juden mit bedauerndem und verständnislosem Kopfschütteln von den „armen Juden“ zu sprechen wagen, die schließlich doch nichts dafür könnten.

Diese merkwürdigen Zeitgenossen, die es dem Kampf des Führers und der nationalsozialistischen Bewegung verdanken, daß sie in Sicherheit leben, arbeiten und verdienen können und daß nicht der sonst unabwendbar gewordene *Bolschewismus* auch in Deutschland ebenso oder noch gründlicher mit der Bourgeoisie aufgeräumt hat als in Rußland, haben in der sicheren Geborgenheit des Dritten Reiches meist sehr schnell vergessen, daß das verräterische Judentum in der Zeit, da es die Macht hatte, dem deutschen Volk sehr viel mehr zertrümmert hat als einige Fensterscheiben und daß die Milliarde Kontribution, die dem Judentum in Deutschland auferlegt wurde, einen Bettelpfennig bedeutet gegen den *gigantischen Raub*, den das Judentum im Lauf der Jahrzehnte, insbesondere in der Zeit von 1918 bis 1933, an dem deutschen Volksvermögen begangen hat.

Das Schuldkonto, welches das Judentum beim deutschen Volke offenstehen hat, ist so unermesslich, daß es nie bereinigt werden kann, auch wenn man das gesamte in Deutschland noch vorhandene jüdische Vermögen einziehen würde, so beträchtlich es auch immer noch ist. Denn die Schuld, die das Judentum in Deutschland auf sich geladen hat, ist uneinbringlich, und auch die geraffteste Darstellung vermag es nicht, sie auch nur annähernd zu fixieren.

Die verbrecherischen Instinkte, die im Judentum im besonderen Maße vor allen anderen Rassen hervorschlagen und deren Ausleben durch die talmudistischen Religionslehren, nach denen jedes Verbrechen Christen gegenüber erlaubt ist, geradezu zum Gebot erhoben wird – seelischer Freibrief für jedes Verbrechen –, brachten es mit sich, daß das Judentum jahrzehnte-, ja jahrhundertlang sich mit allen Mitteln am deutschen Volk vor allen anderen bereichern konnte.

Aber das Judentum strebte nicht nur nach *Reichtum*, der schon die *Macht* in sich birgt und im Verein mit der politischen Führung die stärkste Waffe im Kampf um die *jüdische Weltherrschaft* darstellte. Um dieses Ziel zu erreichen, mußten die Völker aller staaterhaltenden moralischen Begriffe beraubt werden, und hier setzten die *jüdischen „Kulturträger“* mit ihrer zersetzenden Tätigkeit ein, die die sittliche Widerstandskraft vor allem des deutschen Volkes zermürben sollte. Das Ideal der Wurzellosigkeit, die grenzenlose

Offenheit, mit der das Judentum seine „Sendung“ zu proklamieren wagte, und der teuflische Zynismus, mit dem es seinen Herrschaftsanspruch erhob, geht aus einem schon 1913 von dem jüdischen Schriftsteller Paul Mayer in der Zeitschrift „Aktion“ veröffentlichten Gedicht hervor,² das zwar nicht mehr unbekannt ist, aber in seiner programmatischen Bekenntnisfreudigkeit nicht oft genug ins Gedächtnis zurückgerufen werden kann:

Ahasvers fröhlich Wanderlied

Seht, ich bin der Wurzellose, / kein der Umwelt Anvermählter, / keines Heimwehtraums
Narkose / treibt das Herz mir in die Hose, / denn ich bin ein Leidgestählter.

Treibt ihr mich von euren Schwellen, / ich bin doch der Meistbegehrte, / eure Neidge-
schreie gellen, / denn ich trinke eure Quellen, / und ich wäge eure Werte.

Meiner Seele glatte Häute / bergen, was ich bettelnd büßte; / doch es türmt sich meine
Beute, / und es jauchzen eure Bräute / mir, dem Auswurf fremder Wüste.

Gähnend dampft ihr euren Knaster / zu der ehrbaren Verdauung, / doch ich bin ein kluger
Taster, / und ich reize eure Laster / zu höchst eigener Erbauung.

Also treibe ich die Spiele / meines reifen Übermutes, / sonderbare, sehr subtile, / letzte,
euch verhüllte Ziele, meines Asiatenblutes.

Von diesen sonderbaren, sehr subtilen Zielen ist seit 1913 in der Welt sehr viel sichtbar
geworden, und die Hüllen sind gefallen. Ein schauernder Rückblick ist das letzte, was
bleibt.

Betrug, Skrupellosigkeit, Ausbeutung, Börsengaunereien und politische Korruption
größten Stils, Bürgerkrieg, Schmutz und Schund, Triumph der Sittenlosigkeit und Ent-
würdigung der Frau zum seelenlosen Lustobjekt, Zerstörung der Familie, grenzenloser
Verfall des Geschmacks, der Weg der Kultur in die Gosse und immer wieder das *Verbre-
chen* in jeder Form, der *Mord* als politisches Kampfmittel, das sind die Leistungen des
Judentums für die Menschheit und insbesondere für das deutsche Volk, das am wenigsten
von allen Völkern Ursache hat, sich unangebrachten Mitleidsregungen hinzugeben. Ver-
geßlichkeit ist eine der menschlichen Eigenschaften, mit der die Schuldbeladenen am
liebsten rechnen. Für das Judentum freilich eine Fehlrechnung, die sich nie mehr wieder-
holen darf.

2 Dr. Paul Mayer (1889–1970), Schriftsteller; 1919–1936 Lektor beim Rowohlt-Verlag und literarischer Berater des Verlegers Ernst Rowohlt; emigrierte 1939 nach Mexiko und nach 1945 in die Schweiz. Die literarische und politische Zeitschrift *Die Aktion*, hrsg. von Franz Pfemfert, erschien 1911–1932, anfangs wöchentlich, von 1926 an unregelmäßig. Sie diente als Forum für expressionistische Kunst und Literatur und erreichte zeitweise eine Auflage von 7000 Exemplaren; „Ahasvers fröhlich Wanderlied“, in: *Die Aktion* vom 29. 1. 1913, S. 140. Das Gedicht hat noch zwei weitere Strophen, die in der NS-Frauenwarte jedoch nicht zitiert werden.

DOK. 220

**Karl Sass aus Wien beschreibt seine Bemühungen um illegale Emigration
im Dezember 1938¹**

Bericht von Karl Sass für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...]²

Der Clucky-Tempel war zerstört, ebenso der Leopoldstempel und alle anderen auch.³ Einige Tage verstrichen. Nach und nach kam ich immer mehr in die tote Stadt, die Leopoldstadt. Wie jeder Melancholiker, so weidete auch ich mein Gemüt mit Trauer, deren es in Hülle und Fülle gab. Wohin ich kam, war dasselbe zu hören: Plünderungen, Beleidigungen, Verhaftungen usw. Ueberall gab es Leichen, überall spürte man Leichengeruch. Das Leben wurde noch unheimlicher, als es vorher schon zur Genüge gewesen war. Wir sahen nun endgültig ein, dass Hitler im Inlande sich nur mit Pogromen kräftigen könne. Ich sah immer mehr ein, dass ich früher richtig gesehen hatte, dass er dem Lande nicht nur nicht geholfen, sondern dass er ihm vielmehr geschadet hatte und immer wieder zu Pogromen Zuflucht nehmen müsse. Ich folgerte daraus, dass es für uns nur einen Ausweg gebe: hinaus mit uns! – wenn wir wieder Menschen sein, wenn wir Selbstachtung haben wollen.

Es hiess nun, alles zu Geld machen und koste, was es wolle: „Hinaus mit uns!“ Zwar wussten wir, dass draussen kein Dorado uns erwartet, dass man draussen vor allem Bettler ist, aber das Messer hing dort nicht mehr über dem Hals, wie es in Deutschland der Fall war. Man konnte das nervenaufreibende Dasein in Deutschland nicht mehr ertragen. Dabei wurde man noch immer von den Behörden bedrängt auszuwandern. So bekam ein Bekannter eine Vorladung zur Gestapo. Als er hinkam, wurde er mit der Frage begrüßt: „Wollen Sie auswandern, oder wollen Sie nach Dachau?“ Diese Fragestellung wurde gleich mutraubend. – „Natürlich will ich auswandern!“ – meinte mein Bekannter. „Warum sind Sie also noch da?!“ Es war gefährlich zu sagen, man habe nicht gewusst, wohin auszuwandern. Er verteidigte sich nur damit, dass seine Papiere in Ausarbeitung seien und dass er sofort nach Erhalt der Papiere auszuwandern gedenke. Als mein Bekannter die Frage, ob er bereits verhaftet gewesen oder in Dachau, verneinte, sagte er: „Aha, Sie haben sich gut zu drücken verstanden. Das nächste Mal soll Ihnen das Drücken nicht mehr gelingen. Ich gewähre Ihnen vier Wochen. Innerhalb dieser Frist haben sie das Reichsgebiet zu verlassen. Wollen Sie unterschreiben?“ – „Ja!“ erwiderte mein Bekannter.

Auf diese Weise spitzte sich die Auswanderungsfrage immer mehr zu. Niemand fragte

1 Karl Sass, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 19–24, Harvard-Preisausschreiben Nr. 197.

2 Karl Sass beschreibt im ersten Teil des Berichts die wachsende antisemitische Stimmung in Wien (siehe Dok. 18 vom Frühjahr 1938), seine Festnahme im Juni 1938, die Deportationen der polnischen Juden, die Pogrome im Nov. und die ständigen Versuche, Auswanderungspapiere zu bekommen.

3 Die Synagoge in der Kluckygasse wurde 1900 von dem Tempelverein Brigittenau gebaut. Sie wurde am 10.11.1938 zerstört und später durch ein Wohnhaus ersetzt. Der Leopoldstädter Tempel, Baujahr 1858, wurde mit Ausnahme der Seitentrakte während des Novemberpogroms zerstört. Als einzige Wiener Synagoge entging der Stadttempel in der Seitenstettengasse aufgrund der dichten Bebauung der Vernichtung.

mehr danach, ob sie legal oder illegal erfolgen soll. Es hiess: retten, fliehen, wo immer es ging.

„Zur Grenze!“ hiess nun der Tagesruf.

Man ging sogar nach Polen, um dem teutonischen Rassenwahn zu entgehen. Man zahlte, was man hatte, oder man borgte sich, wo man konnte, um über die Grenze zu kommen. Zu der beschleunigten Passbesorgung, die nun mit Volldampf einsetzte, begann die Intensivierung des Menschenschmuggels. Dieses unsaubere Geschäft blühte jäh auf. Hier handelte es sich nicht darum, den verfolgten Menschen zu helfen, sondern darum, ein gutes Geschäft zu machen. Unter den Schmugglern gab es, wie es sie immer unter solchen Leuten gibt, gewissenlose Betrüger, die oft den Armen noch das Letzte, das sie zu ihrer Rettung benötigten, herauslockten, sich so bereicherten und sich ein wohliges Leben gönnten. Es hat auch nicht wenige Juden gegeben, die sich daran beteiligten, illegale Emigranten auszuplündern und sie dann ihrem Schicksal zu überlassen.

Interessanterweise geschah dies alles unter den Blicken der deutschen Behörden. Obwohl nun die Nazis immer wieder hervorstreichen, dass die Juden asozial, dass sie angeblich ein Volk von Verbrechern seien, so haben sie ihre Aktionen gegen Gelehrte, Künstler, Kaufleute, Handwerker und Beamte gerichtet, die immer ehrlich ihr Brot verdienten, Sumpflüthen, wie man sie in den Grenzorten fand, liessen sie ruhig gedeihen.

In der Praxis sah es ungefähr so aus: Ein Führer oder ein Fuhrwerker brachte Leute über die Grenze auf irgendeine Weise. Bekannte empfahlen den Führer weiter, und dieser hatte nun alle Hände voll zu tun. Das war natürlich noch der ehrliche Schmuggel. Natürlich konnte der Schmuggel viele Male gelingen, dann einmal misslingen. Aus diesem Grunde hat man die Taxe für die Ueberfuhr zu treuen Händen hinterlegt. So weit, so gut. Nun wussten die wenigsten die Adressen von solchen ehrlichen Schmugglern. Da wandte man sich an den und jenen und bat um Empfehlungen. Die Empfehlenden wollten zumeist auch etwas verdienen. Sie nahmen nun die Vermittlergebühr beim Emigranten und empfahlen ihm einen Führer, oder sie machten mit den Führern ab, gegen eine bestimmte Gebühr, es sei denn gegen den Vorzug, gratis über die Grenze gebracht zu werden, was noch als ehrlich zu bezeichnen ist, ihm Emigranten zuzuführen. Die Ausbeutung und die Ausnutzung der grossen Not hatte nun dadurch offene Türen, weil die Vermittler oft sich ehrlich ausputzten und selbst als Treuhänder auftraten, dass sie kleine Taxen unter irgendeinem Vorwand verlangten und meistens bekamen, oder dass für ihre Mühe sofort die Taxe erlegt werden musste, widrigenfalls sie nicht vermitteln wollten. Manche Vermittler unternahmen oft selbst die Führung und überliessen dann die Armen ihrem Schicksal, manche gaben vor, Grenzbehörden bestechen zu müssen, wozu sie Geld benötigten. Da die Emigranten das Damokles-Schwert über sich wussten, so blieb ihnen natürlich nichts anderes übrig, als sich auf Gnade und Ungnade dieser Menschen zu verlassen. Dabei waren jedenfalls diejenigen, die über genügendes Kapital verfügten, noch immer besser dran als diejenigen, die nur wenig Geld aufzutreiben vermochten. Die ersteren konnten versuchen, ein Misslingen verschmerzen, mit den Führern verhandeln, wählen usw., wohingegen der andere es nicht vermochte. So kamen meistens diese oft noch ums Letzte.

Die Ueberführung sah ungefähr so aus: Man fuhr bis dicht an die Grenze heran und stellte sich zur Zoll- und Devisenkontrolle, manchmal auch zur Passkontrolle den deutschen Grenzorganen. Das musste geschehen, sonst war es sehr gefährlich. Es sind mir

nur einige Fälle bekannt, wo auch die deutschen Grenzorgane übergangen wurden. Von dort wurde man oft wie wirkliche Schmuggelware überführt, wie z. B. versteckt in einem Wagen, oder man hatte einen kürzeren oder längeren Weg zu Fuss zurückzulegen, um die anderen Grenzorgane zu umgehen. Irgendwo stand ein Auto und führte die Emigranten in das nächste Hilfskomitee, das nun den Emigranten übernommen hat; der Mann war nunmehr von der Hitlerei gerettet. Die billigen Führer, also diejenigen, die kein Auto hatten, führten die Leute zur nächsten Grenzstation. Dort löste sich der Emigrant mit dem Gelde, das er aus Deutschland ausführen durfte (10 RM), eine Fahrkarte und begab sich in Begleitung des Führers zu den nächsten jüdischen Hilfsbehörden, und die Rettung war vollzogen. Begegnete man den Grenzorganen der Emigrantenländer, so verschwanden gewöhnlich die Führer, und die Emigranten wurden dann zurückgeschickt.

Die Deutschen nahmen dann die Zurückgeschickten verschieden auf. Es kam vor, dass man jemanden ins Konzentrationslager schickte, aber zumeist sagten sie, dass der zweite Versuch sicherlich gelingen werde, oder man wurde nach Köln geschickt, wenn man von Belgien oder Holland zurückgeschickt worden war, und von da versuchte man noch einmal und noch einmal sein Glück, oder man wurde glatt nach Hause geschickt. Häufig zeigten deutsche Grenzorgane selbst den besseren Weg. Sie waren überhaupt im grossen ganzen zu den Emigranten sehr menschlich.

Eine grössere Gruppe von Emigranten begab sich am Freitag zwischen Weihnachten und Neujahr auf den Weg. Das Wetter war ziemlich schlecht. Der Boden war durchweicht. Hoher Schnee lag auf den Feldern. Der Weg war unübersichtlich und schon dadurch gefährdet, dass man entweder im Schnee versinken, oder dadurch, dass man sich durch hinterlassene Spuren verraten konnte. Nun zeigten sich die Beamten an der Grenze sehr gewissenhaft. Ein junges Mädchen liessen sie aus diesem Grunde nicht über die Grenze, weil sie Schuhe mit zu hohen Absätzen trug und der Weg sehr beschwerlich war. Auch eine Familie mit zwei Kindern, wo eines getragen werden musste, liessen sie nicht durch. Die Mutter bat und flehte, aber er blieb hart und meinte, dass sie auf keinen Fall den Strapazen gewachsen sei und dass sie vielmehr für die anderen Emigranten nur eine Belastung sein muss. So kamen die anderen durch, das Mädchen und die Familie kehrten nach Köln zurück.

Oft schickte man die Kinder ganz allein über die Grenze in der Gewissheit, man werde sich ihrer schon erbarmen. Da sass ich einmal im Gemeindehaus in Köln und bemerkte daneben eine weinende Frau. Ich fragte sie nun nach dem Grunde, und sie brach erst recht in Tränen aus: Sie habe vor einer Stunde ihre einzige Tochter nach Amsterdam allein weggeschickt. Ihr Mann befinde sich im Emigrantenlager in Holland, und sie schickte das Kind weg unter der einzigen Hoffnung, vielleicht wird auch ihr gegönnt sein, ebenfalls nach Holland zu kommen, wo sie mit Mann und Kind wieder zusammen sein könnte. – Am nächsten Tage erzählte sie mir, dass das Kind in Amsterdam glücklich angekommen sei und vom Komitee übernommen worden. Sie war glückstrahlend und betrübt zugleich. „Wer weiss“, seufzte sie, „wann ich wieder Mann und Kind sehen werde!“

Die Führung über die Grenze kostete verschieden. Am teuersten waren die direkten Führungen, d. h. von Wien nach Brüssel, von Wien nach Amsterdam usw. Gewöhnlich sagte derjenige, der mehr verlangte, dass man dafür bei ihm sicher sei hinüberzukommen, wohingegen bei den andern dies nicht so sicher sei. Auf Empfehlung eines alten Ehe-

paares trat ich im Dezember mit den obengenannten Herrn Liebig,⁴ Wimberggasse 8, in Verbindung. Er nahm die höchst mögliche Taxe, u. zw. 500 RM pro Kopf. War er doch ein Freund Hitlers aus dessen Lichtentaler Zeiten.

Nach langen Unterhandlungen einigten wir uns, dass wir am ersten Weihnachtstage Wien verlassen sollen. Wir waren 4 Personen: das ältere Ehepaar, mein Kollege und ich. Er verlangte den ganzen Betrag schon in Wien [...] ⁵, d.h. 2000 RM. Auch da kam eine Einigung zustande. Er bekam als Angabe 600 RM, das restliche Geld sollte er in Köln bekommen. Das Ehepaar hatte nach dem Verkauf von allem, was verkaufbar war, kaum 680 RM zustand[e] bringen können. Ein Neffe borgte ihm nun 200 RM. Ich borgte ihm 120 RM. Mit diesen 1000 RM ausgestattet, starten wir.

In der Nacht auf den Abreisetag erkrankte mein Kollege. Da er überdies einen schweren Nervenzusammenbruch erlitt, so schwankten wir, ob wir fahren oder die Abreise aufschieben sollen. Ich begab mich nun zu dem Ehepaar und stellte die Möglichkeit in Aussicht, dass wir die Ausreise werden aufschieben müssen. Sollten wir nun nicht kommen, so sollten sie das als Aufschub der Reise betrachten. Ich hätte von vornherein „nein“ gesagt, aber das liess wieder der Kollege nicht zu.

Das Ehepaar begab sich nun selbst mit Herrn Liebig auf die Reise. Da fiel dem Kollegen im letzten Moment noch ein, dass es doch ratsam sei zu fahren, wir nahmen nun ein Taxi und eilten zur Westbahn, aber der Zug war bereits weg. So fuhren wir nach Köln mit dem nächsten Zug und hofften, den Liebig und das Ehepaar in Köln in Kreisen der Emigranten oder sonstwie zu finden, aber, hier angekommen, sahen wir, dass es unmöglich sei.

In Köln wimmelte es von Emigranten. Obwohl überall ein Schild angebracht war: „Juden unerwünscht“, meinte meine Hotelierin, dass Geld allein entscheide. Auch der Kellner sah gierig auf die Hände, ob man ihm ein Trinkgeld gebe, obwohl es nie nicht gestattet war, ausser den 10%igen Zuschlägen zum Konsum, und er war der liebste Kerl, wenn man ihm das Trinkgeld gab, obwohl er ein SS-Abzeichen im Knopfloch trug. So machten es viele Hoteliers und Kellner. Ich suchte nun in ganz Köln, aber weder Liebig noch das Ehepaar waren auffindbar: Ich telegrafierte nach Antwerpen zum Neffen des Ehepaares, bekam jedoch drei Tage später die Antwort, dass der Aufenthalt des Ehepaares ihm unbekannt sei.

Ich war sehr verärgert. Dabei vernahm ich, dass der Uebergang über die Grenze damals wesentlich erschwert war. Die Nervosität des Kollegen wuchs zusehends, und er drängte zur Rückkehr nach Wien. Ich wollte jedoch noch die Sachlage studieren und wenn möglich immer noch vorwärts und nicht nach rückwärts gehen.

Inzwischen wurde ich von meiner Frau verständigt, Liebig habe das Ehepaar beraubt und es irgendwo stehengelassen, ja sogar angeblich der Grenzpolizei übergeben. Da ich nun derjenige war, der Liebig die Angabe übergeben hatte, so gab es für mich kein Zögern. Ich entschloss mich nun, selbst nach Wien zurückzukehren. Ich glaubte mit Bestimmtheit, dass, wenn etwas noch zu retten wäre, so war ich der Einzige, der es vermocht hätte. Ehe ich dies jedoch getan habe, hatte ich noch versucht, Einblick in das Schmuggelwesen und das Leben und Treiben der Schmuggler und der zu Schmuggelnden zu beobachten.

4 Sass schreibt an anderer Stelle in seinem Bericht, dass nach dem 10. Nov. 1938 Handel und Korruption im Zusammenhang mit der Passbeschaffung deutlich zunahmen; Herr Liebig wurde zu dieser Zeit einem seiner Bekannten von einem jüdischen Kollegen empfohlen; wie Anm. 1, S. 13.

5 Ein Wort unleserlich.

Eine der wüstesten Schmuggelkneipen war das Café Jakobi am Mauritiuswall. Duster wie die jüdischen Gaststätten nun zumindest nach aussen hin sein mussten, machte es gleich beim Eingang einen sehr schlechten Eindruck. Drinnen war es allerdings ganz nett. Es musste sogar einmal ein vornehmes Restaurant gewesen sein. Es war geräumig und hell beleuchtet. An Ecken und Logen sassen immer Gruppen. Sooft ein neuer Mann kam, wurde er zunächst mit Misstrauen angesehen. Dann, nachdem man ihn bereits einige Male gesehen hatte, machte man sich an ihn heran. Man wusste ja immerhin, um was es sich handle, und so kam man gleich auf das Wesentliche zu sprechen. Es begannen Feilschungen und Verhandlungen. Junge Männer, die sich wichtig taten und mit Erfolgen protzten, boten ihre Dienste an, liessen sich zunächst bewirten, versuchten herauszufühlen, ob man viel oder wenig Geld habe, damit man danach den Preis für die Ueberfuhr mache. Denn sie hüteten sich, den Preis unerschwinglich anzubieten. Hier beim Jakobi kamen auch Frauen der Unterwelt zusammen. Auch sie boten sich an, und man konnte zu verschiedenen Preisen die Frauen gewinnen. Es kamen natürlich auch Frauen und Mädchen, die an nichts anderes dachten als an die Ueberfuhr. Sie wurden oft belästigt. Manche gaben nach. Es gab solche Mädchen, die man dadurch gewinnen konnte, dass man ihnen die Ueberfuhr in Aussicht stellte. Da kamen auch Männer zusammen, die längere Zeit in Köln weilten, nunmehr kein Geld mehr hatten. Entweder sie bettelten bei denen, die noch etwas hatten, oder sie sassen so als unerwünschte Gäste, ein Bündel Unglück, wovon jeder Zoll ihres Wesen zeugte. So sassen sie hier, die einstigen achtbaren, tätigen, tüchtigen Männer mitten unter anderen, Desperados, vage Existenzen, gehetzt und gejagt, und niemand konnte sich erklären, warum und wofür.

Hier liess man sich den letzten Groschen abknöpfen in der Hoffnung, bald, bald erlöst zu werden, die gestrige Existenz in ein Bettlerdasein zu verwandeln. Und morgen sollten sie erwachen, jeder Mittel entblösst, in sich hineingrübend, eine zerfetzte, zertretene Seele, Wracks, Torsos von Menschen.

Da erzählte mir einer folgendes: Er mietete mit noch vier Leuten ein Auto für die Ueberfuhr. Das Geld wurde erlegt, und das Auto setzte sich in Bewegung. Unmittelbar vor der Grenze gab der Chauffeur vor, eine Panne erlitten zu haben. Alle mussten aussteigen, und der Chauffeur machte sich daran, das Auto zu reparieren. Dann stieg er ins Auto, tat, als ob er versuchte, ob er fahren kann, und raste mit Volldampf davon. Dann stellte es sich heraus, dass er ohne Nummer fuhr, und man konnte nicht urgieren, wer das war. Die 5 Leute meldeten sich bei der Grenzpolizei. Diese nahm ein Protokoll auf und versprach, alles zu unternehmen, um des Betrügers habhaft zu werden. Der Beamte war geradezu darüber empört. Es nützte nichts. Er setzte sie in den Zug und schickte sie nach Köln zurück. Nun sass er da und weiss selber nicht, worauf er eigentlich wartet. Er hat nicht einmal das Geld, um sich Gift zu kaufen. Aber wozu Selbstmord! Ist er denn mehr als eine Leiche? Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als wieder bei Leichen zu betteln. – Da ist ein Rechtsanwalt. Wie lange ist es her, da hatte er eine gutgehende Praxis. Er war angesehen und beliebt. Er hatte ein gutes Einkommen, und viele haben ihn im besten Andenken. Nun ist er nichts, oder besser, Objekt des Spottes. Er wird verlacht mit oder auch ohne Grund. Er bot sich jedem an, mit über die Grenze gehen zu wollen. Er bat und bettelte darum, denn er wagte es nicht, allein zu gehen, bei Wind, Schnee und frostiger Kälte. Da sitzt er bald da, bald dort und redet in jeden hinein, man möge sich seiner erbarmen und ihn mitnehmen. In einen Mantel gehüllt, aus dem einstige Wohlhabenheit zeugte, sass

er da, der dürre Körper fröstelnd, die Wangen eingefallen, der Blick hohl. Zuweilen versuchte er sogar, auch mitzulächeln, aber es passte ihm nicht recht zu Gesicht, als ob er zeitlebens nie gelächelt hätte. Bitten und Betteln standen ihm besser zu Gesichte, und manchmal hat der Beobachter das Empfinden, sein Herz sei zum Zerspringen voll. Oder vielleicht ist es bereits geplatzt, und nur Reste von ihm legen Zeugenschaft davon ab, dass da ein Ebenbild Gottes sich befindet.

Da war eine hübsche Berlinerin, von allen beglotzt, von vielen begehrt, zur Nutte degradiert, die sich jedem anschloss, von dem sie erhoffte, er werde sie über die Grenze bringen oder, da sie schon manche Enttäuschung erlebt hatte, [dass] sie zumindest ein warmes Essen bekomme. Da haben wir eine Dresdnerin kennengelernt, mit der wir fast im Einvernehmen waren, gemeinsam ein Auto zu mieten, das Geld bei einem gemeinsamen Bekannten zu hinterlegen, als ich meinen Plan wegen der Liebig-Geschichte änderte. Zuerst war sie empört, dann aber, in Anbetracht der Wichtigkeit meiner Angelegenheit, was sie sogar sehr einschätzte, tröstete sie sich, und noch ehe ich von Köln Abschied genommen, stand sie mit einem anderen in Unterhandlungen.

Zu mir kam ein Bursche und bot sich an, zu verhältnismässig geringem Preise uns über die Grenze zu bringen. Er habe eine Schwester in Belgien, nicht weit von der Grenze entfernt. Er stehe mit ihr in Verbindung, und mit ihrer Hilfe würde die Ueberfuhr gesichert sein. Später erfuhr ich, dass er von Hotel zu Hotel, von Zimmer zu Zimmer ging und bot seine Hilfe an. Ich hegte ohnedies Misstrauen zu ihm, überdies war ich bereits entschlossen zurückzukehren.

Ausser dem Café Jakobi gab es noch das Café Hirschl, wo man den Emigranten begegnete. Oder sie kamen im Gemeindehaus zusammen oder in einem Privathause, bei einer Frau, die allen Bedürftigen, soweit sie es nur vermochte, zu Hilfe kam. Sie liess jeden, der es wollte, wenn nur irgendwo ein Platz war, übernachten, und man konnte dort auch verhältnismässig gut essen, u. zw. umsonst, wenn man kein Geld hatte, gegen ein geringes Entgelt, wenn man eines hatte. Sie mahnte jedenfalls nie.

Und überall begegnete ich denselben oder ähnlichen redenden Augen, traurigen verschlossenen Mündern, sei es nach Raub lechzend oder um Rettung bettelnd, gefärbte Weiber, die durch Gefallsucht hinüberkommen wollten, oder ausgeplündert ihr Fleisch begehrenswert anpreisen oder zur Schau stellen, um eine Mahlzeit, ein Schlaflager zu ergattern. Aber wer konnte gegen so einen Menschen einen Stein werfen? Wer war so rein von Sünden? Wer war schuld? Es tat einem eher weh, dass es dazu kam.

In der Sylvesternacht fuhren wir nach Hause. Um die Mitternachtsstunde blieb der Zug unterwegs stehen. Es war eine herrliche Nacht. Wir waren mitten in der Rheingegend, von hohen Hügelketten umgeben. Ein gestirnter Himmel blinzelte uns entgegen, und von Ferne auf einem Hügelrücken leuchteten die Lichter auf einem Christbaum. Da ertönte der Glockenschlag. Ich zählte zwölf Schläge. Dann kamen sämtliche Bedienstete in unser Abteil, um uns „Prosit Neujahr“ zu wünschen. Aufrichtig, es tat mir furchtbar weh. – Warum können Verbrecher so mächtig werden, wenn Menschen glücklich werden könnten, wenn sie diese Macht nicht besässen. Immerhin, das Leben ging weiter. Es war keine Zeit für sentimentale Betrachtungen.

Zu Hause zurückgekehrt, erfuhr ich, dass das Ehepaar sich augenblicklich in Köln befand. Das war für mich unangenehm. Niemand traute sich, zum Liebig zu gehen. Schliesslich konnte er ein Spitzel oder ein Gestapo-Mann sein. Man wusste, dass der Jude rechtlos ist, und das genügte. Aus Köln kamen jammernde Briefe. Die Leute waren

gänzlich ohne Groschen. Wir sammelten nun und schickten ihnen, aber was nützte es. Wir hatten ja auch nichts. Endlich sammelten wir einen grösseren Betrag. Ich gab selbst etwa 80 RM. Die anderen, die Schwester und die Nichte, gaben etwa 80 RM, und bald hörten wir, dass sie nach Antwerpen gekommen sind. Dieses Geld hätte allerdings nicht viel genutzt, wenn nicht noch ein Schwager aus Kanada unter die Arme gegriffen hätte. Nun erfuhr ich den Sachverhalt mit Liebig. Natürlich nicht ganz klar, aber ungefähr. Liebig dürfte Geld über die Grenze geschmuggelt haben. Dabei soll er erwischt worden sein. Das ist allerdings nicht ganz zu glauben. Denn ich sah Liebig einige Wochen später, ich glaube aber nicht, dass man ihn so bald freigelassen hätte, wenn dem so gewesen wäre. Er sagte mir, dass wegen ungeschickten Benehmens, zu vielen Redens habe sich das Ehepaar selbst verdächtig gemacht. So wurden nun alle verhaftet. Umgekehrt, man hat ihn des Ehepaares wegen längere Zeit in Haft behalten, wohingegen sie bald freikamen.

In der Tat habe ich ihn in der ersten Zeit gar nicht sehen können. Seine Frau meinte, dass er verhaftet sei. Sie zeigte sich besorgt seinetwegen. Einmal erzählte sie mir, dass Gestapo-Leute zu Hause eine Hausdurchsuchung vorgenommen hätten, aber nichts gefunden. Kurz: Es waren allerhand Dinge, die noch bis jetzt mir ein Rätsel sind. Das eine weiss ich, Liebig hat das Geld, zumindest die 600 RM Angabe, und er behielt es. Im Gegenteil, er war noch grob.

Nun begann ich die weitere Bemühung um die Ausreise. Wieder war ich täglicher Gast bei der Kultusgemeinde oder im Palästinaamte. Obwohl immer wieder Gesichter verschwanden, und wir fragten uns immer wieder, ob die Verschwundenen verhaftet oder über die Grenze geschmuggelt worden sind, herrschte jedenfalls in den genannten Aemtern immer Bewegung. Dabei übte die Gestapo ihre Herrschaft aus. So war ich einmal Zeuge eines folgenden Vorfalles:

Dr. Marmelstein, der Leiter der Auswanderungsabteilung der Kultusgemeinde,⁶ regte sich einmal mit einem Beamten auf, da wegen dessen Schlamperei ein Akt verlegt worden ist. Er war ein wenig zu laut, aber der gerade hereingekommene SS-Mann mass ihn so von oben herab, dass Dr. Marmelstein stutzig wurde. Der SS-Mann meinte: „So laut!“ Drauf Dr. Marmelstein: „Ich werde doch wohl schon wissen, wie ich mein Amt zu verwalten habe.“ Der SS-Mann meinte bissig „Nein! Auch Sie müssen sich ruhig verhalten.“ Er sagte es so, dass der Angesprochene es vorzog zu schweigen und darüber hinwegzugehen.

[...] ⁷

⁶ Dr. Benjamin Marmelstein (1905–1989), Rabbiner; von 1931 an Honorarprofessor an der Israelitisch-theologischen Lehranstalt in Wien, 1944–1945 Judenältester im Lager Theresienstadt; 1945–1947 wegen Kollaboration in tschechoslowakischer Untersuchungshaft, danach Auswanderung nach Italien.

⁷ Im letzten Kapitel seines Berichts schildert Karl Sass Beispiele für die widersprüchlichen Verhaltensweisen vieler Menschen, die ihm begegneten und die zwischen überzeugtem Antisemitismus und Schrecken vor der praktizierten Gewalt schwankten.

DOK. 221

**Der Internationale Klassenkampf: Artikel vom Dezember 1938
über die Reaktionen der deutschen Arbeiterklasse und der internationalen Bourgeoisie
auf die Novemberpogrome¹**

Zu den Judenpogromen in Deutschland

Die Judenpogrome in Deutschland sind eine wohl überlegte und wohl vorbereitete Aktion der Regierung. Die Vorbereitungen dazu gehen bis zum Sommer dieses Jahres zurück. Damals kam eine Verordnung heraus, dass alle Geschäfte und Unternehmungen in jüdischen Händen durch ein Kennzeichen als solche bezeichnet werden mussten.² Die zur gleichen Zeit angeordnete Vermögensaufnahme der Juden geschah offenbar zu dem Zweck, sie bei günstiger Gelegenheit tüchtig zu schröpfen, was jetzt durch die Milliardenbusse geschehen ist.³ Am 15. Oktober wurden allen Juden die Pässe entzogen.⁴ Die Verfolgungen in den Monaten Juli und August und die Massenausweisungen der polnischen Juden waren die Vorprobe.⁵

Es kann auch gar keine Rede davon sein, dass es sich hier um spontane Aktionen der Bevölkerung handelt. Dagegen spricht, dass der nach dem Tode des Botschaftsrats sechs Stunden auf Eis gelegte „Volkszorn“ dann schlagartig im ganzen Deutschen Reich nachts um 2 Uhr losbrach. Zumindestens in den Grosstädten konnten auch die Privatwohnungen der Juden der Masse der Bevölkerung gar nicht bekannt sein. Sie waren aber wohl der NSDAP bekannt, die diese Aktion organisiert hat.

Diese Schandtaten haben auch nicht die geringste günstige Resonanz in der Bevölkerung gefunden. Ganz im Gegenteil. Die gewaltige Mehrheit der deutschen Bevölkerung – und erst recht die Arbeiterschaft – hat mit all diesen Bestialitäten nicht das Geringste zu tun. Trotz aller Gefahr sucht man den Opfern des Terrors zu helfen, wo es nur geht. Die Nazi selber geben sich über diese Auswirkung ihrer Aktion keiner Täuschung hin.

Die Ursachen, warum man den Vorfall in der Pariser Botschaft benutzt hat, um diese Aktion steigen zu lassen, liegen in den inneren Schwierigkeiten, in denen das Regime trotz seiner aussenpolitischen Erfolge steckt. Es sind die alten Schwierigkeiten finanzieller und wirtschaftlicher Art, verursacht durch die Aufrüstung und vermehrt durch neue Schwierigkeiten, die entstanden sind, einmal durch die ungeheuren Kosten und wirtschaftlichen Schädigungen und Störungen der Mobilisierungen und durch die Tatsache, dass die neu eroberten Gebiete wirtschaftlich und finanziell zunächst Zuschussgebiete sind und für die nächste Zeit auch bleiben werden.

1 Der Internationale Klassenkampf, 3. Jg., Nr. 4 vom Dez. 1938, S. 12. Der Internationale Klassenkampf wurde von der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition als ihr zentrales Organ 1936–1939 in Paris herausgegeben. In der IVKO hatten sich 1930 ehemalige Mitglieder kommunistischer Parteien zusammengefunden, die 1928 aufgrund ihrer Kritik am ultralinken Kurs der Komintern ausgeschlossen worden waren. Die stärkste Gruppe bestand aus der schwedischen Sektion, die bei den Parlamentswahlen von 1932 einen Stimmenanteil von 5,2 % erhielt.

2 Zur Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte im Sommer 1938 siehe Einleitung, S. 18f.

3 Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

4 Mit der Verordnung über Reisepässe von Juden vom 5.10.1938 wurden die deutschen Reisepässe von Juden, die sich im Reichsgebiet aufhielten, für ungültig erklärt; RGBl., 1938 I, S. 1342.

5 Zur Abschiebung der polnischen Juden aus dem Reichsgebiete siehe Dok. 112 und 13 vom 28.10.1938. Mit den Verfolgungen im Juli und Aug. ist vermutlich die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ im Juni 1938 gemeint, in deren Verlauf etwa 1500 Juden in KZs inhaftiert wurden; siehe Einleitung, S. 21f.

Die Judenpogrome wären in diesem Umfange nicht möglich gewesen ohne den Münchener Erfolg.⁶ Der aussenpolitische Prestigezuwachs hat die Naziregierung das Risiko eingehen lassen, auf diese Weise die sogenannte „Weltmeinung“ herauszufordern und dadurch die Position ihrer Gegner im Auslande zu stärken.

Nach innen trägt die Sache ein ganz anderes Gesicht. Die Nazi wissen längst, dass es eine vollkommen aussichtslose Sache für sie ist, die Masse der Bevölkerung und vor allem die Arbeiter für sich zu gewinnen. Sie wissen sehr gut, was ihnen geblüht hätte, wenn sie einen Krieg riskiert hätten. „Wenn sie uns auch nicht lieben, so sollen sie uns wenigstens fürchten“, das ist ihre Parole. Die Judenverfolgungen mit allen ihren wohlorganisierten Scheusslichkeiten sind die Antwort der Nazi auf den Defaitismus der breiten Massen.

Natürlich ist das finanzielle Ergebnis auch nicht zu verachten. Es ist mit der Hauptzweck bei der ganzen Geschichte. Diese Methode wird fortgesetzt werden. Das nächste Objekt scheinen die widerspenstigen Pfaffen und vielleicht die Bekenntniskirche⁷ und die katholische Kirche in ihrer Gesamtheit zu sein. In den Augen der Nazi sind sie Defaitisten schlechthin, und vor allem ist bei ihnen noch viel mehr zu holen als bei den Juden.

Auch ausserhalb Deutschlands hat sich eine Welle des Abscheus und des Protestes gegen diese Judenverfolgungen erhoben. Ohne allen Zweifel ist das bei den Arbeitern und Werktätigen ein ehrlicher Zorn gegen diese Barbarei. Diese Stimmung ist so stark, dass sich ihr auch nicht die sogenannte Weltpresse, die Bourgeoisie und ihre Staatsmänner entziehen können, wenn sie auch meistens den Umfang und die Scheusslichkeiten des Pogroms möglichst zu vertuschen suchen. Sogar Herr Chamberlain hat einige Zähren⁸ des Mitgeföhls für die unmenschlich verfolgten Juden vergossen. Aber bei ihm und seinesgleichen sind es nur Krokodil[s]tränen. Gibt es doch heute fast kein Land mehr, das den Juden nicht den Zutritt versperrt hätte, und jeden Tag werden jüdische Flüchtlinge mit Frauen und Kindern rücksichtslos über die deutsche Grenze zurückbefördert. Einige Staatsmänner sollen sogar die Absicht haben, bei der Naziregierung zu intervenieren, dass sie den Flüchtlingen 30 % ihres Vermögens lassen soll. Das zeigt die „Barmherzigkeit“ der Bourgeoisie im hellsten Lichte. Wenn einer Geld mitbringt, würden sie ihn zur Not noch in ihrem Lande aufnehmen. Aber die armen Teufel, denen man alles genommen hat oder die schon vorher nichts hatten, die können in der Nazihölle bleiben. Wahrscheinlich sind es doch meistens „Rote“ oder etwas ähnliches, und denen geschieht das nach der Meinung der wohlsituierten Bourgeois im Grunde ganz recht.

Es versteht sich am Rande, dass die von der deutschen Angriffslust sich bedrängt fühlenden Imperialisten die Gelegenheit benutzen, um Hitlerdeutschland eins aufs Dach zu geben, allen voran die Vereinigten Staaten. (Nur das Ueberbleibsel der glorreichen Volksfrontpolitik in Frankreich, die Regierung Daladier-Bonnet ist bereit, Hitlerdeutschland gratis aus der Patsche zu helfen.)⁹

6 Gemeint ist das Münchener Abkommen.

7 Bekenntende Kirche.

8 Tränen.

9 Die Volksfront war ein Bündnis linker Parteien, das 1936–1938 an der franz. Regierung beteiligt war. Der Premierminister Édouard Daladier und der Außenminister Georges Bonnet traten 1938 für eine Appeasement-Politik gegenüber Deutschland ein und waren am Zustandekommen des Münchener Abkommens beteiligt.

Das Mitgefühl der Bourgeoisie mit den verfolgten Juden ist Heuchelei. Echt dagegen ist das Gefühl der Angst, das selbst ihr faschistenfreundlicher Teil – und nicht zuletzt die „arische“ Bourgeoisie in Deutschland selbst – empfindet, wenn sie sieht, wie hier von den Stiefeln der braunen Banden die Begriffe des heiligen Eigentums und der bürgerlichen Gesetzlichkeit zertrampelt werden. Mit den Juden fängt es an, dann kommt die Kirche dran, und niemand weiss, wie das alles noch enden wird ... Was ist das für eine „Ordnung“, wo die Ordnungshüter von Zeit zu Zeit mit solchen Ausschreitungen beschäftigt und abgelenkt werden müssen, die nicht bestehen kann ohne Perioden von offenem und gesetzlosem Raub, Plünderung und Totschlag? Mit Entsetzen denkt die Bourgeoisie daran, welcher Geist schrankenloser Gewalttat besonders in der Jugend dadurch grossgezogen wird, und wie es erst aussehen wird, wenn die Massen genug haben und gegen die gesamte Bourgeoisie und die von ihnen eingesetzte Nazi Herrschaft losgehen werden.

Die Judenverfolgungen wirken auf die breiten Massen in Deutschland ohne Zweifel zunächst einschüchternd. Sie werden nicht der unmittelbare Anlass zu bedeutenderen Bewegungen gegen das Naziregime selbst sein. Aber indem die faschistische Diktatur ihre Herrschaft und die bürgerliche Ordnung nur mit solchen Methoden aufrechterhalten kann, zerstört sie zugleich die Grundlagen dieser Ordnung bis in die Wurzeln. Was Jahrzehnte sozialistischer und kommunistischer Agitation nicht erreichen konnten, das bringt sie damit zuwege: Den Verlust jeden Respekts vor den bürgerlichen Einrichtungen bei der Arbeiterklasse. Und das ist das einzige, was bei diesen Vorgängen nicht zu bedauern und nicht zu verurteilen ist.

DOK. 222

Rudolf Walter berichtet über die Veränderungen im österreichischen Kulturleben nach dem Anschluss und über Misshandlungen in Polizeihaft 1938¹

Bericht von Rudolf Walter² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940), (ungez.)

[...] ³

Nun aber, was ich selbst im Jahre 1938 erlebt habe. Ich verbrachte meinen Sommerurlaub an einem österreichischen Gebirgssee. Die Mehrzahl unserer Pensionsgäste waren Reichsdeutsche. Die Österreicher sonderten sich bescheiden ab, nicht ohne vorsichtigerweise zu heilhitlern; eine fanatische Schullehrerin, die sich heftig an sie anbot, gebärdete sich geradezu widerlich.

Ein preussischer Journalist sah auf meinem Tische die christliche amerikanische Zeitung liegen, für die ich arbeitete. Er trug seit diesem Tage eine auffällige Feindseligkeit zur Schau. Anlässlich eines Gespräches fragte er mich, wie ich denn dazu käme, für eine

1 Rudolf Walter, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 7–11, Harvard-Preisausschreiben Nr. 238.

2 Rudolf Walter (*1881), Beamter, Sprachlehrer, Journalist; 1904–1925 Rechnungsbeamter der österr. Bundesbahn, 1938 inhaftiert, 1939 Emigration nach Großbritannien.

3 Der gesamte Bericht umfasst 13 Seiten und wurde aus Richborough, Kent, eingesandt. Rudolf Walter schreibt im ersten Teil seines Berichts über seine Ausbildung in Wien, seine Tätigkeit in London und Österreich und seinen freiwilligen Kriegseinsatz. Nach seinem Übertritt zum Christentum schrieb er auch für eine christliche Zeitung.

amerikanische Zeitung zu schreiben, wo Amerikas Präsident doch von der jüdischen Freimaurerei beherrscht würde und eine deutschfeindliche Politik betreibe.

Die Frage, in Verbindung mit einer niederträchtigen Verleumdung unseres Blattes, brachte mich auf, und ich erwiderte unvorsichtigerweise: „In unseren Zeitungen kann man ja nicht die Wahrheit schreiben.“ Da erwiderte der gleichgeschaltete Presseemann: „Wahrheit? Wahrheit ist Quatsch!“ Die Worte sind mir unvergesslich. Ich sagte auch zu ihm, dass ich sie mir gut merken werde, nicht ahnend, welche Rache er nehmen würde. Zunächst musste ich lachen, als er auf der Terrasse nachher eine Kommandantenstellung einnahm und alle Reichsdeutschen, junge und alte, sich mit raschem Gehorsam um ihn scharten: genau wie Rekruten, die eilfertig ins Glied springen. In diesem Augenblicke fühle ich die körperlich-seelische Gleichschaltung des dritten Reiches stärker als je zuvor.

Als ich bald darauf die Salzburger Festspiele besuchte, fand ich die schöne Stadt verändert. Eine Veränderung, die einem Kenner, einem Liebhaber der Festspielstadt wehe tun musste. „Jedermann“ und „Faust“, die Tragpfeiler des Programms, verschwunden. Und das Feinste, Beste, die unvergleichliche Feststimmung, die in vergangenen Jahren alle Besucher in eine wundersame Glückssphäre versetzt hatte, war einer kalten, gezwungenen Steifheit gewichen. Das Publikum war aber auch ein anderes als zuvor. Das englisch-amerikanische Kontingent zusammengeschmolzen, auch sonst wenig Ausländer, dafür um so mehr „deutsche Brüder“. Die Opernaufführungen und Konzerte waren ungefähr auf dem gewohnten künstlerischen Niveau, doch das Echo, die Resonanz in der richtig gestimmten Seele blieb aus. Es war, als ob ein Misston in der Luft läge, der keine wahre Freude, kein glückliches Empfangen zuliesse. Auch wenn die Geschmacklosigkeit unterblieben wäre, den Herzog Alba in Goethe's Egmont in einer an Schuschnigg erinnernden Maske auftreten zu lassen – der dem dritten Reich angeborene Geist der Gehässigkeit warf seine Schatten auch auf die der Kunst und Erholung gewidmete Stätte. Was die fernere Entwicklung der Festspielstadt betrifft, wird das Programm sich mehr auf Mozart konzentrieren, um Bayreuth und München keine Konkurrenz zu machen. Das Publikum wird sich mehr und mehr verpreussen und der Charakter der Darbietungen dem Rechnung tragen. Die fortschreitende Entchristlichung muss den wundervollen Baudenkmälern ihren Sinn nehmen, die Romantik Salzburgs entzaubern. Die Tage der Kulturlüte sind im Verdämmern.

In ähnlicher Weise leidet das Theaterwesen in Wien unter dem gewaltsamen Zugriff der politischen Machthaber und ihrer Trabanten. So wie in Salzburg „Jedermann“ wegen seines halb-jüdischen Dichters Hoffmannsthal⁴ und jüdischen Regisseurs Max Reinhardt⁵ abgesetzt wurde (der christlichen Tendenz des Mysterienspiels nicht zu vergessen), „Faust“ wegen der Reinhardt'schen Inszenierung, Toscanini⁶ aus ähnlichen Motiven un-

4 Hugo von Hofmannsthal (1874–1929), Schriftsteller, Dramatiker, Lyriker; Mitbegründer der Salzburger Festspiele.

5 Max Reinhardt (1873–1943), Schauspieler, Regisseur; Begründer des neuen Regietheaters, 1915–1918 Leiter der Berliner Volksbühne, 1920 Mitbegründer der Salzburger Festspiele, 1937 Emigration in die USA.

6 Arturo Toscanini (1867–1957), Dirigent; leitete 1898–1908 und 1920–1929 die Mailänder Scala, 1908–1915 Dirigent an der Metropolitan Opera New York, in den 1930er-Jahren bei den Bayreuther und den Salzburger Festspielen; als Gegner des ital. Faschismus und des Nationalsozialismus emigrierte er 1937 in die USA.

ter Bann fiel, – wurde auch das Wiener Theater ‚gereinigt‘. An Stelle der von einem blinden Mechanismus ausgemerzten Stücke traten technische schwache Bühnenwerke von mehr oder minder plumper Tendenz, völkischer und kriegerischer Tendenz. „Ein Deutscher lügt nicht“,⁷ „Die Fahne weht“⁸ – zwei Titel, die für sich selber sprechen. Da die plumper Propaganda dem kultivierten Geschmack des Wieners wenig zusagte, verlegte man sich auf verstecktere Methoden. Alte und neue Stücke wurden durch Regietricks mit Tendenzspitzen versehen, welche die im Sommer 1938 bereits abflauende Begeisterung für das Dritte Reich wachhalten sollten. Die Freiheitskämpfer der Geschichte wurden als Vorläufer Hitler's dargestellt, insbesondere Wilhelm Tell und seine Erhebung dem Führer und seiner Bewegung gleichgesetzt. Die Freiheitskämpfe der Vereinigten Staaten wurden dramatisiert, um England als Unterdrücker blosszustellen. Die monarchistisch gefärbten Schauspiele der Dollfuss-Schuschnigg Zeit gingen in die Versenkung.

Im ganzen und grossen hat aber die Wiener Theaterkultur – eben wegen ihrer in der österreichischen Seele wurzelnden Tradition – weniger Schaden genommen, als zu befürchten war. Die Schauspielkunst ist auf gleicher Höhe geblieben. Beliebte Künstler wie Maria Eis,⁹ Hans Moser,¹⁰ Raoul Aslan¹¹ liessen sich von ihren Grossmüttern posthum arisieren und blieben so der Wiener Bühne erhalten. Else Wohlgemut schied allerdings aus dem Leben, freiwillig.¹² Einige gute Sänger und Sängerinnen waren schon vor dem Anschluss ins Reich gegangen, so dass die Wiener Staatsoper schon seit mehreren Jahren als notleidend anzusehen war.

An führende Stellen in politischen Kreisen wie sonst im öffentlichen Leben (Theaterintendantur, Museen) wurden Parteileute aus dem Altreich berufen, die Wiener Hochschulen gleichgeschaltet, was vielfach verstimmte. Ein Protest darüber wie über Ärgeres war und ist aber unmöglich, solange die Mehrheit Hitler dafür dankbar ist, dass er sie von den „Volksschädlingen“ jederlei Rasse, von der Arbeitslosigkeit und von der Tyrannei der Westmächte befreit habe. Erst wenn sie begreifen, dass der dafür gezahlte Preis ein weit grösseres Übel ist als das, von dem sie befreit wurden, wird der Tag der Vergeltung für die braunen Volksverführer gekommen sein.

Einstweilen ist man sich noch nicht allgemein bewusst, dass den von den Eroberern abgesetzten und vielfach eingekerkerten Ministern und Politikern das Verdienst zukommt, ihr Vaterland Österreich so lange wie möglich gegen die Annektierung verteidigt zu haben, wenngleich die angewandten Mittel ungeeignet waren, zum Erfolge zu führen. Bundeskanzler Schuschnigg soll unter seiner Haft stark gelitten haben, ebenso Bürgermeister

7 „Ein Deutscher lügt nicht“ von Hans Renz (1882–1948).

8 „Die Fahne weht“ (1937) von Karl Schönherr (1867–1943).

9 Maria Eis (1896–1954), Schauspielerin; erstes Engagement 1918 an der Neuen Wiener Bühne, 1925 bis 1932 am Thalia-theater und am Deutschen Schauspielhaus Hamburg, von 1932 an am Wiener Burgtheater.

10 Hans Moser (1880–1964), Schauspieler; geboren als Johann Julier, Engagements bei Max Reinhardt am Deutschen Theater Berlin und im Theater in der Wiener Josefstadt.

11 Raoul Aslan (1886–1958), Schauspieler, Regisseur; von 1906 an in Hamburg, später in Graz, Berlin und München; 1945–1948 Direktor des Wiener Burgtheaters.

12 Richtig: Else Wohlgemuth (1881–1972) Schauspielerin; 1913 zur Hofschauspielerin ernannt, 1935 Ehrenmitglied des Wiener Burgtheaters, 1938 wurde sie aus dem Theater entlassen und emigrierte; bei der Annahme, sie habe sich das Leben genommen, handelt es sich um einen Irrtum; 1945 kehrte sie zum Ensemble des Burgtheaters zurück.

Schmitz,¹³ Pressechef Ludwig,¹⁴ Dr. Stepanek,¹⁵ steirischer Landeshauptmann, niederöstr. Landeshauptmann Reither¹⁶ sind unter den in Haft Gehaltenen, Dr. Rehl,¹⁷ Landeshauptmann von Salzburg, soll nur Hausarrest haben, (der Mann, der so viel für Salzburg getan, die Grossglocknerstrasse hat erbauen lassen und jetzt zuckerkrank ist) Freiherr von Wiesner,¹⁸ Monarchistenführer, wurde nach langem Konzentrationslager in eine deutsche Kleinstadt verbannt. Auch er ist leidend, war es schon, als wir in Bad Gastein miteinander plauderten.

Am 10. November 1938 wurde ich ohne anderen Grund, als dass ich nicht Taufzeugnisse meiner Eltern vorweisen konnte, verhaftet. Auf der Strasse, vor dem Frühstück und mit vielen anderen. Wir standen stundenlang in einem kleinen Polizeilokal. Meine einzige Sorge war um meine Frau. Es gelang, sie herzubringen. Sie brachte warme Kleider und Lebensmittel für mich und andere. Der Abschied von ihr, als gewalttätige S.A.-Leute uns im Auto abführten, war wohl das Schmerzlichste, das ich seit langem erlebt. Als sie im letzten Augenblicke noch etwas zureichen wollte und den S.A.-Mann um Erlaubnis ersuchte, hinzufügend, sie sei Arierin, brüllte er ihr nur das Wort „Schwein“ entgegen.

Auf dem Polizeikommissariat erhielten wir die letzte menschliche Behandlung, auch die letzte Mahlzeit für acht Tage. Abends ging es in die berüchtigte Reitschule, wo wir bereits am Eingange von einer wütenden Menge empfangen und unter Schlägen und Stößen ins Innere gedrängt wurden. Augengläser wurden zertrümmert und Beulen geschlagen.

An anderen Orten waren indessen die Misshandlungen noch ärger, die geschwollenen Gesichter und Wundmale waren etwa [bei] jedem Sechsten zu sehen. Zirka zweitausend Häftlinge waren in einen höchstens für fünfhundert Leute berechneten Raum gepfercht. Dort standen wir bei grellem Licht den grössten Teil der Nacht habt acht. Ein Mann in meiner Nähe wurde ohnmächtig und fiel nieder. Kein Arzt durfte gerufen werden, keiner der umhergehenden S.A.-Männer oder Polizisten schaute ihn an. Doch sein Nebenmann durfte ihm von Zeit zu Zeit Wasser einflössen. Gegen Morgen erlaubte man uns, sich niederzulegen. Doch war nur für einen Teil Platz zum Niederlegen vorhanden. Man legte oder hockte sich aufeinander, doch viele mussten weiter stehen. Der Boden war mit einem

13 Richard Schmitz (1885–1954), Jurist, Journalist, Politiker; 1934–1938 Bürgermeister in Wien, 1938 bis 1945 in KZ-Haft.

14 Dr. Eduard Ludwig (1888–1967), 1920–1936 Leiter des staatlichen Pressedienstes, 1936–1938 Mitglied des Staatsrats, 1937–1938 Mitglied des Bundestags; am 11.3.1938 verhaftet, bis Mai 1939 im KZ Dachau, dann bis 1942 im Landesgericht Wien inhaftiert; 1946–1959 Direktor des Zeitungswissenschaftl. Instituts der Universität Wien.

15 Richtig: Dr. Karl Maria Stepan (1894–1972), Jurist, Politiker, Verleger; Mitglied der Vaterländischen Front; 1934–1938 Landeshauptmann der Steiermark, 1938–1940 KZ-Haft in Dachau und Mauthausen, 1944–1945 in Flossenbürg und Dachau.

16 Josef Reither (1880–1950), Landwirt, Politiker; 1931 bis Mai 1932, von Mai 1933 bis Juli 1934 sowie 1935–1938 und wieder 1945–1949 Landeshauptmann von Niederösterreich, 1934–1935 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft; 1938–1941 im KZ Dachau, 1944–1945 im KZ Ravensbrück inhaftiert.

17 Dr. Franz Rehl (1890–1947), Jurist, Politiker; 1922–1938 Landeshauptmann von Salzburg, 1934–1938 Mitglied des Länderrats und des Bundestags; 1938 vorübergehend inhaftiert, in Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 erneut verhaftet, im KZ Ravensbrück und in Berlin-Moabit inhaftiert.

18 Dr. Friedrich Freiherr von Wiesner (1871–1951), Jurist, Diplomat; Führer der legitimistischen Bewegung in Österreich.

Gemisch von Sand, Sägespänen und Pferdemist dick bedeckt, man machte sich, wenn man den ersehnten Ruheplatz gefunden hatte, unglaublich schmutzig. Am nächsten Tage war es die grosse Frage, wie man seine Bedürfnisse stillen sollte. Die paar mitgenommenen Butter- und Wurstbrote mussten sparsam eingeteilt werden. Man wusste nicht, ob und wann man etwas zum Essen kriegen würde. Durch langes Anstellen konnte man sich nachmittags eine halbe Schale Tee und etwas Brot erkämpfen, auch einige Scheiben Wurst gegen Bezahlung. Sehr lange dauerte es auch, bis man an die Pissoirs im Hof vordringen konnte – oder über tiefe Pfützen zur Wasserleitung. Sich zu waschen, war fast unmöglich, doch von Zeit zu Zeit konnte man trinken. Am längsten und umständlichsten war es, sich fürs Klosett anzustellen, man denke! Zwei Kammern für zweitausend! Ich traf einen bekannten Wiener Komiker als Gefangenen. Tausenden und Tausenden von Österreichern hatte er frohe Stunden bereitet, hatte sie über die Sorgen des Alltags hinausgehoben – und hier stand er, ein Ausgestossener, Gedeimtigter. Sein Gesicht war ein einziges grosses Fragezeichen: Warum? Warum dies alles? Was habe ich ihnen getan, dass sie mich so behandeln? Ich begrüßte einen jungen Vetter. Er hatte sich im Weltkrieg die Tapferkeitsmedaille *erkämpft*. Sie rissen sie ihm herunter und schlugen ihm das Gesicht wund, als er sie zeigte.

In den folgenden Tagen wurden wir in verschiedene Gefängnisse geschleppt. Es waren nicht regelrechte Gefängnisse – den Leuten im Polizeigefangenenhaus oder Landesgericht ging es verhältnismässig gut – sondern in Schulen, Turnsäle u. dergl. Meist fürchterlich zusammengedrängt, so dass manche sich den ganzen Tag von ihrem Plätzchen nicht wegrühren mochten – beim Exerzieren mussten sie wohl –, um in der Nacht sich ein wenig strecken zu können statt zu hocken oder sitzen.

Nun begann eine Menschenschinderei unwürdigster Art. Nicht nur, dass die Nahrung aus schwerverdaulichem Brot bestand, einer Tasse Tee und einem kleinen Stückchen Wurst, das aber nicht jeden Tag und nicht allen zugeteilt wurde. Nicht nur, dass unser Schicksal völlig ungewiss war, das Konzentrationslager mit seinen Schrecken, die durch Schlaf- und Nahrungsmangel sowie Misshandlung heruntergekommenen Menschen als Schreckensgespenst vor Augen stand – jede Nacht brachte die gefürchteten S.S.-Männer, die wie eine Meute rasender Henkersknechte um 9, um 10, um Mitternacht plötzlich ins Zimmer stürzten. Alles musste im Nu wach und auf den Beinen sein, sich in Reih und Glied stellen, und es wurde exerziert. Auf und nieder, Kniebeugen, Grätschen, Arm- und Rumpfbeugen, alles auf dem engsten Raum, in Mänteln, so dass man sich buchstäblich stossen und verdrängen musste, um die kommandierte und streng beobachtete Bewegung auszuführen. Die S.S.-Männer gingen währenddem herum, um links und rechts Prügel auszuteilen. Ganz nach ihrer Laune, wer ihnen gerade durch etwas auffiel, schwarzes, dichtes Haar, übergross, zwergenglein, Glatze, schiefe Krawatte, dick, langnasig, unbeholfen oder auch wenn ohne besondere Merkmale. Manchmal machten sie sich den Spass, auf dem Gang Gewehre abzufeuern und die zitternden Insassen glauben zu machen, dass einer von ihnen gleich an die Reihe käme. (Der junge Tiroler Bergbauer, der bei uns aber diesen Dienst hatte, war ein so schlechter Schauspieler, dass ich ihn sofort durchschaute und lachen musste. Leider waren die anderen so sehr verängstigt, dass sie den Humor dieser Situation nicht erfassten, obwohl ich sie aufzumuntern bestrebt war.) Die Misshandlungen, bei denen es auch etliche Schwerverletzte und Tote gab, wie man erzählte, – ich selbst habe nur mittlere Verletzungen gesehen – nahmen am Sonntag ein solches Ausmass an, dass die Polizei, die manchmal anwesend war und die besonders arg Mitgenommenen zu

schützen suchte, bei der Gauleitung Vorstellungen erhob. Hernach wurden sie in etwas weniger roher Weise fortgesetzt. Immerhin habe ich mit eigenen Augen gesehen, wie junge und alte Menschen im Turnsaal die hohen Leitern hinaufgejagt wurden, ohne die Mäntel ablegen zu dürfen. Hinauf und hinunter. Alte Männer mussten sich oben an den Händen aufhängen und dabei hebräische Lieder singen, ob sie sie kannten oder nicht. Andere wurden mit Fusstritten *hockend* durch den langen Saal gehetzt, mussten bis 80 Kniebeugen machen, obwohl sie mehrmals stöhnend, weinend zusammenbrachen. Andere, darunter Vater und Sohn, mussten sich *heftig* ohrfeigen oder boxen. Gleichzeitig hörte man von den Gängen Schmerzensschreie und Jammern. Auch dort übten Sadisten (im strengen medizinischen Wortsinn) ihr Werk aus.

Den Misshandlungen gingen meist Fragen voraus: nach dem Beruf. War der gefragte ein Arzt oder junger Mann, so lautete die Frage, wie viele Arierinnen er missbraucht hatte; war es ein Anwalt oder Kaufmann, – wie viele er betrogen hatte usw. Je leichter man (die nicht begangenen Sünden) gestand, umso leichter waren die Prügel. Verneinende oder gar widersprechende Antworten zogen die schwersten Misshandlungen nach sich. Einige Halbnärrische und Vollnarren musste es natürlich auch unter so vielen geben. Sie widersprachen und hielten lange, tollkühne Reden, dass den anderen die Haare zu Berge standen. Manchmal waren sogar die S.S.-Leute – junge, schneidig uniformierte, behandschuhte Rohlinge, vor Leidenschaft berstend – vor Staunen stumm, doch endeten diese grotesken Szenen, die bisweilen sogar ins Komische ausarteten, stets mit Misshandlungen. Einen solchen Halbirren drohte ein schwarzhaariger S.S.-Teufel aufzuhängen, wenn er nicht sexuelle Annäherungen seines Nachbarn gestehen wollte. Trotzdem er mit dem Kletterseil fürchterlich verhauen wurde, und der Teufel es ihm sogar um den Hals legte, machte der Misshandelte kein falsches Geständnis, mit dem er sich hätte retten können. Derselbe Teufel liess sechs Männer mit starkem Haarwuchs antreten, eine Schere bringen und schnitt ihnen mit offensichtlich krankhafter Wollust die Haare ab. Sie priesen sich damals glücklich, auf diese Weise weiteren Misshandlungen entronnen zu sein. Das Haar wächst ja nach, ausgeschlagene Zähne leider nicht.

Für Bitten, Beschwerden, Krankmeldungen gab es kein Ohr. Um den Schein zu wahren, wurde auf Weisung von oben nach einer Woche ein Apotheker in den Saal gerufen, der sämtliche Krankheiten mit zwei Arten von Pulvern behandelte. Die Waschgelegenheit bestand in der heimlichen Möglichkeit, ein bis zwei Minuten die Hände oder das Gesicht unter die Wasserleitung am Gang zu halten. Fürs Klo war wieder langes Anstellen nötig. Kein Wäschewechsel die ganze Woche, kein Entkleiden! Der Zimmerkommandant (der übrigens auch ins Gesicht geschlagen wurde) hatte zu melden: 247 *Juden* (nicht, wie üblich, 247 Mann).

Diese Woche endete nach verschiedenen entwürdigenden Verhören für mich und viele andere mit der bedingten Freilassung gegen unterschriftliche Verpflichtung, innerhalb drei bis achtzehn Wochen auszuwandern. Eine beträchtliche Anzahl wurde nach Dachau oder Buchenwalde geschickt, ohne vorher ihre Angehörigen sehen oder verständigen zu können. Die Entscheidung war oft willkürlich, vom Zufall abhängig. Für alle war jene Woche ein schreckliches Erlebnis, für nicht wenige das schrecklichste ihres Lebens.

[...] ¹⁹

19 Im letzten Teil des Berichts schreibt Rudolf Walter von seiner Haftentlassung, nachdem er schriftlich seine Ausreise zugesichert hatte. Vor einem Termin bei der Gestapo floh er im Jan. 1939 nach London.

DOK. 223

Der Sicherheitsdienst der SS schlägt Ende 1938 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung vor¹

Bericht des SD Abt. II 112 (4 C 5, Hg./Schw.), Six, Ende 1938

Betr.: *Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien.*

Vorg.: *ohne.*

Mit Wirkung vom 20.8.38 wurde auf Grund der Vorschläge des SD-Oberabschnittes Donau II 112 vom Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Gauleiter Bürckel, in einem abschriftlich beigelegten Rundschreiben an alle Partei- und Staatsdienststellen die Errichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung verfügt.² Mit der Leitung wurde der SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau und Inspekteur der Sicherheitspolizei SS-Standartenführer Regierungsdirektor Dr. Stahlecker beauftragt, der seinerseits den Leiter des Referates II 112 beim OA-Donau mit der Führung der Geschäfte beauftragt hat.³

In einem gleichfalls beigelegten Erlaß vom 27.8.1938 hat der Inspekteur der Sicherheitspolizei darauf hingewiesen, daß die Zentralstelle zunächst für die Gaue Wien und Niederdonau zuständig sei.⁴ Eine weitere Zuständigkeitsregelung erübrigt sich, nachdem der geschäftsführende Leiter der Zentralstelle, SS-Obersturmführer Eichmann, mit Gauleiter Bürckel in Durchführung eines Befehls des Reichsführers SS die endgültige Reinigung der Provinzen der Ostmark von Juden bis zum 31.12.38 durchführen wird.

Die Zentralstelle hat ihren Sitz im ehemaligen Palais des Inhabers der Rothschild-Bank in der Prinz-Eugen-Straße 22.

Durch die Gründung der Zentralstelle ist die Gewähr für eine beschleunigte Erteilung der Auswanderungsdokumente an Juden gegeben, die im allgemeinen innerhalb von 8 Tagen erfolgt. Die Zentralstelle hat weiterhin genaueste Übersicht über die Zahl der Auswanderungswilligen, deren Berufe, Vermögen usw., so daß sie imstande ist, bei der Bereitstellung ausreichender Einwanderungsbewilligungen, die durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien beschafft werden, die notwendigen Auswanderungstransporte zusammenzustellen. Für die finanzielle Durchführung der Auswanderung stehen einmal regelmäßige Beiträge der jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes, zweitens kaufbare Devisen, die durch einen Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministeriums auf Veranlassung des SD-Hauptamtes II 112 bereitgestellt wurden, zur Verfügung. Durch diesen Erlaß wurde verfügt, daß die von den jüdischen Hilfsorganisationen einkommenden Devisenbeträge ohne Abzüge durch die Deutsche Gold- und Diskont-Bank an die Israelitische Kultusgemeinde gelangen; weiterhin ist verfügt, daß monatlich RM 50 000 Devisen für die Auswanderung bereitgestellt werden. Schließlich ist jeder Auswanderer berechtigt, auf Grund dieses Erlasses ohne besondere Ermächtigung für RM 30.– Devisen als Zehrgeld aufzukaufen. In neuerlichen, Anfang dieser Woche mit dem Reichswirtschaftsministerium, der Devi-

1 RGVA, 500k-1-625; Abdruck in: Michael Wildt (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935–1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 193f.

2 In dem Schreiben begründet Bürckel die Errichtung der Zentralstelle mit dem Verweis auf „unliebsame Störungen und Verzögerungen“ bei der Auswanderung der Juden, die nunmehr beschleunigt werden müssen.

3 Leiter des Referates II 112 beim OA Donau war Adolf Eichmann.

4 Wie Anm. 2.

senstelle Wien und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung geführten Verhandlungen wurde die Bereitstellung zusätzlicher Devisenbeträge auf dem Wege des Altreu-transfer-Verfahrens in Aussicht gestellt. Zur Verhinderung der Mißstände, die bei der Durchführung durch die Altreu-Gesellschaft in den früheren Jahren aufgetreten waren, wurde vereinbart, daß die Zentralstelle für jüdische Auswanderung die Kontrolle über die zur Verteilung gelangenden Devisen aus dem Altreu-Fonds im engsten Einvernehmen mit der Devisenstelle Wien führt.

Nach den bisherigen Feststellungen wurden durch die Zentralstelle etwa 25000 Juden zur Abwanderung gebracht, so daß sich die Gesamtzahl der ausgewanderten Juden aus Österreich auf etwa 50 000 beläuft.

Finanzielle Belastungen entstehen dem SD-Oberabschnitt Donau durch die Errichtung der Zentralstelle nicht, da sie sich und ihre Mitarbeiter durch einen von jedem auswandernden Juden zu bezahlenden Beitrag selbst finanziert.

Im Hinblick auf die guten Erfolge der Zentralstelle bei der Auswanderung von Juden wird vorgeschlagen, unter Bezugnahme auf die hiesige Vorlage vom 13.1.38, in der die Errichtung einer Auswanderungsstelle vorgeschlagen wurde,⁵ die Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Maßnahme im alten Reichsgebiet zu erwägen.⁶

Es darf dabei bemerkt werden, daß das Reichswirtschaftsministerium zur Entlastung seiner eigenen Dienststellen eine derartige Gründung begrüßen würde.

II

Vfg.

Vorschlag: Vorlage C⁷

DOK. 224

Fred Rodeck schildert die Bürokratie in der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung Ende 1938¹

Bericht von Fred Rodeck² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Schliesslich wurden die gesamten jüdischen Passangelegenheiten im Palais Rothschild, in der Prinz-Eugen-Strasse im IV. Bezirk, konzentriert. Auch dort war stundenlanges Warten und wiederholte Vorsprache notwendig, aber immerhin: dieses Passamt funktionierte wenigstens.

⁵ Nicht ermittelt.

⁶ Am 24.1.1939 ordnete Göring die Gründung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung an; Dok. 243 vom 24.1.1939.

⁷ C: Heydrich. Der Bericht wurde Heydrich vorgelegt und von ihm am 10.11.1938 mit dem handschriftl. Vermerk versehen: „SD II bitte mit Gestapa II u. Best Vorschlag für Altreich u. Sudetenland vorlegen“.

¹ Fred Rodeck, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 90–95, Harvard-Preisausschreiben Nr. 188.

² Dr. Fred Rodeck (*1890), Jurist, Volkswirt, Journalist; für die Neue Freie Presse und zahlreiche andere Zeitungen tätig, 1938 Emigration über Großbritannien in die USA.

³ Der gesamte Bericht umfasst 156 Seiten und wurde aus Pontiac, Michigan, eingesandt. Im ersten Teil berichtet Rodeck über sein Studium in Wien, seinen Militärdienst in der österreich.-ungarischen Armee und seine Tätigkeit als Wirtschaftsjournalist in diversen Redaktionen in Berlin. 1934 zog er nach Wien.

Es ist der Mühe wert, einmal den Vorgang der Passbeschaffung zu verfolgen, wie er sich in den letzten Monaten des Jahres 1938 abspielte. Vorbedingung für die Erlangung eines Passes war vor allem der Nachweis einer Einreisebewilligung in irgendein anderes Land. Damit musste der jüdische Passwerber zunächst zur Kultusgemeinde gehen, wo der Einreisenachweis geprüft wurde und er ein ganzes Bündel von Formularen erhielt, die er ausfüllen musste. Dort erhielt auch der Passwerber eine Bestätigung (im Hinblick auf eine allfällige Wehrpflicht), dass er Jude sei. Ferner musste er dort nachweisen, ob er Vermögen habe oder nicht, und im ersteren Falle eine Abgabe bezahlen, die dazu diente, mittellosen Juden die Auswanderung zu ermöglichen. Schliesslich erhielt er dort einen Zettel, auf dem ihm vorgeschrieben war, an welchem Tage und zu welcher Stunde er sich beim Passamt im Rothschildpalais einzufinden habe. Bevor er aber zur Passtelle geht, muss er noch das Polizeibezirksamt (zwecks Identitätsbestätigung von Photographien und amtlicher Personenbeschreibung), die Bezirkshauptmannschaft und das Rathaus (zwecks Bestätigung über Bezahlung von Gemeindesteuern) aufsuchen.

In das Passamt im Rothschildpalais kommen die Leute immer schon einige Stunden vor der vorgeschriebenen Zeit, um bestimmt an die Reihe zu kommen, da wiederholt Leute trotz der Vorladung für eine bestimmte Stunde nach Hause geschickt wurden. Eine Zeitlang musste man sich schon in der Nacht anstellen. Nach vielstündigem Warten auf der Strasse und im Hofe des Gebäudes, allen Unbilden, nicht nur der Witterung, sondern auch der diensthabenden Nazi-Aufseher (meist 17–18 Burschen in SS-Uniform) ausgesetzt, werden die Leute schliesslich in das Haus hineingelassen. Dort haben sie zunächst ein weiteres Bureau der Kultusgemeinde (wenn sie Mischlinge sind, der Gildemeester-Aktion)⁴ zu passieren, wo ihre gesamten Dokumente und Formulare nochmals hinsichtlich Vollständigkeit und Richtigkeit der Ausfüllung geprüft werden. Nach weiterem stundenlangem Warten kommen sie endlich ins Allerheiligste: das eigentliche Passamt, wo Beamte der Gestapo, der Polizei, der Devisenstelle, Steuerbeamte usw. Dienst machen. Auf den Tischen der meisten dieser Herren stehen Orchideen, die jedesfalls nicht aus den eigenen Glashäusern dieser Beamten stammen dürften. Aber offenbar sind es diese Herren schon von Jugend auf gewohnt, kostbare Orchideen auf ihren Schreibtischen stehen zu haben. Ueberhaupt bildete die Pracht des Rothschildpalais mit seinen Gobelins, Marmorstatuen und Kristallüstern einen merkwürdigen Hintergrund für die gedrängten Massen armer, eingeschüchterter und verzweifelter Juden und die überhebliche Geschäftigkeit hochmögender Bürokraten, die mit verächtlicher Ueberlegenheit auf die vor ihnen stehenden armen Teufel herabsahen. Mir gegenüber war das Benehmen der Beamten im allgemeinen korrekt, vereinzelt sogar freundlich – andere Leute haben allerdings weit schlechtere Erfahrungen gemacht. Gehässigkeit habe ich nur seitens der Herren von der Devisenstelle gesehen, welche die Genehmigung zur Mitnahme von Umzugsgut zu erteilen haben. Der Auswanderungskandidat hat bei dieser Gelegenheit eine eidesstattliche schriftliche Erklärung abzugeben, dass alle Dinge, die er mitzunehmen beabsichtigt, schon vor dem 1. Jänner 1938 in seinem Besitz waren, eine Vorschrift, die später wesentlich verschärft wurde. Ebenso ist der Besitz von Schmuck genau anzugeben. Der Passwerber hat eine Reihe von 17 Schreibtischen zu passieren, wobei an verschiedenen Stellen auch

4 Hilfsorganisation, die von dem Niederländer Frank van Gheel Gildemeester aufgebaut und von der Gestapo damit beauftragt worden war, die Emigration sogenannter nichtarischer Christen zu forcieren. Die Organisation nahm ihre Tätigkeit im Mai 1938 auf und wurde Ende 1939 aufgelöst; siehe Dok. 280 vom 3.5.1939.

Gebühren (Stempel) zu bezahlen sind. Jeder Passwerber hat eine Postkarte mit seiner Adresse mitzubringen und erhält einige Wochen später die Verständigung, wann er seinen Pass abholen kann, was dann wieder ein mehrstündiges Anstellen erfordert. Voraussetzung für die Ausfolgung des Passes sowie für die Mitnahme irgendwelchen Umzugsgutes bildet jedoch die sogenannte „Steuerunbedenklichkeit“, eine amtliche Bescheinigung, dass der Passwerber keine Steuerschulden hat.⁵ Davon war bereits in einem anderen Zusammenhang die Rede.

Hat der Auswandernde endlich seinen Pass, so muss er, nachdem er sich bei den ausländischen Konsulaten die notwendigen Einreise- und manchmal auch Durchreisevisa beschafft hat, nochmals zur Kultusgemeinde gehen, um dort die von der Devisenstelle erteilte Genehmigung zur Mitnahme von 30 Mark pro Person in ausländischer Währung zu erhalten. Wenn er, wie dies zur Regel geworden ist, nicht mehr über das Reisegeld verfügt, muss er sich nochmals bei der Kultusgemeinde anstellen, die ihm Reisegeld oder Fahrkarten zur Verfügung stellt. Dann kann er sich endlich für dreissig Mark in der Bank ausländisches Geld kaufen – manchmal gibt es auch hier Schwierigkeiten, da die notwendigen Valuten nicht immer vorhanden sind – und reisen.

Wie aus alledem hervorgeht, ist die Beschaffung eines Reisepasses sehr zeitraubend, anstrengend und kostspielig. Alte Leute sind kaum in der Lage, alles dies selbst durchzuführen. Ganz armen Leuten muss die Kultusgemeinde oft auch das Geld zur Dokumentenbeschaffung zur Verfügung stellen. Der ganze Vorgang aber mit allen seinen Begleiterscheinungen ist furchtbar niederdrückend. Vor allem die verelendeten Massen in der engen düsteren Gasse vor der Kultusgemeinde. Neben den um Passformulare Angestellten warten andere auf die Verteilung von Speisemarken und Unterstützungen. Wieder andere sprechen in Wohnungsangelegenheiten, weitere in Angelegenheit ihrer Verwandten vor, die sich im Konzentrationslager in Dachau oder in Buchenwalde befinden. Quer über die Gasse sind Stricke gespannt, um das Zusammenströmen allzu grosser Menschenmassen zu verhindern. Die Ordnung wird von uniformierten Beamten der Gestapo und freiwilligen jüdischen Ordnern der Kultusgemeinde aufrechterhalten, soweit von Ordnung überhaupt die Rede sein kann.

Bis Ende des Jahres 1938 dürften auf diese Weise etwa 60 000 bis 70 000 Juden ausgewandert sein. Es dürfte kaum ein Land in der Welt geben, in das nicht Juden aus Oesterreich ausgewandert sind. Vor dem chinesischen Konsulat z. B. standen die Leute genauso angestellt wie vor dem mexikanischen Konsulat, vor den Vertretungen süd- und mittelamerikanischer Republiken sowie gewisser Schifffahrtslinien.

Die Schwierigkeiten der Passbeschaffung und Auswanderung riefen auch Passschwindel und Passfälschungen hervor, wobei Nationalsozialisten selbst keine geringe Rolle spielten. In Interessentenkreisen waren die Namen einer Anzahl von Nazis bekannt, die sich nicht nur mit illegaler Beschaffung in- und ausländischer Pässe, sondern auch von Visa bestimmter ausländischer Staaten befassten. Die „Passbeschaffung“ erfolgte zum Teil auch in der Weise, dass anderen Leuten ihre gültigen Pässe konfisziert und nach entsprechender Behandlung weiterverkauft wurden.

So hatte sich z. B. eine Frau, die seit langem in Wien ansässig, aber tschechoslowakische Staatsbürgerin war, nach vieler Mühe und mit grossen Opfern einen tschechoslowakischen Pass beschafft. Am gleichen Tage erschien in ihrer Wohnung ein SA-Mann, fragte

⁵ Siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

sie, ob sie ihre Dokumente in Ordnung habe, und verlangte diese zu sehen. Dann erklärte er, den Pass und den Heimatschein (die beiden wichtigsten Dokumente) zur Kontrolle auf die Polizei mitnehmen zu müssen, dort könne sich die Frau in einigen Tagen diese Papiere wieder abholen. Ueber ihre Bitten belies er der Frau dann schliesslich ihren Heimatschein. Auf der Polizei aber wusste man von der ganzen Sache nichts und erklärte der Frau, man habe keine Ahnung, wo ihr Pass sei, und solche Fälle seien nicht selten.

Die Stellungnahme der Nazi zur Frage der jüdischen Auswanderung war vollkommen uneinheitlich. Es waren deutlich vier verschiedene Richtungen zu unterscheiden. Eine Gruppe steht auf dem klaren und einfachen Standpunkt: Juda verrecke! Die Juden sollen überhaupt nicht ins Ausland, weil sie dort Greuelpropaganda gegen uns machen, sie sollen einfach krepieren. Eine grosse und sehr einflussreiche Gruppe steht auf dem Standpunkt: „Juden hinaus! Für uns ist die Judenfrage erst gelöst, bis der letzte Jude das Land verlassen hat. Sie müssen so bald wie möglich hinaus, dürfen aber selbstverständlich so wenig als möglich mitnehmen.“ In Wirtschaftskreisen, insbesondere von manchen wirtschaftlichen Körperschaften, wurde die Meinung vertreten, dass die jüdische Auswanderung nicht zu sehr beschleunigt werden solle, um wirtschaftliche Schäden zu vermeiden. Auch von verschiedenen Steuerbehörden wurde immer wieder der Vorrang der Steuerzahlung vor der Auswanderung betont, was praktisch auf eine Verlangsamung der Auswanderung hinauslief.

Schliesslich ist noch eine Gruppe vorhanden, welche die Juden gewissermassen als Geiseln zurückbehalten möchte oder sie gewissermassen als Mittel zur Beschaffung von Auslandsdevisen betrachtet und sie nur gegen ein Lösegeld (z.B. in Form einer Anleihe „zur Finanzierung der jüdischen Auswanderung“) freigeben möchte. Pläne dieser Art hat insbesondere Dr. Schacht praktisch zu verwirklichen versucht, und seine Verhandlungen darüber standen gerade am entscheidenden Punkte, als er zurücktreten musste.⁶

[...] ⁷

DOK. 225

Rudolf Bing informiert über den Novemberpogrom in Nürnberg und seine Emigration Ende 1938¹

Bericht von Rudolf Bing² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Nun komme ich zu dem Höhepunkt Hitlerscher Judenpolitik, nämlich zu den Ereignissen des 9. November und der folgenden Tage, als der Legationssekretär vom Rath der

⁶ Siehe Dok. 207 vom 20. 12.1938.

⁷ Im letzten Teil seines Berichts reflektiert Fred Rodeck die Rolle der Kirche in Österreich nach dem Anschluss, die Lage der Juden Anfang 1939 und beschreibt seine Emigration nach Großbritannien im Dez. 1938.

¹ Rudolf Bing, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933 (1940), S. 42–47; Harvard-Preisausschreiben Nr. 267.

² Rudolf Bing (1876–1963), Jurist; von 1903 an Rechtsanwalt in Nürnberg, Mitglied der Loge B'nei B'rith, Präsident des Generalkomitees Deutschland; 1928–1933 Vorstand der Anwaltskammer Nürnberg; Mitarbeiter im Palästina-Amt, emigrierte 1939 nach Palästina.

³ Der gesamte Bericht umfasst 47 Seiten und wurde aus Kfar Shmaryahu, Palästina, eingesandt.

deutschen Botschaft in Paris seinen Verletzungen durch den polnischen jüdischen Staatsangehörigen Grünspan erlegen war. Nicht als ob dieser Vorfall die Bevölkerung in Wirklichkeit irgendwie erregt hätte. Das Strassenbild zeigte beim Bekanntwerden der Nachricht auch nicht die geringste Veränderung. Aber in Nürnberg erhielt die gesamte SA den Befehl, um Mitternacht auf dem grossen Marktplatz in voller Uniform anzutreten. Es wurden dann ihre einzelnen Abteilungen auf die ganze Stadt verteilt. Alles, die Zuteilung jedes einzelnen Strassenzugs, war vorgesehen, jede Schar hatte von vornherein ihren ganz bestimmten Bezirk unter ihrem bestimmten Führer zugewiesen erhalten. Keine nichtuniformierte Zivilperson war beteiligt, als die Abteilungen in ihre Bezirke abmarschierten. Wir wohnten im ersten Stock eines grossen Gebäudes, im Eigentum meiner Familie stehend, das einen sehr grossen unbebauten Hof mit Hintergebäuden und Lagerhäusern hat.

Gegen drei Uhr morgens fuhren wir, meine Frau und ich, aus dem Schläfe auf. Vor der Haustüre hörten wir entsetzliches Gebrüll, im Dunklen sah ich einen Haufen Menschen vor dem Hause stehen, an allen Klingeln wurde geläutet, und Stimmen schrien: „Aufmachen, sofort aufmachen.“ Ich rief sofort das Polizeipräsidium an und sagte nach Nennung meines Namens: „Ein Pöbelhaufen versucht, in mein Haus einzudringen.“ „Sind Sie arisch?“ fragte eine weibliche Stimme. „Nein“, antwortete ich. Die Verbindung wurde hierauf von ihr ohne weitere Bemerkung abgebrochen.

Inzwischen hatten die Leute vor dem Hause die Türfüllungen durchbrochen. Sie hatten die notwendigen Instrumente wie Aexte und dergleichen bei sich. Sie stürmten die Treppen hinauf zunächst in die oberen Stockwerke. Wir waren allein in der Wohnung, da wir uns wegen der bekannten Dienstbotenschwierigkeiten für Juden schon lange ohne Hilfe zurechtfinden mussten.⁴ Worte vermögen es nicht ausdrücken, was ich in diesen kritischen Minuten der Geistesgegenwart und Klarheit meiner lieben Lebensgefährtin zu verdanken habe, die, obwohl leidend, auch nicht eine Minute den Kopf verlor.

Wir hörten jammervolle Schreie auf der Treppe, offenbar wurde ein jüdischer Nachbar – wir erkannten seine Stimme – misshandelt. „Wir wollen um keinen Preis in ihre Hände fallen.“ Meine Frau war es, die diesen Entschluss zuerst fasste. Mehr spielerisch hatten wir uns vorher manchmal überlegt, wie man wohl aus unserer Wohnung bei etwaiger drohender Verhaftung entkommen könne. Danach handelten wir jetzt. Wir verriegelten die Wohnungstür, dann die Türe zu unserem Schlafzimmer mit anschliessender Garderobe, banden die Leinentücher zusammen und befestigten sie am Fensterkreuz. Ich äusserte Bedenken, ob dieses unsere Last aushalten würde. Schon hörten wir, wie auch die Wohnungstür eingeschlagen wurde. Das Fenster der Garderobe geht auf eine schmale Gasse, gegenüber einem Hopfenlager. Vor ihm, gegenüber dem Fenster, war ein Vordach, etwas niedriger, so dass zwischen ihm und dem Fenster die Gasse noch etwa zweieinhalb Meter frei bleibt. Rasch entschlossen warf ich eine Matratze auf das Vordach, wagte den Weitsprung hinüber, warf die Matratze auf die Erde hinab und sprang hinunter. Oben drangen die Leute in die Wohnung. Meine Frau glaubte, sich nicht auf das Halten des Fensterkreuzes und die Leintücher verlassen zu können. Plötzlich hing sie mit den Fin-

Rudolf Bing berichtet im ersten Teil über die Entstehung des Handelsunternehmens Bing, sein Studium in München und Berlin, seine Weltkriegsteilnahme, den Aufstieg der Nationalsozialisten, Berufsverbote für jüdische Juristen und die finanzielle Enteignung.

⁴ Nach dem sog. Blutschutzgesetz vom 15.9.1935 durften Juden keine weiblichen nichtjüdischen Hausangestellten unter 45 Jahren beschäftigen; siehe VEJ 1/199.

gern angeklammert am Fenstergesims, liess los und stürzte glücklicherweise in meine Arme, der ich unmittelbar unter ihr auf der hinabgeworfenen Matratze stand.

Ich fiel natürlich mit meiner Last hin, aber die Matratze schwächte den Fall ab. Wir waren gerettet. Die Höhe, aus der sich meine Frau fallen liess, ist die normale eines ersten Stockes. Ich schätze sie auf etwa zehn Meter. Alles spielte sich in wenigen Sekunden ab. Wir waren natürlich nur notdürftig bekleidet. Die Nacht war glücklicherweise mild. Während oben in unserer Wohnung und in allen anderen jüdischen Wohnungen des Anwesens ein fürchterliches Krachen von fallenden Möbelstücken und beständiges Klirren von Glas und dergleichen gehört wurde, liefen wir über den grossen Hof im Schatten der Lagergebäude, hinter das Hinterhaus, in dem einige ärmere Leute wohnen, brachen Laten aus einem Zaun, schlüpfen hindurch, bis wir in einem offenen Schuppen landeten, wo Weihnachtsbäume lagerten, unter denen wir uns frierend bargen. Das Toben und Krachen im Vorderhaus hielt noch Stunden an. Als der Morgen dämmerte, klopfte ich im Hintergebäude bei einer dort wohnenden christlichen Familie, auf deren Treue wir uns verlassen konnten, an. Wir erfuhren, dass die Meute unsere Wohnung verlassen hatte, und wir kehrten in unser Heim [zurück]. Es bot sich ein unbeschreiblicher Anblick. Wir waten in den Zimmern förmlich durch Trümmer und Scherben. Spiegel und sämtliches Geschirr waren zerschlagen. Die sämtlichen Schränke waren umgestürzt und mit Stuhlbeinen und Aexten zertrümmert worden, meine Bilder, auf die ich stolz war, darunter wertvolle Oelgemälde, waren zerschnitten. Die Füllung der aufgerissenen Polstermöbel flog in der ganzen Wohnung umher. Kein Stuhl, kein Tisch mehr ganz. Auf dem Radioapparat war man offenbar mit Stiefeln herumgetreten. Meine Frau hatte sich bereits für unsere Auswanderung ausgestattet. Ihr hatte man sechzehn Kleider, fast durchweg neu, zerschnitten. Einige Schmuckstücke, die sie im Schlafzimmer zurückgelassen hatte, fanden sich aber unter den Trümmern. Gestohlen hatte man nicht.

Ich konnte im Verlauf des folgenden Tages feststellen, dass in gleicher Weise in meiner Kanzlei gehaust worden war, alle Schreibmaschinen waren gänzlich zerschlagen, wie auch das sonstige Mobiliar. Die Akten waren in allen Räumen zerstreut oder gänzlich zerrissen.

In der ganzen Stadt boten die meisten jüdischen Wohnungen den gleichen Anblick. Namentlich waren aber alle Läden vollständig demoliert. Bald hörte man aber noch viel traurigere Botschaften. Am Nachmittag des Vortages hatte meine Frau drei Jugendfreundinnen bei sich gesehen, mit denen sie sich regelmässig einmal im Monat traf. Der Ehemann der einen war in dieser Nacht vor den Augen seiner Frau erschlagen worden, sie selbst lag mit schweren Verletzungen im Gesichte im Krankenhaus. Der Ehemann der zweiten war im Gesicht und am Kopf verletzt worden, schwebte Monate lang zwischen Leben und Tod und behielt als dauernde Folge eine Lähmung des einen Armes und erhebliche Sprachstörungen, der Ehemann der dritten aber war aus seiner Wohnung geholt worden und befand sich auf dem Transport nach Dachau ins Konzentrationslager.

Wenn ich nur die Schicksale dieser Nacht in meinem näheren Bekanntenkreis schildern wollte, müsste ich ein eigenes Werk schreiben. Eine Freundin von uns war mit ihrem dreijährigen Töchterlein allein. Die Barbaren drangen auch in das Kinderzimmer und zerbrachen vor dem weinenden Kinde mit höhnischen Worten seine Puppen und Spielsachen. Dann sagten sie zu der Mutter: „Deinen Balg kannst Du im Jordan ersäufen.“ Eine andere Dame ihres Freundeskreises war allein in ihrer Wohnung. Nachdem die Bande dort ihr Werk vollendet hatte, trat der Anführer auf sie zu, schlug ihr ins Gesicht mit den Worten:

„Da hast Du die Rache für Paris.“ Ein anderer Bekannter lag nach tags zuvor erfolgter, an sich ungefährlicher Bruchoperation noch unter den Folgen der Narkose und verbunden im jüdischen Krankenhaus in Fürth. Polizeibeamte kamen, ihn zwecks Abtransportes nach Dachau zu holen. Sie befahlen ihm aufzustehen. Er musste gehorchen und brach nach einigen Minuten, vom Herzschlag gerührt, tot zusammen.

Allein in der Strasse, wo der oben erwähnte Todesfall des Mannes einer Freundin meiner Frau sich ereignet hatte, waren drei Männer erschlagen worden. Ueberall hörte man von Selbstmorden, begangen in der Verzweiflung. Zwei Witwen, die diesen Ausweg wählten, sind mir dem Namen nach bekannt; den Selbstmord der beiden Geheimräte Frankenburger habe ich schon früher erwähnt.⁵

In der gleichen Nacht waren mehr als dreihundert jüdische Männer verhaftet worden, ferner fast die gleiche Zahl in Fürth. Alle von ihnen, die unter 58 Jahren waren, kamen nach Dachau, die anderen, darunter der 78jährige Vorstand der Kultusgemeinde, blieben etwa eine Woche im Nürnberger Vollstreckungs-Gefängnis. Das Schicksal der in Dachau Befindlichen, wo sie mit Leidensgenossen aus ganz Süddeutschland zusammentrafen, war das zu erwartende. Grosse Baracken und Sträflingskleider mit dem Davidstern versehen, waren für sie vorbereitet, ein Beweis, dass man mit dieser Aktion lang vorher gerechnet hatte und dass auch ohne die Ermordung des Herrn vom Rath es soweit gekommen wäre.

Nach Monaten erst kamen die in Dachau Internierten zurück.

Als am Morgen dieser Unheilsnacht die nicht als Polizei oder SA-Mannschaft beteiligte Bevölkerung erwachte und das Zerstörungswerk erblickte, trat eine Folge ein, die die Urheber nicht erwartet hatten. Unverkennbar bemächtigte sich ein tiefes Gefühl der Depression und der Beschämung des Publikums. Zum ersten Male wagten sich Kreise der übrigen Bevölkerung heraus, um uns ihr Mitgefühl zu zeigen. „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein“, bekam man zu hören. Ich weiss von einem Lehrer einer höheren staatlichen Lehranstalt, der unter dem Eindruck von zerstörten Wohnungen in seinem Hause sich bei seinen Vorgesetzten krank meldete und unverzüglich sein Pensionsgesuch einreichte, da er einem solchen Staate nicht mehr dienen wolle.

Namentlich war aber die Arbeiterbevölkerung entrüstet. Was tat die Partei und SA? In den Arbeitervorstädten schickte sie überall ihre Spitzel in die Wirtschaften, die mit den Gästen Gespräche über die Ereignisse anknüpften, um unvorsichtige Aeusserungen zu provozieren und anzuzeigen. Ein alter Arbeiter hat mir dies in absolut zuverlässiger Weise erzählt. Herr Streicher hielt am Tage nach der Schreckensnacht eine Art Siegesfeier auf dem Hauptmarkt.⁶

5 Leonhard Frankenburger (1866–1938), Jurist; von 1891 an Rechtsanwalt in Nürnberg, 1911 Justizrat, 1924 Geh. Justizrat, 1906–1932 Vorstandsmitglied der Anwaltskammer Nürnberg. Dr. Alexander Frankenburger (1868–1938), Arzt; Gründer und bis 1933 Leiter des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose, Geh. Sanitätsrat. Nach der Zerstörung ihrer gemeinsamen Wohnung in der Pogromnacht beschlossen L. und A. Frankenburger gemeinsam mit ihrer Schwester, sich das Leben zu nehmen. Die Schwester überlebte.

6 Julius Streicher (1885–1946), Lehrer; 1919–1921 Mitglied der Deutschsozialistischen Partei, 1922 NSDAP- und SA-Eintritt; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; Suspendierung vom Schuldienst; 1923 bis 1944 Hrsg. der Zeitschrift *Der Stürmer*, 1925–1928 Gauleiter von Nordbayern, 1928–1929 von Nürnberg-Fürth, 1929–1940 von Franken; 1930 Gefängnis wegen antisemitischer Agitation; 1940 wegen persönlicher Bereicherung vom Amt des Gauleiters entbunden; 1946 nach Todesurteil im Nürnberger Prozess hingerichtet.

Doch will ich meine persönlichen Erlebnisse weiter berichten. In der der „Kristall-Nacht“ folgenden wohnten wir bei meinem Schwager, der gegenüber dem Streicher'schen Palais wohnte und dessen Wohnung verschont blieb. Wir wollten auch in der folgenden Nacht dort bleiben, jedoch erschien am Nachmittag eine grosse Anzahl von Gestapo-Leuten, die meinem Schwager erklärten, er habe sofort seine Wohnung zu räumen und Nürnberg zu verlassen, da in unmittelbarer Nachbarschaft Streichers Juden nicht geduldet würden. Diese Gestapo-Leute blieben in der Wohnung. Ein Möbelwagen und Packer wurden geholt, und unter beständigem Drängen der Gestapo wurde die Wohnung innerhalb einiger Stunden geräumt. Mein Schwager war ein schwer herzkranker Mann, dessen sich jedoch – als einziger – der Möbeltransporteur annahm. Mit seinem Personenauto brachte er ihn nach Erlangen, wo er die Nacht in einem Hotel verbrachte. Jedoch starb mein Schwager nach einigen Wochen an einem erneuten Herzschlag.

Angesichts dieser Vorkommnisse verliessen wir Nürnberg und eilten auf's Geratewohl zum Bahnhof, fuhren nach Stuttgart und verbrachten die Nacht im Reichsbahnhotel. Gerade während dieser Stunden der Nacht wurden in Stuttgarter Hotels viele Juden verhaftet. Uns blieb dieses Schicksal – wohl durch Zufall – erspart, und wir fuhren weiter nach Baden-Baden, bis die Verhältnisse in Nürnberg sich einigermaßen beruhigten.

Man benützte die Situation, um mit jüdischem Eigentum, besonders mit Grundbesitz, aufzuräumen. Es gab vier sogenannte Gauwirtschaftsberater, die mit dieser Aufgabe betraut waren und die ihre Stellung vor allem zum eigenen Vorteil ausnutzten. Gültigkeit all' dieser Transaktionen sollte von besonderen Regierungsgenehmigungen abhängig gemacht werden. Die Gauleitung bekam Wind, dass diese Bestimmung an einem gewissen Tag in Kraft treten sollte und alle Grundstücksgeschäfte erfassen sollte, die an diesem Tage noch im Grundbuch eingetragen wären. Der betreffende Tag war ein Montag. Am vorhergehenden Sonntag wurden die Beamten des Grundbuchamtes Nürnberg, Richter und Sekretäre aus den Betten geholt, Funktionäre der Partei, die Gauberater mit den erzwungenen Vollmachten der jüdischen Eigentümer arbeiteten fieberhaft bei den Notariaten. Dies alles, um die Eintragungen im Grundbuch noch am Sonntag als dem letzten Termin ins Reine zu bringen. Unabhängige Richter und Notare mussten sich zu diesem Treiben hergeben.

Aber nach einigen Tagen erschien eine Kommission der Gestapo aus Berlin. Nicht nur die Gaufachberater, ungezählte andere, die an den Zwangsarisierungen beteiligt gewesen waren, wurden verhaftet. Zahlreiche Juden wurden vernommen, und einige Optimisten sahen schon eine Morgenröte des Rechtes. Aber dann trat plötzlich wieder Ruhe ein, die Verhafteten wurden wieder entlassen, und die entrechteten Juden bekamen nicht einmal den zehnten Teil des Wertes ihrer Grundstücke und Hypotheken, den man ihnen bewilligt hatte, ausbezahlt.⁷ So war wenigstens die Lage, als ich Mitte Mai 1939 Nürnberg verliess.

7 Im Gau Franken, zu dem Nürnberg gehörte, war die „Arisierung“ besonders stark von Korruption geprägt. Gauleiter Streicher und andere Parteifunktionäre nutzten die Gelegenheit zu privater Bereicherung und um für Partei und Gau hohe Gewinne zu erzielen. Während die „Arisierung“ der Betriebe im Herbst 1938 weitgehend abgeschlossen war, setzte nach dem Pogrom die „Grundstücksarisierung“ ein. Bebaute Grundstücke wurden an Nichtjuden zu einem Preis übereignet, der durchschnittlich 29 % des Verkehrswerts betrug, für unbebaute wurden 8 % bezahlt. Eine von Göring eingesetzte Untersuchungskommission stellte von Febr. 1939 an sicher, dass die Erlöse aus der „Arisierung“ künftig dem Reich zugutekamen.

Die Nachlese der Nacht des 9. Novembers, die Herr Goebbels und seine Propaganda dem Auslande als eine spontane Volksbewegung darzustellen wagte, hielten die Regierungsorgane.

Herr Göring legte zur Füllung seiner Kassen der jüdischen Gesamtheit die bekannte Kontribution von einer Milliarde auf. Die Juden mussten innerhalb eines halben Jahres in vier Raten zunächst den fünften Teil ihres Vermögens abliefern.⁸ Zugrunde gelegt wurde dabei die Aufstellung ihrer Vermögen, die sie ein Jahr zuvor hatten abgeben müssen. Die durch die erzwungenen Grundstücksabtretungen nach dem 9. November erfolgten Verminderungen wurden nicht berücksichtigt. Ich selbst zum Beispiel war an einem derartigen Grundstück meiner Familie, seit fünfzig Jahren in deren Besitz, mit einem Anteil im Werte von circa 40 000 Mark beteiligt. Ich hatte also 8000 Mark hierfür zu zahlen, obwohl mir als Gegenwert nur eine Forderung an die Nationalsozialistische Partei von 4000 Mark verblieb, die ich niemals erhielt noch wohl jemals erhalten werde.

Dazu kam, dass ich als Reichsfluchtsteuer den vierten Teil nicht etwa nur meines damaligen Vermögens zu entrichten hatte, sondern auch noch den vierten Teil dessen, was ich meinen Töchtern im Jahre 1933 und 1934 zur Ermöglichung ihrer Auswanderung nach Palästina gegeben hatte.

Dann musste der gesamte Schmuck und alles Silbergerät dem städtischen Leihhaus abgeliefert werden, immer je zwei silberne Löffel, Messer und Gabeln wurden meiner Frau und mir zur Mitnahme belassen. Die Auszahlung des Schätzungswertes von einigen tausend Mark, den ich dafür zu beanspruchen gehabt hätte, habe ich auch nicht mehr abwarten können. Meine gesamte bewegliche Habe war zerschlagen. Ich hatte Beträchtliches für Neuanschaffung und Wiederinstandsetzung für die Auswanderung auszugeben. Wäre ich gegen Tumult- und Aufruchrschäden versichert gewesen, so hätte es mir auch nichts genützt, da die Reichsregierung auch die angefallenen Versicherungssummen für das Reich ohne irgendwelche Anrechnung einzog.⁹

Damit nicht genug, hatte ich aber für unser Auswanderergut im Schätzungswert von etwa 4000 Mark, aus dem Notwendigen bestehend, eine Abfindung von fast 10000 Mark zu bezahlen.

Dazu kamen Steuernachholungen nach einer eingehenden Buchprüfung durch das Finanzamt, dadurch hervorgerufen, dass die Auflösung meiner Anwaltspraxis natürlich Eingänge erzeugt hatte, die sich sonst auf einige Jahre verteilt hätten.

Ich führe dies alles nur deswegen an, weil es eben typische Erscheinungen sind, die wohl bei allen jüdischen Auswanderern sich gezeigt haben und die die deutschen Behörden auch anstrebten, denn der Jude sollte ja seiner Habe beraubt werden!

Wie mir ging es allen! Wir hatten endlich nach vielen eigenen Bemühungen und denen unserer Kinder in Palästina das so schwer zu erlangende Eltern-Zertifikat erhalten.¹⁰ Die Zeit drängte, das Visum des englischen Konsuls war befristet, die Schiffskarten waren zu einem bestimmten Termin gekauft, die Wohnung war gekündigt. Kriegsgefahr lag in der Luft!

Ein wohlwollender Steuerbeamter riet mir, abzuwarten, bis das Unrecht des Häuserraubes wiedergutmacht sei. „Recht müsse doch Recht bleiben“, meinte der Gute, dem sieben

⁸ Siehe Dok. 142 vom 12.11.1938.

⁹ Siehe Dok. 146 vom 12.11.1938.

¹⁰ Juden, die nach Palästina auswanderten, konnten Zertifikate für nahe Verwandte beantragen, die ihnen in die Emigration folgen wollten.

Jahre Hitlerregime den altmodischen Idealismus nicht geraubt hatten. Ich verzichtete aber auf Zuwarten. Mit fieberhafter, unermüdlicher Umsicht erledigte namentlich meine Frau die Reisevorbereitungen.

Drei Tage lang weilte vor unserer Abreise ein jugendlicher Zollbeamter mit höchst arroganten Manieren in unserer Wohnung und durchstöberte unser Hab und Gut nach versteckten Devisen und nicht abgelieferten Schmuckstücken. Wehe uns, wenn er auch das Geringste hätte finden können. Ich weiss aber von anderen Fällen hauptsächlich anderer Städte, wo Zollbeamte recht erhebliche Bestechungen nahmen.

Nach diesen Ausführungen wird man mir glauben, dass zum Schlusse mein Vermögen, das nahezu 125000 Mark betragen hatte, nicht nur völlig aufgezehrt wurde, sondern ich mir noch einen Rest von nahen Verwandten geben lassen musste, um alle noch erforderlichen Ausgaben zu bestreiten.

Man scheint in anderen Städten Deutschlands noch zusätzliche Methoden zur Schröpfung der Auswanderer zu kennen. Im Bezirk Halle verlangt die Gestapo, dass der Auswanderer auf seine Kosten von einem ihrer Beamten an die Grenze begleitet werde. Er muss für diesen Beamten Fahrkarte dritter Klasse, hin und zurück, entsprechende Diäten und Schlafwagenkosten im voraus bezahlen. In einem mir bekannten Fall erklärte der betreffende Beamte dem Auswanderer, er solle sich nicht weiter um ihn kümmern. Dieser konnte dann seine Anwesenheit nur noch in der nächsten Schnellzugsstation feststellen. Er glaubte, dass der Beamte überhaupt nicht weiter mitfuhr.

Am Tage vor meiner Abreise aus Nürnberg wollte ich dortselbst bei der Deutschen Bank, mit der ich über dreissig Jahre arbeitete, einen grösseren Betrag zur Bezahlung meines Spediteurs und von Fahrkarten erheben. Ich wurde hingehalten. Plötzlich sauste ein junger Angestellter der Bank, mit dem ich noch nie zu tun gehabt hatte, geschmückt nicht nur mit dem Parteiabzeichen, sondern auch der grün-weiss-roten Plakette des italienischen Fascios, auf mich zu und schnauzte mich an, wie ich dazu komme, als Jude einen derartig hohen Betrag abzuheben. Ich versuchte ihn aufzuklären. Er aber hielt es für notwendig, die Devisenstelle des für mich zuständigen Steueramtes und die Zollfahndungsstelle anzurufen, in der Hoffnung, womöglich einen ohne Erlaubnis Reichsflüchtigen ans Messer zu liefern. Die mir bekannten älteren Beamten standen betroffen daneben und wagten keine Bemerkung.

Wenige Tage hiernach überschritten wir am Brenner die Reichsgrenze, jeder mit zehn Reichsmark in der Tasche, dem ganzen Ueberrest unseres Vermögens.

Und dennoch befreiten Herzens!

Jetzt verleben wir unsere alten Tage bei unseren Kindern auf dem Lande, die uns Obdach und Brot gewähren. Nach äusserlich sorgenlosen, innerlich leeren Jahren, nach Wirrnissen des Krieges und Verworrenheiten der Kriegsnachzeit, dann schliesslich nach dem Druck fanatischer Narren und Verbrecher haben wir das klare und reine Ziel des Aufbaus Palästinas vor uns. Wir sehen Kinder und Enkel dafür ihre Kräfte einsetzen, die, glücklicher als ihre Eltern, von Jugend auf die eigene Art erkennen und sich selbst getreu ihr Leben gestalten dürfen.

DOK. 226

**Irmgard Keun schildert 1938 die Erfahrungen von Juden in der Emigration
aus der Perspektive eines Kindes¹**

Auszug aus dem Exil-Roman „Kind aller Länder“² von Irmgard Keun³

Ein Telegramm ist von meinem Vater gekommen, er ist fast schon in Holland. Er ist in Belgien.

Die Holländer lassen ihn nicht rein, weil er keine hohen Geldsummen vorzeigen kann und weil sie überhaupt keine geflüchteten Leute mehr haben wollen.

Meine Mutter und ich dürfen auch nicht mehr hier sein. Wir können aber auch nicht nach Belgien zu meinem Vater, weil wir kein belgisches Visum haben.

Mein Vater hat auch einen ganzen Haufen Leute aus Prag und aus Polen mitgebracht, weil die Leute dort in Angst leben. Aber hier leben ja auch alle in Angst.

Ich wünschte, wir hätten meinen Vater wieder. Wenn mein Vater in Belgien bis zur Grenze fahren würde, und wenn wir hier in Holland bis zur Grenze fahren würden, dann könnten wir uns vielleicht mal sehen und winken? Herr Krabbe sagt, wenn jetzt ein Krieg komme, werden wir alle eingesperrt und totgeschossen. Aber die Menschen sind doch alle so nett und freundlich, und das Wetter ist auch so schön. Meine Mutter will aber gar nicht mehr spazieren.

Viele Menschen kommen zu uns in die Hotelhalle. Wir haben sie in Österreich gekannt, in Prag und in Polen. Auf einmal sind sie fast alle hier in Amsterdam und weinen manchmal und sagen: „Ihr habt es gut.“

Dann fängt auch meine Mutter manchmal an zu weinen.

Und vor dem Hotel ist das grosse Café, da sitzen die Menschen im Freien auf blonden Stühlen und trinken Kaffee. Der Rasen ist so grün, und alles leuchtet.

Strassenbahnen unterhalten sich mit den Autos und glänzen und tuten und klingeln. Es ist so warm geworden, wir brauchen keine Decken und Mäntel. Alle Menschen schwitzen, und wenn man einem die Hand gibt, klebt man an ihm fest. Aber bald wird es wieder kalt.

Manchmal telefonierte mein Vater aus Brüssel, und dann sagt er: „Ruhe, Kinder, Ruhe.“ Mein Vater weint nie.

Es ist warm, aber wir haben Hunger. Wir können nicht abreisen, weil wir das Hotel nicht bezahlen können und weil wir in kein anderes Land können, aber wir dürfen auch nicht mehr hierbleiben.

Vielleicht kommen wir ins Gefängnis, dann werden wir gepflegt.

Der Onkel Kranich ist auch im Gefängnis. Wir kannten den Onkel Kranich in Wien, und

1 Irmgard Keun, *Kind aller Länder*, Amsterdam 1938, S. 108–1 B.

2 In dem Roman wird die Vorkriegswelt 1936–1938 aus der Sicht des jüdischen Emigrantenkindes Kully aus dem Rheinland beschrieben. Das Mädchen lebt zusammen mit seiner Mutter in belgischen und niederländischen Hotels, während der Vater, ein Schriftsteller, darum bemüht ist, auf Reisen durch Europa Geld und ein Einreisevisum für die USA zu beschaffen.

3 Irmgard Keun (1905–1982), Schriftstellerin, Schauspielerin, Journalistin; 1933/34 wurden ihre Bücher verboten, 1936 Verweigerung der Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer, 1936–1940 im Exil in Belgien und den Niederlanden, 1940–1945 in Deutschland in der Illegalität; nach 1945 als Journalistin tätig; Autorin u.a. von „Gilgi – eine von uns“ (1931) und „Das kunstseidene Mädchen“ (1932).

jetzt war er auf einmal hier. Er ist alt und hat einen dicken Bauch und einen goldenen Ring. Meine Mutter hatte auch mal einen goldenen Ring, den haben wir mal in Nizza verkauft, weil wir Seife brauchten und Zahnbürsten.

Ich mache mir nichts draus, wenn wir keine Seife haben, aber in grossen Städten wird man immer so schnell und ganz von selbst schmutzig.

Der Onkel Kranich sass hier mit uns im Café und in der Sonne, und seine Krawatte war bunt und schön wie die Sonne. Er hat Gebete gegen die deutsche Regierung gesagt, und darum musste er aus Österreich fortreisen. Er ist wie ein Indianer über die Grenze nach Holland gekrochen, das durfte er nicht.

Jetzt wird er im Gefängnis behütet.

Wenn er raus kommt, darf er nicht mehr in Holland sein, in ein anderes Land darf er auch nicht.

Die Menschen zittern, wenn sie Zeitungen kaufen und Extrablätter, was ist auf einmal nur los auf der Welt?

Ich möchte so gern mal wieder mit einem Kind spielen.

Nachts hält mich meine Mutter so fest, dass es mir weh tut und ich nicht schlafen kann. So viele Autos rasen vor unserem Fenster vorbei. „Kully, ich halte es nicht mehr aus“, schreit meine Mutter, springt aus dem Bett und meldet ein Gespräch nach Köln an. Sie will mit meiner Grossmutter telefonieren.

„Ach, Mutter“, ruft sie, „wie geht es dir? Alles ist so schrecklich, Mutter.“

Ich dachte immer, meine Grossmutter sei nur meine Grossmutter, aber sie ist auch die Mutter meiner Mutter.

Meine Mutter hat jetzt viele erwachsene Leute, sie bestellt uns sehr viel Frühstück auf's Zimmer, wir haben keinen Hunger mehr. Ein Frühstück in Holland reicht auch als Mittag- und Abendessen.

Meine Mutter sagt: „Jetzt kommt's auch nicht mehr drauf an.“ Sie hält mich fest und ist gar nicht bei mir. Sie sagt fremde Worte und antwortet nicht, wenn ich frage. Ist das der Krieg?

Die letzte Hotelrechnung hat meine Mutter nicht mehr aufgemacht. Aber sie brennt sich schöne Locken.

Manchmal sitzt sie in der Halle in der Ecke, wo die grossen Glaskästen mit den kleinen Fischen stehen, die so zart und still schwimmen. Manche sehen aus wie mit goldener Spitze besetzt, und sie sehen mich manchmal aus runden starren Augen an.

Manchmal schwimmen zwei Fische aufeinander zu und küssen sich. Das ist am schönsten.

Neben meiner Mutter sitzt oft ein Mann mit dunklen Augen und hält ihre Hand fest und küsst sie. Die Hand meiner Mutter zittert leicht wie die Flossen von den kleinen Fischen. Ihre Augen sind riesenhaft gross und blau geworden und zittern auch.

Sie will gar nicht mehr allein sein, und es nützt ihr gar nichts, wenn ich bei ihr bin. Weil ich nicht über Mussolini sprechen kann und Hitler und Chamberlain, das sind Staatsmänner.

Mehr konnte meine Mutter mir auch nicht erklären.

Aber der Krieg hängt damit zusammen. Wenn ich erwachsen bin, verstehe ich alles.

Aber wozu soll man eigentlich erwachsen werden, wenn man nur traurig davon wird?

Meine Mutter hat mal gesagt, als erwachsener Mensch werde man schuldig, und nichts auf der Welt mache aber trauriger, als schuldig zu sein.

Ich glaube aber, es macht meine Mutter am traurigsten, wenn mein Vater nicht bei ihr ist. Wenn mein Vater sie küsst und mit seiner Hand über ihr Haar streicht, ist sie immer lustig. Manchmal will sie jetzt meinem Vater verloren gehen und ein anderes Leben haben. Oft ist sie so fieberhaft und tot. Nur wenn mein Vater kommt, ist sie lebendig. Aber so wie jetzt, war es noch nie.

DOK. 227

**Siegfried Neumann aus Berlin berichtet über seine Haft im KZ Sachsenhausen
Ende 1938¹**

Bericht von Siegfried Neumann² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Im Laufe des Sonntags kamen noch Juden aus den kleineren Orten des Kreises, die mit unserem Transport zusammen fortgebracht werden sollten. Die Polizei veranlasste noch, dass wir trotz Sonntagsruhe unsere Ausrüstung an Kleidung und Wäsche vervollständigen konnten, indem sie Geschäftsleute telephonisch zur Wache bestellte. Aber unser Transport ging erst am Montag ab. Im Laufe des Tages kamen immer noch mehr Juden aus der Umgebung dazu. Der Hauptmann liess uns noch auf Lagerfähigkeit untersuchen. Ich wurde frisch verbunden. Die obere Hälfte meines Gesichtes war noch immer bepflastert. Einer blieb wegen Zuckerkrankheit zurück. In den Abendstunden wurde zum Abmarsch angetreten. Die begleitenden Polizeibeamten luden in unserer Gegenwart scharf. Einer der älteren Beamten hatte Tränen in den Augen, als er sich von uns verabschiedete. Drei von uns, darunter auch ich, – alle drei Frontkämpfer – fuhren auf ausdrückliche Weisung des Hauptmanns in dessen Personenwagen mit ihm zusammen, die anderen in grossen Omnibussen. Als wir auf die Straße traten, um die Wagen zu besteigen, stand dort ein Menschenhaufen, der antisemitische Schimpfworte und Drohungen aussties, offenbar bestellte Arbeit. Denn man hörte dasselbe nachher auch aus anderen Orten erzählen. Im Wagen begann sich der Hauptmann zu unterhalten: „Jetzt hat auch England vor uns nachgegeben. (München!)“⁴ Jetzt lösen wir die Judenfrage, wie wir wollen. Das kommt in der ganzen Welt. Der Codreanu⁵ kommt in Rumänien auch noch heran. Die Araber lassen sich das in Palästina auch nicht gefallen. Die Engländer werden mit ihnen nie fertig werden. Ich kenne das Land vom Kriege her.“ In unserer Lage konnten wir nicht gut widersprechen. „Irgendwie wird natürlich das Judenproblem gelöst werden müssen. Viel-

1 Siegfried Neumann, *Mein Leben in Deutschland vor und unter Hitler* (1940), S. 102–115, Harvard-Preisausschreiben, Nr. 165.

2 Dr. Siegfried Neumann (1895–1987), Jurist, Bühnenautor; Mitglied der DDP; Notar und Rechtsanwalt in Brandenburg, von 1922 an Justizbeamter in Berlin, 1933 Entzug des Notariats, Mitarbeiter im Palästina-Amt, 1938 in Sachsenhausen inhaftiert, emigrierte 1939 nach Shanghai, später nach Israel; Autor von „Vom Kaiserhoch zur Austreibung“ (1978).

3 Der Bericht umfasst 121 Seiten und wurde aus Shanghai eingesandt. Im ersten Teil beschreibt Siegfried Neumann seine Kindheit in einer Kleinstadt im Osten Deutschlands, sein Jurastudium in Berlin, die Teilnahme am Ersten Weltkrieg und die Fortsetzung des Studiums nach dem Krieg sowie die Zerstörung seiner Wohnung während des Pogroms, seine Misshandlung und Verhaftung.

4 Gemeint ist das Münchener Abkommen; siehe Einleitung, S. 42.

5 Gründer der ultranationalistischen Eisernen Garde in Rumänien.

leicht ist in China noch Raum.“⁶ Als wir den Osten Berlins durchfuhren, staunte er, dass man hier keine Zeichen von Zerstörung sah. An einer Stelle hatte man wohl den Weg nach Oranienburg verfehlt. Ich musste aussteigen, um nach den Tafeln zu sehen. Die Versuchung war gross, auf irgendeine vorbeifahrende Strassenbahn zu springen und in Berlin unterzutauchen. Die Nacht war regnerisch dunkel. Aber schon die Rücksicht auf die Kameraden verbot das. Es ging weiter. Die Häuser hörten auf, und die Landstrasse begann wieder. Bald sahen wir Scheinwerfer kreisen und hielten vor einem Schlagbaum. Er ging hoch. Noch ein kurzes Stück Chaussee, dann mit einer Linkskurve durch ein hohes Tor, das die Aufschrift trug „Schulungslager“. Die Wagen hielten vor einem zweiten Tor. Wir stiegen aus. Unser Hauptmann hatte uns zugesagt, für uns ein gutes Wort einzulegen, da wir uns in Polizeihaft gut geführt hatten. Kaum waren wir im Begriff, das zweite Tor zu durchschreiten, da wurden den Vordersten schon von SS-Leuten die Hüte heruntergeschlagen. „Werdet Ihr wohl laufen, Ihr Schweine!“ Nun hiess es, mit dem Koffer in der Hand Laufschrift machen, was den Älteren nicht leichtfiel. Manche kamen auch in dem Schmutz zu Fall. Vor einer langen, noch erleuchteten Baracke mussten wir antreten. Andere Transporte hat man 24 Stunden so stehen lassen, wobei schon einige zusammenbrachen. Offenbar war es die Fürsprache unseres Hauptmanns, dass man uns gleich abfertigte. SS-Leute, die hier grau-grüne Uniform trugen, pflanzten vor uns Tafeln auf, die gehässige Inschriften trugen. Auf einer stand ironisch: „Wir Juden sind das auserwählte Volk.“ Auf anderen stand, was die Juden angeblich alles verbochen haben. Wir mussten diese Inschriften teils einzeln, teils im Chor vorlesen. Plötzlich fragte uns ein SS-Mann: „Wo ist denn Euer Rabbiner, das Schwein?“ Zu seinem Glück war dieser schon früher nach Polen ausgewiesen worden. Neben den SS-Leuten standen noch andere Gestalten vor der Front, deren Bedeutung wir noch nicht kannten. Diese rieten uns, nur ja unsere Frontkämpferabzeichen wegzustecken. Dann ging es etappenweise in die Baracke, die Schreibstube hinein. Die Arbeit wurde von Häftlingen erledigt. Aber SS-Leute gingen hin und her und trieben zur Eile. Wir mussten unsere Taschen vollkommen leeren, die Wertsachen, wie Uhr und Füllfederhalter, gesondert von den anderen Sachen abgeben, ebenso das Geld abliefern. Alles das und unsere Personalien wurden genau aufgenommen. Dann untersuchte ein Arzt – offenbar ein jüdischer Häftling – kurz, nach der Art seiner Untersuchung anscheinend nur auf Läuse. Sodann ging es in den Baderaum. Die Kleidung wurde abgegeben, wofür man eine Nummer erhielt. Alsdann wurde geduscht, vorher noch kahlgeschoren. Bevor man nun in einer anderen Ecke dieses grossen Raumes die Häftlingskleidung empfing, musste man an einem SS-Offizier vorbei. So etwas von einer Mephisto-Visage hatte ich in Wirklichkeit noch nicht gesehen. Er sass da in schwarzer SS-Uniform mit der Mütze auf dem Kopf, wippte mit seiner Reitgerte auf die Stiefel. Ein bleiches, von sinnlichen Ausschweifungen zeugendes Gesicht, pechschwarzes Haar, ein kleines Schnurrbärtchen, hervorstehende Backenknochen, dazu ein Monokel eingeklemmt. Neben ihm stand ein anderer SS, blond und gedrunen, wie Breitensträter.⁷ Der Schwarze

6 Anfang März 1939 befürwortete die Oberste Verteidigungskommission in Nanking die Einrichtung eines jüdischen Siedlungsgebiets in Südwestchina, in dem Juden aus Deutschland und Österreich Aufnahme finden sollten; das Projekt wurde jedoch nicht realisiert; Deutschland und China 1937–1949. Politik, Militär, Wirtschaft, Kultur. Eine Quellensammlung, hrsg. von Mechthild Leutner, bearb. von Wolfram Adolphi, Berlin 1998, S. 412–414.

7 Hans Breitensträter (1897–1972), Boxer, Sportlehrer; zweimaliger Deutscher Meister im Schwergewicht, beendete 1927 seine Karriere.

winkte mich heran. Ich stand stramm, so gut man das ohne jede Kleidung kann. „Wo hast Du denn das her?“ Er deutete auf meine Verbände. „Ich bin hingefallen.“ „So, wann bist Du denn hingefallen?“ „In der Nacht vom 9. zum 10. November.“ Er schmunzelte verständnisvoll zu seinem Kameraden. Dann fragte er weiter! „Du bist wohl die Treppe heruntergefallen.“ Ich bejahte. „Es ist wohl sehr dunkel gewesen.“ „Jawohl.“ „Da hast Du wohl nicht gut aufgepasst.“ „Nein.“ „Gut.“ Er winkte abtreten. In einer anderen Ecke empfangen wir nun unsere Sachen, bestehend aus dünner Unterwäsche, Strümpfen, Rock und Hose. Manche erhielten gestreiftes Flanellzeug, andere, darunter auch ich, eine ehemalige feldgraue Uniform. So trug man sie, die einst im Weltkriege ein Ehrenkleid war, jetzt als Häftlingsanzug. Von unseren warmen Sachen, die wir uns noch besorgt hatten, sahen wir nichts. Mütze und Mantel empfangen wir nicht. Draussen wurde angetreten und zu der uns zugeteilten Baracke abmarschiert. S.S. war jetzt nicht mehr dabei. Die Belegschaft einer Baracke – 150 bis 300 Mann – wird Block genannt und untersteht dem Blockältesten, einem langjährigen Häftling. Ihm ist zur Unterstützung der Stubendienst, ebenfalls aus älteren Häftlingen bestehend, zugeteilt: darunter ein Schreiber, einer sorgt für die Sauberkeit in der Baracke, einer für die Schlafgelegenheiten, einer für die Verpflegung. Etwa fünf bis sechs Blocks unterstehen einem SS-Führer, dem „Blockführer“. Bettstellen waren in unserer Baracke noch nicht vorhanden. Es wurde Stroh auf den Boden des Schlafrums ausgebreitet. Wir erhielten jeder zwei Wolldecken. Die Zeit des Morgenappells war so gelegt, dass bei Ende des etwa halbstündigen Appells die Morgendämmerung einsetzte, da man die Arbeitskommandos nicht im Dunkeln ausrücken lassen konnte. Damals war etwa um 6 Uhr Morgen-Appell. In der Baracke gab es einen Waschraum mit fliessendem Wasser, ferner Becken zum Füssewaschen und ein Becken zum Geschirrspülen. Zum Morgenfrühstück gab es eine gesüsste Sagosuppe und Kaffee, am Sonntag Marmelade. Wir marschierten und standen nun in dem Novemberregen mit kahlgeschorenem Kopf ohne Kopfbedeckung und Mantel beim Appell auf dem grossen Platz, der die gesamte Belegschaft, normal 6000 Mann, jetzt etwa das Doppelte, fasste. Es war noch dunkel. Nur die erleuchtete Uhr über dem inneren Torbau schwebte körperlos im Dunkel. Hier kam es darauf an, militärische Haltung zu bewahren. Bogenlampen an hohen Masten verbreiteten etwas Licht. Zuweilen hoben die herumwandernden Scheinwerfer eine Gruppe heraus. SS-Leute gingen zwischen den angetretenen Blocks herum. Wenn einer auffiel, etwa indem er die Hände auf den Bauch legte oder sprach, setzte es von der SS einen Fusstritt oder Backpfeifen. Später konnte es auch passieren, dass der ganze Block bestraft wurde, indem er, wenn alles nach dem Abendappell in die Baracken abrückte, am Tor stehen musste und dann ohne Abendessen zur Nachtruhe abrückte. Nach dem Morgenappell rückten wir zu unserer Baracke ab. Es wurden Leute herausgesucht, die als Soldaten Vorgesetzte gewesen waren. So machten wir Juden denn Fussdienst unter jüdischem Kommando. Bei dem Herummarschieren zwischen den Baracken traf man allorts Bekannte und Verwandte, da man die Juden von überall zusammengeholt und nicht allzu viele ausgelassen hatte, sogar aus Sudetendeutschland waren sie dabei trotz der Abmachungen des Münchener Vertrages.⁸ So traf ich eines Tages auch meinen Bruder. Mittags war wieder Appell, und dann wurde in den Baracken die Mittagsmahlzeit eingenommen. Die warme Mittagskost war schmackhaft zubereitet. Von dem Fleisch

⁸ Das Münchener Abkommen sah ein Optionsrecht vor, demzufolge die Einwohner der sudetendeutschen Gebiete die Möglichkeit haben sollten, das Abtretungsgebiet zu verlassen.

sagte man, es sei Walfischfleisch. Es schmeckte jedenfalls nicht schlecht. In der ersten Zeit schafften wir unsere Portionen nicht. Nach dem Essen wieder exerzieren. Das ging bis zum Abendappell, etwa um 6 Uhr. Die Zeit wechselte mit der Tageslänge. Er begann mit eintretender Dämmerung, wenn die Arbeitskommandos zurückkamen. Beim Abendappell wurden die Namen der zur Entlassung Kommenden verlesen, das heisst, es wurde aufgerufen, wer sich am nächsten Morgen an der Schreibstube zu melden hatte. Dann rückte alles in die Baracken ab. Zum Abendbrot gab es Kaffee und abwechselnd Margarine oder Leberwurst, Käse, zuweilen auch Hering. Die Nahrungsmittel waren von guter Beschaffenheit. Das Brot entsprach dem Kommissbrot, wie wir es vom Militär her kannten. Die Brotrationen wurden später gekürzt, weil wir zuviel übrigliessen. Um acht Uhr wurde das Licht gelöscht. Die Blockführer kontrollierten, dass um diese Zeit alles zur Nachtruhe gegangen war.

Die Schneider waren herausgesucht. Man war dabei, jedem seine Häftlingsnummer und den gelben Davidsstern, das Abzeichen der Judenblocks, aufzunähen. Solange die Nummern nicht aufgenäht waren, konnten wir nicht zur Arbeit ausserhalb des Lagers eingeteilt werden. Es ist bemerkenswert, mit wie wenigen SS-Leuten diese grosse Masse von Häftlingen in Schach gehalten wird. Der grosse Appellplatz liegt so, dass ihn auf der einen Seite der innere Torbau abgrenzt, auf dem sich ein Maschinengewehr befindet. An der Umfassungsmauer läuft mit Starkstrom geladener Draht entlang. Davor befindet sich noch ein Rasenstreifen. Vor diesem stehen Tafeln mit einem Totenkopf. Das bedeutet: Jenseits der Grenze dieser Tafeln ist die SS berechtigt zu schiessen. An verschiedenen Punkten der Umfassungsmauer befinden sich Maschinengewehrtürme, so dass jede Lagergasse von einem Maschinengewehr beherrscht wird. Mit Ausnahme des Küchenbaues und des Torgebäudes, in dem sich die Büros des Lagerkommandanten befinden, sind alle Bauten aus Brettern hergestellt und würden gegen die Kugeln der Maschinengewehre keine Deckung bieten. Unsere Baracke war an dem betreffenden Ende des Lagers die letzte. Wir wurden gleich am ersten Abend von unserem Blockältesten instruiert, dass wir nicht über das Barackenende hinaus gehen dürften, da sonst geschossen werden kann. Schon in den ersten Tagen kam es vor, dass jemand gegen den Draht lief, um Schluss zu machen. Unser Blockältester teilte uns das als Abschreckung vor Nachahmung mit. „Denkt an Eure Familien, die auf Euch warten. Wir sind schon 5 Jahre hier, haben auch Frau und Kinder zu Hause und halten auch die Ohren steif.“ Es war überhaupt erstaunlich, welche moralischen und seelischen Kräfte diese einfachen Männer aus dem Volke hatten, mit denen sie uns oft in schwachen Stunden aufzurichten verstanden, wie sie bei gleichzeitig kameradschaftlichem Verhalten die nötige Disziplin, für die sie ja der SS verantwortlich waren, aufrechtzuerhalten wussten. Auch nahmen sie sich der älteren und weniger gewandten Kameraden an, damit sie nicht vor den SS-Leuten auffielen, indem sie diese zum Stubendienst verwendeten oder mit irgend welchen leichten Sonderarbeiten beauftragten. Zu unserem Glück gehörte der Blockführer, dem unser Block unterstand, zu den anständigen Vorgesetzten. Er schien aus besseren Verhältnissen zu stammen. Trat er in die Baracke und wir waren beim Essen, so liess er [uns] sofort weitermachen. Beim Exerzieren meinte er einmal: „Wenn ihr so weitermacht, macht ihr es bald so gut wie die beste Ehrenkompanie.“ Aber dieser Blockführer war offenbar eine Ausnahme. Bei jedem Appell sahen wir, wie die SS-Leute um die angetretenen Blocks herumgingen, plötzlich jemand mit dem Stiefel ins Gesäss oder in den Leib traten oder Ohrfeigen austeilten, wenn er nicht geradeaus sah oder die Hände an der Hosennaht hielt. Als wir einmal mit

Abladen von Proviant für die Küche beschäftigt waren, sah ich, wie ein höchstens 17-jähriger SS-Mann einen Häftling derartig in den Leib trat, dass er vom Platze *getragen* werden musste.

Als Häftlingsnummer und der rotgelbe Davidsstern aufgenäht waren, wurden auch wir zur Aussenarbeit eingeteilt. Ich gehörte zuerst zu einer Kolonne, die an einer Stadtrandsiedlung bei Oranienburg arbeitete. Wir arbeiteten unter Aufsicht von Häftlingen als Vorarbeitern. Auch Juden waren darunter. Im äusseren Umkreise stand eine Postenkette von SS-Leuten. Kam man irgendwo über diese Postenkette, so hatte der Posten das Recht zu schiessen. Die Posten gaben zugleich acht, dass genügend gearbeitet wurde. Hier wurden Ziegelsteine von einem Ende zum andern befördert, indem wir eine Kette bildeten und uns die Steine zuwarfen, was man bald heraus hatte. Oder wir mussten Steine tragen. Später habe ich dort am Bau einer Strasse gearbeitet, mit dem Hammer Ziegelabfälle zu Schotter zerschlagen und aus grossen Steinen, die aus den Hausabbrüchen von Berlin angefahren wurden, Strassenfundament gelegt, das reinste Mosaikspiel. In der ersten Zeit wurde zum Mittagessen in das Lager marschiert. Später gab es nur eine halbe Stunde Mittagsappell. Während dieser Zeit konnte man sein mitgebrachtes Essen, meistens trocken Brot, solange wir noch kein Geld für die Kantine hatten, verzehren, [wir] durften auch rauchen. Das warme Essen gab es dann abends nach dem Schlussappell. Von dieser Arbeitsstelle aus konnte man die Häuser von Oranienburg sehen. Besonders die grossen Scheiben eines Cafés blinkten verlockend herüber. So nah und doch unerreichbar weit: das bürgerliche Leben und die Freiheit. Schlimm war es, wenn es regnete und wir ohne Mütze und Mantel den ganzen Tag im Freien ausharren mussten. Es war ein Segen Gottes, dass dieser Winter so milde war, sonst wären wohl noch viel mehr von uns an Krankheiten zugrunde gegangen. Einen Sonntag kannte man im Lager nicht. Nur einmal – ich glaube, es war der Totensonntag – gab es keinen Dienst. Wir sollten unser Zeug in Ordnung bringen und durften nach Hause schreiben. Die alten Häftlinge sagten, ein freier Sonntag, das sei in den ganzen 5 Jahren noch nicht vorgekommen. Der Lagerkommandant kam dann auch bald fort.⁹ Man sagte, weil er zu milde gewesen sei. Den Unterschied merkten wir bald. Sonntags ging die Arbeit genau so über den ganzen Tag wie in der Woche. Auch wer nicht zur Arbeit eingeteilt war und im Lager blieb, durfte während des Tages nicht die Baracke betreten und musste während des Appells als Mittagbrot verzehren, was er sich in die Tasche gesteckt hatte. Die Baracken, die man schon begonnen hatte zu heizen, durften nicht mehr geheizt werden.

Zum Stubendienst durften nur ganz wenige Leute eingeteilt werden, so dass auch die älteren Leute mindestens am Exerzieren teilnehmen und den ganzen Tag im Freien bleiben mussten. Kranke durften nur in der Baracke bleiben, wenn sie krank geschrieben waren. Sonst wurden sie streng bestraft. Wer sich krank meldete, musste vom Schluss des Frühappells, etwa halb acht Uhr bis Mittags halb zwei, am Torgebäude stehen, um dann erst zum Revier geführt zu werden. Wirklich Kranke waren gar nicht imstande, so lange in dem nasskalten Wetter herumzustehen, denn das war schlimmer als exerzieren. Nur

⁹ Hans Helwig (1881–1952), Maurer und Soldat; 1923–1929 SA-Mitglied, 1927 NSDAP-, 1929 SS-Eintritt, 1933–1934 Leiter des Schutzhaftlagers Ankenbuck, 1936–1937 Kommandant des KZ Lichtenburg (bis Febr. 1937 kommissar.), Aug. 1937–Juli 1938 Kommandant des KZ Sachsenhausen. Sein Nachfolger dort wurde Hermann Baranowski (1884–1940), Marineoffizier; 1930 NSDAP- und 1931 SS-Eintritt; 1936 Kommandant des KZ Lichtenburg, 1936–1938 Schutzhaftlagerführer im KZ Dachau, 1938–1939 Kommandant des KZ Sachsenhausen.

wer auf dem Platz umfiel, was jeden Tag vorkam, wurde fortgetragen. Särge sahen wir jeden Mittag herausschaffen. Die ganze persönliche Gemeinheit des neuen Lagerkommandanten bewies er eines Tages, als ihm das Exerzieren auf dem grossen Platz nicht gefiel. Er verbot zu exerzieren. Wir mussten in dem nasskalten Wetter die ganzen Stunden bis zum Appell stehen. In manchen Judenblocks waren Menschen bis zu 80 Jahren, die von ihren Kameraden vom und zum Appell geführt werden mussten. Manchmal hiess es: alle, die mehr als eine Million haben, vortreten, dann, die mehr als 500 000, mehr als 100 000 Mark haben. Einmal sollten auch alle Ärzte vortreten. Wir nahmen an, dass sie für den Stürmer fotografiert wurden. Jede Woche, meistens am Freitag, war nach dem Abendappell Baden. Es waren Duschbäder, die sehr angenehm waren. Auch gab es jede Woche frische Wäsche.

Ich war sehr erfreut, als eines Abends schon in der ersten Zeit auch mein Name beim Appell aufgerufen wurde. Aber als ich dann hoffnungsfreudig am nächsten Morgen vor der Schreibstube stand, gehörte ich nicht zu denen, die zur Entlassung kamen. Ich musste mich beim Lagerkommandanten melden. Ich sollte aussagen, wo ich mich in der Nacht vom 9. November versteckt gehalten hatte. Ich sagte wahrheitsgemäss, dass ich in der Küche der Kellerwohnung gewesen sei. „Du lügst! Du warst beim Oberstleutnant und beim Hauswirt.“ Ich erklärte, ich könne nicht die Unwahrheit sagen. „Du lügst, der Keller ist abgesucht worden.“ Ich sagte, die Küchentüre sei aber nicht geöffnet worden. „Du warst beim Oberstleutnant.“ Ich verneinte, da ich nichts Unwahres sagen könne. „Du willst wohl 50 auf den Arsch haben oder an den Pfahl gebunden werden!“ Ich blieb dabei, dass ich nicht die Unwahrheit sagen kann. „An den Pfahl mit ihm!“ Der Lageradjutant führte mich ab. An dem Treppenabsatz überholte mich der Lagerkommandant, blitzte mich von der Seite an und sagte: „Nicht wahr, du warst beim Oberstleutnant.“ Er wollte mir anscheinend um den Preis einer falschen Aussage noch den Pfahl ersparen. Ich verneinte. Der Adjutant führte mich zu dem Eingang einer inneren Mauer, die hinter unserer Baracke entlanglief und von der ich immer gedacht hatte, das sei schon eine Aussenmauer. Die Türe öffnete ein SS-Mann und verschloss sie hinter uns wieder. In dem niedrigen ebenerdigen Gebäude befanden sich die Arrestzellen. Dahinter war ein kleiner Hof. Dort standen drei Pfähle, zwei waren bereits besetzt. Das Anbinden war eine der Lagerstrafen. Ich musste auf eine Fussbank steigen. Dann wurden meine Handgelenke über dem Kopf am Pfahl festgebunden und die Fussbank fortgezogen. Die Fussspitzen berührten noch grade den Erdboden, aber nicht so, dass sie irgendwie das Körpergewicht tragen helfen konnten. Bald verspürte ich starke Schmerzen in den Schultergelenken. Ich betete um Kraft zum Aushalten, damit ich nicht andere durch eine falsche Aussage schädige. Darauf der SS-Mann, der dort die Aufsicht führte, in sächselndem Dialekt: „Dein Jesus hilft Dir doch nicht.“ Nach einiger Zeit dachte ich mir, man würde mich doch so lange hängen lassen, bis ich klein begeben muss, und die Aussage aus dem KZ würde doch keinen grossen Beweiswert haben. Mir fiel auch ein, dass die Hausangestellten des Wirts und des Oberstleutnants ohnehin das Gegenteil der von mir verlangten falschen Aussage bekunden mussten. Ich sagte, ich würde nun alles erzählen. Man liess mich noch ein Weilchen hängen, dann kam ein anderer SS-Mann, band mich los und legte mir von hinten einen Strick um den Hals: „Jetzt wirst Du aufgehängt.“ Dann nahm er den Strick wieder herunter und führte mich in das Arrestgebäude. Unterwegs sagte er: „Jetzt wirst du erschossen. Du glaubst es wohl nicht.“ Im Vernehmungszimmer sass der Lageradjutant. „Wir bekommen alles heraus. Wir haben Fälle aufgeklärt,

mit denen sich die Polizei jahrelang beschäftigt hat. Dass X.“ – er nannte den Namen des Hauswirts – „tot ist, wissen Sie.“ Wie gewünscht, sagte ich nun, dass ich in jener Nacht bei dem Hauswirt und dem Oberstleutnant gewesen sei. „Nun aber die Einzelheiten, sagen Sie alles ganz genau.“ Es war ein Katz- und Maus-Spiel. Ich wartete auf Suggestivfragen von ihm. Er aber suchte selbst jetzt den Schein zu wahren, als ob die Angaben frei von mir kämen, und vermied möglichst Suggestivfragen. Er legte Wert darauf, dass mich die Betreffenden selbst in die Wohnung aufgenommen hätten. „Und nun die Bewirtung!“ Zum Schluss meinte er: „Sie hätten sich das Anbinden ersparen können. Meinen Sie, mir macht das Spass?“ Er fragte nach Familienverhältnissen. „Ihre Frau wird sicher für die Auswanderung Sorge tragen. Dann werden Sie entlassen und können mit Ihrer Familie auswandern. Ich werde Ihnen Papier geben lassen. Schreiben Sie alles genau auf. Als Anwalt wissen Sie ja, worauf es ankommt. Wenn es zu einer Verhandlung kommt, müssen Sie als Zeuge vorgeführt werden.“ Ich wurde einem SS-Mann übergeben. Er wies mir eine Zelle an. Dann führte er mich in eine andere, wo Tisch und Stuhl standen. Als ich nicht gleich begriff, dass ich einen Tisch und Stuhl herausnehmen sollte, erhielt ich einen Stoss ins Kreuz. Nun sass ich mit Tisch und Stuhl, versehen mit Papier und Bleistift, eingeschlossen in Einzelhaft. Ich empfand es als Ironie, dass die Gefangenenzellen mit Zentralheizung gut geheizt waren, während wir in den Baracken frieren mussten. Warum hatte der Adjutant nicht gleich ein richtiges Protokoll von mir aufgenommen? Warum schloss man mich hier erst noch ein? Wollte man nur eine schriftliche Erklärung von mir haben, um mich dann abzutun, damit ich nicht widerrufen kann? Diese Gedanken verfolgten mich. Ich schrieb die Vorgänge der Nacht nieder mit den gewünschten Unwahrheiten, unterschrieb aber nicht. Nach einer Weile erschien nicht der Adjutant, sondern 2 jüngere SS-Offiziere. „Sind Sie fertig?“ „Ja.“ Sie sahen sich das Schriftstück an. „Unterschreiben Sie!“ „Unterschreiben möchte ich erst, wenn ich aus dem Arrest heraus bin.“ „Los! Los! Unterschreiben Sie! Der Herr Adjutant wartet.“ „Ich fürchte, wenn ich erst unterschrieben habe, komme ich hier nicht mehr lebend heraus. Darum will ich erst draussen unterschreiben.“ Man wollte auf mich eindringen. Ich ergab mich in mein Schicksal. Ich unterschrieb, ich war ja doch in ihrer Hand. Sie entfernten sich mit dem Schriftstück. Ich war wieder allein in meiner Zelle. Ich beobachtete das Guckloch in der Türe. Würde man einfach durchschliessen? Dass der Adjutant nicht selbst gekommen war, um ein richtiges Protokoll aufzunehmen, schien meine Befürchtungen zu bestätigen. Schliesslich öffnete sich die Zellentüre, und ich wurde wieder in das Vernehmungszimmer geführt. Darin sass der Adjutant mit einem SS an der Schreibmaschine. Er hatte mein Schriftstück in der Hand und diktierte entsprechend das Protokoll, indem er die ganzen Vorgänge auf meinem Grundstück und das Hinschleifen zur Synagoge fortliess. Vor dem Unterschreiben fragte er plötzlich, ob ich schon polizeilich vernommen sei. Er wusste also ganz genau, dass meine ersten Angaben wahr gewesen waren, nicht die jetzt protokollierten. Ich verneinte. Dann liess er unterschreiben und gab Befehl, mich zu entlassen. Er entfernte sich. Derselbe SS, der mir vorher den Strick um den Hals gelegt hatte, gab mir nun meine Schuhe zurück, die ich dort mit Holzpantoffeln hatte vertauschen müssen. Dann liess er mich aus dem Arresthaus heraus, machte aber keine Miene, das Tor in der Mauer aufzuschliessen. „Jetzt wirst Du doch erschossen.“ Ich dachte an Tosca.¹⁰ Bestand

¹⁰ In der Oper Tosca von Giacomo Puccini wird der Geliebte der Titelheldin nicht, wie sie annahm, nur zum Schein, sondern tatsächlich hingerichtet.

ein anderer Befehl? War die in meiner Gegenwart gegebene Anweisung, mich zu entlassen, nicht ernst gemeint? Ich lief zur Mauerpforte und ruettelte daran. „Herkommen!“ Ich kam wieder zurück. „Stell Dich an die Mauer.“ Er fasste an seine Pistole. Dann öffnete er endlich die Pforte in der Mauer: „Auf Schreibstube melden, dass Sie entlassen sind.“ Ich atmete auf. Es war inzwischen Nachmittag geworden. Ich lief über den grossen Platz zur Schreibstube, um mich zu melden. Kaum war ich drin, erhielt ich von einem SS eine Ohrfeige und war gleich wieder herausgeworfen, bevor ich überhaupt etwas sagen konnte. Ich kehrte nun in meine Baracke zurück. Die Kameraden waren schon in grosser Sorge gewesen, da ich seit dem frühen Morgen fort war. Dass ich verstört aussah, war zu verstehen. Ich hütete mich natürlich, irgendeine Andeutung zu machen. Denn die Folgen konnte ich mir ausmalen. Der Blockälteste war im Bilde, wahrscheinlich von der Schreibstube her. Er band mir auf die Seele, nur ja den Mund zu halten. Es war rührend, wie die alten Häftlinge in unserem Block sich jetzt um mich kümmerten. Sie sahen nur meine Handgelenke an, wo ja die Striemen noch zu sehen waren, und sagten weiter nichts. Sie wussten Bescheid. Nächsten Tag teilten sie mich zum Stubendienst ein, damit ich nicht aus der Baracke heraus brauchte. Solche Methoden schienen also häufiger vorzukommen. Ich lebte jetzt in ständiger Sorge, ich könnte noch vor meiner Entlassung, die ja nach der Bemerkung des Adjutanten von der Auswanderung abhing, zu einer gerichtlichen Vernehmung überführt werden. Ich hätte diese Aussage doch nie beschwören können. Ich schrieb, dass möglichst schnelle Auswanderung in meinem Falle besonders dringend sei.

Da die Entlassungen vorwärts gingen, zuweilen 150 bis 200 Mann pro Tag, mussten jetzt auch die älteren Jahrgänge zur Aussenarbeit in das Industrierwerk. An sich zog ich die Arbeit dem Exerzieren vor, da man wenigstens warm wurde. Angst hatte ich aber vor dem Schleppen von zentnerschweren Zementsäcken. Dem fühlte ich mich nicht gewachsen. Die Kameraden rieten mir, mich gleich beim Aufruf zur Kolonne Nr. soundso zu stellen, die mit Sandschuppen beschäftigt war. Wir marschierten in der Morgendämmerung nach dem Appell in langer Kolonne ab, auf beiden Seiten von SS-Posten mit Gewehr begleitet. Der Marsch geht durch wunderbaren Wald. Aber hier ist kein Raum für Naturgenuss. Die Rufe der SS-Posten: „Tritt! Aufbleiben! Vordermann! Richtung“ brechen nicht ab. Will man nicht Ohrfeigen oder Fusstritte ernten, heisst es aufpassen. Denn marschieren können nur die Vordersten. Wir ändern müssen immer wieder Laufschritt machen, da die Kolonne sich stets auseinanderzieht. So geht es eine halbe Stunde lang, bis das Industrierwerk erreicht ist. Als endlich die ganze lange Kolonne steht, werden wir abgezählt. Dann treten die verschiedenen Arbeitsgruppen an. Einige SS-Posten, besonders als wir österreichische SS da hatten, benutzen das zu Schikanen. Alsdann werden Spaten geholt und im Laufschritt durch den tiefen Sand zu den weit auseinanderliegenden Arbeitsstellen abgerückt. Ich bin bei der Gruppe, die in einer Kette schaufelt und auf diese Weise den Sand von einer Seite zur anderen schafft, wo planiert wird. Einer der Vorarbeiter hat Humor genug zu kommandieren: „Vorwärts! Vorwärts! Die märkische Erde will bewegt werden.“ Hier staune ich, wie viele Handarbeiter es doch unter den Juden gibt. Wenn man gerade einen Tiefbauarbeiter neben sich hat, kann man das Tempo nicht mithalten. Wehe dem, vor dem sich grade ein Sandhaufen türmte, wenn ein SS kontrollieren kam. Eine andere Kolonne nannte man das Karussell. Wir waren noch halbwegs modern, indem wir uns eines Spatens bedienten, im Karussell zog man sich den Rock aus und zog ihn verkehrt wieder an, so dass hinten die obersten Knöpfe

zugeknöpft werden konnten. Dann hielt man den unteren Teil wie eine Schürze, liess sich Sand hinein schippen und marschierte im Gänsemarsch zum anderen Ende der Fläche, wo man den Sand wieder fallen liess. Da sich alles im Kreise bewegte – daher der Name: Karussell –, kam man wieder am ersten Punkte an, erhielt man seine Schaufel Sand in den Rockschoß, und das Spiel ging so weiter. War SS in der Nähe, musste alles im Laufschrift gemacht werden. Für die Zeiteinteilung aller Kolonnen waren die grossen Loren massgebend, die von einer anderen Arbeitsgruppe auf Gleisen gezogen und geschoben wurden. Hatten sie sieben Loren heraufgezogen, so war die Zeit zum Mittagsappell da, inclusive hin- und herlaufen, abzählen, das mitgebrachte Mittagbrot verzehren eine halbe Stunde. Einmal hatte ich das Pech, dass gerade noch am Nachmittag ein Kahn mit Zement ankam. Auch unsere Gruppe wurde zum Abladen kommandiert. Unten am Kanal lag der Kahn. Von der höheren Uferböschung führten zwei Bretterstege herunter zu den beiden Aufladestellen. Der Zement befand sich in Papiersäcken. Es kam viel darauf an, dass einem der Sack richtig aufgepackt wurde. Ich öffnete wie alle vorn die obersten Rockknöpfe. Dann war auch an mir die Reihe, mich hinzusetzen und mir meinen Zentnersack aufpacken zu lassen. Ich war schon stolz, mich ohne Hilfe damit erheben zu können. Aber zuerst war es, als ob es einem das Kreuz umbrechen würde. Mit gutem Schwung ging es das Laufbrett zum Ufer herauf. Jetzt musste man durch tiefen losen Sand. Nun ergab sich eine andere Schwierigkeit. Wenn man den Kopf tief herunter nahm, da der Sack mehr auf dem Nacken ruhte, so war das Gewicht am besten ausbalanciert. Aber dann sah man nur einige Schritte vor sich den Boden und konnte den Weg nicht sehen, wo der Zement hinzubringen war. Ich richtete mich nach den Beinen meines Vordermannes. Hob man den Kopf, um selbst seinen Weg zu sehen, so kam der Sack ins Rutschen. Mit den Händen konnte man diese prall gefüllten Papiersäcke nicht fassen, um sie zu halten. Zum Glück war die Abenddämmerung nicht mehr weit und wir für dieses Mal bald erlöst. Einer ist eines Tages in den Kanal gesprungen, wurde aber wieder herausgeholt. Ich hörte nun von Kameraden, dass man von den grossen Loren nie zum Zementtragen fortgeholt wurde. Daher trat ich beim nächsten Mal gleich bei dieser Arbeitskolonne ein, bei der ich dann bis zum Schluss blieb. Wir hatten zunächst die Loren mit Sand voll zu schippen, wobei es galt, hoch im Bogen zu werfen, dass sich der Sand, ohne zu streuen von oben in die hochwandige Lore senkte. Einmal erschienen bei dieser Arbeit zwei SS-Offiziere, stellten sich oben auf die Sandhaufen und streuten uns mit den Händen Sand auf den Kopf, was ihnen kolossalen Spass zu bereiten schien. War die Lore voll, dann wurde sie auf dem Gleis, auf dem sie stand, nach dem entgegengesetzten Ende des Terrains gezogen. 12 Mann an zwei Langtauen mit je drei Knüppeln zogen vorn wie die Wolgaschlepper, andere schoben hinten und an den Seiten. In den Kurven ging es besonders schwer. War man am Ende des Gleises angelangt und die Lore dort ausgekippt, so entstand immer eine angenehme Pause, bis die anderen Loren nachgekommen und ebenfalls gekippt waren. Die Strecke lief am äussersten Ende des Platzes entlang. Er fiel dort in einer Böschung zum Rande eines Kiefernwaldchens ab. An dessen Rande stand die Postenkette der SS. Einmal sahen wir, wie ein SS einen Häftling herunter rief. Dieser war dumm oder ängstlich genug, herunter zu laufen. Der SS liess ihn hinlegen, sich im Sande rollen etc. Unser Blockältester hatte uns instruiert, dass wir Weisungen der Posten, unsere Arbeit zu verlassen, nicht zu befolgen brauchten und auch die Posten ihren Platz nicht verlassen durften. Es sei vorgekommen, dass die Posten einen Häftling so lange sich im Sande rollen liessen, bis er dabei über die Postenlinie

herauskam und ihn dann abschossen. Daher hatte der Dienst bei diesem Industriewerk auch den Namen „Kommando Schiessplatz.“ Selbst habe ich derartiges nicht erlebt.

Eines Nachmittags erschienen zwei SS-Führer in unserer Baracke.

Das Strammstehen und Aufspringen bei dem Ruf „Achtung“ war ihnen wohl nicht schnell genug gegangen. Es waren nur der Stubendienst, also ältere Leute, ausser mir, so um 60 Jahre alt, anwesend. Sie kommandierten: „Hinlegen! Achtung! Hinlegen! Achtung!“ Dann: „Marsch in den Schlafraum!“ Unser Blockältester rief uns noch zu: „Brillen weg!“ Im Schlafraum lag das Stroh für die Nacht auf einem grossen Haufen. Da mussten wir uns hineinwühlen. „Volle Fliegerdeckung! Tiefer! Wir wollen Euch gar nicht sehen.“ Sie konnten sich darüber totlachen. Das waren so ihre Vergnügungen, um sich die Langeweile zu vertreiben.

Ein anderes Mal ertönte nachts die Feuersirene. Die alten Häftlinge hatten uns gesagt, dass bei dem Brand einer Baracke niemand lebend herauskäme. Die Maschinengewehre würden auf jeden schiessen, der die Baracke zu verlassen wünschte. Heller Feuerschein stand am Himmel. Zum Glück war der Brand nicht im Lager, sondern auf der anderen Seite der Chaussee in den Baracken des dort stationierten SS-Regiments.

Eines Tages war wieder mal eine Besichtigung angesagt, darunter von höheren Reichswehroffizieren. Schon am Vormittag durfte kein W.C. mehr benutzt werden. Das Verbot, die Baracken während des Tages zu betreten, wurde besonders scharf kontrolliert. Wir marschierten, besonders viel ältere Leute, Stunden und Stunden auf dem grossen Appellplatz herum. Da zuweilen die Natur stärker ist als Angst und Wille, liessen ältere Leute einfach im Marschieren oder beim „rührt Euch“ ihr Wasser, wo sie sich grade befanden. Es war ein Segen, dass es regnete und der Platz ohnehin feucht war. Kein Mensch sagte etwas. Auch Disziplin hat anscheinend ihre Grenzen. Bei dieser Besichtigung fuhr ein Reichswehroffizier einen Blockältesten an, warum nicht geheizt sei. Es wurde jetzt Erlaubnis gegeben, die Baracken zu heizen. Besichtigungen waren überhaupt häufig, einmal auch von Pressevertretern. Die Nähe Berlins war wohl überhaupt ein Glück für uns.

An einem anderen Tage erhielt ich mit einigen anderen Kameraden aus meinem Heimort Befehl, uns nach dem Abendappell an der Schreibstube zu melden. Während unser Block zum Baden abrückte, mussten wir zu unserem Leidwesen noch Stunden und Stunden herumstehen, ohne zu wissen, was mit uns los sei. Schliesslich hörten wir, der Notar sei noch nicht da. Wir waren alle Grundstückbesitzer. Es war ziemlich kalt und wir vom frühen Morgen an ohne wesentliche Nahrung auf den Beinen, im Freien ohne Mütze, ohne Mantel. An diesem Abend wäre ich auch bald gekippt, zumal man stundenlang auf einem Fleck stehen musste. Wir wurden schliesslich einzeln hereingerufen. Die Polizei verlangte den Verkauf unserer Grundstücke. Ich sollte meiner Frau eine notarielle Vollmacht erteilen. Ich wollte etwas über den Kaufpreis in die Verkaufsvollmacht hereinnehmen. Der Notar erklärte: „Ich muss es ablehnen, über den Preis irgend etwas aufzunehmen. Den Preis bestimmt die Regierung.“ Wir unterschrieben natürlich alle. Was hätten wir in unserer Lage tun sollen? Da der Völkische Beobachter und der Angriff¹¹ in den Blocks gehalten wurde, hatten wir ja die Gesetze gelesen. Aber Gesetze gaben ja nur den Ton an. Wesentlich war, was das volle Orchester des Parteiapparates

11 Der Angriff: Zeitung für den NSDAP-Gau Berlin.

daraus machte. Und das konnten wir im KZ nicht wissen. Ein oder zwei Tage später war einer der Kameraden, die zu meinem Tisch gehörten, schon beim Morgenappell so krank, dass er nicht mehr ohne Hilfe stehen konnte. Da ich Tischältester war,¹² beauftragte mich der Blockälteste, mich um ihn zu kümmern. Ich führte ihn zu der Kolonne der Revierkranken. Als wir hörten, dass wir uns bis halb zwei am Tor anstellen müssten, sagte ich ihm, das würden wir beide nicht aushalten, dann wollten wir lieber sehen, uns noch irgendeiner Arbeitskolonne anzuschliessen. Hier ist noch ein Vorgang nachzutragen, der sich bei der obenerwähnten Besichtigung abspielte. Einer von meinen Kameraden von unserem Tisch war schwer zuckerkrank. Seitdem er in der Baracke bewusstlos geworden war, erhielt er laufend seine Insulinspritzen. Am Tage der Besichtigung war der Sanitäter (alles Häftlinge) gerade beim Spritzen, da erschien der SS-Arzt und warf unseren Kameraden mit einem Fusstritt heraus, dass die Kanüle abbrach. Er hat uns das sofort erzählt. Kehren wir zu der Schilderung vom Eingang dieses Absatzes zurück. Alle Arbeitskolonnen waren schon abgerückt, bis auf die ältesten Leute, die zum Holzplatz geführt wurden. Wir traten dort ein. Der Holzplatz lag zwischen der inneren und äusseren Mauer des Lagers. Hier wurde Reisig von einem Haufen zum anderen hin- und hergetragen. Mein Kamerad musste sich häufig übergeben und ich ihm den Kopf halten. Man kümmerte sich nicht weiter um uns, da man ja sah, dass er wirklich krank war. Zum Glück kam auch noch die Sonne heraus und verbreitete etwas Wärme. (Dezember). Wir kamen aber noch in eine kritische Lage, da ausgerechnet eine Alterskontrolle an diesem Tage stattfand und wir ja für dieses Kommando viel zu jung waren. Es gelang uns glücklicherweise, uns um die Kontrolle zu drücken. Mein Kamerad meinte gegen Abend zu mir: „Du bist so ein guter Mensch, ich habe so ein Gefühl, Du wirst heute entlassen.“ Als wir abends zum Appellplatz zurückkamen und bei unserem Block eintreten wollten, blinzelte mir unser Blockälteste zu. Ich trat näher. „Wirst morgen entlassen. Gratuliere.“ Das Gefühl des Aufatmens und der Freude beschreiben zu wollen, ist mit Worten nicht möglich. Am nächsten Morgen standen wir, etwa 200 Mann, „frisch rasiert“, wie es der Befehl vorschreibt, wenn es zur Entlassung geht, vor der Schreibstube. Warten. Warten. Dann wird nach Namen aufgerufen. Wieder warten. Jetzt werden Gruppen gebildet, offenbar entsprechend der Fassungskraft des Badesaales. Ich gehöre zu einer der letzten Gruppen. Wir sehen auf Handwagen unsere Gepäckbündel anfahren. Schon steht die erste Gruppe bereits in Zivil am inneren Tor. Wir stehen nun vor dem Eingang der Badebaracke. Wer eine weite Reise hatte, konnte sich melden. Der bekommt ein sauber verschnürtes Paket mit geschmierten Stullen. Wir hätten uns alle gemeldet, hätten wir geahnt, wie lange sich die Entlassung hinziehen würde. Endlich kommen wir zum Baden heran. Zum Ankleiden finden wir unsere Zivilsachen als zusammengeschnürtes Bündel vor. In diesem Zustande waren sie desinfiziert worden. Danach sahen sie auch aus. Jetzt begriffen wir, warum die Entlassenen, die wir häufig von der Arbeitsstätte in der Siedlung beobachtet hatten, immer den Hut in der Hand trugen. Die Hüte waren sämtlich zu klein geworden. Als wir angezogen waren, hiess es alle Taschen nach aussen umstülpen. Wir wussten, dass wir keinerlei Mitteilungen, nicht einmal die empfangene Post mitnehmen durften. Nur amtliche Schriftstücke durften wir behalten. SS-Leute kontrollierten. Dann traten wir auf Namensaufruf an einen Tisch heran, wo ein anderer SS die Brieftaschen und die Wertsachen wie Uhr, Füllhalter und dergleichen zurückgab.

¹² Tischältester: Rang innerhalb der Häftlingshierarchie.

Manchmal machte er seine Bemerkungen, so auf das Bild der Frau: „Das ist also die Sara.“ Bei einem war der Pelzmantel nicht zu finden gewesen. Er wurde in allen Lager-räumen herumgeführt, bis er schliesslich seinen Pelz fand. Nun konnten wir diesen Raum verlassen. Jetzt standen wir wieder da, wo wir schon am Morgen gestanden hatten, aber jetzt in unserer Zivilkleidung mit warmer Unterwäsche und im Mantel. Die Blocks waren schon zum Mittagsappell angetreten. Nach einer Weile marschierten wir zum Torhaus herüber und traten auf der Innenseite an, Front zum Appellplatz. Der Lagerkommandant erschien: „Ihr werdet entlassen, damit ihr schnellstens aus Deutschland verschwindet. Lasst euch hier nicht zum zweiten Male blicken. Wenn jemand eine Beschwerde hat, dann trete er vor.“ Es meldete sich keiner. Nun konnten wir das innere Tor passieren. Jetzt standen wir vor den Büros angetreten, die sich innerhalb der äusseren Umfassungsmauer befinden. Es war bereits Nachmittag geworden. Die, welche eine weite Reise hatten, packten die empfangenen Stullenpakete aus. Aber sie gaben kameradschaftlich ab. Wir wurden namentlich aufgerufen, um ein Formular zu unterschreiben, dass wir keinerlei gesundheitliche Schäden erlitten und keine Ansprüche gegen die Lagerverwaltung hätten. In einem anderen Büro wurde uns genaue Abrechnung über das abgelieferte Geld – wir hatten Wochenraten von 15 Mark für die Kantine bekommen – vorgelegt und der Rest ausgezahlt. Geldtelegramme, die noch eingelaufen waren, wurden noch berücksichtigt. Nun waren wir eigentlich fertig. Aber wir standen und standen. Alle Augenblick kamen SS-Leute vorbei, was zum Strammstehen nötigte. Einer befahl uns, kehrzumachen, damit unser Anblick sein edles Arierauge nicht beleidigte. Es wurde dunkel. Wir standen immer noch. Wir sollten mit unserem Transport noch einige mitnehmen, die anscheinend noch auf telegraphische Weisung zur Entlassung kamen. Endlich in der Abendstunde erschien ein SS im Stahlhelm. Links um! Und unsere Kolonne marschierte aus dem äusseren Tor. Er führte uns bis zu dem Schlagbaum dicht vor Oranienburg, dann gab er uns frei. Frei! Jetzt lösten wir uns in Gruppen von Freunden und Bekannten auf. Manche kauften gleich in den Läden der Stadt Kuchen oder Zigaretten. Wir hatten ja seit dem Morgen nichts zu essen gehabt. Ich eilte, zum Bahnhof zu kommen, um möglichst schnell Berlin zu erreichen. Endlich um sieben fuhr der Vorortzug ab. Als ich im Bahnhof Friedrichstrasse die Rolltreppe zum anderen Bahnsteig hochfahren wollte, flüsterte es hinter mir: „Sie kommen von Oranienburg?“ Schon die Gestapo? erschrak ich. Da sprach er schon weiter: „Vom jüdischen Hilfsverein. Brauchen Sie etwas?“ Ich dankte. Manche hatten nicht einmal das Fahrgeld zum Nachhausefahren. Ich fuhr zunächst zu meinem Bruder, der schon früher entlassen war. Meine Frau hatte gerade an diesem Tage Berlin verlassen. Ich meldete mich telefonisch.

[...] ¹³

13 Im letzten Teil berichtet Siegfried Neumann, dass er nach der Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen sein Haus geplündert vorfand. Er wurde zu einer Zwangsversteigerung an einen SA-Führer genötigt, zog danach für einige Monate nach Berlin, bevor ihm im März 1939 die Ausreise nach Shanghai gelang.

DOK. 228

Im Kinderbuch „Der Giftpilz“ von 1938 wird der Begriff „Ostjude“ erläutert¹

Auszug aus dem Kinderbuch „Der Giftpilz“ von Ernst Hiemer²

So kamen die Juden zu uns

In einer kleinen, alten Stadt. Freundlich lacht die Sonne herunter auf die schmucken Häuser und die sauberen Gassen. Die Turmuhr des Rathauses schlägt eben die vierte Nachmittagsstunde. Die Schule ist aus. Die Büchertasche auf dem Rücken oder unterm Arm, so stürmen die Kinder heimwärts. Auch Fritz und Karl sind dabei. Sie haben ausgemacht, miteinander zum Baden zu gehen. Das Wasser ist zwar noch ein bißchen kalt. Aber das macht nichts. Deutsche Buben sind nicht zimperlich. Die können schon was ertragen. Mitten in der Straße bleibt Fritz plötzlich stehen. Er blickt auf eine Gruppe von drei Männern.

„Karl, da schau mal hin! Um Gottes willen, wie sehen denn die Männer aus!“

„Ach, du meinst die drei Ostjuden da vorne? Die kenn’ ich schon. Die sind seit gestern in unserer Stadt.“

Der kleine Fritz hat zwar schon viele Juden gesehen. Aber so schmutzige und so häßliche sind ihm noch nicht unter die Augen gekommen.

„Warum sagst du Ostjuden?“ fragt Fritz.

Karl weiß Bescheid. Er ist nicht umsonst ein Jahr älter als der Fritz und der beste Schüler der Klasse.

„Also paß auf, Fritz! Die Juden, die wir dort sehen, die kommen von Galizien oder Polen. Und weil nun die Heimat dieser Juden im Osten von Deutschland liegt, darum heißt man sie Ostjuden. Verstehst du das?“

Natürlich hatte Fritz das gleich begriffen. Aber er kann sich immer noch nicht fassen.

„Schau nur diese Kerle an! Diese grauenhaften Judennasen! Diese verlausten Bärte! Diese schmutzigen, wegstehenden Ohren! Diese krummen Beine! Diese Plattfüße! Und diese verschmierten, fettigen Kleider! Schau nur, wie sie mit den Händen herumfuchteln! Wie sie mauscheln! Und die, die wollen auch Menschen sein?“ fragt Fritz.

„Und was für Menschen!“ erwidert Karl. „Sie sind Verbrecher der schlimmsten Art. Sie lügen und betrügen, sie stehlen und hehlen, daß einem angst werden könnte vor so viel Gemeinheit. Zuerst handeln sie mit Lumpen, Knochen, Papier, alten Möbeln und sonstigem Gerümpel. Schließlich machen sie kleine Ladengeschäfte auf. Sie arbeiten mit Dieben und Räubern zusammen. Die gestohlenen Waren kommen zu den Juden und die verkaufen sie wieder. Dabei verdienen sie viel Geld.“

„Und wenn sie durch ihre Gaunereien reich geworden sind, was tun sie dann?“ fragt wieder der Fritz.

Karl antwortet:

„Wenn sie genug Geld haben, dann ziehen sie ihre schmutzigen Fetzen aus, schneiden ihre Bärte ab, lassen sich entlausen, kleiden sich mit modernen Anzügen und steigen

¹ Der Giftpilz, Ein Stürmerbuch für Jung und Alt, Erzählungen von Ernst Hiemer, Bilder von Fips, Verlag Der Stürmer, Nürnberg 1938, S. 12–14.

² Ernst Hiemer (1900–1974), Schriftsteller und Lektor; 1933 NSDAP-Eintritt; Geschäftsführer der National-Verlags-GmbH in Augsburg, für die Fränkische Tageszeitung tätig, von 1935 an Mitarbeiter und 1938–1941 Hauptschriftleiter der NS-Zeitung Der Stürmer; lebte nach 1945 in Nürnberg; Autor u.a. von „Der Giftpilz“ (1938) und „Der Jude im Sprichwort der Völker“ (1942).

herum, als ob sie Nichtjuden wären. In Deutschland reden sie die deutsche Sprache und tun, als ob sie Deutsche wären. In Frankreich reden sie französisch und behaupten, Franzosen zu sein. In Italien wollen sie Italiener sein, in Holland Holländer, in Amerika Amerikaner und so weiter. So treiben sie es in der ganzen Welt.“

Nun muß Fritz lachen.

„Aber hör mal, Karl, das hilft ihnen doch nichts. Ihre verbogenen Judennasen, ihre Judenohren, ihre krummen Judenbeine und ihre Judenplattfüße können sie nicht abschneiden lassen. Also kennt man sie doch gleich als Juden!“

Karl nickt.

„Natürlich kennt man sie, wenn man die Augen richtig aufmacht. Leider gibt es aber viele Leute, die fallen auf den Judenschwindel immer noch herein.“

„Aber ich nicht!“ ruft Fritz, „Ich kenne die Juden! Und ich weiß auch einen feinen Spruch: Vom Osten kamen sie einst her,
Verschmutzt, verlaust, den Beutel leer.
Doch schon nach wenigen Jahren
Sie reich geworden waren.
Heut kleiden Sie sich hochfein ein,
Sie wollen nicht mehr Juden sein.
Drum Augen auf und merkt euch gut:
Ein Jude bleibt ein Jude!“

DOK. 229

Paul Martin Neurath reflektiert über Krankheit und Tod im Konzentrationslager im Jahr 1938¹

Auszug aus der Dissertation von Paul Martin Neurath²

Krankheit und Tod

Die Sterberate im Lager ist extrem hoch, aber die Zahl der Männer, die direkt an Missethandlungen sterben oder erschossen werden, ist erheblich kleiner, als die Menschen draußen annehmen dürften. Das Lager bringt seine Opfer gewöhnlich auf weniger spektakuläre Weise um. Es gleicht weniger einem wüsten Mörder, der Amok läuft, als einer furchtbaren Maschine, die ihre Opfer langsam, aber gnadenlos zermalmt. Die größte Zahl der Todesfälle ist auf die allgemeinen Bedingungen zurückzuführen: Gewöhnlich kann man nicht einmal genau sagen, woran jemand gestorben ist. Wenn man vom Tod eines Mannes hört und fragt: „War etwas Besonderes mit ihm?“, lautet die

1 P. Lazarsfeld Archiv, NAW-71.10-TA; abgedruckt in: Paul Martin Neurath, Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, hrsg. von Christian Fleck und Nico Stehr, Frankfurt a.M. 2004, S. 78–86. Das Manuskript der Dissertation hat Neurath 1943 abgeschlossen und unter dem Titel „Social Life in the German Concentration Camps Dachau and Buchenwald“ im Juni 1951 bei der Fakultät für Politische Wissenschaft der Columbia University als Dissertation eingereicht. Das Copyright für den hier abgedruckten Text und die Übersetzung liegt beim Suhrkamp-Verlag.

2 Dr. Paul Martin Neurath (1911–2001), Jurist und Soziologe; nach dem Anschluss in Wien verhaftet, am 1.4. 1938 nach Dachau, im Sept. von dort nach Buchenwald verschleppt, im Mai 1939 entlassen; Emigration über Schweden in die USA, Professor für Soziologie in New York.

Antwort in den allermeisten Fällen: „Nein, nichts Besonderes. Der Buchenwald hat ihn geschluckt.“

Die Männer sind überarbeitet, zu dünn gekleidet und unterernährt. Sie arbeiten bei jedem Wetter, bei Regen und Schnee und glühender Sonne. Wunden und Krankheiten werden nicht behandelt, bis sie ein Stadium erreicht haben, in dem man sie nicht mehr ignorieren kann, und die Behandlung wird eingestellt, ehe der Patient wirklich geheilt ist. Innere Krankheiten werden fast gar nicht behandelt, weil diejenigen, die sich über Krankheiten beklagen, die man nicht sehen kann, als Simulanten gelten. Für Männer mit Erkrankungen der Verdauungsorgane gibt es keine besondere Diät, außer für die wenigen Fälle, die in den Krankenbau aufgenommen werden. Für Zuckerkranken gibt es weder Insulin noch sonst eine Behandlung, ebenso wenig für Herzkrankheiten oder für Erkrankungen der Atemwege. Nur eine voll entwickelte Lungenentzündung wird anerkannt, und bei dieser beträgt die Sterberate sechzig bis siebzig Prozent. Arthritis ist eine unbekannte Krankheit, weil man sie nicht sehen kann, ebenso wie praktisch alle Nervenkrankheiten. Nur tatsächlicher Irrsinn wird in gewissem Maße anerkannt – und auch dann nicht in Form von Behandlung, sondern in Form von Absonderung. Die unbestreitbar Irren werden in besondere Gruppen gesteckt und arbeiten auch zusammen.

Wegen der geschwächten körperlichen Widerstandskräfte entwickeln sich Verletzungen und kleine Infektionen sofort zu großen, eiternden Wunden. Die Männer müssen weiter im Schmutz arbeiten, bis der betreffende Körperteil schließlich nicht mehr funktionsfähig ist. Eine Blutvergiftung tritt ein, und das infizierte Zellgewebe beginnt zu verfaulen. Dies ist eine der typischsten KZ-Krankheiten: „Zellulitis“ oder „Phlegmone“³. Dann greift der Krankenbau ein und schneidet. Manchmal bringt das den Verfaulungsprozess zum Stillstand. Wenn nicht, werden Finger, Hände, Arme, Füße amputiert.

Wenn die Männer Erkältungen haben, bei denen man normalerweise ein paar Tage das Bett hüten oder sich vielleicht auch nur ein paar Tage lang nicht wohl fühlen würde, müssen sie weiter arbeiten, bis das Fieber auf mindestens 39,4° gestiegen ist. Dann kommen sie, wenn sie Glück haben, in den Krankenbau – aber dann ist es oft auch schon zu spät, und es ist bereits eine Lungenentzündung daraus geworden. Im Winter nahmen die Erfrierungen katastrophale Ausmaße an. Die Männer kamen zu Hunderten mit Erfrierungen an, mehr, als der Krankenbau behandeln konnte. Die meisten wurden wieder weggeschickt. Manche erhielten die einzig verfügbare Behandlung: täglich eine Stunde Baden der Hände in lauwarmem Wasser. Dann zurück zur Arbeit. In Ausnahmefällen wurden ihnen ein paar Tage Arbeitsbefreiung gewährt.

Den Sommer über durften die Häftlinge kein Wasser trinken. Stattdessen wurden sie zu schnellerer Arbeit angetrieben. Viele starben an Sonnenstich oder an allgemeiner Erschöpfung.

Erstaunlich ist, dass es unter diesen Bedingungen nicht mehr Epidemien gab, als es tatsächlich der Fall war. In Dachau gab es, während ich dort war, gar keine. In Buchenwald kam es im Frühjahr 1939 zu einer Typhusepidemie. Sie wütete zwei Monate lang im Lager. Die Häftlinge im Krankenbau fochten einen erbitterten Kampf, um die Tatsache, dass es eine Epidemie gab, vor der Lagerleitung geheim zu halten. Sie wussten, dass bei Bekanntwerden sofort alle Entlassungen eingestellt würden. Aber auf Dauer konnte sie nicht verborgen bleiben. Sechs Monate lang gab es keine Entlassungen mehr.

3 Eitrige Entzündung des Bindegewebes.

Die Lagerleitung, die fürchtete, dass die Krankheit auf das SS-Lager und das Umland übergreifen könnte, ließ alle Männer im Lager dreimal impfen. Ein paar Krankenwärter standen auf dem Appellplatz und impften die Männer, die sich zu Tausenden anstellten. Die Spritzen wurden zwischen den einzelnen Impfungen weder ausgetauscht noch sterilisiert. Die Lagerleitung fürchtete, dass dies zur Verbreitung von Geschlechtskrankheiten führen könnte, und sie fürchtete auch, dass Männer, die Angst vor der Impfung hatten, sich ihr entziehen könnten. Die einzige Maßnahme, die sie ergriff, war zu drohen: „Jeder, der Syphilis hat und sich nicht impfen lässt, kriegt ‚Fünfundzwanzig‘.⁴ Jeder, der sich nicht impfen lässt, kriegt ebenfalls ‚Fünfundzwanzig‘“. Tatsächlich bekam nie jemand aus einem dieser beiden Gründe „Fünfundzwanzig“, aber viele Männer, unter anderem Syphilitiker, wurden beim Anstehen wegen „ungebührlichen Benehmens“ verprügelt; und andere, vor allem Zigeuner, die vor der Spritze Angst hatten und sich deshalb im Wald versteckten, wurden wegen Bummelei bestraft.

Es war eine relativ leichte Typhus-Attacke. Es gab nur etwa 350 Fälle (also rund vier Prozent aller Häftlinge), von denen etwa 180 starben. Die Erreger machten am Zaun nicht Halt, und auch die SS-Männer und einige der benachbarten Dörfer bekamen ihren Anteil vom Typhus ab.

Im Dezember 1938 brach eine Epidemie mit einer Darmkrankheit aus. Sie war nicht tödlich und endete von selbst, als der schwere Frost einsetzte, der offenbar die Erreger abtötete. Eine Meningitis-Epidemie wurde im Januar 1939 zum Stillstand gebracht, nachdem sie fünfzehn Menschenleben gekostet hatte. Diesmal reagierte die Lagerleitung wirksam und stellte erstklassiges Serum zur Verfügung. Die Gefahr war zu groß.

Zu Beginn der Typhus-Epidemie wie auch bei anderen Anlässen bestand der erste Versuch des SS-Arztes, die Krankheit aufzuhalten, stets darin, die Bazillenträger zu töten, indem er ihnen eine Überdosis Morphin spritzen ließ. Diese Strategie des individuellen Mordes wurde fortgesetzt, bis entweder die Krankheit verschwunden war oder die Epidemie das ganze Lager erfasst hatte. Über diesen Tatbestand, der vielen Häftlingen unbekannt war, wurde ich von einem Mann aufgeklärt, der im Krankenbau arbeitete und wiederholt Zeuge war, wenn der SS-Arzt den Häftlings-Krankenwärter anwies, einen bestimmten Bazillenträger zu töten; fand er den Kranken bei der nächsten Visite noch am Leben, gab ihm der Arzt selber die letzte Spritze.

In Dachau besteht der Krankenbau aus zwei Blocks mit rund 80 Betten; in Buchenwald aus drei Blocks mit rund 170 Betten. In Buchenwald ist er in zwei ganz voneinander getrennte Einheiten aufgeteilt, eine für Nichtjuden (120 Betten) und eine für Juden (50 Betten). Der nichtjüdische Krankenbau liegt innerhalb des Stacheldrahtbereichs im Wald unterhalb vom Lager; der jüdische Krankenbau ist einer der regulären Lagerblocks.

In beiden Lagern untersteht der Krankenbau der Oberaufsicht des SS-Arztes, der auch für die SS-Lazarette zuständig ist. Aber entweder hat er nicht viel Zeit, oder der Häftlingskrankenbau interessiert ihn nicht besonders. Tatsächlich wird der Krankenbau in Dachau von zwei SS-Krankenwägtern und einigen Häftlingen, in Buchenwald fast ausschließlich von Häftlingen betreut. Diese Häftlinge sind gewöhnlich keine ehemaligen Ärzte, obwohl viele zur Verfügung stünden, sondern Männer mit anderen Berufen: zum Beispiel ein Drucker, ein Schreiner und so weiter. Diese Männer bilden einander in der Behandlung von Wun-

4 Gemeint sind Stockhieße.

den und Krankheiten aus und erwerben durch jahrelange Übung erstaunliche Fähigkeiten. Sie führen selbst größere Operationen wie Arm- und Beinamputationen durch. Wie der Erste von ihnen dies jemals gelernt hat, weiß ich nicht.

Während meiner Zeit war der Oberkrankenwärter des Krankenbaus in Buchenwald ein ehemaliger Drucker, und der Mann, der die kompliziertesten Operationen durchführte, ein ehemaliger Kunsttischler. Es ist nicht ganz klar, warum praktisch niemals ehemalige Ärzte zu Krankenwärtern gemacht werden. Die oft angegebene Begründung, die Lagerleitung wolle verhindern, dass sie sich für etwas Besseres hielten als der Rest der Häftlinge, klingt nicht sonderlich überzeugend.

Jedenfalls entwickeln die Männer im Krankenbau großen Berufsstolz und einen Zunftgeist, der es ihnen schwer macht, sich bei den ehemaligen Ärzten unter den Häftlingen Rat zu holen. Solche Konsultationen finden nur gelegentlich und über persönliche Verbindungen statt.

Der Krankenbau behandelt ambulant und stationär. Es gibt ein Minimum an Sanitätsbedarf und Instrumenten und Arzneimitteln. Die Zahl der Verletzten, die Hilfe suchen, ist gewöhnlich größer, als während der Mittagspause, am Abend oder an den Sonntagen behandelt werden kann, und diejenigen, für die es keine Behandlung gibt, werden einfach weggeschickt. Wenn sie wiederkommen, werden sie geschlagen, vielleicht mit Stöcken und Prügeln – und wenn sie aus Angst erst dann wiederkommen, wenn die Wunde zu schlimm geworden ist, werden sie beschimpft, weil sie nicht früher gekommen sind, als die Behandlung noch nicht so lange gedauert hätte.

Der Krankenbau stellt auch Bescheinigungen aus, die besagen, dass der Inhaber nicht zu arbeiten braucht. Die so gewonnene freie Zeit muss er gewöhnlich damit zubringen, auf einer Lichtung im Wald herumzusitzen, bei jedem Wetter. Im Winter wurde den Kranken immerhin ein Block überlassen. Solche Bescheinigungen bekamen natürlich nur die schlimmsten Fälle. Wer sich durch Simulieren oder Bestechung einschlich, wurde bei den häufigen Überprüfungen durch SS-Offiziere wieder ausgesiebt. Andere Bescheinigungen gaben bestimmten Männern ein Anrecht auf Sonderarbeiten, etwa Socken stopfen, Schuhe flicken usw., Arbeiten, die ebenfalls getan werden müssen, aber leichter sind als die normale Arbeit, und die deshalb nur die Invaliden bekommen.

Der Umgangston im Krankenbau ist rau und grob. Die Männer sind „abgebrüht“. Sie haben das Äußerste an menschlichem Leiden gesehen. Kein Mensch kann mit ansehen, was sie mit ansehen müssen, ohne entweder zusammenzubrechen oder abzustumpfen. Mit den meisten Patienten gehen sie nicht gerade zimperlich um. Aber wenn besonderer Einsatz gefordert ist, wachsen sie über sich selbst hinaus. Wenn es darum geht, ein Leben zu retten, das sie unbedingt retten wollen, gehen sie jedes Risiko ein. Sie sind dann um nichts weniger grob, aber um den Mann zu retten, stehlen und schmuggeln sie, was immer gebraucht wird, und setzen die eigene gute Stellung aufs Spiel. Gewöhnlich geschieht dies mit äußerster Diskretion, in erster Linie bei politischen Häftlingen.⁵ Aber als während der November-Pogrome von 1938 die schlimmste Katastrophe von allen über das Lager hereinbrach, nämlich der wochenlange Ausschluss aller Juden von jeder Behandlung, gewährten diese Männer ihre volle Hilfe unterschiedslos auch den Tausenden von Juden.

⁵ Wortlaut im Original: „Ordinarily this is done with the greatest discrimination, primarily in favor of political prisoners.“ Demnach müsste es im Deutschen heißen: „Gewöhnlich geschieht dies mit äußerst ungleicher Behandlung, vornehmlich zugunsten der politischen Häftlinge.“

Die Gesamtzahl der Todesfälle ist unbekannt, aber ein paar Zahlen, die von Männern stammen, die im Krankenbau gearbeitet haben, können vielleicht eine Vorstellung von ihrem Umfang vermitteln. Zwischen dem 12. November 1938 und dem 22. Februar 1939 starben in Buchenwald rund 900 Männer. Zu Beginn dieses Zeitraums gab es rund 20 000 Häftlinge im Lager, am Ende waren es rund 10 000. (Die Differenz erklärt sich durch die Juden, die während der Pogrome eingewiesen und meist innerhalb von ein oder zwei Monaten wieder entlassen wurden.) Während der zweiten Novemberhälfte, als die Juden ins Lager gebracht wurden und nicht im Krankenbau behandelt werden durften, gab es pro Tag rund fünfzehn Tote. Etwa dieselbe Zahl starb pro Tag während der ersten Dezemberhälfte, als es eine schlimme Kältewelle gab. Das Maximum waren 32 Tote an einem einzigen Tag, als die Häftlinge die halbe Nacht auf dem Appellplatz stehen mussten, während nach zwei Flüchtlingen gesucht wurde. Sieben Männer brachen, noch während wir auf dem Platz waren, vor Kälte tot zusammen. Während des Sommers 1938 wurden etwa 1600 Juden aus Berlin nach Buchenwald gebracht, von denen 130 im Laufe des Monats Juli starben.

Wenn jemand stirbt, schreibt einer der Männer im Krankenbau einen Krankenbericht. Aus dem in medizinischen Begriffen abgefassten Bericht geht hervor, dass der Mann an einer Herzkrankheit oder an Arteriosklerose oder Tuberkulose oder sonst irgendeiner inneren Krankheit gestorben ist. Detailliert wird geschildert, wie er mit bestimmten Symptomen in den Krankenbau eingeliefert wurde, wie sich an einem bestimmten Tag sein Zustand verschlechterte, eine Krisis eintrat und er dann starb. Dieser Krankenbericht wird geschrieben, ganz egal, woran der Mann gestorben ist. Er kann bei einem Unfall umgekommen, erschossen, erschlagen oder zum Selbstmord gezwungen worden sein; er kann nach einer Verletzung an Blutvergiftung oder an den Folgen einer Beinamputation oder an sonst etwas gestorben sein. Die einzige Verbindung zwischen dem Kranken und seiner angeblichen Krankheit besteht darin, dass ihm meistens Krankheiten zugeschrieben werden, die im Hinblick auf sein Alter einigermaßen plausibel erscheinen, etwa Arteriosklerose bei einem alten und Tuberkulose bei einem jungen Mann.

Dieser Krankenbericht wird dann zur Personalakte gegeben, und von nun an ist der Mann für alle späteren Nachfragen an einer Herzkrankheit gestorben oder an Arteriosklerose oder an was sonst sich der SS-Arzt für ihn zusammenfantasiert hatte. Die Männer im Krankenbau müssen diese Berichte natürlich so schreiben, wie sie angewiesen werden.

Diese Informationen über die gefälschten Krankenberichte bei Todesfällen, die selbst den meisten ehemaligen Häftlingen unbekannt sind, erhielt ich von einem der Männer, die solche Berichte schrieben. Er konnte mir sowohl den tatsächlichen Krankheitsverlauf der Gestorbenen als auch die gefälschten Berichte zitieren, die er über sie schrieb und die nun in Buchenwald in der Kartei sind.

Es ist der gleiche merkwürdige Hang zur Legalität, der sich durch allen Naziterror zieht. Alles muss seinen Platz in einem Karteikasten haben, wo jeder nachsehen und sich selbst davon überzeugen kann, dass alle einschlägigen rechtlichen Bestimmungen eingehalten und keine illegalen Mittel angewendet wurden, um einen Menschen vom Leben zum Tode zu befördern – schließlich war es sein Pech, dass er zufällig herzkrank war; das kann man nun nicht dem Konzentrationslager anlasten!

DOK. 230

**Aufbau, New York: Kommentar vom 1. Januar 1939 zu den Verhandlungen
über den Transfer jüdischen Vermögens aus Deutschland¹***Editorial**Der grosse Anschlag*

Wohl niemals wird man die volle Wahrheit über die Schandtaten erfahren, mit denen Naziland den Münchner Sieg gefeiert hat und zur Stunde noch feiert.² Schon angesichts der bis jetzt bekannt gewordenen Einzelheiten, die doch nur einen winzigen Ausschnitt aus dem Gesamtgeschehen darstellen, wirkt der von Harold Callender in seiner verdienstvollen „New York Times“-Serie verwendete Vergleich mit den verheerenden Wirkungen von Tornados und Erdbeben unzulänglich und matt.³ Er würde zu völliger Ungültigkeit verblassen, wenn es dem Dritten Reich tatsächlich gelänge, nun auch ganz Ost- und Südosteuropa jener Ordnung zu unterwerfen, bei der ein „gesetzlich“ verankerter kalter Pogrom im Bedarfsfall durch einen wohl vorbereiteten „spontanen“ Ausbruch des „Volkszorns“ in offene Raserei verwandelt wird.

Man hat versucht, das Ungeheuerliche, beinahe jeder Klassifizierung Spottende rein wirtschaftlich zu erklären. Dieses Bemühen hat an den Fakten insofern eine Stütze, als die Finanzen Neu-Deutschlands heillos zerrüttet sind und Bankrotteure, die keinen Ausweg sehen, zu desperaten Handlungen neigen. Im Falle des Hitlerreiches jedoch muss man das Oekonomische und Rationale mit der moralischen und geistigen Perversion der Machthaber zusammenhalten, um zur richtigen Erkenntnis der Sachlage zu gelangen: Berlin begehrt mit gleicher Stärke finanzielle Sanierung seines Régimes und völlige Austilgung des Judentums. Auf beide Zwecke zugleich ist der feine Plan zugeschnitten, der – zumal seit dem neusten Londoner Besuch des ehrenwerten Herrn Schacht⁴ – eines der beherrschenden Themata der internationalen Gespräche bildet.

Die bisherigen Meldungen über das saubere Projekt weichen nur in Details voneinander ab. Seine Grundanlage ist ebenso einfach wie schamlos: Die in Grösser-Deutschland noch vorhandenen Vermögenswerte jüdischer Eigentümer sollen (selbstverständlich nach den erprobten Methoden des Reichsbankpräsidenten und des Goebbels) addiert werden, um die Basis für eine vom Ausland zu gewährende Anleihe zu liefern. Der Zustrom echten Geldes soll (in der Theorie!) die Nazis befähigen, den faktisch ausgeplünderten Juden die Auswanderung zu erlauben. Die Genehmigung ist lediglich an eine kleine Bedingung geknüpft: dass die Vertriebenen den Gegenwert der Habe, die rechnerisch ihnen, in der Substanz jedoch dem Dritten Reich verbliebe, in Form von Waren mitnähmen (wie auch Verzinsung und Tilgung der Anleihe auf dem Wege der Güterausfuhr zu erfolgen hätten!). Was würde eintreten, wenn die Welt – trotz aller schon vorliegenden Erfahrungen mit nazideutscher Treu' und Redlichkeit – auf die Leimrute dieses Planes flöge?

Die jüdischen Anleihezeichner wären gezwungen, sich überall schärfstens gegen die wirt-

1 Aufbau, Nr. 1 vom 1.1.1939, S. 5.

2 Gemeint ist das Münchener Abkommen; siehe Einleitung, S. 42.

3 Der in Paris ansässige Redakteur der NYT Harold Callender schilderte in einer fünfteiligen Artikelserie seine Eindrücke von einer Reise durch Deutschland. Die Serie erschien in der Zeit vom 19.–25.12.1938.

4 Reichsbankpräsident Schacht reiste im Dez. 1938 zu Verhandlungen mit dem IGC nach London; siehe Dok. 207 vom 20. 12.1938.

schaftliche Boykottierung des Hitlerreiches zu wenden und den Boden für den Absatz der Immigranten-Mitbringsel zu ebnen. In den Zielländern der Neuankömmlinge würden sich Industrielle, Arbeiter und Handelsstand sofort gegen die unfreiwilligen Geschäftsreisenden Hitlers kehren, und wenn die importierten Waren wirklich verkauft würden, dann würde die Qualität der Ersatzolin-Erzeugnisse recht schnell einen ansteckenden Groll der Konsumenten gegen die Einwanderer entfachen. Die Nazis aber könnten sich ins Fäustchen lachen, denn in die Boykottfront wäre eine kaum mehr zu stopfende Bresche geschlagen, und es käme immerhin genug gutes Geld herein, mit dem sich nicht bloss die innere Unzufriedenheit beschwichtigen, sondern auch die kriegerische Aufrüstung gegen die Kultur intensivieren und die Verkündung des Pogromismus über den Erdball hin ins Phantastische steigern liesse.

Natürlich muss auch die Möglichkeit bedacht werden, dass die Nazis, wenn erst einmal die Beute des Pränumerando-Darlehens⁵ in ihren Klauen wäre, sich der jüdischen Geiseln im Sinne wiederholter Ankündigungen des Streicher⁶ und des „Schwarzen Korps“ entledigen würden. Schon diese Eventualität sollte die Juden mahnen, den ruchlosesten Schacher, der jemals ausgeheckt wurde, mit rücksichtsloser Schärfe zu bekämpfen. Es gibt bessere Mittel, unsere bedrohten Schwestern und Brüder aus dem braunen Höllenschlund zu retten. Man komme uns nicht mit dem Einwand, eine realistische Betrachtung der Dinge verbiete glatte Verwerfung des Anleihe- und Export-Projekts! Bei uns war der Realismus feigen Selbstbetrugs schon vor der Kapitulation vom 30. September 1938 endgültig ausser Kurs.

Gideon.⁷

DOK. 231

Herbert Nothmann aus Breslau bittet am 3. Januar 1939 einen entfernten Verwandten um Hilfe bei der Auswanderung¹

Maschinenschriftl. Brief von Herbert Nothmann an einen Herrn Nothmann vom 3.1.1939²

Sehr geehrter Herr Nothmann!

Hoffentlich treffen Sie sowie Ihre werte Gattin meine Zeilen gesund und munter an und haben die traurige Zeit der letzten Wochen gut überstanden.

Ich bitte Sie um einige Daten, falls Sie in der Lage sein sollten, mir dieselben mitteilen zu können:

- 1.) Ist mein *Vater Sigismund N.* (9.5.1870 – 12.3.37) in Keltsch oder in Langendorf geboren?
- 2.) Am wievielten Tage des April 1879 ist mein *Grossvater Julius N.* gestorben?³

⁵ Lat.: Im Voraus zu zahlen.

⁶ Gemeint ist Julius Streicher.

⁷ Dr. Hans Gideon, Pseudonym für Dr. Josef Lamm (*1882), Gymnasiallehrer und Schriftsteller; stellvertretender Präsident der Vereinigung deutscher und österreichischer Einwanderer nach Palästina.

¹ CJA, 1/75 E, Nr. 562-14847.

² Im Original mehrere handschriftl. Anmerkungen.

³ Am linken Seitenrand handschriftl. Anmerkung: „25 Nisan 5639, 1879“; im gregorianischen Kalender: 18. April 1879.

3.) Am wievielten Tage und in welchem Monat ist mein Urgrossvater Salomon N. im Jahre 1788 geboren?⁴

4.) Wann und wo wurde meine Grossmutter Johanna N., geb. Freund geboren? Und wann starb sie in Gleiwitz?⁵

Ich benötige die Daten z. T. zur Erlangung eines Heimatscheines⁶ und wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir die Fragen möglichst bald beantworten würden. Im voraus für Ihre freundlichen Bemühungen besten Dank.

Ich bin durch die letzten Wochen vollkommen ruiniert worden und befinde mich in einer entsetzlichen Lage. Bis zum 10. November war ich, das kann man ruhig sagen, wohlhabend und lebte in den geordnetesten Verhältnissen. Mein Schwiegervater verlor mit einem Schlage 3 Geschäfte und musste, um seinen sämtlichen Verpflichtungen nachzukommen, sein Grundstück verkaufen. Ihm verbleibt nichts mehr. Mein Brot verdiente ich mir aber nicht leicht, ich habe seit 1933, als man mir meine Existenz nahm, in meiner neuen Existenz 12 Stunden hinter dem Ladentisch gestanden, das war in den letzten 6 Jahren. Wenn ich in die Zukunft sehe, so muss ich fast meinen, dass für mich nur der eine Weg verbleibt – der *Strick*. Ich bin verpflichtet, meine Auswanderung schnellstens durchzuführen. Der grösste Teil der hierfür notwendigen Mittel fehlt mir aber, und ich bin schon ganz verzweifelt. Wissen Sie nicht irgendeinen Menschen, der mir helfen könnte? Gibt es nicht in der grossen Verwandtschaft der Nothmanns einige grossherzige Menschen, die noch in der Lage wären, mir zu helfen. [Lieber] Herr Nothmann, der Selbsterhaltungstrieb gebietet [es] nun, zu dem noch einzigen Mittel des Bettelns zu greifen. Ich will nicht untergehen, das ist mein tägliches Gebet und mein Bitten zu Gott. – Ich kann durch ein Holländisches Reisebüro ein Besuchsvisum nach Peru bekommen, wofür an dieses Hfl. 150.– (das sind \$ 81.–) zu zahlen sind. Ich habe mich im Ausland an 5 Stellen gewandt, um die 150 Gulden zu erhalten. Von 3 Stellen bekam ich Absagen, und 2 haben überhaupt nicht geantwortet. Wissen Sie nicht im Ausland eine Adresse, an die ich mich noch wenden könnte? Ich werde bestimmt in die Lage kommen, später den Betrag zurückzuzahlen. Wenn Sie, verehrter Herr Nothmann, falls Sie eine Beziehung im Ausland haben, sich für mich freundlichst an jemanden wenden könnten, würde ich Ihnen zu grösstem Danke verpflichtet sein. Für meine Überfahrt, die sehr teuer ist, fehlen mir auch noch M 700.–. Ich wage es kaum zu hoffen, dass ich das alles zusammenbekommen werde. Aber ich muss es doch versuchen, muss mit allen Mitteln dahinter sein, die Beträge aufzutreiben. Vielleicht können Sie mir dabei behilflich sein, sie tun damit bestimmt eine gute Tat, die Ihnen vergolten werden wird.

Seien Sie sowie Ihre werten Angehörigen herzlichst gegrüsst von Ihrem ergebenen [...]⁷

4 Am linken Seitenrand handschriftl. Verbessert: 1786.

5 Am linken Seitenrand handschriftl. Anmerkung: [...] 5. 1840–1928.

6 Urkunde über die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde. Sie sicherte dem Inhaber im Falle seiner Verarmung das Recht auf Unterstützung durch seine Heimatgemeinde bzw. das Wohnrecht dort.

7 Handschriftl. Anmerkung, z. T. unleserlich: „Moritz N. aus Breslau, Amanda geb. Adler. 2. Aug. 39. nach Lima. Tochter ∞ mit Herbert N. Lima Peru“.

DOK. 232

**Sigmund Geller versucht am 4. Januar 1939 von Paris aus,
seinen Söhnen und seiner Frau die Auswanderung aus Wien
zu ermöglichen¹**

Handschriftl. Brief von Sigmund Geller,² 23 rue Wesley, Paris, an den Hilfsverein der deutschen Juden, Kinderaktion, Frau Stern,³ Kantstrasse, vom 4. 1.1939⁴

Ich habe mich hier an die Alliance Israélite Universelle⁵ gewendet und bin, da mein Fall besonders dringend ist, an Sie gewiesen. Will in kurzen Worten die Lage schildern und Sie dringendst ersuchen, meinen Fall zu den anderen beizulegen u. berücksichtigen. Ich bin seit 2 Jahren in Paris und kann mich mit Ach & Krach kaum ernähren, meine Frau⁶ lebt dagegen mit 2 Jungs im Alter v. 12–14 ½ Jahren in Wien. Seit Monaten laufe [ich] mir die Füße ab und bis nun ist mir noch nicht gelungen, weder [meine] Frau noch meine zwei Kinder von dort herauszukriegen. Mein Gesuch läuft seit 6 Monaten im Ministerium, meine Frau selbst (Wien V., Schönbr[u]nnerstr. 82, Adele Geller) hat alle Schritte unternommen, sowohl bei der Israelitischen Kultusgemeinde bis nun alles erfolglos. Da sie selbst eine *schwer nervenleidende* Frau [und] nachweisbar nach einer *schweren Operation* außerstande ist, Nächte & Tage in dieser Angelegenheit zu verbringen, bitte ich Sie, in diesem Falle besonders rücksichtsvoll zu handeln, denn wir sind schon beide müde & verzweifelt. Die Kinder – gehen ziellos – und zukunftslos herum. Möchte gerne, daß mein grösserer Junge *einem* Berufe zugewiesen wird und überlasse es Ihnen, die Zukunft und Umschulung zu bestimmen.

Nochmals bitte [ich] Sie meinen Fall nicht unbeachtet zu lassen & danke im voraus
bestens

Die Adresse meiner Frau ist:

*Adele Geller Wien V.,
Schönbrunnerstr. 82*

Die Namen der Kinder:

Norbert Geller Wien

geb. 13/IV. 1924

Richard Geller⁷ Wien

26/IV. 1927.

1 CAHJP HMB/310B, Aufn. Nr. 229 f.

2 Sigmund Geller (1891–1942), Kaufmann; wurde am 17.7.1942 von Pithiviers/Frankreich nach Auschwitz deportiert, 1960 für tot erklärt.

3 Vermutlich Eva Stern-Michaelis.

4 Der Brief weist einige grammatikalische und sprachliche Eigenheiten auf, die im Wesentlichen beibehalten wurden, sowie einige handschriftl. Unterstreichungen; er trägt einen unleserlichen Eingangsstempel.

5 Die Alliance Israélite Universelle wurde 1860 in Frankreich zur Abwehr des Antisemitismus und zur Förderung eines traditionsbewussten und zugleich weltoffenen Judentums gegründet. Die Alliance gründete zahlreiche Schulen für jüdische und nichtjüdische Schüler in verschiedenen Ländern.

6 Adele Geller, geb. Stahr (1890–1942); am 15.5.1942 zusammen mit ihrem Sohn Norbert Geller (1924–1942) nach Izbica deportiert. Dort wurden beide nach der Ankunft erschossen.

7 Richard Geller (1927–2007), Physiker; nach Frankreich emigriert, dort 1944 in der Resistance (F.T.P.) aktiv; 1974–1985 unterrichtete er an der Universität von Grenoble.

Der Fall meines Jungens Norbert ist besonders dringend, mein Bruder Isidor Geller, Strassbourg, möchte ihn übernehmen, es handelt sich bs. nun um die Ausreise desselben, da er 15 Jahre alt wird, ist es umso dringender, da er sonst nachher mehr Schwierigkeiten m. Aufenthalt hätte. Einer Antwort entgegensehend
zeichne
Hochachtungsvoll

(Bemerke, daß die Kinder Pässe haben, bloß kein Visum)

DOK. 233

Jewish Chronicle, London: Bericht vom 6. Januar 1939 über Flüchtlingslager in verschiedenen europäischen Ländern¹

„Niemandland“-Lager und Baracken für Juden. Überwiegend Folge des Münchener Abkommens

Entlang der deutschen, slowakischen, ungarischen, polnischen sowie noch anderer Grenzen befinden sich mindestens zwölf „Niemandland“-Lager, und [weitere] Tausende von Flüchtlingen sind in die Baracken der fünfzehn Isolierungslager in der Schweiz, Belgien und Holland gesperrt. Das geht aus Gutachten des *American Jewish Joint Distribution Committee* und anderer Pariser Haupthilfsorganisationen hervor. Einige der Lager sind infolge der Gnadenlosigkeit entstanden, mit der Deutschland seine Juden ausweist, doch die meisten von ihnen sind das direkte Resultat des Münchener Abkommens und der Abtretung der Gebiete an Deutschland, Ungarn und Polen.

Sechzehn jüdische Familien im „Niemandland“-Lager nahe der Stadt Louny [Laun] im Sudetengebiet und weitere, ähnlich versprengte Gruppen entlang der tschechisch-deutschen Grenze leben in Gräben. Das Rote Kreuz hat sie zwar mit Zelten und Stroh versorgt, doch ist es ihm nicht gelungen, für sie eine Einreisegenehmigung in die Tschechoslowakei zu erhalten. Im Pilsener Gebiet lebt eine Anzahl von Juden zwischen den beiden Grenzen in zwei unterschiedlichen Lagern in der Nähe von Manětín und Domžlice. Bei Brünn leben 128 Juden unter ähnlichen Bedingungen, und in einer zerstörten Fabrik in Ivanice leben mehr als 200 deutsch-österreichische Flüchtlinge.²

Etwa 600 Juden leben in dem belgischen Isolierungslager in Merxplas und 750 in dem in Marneffe, wo sie ausgebildet werden. Der Staat stellte ihnen Baracken zur Verfügung, und die jüdischen Organisationen sorgen für Essen und Heizung. In der Schweiz sind 900 Flüchtlinge in etwa ein Dutzend Lager eingesperrt. Sie werden von jüdischen Organisationen vor Ort unterstützt.

Die jüdische Gemeinde Hollands musste eine halbe Million Gulden bei der holländi-

1 JDC AR 33/44, 541: „No-man's land“ camps and barracks for Jews. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Richtig: Domažlice, Ivančice. Vom Nov. 1938 an war für die Flüchtlinge aus Sudetenland das staatliche Institut für Flüchtlingsfürsorge (Ústav pro péči o uprchlíky) zuständig. Darüber hinaus engagierten sich aber auch private Hilfsorganisationen, vor allem die tschechoslowakischen Sozialdemokraten und verschiedene britische Stiftungen in der Flüchtlingshilfe.

schen Regierung als Garantie für den Unterhalt der jüdischen Flüchtlinge im Lager von Hoek van Holland hinterlegen,³ das Unterbringungsmöglichkeiten für 1500 Personen bietet.

Die jüdischen Deportierten aus der Slowakei, die ein paar Wochen lang im „Niemandesland“ an der slowakisch-ungarischen Grenze umherirrten, sind nun in eigens errichtete Lager beiderseits der Grenze gebracht worden (berichtet der Prager Korrespondent des *Jewish Chronicle*). Einige von ihnen sind privat untergebracht worden. Die „HICEM“ bemüht sich, Vorkehrungen für ihre Emigration nach Südamerika und Palästina zu treffen sowie für die der Kinder (sofern deutscher oder österreichischer Herkunft) nach England. Die Mittel dafür wurden von einheimischen Juden und dem *Lord Mayor of London's Fund for Czech Refugees*⁴ bereitgestellt.

DOK. 234

Die Jüdische Zentralstelle Stuttgart setzt sich am 9. Januar 1939 bei der Gestapo für die Entlassung kranker Häftlinge aus Dachau ein¹

Schreiben der Jüdischen Zentralstelle, ungez.,² Stuttgart, Gartenstr. 15, an die Staatspolizeileitstelle Stuttgart vom 9.1.1939

Im Lager Dachau befinden sich noch mehrere Schutzhäftlinge, die zum Teil schon vor mehreren Wochen von hier aus zur Entlassung vorgeschlagen worden sind. In den meisten Fällen dürften äussere Erkrankungen (Erfrierungen) die Ursache sein für die verzögerte Rückkunft. In diesem Sinn wurden wir von zurückkehrenden Schutzhäftlingen unterrichtet.

Nun wenden sich die Angehörigen der Zurückgebliebenen dauernd an uns mit der Anfrage, ob man nicht die Betreffenden in Kraftwagen in Dachau abholen dürfe, um sie in häusliche Pflege oder Krankenhausbehandlung bringen zu können. Zuweilen beruft man sich auch darauf, dass eine Abholung im Kraftwagen z. B. in Buchenwald zugelassen sei. Es entzieht sich unserer Kenntnis, inwieweit der vorgetragene, menschlich sicherlich begreifliche Wunsch erfüllbar ist, erlauben uns aber doch anzuregen, die Frage grundsätzlich zu prüfen und zu klären.

³ Im Jan. 1939 beschloss das niederländ. Innenministerium, drei Lager für illegale Flüchtlinge einzurichten, eines davon zunächst im Rotterdamer Ferienschullager in Hoek van Holland, von April an in einem ehemaligen Schafschlachthaus im selben Ort; Corrie Berghuis: Joodse vluchtelingen in Nederland, 1938–1940, Kok 1990, S. 225. Im März 1940 wurde das Lager offiziell aufgelöst, allerdings lebten ca. 60–80 Flüchtlinge mangels Alternativen noch bis zum Mai dort; Bob Moore, Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933–1940, Dordrecht 1986, S. 88.

⁴ Lord Mayor's Fund: Der Spendenfonds wurde am 5.10.1938 in Großbritannien zur Unterstützung der Flüchtlinge aus dem Sudetenland gegründet; nach drei Wochen hatte die Sammlung bereits 220 000 brit. Pfund erbracht; Ari J. Sherman, Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich, 1933–1939, Ilford 1994, S. 145, 153.

¹ LBI JMB, MF 572 reel 2, box 3, folder 1.

² Am Ende des Dokuments, das aus dem Nachlass von Karl Adler stammt, steht das Kürzel K.A.

Wir legen eine Liste solcher jüdischen Schutzhäftlinge, deren Angehörige uns Mitteilung im obigen Sinne machten, bei;³ zweifellos ist die Liste nicht vollständig, weil wir ja nur die Fälle aufführen konnten, die uns bekannt geworden sind. Wir wären für eine baldige Regelung zu Dank verbunden.⁴

DOK. 235

**Der Reichsinnenminister verlangt auf Wunsch Görings
am 10. Januar 1939, dass niemand wegen früherer Kontakte zu Juden
denunziert werden dürfe¹**

Schreiben (vertraulich) des RMdI (I c 672/38/5u12) gez. Frick, an die Reichsstatthalter (einschl. Österreich) und die außerpreußischen Landesregierungen (einschl. Österreich), vom 10.1.1939

Betrifft: Judenfrage und Denunziantentum.

Herr Generalfeldmarschall Göring hat als Beauftragter für den Vierjahresplan bei Erörterung der von ihm angeordneten und geplanten Maßnahmen zur wirksamen legalen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft und zum Einsatz des jüdischen Vermögens für die Zwecke des Vierjahresplanes² u. a. zur Sprache gebracht, wie in letzter Zeit beobachtet worden sei, daß *deutsche* Volksgenossen um deswillen denunziert wurden, weil sie früher einmal in jüdischen Geschäften gekauft, bei Juden gewohnt oder sonst mit Juden in geschäftlicher Beziehung gestanden haben.

Bei aller Notwendigkeit einer geordneten Aufklärung des Volkes über die Dringlichkeit der allgemeinen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft bedeutet das Ausspionieren und Denunzieren solcher oft lange zurückliegender Vorgänge einen nach jeder Richtung unerfreulichen Mißstand, der insbesondere geeignet sei, die zur Durchführung des Vierjahresplans unbedingt erforderliche gleichmäßige und störungslose Anspannung aller deutschen Menschen für produktive, lebenswichtige Aufgaben des deutschen Volkes zu erschweren. Der Herr Generalfeldmarschall wünscht daher, daß diesem Unwesen nach Kräften Einhalt getan wird.

Ich gebe hiervon Kenntnis mit dem Ersuchen, diese Weisung zur Geltung zu bringen und die nachgeordneten Behörden, die Gemeinden und Gemeindeverbände entsprechend zu unterrichten. Von einer Veröffentlichung dieses Runderlasses ist abzusehen.

3 Vermutlich handelt es sich um das übernächste Blatt in der Akte, das acht Personen mit Namen, Geburtsdatum und Adresse auflistet.

4 Ein Antwortschreiben liegt nicht in der Akte.

1 BArch, R 58/276.

2 Siehe dazu Dok. 29 vom 26.4.1938 und Dok. 42 vom 14.6.1938.

DOK. 236

**Das Germanistische Seminar der Universität Greifswald meldet am 11. Januar 1939
alle als jüdisch deklarierten Bücher seiner Bibliothek¹**

Schreiben des Germanistischen Seminars der Universität Greifswald, i. A. Meyer,² vom 11.1.1939³

Betr. Jüdische und hebr. Literatur.

Als jüdisch und dem Geist des Dritten Reiches widersprechend wurden folgende Bücher aus den Beständen der Bücherei des Germanistischen Seminars ausgeschieden:

René Schickele,	Blick auf die Vogesen, Fischer, Berlin 1927
ders.,	Der wolf in der Hürde, Fischer, Berlin 1931
ders.,	Maria Capponi, Wolf, München, 1927
ders.,	Triumpopp und Manasse, Berl. 1914
Johannes R. Becher,	Um Gott, Inselverl. Leipzig 1921
Max Krell (Herausg.)	Die Entfaltung Novellen an die Zeit Ernst Rowohlt-Verl. Berlin 1921
Walden/Silber (Herausg.)	Expressionistische Dichtungen vom Weltkrieg bis zur Gegenwart Berlin 1932
Hans Mühle,	Das proletarische Schicksal Querschnitt durch die Arbeiterdichtung der Gegenwart. Gotha 1929
Franz Werfel,	Verdi. Berlin 1928
ders.,	Gedichte. Berl. 1927
Alfred Döblin,	Die Lobensteiner Reise nach Böhmen. Müller – München 1917
Otto Julius Bierbaum,	Prinz Kuckuck, 2 Bd., Müller München
Alfred Döblin,	Berlin Alexanderplatz. Fischer Berlin 1929
Georg Kaiser,	Gas. Schauspiel. Fischer Berlin 1919
Hellmuth Kaiser,	Franz Kafkas Inferno. Internat. Psychoanalytischer Verl. Wien 1931
Karl Bröger,	Jüngste Arbeiterdichtung. Berl. 1929
A. W. Lunat-Scharsky,	Der russische Revolutionsfilm. 1929
Herbart Ihering,	Reinhardt/Tessner/Piscator oder Klassikertod? Berlin 1929
W. E. Süskind,	Mary und ihr Knecht. Stuttg.-Berl. 1932
Schnitzler,	Frau Bertha Garlan. ???
Jakob Wassermann	Alex in Babylon. Fischer Berlin 1905
ders.,	Der Geist des Pilgers, Wien 1923
ders.,	Melusine. Langen München 1896
Dr. Max Hochdorf,	Die deutsche Bühnengenossenschaft. Potsdam 1921.

1 BArch, R 4901/F057, Bl. 44+RS.

2 Hans Meyer (*1914), Germanist; Studium in Halle und Tübingen und 1936–1939 an der Universität Greifswald; dort von Jan. 1938 bis Jan. 1939 als Senior bzw. Seniorrat des germanistischen Seminars tätig.

3 Grammatik und Rechtschreibung wie im Original. Das Schreiben ist die Antwort auf eine Aufforderung des Reichserziehungsministers vom 17.8.1938 – W A 1797 –, die jüdische und hebräische Literatur in allen Bibliotheken zum Zweck der wissenschaftlichen Auswertung im Sinne der nationalsozialistischen Erforschung der Judenfrage zu erfassen.

DOK. 237

**Völkischer Beobachter: Artikel vom 12. Januar 1939 über eine
Vortragsreihe an der Berliner Universität, in der namhafte Wissenschaftler
die antijüdische Politik legitimieren¹**

Wissenschaft im Kampf gegen das Weltjudentum

Vortragsreihe vom 12. bis 28. Januar an der Universität Berlin

et Berlin, 11. Januar. Bei einem Presseempfang und im Deutschen Rundfunk sprach am Mittwoch der Präsident des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Prof. Walter Frank, über eine Vortragsreihe, die vom 12. bis 28. Januar an der Universität Berlin die *Judenfrage* wissenschaftlich behandelt und bei freiem Eintritt jedermann zugänglich ist. Heute erscheint es fast selbstverständlich, daß auch die deutsche Wissenschaft ihren Beitrag zum großen *Kampf des neuen Deutschlands gegen das internationale Judentum* leistet. Und doch liegt es erst wenige Jahre zurück, daß ein ungeschriebenes Gesetz des liberalen Zeitalters der deutschen wie der internationalen Wissenschaft verbot, die *Judenfrage* überhaupt zu behandeln, indem man sich zu einer angeblichen „Objektivität“ bekannte. Diese „Objektivität“ bestand jedoch zu einem großen Teil aus Feigheit vor der Erkenntnis der aus der Erforschung der *Judenfrage* sich ergebenden Folgerungen.

Die nationalsozialistische Wissenschaft will dem politischen Kampf eine Waffe liefern, die neben den anderen politischen Mitteln gegen das Judentum eingesetzt werden kann. Sie ist sich dabei bewußt, daß die Erforschung der *Judenfrage* nur einen Teil in der nationalsozialistischen Gesamterneuerung darstellt, so wie auch der Antisemitismus im Rahmen des vom rassistisch-völkischen Gedanken her bestimmten nationalsozialistischen Programms nur einen Teil der großen Idee bildet.

Das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands tritt nun mit einer Vortragsreihe vom 12. bis 28. Januar vor die breite deutsche Öffentlichkeit, um den politischen Kampf gegen das Judentum zu unterstützen.

Die Ergebnisse streng wissenschaftlicher Arbeit werden damit unmittelbar für den Kampf unseres Volkes gegen das Weltjudentum zur Verfügung gestellt und zweifellos eine starke öffentliche Wirkung im Inland wie auch im Ausland hervorrufen.

Prof. Dr. Walter Frank beginnt am 12. Januar im Großen Hörsaal der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin um 20 Uhr. Er spricht über das Thema „Alfred Dreyfus – der Ewige Jude. Soldatentum und Judentum im Frankreich der dritten Republik“, am Freitag, dem 13. Januar, 20 Uhr, spricht Prof. Dr. Gerhard Kittel² – Tübingen über „Die historischen Voraussetzungen der Rassenmischung des Judentums“, am Sonnabend, dem 14. Januar, 20 Uhr: Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Verschuer – Frankfurt a. M.: „Die körperlichen Rassenmerkmale des Judentums“, am Dienstag, dem 17. Januar, 20 Uhr: Prof. Dr. Hans Alfred Grunsky³ – München über „Baruch Spinoza. Sein Leben und Werk im Lichte der Juden-

1 Völkischer Beobachter (Berliner Ausg.), Nr. 12 vom 12.1.1939, S. 6.

2 Dr. Gerhard Kittel (1888–1948), Theologe; 1921 Professor in Greifswald, 1926 in Tübingen; 1933 NSDAP-Eintritt; 1935 Mitbegründer des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands und von 1936 an Mitarbeiter des Instituts zur Erforschung der *Judenfrage*, 1939–1943 Professor in Wien; 1945 Internierung, 1946–1948 Seelsorger in Beuron.

3 Dr. Hans Alfred Grunsky (1902–1988), Philosoph; 1930 NSDAP-Eintritt; von 1936 an im Amt Rosenberg tätig, Mitglied des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, 1937 von Hitler zum Ordinarius für Philosophie in München berufen; 1945 entlassen, Mitbegründer der Freien Akademie. Verfasser u. a. von „Der Einbruch des Judentums in die Philosophie“ (1937).

frage“, am Mittwoch, dem 18. Januar, 20 Uhr: Dr. Max Wundt⁴ – Tübingen über „Das Judentum in der Philosophie“, am Donnerstag, dem 19. Januar, 20 Uhr: Dozent Dr. Karl Georg Kuhn – Tübingen über „Der Talmud“, am Freitag, dem 20. Januar, 20 Uhr: Dr. Karl Richard Ganzer – München über „Richard Wagner und das Judentum“, am Sonnabend, dem 21. Januar, 20 Uhr: Prof. Dr. Friedrich Burgdörfer über „Die Juden in Deutschland und der Welt“, am Mittwoch, dem 25. Januar, 20 Uhr: Prof. Dr. Kleo Pleyer⁵ – Königsberg über „Der jüdische Kapitalismus“, am Freitag, dem 27. Januar, 20 Uhr: Dr. Erich Botzenhardt⁶ – Berlin über „Der politische Aufstieg des Judentums bis zur Revolution von 1848“, und schließt am Sonnabend, dem 28. Januar, 20 Uhr, mit einem Vortrag von Prof. Dr. Walter Frank über das Thema „Apostata – der ewige Jude. Maximilian Harden und die Machtstellung des Judentums im wilhelminischen Deutschland“.

DOK. 238

Bericht vom 14. Januar 1939 für den Jüdischen Weltkongress über die Lage der Juden im Freistaat Danzig¹

Bericht, ungez., undat.²

Freistaat Danzig 1938.

I. Die Lage der Juden im Verhältnis zum Staat.

a) Im Jahre 1938 erlassene Rechtsvorschriften.

1) *Durch die Verordnung zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 21. November 1938³ wurde in Danzig die sogenannte Ariergesetzgebung eingeführt. Die Verordnung folgt in grossen Zügen den Nürnberger Gesetzen. Sie gibt die legale Definition der deutschen Rassengesetzgebung wieder. Sie beraubt die Juden des Stimmrechts in politischen Angelegenheiten und schliesst sie von den öffentlichen Aemtern aus. Sie untersagt den Juden das Hissen der Staatsflagge. In jüdischen Haushalten dürfen weibliche „arische“ Angestellte unter 45 Jahren nicht beschäftigt werden! Die Eheschliessung zwischen Juden und Nichtjuden ist untersagt, der aussereheliche Verkehr wird bestraft. Durch dieses Gesetz ist unter Verletzung der vom Völkerbund garantierten Danziger*

4 Dr. Max Wilhelm August Wundt (1879–1963), Philosoph; 1918 Professor in Marburg, 1919 in Jena, von 1929 an in Tübingen, 1936 wurde er Mitglied der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt; 1945 Emeritierung.

5 Dr. Kleophas Pleyer (1898–1942), Politiker und Historiker; 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Eintritt in die Sudetendeutsche nationalsozialistische Partei in Prag, 1937 Professor in Königsberg, von 1939 an in Innsbruck, Mitglied des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands.

6 Richtig: Dr. Erich Botzenhart (1901–1956), Historiker; 1931–1937 Hrsg. der Werke des Freiherrn vom Stein, 1935 Mitarbeiter, von Okt. 1943 an kommissar. Leiter des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, 1939–1945 Professor in Göttingen; von 1945 an auf Schloss Cappenberg Verwalter des Stein-Archivs und Leiter der wissenschaftlichen Arbeiten der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft; nahm sich das Leben.

1 AJA, The World Jewish Congress Collection, Series A: Central Files, Subseries 2: Executive Files, 1920, 1931–1974, Box A22, File 12, Jewish situation reports 1938.

2 Verfasst für die Sitzung des Vorstands des Jüdischen Weltkongresses in Paris vom 1.–16. 1.1939.

3 Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1938, S. 616 f.

Verfassung die Lage der Danziger Juden derjenigen der deutschen Juden grundsätzlich gleichgestellt worden.

2) *Die Verordnungen vom 21. Dezember über den Waffenbesitz und über die Aenderung des Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuergesetzes*⁴

ergänzen die Rassengesetzgebung dahin, dass Juden der Besitz und Erwerb von Schuss-, Hieb- und Stosswaffen sowie von Munition verboten ist und dass die steuerlichen Erleichterungen, insbesondere die Kinderermässigungen, bei Juden in Zukunft in Fortfall kommen.

3) *Die Verordnung vom 23. September 1938 betreffend die Abänderung der Rechtsverordnung betreffend den Erlass einer Aerzteordnung vom 1. September 1935*⁵

führte den Widerruf der ärztlichen Approbationen, die in dem Staat, in dem sie erteilt worden sind, keine Gültigkeit mehr besitzen, ein. Die Danziger jüdischen Aerzte, die ihre Approbationen zur Zeit der Zugehörigkeit Danzigs zum Reich erworben haben, haben damit sämtlich ihre Approbation verloren und sind von der Berufsausübung ausgeschlossen.

b) *Die Haltung der Behörden gegenüber der jüdischen Bevölkerung und gegenüber jüdischen Problemen.*

Die Haltung der Behörden gegenüber der jüdischen Bevölkerung wird eindeutig dadurch gekennzeichnet, dass Danzig eine nationalsozialistische Regierung hat, die ihre Weisungen aus Berlin empfängt. Interventionen seitens des Völkerbundes haben nicht stattgefunden oder waren ergebnislos.

Bereits vor der Verkündung der Rassengesetzgebung war praktisch die Haltung der Behörden eindeutig auf die Vernichtung des Danziger Judentums bzw. seine Auswanderung ausgerichtet. Die jüdische Bevölkerung lebte seit Jahr und Tag unter dem stärksten Druck der Behörden, die in der Praxis die Nürnberger Gesetze bereits vor ihrer offiziellen Einführung befolgten. Von sämtlichen offiziellen Aemtern waren die Juden bereits ausgeschlossen. Die Aerzte und Anwälte unterlagen den schwersten Schikanen in ihrer Berufsausübung. Schon vor dem Ausschluss aus ihren Berufen war durch Verwaltungspraxis der Ausschluss der jüdischen Aerzte aus den Ersatzkrankenkassen praktisch durchgeführt. Das wirtschaftliche Leben der jüdischen Bevölkerung Danzigs war durch einen gesteigerten, offiziell mit allen Mitteln unterstützten Boykott sowie durch willkürliche, gegen die jüdischen Gewerbetreibenden gerichtete Verwaltungsmassnahmen (Verhaftung, fiskalischer Druck) gekennzeichnet, die zum Ruin und zur Auswanderung eines erheblichen Teils der jüdischen Bevölkerung führten. So ist insbesondere der bedeutende jüdische Getreidehandel und der jüdische Saathandel aus Danzig im Laufe des Berichtsjahres völlig verschwunden; ebenso ist der Holzhandel, soweit er sich in jüdischen Händen befand, von Danzig nach Polen ausgewandert. Gleichzeitig wurden die Bankguthaben der Danziger Juden blockiert.

Am 17. Dezember 1938 wurde die gesamte Danziger Judenschaft in die grosse Danziger Synagoge zusammengerufen, um in Anwesenheit der Danziger Polizeibehörden zu erfahren, dass die Auswanderung sämtlicher Juden aus Danzig binnen kürzester Frist bewerk-

⁴ VO über die Änderung des Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuergesetzes vom 10. 12. 1938, publiziert am 21. 12. 1938, Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1938, S. 716 f.; Rechtsverordnung über Waffen vom 13. 12. 1938, publiziert am 21. 12. 1938, Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1938, S. 709–713.

⁵ Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1938, S. 486 f.

stellt werden und dass jeder Jude sich zur Auswanderung bereithalten müsste.⁶ Auf Grund dieser ultimativen Forderung der Danziger Behörden befindet sich das Danziger Judentum gegenwärtig im Zustande der Liquidierung.

c) Haltung gegenüber den ausländischen Juden.

Die Haltung der Behörden gegenüber den in Danzig ansässigen ausländischen Juden ist dadurch gekennzeichnet, dass es in Danzig eine grosse Anzahl polnischer Juden gibt, die auf Grund des Polnisch-Danziger Vertrages von 1920 Gleichberechtigung mit den Danziger Staatsbürgern geniessen;⁷ nichtsdestoweniger ist die Verwaltungspraxis den polnischen Juden gegenüber eine ähnliche wie gegenüber den Danziger Juden. Zwar ist bei der Einführung der Rassengesetzgebung ausdrücklich festgestellt worden, dass diese Bestimmungen nur die Danziger Staatsangehörigen treffen. Die ultimative Aufforderung, das Land zu verlassen, richtet sich aber gleichzeitig gegen die polnischen Juden und hat zu Protesten der polnischen Regierung geführt.⁸

II. Die innerjüdische Lage.

Die Danziger Judenschaft ist in der Synagogengemeinde von Danzig zusammengefasst, die die Vertretung der jüdischen Interessen gegenüber den Behörden innehat. Sie hat im Berichtsjahre insbesondere das gesamte jüdische Wohltätigkeitswesen unter sich gehabt. Sie hat jüdische Schulen und Kulturorganisationen ins Leben gerufen und fördert mit allen Mitteln die Auswanderung der Danziger Judenschaft.

III. Die jüdische Bevölkerung.

Neue statistische Angaben über die jüdische Bevölkerung sind im Berichtsjahre nicht veröffentlicht worden. Im Jahre 1936 wurde die jüdische Bevölkerung auf 9000 geschätzt, wovon 2300 Danziger Staatsangehörige, der übrige Teil zum grössten Teil polnische Staatsangehörige sind. Inzwischen hat sich die Zahl durch Auswanderung wesentlich vermindert. Sie wird heute auf 4500 bis 6000 geschätzt.

⁶ Die jüdische Gemeinde suchte die Emigration ihrer Mitglieder mit allen, auch illegalen Mitteln zu fördern. Der Danziger Senat versprach, das Anliegen zu unterstützen, wenn sich die Juden öffentlich bereit erklärten, die Stadt zu verlassen. Dies geschah in der hier erwähnten Versammlung.

⁷ Mit dem Vertrag vom 9.11.1920 vereinbarten Polen und Danzig die Geltung des Minderheitenschutzes in der Freien Stadt.

⁸ In den Wochen nach dem Novemberpogrom protestierte die polnische Regierung mehrfach beim Danziger Senat gegen die antijüdische Politik, die auch polnische Staatsangehörige treffe und die Gesetze der Freien Stadt verletze; u. a. machte sie den Danziger Senat für die Zerstörung und Plünderung von Geschäften polnisch-jüdischer Inhaber verantwortlich, da die Danziger Polizei diese während des Pogroms nicht geschützt habe; der Diplomatische Vertreter der Republik Polen, Chodacki, an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Arthur Greiser, 3.12.1938, PAAA, R 103961. Im Leitartikel des Danziger Vorposten Nr. 267 vom 14.11.1938 war die Unterscheidung zwischen deutschen und polnischen Juden abgelehnt und die Entfernung aller Juden aus Danzig gefordert worden.

DOK. 239

**Der Reichswirtschaftsminister weist die städtischen Pfandleihanstalten
am 16. Januar 1939 an, wie sie mit Schmuck und Wertsachen jüdischer Auswanderer
zu verfahren haben¹**

Rundschreiben des RWM (V Dev. 3/1774/39), i.A. gez. Dr. Schlotterer, an die Städtischen Pfandleihanstalten Berlin, Bamberg, Chemnitz, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Köln, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Stuttgart und an die Pfandleihanstalt in Wien (Dorotheum) vom 16. I. 1939

Betr.: Sicherstellung von Abgaben jüdischer Auswanderer an die Deutsche Golddiskontbank durch Hinterlegung von Schmuck- und Wertsachen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern ersuche ich, bis zur Regelung des Verfahrens der nach § 14 der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 – RGBl. I, S. 1709² eingerichteten öffentlichen Ankaufsstellen (§ 5 der DVO. vom 16. I. 1939, RGBl. I, S. 37)³ Schmuck- und Wertsachen von jüdischen Auswanderern nach folgenden Bestimmungen in Verwahrung zu nehmen:

1) Der Auswanderer muß den Bescheid einer Devisenstelle vorlegen, in dem ihm eine Reichsmarkabgabe an die Deutsche Golddiskontbank auferlegt worden ist.

2) Der Auswanderer hat durch Unterzeichnung eines als Anlage 1)⁴ beigefügten Formblattes, das ihm durch die Devisenstelle ausgehändigt wird, die Pfandleihanstalt zu ermächtigen:

a) Die in Verwahrung gegebenen Schmuck- und Wertsachen zu gegebener Zeit an die in der Verordnung vom 3. Dezember 1938 vorgesehenen öffentlichen Ankaufsstellen zu veräußern.

b) Von dem erzielten Erlös 5 % als Verwahrungs- und Verwaltungsgebühr einzubehalten.

c) Aus dem Erlös die in dem Bescheid der Devisenstelle vorgesehene Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank, Abteilung Zusatzausfuhr, Berlin C 111 zu leisten.

d) Einen etwa verbleibenden Reichsmarkbetrag auf ein Auswandererguthaben bei einer Devisenbank einzuzahlen.

Ich ersuche, darauf zu achten, daß der in dem Formblatt eingesetzte Betrag mit dem von der Devisenstelle festgesetzten übereinstimmt.

3) Dem Auswanderer ist eine Bescheinigung (vgl. Formblatt Anlage 2) in doppelter Ausfertigung – eine Ausfertigung für den Auswanderer, eine zur Weitergabe an die Devisenstelle – über die Hinterlegung und den geschätzten Wert zu erteilen. Als geschätzter Wert ist einzusetzen: bei Sachen aus Edelmetall der für den Metallwert festgesetzte Höchstpreis, bei Brillanten, Edelsteinen und Perlen 60 % des Betrages, der im Falle der Beleihung als Darlehen ausbezahlt werden könnte.

Ich ersuche, die in Verwahrung gegebenen Schmuck- und Wertsachen zu gegebener Zeit zu übernehmen und über den erzielten Reichsmarkertlös nach Maßgabe von Ziff. 2 b–d zu verfügen. Bei der Überweisung an die Deutsche Golddiskontbank ist das Aktenzeichen der Devisenstelle anzuführen.

¹ BArch, R 310I/ 34.741, Bl. 1+RS.

² Siehe Dok. 193 vom 3.12.1938.

³ Der § 5 der VO zur DVO vom 16. I. 1939 stellte klar, dass der RWM im Einvernehmen mit dem RMfVuP das Verfahren der Ankaufsstellen betr. Kunstgegenständen bestimmte.

⁴ Die genannten Anlagen 1 und 2 sind hier nicht abgedruckt.

DOK. 240

**Nahum Goldmann notiert seine Eindrücke von Gesprächen mit Vertretern
des Völkerbunds am 17. und 18. Januar 1939 über die Judengesetzgebung in Danzig¹**

Vermerk, undat. und ungez.²

Bericht über die Unterhaltung von Dr. Goldmann in Genf am 17. und 18. Januar 1938 während der Ratstagung des VB.³

Ich konnte nur 1 ½ Tage in Genf bleiben und konzentrierte meine verschiedenen Besprechungen auf die Danzig-Frage, die Rumänien-Frage⁴ und das Flüchtlingsproblem.

In der *Danzig*-Sache sah ich die Mitglieder des Dreier-Comités, die Herren Sandler (schwedischer Aussenminister), Makins (das englische Mitglied); mit dem französischen Mitglied hatte ich ein ausführliches Telefongespräch.⁵

Ich sah ausserdem den Hohen Kommissar für Danzig, Prof. Burckhardt.⁶

Ich protestierte allen gegenüber auf das schärfste gegen die schweigende Duldung seitens der Völkerbundsinstanzen der Danziger arischen Gesetzgebung und der faktischen Vertreibung der Juden. Ich sagte den Herren, dass wir verstehen, dass der Völkerbundsrat effektiv an der Lage nichts ändern könne, da er machtlos sei. Aber zumindest müsse er alles tun, um zu verhindern, dass seine passive Haltung als stillschweigende Duldung ausgelegt werde, wodurch er den antisemitischen Regierungen Osteuropas ein gefährliches Beispiel gebe.

Konkret verlangte ich, dass der Völkerbund seine Garantie für die Konstitution der Freien Stadt Danzig annulliere und den Hohen Kommissar als Garanten der Konstitution aus Danzig zurückberufe.

Die Mitglieder des Dreier-Comités wie auch Prof. Burckhardt hatten für diese Argumentation weitgehendes Verständnis. Insbesondere Herr Sandler und Prof. Burckhardt erklärten freimütig, dass auch sie die jetzige Situation für unhaltbar erachteten und durchaus verstehen, dass die Garantie für die Konstitution Danzigs nicht mehr lange aufrechterhalten werden könne.⁷ Als ich nach Genf kam, hatten die Mitglieder des Danzig-Comi-

1 AJA, The World Jewish Congress Collection, Series A: Central Files, Subseries 1: Organizational History and Activities 1919–1970, Box A1, File 1, Government interventions in: Austria, Czechoslovakia, Danzig, Poland and Romania 1936–1939.

2 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke und Unterstreichungen.

3 Völkerbund.

4 Die rumän. Regierung hatte 1938 mehreren Hunderttausend rumän. Juden die Staatsangehörigkeit entzogen sowie die Schließung zahlreicher jüdischer Organisationen befohlen. Der Jüdische Weltkongress drängte daraufhin Anfang 1939 beim Völkerbund auf eine Intervention zugunsten der Ausgebürgerten; siehe auch Dok. 13 vom Febr. 1938, Anm. 2.

5 1936 gründete der Völkerbundsrat das Dreier-Komitee, das Nachforschungen zu Petitionen anstellen sollte, bevor entschieden wurde, ob diese formell dem Rat vorgelegt würden. Ferner prüfte es, ob die Bestimmungen des Versailler Vertrags in Danzig eingehalten wurden. Die Mitglieder des Komitees gehörten dem Völkerbundsrat an, im Jan. 1939 waren dies: Rickard Sandler (1884–1964), Lehrer, sozialdemokratischer Politiker; 1925–1926 schwed. Premierminister, 1932–1939 Außenminister, 1934 Präsident der Völkerbundversammlung; Sir Roger M. Makins (1904–1996), Jurist, Diplomat; von 1928 an im brit. Außenministerium tätig, 1939 als Leiter der Westeuropaaabt., 1952–1957 brit. Botschafter in den USA; sowie der franz. Außenminister Georges Bonnet (1889–1973).

6 Dr. Carl J. Burckhardt (1891–1974), Publizist und Historiker; 1929 Professor in Zürich, 1932–1937 und 1939–1945 in Genf; 1937–1939 Hochkommissar des Völkerbunds in Danzig, 1944–1947 Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, 1945–1949 Schweizer Gesandter in Frankreich.

7 Der Völkerbund garantierte die Danziger Verfassung vom 11.8.1920. Wegen der zunehmenden Angleichung der Danziger Gesetzgebung an das Reich (u.a. durch Übernahme des sog. Blutschutz-

tés⁸ in Aussicht genommen, ein juristisches Comité einzusetzen, welches prüfen solle, ob die Nürnberger Gesetzgebung eine flagrante Verletzung der Konstitution darstelle. Ich protestierte auf das schärfste gegen diese Farce, wonach erst ein juristisches Gutachten notwendig sei, um festzustellen, dass die Nürnberger Gesetzgebung eine flagrante Verletzung der demokratischen Konstitution Danzigs sei. Der Gedanke des juristischen Comité's wurde dann fallen gelassen, doch konnte sich das Dreier-Comité, wie es scheint, besonders unter englischem Einfluss, nicht dazu entschliessen, schon jetzt die Annullierung der Garantie für die Konstitution und die Rückberufung des Hohen Kommissars zu beschliessen, da Polen und Deutschland scheinbar den Wunsch ausgedrückt haben, dass der Hohe Kommissar, der ja auch die Aufgabe hat, zwischen Deutschland und Polen in Danziger Sachen zu vermitteln, vorläufig bleibe, zumindest bis bei dem Besuch Ribbentrops in Warschau am 26. Januar die Danzig-Frage zwischen beiden Staaten geregelt würde.⁹ Es kommt hinzu, dass in wenigen Wochen in Danzig eine Neuwahl des Volkstags (des Danziger Parlaments) stattfinden wird, woraufhin die Danziger Nazis die Konstitution in totalitärem Sinne ändern wollen.¹⁰ Das Dreier-Comité war der Ansicht, dass dies erst der richtige Moment sein würde, um die Garantie des Völkerbundes zurückzuziehen, da natürlich der Völkerbund keine totalitäre Konstitution approbieren und garantieren könne.

Das Communiqué, welches das Dreier-Comité für Danzig schliesslich veröffentlichte,¹¹ stellt daher einen Kompromiss dar zwischen unseren Forderungen und den ursprünglichen Absichten, nichts weiter in diesem Moment zu unternehmen. Das Communiqué besagt, dass Verletzungen der Konstitution in Danzig vorgekommen seien (ohne dass spezifiziert wird, dass es sich dabei um die Arier-Gesetzgebung handelt), dass das Dreier-Comité die Entwicklung der Situation weiterverfolge und demnächst eine neue Sitzung haben werde (gemeint ist der Moment nach der erfolgten Aenderung der Konstitution durch den Danziger Volkstag) und dass der Hohe Kommissar vorläufig einen Urlaub antreten und nicht nach Danzig zurückfahren werde. Dieses Communiqué stellt einen teilweisen Erfolg unserer Bemühungen dar, ist aber nicht befriedigend, und wir haben daher an die Mitglieder des Dreier-Comité's einen erneuten Brief gerichtet, in dem wir unserer Enttäuschung über diesen Beschluss Ausdruck geben. Wir haben jedenfalls erreicht, dass die Frage überhaupt aufgeworfen wurde. Vermutlich wird in wenigen Wochen die Annullierung der Völkerbundsgarantie erfolgen.

gesetzes am 21.11.1938) erwogen die brit. und die franz. Regierung die Rücknahme der Garantie und die Rückberufung des Hochkommissars aus Danzig. Die Garantie bestand formell jedoch bis zur Ausweisung des Hochkommissars aus Danzig am 1.9.1939; siehe dazu Dok. 238 vom 14.1.1939.

⁸ Gemeint ist das Dreier-Komitee.

⁹ Joachim von Ribbentrop (1893–1946), Kaufmann; 1932 NSDAP-, 1933 SS-Eintritt; von 1934 an außenpolitischer Berater Hitlers (Dienststelle Ribbentrop), 1936–1938 Botschafter in London, 1938 bis 1945 Reichsaußenminister; 1945 verhaftet, im Nürnberger Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ribbentrops Besuch in Warschau am 26.1.1939 stand im Zeichen der deutschen Versuche, Polen in einen Pakt gegen die Sowjetunion einzubinden und dabei auch eine Einigung über Danzig und den Korridor zu erzielen.

¹⁰ Vor der Eingliederung der Freien Stadt Danzig ins Deutsche Reich am 1.9.1939 kam es zu keiner Neuwahl des Danziger Volkstags mehr. Der Danziger Senat sagte die bereits angekündigten Wahlen im Febr. 1939 ab. Die letzten Wahlen hatten am 7.4.1935 stattgefunden.

¹¹ Das Communiqué des Dreier-Komitees wurde am 19.1.1939 veröffentlicht. Es stellte fest, dass die gegen Juden gerichteten Verordnungen des Danziger Senats der Danziger Verfassung widersprachen. Von einer eindeutigen Verurteilung der Verordnungen sowie der Abberufung des Hochkommissars wurde jedoch abgesehen.

DOK. 241

Jüdisches Nachrichtenblatt: Die Reichsvertretung der Juden gibt am 20. Januar 1939 die Einrichtung eines Durchgangslagers für Emigranten in England bekannt¹*Durchgangslager in England*

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland teilt mit:

Bemühungen der Reichsvertretung zur Förderung und Beschleunigung der Auswanderung haben dazu geführt, daß in England ein Transit Camp (Durchgangslager) für vorläufig dreitausend, später bis zu fünftausend Juden aus Deutschland einschließlich Oesterreichs in einem vorhandenen Barackenlager in Richborough (Kent) eingerichtet wird. Es sollen dort solche Männer, grundsätzlich im Alter zwischen achtzehn und fünf- unddreißig Jahren, ausnahmsweise bis zu fünfundvierzig Jahren, vorübergehende Aufnahme finden, deren Auswanderung vordringlich und deren Einwanderung in Uebersee oder Palästina gesichert, aber erst frühestens nach drei, längstens innerhalb von neun Monaten durchführbar ist. Weitere Voraussetzung ist, daß auf andere Weise ein Zwischenaufenthalt nicht zu erreichen ist.²

Die in dem Durchgangslager untergebrachten Personen sollen dort, vor allem in körperlicher Arbeit, auf die Einordnung in das endgültige Einwanderungsland vorbereitet werden.

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland hat die Auswahl der aus dem Altreich zu entsendenden jüdischen Auswanderer (zunächst zweitausend) in Zusammenarbeit mit den jüdischen Wanderungsorganisationen (Hilfsverein, Palästinaamt) sowie den gemeindlichen und bezirklichen Fürsorgestellen übernommen.

Meldungen für die Aufnahme in das Durchgangslager sind *ausschließlich bei den örtlich zuständigen Auswandererberatungsstellen des Hilfsvereins der Juden in Deutschland oder, soweit das Ziel der endgültigen Auswanderung Palästina ist, bei den örtlich zuständigen Zweigstellen des Palästinaamtes anzubringen*. Diese Stellen werden den Aufnahmesuchenden den vorgeschriebenen Fragebogen zur genauesten Ausfüllung übergeben und sie über die weiter zu erfüllenden Voraussetzungen unterrichten. Die Anträge werden nach Prüfung der Reichsvertretung zur Entscheidung durch eine besonders hierfür eingesetzte Kommission zugeleitet. Von der Entscheidung, die so schnell wie irgend möglich getroffen werden wird, werden die Antragsteller unverzüglich benachrichtigt, gleichzeitig erhalten sie die weiter erforderlichen Mitteilungen.

Um vermeidbare Enttäuschungen auszuschließen und die Auswahlarbeit nicht unnötig zu belasten, müssen alle Meldungen *unterbleiben*, bei denen die aus dem Vorstehenden ersichtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme in das Durchgangslager nicht einwandfrei gegeben sind, zumal im Interesse einer gerechten Verteilung aus den einzelnen Bezirken begreiflicherweise nur eine beschränkte Anzahl von Anträgen entgegengenommen werden kann. Weiter bittet die Reichsvertretung, von jedem unmittelbaren Schriftverkehr mit ihr und von Besuchen und Anrufen abzusehen; da dadurch die Einrichtungsarbeiten

1 Jüdisches Nachrichtenblatt, Nr. 6 vom 20. 1. 1939, S. 1. Die Zeitung erschien von Nov. 1938 bis 1941 zweimal wöchentlich, vom RMfVuP zensiert, als Mitteilungsblatt der Reichsvereinigung der Juden.

2 In dem vom Council for German Jewry errichteten Lager, „Kitchener Camp“ genannt, waren 3500 männliche Emigranten und ehemalige KZ-Häftlinge untergebracht. Nach Kriegsbeginn wurde das Lager zur Ausbildungsstätte für paramilitärische Hilfstruppen umfunktioniert.

nur verzögert werden, können derartige Anfragen von ihr grundsätzlich nicht beantwortet werden.

Die Plätze in dem Transit Camp, die durch Weiterwanderung frei werden, sollen fortlaufend mit neuen Auswanderern aus Deutschland, die die dargelegten Bedingungen erfüllen, wieder besetzt werden.

DOK. 242

Frau D., auf Wohnungssuche in Berlin, hofft am 21. Januar 1939 auf die Kündigung jüdischer Mieter¹

Handschriftl. Brief von Frau D., Berlin, an ihren Mann in Leipzig vom 21.1.1939

Mein liebstes Schätzchen!

Heute, Sonnabend, bin ich von meiner Wohnungssuche schon um 2 ½ Uhr heimgekommen, da mich meine Beine einfach nicht mehr tragen wollten und der Kopf zum Zerspringen dröhnte; ich muß mir heut und morgen wohl etwas Ruhe gönnen, sonst halte ich die Strapazen nicht aus. Ein Ausflug mit der Reichsschule ist ein Kinderspiel gegen die Hetzjagd bei der Wohnungssuche. Soeben erhielt ich Deinen humorvollen Eilbrief, mein bestes Herzel, der mich ordentlich aufmunterte und meinen Mißmut etwas vertrieb. Nun noch einiges zu den beiden Wohnungen. Zunächst besichtigte ich die Wohnung zu 95,- am Stubenrauchplatz. Die Wohnung gefiel mir im Schnitt recht gut, es müßte nur einiges gemacht werden; die Hausfront macht allerdings einen ziemlich schäbigen und mitgenommenen Eindruck; doch auch dieser Mangel nebst den 95.- Märzmieta und die unmittelbare Nähe der Schloßstraße mit Trubel und Verkehr konnten mich nicht hindern, sofort den Wirt in der Konstanzerstr. i. der Nähe des Fehrbellinerpl. aufzusuchen. Ich gelangte in ein Büro mit einigen Angestellten, denn der Wirt besitzt eine Anzahl Häuser. Als ich dort nun einem der Angestellten mein Leid klagte und er mir daraufhin erklärte, in der Konstanzerstr. z.B. wohnen in einem seiner Häuser noch 15 Juden, mit deren Kündigung sie nach und nach rechnen, vergaß ich langsam die Wohnung in der Stubenrauchstr.. Eine Wohnung i. d. Konstanzerstr. 3 Zimmer m. Kammer, w. W., Heizung, Fahrstuhl RM 125,-. *Hochherrschaftliche* Häuser, in denen ich es für die Ewigkeit aushielte. Ich ließ meine Adresse dort und bat, bei einer 3 ½-, 4- oder 4 ½-Zimmer-Wohnung an mich zu denken; dann graste ich regelrecht alle Querstraßen der Konstanzer Str. ab, dort wohnen nämlich einmal noch heute Juden in Hülle und Fülle, zweitens fährt durch die Konstanzer ein Autobus nach Zehlendorf und zum anderen ist in diesen Straßen ein Haus immer herrlicher als das andere; die Juden wußten schon, wo es schön ist. Eine sehr nette Portier-Frau in einem dieser Häuser versprach mir, wenn Juden kündigen sollten, sofort an mich zu schreiben. Hochherrschaftliches Haus, w. W., Zentralheizung, Fahrstuhl, 4 Zimmer m. Kammer RM 135,-, 5 Zimmer m. Kammer RM 150. Ich habe der Frau dafür natürlich eine Belohnung versprochen. Ich würde gern 15,- RM zahlen, wenn ich solche Wohnung in einer so vornehmen und ruhigen Straße bekäme. Ja, mein Spatz, das sind Rosinen. Durchschnittlich kostet eine

¹ AdK, Berlin, Kempowski-Biographienarchiv, 1786.

4½–5 Zi.-Wohnung 155–220 RM. Bei diesem Fragen und Suchen stieß ich nun auch auf die 155,- MK.-Wohnung in d. Düsseldorferstr., *Hochherrschaftliches* Haus, w. W., Fahrstuhl, Zentralheizung, aber *Erdgeschoß*. Läden befinden sich nicht unter der Wohnung, mein Liebster. Die Wohnung liegt zu ebener Erde, kann man eigentlich sagen; ich glaube, wenn ich allein bin, habe ich in der Wohnung Angst. Außerdem scheint die Sonne wohl nie ins Erdgeschoß, denn hohe Baumreihen zieren die Straße. Geschäfte gibt es in diesen Häusern sowieso nicht, mein Spatzel. Ja, es ist halt sehr schwer, Nachteile hat jede Wohnung. Doch diese Wohnung war an sich so schön, daß sie mir überhaupt nicht aus dem Kopf will. Vor zwei Jahren wurde die Wohnung auch noch vollkommen renoviert. Ein richtiges Schmuckkästchen.²

Du wirst selbst sagen, die Wohnung ist einzig im Bau. Etwas Schöneres gibt es wohl kaum. Die meisten Wohnungen sind so entsetzlich und ungemütlich im Schnitt, daß man sich fragt, ob sie vom Schuster gebaut wurden.³

DOK. 243

Göring ordnet am 24. Januar 1939 die Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung an¹

Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan, gez. Göring, an den RMDI vom 24. I. 1939 (Abschrift)

Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.

Im Reichsministerium des Inneren wird aus Vertretern der beteiligten Dienststellen eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung gebildet. Die Reichszentrale hat die Aufgabe, für das gesamte Reichsgebiet einheitlich

1.) alle Massnahmen zur *Vorbereitung* einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, u. a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen, alle Schritte zu tun, um die Bereitstellung und zweckentsprechende Verwertung in- und ausländischer Geldmittel zu erwirken, und in Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für das Auswanderungswesen² geeignete Zielländer für die Auswanderung festzustellen;

2.) die Auswanderung zu *lenken*, u. a. für eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden zu sorgen;

3.) die Durchführung der Auswanderung im *Einzelfall* zu beschleunigen, indem sie durch zentrale Bearbeitung der Auswanderungsanträge die für den einzelnen Auswanderer erforderlichen staatlichen Ausweise und Bescheinigungen schnell und reibungslos beschafft und den Vollzug der Auswanderung überwacht.

² Im Original ist an dieser Stelle eine kleine Skizze des Wohnungsgrundrisses eingefügt.

³ Randbemerkung z.T. unleserlich: „Es ist [...] mir bei diesen schwierigen Verhältnissen muß man sofort zugreifen [...]“.

¹ BArch, R 58/276, Bl. 195f.; Abdruck in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobson, Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates, München 2005, S. 594 f.

² Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin mit Zweigstellen in mehreren deutschen Städten war 1902 als Zentralauskunftsstelle für Auswanderer gegründet worden. Die Behörde gehörte 1919–1924 als Reichswanderungsamt und 1924–1945 als Reichsstelle für das Auswanderungswesen zum RMDI.

Die Leitung der Reichszentrale übernimmt der Chef der Sicherheitspolizei.³ Er bestimmt den Geschäftsführer und regelt die Geschäftsführung der Reichszentrale.

Über die Arbeit der Reichszentrale ist mir laufend zu berichten. Vor grundsätzlichen Massnahmen ist meine Entscheidung einzuholen. Ausser den Vertretern der sonst beteiligten Dienststellen gehören dem Ausschuss der Gesandte Eisenlohr⁴ als der Beauftragte für amtliche zwischenstaatliche Verhandlungen und der Ministerialdirektor Wohlthat als der Beauftragte für die Verhandlungen über den Rublee-Plan an.⁵

DOK. 244

Das Auswärtige Amt erläutert den Auslandsvertretungen am 25. Januar 1939 die Bedeutung der Judenfrage für die Außenpolitik¹

Rundschreiben des AA (83-26 19/1), i. A. gez. Leg. Rat Schumburg,² an alle diplomatischen und berufs-konsularischen Vertretungen im Ausland vom 25.1.1939 (Abschrift)

Inhaltsangabe:

Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938.

1. Die deutsche Judenpolitik als Voraussetzung und Konsequenz der außenpolitischen Entschlüsse des Jahres 1938

2. Ziel der deutschen Judenpolitik: Auswanderung

3. Mittel, Wege und Ziel der jüdischen Auswanderung

4. Der ausgewanderte Jude als beste Propaganda für die deutsche Judenpolitik.

Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische Gegnerschaft der ehemaligen Feindbundmächte des Weltkriegs hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen

³ Reinhard Heydrich.

⁴ Ernst Eisenlohr (1882–1958), Jurist und Diplomat; von 1911 an im Auswärtigen Dienst, u. a. in Sao Paulo, Lissabon und Belgrad, 1931 Gesandter in Athen, 1935 in Prag, 1939–1943 im AA Berlin; 1946–1955 Bürgermeister von Badenweiler.

⁵ Der Reichszentrale für jüdische Auswanderung war ein Ausschuss zugeordnet, der bei seinen Arbeitsbesprechungen im Gestapa über die Tätigkeit der Reichszentrale, die Entwicklung der jüdischen Auswanderung und der Judenpolitik beriet. Zum (Schacht-)Rublee-Plan siehe Einleitung, S. 48.

¹ PAAA, R 104791; Abdruck in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (1918–1945), Serie D (1937 bis 1945), Bd. V (Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten), Juni 1937–März 1939, Baden-Baden 1953, S. 780–785.

² Dr. Emil Schumburg (1898–1961), Jurist; von 1925 an im AA, u. a. in Paris, Stockholm, Oslo, 1936–1940 Judenreferent des AA, von Juni 1939 an Leiter des Sonderreferats Deutschland; 1936 SS-, 1938 NSDAP-Eintritt; April 1940 beim Reichskommissar für die besetzten norweg. Gebiete, Juni 1940 Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber für Nordfrankreich, 1943–1945 Leiter der Dienststelle des AA in Krakau; bis 1948 in Internierungshaft, 1949 bei der Entnazifizierung als „entlastet“ eingestuft.

Volkes zum Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluß des großdeutschen Reiches erzwang.

Die Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage ergab sich aber auch als Konsequenz der außenpolitischen Entwicklung, die zu den im Altreich lebenden 500 000 Glaubensjuden weitere 200 000 in Österreich einbrachte. Der unter dem Schuschnigg-System ins Maßlose gewachsene Einfluß des Judentums in der österreichischen Wirtschaft machte sofortige Maßnahmen notwendig, die die Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft und den Einsatz des jüdischen Vermögens im Interesse der Allgemeinheit zum Ziele hatten. Die als Vergeltung für die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath einsetzende Aktion hat diesen Prozess so beschleunigt, daß der jüdische Einzelhandel – bisher mit Ausnahme ausländischer Geschäfte – im Straßenbild völlig verschwunden ist.³ Die Liquidierung der jüdischen Großhandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, daß in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um eine entschädigungslose Beschlagnahme jüdischen Vermögens handelt wie z. B. bei der Konfiskation der Kirchengüter während der französischen Revolution. Vielmehr erhält der enteignete Jude für seinen Besitz Reichsschuldverschreibungen, deren Zinsen ihm zustehen.⁴

Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden. Es ist vorauszusehen, daß schon die einschneidenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, die den Juden „vom Verdienst auf die Rente“ gesetzt haben, den Auswanderungswillen fördern werden. Im Rückblick auf die vergangenen 5 Jahre seit der Machtergreifung ist jedenfalls festzustellen, daß weder das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums noch die Nürnberger Judengesetze mit ihren Durchführungsvorschriften, die jede Assimilierungstendenz des Judentums unterbanden, wesentlich zur Abwanderung der deutschen Juden beigetragen haben. Im Gegenteil hat in jeder Periode innerpolitischer Beruhigung ein solcher Rückstrom jüdischer Emigranten eingesetzt, daß sich die Geheime Staatspolizei veranlaßt sah, jüdische Rückwanderer mit deutschem Paß zunächst zur politischen Kontrolle in einem Schulungslager unterzubringen.⁵

Aus Politik und Kultur war der Jude ausgeschaltet. Aber bis 1938 war seine wirtschaftliche Machtposition in Deutschland und damit sein zäher Wille, bis zum Anbruch „besserer Zeiten“ auszuhalten, ungebrochen. Bezeichnend für diese Taktik des hinhaltenden Widerstands ist das Programm einer in Polen neu gegründeten jüdischen Partei, allen auf Emigration des Judentums gerichteten polnischen Maßnahmen den Kampf anzusagen.⁶ Solange noch der Jude in der deutschen Wirtschaft verdienen konnte, so lange brauchte in den Augen des Weltjudentums die jüdische Bastion in Deutschland noch nicht aufgegeben zu werden.

³ Zum Verbot der jüdischen Einzelhandels- und Handwerksbetriebe nach dem Attentat auf vom Rath und dem Novemberpogrom; siehe Dok. 143 vom 12.11.1938.

⁴ Mit Hilfe der Reichsschuldverschreibungen wurden die Juden formal für den enteigneten Besitz entschädigt, nicht jedoch de facto, da sie die Schuldverschreibungen nicht einlösen durften.

⁵ Siehe Dok. 266 vom 17.3.1939.

⁶ Bei den Gemeindewahlen vom 18.12.1938 hatte der Bund, der gegen die massenhafte Emigration

Der Jude hatte aber die Konsequenz und die Kraft des nationalsozialistischen Gedankens unterschätzt. Zugleich mit dem in Versailles zur Niederhaltung Deutschlands geschaffenen Staatensystem in Mitteleuropa brach 1938 auch die jüdische Machtposition in Wien und Prag zusammen. Italien stellte sich mit seiner Rassengesetzgebung Deutschland im Kampf gegen das Judentum an die Seite.⁷ In Bukarest übernahm ein Kenner der Judenfrage, Professor Goga, mit einem gegen das Judentum gerichteten Programm die Regierung,⁸ ohne sich allerdings gegen den übermächtigen internationalen Druck von Paris und London durchsetzen zu können. In Ungarn und Polen wurde das Judentum unter Sondergesetzgebung gestellt.⁹ Überall beginnt jetzt der deutsche außenpolitische Erfolg von München wie ein Erdbeben in seinen Ausläufern auch in entfernten Staaten die seit Jahrhunderten befestigte Position des Judentums zu erschüttern.

Es ist auch verständlich, wenn das Weltjudentum, „das sich Amerika als Hauptquartier ausersehen hat“, das Abkommen von München, das nach amerikanischer Auffassung den Zusammenbruch der demokratischen Front in Europa bedeutet, als eigene Niederlage empfindet. Denn das System der parlamentarischen Demokratie hat erfahrungsgemäß stets dem Juden auf Kosten der Gastvölker zu Reichtum und politischer Macht verholfen. Wohl zum ersten Mal in der modernen Geschichte muß das Judentum jetzt eine bereits gesicherte Stellung wieder räumen.

Dieser Entschluß wurde erst 1938 gefaßt. Er äußerte sich in dem Bemühen der westlichen Demokratien, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, den nunmehr endgültig beschlossenen jüdischen Rückzug aus Deutschland, d. h. die Abwanderung des Judentums, unter internationale Kontrolle und Protektion zu stellen. Der amerikanische Präsident Roosevelt, „der bekanntlich in seinem engeren Rat von einer ganzen Reihe von Exponenten des Judentums umgeben ist“, berief bereits Mitte 1938 eine Staatenkonferenz zur Beratung der Flüchtlingsfrage ein, die in Evian ohne besondere sachliche Ergebnisse tagte.¹⁰ Beide Fragen, deren Beantwortung die Bedingung einer geordneten jüdischen Abwanderung bildet, blieben offen: einmal die Frage, *wie* diese Auswanderung zu organisieren und zu finanzieren sei, zweitens die Frage, *wohin* die Auswanderung zu lenken sei.

Zur Beantwortung der ersten Frage schien insbesondere das internationale Judentum nicht geneigt zu sein, einen Beitrag zu liefern. Vielmehr betrachtete es die Konferenz – und das später von ihr in London unter Führung des Amerikaners Rublee gebildete Komitee – als ihre Hauptaufgabe, Deutschland unter internationalem Druck zur Freigabe des jüdischen Vermögens in möglichst weitem Ausmaß zu zwingen. Deutschland sollte also die Abwanderung seiner 700 000 Juden mit der Preisgabe deutschen Volksvermögens erkaufen. Dabei ist zu bezweifeln, ob das internationale Judentum überhaupt ernstlich die Massenabwanderung seiner Rassegenossen aus

der Juden aus Polen Stellung bezogen hatte, im Vergleich zu den Zionisten deutlich an Stimmen gewonnen. Bei der erwähnten Partei könnte es sich um die Stronnictwo Demokratyczne gehandelt haben, deren Organisationskomitee sich im Juni 1938 konstituierte; die Gründungsversammlung fand allerdings erst im April 1939 statt.

7 Zur antijüdischen Gesetzgebung in Italien siehe Dok. 106 vom 14. 10. 1938, Anm. 10.

8 Zur antijüdischen Gesetzgebung in Rumänien siehe Dok. 13 vom Februar 1938, Anm. 2.

9 Zu den Gesetzen in Ungarn siehe Dok. 26 vom 13. 4. 1938, zur Situation in Polen Dok. 106 vom 14. 10. 1938, Anm. 12.

10 Zur Konferenz in Evian siehe Dok. 59 vom 8. 7. 1938 und Dok. 64 vom 16. 7. 1938.

Deutschland und aus anderen Staaten ohne das Äquivalent eines Judenstaats wünscht. Die in den bisherigen jüdischen Vorschlägen eingeschlagene Taktik zielt jedenfalls weniger auf die Massenabwanderung von Juden als auf den Transfer jüdischen Vermögens ab.

Es ist selbstverständlich, daß der Transfer auch nur eines Bruchteils jüdischen Vermögens devisentechnisch unmöglich wäre. Die Finanzierung einer Massenabwanderung deutscher Juden ist daher noch ungeklärt. Auf Anfragen wäre gesprächsweise zu erwidern, daß deutscherseits damit gerechnet werde, daß das internationale Judentum – insbesondere die Verwandten der auswandernden Juden – die Abwanderungsaktion ebenso nachdrücklich unterstützen würde, wie es seinen mittellosen Rassegemeinschaften zu einer Zeit, als Deutschlands Schwäche den Zustrom der Ostjuden nicht aufhalten konnte, die Einwanderung nach Deutschland ermöglicht habe. Es sei jedenfalls an Hand der Polizei- und Steuerakten nachzuweisen, daß die große Masse der Juden mittellos nach Deutschland einwanderte und in wenigen Jahren oder Jahrzehnten zu Vermögen gelangte, während das deutsche Volk durch die Tributbestimmungen des Versailler Vertrages seinen Besitz verlor oder in Arbeitslosigkeit verfiel. Es bestehe daher deutscherseits auch kein Verständnis für das Mitleid, mit dem eine angeblich humanitäre Welt die Enteignung dieses dem deutschen Volke durch jüdische Geschäftsmethoden entzogenen Besitzes als ein Unrecht beklage.

Die zweite Frage, in welche Zielländer eine organisierte Abwanderung der Juden gelenkt werden soll, konnte von der Konferenz in Evian ebenso wenig beantwortet werden, da jedes der beteiligten Länder unter Bekundung grundsätzlicher Anteilnahme an dem Flüchtlingsproblem sich außerstande erklärte, größere Massen jüdischer Auswanderer auf seinem Territorium aufnehmen zu können. Nachdem noch in den Jahren 1933/34 über 100 000 Juden aus Deutschland legal oder illegal den Weg ins Ausland gefunden hatten¹¹ und sich mit Hilfe ihrer jüdischen im Ausland lebenden Verwandten oder des Mitleids humanitär eingestellter Kreise in einen neuen Gaststaat einnisten konnten, haben inzwischen fast alle Staaten der Welt ihre Grenzen gegen die lästigen jüdischen Eindringlinge hermetisch verschlossen. Das Problem der jüdischen Massenauswanderung ist damit zunächst praktisch festgefahren. Viele Staaten sind bereits so vorsichtig geworden, von ordnungsmäßig einreisenden Juden mit deutschen Pässen eine Bescheinigung der deutschen Behörden zu verlangen, daß ihrer Rückreise nichts entgegensteht. Bereits die Wanderungsbewegung von nur etwa 100 000 Juden hat ausgereicht, um das Interesse, wenn nicht das Verständnis vieler Länder für die jüdische Gefahr zu wecken. Wir können ermessen, daß sich die Judenfrage zu einem Problem der internationalen Politik ausweiten wird, wenn große Massen der Juden aus Deutschland, aus Polen, Ungarn und Rumänien durch den zunehmenden Druck ihrer Gastvölker in Bewegung gesetzt werden. Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.

Es ist bereits heute für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken. Allerdings besteht

¹¹ Tatsächlich haben 1933 zwischen 52 000 und 60 000 Juden Deutschland verlassen, jedoch nur 37 000 von ihnen auf Dauer. Für 1934 wird die Zahl der jüdischen Auswanderer auf 23 000 geschätzt; Herbert A. Strauss, *Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses*, in: *LBI Year Book XXV*, hrsg. vom Leo Baeck Institute, London 1980, S. 313–361, hier: S. 326 f.

keine Veranlassung, mit anderen Staaten wie Polen, Ungarn und Rumänien, die selbst die Abwanderung ihrer jüdischen Bevölkerungsteile anstreben, an der Lösung dieses Problems zusammenzuarbeiten. Erfahrungsgemäß konkurrieren bei dieser Prozedur die gleichgerichteten Interessen und hemmen die Verwirklichung des vordringlichen deutschen Anspruchs auf Aufnahme der deutschen Juden in andere Zielländer.

Zwar hat die rumänische Regierung einen offiziellen Appell an die Reichsregierung unter dem Motto der menschlichen Moral und Gerechtigkeit gerichtet, an einer internationalen Aktion zur Lösung der Judenfrage mitzuarbeiten.¹² Andererseits hat aber Polen Ende Oktober v.J. eine Verordnung erlassen, deren Durchführung die Rückkehr von 60 000 aus Deutschland ansässigen Juden polnischer Staatsangehörigkeit nach Polen praktisch unmöglich gemacht hätte.¹³ Bekanntlich mußte sich die Reichsregierung daraufhin entschließen, etwa 16 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, denen ihre Familien folgen werden, kurz vor Inkrafttreten der polnischen Verordnung nach Polen abzuschieben. – Die ungarische Regierung hat allerdings insoweit Verständnis für die deutsche Judenpolitik gezeigt, als sie von sich aus die Arisierung jüdisch-ungarischer Geschäfte in Deutschland, d.h. Ersetzung der jüdischen Geschäftsinhaber durch nationale Ungarn, in Aussicht gestellt hat.¹⁴ Im allgemeinen zeigt sich aber das Bild, daß das egoistische Interesse der beteiligten Staaten an einer vorzugsweisen Abschiebung ihrer eigenen Volksteile vor jeder internationalen Lösung den Vorrang besitzt. Deutschland wird daher die Initiative ergreifen, um zunächst für die Abwanderung der Juden aus Deutschland Mittel, Wege und Ziel[e] zu finden.

Palästina, das der Volksmund bereits schlagwortartig zum Auswanderungsland bestimmt hat, kommt als Ziel der jüdischen Auswanderung schon deswegen nicht in Frage, weil seine Aufnahmefähigkeit für einen Massenzustrom von Juden nicht ausreicht. Unter dem Druck des arabischen Widerstands hat die britische Mandatsregierung die jüdische Einwanderung nach Palästina auf ein Minimum beschränkt. Von deutscher Seite war zunächst die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina durch Abschluß eines Abkommens mit der Vertretung des Judentums in Palästina, das den Transfer jüdischen Vermögens im Wege zusätzlichen Exports ermöglichte, weitgehend gefördert worden (Haavara-Abkommen). Abgesehen davon, daß durch diese Methode lediglich einer geringen Anzahl vermögender Juden, aber nicht der Masse besitzloser Juden die Auswanderung ermöglicht wurde, standen auch grundsätzlich außenpolitische Erwägungen dieser Form der Auswanderung entgegen: der Transfer jüdischen Vermögens aus Deutschland trug nicht unwesentlich zum Aufbau eines Judenstaats in Palästina bei. Deutschland muß aber in der Bildung eines Judenstaates, der auch in Miniaturform für das Weltjudentum eine ähnliche Aktionsbasis wie der Vatikanstaat für den politischen Katholizismus bilden würde und der nur einen Bruchteil der Juden absorbieren könnte, eine Gefahr sehen. Die Erkenntnis, daß das Judentum in der Welt stets der unversöhnliche Gegner des Dritten Reiches sein wird, zwingt zu dem Entschluß, jede Stärkung der jüdischen Position zu verhindern. Ein jüdischer Staat würde

12 Am 7.12.1938 hatte die rumänische Regierung bei verschiedenen anderen Regierungen die Gründung eines Judenstaats angeregt, in dem die Juden Rumäniens, Polens und anderer osteuropäischer Länder angesiedelt werden sollten.

13 Siehe Dok. 112 und 1B vom 28.10.1938.

14 Nicht ermittelt.

aber dem Weltjudentum einen völkerrechtlichen Machtzuwachs bringen. Alfred Rosenberg¹⁵ hat diese Gedanken in seiner Rede in Detmold am 15. Januar d. J. folgendermaßen formuliert:

„Das Judentum erstrebt heute einen Judenstaat in Palästina. Aber nicht etwa, um den Juden in aller Welt eine Heimat zu geben, sondern aus anderen Gründen, das Weltjudentum müsse einen kleinen Miniaturstaat haben, um exterritoriale Gesandte und Vertreter in alle Länder der Welt senden und durch diese seine Herrschaftsgelüste vorwärtstreiben zu können. Vor allem aber will man ein jüdisches Zentrum, einen jüdischen Staat haben, in dem man die jüdischen Hochstapler aus aller Welt, die von der Polizei anderer Länder verfolgt werden, unterbringen, mit neuen Pässen ausrüsten und dann in andere Teile der Welt schicken kann. Es ist zu wünschen, daß die Judenfreunde in der Welt, vor allem die westlichen Demokratien, die über soviel Raum in allen Erdteilen verfügen, den Juden ein Gebiet außerhalb Palästinas zuweisen, *allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern um ein jüdisches Reservat einzurichten.*“¹⁶

Das ist das Programm der außenpolitischen Haltung Deutschlands in der Judenfrage. Es besteht deutscherseits ein größeres Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. Die Kalkulation, daß sich damit in der ganzen Welt Boykottherde und antideutsche Zentren bilden würden, läßt die bereits jetzt zu beobachtende Erscheinung außer acht, daß der Zustrom der Juden in allen Teilen der Welt den Widerstand der eingesessenen Bevölkerung hervorruft und damit die beste Propaganda für die deutsche Judenpolitik darstellt.

In Nordamerika, in Südamerika, in Frankreich, in Holland, Skandinavien und Griechenland – überall, wohin sich der jüdische Wanderungsstrom ergießt, ist bereits heute eine deutliche Zunahme des Antisemitismus zu verzeichnen. Diese antisemitische Welle zu fördern, muß eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein. Sie wird weniger erfüllt durch deutsche Propaganda im Ausland, als durch die Propaganda, die der Jude zu seiner Verteidigung in Gang zu setzen gezwungen ist. Sie wird sich in ihrer Wirkung zuletzt gegen ihn selbst wenden. Die Berichte der deutschen Auslandsbehörden beweisen die Richtigkeit dieser Auffassung:

Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die innenpolitische Entwicklung in USA, daß die Hörerschaft des bekannten antijüdisch eingestellten „Radiopriesters“ Coughlin auf über 20 Millionen angewachsen ist.¹⁷ – Die Gesandtschaft in Montevideo berichtet am 12. Dezember d. J., „daß der jüdische Zustrom monatelang Woche für Woche andauert. Es steht außer Frage, daß der Antisemitismus

15 Alfred Rosenberg (1893–1946); Architekt und Zeichner; 1919 DAP-, 1921 SA- und 1925 NSDAP-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; 1923–1924 und 1926–1937 Hauptschriftleiter und 1938–1945. Hrsg. der Zeitung Völkischer Beobachter, 1933–1945 Leiter des Außenpolitischen Amts der NSDAP, 1934–1945 Beauftragter für die Überwachung der weltanschaulichen Erziehung der NSDAP (Amt Rosenberg); 1941–1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete; 1946 nach Todesurteil im Nürnberger Prozess hingerichtet; Autor u. a. von „Der Jude“ (1918) und „Mythus des 20. Jahrhunderts“ (1930).

16 Alfred Rosenberg über Juden und Kirchenfrage, VB (Norddt. Ausg.), Nr. 16 vom 16. I. 1939, S. 2.

17 Charles Edward Coughlin (1891–1979), kath. Priester; war in den 1930er-Jahren in den USA der meistgehörte Rundfunkprediger, seine Ansprachen wurden zunehmend antisemitisch; 1942 erteilte Erzbischof Edward Mooney ihm auf Veranlassung Roosevelts Rede- und Schreibverbot in politischen Angelegenheiten, bis 1966 Gemeindepriester in Detroit.

hier wächst.“ – Saloniki berichtet unter dem 30. November 1938: „daß Kräfte am Werk sind, um den Haß gegen die Juden zu schüren“, und gleichzeitig, daß das griechische Freimaurertum die antisemitische Bewegung zu hemmen bemüht ist. –

In Frankreich sollte sich im April d.J. die Pariser Stadtversammlung über einen Antrag aussprechen, auf Grund dessen die Naturalisierung von Juden in Zukunft abgelehnt werden sollte.¹⁸ Die Beratung über die Judenfrage endete mit einer Schlägerei der Debattenredner. – Lyon berichtet am 20. Dezember d.J.: „Die Einwanderung jüdischer Flüchtlinge hat hier letzthin zu Unliebsamkeiten geführt. Die allgemein in Frankreich bestehende, auf geschäftlichen und Konkurrenzgründen beruhende Abneigung gegen die neuen Eindringlinge ist unverkennbar.“ – Diese Abneigung ist inzwischen so gewachsen, daß sich bereits eine jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus in Frankreich organisiert hat (Bericht Paris vom 19. November d.J.). – Die Gesandtschaft im Haag berichtet am 30. Dezember v.J.: „Unter dem Eindruck der zahlreichen Emigranten aus Deutschland, die sich namentlich in Amsterdam sehr breitmachen, ist der Antisemitismus in Holland im starken Zunehmen. Und wenn es so weitergeht, kann der Fall leicht eintreten, daß der Holländer für das Vorgehen Deutschlands gegen die Juden nicht nur Verständnis gewinnt, sondern auch den Wunsch empfindet, es ebenso zu machen wie wir.“ – Die Gesandtschaft in Oslo berichtet am 8. April v.J.: „Während noch vor wenigen Jahren das Straßenbild Oslos kaum durch Juden entstellt wurde, ist hierin in letzter Zeit ein starker Wandel eingetreten. Auf den Straßen, in den Restaurants und vor allem in den Kaffeehäusern sitzen die Juden zu scheußlichen Klumpen geballt. Die Norweger werden mehr und mehr verdrängt. Die norwegische Presse, die bisher so gar kein Verständnis für die Judenfrage hatte, merkt plötzlich, was es heißt, wenn eines Tages die Kinder Israels wie die Heuschrecken in ein Land einfallen. Es wird eine ganz heilsame Lehre sein, die Norwegen hier erteilt wird.“

Diese Beispiele aus der Berichterstattung der Auslandsbehörden können beliebig vermehrt werden. Sie bestätigen die Richtigkeit der Erwartung, daß die Kritik an den mangels Tatbestandes in vielen Ländern nicht verständlichen Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Lebensraum eine Übergangserscheinung darstellt und sich in dem Augenblick gegen das Judentum selbst wenden wird, wo der Augenschein die Bevölkerung lehrt, was die jüdische Gefahr für ihren Bestand bedeutet. Je ärmer und damit belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen propagandistischen Interesse. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens soll eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein, die nicht von falschem Mitleid mit der „vertriebenen religiösen jüdischen Minderheit“, sondern von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet.

¹⁸ Der Antrag wurde von Louis Darquier de Pellepoix, dem späteren Generalkommissar für Judenfragen der Vichyregierung, eingebracht. Er forderte, allen Juden, unabhängig davon, ob sie franz. Bürger oder Immigranten seien, den Status von Fremden zu verleihen und ihre ökonomischen und kulturellen Aktivitäten zu beschränken; Michael Marrus, Robert Paxton, *Vichy France and the Jews*, Stanford 1996, S. 44.

DOK. 245

Der Bürgermeister von Friedrichstadt befürwortet am 26. Januar 1939 gegenüber dem Landrat in Schleswig den Verkauf jüdischen Eigentums unter Wert¹

Schreiben des Bürgermeisters von Friedrichstadt als OPB,² ungez., an den Landrat in Schleswig³ vom 26. 1. 1939

U.⁴ dem Herrn Landrat

in *Schleswig*

mit einer Anlage wieder vorgelegt.

Hier bestehen keine Bedenken irgendwelcher Art gegen die Arisierung des Judenbesitzes *Meier*.⁵

Obwohl der Einheitswert 13600,- RM beträgt, kann der Kaufpreis von 10000,- RM als angemessen angesehen werden, da eine entsprechende Wertminderung durch die am 10.11.38 erfolgte Demolierung eingetreten ist.

2) U. dem Herrn Landrat

in *Schleswig*

mit einer Anlage zurückgereicht.

Gegen die Arisierung des Judenbesitzes *H.D. Levy*⁶ bestehen keinerlei Bedenken.

Der Unterschied zwischen dem Einheitswert und dem Kaufpreis (5770 : 5000,- RM) kann als angemessen angesehen werden, da eine Wertminderung in dieser Höhe durch die am 10.11.38 erfolgte Demolierung eingetreten ist.

3) in *Schleswig*

mit einer Anlage zurückgereicht.

Das Hausgrundstück wurde von der Jüdin *Falk*⁷ vor einigen Jahren für 8000,- RM erworben. Der Einheitswert von 13900,- RM stellt nicht mehr den tatsächlichen Wert dar, weil das Haus seit Jahrzehnten baulich sehr vernachlässigt wurde und öfters den Besitzer wechselte. Auch die Jüdin ließ den Bau weiter verfallen, so daß der gegenwärtige gemeine Wert auf 6–7000,- RM zu schätzen ist. Das Haus wurde am 10. 11. 38 nicht demoliert, weil es bereits von *Eberhardt*⁸ in Besitz genommen war. Gegen die Arisierung bestehen keinerlei Bedenken.

1 StadtA Friedrichstadt, M 14.

2 Albin Rühling (1889–1964), zunächst Stadtsekretär, vom Mai 1938 bis Sept. 1945 Bürgermeister von Friedrichstadt.

3 Hans Kolbe (1882–1957), Berufsoffizier; 1934 als Vizeadmiral aus dem aktiven Dienst ausgeschieden; 1934 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Landrat in Schleswig; von 1936 an Gauamtsleiter des Reichskolonialbunds; 1941 im SD, 1941–1943 und 1944–1945 Kriegsvertretung für die Eckernförder Landräte; 1945–1946 im Lager Gadeland interniert, bei der Entnazifizierung zunächst als „Mitläufer“, nach Widerspruch als „entlastet“ eingestuft.

4 Urschriftlich.

5 Leopold Meier (*1893) betrieb Am Markt 6 in Friedrichstadt ein Einzelhandelsgeschäft, er wurde am 8.11.1941 nach Minsk deportiert, sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

6 Richtig: Nesanel David Levy, Besitzer eines Manufakturwarenladen in der Westerhafenstr. 10, Inhaber: Bruno Levy (*1890), Kaufmann, emigrierte 1939 nach Brasilien.

7 Viola Falk, geb. Heymann (*1885); nach dem Tod ihres Ehemanns Baruch Falk im Jahr 1935 zog sie nach Hamburg und heiratete einen Herrn Lewinski. Ihr weiterer Verbleib ist unbekannt. Das Grundstück befand sich in Friedrichstadt, Am Markt 3.

8 Vermutlich Johannes Eberhardt (1865–1955), Kaufmann; Besitzer eines Einzelhandelsgeschäfts in Friedrichstadt, nebenberuflich Hausverwalter.

DOK. 246

Oscar Schloss schildert seine Ausreise aus Deutschland am 26. Januar 1939¹

Bericht von Oscar Schloss² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

Wir brachen am 26. Januar auf. Wir kamen durch Heidelberg, und ich werde meine Geburtsstadt wohl nie wiedersehen, nie wieder die Stätten aufsuchen können, an denen meine Eltern und mein Bruder begraben liegen!

Wir trafen den Doktor⁴ in Karlsruhe. Als wir durch Baden-Baden kamen, stiegen meiner Frau Tränen der Trauer in die Augen bei der Erinnerung an die schönen dort verbrachten Stunden. Nach kurzer Fahrt erreichten wir Kehl, wo unsere Papiere und unser Gepäck inspiziert werden sollten. Unser Zug sollte etwa eine Stunde Aufenthalt haben, bevor die Reise nach Straßburg weitergehen würde. Dort sollten der Bruder des Doktors und seine Frau, eine Cousine meiner Frau, auf uns warten. Da für Frankreich keine Visa vergeben wurden und es sich bei unserem Zug nicht um einen Fernschnellzug handelte, waren wir die einzigen Passagiere, die inspiziert wurden.

Zunächst mussten wir etwa eine Stunde warten, bis die Zollbeamten freundlicherweise bereit waren, uns zu empfangen. Uns störte diese Verzögerung nicht, da wir glaubten, dass die verbleibende Zeit nicht mehr für eine gründliche Durchsuchung unseres Gepäcks reichen würde. Obwohl wir im Besitz der amtlichen Genehmigung zur Ausfuhr des Gepäcks waren und auch darüber hinaus nichts bei uns hatten, ist doch im Allgemeinen jeder mehr oder weniger aufgeregt beim Überqueren einer Grenze, und in diesem Fall handelte es sich um eine ganz besondere Grenzüberschreitung.

Obwohl wir wussten, dass an allen deutschen Grenzen die jüdischen Auswanderer ganz besonderen Kontrollen unterlagen, sprenkte das, was wir in Kehl erleben mussten, jeden Rahmen! Der Abschied von Deutschland fiel uns sehr leicht, gerade weil er uns so schwer gemacht wurde!

Vier Beamte beschäftigten sich ausschließlich mit uns. Da wir natürlich viele Genehmigungen brauchten, hatten wir für unsere ganzen Unterlagen, darunter Empfehlungsschreiben und wertvolle Briefe, eine große Aktenmappe. Vor allem diese Aktenmappe übte einen besonderen Reiz auf die Zollbeamten aus. Zwei der Beamten beschäftigten sich damit, guckten und lasen jedes einzelne Blatt, jeden Brief durch und entnahmen einzelne Papiere, deren Inhalt ihrer Meinung nach verdächtig wirkte. Es wäre fraglos töricht gewesen, irgendwelche Papiere mitzunehmen, die auch nur die geringsten Probleme hätten verursachen können, doch die Beamten schienen Anweisungen zu

1 Oscar Schloss, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940) S. 134–138, Harvard-Preisausschreiben Nr. 201. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Oscar Schloss (* 1875), Großhändler; leitete 1922–1930 verschiedene Firmen in Heidelberg, Dresden und Berlin, 1930–1932 Angestellter in Berlin; emigrierte 1939 über Paris, Brüssel, Dover und London in die USA

3 Der gesamte Bericht umfasst 150 Seiten und wurde aus New York City eingesandt. Im ersten Teil berichtet Schloss von seiner Jugend, seiner Lehrzeit und von Reisen in Europa und den USA, seinen Erfahrungen als Leiter verschiedener Großhandelsfirmen und als Reservist im Ersten Weltkrieg. In den Jahren 1936 und 1937 arbeitete er in Frankfurt a.M. als Handelsreisender. Während des Novemberpogroms wurde er aufgrund seines Alters nicht verhaftet.

4 Oscar Schloss benennt mit dem Pseudonym „the doctor“ einen befreundeten Arzt aus Frankfurt a.M., der sich Anfang 1938 entschied, gemeinsam mit dem Ehepaar Schloss in die USA zu emigrieren; wie Anm. 1, S. 103, 116.

haben, an so vielen Dingen wie möglich etwas auszusetzen. Die Kontrolle unserer Papiere hatte bis jetzt mehr als eine halbe Stunde in Anspruch genommen, der dritte Beamte sowie eine Beamtin, die die weiblichen Passagiere inspizieren sollte, saßen ebenso untätig herum wie der Doktor und meine Frau, weder eine Tasche noch ein Koffer waren bislang [auch nur] angerührt worden. Unser Zug war bereits abgefahren, und als wir uns erlaubten, die Beamten darauf hinzuweisen, teilte man uns verächtlich mit, dass im Laufe des Abends und der Nacht noch weitere Züge nach Straßburg gehen würden.

Schließlich war die Überprüfung meiner Aktenmappe abgeschlossen, und die Papiere des Doktors kamen an die Reihe. Während man – abgesehen von ein paar beschlagnahmten harmlosen Briefen – nichts unter meinen Papieren gefunden hatte, riefen die Unterlagen des Doktors derart große Aufregung unter den Herren hervor, dass sie einen SS-Mann zur Hilfe riefen. Dieser Halbwüchsige nahm den Doktor mit zur Gestapo, die in einem anderen Raum des Bahnhofs untergebracht war. Eine einfache Kopie seines Führerscheins, den er, wie alle Juden, vor einiger Zeit gezwungen gewesen war abzugeben, erregte die Gemüter dieser Halunken, die unterstellten, dass es sich dabei um eine Fälschung handelte! Es dauerte eine ganze Weile, bis der Doktor leichenblass zurückkehrte. Der SS-Mann warf die Papiere zu Boden und verschwand, nicht ohne zuvor ein paar unverschämte Bemerkungen zu machen.

In der Zwischenzeit hatte man mich in eine Zelle gebracht, in der ich mich vollständig entkleiden musste. Der Beamte durchsuchte meine Taschen, den Saum meiner Kleidung, meine Schuhe und alles, wo man womöglich irgendetwas hätte verstecken können. Danach untersuchte er mein spärliches Haar, bohrte zwischen meinen Zehen (vermutlich nach Juwelen!) und ließ keine Stelle meines Körpers unerforscht. Ich musste mich zusammenreißen, um diesen Bengel nicht zusammenzuschlagen.

Meine Frau, die von der Beamtin in einer anderen Zelle durchsucht wurde, wurde vernünftiger behandelt, offenbar besaß diese Beamtin noch ein Minimum an Menschlichkeit und Anstand. Sie erklärte meiner Frau, dass sie ihre Taschen und Koffer gründlich in der Gegenwart der Beamten durchsuchen müsse, aber dabei nichts beschädigen werde.

Als ich aus der Zelle zurückkehrte, machte sich der Doktor gerade mit seinem Gepäck fertig und verschwand im französischen Zollhaus, das sich direkt nebenan befand. Kurz darauf folgte meine Frau, während mein Gepäck weiterhin äußerst gründlich durchsucht und der Inhalt herumgeworfen wurde. Folglich dauerte es eine ganze Weile, bis ich soweit war. Als ich noch einen Fuß auf der deutschen Seite des Zolls hatte, konnte ich mir die Bemerkung nicht verkneifen: „*Finis coronat opus!*“⁵ Offenbar glaubte der leitende Beamte, ich hätte ihn begrüßt, und antwortete: „*Heil Hitler!*“ Das war das Letzte, was ich in Deutschland hörte!

Hätten wir noch einen letzten Rest des Bedauerns verspürt, Deutschland verlassen zu müssen, so wäre er uns angesichts dieser unwürdigen Behandlung abhanden gekommen. Aber nichts dergleichen ging in unseren Köpfen vor, und als der französische Zollbeamte mich freundlich fragte: „*Est-ce que vous avez quelque chose à déclarer?*“ war die einzige Erklärung, die abzugeben ich in der Lage war, dass ich der Vorsehung danke, die es mir erlaubt hatte, dieses elende Land zu verlassen. Der französische Zollbeamte öffnete nicht ein einziges meiner Gepäckstücke, er traute meinen Wort mehr, als dies meine früheren Landsleute getan hatten, und entließ mich mit einem charmanten: „*Bon voyage!*“

5 Lat.: Das Ende krönt das Werk! (Ovid).

DOK. 247

**Deutsche Steuer-Zeitung und Wirtschaftlicher Beobachter:
Artikel vom 28. Januar 1939¹**

Die Judenvermögensabgabe

Von Regierungsrat W. Donandt,² Berlin, Reichsfinanzministerium

Inhalt:

1. Die Sühneleistungsverordnung vom 12. November 1938,
2. Allgemeines zur Durchführung der Sühneleistungsverordnung,
3. Persönliche Abgabepflicht,
4. Sachliche Abgabepflicht,
5. Bewertung,
6. Entrichtung der Judenvermögensabgabe,
7. Zahlung durch Sachgüter,
8. Inzahlungnahme von Wertpapieren,
9. Inzahlungnahme von Grundstücken,
10. Schlußbemerkung.

1. Die Sühneleistungsverordnung vom 12. November 1938³

Nach dem Pariser Mord hat Generalfeldmarschall Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan die *Verordnung über eine Sühneleistung der Juden vom 12. November 1938* (Sühneleistungsverordnung) erlassen, durch die den Juden eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark auferlegt wird. Diese Verordnung beruht auf dem Recht, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um den Einsatz des Vermögens der Juden in Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen, das sich der Beauftragte für den Vierjahresplan im § 7 der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (Anmeldungsverordnung)⁴ vorbehalten hat. Die vor dem 12. November auf Grund dieser Vorschrift getroffenen Maßnahmen dienten in erster Linie der *Entjudung der deutschen Wirtschaft*. Die Sühneleistungsverordnung vom 12. November hat allein den Zweck, die *feindliche Haltung des Judentums* gegenüber dem Deutschen Volk und Reich „entschieden abzuwehren und hart zu sühnen“.

Die Sühneleistung konnte im allgemeinen nur denjenigen Angehörigen der jüdischen Rasse auferlegt werden, die als deutsche Staatsangehörige *der deutschen Staatshoheit* unterworfen sind (Hinweis auf Abschnitt 3). Hätte das Deutsche Reich auch die in seinem Gebiet ansässigen Juden *ausländischer* Staatsangehörigkeit zur Sühneleistung herangezogen, so wären außenpolitische Schwierigkeiten die Folge gewesen. Wenn die *Sühne* daher auch nur einen beschränkten Kreis innerhalb des Judentums treffen konnte, so ist sie doch die *wirksamste Abwehrmaßnahme* gegenüber der feindlichen Haltung des Judentums überhaupt. Sie zeigt dem Judentum der Welt, daß das Deutsche Reich seine Angriffe nicht hinzunehmen gewillt ist und *Vergeltung* an denjenigen Angehörigen der jüdischen Rasse nehmen wird, die seinem Zugriff unterliegen.

1 Deutsche Steuer-Zeitung und Wirtschaftlicher Beobachter, Nr. 4 vom 28. 1. 1939, S. 78–84.

2 Walter Rudolf Ferdinand Donandt (1904–1998); Reg. Rat, später ORR im RFM; Aug. 1939–1943 mit Unterbrechung Kriegseinsatz als Hauptmann; vermutl. 1944 nach Liegnitz (Oberschlesien) verzogen; 1946 aus brit. Kriegsgefangenschaft entlassen, später Ministerialrat im Bundesverkehrsministerium.

3 Siehe Dok. 142 vom 12. 11. 1938.

4 Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

2. Allgemeines zur Durchführung der Sühneleistungsverordnung

Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat in der Sühneleistungsverordnung den *Reichsminister der Finanzen* beauftragt, die Durchführungsbestimmungen zur Einziehung der Kontribution im Benehmen mit den beteiligten Reichsministern zu treffen. Der Reichsminister der Finanzen hat im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und den übrigen beteiligten Reichsministern die *Durchführungsverordnung über die Sühneleistung der Juden vom 21. November 1938* (DVO) erlassen.⁵ Darin wird die Einziehung der Kontribution den *Finanzämtern* übertragen. Die Finanzämter sind damit im Kampf des nationalsozialistischen Reichs gegen das Judentum in vorderster Front eingesetzt.

Die Kontribution von einer Milliarde Reichsmark soll nach der DVO auf die Juden *nach Maßgabe ihres Vermögens umgelegt* werden. Das bedeutet, daß der mit einer Milliarde Reichsmark *feststehende Betrag* nach Maßgabe des Vermögens des einzelnen Abgabepflichtigen zu erheben ist. Hieraus ergab sich die Möglichkeit, die *Vorschriften* über die Bemessung der Sühneleistung der Einzelnen *einfach* zu gestalten. Es kann davon ausgegangen werden, daß Beträge, die der Einzelne zu wenig bezahlt, von der Gesamtheit der Beteiligten wieder aufgebracht werden müssen, solange der Gesamtbetrag von einer Milliarde Reichsmark noch nicht erreicht ist.

Die Judenvermögensabgabe ist eine Sühneleistung und keine Steuer. Nur um den Finanzämtern die Arbeit der Einziehung zu erleichtern, sieht die DVO im § 9 Absatz 2 die sinngemäße Anwendung der Reichsabgabenordnung, des Steueranpassungsgesetzes und des Steuersümnisgesetzes vor. Das Verfahren zur Einziehung der Judenvermögensabgabe soll damit dem Verwaltungsapparat der Finanzämter angepaßt werden. Abgesehen von den bezeichneten Gesetzen sind die *Steuergesetze*, insbesondere auch das *Reichsbewertungsgesetz*,⁶ unmittelbar *nicht anzuwenden* (hierzu Hinweis auf Abschnitt 5).

Zuständig für die Erhebung der Judenvermögensabgabe ist das Finanzamt, in dessen Bezirk der Abgabepflichtige einen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. In Bezirken, in denen auf Grund besonderer Anordnungen der Oberfinanzpräsidenten Steuerpflichtige bei einem anderen Finanzamt als dem Wohnsitzfinanzamt zu ihren persönlichen Steuern veranlagt werden, sind die Oberfinanzpräsidenten ermächtigt, die Zuständigkeit für die Judenvermögensabgaben entsprechend zu regeln. Für Abgabepflichtige, die bei Erlaß der Sühneleistungsverordnung vom 12. November 1938 ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt *im Ausland* hatten, ist ausschließlich das Finanzamt Berlin-Moabit-West zuständig.

Ein *Veranlagungsverfahren* ist in der DVO *nicht* vorgesehen. Die Erfahrungen bei der Erhebung des ersten Teilbetrags der Judenvermögensabgabe zeigen aber, daß die Arbeit der Finanzämter bei der Bemessung der Judenvermögensabgabe oft einem Veranlagungsverfahren *gleichkommt*. Wenn auch z. B. die DVO im § 4 Absatz 3 anordnet, daß die Zahlungen auf die Judenvermögensabgabe ohne besondere Aufforderung zu leisten sind, so hat es sich doch besonders im Interesse einer geordneten *kassenmäßigen* Behandlung als zweckmäßig erwiesen, einen *Abgabebescheid* zu erteilen. Eine *Verpflichtung* zur Erteilung des Bescheids besteht für das Finanzamt allerdings nur, wenn der Abgabepflichtige es *beantragt* (§ 9 Absatz 3 DVO).

5 In der DVO über die Sühneleistung der Juden wurden u. a. Bemessungsgrundlagen, Höhe und Art der Abgabe sowie Zuständigkeit der Finanzämter geregelt; RGBl., 1938 I, S. 1638–1640.

6 Das Reichsbewertungsgesetz (RBewG) vom 16. 10. 1934 legte die Bemessungsgrundlagen für die Steuererhebung des Reichs fest; RGBl., 1934 I, S. 1035–1049.

Dem Erfordernis der *Beschleunigung* des Einziehungsverfahrens entspricht es, daß § 9 Absatz 5 DVO gemäß gegen die Entscheidung der Finanzämter nicht das Berufungsverfahren, sondern lediglich das *Beschwerdeverfahren* zugelassen ist. Ebenso wird § 9 Absatz 6 DVO gemäß zur Beschleunigung des *Beitreibungsverfahrens* von den allgemeinen Vorschriften der Reichsabgabenordnung über die Zwangsvollstreckung die Ausnahme gemacht, daß mit der Zwangsvollstreckung *begonnen* werden darf, auch *ohne* daß dem Abgabepflichtigen eine Zahlungsaufforderung zugestellt und seitdem die Frist von einer Woche verstrichen ist.

Die Verfahrensvorschriften über *Stundung und Erlaß* von Steuern sind bei der Judenvermögensabgabe sinngemäß anwendbar. Um den Finanzämtern die Frage, wann Billigkeitserwägungen am Platz sind, zu erleichtern, hat der Reichsminister der Finanzen in *Verwaltungsanweisungen* einzelne Anordnungen erlassen (Hinweis auf Abschnitt 4). Darüber hinaus hat sich der Reichsminister der Finanzen den *Billigkeitserlaß*⁷ der Judenvermögensabgabe in den einzelnen Fällen selbst vorbehalten. Bei Billigkeitserwägungen auf dem Gebiet der Judenvermögensabgabe muß maßgebend sein, daß die Abgabe eine *Sühne* darstellt und daß jede Sühne den Betroffenen hart treffen soll. Andererseits ist zu beachten, daß der Betrag, der dem einzelnen Abgabepflichtigen erlassen wird, von der Gesamtheit der *übrigen Abgabepflichtigen* aufgebracht werden muß. Eine Ermäßigung der Judenvermögensabgabe im einzelnen Fall geht daher nicht zu Lasten des Deutschen Reichs. Eine *Stundung* wird das Finanzamt im allgemeinen gewähren können, wenn sie rechtzeitig beantragt ist und zwingende Gründe für eine verspätete Zahlung nachgewiesen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Anordnungen für die Teilzahlung am 15. Dezember erst kurz vor dem Fälligkeitstag getroffen werden konnten, wird in einzelnen Fällen auch nachträglich noch Stundung gewährt werden können, wenn die Verspätung der Zahlung entschuldbar erscheint.

Auf die Judenvermögensabgabe finden auch die *Strafvorschriften* der Reichsabgabenordnung Anwendung. Ein Abgabepflichtiger, der sich seiner Abgabepflicht entzieht oder sich nicht gerechtfertigte Vorteile erschleicht, ist daher wegen Hinterziehung der Judenvermögensabgabe § 396 AO gemäß zu bestrafen (Hinweis auf Abschnitt 7).⁸ Eine Bestrafung im Verwaltungsstrafverfahren ist zulässig.

3. Persönliche Abgabepflicht

Abgabepflichtig sind *alle Juden deutscher Staatsangehörigkeit*, gleichgültig ob sie im Inland oder im Ausland wohnen. *Nicht* abgabepflichtig sind nach den Ausführungen im Abschnitt 1 alle Juden *ausländischer Staatsangehörigkeit*. Da die Sühneleistung das gesamte Judentum treffen will und von seiner Heranziehung nur insoweit absieht, als der einzelne Jude der Staatshoheit einer ausländischen Macht untersteht, war es folgerichtig, den Kreis der Abgabepflichtigen in der DVO auch auf die *staatenlosen* Juden auszudehnen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist von der Heranziehung eines staatenlosen Juden jedoch dann abzusehen, wenn er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Inland hat.

7 Der Billigkeitserlass ging auf die Reichsabgabenordnung vom 13.12.1919 zurück und legte fest, dass Steuerschulden ganz oder teilweise erlassen werden konnten, wenn z. B. die wirtschaftliche Existenz des Betroffenen gefährdet war; RGBl., 1919 I, S. 1993–2100.

8 Der § 396 der Reichsabgabenordnung vom 22.5.1931 regelte die Strafvorschriften für Steuervergehen; RGBl., 1931 I, S. 161–222.

Jeder Jude ist für sich allein abgabepflichtig. Entsprechend ist bei *Mischehen* § 2 DVO gemäß nur der jüdische Ehegatte heranzuziehen (Hinweis auf Abschnitt 4).

Der *Begriff Jude* ergibt sich aus den bekannten Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes und der dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen. Hiernach ist das jüdische Glaubensbekenntnis nur bei *Mischlingen* und auch dann nur in *ganz besonderen* Fällen ausschlaggebend. Ein *Nichtjude*, der das jüdische Glaubensbekenntnis hat, ist dadurch niemals Jude. Danach ist z. B. die nichtjüdische Ehefrau, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft beigetreten ist, nicht abgabepflichtig.

Maßgebend für die persönliche Abgabepflicht ist der 12. November, der Tag, an dem die Sühneleistungsverordnung erlassen worden ist. Als genauen *Zeitpunkt*, der für die persönliche Abgabepflicht maßgebend ist, wird man das *Ende des 12. November* anzusehen haben. Ein Jude, der im Lauf des 12. November gestorben ist oder am 12. November eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben hat, ist daher nicht abgabepflichtig.

4. Sachliche Abgabepflicht

Die Sühneleistung wird als Vermögensabgabe erhoben. Maßgebend ist der *Gesamtwert des Vermögens* – und zwar des inländischen und des ausländischen Vermögens – nach dem Stand vom 12. November 1938. Der genaue Ermittlungszeitpunkt ist, wie bei der persönlichen Abgabepflicht, das *Ende des 12. November*. Das Vermögen des Ehegatten und der Kinder ist dem Vermögen des Abgabepflichtigen nicht hinzuzurechnen. Die Abgabepflicht entfällt, wenn das abgabepflichtige Vermögen den Betrag von 5000 Reichsmark nicht übersteigt (§ 3 Absatz 4 DVO).

Um den Finanzämtern ein schwieriges Ermittlungsverfahren zu ersparen (Hinweis auf Abschnitt 2), ist im § 3 Absatz 2 DVO bestimmt, daß für die Ermittlung des Gesamtwertes des Vermögens, von dem *Vermögen auszugehen* ist, das der Abgabepflichtige auf Grund der *Anmeldungsverordnung vom 26. April 1938 angemeldet hat*.⁹ Verbindlichkeiten und die bis zum 12. November eingetretenen Veränderungen sind zu berücksichtigen. Bei Erlaß der DVO ist man davon ausgegangen, daß die Juden im wesentlichen ihrer Verpflichtung auf Grund des § 5 der Anmeldungsverordnung nachgekommen seien, wonach sie ohne Aufforderung alle eingetretenen *Veränderungen des Vermögens anzuzeigen* hatten, mit Ausnahme der Veränderungen, die durch eine angemessene Lebensführung oder den regelmäßigen Geschäftsverkehr verursacht werden. Diese Annahme hat sich allgemein als unrichtig erwiesen. Nach den bisherigen Erfahrungen hat der größte Teil der Abgabepflichtigen erst *nach Erlaß der DVO* eine oder sogar mehrere Veränderungsanzeigen erstattet. In den Veränderungsanzeigen wird der Wert des Gesamtvermögens gegenüber dem Stand vom 27. April 1938 zum Teil erheblich niedriger angegeben (Hinweis auf Abschnitt 5). Um den Finanzämtern endlich die Möglichkeit zu geben, die Bemessungsgrundlage der Judenvermögensabgabe *endgültig festzustellen*, hat der Reichsminister der Finanzen die Finanzämter angewiesen, nur noch diejenigen *Veränderungsanzeigen* bei der Judenvermögensabgabe zu berücksichtigen, die *bis zum 31. Dezember 1938 eingegangen sind*. Beweisen die eingegangenen Veränderungsanzeigen, daß der Abgabepflichtige in der *Anmeldung* seines Vermögens auf Grund der Anmeldungsverordnung bewußt falsche Werte angegeben hat, so wird das Finanzamt die Sache an die Staatsanwaltschaft abzugeben haben zur Durchführung des Strafverfahrens nach § 8 der Anmeldungsverordnung.

⁹ Siehe Dok. 29 vom 26. 4. 1938.

Die Anmeldungen und die Veränderungsanzeigen der Juden auf Grund der *Anmeldungsverordnung* sind *erstmalig* für die Erhebung der Judenvermögensabgabe verwendet worden. Es ist aber zu beachten, daß die *Anmeldungsverordnung* *nicht* zum Zweck der Erhebung einer Abgabe der Juden erlassen worden ist, sondern daß sie ganz allgemein den *Einsatz des jüdischen Vermögens* im Interesse der deutschen Wirtschaft ermöglichen soll. Daher sind für die Entgegennahme der Anmeldungen und der Veränderungsanzeigen nicht die Finanzämter, sondern *nur die höheren Verwaltungsbehörden* zuständig. An dieser Zuständigkeit muß festgehalten werden. Der einzelne Jude soll sich bei der Abgabe seiner Anmeldung oder einer Veränderungsanzeige darüber im klaren sein, daß das Deutsche Reich den Stand seines Vermögens dauernd überwacht und sich weitere Maßnahmen vorbehält. Er darf nicht glauben, daß seine Erklärungen etwa Steuererklärungen seien. Hierauf beruht die oft nicht verstandene Anordnung, daß Veränderungsanzeigen, die beim Finanzamt eingehen, dem Abgabepflichtigen zurückzugeben sind mit der Weisung, die Veränderungsanzeige bei der höheren Verwaltungsbehörde zu erstatten.

Für die Frage, was dem einzelnen Abgabepflichtigen als Vermögen *zuzurechnen* ist, gelten allein die Vorschriften des Steueranpassungsgesetzes, insbesondere die Vorschriften in den §§ 1, 6, 11 und 12 StAnpG.¹⁰ Um den Finanzämtern aber schwierige Ermittlungen zu ersparen, wird *zunächst* von der *Rechtsgestaltung nach außen* hin auszugehen sein. Hat ein Jude sein Vermögen vor dem Ende des 12. November formgültig auf seine nichtjüdische Ehefrau übertragen und besteht kein Anlaß, die Übertragung für ein Scheingeschäft zu halten, so wird die Veräußerung des Vermögens bei der Bemessung der Judenvermögensabgabe zu berücksichtigen sein. Das gilt selbst dann, wenn der Jude diese Vermögensübertragung in Erwartung einer Verschärfung der Judengesetzgebung vorgenommen hat. Allerdings wird ein solcher Fall oft zu Zweifeln Anlaß geben, *ob* nach den Grundsätzen des Steueranpassungsgesetzes das Vermögen nunmehr auch *tatsächlich* der Ehefrau zuzurechnen ist. Das wird dann nicht der Fall sein, wenn der Jude die Leitung des Unternehmens, das er nach außen hin auf seine nichtjüdische Ehefrau übertragen hat, im Innenverhältnis weiterhin in der Hand behält. In manchen Fällen ist die an sich nicht zu beanstandende Übertragung vielleicht unter Zusage eines Entgelts, z. B. in Form einer Rente, vorgenommen worden. Dann wird man den Anspruch auf Gewährung des Entgelts dem Vermögen des Juden zurechnen müssen.

Nichtjuden, die auf Grund rechtlicher oder tatsächlicher Verhältnisse *ein Anrecht oder die Hoffnung* auf den Erwerb von Vermögensgegenständen eines Juden haben, können ihre Interessen *nicht zur Geltung* bringen. Was *nach dem 12. November 1938* mit dem Vermögen geschehen ist oder geschehen soll, kann bei der Bemessung der Judenvermögensabgabe *nicht* berücksichtigt werden. Wenn allerdings Verträge, Abkommen und dergleichen kurze Zeit nach dem 12. November zum Abschluß gekommen sind, wird zu prüfen sein, ob die Abreden der beiden Parteien am Ende des 12. November bereits soweit festgestanden haben, daß man von einem, wenn auch noch nicht formgültigen, Abschluß sprechen kann. Entsprechendes gilt für einseitige Schuldverpflichtungen eines Abgabepflichtigen. Nach der *Anmeldungsverordnung* ist im allgemeinen das gesamte Vermögen eines Juden

¹⁰ Der § 1 des StAnpG vom 16. 10. 1934 legte fest, dass die Steuergesetze nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen seien; § 6 verbot den Missbrauch von „Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts“ zum Zwecke der Steuererleichterung. Die §§ 11 und 12 regelten die Zurechnung von Wirtschaftsgütern und Familienstiftungen bei der Besteuerung; RGBl., 1934 I, S. 925–941.

anmeldepflichtig. Die Vorschriften des §§ 67 und 68 RBewG,¹¹ wonach gewisse Wirtschaftsgüter bei der Veranlagung zur Vermögensteuer nicht zum sonstigen Vermögen zu rechnen sind, finden auf die *Anmeldungsverordnung keine Anwendung*. Lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen sind nach der Anmeldungsverordnung *Hausrat* und diejenigen beweglichen Gegenstände nicht zum Vermögen zu rechnen, die ausschließlich zum *persönlichen Gebrauch* des Anmeldepflichtigen bestimmt sind. Diese Ausnahme gilt nicht für solche Hausratsgegenstände und Gegenstände des persönlichen Gebrauchs, die Luxusgegenstände sind. § 3 Absatz 2 DVO gemäß ist der *Judenvermögensgabe* das *anmeldepflichtige* Vermögen zugrunde zu legen.

Daraus ergibt sich, daß der kapitalisierte Wert auch derjenigen Rentenansprüche, die im § 68 RBewG aufgeführt sind (Ansprüche aus Sozialversicherung, Pensionsansprüche, Ansprüche auf Kriegsbeschädigten- und Versorgungsrenten, Ansprüche, die auf gesetzlicher Unterhaltspflicht beruhen), der Judenvermögensabgabe unterliegt. Mit Rücksicht darauf, daß in den meisten Fällen die Bezahlung einer Abgabe von einem Fünftel des Kapitalwerts für die Empfänger solcher Renten unmöglich gewesen wäre, ist aus Billigkeitsgründen allgemein angeordnet worden, daß die Vorschriften des in § 68 *Ziffern 1 bis 6 RBewG* bei der *Judenvermögensabgabe entsprechend anzuwenden* sind. Das gilt auch bei der Entscheidung darüber, ob der Gesamtwert des Vermögens die Freigrenze von 5000 Reichsmark übersteigt. Wenn ein solcher Rentenanspruch aber nachträglich durch eine Kapitalabfindung abgelöst werden sollte, so erscheint es berechtigt, von dem Betrag der Kapitalabfindung ein Fünftel als Judenvermögensabgabe einzuziehen, da die angeordneten Billigkeitserwägungen sich als gegenstandslos erwiesen haben.

5. Bewertung

Für die Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter des abgabepflichtigen Vermögens ist der *gemeine Wert vom 12. November 1938* maßgebend. Wenn auch die Vorschriften des RBewG nicht auf die Judenvermögensabgabe anwendbar sind, so wird man doch den gemeinen Wert der Wirtschaftsgüter für die Judenvermögensabgabe in *Anlehnung* an die *Bewertungsgrundsätze* des Reichsbewertungsgesetzes ermitteln müssen. Danach ist im allgemeinen der gemeine Wert nach dem *Preis* zu bestimmen, der im *gewöhnlichen Geschäftsverkehr* für das betreffende Wirtschaftsgut zu *erzielen* wäre (Verkehrswert). Für die Bewertung von Wertpapieren und Anteilen und von Kapitalforderungen und Schulden ist der gemeine Wert nach den Maßstäben zu bemessen, die in den Vorschriften des §§ 13 und 14 RBewG festgelegt sind.¹²

Tatsächliche Verkaufserlöse sind nur insoweit zu berücksichtigen, als sie im *gewöhnlichen Geschäftsverkehr* erzielt worden sind. Die Verkäufe, die in den letzten Monaten im Zuge der Entjudung der deutschen Wirtschaft zahlreich vorgekommen sind, wird man *nicht* als gewöhnlichen Geschäftsverkehr bezeichnen können. Bei diesen Verkäufen haben in hohem Maß persönliche Verhältnisse mitgesprochen, nämlich die für den Juden bestehende Notwendigkeit, innerhalb kurzer Zeit zu verkaufen. Das gilt besonders beim *Grundbesitz*. In den *Anmeldungen* auf Grund der Anmeldungsverordnung, in denen das

¹¹ Der § 67 des RBewG definierte den Begriff des „sonstigen Vermögens“, dazu gehörten z. B. Kapitalforderungen, Spareinlagen, Bankguthaben und Devisen. § 68 nannte die nicht zum „sonstigen Vermögen“ gehörenden Wirtschaftsgüter wie Renten- und Versicherungsansprüche oder Ansprüche auf Kapitalabfindungen; RGBl., 1938 I, S. 1035–1049.

¹² §§ 13 und 14 des RBewG regelten die Bewertungsgrundlagen für Wertpapiere und Anteile sowie für Kapitalforderungen und Schulden im Bezug auf die Besteuerung; RGBl., 1934 I, S. 1035–1049.

Vermögen nach dem Stand vom 27. April 1938 anzugeben war, erscheinen die Grundstücke der anmeldepflichtigen Juden vielfach mit einem Wert, der weit *über* dem Einheitswert vom 1. Januar 1935 liegt. Das wird zum Teil damit zu erklären sein, daß die Juden eine Enteignung ihres Grundbesitzes erwarteten und hofften, daß ihre Angaben bei der Bemessung der Entschädigung berücksichtigt würden. Oft aber entsprach der angesetzte Wert nach Auffassung des anmeldepflichtigen Juden der *Wertsteigerung*, die sein Grundbesitz erfahren hat. Daß eine allgemeine Wertsteigerung des Grundbesitzes seit 1935 tatsächlich in gewissem Maß eingetreten ist, beweisen die Maßnahmen, die der Reichskommissar für die Preisbildung auf dem Gebiet des Grundstücksmarktes ergriffen hat. Besonders für den *Grundbesitz in den Großstädten*, auf die das Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte Anwendung findet, ist eine solche Wertsteigerung seit 1935 festzustellen.¹³ Wenn daher für die Judenvermögensabgabe *Veränderungsanzeigen* erstattet werden, in denen der Wert von Grundstücken *unter* dem Einheitswert von 1935 angegeben wird, wird diesen Angaben mit äußerster Vorsicht zu begegnen sein. Nur dann, wenn sich aus Kaufpreissammlungen oder dergleichen einwandfrei ergeben sollte, daß in der betreffenden Gegend eine Entwertung des Grundbesitzes eingetreten ist, wird für die Judenvermögensabgabe ein Grundstückswert angesetzt werden können, der unter dem Einheitswert von 1935 liegt. Das können aber nur ganz wenige Ausnahmefälle sein. Im *allgemeinen liegt der gemeine Wert des Grundbesitzes vom 12. November 1938 über den Einheitswerten von 1935*.

Zur Berechnung des *Kapitalwerts von Lebens- und Kapitalversicherungen* wird von den Vorschriften im § 14 Absatz 4 RBewG ausgegangen werden können. Ebenso wird der *Kapitalwert von Renten und anderen wiederkehrenden Leistungen* nach den Vorschriften der §§ 15 bis 17 RBewG zu berechnen sein.¹⁴ Wenn auch seit Erlaß der Durchführungsbestimmungen für die Bewertung vom 1. Januar 1935 der Zinssatz allgemein herabgesetzt worden ist, so wird bei der Berechnung des Kapitalwerts dennoch aus Vereinfachungsgründen vom Zinssatz 5,5 v.H. und von dem im § 76 RBewDB 1935 festgesetzten Vervielfacher ausgegangen werden können.

6. *Entrichtung der Judenvermögensabgabe*

Die Verpflichtung zur Zahlung der Judenvermögensabgabe ist einen Tag nach der Verkündung der DVO im Reichsgesetzblatt, also *am 23. November 1938, in voller Höhe entstanden*. Der Anspruch des Reichs ist daher, soweit es erforderlich erscheint, auch in voller Höhe zu sichern. Die Vorschrift im § 4 Absatz 1, Satz 2 DVO, nach der Judenvermögensabgabe in vier Teilbeträgen zu bezahlen ist, regelt nur die Entrichtung.

§ 7 DVO gemäß sollen *Zahlungen aus Versicherungsansprüchen*, die auf Grund der Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben vom 12. November 1938 zugunsten des Reichs beschlagnahmt worden sind, an die zuständigen Finanzämter geleistet werden. Sie sollen auf die Judenvermögensabgabe desjenigen Juden angerechnet werden, der aus dem Versicherungsvertrag berechtigt war. Die Durchfüh-

¹³ Das Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937 regelte die Enteignung von Grundstücken im Zuge der städtebaulichen Neugestaltungspläne der Reichsregierung und verlieh dem Reichsarbeitsminister die Durchführungshoheit; RGBl., 1937 I, S. 1054f.

¹⁴ Die §§ 15 und 16 des RBewG bestimmten die Bemessungen des Kapitalwerts von wiederkehrenden bzw. lebenslänglichen Leistungen und Nutzungen, wie z. B. Renten, für deren Besteuerung. § 17 regelte die Festsetzung des Jahreswerts von Nutzungen und Leistungen zur Besteuerung; RGBl., 1934 I, S. 1035–1049.

rung dieser Vorschrift wird erst in einiger Zeit geregelt werden können. Deshalb ist angeordnet worden, daß die Judenvermögensabgabe im Hinblick auf einen angeblich bestehenden Versicherungsanspruch nicht gestundet werden darf.

Nach den Ausführungen im vorletzten Absatz ist gegen die *Entrichtung* der Judenvermögensabgabe vor Fälligkeit in *einer Zahlung* nichts einzuwenden. Auswandernden Juden ist vom Finanzamt die für die Erteilung des Passes notwendige Unbedenklichkeitsbescheinigung¹⁵ sogar *nur* dann zu gewähren, wenn die Judenvermögensabgabe *voll* geleistet ist. Mit Rücksicht darauf, daß die Veränderungsanzeigen von den Finanzämtern noch nicht vollständig bearbeitet werden konnten, ist es in einzelnen Fällen vorgekommen, daß das Soll der Judenvermögensabgabe nach Entrichtung des ganzen Betrages herabgesetzt worden ist. Gegen eine *Erstattung* der Überzahlung wird in einem solchen Fall nach dem bestehenden Rechtszustand nichts einzuwenden sein (Hinweis auf Abschnitt 8).

7. Zahlung durch Sachgüter

§ 8 DVO gemäß trifft der Reichsminister der Finanzen im *Verwaltungsweg* Bestimmungen darüber, inwieweit die Finanzämter in geeigneten Fällen *Wertpapiere* und *Grundbesitz in Zahlung nehmen* können. Diese Vorschrift beruht auf der Erwägung, daß den Juden gesetzlich die Verfügung über Grundbesitz und Wertpapiere verboten worden ist, eine Maßnahme, die aus wirtschaftspolitischen Gründen erforderlich war. Auf Grund dieses Verbots ist den abgabepflichtigen Juden die Möglichkeit genommen, ihr Vermögen, soweit es in Wertpapieren und Grundbesitz besteht, flüssig zu machen und die Judenvermögensabgabe in barem Geld zu entrichten.

Der Reichsminister der Finanzen hat mehrere Verwaltungsanordnungen über die Inzahlungnahme von Wertpapieren und Grundbesitz auf den ersten Teilbetrag der Judenvermögensabgabe getroffen. Es wird angenommen werden können, daß diese Anordnungen bis auf weiteres auch in den Fällen anzuwenden sind, in denen die Judenvermögensabgabe *im ganzen* entrichtet wird. Allerdings ergeben sich für die Annahme von Wertpapieren zu einem anderen Zeitpunkt als zum Fälligkeitstermin gewisse Abweichungen hinsichtlich des Annahmewerts und der Berechnung von Stückzinsen (Hinweis auf Abschnitt 8).

Gemeinsame Voraussetzung für die Inzahlungnahme von Wertpapieren und Grundstücken ist die Feststellung, daß es dem Abgabepflichtigen *unmöglich ist*, den geschuldeten Betrag der Judenvermögensabgabe *in gesetzlichen Zahlungsmitteln* zu entrichten. Von dieser Feststellung darf *in keinem Fall* abgesehen werden, weil nach den bestehenden Anordnungen die Judenvermögensabgabe in erster Linie in gesetzlichen Zahlungsmitteln entrichtet werden *muß*. Bei der Feststellung, ob eine Zahlung in Geld unmöglich ist, wird dem Abgabepflichtigen ein *beschränkter Bestand an Zahlungsmitteln* belassen werden müssen mit Rücksicht darauf, daß er für sich und seine Familie den Lebensunterhalt zu bestreiten hat. Das kommt selbstverständlich dann weniger in Betracht, wenn der Abgabepflichtige laufende Geldeingänge, z. B. Pensionszahlungen, zu erwarten hat, oder wenn bei Mischehen der jüdische Ehegatte von dem nichtjüdischen Ehegatten unterhalten werden kann. Der zu belassende Bestand wird so bemessen sein, daß der Abgabepflichtige für sich und seine Familie in den nächsten Monaten, *etwa für ein Vierteljahr*, den *angemessenen* Lebensunterhalt daraus bestreiten kann. Ebenso müssen *dringende Verpflich-*

¹⁵ Siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

tungen des Abgabepflichtigen berücksichtigt werden, damit durch die Judenvermögensabgabe nicht etwa deutsche Volksgenossen in Schwierigkeiten geraten, die gegen den Abgabepflichtigen fällige Forderungen haben. Trägt der Abgabepflichtige sich mit *Auswanderungsabsichten*, so sind diese Absichten dadurch zu fördern, daß im Bestand an Zahlungsmitteln auch die Kosten der *Ausreise* belassen werden. Im übrigen wird verlangt werden müssen, daß der Abgabepflichtige *Kostbarkeiten*, z. B. Schmuck und Kunstgegenstände, *veräußert*, um mit dem *Erlös* die Judenvermögensabgabe in bar zu bezahlen. Dabei wird aber auf die Veräußerung solcher Gegenstände, deren Erinnerungswert für den Abgabepflichtigen höher ist als der Erlös, der bei einem Verkauf erzielt werden könnte, verzichtet werden können. Der Reichswirtschaftsminister hatte in einer Pressenotiz angekündigt, daß bei der Industrie- und Handelskammer Berlin eine *Ankaufstelle* für Juwelen, Schmuck und Kunstgegenstände eingerichtet werden sollte. Die Einrichtung dieser Ankaufstelle ist bisher nicht möglich gewesen, weitere Mitteilungen hierzu sind zu erwarten.¹⁶

Die Verwaltungsanordnungen, die der Reichsminister der Finanzen über die Inzahlungnahme von Wertpapieren und Grundbesitz erlassen hat, sind § 8 DVO gemäß *rechtswirksam* auch nach außen hin. Die Bestimmung, daß eine Inzahlungnahme von Sachgütern nur in Betracht kommt, wenn es dem Abgabepflichtigen *unmöglich* ist, mit gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen, ist *zwingend*. Wenn ein Abgabepflichtiger dieser Bestimmung zuwider Wertpapiere oder Grundbesitz in Zahlung gibt, obwohl er in Geld bezahlen könnte, so wird er in entsprechender Anwendung des § 396 der Reichsabgabenordnung wegen Erschleichung eines nicht gerechtfertigten Vorteils zu *bestrafen* sein. Es ist daher für jeden Abgabepflichtigen ratsam, die Entscheidung über die Höhe des zu belassenden Bestandes an Geld und Kostbarkeiten allein dem *Ermessen des Finanzamts* zu überlassen.

8. Inzahlungnahme von Wertpapieren

Wenn die Voraussetzungen für die Inzahlungnahme von Sachwerten erfüllt sind, ist genau zu prüfen, ob das angebotene Wirtschaftsgut nach den Anordnungen des Reichsministers der Finanzen für eine Inzahlungnahme auch tatsächlich in Betracht kommt. Für die Inzahlungnahme von *Wertpapieren* ist den Finanzämtern die Prüfung weitgehend von den *Banken* abgenommen worden. Die abgabepflichtigen Juden sind gesetzlich verpflichtet, ihre sämtlichen Wertpapiere in das Depot einer Devisenbank zu legen. Wenn mit diesen Wertpapieren die Judenvermögensabgabe bezahlt werden soll, so wird das in der Weise durchgeführt, daß die Bank das Depot ganz oder teilweise auf die Preußische Staatsbank (Seehandlung) als dem Treuhänder des Deutschen Reichs umschreibt und über die Umschreibung eine Bescheinigung ausstellt, die dem zuständigen Finanzamt zugeleitet wird.¹⁷ Für die Berechnung des Annahmewerts ist ein *Kurszettel* herausgegeben worden, in dem diejenigen Wertpapiere aufgeführt sind, die für eine Inzahlung-

¹⁶ Das Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin wies im Heft 5/6 vom 23.2.1939 darauf hin, daß laut der VO vom 16.1.1939 die öffentlichen Pfandleihanstalten als Ankaufstellen für Edelmetalle und -steine aus jüdischem Besitz bestimmt worden seien. Für den Erwerb sonstiger Schmuck- und Kunstgegenstände sei die öffentliche Ankaufstelle für Kulturgut in Berlin zuständig.

¹⁷ Die Seehandlung wurde 1772 als Handelsgesellschaft mit eigener Flotte gegründet und Anfang des 19. Jahrhunderts zum staatlichen Bankhaus umgewandelt, das zugleich halb militärische Staatsreederei war und dessen Schiffe die preuß. Kriegsflagge führten; 1904 Umbenennung in Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank), 1918 in Preußische Staatsbank (Seehandlung).

nahme auf den ersten Teilbetrag der Judenvermögensabgabe in Betracht kommen. Die Banken sind vom Reichsminister der Finanzen mit genauen Weisungen über das Verfahren bei der Annahme von Wertpapieren versehen worden, insbesondere auch für die Fälle, in denen durch Wertpapiere die ganze Judenvermögensabgabe bezahlt werden soll. Die Preußische Staatsbank prüft in jedem einzelnen Fall die Bescheinigung, die die Devisenbank dem Finanzamt übersendet hat, nach und verlangt gegebenenfalls eine Verrichtung. Die *Finanzämter* haben daher nur zu prüfen, ob nach den Steuerakten und den übrigen Unterlagen diejenigen Wertpapiere des Abgabepflichtigen in Zahlung genommen sind, die zunächst für die Inzahlungnahme in Betracht kommen. In Zahlung genommen werden auf den ersten Teilbetrag *nur die im Kurszettel aufgeführten Werte* in der folgenden Reihenfolge:

In erster Linie Aktien und sonstige Geschäftsanteile,
dann Schuldverschreibungen privatrechtlicher Unternehmungen,
dann Pfandbriefe,
dann Schuldverschreibungen von Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten,
dann Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden.

Im Fall einer Erstattung (Hinweis auf Ziffer 6) sind dem Abgabepflichtigen, der seine Judenvermögensabgabe ganz oder zum Teil in Wertpapieren bezahlt hat, in erster Linie seine Wertpapiere zurückzugeben. Übersteigt der Annahmewert der in Zahlung genommenen Wertpapiere den Erstattungsbetrag, so sind zuerst diejenigen Wertpapiere zurückzugeben, die nach der vorstehenden Aufzählung als letzte in Zahlung genommen werden. Das Erstattungsverfahren ist in solchen Fällen formell recht schwierig, weil die Rückübertragung der bei der Devisenbank liegenden Papiere in das Depot des Abgabepflichtigen nur durch die Preußische Staatsbank vorgenommen werden kann, die ihrerseits nur auf Anweisung des Reichsministers der Finanzen handeln darf. Infolgedessen ist es in Fällen, in denen das Soll der Judenvermögensabgabe sich auf Grund von Veränderungsanzeigen vermindern kann, zweckmäßig, den Teil des Solls, der noch nicht endgültig feststeht, gegen Sicherheitsleistung zu stunden.

Bei der Berechnung des Annahmewerts von Wertpapieren, die *nach dem Fälligkeitstag* in Zahlung genommen werden, ergeben sich gewisse Schwierigkeiten daraus, daß bei festverzinslichen Werten die Berechnung der Stückzinsen eine andere ist, und daß bei Aktien der Kurs durch Dividendenausschüttungen inzwischen erhebliche Veränderungen erlitten haben kann. Das gilt besonders, wenn die Judenvermögensabgabe im ganzen durch Inzahlunggabe von Wertpapieren beglichen werden soll. Hierüber hat der Reichsminister der Finanzen die *Banken* unterrichtet, da diese den Annahmewert berechnen.

Das Verfahren der Inzahlungnahme von Wertpapieren ist für die Reichsfinanzverwaltung neuartig. Es wird, wie die bisherige Erfahrung lehrt, einige Schwierigkeiten bereiten, die aber im allgemeinen auf bankmäßigem Gebiet liegen und für die Finanzämter von den Banken zu lösen sein werden.

9. Inzahlungnahme von Grundstücken

Über die Inzahlungnahme von Grundstücken sind bisher Zweifelsfragen nur in geringem Umfang entstanden. Das erklärt sich daraus, daß Grundstücke erst in Zahlung genommen werden dürfen, wenn feststeht, daß der Abgabepflichtige die Judenvermögensabgabe *weder* durch gesetzliche Zahlungsmittel *noch* durch Wertpapiere zu entrichten in der Lage ist. Da bisher nur der erste Teilbetrag der Judenvermögensabgabe fällig geworden

ist, war es im allgemeinen den Abgabepflichtigen möglich, ihre Schuld durch Hingabe solcher Werte zu bezahlen. Im übrigen wird aber das Verfahren zur Inzahlungnahme von Grundstücken nicht so eingehend geregelt werden können wie das Verfahren zur Inzahlungnahme von Wertpapieren. Denn bei Grundstücken bedarf es in *jedem einzelnen Fall* der Entscheidung, ob das angebotene Grundstück für einen Erwerb durch das Reich geeignet und mit welchem Wert es in Zahlung zu nehmen ist.

Die Entscheidung über diese Fragen trifft nach den Anordnungen des Reichsministers der Finanzen der *Oberfinanzpräsident* (Gruppe für Liegenschaften), in dessen Bezirk das Grundstück liegt. Aufgabe der *Finanzämter* ist es, diejenigen angebotenen Grundstücke, die von vornherein nicht für eine Inzahlungnahme in Betracht kommen, zurückzuweisen. Als *Gründe* einer solchen *Zurückweisung* hat der Reichsminister der Finanzen bestimmt: nicht ausschließliches Eigentum des Abgabepflichtigen an dem angebotenen Grundstück. Eine Ausnahme hiervon gilt nur dann, wenn sämtliche Miteigentümer ihre Anteile dem Reich übertragen wollen;

Überbelastung des Grundstücks;

offensichtlicher Überwert des Grundstücks, d.h. der Wert des Grundstücks nach Abzug der Belastungen und der Übertragungskosten übersteigt offensichtlich den Betrag, den der Abgabepflichtige als Judenvermögensabgabe schuldet.

Diese Zurückweisungsgründe sollen verhindern, daß sich der Oberfinanzpräsident mit Verhandlungen wegen eines Grundstücks befaßt, das dem Reich rechtlich und finanziell zu einer Last werden kann oder auf das das Reich noch Geld herauszahlen müßte. Wenn im übrigen das Finanzamt weiß, daß das angebotene Grundstück für Zwecke des Reichs unbrauchbar ist, so ist es selbstverständlich verpflichtet, bei der Weitergabe des Angebots an den Oberfinanzpräsidenten seine Auffassung zu erkennen zu geben. Das gilt z.B. für Grundstücke, deren Gebäude sich in verfalllosem Zustand befinden.

Die weiteren Ermittlungen über das Grundstück trifft allein der Oberfinanzpräsident. Dieser hat, sobald der Annahmewert des Grundstücks festgestellt und die Eintragung des Reichs als Eigentümer im Grundbuch sichergestellt ist, eine *Annahmebescheinigung* auszustellen. Auf Grund dieser Annahmebescheinigung hat das für den Abgabepflichtigen zuständige Finanzamt den Annahmewert des Grundstücks *nach* Abzug aller durch den Eigentumsübergang entstandenen Steuern und Kosten als Zahlung auf die Judenvermögensabgabe zu buchen. Der Teil der Judenvermögensabgabe, der durch die Inzahlungnahme des Grundstücks entrichtet werden soll, ist vom Finanzamt bei Weiterbescheinigung zu *stunden*.

10. *Schlußbemerkung*

Die Judenvermögensabgabe wird *nicht als Ersatz für die Schäden* erhoben, die das Judentum dem Deutschen Volk zugefügt hat. Volksgenossen, die persönlich durch einen Juden einen Schaden erlitten haben, können daher keine Ansprüche auf Auszahlung eines Betrags aus dem Aufkommen der Judenvermögensabgabe erheben. Das gilt besonders für diejenigen Volksgenossen, die in früherer Zeit zu Juden vertragliche Beziehungen aufgenommen haben und dabei von ihrem jüdischen Vertragspartner übervorteilt worden sind. Das *Aufkommen aus der Judenvermögensabgabe fließt ausschließlich dem Reich zu*, das es für seine allgemeinen Aufgaben und damit zum Wohl des gesamten Deutschen Volkes verwenden wird.

DOK. 248

Hitler droht am 30. Januar 1939 mit der Vernichtung der europäischen Juden¹

Auszug aus der Rede Adolf Hitlers vor dem Großdeutschen Reichstag, IV. Wahlperiode, 1. Sitzung, vom 30. 1.1939²

[...] ³

„Nicht Deutschland hat Amerika angegriffen, sondern Amerika Deutschland, und wie die Untersuchungskommission des amerikanischen Repräsentantenhauses es festgestellt hat: ohne jede zwingende Veranlassung, nur aus kapitalistischen Gründen. (*Beifall*) Über eines aber soll dabei jedermann sich im Klaren sein: Diese Versuche können vor allem Deutschland nicht im Geringsten in der Erledigung seiner Judenfrage beeinflussen. (*Beifall*)

Ich möchte zur jüdischen Frage Folgendes bemerken: Es ist ein beschämendes Schauspiel, heute zu sehen, wie die ganze Welt der Demokratie vor Mitleid trieft, dem armen, gequälten, jüdischen Volke gegenüber allein hartherzig verstockt bleibt, angesichts der dann doch offenkundigen Pflicht zu helfen. Die Argumente, mit denen man die Nichthilfe entschuldigt, sprechen nur für uns Deutsche und Italiener. Denn man sagt: ‚Wir – also Demokratien – sind nicht in der Lage, die Juden aufzunehmen.‘ Dabei kommen in diesen Weltreichen noch keine zehn Menschen auf den Quadratkilometer, während Deutschland 135 zu ernähren hat, aber trotzdem dazu in der Lage sein soll. 2. Man versichert: Wir können sie nicht nehmen, außer sie erhalten zum Beispiel von Deutschland einen bestimmten Kapitalsbetrag zur Einwanderung. Deutschland war allerdings jahrhundertlang gut genug, diese Elemente aufzunehmen, obwohl sie außer ansteckenden politischen und sanitären Krankheiten nichts besaßen. (*Beifall*)

Was dieses Volk aber heute besitzt, hat es sich auf Kosten des nicht so gerissenen deutschen Volkes durch die übelsten Manipulationen erworben. Wir machen heute nur wieder gut, was dieses Volk selbst verschuldet hat. Als einst das deutsche Volk um seine gesamten Ersparnisse kam aus jahrzehntelanger redlicher Arbeit, dank der von Juden angestifteten und durchgeführten Inflation, als die übrige Welt dem deutschen Volk seine Auslandskapitalien wegnahm, als man uns den ganzen Kolonialbesitz enteignete, da haben diese philanthropischen Erwägungen bei den demokratischen Staatsmännern anscheinend noch keine entscheidenden Einflüsse ausgeübt. Ich kann diesen Herren heute nur versichern, dass wir dank der brutalen Erziehung, die uns die Demokratien 15 Jahre lang angedeihen ließen, vollständig verhärtet sind gegenüber allen sentimentalischen Anwendungen. (*Beifall*)

Wir haben es erlebt, dass, nachdem in unserem Volk am Ende des Krieges schon mehr als 800 000 Kinder aus Hunger und Nahrungsnot gestorben waren, uns noch fast eine Million Stück Milchkühe weggetrieben wurden nach den grausamen Paragraphen eines Dik-

1 Text nach der Tonaufnahme; DRA, 05-0223/2 und 05-0223/3; auszugsweiser Abdruck in: VB (Norddt. Ausg.), Nr. 32 vom 1.2.1939, S. 4–9; Abdruck des hier wiedergegebenen Auszugs in: Walter Roller, Judenverfolgung und jüdisches Leben unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, Bd. 1, Potsdam 1996, S. 140–142.

2 Gesamtdauer der Rede: 127 Minuten, 30 Sekunden.

3 Am Anfang seiner Rede ging Hitler auf die Situation in Deutschland vor und während der Machtübernahme ein und forderte die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien; es folgten Ausführungen zu den Verhältnissen in Österreich vor dem Anschluss, zur deutschen Wirtschaftspolitik und -entwicklung, zur Annexion des Sudetenlandes und zur Idee der Volksgemeinschaft.

tats, das die demokratischen humanen Weltapostel uns als Friedensvertrag aufzwangen. Wir haben erlebt, dass man über eine Million deutsche Kriegsgefangene noch ein Jahr nach Kriegsende ohne jeden Grund in der Gefangenschaft zurückhielt. Wir mussten es erdulden, dass man aus unseren Grenzgebieten weit über anderthalb Millionen Deutsche von ihrem Hab und Gut wegriss und fast nur mit dem, was sie auf dem nackten Leibe trugen, hinauspeitschte. Wir haben es ertragen müssen, dass man Millionen von Volksgenossen von uns gerissen hat, ohne sie zu hören oder ihnen auch nur die geringste Möglichkeit zur weiteren Erhaltung ihres Lebens zu lassen. Ich könnte diese Beispiele um Dutzende der grauenhaftesten ergänzen. Man bleibe uns also vom Leibe mit Humanität. (*Beifall*)

Das deutsche Volk wünscht nicht, dass seine Belange von einem fremden Volk bestimmt und regiert werden. Frankreich den Franzosen, England den Engländern, Amerika den Amerikanern und Deutschland den Deutschen! (*Beifall*) Wir sind entschlossen, das Einnistens eines fremden Volkes, das sämtliche Führungsstellen an sich zu reißen gewusst hat, zu unterbinden und dieses Volk abzuschieben. Denn wir sind gewillt, für diese Führungsstellen unser eigenes Volk zu erziehen. Wir haben Hunderttausende der intelligentesten Bauern- und Arbeiterkinder. Wir werden sie erziehen lassen und wir erziehen sie bereits und wir möchten, dass sie einmal die führenden Stellen im Staat mit unseren übrigen gebildeten Schichten besetzen und nicht die Angehörigen eines uns fremden Volkes. Vor allem aber die deutsche Kultur ist, wie schon ihr Name sagt, eine deutsche und keine jüdische und es wird daher auch ihre Verwaltung und Pflege in die Hände unseres Volkes gelegt. Wenn aber die übrige Welt mit heuchlerischer Miene aufschreit über diese barbarische Austreibung eines so unersetzbaren, kulturell wertvollsten Elementes aus Deutschland, dann können wir nur erstaunt sein über die Folgerungen, die daraus gezogen werden. Denn wie müsste man uns dankbar sein, dass wir diese herrlichen Kulturträger freigeben und der anderen Welt zur Verfügung stellen. (*Lachen*) Sie kann nach ihren eigenen Erklärungen nicht einen Grund zur Entschuldigung anführen, weshalb sie diesen wertvollsten Menschen die Aufnahme in ihren Ländern verweigert. Es ist ja auch nicht einzusehen, weshalb man die Angehörigen dieser Rasse sonst gerade dem deutschen Volke zumutet, aber in den so sehr für diese ‚prächtigen Leute‘ schwärmenden Staaten die Aufnahme plötzlich unter allen nur möglichen Ausflüchten ablehnt. Ich glaube, dass dieses Problem je eher um so besser gelöst wird.

Denn Europa kann nicht mehr zur Ruhe kommen, bevor die jüdische Frage ausgeräumt ist. Es kann sehr wohl möglich sein, dass über diesem Problem früher oder später eine Einigung in Europa selbst zwischen solchen Nationen stattfindet, die sonst nicht so leicht den Weg zueinander finden würden. Die Welt hat Siedlungsraum genügend, es muss aber endgültig mit der Meinung gebrochen werden, als sei das jüdische Volk vom lieben Gott eben dazu bestimmt, in einem gewissen Prozentsatz Nutznießer am Körper und an der produktiven Arbeit anderer Völker zu sein. Das Judentum wird sich genauso einer soliden aufbauenden Tätigkeit anpassen müssen, wie es andere Völker auch tun; oder es wird früher oder später einer Krise von unvorstellbarem Ausmaß erliegen. Und eines möchte ich an diesem, vielleicht nicht nur für uns Deutsche denkwürdigen Tag nun aussprechen: Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit der ganzen Nation übernehmen und dann, unter vielen

anderen, auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, dass dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdessen wohl schon in der Kehle erstickt ist. (*Beifall*)

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. Denn die Zeit der propagandistischen Wehrlosigkeit der nichtjüdischen Völker ist zu Ende. Das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien besitzen jene Einrichtungen, die es gestatten, wenn notwendig, die Welt über das Wesen einer Frage aufzuklären, die vielen Völkern instinktiv bewusst und nur wissenschaftlich unklar ist. Augenblicklich mag das Judentum in gewissen Staaten seine Hetze betreiben unter dem Schutz einer dort in seinen Händen befindlichen Presse, des Films, der Rundfunkpropaganda, der Theater, der Literatur usw. Wenn es diesem Volke aber noch einmal gelingen sollte, die Millionenmassen der Völker in einen für diese gänzlich sinnlosen und nur den jüdischen Interessen dienenden Kampf zu hetzen,⁴ dann wird sich die Wirksamkeit einer Aufklärung äußern, der in Deutschland allein schon in wenigen Jahren das Judentum restlos erlegen ist. Die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, damit diese wurzellose internationale Rasse an den Geschäften des Krieges verdient und ihre alttestamentarische Rachsucht befriedigt. (*Beifall*) Über die jüdische Parole ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich: ‚Schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!‘“

[...] ⁵

DOK. 249

Der Präsident der Zweigstelle Wien der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erwägt am 2. Februar 1939 den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter¹

Vermerk des Wiener Magistrats, Leiter der Gruppe III, Obersenatsrat Dr. Pamperl,² vom 2.2. 1939

Amtsvermerk vom 2. Februar 1939

über die Aussprache mit Herrn Präsidenten Friedrich Gärtner der Zweigstelle der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und -vermittlung.

4 „bewusst ... zu hetzen,“ in der Tonbandaufnahme unverständlich, hier ergänzt aus VB (Norddt. Ausg.), Nr. 32 vom 1.2. 1939, S. 8. Der Text der Rede ist im VB nur geringfügig redigiert, stimmt aber im Wesentlichen mit der hier abgedruckten Fassung überein.

5 Es folgten Ausführungen über Freiwillige, die auf Seiten Francos im Spanischen Bürgerkrieg kämpften, über die deutsch-italienische Freundschaft, die friedlichen Absichten Deutschlands und deren angebliche Verleumdung in den Medien im Ausland.

1 Wiener Stadt- und Landesarchiv, M.-Abt. 212, Karton 24 R 30, Arbeitsfürsorge 1938–1941.

2 Dr. Hans Pamperl (*1884), Jurist; von 1907 an Beamter der Stadt Wien, 1926–1933 Leiter des Berufsberatungsamts und der Arbeiterkammer, von 1937 an Leiter der Verwaltungsgruppe III, die für das Wohlfahrtsamt, die soziale Fürsorge und das Gesundheitswesen zuständig war, 1941 aus politischen Gründen pensioniert, anschließend Hilfskraft in einem Anwaltsbüro; Aufnahmeantrag in die NSDAP 1941 abgelehnt.

Trotz meines Hinweises, welch hohe Summe die Stadt Wien bisher für die regelmäßige Unterstützung der vor dem 1. Jänner 1930 Ausgesteuerten aufgewendet hat, bezeichnet Präsident Gärtner meine Bitte, wenigstens einen Teil der aufgewendeten Mittel entsprechend der im April 1938 ziemlich sicheren Zusage zu refundieren, als wenig aussichtsreich. Er ersuchte aber die Bitte neuerlich schriftlich an ihn zu stellen, und er werde den Antrag an das Reichsarbeitsministerium nach Berlin weiterleiten. Meinem Vorhalt, daß doch die Reichsanstalt bekanntermaßen über außerordentlich hohe Vermögensbestände verfüge, begegnete er mit der Mitteilung, daß diese unleugbaren vorhandenen Reserven durch die in der Ostmark gemachten beträchtlichen Aufwendungen immerhin bedeutend in Mitleidenschaft gezogen worden seien und daß auch der Reichsfinanzminister diesen Fonds gewaltig ausschöpfe, um besonders dringende Reichsaufgaben erfüllen zu können. Abschließend meinte er, daß kaum auch nur auf eine teilweise günstige Erledigung zu hoffen sei und daß es vielleicht nur einer persönlichen Intervention des Herrn Bürgermeisters beim Reichsfinanzminister zu danken wäre, wenn ein Rückersatz wenigstens eines Teiles der aufgewendeten Mittel erfolgen sollte.

Präsident Gärtner schnitt auch das Problem der Arbeitsvermittlung volleinsatzfähiger Juden an und erklärte, daß er dafür in allernächster Zeit den Herrn Bürgermeister³ zu gewinnen trachten werde. Ein Einsatz jüdischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft bei den Anbau- oder Erntearbeiten komme seines Erachtens nach vor allem deshalb nicht in Frage, weil der bäuerlichen Bevölkerung die Aufnahme des jüdischen Arbeiters in die Hausgemeinschaft nicht zugemutet werden kann. Wohl aber verspreche er sich Erfolg vom Einsatz jüdischer Arbeitskräfte bei Straßenbauten, Entwässerungsarbeiten und ähnlichen, auch innerhalb des Gaues Wien, da hier die Möglichkeit gegeben wäre, die Arbeitskräfte in einem eigenen Verkehrsmittel in der Früh an die Arbeitsstelle zu bringen und abends von dort wieder in die Stadt zurückzubefördern.

Was schließlich meine Bitte um Besichtigung des Objektes XVI, Thaliastraße 44 anbelangt, erklärte Präsident Gärtner, daß einer solchen gar nichts im Wege stünde und er sofort Auftrag geben werde, Vertretern des Wiener Magistrates die Besichtigung des Gebäudes zu gestatten. Er ließ auch durchblicken, daß er vielleicht sogar schon mit Ende dieses Jahres dieses Haus für seinen Betrieb gar nicht mehr benötigen wird.

Dieser Erklärung des Präsidenten Gärtner steht allerdings die am gleichen Tage von Dr. Hans Kraus des Arbeitsamtes Wien erhaltene Nachricht entgegen, daß auf die Erhaltung dieses Objektes seitens der Reichsanstalt der größte Wert gelegt werden müsse, da dort selbst eine der drei Arbeitslosenversicherungsstellen errichtet werden solle.

Das Haus XVI, Thaliastraße 44, wurde seinerzeit für Spitalszwecke gebaut und stand auch als Erzherzogin-Stefanie-Spital jahrelang im Betriebe. Das Haus selbst gehört dem Wiener Krankenanstaltenfonds und ist seitens desselben seit einigen Jahren für Arbeitsvermittlungszwecke ohne Zahlung eines Zinses oder einer sonstigen Entschädigung vom ehemaligen Ministerium für soziale Verwaltung überlassen worden.

³ Dr. Hermann Neubacher (1893–1960), Forstingenieur und Wirtschaftsfachmann; 1933 Eintritt in die NSDAP Österr.; 1921–1934 (General-)Direktor der Wohnungsbauges. GESIBA in Wien, März 1938–Dez. 1940 Wiener Bürgermeister; 1940 Sonderbeauftragter Südost; von 1943 an Bevollmächtigter des AA beim Militärbefehlshaber Serbien; 1951 in Jugoslawien zu 20 Jahren Haft verurteilt, 1952 entlassen, danach Bauunternehmer in Salzburg, 1954–1956 Ausbau der Verwaltung Äthiopiens.

DOK. 250

Paula Schwab bittet am 6. Februar 1939 das Hilfswerk für Kinderverschickung, ihren Sohn im Ausland unterzubringen¹

Handschriftl. Brief von Paula Schwab², Lörrach (Baden), Spitalstr. 54, an das Hilfswerk für Kinderverschickung,³ Zürich, Badenerstr., vom 6.2.1939

Ihre w[erte] Adresse einer befreundeten Familie verdankend, erlaube ich mir, heute folgende Bitte an Sie zu richten. Ich habe einen Jungen, der im Laufe d/M. 14 Jahre alt wird u. seit 10. Nov. die Schule nicht mehr besuchen darf.⁴

Da in unserer Gegend eine jüd. Schule nicht besteht, wäre ich Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir behilflich sein könnten, irgendwo in der Schweiz oder sonst im Ausland meinen Jungen unterzubringen, damit derselbe mindestens seine Schulausbildung beenden könnte.

Da es leider nicht möglich ist, denselben irgendwo in der Schweiz privat unterzubringen u. wir auch bei keinen Verwandten im Ausland Aussicht haben, bitte ich um Ihre Hilfe resp. Unterstützung, dass mir dies ermöglicht wird.

Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen besten[s] dankend, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung

DOK. 251

Vermerk des Sicherheitsdienstes der SS vom 11. Februar 1939 über die Tätigkeit der Quäker zugunsten der Juden¹

Vermerk des SD II 122 (VA 1855/36, i.A. Kä.-H.),² (Unterschrift unleserlich), Berlin, vom 11.2.1939 (Entwurf)

1. Vermerk:

Mit II 112 und II 1B wurde die Angelegenheit der Society of Friends besprochen.³ Unter Hinweis auf die frühere Tätigkeit der Quäker für Deutschland kann ein Verbot der Tä-

¹ Privatbesitz Gerald Schwab.

² Paula Schwab, geb. Kleefeld (1896–1995), Haus- und Geschäftsfrau; emigrierte mit ihrem Mann David Schwab und ihrem Sohn Gerd im April 1933 zuerst in die Schweiz, dann nach Frankreich; 1935 Rückkehr nach Deutschland; Mai 1940 Emigration der Familie in die USA.

³ Gemeint ist das 1933 gegründete Schweizerische Hilfswerk für Emigrantenkinder (SHEK), das bis 1939 Aufenthalte für ca. 5000 Kindern in der Schweiz organisierte. Mit Kriegsbeginn übernahm das SHEK die Betreuung von Flüchtlingskindern in Heimen oder bei Pflegefamilien. Mitbegründet und von 1935–1947 geleitet wurde das SHEK von Nettie Sutro-Katzenstein (1890–1967).

⁴ Gerald (Gerd) Schwab (* 1925), Diplomat; gelangte im April 1939 mit Hilfe des SHEK in die Schweiz, Mai 1940 Emigration in die USA; 1944–1946 als Soldat der US-Armee in Europa; 1946/47 Übersetzer bei den Nürnberger Prozessen; 1951–1955 im US-Innenministerium; von 1955 an im diplomatischen Dienst, später bei der US-Agency for International Development, 1976–1986 bei der ILO.

¹ BArch, R 58/6026, Bl. 264 f.

² Die Abt. II 122 im SD-Hauptamt, zuständig für die Beobachtung von Gegnern aus der politischen Mitte, wurde von Karl-Julius Stübel (Stübel?) geleitet. „Kä“ war das Kürzel von Werner Kämpf (1909–2000), Lehrer; 1930 NSDAP- und 1935 SS-Eintritt, 1931–1935 SA-Mitglied, von 1935 an im SD-Hauptamt, 1944 Führer des Einsatzkommandos 9 der Einsatzgruppe B in Weißrussland.

³ Die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) ist eine Mitte des 17. Jahrhunderts gegründete

tigkeit in Deutschland nicht ohne weiteres veranlasst werden. Das Eintreten der Quäker für alle Hilfsbedürftigen ohne Unterschied entspricht ihrer religiösen Überzeugung. Eine aktive Tätigkeit gegen Deutschland ist bisher nicht bekannt geworden. Ihre Einmischung in die Judenfrage ist völlig unerwünscht und muss ausgeschaltet werden.⁴ Die pazifistische Grundhaltung der Quäker lässt ein Ausdehnen der Tätigkeit ebenfalls nicht erwünscht erscheinen.

Ein Verbot der Quäker wird angestrebt, es muss aber der geeignete Augenblick abgewartet werden.

2. Schreiben:

Vfg

An den SD-Führer des SS-Oberabschnittes *Donau*⁵ *Wien*

Betr.: Gesellschaft der Freunde (Quäker).

Vorg.: Dort. Schrb. II 122VA 65/39 vom 26.1.39.⁶

Der Bericht über die Society of Friends wurde zur Kenntnis genommen. Für das vorgeschlagene Vorgehen gegen die Quäkervereinigung wird alles verfügbare Material benötigt. Zu berücksichtigen ist, dass die Quäker in der Nachkriegszeit sehr viel zur Linderung der Not in Deutschland getan haben. Dass sie in ihrer Hilfstätigkeit keinerlei Unterschied machen, entspricht ihrer religiösen und pazifistischen Einstellung. Ihre Einschaltung in die Judenfrage ist unerwünscht und, wie bereits durch FS an II 112 mitgeteilt wurde, zu verhindern.⁷

Es wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Abteilungen II 112 und II 1B alles Material zusammenzutragen, um ein Verbot der weiteren Tätigkeit der Quäker in Deutschland veranlassen zu können.⁸

Religionsgemeinschaft. 1920 wurde das Internationale Quäkerbüro in Berlin eingerichtet, das Hilfsarbeiten in ganz Europa und nach Ende des Ersten Weltkriegs vor allem Armenspeisungen organisierte. Aufgrund ihrer pazifistischen Einstellung und ihrer Verbindungen zu jüdischen Organisationen wurden die Quäker im NS-Staat überwacht. 1937 gab es etwa 330 Quäker im Deutschen Reich.

4 Handschriftl. Anmerkung am Rand: „Soweit es sich um eine aktive Beteiligung oder Begünstigung in Deutschland handelt. Geldspenden an jüdische Organisationen werden angenommen. Mehr nach hies. [iger] Akteneinsicht v. 28.1.39.“

5 SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau war Franz Walter Stahlecker.

6 In dem Schreiben weist die Abt. II 122 des SD-Oberabschnittes Donau den Chef des Sicherheitshauptamts auf einen Bericht über die Quäker hin, in dem diesen die Unterstützung „marxistisch Gesinnter“ vorgeworfen wurde. Ferner wird die Auflösung der Gesellschaft im Reichsgebiet angeordnet, da ihre Tätigkeit „eine erhebliche Störung“ der Arbeit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung darstelle.

7 Handschriftl. Anmerkung am Rand: „Ich schlage vor den Ausdruck ‚aktive Beteiligung an der jüd. Auswanderung‘ zu nutzen“.

8 Die Religiöse Gesellschaft der Freunde wurde weder verboten noch aufgelöst. Die Mitglieder liefen jedoch Gefahr, wegen ihres humanitären Engagements kriminalisiert zu werden, z.B. wenn sie Verfolgten halfen. Das Schreiben wurde von den Abteilungsleitern II 112 (Hagen) und II 1B (Hartl) gegengezeichnet und vom Leiter der Hauptabt. II 12 (Knochen) abgezeichnet; es enthält am Ende einen Wiedervorlagevermerk für II 122 und II 1B4.

DOK. 252

**Die Neue Frankfurter Versicherungs-AG informiert
am 14. Februar 1939 ihre Agenten, dass sie ihren jüdischen Kunden
die Verträge kündigen sollen¹**

Rundschreiben der Direktion der Neuen Frankfurter Versicherungs-AG (Organisation Nr. 10/39), Alfred Wiedemann,² Josef Cramer,³ an die Geschäftsstellen vom 14.2.1939⁴

Betr.: Jüdisches Versicherungsgeschäft.

Unter Bezugnahme auf unser Rundschreiben Nr. 84/38 vom 20. 12.1938⁵ teilen wir Ihnen mit, dass wir auch laufende Versicherungen jüdischer Versicherungsnehmer zur Aufkündigung bringen wollen, wenn die Einziehung der Versicherungsprämie nach Ergehen der E.-Mahnung⁶ auf Schwierigkeiten stösst. Wir wollen in diesen Fällen von dem uns nach § 39 VVG⁷ zustehenden Kündigungsrecht Gebrauch machen.

Wir bitten Sie, demgemäss bei jüdischen Versicherungsnehmern, die nach Erlass der E.-Mahnung die Prämienrechnung nicht einlösen, nichts mehr zu unternehmen, sondern uns das Dokument unverzüglich nach hier zu senden, damit wir von uns aus das Kündigungsschreiben ergehen lassen.

Im übrigen wollen Sie feststellen, ob und welche *Synagogen*-Versicherungen etwa innerhalb Ihres Geschäftsbereichs bestehen (Feuer, Aufruhr, Einbruch-Diebstahl, Haftpflicht, Wasser). In Frage kommende Versicherungen bitten wir uns unter Angabe der Policennummer und der Branche alsbald aufzugeben. Fehlanzeige erforderlich.

1 FHA, S 17.7/92.

2 Dr. Alfred Wiedemann (1888–1963), Jurist; 1921–1934 Leiter der Allianz-Landesdirektion für Sachsen und Schlesien; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934–1945 Generaldirektor der Neuen Frankfurter Versicherungs-AG (Neufag); 1945 Amtsenthebung durch die amerikanische Militärregierung; bis 1958 im Aufsichtsrat der Frankfurter Versicherungs-AG, bis 1962 in deren Beirat.

3 Dr. Josef Cramer (1901–1944), Jurist; von 1925 an bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG, von 1929 an Syndicus der Neufag; 1937 NSDAP-Eintritt; von 1938 an stellv. Direktor.

4 Im Original Stempel: „Keine Wiederholung in den Haus-Mitteilungen“ und ein handschriftl., z.T. unleserlicher Vermerk, in dem verschiedene Geschäftsstellen aufgelistet wurden, an die das Rundschreiben mit Schreiben vom 22. bzw. 23.2.1939 geschickt wurde,

5 In dem Rundschreiben hatte die Direktion der Versicherung die Richtlinie ausgegeben, dass Neuversicherungen mit Juden nicht mehr abgeschlossen werden sollten. Außerdem sollten die Versicherungen für jüdische Gewerbe- und land- und forstwirtschaftliche Betriebe erlöschen, sofern diese Betriebe nicht von „Ariern“ weitergeführt würden; FHA S 17.7/91.

6 Einziehungs-Mahnung.

7 Der Versicherer konnte nach § 39 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) von 1908 das Versicherungsverhältnis ohne Einhaltung der eigentlichen Kündigungsfrist kündigen, wenn der Versicherungsnehmer mit der Zahlung der Prämien im Verzug war; Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. 5.1908, RGBl., 1908, S. 263–312, hier: S. 271.

DOK. 253

**Vermerk des Sicherheitsdienstes der SS vom 16. Februar 1939
über das demonstrative Singen von Kirchenliedern, in denen dem Volk Israel Trost
zugesprochen wird¹**

Vermerk des SD II 1 B1 (See/Mu.), See[ck],² Berlin, vom 16. 2. 1939³

Vermerk

Katholizismus und Judentum

Betr.: Römisch-katholische Kirchenlieder zum Judentum

Vorg: Gestapa II B 1 28/39 vom 21.1.39

Das Kirchenlied „O komm, o komm Emanuel, mach frei Dein armes Israel! Freu Dich, Freu Dich o Israel, bald kommt, bald kommt Emanuel!“ wurde am 4.12.38 in mehreren katholischen Kirchen im Kreise Saarburg während des Vormittagsgottesdienstes gesungen. Ein Teil der Kirchenbesucher haben an diesem Lied Anstoss genommen und beim Ortsbürgermeister Meldung erstattet, der in dem Absingen eine gewollte Herausforderung und Beleidigung des gesamten nationalsozialistischen Volkes erblickte.

Im Orte Rhens, Krs. Koblenz Land, wurde das obige Lied ebenfalls in der Kirche gesungen. Darauf tauchten im Orte Gerüchte auf, dass, wenn dieses Lied noch einmal in der Kirche gespielt werde, die Fensterscheiben der Kirche und des Pfarrhauses eingeworfen werden sollten. Der römisch-katholische Pfarrer *Ignaz Schmitt*, geb. 1. 8. 75 in Koblenz, wohnh. in Rhens, Mainzerstr., der durch seine versteckten Angriffe auf die Bewegung der Staatspolizeileitstelle Koblenz hinreichend bekannt ist, und gegen den beim Sondergericht in Köln bereits zwei Verfahren schwebten, die jedoch beide eingestellt wurden, erhielt von diesem Gerücht Kenntnis.⁴ Trotzdem liess er am gleichen Tag und am Sonntag, den 27.11.38, dieses Lied singen.⁵ Daraufhin liess er einen Polizeibeamten i. R. zu sich rufen und bat diesen, die Polizei zu benachrichtigen, damit Ausschreitungen, die gerüchtereise für die Nacht vom 27.11. zum 28.11.38 geplant gewesen sein sollen, verhindert würden.

¹ BArch, R 58/5696, Bl. 99RS.

² Gerhard Seeck (*1911), Schlosser; 1930 NSDAP- und SA-, 1932 SS-Eintritt; von 1935 an im SD-Hauptamt, 1937–1940 dort bzw. im RSHA in der Abt. „Politische Kirchen“, Referat II 1 B1 bzw. II B, für die Überwachung der katholischen Kirche zuständig, 1940–44 Referent für „Politische Kirchen und Sekten“ in der SD-Dienststelle Brüssel, von 1944 an im RSHA; Verbleib nach 1945 unbekannt.

³ Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

⁴ Ignaz Schmitt (1875–1952), Pfarrer; von 1929 an in Rhens tätig; 1935 Unterrichtsverbot, 1937 endeten zwei Verfahren gegen Schmitt wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz vor dem OLG Köln und dem Sondergericht Köln mit einem Freispruch bzw. mit der Einstellung des Verfahrens.

⁵ Schmitt hatte auf eine entsprechende Anfrage von Generalvikar Heinrich von Meuers die Antwort erhalten, dass das Lied selbstverständlich auch weiterhin im Gottesdienst gesungen werden solle; Martin Persch, Spurensuche – Spurensicherung. Vom Einsatz Trierer Bistumsgeistlicher für jüdische Mitbürger, in: Kurtrierisches Jahrbuch 36, hrsg. v. d. Stadtbibliothek Trier, u. a., Trier 1996, S. 303–317, hier: S. 311.

DOK. 254

**Simon Meisner berichtet jüdischen Hilfseinrichtungen nach seiner Flucht
am 21. Februar 1939 über die Lebensumstände in Antwerpen¹**

Brief an die Winterhilfe u.a. jüdische Hilfseinrichtungen, gez. Simon Meisner,² vom 21.2.1939 (Abschrift)³

Liebe Winterhilfe, Hilfsverein, Büro Adler, Oberrat, Nothilfe!

Es wird eigentlich Zeit, dass ich von mir etwas hören lasse. Am 3.2. habe ich Deutschland verlassen, weil ich die Ausbürgerungsurkunde des Polenstaates nicht nach Freudental gesandt bekommen wollte. In Kehl wurde ich aufmerksam gemacht, dass ohne Sichtvermerk ich nicht nach Deutschland zurück kann. Sonst ereignete sich gar nichts. Ich hatte allein einen Wagen und kam niemand zu mir. In Paris verbrachte ich einige frohe Tage und liess mir vom belgischen Konsulat ein Visum geben, um über Belgien nach Holland zu fahren. Die 2 holländischen Passkontrolleure beanstandeten meinen Pass und verweigerten mir die Einreise. Da ich nicht zufrieden war, riefen sie ihren Chef, welcher die Beanstandung aufrechterhielt. Da ich wieder nicht einverstanden war, wurden 2 Polizisten als Begleitung nach Rotterdam mitgesandt. Im Polizeiamt wurde ich von verschiedenen Beamten verhört, und das Ergebnis war: Ausweisung. Ich protestierte, und das Justizministerium Den Haag wurde angerufen, welches bestätigte, dass ich nicht aufs Schiff darf. An die holländische Königin habe ich mich von Belgien aus gewandt, bekam aber keine Antwort. In Begleitung wurde ich zur belgischen Grenze gebracht. Die Belgier wollten mich aber nicht zurückhaben und schickten mich zurück. Die Holländer nahmen mich auch nicht an, und so fuhr ich einige Stunden zwischen zwei Ländern. Da hab ich den Belgiern vorgeschlagen, mich nach Frankreich zu lassen. Der Vorschlag leuchtete ein, und ich erhielt ein Durchreisevisum. Mit diesem bin ich in Antwerpen ausgestiegen. Mit Schwierigkeiten habe ich gerechnet, aber nicht geglaubt, dass diese in Europa beginnen werden. Nun muss ich sehen weiterzukommen und will ich nach Frankreich oder England, um einen Weg nach Uebersee zu finden. Hier sind 5000 Flüchtlinge, die illegal kamen. Ein Comitee besteht hier, welches den Flüchtlingen Essen gibt und wöchentlich 30 Franken pro Person für Miete ausbezahlt. Da das Comitee nur Staatenlose (nachweisbar!) und deutsche Staatsangehörige auf Grund einer Vereinbarung mit der Regierung unterstützt, konnte das Comitee mich nicht annehmen, weil Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen ein Heimatland haben, wohin sie können. Für Belgien bin ich noch nicht staatenlos. Wenn ich die Ausweisung habe und nach 20 Tagen angetroffen werde, komme ich ins Gefängnis, bis ein Frachtdampfer nach Gdingen geht. Die Polen werden natürlich unbestellte Waren nicht annehmen wollen und die Landung nicht gestatten. Man erzählt aber, dass die Schiffe Weisung haben, einen unbewachten Augenblick zu benützen, um

¹ LBI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 4.

² Simon Meisner (1912–1994), Lehrer; 1933–1935 Religionslehrer in Freudental, 1935–April 1938 Leiter der jüdischen Schule dort; als Fluchthelfer tätig; von Nov. 1938 an Leiter der jüdischen Schule Rexingen; emigrierte im Febr. 1939 über Frankreich nach Belgien; von 1948 an privater Religionslehrer in Belgien.

³ Das Dokument enthält einige sprachliche und orthographische Eigentümlichkeiten, die im Wesentlichen beibehalten wurden. Das maschinenschriftl. Original ist mit handschriftl. Kürzeln versehen und falsch datiert („1929“).

den Fahrgast an Bord zu setzen.⁴ Man kann dann einige Wochen im Hafen bleiben müssen. So etwa habe ich mir die Landung in Peru vorgestellt. Das Comitee hat mich zum Rabbiner geschickt und sollte ich zu dem gehen, der meiner Parteirichtung entspricht. Ich glaube bei allen gewesen zu sein und bin besonders darauf stolz, dass mich alle hinausgeworfen haben. Vielleicht war ich der 500. an einem Tag, der gehen musste, ohne angehört zu werden. Auf dem Rücken von 50 000 Juden leben hier 10000 Berufsschnorrer und 5000 Flüchtlinge. Jede Massenerscheinung stumpft ab und erweckt kein Interesse. Damit muss man jeden Tag Leute trösten. Jeder erzählt, wie sehr er in Deutschland gespendet hat, und hier will niemand von Empfehlungen Kenntnis nehmen. Die meisten vergessen, dass man um der Hilfe willen hilft, und wer davon erzählt, annulliert, was er einst Gutes getan hat. –

Dass man hier meine Papiere nicht sehen wollte, trage ich niemandem nach. Es gibt hier eine sehr grosse Zahl Intellektueller und ehemalige Gemeindevorsteher. Das Schicksal aller Emigranten ist nicht das einer Vergangenheit, sondern eine Zukunftsfrage. Man muss Zukunftswege suchen und nicht Protektionen und Anleihen bei seiner Vergangenheit in Deutschland suchen. Wege zu finden sind schwer. Ich war bei einer grossen Zahl Diamantenschleifern, Metzgern, Bäckern, Schuhmachern usw. und habe mich überzeugt, dass auch eine kleine Verdienstmöglichkeit ausgeschlossen ist, weil die Kontrolle gegen Schwarzarbeit sehr streng ist und alle Flüchtlinge gefährden kann. Einen Plantagenbesitzer habe ich geplatzt, mich nach Belgisch-Kongo mitzunehmen. Er hat es abgelehnt, weil er sagt, dass Weisse nicht die Arbeit der Schwarzen übernehmen können, aus klimatischen Gründen. Die französische Fremdenlegion nimmt keine Juden mehr an, da bereits 14000 dabei sind. Einige Male war ich beim englischen Konsul und versuche ich, ihn zu überzeugen, dass er mir ein englisches Transitvisum geben muss. Er ist der einzige Konsul in Anvers,⁵ der meinen Pass noch ernst nimmt. Ich habe aber noch keinen Weg gefunden, dass mir der Beamte des Foreign Offices in London keine Landungsschwierigkeiten verursacht. Der franz. Konsul würde mir ein Visum geben, wenn Polen meine Staatsbürgerschaft anerkennt. Vorläufig setze ich alles auf England, und sollen die Engländer mich in eine Kolonie schicken, wenn sie mich in London nicht brauchen können. Das Leben ist hier sehr billig. Für 1 Franken = 8 Pfg. bekommt man ein Brot. Für 1 Ei zahlt man 45 Cent, 1 Tasse Tee oder Kaffee 50 – 60 Cent. 1 kg. Orangen 1,20 Franken. So kommt es, dass ich mit 2 Franken täglich durchkomme. 10 Reichsmark sind 112 belgische Franken. Ich bin also für 56 Tage versorgt. Da ich die ersten Tage eingeladen war, bin ich bis 15.4.39 versorgt. Miete kostet mich nichts. Mein Zimmer ist ein Dachboden und unterrichte ich hierfür die Kinder der Familie Anysz, Jordanstraat 24. (Wohnungen sind hier rar geworden, und jeder Keller und jeder Dachboden wird von Flüchtlingen bewohnt.) So habe ich mir wenigstens Wohnung aus meinem früheren Beruf retten können. Das Comitee zahlt den Besitzern von deutschen und Nansenpässen⁶ wöchentlich 30 Franken und täglich gibt es ein Mittagessen. In Brüssel gibt es 55 Franken pro Person ohne Mittagessen. Für 2–3 Franken gibt es schon einfache koschere Mittagessen. Billig ist dran, wer selbst kocht. Wäsche wäscht man selbst, und wer vom Schuh-

4 Gemeint ist: von Bord.

5 Antwerpen.

6 Der Nansen-Pass war ein 1922 eingeführter Ausweis für Staatenlose, benannt nach dem Polarforscher und Friedensnobelpreisträger Fridtjof Nansen (1861–1930), der sich als Hochkommissar des Völkerbunds für Flüchtlinge für die Staatenlosen eingesetzt hatte.

macherhandwerk was versteht, kauft Leder und Nägel und spart 12 Franken für Schuhsohlen. Wer rauchen will, bekommt für 1,10 Franken 1 Dutzend Zigaretten. Wenn das Comitee durchhalten kann, sind die Flüchtlinge nicht schnell daran. Sorge machten uns die Zurückgebliebenen in Deutschland. Wenn man nur genügend Devisen beschaffen könnte, um allen einen Transitaufenthalt ermöglichen zu können, bis die Weiterwanderung nach USA oder nach sonstigen Ueberseeländern möglich ist. Unter grossem moralischen Druck spendet hier jeder für die Flüchtlinge, die hier sind, und das erschwert die Hilfe für die Auswanderungswilligen in Deutschland, die man durchsetzen muss. Wie weit ist es beim amerikanischen Konsulat in Stuttgart, und was tut sich sonst im Gemeindeleben? Ich habe das Interesse für Württemberg hier nicht verloren und grüsse Sie alle herzlichst

Ihr

DOK. 255

Der SD begrüßt am 21. Februar 1939 gegenüber dem Stab des Stellvertreters des Führers die Errichtung einer Dozentur für Talmudistik und Neuhebräisch an der Berliner Universität¹

Fernschreiben des RFSS Sicherheitsdienstes (Nr. 7640), gez. Dr. Six, SS-Standartenführer, an den Stab des StdF, z.Hd. von Reg.Rat Kusserow,² München, vom 21.2.1939³

Betr.: Errichtung einer Dozentur für Talmudistik und Neu-Hebräisch

Vorg.: Dort. FS. Nr. 4087 vom 9.2.39⁴

Die Errichtung einer Dozentur für Talmudistik an der Berliner Universität innerhalb des Rahmens der philosophischen Fakultät wäre sehr zu begrüßen, da dieses Gebiet vorläufig noch fast ausschließlich eine Domäne der Theologen ist. Die bisherige Forschung auf dem Gebiet der hebräischen Literatur ist fast ausschließlich vom religiös-kirchlichen Standpunkt ausgegangen und hat die Gesichtspunkte der nationalsozialistischen Rassenlehre vollständig außer acht gelassen.

Die geplante Dozentur könnte ein wichtiges wissenschaftliches Fundament für den Kampf gegen das Judentum bilden. Voraussetzung wäre dabei allerdings, daß für die Dozentur eine weltanschaulich zuverlässige Persönlichkeit vorgeschlagen wird.⁵

1 BArch, R 58/5696, Bl. 95RS.

2 Albrecht Kusserow (1909 – 1991), Jurist; 1929 NSDAP- und 1930 SS-Eintritt; 1937/38 beim Oberpräsidium Münster; von 1938 an beim Stab des StdF; 1939 SS-Hauptsturmführer; Aug. 1939 – Jan. 1941 und 1943–1945 Wehrdienst; Jan. – Juli 1943 kommissar. Landrat und Leiter der SD-Außenstelle Minden; 1945–1948 interniert, 1953–1974 Ministerialbeamter in Westfalen.

3 Im Original handschriftl. Bearbeitungsvermerke.

4 Kusserow hatte Six über eine Unterredung mit REM Rust informiert, in der der Minister mitgeteilt hatte, dass er die Errichtung einer Dozentur für Talmudistik und Neuhebräisch an der Universität Berlin anregen wolle, „um das Judentum in seiner ureigensten Literatur kennenzulernen“, da diese von den Juden „als Mittel zum Kampf gegen den nat.soz. Staat“ verwendet werde. Kusserow hatte Six um eine Stellungnahme gebeten; Fernschreiben Kusserow an Six, wie Anm. 1, Bl. 94RS f.

5 Zur Errichtung der Dozentur für Talmudistik und Neuhebräisch kam es nicht mehr.

DOK. 256

**Das Gaupersonalamt Wien setzt sich am
22. Februar 1939 dafür ein, dass das geraubte jüdische Eigentum
in Wien statt in Berlin versteigert wird¹**

Vermerk des Gaupersonalamts Wien, Hauptstelle für politische Beurteilungen, (Unterschrift unleserlich), vom 22.2.1939

Betrifft: Sichergestellte Wertgegenstände aus jüdischem Besitz anlässlich der Aktion am 10. Nov. 1938 im Gau Wien.²

Vermerk: Die in diesen Tagen von den Ortsgruppen bei Wiener Judenfamilien sichergestellten Wertgegenstände usw. wurden zum Grossteil der Gauleitung Wien abgeführt und von dieser in Stahlkammern der Länderbank, I., Am Hof Nr. 2, in Verwahrung gegeben.

Ich selbst wurde anfangs Dezember 1938 vom Gauleiter beauftragt, diese Werte an die Staatspolizeileitstelle Wien zu übergeben. Um eine Übersicht der Werte zu erlangen, wurden zwei staatliche Schätzmeister des Dorotheums mit einigen Hilfskräften zur Schätzung der an die Stapo übergebenen Werte eingesetzt.³ Die Übergabsarbeiten dürften voraussichtlich bis Mitte April 1939 andauern.

Nun habe ich gerüchtweise in Erfahrung gebracht, dass amtliche Berliner Finanzstellen sich mit dem Gedanken befassen, sämtliche Werte nach Berlin zu schaffen, um sie dort im Auktionswege zur Versteigerung zu bringen. Dieser Umstand veranlasst mich, die Angelegenheit dem Gauleiter zur Kenntnis zu bringen, da im Falle einer Versteigerung dieser Wertgegenstände in Berlin der Gau Wien selbst einen erheblichen Schaden erleiden würde.

Hierzu möchte ich bemerken, dass das Dorotheum, welches bereits mit den Schätzungen begonnen hat, entschädigt werden müsste, abgesehen davon, dass die Eingänge des Dorotheums durch den Umbruch um 40 % zurückgegangen sind und sich die leitenden Stellen mit Abbauproblemen beschäftigen. Auch die Gemeinde Wien, welche mit 10 % am Gewinn des Dorotheums beteiligt ist, würde geschädigt sein. Im übrigen wird hervorgehoben, dass eine Auktion im Dorotheum mehr Aussicht auf Reingewinn bietet als eine Auktion in Berlin, wo sich sämtliche Auktionshäuser in Privatbesitz befinden. Die Ausschreibung einer Versteigerung dieser Gegenstände durch das Dorotheum in Wien würde auch das Gastwirtschaftsgewerbe bzw. den Fremdenverkehr wesentlich heben, da sich aus dem Altreich zahlreiche Interessenten einfinden würden. Es ist daher notwendig, die zuständigen Stellen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, dass die Versteigerungen dieser Werte durch das Dorotheum in Wien durchgeführt werden.

Von der Absicht des Gauleiters müssten daher folgende Stellen bzw. Behörden in Kenntnis gesetzt werden:

¹ DÖW, 9538.

² Gemeint sind die Zerstörung und Plünderung jüdischer Einrichtungen, Geschäfte und Wohnungen während des Novemberpogroms 1938.

³ Das traditionsreiche staatliche Wiener Auktionshaus Dorotheum diente von März 1938 an als Hauptschlagplatz für konfisziertes jüdisches Eigentum in Österreich. Dort wurden Haushalts- und Wertgegenstände sowie Schmuck und Edelmetalle emigrierter oder deportierter Juden versteigert.

- 1.) das Reichsministerium für Finanzen in Berlin,
- 2.) die Geheime Staatspolizei in Wien,
- 3.) das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin,
- 4.) der Stellvertreter des Führers,
- 5.) der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich,
- 6.) der Oberfinanzpräsident in Wien.

Heil Hitler

DOK. 257

Der Chef der Sicherheitspolizei informiert am 1. März 1939 über die Pläne zur Erfassung von Juden zur Zwangsarbeit im Krieg¹

Vermerk (geheim) des Chefs der Sicherheitspolizei (S-V 8 Nr. 152 III/38-553-1-g.), i.V. gez. Dr. Best, Berlin, an ORR Dr. Siegert² (Referat S-V 2), Ministerialrat Dr. Zindel³ (Referat S-V 1), Reg.Rat Lischka⁴ (Referat S-PP II B), Ministerialdirektor Dr. Danckwerts⁵ (Abt. I des RMdI) vom 1.3.1939 (Abschrift)⁶

Am 28.2.1939 fand bei der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern unter Vorsitz von Ministerialrat Dr. Loesener⁷ und der Beteiligung von Vertretern des Oberkommandos der Wehrmacht, des Hauptamtes Sicherheitspolizei (Ministerialrat Dr. Zindel, Reg.

¹ BArch, ZB 7050 A.6, Bl. 277–279.

² Dr. Rudolf Siegert (1899–1945), Jurist; zunächst im sächs. Finanzministerium; 1933 SA-Eintritt; 1934–1936 Ministerialrat im RFM; von 1936 an im Gestapo und im Hauptamt Sicherheitspolizei; 1937 NSDAP- und 1939 SS-Eintritt; 1939–1943 im RSHA; 1943 SS-Oberführer; 1943 in das RWM versetzt; von sowjetischen Soldaten in seinem Haus erschossen.

³ Dr. Karl Zindel (1894–1945), Jurist; bis 1934 in der württ. Staatsverwaltung; 1933 NSDAP-Eintritt; 1934–1937 im RMdI und von 1936 an Referatsleiter im Hauptamt Sicherheitspolizei; 1937 SS-Eintritt; Ministerialrat, 1939–1940 Gruppenleiter Recht im Amt I des RSHA; von 1940 an bei der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission, 1941 dort Sonderbeauftragter des Präsidenten; 1944 Leiter der Attachégruppe des RSHA.

⁴ Dr. Kurt Lischka (1909–1987), Jurist; 1933 SS-Eintritt; von 1935 an bei der Gestapo tätig; 1937 NSDAP-Eintritt; 1939 Leiter der Reichszentrale für jüdische Auswanderung, 1940 Leiter der Gestapo Köln; von Nov. 1940 an beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Paris; 1943 Referat Protektorat Böhmen und Mähren im RSHA; 1945 inhaftiert, 1947 nach Prag ausgeliefert, 1950 in die BRD entlassen, in Frankreich in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt; Prokurist in Köln; 1980 vom LG Köln zu zehn Jahren Haft verurteilt, 1985 entlassen.

⁵ Dr. Justus Danckwerts (1887–1969), Jurist; 1920–1923 im PrMdI, 1923–1930 stellv. Regierungspräsident von Stade, 1933–1940 Ministerialrat im PrMdI bzw. RMdI, 1941 beim Generalquartiermeister des Heeres für die Militärverwaltungen zuständig; 1945–1947 Kriegsgefangenschaft; 1948 Ministerialrat in der Staatskanzlei Niedersachsen; Mitglied des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee; 1951–1954 StS in Niedersachsen.

⁶ Im Original handschriftl. Anmerkungen und Unterstreichungen.

⁷ Dr. Bernhard Lösener (1890–1952), Jurist; zunächst in der Zoll- und Finanzverwaltung tätig; 1930 NSDAP-Eintritt; von April 1933 bis Ende 1942 im RMdI, von Mitte 1933 an dort Rassereferent für Judenfragen in der Abt. I (Verfassung und Gesetzgebung), von 1943 an im Reichsverwaltungsgericht; 1944–1945 im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 in Haft; 1949–1952 in der Oberfinanzdirektion Köln tätig.

Ass. Hülß⁸ – S-PP II –, Reg.Rat Thorn⁹), des Hauptamtes Ordnungspolizei (Hauptmann Sehrt) und des Leiters der Konzentrationslager, Gruppenführer Eicke, eine Besprechung darüber statt, wie die Dienstleistung der Juden im Kriegsfall zu regeln ist. Eine besondere Regelung der Dienstleistungspflicht der Juden im Kriege wurde dadurch erforderlich, daß nach Abänderung der Musterungs- und Aushebungsverordnung durch das OKW die Juden nicht mehr für die Ersatzreserve II beordert und von dem Dienst bei der Wehrmacht vollständig ausgeschlossen werden.¹⁰

1): *Frage der Erfassung der Juden:*

Es war die Vorfrage zu klären, in welchem Umfange die Juden zu geeigneten Dienstleistungen heranzuziehen sind. Es bestand Einigkeit, daß ein besonderer Einsatz der jüdischen Frauen und Kinder in keinem Verhältnis zu dem erforderlichen Aufwand an Arbeitskräften (Überwachung) und Mitteln stehen würde. Arbeitsmäßig ist von dem Einsatz der jüdischen Frauen und Kinder kein Erfolg zu erwarten. Da die Juden in erster Linie für öffentliche Straßenarbeiten herangezogen werden sollen, muß für ihren Einsatz der Maßstab der Wehrtauglichkeit zugrunde gelegt werden. Entsprechend der Wehrerfassung der männlichen Bevölkerung im Alter von 18–55 Jahren in Ostpreußen erschien eine Altersbegrenzung von 18–55 Jahren angebracht. Bei einer Gesamtzahl von ca. 600 000 Juden muß man schätzungsweise mit 200 000 Juden, die für eine Dienstleistung im Kriege in Frage kommen, rechnen.

Wenn auch ein Arbeitseinsatz nur bei den wehrtauglichen 45–55jährigen Juden in Frage kommt, erscheint eine Beschränkung der Erfassung auf diese Jahrgänge der männlichen Juden nicht zweckmäßig. Eine besondere Gesamterfassung sämtlicher Juden unter dem Gesichtspunkt einer besonderen Verwendung im Kriege wurde allgemein für praktisch gehalten. Maßgebend für diese Auffassung war die Betrachtung, daß im Kriege unter Umständen von Fall zu Fall bestimmte sicherheitspolizeiliche Maßnahmen (z. B. besondere Überwachung) gegen die gesamte Judenschaft erforderlich werden, für die die friedensmäßige Gesamterfassung der Juden die Möglichkeit gibt.

Es ist vorgesehen, diese Erfassung der Juden dadurch zu regeln, daß ihnen im Wege einer Reichspolizeiverordnung¹¹ eine polizeiliche Anmeldepflicht auferlegt wird (analog der Wehrerfassung der Wehrtauglichen). Die Regelung dieser Frage wird im einzelnen zwischen den Sachbearbeitern des OKW und des Hauptamtes Ordnungspolizei besprochen und vorbereitet.

8 Wilhelm Hülß (1907–1954), Jurist; 1930–1933 SA-Mitglied, 1933 NSDAP- und SS-Eintritt; 1935–1937 Versicherungsvertreter; 1938–1940 im Gestapo bzw. RSHA, 1940 Reg.Rat, 1940 Staatspolizeistelle Tilsit, später beim Befehlshaber Sicherheitspolizei und SD in Rowno (Riwne)/Ukraine, 1943 KdS in Dijon, 1944 im RSHA, 1945 SS-Obersturmbannführer; in franz. Kriegsgefangenschaft gestorben.

9 Willi Thorn (*1903), Jurist; 1932 NSDAP-Eintritt, 1933–1935 SA-Mitglied, SS-Stubaf; 1931–1934 Gerichtsassessor in Frankfurt a. M., Okt. 1935–Mai 1936 beim Gestapo Berlin zuständig für Emigrantenangelegenheiten (II1B2E), 1936–1937 Leiter der Staatspolizeistelle Erfurt, gehörte zur „Sonderkommission 3“, die von 1937 an die Sterilisation der Kinder von deutschen Müttern und farbigen Besatzungssoldaten im Rheinland verfügte, von 1938 Referatsleiter im Gestapo; nach 1945 Rechtsanwalt.

10 Nach § 15, Abs. 1 des Wehrgesetzes vom 21.5.1935 war eine „arische“ Abstammung die Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. Ferner hieß es in § 15, Abs. 5: „Die Dienstleistung der Nichtarier im Kriege bleibt besonderer Regelung vorbehalten.“; RGBl., 1935 I, S. 609–614, hier: S. 611.

11 Nicht ermittelt.

2): Für welche Arbeiten sollen die Juden herangezogen werden?

Ministerialrat Dr. Loesener führte aus, daß die Juden kolonnenmäßig, getrennt von den deutschblütigen Arbeitskräften, zu beschäftigen sind. Sie dürften sich in erster Linie für eine Verwendung bei Straßenbauten und Beschaffung des hierfür erforderlichen Materials (Steinbrucharbeiten) eignen. Infolge des großzügigen Straßenbauprogrammes des Führers und der besonderen Inanspruchnahme des gesamten Straßennetzes im Kriege ist an eine Beschäftigung sämtlicher arbeitsfähigen Juden mit dieser Art von Arbeiten zu denken.

3): Von der Art ihrer Beschäftigung hängt wiederum die Frage ihrer *Unterbringung* ab. Da die Behandlung der Juden im Kriege das besondere Interesse der Bevölkerung erregen wird, ist von dem Grundsatz auszugehen, daß die Juden im Kriege in ihrer Lebensführung nicht besser gestellt sind als die deutschblütigen Volksgenossen. Ihr arbeitsmäßiger Einsatz ist der Ersatz für die Ableistung von Wehrdiensten, zu denen sie wegen ihrer Rassenzugehörigkeit nicht herangezogen werden können.

Ihre Beschäftigung und Unterbringung muß deshalb auch in militärischer Form gelöst werden. Die Bevölkerung hätte zweifellos kein Verständnis dafür, wenn die Juden ohne eine besondere Änderung ihrer Lebensbedingungen im Kriege ihren zivilen Berufen nachgehen könnten, während die deutschblütigen Volksgenossen an der Front und in der Heimat ihrer Wehrdienstpflicht für das Vaterland genügen. Deshalb dürfte auch ihre Unterbringung in besonderen Lagern, die mit den Arbeitsdienstlagern zu vergleichen sind, angebracht sein. Verwendungsmöglichkeit der Arbeitsdienstlager für diese Zwecke wird Gegenstand einer besonderen Anfrage beim Reichsarbeitsministerium sein.¹²

4): Frage der Errichtung von Lagern:

Es ist sodann die Frage zu klären, wem die Errichtung der Lager zufällt, wieviele Lager und wo sie zu errichten sind, wie die Lager überwacht werden müssen. Da die Arbeitsdienstpflicht an die Stelle einer Wehrdienstleistung tritt, erscheint die Schaffung der geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für die Juden ebenso wie ihre Erfassung eine Aufgabe der Wehrmacht zu sein. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Aufgaben durch die Wehrmacht dürfte auch deshalb zweckmäßig sein, weil die erforderlichen Geldmittel als besondere Mob.-Ausgaben¹³ von der Wehrmacht aufzubringen sind. Wenn die Schaffung dieser Lager dem Leiter der Konzentrationslager, Gruppenführer Eicke, übertragen würde, müßten von dem Verwaltungsamt der SS schon jetzt die erforderlichen Mittel bei der Anmeldung des besonderen Mob.-Geldbedarfs berücksichtigt werden. Für die Anmeldung dieses Postens fehlen aber zur Zeit noch die erforderlichen Unterlagen. Bevor die Frage entschieden wird, wer der Träger für die Einrichtungen für die geeignete Unterbringung der Juden zu schaffen hat,¹⁴ kommt eine Berücksichtigung bei der Anmeldung des besonderen Mob.-Geldbedarfs für die Sicherheitspolizei überhaupt nicht in Frage.

Das Ergebnis der Besprechung wurde von Ministerialrat Dr. Loesener wie folgt zusammengefaßt:

1) Erfassung der Juden auf Grund der Einführung einer besonderen Meldepflicht bei den Polizeibehörden. Bei der Erfassung ist die Arbeitsdienstunfähigkeit zu prüfen. Die Prüfung erfolgt durch die Vorlage eines Attestes eines jüdischen Arztes. Die von den jüdischen

¹² Nicht ermittelt.

¹³ Mob.: Mobilisierung.

¹⁴ Gemeint ist: „Bevor die Frage nicht entschieden wird, wer als Träger die geeigneten Einrichtungen für die Unterbringung der Juden zu schaffen hat ...“

Ärzten nicht arbeitsfähig geschriebenen Juden werden einer besonderen Nachuntersuchung unterzogen. Nach der Erfassung findet eine weitere ärztliche Untersuchung nicht mehr statt. Die endgültige Feststellung der Arbeitsfähigkeit erfolgt erst im Lager.

Diese Gesichtspunkte sind zweckmäßigerweise in einer besonderen Reichspolizeiverordnung zusammenzufassen. Vorbereitung und Regelung der Erfassung erfolgt durch das Hauptamt Ordnungspolizei und das Oberkommando der Wehrmacht im beiderseitigen Einvernehmen.

2) Für die Begründung der Arbeitsdienstpflicht bedarf es keiner besonderen gesetzlichen Regelung, da die Heranziehung der Juden auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes oder der Notdienstverordnung erfolgen kann. Für die Heranziehung genügt eine allgemeine Verwaltungsanordnung (auf Grund des Notdienstgesetzes Anweisung an die einzelnen Bedarfsträger).¹⁵

Über die Frage, mit welchen Arbeiten die Juden im Kriege zu beschäftigen sind und wie sie unterzubringen sind, ist zunächst die Stellungnahme der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung einzuholen, die den beteiligten Ressorts als Grundlage für die von ihnen vorzubringenden Gesichtspunkte zugeleitet wird. Der Vertreter des Gruppenführers Eicke ist ferner gebeten worden, eine Mitteilung der Auffassung des Gruppenführers Eicke über die Frage der Unterbringung zu veranlassen. Regierungsassessor Hülß (S-PP II B) wird die vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt besonders beachtlichen Gesichtspunkte und erforderlichen Maßnahmen zusammenstellen und den Referenten S-V 1 und S-V 8 zuleiten.

DOK. 258

Die Synagogengemeinde Gleiwitz erkundigt sich am 2. März 1939 bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland nach den Ablieferungsvorschriften für Edelmetalle¹

Schreiben des Vorstehers der Synagogengemeinde Gleiwitz, ungez., Justizrat [Arthur Kochmann],² an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158, vom 2.3.1939 (Durchschlag)

Abgabe v. Gold usw.

Die hiesige Pfandleihstelle hat Mitglieder unserer Gemeinde, die in Befolgung der Anordnung vom 21. Februar 1939 dort aufgeführte Gegenstände abliefern wollten,³ an unsere

¹⁵ Unter Berufung auf das Kriegsleistungsgesetz von 1873 und die Notdienstverordnung von 1938 war es dem Staat möglich, im Fall des Kriegs oder Notstands Personen zu Zwangsarbeiten und Zwangsabgaben zu verpflichten; Gesetz über die Kriegsleistungen vom 13.6.1873, RGBl., 1873, S. 129–137 und 3. VO zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (Notdienstverordnung) vom 15.10.1938, RGBl., 1938 I, S. 1441f.

¹ JHI 112/6, Bl. 132+RS.

² Dr. Arthur Kochmann (1864–1944), Jurist; von 1892 an Rechtsanwalt am Landgericht Gleiwitz, von 1899 an Stadtrat; von 1915 an Vorsitzender der Synagogengemeinde Gleiwitz; 1919–1924 als Abgeordneter der DDP im Preuß. Landtag; von 1933 an Vertrauensmann für Oberschlesien bei der Reichsvertretung der deutschen Juden; im Dez. 1943 nach Auschwitz deportiert.

³ Die von Göring erlassene Anordnung bestimmte, dass Juden deutscher Staatsangehörigkeit alle Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen innerhalb von zwei Wochen gegen ein festzusetzendes Entgelt abzuliefern hätten; 3. Anordnung auf Grund der VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 21.2.1939, RGBl., 1939 I, S. 282.

Gemeinde mit der Maßgabe verwiesen, daß wir Ausführungsvorschriften erhalten hätten. Auf Rückfrage, die wir infolgedessen bei der Pfandleihstelle gehalten haben, ist uns mitgeteilt worden, daß eine interne, die Verweisung an die Gemeinden besagende Anordnung ergangen wäre. Auf weiteres Befragen, ob der Pfandleihstelle Ausführungsvorschriften bekannt wären, erhalten wir die Auskunft, daß

a) für jede Person ein vierteiliges Besteck sowie

b) die Trauringe

zurückbehalten werden könnten, daß aber unbedingt goldene Uhren, gleichgültig welcher Art, abgeliefert werden müßten.

In der Anordnung ist im § 3 bestimmt, daß der Reichswirtschaftsminister die zur Ausführung und Ergänzung der Verordnung notwendigen Vorschriften erlassen wird.⁴

Wir bitten, da die in dieser Anordnung bestimmte Frist evtl. mit dem 8. März abläuft, uns vielleicht morgen telefonisch zu verständigen, ob und welche Anordnungen zu Ausführungen bereits ergangen sind.

Wir werden selbstverständlich von unseren Gemeindemitgliedern befragt, sind aber nicht in der Lage, weitere Auskunft zu erteilen, als auf die in der Anordnung getroffenen Vorschriften hinzuweisen.

DOK. 259

Paul Eppstein von der Reichsvereinigung der Juden protokolliert am 7. März 1939 eine Vorladung bei der Gestapo zum Thema Emigration, insbesondere nach Shanghai¹

Aktennotiz (Dr. E./My), gez. Dr. Eppstein, zur Vorladung von Hirsch und Eppstein am 7.3.1939 in das Geheime Staatspolizeiamt (Reg.Rat Lischka, Hauptsturmführer Hagen) vom 9.3.1939

1. Mitteilungen an das Amt

Um eine Beschleunigung von Mitteilungen zu erwirken und Irrtümer zu vermeiden, wird darum ersucht, künftig angeforderte Schreiben an Herrn Regierungsrat Dr. *Lischka* persönlich zu richten.

2. Einwanderungsmöglichkeiten

Es wird ein Bericht über die Einwanderungslage in den wichtigsten Einwanderungsländern auf Befragen vorgetragen. Ein schriftlicher Bericht über die Situation in den wichtigsten Einwanderungsländern und über Bemühungen zur Erweiterung der Einwanderung ist einzureichen.

⁴ Die vom RWM Anfang März erlassenen Ausnahmebestimmungen zur Anordnung vom 21.2.1939 sahen die Befreiung von der Abgabepflicht für eigene Trauringe, für silberne Armband- und Taschenuhren, für je zwei vierteilige Essbestecke gebrauchten Tafelsilbers, für silberne Kleingegenstände (max. 200 Gramm pro Person) und für Zahnersatz aus Edelmetall „im persönlichen Gebrauch“ vor; Schreiben des RWM, gez. Landwehr, an die Devisenstellen vom 2.3.1939, Allgemeiner Erlass Nr. 37/39 D.St./Ue.St., StAHH, 34-5 Oberfinanzpräsident, 9UA 9.

¹ CJA, 2B1, Nr. 1, Bl. 226–227.

3. Auslandsreisen

Es wird die Notwendigkeit von Reisepässen für die engeren Mitarbeiter der Reichsvereinigung vorgetragen, um Verhandlungen über Auswanderungsfragen wahrnehmen zu können.

Darauf wird die Einreichung eines Reiseberichts angefordert, der diejenigen Personen namhaft macht, die in Auswanderungsangelegenheiten ins Ausland reisen sollen, unter Angabe der besonderen Aufgaben und Zwecke dieser Reisen.

4. Shanghai

Es wird mitgeteilt, dass das Reisebüro Zentrum ein Schiff der Woermann-Linie gechartert habe, das am 25. April nach Shanghai fahren soll. Dieses Schiff werde fahren. Es sei daher zu versuchen, eine Belegung dieses Schiffes zu erwirken, und zwar angesichts des hohen Passagepreises zunächst nur mit Selbstzahlern. Es wird auf die Gefahr für die künftige Einwanderung aufmerksam gemacht, die darin besteht, dass ein besonderes Judenschiff in Shanghai ankomme.² Um diese Gefahr zu vermeiden, sei bei den fahrplanmässigen Schiffen durch in Betracht kommende Linien festgelegt, dass je Schiff nicht mehr als 60 % der Passagiere jüdische Auswanderer seien. Ausserdem wird darauf hingewiesen, dass dieses Schiff anscheinend besonders für Juden aus der Ostmark vorgesehen sei. Nach den von dem Stettiner Vertreter des Reisebüros Zentrum gemachten Angaben seien nur etwa 100 Plätze verfügbar.

Darauf wird erwidert, dass festgestellt werde, wieviel Plätze für Juden aus der Ostmark gebucht seien und wieviel Plätze gegebenenfalls noch zur Verfügung stünden.

Grundsätzlich wurde betont, dass eine Auflage zur Belegung dieses Schiffes nicht erteilt werde, dass es vielmehr Sache unserer Initiative sei, solche Möglichkeiten wahrzunehmen oder ausfindig zu machen. Die Monopolisierung eines Reisebüros komme nicht in Betracht. Vielmehr könnten wir mit den in Frage kommenden Reisebüros verhandeln. Demzufolge solle auch die Fühlung mit dem Reisebüro Zentrum aufgenommen werden.

5. Devisen

Es wird anhand des Reiseberichts von Dr. *Hirsch* die Frage der verfügbaren Devisen erörtert. Dr. *Hirsch* stellt fest, dass von dem Gesamtbetrag für 1939 von £ 100 000,- für das Erziehungsclearing³ £ 50 000,- benötigt werden, dass darüber hinaus bisher von den Hilfsorganisationen weitere £ 10 000,- bewilligt worden seien. Die Bewilligung des Restbetrags von £ 40 000,- bilde noch den Gegenstand von Verhandlungen mit den Hilfsorganisationen.

Über die Transferverfahren soll noch eine besondere Erörterung mit den Vertretern der Paltreu und Altreu stattfinden.

² Hinter dieser Warnung stand die Befürchtung, die Ankunft überwiegend jüdischer Flüchtlinge könne antisemitische Reaktionen hervorrufen und zur Folge haben, dass die Einwanderung von Juden künftig erschwert würde.

³ Erziehungsclearing: Jüdische Eltern konnten die Schulgebühren für ihre Kinder, die sich zur Ausbildung im Ausland aufhielten, in Reichsmark in Deutschland hinterlegen. Der Gegenwert wurde den Kindern in den Schulen oder Hachschara-Lagern von den jüdischen Hilfsorganisationen in der jeweiligen Landeswährung ausgezahlt, während der von den Eltern eingezahlte Betrag benutzt wurde, um Hilfsleistungen für Juden in Deutschland zu finanzieren.

DOK. 260

**Robert Thompson Pell, Mitarbeiter des US-Außenministeriums,
berichtet am 8. März 1939 seinem Vorgesetzten über die Schwierigkeiten
bei der Emigration der Juden aus Deutschland¹**

Schreiben von R.T.P. [Robert Thompson Pell],² Intergovernmental Committee, London, S.W.1., 1 Central Buildings, Westminster, an Pierrepoint Moffat, Esq., Washington D.C., Department of State, vom 8.3.1939³ (Abschrift)

Lieber Pierrepoint,

ich lege die Kopie eines vertraulichen Berichts über mein Gespräch mit Wohlthat in Berlin bei.⁴ Ich denke, der Bericht wird Dir ein vollständiges Bild vermitteln. Mein Eindruck ist, dass Göring sein Programm fortsetzen möchte, aber nach Argumenten sucht, um sein Vorgehen Hitler gegenüber zu rechtfertigen.⁵ Diese Argumente sollen zunächst als ein Memorandum zu Ansiedlungsprojekten formuliert werden, das ich in vierzehn Tagen wieder mit nach Berlin nehmen soll. Ein weiteres Hauptanliegen Görings ist es, dass die Finanzorganisation innerhalb und außerhalb Deutschlands gleichzeitig aufgebaut wird, das heißt, dass die vorgesehene Privatgesellschaft zur selben Zeit gegründet werden sollte. Nach eingehender Analyse scheint mir der für die zeitliche Planung entscheidende Punkt in der Ernennung des dritten oder ausländischen Treuhänders zu liegen.⁶ Wenn dieser von beiden Seiten akzeptiert worden ist, kann seine Ernennung noch so lange hinausgezögert werden, bis sowohl die Privatgesellschaft als auch der Trust der Öffentlichkeit vorgestellt werden können. Ich habe den Eindruck, dass Wohlthat mit dieser Vorgehensweise einverstanden wäre.

1 NARA, RG 59, CDE, State Department Office or Lot Files 840.48 Refugees/1538, Kopie: National Archives Publication M-1284, roll 25; Abdruck in: Flüchtlingspolitik und Fluchthilfe, hrsg. von Susanne Heim, Insa Meinen, Berlin 1999, S. 139–142; Übersetzung weitgehend von dort übernommen.

2 Robert Thompson Pell (1902–1969), Journalist und Diplomat; 1925–1956 im Dienst des State Department, u.a. stellv. Leiter von dessen Europa-Abt., Mitarbeiter und seit Anfang 1939 stellv. Direktor des Intergovernmental Committee (IGC), das im Sommer 1938 auf der Konferenz von Evian gegründet wurde; nach 1945 Mitarbeiter der US-Vertretung im Vatikan, Geheimdienstberater in Europa, Professor an der Fordham University.

3 Das Schreiben wurde am 21.3.1939 dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt mit dem Vermerk vorgelegt, dass darin ein lebendiges Bild von den schwierigen Arbeitsbedingungen des IGC und von der unkooperativen Haltung mehrerer Länder gezeichnet werde.

4 Liegt nicht in der Akte. Nach der Absetzung Hjalmar Schachts als Reichsbankpräsident und dem Rücktritt George Rublees als Direktor des IGC wurden die Verhandlungen über die Auswanderung der deutschen Juden von Helmuth Wohlthat, dem Leiter der Devisenabt. des Vierjahresplans, und Pell fortgesetzt. Eine Kurzfassung des Berichts, den Pell für Sir Herbert Emerson, den damaligen Direktor des IGC und Nachfolger George Rublees, über seine Verhandlungen mit Wohlthat verfasste, ist abgedruckt in: United States, Department of State (Hrsg.), Foreign Relations of the United States, 1939 II, Washington 1956, S. 95–97.

5 Die Verhandlungen mit dem IGC waren auf deutscher Seite umstritten. Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan befürwortete sie, weil von einer Finanzierung der Auswanderung nach dem Schacht-Rublee-Plan die deutsche Exportwirtschaft profitieren würde.

6 Der Schacht-Rublee-Plan sah vor, dass 25 % des jüdischen Vermögens in Deutschland zum Ankauf von Ausrüstungsgegenständen in einen Treuhandfonds eingezahlt würden. Dieser sollte von einer Privatgesellschaft verwaltet werden, der drei Treuhänder, zwei Deutsche und ein Ausländer, vorstehen würden. Ferner sollte im Ausland eine Art Bank (Trust) gegründet werden, um die Ansiedlung der Emigranten vorzufinanzieren. Zum Schacht-Rublee-Plan siehe Dok. 207 vom 20.12.1938 und Dok. 230 vom 1.1.1939.

Wie in meinem Memorandum angekündigt, hatte ich eine lange Geheimkonferenz mit den jüdischen Vertretern in Berlin. Sie sind natürlich sehr nervös und unruhig, und sie neigen dazu, sich über vieles von dem, was wir unternehmen, einfach hinwegzusetzen. Gleichzeitig sind sie bereit anzuerkennen, dass sich die Situation verbessert hat und dass es nur von Vorteil ist, wenn Göring die Auswanderungsbürokratie zentralisiert.⁷ Sie berichteten ziemlich offen über die Schiffe, die sie – beladen mit ihren Glaubensgenossen – mit Kurs auf Shanghai, das Mittelmeer, die Karibik oder sonst wohin losschicken. Sie sagten, dass sie ihre Leute außer Landes bringen müssten, egal, ob sich die Lage entspanne oder nicht. Es könne jeden Moment etwas geschehen, was das Leben ihrer Leute gefährden würde. Sie könnten es sich nicht leisten, ein Risiko einzugehen. Dies hat zur Folge, dass sie dem Druck der Gestapo und den Versprechungen der Schifffahrtsagenturen nachgeben und ihre Leute ohne Papiere und ohne festes Ziel auswandern lassen. Sie behaupteten, dass es keine Möglichkeiten zur Einzeleinwanderung mehr gäbe, mit Ausnahme der amerikanischen Einwanderungsquote und der Fluchtmöglichkeiten, die sich in England böten. Der Rest der Welt sei versperrt. Daher müssten sie sich auf höhere Gewalt berufen und der Welt auf diese dramatische Weise ihre Notlage vor Augen führen. Ich gab ihnen zu verstehen, dass sie damit mehr Schaden angerichtet als Nutzen gestiftet und unsere Bemühungen zunichtegemacht hätten, Unterbringungsmöglichkeiten in Lateinamerika zu finden, aber sie lachten mir offen ins Gesicht. Nachdem sie sich seit sechs Jahren mit diesen Problemen herumschlagen, sind sie sehr hart geworden. Sie glauben nicht mehr an Versprechen. Zu viele dieser Versprechen wurden gebrochen. Sie wollen Taten sehen und sind in einer Gemütsverfassung, in der sie Taten erzwingen werden. Nach meiner Rückkehr aus Berlin habe ich mich ausführlich mit Lord Winterton und Sir Herbert Emerson⁸ sowie Monicy⁹ von der französischen Botschaft beraten. Es wurde vereinbart, dass ich ein Memorandum entwerfen solle, das dann zunächst der amerikanischen, britischen und französischen Regierung unterbreitet wird – aus Gründen der Höflichkeit auch den anderen Mitgliedern des Komitees. Sobald der Text freigegeben worden ist, werde ich autorisiert, ihn wieder mit nach Berlin zu nehmen. Den ersten Rückschlag beim Entwurf dieses Schreibens erlebte ich heute Morgen, als mir die Herren vom Außenministerium mitteilten,¹⁰ dass ich Palästina nicht erwähnen dürfe. Zugleich ermahnten sie mich, höchste Zurückhaltung bei meinen Hinweisen auf Britisch-Guayana und Nord-Rhodesien walten zu lassen.¹¹ Als weitere derartige Ermutigung bedeutete mir der dominikanische Geschäftsträger, für den ich gestern ein Mittagessen gab, dass die Erklärung hinsichtlich seines Landes höchst allgemein gefasst sein müsse. Im Bezug auf Nord-Rhodesien ist hier seit vierzehn Tagen ein furchtbarer Streit im

7 Am 24.1.1939 hatte Göring die Gründung der Reichszentrale für jüdische Auswanderung verfügt und Heydrich zum Leiter ernannt; siehe Dok. 243 vom 24.1.1939.

8 Sir Herbert Emerson (1881–1962), Diplomat; von 1906 an in der brit. Kolonialverwaltung in Indien tätig, 1930–1933 Innenminister der Kolonialregierung, 1933–1938 Gouverneur der Provinz Punjab; von 1939 an Direktor des IGC; 1939–1947 Hochkommissar für Flüchtlingsfragen beim Völkerbund.

9 Richtig: Emmanuel Monick (1893–1983), Finanzbeamter und Bankier; von 1920 an Generalinspekteur des Finanzministeriums; 1930–1934 Finanzattaché der franz. Botschaft in Washington und 1934–1940 in London; 1940 Generalsekretär der Exilregierung; 1944 provisorischer Finanzminister; 1945–1949 Präsident der Banque de France, später u.a. Präsident der Banque de Paris et des Pays-Bas.

10 Gemeint ist das brit. Außenministerium.

11 Die brit. Regierung prüfte 1938/39 die Möglichkeit zur Ansiedlung jüdischer Flüchtlinge in beiden Kolonien.

Gänge. Dieser geht darum, dass das Rothschild-Auswanderungskomitee¹² von der Regierung die Befugnis erhielt, eine Kommission zusammenzustellen, die nach Rhodesien geschickt werden sollte, um die Möglichkeiten von „Ansiedlungen im kleinen Maßstab“ auszuloten. Die Rothschilds entgegneten, dass eine mit solch hohen Kosten verbundene Erkundungsreise nur dann entsandt werden könne, wenn deren Aufgaben zuvor mit der Regierung abgestimmt seien. Zudem baten sie darum, einen Regierungsvertreter zu bestimmen, der diese Mission begleiten solle. Die Regierung teilte daraufhin mit, dass weder ein Angehöriger der hiesigen, noch der rhodesischen Regierung mit dieser Mission in Verbindung gebracht werden dürfe. Sodann machte sie Vorgaben, die so dürftig waren, dass Lord Hailey, der Vorsitzende des Koordinationsausschusses, seinen Rücktritt androhte.¹³ Sir Herbert Emerson, der großartig ist, sprang in die Bresche und rettete die Situation vorübergehend. Das Kolonialamt überprüft jetzt noch einmal die Vorgaben, hat jedoch bislang noch nicht signalisiert, dass diese besonders befriedigend ausfallen würden. Der Kampf geht weiter.

Sir Herbert [Emerson] kam etwa zur selben Zeit, zu der ich aus Berlin zurückkehrte, von seiner Inspektionsreise durch Frankreich, Belgien und Holland wieder. Er hat mich *streng vertraulich* darüber informiert, was er in diesen Ländern vorfand. Die Zustände in *Frankreich* sind entsetzlich. Die Regierung tut wenig oder gar nichts, um mit der Situation fertig zu werden, sie behandelt die Menschen, die über die Grenze geflüchtet sind, wie Kriminelle, bringt sie in heruntergekommenen Gefängnissen unter, versagt ihnen die nötige ärztliche Versorgung und verhält sich allgemein sehr übel. Sir Herbert erhielt bei seinen Recherchen nur sehr wenig Unterstützung von den Franzosen; man könnte sagen, sie versuchten alles, um seine Bemühungen zu behindern. In *Belgien* erfuhr er, dass sich dort zwischen 8000 und 9000 erwachsene Flüchtlinge und etwa 500 Kinder aufhalten. Die Zahl der Erwachsenen nimmt ständig zu, denn obwohl die belgische Regierung die Grenze offiziell gesperrt hat, wird kein ernsthafter Versuch unternommen, dies durchzusetzen. Sowohl private Organisationen als auch Regierungsstellen sagten Sir Herbert, dass es praktisch unmöglich sei, die Grenzen zu schließen. Während es also der Regierung immer noch freisteht, diejenigen abzuschieben, die illegal ins Land gekommen sind, wird sie in unmittelbarer Zukunft von diesem Recht keinen Gebrauch machen, obwohl sie sich dazu gezwungen sehen könnte, falls der Flüchtlingsstrom im derzeitigen Ausmaß anhält. Die Anzahl der illegalen Grenzübertritte nach Belgien beträgt etwa 400 pro Woche, und zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Anzeichen für einen Rückgang. Der Überschuss an Neuankömmlingen gegenüber den Ausreisenden macht das Hauptproblem in Belgien aus, sowohl für die Regierung als auch für die privaten Hilfsorganisationen, die in finanziellen Nöten stecken. Gegenwärtig ist von antisemitischer Stimmung im Land nichts zu spüren, auch wenn es einige Anzeichen für einen Trend in diese Richtung gibt. Die Hilfsorganisationen haben bisher sehr großzügig Mittel zur Verfügung gestellt, aber sie werden bald den Punkt erreichen, an dem sie sich weitere umfangreiche Spenden nicht mehr leisten können, so dass die Situation ohne Unterstützung von außen sehr schnell außer Kontrolle geraten kann. Zurzeit werden die meisten der Flüchtlinge in Brüssel oder in

12 Das Emigration (Planning) Committee wurde vom Dez. 1938 an vom brit. Bankier Anthony Gustav de Rothschild (1887–1961) geleitet.

13 William Malcom Hailey, 1st Baron Hailey (1872–1969), Kolonialbeamter; von 1895 an in Indien tätig, von 1935 an Direktor des brit. „African Research Survey“; bis Mai 1939 Vorsitzender des Coordinating Committee; von 1941 an Vorsitzender des Committee on Post-War Problems in the Colonies.

Antwerpen betreut. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung eines Flüchtlings betragen ungefähr 8 belgische Francs pro Tag, was dicht am Existenzminimum liegt und nicht weiter gekürzt werden kann. Es erlaubt einem zu leben, aber auch nicht viel mehr. Weitere Flüchtlinge befinden sich in einem Lager oder besser einer Siedlung in Merxplas, etwa 45 Meilen von Brüssel entfernt. In diesem Dorf liegt das zentrale staatliche Arbeitshaus für Obdachlose, und die Regierung hat den Hilfsorganisationen einige der Gebäude zur Verfügung gestellt. Es gibt dort Sportanlagen und zu Ausbildungszwecken geeignete Werkstätten. In dieser Siedlung halten sich zwischen 600 und 1000 Flüchtlinge auf. Die meisten sind zwischen 18 und 35 Jahre alt und gehören zur Schicht der Ladenbesitzer, Verkäufer, Angestellten und Kleinhändler. Unter ihnen befinden sich praktisch keine ausgebildeten Mechaniker oder Landwirte. Der Leiter ist ein geflüchteter Arzt, der von zwei Regierungsmitarbeitern unterstützt wird. Die Menschen im Lager verhalten sich hervorragend, und die Moral ist gut. Die belgische Regierung plant bereits die Einrichtung eines zweiten Lagers in Marneffe, etwa 60 Meilen von Brüssel. Dort gibt es ein großes Regierungsgebäude, ein ehemaliges Schloss und späteres Jesuitenkolleg, das zuletzt zur Unterbringung spanischer Kinder genutzt wurde. Es besitzt große Außengebäude, die man sehr leicht zu Arbeitsräumen umbauen könnte. Die Umgebung ist herrlich und gesund, und es stehen etwa 100 Acres¹⁴ Land für landwirtschaftliche Ausbildung zur Verfügung. Hier könnten mindestens 1000 Flüchtlinge untergebracht werden. Die Regierung will für die Bereitstellungskosten dieser Anlage aufkommen, falls die Aufrechterhaltung von privaten Organisationen übernommen wird. Derzeit werden besondere Möglichkeiten für Kinder organisiert. Die Deutschen haben kürzlich damit begonnen, Kinder zwischen drei und zehn Jahren in Züge zu setzen – mit einem Schild auf der Brust, auf dem steht: „Ich bin Soundso, auf dem Weg zu meiner Mutter in Brüssel.“ Natürlich wartet in Brüssel keine Mutter, und die Kinder müssen bei ihrer Ankunft vom Roten Kreuz und anderen Organisationen betreut werden. Viele dieser Kinder sind so jung, dass sie nur ihren Vornamen kennen.

Sie tragen keine Papiere bei sich, auch keine sonstigen Hinweise auf ihren Namen oder darauf, wo sie hergekommen sind. Da sie in Massen über die Grenze kommen, wird Belgien demnächst weit über 1000 Kinder in seiner Obhut haben. Sie werden von belgischer Seite sehr ordentlich behandelt und so bald wie möglich in Familien untergebracht. Wie auch immer, die Unterbringungsmöglichkeiten werden bald ausgeschöpft sein, sodass die Belgier auf Hilfe von außen angewiesen sind.

In *Holland* brachte Sir Herbert in Erfahrung, dass sich dort ungefähr 22000 Flüchtlinge aufhalten sollen. Es sind zum größten Teil Menschen hohen oder mittleren Alters, manche verfügen über genügend Finanzmittel, um für einige Zeit damit auszukommen. Viele von ihnen unterliegen nicht der Regierungskontrolle, sind aber verpflichtet, sich regelmäßig bei den Behörden zu melden. Die holländische Regierung hält die Grenze mit militärischer Gewalt geschlossen, und es gibt derzeit nur wenige illegale Grenzübertritte. Kurz gesagt, scheint die Regierungspolitik darauf hinauszulaufen, den zu einem früheren Zeitpunkt legal eingereisten Flüchtlingen zu erlauben, sich in die Bevölkerung zu integrieren; sie macht es jedoch den neu und illegal Ankommenden außerordentlich schwer. Es wurde Sir Herbert nicht gestattet, Lager zu besichtigen, in denen illegale Einwanderer untergebracht werden, er geht jedoch davon aus, dass diese Orte eher Konzentrationslagern ähneln als Siedlungen.

¹⁴ Flächenmaß, entspricht 4047 m².

Die Lager stehen unter dem Kommando von Offizieren der Reservearmee, die den Flüchtlingen durchaus Verständnis entgegenbringen, wie ihm mitgeteilt wurde. Das Essen soll gut sein, und es gibt verschiedene Möglichkeiten zur Beschäftigung im Freien. Außerdem besteht ein begrenztes Angebot, sich in Englisch und anderen Sprachen unterrichten zu lassen, und man hat damit begonnen, die Menschen dort handwerklich auszubilden. Im Allgemeinen sind die Umschulungseinrichtungen jedoch eher dürftig. Man sagt, die meisten Flüchtlinge seien zu dankbar, aus Deutschland entkommen zu sein, als dass sie sich über ihre derzeitige Lage beschweren würden. Angeblich plant die Regierung jetzt die Einrichtung eines Zentrallagers, in dem zwischen drei- und viertausend Flüchtlinge untergebracht werden sollen, wo Umschulungs- und Erholungsmöglichkeiten bestehen und wo weniger strenge Auflagen herrschen sollen als bisher üblich.

Die Regierung wird einen Teil der Kosten tragen, die auf 125000 Pfund geschätzt werden. Für den Rest der Ausgaben werden private Hilfsorganisationen aufkommen müssen. Unter den Flüchtlingen in Holland sind ungefähr 1500 Kinder, aber die allgemeine Politik der Regierung verbietet es, diese Kinder Privatfamilien anzuvertrauen. Sie werden in Heimen untergebracht, und nach Ansicht von Sir Herbert funktioniert die Verwaltung der Heime gut; der psychische Zustand der Kinder sei hervorragend. Noch ist die Regierung leider nicht bereit, den Kindern den Besuch gewöhnlicher Schulen zu erlauben, und die Hilfsorganisationen haben Probleme, Kinder unterschiedlichen Alters zu unterrichten. Die Lebenshaltungskosten in Holland sind hoch. Es gibt wenig oder gar keine antisemitische Stimmung im Land. Gleichzeitig ist jedoch die Arbeitslosigkeit hoch und falls Flüchtlinge ernsthaft versuchen sollten, mit den einheimischen Arbeitern zu konkurrieren, könnte die öffentliche Meinung schnell umschlagen. Die private Hilfsbereitschaft war bisher sehr großzügig, und die Mittel der Hilfsorganisationen scheinen noch nicht ausgeschöpft zu sein.

Natürlich bestehen alle genannten Regierungen gemeinsam mit der *britischen Regierung* darauf, dass die Flüchtlinge innerhalb eines Jahres dorthin gebracht werden, wo sie sich endgültig niederlassen können. Daher machen sich sowohl Sir Herbert als auch ich große Sorgen über die Siedlungssituation. Es dürfte klar sein, dass Lateinamerika zum jetzigen Zeitpunkt völlig dicht ist, was auch immer behauptet werden mag. Die beiden Projekte des britischen Empire, Britisch-Guayana und Nord-Rhodesien, sind längerfristig konzipiert, wobei die Betonung auf „längerfristig“ liegt. Die Briten sind sich nicht einmal sicher, ob sie überhaupt jemandem erlauben werden, nach Rhodesien zu kommen. Was bleibt noch übrig? Die Dominikanische Republik und die Philippinen zur Ansiedlung, die Vereinigten Staaten zur Einzeleinreise, dazu 3000 Personen pro Jahr nach Australien – wobei allerdings diese 3000 von der Zahl der jetzt in England lebenden Flüchtlinge abgehen. Sir Herbert und ich hatten hier [in London] in dieser Woche ein vertrauliches Gespräch mit Experten des Innenministeriums, und wir fragten sie offen, wie viele Menschen sie im Verlauf dieses Jahres dauerhaft aufnehmen könnten. Sie antworteten, dass sie nicht mehr als 3000 Menschen ein Bleiberecht in England erteilen könnten. Für die anderen müsste ein Ausweg gefunden werden. Den Flüchtlingen wird hier während ihres Aufenthaltes nicht gestattet zu arbeiten. Sie müssen von privaten Wohltätigkeitsvereinen unterstützt werden, und die Situation wird ihnen nicht gerade leicht gemacht. In fast allen Fällen galt bislang der Nachweis, dass man in der amerikanischen Einwanderungsquote inbegriffen war, als Voraussetzung für eine zeitlich begrenzte Einwanderung nach England. Da die Briten nun herausgefunden haben, dass nicht jeder Bewerber für die Ein-

wanderungsquote notwendigerweise auch ein Visum erhält, wurde die vorübergehende Einwanderung praktisch gestoppt. Damit haben wir den Tiefpunkt fast erreicht.

Die Affäre Godman kocht gerade hoch.¹⁵ (1) Godmans Anwälte haben uns mitgeteilt, dass er das Komitee und/oder dessen verantwortliche Repräsentanten auf die Summe von £ 2500 für geleistete Dienste verklagt. (2) Die Rechtsberater der britischen Regierung haben festgestellt, (a) dass Lord Winterton Vorsitzender der britischen Delegation ist und als solcher Vorsitzender des *Intergovernmental Committees* ohne exekutive Befugnis oder Verantwortung; (b) dass Sir Herbert Emerson als Vertreter des Völkerbunds gemäß den Statuten des Bunds volle diplomatische Immunität genießt und nicht vor einem britischen Gericht angeklagt werden kann; (c) dass andere Vertreter des Komitees (damit bin ich gemeint), die nicht darüber hinaus auch Vertreter des Völkerbunds sind, weder diplomatische noch irgendeine andere Immunität bzw. einen Sonderstatus genießen, sondern als Privatbürger betrachtet werden, die angeklagt und belastet werden können. Nebenbei bemerkt ist dies genau das Gegenteil von dem, was man mir zu Beginn unserer Arbeit hier zu verstehen gegeben hat. Auch wenn ich keine schriftliche Aufzeichnung darüber finden kann, wurde mir mehrfach gesagt, dass der Direktor und der Assistent bzw. Vize-Direktor des *Intergovernmental Committees* den gleichen Status besäßen wie die in London diensthabenden Vertreter des Völkerbunds. Das Außenministerium meint nun, dass es dafür keinen Präzedenzfall gäbe und dieser Status nicht gewährt werden könne.

Ich glaube, dass damit die Ereignisse dieser Woche erschöpfend mitgeteilt sind.

Mit besten Grüßen an Dich und Ted Achilles.

Stets der Deine,

DOK. 261

Franziska Schubert schildert ihre Bemühungen um die Haftentlassung ihres Mannes, die Einschüchterungsversuche der Gestapo Wien und ihre Auswanderung am 8. März 1939¹

Bericht von Franziska Schubert² für ein Preisausschreiben der Harvard University (1940)

[...] ³

An jenem 10. November wurden wir morgens aus einem nunmehr schon schwer bedraengten Schlaf gerissen und in den Abgrund eines Hoellentraumes gestossen, aus dem

¹⁵ Lieutenant-Commander Thomas Godman hatte im Herbst 1938, noch vor Beginn direkter Verhandlungen zwischen Rublee und Schacht, angeboten, dem IGC Kontakte zu deutschen Regierungskreisen zu vermitteln, da er mit einer Cousine Görings verheiratet sei. Er verfügte über interne Informationen, galt aber sowohl auf deutscher Seite als auch dem IGC als unseriös. Im März 1939 verlangte er vom IGC eine Bezahlung dafür, dass er Rublee bei Schacht eingeführt habe.

¹ Franziska Schubert, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933* (1940), S. 73–83, Harvard-Preisausschreiben Nr. 205.

² Franziska Schubert alias Margarete Neff (1892–1984), Schauspielerin; 1909 erstes Engagement bei Max Reinhardt am Deutschen Theater Berlin, 1914–1918 Mitglied des Meininger Ensembles, 1919–1921 Mitwirkung in mehreren deutschen Filmen, 1929–1935 am Deutschen Nationaltheater Weimar, nach Berufsverbot Emigration nach Wien, 1939 von dort in die USA.

³ Der Bericht umfasst 83 Seiten, wurde aus New York City eingesandt. Im ersten Teil ihres Berichts beschreibt Franziska Schubert ihren beruflichen Werdegang, ihre Emigration aus Weimar nach Wien, den Anschluss Österreichs, die Zerstörung jüdischer Wohnungen und die Verhaftung ihres Mannes, Alfred Junck, während des Novemberpogroms.

kein gnaediges Erwachen mehr zu hoffen war. Das Furchtbare war geschehen, Qual und Marter machte das Blut erstarren, zermuerbte den Verstand und geisselte den Herzschlag zum Zerspringen. Unter dem finstern, sterngemiedenen Himmel das Heulen der Sirenen, in aufgewuehlten Strassen sausten die fensterlosen Wagen, einer nach dem andern, noch einer, wieder einer, immer noch einer, und Frauen standen in dichter Reihe vor einem ehemaligen Hotel⁴ und weinten, baten, bettelten und wurden weggejagt und kamen wieder und wurden wieder weggejagt. Sie liefen die Strassen auf und ab und standen stundenlang vor irgendeinem Kloster, einer Schule oder einem Stall und warteten, bis man sie wieder auseinandertrieb. Und blind vor Traenen rannten sie weiter zu dem naechsten, fuer sie verschlossenen Tor. – Und nach sieben Ewigkeiten kam eine Karte und mit versteckten Zuegen darauf hingekritzelt: „Ich befinde mich in der Klosterschule in der Kenyongasse 2, es geht mir gut.“ Dann hiess es ploetzlich: Heute nacht kommen alle nach Hause – und viele kamen, viele kamen nicht. Dann wieder: Er ist am 17. November entlassen worden, ist er denn nicht daheim? – Wir werden forschen. – Es tut uns wirklich leid, er ist spurlos verschwunden. – – Man wusste, was das zu bedeuten hatte.

Man rannte vom Morgen bis zur Nacht, man rannte mit etwas Fuerchterlichem um die Wette; wenigstens um Kopfeslaenge voran bleiben, nur rennen. Und die Angst lief mit, lief voraus und lief hinterdrein, von ihren Peitschenhieben schrie die zerschnittene Luft, der Atem keuchte, der Speichel rann im Mund zusammen wie Wasser und Salpeter, die Augen traten aus den Hoehlen und – ploetzlich sass man in der „Moerdergrube“. Man hatte mir geraten, den Rechtsanwalt Doktor Jerabek⁵ aufzusuchen. Er war ein in der Partei sehr einflussreicher Anwalt; er hat den Moerder des ehemaligen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuss verteidigt.⁶ – Ein alter weisshaariger Mann oeffnet die Tuer der Anwaltskanzlei. „Bitte, ist der Herr Dr. Jerabek zu sprechen?“ „Ja, aber warten muessen’s, liebes Fraulein. Setzen Sie sich zum Ofen, so! Es wird lang dauern, es sind sehr viele Leute da.“ Der Alte sieht aus wie ein eitler, abgetakelter Komoediant. Der Raum ist ueberfuellt. Ich warte. Ich hoere Telefongespraech: „Den Akt Weghuber, bitte – nein, noch nicht – ja, bitte, Herr Kollege – leider nein – wir duerfen nicht vertreten,⁷ nein, ich habe es Ihnen ja schon gesagt, ganz ausgeschlossen, nein, wir duerfen Juden nicht vertreten.“ – Der alte Komoediant streift immer wieder an meiner Schulter an. „Ziehn’s doch das Manterl aus; na sehn’s, wenn man so gewachsen is, kann man sich schon den Mantel ausziehn. San’s Arierin? Der Herr Gemahl is Jud? Oh je! Na warten’s halt.“ – Wir sitzen alle in der Moerdergrube des Dr. Jerabek, der damals die Helden verteidigt hat, die einen Menschen abgeschlachtet haben und verbluten liessen. – Schliesslich gelang es mir, nach endlosem Warten den Kanzleikollegen des Dr. Jerabek zu sprechen. Er hatte die Art und das Benehmen eines oesterreichischen Aristokraten. Er nahm eine genaue Information auf; dann versprach er mir, alles zu versuchen, um den Aufenthaltsort mei-

4 Die Gestapo Wien residierte vom März 1938 an im Hotel Metropol am Morzinplatz in Wien.

5 Dr. Erwin Jerabek (1896–1969), Jurist; 1923–1925 Mitglied der Großdeutschen Volkspartei; 1930 bis 1969 Rechtsanwalt in Wien; 1932 NSDAP-, 1933 SS-Eintritt, 1938 Rechtsberater der 89. SS-Standarte Wien, am 16.12.1941 „auf eigenen Wunsch“ aus der SS entlassen, da er verdächtigt wurde, Juden geholfen zu haben.

6 Dollfuß wurde am 25.7.1934 vom SS-Mann Otto Planetta erschossen.

7 Am 22. April 1938 wurde die Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe erlassen, die Personen mit Gefängnis-, Zuchthaus- und Geldstrafen bedrohte, die für Juden Rechtsgeschäfte tätigten.

nes Mannes auszuforschen und ihn womoeglich freizubekommen. Er war besonders freundlich, als er hoerte, dass es sich um einen Kollegen handle. Als ich fragte, ob ich einen Vorschuss erlegen solle und in welcher Hoehe, ergriff er meine beiden Haende und sagte: „Die Frau meines Kollegen soll so etwas nicht fragen, niemals.“ –

Ich verbrachte jede Nacht irgendwo anders. Ich war nur noch ein Nervenbueudel. Es hiess, Alfred sei entlassen, aber er kam nicht.⁸ Nun schrieb ich einen Brief direkt an Emmy Goering.⁹ Ich hatte bei der United States Line eine Kabine fuer die Ueberfahrt nach New York fuer den 28. Dezember 1938 gebucht.

Ich telegrafierte an die Gestapo und an alle mir angegebenen Stellen, dass alles fuer die Abfahrt bereit sei, weil es hiess, dass die Gefangenen dann eher entlassen wuerden. Nichts half. Die wichtigsten Dokumente hatte ich aus dem Truemmerhaufen mit grosser Muehe herausgesucht. Ein Mann, der frueher im Geschaef von Freunden angestellt war, nahm sich meiner an; er hob die Dokumente und etwas Geld auf, weil sie bei mir nicht sicher waren. Er stand mir jederzeit zur Verfuegung, er war verzweifelt ueber das Unglueck, das seine Nazi ueber uns gebracht hatten. Er war selbst langjaehriges Parteimitglied, er schaemte sich fuerchterlich.

Endlich, endlich gelang es mir, Alfreds Aufenthaltsort zu ermitteln; er befand sich im Polizeigefangenenhaus in Wien. Gott sei Dank! Ich haette nicht gluecklicher sein koennen, wenn ich erfahren haette, dass er sich auf einer Vergnuegungsreise an der Riviera befinde. Er war nicht verschickt worden, und ich hatte gehoert, dass die Leute im Polizeigefangenenhaus anstaendig behandelt wurden. – Am 13. November hatte mich ein Herr angerufen, der zwei Tage lang mit meinen Mann zusammen in einer Reitschule eingesperrt war. Ich traf ihn; der Herr konnte kaum gehen, so furchtbar hatte ihn die S.S. zugerichtet. Alfred und die anderen mussten die ganze erste Nacht stehen, 24 Stunden bekamen sie keinen Bissen zu essen, keinen Schluck Wasser zu trinken; sie mussten zusehen, wie Menschen mit Eisenstangen geschlagen wurden; sie mussten Misshandlungen unmenschlichster Grausamkeit erdulden. Eine Nacht uebernahm die Polizei freiwillig die Wache, nachdem sie schon den ganzen Tag Dienst getan hatte. Dies geschah, um die unschuldigen Menschen vor der zum Morden abgerichteten SS zu retten. –

Als ich erfuhr, wo Alfred sich aufhielt, machte ich ein Paket, warme Waesche, Seife, eine Zahnbuerste, ein Paar Schuhe und einige Biskuits und Schokolade enthaltend. Frauen mit Paketen standen in langer Reihe vor dem Polizeigefangenenhaus; schliesslich wurden wir eingelassen und durften unsere Schaetze abgeben. Die Polizeibeamten waren anstaendig und erlaubten sogar, dass die Schokolade abgeliefert wurde, was eigentlich verboten war. Ich durfte auch 10 Reichsmark per Post einschicken. 10 Reichsmark an Alfred J., Polizeigefangenenhaus Wien IX, Zelle No. 95. – – Zelle No. 95! Der Jugendfreund, mit dem ich als Kind vierhaendig gespielt habe, mit dem ich seit zwei Jahren verheiratet war, sass seit dem 17. November in einer Zelle! Und *ich* freute mich darueber! Was war in dem kurzen Zeitraum von acht Monaten aus uns geworden! Jeder Verbrecher hatte das Recht, sich zu verteidigen und angehört zu werden; er hatte das Recht auf eine menschliche Behandlung, selbst wenn seine Schuld erwiesen war. Und wir?

8 Alfred Junck, Jurist.

9 Emmy Göring (1894–1973) geb. Sonnemann, Schauspielerin; Engagements u.a. in Stuttgart, Weimar und Berlin; von 1935 an mit Hermann Göring verheiratet. Emmy Göring und Franziska Schubert kannten sich aus der Zeit, als beide am Deutschen Nationaltheater Weimar engagiert waren.

Am 26. November 1938, als ich nach mehrstuendigem Herumwandern bei Anwaelten und Aemtern in der Wohnung meiner Schwiegermutter ankam, erwarteten mich deren beide Maedchen schon in freudiger Aufregung: „Der Herr Doktor hat eben angerufen, er ist wieder daheim.“ Ich telefonierte nach Hause. „Ich komme“, sagte ich, „ich komme gleich.“ Kaum hoerbar kam die Antwort zu mir: „Ja – ja –“, dann brach die Stimme ab. „Ich komme!“ rief ich noch einmal. Dann lief ich die Treppen hinunter, stuerzte in ein Taxi und versprach dem Chauffeur ein koenigliches Trinkgeld, wenn er wie der Teufel fahre. Unterwegs liess ich ihn bei einer Fischhandlung halten und kaufte die groesste Forelle, die zu haben war, trotz der Eile, trotzdem ich nicht erwarten konnte, nach Haus zu kommen. Das Auto hielt. Auf einmal war ich vor der Wohnungstuer, auf einmal war ich im Vorraum unserer Wohnung; mitten im Vorraum stand ein Mensch, ein hilflos blickendes Wesen in schmutzigem Anzug, der Hemdkragen war nicht zugeknoepft – stand da, ohne sich zu ruehren, als ob er sich nie mehr wieder von dem Platze fortbewegen koenne, auf dem er stand. Sein Gesicht war verquollen und sein Ausdruck so verstoert und abwesend, dass ich wahrscheinlich an ihm vorbeigegangen waere, ohne ihn zu erkennen, wenn ich ihm auf der Strasse begegnet waere. Ich sagte: „Komm, wir wollen ins Zimmer gehen.“ Er sah mich an mit demselben hilflosen, verstaendnislosen Blick. Ich legte den Arm um ihn und fuehrte ihn ins Wohnzimmer, das noch in trostlosem Zustand war; ich rueckte ihm einen Stuhl zurecht, er blieb stehen, ich drueckte ihn, vorsichtig an Hand und Schultern fassend, nieder; im naechsten Augenblick erhob er sich mit einem Ruck, die verglasten Augen geradeaus gerichtet. Ich zog sein armes Gesicht an meines und hielt seinen Kopf in meinen beiden Haenden; ich fuehlte seinen Atem an meinem Ohr, tonloses Fluestern: „Das sind Menschen“ – und ein Schluchzen. Ich brachte ihn ins Schlafzimmer, ich zog ihn aus. Die Fuesse und Beine waren grauenhaft aufgeschwollen. Er nahm ein Bad, dann legte ich ihn ins Bett, er sollte schlafen, aber er konnte nicht. Er war von vollkommener Apathie zu ebenso unnatuerlicher Lebhaftigkeit uebergegangen. Er musste reden. Als ich ihm die Forelle brachte, bedankte er sich und meinte, das sei doch viel zu fein, und benahm sich wie ein Bittsteller, der beschaemt ist und Angst hat, am Ende doch laestig zu fallen. Aber er ass und allmaehlich beruhigte er sich. Er sprach zwar ununterbrochen, aber nicht mehr in solch fiebernder Hast. – Gegen Abend kamen die Maedchen der Mutter und noch drei andere Koechinnen aus der Nachbarschaft, um Glueck zu wuenschen, und alle weinten vor Freude.

Ein paar Tage spaeter kam die Bestaetigung dafuer, dass Emmy Goering sich fuer uns verwendet hatte. Wir erhielten nachstehendes Schreiben:

Der Chef des Stabsamtes

des Ministerpraesidenten Generalfeldmarschall Goering

Ministerialdirektor Staatsrat Dr. Gritzbach¹⁰

J. Nr. 8774/38

Berlin W 8, den 29.11.1938

Auf Ihr an Frau Goering gerichtetes Schreiben 23. November 1938 teile ich Ihnen ergebnis mit, dass ich Ihre Eingabe unter Hinweis auf die Auswanderungsabsicht dem Herrn Chef der Sicherheitspolizei zugeleitet habe.

Im Auftrage

Dr. Joachimi¹¹ m. p.

¹⁰ Dr. Erich Gritzbach (* 1896), Verwaltungsbeamter; 1933SS- und NSDAP-Eintritt; 1933–1936 Haupt-

Am Vormittag des 5. Dezember 1938 wird uns vom Maedchen ein Herr gemeldet, der mich sprechen will. Im Vorraum steht ein Mann mit einem frischen Gesicht, ich kenne ihn nicht. Er ist uebertrieben freundlich und benimmt sich so, als seien wir uns schon einmal begegnet. Ich hoere, wie er einen Namen nennt, der wie Rivoli klingt; ich kenne niemanden dieses Namens. Ich fuehre ihn ins Wohnzimmer zu Alfred, weil ich denke, dass der Mann vielleicht einmal mit ihm als Anwalt zu tun hatte. Auch er hat ihn nie gesehen. Der Mann redet fortwaehrend auf mich ein, er komme aus Zagreb. Nun glaube ich, einen Anhaltspunkt zu haben; ich denke, er ist vielleicht ein Bekannter meines Schwagers in Zagreb und soll uns Gruesse bringen. Ich biete ihm Platz an und reiche ihm Zigaretten. Er beginnt zu rauchen. Dann sieht er mich halb devot, halb herausfordernd an und fragt: „Sie kennen den Rivoli wirklich nicht?“ Die Sache wird mir peinlich; ich weiss nicht, ist *er* der Rivoli? Sicher ist, dass ich ihn nie gesehen habe, er irrt sich, aber in uebertriebener Hoeflichkeit und um die ungemuetliche Situation zu beenden, sage ich: „Mein Schwager spricht immer von so vielen Menschen, es ist moeglich, dass er auch einmal diesen Namen erwaehnt hat, aber –“ Da unterbricht mich mein Gast: „So, jetzt habe ich Sie, Sie kennen ihn“, und mit schmierigem Grinsen: „Ich bin von der *Gestapo*.“ Mein armer Mann wurde aschgrau im Gesicht. Mein Herz haemmerte wie verrueckt, gleichzeitig fuehlte ich, wie ich eiskalt wurde. Ich sah ihm in die schadenfrohe Fratze und fragte ihn: „Und was wuenschen Sie?“ – „Sie kennen den Rivoli!“ – „Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt, dass ich ihn *nicht* kenne.“ – „Sie haben sich doch eben selbst verraten. Sie haben gesagt, dass Sie den Namen von Ihrem Schwager gehoert haben; hier, sehen Sie sich den Zettel an.“ – Mit diesen Worten zeigte er mir ein Stueck Papier, auf das unter einigen mir fremden Namen auch mein Name und der meines Schwagers notiert war. „Was hat das mit mir zu tun?“ fragte ich ihn. – „Verstellen Sie sich doch nicht!“ – schrie er mich an, – „Sie haben am Freitag abend mit dem Rivoli telefoniert.“ – „Ich habe am Freitag abend kein einziges Mal am Telephon gesprochen.“ – „Sie haben gesprochen.“ – „Das ist nicht wahr.“ – „Sie haben gesagt: Verdammter Schuft, ich zeig dich an!“ – Ich erschrak zu Tode; was war da geschehen? Der grinsende Fehmespitzel faselte weiter: – „Leugnen Sie nicht, Sie haben mit mir selbst am Telephon gesprochen.“ – Ich versuchte zu laecheln: „Sie muessen doch selbst wissen, dass Sie nicht mit mir gesprochen haben.“ – „Sie haben mit dem Rivoli telefoniert.“ – „Ich gebe Ihnen mein Wort, dass ich nicht mit ihm telefoniert habe und dass ich ihn nicht kenne.“ – „Ich brauche Ihr Wort nicht; Sie haben sich heute nachmittag um 3 Uhr bei der Gestapo im Hotel Metropole, Zimmer No. 305 zu melden.¹² Dort werden Sie die Wahrheit sagen.“ – „Ich werde die Wahrheit sagen, so wie ich sie jetzt gesagt habe.“ – „Auf der Gestapo werden Sie schon anders reden.“ – „Ich kann auch dort nichts anderes sagen als bisher“, er grinste mich unausgesetzt an, „oder wird die Gestapo mich vielleicht zwingen, etwas zu sagen, das nicht wahr ist?“ Er aenderte ploetzlich seine Taktik und redete mir

kommissar für die Olympischen Spiele, 1938–1945 Chef des Stabsamts des Ministerpräsidenten Göring, Hrsg. von Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik; 1945 interniert, nach der Entlassung leitender Angestellter bei der Montanunion.

11 Dr. Paul Joachimi (1909–1993), Jurist; 1937 NSDAP-Eintritt; 1936–1937 Assessor bei der Oberpostdirektion Berlin, 1937–1938 bei der Regierung in Frankfurt/Oder, 1938–1945 beim Preußischen Staatsministerium Berlin; 1939–1947 Kriegsdienst und Gefangenschaft; 1949–1953 bei der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund, 1953–1975 Abteilungsleiter im BM für Wohnungsbau.

12 Richtig: Hotel Metropol.

gut zu: – „Ihr Mann war eingesperrt. Haben Sie den Rivoli nicht doch beauftragt, sich um seine Freilassung zu bemuehen?“ – „Ich habe eine ganze Reihe Leute gebeten, sich fuer meinen Mann zu verwenden; das ist erlaubt, und wenn Sie wollen, nenne ich Ihnen die betreffenden Personen, aber ich habe ausser von Ihnen nie etwas von einem Rivoli gehoert.“ – Er redete noch eine Weile herum. Dann sah er sich im Zimmer um, als wenn er eine Durchsuchung vornehmen wolle. Er ergriff einen Brief einer Freundin aus Hamburg, der kurz vorher angekommen war, und las ihn begierig durch. – „Wieso bekommen Sie einen Brief aus Hamburg?“ – Auf diese idiotische Frage konnte ich nichts erwidern. – „Wer ist das?“ – „Meine Freundin.“ – „Ist sie Arierin?“ – „Ja.“ Darauf schrieb er sich ihre Adresse ab und zischte: – „Die werden wir uns auch vornehmen.“ – Dann nahm er einen eben angefangenen Brief aus der Schreibmaschine, las die belanglosen Zeilen und warf ihn aergerlich auf den Tisch. Schliesslich stuerzte er sich triumphierend auf ein Adressenbuechlein und blaetterte darin; wir hatten es tags zuvor gekauft, und es war noch ganz leer. Wuetend wie ein schlechter Komoediant trompetete er: – „Ich sehe, ich bin zu frueh gekommen, ich haette eine Stunde spaeter kommen sollen!“ – Er gab mir eine Vorladung fuer die Gestapo, und dann geschah etwas, was man von diesem teuflichen Idioten am wenigsten erwartet haette, er wandte sich zu meinem Mann: – „Es kann lang dauern, bis die Frau zurueckkommt, aengstigen Sie sich nicht.“ – Dann ging er.

Der Spitzel war weg, aber das brachte keine Erleichterung. Alfred und ich standen allein im Zimmer, kuenstlich ruhig; wir versuchten zu ueberlegen. Ich beschloss, zu meinem Beschuetzer ins Parlament zu fahren, Alfred suchte einen Kollegen auf, um ihn um Rat zu fragen. Ich musste im Parlament warten. Ich sass im Gang auf einer Bank zusammen mit vier oder fuenf anderen Frauen; Seufzen, kaum zurueckgehaltene Traenen, ein stammelndes Gespraech. Hier begegnete man ausnahmslos arischen Frauen, deren Maenner oder Soehne im Konzentrationslager waren; die meisten von ihnen werden verfolgt, weil sie im Verdacht standen, Monarchisten oder treue Anhaenger des Dollfuss-Schuschnigg-Regimes zu sein. Die Gattin des ehemaligen Kriegsministers und Bundeskanzlers Vaugoin¹³ sass neben mir. Nach einigem Warten wurde ich aufgerufen. Ich erzaelte meinem Beschuetzer kurz, was soeben vorgefallen war. Er konnte mir nicht helfen und gab mir nur den Rat: „Sagen Sie niemals, das weiss ich nicht, oder ich kann mich nicht daran erinnern. Das macht einen schlechten Eindruck.“ Ich fuhr nach Hause. Alfred hatte auch keinen Trost fuer mich. Die Koechin brachte das Mittagessen, ich wuergte eine Kleinigkeit hinunter. Ich zog mir warme Waesche an, weil ich annahm, man werde mich verhaften. Ich sagte Alfred: „Wenn sie in meiner Abwesenheit versuchen sollten, eine falsche Angabe von Dir zu erpressen, so lasse dich auf gar nichts ein, ich bleibe bei der Wahrheit.“ Er umarmte mich stumm, ich schob ihn von mir, und dann setzten sich meine Fuesse in Bewegung. –

Ich betrat das Hotel Metropole, den Sitz der Gestapo, gab am Eingang die Vorladung ab und stieg zum dritten Stock hinauf. Tuer neben Tuer in einem langen Gang. An der Wand ein halb zerbrochener Holzstuhl. Einige Leute mit veraengstigtem Gesicht schlurften ein paar Schritte vor, ein paar Schritte zurueck, auf und ab, hin und her. Man machte einen Augenblick Halt, um Luft zu schoepfen; man war so atemlos, als ob man einen

¹³ Carl Vaugoin war 1929 – 1930 Vize- und von Sept. bis Dez. 1930 oesterreichischer Bundeskanzler, nach dem Anschluss wurde er verhaftet.

Berg hinaufgerannt waere. Ich streifte im Vorbeigehen eine Frau, sie sah mich pruefend an; beim naechsten fluechtigen Beegnen murmelte ich bei fast geschlossenen Lippen: „Rivoli?“ „Ja“, kam es zurueck. Beim dritten Mal blieben wir unauffaellig stehen. Die Frau wusste auch nicht, warum sie bestellt war. Wir setzten unsere Wanderung fort. Ich war so erschoeepft, dass ich mich auf den Stuhl setzen wollte. Die Frau warnte mich. „Stehen Sie auf“, sagte sie, „vorhin hat sich eine alte Frau hingesetzt, da ist ein Beamter gekommen und hat sie fuerchterlich beschimpft.“ Wir wanderten weiter. Stundenlang. Manchmal ging eine der vielen Tueren auf, und ein Beamter kam heraus und ging in ein anderes Zimmer. Am Ende dieses Ganges war ein Treppenhaus; man konnte vom dritten Stock bis hinunter ins Erdgeschoss sehen; wenn man laengere Zeit hinunter starrte, spuerte man ein Ziehen. Ich wanderte weiter. Wenn man sich nur einige Minuten haette niedersetzen duerfen! Ich fing an zu verstehen, wieso es kam, dass Menschen eine Schuld zugeben konnten, die sie nie begangen hatten. Ich fing an zu verstehen, und die Qual hatte erst einige Stunden gedauert. – Endlich wurde ich zu einem Beamten gerufen. Er war ein sympathisch aussehender junger Mann, und er bot mir hoeflich Platz an. Er fragte mich. Nachdem ich ihm versichert hatte, dass ich den Rivoli wirklich nicht kannte, sagte er: „Ich glaube Ihnen, Sie sagen die Wahrheit.“ Dann fragte er mich, ob ich vielleicht in Zagreb Verwandte habe, die den Rivoli beauftragt haben koennten, etwas fuer die Freilassung meines Mannes zu unternehmen. Ein Licht ging mir auf; das war natuerlich moeglich, aber sie hatten mich nicht davon verstaendigt. Der Beamte erklarte mir, um was es sich handle. Besagter Rivoli war ein Schwindler, der die Gelegenheit wahrnahm und den Angehoerigen der Verhafteten vorspiegelte, er koenne sie frei bekommen und werde ihnen Einreise-Visa fuer Jugoslawien verschaffen. Diesen Schwindler hatte man erwischt, und es war ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden. Meine Adresse hatte er, wie ich viel spaeter erfuhr, tatsaechlich von meinem Schwager in Zagreb erhalten. – Die Tuer oeffnete sich, der Spitzel, der am Morgen bei uns gewesen war, kam ins Zimmer. „Die Sache liegt vollkommen klar“, sagte der freundliche Beamte und sah den Spitzel unwillig an, „die Dame kennt den Rivoli wirklich nicht.“ „Sie haben ja nicht den Blick gesehen, den sich das Ehepaar zugeworfen hat, wie ich von ihm gesprochen habe“, beharrte er mit schlaerer Miene; dann ging er wieder. Ich beantwortete noch einige Fragen. Der Beamte nahm ein Protokoll mit mir auf, das ich unterschreiben musste. Er wollte mich eben entlassen, da kam der Kerl nochmals herein. Der junge Beamte sagte in ziemlich scharfem Ton zu ihm: „Die Angelegenheit ist erledigt.“ „Werden wir halt sehen, ob ein Jud oder eine Juedin auch einmal ausnahmsweise die Wahrheit sagt“, war die lachende Antwort des Idioten. Der junge Beamte verbeugte sich, als ich hinausging.

Wir arbeiteten mit Feuereifer daran, die fuer unsere Auswanderung erforderlichen Dokumente zu beschaffen. Unsere Reichsfluchtsteuer und die sogenannte Juden-Vermögensabgabe war Ende Dezember 1938 bereinigt, so dass der Ausstellung unserer Reisepaesse nichts mehr im Wege stand; wir hofften, in der ersten Haelfte des Januar 1939 abreisen zu koennen. Von Tag zu Tag warteten wir auf die Verstaendigung, unsere Paesse im ehemaligen Rothschildpalais abholen zu koennen. Dort war die Zentrale fuer die Auswanderung der Nichtarier und Juden untergebracht. Vor dem Palais, wo Tag und Nacht die Leute in langen Reihen angestellt waren und auf Einlass warteten, spielten sich die wuestesten Szenen ab. Entweder man belaeastigte die Menschen in rohester Weise oder man jagte sie weg, nachdem sie eine ganze Nacht gestanden und gewartet hatten;

das waren beliebte Scherze der SA und SS. Ohne Vorladung durfte man das Haus nicht betreten; daher war es unmoeglich, persoenlich seine eigenen, so dringenden Angelegenheiten zu betreiben und ueber ihren Stand Auskunft zu erhalten. So war man gezwungen, sich der Hilfe solcher Leute zu bedienen, die angeblich dank ihrer Beziehungen jederzeit dort Zutritt hatten und in die Akten Einsicht nehmen konnten. Wir haben nacheinander drei Leute beauftragt, unserer Sache nachzugehen. Alle beteuerten, dass alles in Ordnung und die Paesse ausgestellt seien, und wir wuerden ganz bestimmt am naechsten Tag die Verstaendigung zur Abholung erhalten. Der „naechste Tag“ zog sich endlose Wochen hin.

Am 15. Januar 1939 kam eine ueberhoefliche telefonische Aufforderung der Gestapo an meinen Mann, sich am Nachmittag unter Mitbringung aller Dokumente, die seine Bemuehungen um die Ausreise beweisen konnten, im Hotel Metropole einzufinden. Dort empfing ihn zunaechst ein altoesterreichischer Beamter, der die Dokumente pruefte. Ploetzlich kam aus dem Nebenzimmer ein ganz junger Norddeutscher, der in drohendem Ton bruellte: „Ihre Frau hat den Generalfeldmarschall Goering angelogen. Sie versprach in ihrer an Frau Emmy Goering gerichteten Eingabe Ihre Ausreise am 28. Dezember 1938; wie kommt es, dass Sie noch immer da sind?“ Mein Mann erwiderte, er habe laut der vorgewiesenen Dokumente alles getan, was in seiner Macht stand, um ausreisen zu koennen; trotzdem habe er bis heute die Paesse nicht erhalten koennen. Darauf der Beamte: „Das geht mich gar nichts an; ich gebe ihnen beiden als letzte Frist den 15. Februar 1939. Wenn Sie bis dahin nicht abgefahren sind, werden Sie und ihre Frau nach Dachau geschickt.“ Mein Mann erbat eine schriftliche Bestaetigung ueber die zum 15. Februar terminierte Ausweisung, um sie bei der Passstelle vorweisen und damit die Ausfertigung beschleunigen zu koennen. Der Beamte lehnte das ab, ebenso das Ersuchen, die Passstelle von der erfolgten Ausweisung amtlich zu verstaendigen. Mit den Worten: „Es ist Ihre Sache, sich die Paesse zur Ausreise zu beschaffen“, verliess er das Zimmer.

In dieser nervenzermuerbenden Zeit hatte sich auch ein heiteres Zwischenspiel ereignet. Mein Mann besitzt eine kleine Autographensammlung, die er gern mitnehmen wollte. Zu diesem Zweck musste er sie von einem Sachverstaendigen schaetzen lassen und die Ausfuhrbewilligung von der National-Bibliothek in Wien einholen. Er ging also mit seiner Sammlung hin. Am Eingangstor leuchtete ihm die Anschrift entgegen: „Juden Eintritt strengstens verboten.“ Er betrat trotz dieser freundlichen Einladung das Gebaeude. Er wurde hoeflich empfangen, der Direktor persoenlich interessierte sich fuer die Sammlung und unterhielt sich mit meinem Mann ueber die verschiedenen Stuecke, die er zur Gaenze durchlas. Dann sagte er: „Sie duerfen alles mitnehmen mit Ausnahme eines Manuskripts, das wir unbedingt haben muessen.“ Mein Mann fuerchtete schon, dass der Direktor einen Brief Beethovens zurueckhalten wolle, aber zu seinem masslosen Erstaunen verlangte er die Handschrift eines Gedichtes von Heinrich Heine aus dessen Zyklus „Deutschland“ mit der Begruendung, die Bibliothek besitze nicht ein einziges Manuskript Heines. Auf meines Mannes Bemerkung, dass wohl Handschriften juedischer Autoren aus der Bibliothek ausrangiert worden seien, erwiderte der Direktor: „Wie koennen Sie so etwas von uns glauben, Herr Doktor?!“ Mein Mann bot den Heine als Geschenk an. Daraufhin fragte der Direktor sichtlich verlegen: „Herr Doktor sind doch nicht etwa Nichtarier?“ Auf meines Mannes Antwort, dass dies der Fall sei, bedauerte er, unter diesen Umstaenden das Geschenk nicht annehmen zu duerfen. Er muesse

das Manuskript kaeuflich erwerben, wolle sich aber vorher nach dem Werte erkundigen, um ihn keinesfalls zu schaedigen. Nach einigen Tagen teilte er ihm, wieder sehr verlegen, mit, dass die finanzielle Lage der Bibliothek sehr unguenstig sei, man daher nur Reichsmark 8,- (!) vergueten koenne. Mein Mann erklarte sich laechelnd damit einverstanden. Der grosse Betrag konnte nicht in Barem ausbezahlt werden, da hiezue die Bewilligung des Unterrichts-Ministeriums eingeholt werden musste. – Er hat das Geld bis heute nicht erhalten.

Als der 15. Februar 1939 herannahte und wir die Paesse noch immer nicht bekommen hatten, gelang es mir unter Beihilfe einer Dame, die ausgezeichnete Beziehungen zu der Wiener „Society of Friends“ hatte,¹⁴ Zutritt zu Herrn Gildemeester zu erlangen.¹⁵ Er war das Haupt der nach ihm benannten Aktion, die den Zweck hatte, den von der Naziregierung verfolgten Nichtariern zur Ausreise zu verhelfen. Die Gildemeester-Aktion arbeitete im Einvernehmen mit der Gestapo. Herr Gildemeester, ein Hollaender, hatte sich von jeher zur Aufgabe gemacht, politisch Verfolgten zu helfen. So hatte er zur Zeit, da die Nazis noch illegal waren, sich ihrer angenommen, und jetzt setzte er sich fuer die von den Nazis Verfolgten ein. Die Aktion wurde in groesstem Stil gefuehrt, Gildemeester selbst empfieng niemanden persoendlich, aber eine Empfehlung der Quaecker oeffnete mir die Tuer, die allen anderen verschlossen war. – Ich kam in einen grossen, fast leeren Raum, in einer Ecke stand ein Schreibtisch, an der Wand hing ein grosses Bild Adolf Hitlers, das mit Tannengruen bekraenzt war; von dem Stuhl hinter dem Schreibtisch erhob sich ein hagerer Herr in dunklem Anzug und verneigte sich bei meinem Eintritt. Ich brachte mein Anliegen vor. Stumm und unbeweglich, aber sehr aufmerksam hoerte Herr Gildemeester meinen Bericht an. Hierauf klingelte er und instruierte den Herrn, der gekommen war, den Stand der Angelegenheit zu erheben und ihm ueber das Ergebnis zu referieren. Er reichte mir die Hand; sie fuehlte sich wie Wachs an, unwahrscheinlich glatt, kuehl und ohne Leben. Von dem Augenblick an, da ich diese Hand in meiner fuehlte, wusste ich nicht mehr, wie sein Gesicht aussah. – Vierundzwanzig Stunden spaeter war festgestellt, dass zwar der Pass meines Mannes fertig war, aber der meinige fehlte; damit war die ewige Verzoegerung erklart. Nach weiteren sechsunddreissig Stunden war auf Veranlassung des Herrn Gildemeester auch mein Pass fertiggestellt, und wir konnten die beiden Paesse am naechsten Tag in Empfang nehmen. In der letzten Zeit hatte sich die freundliche Gepflogenheit herausgebildet, dass man den Leuten ihre fertigen Paesse zeigte, sie ihnen aber nur unter der Bedingung ausfolgte, dass sie je nach Willkuer des betreffenden Gestapo-Beamten noch eine weitere Bezahlung, die oft in viele Tausende ging, leisten mussten. Es war praktisch unmoeglich, gegen diese Erpressung anzukaempfen. Wir waren darauf vorbereitet, und so hatte mein Mann alle Unterlagen und Belege mitgenommen als Beweis dafuer, dass er kein Bargeld mehr besitze und dass ihm daher sogar vom Steueramt erlaubt worden war, alle Abgaben durch Hinterlegung von Effekten, die nicht verkauft werden durften, abzustatten.¹⁶ Auf diese sofort vorgebrachten Argumente war

¹⁴ Zur Society of Friends (Quäker) siehe Dok. 251 vom 11.2.1939.

¹⁵ Dr. Frank van Gheel Gildemeester (*1855), Theologe; seit 1920 in Österreich aktiv, engagierte sich nach 1918 u. a. für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener aus franz. und russ. Haft, von 1934 an für in Österreich inhaftierte Nationalsozialisten; Gründer der nach ihm benannten Hilfsorganisationen für „nicht-arische“ Christen.

¹⁶ Siehe Dok. 247 vom 28.1.1939.

der Beamte nicht gefasst, und so kam es uns gegenueber ausnahmsweise nicht zu der ueblichen Erpressung.

Inzwischen war der Ausweisungstermin, der 15. Februar 1939, gekommen, und wir mussten um Verlaengerung ansuchen; diese wurde bis zum 15. Maerz 1939 gewaehrt.

Am 8. Maerz 1939 um halb drei Uhr Nachmittag ging unser Zug vom Wiener Westbahnhof ueber Salzburg und Buchs nach Zuerich. Wir sassen allein in unserem Abteil zweiter Klasse; die Benuetzung der Speise- und Schlafwagen war den Juden seit dem 1. Maerz verboten.¹⁷

Wir kamen am 9. Maerz um halbsechs Uhr frueh in tiefster Dunkelheit bei Schneegestoeber unter Blitz und Donner in Zuerich an. Der Gepaektraeger begruesste uns auf gut Schwizerisch: „Wir werden Krieg bekommen; erstens ist ein Schneegewitter, und zweitens haben wir im Sommer eine Ausstellung. Wenn wir in Zuerich eine Ausstellung haben, dann gibt es immer Krieg; 1914 war es auch so.“

DOK. 262

Aurel von Juechen und Karl Kleinschmidt protestieren am 10. März 1939 gegen die Aufforderung an evangelische Pastoren, Juden nicht zu taufen¹

Schreiben von Aurel von Juechen² und Karl Kleinschmidt,³ Rossow und Schwerin, an den Landesbischof Walther Schultz,⁴ Schwerin, Bischofstr. 4, und an [die] Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche Mecklenburgs zur Kenntnisnahme⁵ vom 10.3.1939 (Abschrift)

Sehr geehrter Herr Landesbischof!

Sie haben in Ihrer Eigenschaft als Landeskirchenführer unter dem 13. Februar 1939 ein Gesetz über die kirchliche Stellung der Juden erlassen.⁶ Nicht auf Grund einer besonde-

17 Siehe Dok. 215 vom 28.12.1938.

1 EZA 611/2; Abdruck in: Karl Heinz Jahnke, Widerstand und Opposition gegen das NS-Regime aus den Kirchen in Mecklenburg 1933–1945, Rostock 1994, S. 35–36.

2 Aurel von Juechen (1902–1991), evang. Theologe; 1935–1937 Mitglied des Bunds der NS-Pfarrer, dann der Bekennenden Kirche; 1940–1945 Kriegsdienst; von 1945 an Pfarrer in Schwerin; 1949 Ausschluss aus der SED, 1950–1955 Zwangsarbeit in der Sowjetunion; 1956–1972 Gefängnispfarrer in Berlin; Autor zahlreicher theologischer Werke.

3 Friedrich Wilhelm Karl Heinrich Kleinschmidt (1902–1978), evang. Theologe und Publizist; von 1927 an Pfarrer in Weißbach; 1933 verhaftet; von 1934 an Domprediger in Schwerin; Mitglied des Bunds der NS-Pfarrer, 1937 Übertritt zur Bekennenden Kirche; 1939–1945 Kriegsteilnahme und amerik. Gefangenschaft; 1946 SED-Eintritt; 1946–1952 Mitglied Landessynode Mecklenburgs.

4 Walter Schultz (1900–1957), evang. Theologe; 1931 NSDAP-Eintritt, 1933 Führer des Bunds der NS-Pfarrer und Landeskirchenführer, 1934 Landesbischof und Führer der Deutschen Christen (DC) in Mecklenburg; 1945 Internierung in Schleswig-Holstein; von 1950 an als Pfarrer tätig.

5 Der Brief wurde an alle mecklenburgischen Pfarrer geschickt.

6 Im Febr. 1939 erließen die Evang. Landeskirchen von Anhalt, Thüringen, Mecklenburg, Sachsen und Lübeck nahezu gleichlautende Gesetze „über die kirchliche Stellung evangelischer Juden“. Darin wurde festgelegt, dass Juden nicht Mitglieder der jeweiligen Landeskirche werden konnten. Geistliche waren nicht verpflichtet, Amtshandlungen an „nichtarischen“ Christen vorzunehmen, die vor Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes konvertiert waren. In der Deutschen Evang. Kirche wurde eine Übernahme derartiger Bestimmungen im Frühjahr 1939 diskutiert, die bereits entworfene VO jedoch nicht erlassen. Der Text der vier erstgenannten Landeskirchengesetze sowie der Entwurf der DEK-Verordnung finden sich in EZA 1/3071, das Lübecker Gesetz in EZA 1/3072.

ren Auffassung und Auslegung der Heiligen Schrift oder der Bekenntnisschriften unserer Kirche, sondern „auf Grund der §§ 1 und 2 des Kirchengesetzes vom 13. September 1933 über Bestellung eines Landeskirchenführers und gemäss § 2 Absatz 1 und § 3 Absatz 1 der 17.⁷ Verordnung vom 10. Dezember 1937 zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche, RGBl. I, Seite 1346“.⁸

Glauben Sie, dass diese Gesetzesparagrafen die fehlende Begründung aus der Heiligen Schrift und den Bekenntnisschriften unserer Kirche *ersetzen* können?

Oder glauben Sie, das kirchenregimentliche Handeln bedürfe einer solchen Rechtfertigung nicht? – Das Kirchenregiment hat keine andere Aufgabe als die rechtliche und verwaltungsmässige Sicherung geordneter und schriftgemässer Wortverkündigung und steht darum unter derselben Norm und derselben Verantwortung wie das Amt der Verkündigung. Sind Sie sich darüber klar geworden, in welche unmögliche Lage Sie die Pastoren der evangelisch-lutherischen Kirche Mecklenburgs bringen, wenn Sie ihnen ein Handeln bzw. Unterlassen zumuten, das im striktesten Gegensatz zu dem Neuen Testament steht, vor dem sie ihr Tun und Predigen verantworten sollen, und wenn Sie von ihnen einen Gehorsam fordern, der sie zum Ungehorsam gegenüber den im Ordinationsgelübde übernommenen Pflichten nötigt?

Oder steht der Taufbefehl Jesu Christi nicht in Ihrem Neuen Testamente? – Er steht aber in *dem* Neuen Testamente, das auf den Altären und Kanzeln der mecklenburgischen lutherischen Kirchen liegt! – Wie wollen Sie Ihr Gesetz vom 13. Februar 1939 damit in Einklang bringen? – Soll in den lutherischen Kirchen unseres Landes nicht mehr über den Römerbrief, die Korintherbriefe, den Galater- und Epheserbrief, die Apostelgeschichte und die Evangelien gepredigt werden, die doch alle miteinander im Widerspruch zu Ihrem Gesetz stehen? – Oder sollen die Pastoren Mecklenburgs anders *handeln*, als sie *predigen*?

Ist das der Kirche anvertraute Evangelium die frohe Botschaft von dem Heil, das Gott in Jesus Christus *allen* Sündern geben will – *oder nicht?* – *Hat* der Herr Christus seinen Willen kundgetan, dass *allen* Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen – *oder nicht?* – *Hat* er seine Jünger gesandt in *alle* Welt zu lehren und zu taufen *alle* Völker – *oder nicht?* Ist das die frohe Botschaft, dass Gott vom Heil in Jesus Christus *niemanden* ausschliesst und auch niemanden durch Menschen davon ausgeschlossen wissen will – *oder nicht?*

Wenn das aber der Wille Gottes und sein heiliges Evangelium ist, dass *allen* Menschen geholfen werde, – wie können dann *Sie* dem universalen Heils- und Liebeswillen Gottes in den Arm fallen wollen? – Und wie können Sie dann Diener Gottes daran hindern wollen, diesem Willen zu gehorchen? – Oder sie auch nur von der Verpflichtung entbinden wollen, diesem Willen zu gehorchen? – Und wie können Sie dann an die Stelle dieses Evangeliums ein Gesetz setzen wollen, das Sie sich selbst ausgedacht haben?

Meinen Sie wirklich, es wäre in *Ihre* Hand gegeben, darüber zu entscheiden, was ein Christ zu tun und zu lassen verpflichtet ist? – Glauben Sie wirklich, ein Recht zum *Lösen* zu haben, wo unser Herr *gebunden* hat? – Und trauen Sie es den lutherischen Pastoren

7 Kirchliches Amtsblatt für Mecklenburg-Schwerin Nr. 21 (1933);EZA 1/125. Mit dem Kirchengesetz war auf Druck der DC das Amt eines Landeskirchenführers geschaffen worden.

8 Die genannten Passagen der 17. VO zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche legten fest, dass die Leitung der Landeskirchen bei den Kirchenregierungen lag und diese somit berechtigt waren, Verordnungen zu erlassen.

Mecklenburgs wirklich zu, dass sie dem Taufbefehl unseres Herrn Jesu Christi ungehorsam werden, nur weil Sie es befehlen?

Aber vielleicht haben Sie, als Sie sich dieses Gesetz ausdachten, angenommen, dass die lutherischen Pastoren Mecklenburgs Ihnen wenigstens nicht öffentlich widersprechen würden in der Besorgnis, dass man ihnen das als „Judenfreundschaft“ oder als „Sabotage an der Judengesetzgebung“ auslegen würde. – Wir können Sie allerdings nicht hindern, der Forderung nach einer *evangelischen* Begründung Ihres Gesetzes dadurch auszuweichen, dass Sie *politische* Argumente ins Feld führen und die Fragesteller politisch zu verdächtigen suchen. Trotzdem glauben wir, es Ihnen schuldig zu sein, Ihnen *offen* und *öffentlich* zu erklären, dass wir dieses Ihr Gesetz nicht annehmen und nicht halten können, solange Sie es nicht vor der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis unserer Kirche zu rechtfertigen vermögen.

Danach fragen wir Sie, sehr geehrter Herr Landesbischof! – Vor der Öffentlichkeit der lutherischen Pastorenschaft Mecklenburgs! – Sie hat uns nicht zu ihren Sprechern bestellt. Aber wir sind gewiss, dass jeder lutherische Pastor in Mecklenburg diese Fragen an Sie auf dem Herzen hat. Und wenn es auch nicht so wäre – die heilige christliche Kirche selbst fragt Sie, wie Sie ein Gesetz rechtfertigen wollen, das an ihre innerste Substanz greift, an die Rechtfertigung allein aus dem Glauben!

Es ist sinnlos, gegen die Fragesteller zu polemisieren. Es handelt sich nicht um die Fragesteller, sondern um die Frage, die gestellt ist. Sie lässt sich nicht zum Schweigen bringen; sie muss beantwortet werden.

Ehrerbietigst⁹

DOK. 263

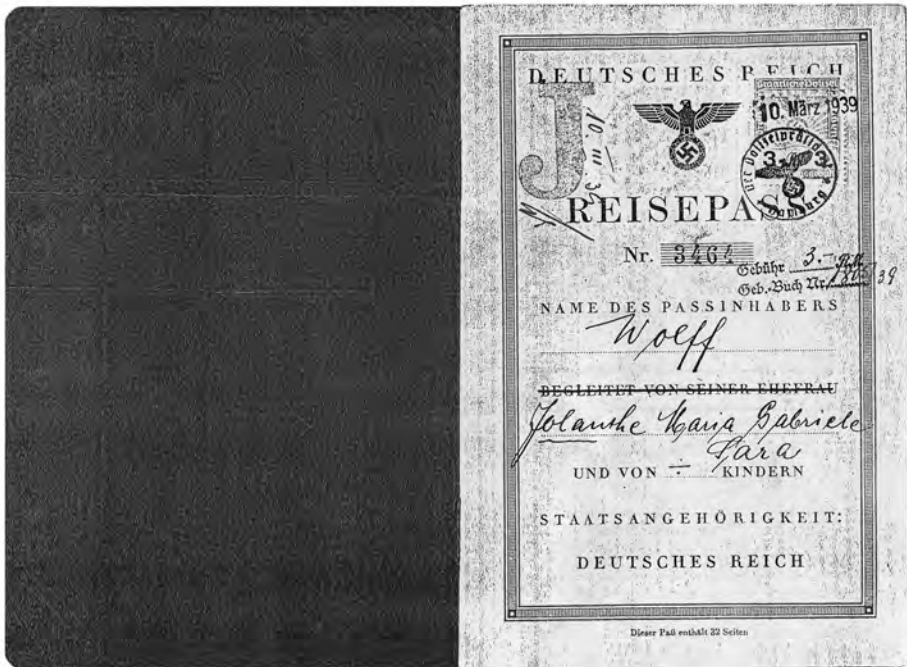
Der Reisepass von Jolanthe Wolff mit Verhaltensanweisungen für deutsche Flüchtlinge in Großbritannien vom 10. März 1939¹

Reisepass von Jolanthe Wolff²

⁹ Schultz blieb den beiden Verfassern eine Antwort schuldig. Am 24.3.1939 eröffnete der Oberkirchenrat gegen von Jüchen und Kleinschmidt ein Disziplinarverfahren, das jedoch nicht abgeschlossen wurde.

¹ Nachlass von Jolanthe Fromm, geb. Wolff, im Besitz ihres Sohns Raymond Fromm, London.

² Jolanthe Wolff (1911–1979), Kontoristin, emigrierte im Frühjahr 1939 nach Großbritannien, wo sie als Hausangestellte arbeiten wollte; zur Vorbereitung auf die Auswanderung hatte sie in Hamburg eine Kochschule besucht. In den Pass hatte ein Beamter des brit. Konsulats in Hamburg am 10.3.1939 ein Visum zur einmaligen Einreise nach Großbritannien gestempelt. Am 13.3.1939 hatte Jolanthe Wolff bei der Dresdner Bank-Filiale in Hamburg-Harvestehude ausländische Zahlungsmittel im Gegenwert von 10 RM eingezahlt – mehr durfte in bar nicht ausgeführt werden. In dem Devisenmerkblatt der Reichsbank für Auslandsreisen, das J. Wolff erhalten hatte, waren die Bestimmungen für die Ausfuhr von Wertgegenständen aufgeführt. Am 14.3.1939 hatte sie Deutschland über den Hamburger Hafen verlassen. Bei der Landung in Southampton am 17.3.1939 war ihr zur Auflage gemacht worden, dass sie sich sofort bei der Polizei registrieren lassen müsse und nur eine Anstellung in einem Privathaushalt annehmen dürfe. Sie erhielt außerdem ein Merkblatt mit Verhaltensempfehlungen.



IMMIGRATION OFFICER
(15)
17 MAR 1939
SOUTHAMPTON

LEAVE TO LAND GRANTED AT SOUTHAMPTON THIS DAY ON CONDITION THAT THE HOLDER REGISTERS AT ONCE WITH THE POLICE AND DOES NOT ENTER ANY EMPLOYMENT OTHER THAN AS A RESIDENT IN SERVICE IN A PRIVATE HOUSEHOLD.

Hamburg, Hafen, ausgereicht am 14. MARZ 1939

ALIENS REGISTRATION OFFICE
20/3/39

PORT STATION
Regime März 1939

Anaesthetische Zahlungsmittel im Gegenwert von RM. 10,- - 2,- 17,- abgegeben.
Hamburg, den 13 März 1939
Dresdner Bank in Hamburg
Depot für Fremdwährungen

RCN^o. 716412

Dokumente des Reichsbank für Auswanderer ausgehandelt.

Ordinary
Visa for **UNITED KINGDOM**
Date **10 MAR 1939** No. **2677**
Granted at **HAMBURG**.
SINGLE JOURNEY ONLY.

British Vice Consul

H.O. authority
No. D. 1783 of 31.1.39
Ins. Tues. R. Para. 13.

BRITISH CONSUL HAMBURG
CONSULAR SERVICE

SIE SIND GÄSTE GROSSBRITANNIENS.

Höflichkeit und gutes Betragen werden Ihnen überall herzliche Aufnahme und Sympathie zusichern.

Sprechen Sie nicht laut auf der Strasse, besonders nicht am Abend.

Nehmen Sie Rücksicht auf die Bequemlichkeit anderer Leute und vermeiden Sie, deren Eigentum und Möbel zu beschädigen.

Vergessen Sie nie, dass England's Urteil ueber die deutschen Fluechtlinge von IHREM Verhalten abhaengt.

ACHTUNG.

Deutschen Fluechtlingen wird dringendst geraten, aeußerst vorsichtig in ihren Gesprächen zu sein.

In Ihrem eigenen Interesse empfehlen wir Ihnen dringend, keine Arbeitsangebote irgendwelcher Art anzunehmen, ohne vorher die Erlaubnis der englischen Regierung eingeholt zu haben.

DOK. 264

**Eichmann gibt am 10. März 1939 zu bedenken,
dass die rechtliche Diskriminierung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien
Deviseneinbußen zur Folge hätte¹**

Schreiben (Persönlich! Durch Ordonanz überbracht) der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (c 2 – 664/39 Ech/L), i.V. Eichmann, Wien, an den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, z.H. Reg.Rat Loos,² Wien I., Parlament, vom 10.3.1939³

Betrifft: Entziehung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft der
Isr. Kultusgemeinde Wien.⁴

Vorgang: Telefonische Rücksprache SS-H'Stuf. Eichmann mit Herrn Reg.Rat Loos am 10.3.39.

Es konnte bereits gegen Mitte des vergangenen Jahres im Gegensatz zu Berlin erreicht werden, dass die jüdischen Finanzinstitutionen im Ausland wie „Council for German Jewry“, „American Joint Distribution Committee“, „Hicem“ usw. namhafte Devisenbeträge „für die jüdische Auswanderung aus Österreich“ bereitstellten, nachdem einmal hier die verantwortlichen Leiter der jüdischen Organisationen dementsprechend behandelt wurden und zum anderen mit dem Reichswirtschaftsministerium verschiedene Übereinkommen getroffen werden konnten. So wurden in der Folgezeit bis heute an Devisen insgesamt 20 000 engl. Pfunde und 798 292 USA-Dollar von Paris und London nach Wien überwiesen. Diese Devisenbestände werden von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Zusammenarbeit mit der Devisenstelle Wien kontrolliert und verwaltet.

Das Reichswirtschaftsministerium genehmigte im Hinblick auf den Verwendungszweck die Befreiung von der Abgabepflicht und gestattete darüber hinaus, diese Devisenbeträge zu beliebig hohen Kursen an Juden in der Ostmark weiter zu verkaufen.

Durch diese Devisenbeträge wurde einmal erreicht, dass die Juden zur Auswanderung gebracht werden konnten, da sie ja vermöge dieser Devisen über das notwendige Vorzeigegeld verfügten, und zum andern konnte der finanzielle Bedarf für die jüdischen Organisationen der Ostmark bestritten werden. (Das Monatsbudget der Isr. Kultusgemeinde Wien beträgt beispielsweise über 1 Million Reichsmark. Die Steuereingänge der Isr. Kultusgemeinde sind aus erklärlichen Gründen ständig im Sinken begriffen. Es müssen von der Isr. Kultusgemeinde zur Zeit täglich etwa 20–22 000 Juden mit Essen usw. unterstützt werden, es muss der gesamte jüdische Angestelltenapparat im Interesse einer forcierten Abwanderung der Juden aufrechterhalten werden usw.)

Durch diese Deviseneingänge und das damit verbundene Inlandsaufkommen sowie durch Schaffung weiterer zusätzlicher Einwanderungsmöglichkeiten konnten bis

¹ ÖStA/AdR, Reichskommissar Bürckel/Materie, 1762/1.

² Dr. Roman Loos, Polizist; Direktor der Feldpolizeigruppe 510.

³ Das Original ist mit einem Stempel der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sowie handschriftl. Anmerkungen und Unterstreichungen versehen.

⁴ Während den jüdischen Gemeinden im Altreich bereits im März 1938 der Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts aberkannt worden war (siehe Dok. 23 vom 28.3.1938), behielt die IKG Wien diesen Status bis zu ihrer Auflösung im Okt. 1942, obwohl das RFM auf eine Änderung drängte, u. a. um die steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen für jüdische Kultusvereinigungen zu verhindern.

15.12.1938 66 848

und v. 15.12.1938 bis 15.3.1939 22 779

Juden aus der Ostmark legal zur Auswanderung gebracht werden.

Hiervon wanderten

in die europäischen Staaten 39 038

nach Nordamerika 19 092

“ Südamerika 8 433

“ Palästina 5 459

“ Asien 13 721

“ Afrika 2 535

“ Australien 1 349

Juden aus. (Die Abwanderung in die europäischen Staaten dient diesen Juden lediglich als Sprungbrett für die Weiterwanderung nach Übersee.)

Nachdem diese jüdischen Organisationen im Ausland die weitere Devisenübersendung dann sofort einstellen würden, wenn der Isr. Kultusgemeinde Wien die öffentlich-rechtliche Körperschaft aberkannt wird, wird in Anbetracht der sich daraus ergebenden Konsequenzen gebeten, im Interesse einer weiteren verstärkten Abwanderung der Juden aus der Ostmark von dieser Aberkennung Abstand nehmen zu wollen, zumal die Kultusgemeinden der einzelnen Gaue der Ostmark sich seit einiger Zeit ohnedies in Liquidation befinden und die Isr. Kultusgemeinde Wien voraussichtlich in etwa 1 bis 1½ Jahren liquidiert wird.

DOK. 265

Luise Solmitz registriert am 14. März 1939 wiederholte Aufforderungen zur Auswanderung¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Eintrag vom 14.3.1939 (Abschrift)

Ich allein, Anruf aus der Devisenstelle, wollte Fredy sprechen, aller Frohsinn ausgelöscht, mein Aufatmen von gestern schon gestraft: – Ob wir auswandern wollten? Nein, sagte ich. – –

Die Morgenpost hatte ... die Unbedenklichkeitserklärung für das Grundbuchamt gebracht.² – Ich sagte das auch dem Herrn von der Devisenstelle ... Fr. ging sofort zur Devisenstelle. Er wurde durch allerhand Räume geführt, Herr Wagner³ fragte nach allem, der Vermögensabgabe vom März (April?) 1938⁴... Fr. wurde auch gefragt, ob er auswandern wolle? – „Ich bin alter Offizier, in Deutschland geboren, ich sterbe auch in Deutschland.“ – „Ich musste Sie fragen.“ – „Darf man wissen, warum das Ganze?“ – „Warten Sie nur!“ Und Herr Wagner ging zu seinem Vorgesetzten, Reg. Assessor Dr. Croon⁵ hinein,

1 StAHH, 622-1/40, Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

2 Die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung war per Post zugestellt worden und musste dem Grundbuchamt vermutlich vorgelegt werden, um die Hypothek überschreiben lassen zu können; siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

3 Wagner, Verwaltungsangestellter; mindestens von 1938–1940 in der Überwachungsabt./Sicherungsanordnungen und als Devisenprüfer in der Devisenstelle Hamburg tätig.

4 Siehe Dok. 30 vom 27./28.4.1938.

hielt Vortrag, kam wieder und sagte feierlich: „Ich befreie Sie von allen Zwangsmassregeln, die auf Ihrem Vermögen liegen. Sie können frei schalten und walten, wie Sie wollen. Können Ihrer Frau die Hypothek überschreiben. Sollte irgend eine Stelle Ihnen Schwierigkeiten machen, wenden Sie sich immer an uns. Sie bekommen keinen schriftlichen Bescheid, ich sage es Ihnen hier amtlich und verbindlich.“!!!

Das Haus, das Silber, Freiheit des Vermögens, – drei schöne, wunder-, wunderschöne Erfolge in 12 Tagen.

Nach Mitternacht gab Strassburg bekannt, dass deutsche Truppen über Mährisch-Ostrau in die Tschechei einmarschierten und dass der tschechische Staatspräsident Dr. Hacha⁶ und sein Aussenminister Chvalkowsky – nach Berlin gereist sind. Das getan haben, was das Fernliegendste zu sein schien! ... Und Frankreich ... schweigt sich aus, nimmt es hin, wie England.

Schon sind Slowenen⁷ und Tschechen getrennt.

Göring vom Urlaub zurück. Eben, ehe es in der Tschechei zum Klappen kam, ordnete er für die Arbeit unter Tage den 8 ¾ Stundentag an.

Auch die Karpato-Ukraine will einen Staat für sich gründen. (Ungarn sind 15.3. dort einmarschiert.)⁸

DOK. 266

Joseph Hyman vom Joint berichtet am 17. März 1939 über Berufsverbote für Juden, über KZ-Haft von Remigranten und Kindern und über die jüdischen Flüchtlinge in Europa¹

Memorandum von Joseph Hyman, Paris, an George Backer² vom 17.3.1939

Ich habe dieses Memorandum niedergeschrieben, ohne dabei besonders auf die Reihenfolge zu achten, es sind einfach verschiedene Abschnitte, die auf dramatische und bewegende Weise die allgemeinen und Dir vertrauten Tatsachen über die Situation in Übersee unterstreichen. Sie können Dir vielleicht auf Deiner bevorstehenden Reise bei öffentlichen Ansprachen oder im Gespräch mit wichtigen Persönlichkeiten von Nutzen sein.

⁵ Richtig: Dr. Werner Kroog, Jurist, Leiter der Abt. Überwachung bei der Devisenstelle Hamburg.

⁶ Dr. Emil Hácha (1872–1945), Jurist; 1925–1938 Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtshofs in Prag; 1938 Staatspräsident, 1939–1945 Präsident der „autonomen Verwaltung“ des Protektorats Böhmen und Mähren; im Mai 1945 als Kollaborateur verhaftet, im Gefängnis Krankenhaus gestorben.

⁷ Gemeint sind Slowaken.

⁸ Der letzte Satz ist im Typoskript in Klammern gesetzt, im handschriftl. Original in kleinerer Schrift offenbar nachträglich eingefügt. Zur Situation in der Karpatoukraine siehe Dok. 106 vom 14. 10. 1938, Anm. 14.

¹ JDC, AR 33/44, 631. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

² George Backer (1902–1974) Verleger und Politiker; 1935–1950 Präsident der Jewish Telegraphic Agency, von 1936 an Mitglied des JDC Board of Directors, 1937–1943 stellv. Vorsitzender des Joint; 1938–1939 für die Demokraten im New York City Council; 1938–1950 Präsident der amerikanischen ORT, 1946–1949 der World ORT; 1939–1942 Verleger der New York Post; Autor verschiedener Bühnenstücke.

I. Deutschland.

Die völlige Verzweiflung, in der die deutschen Juden bereit sind – irgendwohin – auszuwandern, wird uns dadurch vor Augen geführt, dass etwa 4000 von ihnen das Schiff nach Shanghai genommen haben. Auf Grund der extrem schwierigen Bedingungen, die in dieser vom Krieg erschütterten Stadt herrschen, und weil die kleine jüdische Gemeinde in Shanghai absolut nicht in der Lage ist, für die zu Tausenden dort eintreffenden, mittellosen Flüchtlinge zu sorgen, haben das J.D.C. und andere Hilfsorganisationen den *Hilfsverein* in Deutschland aufgefordert, keine Menschen mehr nach Shanghai zu schicken. Dies geschah auf ausdrückliche Bitte des „Municipal Council des International Settlement“³ in Shanghai sowie auf Wunsch derjenigen Regierungen, darunter auch der USA, die diplomatisch im „International Settlement“ in Shanghai vertreten sind.

Die Antwort des Hilfsvereins, die, so wie die Dinge liegen, über den normalen Postweg im Pariser Büro des J.D.C. eintraf, sagt schon alles:

„1. Angesichts der aktuellen Notlage des deutschen Judentums wäre es uns vermutlich selbst dann unmöglich, die Auswanderung nach Shanghai aufzuhalten, wenn wir dies unbedingt wollten. Wir bitten Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Hilfsverein praktisch nur einen *Teil* der Auswanderung der deutschen Juden kontrolliert – der andere und weitaus größere Teil geht spontan und ohne die Kontrolle jüdischer Institutionen vonstatten. Nach Lage der Dinge, kann keine jüdische Organisation in Deutschland die Juden davon abhalten, an irgendeinen Ort auszuwandern, der ihnen noch offen steht.

2. Abgesehen von den vorstehenden Überlegungen sind wir davon überzeugt, dass es den meisten Emigranten in Shanghai – ungeachtet aller Schwierigkeiten der Situation dort – wesentlich besser ergehen wird als in Deutschland. Wir bestreiten keineswegs, dass unter den Flüchtlingen in Shanghai große Armut und Arbeitslosigkeit herrschen – doch glauben wir, dass einem großen Teil der Flüchtlinge relativ problemlos geholfen werden könnte, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, wenn dies effizient organisiert und die unverzichtbare finanzielle Unterstützung gewährt würde.

3. Wir wissen sehr wohl, dass es sich bei der Massenauswanderung nach Shanghai und an ähnliche Orte um nichts anderes als eine unvermeidliche Notmaßnahme handelt. Wir wären wohl nicht auf solch verzweifelte Lösungen angewiesen gewesen, wenn es rechtzeitig einen wirklich umfassenden Siedlungsplan gegeben hätte. Und wir hegen jetzt die allergrößten Befürchtungen, dass diese Pläne, die das Subkomitee in London⁴ gegenwärtig prüft, eventuell zu viel Vorbereitungszeit in Anspruch nehmen, so dass die praktische Ausführung möglicherweise *für einen sehr großen Teil des deutschen Judentums zu spät kommt*.

Wir sind der Meinung, sehr geehrte Damen und Herren, dass es ein englisches Prinzip ist, dem Mann an Ort und Stelle, ‚the man on the spot‘, zu vertrauen. Bitte glauben Sie uns, wenn wir Ihnen mitteilen, dass es uns unmöglich ist, die Auswanderung aus Deutschland zu beschränken, und dass die einzige Möglichkeit, unser Volk davon abzuhalten, an solche Orte wie Shanghai zu gehen, darin besteht, konstruktivere Auswanderungsmöglichkeiten zu finden.“

³ Der Shanghai Municipal Council verwaltete die unter britischer bzw. US-Kontrolle stehenden Stadtteile Shanghais, die zusammen das International Settlement bildeten.

⁴ Gemeint ist vermutlich die Prüfung von Einwanderungsmöglichkeiten in den brit. Kolonien, siehe Dok. 260 vom 8.3.1939.

1933 praktizierten in Deutschland 7500 jüdische Ärzte; heute haben nur noch 709 Ärzte eine Zulassung. Da sich immer noch 320 000 Mitglieder der jüdischen Glaubensgemeinschaft im Altreich befinden, heißt das, dass auf einen Arzt 450 jüdische Patienten kommen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die jüdische Bevölkerung über das gesamte Reichsgebiet verteilt ist, das mehr als 200 000 Quadratmeilen umfasst. In einem Staat wie Bayern, der zweimal so groß wie Holland ist, gibt es nur einen einzigen jüdischen Chirurgen, einen Gynäkologen, einen Hautspezialisten und einen Augenarzt. Es gibt dort keinen einzigen Facharzt für Radiologie, Nervenkrankheiten, Neurologie oder Kinderkrankheiten. Für 13 jüdische Krankenhäuser mit insgesamt 1600 Betten sind nur 29 Assistenzärzte zugelassen. Zwei jüdische Krankenhäuser in Berlin müssen ganz Ostdeutschland, mit Ausnahme von Schlesien, versorgen. Für ein Gebiet von 113665 Quadratkilometern stehen insgesamt 465 Betten zur Verfügung. In den deutschen Städten mit Ausnahme von Berlin dürfen jüdische Ärzte nicht in ihren Wohnungen praktizieren, sondern nur in jüdischen „Ambulatorien“ oder Kliniken. In Hamburg gibt es beispielsweise nur zwei solcher Einrichtungen. Dies bedeutet, dass die jüdische Bevölkerung der ganzen Stadt in eins dieser beiden Zentren gehen muss. Angesichts der großen Anzahl älterer Menschen unter den in Deutschland verbliebenen Juden sind die Patienten oft nicht in der Lage, die langen Strecken zwischen ihrer Wohnung und diesen Kliniken zurückzulegen.

Was passiert mit den deutschen Auswanderern, die gezwungen werden, nach Deutschland zurückzukehren?

Aus einem persönlichen Brief eines höchst glaubwürdigen, inzwischen in London lebenden Flüchtlings erfuhren wir, dass „Juden, die nach Deutschland zurückkehren, in der Regel, sobald sie die Grenze passieren, verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht werden, bis sie nachweisen können, dass sie erneut in der Lage sind auszuwandern. Doch in vielen Fällen werden sie, selbst wenn genügend Beweise dafür vorliegen, solange nicht freigelassen, bis die Spuren ihrer Misshandlungen nicht mehr sichtbar sind. Bei Hunderten von Lagerinsassen weiß man, dass sie im Besitz einer gültigen Einreiseerlaubnis sind, doch man lässt sie nicht weg, weil die Narben auf ihrer Haut zu offensichtlich sind.“

Über die Ereignisse vom 10. November wurde ausführlich auf nahezu allen öffentlichen Informationskanälen berichtet und diskutiert. Die Massenverhaftungen, die Zerstörung von Eigentum, die Synagogenbrände usw. sind hinlänglich bekannt. Ein oder zwei typische Vorfälle, die uns hier aus gut unterrichteten Kreisen zugetragen wurden, machen die Tragödien dieses Pogroms noch deutlicher als die überwältigenden Statistiken, aus denen hervorgeht, wie viele Synagogen niedergebrannt wurden und wie viel wertvoller Besitz für immer zerstört wurde:

An dem besagten Donnerstagmorgen tauchten SA-Leute im jüdischen Umschulungslager Bomsdorf auf und kommandierten die Jugendlichen, noch in ihren Schlafanzügen, in den Wald. Die Jungen mussten sich in einer Reihe aufstellen und wurden gezählt. Die SA-Leute fanden lediglich 38 Auszubildende vor, obwohl sie offenbar über Informationen verfügten, nach denen sich dort 40 Jungen hätten befinden müssen. Einer der SA-Männer verlangte von dem ersten Jungen in der Reihe Auskunft über den Aufenthaltsort der beiden Fehlenden. Dieser Knabe, sprachlos vor Angst, hatte keine Antwort parat und das versetzte den SA-Mann so in Wut, dass er seinen Revolver zückte, den Jungen in die Stirn schoss und anschließend den leblosen Körper mit einem Tritt zur Seite beförderte.⁵

5 Siehe Dok. 185 vom 30. 11.1938.

Die Kinder eines Waisenhauses in Frankfurt am Main wurden aus den Betten gejagt. Alle mussten sich in einer Reihe aufstellen, und es wurde ihnen befohlen, sich in ihren Nachthemden auf den Boden zu legen; dann prügelte die SS auf sie ein. Man befahl ihnen wieder aufzustehen, sich wieder hinzulegen, schlug sie erneut, befahl ihnen wieder aufzustehen, und das noch viele Male.

In den Konzentrationslagern befinden sich auch Kinder, aber sie werden, nachdem sie acht Tage oder länger dort verbracht haben, nach und nach entlassen.

Die Kinder in Heimen sind unterernährt, was zum Teil am Nahrungsmangel liegt, zum Teil aber auch daran, dass sie sich weigern, nicht-koscheres Fleisch zu essen. Sie sind in den Trümmern der zerstörten Waisenhäuser untergebracht, ohne ein Dach über dem Kopf. Viele von ihnen wurden während der Ausschreitungen verprügelt, und in ihren Augen stehen Angst und Verzweiflung – ich fürchte, diesen Blick behalten sie noch lange Zeit, wenn nicht ihr Leben lang.

In einer Nürnberger Wohnung flehte ein Mann, man möge ihm nichts antun, da er am kommenden Tag in die Vereinigten Staaten auswandern werde, alle seine Unterlagen seien in Ordnung. „Gib die Papiere her“, befahl der SS-Mann und zerriss sie in kleine Fetzen, während er gleichzeitig gegen ein Vertiko trat, dessen Glastüren dabei zersplitterten. „Nie-mals, du verdammter Jude, kommst du lebend davon: Bestimmt hast du dich schon gefreut, wie du im Ausland gegen uns Deutsche hetzen kannst, wenn du erstmal draußen bist.“ Mit einem Stemmeisen brach er dem Mann, der wieder aufgestanden war, die Beine.

II. Flüchtlinge in Europa

Tausende deutscher Juden sind eher bereit, ihr Leben zu riskieren, um aus Deutschland herauszukommen, als sich den fortdauernden Qualen auszusetzen, die das Bleiben in diesem Land mit sich bringt. Die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz ist bereits seit einigen Monaten für Flüchtlinge geschlossen,⁶ dennoch versuchen täglich etliche Flüchtlinge über die – unter militärischem Gesichtspunkt als unüberwindbar geltenden – schneebedeckten Berge in die Schweiz zu gelangen. Sie kommen dort mit erfrorenen Händen und Füßen an, die in vielen Fällen amputiert werden müssen.

Mit der illegalen Flucht in Anrainerstaaten, wie die Schweiz, Holland und Belgien, riskieren die Flüchtlinge nicht nur ihr eigenes Leben und die eigene Zukunft, sie gefährden auch ernsthaft den Status der dortigen Juden. In Holland hat sich beispielsweise die einheimische jüdische Bevölkerung heroisch bemüht, für die Flüchtlinge zu sorgen, die dort Zuflucht gefunden haben. Doch sollten sich für diese Flüchtlinge keine Möglichkeiten zur Auswanderung auftun, geraten die holländischen Juden in ernste Schwierigkeiten. Das folgende Gesuch des Zentralen Flüchtlingskomitees in Amsterdam⁷ spricht für sich:

„Um das Flüchtlingsproblem in Holland zumindest bis zu einem gewissen Grad lösen zu können, muss man sich ernsthaft mit der Frage der weiteren Emigration auseinandersetzen. Auch wenn wir eine zahlenmäßig begrenzte Aufnahme befürworten, kann ein kleines Land wie Holland mit 8000 000 Einwohnern, von denen 400 000 arbeitslos sind, und einer jüdischen Bevölkerung von 120 000, von denen 40 Prozent Bettler sind, nicht die Last schultern, mehr als 20 000 Menschen über einen unbestimmten Zeitraum hinweg zu

⁶ Zur Schweizerischen Flüchtlingspolitik siehe Dok. 271 vom 3.4.1939, insbesondere Anm. 16.

⁷ Zum Comité voor Joodse Vluchtelingen siehe Dok. 174 vom 24.11.1938.

unterstützen. Zudem wird Holland möglicherweise auf Grund seiner geographischen Lage eine große Rolle bei der vorübergehenden Evakuierung des deutschen Judentums zufallen. Man kann ziemlich sicher davon ausgehen, dass wir nur Erlaubnis bekommen, diese Aufgabe zu erfüllen, wenn die Regierung sieht, dass sich etwas bewegt.

Hinsichtlich der finanziellen Verantwortung möchten wir darauf hinweisen, dass wir während der vergangenen sechs Jahre ununterbrochen große Beträge für das deutsche Judentum aufgebracht haben. Das holländische Judentum beabsichtigt keineswegs, sich in Zukunft vor dieser Verantwortung zu drücken. Allerdings sollte diese Verantwortung, die uns aufgenötigt wird, in einem angemessenen Verhältnis zu den Mitteln stehen, die wir realistisch aufbringen können. Insofern hoffen wir, dass ab sofort das Problem als Ganzes betrachtet wird und dass nicht nach dem Zufallsprinzip den kleinen Ländern, die an Deutschland angrenzen, die ganze Last aufgebürdet wird, nur weil sich die Flüchtlinge dort zufällig gerade aufhalten.“

Die Verarmung der Juden in Polen ist geradezu sprichwörtlich unter den Menschen, die in Übersee mit der jüdischen Problematik vertraut sind. Es heißt ohne Übertreibung, dass immerhin ein Drittel der jüdischen Bevölkerung Polens praktisch hungert. Doch als in der Nacht des 31. Oktober 20 000 in Deutschland lebende polnische Juden von dort deportiert und hinter der polnischen Grenze abgesetzt wurden, teilten die Juden Polens bereitwillig und großzügig ihre wenigen Habseligkeiten mit den Deportierten.⁸

Das Zentrale Flüchtlingskomitee in Warschau⁹ führte an etwa 400 Orten in ganz Polen eine Spendensammlung zugunsten der Deportierten durch und sammelte in drei Monaten ungefähr 850 000 Złoty. Zusätzlich wurden große Mengen Wäsche, Kleidung, Decken usw. als Sachspenden gesammelt. Die Sammelaktionen in Polen wurden noch durch Zuwendungen des J.D.C. und anderer ausländischer Hilfsorganisationen aufgestockt.

⁸ Zur Abschiebung der poln. Juden siehe Dok. 112, I B und I B vom 28. 10. 1938, Dok. 118 vom Okt. 1938 und Dok. 122 vom 8. 11. 1938.

⁹ Das Komitee, das die Tätigkeit lokaler Hilfsorganisationen koordinierte, war bereits im Frühjahr 1933 gegründet worden, um polnische Juden zu unterstützen, die aus Deutschland remigrierten, flohen oder nach dem Reichstagsbrand ausgewiesen wurden; bis 1935 waren dies etwa 9000 Personen. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten musste das Komitee seine Tätigkeit vorübergehend einschränken, wurde aber vom Herbst 1938 an wieder sehr aktiv.

DOK. 267

Die Kirchenkanzlei Berlin rät dem Oberkirchenrat Wien am 18. März 1939 zur Zurückhaltung gegenüber dem Büro Grüber, das evangelische „Nichtarier“ unterstützt¹

Schreiben der Kirchenkanzlei Berlin (K.K. III 186/39), i.V. ungez., an den Evangelischen Oberkirchenrat, Wien, vom 18.3.1939 (Abschrift)²

Auf das gefl. Schreiben vom 26.1.39 – Z. 601 – teilen wir erg. mit,³ dass ein Dr. Erwin Reisner⁴ in Wien uns nicht bekannt ist. Wohl aber haben wir Kenntnis von dem Bestehen der genannten „Kirchl. Hilfsstelle“ für evang. Nichtarier in Berlin unter der Leitung von Pfarrer Grüber.⁵ Diese Hilfsstelle ist keine kirchenamtliche Einrichtung, sondern hat sich aus freien Kräften gebildet, um insbesondere die seelsorgerliche Beratung und Betreuung bei der Auswanderung evang. Nichtarier vorzunehmen. Ausserdem bemüht sie sich um die schulische Versorgung von nichtarischen evangelischen Schulkindern, die infolge ihrer Abstammung öffentliche Schulen nicht besuchen können. Endlich betreibt sie in Zusammenarbeit mit Pfarrer von Bodelschwingh⁶ in Bethel und Pfarrer Braune⁷ in Lobetal bei Bernau die Fürsorge für nichtarische evang. Hilfsbedürftige (Alte, Kranke, Sieche, Kriegsbeschädigte). Wie wir aus dem Reichsministerium für die kirchl. Angelegenheiten erfahren, nehmen die zuständigen staatlichen Stellen (Kirchenministerium, Innenministerium, Auswärtiges Amt, Geh. Staatspolizeiamt) die Hilfsstelle als gegeben hin und verhandeln mit ihr in den einschlägigen Fragen, obwohl gegen die Person des Leiters, Pfarrer Grüber, der der Dahlemer Richtung der B.K.⁸ angehört, gewisse Bedenken bestehen. Wieweit es angezeigt erscheint, Vertreter der Hilfsstelle vor einer amtlich anberaumten Pfarrerversammlung sprechen zu lassen, müssen wir der dort. Entscheidung überlassen. Eine finanzielle Unterstützung der Hilfsstelle aus amtlichen kirchlichen Mitteln kommt u.E. nicht in Frage.

K.K.⁹

1 EZA 1/3071, Bl. 202+RS.

2 Das Original ist mit handschriftl. Anmerkungen, Kürzeln und einem Stempel versehen.

3 Der Evang. Oberkirchenrat hatte ein Schreiben von Dr. Erwin Reisner weitergeleitet, in dem dieser mitteilte, dass er vom Büro Pfarrer Grüber zum Vertrauensmann für Wien und die Ostmark bestellt wurde; wie Anm. 1, Bl. 201.

4 Dr. Erwin Reisner (1890–1966), Religionsphilosoph; 1937–1939 Sekretär der Abt. Judenmission des Internationalen Missionsrats in Wien, bis Febr. 1939 Leiter der Vertrauensstelle des Büros Grüber in Wien, anschließend im Büro Grüber in Berlin tätig; nach 1945 Professor in Berlin.

5 Heinrich Karl Ernst Grüber (1891–1975), Pfarrer; von 1934 an Pfarrer in Berlin-Kaulsdorf; 1938–1940 Leiter der Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische „Nichtarier“; 1940 Auflösung der Hilfsstelle, Grüber wurde 1940–1943 in den KZ Sachsenhausen und Dachau inhaftiert; nach 1945 Probst zu Berlin, 1949–1958 Bevollmächtigter der EKD bei der DDR-Regierung.

6 Dr. Friedrich von Bodelschwingh (1877–1946), Theologe; 1910–1946 Leiter der diakonischen Einrichtung in Bethel bei Bielefeld; Mai–Juni 1933 Reichsbischof der evang. Kirche; Mitglied der Bekennenden Kirche, führendes Mitglied des Centralesschusses (CA) der Inneren Mission.

7 Dr. Paul Gerhard Braune (1887–1954), Pfarrer; von 1922 an Leiter der von Friedrich von Bodelschwingh gegründeten Hoffnungstaler Anstalten und von 1929 an Bürgermeister in Lobetal, bis 1954 dort Pfarrer; 1932–1954 Vizepräsident des CA der Inneren Mission; 1940 Verfasser einer Denkschrift gegen die „Euthanasie“; Aug.–Okt. 1940 Gestapohaft; von 1945 an Mitglied der Kirchenleitung der Landeskirche Berlin-Brandenburg, Vizepräsident der Provinzialsynode und Synode der EKD.

8 Bekennende Kirche. Von Okt. 1934 an bildete sich innerhalb der Bekennenden Kirche der radikale Dahlemer Flügel, der die Zusammenarbeit mit den Kirchenbehörden ablehnte.

9 Kirchenkanzlei.

DOK. 268

**Siegfried Simon aus Berlin bittet am 24. März 1939
Ruth Kimmel darum, seinem Schwiegervater zu einem Zertifikat
für die Palästinaemigration zu verhelfen¹**

Schreiben von Siegfried Simon,² Berlin O.2, Horst Wesselstr. 24, an Ruth Kimmel, Jerusalem, vom 24.3.1939³

Sehr geehrtes Fräulein Kimmel!

Ich hoffe, dass Sie sich meiner noch aus der Zeit erinnern, wo Sie in der Finanzabteilung und ich in der Hauptbuchhaltung gearbeitet haben. In der Zwischenzeit sind Sie ja ein grosses Tier in Jerusalem geworden, und wenn man in Not ist, sucht man alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Ich komme nicht meinetwegen, da ich sowieso in den nächsten Wochen nach Erez gehe, sondern wegen meines Schwiegervaters. Ich habe folgende Bitte an Sie:

Wenn ich nach Erez gehe, hinterlasse ich hier meinen Schwiegervater *Moritz Cohn*,⁴ *Horst Wesselstr. 24*. Mein Schwiegervater ist 70 Jahre alt und ist, wenn wir auswandern, (er ist Witwer) ganz allein und ohne Existenz, da ich ihn unterstützt hatte. Er müsste also Wohlfahrtsunterstützung beziehen. Er hat einen Sohn, der seit 1933 in Erez lebt. Dieser hat ihn bereits einmal angefordert. Die Anforderung ist das letzte Mal abgelehnt worden, und es läuft jetzt für diese Schedule eine neue Anforderung.⁵ Mein Schwager ist als Kapitalist ausgewandert,⁶ arbeitet als Maurer und hat in Kiriath-Bialik ein eigenes Haus. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn es Ihnen möglich wäre, in dieser Angelegenheit etwas zu tun.

Bemerken möchte ich noch, dass das hiesige Palästina-Amt meinen Schwiegervater auf die Vordringlichkeitsliste gesetzt hat. Ich habe diesen Brief an meinen Schwager geschickt, der Ihnen denselben mit einem Begleitschreiben direkt von dort aus übersenden wird, da ich, wie gesagt, nach Erez gehe. Ich wäre Ihnen sehr dankbar wenn Sie irgend etwas tun könnten.⁷

Mit vielen Grüßen

¹ CZA, S7/791.

² Siegfried Simon (*1903), emigrierte im Aug. 1939 nach London.

³ Fritz Cohn, der Sohn von Moritz Cohn, leitete das Schreiben seines Schwagers Siegfried Simon an Ruth Kimmel weiter; Schreiben von Fritz Cohn an Ruth Kimmel vom 31.3.1939, wie Anm. 1.

⁴ Moritz Cohn (1869–1942), Kaufmann; wurde am 13.1.1942 aus Berlin nach Riga deportiert; weiteres Schicksal unbekannt.

⁵ Palästina-Emigranten hatten die Möglichkeit, ihre in Deutschland verbliebenen direkten Angehörigen anzufordern. Nach Genehmigung durch die Einwanderungsstellen der Mandatsregierung konnten die Angehörigen mit Hilfe eines sog. Verwandten-Zertifikats (D-Zertifikat) nach Palästina einwandern.

⁶ Personen mit einem Vermögen von 1000 brit. Pfund konnten mit sog. Kapitalistenzertifikaten nach Palästina einwandern.

⁷ Ruth Kimmel arbeitete bei der Einwanderungsabt. der brit. Mandatsregierung in Palästina, für die Anforderung von Eltern und Kindern über 18 Jahren war aber ausschließlich die Zentralstelle der Mandatsregierung in Jerusalem zuständig. Kimmel bat im April 1939 das Palästina-Amt in Berlin, Moritz Cohn auf die Liste der D-Zertifikatsanwärter zu setzen und ihn für ein solches Zertifikat zu empfehlen; Ruth Kimmel an das Palästina-Amt Berlin, 7.4.1939, wie Anm. 1.

DOK. 269

Simon Meisner schildert am 25. März 1939 seine Erfahrungen im Flüchtlingslager und mit der Fremdenpolizei in Belgien¹

Schreiben des Lehrers Simon Meisner, Brüssel, vom 25.3.1939 (Abschrift)²

Es ist Samstagnacht, und will ich endlich Ihre Briefe vom 5. und 8. März beantworten. Von Antwerpen bekomme ich prompt alles nachgeschickt und läuft noch viel Post an meine alte Adresse ein und hat sich in der Emigration meine Korrespondenz nicht verkleinert. Nun habe ich aber gegen eine Vertrauenskrise zu kämpfen. Man will mir in U.S.A. nicht verzeihen, dass ich in Europa hängen blieb und bange ich nur darum, dass es keine nachteiligen Folgen für andere Menschen hat. Ich kann hier beobachten, wie schnell es bei gewesenen Reichen bergab geht. Einige Zeit in die Volksküche gehen, einige Male durch ein Fensterchen ein paar Cent empfangen, ein paarmal bei einer Wohltätigkeitsgesellschaft oder beim Comité gewesen, und schon haben die Leute das Aussehen und die Psyche eines berufsmässigen Schnorrers. Solche Gedanken tauchen leicht im Unterbewusstsein der Amerikaner auf, und um dies zu zerstreuen, schrieb ich entschieden, dass an meiner Lebensauffassung sich nichts änderte und keine persönlichen, privaten Wünsche von mir die Adressaten beunruhigen werden. Ich predige auch hier in Brüssel, dass man nicht an die Hilfe von Menschen glauben darf, die einen zum Bettler werden lassen, wenn man sie ernst nimmt. Erlösen kann uns nur die eigene Arbeit, die eigene Leistung. Im fremden Land ist man der Eindringling und sich selbst muss man treu bleiben, will man einen Weg vom Dunkel zum Licht gehen. Weil aber die vielen Menschen nicht durch eigene Kraft aus Deutschland auswandern können, appelliere ich wie bisher um Affidavits und um Devisen, damit Menschen wieder auf eigene Füße gestellt werden können. Ich glaube an die ewige g'ttliche ausgleichende Gerechtigkeit und will ich meinen Beitrag leisten, indem ich die Versprechen halte, die ich in Deutschland und beim Verlassen gegeben habe. –

Heruntergekommene, Heruntergekommene, Heruntergekommene ist das Gros der Flüchtlinge. Eine wunderbare Einrichtung kämpft dagegen. Eine Stunde von Brüssel entfernt ist das Flüchtlingslager Merxplas. Mein Kollege Warscher ist dort.³ 650 Leute umfasst das Lager und ein zweites für weitere 700 ist geplant. Merxplas ist eine Einrichtung der belgischen Regierung, die seit 1905 besteht und unter dem Namen „Vagabundenlager“ bei allen Sachverständigen für diese Lösung des modernen Strafvollzugs berühmt geworden ist. Es werden alle Vagabunden und Besserungsbedürftige interniert. Das Lager umfasst durchschnittlich 2000 bis 3000 Insassen auf 600 Hektar Land und bildet einen Staat im Staate. Alles, was hier verbraucht wird, wird selbst erzeugt. Es gibt alle Handwerke, die gebraucht werden. Es existieren ein Lazarett, eine Irrenanstalt, eine Kirche, ein Friedhof, ein Schwimmbad, ein Schlachthaus, eine Schule und eine kleine Feldbahn, die die einzel-

¹ LBI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 4.

² Das Dokument enthält einige sprachliche und orthographische Eigentümlichkeiten, die im Wesentlichen beibehalten wurden. Der Adressat wird nicht genannt, der Brief befindet sich im Nachlass von Karl Adler.

³ Moritz (Moshe) Warscher (1902–1940), Lehrer; 1927–1930 Religionslehrer und Schochet (Schächter) in Freudental, 1932 Religionslehrer in Schwäbisch Gmünd, später in Rottweil; 1936 für sechs Monate im KZ Welzheim, anschließend Flucht nach Belgien, dort Lehrer in einem Flüchtlingslager; in Frankreich als vermeintlicher deutscher Spion erschossen.

nen Teile verbindet. Den Emigranten wurden in diesem seltsamen Staat bloss 2 Gebäudekomplexe zugewiesen, die sie selbst verwalten. Es wird streng darauf gesehen, dass sie mit den Vagabunden nicht in Berührung kommen. Sie bilden innerhalb des Vagabundenstaates wieder ein kleines selbständiges Gemeinwesen. Sie halten die Gebäude sauber, besorgen den Ofendienst, waschen das Geschirr, bedienen die Wäschereinigungsmaschinen und leiten ihre eigenen Umschulungskurse. Aus dieser scharfen, aber notwendigen Trennung ergibt sich, dass die Emigranten sich nach Belieben nur in einem kleinen Umkreis ihrer beiden Gebäude bewegen können. Die Landarbeiter ziehen natürlich frei hinaus auf ihr Land, das sie düngen, jäten und betreuen lernen. Sie machen ihre Sache so gut, dass ihnen die kleinere Farm mit einem Viehbestand von 80 Stück und einem Boden von einigen Hektar zur alleinigen Bestellung überlassen wurde. –

Ein Arbeitstag:

Der Tag in Merxplas beginnt um 6 Uhr morgens. Auf der grossen Spielwiese zwischen den beiden Hauptgebäuden versammeln sie sich zur Morgengymnastik. Dann gehts in den Waschraum, der über 200 Leute fasst. Bald hat auch jeder sein Bett gemacht und findet sich zum Frühstück in dem riesigen Speisesaal ein. Es gibt Kaffee und Brot. Um ½ 8 Uhr ist Abmarsch in die einzelnen Umschulungskurse. Nur das „Hauspersonal“ bleibt zurück, um die Säle zu reinigen, die Oefen warm zu halten, das Mittagsmahl vorzubereiten usw. (Es gibt eine rituelle und eine nichtrituelle Abteilung). Jede Woche werden andere Ordner bestimmt, sodass jeder früher oder später zu diesen Diensten, die der Allgemeinheit dienen, herangezogen wird. Um 12 Uhr kehren alle hungrig von der Arbeit zurück. Nachmittags wird wieder fleissig umgeschult, um 6 Uhr das Nachtmahl serviert, dann gibts Sprachkurse (englisch, spanisch, hebräisch und französisch), um ½ 9 Uhr wird zu Bett gegangen. Jeder Schlafsaal umfasst 40 Mann. Zwei Kameraden werden als Vertrauensleute beim Komitee in Brüssel gewählt. Eine selbstgewählte Lagerpolizei sorgt für Ruhe und Ordnung, Sekretariat, Post, Krankenpflege, Kantine usw. Es gibt einen Disziplinar-, einen Gesundheits-, Bildungs-, Umschulungs-, Fürsorge- und Theaterausschuss. Alle Voraussetzungen für eine Gemeinschaftserziehung sind da. –

Herr Czarnolewski, Leiter der evangelischen Mission in Antwerpen, war bereit, mich genügend unterstützen zu lassen, wenn ich regelmässig die Vorträge besuche. An eine Überredung zur Taufe werde nicht gedacht. Da ich aber nicht die Enttäuschung bereiten wollte, später doch kein evangelischer Missionar zu werden, nahm ich das Angebot nicht an. Mit dem 5 Tage Englandvisum, welches ich hätte bekommen können, fuhr ich nicht, weil der Beamte des Foreign Office mich nicht hätte landen lassen, und die Kosten wären überflüssig gewesen. Den Rat des Komitees, ungemeldet in Antwerpen zu bleiben, befolgte ich nicht und wagte den gefährlichen Schritt nach Brüssel, vor dem ich gewarnt wurde. Da in Brüssel dasselbe wie in Antwerpen gilt, war es dem Komitee nicht möglich, mich anzunehmen und für meinen Aufenthalt zu bitten. Da versuchte ich das Mittel, einen Strafantrag gegen mich selbst zu stellen, was schon viele versuchten, um ins Gefängnis zu kommen. Ich wünschte, da ich nicht in Belgien bleiben konnte, nach Frankreich abgeschoben zu werden. Am 7. März 1939, also einen Tag nach meinem Antrag vom 6., wurde ich morgens um 6 Uhr aus dem Bett heraus verhaftet und in das schöne Justizgebäude in Begleitung von 2 Beamten gebracht. Mein ganzes Gepäck musste ich mitnehmen. Im Justizpalast musste ich alle meine Taschen leer machen. Alle Briefe, alle Dokumente wurden für die Untersuchung gesichtet. Hernach brachte man mich in das Zimmer der Untersuchungshaft. Mittags wurde ein Essen gebracht. Nachmittags um ½ 4 Uhr

wurde ich herausgeholt und wurde mir eröffnet, dass die Sûreté Publique (Zentralfremdenpolizeistelle) sich geweigert habe, mich ins Gefängnis überführen zu lassen. Da gegen meine Vergangenheit nichts einzuwenden sei, wird mir Aufenthaltsgenehmigung bis zur Weiterwanderung nach U.S.A erteilt. Jedoch müsse ich mich sofort beim Meldeamt in die Fremdenliste eintragen lassen. Ich bin also ganz überraschend um das Mindestquantum 10 Tage Gefängnis herumgekommen, um die Ausweisung und um die Zwangsabschiebung. Mein Erlebnis wurde von niemand geglaubt, und beim Komitee wurde mir gesagt, dass es nicht sein kann, dass ich so kurz inhaftiert war, und der Ausweisbefehl müsste mir ausgehändigt worden sein. Ich habe also meine Ruhe in Brüssel und kann meine Pläne weiter schmieden, ohne jede Minute geschnappt werden zu können. Inzwischen habe ich einen Anzug für 250 Franken und einen Füllfederhalter für 100 Franken verkaufen können. Wir wohnen in einem Zimmer zu viert, damit jeder nur 15 Franken wöchentlich zahlen braucht. Sie können also ausrechnen, dass ich für längere Zeit meinen Lebensunterhalt habe. Ich hoffe, dass es mir gelingt, Stunden zu geben und wird alles schon recht werden. Wer die Ruhe und das Selbstvertrauen nicht verliert, ist nie im Leben verloren, denn immer muss es einen Weg nach oben geben. Gestern habe ich das erste Mal in einer Synagoge geleint.⁴ So wird man eher bekannt, und morgen denke ich, für die Flüchtlingskinder einen Seder zu geben.⁵

DOK. 270

Hanna Kaack aus Hamburg bemüht sich am 29. März 1939, ihren Sohn in die Obhut der Quäker zu geben¹

Schreiben von Hanna Kaack,² Hamburg-Lokstedt, Werderstr. 16, vom 29.3.1939 (Abschrift)³

Sehr geehrter Herr Doktor,⁴

ich bin durch Frau Prof. Ernst Bruck⁵ auf Sie aufmerksam gemacht worden, da sie glaubt, dass vielleicht Sie in der Lage sind, meinen Jungen in dem landwirtschaftlichen Betrieb in Ommen unterzubringen.⁶

4 Entlehnung aus dem Jiddischen: lesen. Es ist vermutlich das „Vor“lesen in der Synagoge gemeint.

5 Hebr.: Ordnung; Kurzbezeichnung für den Sederabend, der den Auftakt des Pessach-Festes markiert. An diesem Abend wird im Kreis der Familie oder der Gemeinde des Auszugs aus Ägypten gedacht.

1 BArch, R 58/6026, Bl. 223f.

2 Johanna Kaack, geb. Strelitz (1898–1991), Turn- und Haushaltslehrerin; die geplante Auswanderung misslang. J. Kaack wurde in den Jahren 1939–1941 mehrfach von der Gestapo verhaftet und 1942 nach Theresienstadt deportiert, 1945 befreit.

3 Das Schreiben stammt aus den Akten des für die Überwachung der Quäker zuständigen Referats II 1 B4 des SD-Hauptamts und resultiert aus der gegen Dr. Hans Albrecht verhängten Postkontrolle; wie Anm. 1, Bl. 183RS-190.

4 Dr. Hans (Johannes) Albrecht (1876–1956), Ingenieur; zuerst im Hamburger Landesamt für Statistik, später als Schiffsvermessungsingenieur tätig; von 1919 an in der Quäkerbewegung aktiv, 1927–1947 in leitender Funktion; SPD-Mitglied; 1934 aus dem Staatsdienst entlassen; Mitarbeit beim Aufbau der Quäkerschule in Ommen.

5 Margarete Bruck, geb. Kaeß, Frau des 1935 aufgrund seiner jüdischen Abstammung zwangsemeritierten Direktors des Seminars für Versicherungswissenschaft der Hamburger Universität, Dr. Ernst Bruck (1876–1942).

6 Die niederländische Gemeinde Ommen wurde von 1933 an wegen ihrer Quäkerschule, die zum

Als nichtarische Christin, evangelischer Konfession, bin ich von meinem arischen Mann geschieden. Von meinen beiden Söhnen,⁷ die 1 und 15 Jahre alt sind, ist für den jüngeren eine englische Familie gefunden worden, die eine mehrjährige Garantie gibt; er fährt, sobald das Permit vom Home Office eintrifft.

Meine Sorge betrifft den älteren, der im April 15 Jahre alt wird. Er ist ein etwas schwieriges Kind. Körperlich kräftig, leidet er an nervösen Sprachstörungen und Hemmungen. Vor einem Jahr hat ihn die Volksschule aus der 2. Klasse entlassen. Es fehlt ihm die 1. Klasse und das Abgangszeugnis.

Ich habe alles versucht, ihn unterzubringen, und bin überall auf die grössten Schwierigkeiten gestossen. Das fehlende Abgangszeugnis sowohl wie die Tatsache, dass er 50 % Mischling ist, haben es unmöglich gemacht, ihm eine Lehrstelle zu verschaffen.

Im Oktober wurde er endlich im Rauhen Haus (Wichern-Stiftung) aufgenommen,⁸ mit dem Versprechen, er könnte dort viele Jahre bis zur vollständigen Ausbildung in einem Beruf bleiben. Plötzlich erfahre ich, ohne Angabe besonderer Gründe, dass er dort nicht bleiben könnte.

Da ich die Absicht habe, demnächst Deutschland zu verlassen, mir der Wunsch auch schon von amtlicher Stelle nahegelegt worden ist, bin ich jetzt völlig ratlos; zumal ich keine Möglichkeit sehe, den Jungen mit mir zu nehmen.

Der Vater zahlt eine Monatsrente von M 90.–, kümmert sich aber im übrigen nicht um das Kind. Er wäre ganz sich selbst überlassen, weil auch niemand zurückbleibt, der sich seiner annehmen könnte. Durch die Schenkung eines Grundstückes, im Augenblick noch in meinem Besitz, möchte ich den Jungen pekuniär sicherstellen, ein Gesuch um Genehmigung läuft bereits. Der Ertrag aus dem Hause ist ungefähr M 150.– monatlich.

Da mir keine Devisen zur Verfügung stehen, um die Ausbildung im Ausland zu finanzieren, ist mir der Gedanke gekommen, falls die Devisenstelle die Genehmigung erteilt, der Quäkergesellschaft diesen Betrag monatlich zur Verfügung zu stellen, zur Verwendung im Inland. In Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit wäre ich Ihnen für eine recht baldige Antwort sehr verbunden und zeichne ergebenst.

Zufluchtsort für jüdische Kinder aus Deutschland wurde, bekannt. Die im Schloss Eerde untergebrachte Schule existiert heute als International School Eerde weiter.

⁷ Hans Kaack (*1924); besuchte die Volksschule in Hamburg-Lokstedt und verschiedene Internate in Ratzeburg und Gland/Schweiz, 1938–1940 im Rauhen Haus in Hamburg, anschließend Besuch der Handelsschule und Anstellung als Bote in verschiedenen Druckereien. Rolf Kaack (*1927); Optiker; im Juli 1939 nach Großbritannien emigriert.

⁸ Rauhes Haus: sozialpädagogische Einrichtung der Diakonie in Hamburg, 1833 vom evang. Sozialreformer Johann Heinrich Wichern gegründet. Er gilt als Wegbereiter der modernen Diakonie.

DOK. 271

Polizei- und Justizvertreter Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande und der Schweiz beraten am 3. April 1939 in Brüssel über die illegale Einwanderung aus Deutschland¹

Protokoll (vertraulich) der Sitzung vom 3.4.1939 in der Sûreté Publique,² undat. und ungez.³

Das Großherzogtum Luxemburg war durch Herrn Wester, Richter am Obersten Gericht von Luxemburg, vertreten;

die Niederlande durch Herrn Tenkink,⁴ Rechtsreferent im Außenministerium;

die Schweiz durch Herrn Rothmund, Leiter der Bundespolizeidepartements in Bern;

und Belgien durch die Herren de Foy,⁵ Inspektor der Sûreté Publique, und Schneider, Direktor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel.

Herr de Foy eröffnet die Sitzung mit der Bemerkung, dass die Regierung des Königs einen Meinungs austausch mit den drei vertretenen Staaten gewünscht habe, um das Problem des illegalen Flüchtlingsstroms aus Deutschland zu untersuchen. In Anbetracht der Ereignisse und der Tatsache, dass sich diese Staaten hinsichtlich des Flüchtlingsproblems in der gleichen Lage wie Belgien befänden, solle erörtert werden, mit welchen Maßnahmen dieses schwierige Problem geregelt werden müsse. Es drohe nämlich zu unlösbaren Komplikationen zu führen, wenn man nicht unverzüglich handle.

Schon anlässlich der zwischenstaatlichen Konferenz von Evian habe man feststellen können, dass die hier vertretenen Staaten, sowohl vom menschlichen Standpunkt aus als auch ihren Möglichkeiten nach, im nationalen Rahmen ihrer Pflicht gegenüber den vom Nazi-Regime verfolgten Opfern mehr als nachgekommen sind. In Bezug auf das Asylrecht sei ein Sättigungsgrad erreicht worden, über den im Prinzip nicht mehr hinausgegangen werden könne.

Die Ereignisse hätten sich jedoch überstürzt, und Belgien habe trotz der bisherigen Bemühungen seit einem Jahr die Ankunft von 750 Kindern, 3000 regulären Flüchtlingen sowie von mehr als 13000 Flüchtlingen aus Deutschland, die illegal nach Belgien eingereist sind und nun im Untergrund leben, hinnehmen müssen. Die bereits beachtliche Zahlenstärke der letztgenannten Kategorie schwelle von Woche zu Woche an. Man denke auch noch an die großen Kontingente, die aus Russland, der Tschechoslowakei, Polen und Spanien eintreffen.

Belgien, das zum einzigen in dieser schwierigen Lage verfügbaren Mittel gegriffen habe, nämlich zur Abschiebung aller illegal ins Land Eingereisten, habe auf Grund der Intervention sowohl der Hilfskomitees für Flüchtlinge als auch des Parlaments und unter dem Druck der Öffentlichkeit die bereits eingeleiteten Abschiebungen eingestellt. Der Justiz-

1 Algemeen Rijksarchief, Brüssel; AADB, 37C1. Das Dokument wurde aus dem Französischen übersetzt.

2 Belgischer Sicherheitsdienst, dem u.a. die Fremdenpolizei unterstand.

3 Im Original handschriftl. Unterstreichungen.

4 Dr. Jan Coenraad Tenkink (1899–1986), Jurist; von 1926 an im Justizministerium der Niederlande tätig, dort 1938–1940 Abteilungsleiter, 1940–1941 und 1945–1965 Generalsekretär (Staatssekretär).

5 Robert de Foy (1893–1959); 1922–1925 in der Justizabt. der belg. Besatzungsarmee an der Ruhr tätig, 1925 Vizedirektor, 1933 Direktor des belg. Geheimdienstes, 1925–1944 und 1947–1958 Leiter der belg. Sûreté Publique; am 10.5.1940 verantwortlich für die Zwangsevakuierung jüdischer Flüchtlinge von Belgien nach Südfrankreich; von der deutschen Militärverwaltung in Belgien verhaftet, auf Intervention der SS freigelassen; 1943 Generalsekretär des belg. Justizministeriums.

minister habe sich dem Abgeordnetenhaus gegenüber verpflichtet, vorübergehend auf diese doch unvermeidliche Verteidigungsmaßnahme zu verzichten.⁶

Das Resultat habe nicht lange auf sich warten lassen. Die illegale Einwanderung, die etwas zurückgegangen war, sei automatisch gestiegen und habe gefährliche Ausmaße angenommen. Es sei zu einer Flüchtlingswelle gekommen, die in der letzten Zeit die erschreckende Anzahl von 700 Personen alle zwei Wochen erreichte.

Zwei jüngst in der Presse erschienene Communiqués⁷ deuteten an, dass Belgien die illegale Einwanderung von Flüchtlingen nicht weiter tolerieren könne und dass es in den nächsten Tagen neuerlich und endgültig auf das einzige Mittel zurückgreifen werde, das in diesem Fall angezeigt scheint: die Abweisung.

Da die Regierung des Königs davon ausgehe, dass das Großherzogtum, die Niederlande und die Schweiz gezwungen sind, ebenso zu handeln, habe sie den Wunsch geäußert, über die Position dieser Länder aufgeklärt zu werden. Damit möchte sie den Vorwürfen begegnen, mit denen sie gewiss konfrontiert wird, sobald die geplanten unvermeidlichen Abschiebungen zur Anwendung kämen. Zudem möchte sie festhalten, dass diese Verteidigungsmaßnahmen mit denen identisch sind, welche die Nachbarländer Deutschlands ihrerseits anwendeten, um sich gegen ein mittlerweile zur Plage gewordenen Phänomen zu verteidigen.

Wenn das Reich, so de Foy, praktisch gehindert würde, auf skrupellose und unmenschliche Maßnahmen zurückzugreifen, würden wir das Londoner Komitee bei der Aufgabe unterstützen, die es sich gestellt hat, nämlich das Problem der Emigration der Juden rationell zu regeln und sie durch eine in diesem Fall unerlässliche Kooperation zu ermöglichen.⁸

Zudem werde deutlich, dass das Problem kurzfristig nicht geregelt werden könne, wenn man bedenke, dass es weiterhin bedingt sei durch die Einwanderungsgesetze jedes einzelnen der amerikanischen Staaten, die an der internationalen Regierungskonferenz von London vertreten sind.⁹

Herr Rothmund weist darauf hin, dass die drei zu dem Treffen eingeladenen Staaten im Hinblick auf ihre Bereitschaft, die Position der jeweiligen Regierung aufrichtig darzustellen, nicht belangt werden dürften und ihre Ausführungen streng vertraulich behandelt werden müssten.

Herr de Foy antwortet, dass dies selbstverständlich sei und dass die belgische Regierung sowie die eingeladenen Regierungen den Teilnehmern des Treffens einige Vorwürfe ersparen könnten, indem sie diese Zusammenkunft unerwähnt lassen und die Auskünfte, mit denen sie auf mögliche Angriffe gegen sie antworten müssten, auf Untersuchungen und Informationen ihrer offiziellen Vertreter in den betreffenden Staaten zurückführten.

Herr de Foy beendet seine Ausführungen mit folgender Definition der Politik Belgiens: Das Land könne im Prinzip keine neuen Flüchtlingskontingente mehr aufnehmen,

6 Justizminister von Belgien war von Febr. bis April 1939 Auguste de Schrijver (1898–1991), Jurist und Politiker; 1935–1936 belgischer Landwirtschaftsminister, 1936–1937 und 1940–1944 Innenminister, 1948 Staatsminister, 1959–1960 Minister für Belgisch-Kongo.

7 Nicht ermittelt.

8 Gemeint ist vermutlich das auf der Konferenz von Evian gegründete IGC, das in London tagte; siehe Dok. 64 vom 16. 7. 1938.

9 Das in London tagende Intergovernmental Committee bestand aus Vertretern von 26 bis 30 Regierungen der USA, Großbritanniens und dessen Kolonien und Dominions, Westeuropas und Mittel- und Südamerikas.

solange das Problem nicht weltweit geregelt würde. Von diesem Prinzip könne es nur abgehen 1) in den Fällen, in denen das Leben der Betroffenen oder ihre persönliche Freiheit schwer bedroht ist, 2) wenn die Betroffenen im Königreich Familienangehörige haben, 3) wenn Belgien an den Betroffenen ein besonderes wissenschaftliches oder wirtschaftliches Interesse hat.

Herr Wester, der Delegierte des Großherzogtums Luxemburg, weist darauf hin, dass sein Land auf Grund der sehr langen Grenze [mit Deutschland] die illegale Einwanderung von Flüchtlingen praktisch nicht verhindern könne. Es sei trotzdem gezwungen gewesen, rigorose Maßnahmen zu ergreifen, um eine Überflutung mit Flüchtlingen aus dem benachbarten Deutschland zu verhindern.

Vor den Septemberereignissen¹⁰ hätten sich auf luxemburgischem Territorium 3700 Flüchtlinge befunden. Seit September 1938 habe man einen Zustrom von Illegalen verzeichnet, von denen 400 aufgenommen worden seien.

Das Großherzogtum sei zu diesem Zeitpunkt gezwungen gewesen, strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation zu stabilisieren und um Illegalen laufend abschieben zu können.

Ohne auf die Einführung der Visumpflicht zurückgreifen zu müssen, konnte das Großherzogtum – in extensiver Auslegung des Gesetzes zum Schutz der nationalen Arbeitskraft¹¹ – die Abschiebung all derer rechtfertigen, die einreisten oder im Land angetroffen wurden, ohne ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt nachweisen zu können, die sie davon befreit hätten, sich eine Arbeit zu suchen.

Das Großherzogtum akzeptiere auf seinem Territorium praktisch nur diejenigen Flüchtlinge, die Luxemburger als direkte Verwandte haben, Juden, die nachweisen können, dass sie früher im Großherzogtum ansässig waren, sowie alte Menschen.

Die Betroffenen müssten eine Einlage (50 bis 70 000 Francs) auf ein Sperrkonto einzahlen und sich verpflichten, in einem Hotel zu wohnen, das ihnen in dem einen oder anderen Fremdenverkehrsgebiet zugewiesen wird.

Die übrigen Flüchtlinge hingegen würden nur dann vorläufig geduldet, wenn sie glaubwürdig nachwiesen, dass sie in naher Zukunft ausreisen könnten.

Was die illegalen Flüchtlinge betrifft, so würden Sanktionen sowohl gegen sie als auch gegen ihre Helfer ergriffen.

Die vom Großherzogtum angewandte Politik habe sich, so *Wester*, als wirksam erwiesen, so dass das Problem heute praktisch als gelöst gelten könne.

Herr Rothmund gibt einen historischen Überblick über die Flüchtlingsfrage in der Schweiz.

In den letzten zwanzig Jahren sei die Schweiz auf Grund ihrer inneren Situation und zum Schutz des nationalen Arbeitsmarkts gezwungen gewesen, die Einwanderung streng zu kontrollieren. Zunächst seien 15 Prozent der Gesamtbevölkerung Ausländer gewesen, ihr Anteil habe sich auf 10 Prozent und beim letzten Zensus sogar auf 9 Prozent reduziert.

¹⁰ Gemeint ist die Annexion des Sudetenlands; siehe Dok. 103 vom 8.10.1939.

¹¹ Großherzoglicher Beschluss vom 30. 11.1929, mit dem die Bedingungen festgelegt wurden, welche die ausländischen Arbeitnehmer für ihre Zulassung in das Großherzogtum und für ihre Arbeitseinstellung zu erfüllen hatten, in: Memorial des Großherzogtums Luxemburg, Nr. 61 vom 7.12.1929, S. 1045–1056; Großherzoglicher Beschluss vom 20. 1.1936, mit dem der Aufenthalt im Großherzogtum für Fremde vorläufig einer Einreiseerlaubnis unterworfen wurde, in: Memorial des Großherzogtums Luxemburg, Nr. 5 vom 22.1.1936, S. 58.

1933 hätten die Flüchtlinge aus Deutschland in der Schweiz eine provisorische Zuflucht gefunden. Es sei ihnen verboten gewesen, sich niederzulassen oder die Einbürgerung zu beantragen. Damit habe verhindert werden sollen, dass im Land Minderheiten entstehen mit all den Gefahren, die damit verbunden sind, wie die jüngsten Ereignisse in Europa zur Genüge gezeigt hätten.

Es seien drei Lager eingerichtet worden, in denen 3000 Menschen interniert wurden.¹² Im Übrigen konzentrierten sich allein in der Region um Basel 10000 Flüchtlinge.

Etwa 1935 sei beim Anschluss ein starker Anstieg der Flüchtlingszahlen registriert worden.¹³ Innerhalb von 14 Tagen seien 4000 Österreicher, die übrigens über ein gewisses Vermögen verfügten, in die Schweiz geflüchtet.

Angesichts des ständigen Anstiegs der Flüchtlingszahlen habe sich die Schweiz im April 1938 gezwungen gesehen, die Visumpflicht wieder einzuführen.

Im Juli 1938 hätten die Deutschen den ehemaligen Österreichern als Ersatz für ihre alten Reisedokumente Reichspässe ausgestellt. Auf die Flüchtlinge [in der Schweiz] sei Druck ausgeübt worden, das Land zu verlassen, in dem sie, wie erwähnt, nur vorübergehend geduldet waren. Außerdem sei ihnen die Internierung in ein Konzentrationslager angedroht worden,¹⁴ wenn sie der Aufforderung zum Verlassen des Landes nicht nachkämen.

Diese Maßnahmen hatten zur Folge, dass die Flüchtlingsinvasion in die Schweiz abebbte und die Emigrantenströme sich in andere Richtungen bewegten, vor allem in Richtung Ungarn.

Trotzdem hätte sich im Juli 1938 ein beachtlicher Trupp von Flüchtlingen über die Berge durchgeschlagen, ungefähr 1500 seien illegal auf Schweizer Territorium vorgedrungen.

Anlässlich einer Sitzung der kantonalen Behörden sei beschlossen worden, dass die Illegalen im Land nicht mehr toleriert, sondern abgeschoben würden.

Der Bundesrat habe seinerseits beschlossen, auf der rigorosen Anwendung der Gesetze zu beharren: Einreiseverbot für alle, die sich nicht ausweisen können oder keine reguläre Einreisegenehmigung haben; unerbittliche Abschiebung aller Illegalen.¹⁵

Man achte vor allem darauf, die Bundesverordnung von 1933 zu befolgen und die Illegalen aufzuspüren.¹⁶ Den Flüchtlingen werde vorgeschrieben, sich innerhalb von 48 Stunden nach ihrer Ankunft in der Schweiz registrieren zu lassen, und die Hotelbesitzer seien verpflichtet, sie innerhalb der gleichen Frist den Behörden zu melden.

Gewisse Ausnahmen seien jedoch gemacht worden. So sei es dem sozialistischen Hilfskomitee gelungen, 120 Flüchtlingskinder aus Österreich auf eigene Kosten in seine Obhut zu nehmen.¹⁷

12 Vom Frühjahr 1938 an wurden in der Nähe stark frequentierter Grenzübergänge improvisierte Massenunterkünfte für Flüchtlinge, u.a. in leer stehenden Fabriken, eingerichtet. Eine solche Unterkunft, finanziert von der Israelitischen Flüchtlingshilfe, existierte in Diepoldsau bei St. Gallen, sowie zwei in Basel: das sog. Sommercasino und das Emigrantenheim Hammerstraße.

13 Vermutlich Tippfehler: Es muss 1938 heißen.

14 Im Original: „Camps de concentration“, gemeint sind Sammellager, in denen die Flüchtlinge interniert wurden.

15 Am 19.8.1938 beschloss der Schweizerische Bundesrat, dass Inhabern österreichischer Pässe ohne Visum die Einreise in die Schweiz zu verweigern sei; am 29.9.1938 wurde die Visumpflicht für „deutsche Nichtarier“ eingeführt und am 20.1.1939 die Visumpflicht für Emigranten.

16 Laut Bundesratsbeschluss vom 7.4.1933 wurden Juden nur dann als politische Flüchtlinge anerkannt, wenn sie explizit wegen ihrer politischen Tätigkeit verfolgt wurden.

17 Vermutlich ist das Schweizerische Arbeiterhilfswerk gemeint, das Ferienaufenthalte für Arbeiterkinder sowie für Flüchtlingskinder aus Paris in der Schweiz organisierte.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei und die antisemitischen Gesetze, die in Ungarn, Rumänien und Polen erlassen wurden, sowie die strengen französischen Kontrollen an der Grenze zur Schweiz hätten im September 1938 die Schweiz dazu gebracht, das Problem zu überdenken.¹⁸

Die neuen Flüchtlingsströme hätten zu neuen und noch strengeren Bestimmungen und zu dem Beschluss geführt, keine Ausnahmen mehr zuzulassen. Diese Maßnahme habe sich angesichts der ausländischen Übervölkerung der Schweiz und angesichts der neuen Drohungen gegenüber den in anderen Ländern ansässigen Juden aufgedrängt.

Im vergangenen Januar habe der Bundesrat beschlossen, dass die Einreise in die Schweiz für alle Immigranten nur erlaubt sei, wenn gültige, von den zuständigen Schweizer Konsulaten ausgestellte Papiere vorlägen.

Im März 1939 sei die Visumpflicht für Tschechoslowaken wieder eingeführt worden, so wie es morgen für Ungarn geschehen werde, wenn dies sich als nötig herausstellte.

Vom internen Standpunkt

Der Unterhalt der Flüchtlinge obläge de facto den Hilfsorganisationen. Es gebe in der Schweiz eine zentrale Hilfsorganisation für jüdische Auswanderer. Andere Organisationen betreuten die protestantischen, die katholischen und die politischen Flüchtlinge unterschiedlicher Couleurs. 1937 seien alle diese Komitees in einem *Zentralbüro* für Flüchtlingshilfe zusammengefasst worden. Dieses Zentralbüro arbeite mit der *Sûreté Publique* zusammen und habe explizit seine Zustimmung zur Abschiebung der Illegalen gegeben. Es habe eingesehen, dass es nur dann funktionsfähig bleibe, wenn es nicht von einer zu schweren Last erdrückt werde. Und es musste angesichts des ausufernden Flüchtlingsstroms vermeiden, die wachsende Feindseligkeit zu schüren, die der eigenen Sache zu schaden drohte.

Das Komitee sei für 3000 völlig mittellose Flüchtlinge aufgekommen, die Kosten hierfür beliefen sich auf schätzungsweise 300 000 Schweizer Franken. Diese Mittel seien über die betroffenen Kreise sowie eine landesweite Spendensammlung, die 340 000 Schweizer Franken einbrachte, zusammengekommen.

Unabhängig von den 3000 mittellosen Flüchtlingen gebe es in der Schweiz 10[000] bis 12000 Flüchtlinge, die über gewisse Einkünfte verfügten.

Zu diesen Flüchtlingen müssten noch mehrere Hundert Kinder hinzugezählt werden.

In Bezug auf die künftige Emigration, die von Fall zu Fall geregelt wird, würde der Bundesrat aufgefordert zu beschließen, dass sich die Emigranten innerhalb von 48 Stunden melden und von den Vermietern gemeldet werden müssten. Sie müssten einen sehr ausführlichen Fragebogen ausfüllen und würden keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Das Einreisevisum werde auch künftig davon abhängig sein, ob eine baldige Wiederausreise garantiert sei und die Zielländer ein *seriöses Visum* ausgestellt hätten (ausgeschlossen seien Visa für Palästina, China, Albanien und gewisse südamerikanische Länder; das amerikanische Affidavit allein sei zudem nicht ausreichend).

Trotzdem solle ein Visum in Ausnahmefällen kinderlosen alten Leuten gewährt werden,

¹⁸ Ereignisse in der Tschechoslowakei: Gemeint ist der deutsche Einmarsch in Prag im März 1939 und die vorangegangene Annexion des Sudetenlands. In Polen wurden Juden von 1935 an zunehmend aus dem Staatsdienst, der Wirtschaft und den Universitäten verdrängt. In Ungarn beschränkte das antijüdische Gesetz vom Mai 1938 die Zahl der jüdischen Beschäftigten in verschiedenen Wirtschaftssektoren; siehe Dok. 26 vom 13.4. 1938. Zur antijüdischen Gesetzgebung in Rumänien siehe Dok. 13 vom Februar 1938, Anm. 2.

die über hinreichende Geldmittel verfügen. Sie würden verpflichtet, sich an bestimmten Orten niederzulassen.

Herr Tenkink erinnert an die Tradition der Gastfreundschaft in den Niederlanden, die schon im 15. Jahrhundert die Hugenotten großzügig aufgenommen hätten.¹⁹ Die Niederländer hielten trotz des beträchtlichen Zustroms von Flüchtlingen aus Deutschland an ihrer Asyltradition fest. Mehrere Tausend Juden seien aufgenommen und geduldet worden, aber im Mai 1938 seien nach einer heftigen öffentlichen Debatte nur noch diejenigen aufgenommen worden, die Eltern oder Geschwister in den Niederlanden hatten.

Für die Übrigen seien die Grenzen mehr oder weniger geschlossen worden.²⁰

Die Hilfskomitees und die Linkspolitiker forderten im Allgemeinen eine großzügigere Politik gegenüber den Tausenden Flüchtlingen, die an den Grenzen auftauchten ohne Erlaubnis, niederländisches Territorium zu betreten.

Angesicht der bereits beträchtlichen Belastung kämpften die Behörden gegen diese Tendenz an, die den Druck erhöht habe, als ganze Kontingente von Flüchtlingen, vor allem von Kindern, mit Hilfe der Reichsbehörden an die Grenze gebracht wurden.

Die niederländischen Behörden hätten ein Kontingent von Kindern (30) abgewiesen²¹ und beschlossen, dass keine Konvois von Flüchtlingen mehr akzeptiert würden. Man wollte damit der Ankunft weiterer, vom Reich systematisch organisierter Konvois mit Hunderten von Flüchtlingen einen Riegel vorschieben.

Im November und Dezember 1938 hätten etwa tausend Flüchtlinge (Männer und Frauen) die Tatsache ausgenutzt, dass die lange holländisch-deutsche Grenze nur schwer zu überwatchen ist, und seien illegal in niederländisches Gebiet eingedrungen.

Dieser Zustrom habe die niederländische Regierung im Januar 1939 dazu gebracht, keine Illegalen mehr zu dulden. Es sei beschlossen worden, sie grundsätzlich abzuschieben. Ausnahmen gälten nur für alleinstehende Frauen und für Kinder, die bereits zuvor aufgegriffen wurden.

Auf Grund just dieser Entscheidung, so fügt *Tenkink* an, würden die Niederlande beschuldigt, das Asylrecht nicht zu respektieren, während es 10 000 erwachsenen Flüchtlingen und 1100 Kindern gestattet wurde, in Holland zu bleiben, sowie ferner einigen Hundert Personen ohne gültige Papiere.

Andererseits habe die massenhafte Ankunft von Juden selbst in den jüdischen Milieus, wie etwa in Amsterdam, zu einer Welle von Feindseligkeiten sowohl gegenüber den jüdischen Flüchtlingen als auch den Hilfskomitees geführt.²²

Angesichts der aktuellen Lage hätten die Niederlande im Februar 1939 beschlossen, keine neuen Kontingente mehr aufzunehmen. Die Last, die das Land zu tragen habe, sei bereits

19 Tatsächlich flohen die Hugenotten erst nach Aufhebung des Edikts von Nantes im Jahr 1685 aus Frankreich in die Niederlande.

20 Am 7.5.1938 verfügte der niederländ. Justizminister, dass ein Flüchtling künftig als „unerwünschtes Element“ anzusehen sei, an der Grenze abgewiesen oder abgeschoben werde, es sei denn, er befinde sich nachweislich in Lebensgefahr. In der Folge wurden die Grenzkontrollen verschärft, die Flüchtlingszahlen stiegen jedoch weiter an. Der neue Kurs war im Parlament umstritten; allein 1938 wurden dazu elf Anfragen an den Justizminister gerichtet; Bob Moore, *Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933–1940*, Dordrecht 1986, S. 77–82.

21 Im Dez. 1938 wurde ein Kindertransport bei Nijmegen ins Deutsche Reich zurückgeschickt.

22 Von 1939 an wurden illegale Flüchtlinge in den Niederlanden in Lagern interniert, in der Regel jedoch nicht nach Deutschland abgeschoben.

schwer genug. Es sei damit deutlich gemacht worden, dass Holland diesbezüglich in menschlicher und sozialer Hinsicht seine Pflicht erfüllt habe. Weitere Lasten könnten in Anbetracht des Aufflackerns neuer antijüdischer Brandherde, die in der Tschechoslowakei und in Österreich entstanden sind oder die in Zukunft noch entstehen können, nicht mehr akzeptiert werden.

Was die Durchreise der Emigranten betreffe, müsse sich Holland gegen Betrügereien wehren, die entdeckt wurden (Affidavits, Transitgenehmigungen ohne Garantie, ausgestellt von gewissen Staaten für Zielländer wie China, Palästina ...).

Andererseits würden in Bezug auf die großen Staaten Amerikas die Auswanderungslisten nur berücksichtigt, wenn die dem Emigranten zugeordnete Nummer sicherstellt, dass die Wartezeit in Holland einen sehr begrenzten Zeitraum nicht überschreite.

Deserteure

Auf Anfrage von Herrn Rothmund weist Herr de Foy darauf hin, dass Deserteure und Kriegsdienstverweigerer nicht als zu beschützende Flüchtlinge angesehen würden. Für sie gälten die den Flüchtlingen zugestandenen Regelungen nicht.

Die anderen Delegierten merken an, dass ihre Länder diese Sichtweise teilen.

Herr de Foy fasst die Debatte zusammen und stellt fest, dass der Weg, den seine Regierung unbeirrt weiter zu verfolgen gedenke, der gleiche sei, den das Großherzogtum, Holland und die Schweiz erfolgreich beschritten hätten, um dem bedrohlichen Einwanderungsstrom ein Ende zu setzen. Auch Belgien könne, gestärkt durch die Erfahrungen dieser Staaten, diesen Weg im Vertrauen auf einen Erfolg gehen.

Er dankt den Delegationen für ihre wertvollen Ausführungen und erinnert daran, dass diese auf Wunsch aller Staaten nichtamtlichen Charakter hätten und vertraulich behandelt würden.

DOK. 272

Chaim Selzer aus Wien versucht am 14. April 1939, für seine Tochter einen Platz im Kindertransport nach England zu bekommen¹

Schreiben von Chaim Selzer² m.p., Grüne Torgasse 14/3, Wien IX., an Movement for the Care of Children from Germany,³ London, W.C.1., vom 14. 4. 1939 (Abschrift)

Ich habe bei der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien meine Tochter Vera Selzer⁴ für England angemeldet, was gleichzeitig mein Bruder in London besorgte.

Da ich bis nun keine Erledigung erhielt, sagte man mir in der Kultusgemeinde, ich möge mich an Sie wenden, und auf eine Anfrage Ihrerseits direkt bei der Kultusgemeinde wird diese Ihnen die Bestätigung über die Dringlichkeit des Falles geben.

¹ CAHJP, HMB 310B, Aufn. 110-111.

² Chaim Selzer (1886–1939), Betriebsorganisator; im Okt. 1939 ins KZ Buchenwald deportiert und dort im Dez. 1939 ermordet.

³ Siehe Dok. 218 vom 30. 12. 1938. Nach ihrer Gründung im Nov. 1938 hieß die Organisation World Movement for the Care of Children from Germany: British Inter-Aid Committee, im März 1939 wurde sie umbenannt in Movement for the Care of Children from Germany und 1940 schließlich in Refugee Children's Movement. Die Organisation ging aus einer Vereinigung des Inter-Aid-Committee mit einem Unterkomitee für Flüchtlingskinderhilfe des Council for German Jewry hervor.

⁴ Vera Selzer (*1925), Schülerin; emigrierte im Juli 1939 nach London.

Vera Selzer, geboren am 3.3.1925 in Wien, Hauptschülerin, wie ich staatenlos und heimatlos, wohnt jetzt bei mir in Untermiete bei Hajek, Wien IX., Grüne Torgasse 14/3, da sie bei ihrer Mutter, von der ich seit 13 Jahren geschieden bin, nicht bleiben durfte. Die Mutter des Kindes ist geistesgestört, und es bestand Gefahr für das Kind. Ich selbst bin seit 15. Mai 1938 arbeitslos und seit 9. Oktober 1938 auch ohne Arbeitslosenunterstützung. Das ist der Sachverhalt, aus dem man sich ein Urteil bilden kann, unter welchen misslichen Verhältnissen das Kind leiden muss.

Ich bitte Sie, sich des Falles anzunehmen und das Nötige zu veranlassen bzw. mir mitzuteilen, was ich unternehmen soll, damit ich das Kind in menschenwürdigen Verhältnissen unterbringen kann.

Ich danke Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen und empfehle mich hochachtungsvoll

DOK. 273

Jüdisches Nachrichtenblatt: Das Reichswirtschaftsministerium erteilt am 17. April 1939 Weisungen, was Emigranten bei ihrer Auswanderung mitnehmen dürfen¹

Mitnahme von Umzugsgut durch Auswanderer

Runderlaß Nr. 49/39 D. St. – Ue. St. vom 17 April 1939

Umzugsgut im Sinne des § 57 DevG. ist diejenige bewegliche Habe des Auswanderers, die zu seinem Hausrat gehört, seinem persönlichen Gebrauch oder der persönlichen Ausübung seines Berufes oder Gewerbes dient.² Für die Mitnahme sonstiger Sachen, die nicht Umzugsgut sind, z. B. Handelswaren und Wertpapiere, gelten nachstehende Bestimmungen nicht.

Unter Aufhebung der RE 38/38 D. St. – Ue. St., des AE 11/9 D. St. – Ue. St. Ziff. II, und des AE 49/39 D. St. – Ue. St. bestimme ich gemäß Abschn. IV Nr. 63 der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung:³

I.

Sachliche Behandlung der Anträge.

Es ist zu unterscheiden zwischen Altbefitz, Neubefitz und Sachen, für die ein unbedingtes Mitnahmeverbot besteht.

1. Altbefitz

Die Mitnahme von Sachen, die dem Auswanderer nachweislich bereits vor dem 1. Januar 1933 gehört haben, kann genehmigt werden, soweit nicht einzelne Gegenstände unter das unbedingte Mitnahmeverbot der Nr. 3 fallen.

2. Neubefitz.

Die Mitnahme von Sachen, die der Auswanderer erst nach dem 31. Dezember 1932 angeschafft hat, ist grundsätzlich nicht zu genehmigen.

Ausnahmen können gemacht werden für:

¹ Jüdisches Nachrichtenblatt, Nr. 33 vom 25.4.1939, S. 1.

² Gesetz über die Devisenbeschaffung vom 12.12.1938, RGBl., 1938 I, S. 1734–1748.

³ Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung, Jüdisches Nachrichtenblatt, Nr. 11 vom 30. 12.1938, S. 2; RGBl., 1938 I, S. 1851–1890; Erlasse RE 38/38 D. St., AE 11/9 D. St. und AE 49/39 D. St. nicht ermittelt.

a) Sachen, die Auswanderer im Rahmen des Notwendigen als Ersatz für unbrauchbar gewordene Bekleidungsstücke und Wäsche angeschafft haben (*Ersatzstücke*),
b) Sachen, die der Auswanderer im Rahmen des Notwendigen zum Zwecke der Auswanderung angeschafft hat (*Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände*). Die Genehmigung kann von der Leistung einer ersatzlosen Abgabe in Höhe des Anschaffungswertes an die Deutsche Golddiskontbank abhängig gemacht werden. Die Abgabe, die dem Auswanderer durch einen Festsetzungsbescheid der Devisenstelle auferlegt worden ist, darf ohne Genehmigung aus einem nach § 59 DevG. gesperrten Guthaben oder dem eigenen Auswandererguthaben des Pflichtigen geleistet werden, wenn die Ueberweisung unmittelbar durch die kontoführende Bank an die Deutsche Golddiskontbank, Berlin, vorgenommen wird.⁴

3. Unbedingtes Mitnahmeverbot.

Die Mitnahmegenehmigung ist zu versagen für:

a) *Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie für Edelsteine und Perlen.*

Ausnahmen können gemacht werden für:

- aa) die eigenen Trauringe und die verstorbener Ehegatten,
- bb) silberne Armband- und Taschenuhren,
- cc) gebrauchtes Tafelsilber, und zwar je Person 2 vierteilige Eßbestecke, bestehend aus Messer, Gabel, Löffel und kleinem Löffel,
- dd) darüber hinaus sonstige Silbersachen bis zum Gewicht von 40 g je Stück bis zu einem Gesamtgewicht von 200 g je Person.

b) *Hochwertige Ausfuhrerzeugnisse*, die Neubesitz *und* zum Wiederverkauf geeignet sind, z.B. Photoapparate, andere optische Geräte, Musikinstrumente u. dgl. Die Mitnahme kann nur ausnahmsweise gegen Leistung einer ersatzlosen Abgabe in Höhe des Anschaffungswertes an die Deutsche Golddiskontbank genehmigt werden, wenn der Auswanderer diese Sachen zur persönlichen Ausübung seines Berufes oder Gewerbes und zur Begründung einer bescheidenen Existenz im Ausland unbedingt benötigt. Nr. 2b letzter Satz gilt entsprechend.

c) Sachen, deren Ausfuhr nach der *Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken* vom 11. Dezember 1919 (RGBl. I, Nr. 236),⁵ durch österreichisches Bundesgesetz vom 24. Januar 1923 (RGBl. Nr. 80)⁶ oder in den sudetendeutschen Gebieten durch Verordnung vom 11. Januar 1939 (RGBl. I, S. 36)⁷ untersagt ist. Die Mitnahmegenehmigung ist ferner für sonstige Sachen von *besonderer* geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung zu versagen.

4. Auswanderung mit fremder Staatsangehörigkeit

Bei der Entscheidung über Anträge fremder Staatsangehöriger finden vorstehende Beschränkungen keine Anwendung. Anträgen fremder Staatsangehöriger auf Mitnahme von Umzugsgut ist daher im allgemeinen zu entsprechen.

Angehörigen der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen ist auf

⁴ Wie Anm. 2, S. 1742.

⁵ RGBl. 1919 I, S. 1962–1963.

⁶ Abänderung des Gesetzes, betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 1923, Nr. 80, S. 203–207.

⁷ Verordnung zum Schutze der Kulturdenkmäler in den sudetendeutschen Gebieten, RGBl., 1939 I, S. 36 f.

Verlangen eine allgemeine Genehmigung zu erteilen, das ihnen gehörende Umzugsgut in das Ausland mitzunehmen oder zu versenden, ohne daß diese Personen Verzeichnisse ihres Umzugsguts einzureichen brauchen.

II.

Verfahren.

1. Antrag

Der Auswanderer hat die Genehmigung zur Mitnahme von Umzugsgut drei Wochen vor seiner Auswanderung bei der zuständigen Devisenstelle zu beantragen. Er hat den bei der Devisenstelle erhältlichen Antragsvordruck nebst Fragebogen auszufüllen und nach den Vorschriften des „Merkblatt[s] für die Mitnahme von Umzugsgut durch Auswanderer“⁸ Verzeichnisse der zur Mitnahme bestimmten Sachen gemäß Vordruck in Schreibmaschienschrift anzufertigen.

Es ist je ein besonderes Verzeichnis aufzustellen, je nachdem [wie] die Sachen befördert werden sollen:

- a) in Möbelwagen, in besonders gedeckten Güterwagen, als geschlossene Sendung in anderen Beförderungsmitteln oder in Behältern bzw. Liftvans, die zollsicher verschlossen werden können;
- b) als Reisegepäck, Expres-, Eil- oder Frachtstückgut;
- c) als Handgepäck.

Im Falle b) ist für jedes Stück ein besonderes Verzeichnis anzufertigen, Sachen aus Edelmetallen und dgl. (vgl. Ziffer I Nr. 3a) sind stets im Handgepäck zu befördern und daher im Verzeichnis des als Handgepäck mitgeführten Umzugsguts aufzuführen. Im übrigen ist das Handgepäck auf die zum persönlichen Gebrauch auf der Reise unbedingt erforderlichen Sachen zu beschränken.

Innerhalb der einzelnen Verzeichnisse sind die einzelnen Sachen getrennt in folgenden 3 Abschnitten aufzuführen:

1. Abschnitt

Sachen, die vor dem 1. Januar 1933 angeschafft worden sind (Altbesitz vgl. I Nr. 1).

2. Abschnitt

Sachen, die im Rahmen des Notwendigen von dem Auswanderer als Ersatz für unbrauchbar gewordene Bekleidungsstücke und Wäsche erworben sind (Ersatzstücke vgl. I 2 a).

3. Abschnitt

Sachen, die der Auswanderer im Rahmen des Notwendigen zum Zwecke der Auswanderung angeschafft hat (Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände vgl. I. 2b).

2. Prüfung

Die Devisenstellen haben die Anträge und Verzeichnisse im allgemeinen an Gerichtsvollzieher als Sachverständige zur Prüfung weiterzuleiten. Das Umzugsgut muß stets *vor* der Auswanderung und grundsätzlich in der Wohnung des Auswanderers und in dessen Anwesenheit geprüft werden. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung der Devisenstelle zulässig.

Der Auswanderer hat sich in dem Antrag zu verpflichten, die *Kosten* der Prüfung und Schätzung seines Umzugsguts zu tragen. Wird das Umzugsgut durch einen Gerichtsvollzieher geprüft, so kann dieser unmittelbar Gebühren nach Maßgabe der „Gebührenord-

⁸ Merkblatt für die Mitnahme von Umzugsgut durch Auswanderer, RGVA, 500k-1-685, Bl. 68.

nung für die Prüfung von Umzugsgut durch die Gerichtsvollzieher als Sachverständige der Devisenstellen“ einziehen. Werden Sachen durch Spezialsachverständige geprüft, so erheben diese Gebühren, die von der Industrie- und Handelskammer festgesetzt werden. Der Antragsteller kann gegen die Schätzung einer Sache Einspruch erheben. Der Sachverständige hat die Vorgänge dann an die Devisenstelle zurückzugeben, die sie an die zuständige Industrie- und Handelskammer weiterleitet. Diese bestellt gegebenenfalls nach Erhebung eines Kostenvorschusses einen Obergutachter zur Nachprüfung der angefochtenen Schätzung.

3. Genehmigung

Nach Abschluß der Prüfung entscheidet die Devisenstelle endgültig darüber, welche Sachen mitgenommen werden dürfen und in welcher Höhe Abgaben an die Deutsche Golddiskontbank zu leisten sind.

Die Genehmigung darf gegebenenfalls erst ausgehändigt werden, wenn

- a) der Auswanderer durch Vorlage einer Quittung der Deutschen Golddiskontbank, einer Reichsbankanstalt oder der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) nachweist, daß er die ihm auferlegte Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank geleistet hat und
- b) ausländische Vermögenswerte sowie ausländische Schutzrechte des Antragstellers (vgl. Erklärung auf der Rückseite des Antragsvordrucks) sichergestellt sind, sofern sie nicht freigegeben werden.

Der Reichswirtschaftsminister.

Im Auftrag

gez. Dr. Schlotterer

DOK. 274

Cornelius von Berenberg-Gossler setzt sich am 18. April 1939 bei der Gestapo Berlin für die Emigration Fritz Warburgs ein¹

Tagebuch von Cornelius Freiherr v. Berenberg-Gossler, Hamburg, Eintrag vom 18.4. 1939

Morgens 7 Uhr nach Berlin gereist. Besuch in der Deutschen Bank bei Direktor Ermisch u. später bei Baron Ritter (in Firma Merck, Finck) für Rée. Dazwischen im Gebäude der Gestapo (Geheimes Staatspolizeiamt) Prinz-Albrecht-Straße 8 beim Gruppenführer Wolff,² Adjutant des Polizeichefs Himmler, wegen Dr. Fritz Warburg, der in Hamburg festgehalten wird. Sehr freundliche Aufnahme. Wolff spricht in meiner Gegenwart telefonisch mit seinem Vorgesetzten Heiderich³ (der in demselben Hause ist) in durchaus wohlwollender Weise über den Fall. Ich habe den Eindruck, daß man Warburg als prominenten Juden festhalten will, als Geisel für den Fall ausländischer Verwicklungen. Sollten solche Verwicklungen in absehbarer Zeit nicht eintreten, besteht vielleicht eine Möglich-

¹ StAHH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch v. Cornelius Berenberg-Gossler 1939.

² Karl Friedrich Otto Wolff (1900–1984), Bankkaufmann; 1931 NSDAP- und SS-Eintritt; 1933–1945 SS-Führer im Stab des RFSS, 1936–1939 Chef des Persönlichen Stabs des RFSS, 1936–1945 Reichstagsabgeordneter, 1944–1945 Bevollmächtigter General der Wehrmacht und Leiter der Militärverwaltung in Italien; 1945–1949 inhaftiert; 1949–1960 Generalvertreter der Illustrierten Revue in Köln, 1964 wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, 1969 entlassen.

³ Gemeint ist Heydrich, der aber nicht der Vorgesetzte von Wolff war.

keit für Warburgs Freilassung über die Grenze, wenn er für seine Rechnung unbemittelte Juden mitnimmt. – Nachm. in Potsdam, wo ich im Hotel Einsiedel mit Margarete frühstücke. Spaziergang gegenüber Sakrow, uralte Pappeln werden gesprengt. Café in Margaretes Wohnung. Um 8 ½ Uhr Abreise von Berlin nach Hamburg mit Niemeyer, Syndikus der Firma Warburg.⁴ Zu Hause hat Hellmuth Besuch von Jugend: Harbecks, Rumohr, Willi, Frl. Scharlach. Die Linden in Berlin verbreitert u. ihre Fortsetzung hinter dem Brandenburger Tor mit Säulen geschmückt, die abd. erleuchtet waren, glichen einer wunderschönen via triumphalis (für Hitlers Geburtstag).
Ich machte in Berlin die Erfahrung, daß dort Knappheit an Butter ist.

DOK. 275

**Ottilie Spitzer und Hermann Göbbels bitten Hitler am 20. April 1939
um eine Ehegenehmigung¹**

Schreiben von Ottilie Spitzer,² Potsdam, Junkerstr. 1, und Hermann Göbbels,³ Potsdam, Kreuzstr. 1, an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, Haus Berghof am Obersalzberg bei Berchtesgaden (Eing. Kanzlei des Führers 17.5.1939), vom 20. 4. 1939⁴

Auf Grund des § 3 der ersten Verordnung des Gesetzes zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre⁵ wurde dem unterzeichneten Herm. Goebbels unter Hinweis auf das in Abschrift anliegende Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten Potsdam vom 21. Januar 39⁶ die Heiratserlaubnis mit der Ottilie Spitzer versagt.

Über die Personalien der Unterzeichneten werden die nachstehenden Angaben gemacht:
1. Hermann *Goebbels*, geb. am 20. Nov. 1904 in Dortmund, kath. Konfession.

Abstammung:

Väterlicherseits: arisch

Mütterlicherseits: Nicht arisch

Großeltern:

Väterlicherseits: arisch

Mütterlicherseits: Nicht arisch

Beide Teile sind in Deutschland geboren, während ihres ganzen Lebens in Deutschland ansässig und unbestraft.

Der Vater war 4 Jahre während des Krieges im Felde.

2. Ottilie *Spitzer*, geb. am 16. Febr. 1907 in Falkenberg i. Schles., kath. Konfession. – Beide Großeltern und Elternteile sind arisch, unbestraft und während ihrer ganzen Lebenszeit in Deutschland ansässig.

4 Gemeint ist das Bankhaus M.M. Warburg & Co. bzw. das sog. Sekretariat Warburg.

1 BLHA, Ph Br. Rep 2A Reg. Potsdam I St./489, Bl. 394 f.

2 Ottilie Göbbels, geb. Spitzer (1907–1971), Arbeiterin; heiratete nach 1945 Hermann Göbbels und lebte mit ihm bis zu ihrem Tod in Potsdam.

3 Hermann Göbbels (1904–1981), Bauarbeiter.

4 Im Original handschriftl. Unterstreichungen und Bemerkungen.

5 § 3 verbietet Juden die Beschäftigung von weiblichen nichtjüdischen Angestellten unter 45 Jahren; siehe VEJ 1/199.

6 In dem Schreiben hatte der Regierungspräsident Hermann Göbbels mitgeteilt, dass sein Ehegesuch abgelehnt und diese Entscheidung endgültig sei; wie Anm. 1, Bl. 386.

Ich, Herm. Goebbels, war vom Juni 1933 bis Februar 1934 im Arbeitsdienst. Ich bin Mitglied der N.S.V., der D.A.F. und des Reichsbundes der Deutschen Schwerhörigen e.V. (RBS), Ortsbund Potsdam.

Ich, Ottilie Spitzer, bin Mitglied der D.A.F.

Die notwendigen Urkunden und Beweise können hier nicht beigelegt werden, da dieselben noch bei dem Herrn Reichsinnenminister liegen und bis zum heutigen Tage noch nicht zurückgegeben worden sind.

Wir verkennen nicht die Bestrebungen der Reichsregierung zum Schutze des deutschen Blutes und erklären daher ausdrücklich, daß wir für den Fall der Erteilung der Heirats-erlaubnis bereit sind, in unserer Ehe keine Kinder zu zeugen.

Durch die Verweigerung der Heirats-erlaubnis befinden wir uns in äußerster seelischer Notlage und bitten deshalb, im Vertrauen auf die Güte unseres Führers, uns die Heirats-erlaubnis zu erteilen.

Wir verpflichten uns, die Bestrebungen des Nationalsozialistischen Staates in jeder denkbaren Weise zu unterstützen und zu fördern. – Wir verpflichten uns ferner, ein ordentliches, gesittetes, anständiges und arbeitsames Leben zu führen und erklären an Eides statt, daß wir, genau so wie unsere Großeltern und Eltern es waren, unbestraft sind.

Wenn auch an sich die Verweigerung der Heirats-erlaubnis, bedingt dadurch, daß meine, Herm. Goebbels, Mutter nicht arisch ist, gerechtfertigt ist, so sind wir Kinder doch unschuldig daran und sind fest davon überzeugt, daß unser Führer uns in unserer seelischen Not nicht zugrunde gehen lassen wird.

Wir legen unser Schicksal vertrauensvoll in die Hände unseres Führers und bitten herzlichst, uns die Erlaubnis zur Heirat nicht zu versagen.⁷

Heil unserem Führer!

DOK. 276

Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen berichtet am 25. April 1939 über die Entwicklung der Emigration in der zweiten Jahreshälfte 1938¹

Bericht der Reichsstelle für das Auswanderungswesen (G.Z.: A 1002/24,4,39), Schmidt,² Berlin, Dorotheenstr. 49/52, vom 25.4. 1939³

Betrifft: Auswanderung im zweiten Kalenderhalbjahr 1938.

Berichterstatter: Ministerialrat Dr. Müller.⁴

⁷ Mit Schreiben vom 14.6.1939 teilte der Regierungspräsident Hermann Göbbels erneut mit, dass sein Antrag endgültig abgelehnt sei. Die Gründe dafür lägen nicht in seiner Person, sondern in der „Notwendigkeit zur Reinerhaltung des deutschen Blutes“; wie Anm. 1, Bl. 396.

¹ BayHStA, StK 6266.

² Dr. Schmidt, bis zu seinem Tod 1939 Direktor der Reichsstelle für das Auswanderungswesen des RMdI.

³ Das Schreiben wurde mit Rundschreiben des RMdI (VI c 6588/39, 5101) vom 9.5.1939 an den RArbM, den RWM, den RMEuL, den RMF, den RMfVuP, die außerpreuß. Landesregierungen und den RK für das Saarland, Saarbrücken übermittelt.

⁴ Dr. Dr. Adolf Müller (1886–1974), Jurist und Verwaltungsbeamter; von 1914 an im Bayer. Statisti-

Mitberichterstatter: Regierungsrat Flemke.⁵

Die Inanspruchnahme der 12 größeren öffentlichen Auswandererberatungsstellen, die bereits im 1. Halbjahr 1938 einen bis dahin noch niemals gezeigten Umfang erreicht hatte, weist im 2. Kalenderhalbjahr 1938 nochmals eine Verdoppelung auf. Diese gewaltige Arbeitsmehrung ist ausschließlich auf den gestiegenen Auswanderungsdrang der Juden aus Deutschland zurückzuführen, die neben der Einholung von Auskünften über ihre zukünftigen Zielländer sich bei den öffentlichen Auswandererberatungsstellen auch eine Bescheinigung zur Erlangung eines Reisepasses mit Gültigkeit für das Ausland zum Zwecke der Auswanderung oder ihrer Vorbereitung erwirken mußten. Bei dem neuerlichen Judenansturm auf die öffentlichen Auswandererberatungsstellen hat es sich in zahlreichen Fällen gezeigt, daß die Auskunftsuchenden sich bis dahin überhaupt noch nicht mit dem Gedanken der Auswanderung befaßt hatten.

Im 2. Kalenderhalbjahr 1938 sind über 50 000 Bescheinigungen an Juden zum Zwecke der Erlangung eines Passes ausgestellt worden. Tausende von Anträgen mußten, da auswanderungsreife Pläne von den Juden nicht nachgewiesen werden konnten, abgelehnt oder zurückgestellt werden. Die Gesamtzahl der Ratsuchenden ist von 57 749 im 1. Kalenderhalbjahr 1938 auf 112 513 im 2. Kalenderhalbjahr 1938 = um über 94 v.H. gestiegen. Die Auswandererberatungsstellen hatten zahlreiche Gutachten für die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, die Deutsche Golddiskontbank und die Kontrollstellen der Banken zur Freigabe von jüdischen Effekten für die Auswanderung abzugeben.

Die Zahl der beratenen Arier (rund 23 000 im 2. Kalenderhalbjahr 1938) ist gegenüber dem 1. Kalenderhalbjahr 1938 um etwa 11 v.H. weiter zurückgegangen. Die Zusammensetzung der arischen Anfrager war die gleiche wie im 1. Kalenderhalbjahr 1938. Es handelte sich wieder vielfach um jüngere Leute wie z.B. Kaufleute und Ingenieure, die Erfahrungen in ihrem Fache in ausländischen Betrieben sammeln und Fremdsprachen lernen wollten. Die weiblichen Anfrager strebten hierbei nach einem Unterkommen in Haushalten als Hausgehilfinnen, Haustöchter, Hauslehrerinnen oder als Krankenpflegerinnen. Zu den Ratsuchenden gehörten hin und wieder auch junge Mädchen, die auf Grund ihrer bestehenden Verbindungen sich ins Ausland in der Regel an Deutsche verheiraten wollten. Vereinzelt erkundigten sich auch einzelne Handwerker oder kleine Landwirte, die nicht mehr Erbhofbauern werden konnten, nach den Aussichten und Möglichkeiten, sich draußen zur Selbständigkeit emporarbeiten zu können. Die Hauptzahl der Fragesteller entfiel auf die deutsche Jugend, die immer wieder neben ihrem Ausbildungsdrang sich nach einem Unterkommen in den deutschen Kolonien erkundigte, um sich dort mit am Aufbau betätigen zu können. Nur in vereinzelt Fällen wurden gesundheitliche Gründe für das Streben nach dem Auslande angegeben. Vereinzelt erkundigten sich Rückwanderer aus überseeischen Gebieten, denen ein dauerndes Einleben in die deutsche Volkswirtschaft bisher nicht recht geglückt war, nach Unterkommensmöglichkeiten in ihren früheren Zielländern. Sie wurden ebenso wie Hand-

schen Landesamt, 1919–1921 im Statistischen Reichsamt und 1921–1922 im RMEuL tätig, 1922–1933 Wirtschaftsreferent im RMDI; 1933–1944 stellv. Direktor der Reichsstelle für das Auswanderungswesen; nach 1945 Gründer des Sozialen Volksbunds Hessen-Pfalz.

⁵ Hugo Flemke (*1886), Lehrer und Landwirt; 1909–1917 Leiter der Auslandsabt. des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer; 1918–1944 Regierungsrat in der Reichsstelle für Auswanderungswesen, von 1924 an Schriftleiter des Nachrichtenblatts der Reichsstelle.

werker, Landwirte und Hausgehilfinnen auf ihre nationale Pflicht hingewiesen, ihre Kräfte im Inlande in den Dienst der Heimat zu stellen. Die arischen Anfrager zogen, insoweit es sich um überseeische Länder handelte, in erster Linie Erkundigungen über die Fortkommensmöglichkeiten in den Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Brasilien und Paraguay ein. Manche von ihnen waren von ihren dortigen Bekannten oder Verwandten gerufen worden. In Einzelfällen strebten die Arier auch nach Chile, Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland. Die Nachfragen nach den deutschen Kolonien sind im 2. Kalenderhalbjahr 1938 gegenüber dem 1. Halbjahr bedeutend zurückgegangen. Deutsch-Südwestafrika wies 630 (gegenüber 1211), Deutsch-Ostafrika 568 (1081), Kamerun 85 (246) und Togo 20 (90) Anfragen auf.

Die jüdischen Auswanderungswilligen erkundigten sich nach Ländern, wo ihrer Einwanderung die geringsten Widerstände entgegengesetzt wurden, und nach Palästina, wo der Vermögenstransfer für sie noch am günstigsten war. Von den 12 größeren Auswandererberatungsstellen wurden im 2. Kalenderhalbjahr 1938 (= II/38) Auskünfte (fast ausschließlich an Juden) erteilt über die Vereinigten Staaten von Amerika abgerundet 28 000 (gegenüber 15 000 in I/38), Groß-Britannien mit Irland 10 300 (2900), die Niederlande 9300 (3000), Palästina 8300 (6000), China 4300 (100), Frankreich 3300 (1300), Neuseeland und Ozeanien 3200 (100), die Schweiz 2300 (1100), Belgien 1700 (700), Italien 1500 (2400), Schweden 1100 (400) und die Tschechoslowakei 1000 (1200). Es fiel auch in diesem Kalenderhalbjahr stark auf, daß, obgleich die Zahl der auswanderungswilligen Juden, die eine fremde Staatsangehörigkeit hatten oder staatenlos waren, sehr groß war (fast 25 v.H. der Gesamtzahl), fast keinerlei Auswanderungsneigung von Juden sich für die bolschewistische Sowjetunion zeigte. Insgesamt wurde 20 mal nach ihr gefragt.

Über die Zielländer, für die Devisengutachten ausgestellt worden sind, ist die nachfolgende Zusammenstellung der Berliner Auswandererberatungsstelle typisch. Im 2. Kalenderhalbjahr 1938 wurden von ihr 923 Devisengutachten ausgestellt und über 11,2 Millionen Reichsmark Werte zur Ausfuhr begutachtet und zwar für die hauptsächlichsten Länder, wie folgt:

Länder	Zahl der Devisengutachten (Ziffern in () sind die Ergebnisse von I/38.)	Befürwortete Beträge in 1000 RM
1. Palästina	564 (571)	8469 (9559)
2. Paraguay	103 (—)	275 (—)
3. Vereinigte Staaten	52 (64)	303 (280)
4. Tschechoslowakei	33 (22)	775 (327)

Die Auswandererberatungsstellen halfen wiederum vielfach den Arbeitsämtern bei der Verhinderung der unerwünschten Auswanderung von Arbeitskräften, in erwünschten Fällen bei der Einholung von Auskünften über Arbeitgeber im Auslande sowie über die Angemessenheit der Löhne und Gehälter.

Die tatsächliche überseeische Auswanderung deutscher Reichsangehöriger über deutsche Häfen betrug im 2. Kalenderhalbjahr 1938 13 583 Personen gegenüber 8457 im 1. Kalenderhalbjahr 1938, davon waren 10 908 Juden (gegenüber 5691 Juden in I/1938).

Davon reisten

	über Bremen	über Hamburg	Zusammen
im Juli 1938	209	1 537	1 746
im August 1938	302	1 576	1 878
im September 1938	369	1 529	1 898
im Oktober 1938	446	2 367	2 813
im November 1938	277	2 126	2 403
im Dezember 1938	289	2 556	2 845
Juli bis Dezember 1938	1 892	11 691	13 583

DOK. 277

Das Reichsgesetz vom 30. April 1939 schränkt die Rechte von jüdischen Vermietern und Mietern ein¹

Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden.

Vom 30. April 1939.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Lockerung des Mieterschutzes

Ein Jude kann sich auf den gesetzlichen Mieterschutz nicht berufen, wenn der Vermieter bei der Kündigung durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, daß für die Zeit nach der Beendigung des Mietverhältnisses die anderweitige Unterbringung des Mieters sichergestellt ist. Dies gilt nicht, wenn auch der Vermieter Jude ist.

§ 2

Vorzeitige Kündigung

Ein Mietvertrag kann, wenn nur ein Vertragsteil Jude ist, von dem anderen jederzeit mit der gesetzlichen Frist gekündigt werden, auch wenn der Vertrag auf bestimmte Zeit geschlossen oder eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist vereinbart ist. Der Vermieter kann jedoch für einen früheren als den vertraglich zulässigen Termin nur kündigen, wenn er bei der Kündigung durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, daß für die Zeit nach der Beendigung des Mietverhältnisses die anderweitige Unterbringung des Mieters sichergestellt ist.

§ 3

Untermieter

Juden dürfen Untermietverträge nur mit Juden abschließen. Die Erlaubnis des Vermieters ist nicht erforderlich, wenn dieser auch Jude ist.

§ 4

Unterbringung

(1) Ein Jude hat in Wohnräumen, die er als Eigentümer oder auf Grund eines Nutzungsrechts innehat oder die er von einem Juden gemietet hat, auf Verlangen der Gemeinde-

¹ RGBl., 1939 I, S. 864 f.

behörde Juden als Mieter oder Untermieter aufzunehmen. Wird der Abschluß eines entsprechenden Vertrags verweigert, so kann die Gemeindebehörde bestimmen, daß ein Vertrag mit dem von ihr festgesetzten Inhalt als vereinbart gilt. Die Höhe der Vergütung für die Überlassung der Räume und eines etwaigen Untermietzuschlags bestimmt die Gemeindebehörde, sofern sie nicht selbst Preisbehörde ist, im Einvernehmen mit der zuständigen Preisbehörde.

(2) Für die Festsetzung von Mietverträgen und Untermietverträgen kann die Gemeinde Gebühren erheben.

(3) Ein nach Abs. 1 begründetes Miet- oder Untermietverhältnis darf der Vermieter oder Untervermieter nur mit Genehmigung der Gemeindebehörde kündigen.

§ 5

Neuvermietung

Juden dürfen leerstehende oder frei werdende Räume nur mit Genehmigung der Gemeindebehörde neu vermieten. Die Vorschriften des § 4 finden auf diese Räume entsprechend Anwendung.

§ 6

Einfluß des Wegfalls der Verwaltungsbefugnis

Soweit die Anwendung der §§ 1 bis 5 davon abhängt, daß der Vermieter Jude ist, gilt der Grundstückseigentümer oder der Nutzungsberechtigte auch dann als Vermieter, wenn er infolge des Wegfalls seiner Verwaltungsbefugnis den Mietvertrag nicht selbst abgeschlossen hat oder abschließen kann.

§ 7

Mischehen

Hängt die Anwendung dieses Gesetzes davon ab, daß der Vermieter oder der Mieter Jude ist, so gilt für den Fall einer Mischehe des Vermieters oder Mieters folgendes:

1. Die Vorschriften sind nicht anzuwenden, wenn die Frau Jüdin ist. Das gleiche gilt, wenn Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht.
2. Ist der Mann Jude und sind Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden, so sind die Vorschriften ohne Rücksicht darauf anzuwenden, ob der Mann oder die Frau Vermieter oder Mieter ist.
3. Abkömmlinge, die als Juden gelten, bleiben außer Betracht.

§ 8

Wechsel des Verfügungsrechts

(1) Geht das Verfügungsrecht (Eigentum oder Nutzungsrecht) über ein Grundstück nach Inkrafttreten dieses Gesetzes von einem Juden auf einen Nichtjuden über, so bleiben die Vorschriften dieses Gesetzes in gleicher Weise wie vor dem Übergang anwendbar, jedoch ist eine vorzeitige Kündigung (§ 2) ausgeschlossen. Dies gilt auch bei einem weiteren Wechsel des Verfügungsrechts.

(2) Die Vorschrift des Abs. 1 erstreckt sich nicht auf Räume, die der Verfügungsberechtigte selbst benutzen will oder auf deren Inanspruchnahme die Gemeindebehörde verzichtet hat. Zum Nachweis des Verzichts genügt eine Bescheinigung der Gemeindebehörde.

§ 9

Räumungsfrist

(1) Wird ein Jude auf Grund der Vorschriften dieses Gesetzes zur Räumung verurteilt, so darf ihm eine Räumungsfrist nur dann bewilligt werden, wenn er durch eine Bescheini-

gung der Gemeindebehörde nachweist, daß seiner anderweitigen Unterbringung Hindernisse entgegenstehen, oder wenn die sofortige Räumung ohne ernstliche Schädigung der Gesundheit eines Betroffenen nicht durchführbar ist. Die Räumungsfrist kann unter den gleichen Voraussetzungen verlängert werden.

(2) Die Vorschrift im Abs. 1 ist, soweit der Räumungspflichtige nicht selbst gekündigt hat, entsprechend anzuwenden, wenn die Verpflichtung zur Räumung nicht durch Urteil ausgesprochen ist oder die Voraussetzungen für die Bewilligung einer Räumungsfrist erst nach der Verkündung des Urteils eintreten. Über die Bewilligung der Frist entscheidet auf Antrag des Räumungspflichtigen das für die Räumungsklage zuständige Amtsgericht. Wird eine Frist bewilligt und liegt ein vollstreckbares Räumungsurteil nicht vor, so ist in der Entscheidung zugleich auszusprechen, daß die Räume nach Ablauf der Frist herauszugeben sind; diese Entscheidung steht einem vollstreckbaren Räumungsurteil gleich.

(3) Gegen die Entscheidung, durch die die Bewilligung einer Räumungsfrist abgelehnt wird, findet die sofortige Beschwerde auch dann statt, wenn ein Urteil nur wegen Versagung der Räumungsfrist angefochten wird.

(4) Bis zur Herausgabe der Räume haben die bisherigen Vertragsteile die gleichen Rechte und Pflichten wie vor der Beendigung des Mietverhältnisses.

(5) Im Verfahren gemäß Abs. 2 werden die gleichen Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren erhoben wie im Verfahren über Anträge auf vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung. Für die Bemessung des Streitwerts gilt § 10 Abs. 1 des Gerichtskostengesetzes entsprechend.

§ 10

Begriffsbestimmung

(1) Wer Jude ist, bestimmt sich nach § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1333)?

(2) Einem Juden steht außer bei der Anwendung des § 9 ein jüdisches Unternehmen im Sinne des Artikels I der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 (Reichsgesetzbl. I, S. 627) gleich. Als Wechsel des Verfügungsrechts im Sinne des § 8 ist auch der Wegfall der Voraussetzungen anzusehen, unter denen ein Unternehmen als jüdisch gilt.

§ 11

Behandlung anhängiger Mietaufhebungsklagen

(1) Ist beim Inkrafttreten dieses Gesetzes gegen einen Juden oder den Ehegatten eines Juden ein Mietaufhebungsstreit anhängig, so hat das Gericht auf Antrag des Klägers das Verfahren auszusetzen, um ihm die Kündigung nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu ermöglichen. Kündigt der Kläger das Mietverhältnis, so kann er die Aufnahme des Verfahrens beantragen und von der Aufhebungsklage zur Räumungsklage übergehen. Erledigt sich der Rechtsstreit dadurch, daß der Mieter auszieht oder den Räumungsanspruch anerkennt, so sind die durch den Aufhebungsstreit entstandenen Gerichtskosten niederzuschlagen; die außergerichtlichen Kosten hat der Mieter zu tragen.

(2) Nimmt der Kläger die Aufhebungsklage zurück, so sind die Gerichtskosten niederzuschlagen und die außergerichtlichen Kosten gegeneinander aufzuheben.

2 Siehe VEJ 1/210.

§ 12

Allgemeine Anmeldepflicht

(1) Die Gemeindebehörde kann Anordnungen über die Anmeldung von Räumen erlassen, die an Juden vermietet sind oder die für die Unterbringung von Juden nach den Vorschriften dieses Gesetzes in Anspruch genommen werden können.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig die vorgeschriebene Anmeldung nicht oder nicht rechtzeitig bewirkt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bestraft.

§ 13

Ausschluß von Ersatzansprüchen

Aus Anordnungen der Gemeindebehörde, die auf den Vorschriften dieses Gesetzes beruhen, können Ersatzansprüche gegen die Gemeinde nicht hergeleitet werden.

§ 14

Vorbehalt, Ermächtigung

(1) Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten bleibt vorbehalten.³

(2) Der Reichsminister der Justiz und der Reichsarbeitsminister werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern Vorschriften zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes sowie zur Einführung entsprechender Bestimmungen im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten zu erlassen.

Berlin, den 30. April 1939.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister der Justiz

Dr. Gürtner

Der Reichsarbeitsminister

In Vertretung

Dr. Krohn⁴

Der Stellvertreter des Führers

R. Heß

Der Reichsminister des Innern

Frick

³ Das Gesetz wurde am 10.5.1939 in Österreich und im Sudetenland eingeführt; Verordnung zur Einführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden in der Ostmark vom 10.5.1939, RGBL., 1939 I, S. 906; Verordnung zur Einführung des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden in den sudetendeutschen Gebieten vom 10.5.1939, RGBL., 1939 I, S. 907.

⁴ Dr. Johannes Krohn (1884–1974), Jurist; 1938 NSDAP-Eintritt, von 1920 an im RArbM tätig, 1932 Ministerialdirektor der Hauptabt. für Sozialversicherung und soziale Fürsorge, 1933StS im RArbM, von 1941 an Reichskommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens im RJM; 1955–1968 Vorsitzender des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen.

DOK. 278

**Moritz Mailich bittet Jos. A. Schwalb am 1. Mai 1939, seine Auswanderung
in die USA zu unterstützen¹**

Brief von Moritz Mailich,² Berlin N 4, Artilleriestraße 36a, an Jos. A. Schwalb, Esq., 620 E. 26th Street, Brooklyn N.Y., vom 1.5.1939

Sehr geehrter Herr,

ich habe Ihre Adresse von der Familie Briefwechsler aus Berlin, Gipsstraße 5, erhalten und erlaube mir, Sie ganz herzlich um Ihre freundliche Hilfe in folgender Angelegenheit zu bitten:

Ich bin zwar im Besitz eines Affidavits für die USA, doch unglücklicherweise bin ich im amerikanischen Konsulat als polnischer Staatsbürger registriert. Tatsächlich ist es so, dass ich in Deutschland geboren wurde, der Geburtsort aber polnisch geworden ist, und so gehöre ich zum polnischen Einreisekontingent.³ Selbiges wurde eingeschränkt, und folglich soll ich noch ein weiteres Jahr auf mein Visum warten. Aber in gar keinem Fall kann ich diese Wartezeit hier in Deutschland verbringen, und die einzige Chance bestünde darin, nach England zu gehen und dort zu warten, bis ich an der Reihe bin. Doch der einzige Weg, in dieses Land zu kommen, ist, dass ein Freund oder Verwandter für meinen Unterhalt während meines Aufenthalts in England bürgt. Ich bin in einer ganz verzweifelten Lage, da ich weder Freunde noch Verwandte im Ausland habe. Ich bin Witwer und habe auch hier in Berlin keine Verwandten mehr.

Es stellt wirklich eine Erleichterung für mich dar, dass meine Freunde Briefwechsler mir geraten haben, Ihnen zu schreiben und Sie um Rat zu bitten. Können Sie mir vielleicht helfen, sehr geehrter Herr? Glauben Sie mir, dass ich Ihnen alle Ausgaben, die durch eine mir zugute kommende Unterstützung entstehen, ersetzen werde, wenn ich erst einmal in den USA bin. Dort will ich mit Fleiß und Umsicht arbeiten und werde dann bald in der Lage sein wiedergutzumachen, was Sie für mich getan haben.

Ich wäre Ihnen für eine Antwort auf dieses Schreiben sehr dankbar. Ich versichere Ihnen, dass ich mich nicht an Sie wenden würde, wenn ich irgendwelche Verwandte oder Freunde hätte, die mir in meiner großen Not helfen könnten.

Ich danke Ihnen im Voraus für Ihre liebenswürdige Antwort und verbleibe
hochachtungsvoll

1 CJA, 1/75 E, Nr. 534-14821, B. 61f. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Moritz Mailich (1888–1943), Kaufmann, wurde am 24.10.1941 in das Getto Litzmannstadt deportiert.

3 Zur Begrenzung der Einwanderung in die USA nach dem Quotensystem siehe Glossar.

DOK. 279

**Der Direktor der Talmud-Tora-Schule in Hamburg skizziert
am 2. Mai 1939 seine Vorstellungen von einer jüdischen Schule für Emigrantenkinder
in den USA¹**

Anlage zum Rundbrief des Direktors der Talmud-Tora-Schule, Arthur Spier,² Hamburg, Bornstr. 25, an seine emigrierten Kollegen vom 2.5.1939³

Grundzüge eines Planes, in der Nähe von New York eine traditionell gesetzestreue Schulgemeinschaft – Waldschule – für Kinder von Immigranten aus Deutschland unter Mitwirkung von Lehrern der Talmud-Tora-Schule Hamburg aufzubauen.

Man kann wohl mit Recht von der Voraussetzung ausgehen, dass es schon jetzt einen grossen Kreis von jüdischen Immigranten aus Deutschland gibt, die von der Absicht beseelt sind, ihren Kindern die religiöse Lebensführung und Geistesbildung zu erhalten, die ihr eigenes Leben in der alten Heimat geformt hatte. Völlig belastet – wirtschaftlich und seelisch – von der Notwendigkeit, sich neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen, sind sie nicht mehr fähig, ihren heranwachsenden Kindern durch das *Vorbild* im Zusammenleben der Familie und durch *Schulen*, die ihrem Ideal einer religiösen Gebundenheit im Verein mit Aufgeschlossenheit für die grossen Werte der allgemeinen Kultur entsprechen, und durch eine *Umgebung*, die das fördert, was Schule und Elternhaus erstreben, jene Gesamterziehung zu geben, die sie zu vollwertigen Juden und opferwilligen Staatsbürgern erzieht. Ferner kann als sicher vorausgesetzt werden, dass für alle Instanzen, die sich mit dem Problem der Immigration nach U.S.A. befassen, die ernste Sorge besteht, eine Zusammenballung zumindest der Jugend der Neueinwanderer in den Städten zu verhindern, und alle Versuche sind daher zu begrüßen, die dahin streben, Neigung und Fähigkeiten der Jugendlichen auf handwerkliche und landwirtschaftliche – bei Mädchen vor allem auch auf hauswirtschaftliche – Berufe hinzulenken.

Ein kleiner Versuch, für die beiden skizzierten dringenden Forderungen einen Ansatz zur Lösung zu schaffen unter weitgehendster Verwendung der in über einem Jahrhundert stetiger Fortentwicklung gesammelten unterrichtlichen und allgemein pädagogischen Erfahrung der Talmud-Tora-Schule, Hamburg, ist der Vorschlag: eine religiöse Erziehungsgemeinschaft unter Mitwirkung von Erziehern unserer Schule zu gründen.

Es sei versucht, ganz kurz *Umriss und Plan* einer derartigen Waldschule aufzuzeigen. Nicht allzu nah von New York sollte mit ca 80–100 Mädchen und Jungen aus N.Y. ange-

¹ CAHJP, AHW TT/104.

² Dr. Arthur Spier (1898–1985), Lehrer; 1926–1940 Direktor der Talmud-Tora-Schule Hamburg, organisierte 1938–1939 Kindertransporte nach Großbritannien, 1940 von der Gestapo zum Leiter des gesamten jüdischen Schulwesens im Reich ernannt, emigrierte 1940 in die USA, dort Leiter der Religionsschule des Jewish Center in New York.

³ Der Rundbrief, in dem Spier von der Entwicklung der Talmud-Tora-Schule berichtet, ist hier nicht abgedruckt; er war gerichtet an seine Kollegen in Nordamerika: Dr. Loewenberg, Grünebaum, Kahn, Goldschmidt; in Südamerika: Schloss, Dr. Strauss; in England: Dr. Mandelbaum, Dr. Jacobsen, Klein, Dr. Weinberger; in Luxemburg: Herz; in den Niederlanden: B.S. Jacobsohn; in Palästina: Michaelis, Mayer. Das Original trägt einen Stempel der Talmud-Tora-Schule Hamburg; siehe auch Dok. 60 vom 117.1938 und Dok. 310 vom 117.1939.

fangen werden. Das Gelände sollte so beschaffen sein, dass es ausser dem Raum für Synagoge, Wohn-, Schlaf- und Unterrichtsgebäude auch die Möglichkeit zu handwerklicher und landwirtschaftlicher Betätigung (etwas Vieh- und Gartenwirtschaft) zulässt. Selbstverständlich sind auch geeignete Anlagen für sportliche Betätigung zu schaffen. Der allgemeine Unterricht richtet sich ganz nach den von den staatlichen Erziehungsbestimmungen geforderten Bedingungen und soll von amerikanisch geprüften Lehrkräften erteilt werden. Durch eine genügend grosse Anzahl vorbildlich englisch sprechender Erzieher und Erzieherinnen soll erreicht werden, dass sich ein völliges Einleben in die Umgangssprache und Kultur Amerikas ergibt. Gründlicher Unterricht in den verschiedenen Disziplinen jüdischen Wissens bildet ergänzend zur allgemeinen Wissensvermittlung ein Hauptziel der anzustrebenden Schulbildung. Die Hauptbedeutung einer so engen Gemeinschaft wie der hier geplanten liegt darin, dass weit mehr, als es jeder Unterricht vermag, der Jugendliche in seinem ganzen Wesen erfasst werden kann, seine Neigungen und seine Fähigkeiten können weitgehendst gefördert werden. Jedes Kind und jeder Jugendliche werden mit Freude verantwortlich am Aufbau und Ausbau dieser Gemeinschaft mitarbeiten. Planvoll geleitet werden sie früh zur Selbständigkeit erzogen, mitzuarbeiten im Hause und in der Landwirtschaft und sich auch handwerklich zu schulen. Zu den eigentlichen Lehrgegenständen treten als wesentliche Faktoren die Mitarbeit und Selbstbestimmung der Jugendlichen und die tief eingreifenden Wirkungen, die ein vorbildliches Gemeinschaftsleben auf Charakter und Gemüt unbemerkt, aber umso wirksamer ausüben.

Um deutlich werden zu lassen, was von der Verwirklichung eines derartigen Planes erhofft werden kann, müssen schon im ersten Entwurf die Ziele und die angestrebten Erwartungen im einzelnen noch etwas näher skizziert werden.

Die religiöse Erziehung wird in ihren Wirkungen von viel tieferer und umfassenderer Bedeutung sein, als Schule und Elternhaus sie bisher auszuüben vermochten. Es fallen zunächst für die entscheidenden Jahre der jugendlichen Entwicklung die Hindernisse weg, die in der Gross-Stadt einer natürlichen Entfaltung der angeborenen religiösen Veranlagung des Jugendlichen hemmend entgegentreten. Durch die zu schaffende Gemeinschaft aller für die Schulgemeinschaft arbeitenden Menschen, die noch weit mehr als bisher den Lehrer zum Freund und Jugendführer werden lässt, wird schon vom jüd. Unterricht eine stärkere Wirkung als von sonstiger schulischer Unterweisung ausgehen. Der jüdische Unterricht wird nicht – wie in den an den grossen Toralehranstalten des Ostens Europas orientierten jüd. Schulen – einseitig talmudisch sein, alle Gebiete des jüd. Wissens, auch jüd. Geschichte, Gegenwartskunde und lebendiges Hebräisch werden gepflegt werden. Bei aller ehrfürchtigen Achtung vor den gewachsenen Formen gesetzestreuen Lebens soll die bewährte Grundtendenz der Hamburger Talmud-Tora erhalten bleiben, in der Religion verwurzelte Menschen zu erziehen, die mit aufgeschlossenen Sinnen dem Leben und seinen Schönheiten zugewandt bleiben. Die Wirkung des Unterrichts wird erhöht durch die Gestaltung des Gottesdienstes und der Feste durch die Jugend selbst. Der Sinn einer religiös gebundenen Erziehung liegt in sich selbst beschlossen, aber es darf dennoch auf die Nebenwirkung hingewiesen werden, die sie für die Immigranten hat. Menschen, die eine echte, tiefeingreifende, von mystischer Schwärmerie und oberflächlicher, rein ethischer Unterweisung sich fernhaltende religiöse Erziehung erfahren haben, werden bescheidene, opferwillige Bürger und nicht wurzellose und haltlose Immigranten werden.

Es ergibt sich aus der geschilderten Tendenz der religiösen Auffassung, dass sie eine *der allgemeinen Bildung zugewandte* sein wird. Über den Rahmen der gesetzlichen allgemeinen Anforderungen hinausgehend sollen geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Fächer eifrig in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften, dem Verständnis der Altersstufen angepasst, gepflegt werden. Die Erfahrung in den allgemeinen Waldschulen hat gezeigt, wie in Gemeinschaften der Sinn, das Interesse und die Fähigkeit zum Künstlerischen erwachen und wachsen. *Kunstpflge* wird auch einen wesentlichen Teil der Gemeinschaftsarbeit bilden.

Eine Erziehungsanstalt wie die geplante kann eine überaus geeignete Stätte für die rechte *staatsbürgerliche Erziehung* werden. Die amerikanischen Erzieher werden die Jugend die spezifisch amerikanisch gefärbte Haltung einer freiheitlichen demokratischen Gesinnung lehren und ihr vorleben. All das, was die jüd. Lehrer aus Deutschland in den Jugendbünden in Zusammenarbeit *mit der Jugend* gelernt haben, das sogenannte „Bündische“, wird viel dazu beitragen, einen opferwilligen, der Gemeinschaft sich selbstlos einordnenden heranwachsenden Bürger zu schaffen.

Die allseitige Ausbildung, welche die Mitarbeit der Jugendlichen an allen Zweigen der Haus-Garten-Vieh-Wirtschaft sowie an den handwerklichen Lehrstätten erforderlich macht, wird entscheidende Arbeit leisten für eine geeignete *Berufserziehung*. Frei von Schwärmerei wird im jugendlichen Menschen ein echtes Naturgefühl heranreifen. Diese stille Naturverbundenheit wird viele Jungs und Mädchen in ihrer Berufswahl bestimmen und sie den gärtnerischen oder den landwirtschaftlichen Berufen zuführen. Die mit dem theoretischen Unterricht von frühester Jugend an verbundene Werkschule wird wiederum bei vielen anderen Jugendlichen die Neigung wecken, sich kunsthandwerklichen oder handwerklichen Berufen zu widmen. Bei den Mädchen soll auf die Erziehung zu hauswirtschaftlichen Berufen viel Wert gelegt werden, sie lernen, Freude an der gründlichen Arbeit an spezifisch fraulichen Berufen zu finden. Ausreichender *Sportbetrieb*, der sich aber vor Übertreibungen hüten wird, soll helfen, ein frohes und gesundes Geschlecht heranzubilden.

Wir können von hier aus nicht beurteilen, welche Wege unsere hilfsbereiten Brüder in Amerika einzuschlagen haben, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein Werk zu schaffen, das zum Segen nicht nur der Immigranten, sondern auch der amerikanischen Judenheit werden kann.

Wir wären froh und dankbar, wenn es uns vergönnt sein sollte, das Wertvolle, was wir an Erfahrung und Tradition, an Eifer und Energie mitbringen, für eine schöpferische Arbeit im Dienste der ewigen Güter des Judentums einzusetzen.⁴

4 Arthur Spier gründete nach dem Vorbild der Hamburger Talmud-Tora-Schule 1943 in New York die Manhattan Day School, die bis heute für Bildung im Sinne des modernen orthodoxen Judentums steht.

DOK. 280**Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien registriert am 3. Mai 1939
den Handel mit Einreisevisa für Monaco¹**

Vermerk der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (B/Lu.), Brunner,² Wien, vom 3.5.1939

Betrifft: Einreisevisa des Konsulates von Monaco.

Aus nachstehendem Bericht eines Juden des „Gildemeester-Hilfsbüros“ ist zu ersehen, dass in Wien tatsächlich Visa zur Einreise in das Fürstentum Monaco verkauft wurden, diese jedoch vollkommen wertlos sind, da Frankreich keine Durchreisevisa erteilt.

Der Bericht des „Gildemeester-Hilfsbüros“:

„Parteienangaben zufolge soll sich in der letzten Zeit ein schwunghafter Handel mit Monaco-Visa in Wien entwickelt haben. Diese Visa, für welche eine Konsulatsgebühr von RM 10,- pro Pass zu entrichten ist, werden zum Preise von RM 150,- und mehr angeboten. Hiezu muss bemerkt werden, dass Visa nach Monaco nur problematischen Wert haben, da dieses Staatswesen zu Lande von Frankreich umschlossen ist und seine Grenze nach beiden Richtungen unbeschränkt überschritten werden kann, so dass eine Einreisebewilligung nach Monaco gleichbedeutend mit einer Einreisebewilligung nach Frankreich ist. Dies hat zur Folge, dass Frankreich die Einreise nach Monaco durch Verweigerung von Durchreisevisa an Monaco-Auswanderer verweigert. Monaco-Visa werden auch als Ziel-Visa aus diesen Gründen kaum mehr anerkannt. Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, dass vereinzelt versucht wurde, illegal auf dem Seewege von Italien aus, also ohne Berührung von Frankreich, Monaco zu erreichen.

Übrigens soll der Handel mit Monaco-Visa in den letzten Tagen aufgehört haben.“

DOK. 281**Die Eheleute Malsch aus Düsseldorf berichten ihrem Sohn Willy
in den USA am 5. Mai 1939 von ihrer wachsenden Verzweiflung und der Hoffnung
auszuwandern¹**

Handschriftl. Brief des Ehepaars Malsch, Düsseldorf, an Wilhelm Malsch, Chicago, vom 5.5.1939

Mein geliebter Willy!

Am 1. ds. [Monats] schrieben wir Dir mit der Queen, den Brief hast du ja wohl inzwischen bekommen. Hoffentlich hast Du den uns angezeigten Brief auch geschrieben, wir warten dann immer so sehr darauf. Heute vor einem Jahr waren wir in Stuttgart, was wäre uns

¹ BArch, R58/6562.

² Alois Brunner (*1912), Kaufmann; 1931 NSDAP- und SA-, 1938 SS-Eintritt, 1942 SS-Hauptsturmführer; bis 1938 als Verkäufer und Dekorateur tätig, von 1938 an Mitarbeiter des SD und der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, von 1941 an deren Leiter; organisierte 1939 und 1941/42 die Deportation der Juden aus Österreich, Ende 1942/Anfang 1943 aus Berlin, 1943 aus Griechenland, 1943–1944 aus Frankreich, 1944 aus der Slowakei; lebte 1947–1954 unter falschem Namen in der Nähe von Essen, 1954 in Paris in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Flucht nach Syrien.

¹ USHMM, RG-10.086/9 of 13.

alles erspart geblieben, wenn es dort geklappt hätte.² Wir dürfen gar nicht mehr daran denken. Alfred schrieb uns gestern wieder, er beschwerte sich, daß Du ihm noch *immer nicht* die Muster zurückgeschickt hast, es wäre ihm vor seiner Firma sehr unangenehm. Hole es aber sofort nach, wir schrieben Dir aber auch schon öfter deswegen, hast uns auch noch nicht mal darauf geantwortet. Wir haben ihm schon öfter geschrieben, wir hätten es Dir mitgeteilt. Hast Du etwas wegen Krüger³ dort gehört? Es wird hier gesagt, in Stuttgart wären Ferien, bestimmt weiß ich es aber nicht. So vergeht Monat um Monat, und wir sitzen immer noch hier und kommen & kommen nicht heraus, es ist oft zum Verzweifeln. Jetzt kommt der Sommer, kein Gas, kein Wasser, immer muß ich den Herd anmachen, so was kennt man doch nicht. Wenn doch nur Stuttgart klappen wollte, dann wäre mit einem Schlage alles erledigt. Die Reise kriegen wir dann auch vom Hilfs-Ver-ein, verschiedene Leute hier haben es auch bekommen. Im August vorigen Jahres hätten wir bestimmt anders reisen können, aber der I. Gott mag doch geben, daß es doch auch so recht bald geht. Wir sind ja mit allem zufrieden, wir wollen nur bei Dir sein, dann ist alles in Ordnung, und für Dich, I. Männele, wäre es bestimmt auch viel besser. Gib' uns doch bitte gleich Nachricht, ob Du etwas wegen Krüger gehört hast. Von Stuttgart auf unsere Anfrage haben wir noch keine Nachricht, die lassen sich Zeit, wenn, wie gesagt, überhaupt dort geöffnet ist. Hat Herr Wolff dort den Brief ins Geschäft erhalten?⁴ Dir war er bestimmt nicht recht, wir waren aber ganz verzweifelt, wenn Du Wochen nicht schreibst. Also schreib uns bald einen recht *ausführlichen* Brief, damit wir auch privat etwas von Dir wissen.

Also für heute will ich schließen, bleib gesund und sei vielmals herzl. begrüßt, immer deine Dich sehr liebende Mutter.

Mein lieb Männe, laß Dir doch bitte von Deinen Chefs sagen, wann sie das angezeigte Geld haben anweisen lassen, durch welche Bank. 3 Wochen wird es immerhin dauern. Alfred bemüht sich auch für uns, um wenigstens vorläufig nach England uns zu bringen (schon deshalb mußst Du ihm die Mustersachen in Ordnung bringen). Jeder Tag Warten mehr wird zur unerträglichen Qual. Du darfst Dich glücklich schätzen, dort zu sein. Hast Du zusätzlich noch etwas in W. (D.C.)⁵ unternommen? – Das neueste Kinderspiel hier ist: Wie viele der Staaten von U.S.A. kannst Du nennen? Wer am meisten weiß, hat gewonnen! Das gäbe einen Zeitungsartikel. Wir erwarten ungeheuer bald ausführlichen Brief von Dir

Herzl. Gruß & Kuß Dein Dich liebender
Papa

² Das Ehepaar Malsch hatte beim US-Konsulat in Stuttgart ein Visum beantragt.

³ Herr Krüger (Brewster Shirt Co., New York) stellte ein Affidavit für das Ehepaar Malsch aus, dessen erste Übersendung an das US-Konsulat fehlschlug.

⁴ Richtig: Alfred Wolf (1887–1952), Lederwarenfabrikant; Teilhaber der Firma Geyer & Wolf oHG, die zunächst in Neu-Isenburg, später in Offenbach Damen- und Briefaschen herstellte und vertrieb; Paul Malsch hatte als Handelsvertreter für die Firma gearbeitet; sie wurde 1937 an Wilhelm Beetz verkauft; Wolf emigrierte im selben Jahr in die USA.

⁵ Washington D.C.

DOK. 282

6-Uhr-Abendblatt, Wien: Bericht vom 8. Mai 1939 über eine antisemitische Ausstellung im Naturhistorischen Museum in Wien¹*Das Erscheinungsbild der Juden**Eine interessante Sonderschau des Naturhistorischen Museums*

In der anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums in Wien wurde soeben eine Sonderschau „*Das körperliche und seelische Erscheinungsbild der Juden*“ zusammengestellt. Wie der Leiter der Abteilung Direktor Dr. Walzl² bei einer Pressebesichtigung erklärte, soll diese Sonderschau auf wissenschaftlicher Grundlage vereinigte Gegenstände zeigen, die den Beweis liefern, daß sich das Judentum sowohl in körperlicher als auch in geistig-seelischer Hinsicht von der deutschen Bevölkerung stark unterscheidet. Die Ausstellung verlange allerdings von dem Besucher eine ziemliche Aufmerksamkeit, da in ihr selbstverständlich alle propagandistischen Mittel fehlen und *durch rein wissenschaftliche Methoden* gezeigt wird, daß die Unterscheidungsmerkmale der Juden durchweg *erbbedingt* sind und eine Lösung des Judenproblems nur durch eine strenge Scheidung der Juden von den Nichtjuden möglich ist.

Die Ausstellung wird durch eine Zeittafel der jüdischen Geschichte eröffnet, die zeigt, daß die Urheimat der Juden wahrscheinlich in Mesopotamien liegt. Als wesentlich kann angesehen werden, daß sich die Juden wohl aus der *orientalischen Großrasse* herausgebildet haben, daß es aber *nie zu einer Verschmelzung* kam, sondern daß sich die Juden immer ihre eigentümlichen Merkmale erhielten.

Auch in kultischer Hinsicht hatten die Juden dauernd ihr Eigenleben. So ist ein typisches Symbol des Judentums, der *siebenarmige Leuchter* (Menorah), im Urbild nur einmal, und zwar im Tempel von Jerusalem, vorhanden gewesen. Abbildungen dieses Leuchters auf Denkmälern lassen den Schluß zu, daß die Juden schon in der römischen Kaiserzeit weite Wanderungen unternommen hatten; zu Beginn des vierten Jahrhunderts nach der Zeitwende lassen sie sich schon in Köln nachweisen. Aus zahlreichen bildlichen Darstellungen auf ägyptischen und andern vorderasiatischen Denkmälern erkennt man, daß die Juden vor dreitausend Jahren im wesentlichen *dieselben Gesichtszüge* hatten wie heute. Es zeigen sich immer wieder dieselben *Grundrassentypen*, die uns den Juden verraten.

Die Ausstellung befaßt sich weiter mit allen jenen Erscheinungen des Judentums, die für diese Rasse typisch sind. Wir sehen an einer großen Anzahl von Bildern, die nach Aufnahmen des Polizeipräsidiiums in Wien hergestellt wurden, daß das Durchschlagen der ursprünglichen Rassenelemente *trotz Beimischung europider* Rassen immer wieder festzustellen ist. Bilder aus dem Anthropologischen Institut der Universität Wien beweisen, daß

1 6-Uhr-Abendblatt (Wien), Nr. 123 vom 8.5.1939, S. 9. Das 6-Uhr-Abendblatt erschien 1938–1939 als Nebenausgabe der Zeitung Neues Wiener Tagblatt.

2 Richtig: Dr. Josef Wastl (1892–1968), Anthropologe; 1932 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Kustos am Museum für Völkerkunde Wien; von 1938 an Leiter der Anthropologischen Abt. des Naturhistorischen Museums Wien, 1942–1948 Direktor des Museums für Völkerkunde; danach gerichtlicher Sachverständiger für erbbiologische Fragen. Von Wastl stammte die Idee zur Ausstellung, zu der neben vielen wissenschaftlichen Institutionen auch die Gestapo und das Amt für Sippenforschung um Unterstützung und Exponate gebeten wurden. Adolf Eichmann hatte Wastl erlaubt, für die Schau auch die Bestände des Wiener Jüdischen Museums, das im März 1938 geschlossen worden war, zu nutzen. Die Ausstellung wurde 1942 kriegsbedingt geschlossen.

bei jüdischen Kindern *schon am ersten Tag* ihres Lebens durch die äußeren Erscheinungsformen die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse feststellbar ist.

Einen Einblick in die religiösen und gesetzlichen Gebräuche der Juden gibt die reichhaltige Ausstellung von Kulturgegenständen und jüdischen Gesetzbüchern, die aus Museen stammen.

Den Abschluß der Ausstellung bildet eine Gegenüberstellung der reichsdeutschen Gesetze zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und der Gesetze zur Erhaltung des jüdischen Volkes. Der Wortlaut läßt deutlich erkennen, daß das internationale Judentum nicht den geringsten Grund hat, sich über die Schutzbestimmungen des deutschen Volkes aufzuregen, denn diese sind *äußerst milde* gegenüber den jüdischen Gesetzen. Uebrigens beweist eine Zusammenstellung der spanisch-gallischen Synodialbeschlüsse,³ daß auch die *katholische Kirche* schon in frühen Zeiten die Notwendigkeit empfand, ihre Glaubensgenossen vor dem schädlichen Einwirken des Judentums zu beschützen.

DOK. 283

Julius Bernheim aus Buchau bittet am 14. Mai 1939 seinen Sohn Manfred, die Eltern vor antisemitischen Angriffen in Sicherheit zu bringen¹

Brief von Julius Bernheim,² Buchau, an seinen Sohn Manfred³ vom 14. 5. 1939 (Abschrift)⁴

Mein lb. Manfred!

Heute nacht war es sehr stürmisch wieder. An alle Fenster hat man um ½ 2 Uhr hingeworfen, ein Fenster im Schlafzimmer unten ist zertrümmert, und der Rolladen auch kaputt; ein Felsenstein lag vor dem Fenster. Diese Aufregung, wo wieder war, so etwas können wir nicht mehr lange mitmachen, der Friedhof wäre das Beste. Schau doch, dass wir bald in ein Heim kommen, so ist doch kein Lebens mehr. Komme nur bald, die Sache muss erledigt sein, sonst werfen sie uns noch tot. Es ist keine Kleinigkeit, wenn man um ½ 2 Uhr solche Unruhen hat und das Krachen anhören muss, dass man an allen Gliedern zittert.

Auf Wiedersehen, mit Gruss und Kuss

Dein Vater

3 Gemeint sind mehrere im heutigen Spanien und Frankreich abgehaltene Kirchensynoden. So wurde es zum Beispiel auf der Synode von Elvira Anfang des 4. Jahrhunderts christlichen Frauen verboten, Juden zu ehelichen. Ferner war es sowohl Geistlichen als auch Laien verboten, mit Juden an einem Tisch zu sitzen. Auf den Synoden von Toledo (589, 633, 638, 693) wurden verschiedene Beschlüsse gefasst, um Juden zwangsweise zu bekehren bzw. sie wirtschaftlich und gesellschaftlich auszugrenzen.

1 LBI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 1.

2 Julius Bernheim (1869–1942), Kaufmann; war am 9. 5. 1939 von der NSDAP-Ortsgruppe Buchau aufgefordert worden, sein Haus bis Ende des Monats zu verkaufen. Zusammen mit seiner Frau Karolina, geb. Weil (1877–1942), zog er noch im Jahr 1939 in das Jüdische Altersheim in Herrlingen bei Ulm. 1942 wurde das Ehepaar über Stuttgart nach Theresienstadt verschleppt, wo Julius Bernheim starb; Karolina Bernheim wurde wenig später nach Treblinka deportiert und dort ermordet.

3 Manfred Bernheim (1917–1991), 1938 Lehrer an der 1936 in Bad Mergentheim gegründeten jüdischen Privatschule, emigrierte 1939 in die USA und ließ sich unter dem Namen Fred H. Bern in New York nieder.

4 Das Dokument stammt aus dem Nachlass von Karl Adler und trägt den Stempel „Karl Adler 3820 Waldo Avenue New York 63, N.Y.“.

DOK. 284

**Das Rechnungsprüfungsamt Frankfurt a. M. regt am 15. Mai 1939
beim Oberbürgermeister an, das städtische Fürsorgeamt mit der planmäßigen
Umquartierung von Juden zu beauftragen¹**

Schreiben des Rechtsamts, Rechnungsprüfungsamt (Dr. A./Schu.), Müller,² Frankfurt a. M., an den OB³ (Eing. Hauptverwaltungsamt Frankfurt a. M., 16. 5. 1939) vom 15. 5. 1939⁴

Betr.: Aufgaben der Gemeindebehörden auf Grund des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden.

Durch das Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939, RGBl. I, Seite 864 in Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen laut Runderlass vom 4. 5. 1939 (MBliV 996) hat die Gemeindebehörde eine Bescheinigung auszustellen, ob für die Zeit nach Beendigung des Mietverhältnisses die anderweitige Unterbringung des Mieters sichergestellt ist.⁵ Die Gemeindebehörde soll daher die Möglichkeit erhalten, planmässig für eine Umsiedlung der jüdischen Mieter in jüdische Häuser zu sorgen.

Es handelt sich hierbei also um eine Aufgabe, die mit der planmässigen Wohnungswirtschaft in engster Verbindung steht, welche von der gemeindlichen Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge getragen wird. Dieser Aufgabenkreis ist dem Fürsorgeamt angegliedert, dem auch die gemeindliche Wohnungs- und Obdachlosenpolizei untersteht.

Es kommt hinzu, dass ein grosser Teil der umzusiedelnden jüdischen Mieter und ihre für die Einweisung in andere Mieträume massgebenden Verhältnisse dem Fürsorgeamt bereits dadurch bekannt sind, dass diese Familien in öffentlicher Fürsorge stehen. Das Fürsorgeamt verfügt auch durch seine Kreisstellen über denjenigen Aussendienst, dem die örtlichen Verhältnisse im einzelnen genau bekannt sind, sowie durch die Fürsorgerinnen und Ermittler über solche Bedienstete, die jederzeit zusätzliche Feststellungen treffen können.

Im Einvernehmen mit dem Fürsorgeamt halten wir es daher für zweckmässig, dass die Aufgaben der Gemeindebehörde auf Grund des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden sowie der Durchführungsbestimmungen hierzu dem Fürsorgeamt übertragen werden. Wir bitten daher, entsprechende Verfügung zu treffen.⁶

¹ IfS Fankfurt a. M., Magistratsakten/4.039, Bl. 120+RS.

² Dr. Bruno Müller (1889–1968), Jurist; zunächst in der Kommunalverwaltung in Frankfurt/Oder tätig, 1926–1928 Bürgermeister von Höchst, 1928–1945 Stadtrat in Frankfurt a. M., von 1933 an für die Stadtwerke und das Rechtsamt zuständig; 1933 NSDAP-Eintritt; 1945 aus dem Magistrat ausgeschieden, 1949–1957 für die Stiftungsabt. zuständig.

³ Oberbürgermeister war Dr. Friedrich Krebs (1894–1961), Jurist; 1923–1925 Richter am Land- und Amtsgericht und 1928–1933 Landgerichtsrat in Frankfurt a. M.; von 1922 an beim Völkischen Block der NSDAP, 1929 NSDAP-Eintritt, von 1933 an NSDAP-Kreisleiter und OB von Frankfurt a. M.; 1945–1948 interniert, bei der Entnazifizierung als minderbelastet eingestuft; bis 1952 als Mitglied der Deutschen Partei in der Stadtverordnetenversammlung, danach als Rechtsanwalt tätig.

⁴ Das Original ist mit handschriftl. Bearbeitungsvermerken, Anstreichungen, Korrekturen und dem Bearbeitungsstempel des Hauptverwaltungsamts vom 21. 6. 39 versehen.

⁵ Runderlass des RMdI zum Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden, in: Ministerialblatt des RuPrMdI, Nr. 19 vom 10. 5. 1939, S. 996–998; Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden: siehe Dok. 277 vom 30. 4. 1939.

⁶ Nach handschriftl. Notizen endet das Schreiben, unleserlich signiert: „Bauamt 1/04 Frankfurt a. M., den 7. Juni 1939 U. an das Hauptverwaltungsamt mit Bezug auf die fernmündliche Unterredung mit Herrn Oberinspektor Schramm zurückgesandt. Ich halte die Übertragung der Aufgaben der Gemeindebehörde aufgrund des Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden an das Fürsorgeamt für zweckmässig.“

DOK. 285

**Der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister regeln am 25. Mai 1939
die Zahlung von Fürsorgeleistungen an Juden, die mit Nichtjuden zusammenleben¹**

Runderlass des Reichsarbeitsministers (II b 2790/39), i. A. gez. Dr. Engel,² und des RMdI (V W I 43/39 – 7808), i. A. gez. Surén,³ an A) die Landesregierungen (Sozialverwaltungen), (außer Preußen, Ostmark und sudetendeutsche Gebiete) (Eing. 17.6.1939 Bayer. Staatskanzlei), B) den RK für das Saarland, C) für Preußen: a) die Regierungspräsidenten, b) den Stadtpräsidenten von Berlin, c) nachrichtlich an die Oberpräsidenten und d) den OB von Berlin vom 25.5.1939⁴

Betrifft: Durchführung der Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden.

Die am 1. Januar 1939 in Kraft getretene Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden vom 19. November 1938 (Reichsgesetzblatt I, S. 1649)⁵ enthält keine besonderen Vorschriften darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen bei der Durchführung dieser Verordnung Hilfsbedürftigen, die nicht Juden sind und mit Juden in Familiengemeinschaft (Haushaltsgemeinschaft) zusammenleben, Leistungen der gehobenen Fürsorge oder der Kleinrentnerhilfe zu gewähren sind. Wir ersuchen, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

1.) Lebt ein Jude, dem ohne die Verordnung gehobene Fürsorge oder Kleinrentnerhilfe zu gewähren wäre, als Haushaltungsvorstand mit einem Ehegatten oder mit Abkömmlingen in Familiengemeinschaft zusammen, die nicht Juden sind, so sind für diese Familienmitglieder die richtsatzmäßigen Familienzuschläge der gehobenen Fürsorge oder der Kleinrentnerhilfe zu gewähren, auch wenn sie für ihre Person die Voraussetzungen der gehobenen Fürsorge oder der Kleinrentnerhilfe nicht erfüllen. Der Jude selbst ist nach der Verordnung zu unterstützen.

Lebt ein Jude, der ohne die Verordnung als Kleinrentner zu unterstützen wäre, als Haushaltungsvorstand mit einem oder mehreren Empfängern öffentlicher Fürsorge oder von Arbeitslosenunterstützung, die nicht Juden sind, in Familiengemeinschaft zusammen, so ist als Reichszuschuß der Unterschiedsbetrag zwischen dem in Nr. 5 Abs. 2 und dem in Nr. 5 Abs. 1 des Erlasses vom 25. März 1938 – II b 3800/38 –, betr. Reichszuschüsse für Kleinrentner,⁶ vorgeschriebenen Satz zu zahlen.

2.) Lebt ein Haushaltungsvorstand, der nicht Jude ist und die Voraussetzungen der gehobenen Fürsorge oder der Kleinrentnerhilfe erfüllt, mit Juden in Familiengemeinschaft zusammen, so ist er nach dem für den Haushaltungsvorstand geltenden Richtsatz zu

1 BayHStA, StK 6412, Nr. 10897, Bl. 204+RS; Abdruck in: Ministerialblatt des RuPrMdI, Nr. 25 vom 21.6.1939, Sp. 1298–1299.

2 Dr. Hans Engel (1887–1945), Jurist; 1920 Reg. Rat, 1929 Ministerialrat, 1933 Min. Dir. im RArbM (Leiter der Abt. Sozialversicherung und Arbeitsmarkt), 1942 StS; im April 1945 von sowjet. Soldaten erschossen.

3 Dr. Friedrich Karl Surén (1888–1969), Jurist; Mitglied der DVP, 1933 NSDAP-Eintritt; von 1920 an im PrMdI tätig, 1932 Min. Dir. und Leiter der Kommunalabt., Staatskommissar für Wohlfahrts-pflege, 1944–1945 Senatspräsident beim Reichsverwaltungsgericht.

4 Das Original trägt den Stempel „Abdruck für das Staatsministerium. (Das zuständige Fachministerium hat Abdruck erhalten)“, den Stempel der Kanzlei des RArbM, Bearbeitungsvermerke und handschriftl. Kürzel.

5 Siehe Dok. 164 vom 19.11.1938.

6 Abgedruckt in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 74 vom 29.3.1938 und Reichsarbeitsblatt, Teil 1 Amtlicher Teil, Nr. 10 vom 5.4.1938, S. 104–106.

unterstützen; die jüdischen Familienmitglieder sind nach der Verordnung zu unterstützen.

Der Haushaltungsvorstand erhält als Kleinrentner den einfachen Reichszuschuß nach Nr. 5 Abs. 1 des Erlasses vom 25. März 1938. Lebt der Haushaltungsvorstand außer mit jüdischen Familienmitgliedern auch mit einem oder mehreren Empfängern öffentlicher Fürsorge oder von Arbeitslosenunterstützung, die nicht Juden sind, in Familiengemeinschaft zusammen, so ist der erhöhte Reichszuschuß nach Nr. 5, Abs. 2 des Erlasses vom 25. März 1938 zu zahlen.

Dieser Erlaß wird den Fürsorgeverbänden durch das Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern bekanntgegeben und im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

DOK. 286

Oberregierungsrat Kurt Krüger, Wien, fragt am 31. Mai 1939 beim Sicherheitsdienst an, welchen Status die Abschlusszeugnisse jüdischer Schulen haben sollen¹

Schreiben des ORR Kurt Krüger² (Zl. IV-3c-325041-939), Wien, I., Minoritenplatz 5, an Hauptsturmführer Gahrmann,³ Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Wien, IV., Theresianumgasse 16, vom 31.5.1939⁴

Lieber Kamerad *Gahrmann!*

In Wien bestand eine gutbesuchte Höhere Schule des Vereines „Jüdisches Realgymnasium“, das sogenannte Chajesrealgymnasium (jetzt „Jüdisches Lyzeum“) im 20. Wiener Bezirk, das das Öffentlichkeitsrecht (Recht zum Ausstellen staatsgültiger Zeugnisse und zum Abhalten von Reifeprüfungen) besass. Durch einen allgemein gültigen Erlass des hiesigen Unterrichtsministeriums⁵ wurde mit Beginn des laufenden Schuljahres 1938/39 allen Privatschulen, also auch dem Chajesrealgymnasium, das Öffentlichkeitsrecht entzogen und ausserdem dieser Jüdischen Höheren Schule die Schülerzahl mit 2 % der Gesamtschülerzahl an allen anderen Wiener Höheren Schulen begrenzt.

Nun trat das Chajesrealgymnasium an das Unterrichtsministerium um Wiederverleihung des Öffentlichkeitsrechtes heran. Es ist klar, dass das Öffentlichkeitsrecht für diese Schule nicht mehr in Frage kommt. Ich übersende Dir eine Abschrift der geplanten Erledigung des Ansuchens mit der Bitte um Deine Stellungnahme mit folgendem Bemerkem: Die „Abschlussprüfung“ nach Beendigung des Studiums im Beisein eines Vertreters der staatlichen Unterrichtsbehörde (des Stadtschulrates für Wien) würde dem „Abschlusszeugnis“, auch wenn es dadurch nicht zum „Reifezeugnis“ wird, immerhin ein

¹ BArch, R58/ 6562.

² Kurt Krüger (1906–1987), Jurist; 1925 NSDAP-Eintritt, Mitbegründer der NSDAP und der SA in Danzig, zuletzt SA-Sturmbannführer; 1934 Reg.Rat in Danzig, von 1935 an im RWM, 1938 in Wien für Kirchen und Schulen zuständig; von 1940 an Hauptamtsleiter für Kirchen- und Schulangelegenheiten in der Münchener NSDAP-Zentrale; nach 1945 Rechtsanwalt in Nürnberg.

³ Theodor Gahrmann (*1910), Kaufmann; 1928 NSDAP- und SA-Eintritt, 1935 SS-Eintritt; 1936 Referent im SD-Hauptamt, 1939 Inspektor der Sicherheitspolizei und des SD Wien.

⁴ Das Original ist mit handschriftl. Anmerkungen versehen.

⁵ Nicht ermittelt.

gewisses Gewicht verleihen, das z. B. dazu beitragen könnte, dass sein Inhaber an ausländischen Hochschulen ohneweiters als ordentlicher Hörer zugelassen würde.

Nun gehen darüber, ob die Anwesenheit eines behördlichen Vertreters bei der genannten Abschlussprüfung angeordnet werden soll oder nicht, die Meinungen meiner Referenten ziemlich auseinander: die einen sind der Ansicht, dass dadurch den Juden der Anreiz zum Auswandern gegeben sei, wenn ihre Kinder ein im Auslande hoch gewertetes Zeugnis erhalten. Die anderen Referenten meinen, dass ein im Ausland hoch gewertetes Zeugnis der Chajesschule viele Juden aus der Ostmark (und gegebenenfalls aus dem übrigen Reiche) verlocken könnte, ihre Studien in Wien an dieser Schule zu betreiben, dass also dadurch wieder ein Zustrom von Juden nach Wien herbeigeführt werden könnte.

Ich bitte Dich also, auf Grund des Einblickes, den Du in der Judenfrage hast, mir Deine Meinung in dem strittigen Punkte mitzuteilen.

*Heil Hitler!*⁶

DOK. 287

Die Exil-SPD berichtet über die Situation der Juden im Memelland Ende Mai 1939 nach der deutschen Machtübernahme¹

Deutschland-Bericht der Sopade,² Juli 1939, Paris (Typoskript)³

c) Memelgebiet

Nach der Okkupation wusste die Judenschaft in Memel, dass die Besetzung auch ihrer Heimat nur noch eine Frage von Tagen sein würde.⁴ Es setzte eine Massenflucht nach Litauen ein. Von den insgesamt 5–6000 Memeler Juden befanden sich nur noch etwa 2000 in der Stadt, von denen etwa 1500 noch in letzter Stunde entkommen konnten. Aus den letzten Flüchtlingszügen am Morgen des 23. März wurden einige Leute von der SS verhaftet. Das Gepäck der Reisenden wurde durchsucht und jedem Juden nur ein Ge-

⁶ Am Ende des Schreibens handschriftl. Notiz: „M.E. haben wir kein Interesse daran, jüdische Intelligenz großzuziehen. Daher ist die Teilnahme eines behördlichen Vertreters abzulehnen.“ In diesem Sinne hat Gahrman auch sein Antwortschreiben vom 12.6.1939 verfasst; wie Anm. 1. Darin wird ferner ausgeführt, dass hochwertige Zeugnisse als Anreiz zur Auswanderung nicht erforderlich seien, da Juden im jugendlichen Alter über besonders gute Auswanderungsmöglichkeiten verfügten.

¹ AdsD, Emigration/Sopade, Deutschlandberichte [der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands], Jg. 6, Nr. 7, A 89 f.; Abdruck in: Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934–1940, 7 Bde., Frankfurt a.M. 1980, Bd. 6, S. 908 f.

² Beim Vorstand der Exil-SPD (Sopade) in Prag wurden Berichte und Zeitungsmeldungen über die politische, kulturelle, ökonomische und soziale Situation in Deutschland gesammelt, ausgewertet und die Ergebnisse seit Mai 1934 monatlich veröffentlicht. Nachdem die deutsche Wehrmacht im März 1939 in Prag einmarschiert war, wich der Vorstand der Exil-SPD nach Paris aus.

³ Der erste Teil des Berichts gibt einen Überblick über die allgemeine politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland, die Judenverfolgungen im Altreich, in Böhmen und der Slowakei.

⁴ In Memel existierten eine deutschorientierte jüdische Gemeinde und eine orthodoxe Gemeinde russ., poln. und litauischer Juden. Zionistische Organisationen waren stark vertreten. Im Febr. 1937 nahm der Stadtrat ein Gesetz an, das die Berufsausübung der Juden einschränkte, im Herbst 1938 wurden jüdische Geschäfte boykottiert. 1939 machten Juden in Memel etwa 14 % der Stadtbevölkerung aus. Schon vor dem Einmarsch der Deutschen am 23.3.1939 flohen Tausende aus der Region nach Litauen; siehe Einleitung, S. 43.

päckstück überlassen. Die übrigen Stücke wurden „konfisziert“. Lastwagen, die jüdische Habe nach Litauen schaffen wollten, wurden an der Grenze gezwungen, nach Memel zurückzukehren.

Einige der größten Tabak-, Textil- und Schokoladenfabriken Memels, ferner Engros-Handlungen und Warenhäuser fielen den Nationalsozialisten in die Hände.

Die Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde und aller jüdischen Organisationen wurden sofort von den Sturmscharen besetzt. Drei Synagogen wurden zerstört, viele jüdische Wohnungen demoliert.

In den Provinzorten des Memellandes wurden gleichfalls alle Synagogen vernichtet, die Thora-Rollen auf die Straße geworfen, zerrissen und mit Füßen getreten. SA und SS besetzten alle jüdischen Fabriken und Geschäfte. Es kam zu schweren Misshandlungen.

Am 30. März veröffentlichte der „Treuhänder für das jüdische Eigentum in der Stadt Memel“ im „Memeler Dampfboot“⁵ die folgende Konfiskations-Verordnung:

„Durch Verfügung des stellvertretenden Überleitungskommissars für die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich vom 27. März 1939 bin ich zum Treuhänder für das gesamte jüdische Vermögen in der Stadt Memel bestellt. Ich bestimme daher folgendes: Es sind mir sofort schriftlich zu melden: 1. Sämtliche jüdische Guthaben bei Banken, Sparkassen und ähnlichen Institutionen. 2. Sämtliche Zahlungen, die Firmen oder Personen an jüdische Betriebe, Geschäfte und Privatpersonen zu leisten haben. 3. Alles Eigentum, soweit es sich noch in jüdischem Besitz und alles jüdische Eigentum, das sich noch in anderen Händen befindet. 4. Durch die Hausbesitzer, sämtliche Betriebs-, Geschäfts- und Lager-räume, soweit sie an jüdische Gewerbetreibende vermietet waren oder noch sind. 5. Alle Forderungen an jüdische Betriebe, Geschäfts- und Privatpersonen.

Zahlungen an jüdische Gläubiger dürfen nicht erfolgen. Bei Nichtbefolgung obiger Anordnung ist Bestrafung zu erwarten W. Betke.“

Alle noch in Memel lebenden Juden mussten bis zum 31. Mai ihren gesamten Schmuck abliefern. Sie durften nur je eine silberne Uhr, ein silbernes Essbesteck und falsche Gebisse behalten.

Beim Amtsgericht in Memel ist eine „Beratungsstelle für Arisierungsfragen“ errichtet worden. Bei den Banken hat man Sonderkonten eröffnet, auf die alle Arier die Beträge einzahlen müssen, die sie den Juden schulden.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Truppen kam die Gestapo nach Memel, die etwa 100 Personen, meist litauische Juden, unter Spionageverdacht verhaftete.

Der Memeler jüdische Arzt Dr. Hanemann,⁶ ein litauischer Staatsbürger, ist – bis jetzt ohne Veröffentlichung der Gründe – von einem deutschen Gericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.⁷

⁵ Memeler Dampfboot, gegründet 1849 von Anhängern der liberalen Bewegung und eine der ältesten deutschsprachigen Tageszeitungen Ostpreußens; 1939 der NS-Presse gleichgeschaltet.

⁶ Dr. Moritz (Moshe) Hanemann, (*1896), Arzt; lebte bis zur deutschen Machtübernahme in Memel, dann in Westpreußen.

⁷ Im Folgenden schildert der Bericht die Judenverfolgungen in Österreich und Danzig, den Novemberpogrom und die Haftbedingungen im KZ Dachau sowie die schwierige Situation auf den Flüchtlingsschiffen; siehe Dok. 316 vom Juli 1939.

DOK. 288

**Das Hilfskomitee für jüdische Flüchtlingskinder in Brüssel
bittet die Israelitische Kultusgemeinde Wien am 2. Juni 1939 um Mithilfe
bei der Organisation von Kindertransporten¹**

Schreiben des Comité d'Assistance aux Enfants Juifs Réfugiés² (Unterschrift unleserlich), Brüssel, Rue Joseph Dupont 2, an die Israelitische Kultusgemeinde, Wien I., vom 2.6. 1939³

Betrifft: Kindertransport nach Belgien.

In der Beilage senden wir Ihnen eine Liste der Teilnehmer am nächsten Transporte nach Bruxelles aus Ihrer Stadt und Umgebung.⁴

Die Kinder müssen sich am Donnerstag, den 15. Juni 1939, bis 14 Uhr beim Provinzialverband in Köln am Rhein, Rubensstrasse 33, einfinden, wo sie von Delegierten des belgischen Roten Kreuzes nach Bruxelles weitergeleitet werden.

Wir verständigen in jedem Falle auch noch die Eltern der Kinder, bitten Sie aber, gleichzeitig auch direkt mit ihnen in Verbindung zu treten und die eventuell erforderlichen Auskünfte zu erteilen, damit Anfragen bei unserem Comité, die wir häufig mangels Kenntnis der diversen deutschen Bestimmungen nicht beantworten können, vermieden werden.

Wir legen die einzuhaltenden Bestimmungen über Fahrkarten, Gepäck, mitzunehmende Sachen etc. bei und bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass diese Bestimmungen tatsächlich auch eingehalten werden.⁵

Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass die deutschen Behörden die Mitnahme von Geld, Schmucksachen, Silber, Gold etc. den Kindern ebenso verbieten wie den Erwachsenen. Wir bitten Sie, die Eltern darauf energisch aufmerksam zu machen, dass in Köln Stichproben gemacht werden und die Kinder vom Transport zurücktreten müssen, die eventuell doch irgendwelche Wertsachen bei sich haben. Sollten wir hier beim Auspacken noch solche finden, werden die *Kinder mit dem nächsten Zuge zurückgeschickt!* Es ist nicht zulässig, dass durch die Fahrlässigkeit *einer Person* unser Transport als solcher gefährdet wird.

Die den einzelnen Kindern zugehenden Benachrichtigungsbriefe sind mitzunehmen und in Köln vorzuweisen.

Machen Sie die Eltern bitte darauf aufmerksam, dass weder Verwandte noch Bekannte sich hier auf dem Bahnhofe einfinden dürfen.

Wir hoffen, dass der Transport sich in gewohnt klagloser Weise abwickeln wird und begrüßen Sie für das Comité:

2 Beilagen.

1 CAHJP, HMB/3108, Aufn. Nr. 875.

2 Das Komitee wurde im Nov. 1938 auf Initiative des Rechtsanwalts Max Gottschalk zur Rettung jüdischer Flüchtlingskinder gegründet. Es erwirkte von der belg. Regierung die Zusage, Kindern Asyl zu gewähren, bis diese in andere Länder weiterreisen konnten. Leiterin war von 1939 an Marguerite Goldschmidt-Brodsky. Bis Juni 1939 kamen etwa 1000 Kinder aus Deutschland und Österreich nach Belgien.

3 Am Dokumentenende befindet sich ein Stempel „Comité d'Assistance aux Enfants Juifs Réfugiés“.

4 Auf der Liste standen Namen und Adresse von Elfriede Kofler (*1932) aus Wien und Gerti Perschak (*1924) aus Brno (Brünn); wie Anm. 1, Aufn. 877.

5 Wie Anm. 1, Aufn. 876.

DOK. 289

**Georg Landauer listet am 2. Juni 1939 die
Verteilung von 25000 Flüchtlingszertifikaten zur Einwanderung
nach Palästina auf¹**

Vermerk von Dr. Georg Landauer, Jerusalem, vom 2.6. 1939

Verteilung von 25000 Fluechtlingszertifikaten.

Vorbemerkung:

In der folgenden Aufstellung ist nicht zwischen Personen, die noch in Deutschland sind, und Fluechtlingen in den sogenannten Fluechtlingslaendern (incl. Zbanszyn)² unterschieden. Eine Einteilung unter diesem Gesichtspunkt wird vorbereitet.

2. Ausgehend von der Annahme einer juedischen Bevoelkerungsziffer von

350 000 in Deutschland (Altreich)

80 000 " Oesterreich

220 000 im Gebiete der frueheren CSR (ohne Karpathorussland, aber einschl. und unter gleicher Behandlung der Slowakei), schlage ich vor,

die Zertifikate nach folgendem Prozentsatze zu verteilen:

44 % Deutschland (Altreich)

24 % Oesterreich

32 % CSR.

Hierbei ist jedoch zu beruecksichtigen, dass in einigen Kategorien, besonders Jugendliche, Deutschland und Oesterreich schon einen erheblichen Teil ihrer besten Kandidaten zur Auswanderung gebracht haben und dass daher hierbei die Czechoslowakei etwas staerker zu beruecksichtigen ist.

Ich schlage folgende Einteilung nach Kategorien vor:

		D.	Oe.	CSR	
I.	10000 Kinder u. Jugendliche				
	dav. Kinder (12–15 jaehr.)	7 000:	3 000	1 700	2 300 ³
	Jugendliche (15–17 ")	3 000:	1 200	700	1 100
		[...]	[...]	[...]	[...] ⁴
			4 200	2 400	3 400
					= 10 000

Pruefstellen: Waad Leumi⁵ und die Stellen der Jugendaljiah

¹ CZA, S7/793.

² Richtig: Zbąszyń. Ort an der deutsch-polnischen Grenze, in dem Ende Okt. 1938 aus Deutschland abgeschobene Juden poln. Staatsangehörigkeit in einem Lager interniert waren; siehe Dok. 203 vom 16.12.1938.

³ Über den vier Zahlen handschriftl. eingefügt, schlecht lesbar: 1500 660 580 480

⁴ Handschriftl. Zahlen eingefügt, unleserlich.

⁵ Waad Leumi: Jüdischer Nationalrat, bestand von 1920 bis zur Gründung des Staats Israel 1948 und war die provisorische Regierung der Juden, solange Palästina unter brit. Mandat stand. Die Prüfstellen entschieden darüber, ob der jeweilige Bewerber den Anforderungen entsprach.

		<i>D.</i>	<i>Oe.</i>	CSR	
II. 7000 Verwandte ⁶					
Materiell Versorgte	2 000	900	600	500	
Finanzierte	5 000	2 200	1 200	1 600	= 7 000

Pruefstellen: H.O.G.,⁷ Palaestinaaemter, Rosenblueth.⁸

Rangfolge: 1. Zionisten a) Gefaehrdete
b) Siedler
c) finanzielle Sicherung oder wirtsch. Bedeutung
2. Gefaehrdete a) Siedler
b) finanz. Sicherung od. wirtschaftl. Bedeutung
3. Verwandte von Siedlern od. Siedlungsanwaertern
4. Andere

III. 1000 Studenten	400	250	350	= 1 000

Pruefstellen: Palaestinaaemter und WIZO

Vorschlaege hiesiger Anstalten sollen von der Deutschen Abteilung entgegengenommen und an die Pal[aestina]aemter weitergeleitet werden.

IV. 5000 ⁹ Arbeiter	2 200	1 200	1 600	= 5 000 ¹⁰

Pruefstellen: Palaestinaaemter, Auslands-Hachscharah-Zentrale d. Hechaluz in London, Rosenblueth, WIZO. Danziger Chaluzim¹¹ sollen mit beruecksichtigt werden.

V. 2000 Familien (5 000 Personen) ¹²				
der Kat. A(1), A(4), A(5): ¹³	850	500	650	= 2 000 ¹⁴

Pruefstellen: Palaestinaaemter u. Rosenblueth

Ein Verteilungsplan auf die Palaestinaaemter ausserhalb von Deutschland wird vorbereitet. Die Danziger A(1)-Faelle¹⁵ sollen mit beruecksichtigt werden.

⁶ Zahl handschriftl. eingefügt, schlecht lesbar, vermutlich: 6000.

⁷ Hitachduth olej Germania: 1933gegründete Organisation der Palästina-Einwanderer aus Deutschland, von März 1939 an auch aus Österreich.

⁸ Gemeint ist Martin Rosenblüth.

⁹ Darüber handschriftl. eingefügt: 10000.

¹⁰ Über den vier Zahlen handschriftl. eingefügt, schlecht lesbar: 4400 2700 2800 10000.

¹¹ Hebr.: Pioniere.

¹² Über den Zahlen handschriftl. eingefügt: 3000 [Familien] 8000 [Personen].

¹³ Die Zertifikatskategorie A bildeten Personen mit eigenem Vermögen: in die Kategorie A 1 wurden sog. Kapitalisten eingestuft, Einwanderer, die über ein Eigenkapital von 1000 brit. Pfund verfügten, in die Kategorie A 4 Rentenempfänger, in die Gruppe A 5 Personen, die einen im Lande wenig vertretenen Beruf ausübten. Ferner wurden Arbeiter-, Handwerker- und Jugendzertifikate vergeben.

¹⁴ Über den vier Zahlen handschriftl. eingefügt, schlecht lesbar: 1320 720 980 = 3020.

¹⁵ Gemeint sind die Zertifikate der Kategorie A; siehe Anm. 3.

DOK. 290

**Der Zahlmeister der „St. Louis“ berichtet im Juni 1939
über die Fahrt des Flüchtlingsschiffes nach dem Landeverbot in Havanna¹**

Reisebericht „St. Louis“² von Zahlmeister Ferdinand Müller, Teil II, vom 2.6. 1939 bis 11.6. 1939 (Abschrift)

18.2.6.³

Heute morgen kurz vor der Abfahrt wurden 6 Passagiere mit Permit laut Presidential Order gelandet. Der über Bord gesprungene Dr. Loewe bleibt im Hospital in Habana,⁴ so dass die Gesamtzahl der ausgeschifften Passagiere 29 beträgt und 907 an Bord verbleiben. – Die beiden Herren vom Joint Relief Committee,⁵ die gestern abend an Bord waren, sprachen noch einmal vor der Abfahrt zu den versammelten Passagieren und ermahnten sie, die Ruhe zu bewahren; es würde bestimmt eine Lösung gefunden werden, und nur durch das Auslaufen der „St. Louis“ wären die Voraussetzungen für weitere Verhandlungen gegeben. – Die Agentur überbrachte dem Kapitän die telegrafische Order von Hamburg, die Heimreise anzutreten, und teilte mit, dass Herr Direktor Schröder aus New York telefoniert hätte, dass das Schiff langsam nach Norden fahren sollte. Gleichzeitig teilte die Agentur mit, dass mit der Möglichkeit einer Rückkehr nach Habana gerechnet werden müsste und dass sich die Republik St. Domingo bereit erklärt hätte, die Passagiere aufzunehmen. Hierauf verliessen wir um 11Uhr den Hafen und fuhren langsam nach Norden. Laut telegrafischer Weisung von Hamburg wird ab heute für alle Passagiere einheitlich III. Klasse-Verpflegung – laut Verpflegungsvorschrift 33 gegeben; die Passagiere sind hiermit vollkommen einverstanden. Für die Reisenden, welche rituell essen, werden Milchspeisen, Teigwaren und Hülsenfrüchte zu jeder Mahlzeit bereitgehalten. – Wegen der langsamen Fahrt des Schiffes und durch ermunternde Telegramme des Joint ist die Stimmung der Passagiere zuversichtlich.

19.4.6.

(Wir fahren mit voller Kraft nach Norden.) Das Schiff fährt mit langsamer Fahrt durch die Florida-Strasse nordwärts. Während des Tages liefen verschiedene Telegramme vom Joint ein, welche besagen, dass die Verhandlungen weitergehen und dass noch Hoffnung auf Habana besteht. Herr Direktor Schröder telegrafierte aus New York, dass Aussicht auf Landung in Habana besteht und dass das Schiff 24 Stunden auf der Stelle bleiben solle. Die Passagiere werden durch Anschläge laufend von den eingegangenen Nachrichten

¹ YVA O. 33/4284.

² Das Kreuzfahrtschiff „St. Louis“ hatte am 13.5.1939 Hamburg Richtung Kuba verlassen. Die meisten der 937 Passagiere waren Juden auf dem Weg in die Emigration, denen der Chef der kubanischen Einwanderungsbehörde Einreisegenehmigungen ausgestellt hatte, ohne dazu befugt zu sein. Bereits am 6.5.1939 hatte die kubanische Regierung diese Bescheinigungen für ungültig erklärt, doch erfuhren die Passagiere der „St. Louis“ dies erst, als dem Schiff Ende Mai in Havanna die Landung verweigert wurde.

³ Müller hat seine Tagebucheinträge fortlaufend nummeriert und zusätzlich mit dem jeweiligen Datum versehen.

⁴ Dr. Max Loewe (*1891), Rechtsanwalt; Ende 1938 im KZ Buchenwald inhaftiert; aus Angst vor einer möglichen Rückkehr nach Deutschland versuchte er mehrfach, sich das Leben zu nehmen; nach seiner Genesung kehrte er zu seiner Familie zurück, die sich nach der gescheiterten Überseeauswanderung in Großbritannien aufhielt.

⁵ Richtig: Jewish Joint Distribution Committee (Joint).

unterrichtet. Zur Beruhigung wurde ihnen noch mitgeteilt, dass ein in der Nähe liegender Staat sich bereit erklärt habe, sie aufzunehmen.

[2]0.4.6.

Wir fahren mit voller Kraft nach Norden. Der Kapitän⁶ gab den Passagieren bekannt, dass die Verhandlungen ununterbrochen weitergeführt würden und dass keinesfalls die Hoffnungen auf Habana aufgegeben werden dürften. Das Schiff führe heute aus der Florida-Strasse heraus und hielte auf einen Punkt zu, welcher von New York, Habana und Haiti [gleich] weit entfernt sei. Da die Passagiere unruhig waren, wurden sie dringend aufgefordert, die Ruhe zu bewahren und keine unnötige Kritik an den Massnahmen der Schiffsleitung und an der Mitarbeit des Passagierausschusses zu üben.⁷

[21.]5.6.

In der Nacht traf Order von Hamburg ein, dass erst heute wegen des zu erwartenden Ergebnisses der Unterhandlung des Joint mit dem Präsidenten von Cuba⁸ bis auf weiteres langsam gefahren werden sollte. Die langsame Fahrt des Schiffes beruhigte die Passagiere, welche gestern abend sehr unruhig waren, sehr, und die Stimmung wurde wieder etwas zuversichtlicher. Gegen Abend lief ein Telegramm des Centro Israelita ein,⁹ dass die Landung der Passagiere auf der Insel Pinos an der Südküste Cubas behördlich genehmigt sei.¹⁰ Diese Nachricht wurde von den Passagieren mit ungeheurer Freude aufgenommen, welches auch darin zum Ausdruck kam, dass die Abendunterhaltungen, welche seit der Abfahrt von Habana sehr wenig Zuspruch hatten, stark besucht waren.

[22.]6.6.

Heute Morgen traf Order aus Hamburg ein, mit voller Kraft Kurs auf Hamburg zu fahren. Einige Stunden später telegrafierte New York, dass Aussicht auf Landung auf Pinos bestehe und dass wir Instruktionen aus Hamburg erhalten würden. Den Passagieren wurde bekanntgegeben, dass eine offizielle Bestätigung der gestrigen Nachricht wegen Pinos jede Minute erwartet würde und dass die Hapag sich bereit erklärt hätte, nach einem anderen Hafen Mittelamerikas zu fahren, wenn alle Passagiere einverstanden wären, dass alle Extrakosten von dem Rückreisepot abgezogen würden.¹¹ Da bis abends noch keine Bestätigung wegen Pinos eingetroffen war, wurden die Passagiere wieder sehr unruhig und nervös.

6 Gustav Schröder (1885–1959), Kapitän; 1912–1940 Offizier und von 1936 an Kapitän der Hapag, Linie Hamburg–New York, 1940–1946 im Außendienst der Seewarte; Autor von „Heimatlos auf hoher See“ (1947). Für seine Bemühungen um die Passagiere der „St. Louis“ wurde Schröder postum in Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.

7 Der Passagierausschuss war auf Anregung Kapitän Schröders als Verbindungsglied zwischen ihm und den Passagieren gegründet worden; dem Ausschuss gehörten zu diesem Zeitpunkt fünf, auf der Rückreise sieben Personen an.

8 Laredo Brú (1875–1950?); unter José Miguel Gómez Sekretär des Innern in Kuba, 1936 zunächst Vizepräsident, nach der Abwahl von Gómez im selben Jahr Präsident.

9 Das Centro Israelita de Cuba war eine nichtzionistische jüdische Organisation Kubas. Das Centro organisierte Hilfs- und Sprachprogramme für Einwanderer, unterhielt einen Theaterzirkel, eine Poliklinik, eine Bibliothek und eine Abendschule.

10 Isla de los Pinos, eine vor Kuba gelegene, kleine Insel, die lange als Strafkolonie diente.

11 Die Emigranten mussten bei ihrer Auswanderung Geld für eine Rückfahrkarte deponieren. Auf diese Weise entledigte sich die Reederei des finanziellen Risikos im Falle einer Einreiseverweigerung. Das Geld sollte den Passagieren nach ihrer Ankunft im Zielhafen auf ein Konto in Deutschland überwiesen werden.

23.116.

Da auch am 7. Juni keine Bestätigung über Pinos einlief, wurde den Passagieren mitgeteilt, dass Verhandlungen mit St. Domingo im Gange seien. Die eingegangenen und abgesandten Telegramme wurden den Passagieren laufend bekanntgegeben, und es musste immer wieder etwas Neues erfunden werden, um die Ruhe einigermaßen aufrechtzuerhalten. Am 8. Juni wurde von jedem Passagier eine schriftliche Erklärung abgegeben, dass sie damit einverstanden seien, dass die der H.A.L.¹² entstehenden Kosten von dem Rückreisedepot abgezogen würden. Der Kapitän erhielt ein Telegramm aus New York, wonach die Landung in Cuba nicht mehr in Frage kam. Die Passagiere setzten jetzt alle Hoffnung auf St. Domingo, waren aber sehr misstrauisch und wollten nichts mehr glauben. Die Stimmung wurde immer unruhiger und nervöser; um sie zu beruhigen, wurde ihnen mitgeteilt, dass das Schiff immer noch zurückkehren könne. Am meisten befürchteten die Passagiere, von denen ca. 300 im Konzentrationslager waren, dass sie wieder nach Deutschland zurück müssten, und sprachen offen aus, dass in diesem Falle zahlreiche Selbstmorde begangen würden. Um Verzweiflungstaten zu verhüten, wurden die Wachen überall im Schiff verstärkt, und um das ganze Schiff herum wurde die Reling ständig beobachtet. Wir sind alle der Meinung, dass die getroffenen Sicherheitsmassnahmen zweckmässig und notwendig sind. Als dann am 9. Juni die endgültige Bestätigung kam, dass sowohl St. Domingo als auch Habana nicht mehr in Frage kämen, bemächtigte sich der Passagiere eine sehr grosse Unruhe, sie scharten sich in Gruppen zusammen und diskutierten und weinten. Der Kapitän ging über Deck und sprach überall zu den Gruppen beruhigende und ermunternde Worte. Hierauf wurde eine Versammlung in der Halle auf dem Promenadendeck zusammengerufen, worin zuerst der Rechtsanwalt Joseph¹³ und dann der Kapitän zu den Passagieren sprach. Hierdurch wurden die Passagiere etwas ruhiger, waren jedoch sehr niedergeschlagen. Gestern kam die Nachricht, dass zwecks vorübergehender Aufnahme mit England verhandelt würde. Heute wurde auf Anfrage der Hapag festgestellt, wieviel Passagiere mit englischem Visum an Bord seien. Zur Beruhigung der Passagiere wurden in der Zahlmeisterei alle Passagiere mit erteilten oder beantragten Permits für England und mit Visen für andere Länder registriert. Die Passagiere haben sich jetzt einigermaßen wieder beruhigt und setzten jetzt ihre ganze Hoffnung auf England.¹⁴

¹² Hamburg-Amerika-Linie.

¹³ Dr. Josef Joseph (*1882), Jurist; Rechtsanwalt in Rheydt, wo er in den frühen 1920er Jahren den erfolglosen Literaten Joseph Goebbels unterstützt hatte; im Nov. 1938 verhaftet; Sprecher des Passagierausschusses auf der „St. Louis“, Emigration zunächst nach Großbritannien, später in die USA.

¹⁴ Nachdem alle Bemühungen um eine Landegenehmigung in einem amerikanischen Hafen gescheitert waren und die „St. Louis“ wieder Kurs auf Europa genommen hatte, erklärten sich die Regierungen Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und Großbritanniens bereit, jeweils etwa 250 Passagiere aufzunehmen; siehe auch Dok. 292 vom Juni 1939, Dok. 297 vom 16.6.1939 und Dok. 316 vom Juli 1939.

DOK. 291

**Walter Benjamin stellt in einem Brief an Stephan Lackner
am 4. Juni 1939 Überlegungen zur Situation im Exil und über die
Selbstmorde von Juden in Wien an¹**

Brief von Walter Benjamin,² Paris, an Stephan Lackner³ vom 4. 6. 1939

Lieber Herr Morgenroth,

Sie werden den ersten Umblick um die Stadt, wenn nicht den Kontinent, nun haben schweifen lassen. Es wäre nicht uneben, wenn mir von dem und jenem, was Ihnen so vor Augen kam, Kunde würde. Oder käme es Sie schwer an, einen solchen Wunsch zu erfüllen? hätte der Strudel des amerikanischen Tempos Sie schon ergriffen? Sogar in diesem Fall kann ich mir nicht denken, daß Sie lange darinnen würden umgetrieben werden, ohne auf gemeinsame Freunde zu stoßen. Das sollte Sie zu einigen Zeilen aufmuntern.

Sind Sie Gumpert⁴ bereits begegnet? Ich nehme es an. Wiesengrund?⁵ Ist Ihnen mein Freund Wissing in Boston vorgekommen? – Und haben Sie nun, nach dem russischen Bündnis⁶ (das uns die nächsten Tage ja wohl bringen werden) einen Termin Ihrer Rückkunft bereits vorgesehen? Die Kriegsgefahr dürfte mit diesem Bündnis ja wohl etwas gemindert zu erachten sein.

Ich kann, was mich betrifft, wenig Neues berichten; noch minder sehr zuversichtlich Gestimmtes. „Auch ohne“, beginnt Horkheimers⁷ letzter Brief an mich, „daß ich seit Ihrem letzten Brief von Ihnen gehört hätte, kann ich mir denken, daß Sie wegen der Zukunft begreiflicherweise beunruhigt sind.“ Dieser Satz gibt, wie Sie sehen, die Aussicht

1 Max Beckmann Archiv, FMBA VI 6; Abdruck in: Stephan Lackner, Selbstbildnis mit Feder. Ein Tage- und Lesebuch. Erinnerungen, Berlin 1988, S. 135f.

2 Walter Benjamin (1892–1940), Philosoph; 1933 Emigration nach Paris, Mitarbeit beim exilierten Frankfurter Institut für Sozialforschung; im Herbst 1939 drei Monate lang inhaftiert, nach einem gescheiterten Versuch, über Frankreich (Marseille) nach Spanien zu fliehen, nahm sich Benjamin das Leben; Autor u.a. von „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ (1936).

3 Stephan Lackner, geboren als Ernst Morgenroth (1910–2000), Philosoph, Schriftsteller; 1933 Emigration nach Frankreich, 1939 aus dem Deutschen Reich ausgebürgert, Emigration in die USA; arbeitete als Journalist für Das Neue Tage-Buch, Pariser Tageszeitung, National Zeitung (Basel), Aufbau und Argentinisches Tageblatt.

4 Martin Gumpert (1897–1955), Arzt und Schriftsteller; von 1927 an Arzt und Medizinreformer in Berlin; 1933 Berufsverbot, emigrierte 1936 in die USA; von 1952 an Leiter der Geriatrischen Klinik des Jewish Memorial Hospital in New York.

5 Theodor Ludwig Wiesengrund Adorno (1903–1969), Philosoph, Soziologe; bis 1933 Dozent in Frankfurt a.M.; 1934 Emigration nach Großbritannien, 1938 in die USA; 1949 Rückkehr in die Bundesrepublik, 1958 Direktor des Instituts für Sozialforschung; Autor u.a. von „Dialektik der Aufklärung“ (1947, mit M. Horkheimer).

6 Im Sommer 1939 führten Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion Verhandlungen über einen Beistandspakt. Stattdessen kam der deutsch-sowjet. Vertrag zur Aufteilung der Interessensphären im östlichen Mitteleuropa vom 23.8. 1939 zustande.

7 Max Horkheimer (1895–1973), Philosoph, Psychologe; Mitbegründer, von 1931 an Direktor des Instituts für Sozialforschung; emigrierte 1933 in die Schweiz und 1934 in die USA, wo er das Institut wieder etablierte; 1949 Rückkehr in die Bundesrepublik, 1951–1953 Rektor der Universität Frankfurt a.M.

auf die düstersten Prospekte frei. Im übrigen enthält der Brief für mich keinerlei substantielle Neuigkeiten.

Mit gleicher Post habe ich Ihrem Vater⁸ geschrieben. Ich glaube, es wäre daran gelegen, wenn er die Begegnung mit Horkheimer herbeiführen wollte, falls das indessen nicht schon geschehen sein sollte. Ich würde in seiner Person doch figürlich *acte de présence*⁹ machen, und nichts wäre für mich verhängnisvoller als gerade jetzt durch Abwesenheit zu glänzen.

Ihrem Vater habe ich ein kleines französisches Manuskript, den Abriß eines Kapitels zum Baudelaire beigelegt.¹⁰ In der Tat habe ich es mit dem Französischen einmal bei einer Materie, die ich aus dem Grunde beherrsche, versuchen wollen. Wenn das Ergebnis nicht allzu entmutigend ausgefallen sein sollte, so würde das darauf hindeuten, daß beim Schreiben in einer fremden Sprache die Reserven an Stoff und Gedanken so groß sein müssen, daß sie die sprachlichen in der von Kindheit auf eignen – in der Muttersprache aufwiegen.

Die nächste Nummer von „Maß und Wert“¹¹ bringt einen Aufsatz über die Dramaturgie von Brecht, den ich vor nicht so langer Zeit geschrieben habe. Im übrigen beschäftigt mich der Baudelaire ausschließend. Das *flâneur*-Kapitel hat eine von Grund auf neue Armatur bekommen. Ich denke, daß Sie Interessantes darin ausfindig machen werden.

Vor wenigen Tagen ist Josef Roth gestorben.¹² Ich weiß nicht, ob die Todesart, die er gewählt hat – die konsequente Vergiftung durch Alkohol – weniger schrecklich ist als die, zu welcher sich Toller entschlossen hat.¹³ Man weiß hier übrigens nichts über die Umstände, die dem Selbstmord von Toller zugrunde liegen. Sind sie drüben bekannt?

Eine Historie, die ihren wahren Chronisten in Karl Kraus besessen hätte,¹⁴ kommt aus Wien: Man hat dort den jüdischen Haushaltungen, zumindest vorübergehend, das Gas gesperrt. Es wurde für die Gasgesellschaft zu teuer, jüdische Abonnenten zu beliefern. Sie verbrauchten zu große Mengen. Und da dies zum Zweck des Selbstmords geschah, so blieb die Gasrechnung nachher in vielen Fällen unbeglichen. –

Ich habe in den letzten Wochen viel Joubert gelesen. Das ist der letzte der großen französischen Moralisten; er hat zur Zeit von Chateaubriand gelebt. In ihm habe ich nicht nur einen der größten Meister des Stils, sondern auch einen der größten Theoretiker des schriftstellerischen Ausdrucks gefunden.

8 Sigmund Morgenroth (gest. 1963), Kaufmann; lebte zunächst in Franken, um 1910 baute er eine Telefongesellschaft in Paris auf, 1914 Fabrikant in Berlin, 1919 Leiter einer Uhrenfabrik in Bad Homburg; emigrierte 1933 nach Frankreich, 1939 in die USA.

9 Franz.: persönlich bei ihm vorstellig werden; sich blicken lassen.

10 Vermutlich die *Notes sur les Tableaux parisiens de Baudelaire*, in: Benjamin, *Gesammelte Schriften*, Bd. II, Aufsätze, Essays, Vorträge 1892–1940, hrsg. von Rolf Tiedemann u. Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt a.M. 1991, S. 740–748.

11 *Zweimonatsschrift für freie deutsche Kultur*, hrsg. von Thomas Mann und Konrad Falke, erschien von Sept. 1937 bis Okt. 1940.

12 Joseph Roth (1894–1939), Schriftsteller; 1919–1920 Journalist, von 1925 an Korrespondent der Frankfurter Zeitung in Paris; 1933 Emigration nach Paris; Autor u.a. von „Radetzky marsch“ (1932).

13 Ernst Toller (1893–1939), Jurist und Dramatiker; 1918/19 führendes Mitglied der Münchener Rätepublik, 1919–1924 Festungshaft, 1933 Ausbürgerung und Emigration in die Schweiz, 1934 nach Großbritannien, später in die USA; erhängte sich am 22.5.1939 in einem New Yorker Hotel.

14 Karl Kraus (1874–1936), Publizist und Schriftsteller; 1899 Gründer und zunächst Mithrsg., von 1911 an Hrsg. und Autor von *Die Fackel*; Autor u.a. von „Die letzten Tage der Menschheit“ (1918/19).

Was treiben Sie? beschäftigt Sie der Roman? der Kunsthandel? Wahrscheinlich beides und vieles andere mehr. Haben Sie einen Blick auf den Markt für Klee geworfen?¹⁵

Wenn Sie mir zum terme des 15 Juli eine kleine Beihilfe senden könnten, so wäre das hilfreich. Ich wollte hinzufügen: und freundschaftlich. Aber das könnten Sie so verstehen, als ob solche Stütze der Freundschaft zugute käme. Und das soll nicht gelten. (Ich mag und ich kann mich an Ihren Vater, wie ich Ihnen schon sagte, nicht wenden, solange er in so viel bedeutsamerer Weise um mich bemüht ist.)

Erika hat nichts von sich vernehmen lassen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen und heitern Sommer.

Bien à vous

4 Juni 1939

Paris XV

10 rue Dombasle

Ihr

Walter Benjamin

PS „Der preußische Friedrich“, auf den ich eben stoße, ist ein Gedicht, das mir sehr gefallen hat.¹⁶

DOK. 292

Eduard und Emma Weil berichten im Juni 1939 über das Hoffen und Bangen der Passagiere des Flüchtlingsschiffs „St. Louis“¹

Tagebucheinträge von Eduard und Emma Weil² vom 5. bis zum 116. 1939³

Montag, den 5. Juni 1939

Immer noch an Borde des M.S. St. Louis kreuzend zwischen Habana und Florida. „Wenn man eine Reise tut, kann man was erzählen.“ Der Schluss unseres Berichtes sagte, dass wir am Samstag in Habana landen, doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Am Samstag, den 27. Mai, trafen wir pünktlich um 4 Uhr vor Habana ein. Das Frühstück war auf 5 Uhr angesagt, so dass man annehmen konnte, wir werden bald ans Land kommen. Zuerst glaubten wir, dass wirklich wegen Pfingsten die Ausboothung noch nicht stattfinden konnte, aber als es Dienstag wurde, erfuhr man, dass es Schwierigkeiten mit der kubanischen Regierung waren, die daran Schuld trugen. So waren wir noch bis Freitag in Erwartung, dass es doch noch zum Ziele kommen sollte. Am Freitag früh aber erfuhren wir, dass das Schiff den Hafen verlassen müsse, & erst dann die

15 Paul Klee (1879–1940), Maler; von 1920 an im Bauhaus Weimar (später in Dessau), 1926 Mitbegründer der Gruppe Die Blauen Vier; 1933 Emigration in die Schweiz.

16 Stephan Lackners Gedicht Der preußische Friedrich erschien in der Zeitschrift Das Neue Tagebuch, hrsg. von Leopold Schwarzschild, 7. Jg., Heft 18, Paris, Amsterdam, 29.4.1939, Reprint, Nendeln/Liechtenstein 1976, S. 431.

1 YVA, O. 33/4284.

2 Eduard Weil (1869–1957), Kaufmann; emigrierte 1939 gemeinsam mit seiner Frau Emma, geb. Kornmann (*1876) von Stuttgart aus nach Großbritannien, später in die USA.

3 Zur Fahrt der „St. Louis“ siehe Dok. 290 vom 2.–116. 1939, Anm. 2, und Dok. 297 vom 16.6. 1939.

Verhandlungen aufgenommen werden könnten. So sind wir jetzt seit diesem Tage bis heute auf hoher See & warten der Dinge ab, die da kommen. Ob wir überhaupt nach Habana kommen, ist heute noch unsicher, aber eines soll sicher sein, dass eine Rückkehr nach Deutschland ausgeschlossen ist. Nun einen Bericht, was sich inzwischen ereignete: Auf dem Schiffe Bestürzung und Aufregung. Grosses Durcheinander von Befürchtungen, Vermutungen, & der Phantasie war Spielraum im höchsten Masse gegeben. Menschen mit Haltung (und deren gab es glücklicherweise viele), verängstigte Gemüter, Lebensmüde und ein Opfer wiederum.⁴ Während wir im Hafen von Habana stillstanden & die Verhandlungen gepflogen wurden, kamen ununterbrochen Boote mit kleineren & grösseren Menschengruppen, ganz dicht daran durften sie nicht, aber doch soweit, um mit ihren Zurufen uns zu ermuntern. In einem solchen kam tagtäglich zweimal mit Herrn Gutmann unser Vetter Emil und sein Bruder Simon. Während wir in den ersten Tagen zuversichtlich glaubten, dass es sich nur um eine kleine Verzögerung handeln würde, erkannten wir aus den Mienen der Besucher recht bald die Hoffnungslosigkeit unseres Zustandes, & Freitag früh wurde keines der Boote zugelassen, um uns nicht noch mehr zu betrüben. Auf 10 Uhr war die Abfahrt aus dem Hafen uns zugesagt, eine Fahrt ins Blaue, da geschah eine unerwartete Begebenheit. Die Passagiere wurden in der grossen Halle versammelt, und auf der Tribüne erscheint ein Komitee: Dr. Goldschmidt⁵ vom Joint, ein zweiter massgebender Herr vom Joint, die Herren der Schiffsleitung & ein Beamter der kubanischen Polizei. (Wir waren bis dahin auf dem Schiff von einer grossen Anzahl kubanischer Polizisten bewacht.) Die Ansprache war herzergreifend, beruhigend und brachte den meisten die Gewissheit, dass wir geborgen sind im Schutze des Joint und anderer Institutionen, wie auch die Würfel fallen mögen. Der Aufruf zur guten Haltung wirkt nachhaltig bei vielen, die Ungewissheit aber bedrückt jeden einzelnen, denn in Wirklichkeit schaukeln wir seit 10 Tagen auf offenem Meere hin & her. Einige Telegrammanschläge sollen [...] ⁶ Die Schiffsleitung und besonders der Kapitän erfüllen in herzlicher Anteilnahme ihr Möglichstes. „Verhandlungen in Kuba dauern weiter, nicht ungünstig, behaltet Mut, wir tun alles Menschenmögliche für Euch.“ Der Kapitän wird von der Hapag ermächtigt, seine Reiseroute nach den Verhältnissen täglich zu ändern. Das Schiff fährt jetzt in der Rich[tun]g zwischen gleicher Entfernung von Habana, Haiti & New York. Gestern war der Kapitän an der Floridaküste ganz nahe an Miami, um den Passagieren diesen wunderschönen Badeort zu zeigen. Der Anschlag, dass das Schiff keinesfalls wieder nach Hamburg zurückfährt, hat grosse Beruhigung ausgelöst. Der heutige Anschlag lautet: Joint Komitee in Unterhandlung mit Präsidenten. Ergebnis wahrscheinlich erst Montag bekannt. Für den Kapitän bestimmt: „Fahren Sie langsam bis auf weitere Ordre.“ So stehen wir heute, Montag früh und hoffen, endlich ein erlösendes Wort zu hören. Ein anderer bisher ungenannter Staat hat angeboten, die Passagiere an Land zu nehmen. Man meint, es handle sich um Haiti.

Heute, *Freitag, den 9. Juni*, halten wir immer noch an der Alef.⁷ Wir schwimmen weiter, & wohin wir kommen, wissen wir auch heute nicht. Aber einmal werden wir landen & wieder festen Boden unter die Füsse bekommen, aber wann dies der Fall sein wird, das

4 Der Passagier Max Loewe hatte versucht, sich das Leben zu nehmen; siehe Dok. 290, Anm. 4.

5 Richtig: Dr. Milton J. Goldsmith (1861–1957), Autor, Verleger.

6 Vorlage unleserlich.

7 Redensart im Sinne von: Wir stehen immer noch am Anfang. Alef ist der erste Buchstabe des hebräischen Alphabets.

ist die grosse Frage, die alle Passagiere bewegt. Die täglichen Nachrichten widersprechen sich, & wenn alle Passagiere die Ruhe behalten würden wie wir, dann wäre es gut, aber man kann auch die verzweifelte verstehen, denn immer wieder tritt die Frage auf, ob wir nicht doch wieder in D. landen werden. Das Wetter hat sich auch verschlechtert, es regnet, wir sind in Richtung auf die Azoren, also bald wieder näher an Europa. Seit gestern sind auch die Wellen etwas rebellisch geworden, die Windstärke 6, keine grosse Sache, aber es hat wieder viel Seekranke gegeben. Die Leute sind nicht mehr so widerstandsfähig. Wir selbst als alte Seefahrer sind immer gesund gewesen & hoffen, es auch weiter zu sein, auch wollen wir Geduld üben & weiter ausharren, zumal uns kein anderer Weg übrigbleibt. Depeschen werden überall hingesandt, an hohe und höchste Personen und Stellen, aber bisher haben wir nur Trostesworte gehört. Sehr enttäuscht sind wir von Amerika, das bis heute nur die pekuniäre Seite behandelt, aber keinerlei Anstalten macht, uns in das Land aufzunehmen. Jetzt wollen wir Schabbos halten & warten, was weiter kommt.

Sonntag, den 11. Juni. Der Schabbos war gut. Am Freitag abend um 5 Uhr Versammlung der Passagiere, bei welcher Gelegenheit ein Herr des Schiffkomitees sprach, auch der Kapitän, aber alles nur Trostesworte und viel Beruhigungspillen zum Schlucken, aber der Magen ist für solche Medikamente nicht mehr so aufnahmefähig. Anschliessend war ein würdiger Freitagabendgottesdienst & auch ein solcher am Samstag früh. Bei beiden Gelegenheiten wurde ein[e] kurze Ansprache gehalten, die recht schön war, es geht aber so, wie es auch in Stuttgart bei Predigten immer oder meistens war, diejenigen, welche es anging oder in der Hauptsache angehen sollte, waren nicht anwesend. So ist auch der Schabbos vorüber, die Woche hat angefangen, aber wie wird sie enden, wo werden wir am nächsten Sonntag sein? Jetzt hat sich Warburg eingeschaltet,⁸ aber auch nur theoretisch, das Praktische fehlt noch immer. Heute kommt die Nachricht, allerdings nicht offiziell, dass Kuba und San Domingo erledigt sei, was deshalb anzunehmen ist, weil wir 7 Tage von Habana weg sind. Es wurden Aufnahmen gemacht, wieviel Passagiere Visum & wieviel Permits nach England haben. Auch wegen Affidavits nach Amerika wurde schon nachgeforscht. Es wäre ein Witz der Weltgeschichte, wenn wir, um nach England zu kommen, die fünfwöchentlich[e] Seereise gemacht hätten. Aber wir warten mit Geduld ab. Natürlich hören wir nichts von der Aussenwelt. Erfreut waren wir gestern, als ein Telegramm unseres Mitbewohners Bloch ankam, der sich nach unserm Befinden erkundigte. Unsere Post liegt in Habana und ist nicht zu kriegen. Grau ist alle Theorie. Tatsachen möchten wir endlich einmal sehen, aber ich befürchte, davon sind wir noch weit entfernt. Jetzt wollen wir abwarten, was der Sonntag bringt & wenn wieder nichts kommt, dann warten wir eben in Gottes Namen weiter ab.

Hoffentlich sind auch unsere Verwandten und Freunde in Deutschland gesund. Dass wir dasselbe von unsern Kindern erwarten, ist selbstverständlich. Von diesen haben wir aus England überhaupt noch nichts gehört.

⁸ Der Bankier Max Warburg setzte sich u. a. mit Hilfe des von ihm gegründeten Sekretariats Warburg für die Auswanderung der Juden aus Deutschland ein. Sein Einsatz für die Passagiere der „St. Louis“ ist nicht näher bekannt.

DOK. 293

**Die Stadt Frankfurt a. M. wälzt am 7. Juni 1939 die Fürsorgekosten für Juden
auf die Jüdische Gemeinde ab¹**

Schreiben des Fürsorgeamts (Na/Wbg.), Fischer-Defoy,² Frankfurt a. M., an OB Krebs vom 7.6. 1939

Betr.: Zusammenarbeit mit der Jüdischen Wohlfahrtspflege

Vorg.: Niederschrift über die am 27.3. 1939 beim Herrn Oberbürgermeister stattgefundene Besprechung³

Dort. Vfg.v. 16.5.1939 –III/E/str.-⁴

Sachbearbeiter: Verw.Insp. Nahm,⁵ Selbstanschl.: 2693

In der Durchführung der Fürsorge für Juden sind bisher keine neuen Gesichtspunkte in Erscheinung getreten. Es besteht nach wie vor die Regelung, dass hilfsbedürftige Juden vom Fürsorgeamt unterstützt werden. Die Entwicklung seit Januar 1939 zeigt folgendes Bild:

Zahl der Fälle:

	in öffentl. Fürsorge	Altersfürsorge	Krankenhauspflege	Pflege-Kinder
Januar 39	1077	35	111	47
Februar 39	1123	180	135	47
März 39	1152	125	104	49

Die Gesamtfürsorgekosten betragen im Januar 1939 = RM 55 260.25

“ “ “ “ Februar 39 = “ 59 755.97

“ “ “ “ März 39 = “ 61 706.24

Zusammen = RM 176 722.46

Hierauf wurden von der Jüd. Wohlfahrtspflege erstattet:

im Januar 1939 = RM 25 000.–

“ Februar 1939 = “ 35 000.–

“ 60 000.–

Verbleiben

RM 116 722.46

¹ IfS Frankfurt a. M., Magistratsakten/8.718, Bl. 38+RS.

² Dr. Werner Fischer-Defoy (1880–1955), Mediziner; 1908–1913 Arzt in Quedlinburg, 1913–1919 Direktionsassistent am Hygienemuseum in Dresden, von 1919 an Stadtschularzt in Frankfurt a. M.; 1929 NSDAP-Eintritt; 1934–1945 Beigeordneter in Frankfurt a. M., zuständig für das Dezernat Stadtgesundheitsamt, Fürsorgeamt und Standesämter.

³ In der Besprechung war beschlossen worden, dass das Fürsorgeamt der Stadt Frankfurt a. M. Unterstützungszahlungen an Juden von der Jüdischen Gemeinde zurückfordern solle, obwohl deren Einnahmen stark rückläufig seien, und das auch dann, wenn die Gemeinde dafür auf Gelder des Auswanderungsfonds zurückgreifen müsse. Ferner sollte ein Zuschlag von 20 % für Verwaltungsausgaben erhoben werden; wie Anm. 1, Bl. 39.

⁴ Am 16.5.1939 hatte das Hauptverwaltungsamt Frankfurt a. M. beim Fürsorgeamt angefragt, ob die Beschlüsse der Besprechung vom 27.3.1939 schon umgesetzt worden seien; wie Anm. 1, Bl. 37.

⁵ Friedrich Nahm (1894–1973), Buchhalter; von 1919 an in Frankfurt a. M. tätig, zunächst beim Versorgungsamt, 1921 bei der Stadthauptkasse, von 1925 an beim Wohlfahrts-, später Fürsorgeamt.

Die geldliche Leistungsfähigkeit der jüdischen Gemeinde und ihrer Wohlfahrtseinrichtungen ist durch das Rechnungsprüfungsamt nachgeprüft worden. Es wird hierzu auf den diesbezüglichen Prüfungsbericht vom 23.3.1939 verwiesen. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist die Vermögenslage der jüdischen Gemeinde schwierig. Nur durch Veräusserungen ihres Grundbesitzes und durch Flüssigmachung festangelegter Werte wird es der jüdischen Gemeinde möglich sein, ihren Verpflichtungen, insbesondere auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, nachzukommen.

Trotz alledem haben wir uns veranlasst gesehen, von der jüdischen Wohlfahrtspflege mit Wirkung vom Januar 1939 ab die Erstattung der gesamten für die Juden aufgewendeten Fürsorgekosten zu fordern. Es geschah dies hauptsächlich im Hinblick darauf, dass auf Grund der sogenannten Auswanderungsabgabe erhebliche Mittel (etwa 1½ Millionen) angesammelt worden sind, die zwar nicht unmittelbar der jüdischen Wohlfahrtspflege zur Verfügung stehen, die aber neben der Förderung der jüdischen Auswanderung auch fürsorgerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind.

Die jüdische Wohlfahrtspflege hat sich inzwischen bereit erklärt, die gesamten Fürsorgekosten vom genannten Zeitpunkt ab zu erstatten. Zur Sicherung dieses Anspruches werden die Kaufgelder, die die Stadt auf Grund getätigter Grundstücksverkäufe an die jüdische Gemeinde schuldet, auf ein Sperrkonto bei der Stadtparkasse angelegt mit der Massgabe, dass nur Zahlungen an das Fürsorgeamt zur Deckung der Fürsorgekosten für Juden geleistet werden dürfen.

Ueber die Bestellung des Beauftragten für die jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen zum Bevollmächtigten für den Bereich des Regierungsbezirks durch den Herrn Regierungspräsidenten ist bis jetzt noch nichts Näheres bekanntgeworden.

DOK. 294

Bernhard Heun, Jurist im Personalamt der Stadt Frankfurt a. M., interpretiert am 14. Juni 1939 die Bestimmungen über die Mietverhältnisse mit Juden¹

Vermerk des Personalamts der Stadt Frankfurt a. M. (R/-ck), gez. Heun,² vom 14.6.1939

Betr.: Mietverhältnisse mit Juden

Das Gesetz vom 30. 4. 1939 (RGBl. I, S. 864)³ verbietet nicht, daß ein Arier an einen Juden vermietet. Zwar sagt der Durchführungserlaß des Reichsarbeits- und des Reichsinnenministers vom 4.5.1939 (RMBliV. Spalte 996 ff.) in Nr. 4:

„Der Grundgedanke der gesetzlichen Regelung besteht darin, daß die Juden in bestimmten Häusern – gF. zwangsweise – zusammengefaßt werden sollen.“

Noch deutlicher heißt es in Nr. 5 des Durchführungserlasses:

¹ IfS Frankfurt a. M., Magistratsakten/4.039.

² Dr. Bernhard Heun (1899–2000), Jurist; 1926–1927 Landrichter in Frankfurt a. M., 1928–1945 Magistratsrat; nach 1945 dort Stadtrat, Geschäftsführer des Hessischen Städteverbands und Vertreter des Deutschen Städtetags beim Frankfurter Wirtschaftsrat, von 1949 an Oberstadtdirektor in Krefeld.

³ Siehe Dok. 277 vom 30. 4. 1939.

„Bei der Durchführung des Gesetzes, namentlich der anderweitigen Unterbringung der Juden, die bisher in nichtjüdischen Häusern wohnten, ist eine weitgehende Einschaltung der Gemeindebehörden vorgesehen. Sie sind auch in der Lage, eine anderweitige Unterbringung zwangsweise durchzusetzen.“⁴

Das Gesetz selbst gibt aber den Gemeinden keine unmittelbaren Zwangsbefugnisse zur Überführung der Juden in jüdische Häuser. Es verbietet demgemäß auch nicht, daß ein Jude bei einem Arier eine neue Wohnung mietet. Nur Untermietverträge zwischen Ariern und Juden sind verboten (§ 3 des Gesetzes), wohl deshalb, weil durch die Untervermietung eine Wohngemeinschaft begründet wird.

Es trifft also nicht ganz zu, wenn die eingangs wiedergegebenen Stellen des Durchführungserlasses davon sprechen, daß die Juden zwangsweise in jüdischen Häusern zusammengefaßt werden könnten. Richtiger drückt sich der Durchführungserlaß in Nr. 7 aus, wo es heißt:

„Beim Freiwerden von Wohnungen, die bisher von jüdischen Mietern in nichtjüdischen Häusern bewohnt worden sind, wird in geeigneter Weise darauf hinzuwirken sein, daß diese nach Möglichkeit deutschen Volksgenossen, die bisher in jüdischen Häusern wohnten, zur Verfügung gestellt werden. Das freie Vermietungsrecht der Vermieter bleibt jedoch unberührt, wie auch deutsche Volksgenossen auf Grund des Gesetzes nicht gezwungen sind, ihre Wohnungen in jüdischen Häusern aufzugeben.“

An dieser Stelle kommt klar zum Ausdruck, daß die Gemeinden einen Juden nicht daran verhindern können, erneut bei einem Arier eine selbständige Wohnung zu ermie-

ten. Der Zwang, von dem der Durchführungserlaß spricht, kann sich unmittelbar nur insofern auswirken, als nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes jeder jüdische Hauseigentümer auf Verlangen der Gemeinde Juden als Mieter oder Untermieter aufzunehmen hat, nötigenfalls auf Grund eines von der Gemeinde zwangsweise festgesetzten Mietvertrages. Darüber hinaus kann die Gemeinde nur mittelbar einen Zwang ausüben, indem sie den arischen Hausbesitzern nahelegt, von den §§ 1 und 2 des Gesetzes (Lockerung des Mieterschutzes und vorzeitige Kündigung) Gebrauch zu machen. Hierzu wird sich die Gemeinde zweckmäßigerweise an den örtlich zuständigen Hoheitsträger der Partei wenden, wie dies der Durchführungserlaß in Nr. 1 bezüglich der Räumungsbescheinigungen empfiehlt. Davon abgesehen kann die Gemeinde einen mittelbaren Zwang zur Räumung dadurch ausüben, daß sie gemäß § 12 Absatz 1 des Gesetzes die Anmeldepflicht für die an Juden vermieteten Räume einführt. Bisher ist eine solche Anordnung in Frankfurt a. M. noch nicht ergangen. Sie wird deshalb mit Beschleunigung zu erlassen sein.

⁴ Nach den Durchführungsbestimmungen wurden Kündigungen jüdischer Mieter erst wirksam, wenn die Gemeindeleitung ihnen anderen Wohnraum zur Verfügung stellte. Jüdisches Wohneigentum und an Juden vermieteter Wohnraum mussten der Gemeinde angezeigt werden (§ 12 des Gesetzes, Nr. 2 der Durchführungsbestimmung).

DOK. 295

**Max Plaut, Hamburg, berichtet Arthur Spier am 15. Juni 1939,
dass er aufgefordert wurde, dem Arbeitsamt und der Gestapo arbeitslose Juden
zu melden¹**

Schreiben des Jüdischen Religionsverbands Hamburg, (Dr. F/5), gez. Dr. Max Israel Plaut, Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 38, an Direktor Arthur Spier, Hamburg 13, Grindelhof 30, vom 15.6. 1939

Gestern mittag fand in der Geheimen Staatspolizei eine Besprechung statt, an der ein Beamter des Arbeitsamts, Dienststelle Ferdinandstr. 59, Referat II 3, teilnahm, die Besprechung fand auf Veranlassung dieser Dienststelle statt. Gegenstand der Besprechung war die Deckung des Arbeiterbedarfs in Hamburg. Der Beamte des Arbeitsamts hat vorgetragen, dass ein ausserordentlicher Bedarf an Arbeitskräften bestehe. Auf verschiedenen Arbeitsgebieten, insbesondere in handarbeitenden Betrieben könnten ungelernte Arbeiter einen verhältnismässig hohen Tariflohn erhalten. Trotzdem eine grosse Anzahl Juden aus ihren Berufen ausgeschieden seien, stünden nur sehr wenig in Arbeit; der Staat könne sich den Luxus nicht erlauben, beschäftigungslose Leute herumlaufen zu lassen, es wird erwartet, dass sich alle Arbeitsfähigen auch um Arbeit bemühen. Ich wurde beauftragt, für mein Teil alles zu veranlassen, um beschäftigungslose arbeitsfähige Juden zur Arbeit zu bringen. Ich bitte alle in Betracht kommenden Stellen zu veranlassen, das Erforderliche zu tun, insbesondere sollen Leute, die von uns unterstützt werden und arbeitsfähig sind, zu der oben bezeichneten Dienststelle geschickt werden. Über jeden, der dahin geschickt wird, ist eine Aufzeichnung zu machen, die Listen sollen sowohl dem Arbeitsamt wie der Gestapo durch mich vorgelegt werden; dieses gilt auch für staatenlose oder ausländische Juden. Die Dienststelle des Arbeitsamts befindet sich Ferdinandstr. 59, Sprechzeit ist am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 13–15 Uhr.

DOK. 296

**The Times vom 15. Juni 1939 meldet, dass Charlie Chaplin die Einnahmen
aus seinem Film Juden zugutekommen lassen will¹**

Von unserem Korrespondenten, Wien, 14. 6.

Wie bekannt wurde, hat Herr Charles Chaplin seine Vertriebsgesellschaft angewiesen, die Einnahmen aus den europäischen Vorführungen seines neuen Films *Der Diktator* der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde zu überweisen, um damit die Emigration von Juden aus Mitteleuropa zu unterstützen.²

¹ CAHJP, AHW/ TT 72.

¹ The Times, Nr. 48332 vom 15.6. 1939, S. 14: Chaplin film proceeds for Jews. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

² Es handelte sich um eine Absichtserklärung. Uraufgeführt wurde der Film „The Great Dictator“ am 15.10.1940.

DOK. 297

**Paul Eppstein von der Reichsvereinigung der Juden notiert am 16. Juni 1939,
was er bei seiner Vorladung der Gestapo über das Schicksal jüdischer Flüchtlinge
vorgetragen hat¹**

Aktennotiz von Dr. Eppstein (Dr. E./My), über die Vorladung zur Geheimen Staatspolizei (Reg. Rat Lischka) am 14. 6. 1939, Berlin, vom 16. 6. 1939

1. Hapag-Dampfer „St. Louis“

Es wird über das Ergebnis der Verhandlungen in Paris und London berichtet.² Aus diesen Verhandlungen ergibt sich folgendes:

a) Die Passagiere des Dampfers „St. Louis“ werden zu einem Zwischenaufenthalt bis zu ihrer Weiterwanderung in Belgien, England, Frankreich und Holland untergebracht. Die Verteilung wird voraussichtlich so vorgenommen, dass je 250 Personen in Belgien, England und Frankreich und der Rest in Holland untergebracht werden.

b) Der Joint hat eine finanzielle Garantie für ein Jahr in Höhe von \$ 150.– je Kopf übernommen.

c) Die Landung der Passagiere soll voraussichtlich in Antwerpen erfolgen, von wo aus die Verteilung der Familien auf die in Betracht kommenden Länder vorgenommen werden soll. Die Hapag ist bereit, einen kleineren Dampfer zur Verfügung zu stellen, der die für England bestimmten Passagiere dorthin bringen wird und mit dem die für Frankreich bestimmten Personen, sofern belgische Transit-Visa nicht zu erlangen sind, nach Cherbourg fahren werden.

d) Unterbringungsmöglichkeiten in der Nähe von Cuba (Martinique, Guadalupe) liessen sich trotz entsprechender Verhandlungen nicht ermöglichen. Das Projekt der Unterbringung eines Teils der Personen in Tanger hat sich ebenfalls zerschlagen.

Von den 937 Passagieren sind 743 Weiterwanderer nach USA. Die Zahl der Handwerker beträgt rund 200.

Befragt nach den Erfahrungen in diesen Verhandlungen wird geantwortet, dass Sir Herbert Emerson am 8. 5. 1939 ein Telegramm an die Hapag gerichtet habe, in dem er vor der Entsendung dieses Schiffes gewarnt hat, dass, soweit uns bekannt geworden sei, ein offizielles Schreiben des Hohen Kommissars abgegangen sei, dass dies das letzte Mal gewesen sei, dass die ausländischen Hilfsorganisationen für die Unterbringung von Passagieren von Sonderschiffen die Fürsorge übernehmen. Der Eingang dieses Briefes an Herrn Ministerialdirektor Wohlfahrt³ wird seitens des Herrn Reg. Rat Lischka bestätigt. Der Vorschlag in diesem Brief, dass die Passagiere nach Hamburg zurückkehren und von

¹ CJA, 2B1, Nr. 1, Bl. 158–162.

² Die Vertreter der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland führen mit Genehmigung der Gestapo des Öfteren ins Ausland, insbesondere um mit den Hilfsorganisationen über Emigrationsmöglichkeiten zu verhandeln; aus den Aktennotizen über die Vorladungen bei der Gestapo geht hervor, dass im Frühsommer 1939 sowohl Otto Hirsch als auch Heinrich Stahl nach London reisten; letzterer war im Juni 1939 auch in Frankreich und Belgien; wie Anm. 1, Bl. 172, 176.

³ Richtig: Helmuth Wohlthat (1893–1982), Volkswirt; 1934–1938 Leiter der Reichsstelle für die Devisenbewirtschaftung im RWM, 1938–1945 im Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan. Nach der Amtsenthebung von Reichsbankpräsident Schacht übernahm Wohlthat die Verhandlungen mit dem Flüchtlings-Hochkommissar Emerson über den Emigrationsplan für die deutschen Juden, den Schacht dem Leiter des Intergovernmental Committee George Rublee unterbreitet hatte; siehe Dok. 207 vom 20. 12. 1938, Dok. 230 vom 1. 1. 1939 und Dok. 260 vom 8. 3. 1939.

dort erst für die weitere Unterbringung ausgewählt werden sollen, wird auf Grund der Verhandlungen der letzten Tage als überholt bezeichnet.

Es wird im übrigen darauf hingewiesen, dass sich die Massnahmen der cubanischen Regierung nicht ausschliesslich gegen die Hapag richten, sondern dass auch die Passagiere des französischen Schiffes *Flandre*,⁴ soweit sie in Cuba nicht landen konnten, zurückgebracht werden müssen.

Auf einen schriftlichen Bericht über die Reise wird verzichtet, eine nochmalige Reise zur Ausschiffung und Verteilung der Passagiere voraussichtlich nach Antwerpen wird angekündigt.

2. *Ausweisung von Polen*⁵

Es wird vorgetragen, dass durch die Praxis der kurzfristigen Ausweisungen die allgemeine Auswanderung beeinträchtigt zu werden droht. In England habe man davon gehört, dass, soweit den Ausweisungsfristen nicht entsprochen werde, die Durchführung der Abschiebungshaft der Polen in Konzentrationslager geplant sei. In diesem Falle bestehe die Gefahr, dass England auch für die Zwischenwanderung seine Grenzen sperre, da man in England der Auffassung sei, dass eine solche Massnahme nicht den Grundlagen des State-ment entspreche, das das Intergovernmental Committee bzw. die Deutsche Regierung festgestellt habe. Wenn eine solche Gefahr für die allgemeine Auswanderung durch die Praxis in den Polen-Fällen drohe, sei wohl die Zuständigkeit der Reichszentrale einzuschalten notwendig, um die Durchführung der Ausweisungen in England mit den tatsächlichen Einwanderungsmöglichkeiten [in Einklang] zu bringen. Es wird berichtet, dass eine kurze Darstellung der wichtigsten Fragen an die Abteilung S.V. 7 des Innenministeriums⁶ (Oberregierungsrat Wetz)⁷ gesandt worden sei und dass es zweckmässig erscheine, wenn eine unmittelbare Fühlungnahme der Behörde erfolge. Diese wird in Aussicht gestellt.

3. *Verlegung der Ort-Schule*⁸

Unter Vorlage der Vorgänge wird gefragt, welche Förderung der Auswanderung die Verlegung der Ort-Schule nach England bedeute. Es handle sich doch nur um die Verlegung

4 Auf dem franz. Schiff „Flandre“ reisten seit dem 16.5.1939 deutsche, österr. und tschechoslowak. Flüchtlinge. Nach der Landung in Frankreich wurden sie interniert. Der Joint unterstützte die Gruppe finanziell; siehe Dok. 316 vom Juli 1939.

5 Am 8.5.1939 hatte Heydrich die Ausländerpolizei angewiesen, die noch im Reich lebenden Juden poln. oder ehemals poln. Staatsangehörigkeit bis zum 31.7.1939 zur Ausreise zu veranlassen, sie – notfalls über die grüne Grenze – abzuschicken oder als Abschiebehäftlinge in Konzentrationslager einzuweisen. Massentransporte wie Ende Okt. 1938 sollten jedoch vermieden werden. Die Verfügung richtete sich zum einen gemäß einer deutsch-polnischen Vereinbarung gegen die Frauen und Kinder der im Okt. 1938 nach Polen Abgeschobenen, zum anderen gegen alle poln. Juden, die im Herbst 1938 der Abschiebung entgangen waren, über deren Verbleib die deutschen und poln. Behörden jedoch keine Einigung hatten erzielen können; Hans-Günther Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 101f.

6 Die Abt. war für Passwesen und ausländerpolizeiliche Fragen, darunter auch Ausweisungen und Abschiebungen zuständig.

7 Dr. Wolfgang Wetz (1903–1945), Jurist; von 1928 an in der badischen Innenverwaltung tätig; von mind. 1936–1940 Leiter des Referats 7 (ausländerpolizeiliche Angelegenheiten und Grenzsicherung) im HA Sicherheitspolizei (Verwaltung und Recht), ORR, anschließend beim Reichsstatthalter in Graz.

8 ORT organisierte die fachliche Ausbildung junger Juden sowie die Versorgung der Werkstätten mit Material und Werkzeug, außerdem die Betreuung landwirtschaftlicher Siedlungen. Im Aug. 1939 verlegte die Gesellschaft ihre Schule nach England.

der derzeitigen Schülerzahl nach England, dagegen nicht um die Schaffung zusätzlicher Auswanderungsmöglichkeiten. Hierauf wird geantwortet, dass die Verlegung der Schule nach England die Auswanderung der etwa 140 Schüler ermögliche, die sonst hier bleiben würden, und dass die Schule jeweils wieder neue Praktikanten zur Ausbildung aufnehmen werde. Insoweit sei uns die Verlegung der Ort-Schule nach England erwünscht, zumal die Maschinen der Berliner Lehrwerkstätte Eigentum der englischen Ortsgesellschaft seien.

4. Auswandererabgabe von Ruhegehaltsempfängern

Der Entwurf des Rundschreibens⁹ wird gebilligt. Über die devisenrechtliche Frage, ob die Abtretung der Auswandererabgabe aus dem Konto Versorgungsbezüge vor der Auswanderung des Ruhegehaltsempfängers von diesem beantragt werden könne, wird eine nochmalige Nachprüfung und Bericht anheimgegeben.

5. Auswanderung nach Südamerika

Es wird nach den Einwanderungsmöglichkeiten für Handwerker in Chile gefragt im Zusammenhang mit einer besonderen Antragstellung der Wiener Kultusgemeinde an die Hilfsorganisation in Santiago.¹⁰

Ferner sei bekannt geworden, dass Brasilien auf eine Intervention des Papstes etwa 3500 Personen zulassen wolle, vermutlich nichtarische Christen.¹¹ Dies wird zur Nachprüfung und Verwertung mitgeteilt.

6. Fritz Warburg

Es wird danach gefragt, ob inzwischen die Bemühungen von Herrn Fritz Warburg betr. Lehrfarm in Schweden zu einem Erfolg geführt hätten.¹² Hierüber wird Bericht angefordert.

7. Camp-Fall Karminski¹³

Seitens der Behörde wird mitgeteilt, dass Herr Pfarrer Grüber davon Kenntnis gegeben habe, dass die Unterbringung des Herrn Karminski in dem Transit-Camp in England unmöglich geworden sei, vermutlich auf Veranlassung der Reichsvertretung. Auf Befragen wird mitgeteilt, dass die Meldungen der nichtarisch christlichen Camp-Anwärter unmittelbar von den entsprechenden Organisationen nach England gerichtet werden, dass also im Hinblick auf die Auswahl die Reichsvertretung keinerlei Einfluss genommen

9 Am 15.6.1939 hatte die Reichsvereinigung der Juden ein Rundschreiben zur Auswandererabgabe herausgegeben. Darin wurde verfügt, dass auch die Empfänger von Ruhegehältern aus öffentlichen Kassen zur Zahlung der Auswandererabgabe verpflichtet seien, soweit sie nicht hilfsbedürftige, im Reich zurückbleibende nahe Verwandte von ihren Versorgungsbezügen unterstützen müssten; CAHJP, JCR 57 S 7.

10 Vermutlich Chile-HICEM.

11 Auf Bitten des St. Raphaelsvereins erwirkte Papst Pius XII. vom brasil. Staatspräsidenten 3000 Einreisevisa für katholisch getaufte „Nichtarier“. Brasilien bestand zunächst auf einer vor 1933 erfolgten Taufe, lockerte diese Vorschrift zwar, als jedoch im Mai 1940 die erste Gruppe in Südamerika eintraf, geriet die Rettungsaktion ins Stocken, da die meisten Emigranten erst 1939 getauft worden waren.

12 Fritz Warburg beabsichtigte, in Schweden eine Internatsschule zu gründen, um jüdische Jugendliche für die Emigration nach Palästina auszubilden. Als Standort hatte er bereits 1938 ein Gut in der Provinz Västmanlands län ins Auge gefasst, das der Auslandsdeutschen Hildegard Herzberg gehörte, die nach Deutschland zurückkehren wollte. Durch die Inhaftierung Warburgs von Nov. 1938 bis Mai 1939 gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Die Gestapo befürwortete das Projekt, doch scheiterte es im Sept. 1939 an den Einsprüchen des RWM, u.a. an dem Verbot, den Kaufpreis in Reichsmark zu zahlen.

13 Nicht ermittelt.

habe und in diesen Fällen auch keinen Einfluss nehme. Die Bestätigung Karminskis sei zurückgenommen worden, nachdem in dem Camp selbst die bevorstehende Ankunft des Herrn Karminski bekanntgeworden sei und unter den Camp-Insassen grösste Beunruhigung hervorgerufen habe, da Herr Karminski in seiner Eigenschaft als Vorarbeiter in Sachsenhausen die dort befindlichen Juden in besonderer Weise behandelt habe. Die Ankunft in Richborough hätte in bezug auf seine Person zu erheblichen Befürchtungen Anlass gegeben, so dass die Leitung in Richborough die Zurücknahme der Bestätigung des Home Office veranlasst habe. Die Angelegenheit wird nach dieser Erklärung seitens der Behörde als erledigt betrachtet.

8. *Palästinawanderung*

Es wird über die Londoner Besprechungen im Hinblick auf die am 15. 6. 1939 zur Veröffentlichung gelangende Schedule berichtet, ferner über die Devisenschwierigkeiten bei der Durchführung von Transporten zur Sonderhachscharah.¹⁴

9. *Durchführung der Arbeit des Hilfsvereins*

Seitens der Behörde wird von einem Schreiben des Herrn Paul Israel Toller, Mahlsdorf, Tresckowstr. 60 (50-8467), Kenntnis gegeben, in dem Beschwerden über die Arbeit im Hilfsverein, namentlich in bezug auf drei Einzelfälle: Schlesinger, Löwenthal und Rubin geführt werden.¹⁵ Im Falle Löwenthal wird ausdrücklich erwähnt, dass ein Schreiben vom 17. 5. erst am 9. 6. an den Sachbearbeiter gelangt sei. Der Schreiber behauptet in diesem Brief, er arbeite ehrenamtlich bei der Reichsvertretung und bei der Jüdischen Gemeinde zu Berlin mit. Was die Reichsvertretung angeht, wird erklärt, dass von einer solchen Mitarbeit nichts bekannt sei. Die Angaben des Herrn Toller sollen nachgeprüft werden.

10. *Lehrerauswanderung*

Es wird gefragt, ob Grund dafür vorliege, die Auswanderung von jüdischen Lehrern unter dem Gesichtspunkt der Versorgung der jüdischen Schulen nunmehr offiziell zu behandeln und gegebenenfalls Entbehrlichkeitsnachweise einzuführen. Nachprüfung und Bericht wird in Aussicht gestellt.

11. *Verwaltung der Fürsorge*

Der Behörde liegt ein Schreiben des Provinzialverbands Rheinprovinz vom 17. 4. 1939 an die Abteilung Fürsorge vor,¹⁶ in dem die Einführung einer neuen Buchhaltungs- und Abrechnungsmethode als bürokratisch dargestellt und kritisiert wird. Über den Sachverhalt wird Bericht angefordert mit dem Bemerkung, dass es in diesem Stadium nicht angemessen sei, eine Erschwerung der Verwaltungsarbeit durch formelle Komplikationen herbeizuführen.

12. *Berichte zur Erörterung*

Es soll berichtet werden über folgende Angelegenheiten:

- a) Auswandererabgabe Elli Weil, Beuthen
- b) Bescheinigungen über landwirtschaftliche Betätigung
- c) Brief der Paltreu über Schulgeldkontingent¹⁷

¹⁴ Sonderhachschara: Illegale Transporte nach Palästina unter Umgehung der brit. Einwanderungskontrollen, die teilweise von der Reichsvereinigung finanziert wurden. Zur Beschaffung von Schiffen wurden Devisen benötigt; siehe Dok. 316 vom Juli 1939.

¹⁵ Paul Toller (1886–1943), Kaufmann; 1942 nach Mauthausen deportiert und dort ermordet. Löwenthal: vermutl. Hans Löwenthal (1912–1942?), Rabbiner, 1933–1939 im Wohlfahrts- und Jugendamt der Jüdischen Gemeinde Berlin, von 1939 an ehrenamtlicher Mitarbeiter der Durchwanderabt. der Jüdischen Gemeinde Berlin, 1942 nach Auschwitz deportiert und dort umgekommen.

¹⁶ Liegt nicht in der Akte.

13. *Sudetengau*

Unbeschadet der noch ausstehenden generellen Entscheidung kann die Bekanntgabe des Verbots der Benutzung von Schlaf- und Speisewagen durch Juden an die jüdischen Gemeinden im Sudetengau vorgenommen werden.¹⁸

14. *Bekanntmachung Gailingen*

Die Bekanntmachung des Bürgermeisters in Gailingen mit den beschränkten Ausgehzeiten für Juden wird vorgelegt und eine Abschrift des in Betracht kommenden Teils der Bekanntmachung zu den Akten gegeben.¹⁹

DOK. 298

Felice Schragenheim schreibt am 19. Juni 1939 über die erzwungene Emigration¹

Gedicht „Die Zeiten ändern sich“ von Felice Schragenheim, vom 19.6.1939 (Typoskript)

Die Zeiten ändern sich – – –
Früher hat man vom Reisen geträumt,
von sehr blauen Meeren mit Palmen umsäumt.
Heut ist der Blickpunkt ein völlig anderer:
Wir reisen nicht mehr, wir sind bestenfalls Wanderer.

Wer sich früher so manche Reise gönnte,
wünscht jetzt, dass er ruhig hierbleiben könnte
ohne Listen, Lifts und Sprachenlernen,
und wenn er schon reist – nur nach Baedeker-Sternen.

Schrankkoffer, die einst nach Biarritz fuhren,
die machen jetzt andre Touren
in Länder, die kaum erst entdeckt
und somit völlig unbeleckt
von übertünchter Höflichkeit,
die zwar nicht vornehm, aber weit.

Um das gelobte Land zu suchen,
muss man zunächst mal vorher buchen.
Und fährt, das ist das Ende vom Spiel,
auf Luxusdampfern ins Exil. –

17 Vermutlich sind die Devisen für das Schulgeld der nach Palästina emigrierten jüdischen Kinder gemeint.

18 Ein derartiges Verbot hatte Göring für das Reichsgebiet – einschließlich Sudetengau – am 28.12.1938 erlassen, siehe Dok. 215 vom 28.12.1938.

19 Nicht aufgefunden. Ein vom Bürgermeister erlassenes Ausgehverbot ist nur für die Zeit nach dem Novemberpogrom überliefert. Demnach durften die Juden von Gailingen nur morgens zwischen sechs und sieben Uhr und nur vorm Judenfriedhof spazieren gehen.

1 JMB, Sammlung Wust-Schragenheim, Schenkung von Elisabeth Wust (2006/37/Ø3); Abdruck in: Erica Fischer, Aimée & Jaguar. Eine Liebesgeschichte, Berlin 1943, Köln 2005, S. 90.

DOK. 299

**Hermann Ritter weist am 22. Juni 1939 die Reichs-Kredit-Gesellschaft darauf hin,
dass die Lederfabrik Adler & Oppenheimer billig zu haben sei¹**

Schreiben von Hermann Ritter,² Mitglied des Vorstands der Martin-Brinkmann-Aktiengesellschaft, Berlin W 15, Kaiserallee 14, an Dr. Hermann Jannsen,³ Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G., Berlin W. 8, Behrenstr. 21/22, vom 22.6. 1939

Sehr geehrter Herr Doktor!

Herr Dr. Heuser macht mich auf *Adler & Oppenheimer*⁴ aufmerksam. Diese Lederfabrik habe nur einen einzigen Konkurrenten in Deutschland, und das sei die arische Firma Freudenberg in Weinheim, die in Berlin Tack habe. Adler & Oppenheimer sei eine ganz fabelhafte Sache, die man heute billig haben könne, *wenn* man für 1–2 Millionen Reichsmark Devisen schaffen könnte. Auf meine Frage, *wie* man diese schaffen könnte, wurde mir erwidert, dass er das nicht wüsste.

Es ist *vielleicht* nicht uninteressant, wenn Sie sich hierüber noch einmal mit mir oder mit meinem Sohn Wolfgang unterhalten. Wir sind zwar zurzeit anderweitig durch Gebote gebunden, doch wird einmal der Tag kommen, wo diese in Ordnung gehen oder ablaufen.

Heil Hitler

Ihr ergebener⁵

DOK. 300

**Jacques Cahn fürchtet am 23. Juni 1939 nach seinem Besuch auf dem
Polizeirevier Berlin-Schöneberg eine Strafanzeige¹**

Vermerk von Jacques Israel Cahn,² Kennkarte A. 492991, Kennort: Berlin, ausgestellt: 9.2.39, Jude, Berlin. W. 30, Rosenheimer Str. 21, vom 23.6. 1939³

Akten-Notiz!

sofort niedergeschrieben nach meiner Rückkehr vom Polizeiamt Schöneberg am Freitag den 23. Juni 1939. Vorm. 12 Uhr! ...

1 BArch, R 8136/2988.

2 Hermann Ritter (1878–1949), Tabakhändler; Mitglied der DNVP, 1937 NSDAP-Eintritt; von 1900 an Inhaber der Tabak- und Zigarrenfabrik Martin Brinkmann in Bremen, 1929 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Martin-Brinkmann-AG; 1933 Bremer Senator für Handel und Schifffahrt.

3 Dr. Hermann Friedrich Jannsen (1900–1998), Bankier; Direktor der RKG; 1948–1966 Vorstandsmitglied und von 1966 an Aufsichtsratsmitglied der Frankfurter Bank.

4 Zur Lederfabrik Adler & Oppenheimer siehe Dok. 77 vom 9.8.1938.

5 Am Dokumentenende steht die handschriftl. Anmerkung: „von mir Herrn R. sen. schon vor Monaten angetragen. 23/6.39“ sowie eine unleserliche Unterschrift. Die Aktien von Adler & Oppenheimer wurden von einem Bankenconsortium unter Führung der Deutschen Bank aufgekauft und die Firma im Juli 1940 in Norddeutsche Lederwerke AG umbenannt.

1 CJA, 1/75 E, Nr. 421-4708, Bl. 27.

2 Jacques Cahn (1880–1943), Handelsvertreter; vor dem Zweiten Weltkrieg in Berlin tätig; etliche Auswanderungsversuche scheiterten, am 19.2.1943 wurde er nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

3 Grammatik und Rechtschreibung wie im Original.

Ich war für heute Vormittag nach dem Polizei Revier 173, Zimmer 6. bestellt, um dort meinen Antrag für eine Reiselegitimationskarte (zwecks meiner Schweizer Geschäftsreise im Herbst) welchen ich gestern dort abgegeben hatte – abzuholen. –

Ich erhielt der Antrag in verschlossenem Couvert zur Abgabe am Polizeiamt Schöneberg – Zimmer 17.

Da durch Neu-Überstreichen der Thüren die betreff. Nummer für mich schwer erkennbar war, klopfte ich an einer Thür (es war Zimmer 11) an, betrat das Zimmer & da sich ausser den 2 Beamten am Pult, mehrere Personen im Zimmer befanden, blieb ich in militärischer Haltung an der Thür stehen. –

Auf die Frage des Beamten (am Pult links) nach meinem Begehr, trat ich einen Schritt vor, indem ich meine Kennkarte mit dem „J“ *nach aussen hin sichtbar* – über meiner Aktentasche in der linken Hand hielt und fragte den Beamten, ob hier Zimmer 17 sei, um meinen Legitimationsantrag abgeben zu können?

Der Beamte verneinte dies & verwies mich nach Zimmer 123 und fragte mich gleichzeitig, ob ich Jude sei, worauf ich erwiderte:

„Jawohl, Herr Inspektor – ich habe ja hier meine Kennkarte dauernd in der Hand.“

Darauf verlangte der betreffende Beamte die Karte, machte sich Notizen und fragte mich nach meiner Wohnung, worauf ich höflichst frug, ob seine Notiz einen Strafantrag darstelle, was der Herr bejahte und mir, trotz meiner wiederholten Versicherung, dass ich ja sichtbar meine Karte in der Hand habe & mich vorerst nur nach dem Zimmer erkundigte, und mir erwidert dass jede weitere Erörterung überflüssig sei und er mir empfehle – falls ich wiederkäme – meine Kennkarte – sofort – vorzulegen. –

Ich ging nach Hause und schreibe diese Akten-Notiz sofort in dem Bewusstsein nieder:

- 1) in dem bestimmten Gefühl, dass mir heute ein Unrecht widerfahren ist!
- 2) zur Unterstützung meines eigenen Gedächtnisses
- 3) für den Fall, dass eine Strafanzeige bei mir eingeht!⁴

DOK. 301

Eichmann berichtet am 24. Juni 1939 Reichskommissar Bürckel in Wien über die Entwicklung der Emigration¹

Schreiben des Leiters der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (C 2 - 1370/39 Ech/L), ungez., Wien, an den Stab des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Wien, vom 24.6. 1939 (Durchschrift)²

Betrifft: Bericht über die Auswanderung von Juden aus der Ostmark.

Vorgang: Dortiges Schreiben v. 20. 6. 1939, III E./Di. – 12065.³

Anlage: 1 Übersichtskarte (2.5.38–20. 6. 1939).⁴

4 Das Amtsgericht Berlin Moabit verurteilte Cahn, weil er seine Kennkarte nicht unaufgefordert vorgezeigt habe, zu einer Geldstrafe von 30 RM, ersatzweise sechs Tage Haft; Strafbefehl vom 10.7.1939, wie Anm. 1, Bl. 31.

1 BArch, R 58/6562.

2 Handschriftliche Anmerkung, unleserlich.

3 Liegt nicht in der Akte.

4 Liegt nicht in der Akte.

1/ Zur Zeit des Umbruches wurden in der Ostmark 165000 Juden mosaischer Konfession in Wien und 15000 Juden mosaischer Konfession in den einzelnen Gauen der Ostmark festgestellt; dazu kam eine Zahl von etwa 120 000 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze nichtmosaischer Konfession, die durch die einschlägigen Stellen wie statistische Ämter usw. schätzungsweise mit erreichbarer Genauigkeit festgestellt wurde, sodass die Gesamtzahl der in der Ostmark befindlichen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze mit etwa 300 000 veranschlagt werden konnte.

Die in der Ostmark befindlichen 180000 Juden mosaischer Konfession unterhielten
34 Kultusgemeinden,
88 Bethausvereine und
537 sogenannte „weltliche Vereine“.

Die Bestrebungen des Vorläufers der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien,⁵ als auch die Zentralstelle selbst zielten in der Folgezeit darauf hinaus, die gesamte Tätigkeit der jüdisch-politischen Organisationen restlos auf die Auswanderung der Juden aus der Ostmark und darüber hinaus aus dem Reichsgebiet auszurichten.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wurden sämtliche in der Ostmark bestehenden jüdisch-politischen Organisationen aufgelöst, verboten und das Vermögen staatspolizeilicherseits beschlagnahmt.

Im Interesse einer forcierten Abwanderung von Juden aus der Ostmark wurde lediglich 3 jüdischen Organisationen die weitere Tätigkeit nach Umstellung des Apparates auf Abwanderung erlaubt, u. zw. der Israelitischen Kultusgemeinde Wien als Trägerin der gesamten Kultusgemeinden in der Ostmark, dem „Zionistischen Landesverband“, zuständig für die Palästina-Wanderung von Juden mosaischer Konfession, und der „Agudas Jisroel“ für die Abwanderung Juden orthodoxer Richtung.

Für die Abwanderung von Juden nichtmosaischer Konfession wurde die „Gildemeester-Auswanderungs-Hilfsaktion“ im Sinne einer forcierten Abwanderung von Juden dieser Kategorie reorganisiert und als Hilfsstelle innerhalb der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien eingebaut.

2/ Vor Gründung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung wurde erkannt, dass dem Befehl einer forcierten Abwanderung von Juden aus der Ostmark nur dann nachgekommen werden kann, wenn diese Abwanderung zentral bearbeitet und geleitet wird.

Auf Vorschlag des Inspektors der Sicherheitspolizei und SD-Führers des SS-O.A. Donau⁶ genehmigte im August 1938 der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich die Gründung einer „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aus der Ostmark mit dem Sitz in Wien.

Neben dem organisatorischen Aufbau dieser Stelle hatte die Leitung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung ihr vornehmstes Augenmerk auf die Beschaffung von Einwanderungsmöglichkeiten und Beschaffung von Devisen gerichtet.

Für die Besorgung von Einwanderungsmöglichkeiten wurden die Leiter der jüdisch-politischen Organisationen herangezogen und mit dem Auftrag nach Paris und London und auch nach Palästina entsandt, die Belange der auswanderungswilligen Juden aus der

5 Vorläufer war das Referat II-112(Judenreferat) des SD, das nach dem Anschluss im März 1938 die Judenpolitik übernahm. Die Zentralstelle wurde im Aug. 1938 von Bürckel gegründet und de facto von Eichmann geleitet; siehe Einleitung, S. 39–41.

6 Inspekteur der Sicherheitspolizei war Franz Walter Stahlecker.

Ostmark anlässlich der im Ausland stattfindenden Tagungen der jüdisch-politischen Grossorganisationen zu vertreten und möglichst viele Einwanderungsmöglichkeiten nach Wien zu bringen.

Gleichzeitig wurde den Funktionären der jüdischen Organisationen in Wien die Auflage erteilt, bei den jüdischen Finanzinstitutionen, dem „Council for German Jewry“, London, und dem „American Joint Distribution Committee“, Paris,⁷ vorzusprechen und dort die monatliche Übersendung von 100 000 Dollar in Bardevisen nach Wien für die Abwanderung der Juden aus der Ostmark zu verlangen.

Mit dem Reichswirtschaftsministerium wurde vereinbart, dass die Zentralstelle für jüdische Auswanderung von der Abgabepflicht dieser Devisen entbunden ist, sofern sie der Abwanderung von Juden aus der Ostmark dienstbar gemacht werden, und dass die Zentralstelle für jüdische Auswanderung das Recht hat, diese Devisen zu einem ihr genehmen Kurs an auswanderungswillige Juden im Inland zu verkaufen.

Bisher konnten auf diese Art und Weise aus dem Ausland 1400 000 Dollar in Bardevisen nach Wien gebracht werden, die von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Zusammenarbeit mit der Devisenstelle Wien, der Devisenüberwachungsstelle und dem Oberfinanzpräsidium verwaltet und kontrolliert werden.

Durch diese Devisenaufbringung war es der Zentralstelle für jüdische Auswanderung nicht nur möglich, über die notwendigen Vorzeigegelder zu verfügen, sondern auch der Israelitischen Kultusgemeinde Wien die für ihre Tätigkeit notwendigen Reichsmarkbeträge im Inland durch den Verkauf dieser Devisen zuzuführen.

Durch die in der Folgezeit einsetzende, forcierte Abwanderung der Juden sank naturgemäss das Steueraufkommen der Kultusgemeinden in der Ostmark. Auf der anderen Seite hatten diese Kultusgemeinden erhöhte Auslagen, um den mittellosen Juden bis zur endgültigen Abwanderung zu verpflegen, und so werden beispielsweise heute noch mit diesen Geldern, nach Genehmigung durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, täglich etwas mehr als 36 000 Juden bis zu ihrer Abwanderung ausgespeist und fallen dadurch dem Staat nicht zur Last.

3/ Die Beschaffung von Einwanderungsmöglichkeiten war im weitgehendsten Masse abhängig von dem Fortschritt der handwerklichen und landwirtschaftlichen Umschichtung von Juden.

Zu diesem Zwecke wurden in Wien etwa 300 handwerkliche Umschichtungsstellen⁸ gegründet, in denen dem Juden, der zum grössten Teil aus den freien Berufen kam, handwerkliche Kenntnisse vermittelt wurden. Ebenso wurde an die Aufstellung landwirtschaftlicher Umschichtungsstellen geschritten.

Derzeit verfügt die Zentralstelle für jüdische Auswanderung über 22 landwirtschaftliche Umschichtungsstellen.

Es befinden sich augenblicklich

3448 Juden in handwerklicher und

920 Juden in landwirtschaftlicher Umschichtung.

Diese Umschichtung dauert in der Regel etwa $\frac{1}{4}$ Jahr. Nach diesem Termin erfolgt Neubesetzung der Ausbildungsstellen.

⁷ In Paris befand sich die europäische Zentrale des Joint.

⁸ Umschichtungsstellen: Ausbildungsstätten für handwerkliche oder landwirtschaftliche Berufe für solche Juden, die bislang als Akademiker oder im Handel tätig waren.

4/ Es ist eine alte Taktik der Juden selbst als auch ihrer Organisationen, in Form von umfangreichen Exposees Auswanderungspläne vorzutragen, die jedoch meistens infolge ihrer Kompliziertheit Theorie bleiben.

Ich denke hier im besonderen an jene Ausarbeitungen, die letztlich auf Warentransfer hinauszielen.

In fast allen Fällen wurde versucht, in Anlehnung an das Prinzip der „Altreu“ und „Paltreu“, also dem „*Haavarah*-System“, wie dies seit mehreren Jahren, allerdings mit wenig Erfolg, im Altreich praktiziert wird, für die Ostmark zu erreichen.⁹

Da das Reichswirtschaftsministerium, aus klar ersichtlichen Gründen, erfahrungsgemäss diesen Projekten in der Mehrzahl der Fälle skeptisch gegenübersteht, wurden derartig komplizierte Vorschläge durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, weil zeit- und arbeitskrautraubend, überhaupt nicht näher bearbeitet, da selbst zu erhoffende Resultate in keinem wie immer gearteten Verhältnis zum Energieaufwand stehen.

Eine einzige *Ausnahme* bildet die Transaktion jüdischen Teilvermögens von Graz nach dem Ausland.

In Graz befanden sich eine Reihe vermögender Juden (ca. 100), die scheinbar, trotz staatspolizeilicher Auflage, nicht an die Auswanderung dachten.

Die Zentralstelle erreichte hier anlässlich einer Verhandlung mit dem zuständigen Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium vor mehreren Monaten die Genehmigung eines sogenannten *Eigentransfers* in der Höhe von RM 600 000.–, d.h. diese Juden in Graz kauften mit entsprechendem Aufschlag um RM 600 000.– Waren der vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Warengruppe schwer abzusetzender Waren auf. Diese Waren werden nach Palästina exportiert, wodurch den Juden selbst die Möglichkeit eingeräumt wurde, als sogenannte „Kapitalisten“ nach Palästina einzuwandern.

Diese Angelegenheit wurde auch, unter Berücksichtigung der politischen Lage, von den hierfür zuständigen Berliner Stellen genehmigt. Die Aktion ist derzeit im Gange.

Ausser diesem sogenannten *Eigentransfer* wurden in der Ostmark keinerlei Warentransaktionen durchgeführt, da die Warengruppen, die für den Beteiligten als anreizend gelten können, ohnedies devisenbringend im normalen Exportweg geliefert werden können, während bezüglich der vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten, sogenannten „positiven Warenliste“ ohnehin auch in jüdischen Kreisen kein allzu grosses Interesse in bezug auf Kauf und Ausfuhr vorhanden ist.

Nachdem die Juden in der Ostmark, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, über keinerlei Vermögen mehr verfügen, sind die Bemühungen eines mehr oder weniger starken Warentransfers ohnedies als illusorisch zu betrachten.

5/ Die nachweisbare Gesamtauswanderung der Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze aus der Ostmark betrug bis
zum 20. Juni 1939 107772.

Die Abwanderung in die europäischen Länder beträgt 49818.

(Die europäischen Länder sind jedoch in der Mehrzahl der Fälle nicht als Zielländer anzusehen, sondern lediglich als Durchgangsländer zu betrachten.)

⁹ Satz im Original unvollständig. Gemeint ist, dass die Juden versuchten, einen Warentransfer nach Palästina auch von Österreich aus zu erreichen.

Es sind nach Nord-Amerika	21 124
“ Zentral-Amerika	2 578
“ Süd-Amerika	6 578
“ Palästina	6 338
“ Asien	17 135
“ Afrika	2 583
“ Australien	1 618

Juden abgewandert.

Die Zahl der in Wien wohnhaften Juden mosaischer Konfession sank bis zum 20. 6. 1939 von 165 000 auf 76 400.

Die Zahl der Juden mosaischer Konfession in den einzelnen Gauen der Ostmark sank bis zum 20. 6. 1939 von 15 000 auf 539.

In der Ostmark besteht lediglich nur noch eine Israelitische Kultusgemeinde mit *Körperschaftsrechten*. Den Israelitischen Kultusgemeinden des Reichsgebietes wurden die Körperschaftsrechte vor einiger Zeit entzogen.

Der Zentralstelle gelang es, der Israelitischen Kultusgemeinde Wien die öffentlichen Körperschaftsrechte beizubehalten, da die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes auf dem Standpunkt stehen, dass sie namhafte Devisenbeträge nur an solche Körperschaften abgeben können.

Da mit der Liquidierung der Israelitischen Kultusgemeinden Wien Anfang 1940 gerechnet werden kann, spielt diese Beibehaltung daher keine allzugrosse Rolle.

Fast sämtliche sonstigen Israelitischen Kultusgemeinden der Ostmark sind entweder liquidiert oder befinden sich derzeit in Liquidation.

Die Zahlen der Juden mosaischer Konfession in den einzelnen Gauen der Ostmark sanken bis zum 20. Juni 1939

in Nieder-Donau	von	8010	auf	339
in Ober-Donau	“	980	“	19
in der Steiermark	“	2028	“	163
in Salzburg	“	189	“	5
in Kärnten	“	275	“	1
in Tirol	“	346	“	7
in Vorarlberg	“	18	“	0
im Burgenland	“	3222	“	5

6/ Nach Besichtigung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien durch den Chef der Sicherheitspolizei und SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau ordnete dieser an, dass nach dem Muster von Wien eine solche Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Berlin aufzustellen sei.

Diese Aufstellung und Einrichtung wurde durch Angehörige der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien am 27. 2. 1939 in Berlin vollzogen, so dass ab diesem genannten Zeitpunkt auch in Berlin eine solche Zentralstelle für die Abwanderung der Juden aus dem Altreich zu sorgen hat.

Die in der Anlage beigefügte Übersichtskarte soll den Inhalt des Schreibens zeichnerisch zur Darstellung bringen.

Heil Hitler!

DOK. 302

Eichmann denunziert am 27. Juni 1939 gegenüber dem Sicherheitsdienst Wien einen Direktor des Dräger-Werks, weil dieser Mitleid mit Juden bekundet hat¹

Schreiben des Leiters der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (S 2 - 1418/39 Ech/L), gez. i. V. Eichmann, Wien, an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, z. H. SS-Sturmabführer Polte,² Wien, vom 27.6.1939³

Betrifft: Schreiben des „Dräger-Werkes“ an die Jüdin Gaertner,⁴ Wien XIX., Gustav Czermakgasse 26.

Vorgang: Ohne.

Anlage: 2 Briefe, 1 Vermerk.⁵

In der Anlage werden zur dortigen gefälligen Kenntnisnahme 2 hier erfasste Originalbriefe des Direktors des „Dräger-Werkes“ in Lübeck, *Haase-Lampe*,⁶ zur weiteren Veranlassung übersandt.

Besonders interessant scheint der Schluss des Briefes v. 22.12.38 zu sein, in dem der arische Direktor Haase-Lampe der Jüdin mitteilt, „dass er betrübt sei über ihre Lage, in die sie durch das Zeitgeschehen gebracht worden sei.“

Interessant ist ferner die Bestätigung desselben Direktors an die Jüdin Gaertner, worin er der Arbeit des Juden ein Zeugnis ausstellt, mit dem die Jüdin im Ausland bei den verschiedenen ausländischen Staatsstellen vorsprechen wollte.

DOK. 303

Die Reichsvertretung der Juden wird im Juni 1939 darüber informiert, dass der Auswanderungsdruck die Emigration in die USA behindere¹

Schreiben, undat. und ungez., an die Reichsvertretung der Juden in Deutschland²

Betr. Auswanderung nach USA.

Wir halten es für unsere vordringlichste Pflicht, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Auswanderung nach USA z. Zt. durch 2 Faktoren gefährdet und erschwert ist: Es sind dies:

1 BArch, ZA I/7358 A.11.

2 Friedrich Polte (*1911), Historiker; 1932 SA-, 1933 SS-Eintritt, von 1934 an Mitarbeiter des SD, von 1936 an Referent im SD-Hauptamt, von 1938 an Leiter der HA II des SS-Oberabschnitts Donau, Anfang 1943 im Stab der Einsatzgruppe D, 1944 Führer des SD-Leitabschnitts Berlin.

3 Handschriftl. „II 112“ (Judenreferat), unleserliche Anmerkung am Rand. Am Dokumentenende der Stempel der Zentralstelle für jüdische Auswanderung 1.

4 Melanie Gaertner, geb. Schalek (*1870); emigrierte nach Mailand, später in die USA.

5 Die Akte enthält einen Vermerk Eichmanns sowie zwei Briefe von Haase-Lampe an Melanie Gaertner, den einen, hier zitierten vom Dez. 1938 und einen weiteren vom Juli 1939. In den Briefen erläutert Haase-Lampe u. a. Atemschutzgeräte, zu deren Entwicklung der Mann Melanie Gaertners, Gustav Gaertner (1855–1937), einen technischen Beitrag geleistet hatte; wie Anm. 1.

6 Wilhelm Haase-Lampe (1877–1950), Buchdrucker, Journalist; 1912–1942 für das Drägerwerk tätig, Leiter der Abt. Öffentlichkeitsarbeit, danach bis zu seinem Tod Redakteur der Firmenzeitschrift. Die Denunziation blieb für ihn folgenlos.

1 BI JMB, MF 572, reel 2, box 3, folder 3.

2 Das Schreiben stammt aus dem Nachlass von Karl Adler, dem Leiter der Jüdischen Mittelstelle in Stuttgart. Die Datierung ergibt sich aus dem Kontext der Akte.

A) Die Ausweisungen,

B) die auf einen bestimmten Termin befristeten Auswanderungen, die von verschiedenen behördlichen Stellen, insbesondere im Rheinland und in Frankfurt a. M., den jüdischen Auswanderern auferlegt werden. Soweit solche zur dringlichen Auswanderung veranlassen Juden Vormerkennummern und Bürgschaftspapiere zur Einwanderung in die Vereinigten Staaten besitzen, versuchen dieselben durch ihre eigenen Bemühungen wie auch durch die Inanspruchnahme des Hilfsvereines und anderer Organisationen, eine Beschleunigung ihrer Abfertigung und Vorladung beim amerikanischen Konsulat zu erreichen.

Unsere Stelle³ wie auch das Konsulat sind durch diese Dringlichkeitsfälle in einer solchen Weise in Anspruch genommen, dass die normale Beratung und Bearbeitung von Auswanderungsfällen darunter notleidet. Ein Erfolg dieser wiederholten Rückfragen und dieses Drängens bei dem ohnehin überlasteten amerikanischen Konsulat in Stuttgart ist aus technischen Gründen ausgeschlossen.

Eine Vorladung zwecks Beantragung eines Einwanderungsvisums kann nur erfolgen, wenn

1) die Wartenummer des Betreffenden an der Reihe ist, weil das amerikanische Einwanderungsgesetz die strengste Einhaltung der Wartezeit vorschreibt.

2) Wenn die Bürgschaftspapiere und die dazu gehörigen Beweismittel über Arbeitsverdienst und Vermögen des Bürgschaftsstellers geprüft und in Ordnung befunden sind.

Schon seit der Juni-Aktion⁴ steht das amerikanische Konsulat in Stuttgart, das die meisten Auswanderungsvisen auf deutsche Quote ausstellt (im Quotenjahr 1937/38 wurden von insgesamt auf der ganzen Welt ausgestellten 18000 Visen auf deutsche Quote in Stuttgart 10 000 Visen ausgestellt), unter einem ausserordentlichen Druck.⁵ Ende November setzte ein erneuter Sturm von seiten der amerikanischen Bürgschaftssteller als auch der deutschen Auswanderer auf das Konsulat ein, so dass die Erledigung des Posteinlaufs um annähernd 2 Monate im Rückstand ist. Das bedeutet, dass die seit Anfang Dezember eingelaufenen Bürgschaften noch nicht geprüft und die ergänzenden Papiere, die zur Vorladung und Visumserteilung unerlässlich sind, sich zum grossen Teil noch uneröffnet und ungeprüft beim Posteinlauf des amerikanischen Konsulats befinden. Weder der Auswanderer noch die jüdischen Auswanderungs-Organisationen können an dieser bedauerlichen Tatsache etwas ändern. Auch das Konsulat, das zum Teil Nacharbeit zur Beschleunigung eingeführt hat, ist aus technischen Gründen ausser Stande, diese dringlichen Auswanderungen zu den von deutschen Behörden vorgeschriebenen Terminen zur Durchführung zu bringen.

Wir erlauben uns deshalb, im Interesse einer reibungslosen weiteren Zusammenarbeit mit dem Konsulat und um eine Verzögerung der normalen, ordnungsmässigen USA-Auswanderungen zu verhindern, die durch diese erfolglosen Versuche zur Beschleunigung dieser Dringlichkeitsfälle in bedauerlicherweise notleiden, den Sachverhalt bei den zuständigen Reichsstellen vorzutragen, mit der Aufklärung, dass durch derartige Ausweisungen und befristete Auswanderungen die jüdische Auswanderung nicht beschleunigt, sondern aus den oben erwähnten Gründen verzögert und gehemmt ist.

3 Vermutlich ist die Jüdische Mittelstelle in Stuttgart gemeint; siehe Dok. 166 vom 21.11.1938.

4 Verhaftung sog. Asozialer und vorbestrafter Juden; siehe Dok. 39 vom 1.6. 1938.

5 Zum Quotensystem siehe Glossar.

DOK. 304

**Martin Fuchs bittet am 3. Juli 1939 den Oberbürgermeister von Breslau
und den Innenminister um Genehmigung zur Emigration bei Weiterzahlung
seiner Pension¹**

Schreiben des Stadtrats a.D., gez. Dr. Martin Israel Fuchs² (-K. -K. -Nr. A 085008), Berlin-Wilmersdorf, Jenaer Straße 12, an den OB zu Breslau und über den Reg.Präs. an den Preuß. MdI zu Berlin vom 3.7.1939 (Abschrift³ 112 Fu 19/3)

Betrifft: Genehmigung der Verlegung des Wohnsitzes in das Ausland.

Ende August 1939 beabsichtige ich, meinen Wohnsitz in Deutschland aufzugeben und zunächst nach England, später voraussichtlich nach USA überzusiedeln. Die Aufgabe des Wohnsitzes erfolgt – unfreiwillig –, nachdem mir von der zuständigen Behörde in nicht mißzuverstehender Weise eröffnet worden ist, daß meine Auswanderung erwartet werde. Ich bitte daher, die Verlegung meines Wohnsitzes ins Ausland mit der Maßgabe zu genehmigen, daß mein Ruhegehalt auf ein „Sonderkonto Versorgungsbezüge“ überwiesen wird. Ich bin am 30. Januar 1931 in den Ruhestand getreten. Mein Ruhegehalt beträgt – nach mehr als 29 anrechnungsfähigen Dienstjahren – 8486 RM. Nach der letzten Einkommensteuerveranlagung für 1938 hat mein Reineinkommen rund 14 000 RM betragen. Nach der letzten Vermögensteuerveranlagung nach dem Stande des Vermögens am 1. Januar 1939 (gegen die ein Einspruch schwebt) ist meiner Veranlagung ein steuerpflichtiges Vermögen von 73 000 RM zugrunde gelegt worden. Nach Leistung aller vor meiner Auswanderung noch zu entrichtenden Abgaben (insbesondere der Kapitalfluchtsteuer) und Ausgaben wird mir noch ein Vermögen von etwa rund 50 000 RM verbleiben. Praktisch kann ich aber über dieses Vermögen nicht verfügen, da ich einen einkommens- und vermögenslosen Bruder (61 Jahre alt) zu erhalten habe. Wenn ich selbst den Transfer wenigstens eines Teils meines Restvermögens versuchen würde, so werden mir hierdurch noch nicht soviel Mittel zufließen, als für den bescheidensten Unterhalt eines Jahres benötigt werden. Ich bin 58 Jahre alt und habe – ganz abgesehen davon, daß ich in England nicht mit der Erteilung einer Arbeitserlaubnis rechnen kann, – als Jurist und im Hinblick auf mein Alter keine Chance, eine Erwerbsmöglichkeit zu finden. Auch meine Frau ist ohne Beruf. Mein Sohn ist Student der Mathematik. Ich bin auf das Wohlwollen und die Hilfe von Freunden und Organisationen im Auslande angewiesen. Die Fortzahlung meiner Versorgungsbezüge auf ein Sonderkonto ist daher für meine Familie und mich lebenswichtig. Sie bedeutet auch, wenn ein Transfer nicht zugebilligt wird, eine Entlastung in den Lebenshaltungskosten, und zwar teils unmittelbar durch die zugelassenen Verwendungsmöglichkeiten des Sonderkontos, teils mittelbar, insofern sie mir den Transfer eines Teiles meines Restvermögens ermöglicht, mit dessen Mitteln der Aufbau einer Existenz versucht werden muß. Zudem können aus dem „Sonderkonto“ die Kosten der weiteren Ausbildung und des Unterhalts für meinen Sohn (Adoptivsohn) bestritten werden, der Nichtjude ist und seine Ausbildung in Deutschland vollenden kann.

Für eine Beschleunigung der Entscheidung wäre ich besonders verbunden.

1 APW, Reg. Wrocław I/1317.

2 Dr. Martin Erich Fuchs (* 1881) Jurist; Stadtrat von Breslau; emigrierte im Aug. 1939 nach Großbritannien; Mitautor von „Die Stadt Breslau und die Eingemeindung ihres Erweiterungsgebiets“ (1925–27).

3 Die Abschrift wurde am 18.7.1939 angefertigt und vom Verwaltungsangestellten Rappelt gezeichnet. Am Dokumentenende befindet sich ein Stempel „Hauptstadt Breslau“.

DOK. 305

**Ein unbekannter Verfasser berichtet dem Joint am 5. Juli 1939
über Abschiebungen und illegale Emigration aus dem Reich¹**

Bericht, ungez., vom 5.7.1939²

Auswanderung aus Deutschland und Österreich

Die Nazi-Regierung ist sehr darauf bedacht, dass die deutschen und österreichischen Juden so schnell wie möglich auswandern. Mit Gewalt und vielerlei Formen der Verfolgung, wie Verschleppungen in Konzentrationslager usw., versucht sie, die Menschen in Panik zu versetzen und sie zu zwingen, unter allen Umständen auszuwandern. Die Nazis beteiligen sich sogar in großem Stil am Schmuggel Tausender Menschen.

Gleichzeitig behalten sie die Reisepässe von Ausreisewilligen ein und behindern so deren Emigration, sei es, um den letzten Pfennig aus diesen Menschen herauszupressen, bevor sie Deutschland verlassen, sei es um Leute zurückzuhalten, die möglicherweise zu politischen oder sozialen Gruppen gehört haben, die den Nazis verdächtig erscheinen, oder die im Besitz von Informationen sind, von denen die Nazis nicht möchten, dass sie in den Nachbarländern bekannt werden. Infolgedessen kommt es neben dem, was wir als geordnete Emigration bezeichnen würden, auch zu ungeordneter Emigration.

Jedoch findet diese ungeordnete Emigration mit Unterstützung der Gestapo und der Nazis statt bzw. wird von diesen erzwungen. Zu Beginn der Naziherrschaft in Österreich fanden umfangreiche gewaltsame Vertreibungen über die Grenze statt, Juden aus dem Burgenland wurden über die ungarische oder die tschechoslowakische Grenze gejagt, um dann von der Polizei in diesen Ländern wieder zurückgeschickt zu werden. Dann wurden sie erneut mit vorgehaltenem Bajonett in diese Länder getrieben, die nicht willens waren, sie aufzunehmen. Die Not vieler dieser Menschen ist uns bekannt, insbesondere jener, die monatelang auf einem Kahn auf der Donau lebten und schließlich mit Hilfe des JDC nach Palästina emigrieren konnten.³ Wir wissen von anderen Gruppen im Niemandsland zwischen der österreichisch-jugoslawischen Grenze, vor allem von einer, die Hilfe von Prinzregent Paul⁴ erhielt, der diesen Flüchtlingen erlaubte, ein paar Wochen lang in Jugoslawien zu bleiben, bis ihre Weiterreise woandershin ermöglicht werden könnte. Es gibt noch mehr von diesen Gruppen an der slowakisch-ungarischen sowie an anderen Grenzen.⁵

Die schrecklichste Abschiebung dieser Art war die Vertreibung von 18000 polnischen Juden über die polnische Grenze in nur einer Nacht. Noch immer befinden sich etwa 4000 Juden in einem Lager in Zbanszyn.⁶ Tag für Tag werden weitere zur Rückkehr nach Polen gezwungen, dort jedoch nicht aufgenommen.

An den Westgrenzen Deutschlands schiebt die Gestapo Tausende von jüdischen Menschen über die Grenze ab. Viele überqueren die belgische, holländische und französische Grenze mitten in der Nacht, entweder in einem Augenblick, in dem der Wachwechsel stattfindet, oder wenn die Grenzsoldaten durch irgendeinen Trick veranlasst werden, ihren Posten zu verlassen, ohne eine Ersatzwache zurückzulassen. Andere wurden in

1 JDC, AR 33/44, 658. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Der drittletzte Absatz deutet darauf hin, dass sich der unbekannte Verfasser in der Schweiz aufhielt.

3 Siehe Dok. 146 vom 12.11.1938, Anm. 40.

4 Prinz Paul (Pavle) von Jugoslawien (1893–1976); 1934–1941 Prinzregent von Jugoslawien.

5 Siehe Einleitung, S. 44.

6 Richtig: Zbąszyń. Zur Abschiebung der poln. Juden siehe Dok. 112 und 1B vom 28.10.1938 und Dok. 118 vom Okt. 1938.

Busse oder Taxen gesetzt und als harmlose Reisende über die Grenze transportiert. Doch selbst wenn die Polizei in einem dieser westlichen Länder einige dieser illegalen Einwanderer bemerkte, rührte deren Notlage sie so sehr, dass sie sich den Anweisungen ihrer Vorgesetzten widersetzte und diese Leute nicht wieder zurückschickte, sondern sie stattdessen zum nächsten jüdischen Flüchtlingskomitee brachte.

Als Polizisten in Luxemburg den Befehl erhielten, eine dieser Flüchtlingsgruppen wieder zurück nach Deutschland zu schicken, drohten sie damit, von ihren Posten zurückzutreten, sollten sie dies noch einmal tun müssen.

In Deutschland und der Schweiz bedient sich die Gestapo anderer Mittel. So brachte sie beispielsweise eine Gruppe deutscher Juden zur jüdischen Gemeinde einer kleinen deutschen Stadt an der Schweizer Grenze und teilte dieser mit, die Gemeinde habe sich darum zu kümmern, diese Gruppe über die Grenze zu bringen, andernfalls habe sie selbst das Nachsehen. Es versteht sich von selbst, dass die jüdische Gemeinde alles Menschenmögliche unternahm, um dieser Flüchtlingsgruppe über die Grenze zu helfen.

Es gibt weitere Abschiebungsbeispiele: In Danzig teilte die Polizei der jüdischen Gemeinde mit, dass zu einem festgelegten Zeitpunkt ein Schiff bereitstünde, um 500 Personen aufzunehmen. Die Gemeinde hätte diese 500 Personen zu bestimmen, andernfalls müsste sie mit strenger Bestrafung rechnen. Diese 500 müssten an Bord des Schiffs gehen, das nach wochenlanger Reise hoffentlich in Palästina vor Anker gehen würde, andernfalls in Shanghai.⁷

Die Gestapo geht in verschiedene jüdische Gemeinden und teilt diesen mit, dass ein Schiff mit unbekanntem Fahrtziel, auf dem noch Platz für 200–300 weitere Personen sei, zum Auslaufen bereitliege. Die jüdische Gemeinde muss dann Passagiere für den unbekannten Bestimmungsort beschaffen. In den meisten Fällen wird die jüdische Gemeinde gezwungen, für die Kosten aufzukommen, manchmal verwendet die Gestapo allerdings Gelder, die sie jüdischen Organisationen, Gemeinden oder Einzelpersonen abgenommen hat.

In den Fällen, in denen Leute auswandern wollen und von der Gestapo daran gehindert werden, gibt es eine ganze Reihe von Personen, die in Verbindung mit Anti-Nazi-Gruppen im In- und Ausland stehen, die diesen Menschen helfen zu emigrieren. Es sind viele Fälle bekannt, in denen sie in die Busse gesetzt werden, die täglich die Arbeiter über die Grenze zu ihren Arbeitsplätzen in die Fabriken bringen. Diese Busse werden bekanntlich nicht durchsucht, da es sich dabei um einen normalen täglichen Arbeitertransport handelt. Die betroffenen Personen sind als Arbeiter gekleidet und gelangen so, ohne Verdacht zu wecken, über die Grenze. Hunderte Kinder werden über die Grenze nach Frankreich geschmuggelt. Sind sie erst einmal in Frankreich angekommen, können keine Maßnahmen mehr gegen sie ergriffen werden, da sie als Minderjährige nicht zurückgeschickt werden dürfen.

Hunderte Emigranten überqueren die Schweizer Grenze zu Fuß über die Berge, durch Sümpfe und an den flachsten Stellen durch den Rhein. In den Bergen und Wäldern begegneten die Flüchtlinge oft freundlichen Schweizern und Bauern, die sie zum nächsten Flüchtlingslager brachten, ungeachtet der schweren Strafen, die diesen dafür drohen.

Ich selbst habe einen Mann getroffen, der sechs Mal auf diesem Weg versucht hat, in die Schweiz zu gelangen, nur um jedes Mal wieder zurückgeschickt zu werden. Beim siebten Mal wurde er wieder erwischt, doch die Polizei erbarmte sich seiner und erlaubte ihm zu

⁷ In der Nacht vom 2. zum 3.3.1939 fuhr ein Zug mit 400–500 Juden aus Danzig ab über Breslau, Wien und Budapest nach Reni am Schwarzen Meer, wo das Frachtschiff „Astir“ die Flüchtlinge aufnehmen sollte. Die Aktion sorgte in Danzig für großes Aufsehen. Am Sammelpunkt in Danzig waren ausländische Journalisten und der brit. Generalkonsul anwesend.

bleiben. Gleichzeitig mit ihm kam eine Frau mit drei Kindern über die Grenze. Als ich das junge Mädchen fragte, ob es sehr beschwerlich gewesen sei, antwortete es mit einem bitteren Lächeln: „Nein, das Wasser ging mir nur bis an die Hüften.“ Die Polizei schickte sie nicht zurück.

Ein junges Mädchen, das weder für Belgien noch für Frankreich ein Visum bekommen konnte, doch in Wien, wo es für eine soziale Organisation arbeitete, in großer Gefahr schwebte, schlich sich über die belgische Grenze und ging am Strand entlang zur französischen Grenze. Dort begegnete es einem französischen Taxifahrer, der es in seinem Taxi nach Frankreich brachte. Dies geschah am 30. September 1938 nach der französischen Mobilmachung, und der Strand wimmelte nur so von Soldaten.⁸ Das Mädchen hatte furchtbare Angst, doch der Taxifahrer beruhigte es, er habe schon drei Mal reguläre Fahrgäste nach Frankreich gefahren, die Polizisten würden ihn bereits kennen. Als die Soldaten sein Taxi erkannten, grüßten sie freundlich und durchsuchten es nicht. Auf diese Weise gelangte das Mädchen nach Frankreich und konnte seinen Aufenthalt dort später legalisieren.

Es gibt Hunderte von Fällen, in denen Franzosen, Schweizer und Engländer, die in Verbindung zu einer fortschrittlichen politischen Gruppe stehen, nach Deutschland fahren und Menschen, von denen sie wissen, dass sie keine Reisepässe bekommen können, zu Hause abholen, sie an die Grenze bringen, mit den erforderlichen Ausweispapieren ausstatten und in die westlichen Länder bringen. Obwohl die Grenzposten angewiesen sind, alle Verdächtigen zurückzuschicken, folgen sie eher den Befehlen ihres Herzens als denen ihrer Vorgesetzten. Es gibt auch viele Fälle, in denen deutsche Arier unter dem Vorwand, ein Picknick oder einen Ausflug zu machen, Juden und ihren Familien helfen, über die Grenze zu kommen – ungeachtet des großen Risikos, das sie damit eingehen.

DOK. 306

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung meldet am 6. Juli 1939 die Vertreibung der Juden aus Baden bei Wien¹

Schreiben des Leiters der Zentralstelle für jüd. Auswanderung (S 2 - 1545/39 G/L), i. A. Günther,² Wien, an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau (II/112)³, Wien, vom 6. 7. 1939⁴

Betrifft: Verteilung von Flugzetteln in Baden b. Wien.⁵

Vorgang: Ohne.

Anlagen: 2 Flugzettel.⁶

⁸ Die franz. Armee war wegen der Sudetenkrise in Alarmbereitschaft versetzt worden.

¹ BArch, R58/6562.

² Gemeint ist entweder Rolf Günther (1913–1945?), kaufm. Angestellter; 1929–1937 SA-Mitglied, 1931 NSDAP- und 1937 SS-Eintritt; von 1938 an in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien tätig, Stellvertreter Eichmanns im RSHA, Teilnehmer der 2. Folgekonferenz der Wannseekonferenz am 27.10.1942; oder sein Bruder Hans Günther (1910–1945?), Buchhalter, Kaufmann; 1928–1937 SA-Mitglied, 1929 NSDAP- und 1937 SS-Eintritt; 1938–1939 in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien tätig, 1939–1945 Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag.

³ SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau war Franz Walter Stahlecker.

⁴ Am Dokumentenende ein Stempel der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“.

⁵ Die Kleinstadt Baden südlich von Wien gehört wegen ihrer Schwefelquellen zu den bekanntesten Kurorten Österreichs.

⁶ In der Akte befindet sich nur der zweite der hier zitierten Flugzettel.

Als Anlage überreiche ich 2 Flugzettel,
 „Juden hinaus! Baden muss judenrein werden! Letzte Mahnung!“
 „Juden! Was sucht Ihr noch in Baden? Weiterer Aufenthalt auf eigene Gefahr!!!“
 die in den letzten Tagen in Baden b. Wien verteilt wurden.

Den dort wohnhaften Juden wurde der Auftrag erteilt, bis spätestens zum 31.7.1939 Baden zu verlassen und, sofern sie keine Möglichkeit für eine sofortige direkte Auswanderung besitzen, vorerst nach Wien zu verziehen.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

DOK. 307

Das Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben bewertet im Juli 1939 die evangelischen Kirchengesangbücher¹

Bericht des Superintendenten i.R. Pich² über die Tagung der landeskirchlichen Referenten zum Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben³ in Eisenach am 6. und 7.7.1939

Die Tagung wurde von dem Geschäftsführer des Institutes, Dr. Hunger,⁴ geleitet; auch der Leiter des Institutes, *Oberregierungsrat Siegfried Leffler*,⁵ nahm an der Verhandlung teil und sprach wiederholt zur Versammlung.

Nach einer feierlichen Eröffnung der Tagung im Lutherzimmer auf der Wartburg berichtete *Oberlehrer Gimpel*⁶ als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für *Gesangbuchrevision* über den Stand dieser Arbeit. Das vorläufige Ergebnis der bisherigen vorbereitenden Arbeit, das den Landeskirchen zur Entscheidung vorgelegt wird, ist folgendes:

1 EZA 1/2834.

2 Hugo Pich (1882–1946), evang. Theologe; 1937 NSDAP-Eintritt; 1907–1911 Hilfsprediger in Hohen-salza, von 1911 an Pfarrer in Romanshof/Posen, 1922–1929 in Posen, 1929–1934 in Steinbach b. An-naberg/Sachsen, von 1934 an Superintendent in Schneidemühl, 1938 in den Ruhestand versetzt; Mitglied der Deutschen Christen (DC); Mitbegründer des Instituts zur Erforschung und Beseiti-gung des jüdischen Einflusses; Autor von „Frei vom Juden – auch im Glauben!“ (1943).

3 Das Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben wurde am 6. Mai 1939 auf der Wartburg mit einem Festakt eröffnet. Mehr als 50 Theolo-gieprofessoren, Dutzende Nachwuchswissenschaftler und rund 100 Pastoren und Bischöfe sowie zahlreiche Laien schlossen sich dem Institut an. 1940 publizierte das Institut unter dem Titel „Die Botschaft Gottes“ erstmals eine neu bearbeitete Version des Neuen Testaments.

4 Dr. Kurt Fritz Heinz Hunger (1907–1995), evang. Theologe und Sexualpädagoge; 1933 Hilfspfarrer, von 1938 an Pfarrer in Friedebach/Thüringen, von 1939 an beurlaubt und am Institut zur Erfor-schung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben tätig; Mitglied der DC; 1957–1973 Schriftleiter der Zeitschrift *Der evangelische Religionslehrer* an der Berufsschule; 1951–1955 Religionslehrer in Westfalen, 1955–1973 Pfarrer an Berufsschulen in Frankfurt a.M. und Münster.

5 Siegfried Leffler (1900–1983), evang. Theologe; 1929 NSDAP-Eintritt; Mitbegründer der DC; von 1933 an ORR im thür. Volksbildungsministerium; Kriegsdienst; 1945–1948 interniert; 1947 öffent-liches Schuldbekenntnis; verurteilt zu Arbeitslager und Geldstrafe, Berufsverbot; 1949 Wiederein-stellung in den Kirchendienst, 1959–1970 Pfarrer in Bayern.

6 Paul Johann Moritz Gimpel (1887–1979), Lehrer; von 1921 an Volksschullehrer in Altenburg, 1940 Zuerkennung der Dienstbezeichnung Pfarrer, von 1942 an Pfarrer in Stadtlengsfeld, 1944 in Alten-kirchen, 1945 in Kapellendorf (Thüringen); 1946 entlassen und Aberkennung der Dienstbezeich-nung „Pfarrer“, 1946 Pfarrassistent, später Pfarrvikar in Kapellendorf.

Zurzeit sind noch 30 verschiedene Gesangbücher innerhalb der deutschen evang. Kirche im Gebrauch. Für die Prüfung ihres Liedgutes waren folgende Richtlinien massgebend: Auszuscheiden sind die Lieder bzw. Liedstrophen,

1. die jüdisch sind in Wort und Denken,
2. die *von ausgesprochen dogmatischer Haltung sind*,⁷
3. die süsslich, geschmacklos, *selbstentwürdigend* oder dichterisch unmöglich sind.

Im ganzen wurden 2336 Lieder auf ihre Brauchbarkeit hin geprüft. Von ihnen werden 102 (4,4 %) zur unveränderten Übernahme in das neue Gesangbuch vorgeschlagen; 263 Lieder (11,2%) werden zur weiteren Prüfung und Überarbeitung empfohlen; für 1971 Lieder (84,4 %) wird nach den obigen Richtlinien empfohlen, sie *nicht wieder* in das neue Gesangbuch aufzunehmen.⁸ Auch auf die Prüfung der Singweisen erstreckte sich die vorbereitende Arbeit mit dem bisherigen Ergebnis, dass 212 Weisen als wertvolles deutsches Kulturgut bezeichnet wurden, das unbedingt erhalten bleiben muss.

*Professor Lic.*⁹ *Dr. Eisenhuth*,¹⁰ Jena, sprach über „*Die Bedeutung der Bibel für den Glauben*“. Er betonte vorweg den Grundsatz des wissenschaftlichen Beirates des Institutes, dass die gesamte Forschungsarbeit im engsten Zusammenhang mit der Bibelforschung stehen soll. Die Frage nach der Bedeutung der Bibel muss von der wissenschaftlich-kritischen *und* von der inneren religiösen Seite her beurteilt werden. Wir dürfen unsere zustimmende oder ablehnende Stellung zur Bibel heute nicht dadurch finden, dass wir sie als „Judenbuch“ bezeichnen; wir wollen vielmehr zu einem echten *Glaubensverständnis* der Bibel kommen. – Luther verdeutschte die Bibel, weil die Bedeutung des in der Bibel enthaltenen *Evangeliums* für das deutsche Volk von ihm erkannt wurde und er dieses dem deutschen Volk erschliessen wollte. – Unser Bibelverständnis geht in seiner Entwicklung an drei Stellen noch weiter als die gläubig-kritische Stellungnahme Luthers: a) Die Ergebnisse der historisch-kritischen Forschung geben uns neue Masstäbe zur Beurteilung des Wertes und der Bedeutung der Bibel.

b) Für Luthers Handeln war nicht eine gesetzliche Bindung an das Bibelwort entscheidend, sondern die Bindung an Gott und seinen ihm lebendig im Herzen stehenden Willen. Das gilt auch noch heute für uns. Darüber hinaus aber ist uns deutschen Menschen der Gegenwart auch in unserem grossen völkischen Erleben das Bibelwort nicht mehr Gesetz, das für die Beurteilung des völkischen Geschehens entscheidend wäre; was im völkischen Leben recht und gültig zu sein hat, ergibt sich aus den Grundgesetzen der Lebensgemeinschaft des Volkes und aus dem darin waltenden und sich offenbarenden Gotteswillen. Auch die völkische Ethik bedarf innerer religiöser Fundamentierung.

c) Auch für die Gestaltung der *Lehre* der Kirche ist für uns nicht mehr das biblizistisch verstandene Wort entscheidend und bestimmend, sondern wir haben die Grundsätze

⁷ Handschriftl. Anmerkung, unleserlich.

⁸ In dem 1941 vom Institut mitveröffentlichten Gesangbuch mit dem Titel „Großer Gott, wir loben dich“ waren aus den Kirchenliedern z. B. die Wörter „Amen“, „Halleluja“, „Hosianna“ und „Zebaoth“ gestrichen worden. Wegen zahlreicher Vorbestellungen aus Gemeinden im ganzen Reich wurde eine Erstauflage von 100 000 Exemplare gedruckt.

⁹ Licentiat.

¹⁰ Dr. Heinz Eisenhuth (1903–1983), evang. Theologe; 1933 NSDAP-Eintritt; 1938 Professor in Jena, von 1943 an zeitweise wissenschaftlicher Leiter des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben; 1945 Pfarrer in Jena, 1952–1969 Superintendent in Eisenach.

kirchlicher Lehre von der *Gemeinde* her festzustellen und zwar heute von der heutigen Gemeinde her.

Das A. T. ist Ausdruck einer fremden Rassenseele. Es ist aber darüber hinaus auch Ausdruck einer religiösen Haltung. Religion ist aber immer mehr als Produkt der Rasse; sie ist Offenbarung. In den Urkunden der Religionsgeschichte können wir Gott als den Vater erkennen, der seine Kinder leitet. Soweit wir diese Spuren des Vater-Gottes, wie ihn Christus uns verkündet, im A. T. finden, kann es gelten. Da wir aber Spuren der Erkenntnis Gottes als des Vaters auch in den Urkunden der germanischen Religionsgeschichte finden, muss für *uns das A. T. religiös und pädagogisch abgelöst werden durch das germanisch-religiöse Erleben*.¹¹ Im A. T. begegnen wir einer nichtchristlichen Religion und einem fremdrassischen Volk. Deshalb kann das A. T. uns nicht mehr Grundlage für unsere Verkündigung sein. Wir stehen innerlich gläubig zur Christusbotschaft und in Bindung an Gott, aber wir stehen nicht in unkritischer Bindung an das Bibelwort. Leitwörter für unsere Verkündigung können uns allein diejenigen sein, die das Evangelium in sich tragen. Nur sie, sie aber alle, auch dann, wenn sie nicht in der Bibel stehen, sondern auch aus der Begegnung der deutschen Seele mit dem Evangelium erwachsen sind.

Professor D. Dr. Redeker,¹² Kiel sprach über „*Spinozas Einfluss auf das deutsche Seelenleben*“. Man meint vielfach, die Arbeit der Erforschung des jüdischen Einflusses im kirchlichen Leben könne es nur mit der Vergangenheit zu tun haben; im gegenwärtigen christlichen Leben sei gar nichts zu entjüden. Demgegenüber ist festzustellen, dass die gegenwärtige Erschütterung und Zersetzung des religiösen Lebens unseres Volkes, die schon einmal um die Jahrhundertwende eintrat und sich jetzt neu auswirkt, auf jüdischen Einfluss zurückgeht, denn sie geht über Ernst Haeckel¹³ und die neu-kantische Philosophie auf den Juden Spinoza zurück.

Die Einwirkung der Philosophie Spinozas auf das deutsche Geistesleben machte sich am Ende des 18. Jh. geltend. Seinem jüdischen Einfluss war es darum zu tun, die sichtbare materielle Welt als ewig darzustellen. Was wir „Gott“ nennen, sei nichts anderes als die Ursubstanz der materiellen Welt; aus ihr entfalte sich alles. „Gott“ sei darum für den Menschen erkennbar. Was wir „Seele“ nennen, sei nur Idee des Körpers. Im Natur- und Weltgeschehen leugnet Spinoza jeden Zweck; er sieht überall nur die mechanischen Zusammenhänge der Ursachen und ihrer Wirkungen. Spinoza leugnet die Möglichkeit der freien Willensentscheidung des Menschen. Alles menschliche Handeln sei nur Auswirkung des naturhaften Trieblebens.

Der Vortragende wies im einzelnen nach, wie der Einfluss dieser Ideen des Juden Spinoza bei einflussreichen deutschen Menschen, im besonderen bei Ernst Haeckel, vorhanden ist. Die Frage, inwiefern die von Spinoza verbreiteten Ideen jüdisch sind, wurde dahin beantwortet: Wie der Jude nicht den lebendigen Gott und seinen Willen kennt und sieht, sondern nur die Thora, das Gesetz und seine Entfaltung im Talmud, so ist für Spinoza die Natur nicht lebendige Wirklichkeit, sondern er sieht nur starre Naturgesetze und sucht sie auszulegen. Das Naturgesetz tritt auch für ihn an die Stelle des Gottesgesetzes. Dem

11 Handschriftl. Anmerkung: „*nur das A. T.*?“

12 Dr. Martin Redeker (1900–1970), evang. Theologe; 1933 NSDAP-Eintritt; von 1934 an Professor in Münster, von 1936 an in Kiel; nach 1945 Dozent bzw. Professor in Kiel, Direktor des Sozialethischen Instituts; 1954–1967 MdL; Großes Bundesverdienstkreuz.

13 Dr. Ernst Haeckel (1834–1919), Zoologe und Philosoph; von 1865 an Professor für Zoologie in Jena.

Juden fehlt die Ehrfurcht vor der Natur, die der deutsche Mensch hat, und die Naturverbundenheit; er steht ihr kalt gegenüber, weil er nur das starre Naturgesetz sieht. Der Germane erlebt Gott als den im Hintergrunde alles Geschehens Waltenden und auf alles Geschehen Einwirkenden; für den Juden gibt es nicht diesen Blick des Glaubens hinter die Oberfläche des Lebens und des Geschehens, für ihn besteht nur die sichtbare, materielle Welt.

Das für uns Unbegreifliche ist, dass dieses jüdische Gift von einem arischen Menschen wie Ernst Haeckel aufgenommen wurde und dass es von ihm heute wieder unzählig viele deutsche Menschen neu in sich aufnehmen. Die Entjudung würde hier den Weg zu gehen haben, die deutschen Menschen von heute zu der Erkenntnis zu führen, dass *ihre Beeinflussung von Ernst Haeckel her auf den Juden zurückgeht*.

Auch die neu-kantische Philosophie, die heute wieder vielfach in der Bekenntnistheologie wirksam wird, ist nichts anderes als die Auslegung der Philosophie Kants, jedoch eben durch einen Juden: Cohen.¹⁴ Wo grosse und bedeutende arische Menschen entscheidenden Einfluss im deutschen Geistesleben gewannen, nahm der Jude ihre Werke in die Hand, um sie, durch seine Auslegung verfälscht, dem deutschen Menschen zugänglich zu machen.

Kirchenrat Dr. Bauer,¹⁵ Eisenach, referierte über das geplante Lebensgeleitbuch.

Das Wort „Lebensgeleitbuch“ möchte zunächst ein Stichwort sein, unter dem mehrere Aufgaben gedacht und geplant sind.

I. Eine Art Hauspostille. Sie ist gedacht als Sammlung von liturgisch eingerahmten erbauenden Betrachtungen, die für jeden Sonn- und Feiertag einer stillen häuslichen Gottesfeier dienen können. Die dabei verwendeten Perikopen¹⁶ müssten sich auf Jesusworte beschränken. Die Auslegung müsste verschiedene Form bekommen: die des Gesprächs, des Briefes, des Tagebuchblattes, der sinnenden Betrachtung; der Rede und dergl. Ein Gebet oder ein zur inneren Stille führendes Wort aus dem deutschen Geistesleben würde jede Gottesfeier abzuschliessen haben.

II. Ein Hausschatz christlicher Glaubenskraft und christlicher Lebensweisheit. Diese Sammlung wird zu enthalten haben:

1. Zeugnisse des Lebens und Wirkens Jesu. In der Art einer Evangelien-Harmonie und in der Form von Perikopen könnte das Leben und Wirken des Heilands vor den Leser gestellt werden. Jeder Abschnitt würde seine Überschrift erhalten, die schon den inneren Gehalt oder die Bedeutung des Abschnittes charakteristisch und zum Lesen anreizend herausstellt. Jedem Abschnitt würde eine kurze Erzählung oder ein Gebet oder ein be sinnliches Wort folgen, das den Inhalt dem Leser herzensmässig nahebringt.

2. Eine Reihe von Betrachtungen, die zu den grossen Lebensfragen, welche die Menschen bewegen, vom christlichen Glauben und religiösen Erleben her Stellung nehmen unter Themen wie: Schicksal, Geburt, Sterben, Ernte, Krieg, Jenseits und dergl.

¹⁴ Hermann Cohen (1842–1918), Philosoph; 1876 Professor in Marburg, von 1912 an Lehrtätigkeit an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums.

¹⁵ Dr. Wilhelm Bauer (1889–1969), Lehrer; Mitglied im Wierertaler Pfarrer- und Lehrerkreis, aus dem die Bewegung Deutsche Christen entstand; von 1933 an im Landeskirchenrat der Thüring. Evang. Kirche, zuständig für Presse und Schulangelegenheiten, 1935 Kirchenrat, 1937 stellv. Leiter des Predigerseminars, 1942 Landeskirchenrat; 1945 aus dem Dienstverhältnis der Thüring. Evang. Kirche entlassen, 1953–1954 Studienrat in Bad Segeberg.

¹⁶ Aufteilung der biblischen Predigttexte in verschiedene Reihen, die jeweils ein Kirchjahr, beginnend mit dem 1. Advent, umfassen.

3. Eine Art Katechismus für das deutsche Leben, in dem der Pflichtenkreis des deutschen Menschen vom christlichen Glauben her beleuchtet wird, in Themen wie: Heimat, Volk, Vaterland, Ehre, Soldatentum, Schuld, Arbeit und dergl.

III. Ein für den Religions- und Konfirmandenunterricht gedachtes Hilfsbuch, das Anschlussstoffe bietet, die aus deutsch-christlichem Denken und Erleben stammen.

IV. Herausgabe kleiner, billiger Hefte für besondere Gelegenheiten, die in der Gemeinde zur Verteilung kommen sollen: für Taufe, Trauung, Krankheitszeiten, Todesfälle und dergl.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Kameradschaftsabend auf dem Burschenhaus mit dem Leiter der wissenschaftlichen Arbeit des Institutes, *Professor Dr. Grundmann*,¹⁷ Jena, der in einer allgemeinen Aussprache zu einigen wesentlichen Fragen grundsätzlicher und organisatorischer Art Stellung nahm.

DOK. 308

Frankfurter Zeitung: Artikel vom 7. Juli 1939 über den Germanisten Friedrich Gundolf und das Judentum als Forschungsobjekt deutscher Historiker¹

„Friedrich Gundolf, der Jude.“ *Von der Arbeitstagung des Reichsinstituts.*
(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters)

lg München, 6. Juli. Den Referaten und Diskussionen über die Judenfrage, die auf der Arbeitstagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands² gehalten wurden, lag neben anderen Zielen auch die besondere Absicht zugrunde, die Identität des jüdischen Wesens in allen seinen Vertretern zu erweisen, auch wo diese einen scheinbar hohen Grad der Assimilation erreicht hätten. In diesem Sinne hatte, wie schon berichtet wurde, Walter Frank ein Bild Rathenaus entworfen, einen weiteren Beitrag lieferte Professor Höfler³ (München) mit seinem Vortrag über „Friedrich Gundolf⁴ und das Judentum in der Literaturwissenschaft“. Es handele sich, so wurde gesagt, bei Gundolf um einen Juden, der wie kein anderer den Anspruch erhoben habe, deutscher und echter als die meisten Deutschen zu sein, der sich als scharfer Gegner des Libera-

17 Dr. Walter Grundmann (1906–1976), Theologe; 1930 NSDAP-Eintritt; 1932 Leiter des NS-Pfarrerbunds in Sachsen, 1933 dort Mitgründer der DC, 1939–1943 wiss. Leiter des Eisenacher Instituts; 1943–1945 Kriegsdienst und -gefangenschaft; von 1956 an als IM „Berg“ Informant der Staatssicherheit der DDR; 1957–1975 Rektor des Eisenacher Katechetenseminars, 1974 Kirchenrat; Autor von „Die Entjudung religiösen Lebens als Aufgabe deutscher Theologie und Kirche“ (1939).

1 Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe), Jg. 83, Nr. 340–341 vom 7.7.1939, S. 2.

2 Siehe Dok. 57 vom 7.7.1938.

3 Dr. Otto Höfler (1901–1987), Germanist und Volkskundler; 1922 Beitritt zur NSDAP-Ordnertruppe, der späteren SA, 1937 NSDAP-Eintritt; 1934–1937 Professor in Kiel, 1937/38–1945 in München, 1943–1944 Präsident des Deutschen Wissenschaftlichen Instituts in Kopenhagen; 1945 zunächst entlassen, von 1950 an wieder Lehrtätigkeit in München, 1957–1971 Professor in Wien.

4 Friedrich Gundolf, geboren als Friedrich Gundelfinger (1880–1931), Literaturhistoriker und Schriftsteller; von 1899 an Anhänger Stefan Georges, der später mit ihm brach; 1920–1931 Professor in Heidelberg, Doktorvater von Joseph Goebbels, Übersetzer Shakespeares; Autor u. a. von „Shakespeare und der deutsche Geist“ (1911).

lismus gezeigt und seinen jüdischen Rassegenossen Heinrich Heine schonungslos als den weltgeschichtlichen Exponenten der Zersetzung charakterisiert habe. Warum, so fragte Höfler, habe sich die jüdisch-liberale Welt diese vernichtende Kritik eines Juden an einem Juden – sie steht in Gundolfs Buch über Stefan George – gefallen lassen, während sie die gleiche Kritik von einem Arier gewiß nicht hingenommen hätte? Die jüdische Welt habe es Gundolf nicht verübelt, so lautete die Antwort, weil sie gehofft habe, damit selbst von jedem Vorwurf der Zersetzung gerechtfertigt zu sein und nun um so eher dem deutschen Geiste zugerechnet werden zu dürfen – ein Vorgang besonders gefährlicher Tarnung.

Weiterhin charakterisierte Professor Höfler den Literaturhistoriker Gundolf in folgender Weise: Alles, was Gundolf über die Gefahren der Verflachung und über das echte Deutschtum gesagt und geschrieben habe, hätten schon Nietzsche und Hölderlin vor ihm ausgesprochen. Diese hätten an Deutschlands Schicksal gelitten und seien darüber zugrunde gegangen, während Gundolf darin nur den Anlaß zu eleganten Formulierungen gefunden habe. Er habe sich um die großen Deutschen bemüht, um sie auf eine Formel zu bringen, sie sich auf diese Weise zu eigen zu machen und sie so zu beherrschen. Er habe Stifters Natur- und Menschenschilderungen „angestrenzte Primanerbemühungen“ genannt, von Schillers „schwellender Männerbrust“ gesprochen und Kleist „tiefste Unrichtigkeit“ nachgesagt. Schon diese Beispiele zeigten, wie fremd Gundolf in Wahrheit das deutsche Wesen geblieben sei. In seinem Buch über *Goethe* habe er das Volk lediglich als ein Bildungserlebnis für den Begabten bezeichnet; dies zeige ebenso wie seine Aufteilung der Nation in einen kleinen Kreis „Auserwählter“ auf der einen und die große Masse „Verworfenen“, zum Untergang Verurteilter, auf der anderen Seite den Sinn des Heroenkultus, den Gundolf und seine Anhänger getrieben hätten.

Wie weit nun diese Haltung Gundolfs allein aus seinem jüdischen Wesen zu erklären sei und in welchem Umfange man dabei auch die Wirkungen des *George-Kreises*⁵ in Betracht ziehen müsse, zu dem Gundolf ja lange gezählt hat, diese Frage, die in der Aussprache aufgeworfen wurde, eingehend zu beantworten, lag wohl außerhalb des Arbeitsbereiches dieser Sitzung. Es wurde jedoch festgestellt, daß der George-Kreis eine fast magische Anziehungskraft auf die jüdische Intelligenz ausgeübt und daß George sich anscheinend nicht dagegen gesträubt habe. Zwar stehe George auf einer ganz anderen Ebene als Gundolf, aber auch in der Gedankenwelt Georges finde sich einiges, was dann bei Gundolf wieder auftrete. Zwischen beiden müßten also in der Substanz wohl Parallelen vorhanden sein.

Die Charakteristik Gundolfs durch Höfler und die Rathenaus durch Walter Frank hatte an Einzelfällen besonders deutlich die neue historische Arbeitsweise gezeigt. Von dem mit besonderem Interesse aufgenommenen Vortrag des Ministerialrats Dr. Ziegler⁶ vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda über „Das Weltjudentum in der neuen Zeit“ und von der Analyse der „geistigen Grundlagen des Antisemitismus im

5 Dem um 1890 entstandenen Kreis um den Dichter Stefan George (1868–1933) und die von ihm herausgegebenen Blätter für Kunst gehörten Künstler und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen an, darunter Ernst Kantorowicz, Karl Wolfskehl, Friedrich Wolters und die Brüder Stauffenberg.

6 Dr. Wilhelm Ziegler (1891–1962), Historiker; 1933 NSDAP-Eintritt; 1919–1933 in der Reichszentrale für Heimatdienst tätig, 1933–1945 Referent für Wissenschaft im RmfVuP; 1948 durch eine Spruchkammer entlastet, 1953–1956 Staatskommissar für die hessischen Notstandsgebiete und Zonen-grenzkreise; Autor u.a. von „Die Judenfrage in der modernen Welt“ (1937).

modernen Frankreich“, die Dr. Hoberg⁷ (München) gab, wird noch zu berichten sein. Das Schlußwort auf der Tagung sprach dann Walter *Frank*, der Präsident des Reichsinstituts. Er verzeichnete die Fortschritte der Arbeit und ging dabei auf das Wesen des Instituts ein; man habe ihm keine Organisation von oben aufgesetzt, weil das dem Wesen der wissenschaftlichen Arbeit nicht entspreche, sondern man sammle darin – analog der Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei – lebendige Menschen und baue von unten her die Zelle auf. Die Erforschung der Judenfrage sei nur eine Teilaufgabe des Instituts. Sie stehe im Dienste der gesamten nationalsozialistischen Wissenschaftsarbeit, und diese wiederum stehe unmittelbar im Dienste der Nation.⁸

DOK. 309

Der Reichsführer SS regelt am 8. Juli 1939 die Abschiebung polnischer Juden über die grüne Grenze¹

Schnellbrief des RFSS und Chef der Deutschen Polizei im RuPrMdI (S. V. 7 Nr. 2361/39-509-27), i. A. gez. Dr. Best, Berlin, an die außerpreußischen Landesregierungen – Innenministerien – und nachrichtlich an die Staatspolizei(leit)stellen vom 8.7.1939 (Abschrift)

Betrifft: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Im Anschluß an den Runderlaß vom 8. Mai 1939 S. V. 7. Nr. 1388/39 – 509 – 27.²

Die seit einigen Tagen verschärfte polnische Grenzüberwachung zwingt dazu, von weiteren Abschiebungen polnischer Juden über die grüne Grenze nach Polen im bisherigen Umfange Abstand zu nehmen.

Polnische Juden dürfen nur dann in den Bereich einer Staatspolizeistelle an der polnischen Grenze verbracht werden, wenn eine Mitteilung einer Grenzpolizeidienststelle vorliegt, daß die Abschiebung in ihrem Grenzabschnitt möglich ist (vgl. Nr. 22 Dienstanweisung zu § 7 der Ausländerpolizeiverordnung).³

Die Staatspolizeistellen an der polnischen Grenze werden angewiesen, mit allen Mitteln zu versuchen, die in den letzten Wochen an die polnische Grenze verbrachten polnischen Juden möglichst bis Ende Juli 1939 nach Polen abzuschieben. Ich erwarte, daß die Staatspolizeistellen in enger Zusammenarbeit jede Möglichkeit zur Abschiebung, die sich in dem Grenzabschnitt einer Staatspolizeistelle ergibt, ausnutzen.

7 Dr. Clemens August Hoberg (1912–1945), Philosoph; 1937 NSDAP-Eintritt; 1938 im Hauptreferat Judenfrage im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands tätig, 1940–1942 in der Archivabt. des Militärbefehlshabers in Frankreich; Autor von „Das Dasein des Menschen“ (1937); 1957 für tot erklärt.

8 Die Vorträge wurden in der institutseigenen Zeitschrift *Forschungen zur Judenfrage*. Sitzungsberichte der vierten Münchener Arbeitstagung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands vom 4. bis 6. Juli 1939, 4 (1940), veröffentlicht.

1 BArch, R 58/276, Bl. 224 f., auszugsweise abgedruckt in: Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*, Leipzig 1993, S. 228 f.

2 Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit. Runderlass Nr. 1388/39-508-27 vom 8.5.1939; wie Anm. 1, Bl. 219.

3 § 7 der Ausländerpolizeiverordnung vom 22.8.1938 gestattete es der Polizei u. a., Ausländer zur Vorbereitung eines Aufenthaltsverbots oder zum Zwecke der Abschiebung in Gewahrsam zu nehmen. Die Dienstanweisung Nr. 22 besagte, dass ein Ausländer, der abgeschoben werden sollte und nicht über die nötigen Papiere verfügte, nach Rücksprache mit der Grenzpolizeibehörde über die grüne Grenze abzuschieben sei; RGBl., 1938 I, S. 1053–1056.

In Abänderung des Runderlasses vom 8. Mai 1939 – S. V. 7 Nr. 1388/39 – 509 – 27 – kann von der Verhängung der Abschiebungshaft und der Abschiebung abgesehen werden und die Abzugsfrist über den 31. Juli 1939 hinaus verlängert werden

- 1.) bei Personen, die wegen ihres Alters oder wegen Kränklichkeit für eine Abschiebung, die Verhängung der Abschiebungshaft oder die Auswanderung nicht in Frage kommen,
- 2.) bei Kindern, sofern ihre Unterbringung im Ausland innerhalb der gesetzten Frist nicht möglich ist. Kinder sind nach den Grundsätzen zu behandeln, die auf ihre Eltern Anwendung finden,
- 3.) bei Personen, die Auswanderungsvorbereitungen getroffen haben und deren Auswanderung voraussichtlich im Laufe der nächsten 6 Monate durchgeführt werden kann,
- 4.) bei Juden, die sich in beruflicher Ausbildung oder Umschulung zur Vorbereitung der Auswanderung befinden.
- 5.) Gegen deutschblütige Frauen polnischer Juden, die sich von ihren Männern trennen und die Ehescheidung beabsichtigen, sind keine Aufenthaltsverbote zu erlassen; das Gleiche gilt für die Kinder aus derartigen Ehen, die bei der Mutter bleiben.

DOK. 310

Leo Lippmann beschreibt am 11. Juli 1939 seine Bemühungen, Gebäude der Jüdischen Gemeinde Hamburg gegen staatlichen Zugriff zu verteidigen¹

Vermerk von Leo Lippmann² (Dr. Li/Ma-), Hamburg, für Direktor Spier vom 11.7.1939

Am 10. Juli 39 fand zur Einladung der Liegenschaftsverwaltung der Hansestadt Hamburg bei Herrn Senatsrat Heerwagen³ eine Aussprache über das Krankenhaus⁴ statt, an der ausser dem Unterzeichneten Herr Dr. Rudolphi⁵ für den Religionsverband, Verwaltungsdirektor Kressin⁶ für die Gesundheitsbehörde, Herr Amtmann Theilig⁷ von der Liegenschaftsverwaltung sowie ein weiterer Herr für Hamburg teilnahmen.

1 CAHJP, AHW/ TT 72.

2 Dr. Leo Lippmann (1881–1943), Jurist; 1906–1933 im hamburgischen Staatsdienst, 1921 Staatsrat und Präsidialmitglied der Finanzdeputation, 1933 entlassen; 1935–1943 Vorstand der Jüdischen Gemeinde Hamburg; am 10./11.6.1943 nahmen er und seine Frau Anna Josephine, geb. von Porten, sich das Leben; Autor u. a. von „Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit“, hrsg. von Werner Jochmann (1964).

3 Dr. Werner Heerwagen (1900–1992), Jurist; 1918–1920 und 1924–1930 kaufmännisch bzw. im Bankgewerbe tätig, 1930–1933 Referendar in Mannheim und Hamburg, März 1934 Assessor in der Hamburger Finanzverwaltung, 1939 in der Liegenschaftsverwaltung, später Landgerichtsrat beim Sondergericht in Litzmannstadt; 1968 Verwaltungsgerichtsdirektor in Hamburg.

4 Gemeint ist das 1841–1843 erbaute Israelitische Krankenhaus in Hamburg-St. Pauli, das nach 1933 in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Im Sept. 1939 wurden die Gebäude der Stadt übertragen. Notdürftigen Ersatz boten zwei Gebäude in der Johnsallee, später zog das Krankenhaus in ein ehemaliges jüdisches Pflege- und Siechenheim.

5 Dr. Walter Rudolphi (1880–1942), Jurist; 1910–1925 Amts- bzw. Oberamtsrichter in Hamburg-Bergedorf, 1926 Richter am OLG in Hamburg, 1933 in den Ruhestand versetzt; von 1939 an Leiter des Wohlfahrtswesens der Jüdischen Gemeinde Hamburg; am 15.7.1942 nach Theresienstadt deportiert.

6 Richtig: Arthur Kressin (1898–1968), Verwaltungsbeamter; 1904–1913 im Rechnungsamt Hamburg tätig, 1929–1954 in der Hamburger Gesundheitsbehörde, 1933–1945 als (Ober-)Verwaltungsdirektor des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg.

7 Hans Theilig (*1887), Beamter; 1929 Verwaltungsoberinspektor in der Domänenverwaltung Hamburg, 1933 in der Finanzdeputation, 1938 in der Kämmerei, 1939 Stadtamtmann in der Liegenschaftsverwaltung; 1942 NSDAP-Eintritt; 1944 pensioniert.

Herr Kressin teilte zunächst mit, Herr Senator Offerdinger⁸ sei jetzt bereit, das ganze Krankenhaus für den Staat zu übernehmen, er gehe davon aus, dass es der Gemeinde gelingen werde, andere Räume, insbesondere Privatkliniken, zu finden. Herr Dr. Offerdinger sei der Auffassung, dass gemäss § 12 der Verordnung vom 4. Juli 1939⁹ die Juden auch für die jüdische Krankenpflege selbst zu sorgen hätten. Dieser Auffassung bin ich entgegengetreten. Ich erklärte ferner, dass es unmöglich sei, andere Räume zu finden. Es müsse darauf bestanden werden, dass das Jüdische Krankenhaus an der alten Stelle verbleibe. Der letzteren Auffassung trat auch Senatsrat Heerwagen bei. Es wurde schließlich vereinbart, dass über die Frage, ob in den bisherigen Gebäuden und auf dem bisherigen Terrain ein getrennter Krankenhausbetrieb des Staates und der Jüdischen Gemeinde möglich sei, weitere Ermittlungen, insbesondere durch eine gemeinsame Besichtigung angestellt werden sollten. Diese Besichtigung soll heute um 2 Uhr stattfinden.

Im Anschluss an die Verhandlung über das Krankenhaus veranlasste Herr Senatsrat Heerwagen auch eine Rücksprache bezüglich des Überganges des Gebäudes der Talmud-Tora-Schule¹⁰ an den Staat, der das Gebäude für die Lehrerbildungsanstalt haben will. An dieser Besprechung nahmen Staatsrat Schultz¹¹ und ein Oberschulrat für die Hamburgische Schulverwaltung teil. Es wurde mitgeteilt, dass der Herr Reichsstatthalter¹² fordere, dass das Gebäude der Talmud-Tora-Schule nach den Ferien dem Staat zur Verfügung stehe, als Ersatz biete der Staat die Carolinenstrasse und evtl. eine Schule an der Kampstrasse an, letztere vor allem für die Unterrichtskurse für Auswanderer. Ich erklärte, dass die Schule Carolinenstrasse keinerlei Ersatz sei, denn sie gehöre schon der Gemeinde.¹³ Es sei für sie ohne Bedeutung, dass das Grundstück ihr nicht im Grundbuch zugeschrieben sei. Nach dem Arar-Vertrag¹⁴ stehe das Grundstück der Gemeinde zur Verfügung, solange sie es für Schulzwecke benötigt. Eine Zuschrift des Grundstücks im Grundbuch werde jetzt auch formell nicht mehr möglich sein. Soweit ich die Lage übersehen könne, hätte die Gemeinde keinerlei Interesse daran, die Schule Kampstrasse zu erhalten. M. E. müsse geprüft werden, ob die Unterrichtskurse nicht evtl. in einer in der Grindelgegend gelegenen Staatsschule abgehalten werden könnten. Ich sei über den Fragenkomplex nicht unterrichtet und müsse daher anregen, dass zunächst eine Aussprache mit Herrn

8 Dr. Friedrich Offerdinger (1896–1946), Arzt; 1929 NSDAP-Eintritt, Gründungsmitglied des NS-Ärztbunds; 1933–1945 Gesundheitssenator in Hamburg; 1945 bis zu seinem Tod Internierung in Neumünster-Gadeland.

9 Die 10. VO zum Reichsbürgergesetz vom 4. 7. 1939 verfügte den Zusammenschluss der Juden in der Reichsvereinigung, deren Aufgabe es war, die jüdische Auswanderung zu fördern und als Träger des jüdischen Schulwesens und der Wohlfahrtspflege zu fungieren. Nach Art. III § 12 sollte die Reichsvereinigung hilfsbedürftige Juden so unterstützen, dass die öffentliche Fürsorge nicht benötigt würde; RGBl., 1939 I, S. 1097–1099.

10 Siehe Dok. 60 vom 11. 7. 1938 und Dok. 279 vom 2. 5. 1939.

11 Dr. Arnold Schultz (1879–1958), Jurist; 1907–1913 Reg. Rat in der Polizeibehörde Hamburg, 1913–1933 beim Hamburger Senat tätig, u. a. als Senatssyndikus, von 1933 an Regierungs- bzw. Senatsdirektor bei der Landesunterrichtsbehörde; 1937 NSDAP-Eintritt.

12 Karl Kaufmann (1900–1969), Landarbeiter; 1918–1923 in mehreren Freikorps; 1921 NSDAP- und 1933 SS-Eintritt, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; 1923–1925 Hilfsarbeiter; 1926–1929 Gauleiter Ruhr, 1929–1945 Gauleiter in Hamburg; 1933–1945 Reichsstatthalter in Hamburg; nach 1945 mehrmals verhaftet, 1948 verurteilt, 1949 entlassen; von 1953 an Großkaufmann in Hamburg.

13 In der Carolinenstraße 35 befand sich eine jüdische Mädchenschule, die 1939 mit der Talmud-Tora-Schule zur Volks- und Höheren Schule für Juden zusammengelegt wurde. 1942 wurde diese Schule geschlossen.

14 Nicht ermittelt.

Direktor Spier stattfände, um festzustellen, ob auch nur für die eigentlichen Schulzwecke die Schule Carolinenstrasse ausreiche. Geprüft werden müsse ferner, ob auch das Nebengebäude der Talmud-Tora-Schule, das auf einem besonderen Grundbuchblatt steht, an den Staat abzutreten sei. – Ich machte endlich – ebenso wie schon vorher beim Krankenhaus – darauf aufmerksam, dass durch die Verordnung vom 4. Juli 1939 die Selbständigkeit der Hamburger Gemeinde aufgehoben sei und jedenfalls auch die Reichsvereinigung gehört werden müsse. Dieses gelte insbesondere auch für die Talmud-Tora-Schule, die eine selbständige jüdische Stiftung sei. Es wurde vereinbart, dass jetzt zunächst eine Rücksprache der Schulverwaltung mit Herrn Direktor Spier stattfinden soll.

Im Anschluss an die Besprechung erklärte ich Herrn Senatsrat Heerwagen, dass der für das Tempelgrundstück gebotene Preis auf keinen Fall von der Gemeinde angenommen werden könne. Es werde vom Staat nicht einmal der vom Tempelverband seinerzeit für den Grund und Boden an den Staat gezahlte Preis geboten und keinerlei Entschädigung für das wertvolle Gebäude gewährt. Die Gesamtherstellungskosten des Tempels betrugen RM 780 000,-; m.E. sei es auch unmöglich, ohne die Reichsvereinigung irgendein Abkommen zu treffen. Das zukünftige Abkommen müsse m. E. den ganzen finanziellen Fragenkomplex über Grundstücke, Krankenhaus, Schule, Wohlfahrtslasten u.s.w. regeln. Herr Senatsrat Heerwagen nahm diese Erklärung zur Kenntnis. –

DOK. 311

Der Sicherheitsdienst in Linz meldet am 14. Juli 1939 die Inhaftierung von SA-Leuten nach einer Friedhofsschändung im ehemals tschechischen Rosenberg¹

Schreiben des Führers des Sicherheitsdiensts des RFSS, Unterabschnitt Oberdonau (II 2, Mzl/R), i. V. SS-Hauptsturmführer u. Stabsführer m. d. W. d. G. b.² (Unterschrift unleserlich), Linz, an den SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau,³ Wien (Eing. 14. 7. 1939), vom 14. 7. 1939

Betr.: Verhaftungen in Rosenberg.

Vorg.: Ohne.

Nach einem hier eingegangenen Bericht der Aussenstelle Krumau wurden am 27.6. 1939 folgende Personen aus Kreisen der Partei durch die Staatspolizei in Haft genommen und nach Linz eingeliefert:

Ortsgruppenleiter in Rosenberg Stiny, Otto,⁴

Ortsgruppenleiter-Stellvertreter Stadtsekretär Brunner, Andreas,

Ortskassenwalter Watzl, Josef,

Zellenleiter Hufsky, Karl (SS-Mann),⁵

SA-Truppführer Weber, Alois,

SA-Scharführer Hoisak, Josef,

SA-Mann Schimek

und noch ein weiterer SA-Mann.

1 BArch, R58/6562.

2 Mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt.

3 SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau war Franz Walter Stahlecker.

4 Otto Stiny (*1898), Bauer; 1938 NSDAP-Eintritt, NS-Ortsgruppenleiter in Rosenberg.

5 Andreas Brunner (*1894), Werkmeister; 1938 NSDAP-Eintritt; Josef Watzl (*1911), Polizist; 1931 NSDAP- und 1938 SS-Eintritt; Karl Hufsky (*1907), Drogist; 1938 NSDAP-Eintritt.

Anlass dieser Inhaftnahme ist folgender Vorfall: Vor ca. 3 Wochen hat der *Ortsgruppenleiter von Rosenberg*, Otto Stiny, wahrscheinlich um seine Machtposition zu zeigen, der SA den Befehl gegeben, den alten jüdischen Friedhof aus dem 14. Jahrhundert, der unter Denkmalschutz steht, zu demolieren. Die Durchführung dieser „Aktion“ wurde eines Abends derart vorgenommen, dass mit Eisenstangen und Hämmern die wirr umherliegenden Grabsteine zertrümmert bzw. so beschädigt worden sind, dass keiner der Grabsteine unversehrt geblieben ist. In diesem verwüsteten Zustand wurde der Friedhof verlassen. Zu bemerken ist noch, dass der alte jüdische Friedhof durch eine hohe Mauer völlig versteckt lag und bisher in keiner Weise zu irgendwelchem Anstoss Anlass gegeben hat. Am 27.6.39 wurden daraufhin nach kurzem Verhör die Obengenannten in Haft genommen. Gerüchtweise erklärt man in Rosenberg, dass der Befehl zur Inhaftierung von Berlin gegeben worden sei, da die Zerstörung des Friedhofes durch den französischen Rundfunk verbreitet worden sei und auch eine englische Zeitung⁶ bereits Fotografien gebracht habe. Hierzu wird bemerkt, dass nach Angabe der in der Nähe des Friedhofes wohnenden Personen derselbe nach der Zerstörung wiederholt von Fremden fotografiert worden sei.⁷

DOK. 312

Willy Cohn notiert am 16. Juli 1939, dass ihn die Staatspolizei Breslau zur Erforschung der Geschichte der Juden verpflichtet will¹

Handschriftl. Tagebuch von Willy Cohn,² Eintrag vom 16.7.1939

Breslau, Sonntag; gestern vormittag den Thoraabschnitt gelesen und den Artikel Löwenberg für die *Germania Judaica* fertiggemacht,³ Barbier; die Zeitung war voll von dem Bericht über das Nationalfest in Paris und die gewaltige Truppenparade. Es sieht ja immer noch sehr brenzlich in der Welt aus. Demnächst aber wird nichts geschehen, mindestens nicht vor Einbringung der Ernte! Postamt 13, Mutter, die noch zusätzlich über eine Darm-sache klagte, es ist ja alles sehr schwer für sie. Mit Susannchen das letzte Mal bei Noher, wo die alten Leute sich sehr mit ihr gefreut haben. Nach Tisch mit dem neuen Mittel gut geschlafen. Am Spätnachmittag kam Czollak,⁴ und wir haben noch etwas miteinander

6 Der Zeitungsausschnitt liegt nicht in der Akte.

7 Handschriftl. Anmerkung: „Es wird um Kenntnisnahme gebeten!“

1 Willy Cohn, Tagebuch, Breslau vom 16.7.1939, Bl. 35–38; CAHJP, P 88/59; Abdruck in: Willy Cohn, *Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941*, hrsg. von Norbert Conrads, Bd. 2, Köln 2007, S. 664.

2 Dr. Willy Cohn (1888–1941), Lehrer und Historiker; Zionist und SPD-Mitglied; von 1919 an bis zu seiner Zwangspensionierung 1933 Lehrer am Johannes-Gymnasium in Breslau, von 1933 an verdiente er seinen Unterhalt mit Vortragsreisen zur jüdischen Geschichte; seine Pläne, nach Palästina zu emigrieren, scheiterten; Ende Nov. 1941 wurde er nach Kowno deportiert und dort ermordet.

3 Cohn war von 1939 an Mitarbeiter des zweiten Bands der *Germania Judaica*, der jedoch nicht mehr erschienen ist. Er sollte die Abschnitte Schlesien, Böhmen, Mähren, Niederlande und Brabant verfassen. Von seinen über 60 Beiträgen ist nur der Breslauartikel überliefert; Norbert Conrads, *Die verlorene Germania Judaica. Ein Handbuch- und Autorenschicksal im Dritten Reich*, in: *Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 15 (2007), München 2008, S. 215–229.

4 Mono (Amandus) Czollak (1904–1948), Lehrer; Studienassessor, Lehrer am jüdischen Reform-

gearbeitet, nachdem ich einen wichtigen Brief mit ihm durchgesprochen hatte. Ich soll auf Wunsch der Staatspolizei an einer Besprechung bei Dr. Arlt⁵ teilnehmen in jüdisch-geschichtlichen Dingen. Das kann mich leicht die Alijah kosten, denn wenn mich die Staatspolizei für die Erforschung der Geschichte der Juden verwendet, wird es schwer sein, einen Paß zu bekommen; aber das muß man abwarten, und ich werde darüber noch mit der Gemeinde korrespondieren; gerade jetzt, wo es unter Umständen zu unser[er] Alijah kommen könnte, träfe mich das im ungünstigsten Augenblick. Aber man kann da nichts weiter machen; man muß abwarten. Mit Susannchen zur Bahn gegangen, um Trudi mit Tamara abzuholen.⁶ Der Zug kam mit 1 ¼ Stunde Verspätung, wir waren fas[t] 2 ½ Stunden auf der Bahn. Trudi war durch die Reise mit dem Kleinen sehr erschöpft, es war ja auch eine unendliche Hitze. Wir kamen mit dem Auto erst um ¾ 10 nach Hause, und dann gab es noch viel zum Erzählen. Tamara hat sich, G'ttlob, sehr gut entwickelt. Sie kann jetzt schon stehen!

Mit dem neuen Mittel geschlafen, aber jetzt noch sehr kaputt.

Nun soll Susannchen noch wegfahren, worüber ich nicht sehr glücklich bin, aber das Kind freut sich schon sehr darauf!

DOK. 313

Die Gestapo weist am 19. Juli 1939 die Staatspolizeistellen an, das Zusammenleben von Paaren zu verhindern, deren Eheschließungsanträge abgelehnt wurden¹

Rundschreiben des RFSS/Chef der Deutschen Polizei im RMdI (S-PP (II B) Nr. 5718/37), i. A. gez. Müller, Berlin, an alle Staatspolizeistellen und Staatspolizeistellen vom 19.7.1939 (Abschrift)

Betrifft: Eheschließung und außerehelicher Verkehr zwischen Mischlingen I. Grades und Deutschblütigen.

Vorgang: Rd-Erlaß des Geheimen Staatspolizeiamtes v. 6.1.37-II B 4 – B37/36 J.-²

Mit vorbezeichnetem Erlaß wurde mitgeteilt, daß abschlägige Entscheidungen auf Anträge zur Genehmigung einer Eheschließung gemäß § 3 der 1. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des Blutes und der deutschen Ehre v. 14. 11. 1935³ den Staatspolizei-

Realgymnasium, emigrierte 1939 nach Großbritannien, dort bis Mitte 1941 im Kitchener Camp und im Pioneer Corps der brit. Armee, unterrichtete später Religion in jüdischen Gemeinden in Devonshire und London.

⁵ Dr. Fritz Arlt (1912–2004), Soziologe, Theologe; 1932 NSDAP-, 1937 SS-Eintritt, 1932–1934 SA-Mitglied, 1936–1939 Leiter des Rassenpolit. Amts in Schlesien; 1939–1940 Leiter der Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge im Generalgouvernement, 1941 Leiter der Dienststelle des RKF in Oberschlesien, 1944 im SS-Hauptamt; 1954–1975 Leiter der Bildungsabt. des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln; Autor u. a. von „Volksbiologische Untersuchungen über die Juden in Leipzig“ (1938).

⁶ Susanne (*1932) und Tamara Cohn (*1938), Töchter von Willy Cohn; Gertrud (Trudi) Cohn, geb. Rothmann (1901–1941), Sekretärin. Sie war die zweite Ehefrau von Willy Cohn und wurde im Nov. 1941 zusammen mit ihrem Mann und den beiden gemeinsamen Töchtern nach Kowno deportiert, dort wurden alle am 25.11.1941 erschossen.

¹ BayStA München, Rep. Polizeidirektion München, Nr. 7017.

² Abgedruckt in: Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime, hrsg. von Paul Sauer, Bd. 1, Stuttgart 1966, Nr. 24, S. 38.

³ Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935 verbot Eheschließungen und nichteheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden; siehe VEJ I/199.

stellen zur Kenntnis gegeben werden, um eine eingehende Überwachung dieser Personen auszuführen. Dabei sollte insbesondere dafür Sorge getragen werden, daß diese Personen nicht in Umgehung der abschlägigen Entscheidung in wilder Ehe leben.

Auf Grund dieses Erlasses haben inzwischen eine Reihe von Staatspolizeistellen angefragt, welche Maßnahmen im Einzelfalle getroffen werden sollen, um das weitere Zusammenleben in wilder Ehe, einen sonstigen Verkehr oder eine verbotswidrig beabsichtigte Eheschließung im Auslande zu unterbinden. Über diese Fragen schweben zur Zeit grundsätzliche Erörterungen mit dem Stellvertreter des Führers, dem Leiter des rassepolitischen Amtes und der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern.⁴

Sobald eine Übereinstimmung in der Auffassung erreicht worden ist, werde ich einheitliche Richtlinien bezüglich der staatspolizeilichen Behandlung dieser Vorgänge geben.⁵

DOK. 314

Memorandum des Joint vom 24. Juli 1939 über die illegale Emigration nach Palästina¹

Memorandum (streng vertraulich), ungez., Paris, vom 24. 7. 1939

Die illegale Auswanderung in Gruppen nach Palästina begann zur Zeit des arabischen Terrors 1936.² Zum damaligen Zeitpunkt standen sowohl die Militär- als auch die Zivilbehörden dieser Einwanderung wohlwollend gegenüber und verhinderten die illegale Einreise nicht. Die Einwanderer waren vorwiegend ältere Menschen, Frauen und Kinder, die Angehörigen nachreisten; die jüngeren Leute hingegen wurden in die Kibbuzim und die alten Siedlungen geschickt, wo sie die Arbeit der Araber übernahmen.

Die jungen Männer, die über eine militärische Ausbildung verfügten, traten umgehend der „Gaffirs“ genannten jüdischen Zivilgarde oder der britischen Armee bei, die von England nach Palästina entsandt worden war, um für Ordnung zu sorgen.

Mit der Besetzung Österreichs und des Sudetenlands sowie der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren verschlimmerte sich die Notlage der Juden in diesen Ländern, und nun wurde die illegale Einreise ganzer Gruppen nach Palästina in größerem Umfang privat organisiert.

Diese Gruppen bestanden hauptsächlich aus Zionisten, die nach ihrer Ankunft in Israel umgehend Aufnahme in den verschiedenen jüdischen Zentren fanden. Die gleiche Arbeit wurde später von der Mizrahi-Bewegung³ betrieben, einer Gruppe religiöser Zionisten. Schließlich begannen die Revisionisten,⁴ den Transport solcher Gruppen zu organisieren.

4 Stellvertreter des Führers war Rudolf Heß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes war Walter Groß; die Abt. I des RMdI war für Verfassung und Gesetzgebung zuständig, Leiter der Abt. war StS Dr. Stuckart.

5 Am 9.4. 1942 gab Heydrich eine VO heraus, nach welcher der nichteheliche Kontakt jüdischer Mischlinge mit „Ariern“ polizeilich geahndet werden sollte; Cornelia Essner, Die Nürnberger Gesetze oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002, S. 182–186.

1 JDC 33/44, 658. Das Dokument wurde aus dem Englischen übersetzt.

2 Gemeint ist der arabische Aufstand 1936–1939 in Palästina, der sich vor allem gegen die jüdische Einwanderung richtete.

3 Eine 1902 in Wilna von Rabbi Jizchak Jacob Reines gegründete orthodox-zionistische Bewegung.

4 Gemeint sind die Anhänger der Weltunion der Zionistischen Revisionisten von Wladimir Jabotinsky; siehe Dok. 10 vom 3.2. 1938.

In vielen Fällen arbeiteten die europäischen Regierungen mit dieser Bewegung zusammen, indem sie sich um Sonderzüge kümmerten, mit denen die Emigranten aus den mitteleuropäischen Ländern zu den verschiedenen Mittelmeer- und Schwarzmeerhäfen gebracht wurden. Ein Sonderzug fuhr sogar von Danzig ans Schwarze Meer.

Die mitteleuropäischen Auswanderer nach Palästina trafen sich in der Regel an der Donau, von wo aus Schiffe durchschnittlich 400–500 Passagiere in die Häfen am Schwarzen Meer brachten. Von diesen Häfen aus wurden sie an Bord hochseetüchtiger Schiffe gebracht, die häufig unter panamesischer Flagge nach Palästina fuhren.

Seit Mai 1939 wurde das JDC in Paris um Unterstützung für die folgenden Schiffe gebeten

<i>Ab Athen, Griechenland</i>	<i>Anzahl der Passagiere</i>
S/S Aghios Nicolaos de Nomicos	691
“ Astir	268
“ Asimi	473
“ Aghios Nicolaos de Kondjouraki	300
<i>Ab Rhodos: S/S Rim (verbranntes Schiff)</i>	772
<i>Ab Beirut, Syrien: S/S Frosfula⁵</i>	658
<i>Gesamt</i>	3162

Das JDC in Paris hat dem Athener Komitee den Betrag von 5000 \$ geschickt, von denen 1000 \$ ein Beitrag des *Council*⁶ in London sind. Von den vom JDC zur Verfügung gestellten Mitteln hat das Mailänder Komitee einen ersten Betrag von 4000 italienischen Lire nach Rhodos übermittelt. Anschließend wurde noch zweimal ein Betrag jeweils in Höhe von 10 000 Lire geschickt. Für die Flüchtlinge im syrischen Beirut hat das JDC zwei Geldanweisungen jeweils in Höhe von 20 000 Francs veranlasst.

DOK. 315

Siegfried Wolff aus Eisenach schildert am 25. Juli 1939 seine Bemühungen um Emigration¹

Brief von Dr. Siegfried Wolff,² Eisenach, Karlstrasse 3, an eine Bekannte vom 25.7.1939

Liebe Hanne!

Vielen Dank für Deine liebe Karte, die uns riesig erfreut hat. Wie kannst Du nur denken, daß ich Dir böse wäre! Das ist doch bei unserer Freundschaft ganz ausgeschlossen. Du hast, wie ich weiß, enorm zu tun, und da sich auch nicht jeder so viel mit Schreiben abgibt wie ich, habe ich Dir Dein langes Schweigen auch nicht übelgenommen. Von Jacob, der jetzt öfter bei Käthe war, haben wir die so beglückende Nachricht von der Verlobung

⁵ Vermutlich handelt es sich um die „Prosula“; siehe Dok. 316 vom Juli 1939.

⁶ Gemeint ist der Council for German Jewry.

¹ YVA, O. 75/175.

² Dr. Siegfried Wolff (1888–1944), Kinderarzt; 1924–1938 in einer Klinik für Säuglinge und Kleinkinder in Eisenach, 1928–1932 deren Direktor; 1934 lehnte Wolff das Angebot ab, ein Kinderheim in Tel Aviv zu leiten; 1938 Berufsverbot; 1939 Emigration in die Niederlande, nach deutscher Besetzung im Lager Westerbork inhaftiert, am 6.9.1944 mit einer Gruppe von Kindern nach Theresienstadt deportiert, am 12.10.1944 nach Auschwitz und dort ermordet.

Deiner Tochter schon gehört, und ich hätte natürlich sofort geschrieben, wenn Jacob Deine Adresse gewußt hätte. Und so wünsche ich Dir und Deiner Tochter, aber auch Euch allen auch im Namen meiner l. Mutter zu diesem Ereignis von ganzem Herzen alles Gute. Möge der l. Gtt. seinen Segen zu diesem Bunde geben. Marianne sehe ich noch vor mir, wie sie um Deine gute Mutter besorgt war, sie hat mir in ihrer ganzen Art so gut gefallen, sie war auch eine so gute Tochter, daß sie unbedingt eine gute Frau sein wird. Sie wird sicher ihrem Manne viel Süßes geben – man kann sie eigentlich nur mit dem Worte süß richtig bezeichnen – und sie wird viel Sonnenschein in sein Leben zaubern. Besonders herrlich ist es, daß Du sie in Deiner Nähe behältst; ich sehe jetzt, wie schwer es ist, sich von den Seinen trennen zu müssen. Du hast in Deinem Leben auch so viel Schweres durchgemacht, daß ich Dir ganz besonders diese Freude gönne. Du hast ja auch Deine Mutter so rührend und aufopfernd gepflegt, daß das nun der Lohn ist, Dich im Glücke Deines Kindes sonnen zu können. Daß auch Du nun dauernde Arbeitserlaubnis dort bekommen hast, ist auch etwas, was mich ganz besonders freut. Also nochmals alles erdenklich Gute für Euch alle, und vergeßt mich nicht, der ich ja immer mich so ganz und absolut zu Eurer Familie gehörig fühle. Wie hätten sich Deine Eltern gefreut, wenn sie das erlebt hätten!

Wie Du Dir denken kannst, haben wir viele Sorgen; wir haben eben mit dem Aufbruch zu lange gewartet und sind jetzt natürlich schlimm daran. Ich habe mir die Finger wund geschrieben, dachte, daß ich mit meinen über 100 wissenschaftlichen und auch heute noch anerkannten Arbeiten und meinen 50 unglaublich guten Zeugnissen irgendeine kleine Stelle wenigstens mit freier Station bekommen würde; alles vergebens. Georg Engländer³ hat mir für meine Mutter und mich Visa für Chile verschafft, um die uns viele beneiden. Aber dort muß ein größeres Depot nachgewiesen werden, was ich nicht habe, und dann darf ich dort weder direkt noch indirekt Arzt sein. Leider habe ich aber trotz aller Forschungen noch nicht die Möglichkeit gefunden, von der Luft zu leben, was ja überhaupt wohl allgemein angenommen wird. Unsere Wartezeit für USA ist infolge der polnischen Quote⁴ sehr lange, und so wollte ich gern nach England als Übergang. Es sind auch eine Menge von Freunden dorthin gekommen, z. B. alle Ärzte vom jüdischen Krankenhause in Frankfurt/Main, darunter mein Freund Isaac; ich habe auch bereits am 6. I. beim Woburn House den Antrag für Mutter, Käthe, Ludwig und mich gestellt, die Wartezeit dort verbringen zu dürfen; ich möchte mich in dieser Zeit in der Sprache vervollkommen und wissenschaftlich arbeiten. Aber nach ewiger Korrespondenz kam dann heraus, daß dort eine Garantie geleistet werden müßte. Daraufhin habe ich mit vieler Mühe erreicht, daß meine amerikan. Verwandten das machten. Diese haben erst angefragt, welche Summe für uns 4 nötig sei und haben dann die geradezu phantastische Summe von 530 £ im März hingesandt. 2 Monate später bekam ich erst die Nachricht, daß diese Summe, die doch das Committee selbst angegeben hatte, nur für mich ausreichen würde, und als ich mich zu dem schweren Entschluß durchgerungen hatte, allein zu gehen, in der Hoffnung, dann die andern schon nachzubekommen, schreibt das C., daß auch für mich allein *noch* mehr als 200, nämlich 250 £, also zusammen 780 £ mehr nötig sein. Ich finde, das ist "neither aid nor help, it is *nothing*". Und dazu korrespondiert

3 Vermutlich Georg Engländer, bis zur Emigration 1937 wohnhaft in Stettin.

4 Die Einwanderung in die USA wurde durch eine Quotenregelung begrenzt; siehe Glossar. Da er offenbar polnischer Staatsbürger war, hatte Wolff deutlich schlechtere Chancen, ein Visum zu bekommen, als deutsche Emigranten.

man mehr als 6 Monate. Nun habe ich aber auch nur für mich die vorübergehende Aufenthaltsbewilligung für Holland bekommen. Das ist natürlich ein kleiner Lichtblick; aber was soll aus meiner Familie werden? Ich bin ganz unglücklich darüber, daß wir uns trennen sollen. Außerdem weiß ich auch nicht, was ich dort machen soll, wovon man leben soll. Ich dachte, ob es nicht möglich sei, dort eine Pension aufzumachen; aber das soll ja auch nicht möglich sein. Wir haben ja auch niemanden, der sich irgendwie für uns draußen interessiert, und wenn man alles allein machen soll, kommt man eben nicht weiter. Meine Schwester ist ja wohl auch schon zu alt, um eine Stelle als Hausangestellte dort zu bekommen. Was soll man also tun? Ludwig wird vielleicht an das Konservatorium nach Jerusalem kommen; es geht ihm G. L.⁵ gesundheitlich recht gut. Aber trotzdem möchte man ihn ja lieber unter den Augen behalten. Eva kommt als Schwester an das Chest-Hospital in London; die Stelle ist ihr fest zugesagt; aber seit 7 Wochen wartet sie auf ihr permit, was ja auch nervös macht. Sie war im Winter lange Zeit als Schwester in der streng orthodoxen Lungenheilstätte in Nordrach und ist dort auch durch den Betrieb und den sehr frommen Arzt so fromm geworden, und sie weiß mit allem so gut Bescheid, daß sogar Dein guter Vater seine Freude gehabt hätte. So, nun weißt Du Bescheid über uns. Der Brief ist zwar etwas lang geworden, aber ich hoffe, Du nimmst es mir nicht übel, daß ich Dir aus Anlaß eines so frohen Ereignisses, an dem wir so ganz teilnehmen, auch gleich mein Herz ausschütete. Jacobs Frau wollte mir auch mal schreiben und eine Adresse sagen, um die ich sie bat; bisher ist das nicht geschehen; vielleicht Erinnerst Du sie mal daran.

Und nun nochmals alles, alles Gute für Euch alle – all kind of happiness – und viele herzlichste Grüße auch von meiner I. Mutter
Dein alter, Euch immer treu ergebener

DOK. 316

Die Exil-SPD zählt im Juli 1939 die Flüchtlingsschiffe auf, denen die Landung verweigert wird¹

Deutschland-Bericht der Sopade, Juli 1939, Paris (Typoskript)

[...]²

b) Die Flüchtlingsschiffe

In eine andere Art „Niemandesland“ geraten die jüdischen Flüchtlinge, und zwar abermals zu vielen tausenden, auf hoher See. Aus allen Häfen gejagt, ausserstande, ihre verzweifelnde menschliche Fracht wo immer in der Welt an Land zu setzen, kreuzen die „Geisterschiffe“ auf den Meeren. Lebensmittel, Trinkwasser und Kohle werden knapp, die Passagiere werden von ansteckenden Krankheiten befallen, die Selbstmorde mehren sich. Hilferufe werden nach allen Seiten gefunkt, aber nur selten wird Hilfe gewährt. Einige Beispiele:

5 Gottlob.

1 AdsD, Deutschlandberichte [der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands], Juli 1939, Teil A 1 6; Abdruck in: Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1934–1940, Bd. 6, Frankfurt a. M. 1980, S. 938–940.

2 Zum ersten Teil des Berichts siehe Dok. 287 von Ende Mai 1939.

Flandre hatte etwa 100 Flüchtlinge aus Deutschland an Bord. Cuba und Mexiko verweigerten die Landung. Am 19. Juni ist das Schiff nach wochenlanger Irrfahrt im Hafen von St. Nazaire (Bretagne) gelandet.³

St. Louis, ein Hapag-Dampfer mit 937 Flüchtlingen an Bord, konnte in Cuba nicht landen, weil die cubanischen Visa der Passagiere sich nicht als gültig erwiesen. Amerika lehnte eine sofortige Aufnahme dieser Flüchtlinge ab. Endlich, nach einer wochenlangen Irrfahrt des Schiffes erklärten sich die Regierungen von England, Frankreich und Belgien damit einverstanden, dass die Passagiere auf ihre Länder verteilt würden.⁴

Orinoco befand sich mit 200 jüdischen Flüchtlingen etwa um die gleiche Zeit auf der Fahrt von Deutschland nach Cuba. Im Hafen von Cherbourg erreichte sie aus Berlin der funktelegrafische Befehl: „Sofort zurück nach Hamburg!“ Mehrere Flüchtlinge versuchten, ins Meer zu springen. *Orinoco* ist das erste Schiff, das zwangsweise nach Deutschland zurückbeordert worden ist, und zwar unter Hinweis auf das Aufsehen, das das Schicksal der *St. Louis* erregt hat.

Usaramo irrte mit 500 jüdischen Flüchtlingen, darunter mehreren Aerzten, Anwälten, Schriftstellern, sechs Wochen auf dem Meer umher und nahm dann Kurs nach Shanghai. Die Unterbringung auf dem Dampfer war denkbar schlecht. Die Flüchtlinge durften die Baderäume nicht benutzen.⁵

Orbita mit 68 jüdischen Flüchtlingen durfte in Ecuador nicht landen und lag lange Zeit in Balboa, Panama-Kanal-Zone, in Quarantäne. Endlich bekamen die Passagiere die Erlaubnis, in Panama an Land zu gehen, wo sie für drei Monate Aufenthaltsbewilligung erhielten. Nach Ablauf dieser Frist müssen sie, sofern sie nicht von Amerika aufgenommen werden, nach Europa zurückkehren.⁶

Cap Norte hat mit 15 Flüchtlingen an Bord am 28. April Hamburg verlassen, und zwar mit dem Ziel Südamerika. Paraguay, Uruguay, Argentinien verweigerten die Landung. Am 26.6. landete das Schiff in Boulogne sur mer. Die Passagiere wurden vorübergehend in Frankreich aufgenommen.⁷

Auf dem Motorschiff *Monte Olivia* der Hamburg-Südamerika Linie befanden sich 78 jüdische Passagiere, die eine Einreiseerlaubnis nach Paraguay hatten. Aber Uruguay verweigerte Landung und Durchreise. Die Passagiere durften nach wochenlanger Unsicherheit am 15. Juni in Buenos Aires an Land gehen, wo sie Aufenthaltsgenehmigung für 20 Tage erhielten. Schliesslich nahm Chile sie auf.

Prosula mit 65 Flüchtlingen, meist aus der Tschechoslowakei stammend, verliess am 25. Juni den Hafen Sulina (Donaumündung) mit dem Ziele Shanghai. Unterwegs gingen

3 Zur „Flandre“ siehe Dok. 297 vom 16.6.1939.

4 Zur „St. Louis“ siehe Dok. 290 und Dok. 292 vom Juni 1939 und Dok. 297 vom 16. Juni 1939.

5 Die „Usaramo“, im Besitz der Deutschen Ost-Afrika-Linie, war eines der von Heinrich Schlie gecharterten Schiffe. Schlie hatte im Auftrag Eichmanns Verhandlungen mit den japan. und chines. Konsulaten in Wien geführt, um die jüdische Auswanderung zu beschleunigen. Das Schiff landete am 7.7.1939 in Shanghai. Die Angaben über die Zahl der Passagiere variieren zwischen 359 und 459 Personen; Avraham Altman, Irene Eber, *Flight to Shanghai 1938–1940*, in: *Yad Vashem Studies* 28, Jerusalem 2000, S. 8 f.

6 Bis auf wenige Ausnahmen blieben die Flüchtlinge im Fort Amador in Balboa, bis sie 1940 in die USA einreisen durften.

7 Nach Angaben der NYT, Nr. 29739 vom 27.6.1939 hatten die Flüchtlinge Einreisevisa für Shanghai. Die franz. Behörden bewilligten ihnen Transitvisa zur Weiterreise nach Triest, wo sie sich nach China einschiffen sollten.

Geld und Lebensmittel aus. Das Schiff lief den ersten besten Hafen an, und zwar den nordlibanesischen Seehafen Tripoli. Die Behörden des Libanon beschlossen Mitte Juni, die Passagiere zuzulassen.⁸

Dora, ein alter griechischer Kohlendampfer, verliess, unter der Flagge von Panama reisend, mit 500 jüdischen Flüchtlingen an Bord am 17. Juni Amsterdam, angeblich um nach Siam zu fahren. Tatsächlich irrt er heute noch auf dem Meer umher. Unter den Passagieren, die zum grössten Teil deutsche Juden sind, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder.⁹

Auf dem italienischen Dampfer *Frossula*, der 658 tschechisch-jüdische Flüchtlinge an Bord hat, brach die Pest aus. Zwei Passagiere starben daran. Der französische Hochkommissar für Syrien gestattete der *Frossula*, für kurze Zeit im Hafen von Beirut in Quarantäne zu gehen. Nach der Desinfektion des Schiffes wurden die Passagiere, die vorübergehend an Land gegangen waren, sofort wieder auf den Dampfer zurückgebracht. Die Abreise wurde auf Ende Juli festgesetzt. Das weitere Schicksal der *Frossula*-Flüchtlinge ist ungewiss.¹⁰

Osiris mit 600 Flüchtlingen ankert gegenwärtig vor der syrischen Küste. Sechs Wochen lang hat das Schiff nach einer Landungsgelegenheit gesucht. Die Lebensmittelvorräte waren schon lange erschöpft. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung über das Schicksal der Passagiere gefallen.

Thessalia mit 550 Flüchtlingen ist vor Beirut von einem libanesischen Küstenwachtboot gestellt und gezwungen worden, die syrischen Hoheitsgewässer zu verlassen. Tripoli verweigerte die Landung. Der Dampfer irrt weiter auf hoher See umher.

Am 2. März 1939 sind 424 Danziger Juden in plombierten Waggons nach einem rumänischen Hafen überführt worden. Ein kleiner griechischer Dampfer sollte sie illegal nach Palästina bringen. Britisches Militär hat die Landung verhindert. Speisevorräte und Trinkwasser waren zu jener Zeit schon sehr knapp. 13 Wochen lang irrte das Schiff auf dem Meer umher. Endlich sind die Vertriebenen auf der griechischen Insel Kreta abgesetzt worden. Sie sind ohne Kleidung und Schuhwerk, leiden unter Hunger und epidemischen Krankheiten, werden von Ratten und Ungeziefer fast zerfressen. Einige Flüchtlinge sind bereits gestorben.

Am 28. Juli meldete die „Times“:¹¹

Etwa 900 jüdische Flüchtlinge aus Mitteleuropa, die vor 3 Wochen auf einem jugoslawischen und einem ungarischen Dampfer in Rustschuk, Bulgarien, ankamen und denen die

8 Vermutlich sank die „Prosula“ 1939, ihre Passagiere wurden von der „Tiger Hill“ übernommen; Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust. Illegal immigration to the Land of Israel 1939–1944*, New York 1990, S. 17.

9 Am 12.8.1939 gelang die Landung des Schiffes bei Herzlia und die illegale Einwanderung der Passagiere nach Palästina; Jürgen Rohwer, *Jüdische Flüchtlingsschiffe im Schwarzen Meer – 1934 bis 1944*, in: *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 2: *Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn*, hrsg. von Ursula Büttner, Hamburg 1986, S. 197–248, hier: S. 213.

10 Vermutlich handelt es sich um die „Prosula“, deren Passagiere von dem griechischen Schiff „Tiger Hill“ übernommen wurden. Zwischen 300 und 500 der mehr als 1000 Passagiere an Bord der „Tiger Hill“ gelang es schließlich, nach der illegalen Landung in Palästina unterzutauchen. Die verbliebenen Passagiere wurden von den Briten im Sarafand Camp interniert; siehe *The NYT*, Nr. 29750 vom 8.7.1939, S. 4 und Nr. 30131 vom 23.7.1940, S. 3.

11 Die Meldung wurde in der Rubrik „Telegrams in Brief“ in *The Times*, Nr. 48369 vom 28.7.1939, S. 13 veröffentlicht.

Landungserlaubnis verweigert wurde, sind jetzt auf denselben Schiffen nach Sulina, Rumänien, abgereist. Sie hoffen, dass sie von dort aus imstande sein werden, irgendwo im Mittelmeer einen Zufluchtsort zu finden.¹²

DOK. 317

Luise Solmitz notiert am 4. August 1939 den Ausschluss der Juden aus den Luftschutzbunkern¹

Tagebuch von Luise Solmitz, Hamburg, Eintrag vom 4. 8. 1939 (Abschrift)

Ich zum Luftschutz. Jemand fragte, was eintragen, wenn die Frau einen Juden geheiratet habe? „Jüdin“ natürlich, sagte der dumme Mensch vor all den vielen Luftschutzwarten. Ein älterer Mann sagte erregt, das stimme nicht. Nein, musste der Mensch widerrufen, nur bei Ehen nach Erlass der Nürnberger Gesetze, – was ja Unsinn ist, da solche Ehen da schon verboten waren.² Ich ging nachher zu dem Mann.

Ich will keine nachträglichen Schwierigkeiten haben. Er: Es sei ein Irrtum gewesen – ich könne mich als Arierin betrachten. [!!!] Ich sagte, das verstehe sich von selbst, darum handle es sich nicht, sondern um meine Tätigkeit als L.W.³

Und, was ich voraussah! Juden sind nicht in die Listen aufzunehmen. Um so besser, dass ich selbst L.W. bin; so erspare ich Fredy doch diese Kränkung bei Listenaufnahme durch andere. – Meinen eigenen Mann muss ich totschweigen, als sei er gar nicht vorhanden. Eine unmenschliche Zumutung ist das.

DOK. 318

Das Ehepaar Malsch aus Düsseldorf schreibt am 7./8. August 1939 dem Sohn in den USA über Zwangsarbeit und Einsamkeit¹

Handschriftl. Brief des Ehepaars Malsch, Düsseldorf, an Wilhelm R. Malsch, Long Island (New York), vom 7./8. 8. 1939

Lieb' Männer,

Deine Luftpostkarte v. 25./7. kam erst heute – wohl mit der Manhattan an! Also fast 14 Tage! Wir schrieben Dir ausführlich dieser Tage + hoffen, bald eine feste Adresse von Dir zu haben. Für heute herzliche Grüße + Küsse Dein Dich liebender

Papa

D/dorf 8.8.39

Mein geliebtes Kind! Du wirst Dich gewiß wundern, dass der l. Papa so wenig heute dran geschrieben hat, er schrieb gestern Abend, er kommt immer todmüde nach Hause, isst +

¹² Der Sopade-Bericht endet mit einem Überblick über die Perspektiven der deutschen Wirtschaft.

¹ StAHH, 622-1/10, Familie Solmitz, 1, Bd. 31.

² Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935 verbot Eheschließungen und nichteheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden; siehe VEJ 1/199.

³ Luftschutzwart.

¹ USHMM, RG-10.086/10 of 13.

geht sofort ins Bett. Das ist harte + sehr ungewohnte Arbeit.² Um 5 Uhr stehen wir auf, um 6 Uhr geht der Omnibus ab Thonhalle nach Krummenweg, um 7 beginnt die Arbeit. Brote nimmt Papa sich mit + Kaffee, abends wird dann warm gegessen. Gestern Abend z.B. hat er sich schon um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr hingelegt und schläft *sofort* ein. Du siehst also, wie schwer die Arbeit ist. L. Papa sagt, was soll das noch werden, wenn wir nicht zum Männele kommen, immer + dauernd könnte ich die Arbeit nicht machen. Papa tut mir *sehr* leid, sein Ohr ist auch *bestimmt* nicht besser geworden, im Gegenteil. Wenn wir nicht zu Dir kommen können, dann weiß ich bestimmt nicht, was aus uns noch werden soll. Papa verdient *brutto* 66 [Pf] die Stunde. So ist unser Leben hier. Ich möchte auch sehr gerne noch etwas dazu verdienen, aber es ist nichts zu kriegen, die reichen Leute sind alle fort, die anderen haben selbst nichts. Anschaffen können wir uns schon überhaupt nichts mehr, und man kommt in Kleidung dadurch sehr herunter, das kannst Du Dir wohl vorstellen. L. Papa ist doch immer sehr fleißig gewesen und hat doch immer *sehr* gut für uns gesorgt, nicht wahr lieb' Männele? Es ist bestimmt kein Leben mehr, nichts wie Sorgen, Sorgen. Wenn wir doch nur zu Dir können, mehr wollen wir ganz bestimmt [nicht], dann sind wir zufrieden. Aber wann und wie? Auch hier das Zimmer ist schlimm, kein Wasser, kein Gas, wo ich drauf kochen kann. Wir haben einen kl. Spiritus-Kocher, dann haben wir einen *kleinen* elektrischen Kocher gekauft, ist aber auf die Dauer zu teuer mit dem Strom, es ist doch alles nichts mehr. Ungeziefer haben wir auch, was wir doch nie in unserem Leben gekannt haben, und dann die furchtbar dreckigen St. dazu, ich muß oft beide Augen zudrücken zu allem, und die teure Miete, 30 Mark für ein Zimmer. Ein anderes Zimmer ist *überhaupt nicht* zu haben, da muß man auch froh sein, wenn man das überhaupt hat. Wir dachten im Winter, es wäre nur für eine kurze Zeit, da haben wir uns aber schwer getäuscht. Es ist uns doch schließlich alles gleich, wenn wir doch die Gewissheit hätten, bald bei Dir zu sein, dann soll mir *alles*, nur *alles recht sein*. Viel Kleider + Wäsche können wir sowieso jetzt nicht mehr mitbringen, auch das ist das wenigste, nicht wahr, lieb' Männele. Deine Luftpostkarte vom 25. Juli kam gestern, den 7. August, erst an. Wenn das Kistchen ankommt, schreiben wir Dir gleich Antwort. Unsern letzten Luftpostbrief vom 4. ds. [M.] mit der Bremen hast Du ja wohl inzwischen richtig erhalten. Warum läßt Du Dir dann nicht in Deine Wohnung schreiben. Du glaubst gar nicht, lieb' Mopsle, was wir uns Sorgen um Dich machen, ich bete jeden Tag zum l. Gott, daß er Dich gesund läßt und daß er uns bald wieder zu dritt zusammen lassen kommen will, das ist mein tägliches Abend-Gebet. Wir sind innerlich und äußerlich recht alt geworden, ist das denn ein Wunder? *Ich* muß den l. Papa oft noch aufmuntern, [...] ³ mir bald selbst oft das Herz zum Zerspringen ist. Aber ich will Dir Dein junges Herz nicht auch noch von uns schwermachen, Du hast es doch jetzt bestimmt auch nicht leicht. Ich gehe manchmal über die Straße, dann laufen mir nur so die Tränen herunter, wenn ich an alles denke, besonders, daß wir nicht bald zu Dir können, so bin ich mit den Nerven herunter. Jetzt habe ich Dir aber genug vorgeklönt, nimm es mir aber bitte *nicht* übel, man muß doch mal *einen* Menschen haben, dem man sein Herz ausschütten kann, und bei Dir kann ich es doch wohl. *Alles, alles* ist zu ertragen, wenn wir doch bald zu Dir kommen könnten. Jetzt kommt der 1. Sept., lieber Gott, was soll

² Paul Malsch arbeitete als Bauhilfsarbeiter auf einer Baustelle am Krummen Weg in Düsseldorf; Brief des Ehepaars Malsch an Wilhelm Malsch vom 4.8.1939, wie Anm. 1.

³ Ein Wort unleserlich.

dann noch werden,⁴ der arme Papa, ich sprech mit ihm gar nicht darüber. Nun kannst Du Dir wohl ungefähr vorstellen, wie mir zu Mute ist. Weißt Du sonst keinen Rat? Viele, viele Leute sind von hier fort, und wir kommen + kommen nicht dazu.

L. Männele. Ich hoffe, Du hast uns nun recht ausführlich geschrieben, alles, nur alles, was Du tust, was Du verdienst, wie Du Dich eingewöhnt hast, ob Du *zurechtkommst* und vieles, vieles mehr. Du bist doch nun schon 6 Wochen dort. Auf Lämmle hast Du auch *zu große Hoffnungen* gesetzt, da sieht man es wieder + wieder, der Mensch muß sich immer wieder selber helfen, die Erfahrung haben wir auch jetzt immer wieder gemacht.

Von Irma⁵ haben wir nie mehr etwas gehört. Gestern kam nun eine Karte aus M. Gladbach, Heinz sei in Brüssel seit 5 Wochen. Fam. Abraham⁶ wollte uns diese Woche mal hier sprechen, wir sollten doch mitteilen, wann + wo sie uns hier treffen könnten, es gäbe doch so viel zu erzählen. Lieb Männele, so sind die Menschen, wir geben *gar keine Antwort*. *Die ganze Zeit* haben sie nichts von sich hören lassen, jetzt wollen [sie] bestimmt *nur etwas von uns wissen*, dann ist wieder Schluß. Ende vorigen Jahres haben sie sich nicht mal um mich gekümmert, ich war einmal dort, sie haben nie mehr was von sich hören lassen. Sollten sie sich nicht mal um mich gekümmert haben? Sie waren vielleicht bange, sie müßten mir etwas geben, jetzt wollen *wir nicht*, sie sollen machen, was sie wollen, und uns in Ruhe lassen, der I. Gott mag doch ein Einsehen mit uns haben und uns bald zu Dir schicken.

Irma ist genauso. Ich hoffe, Du richtest Dich auch danach und schreibst Irma *nicht*. So bin ich nun den ganzen Tag alleine und gehe meinen Gedanken nach, ich danke noch dem I. Gott, daß der I. Papa etwas verdient, wovon sollen wir auch sonst leben?

Tue uns den einzigsten Gefallen und gebe uns auf unsere div. Briefe eine recht ausführliche Antwort, damit keine unnötigen Fragereien entstehen. *Hast Du denn nun endlich die Muster an Alfred zurückgeschickt?* Hast Du den Pullover von ihm erhalten? So, für heute kannst Du mal wieder zufrieden sein mit dem langen Brief. Sei 10000 mal gegrüßt, geküßt + gedrückt, bleib gesund, immer Deine Dich sehr liebende Mutter.

DOK. 319

Neues Volk: Fritz Arlt rezensiert in der Ausgabe vom 8. August 1939 das Buch „Die Judenfrage in Rumänien“¹

*Die Judenfrage in Rumänien.*² Von Dr. Hans Schuster.³ Verlag Felix Meiner, Leipzig. RM 5.70.

In einem Kampf gegen das uns biologisch gefährliche Judentum ist es nötig, daß in gleicher Weise, wie das Wesen und die Geschichte des Judentums in Deutschland erforscht

4 Am 4.8.1939 berichtete das Ehepaar Malsch dem Sohn, dass die Behörden Paul Malsch gedroht hatten, er käme „wieder ins Münchener Lager“, wenn er nicht bis zum 1.9.1939 auswandere; wie Anm. 1.

5 Irma war eine Verwandte, von der Amalie Malsch enttäuscht war, weil sie sie nicht unterstützt hatte, als Paul Malsch nach dem Novemberpogrom sechs Wochen inhaftiert war.

6 Die Familien Abraham und Malsch waren verwandt. Heinz war der Bruder von Ilse Abraham, geb. Malsch. Amalie Malschs Unmut gegen die Abrahams hing mit deren Verhalten nach der Verhaftung von Paul Malsch im Nov. 1938 zusammen.

1 Neues Volk. Blätter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, 7. Jg., Nr. 8 vom 8.8.1939, S. 35.

2 Bei dem Buch handelt es sich um die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Dissertation Schusters.

3 Dr. Hans Schuster (1915–2002), Jurist und Journalist; 1937 NSDAP-Eintritt; 1939–1940 wissenschaftl-

wird, Untersuchungen angestellt werden in bezug auf die Entwicklung des Judentums in den anderen Ländern.

Die vorliegende Arbeit stellt eine solche Untersuchung dar, die in exakter Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes und der Geschichte des Judentums in Rumänien uns aufzeigt, wie sich dasselbe in der gleichen Art in Rumänien durchgesetzt hat, wie dies in unserem eigenen Reichsgebiet festzustellen ist. Besonders wesentlich ist, daß es sich bei der vorliegenden Schrift um eine Arbeitsweise handelt, die nicht nur eine äußere Beschreibung der Geschichte und des Wesens des Judentums in Rumänien ermöglicht, sondern die Ergebnisse sind in volksbiologischer Hinsicht gut bearbeitet, so daß diese Darstellung moderner volkswissenschaftlicher Forschungsweise entspricht.

Wer über das Weltjudentum etwas erfahren will, dem wird das Lesen der vorliegenden Schrift empfohlen

Dr. Arlt

DOK. 320

Cornelius von Berenberg-Gossler erfährt am 10. August 1939 vom Selbstmord einer jüdischen Bekannten in der Emigration¹

Tagebuch von Cornelius Freiherr v. Berenberg-Gossler, Hamburg, Eintrag vom 10.8.1939

Donnerstag, 10. Aug.

Cornelia fährt nach Travemünde zurück. Morgens fahren Frances u. Heinrich mit mir zur Stadt. Dr. Unna, den ich telefonisch anrufe, ist mit Heinrich recht zufrieden. Ich fröhlicke mit Heinrich im Patriotischen Gebäude. Wir sind sehr betrübt, weil heute morgen eine Todesanzeige von Frau Professor Poll-Cords² kam (die sie selbst verfaßt hatte), die sich am Geburtstag ihres Mannes in Lund das Leben genommen hat. Wie mir Prof. Degkwitz,³ einer ihrer besten Freunde, telephonisch sagte, hat sie vorher über alle ihre Sachen Bestimmungen getroffen. Sie hatte durch die Judenverfolgungen zu sehr gelitten, deren Opfer, eines von unzähligen, auch ihr Mann gewesen war. Zu Fuß von der Hoheluft nach Niendorf.⁴ Zum Thee Ellen Schmilinsky u. Tochter bei Nadia. Abds. hören wir am Radio

licher Hilfsarbeiter an der Deutschen Gesandtschaft in Bukarest, 1940–1942 an der Gesandtschaft in Agram (Zagreb) für wirtschaftspolitische Fragen zuständig, von 1942 an Kriegsdienst; seit 1948 Redakteur der Süddeutschen Zeitung, von 1960 an dort Chef des Ressorts Innenpolitik, 1970–1976 Mitglied der Chefredaktion; Autor u. a. von „Überbevölkerung und Auswanderung“ (1951).

1 StAHH 622-1/9 Familie Berenberg, Ablieferung 1992, Tagebuch v. Cornelius Berenberg-Gossler 1939.

2 Dr. Clara Poll-Cords (1884–1939), Gynäkologin; 1915–1917 im Johanniter-Krankenhaus in Bonn tätig, 1917–1924 Frauenärztin in Berlin, 1924–1934 in Hamburg, von 1934 an wieder in Berlin tätig. Ihr Ehemann war Dr. Heinrich Poll (1877–1939), Biologe; 1922 zum a.o. Professor in Berlin ernannt, 1924–1933 Professor für Anatomie in Hamburg; 1939 Auswanderung nach Schweden, kurz darauf erlag er einem Herzschlag.

3 Dr. Rudolf Degkwitz (1889–1973), Kinderarzt; von 1918 an Assistenzarzt in München, von 1925 an Professor in Greifswald, 1932–1948 am Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf (UKE); sein öffentlicher Protest gegen die NSDAP-Machtübernahme führte zu einer halbjährigen Amtsenthebung, 1944 wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt und bis April 1945 inhaftiert; 1948 wechselte er vom UKE zu einem Chemiekonzern in den USA.

4 Hoheluft, Niendorf: Stadtteile von Hamburg.

eine Protest-Kundgebung in Danzig gegen Polen, der Gauleiter Forster⁵ hielt eine Hetzrede gegen Polen. Wie die Times berichtet,⁶ kam er aus Berchtesgaden von einer Besprechung mit Hitler. Heinrich bei Völkers in Reinbek. Frau v. Stegmann (Gut Schr[...])⁷ schreibt mir eine Karte, sie sei am Darm operiert worden, werde übermorgen aus dem Krankenhaus in Breslau nach Hause zurückkehren. Mittags in der Dresdner Bank Pape wegen Steuern aufgesucht.

DOK. 321

Willy Cohn aus Breslau berichtet am 16. August 1939 von seinen Erfahrungen als Historiker im Landesamt für Rassen- und Sippenforschung¹

Handschriftl. Tagebuch von Willy Cohn, Eintrag vom 16. 8. 1939

Gestern war ein besonders schwerer, aber in mancher Beziehung auch schöner Tag für mich; kurz nach ½ 8 Uhr holte mich Dr. Arlt im Auto ab, wir fuhren in sein Büro in die Teichstr. und arbeiteten in der Hauptsache das Verzeichnis der Breslauer jüdischen Vereine durch. Natürlich kam das Gespräch auf dies und jenes zu sprechen; er hatte sich auch nach mir bei Universitätshistorikern erkundigt, und man hat ihm etwa wörtlich das Folgende gesagt: Der Cohn sei nicht wie andere Juden, die alles von anderen abgeschrieben hätten, sondern er hätte die Wissenschaft durch eigene Forschungen bereichert. So etwas erfreut einen natürlich. Sonst waren die Stunden recht anstrengend; es läßt sich ja nicht vermeiden, daß das Gespräch auf brenzliche Grenzgebiete abirrt, und man muß sich dann doch jedes Wort überlegen, um keine Dummheit zu sagen. In der Hauptsache aber sehe ich, daß durch rückhaltlose Offenheit am meisten zu erreichen ist. Dr. Arlt sagte mir unter anderem, daß ihm daran gelegen wäre, daß ich mit meiner Frau versorgt herausginge. Es ließe sich noch manches über die gestrige Unterredung sagen. Auf dem Nachhauseweg bei Mutter gewesen, ich konnte sie aber nicht sprechen, weil sie sich gerade einen Einguß gemacht hatte. Nachmittag sehr schwach gewesen. Ich mußte im Liegen Kaffee trinken, dadurch bekam Dr. Salzberger nachher ein falsches Bild, und der Blutdruck war etwas höher wie sonst. Er hat mir ein Hefepräparat mit dem Vitamin B verordnet, trotz allem habe ich nicht mehr viel Hoffnung, dass ich mit diesem Leiden fertig werde, und wenn ich auch gewiß stolz bin auf den wissenschaftlichen Namen, den ich mir in jahrzehntelanger Arbeit gemacht habe, vielleicht gäbe ich einen Teil dafür, wenn ich 20 Teilstriche mehr Blutdruck und etwas weniger Beschwerden hätte. Doch das hilft nun nichts.

Um 5 Uhr kam Frau März, geborene Rotgießer, bei mir, um mich wegen ihrer Australienwanderung um Rat zu fragen; man kann da auch nicht viel helfen, aber man kann sich

5 Albert Forster (1902–1952), Bankkaufmann; 1923 NSDAP- und SA-Eintritt, 1925 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Fürth, 1926 SS-Eintritt; von 1930 an MdR, 1930–1939 Gauleiter in Danzig, von 1939 an Gauleiter und Reichsstatthalter von Danzig-Westpreußen, von 1943 an SS-Obergruppenführer; 1948 in Danzig zum Tode verurteilt, 1952 in Warschau hingerichtet.

6 Danzig's Next Move, in: The Times, Nr. 48380 vom 10.8. 1939, S. 12.

7 Vorlage unleserlich.

1 Willy Cohn, Tagebuch, Breslau 16.8.1939, Bl. 105–108; CAHJP, P 88/59; Abdruck in: Willy Cohn, Kein Recht, nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933–1941, hrsg. von Norbert Conrads, Bd. 2, Köln 2007, S. 673f.

solchen Unterredungen, besonders wenn es sich um eine alte Bekannte handelt, auch schwer entziehen! Um ½ 7 kam Dr. Latte,² und wir haben dann noch bis 9 Uhr zusammen mit Frl. Cohn meine „Ausreibung bewandert“, nachher war ich sehr fertig. Ich hatte ihm tunlichst alles so gut wie möglich vorbereitet. Die Gehirnarbeit muß [man] ja im wesentlichen selbst leisten! Die Abendpost brachte einen ziemlich deprimierten Brief von Artur Wiener.

Heute wandert Mara Landau³ nach England aus; ich habe in den letzten Jahren jede Fühlung mit ihr verloren!

DOK. 322

Der Oberstaatsanwalt in Hamburg sichert am 17. August 1939 die Haftentlassung von Norbert Arendt zu, wenn er binnen einer Woche emigriert¹

Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Hamburg² (Gns. 345/39 – 11.Js. 126/38), i.A. (Unterschrift unleserlich) an Frau Dora Sara Arendt,³ Hamburg 24, Uhlandstr. 4, vom 17.8.1939

Auf Ihr für Ihren Sohn⁴ eingereichtes Gesuch vom 22. Juni 1939 ergeht auf Grund der von dem Herrn Reichsminister der Justiz in § 20 der Gnadenordnung⁵ erteilten Ermächtigung folgende Entschliessung:

Dem Verurteilten wird hinsichtlich der vom Landgericht Hamburg erkannten Strafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis Strafaussetzung ab 23.8.39 bis 31.8.1942 unter folgenden Bedingungen gewährt

- 1) tadellose, straffreie Führung innerhalb der Bewährungsfrist;
- 2) dass der Verurteilte das Reichsgebiet innerhalb einer Woche verlässt und nicht zurückkehrt.

Wenn Nachteiliges über den Verurteilten bekannt wird oder er den gestellten Bedingungen zuwiderhandelt, insbesondere eine neue Verurteilung erfolgt, wird die Strafaussetzung widerrufen: Bei tadelloser Führung wird nach Ablauf der Frist die Strafe erlassen.

2 Dr. Manfred Latte (*1894), Jurist; 1920 Referendar am Kammergericht; 1943 von Berlin nach Auschwitz deportiert.

3 Mara (Margarete) Landau, geb. Glaser (*1900); Ehefrau des Apothekers Walter Landau (1895–1959); beide emigrierten 1939 nach Großbritannien.

1 CAHJP, AHW TT/73, Bl. 1337

2 Dr. August Schuberth (1889–1973), Jurist; von 1914 an in Diensten der Hansestadt Hamburg, 1920 Staatsanwalt, 1933 Oberstaatsanwalt; 1933 NSDAP-Eintritt; seine Entlassung im Jahr 1945 wurde 1946 in eine Pensionierung umgewandelt.

3 Dora Arendt, geb. Ostrower (1892–1945); Ehefrau von Leo Arendt, Besitzer eines Damenmodengeschäfts in Hamburg, im Juli 1942 wurde das Ehepaar nach Auschwitz deportiert und 1948 gerichtlich für tot erklärt.

4 Norbert Arendt (1916–1940), kaufmännischer Angestellter; wurde am 22.1.1938 wegen Rassenchande in Untersuchungshaft genommen und am 16.5.1938 verurteilt; er verließ Deutschland vermutlich im Dez. 1939, um nach Palästina zu emigrieren, kam 1940 um, als das Flüchtlingschiff „Patria“ im Hafen von Haifa von einer jüdischen Untergrundorganisation gesprengt wurde und binnen weniger Minuten sank. Mit dem Attentat sollte die brit. Mandatsmacht gezwungen werden, die Flüchtlinge in Haifa an Land zu lassen; der Untergang des Schiffs war nicht beabsichtigt.

5 Die VO über das Verfahren in Gnadensachen vom 6.2.1935, in: Deutsche Justiz 1935, S. 203–209.

DOK. 323

**Cilli Lipski macht ihren Eltern und ihrem Bruder im Brief vom 19. August 1939
wenig Hoffnungen auf ein Palästina-Zertifikat¹**

Handschriftl. Brief von Cilli Lipski,² Aschdoth Jaakow,³ an ihre Familie,⁴ Berlin-Halensee, Grunewaldstraße, vom 19.8.1939

Liebe Eltern und Helmut!

Dein lila Brief, liebe Mutti, kam vorige Woche und konnte ich noch nicht vorher antworten, da ich Dir einige positive Auskünfte eingeholt habe.

Erstens ging ich sofort nochmals (zum x.Mal!) zu unserem Chawer, der die Elternanforderungen bei der Regierung einreicht und zu diesem Zwecke oft nach Jerusalem fährt. Er sagte mir, dass jetzt weder für mich noch für den noch so dringendsten Fall Zertifikate ausgegeben werden, dass noch nicht einmal Aussicht besteht. Ich erzählte ihm alles ausführlich, dass ich Euch für arbeitsfähig glaube und rüstig. Auch dass ich 5½ Jahre hier bin, erwähnte ich usw. und Recht auf Anforderung [habe] und keiner ausser mir für eine Unterkunftsmöglichkeit für Euch Sorge trägt. Er hat sich das alles notiert, und doch weiss er sowohl wie ich, dass das alles auf die Regierung keinen Eindruck macht. Sie hat im Moment alles gesperrt! Basta! Tagtäglich kommen zu ihm soundsoviele wie ich und erzählen ihm dasselbe in anderer Ausführung. Bei dem einen sitzen die Eltern im Gefängnis, beim zweiten im Konzilager, beim dritten sind sie ausgewiesen und wissen nicht, wohin. Daraufhin ging ich dann

2) zum Sekretär und erkundigte mich bezüglich der Sendung, und er sagte, dass sie bestimmt inzwischen ankam, und er wartete auf meine Bestätigung zur Buchung.

3) Sprach ich bezügl. Erhöhung der Elternhilfe⁵ und erwähnte sogar, dass ich evtl. [den Kibbuz] verlassen will, falls man dem nicht genügen sollte. Doch wurde mir sofort gesagt, dass das für mich nur schlechtere Folgen hätte, die trostlose Arbeitslage in der Stadt, ich würde wie Tausende arbeitslos sein (das stimmt auch, ich höre täglich von Mädels oder Jungens, die hier verlassen haben u. jetzt kein Brot und kein Bett haben! Bestenfalls würde ich Arbeit finden im Haushalt und könnte dann bei grossen Einschränkungen monatlich Euch 1£P⁶ schicken. Soll ich es also wagen? Falls Du, liebe Mutti, es verlangst, werde ich es wagen!! Doch geht dann die Elternanforderung natürlich verloren, denn ich verlasse ja damit den Kibbuz!

Ich erwarte also keine Stellungnahme, liebe Mutti. Wie gesagt, falls Du glaubst, dass evtl. 1£P monatlich es lohnen, das Wagnis zu unternehmen, will ich es auf mich nehmen.

Jetzt will ich Dir etwas erfreulicher erzählen. Von Deiner Tochter Cilli. Vorige Woche war

1 CJA, 1/75 E, Nr. 525-14813, Bl. 72-72a.

2 Cilli Lipski (*1914), emigrierte 1934 nach Palästina.

3 Kibbuz im Jordantal.

4 Familie Lipski lebte in Berlin. Die Eltern Nanni Bianca Lipski, geb. Gerson (*1888) und Adolf Lipski (*1875) wurden am 2.4.1942 nach Warschau deportiert. Der Bruder Helmuth Siegfried (1911-1944) wurde am 9.12.1942 nach Auschwitz deportiert; die Schwester Gerda (1919-1943) wurde im März 1943 von Westerbork nach Sobibor deportiert und dort ermordet.

5 Kibbuzmitglieder konnten ihre Eltern im Kibbuz unterbringen oder aber Mittel für deren Unterhalt beantragen, auch wenn sie im Ausland lebten. Über die Gewährung der Elternhilfe entschied die Vollversammlung der Kibbuzmitglieder.

6 Palestine Pound.

in Ein-Charod עין חרוד⁷ ein großes Schwimmfest. Von allen משקים⁸ der Umgebung fuhren die Auserwählten ca. 2 ½ Std. Bahnfahrt bis dort. Es war eine Beteiligung von 150 Schwimmern. Ich fühlte mich nach der heißen Woche sehr schlecht und wollte gar nicht fahren (wir hatten Tage, an denen mehrere ohnmächtig wurden! An einem Tag 6 Mann!!)

II.

Ich sagte auch gleich, dass ich dieses Mal bestimmt keine Lorbeeren ernten werde, besonders [ist] da in עין חרוד ein Mädels, die ist nicht von Pappe. Aber wie das so ist, ich wurde auserkoren, ausser mir noch 6 Jungens und 1 Mädels. Und los ging's; im Zug war's sehr lustig, grosses Getobe.

Kurz und gut, nachmittags ging's los, Appell von 150 rings um das Getümpel (ein lehmhaltiges braunes Gewässer unterhalb des Meschek). Zuerst Wettschwimmen der Kinder bis zu 12 Jahren. Das hätt[est] Du gesehen haben sollen!! Direkt Säuglinge. Prima geschwommen. Deganiah⁹ wurde erste. Kein Wunder, die Kinder schwimmen täglich im Jordan.

Dann Staffetten, wir haben verloren, unsere Jungens waren faul. Dann Wettschwimmen der grösseren Jugend und schließlich ein Mädelsstart. Wie ich so zum Start stand, war mir klar, dass ich *diesmal nichts schaffe*, ich brauche mich gar nicht anzustrengen. *Wir waren 13 Mädels, ein Pfiff, Befehl und los! Im Anfang war ich unter den letzten*, dann merkte ich, dass die *andern schlapp* machen und los! *Tausende Zuschauer brüllten* אשדות צילה!¹⁰ Da habe ich denn losgelegt – *und wurde erste!* Wollte es zuerst nicht glauben. Man hat mir mächtig gratuliert, direkt 'ne Ehre. Im Brustschwimmen und auch im Rückenschwimmen denselben Erfolg. Wir waren ca. 4 Std. im Wasser und todmüde beim Anziehen. Wen treffe ich in עין חרוד: Mirjam Weizmann. Sie hat bereits 2 Kinder, sehr niedlich. Der Junge ist wirklich prächtig. Er ist 3 Jahre alt, und das Mädelschen ist 11 Monate. Eine Schönheit, ohne Übertreibung. Ich war so müde, dass ich nur in ihr[em] Zimmer auf dem Fussboden schlafen wollte. *Dann habe ich eine Unmenge gegessen*, und wir gingen nach Tel-Josef,¹¹ ½ Std. Entfernung. Eigentlich sollte ein Neschef¹² sein, doch ich bin auf der Wiese um 9 Uhr bereits eingeschlafen, trotzdem neben mir gesungen und gespielt wurde. Dann wurde uns ein Zimmer angewiesen, wo wir ca. 40 Mann auf Strohmatten auf dem Fussboden sofort einschliefen. Früh gingen wir noch nach [...] כפר,¹³ *wo ich Feigen entdeckt habe und meine Bademütze gefüllt habe*, um das herzubefördern. Auch einen Apfelbaum haben sie dort meinem Appetit überlassen, *ich habe seit Deutschland noch keinen Apfel gegessen!! In Aschdoth wurde ich mit grosser Freude empfangen, sogar im Joman ימן* (Tagszeitung des משק,¹⁴ erscheint 2 x pro Woche), *stand ein Artikel*. Den schicke ich Dir *einliegend*, liebe Mutti!! Dann ging's sofort zur Arbeit, wir waren zwar nur von שבת¹⁵ früh bis Sonntag mittags unterwegs, aber es schien mir eine Ewigkeit.

שלום¹⁶ *Eure Cilli*

7 Kibbuz am Berg Gilboa, 1921 gegründet. Die hebräischen Buchstaben wiederholen den Namen des Kibbuz.

8 Meschakim (hebr.): landwirtschaftliche Gehöfte.

9 Kibbuz in Galiläa.

10 Hebr.: Zila! (von Cilli), Aschdoth!

11 Kibbuz am Fuß des Berges Gilboa.

12 Hebr.: Festlichkeit, Feier.

13 Kfar (hebr.): Dorf; hier: Teil eines Ortsnamens, dessen anderer Teil unleserlich ist.

14 Meschek (hebr.): landwirtschaftliches Gehöft. (Plural: Meschakim, siehe Anm. 8).

15 Hebr.: Schabbat.

16 Hebr.: Schalom.

DOK. 324

Arthur Löwy bittet am 24. August 1939 die Beratungsstelle der Jugendaliya in Wien, die Auswanderung seines Sohnes zu fördern¹

Schreiben von Arthur Löwy,² Wien II., Hollandstr. 10/35, an die Beratungsstelle der Jugendaliya, Wien I., Marc-Aurel-Str. 10/35, vom 24.8.1939

Vor mehr als 15 Monaten habe ich meinen Jungen Hans Erich³ zur Jugend-Alijah angemeldet und sagte mir der betreffende Herr, dem ich das Anmeldeformular übergab, dass ich in nächster Zeit benachrichtigt werde; ich blieb aber bisher ohne jede Verständigung, ob und inwieweit mein Junge Berücksichtigung finden werde; auch auf meine wiederholten Vorsprachen wurde mir der gleiche Bescheid, es werde zeitgerecht eine Verständigung ergehen, [erteilt].

Vor wenigen Tagen kam durch Zufall ein Fragebogen in meine Hände, welcher an einen Jungen *Paul Feiner* adressiert war, der am gleichen Gang wie wir bei seinen Eltern wohnte. Dieser Junge, der erst viel später als mein Junge registriert wurde, hat Wien mit seinen Eltern vor mehr als 4 Monaten verlassen und ist mit diesen nach Shanghai gefahren.

Gestern kam ein Schreiben der Jugend-Alijah an meinen Jungen Hans Erich Löwy, in dem gleichfalls ein Fragebogen enthalten, der jedoch mit dem Vermerk: „*ausgewandert am 18. Dezember 1938 nach England*“ überschrieben war.

Es ist ganz merkwürdig, dass der eine Junge, der vor Monaten ausgewandert ist, noch immer in Evidenz geführt wird, während mein Junge, der noch immer sich in Wien befindet, allem Anschein nach aus Ihren Evidenzlisten gestrichen wurde. Sollte es sich in diesem Fall um eine Mystifikation oder eine Unachtsamkeit eines Ihrer Herren handeln? In solch wichtigen Agenden sollte doch mehr Sorgfalt aufgewendet werden.

Mein Junge, der wohl erst 16 Jahre alt ist, ist ein überaus kräftiger, starker Bursch, dem das Herumlungern in Wien schon zuwider war, ganz abgesehen davon, dass er aus eigener Wahrnehmung bemerkte, dass es mir schwer fiel, der ich doch derzeit keinen Verdienst habe, für ihn zu sorgen. Da er weder seitens der Alijah noch seitens seines Vereines Makkabi⁴ einer nutzbringenden Arbeit zugeführt wurde, hat er sich während der Wintermonate nach Gänserndorf⁵ zur Arbeit gemeldet und arbeitet seit 2. Mai d. J. als Tiefbauarbeiter im Harz (Altreich). Wie ich höre, ist die Arbeit dort sehr schwer, er kann sie aber leisten, im Gegenteil, er übertrumpft jeden Erwachsenen an Leistung und Ausdauer. Seit einiger Zeit wird er als Bohrmeister an einer fast 40 kg schweren Bohrmaschine verwendet (bei Gesteinsbohrungen in den Bergen).

Mein Junge kann sofort freikommen, wenn er eine Auswanderung oder Einberufung zu einer Hachscharah hat, und glaube ich, dass es wohl angezeigt wäre, wenn man sich endlich auch einmal meines Jungen erinnern und sich seiner annehmen würde.

Hochachtungsvoll

1 YVA, O. 30/67.

2 Arthur Löwy (1893–1942), Buchhalter; lebte bis zu seinem Tod in Wien.

3 Hans Erich Löwy (1923–1944); am 1.4.1943 von Wien nach Theresienstadt, von dort am 29.9.1944 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

4 Makkabi: Dachverband jüdischer Turn- und Sportvereine.

5 Ende 1938 war in Gänserndorf bei Wien ein Arbeitslager für Juden eingerichtet worden, deklariert als Auswanderer-Umschulungslager; siehe Dok. 95 vom 22.9.1938 und Dok. 111 vom 27.10.1938.

DOK. 325

**Klaus Jakob Langer schildert am 26. August 1939
die angespannte politische Lage und seine Befürchtung, dass ein Krieg
seine Auswanderung verhindern könne¹**

Handschriftl. Tagebuch von Klaus Jakob Langer,² Essen, Eintrag vom 26. 8. 1939

In den letzten Tagen hat sich die politische Lage ja sehr gefährlich zugespitzt. Es sieht stark nach Krieg aus. Wie sehr uns Juden das betrifft, liegt auf der Hand. In kurzen Worten will ich versuchen, die Lage zu schildern. Seit [...] Zeit deutsche Hetze wegen Danzig. Englisch-französisch-polnischer Verteidigungspakt.⁴ Zunahme der deutschen Hetze, währenddessen englisch-französische Verhandlungen mit Russland, zugleich geheime mit Deutschland.⁵ Die Pressehetze wendet sich nun auch gegen Polen. Grenz [...] Japan verduzt.⁷ Zuspitzung der Lage, und Deutschland mobilisiert. Auch Frankreich und England sprungbereit. Italien steht eindeutig bei Deutschland. Spaniens Stellung fraglich. – Am 26.8. fliegt der englische Botschafter in Berlin nach einer Unterredung mit dem Führer von (diesem veranlaßt) nach London.⁸ Er hat anscheinend Vorschläge ...

Mittlerweile habe ich die Packgenehmigung ohne Golddiskont erhalten. Am 29. August kommt der Zollbeamte, und es wird gepackt. Alles ist schon vorbereitet, wenn nur kein Krieg dazwischenkommt. Aber momentan scheint sich die Lage etwas gebessert zu haben. Man wartet auf das Ergebnis in London, obwohl man nur vermutet, daß es Vorschläge sind.

1 Sammlung Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Sign. GED 3000 10.

2 Klaus Jakob Langer (*1924), Chemiker; lebte zunächst in Wiesbaden, von 1933 an in Essen, im Frühjahr 1939 im Hachschara-Lager Schniebinchen, emigrierte 1939 nach Dänemark, 1940 nach Palästina, wo er zunächst im Kibbutz lebte, später in Tivon und Kfar Saba.

3 Ein Wort unleserlich.

4 Am 25.8. 1939 wurde der brit.-poln. Vertrag unterzeichnet und veröffentlicht, der den gegenseitigen Beistand im Kriegsfall regelte.

5 Die Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zogen sich bereits über den Sommer 1939 hin.

6 Ein oder zwei Worte unleserlich.

7 Entgegen den Bestimmungen des 1936 zwischen Japan und Deutschland geschlossenen Antikomminternpakt war die japan. Regierung vor dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23.8. 1939 nicht konsultiert worden.

8 Sir Neville Henderson (1882–1942), Diplomat; von 1905 an im brit. diplomatischen Dienst, 1928 bis 1939 Gesandter in Frankreich, dann bis 1935 in Belgrad, anschließend in Buenos Aires, von 1937 an in Berlin.

DOK. 326

**Der Vorsteher des Finanzamts Frankfurt a. M. regt am 27. August 1939 an,
Juden nur nach besonderer Prüfung für ihre abgelieferten Wertgegenstände
zu entschädigen¹**

Schreiben des Vorstehers des Finanzamts Frankfurt a.M. Ost² (Unterschrift unleserlich) an den OB (Eing. 29.8.1939) vom 27.8.1939³

Betrifft: Entschädigungen für von Juden auf Grund des § 14 der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3.12.1938, RGBl., S. 1709, abgelieferte Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen.⁴

Die Städtische Darlehensanstalt hat den Eigentümern der abgelieferten Wertgegenstände die Entschädigung unmittelbar auszuzahlen. Ich halte es für empfehlenswert

a) bei ausgewanderten Juden vor Auszahlung an deren Vertreter oder an das Reich bei den Finanzämtern anzufragen, ob Steuerrückstände bestehen, damit Pfändung der Forderung erfolgen kann,

b) bei Juden, die noch im Reichsgebiet anwesend sind, die Auszahlung von der Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung seitens des zuständigen Finanzamts abhängig zu machen.⁵

DOK. 327

**Margarete Korant aus Berlin schreibt am 28. August 1939 an ihre Tochter
in den USA über die Angst vor Krieg und Isolation¹**

Handschriftl. Brief von Margarete Korant,² Sächsische Str. 10/11 Berlin, an Ilse Schwalbe,³ 89. South, 3rd. Street, San José, Kalifornien, USA

Mein geliebtes Kind,

obgleich ich nicht weiß, ob dieser Brief in Deine Hände gelangen wird, es soll vorübergehend Postsperrung sein, will ich doch versuchen, ihn abzuschicken. Du kannst Dir denken, in welcher Verfassung ich bin, wenn ich mir vorstelle, daß ich vielleicht jetzt auf unabsehbare Zeit nichts mehr von Dir höre und daß wir nun völlig auseinandergerissen sind. Die

¹ IfS Frankfurt a.M., Städtische Darlehensanstalt/109, Bl. 147.

² Dr. Julius Carnier (1880–1961), Finanzbeamter, ORR; 1933 NSDAP-Eintritt; 1935–1938 Vorsteher des Finanzamts Frankfurt a.M. Ost.

³ Im Dokumentenkopf Eingangsstempel des Hauptverwaltungsamts Frankfurt a.M. vom 29.8.1939 und der Städt. Darlehensanstalt vom 30.8.1939.

⁴ Art. IV § 14 der VO über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 verbot es Juden, Juwelen, Schmuck und Kunstgegenstände frei zu verkaufen. Derartige Wertsachen sollten, sofern sie nicht verpfändet waren, nur von öffentlichen Ankaufsstellen erworben werden.

⁵ Siehe Dok. 206 vom 19.12.1938.

¹ JMB, Sammlung Familie Schwalbe Korant Striem (2006/57/188).

² Margarete Korant, geb. Apt, (1882–1942); lebte zunächst in Dresden, nach dem Tod der Eltern nahm ein Onkel die damals Zwölfjährige zusammen mit ihren beiden Schwestern in seine Familie in Breslau auf; 1903 Heirat mit Georg Korant, 1910 Umzug nach Berlin, wo Georg Korant 1937 starb; am 25.1.1942 nach Riga deportiert und dort ermordet.

³ Ilse Schwalbe (1904–1992), Sekretärin; 1923–1924 Arbeit in der Lederhandlung ihres Onkels in

Briefe waren doch immerhin ein, wenn auch schwacher, Ersatz. Vielleicht dämmert es jetzt auch bei Herbert, daß ich recht hatte, als ich ihn voriges Jahr immer und immer wieder gebeten habe, daß er dafür sorgen soll, daß ich mit Euch zusammen weg kann. Die Situation ist sehr, sehr ernst, und ich kann es gar nicht mit anhören, wenn im Radio seit Tagen nur noch Kriegsmärsche gespielt werden, es erinnert zu sehr an 1914. Man kann nur noch hoffen, daß bei allen noch in letzter Minute die Vernunft siegen wird und daß ein Krieg vermieden wird. Tante Ellen schreibt auch, daß sie in großer Sorge um uns alle ist. Sie wollten jetzt ihr Gepäck nach E. nehmen, aber es geht vorläufig nicht, da die Schiffe von Hamburg auslaufen. Sie werden schön unglücklich darüber sein. Sie hat übrigens Mutti besiegt und schreibt, daß diese Glück wie immer hat. Sie bewohnt augenblicklich die Wohnung von Eva M., wofür sie nichts zu zahlen hat und wird wahrscheinlich in den Arbeitsprozeß mit eingeschaltet. Wir haben seit 14 Tagen eine schreckliche Hitze, und es kühlt sich auch abends nicht ab. Da es in meinem Zimmer mit heruntergelassenen Jalousien und geschlossener Tür zum Ersticken ist, gehe ich seit ca. 8 Tagen jeden Vorm[ittag] schwimmen. Ich fahre bis Rosenecke u. gehe dann runter zum See. Vorm. ist es nicht voll und sehr erholend. In meiner eigenen Wohnung bin ich nur noch geduldet, und der Kerl⁴ schikaniert mich auf ekelhafte Art und Weise. Morgen gehe ich wieder zum Anwalt, aber ohne Räumungsklage wird es leider nicht abgehen. Ich hätte das dem Mann wirklich nicht zugetraut, und es ist mir auch nicht recht erfindlich, was er damit bezweckt. Daß meine Briefe durch alle diese Vorkommnisse und Sorgen nicht sehr freudig klingen, mußt Du verstehen.

Gestern war auch wieder so ein einsamer Sonntag, und ich muß mich mit Gewalt rausreißen, um auf andere Gedanken zu kommen. Da es sehr heiß war, habe ich zeitig gegessen, bin nach Potsdam gefahren und von dort mit dem Dampfer nach Ferch, übrigens zum 1. Mal. Es war wirklich schön und gar nicht so voll, nur müßte man so einen Ausflug nicht so ganz allein machen. Am Sonnabend war ich wieder mit Lottes Schwägerin Else in Gatow, sie ist gar nicht so übel, wenn man sie näher kennt, nur müßte sie nicht immer so schrecklich schlampig aussehen. Heute haben wir Bezugskarten für alles bekommen. Dadurch ist wenigstens dem Hamstern vorgebeugt worden, und es wird alles gleichmäßig verteilt. Gut, daß ich nichts von Garderobe brauche. Der Ausflug zu Reiner und Steffi⁵ muß ja sehr schön gewesen sein. Die Beschreibung der Camps hat mich auch sehr interessiert. Daß Steffi so ist, wie sie ist, freut mich sehr, sie ist halt doch ein Apt ... Bei Reiner wird es schon auch noch werden, er ist ein sehr gutes Kind und hat sicher gute Anlagen. Die Fahrigkeit wird sich hoffentlich mit der Zeit verlieren. Über Korants, Grossgörschenstr., bin ich sehr ärgerlich. Sie haben sich seit meinem Geb[urtstag] noch nicht wieder gemeldet, und ich tue es auch nicht.

Tante Trude erzählte mir gestern, daß sie evt. eine Wohngemeinschaft mit ihnen machen wollen, die passen doch weiß Gott nicht zusammen. Tante Tonis Mieter ist übrigens als

Oppeln, 1926 Heirat mit Herbert Schwalbe, der 1933 zunächst nach Palästina, 1938 in die USA emigrierte; 1934–1939 Sekretärin bei der Kinder- und Jugendalija in Berlin, im März 1939 Emigration in die USA, dort u. a. Sekretärin der Jüdischen Gemeinde in San José.

⁴ Gemeint ist der Untermieter, mit dem M. Korant schon seit Längerem Streit hatte.

⁵ Die Kinder von Ilse Schwalbe, die mit ihr im März 1939 in die USA emigrierten: Reiner Max Schwalbe, (1928–2007), Versicherungsagent; vor der Emigration im jüdischen Landschulheim in Herrlingen. Stephanie Wells, geb. Schwalbe (*1931), Lehrerin; in 1. Ehe, aus der vier Kinder hervorgingen, verheiratet mit dem Fotografen Irwin Jacob Dashiff, nach dessen Tod mit Henry E. Wells. Im Aug. 1939 waren beide Kinder in einer Sommerschule.

Arzt wieder zugelassen. Rolf schreibt sehr hoffnungsfroh, er hat bereits eine Stellung, von der er leben kann. Er ist doch tüchtig! Walter und Heinz sind Sonnabend nach Shanghai abgereist, ich sende Dir den Brief mit, den ich bekommen habe. Sie waren so oft in Berlin, haben aber nie den Weg zu mir gefunden. Marianne ist da auch viel schuld. Als ich das letzte Mal in Oppeln war, hat sogar Tante Hede sehr über sie geklagt. Mein Blumenkursus ist leider diese Woche zu Ende, ich habe leider nicht genügend Material zum Vorarbeiten gekauft, da es zu sehr ins Geld läuft.⁶ Jetzt kriege ich nichts mehr ohne Bezugsschein, dadurch wird auch der Kursus, den ich ev. in O. geben soll, schwierig sein.

Frau Po. hat sich ihre Frau Kunze mitgenommen und 2 Monate dort behalten. Wer es so gut hat! Ich wollte mir gerne noch diese Woche etwas Pflaumenmarmelade einkochen, da sie dieses Jahr sehr billig sind, aber leider reicht mein Zucker nicht aus dazu. Schade. Daß Du Frau U. beauftragt hattest, wäre mir nicht eingefallen, umso mehr, da sie schon seit Wochen verreist ist. Anscheinend hat aber Senta die Sachen besorgt und hier abgegeben. Ich muß schließen für heute, da der Brief in den Kasten soll. Tausend herzliche Grüße und Küsse für Euch alle und besonders für Dich in Liebe, Deine Mutti
Ich bin doch sehr dafür, daß Du Dir die Sachen von Erich kommen lässt.

DOK. 328

Paul Eppstein protokolliert seine Vorladung vom 28. August 1939 bei der Gestapo und die Anweisungen zur Zwangsarbeit von Juden im Krieg¹

Vermerk über eine Vorladung im Geheimen Staatspolizeiamt bei Regierungsrat Dr. Lischka, gez. Dr. Eppstein, (Dr. E./My), Berlin, am 28.8.1939, vom 29.8.1939

Aktennotiz

1. Reisebericht

Es wird über die Reisen nach Paris und Genf berichtet, über die Konferenz von Hicem und Joint in Paris,² über den Zionistenkongress in Genf.³

Ein schriftlicher Bericht wird in Aussicht gestellt.⁴

2. Arbeitseinsatz von Juden im Kriegsfall

Mit Rücksicht darauf, dass die Juden als wehrunfähig bezeichnet worden sind, dass andererseits ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, sei es Pflicht der Reichsvereinigung, für den Kriegsfall für die ihrer Fürsorge anvertrauten Menschen zu fragen, was im Kriegsfall zu geschehen habe. Es wird in diesem Zusammenhang auf die bisherigen

⁶ Gemeint ist ein Kurs zur Anfertigung von Stoffblumen. Solche und ähnliche Handarbeitskurse besuchten jüdische Frauen häufig, um sich im Hinblick auf die Emigration zusätzlich zu qualifizieren.

¹ CJA, 2B1, Nr. 1, Bl. 17–121.

² Am 22.8.1939 hatte Eppstein zusammen mit Löwenherz von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien dem Joint in Paris über die Lage der Juden im Altreich und in Österreich, die jüdische Emigration sowie über die finanzielle Situation der Reichsvereinigung und der Israelitischen Kultusgemeinde berichtet; Important Facts extracted from Reports of Mr. Ep[p]stein (Germany) and Dr. Loewenherz (Austria) rendered at the Meeting in the Paris Office held on August 22, 1939, JDC, 1933/44, 631.

³ Der Zionistenkongress in Genf fand vom 16. bis 25.8.1939 statt.

⁴ Liegt nicht in der Akte.

Erfahrungen mit dem Arbeitseinsatz von Juden, namentlich auch im Zusammenhang mit der Berufsausbildung, eingegangen und die Arbeitseinsatzmöglichkeit behandelt. R.R.⁵ Lischka erklärt darauf, dass er über diesen Fall nicht informiert sei und hierüber auch keine Aussagen machen könne. Allerdings sei klar, dass die Frage geregelt werden müsse. Die Frage, wie viele Personen in Betracht kommen, wird dahingehend beantwortet, dass die arbeitseinsatzfähigen Männer und Frauen auf 80 bis 100 000 zu schätzen seien.

In diesem Zusammenhang wird vorgetragen, dass das Jüdische Krankenhaus in Breslau als Festungslazarett erklärt worden sei mit der Auflage, 63 Betten, binnen 14 Tagen weitere 60 Betten, binnen weiterer 14 Tage den Rest von ca. 200 Betten zur Verfügung zu stellen. Das Waisenhaus in Esslingen ist ebenfalls zum Lazarett erklärt worden und musste geräumt werden. R.R. Lischka erklärt darauf, dass eine Einflussnahme auf derartige Massnahmen der militärischen Behörden unmöglich sei, dass den Anordnungen der Wehrmacht selbstverständlich Folge geleistet werden müsse, dass im übrigen nur Fragen der politischen Behörden in seine Zuständigkeit gehörten. Es bleibe uns unbenommen, eine Darlegung über unsere Vorstellung von einem Arbeitseinsatz der Juden im Kriegsfall vorzulegen. Auf die Frage, ob eine solche Darlegung auch dem Kriegsministerium und im Reichsarbeitsministerium eingereicht werden müsse, wird seitens des Herrn R.R. Lischka geantwortet, dass dies nicht notwendig sei. Er werde die Frage dann mit den zuständigen Behörden erörtern.

3. *Sonderdampfer nach Chile*

Seitens der Behörde wird mitgeteilt, dass das Reisebüro Postelt die Charterung eines norwegischen Dampfers für eine Reise nach Chile plane, deren Kosten vorwiegend in Reichsmark aufzubringen sei, während pro Kopf £ 20.– in Devisen aufgebracht werden müssten. In diesem Zusammenhang wird die Frage des Schiffsraums nach Südamerika, Ost- und Westküste, erörtert, ferner die Beschränkung der Einwanderung auf 200 im Monat erwähnt.

Die Entscheidung der Frage, ob der Sonderdampfer gehen soll, wird mit Rücksicht auf die Zeitumstände zurückgestellt.

4. *Auskunft über Personen*

Der Grund der Auskunftseinholung wird mitgeteilt. Es handelt sich darum, dass die fünf Personen mit Ausnahme des staat[en]losen, früher polnischen Staatsangehörigen Berggrün ab 1.9. eine entgeltliche Bibliotheksarbeit erhalten sollen.⁶ Die Herren Davidsohn,⁷ Finkelt, Lichtenstein und Samuel sollen sich am 1. September, vormittags 10 Uhr, im ehemaligen Logenhaus Eisenacherstr. 12 bei Herrn Hauptsturmführer Dr. Baier melden.⁸

⁵ Regierungsrat.

⁶ In der Eisenacher Str. wurden unter Aufsicht des SD beschlagnahmte Bestände jüdischer Bibliotheken gesammelt und sortiert, um sie für die Judenforschung von SD und Gestapo zu verwenden. Diese Arbeit mussten jüdische Wissenschaftler verrichten, u.a. der Klassische Philologe Dr. Ernst Grumach (1902–1967); siehe Dok. 16 vom 28.10.1938.

⁷ Dr. Ludwig Davidsohn (1886–1942), Jurist; von 1939 an für die Gestapo als Bibliothekar tätig, später Wohlfahrtspfleger; am 5.9.1942 nach Riga deportiert und dort umgekommen; Mitautor von „Jüdisches Lexikon“ (1927).

⁸ Richtig: Dr. Waldemar Beyer (1886–1952), Bibliothekar; SS-Hauptsturmführer; 1935–1936 an der DU Leipzig tätig, 1936 Wechsel ins SD-Hauptamt, 1940–1942 Leiter der Bibliothek im Amt VII (II A 2, Weltanschauliche Gegnerforschung), 1942 Bibliothekar in der Reichsuniversität Straßburg.

Auf meinen Hinweis, dass es sich bei Rabbiner Dr. Samuel⁹ um einen alten Herrn handle, wird geantwortet, dass gegebenenfalls Ersatzvorschläge gemacht werden können von Personen, die ohne Einkünfte seien und für Bibliotheksarbeiten eine entsprechende Qualifikation besäßen. Entsprechende Vorschläge könnten durch die in Betracht kommenden Personen bei ihrer Vorsprache am 1.9. gemacht werden.

5. *Ausreise der Schüler der Ort-Gesellschaft nach England*¹⁰

Es wird mitgeteilt, dass gestern abend 18 Personen abgereist seien, um über Cleve-Nimwegen in die Ortschaft nach Leeds auszuwandern. Es wird darum gebeten, die englische Polizeistelle Cleve, wo die Gruppe etwa 12.30 Uhr eintreffe, entsprechend zu benachrichtigen.

Es wird darauf erwidert, dass bisher keinerlei Weisungen ergangen seien, Auswanderer-Transporte nicht in der bisherigen Weise durchzuführen, so dass angenommen werden könnte, dass von deutscher Seite dem Grenzübertritt Schwierigkeiten nicht entgegenstehen.

6. *Unterschriftensammlung Jugendliljah*

Unter Bezugnahme auf die Eingabe wird die Entscheidung über diese Frage zurückgestellt.

7. *Sonderschiffe Palästina*¹¹

Es wird über den Vertragsabschluss berichtet. R.R. Lischka schneidet die Frage der Devisenfinanzierung an und erkundigt sich nach dem Verfahren für die Bereitstellung von Devisen für Tschechen aus dem Stopford-Fonds.¹² Nach seiner Orientierung seien diese Mittel festgelegt. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass Schwierigkeiten hierbei nicht bestehen. Eine nochmalige Erörterung dieser Frage wird vorbehalten.

8. *Teilnahme am Zionistenkongress*

Die für diesen Zweck ausgestellten Pässe sollen in den nächsten Tagen gesammelt zurückgegeben werden.

Es wird mitgeteilt, dass die Kongressdelegation längstens bis morgen in Berlin zurück erwartet werde.

Es wird auf die Rundfunk- und Zeitungsmeldung eingegangen, wonach beim Kongress eine Resolution gefasst worden sein soll, derzufolge die Zionistische Bewegung und das „Weltjudentum“ auf der Seite Polens und Englands stehe. Es wird darauf hingewiesen, dass uns von einer solchen Resolution nichts bekannt sei. Weizmann habe nur in seiner

9 Dr. Salomon Samuel (1867–1942), Rabbiner; 1894–1932 Rabbiner der Gemeinde in Essen, 1908 Mitbegründer der Vereinigung für das liberale Judentum, Mitarbeiter der Zeitungen *Israelitisches Familienblatt* und *Jüdisch-Liberale Zeitung*; 1942 wurde er nach Theresienstadt deportiert und dort ermordet.

10 Siehe Dok. 297 vom 16.6.1939, Anm. 8.

11 Gemeint sind die Schiffe, auf denen unter Umgehung der brit. Einwanderungsbeschränkungen Juden nach Palästina emigrierten. Meist wurden zur Tarnung Schiffe verwandt, die nicht unter deutscher Flagge fuhren und Transitstaaten mit Hilfe von Devisenzahlungen zur Verschwiegenheit gegenüber den brit. Behörden verpflichtet.

12 Im Nov. 1938 wurde der brit. Finanzexperte Robert Stopford beauftragt, Finanzierungstechniken für die Emigration aus der Tschechoslowakei zu erarbeiten. Die Gelder des nach ihm benannten Fonds stammten z.T. aus einer Emigrationssteuer, die wohlhabendere Emigranten zu entrichten hatten, z.T. aus einer Staatsanleihe, die Großbritannien und Frankreich für die seit dem Münchener Abkommen zerstückelte Tschechoslowakei gezeichnet hatten. Von einer Gesamtsumme von zwölf Millionen £ sollten ein Drittel für die jüdische Emigration, zwei Drittel für die Reorganisation der Wirtschaft verwandt werden.

Schlussrede auf die Verbundenheit der Zionistischen Bewegung mit dem Mandatsland hingewiesen.¹³

9. *Liste der Ausländer*

Die Liste soll schnellstens eingereicht werden. Es soll künftig gemeldet werden, wann Ausländer zum Zweck von Verhandlungen einzureisen gedenken. Zurzeit liegen Anträge für Dr. Kreutzberger und Dr. Ernst Marcus¹⁴ vor.

Bezüglich Dr. Kreutzberger wird erklärt, dass der Antrag als überholt zu gelten habe. Bezüglich Dr. Marcus wird die Mitteilung des Ergebnisses einer Rückfrage bei der Paltreu in Aussicht gestellt.

10. *Devisen für Auslandsreisen*

Auf die Frage, wie wir Devisen für Auslandsreisen beschaffen, wird geantwortet, dass wir eine Devisenverwendungsgenehmigung über den Gegenwert von RM 750.– im Monat besitzen und dass jeder Reisende eine Anweisung auf den Gegenwert eines bestimmten Reichsmarkbetrags von uns erhalte. Den Devisengegenwert erhebe er dann zu Lasten unseres Budgets bei den ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen.

R.R. Lischka erwidert darauf, dass also diese Devisen der Auswanderungsförderung verlorengehen. Darauf wird geantwortet, dass bisher nur in Ausnahmefällen auf Dringlichkeitsbescheinigungen Devisen zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn dies aber künftig erfolgte, so könnten die im Ausland befindlichen Devisen der Auswanderungsförderung zur Verfügung gestellt werden. R.R. Lischka erklärt, dass er bisher allen Anträgen auf Ausstellung von Reisebescheinigungen entsprochen habe. Er müsse sich jedoch in Zukunft vorbehalten, den Umfang der Reisen und die Zahl der Reisenden mit dem Erfolg der Reisen in Beziehung zu setzen und danach die Durchführung solcher Reisen einzuschränken. Ich betone demgegenüber, dass der Monat August als Kongressmonat für den Umfang und die Zahl der Reisen nicht als charakteristisch genommen werden dürfe, dass wir im übrigen selbst das grösste Interesse an einer Beschränkung der Reisen auf die wichtigsten Anlässe hätten, wobei allerdings der Einsatz verschiedener Personen je nach dem Anlass notwendig und zweckmässig sei.

11. *Bericht über Ausbildungsstätten*

Es wird ein Bericht nach dem derzeitigen Stande über die Belegungsfähigkeit sämtlicher Ausbildungsstätten, auch soweit sie nicht Einrichtungen der Reichsvereinigung sind, angefordert.

12. *Auswandererabgabe von Ausgewanderten aus dem Sperrkonto*

Die Vorgänge Karl Israel Heimann, früher München, und Dr. Kurt Israel Mosbacher, früher München, mitgeteilt durch Herrn Hechinger,¹⁵ München, werden vorgetragen. Eine nochmalige Erörterung wird vorbehalten, da der Sachverhalt erst noch im einzelnen geklärt werden müsse.

¹³ Laut Kongressprotokoll hatte Chaim Weizmann in seiner Abschlussrede in Genf am 24.8.1939 betont, dass es trotz aller Bitterkeit im Verhältnis zu Großbritannien und den westlichen Demokratien auch höhere Interessen gebe und der Kampf der Demokratien auch die Lebensbedingungen der Juden garantiere; Der Zionistische Kongress, 16.–25. August 1939 (hebr.), (= Schriftenreihe der zionistischen Gewerkschaft), Jerusalem o.J., S. 222f.

¹⁴ Dr. Ernst Marcus (1900–1973), Jurist; für Banken und Wirtschaftsverbände tätig, Redakteur der Zeitschrift für Völkerrecht, 1933–1939 stellv. Leiter der Paltreu; 1939 Auswanderung nach Palästina; 1951 Rückkehr nach Hamburg.

¹⁵ Dr. Julius Hechinger (*1895), Jurist; von 1935 an in der Israelitischen Kultusgemeinde München verantwortlich für Finanzfragen und Verbindungsmann zur Wohnungsbehörde und zur Gestapo.

13. a) *Notiz im Nachrichtenblatt betr. Zuständigkeit der Bezirksstelle Aussig*

R.R. Lischka fragt, wer für den zweiten Fehler in der Notiz verantwortlich sei. Darauf wird der schriftliche Bericht übergeben.¹⁶

Ein Bericht über den Sachverhalt, der inzwischen seitens der Behörde bei Herrn Dr. Lilienthal angefordert worden sei, könnte durch den vorgelegten Bericht als erledigt gelten.

b) Für die Palästinawanderung bestehen keine Bedenken dagegen, entsprechend der Bezirksstelle der Reichsvereinigung in Aussig eine Zweigstelle oder einen Vertrauensmann des Palästina-Amtes zu errichten bzw. zu ernennen.

c) Die Anfrage der Bezirksstelle in Aussig betr. Beratung von Personen, die für die Tschechoslowakei optiert haben, wird dahingehend beantwortet, dass Bedenken gegen eine solche Beratung nicht bestehen.¹⁷

14. *Ita-Notiz*¹⁸ *Protektorats-Auswanderung*

Die Notiz in der Ita vom 11. 8. 1939 wird gemäss der Anforderung übergeben. Eine Erörterung über die Auswanderung aus dem Protektorat im Zusammenhang mit dem Stopford-Fonds wird zurückgestellt.

DOK. 329

**Walter Tausk sieht Ende August 1939 seine Auswanderungspläne
durch den bevorstehenden Krieg bedroht¹**

Tagebuch von Walter Tausk², Breslau, Einträge vom 26. 8. 1939, 28. 8. 1939 und 29. 8. 1939

Sonnabend, den 26. 8. 1939

An Auswanderung ist natürlich nicht zu denken. Holland hat alle Häfen für fremde Kriegsschiffe – und alle Gewässer für jedes fremde Schiff gesperrt. Die Grenze soll an-

16 Liegt nicht in der Akte. Das Jüdische Nachrichtenblatt aus Berlin, Nr. 65 vom 15. 8. 1939, S. 1, hatte berichtet, dass für das Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei die Bezirksstelle Sudetengau in Aussig/Elbe die Aufgaben der Reichsvereinigung übernehme, im Jüdischen Nachrichtenblatt, Nr. 67 vom 22. 8. 1939, S. 3, wurde berichtet, dass diese Bezirksstelle auch für den Bezirk Reichsgau Sudetenland zuständig sei.

17 Nach einem Vertrag zwischen Deutschland und der ČSR vom 26. 11. 1938 konnten Personen, die vor 1910 in dem an Deutschland abgetretenen Sudetenland geboren waren und dort lebten, sich für die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit entscheiden. Sie mussten dann bis zum 31. 3. 1940 ihren Wohnsitz in die ČSR verlegen. Von Personen „nichtdeutscher Volkszugehörigkeit“, die nach dem Vertrag tschechoslowakische Staatsangehörige blieben und nach dem 1. 1. 1910 ins Sudetenland zugezogen waren, konnte die deutsche Regierung verlangen, dass sie innerhalb von drei Monaten das Reichsgebiet verließen. 17 000 Personen optierten für die ČSR, darunter vermutlich mehrere Tausend Juden; Jörg Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland, München 2006, S. 252.

18 Richtig: JTA. Die Jewish Telegraphic Agency hatte in einer am 8. 8. 1939 herausgegebenen Meldung berichtet, dass die Gestapo die Emigration jüdischer Ärzte aus dem Protektorat verboten und Maßnahmen getroffen habe, um die Teilnehmer des Zionistenkongresses in Genf zur Rückkehr ins Protektorat zu zwingen. Außerdem nannte die Meldung die Beträge, die zur Auswanderung mit Hilfe des Stopford-Fonds sowie für ein Palästina-Zertifikat aufzubringen seien; Gestapo Bans Emigration Of Young Jewish Doctors From "Protectorate", JTA, Vol. 6, issue 6 vom 8. 8. 1939, S. 1.

1 Abdruck in: Walter Tausk, Breslauer Tagebuch, Berlin 1988, S. 226–229.

2 Walter Tausk (1890–1941), Vertreter für Möbel und Textilien in Breslau, nach 1933 Gelegenheitsarbeiter; trat 1917 zum Buddhismus über, Mitglied des Bundes für buddhistisches Leben; 1941 nach Kowno deportiert und dort ermordet.

geblich auch schon gesperrt sein. Ich und mancher andere, der heute auf den Schiffahrtsstellen nachfragte, bekam ein Achselzucken und nervöse Stimmen als Antwort. Niemand wußte Bescheid. Auf dem amtlichen Reisebüro der Reichsbahn kam ich gerade dazu, wie ein Beamter die Weisung gab: „Alle Urlauber, auch befristete Urlaubskarteninhaber, sind fahren zu lassen. Von morgen an gelten andere Bestimmungen.“

Von morgen an ist nämlich Krieg!

Erwähnt muß werden, daß sich die deutsche Presse in den letzten Tagen mit Greuelnachrichten aus Polen, Hetzartikeln und Schandtaten aller Art geradezu überschlug – nur um Stimmung im Volk für den Krieg zu machen. Aber die Auslandssender, die ja heute jeder fast hören kann, stellten diese Berichte gut zu neunzig Prozent als Lügen fest.

Den 28.8.1939

Keinerlei Spur irgendeiner Begeisterung ist zu sehen, höchstens bei ganz jungen oder ganz verblödeten Dachsen. Die Truppen, soweit sie nicht auf Autos vorbeihuschen (oder soweit nicht einzelne Autos mit teilweise angeheiterten wenigen Soldaten vorbeifahren), ziehen vorüber wie Leichenzüge, ohne jede Äußerung. Und das Straßenpublikum steht ebenso still oder geht schweigend beiseite.

Auffallend ist hier die große Anzahl von SS-Leuten. Alles saubere, frischgebügelte, ausgesucht hübsch gewachsene und aussehende, „zartwangige“, gepflegte „Herrlein“, die früher nicht hier waren und über deren Zweck man nicht nachdenken kann. Fürs Feld werden diese lackierten Figuren bestimmt nicht sein.

Ebenfalls auffallend die vielen blutjungen „Rote-Kreuz-Schwestern“, die zum Teil dem BDM angehören. Im Weltkrieg hatten wir schon eine besondere Meinung vom „Roten Kreuz“, und die sogenannten Schwestern hießen „Hindenburg-Matratzen“ und „Feldmatratzen“. Es waren Puppengesichter in der Hauptsache. Die heutigen sind „Püppchen-Gesichter“. Eine verführte, armselige, ahnungslose Jugend.

Den 29.8.1939

„Es fängt an, wie der letzte Krieg endete“, wie ich's immer gegenüber meinen Freunden vertrat. Mit Ausnahme bei der Artillerie, die immer aus „besseren“ Leuten bestand und über die anderen „wegspuckte“ (nämlich „schoß“), ist bei allen hier durchziehenden Truppen keinerlei „Begeisterung“ oder Stimmung zu merken. Sie sind niedergedrückt, mißmutig, kriegsunlustig und „mit einer Sauwut im Leibe gegen Adolf“. In der hiesigen Karlowitzer Kaserne reden die jungen Leute wie die alten Reservisten: „Der kann seine Ränzel schnüren, von dem haben wir genug.“

Der Ausschank von Branntwein wurde Montag verboten: „Um die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht zu stören.“ In Wirklichkeit aus diesen Gründen, erstens: alle kleinen Kneipen und Kaschemmen lagen mit besoffenen Soldaten voll. Ich habe seit vorigem Montag mehr derartige Leute gesehen als im mitgemachten Krieg durch alle seine Jahre. Zweitens: Sonntag abend wurden auf dem Hauptbahnhof Transporte verladen.

In Breslau waren Montag wahre Stürme auf die Banken und Sparkassen, die sich auch heute noch ereigneten. Das Volk redet offen und überall von den Zuständen und gibt seinem Unmut in jeder Weise Luft.

Glossar

Affidavit

Bürgschaft, die in den USA als Voraussetzung für ein Visum verlangt wurde.

Alija (hebr.)

Aufstieg; jüdische Einwanderung nach Palästina. Die Jugendaliya wurde als Abteilung der Jewish Agency 1933 gegründet, um jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland zu retten. Nach dem Zweiten Weltkrieg betreute sie Kinder, die überlebt hatten.

Altreu

Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH, Berlin. Sie wurde neben der Paltreu-Haavara, die für Palästina zuständig war, am 24.5.1937 eingerichtet. Emigranten zahlten ihr Vermögen in Reichsmark auf ein Altreu-Konto ein und erhielten bei starken Kursverlusten Devisen zugeteilt. Die Reichsmarküberschüsse stellte die Altreu der Reichsvertretung zur Verfügung, die aus dem Fonds Darlehen an unbemittelte Juden für deren Emigration gewährte.

Chawer/Chawera (hebr.)

Genosse/Genossin; Plural: Chawerim

Einwanderungsquote

Durch ein 1921 verabschiedetes Gesetz wurde die Einwanderung in die USA nach einem Quotensystem geregelt. Demnach durften aus einem Land jährlich maximal 3 % der im Jahr 1910 von dort stammenden Einwohner der USA einwandern. 1924 wurde das Gesetz verschärft: Nur noch 2 % der 1890 in den USA lebenden jeweiligen Bevölkerung durften einreisen.

Erez (hebr.)

Land. „Erez Israel“: Land Israel, das Gelobte Land, Palästina.

Haavara

1933 geschlossenes Abkommen zwischen der Jewish Agency und dem Deutschen Reich. Danach konnten deutsche Emigranten für ihr in Deutschland eingezahltes Kapital deutsche Waren in Palästina erhalten und somit indirekt einen Teil ihres Vermögens transferieren, ohne dass dies den NS-Staat Devisen kostete.

Hechaluz

Zionistische Jugendorganisation, gegründet 1917 mit dem Ziel, junge Juden auf die Einwanderung nach Palästina vorzubereiten.

Hachschara (hebr.)

Vorbereitung. Gemeint ist die landwirtschaftliche oder handwerkliche Ausbildung als Vorbereitung zur Emigration, meist in Form befristeter Schulungen.

Home Office

Britisches Innenministerium

Kuxe

urspr. Bodenrechte an einem Bergwerk, später frei handelbare Inhaberaktien

Palästina-Amt

Das Palästina-Amt der Jewish Agency förderte die Auswanderung nach Palästina, u.a. mittels Verteilung von Einwanderungszertifikaten. 1918 in Wien gegründet, hatte das Amt seinen Hauptsitz in Berlin und unterhielt zahlreiche Zweigstellen, wurde im April 1941 aufgelöst und in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eingegliedert.

Paltreu

Palästina Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H.; Ende 1933 zusammen mit der Trust and Transfer Office Haavara Ltd., Tel Aviv gegründet. Bei der Paltreu Berlin zahlten die jüdischen Emigranten Geld auf ein Sonderkonto ein. Nach dem Haavara-Transferabkommen erhielten sie dafür in Palästina nach dem Verkauf entsprechender Mengen deutscher Waren Geld ausgezahlt.

Permit

Einreisegenehmigung

Quote

siehe Einwanderungsquote.

Schedule

Liste für die Verteilung der Zertifikate zur Palästina-Einwanderung

Umschichtung

handwerkliche oder landwirtschaftliche Ausbildung bzw. Umschulung von Juden zwecks Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten und vor allem der Auswanderungschancen

Vaterländische Front

1933 in Österreich von Engelbert Dollfuß gegründete patriotische Sammlungsbewegung, die nach dem Verbot aller politischen Parteien eine Monopolstellung innehatte und dem Aufbau des Ständestaats dienen sollte

Woburn House

Das Woburn House im Londoner Stadtteil Bloomsbury war 1938 Sitz mehrerer Flüchtlingshilfsorganisationen, u.a. des Refugee Children's Movement, das die Kindertransporte aus dem Deutschen Reich organisierte.

Zertifikat

Um die Einwanderung von Juden nach Palästina zu beschränken, gab die brit. Mandatsregierung Zertifikate aus. Die Empfänger mussten über Kapital oder eine Qualifikation verfügen, die im Land gebraucht wurde.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	ČSR	Tschechoslowakische Republik
Absch.	Abschnitt	C.V.	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Abt.	Abteilung	CZA	Central Zionist Archives
a.D.	außer Dienst	DAF	Deutsche Arbeitsfront
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik	DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
AdK	Akademie der Künste	DBG	Deutsches Beamten-gesetz
AdR	Archiv der Republik	DC	Deutsche Christen
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung	DDP	Deutsche Demokratische Partei
AE	Allgemeiner Erlass	DEK	Deutsche Evangelische Kirche
A.E.S.	Affari Ecclesiastici Straordinari	DevGes.	Devisengesetz
AJA	American Jewish Archives	DGT	Deutscher Gemeindetag
A.J.C.	American Jewish Committee	Dikt.	Diktat
a.o.	außerordentlich(e/r)	d.M.	dieser Monat
AO	Reichsabgabenordnung	DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
altisr.	altisraelische(r/s)	DNVP	Deutschnationale Volkspartei
APW	Archiwum Państwowe we Wrocławiu	Dort.	Dortige
ASV	Archivio Segreto Vaticano	DÖW	Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
AT	Altes Testament	ds. Js.	dieses Jahres
Aufn.	Aufnahme	D.St.	Devisenstelle
A.V.	Aktenvermerk	DU	Deutsche Universität
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv	DVO	Durchführungsverordnung
BArch	Bundesarchiv	DVP	Deutsche Volkspartei
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv	DWEV	Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder
BayStA	Bayerisches Staatsarchiv	e.h.	eigenhändig
BDC	Berlin Document Center	Eing.	Eingang
B.d.M./BDM	Bund deutscher Mädel	EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
BdO	Befehlshaber der Ordnungspolizei	erg.	ergebenst
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei	Esq.	Esquire: Titel, der in formeller Korrespondenz verwandt wird
Bef.	Befehl	Ew.	Ehrwürdig (b. Titeln)
Bezgdkdo.	Bezirksgendarmeriekommando	EZA	Evangelisches Zentralarchiv
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	Fa.	Firma
BGH	Bundesgerichtshof	Fasc.	Fascicolo (ital.): Akte
BKW	Braunkohlewerk	FHA	Firmenhistorisches Archiv der Allianz AG
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv	Frh.	Freiherr
BM	Bundesministerium	FS	Fernschreiben
BVP	Beauftragter für den Vierjahresplan	GBI	Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt
BVP	Bayerische Volkspartei	GBI.f.Ö.	Gesetzblatt für das Land Österreich
C	Chef der Sicherheitspolizei und des SD	gefl.	geflissentlich
CAHJP	Central Archives for the History of Jewish Peoples	geh.	geheim(er)
ChdDtPol.	Chef der Deutschen Polizei		
CJA	Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum Archiv		

Gestapa/	Geheimes Staatspolizeiamt/	Kt.	Karton
Gestapo	Geheime Staatspolizei	k.u.k.	kaiserlich und königlich
gez.	gezeichnet	KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
Gruf.	Gruppenführer	LAB	Landesarchiv Berlin
GStAPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz	LBi JMB	(Bestände des) Leo Baeck Instituts im Jüdischen Museum Berlin
G.Z.	Geschäftszeichen		
HA	Hauptamt/Hauptabteilung	Leg. Rat	Legationsrat
Harvard-	Preis Ausschreiben der Harvard	Leg. Sekretär	Legationssekretär
Preis aus-	Universität, The Houghton	LFA	Landesfinanzamt
schreiben	Library, Cambridge	l.J.	laufendes Jahr
HIAS	Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society of America	Mag.Abt.	Magistratsratsabteilung
		MdR	Mitglied des Reichtags
		Min.Bl.Wi.	Ministerialblatt Wissenschaft
HICEM/	Abkürzung aus HIAS, JCA und	MinDir.	Ministerialdirektor
Hicem	Emigdirect	Mk	Mark
HJ	Hitler-Jugend	m.p.	manu propria (lat): eigenhändig
HL-Senteret	Senter for studier av Holocaust og livssynsminoriteter	MS	Manuskript
		M.Sch.	Mittelschule
Hn.	Herrn	MSchG	Mieterschutzgesetz
HSSPF	Höhere SS- und Polizeiführer	NARA	US National Archives and Records Administration
i.A.	im Auftrag		
ICA/JCA	Jewish Colonization Agency	NFP	Neue Freie Presse
i.d.R.	in der Regel	n.M.	nächster Monat
IfS	Institut für Stadtgeschichte	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
IfZ/A	Institut für Zeitgeschichte/ Archiv		
IGC	Intergovernmental Committee	NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
IHK	Industrie- und Handelskammer		
IKG	Israelitische Kultusgemeinde	NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
ILO	International Labour Organisation	NSZ	Nationalsozialistische Zeitung
IMG	Internationaler Militärgerichtshof	NT	Neues Testament
i.S.	im Sinne	NWT	Neues Wiener Tagblatt
i.V.	in Vertretung	NYT	New York Times
IVKO	Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition	NZZ	Neue Zürcher Zeitung
		o.	ordentliche
jidd.	jiddisch	O.A./OA	Oberabschnitt
jd.	jüdisch	OB	Oberbürgermeister
JDC	(American Jewish) Joint Distribution Committee	OPF	Oberfinanzpräsident
JHI	Jüdisches Historisches Institut	OHG	Offene Handelsgesellschaft
JMB	Jüdisches Museum Berlin	OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Joint	American Jewish Joint Distribution Committee	OLG	Oberlandesgericht
JR	Jüdische Rundschau	OPB	Ortspolizeibehörde
JTA	Jewish Telegraphic Agency	OPG	Oberparteigericht
KdF	Kraft durch Freude	ORR	Oberregierungsrat
Kdo.	Kommando(sache)	ORT	Russische Abkürzung für Gesellschaft zur Förderung des Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft unter den Juden
KdS	Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD	ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	OTZ	Ostfriesische Tageszeitung oder Vertreter im Amt
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	o.Vi.A.	
		ÖVP	Österreichische Volkspartei
		PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Krim. Oberass.	Kriminal-Oberassistent		

Paltreu	Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden	RMfRuK	Reichsminister/-ium für Rüstung- und Kriegsproduktion
Pg.	Parteigenosse		
Pos.	Position	RMfBuM	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
pp.	und so weiter (lat: perge perge; fahre fort)	RMfVuP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
PrMdI	Preußisches Ministerium des Innern	RMinBl.	Reichsministerialblatt
PVG	Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz	Rpf.	Reichspfennig
RA	Rechtsanwalt	RPM	Reichspostminister/-ium
RAM	Reichsaußenminister/-ium	RS	Rückseite
RArbM	Reichsarbeitsminister/-ium	RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RBewG	Reichsbewertungsgesetz	RStBl.	Reichssteuerblatt
Rd.-Erlass	Runderlass	RuPrArbM	Reichs- und Preuß. Arbeitsministerium
Reg.Ass	Regierungsassessor	RuPrMdI	Reichs- und Preuß. Innenministerium
Reg.Rat	Regierungsrat		
Rep.	Repositor	RuPrWM	Reichs- und Preuß. Wirtschaftsministerium
REM	Reichserziehungsminister/-ium/ Reichsminister/-ium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung	RVM	Reichsverkehrsministerium
		RWiM/RWM	Reichswirtschaftsministerium
RFM	Reichsfinanzministerium	Sa.	Sachsen
RFSS	Reichsführer SS	SA	Sturmabteilung
RFSSuChdDtPol	Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei	SD	Sicherheitsdienst
		SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
		SD-O.A.	SD-Oberabschnitt
RG	Register Group	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
RG	Realgymnasium		
RGBL	Reichsgesetzblatt	SiPo	Sicherheitspolizei
RGVA	Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (früher: Sonderarchiv)	SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Bezeichnung im Exil)
RjF/R.j.F.	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten e.V.	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
RJM	Reichsjustizminister/-ium	SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
RK	Reichskommissar	SS	Schutzstaffel
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums	SSOA	SS-Oberabschnitt
RKG	Reichskreditgesellschaft	SS-Ostuf	SS-Obersturmführer
RKPA	Reichskriminalpolizeiamt	SSPF	SS- und Polizeiführer
RKW	Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit	SS-Staf	SS-Standartenführer
		SS-Stubaf	SS-Sturmabführer
RLM	Reichsluftfahrtministerium	StadtA	Stadtarchiv
RM	Reichsmark	StAHH	Staatsarchiv Hamburg
RM	Reichsminister	StAnpG	Steueranpassungsgesetz
RMBliv	Reichsministerialblatt der inneren Verwaltung	Stapo	Staatspolizei
RMdI	Reichsminister/-ium des Innern	StdF	Stellvertreter des Führers
		stellv.	stellvertretend
RMEuL/REM	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	St.G.Bl.	Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
		StS	Staatssekretär
RMF	Reichsminister/-ium der Finanzen	s.Z.	seiner Zeit
		Tgb.	Tagebuch
RMfbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete	TH	Technische Hochschule
		Thür.	Thüringen

U.A.	Unterabschnitt	v.J.	voriges Jahr
U.d.S.S.R	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	v.M.	voriger Monat
Ue St	(Devisen-)Überwachungsstelle	VO	Verordnung
undat.	undatiert	Vorg.	Vorgang
ungez.	ungezeichnet	VVG	Versicherungsvertragsgesetz
USHMM	United States Holocaust Memorial Museum	VVSt	Vermögensverkehrsstelle
u.U.	unter Umständen	WIZO	Womens International Zionist Organisation
VB	Völkischer Beobachter	WJC	World Jewish Congress
VEB	Volkseigener Betrieb	Wvlg.	Wiedervorlage
VEJ	(Editionn) Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden	Wwe.	Witwe
Verw. Insp.	Verwaltungsinspektor	YVA	Yad Vashem Archive
Vfg.	Verfügung	z.b.V.	zur besonderen Verwendung
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte	ZdA	zu den Akten
VJP	Vierjahresplan	ZfA/A	Zentrum für Antisemitismus- forschung/Archiv
VLR	Vortragender Legationsrat	ZK	Zentralkomitee
		Zl/Zł	Złoty
		ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland

Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive

- Algemeen Rijksarchief, Brüssel
American Jewish Archives, Cincinnati
(American Jewish) Joint Distribution Committee, New York
Archiv der Akademie der Künste, Berlin
Archiv des argentinischen Außenministeriums, Buenos Aires
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Archiv der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden, Berlin
Archive of Australian Judaica, Sydney
Archivio Segreto Vaticano, Rom
Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Wrocław
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
Bayerisches Staatsarchiv München
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
Bundesarchiv
Central Archives for the History of the Jewish Peoples, Jerusalem
Central Zionist Archives, Jerusalem
Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien
Evangelisches Zentralarchiv, Berlin
Firmenhistorisches Archiv der Allianz AG, München
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
Houghton Library der Harvard University, Cambridge
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a.M.
Institut für Zeitgeschichte/Archiv, München
Jüdisches Historisches Institut, Warschau
Jüdisches Museum Berlin
Landesarchiv Berlin
Leo Baeck Institute, New York: mikroverfilmte Bestände im Jüdischen Museum Berlin
Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf/Archiv
Max Beckmann Archiv, München
Österreichisches Staatsarchiv, Wien
Paul f. Lazarsfeld Archiv, Wien
Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
Privatarchiv Mühlberger, Berlin
Registratur Stadt Wien, Wiener Wohnen
Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (Sonderarchiv), Moskau
Sammlung Familie Geiershoefer/Schulenburg, Großbritannien/Archiv
Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
Senter for studier av Holocaust og livssynsminoriteter, Oslo
Staatsarchiv Hamburg
Stadtarchiv Friedrichstadt
Stadtarchiv Hannover
Stadtarchiv Jena
Stadtarchiv Leipzig
Stadtarchiv München
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum/Archiv, Berlin
Stiftung Warburg Archiv, Hamburg
United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.
US National Archives and Records Administration College Park/Maryland
Wiener Stadt- und Landesarchiv
Yad Vashem Archive, Jerusalem
Zentrum für Antisemitismusforschung/Archiv, Berlin

Systematischer Dokumentenindex

Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Nummern der Dokumente.

- Anschluss Österreichs 15, 17, 18, 19, 22, 27, 31, 33
- Antisemitische Propaganda 9, 11, 13, 26, 48, 85, 157, 158, 173, 176, 187, 219, 228, 244, 248, 306
- Ausland/Reaktionen 6, 19, 27, 32, 47, 56, 59, 61, 64, 106, 127, 150, 151, 155, 156, 172, 200, 240, 244, 260, 271
- Denunziation 50, 91, 178, 235, 261, 302
- Deportationen/Ausweisung: 2, 33, 75, 112, 1 B, 1 F, 118, 1 D, 120, 122, 132, 203, 204, 297, 305, 309
- Emigration/Flucht
 - Auswanderungsinitiativen 10, 28, 53, 66, 69, 70, 80, 81, 83, 87, 93, 1 F, 166, 171, 174, 183, 196, 197, 202, 205, 206, 213, 218, 220, 224, 225, 226, 231, 232, 241, 246, 250, 254, 259, 261, 263, 265, 266, 268, 269, 271, 278, 280, 281, 288, 289, 290, 291, 292, 297, 303, 304, 3 F, 320, 323, 324, 325, 328, 329
 - Flucht 22, 79, 102, 104, 191, 220, 233, 271, 305, 314, 316
 - Flüchtlingspolitik 56, 59, 61, 64, 94, 1 H, 127, 172, 207, 260, 271, 325
 - Maßnahmen/Berichte 6, 7, 27, 34, 45, 78, 92, 99, 109, 154, 206, 208, 216, 223, 230, 243, 271, 273, 276, 301
 - Selbstzeugnisse 1, 28, 38, 87, 93, 120, 171, 202, 213, 220, 224, 225, 226, 246, 254, 261, 265, 269, 281, 291, 292, 298, 315, 320, 323, 325, 329
- Enteignung/„Arisierung“
 - Betriebe/Gewerbe 6, 17, 20, 21, 32, 42, 48, 49, 54, 62, 63, 77, 88, 97, 98, 107, 136, 146, 160, 162, 169, 175, 192, 193, 195, 238, 287, 287, 310
 - Devisen 21, 32, 42, 45, 67, 77, 78, 81, 91, 110, 175, 193, 212, 230, 238, 247, 264, 299
 - Kultur 40, 89, 116, 129, 155, 166, 210, 222, 287
 - (Privat-)besitz 17, 27, 30, 31, 58, 88, 100, 107, 133, 161, 167, 175, 198, 225, 238, 239, 242, 245, 247, 255, 256, 258, 326
 - Selbstzeugnisse 30, 54, 100, 192, 198, 222, 225
 - Verordnungen 29, 142, 143, 144, 169, 193
- Entrechtung
 - Erfassung/Kennzeichnung 14, 36, 47, 72, 84, 86, 88, 90, 120, 147, 149, 167, 181, 188, 194, 257
 - ökonomische Ausgrenzung 16, 17, 24, 37, 76, 87, 88, 93, 110, 143, 144, 148, 155, 160, 169, 178, 186, 198, 238, 252
 - polizeiliche Maßnahmen 39, 68, 138
 - rechtliche Ausgrenzung 23, 24, 34, 36, 42, 43, 65, 68, 84, 96, 141, 143, 144, 152, 159, 164, 169, 215, 277
 - Selbstzeugnisse 5, 14, 17, 18, 30, 41, 76, 86, 87, 93, 104, 120, 121, 138, 148, 181, 184, 198, 200, 203, 209, 225, 227, 265, 281, 317, 318, 327
 - soziale Ausgrenzung 4, 5, 12, 16, 33, 41, 66, 68, 88, 101, 102, 121, 146, 152, 155, 157, 159, 164, 165, 180, 184, 186, 208, 209, 215, 277, 294, 317
- Fürsorge 35, 66, 74, 164, 266, 284, 285, 293
- Gewalt 17, 18, 31, 33, 47, 52, 66, 104, 108, 124, 128, 131, 134, 137, 138, 140, 145, 163, 170, 184, 185, 211, 217, 222, 227, 283, 311
- Gewerbetreibende 54, 73, 120, 143
- Hilfe für Juden 51, 102, 130, 150, 155, 177, 233, 251, 296
- Inhaftierung 39, 47, 52, 60, 69, 125, 131, 135, 150, 177, 179, 185, 214, 222, 227, 229, 234, 261, 274
- „Judenforschung“ 57, 237, 255, 282, 312, 319, 321, 328
- Justiz 43, 65, 120, 157, 201, 322
- Kinder/Jugendliche 10, 41, 51, 53, 66, 83, 171, 174, 180, 196, 202, 204, 213, 218, 226, 228, 232, 250, 270, 271, 279, 288
- Kirchen 80, 153, 168, 188, 199, 253, 262, 267, 307
- Kulturelles Leben/Alltag 38, 71, 135, 222
- Lager 39, 52, 88, 102, 179, 185, 203, 227, 229, 233, 241, 260, 266, 269
- „Mischlinge“/„Mischehe“ 3, 5, 8, 14, 27, 73, 80, 82, 85, 98, 180, 215, 247, 270, 275, 313
- Novemberpogrom 121, 123, 124, 125, 126, 128, 129, 130, 131, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 142, 145, 146, 148, 150, 153, 156, 163, 185, 221, 225
- Polizei (und SD) 2, 3, 25, 34, 39, 45, 54, 56, 66, 68, 69, 79, 88, 92, 95, 118, 119, 125, 126, 132, 139, 149, 154, 161, 182, 190, 204, 251, 253, 255, 257, 274, 297, 300, 301, 302, 309, 312, 313
- Schulen 16, 44, 46, 51, 55, 60, 66, 152, 168, 186, 279, 286, 279, 286
- Soziale Lage 1, 5, 6, 27, 33, 35, 44, 60, 88, 96, 102, 148, 155, 181, 238, 318, 327
- Suizid 22, 27, 31, 102, 104, 123, 145, 153, 170, 181, 185, 225, 290, 291, 292, 320
- Wehrmacht 14, 187
- Wissenschaft 57, 173, 189, 236, 237, 255, 282, 308
- Wirtschaftsunternehmen 21, 37, 48, 49, 63, 67, 98
- Zwangsarbeit/Arbeitseinsatz 52, 95, 105, 111, 119, 249, 257, 295, 318, 324, 328

Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften

Firmen werden unter ihren Namen aufgeführt, wenn sie als Unternehmen erkennbar sind, sonst durch den Zusatz „Fa.“ als solche kenntlich gemacht. Zeitungen und Zeitschriften sind ins Register nur aufgenommen, wenn der Text Informationen über die Zeitung/Zeitschrift als Institution enthält (z. B. Erscheinungszeitraum, Herausgeber), nicht, wenn sie lediglich erwähnt oder aber als Quelle genannt werden.

- 6-Uhr-Abendblatt, Wien 753
- Academic Assistance Council 215
- Adler & Oppenheimer 256–258, 780
- Agudas Jisroel 138, 782
- Aktion, Die 592
- Aktion Gildemeester 610, 709, 782
- Albert Rosenhain GmbH 578 f.
- Alija
 - Jugendalijs 98, 186, 197, 484, 556, 587–590, 761, 818, 824
 - Mädchen-Alija 197, 556
 - Schüler- und Studenten-Alija 556
- Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig 1 B
- Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund 101
- Allgemeines Krankenhaus in Hamburg 504
- Alliance Israélite Universelle 642
- Altreu-Gesellschaft 609
- American Jewish Congress 138, 185
- American Jewish Joint Distribution Committee (Joint) 154 f., 206, 215, 274, 277, 506, 516, 564, 715, 717, 763 f., 769, 775, 783, 789, 804 f., 822
- Amf für Sippenforschung Wien 533, 753
- Amtsanzwaltschaft Marburg 322
- Amtsgericht
 - Memel 759
 - Neumünster 461
- Angriff, Der 630
- Anhaltisches Staatsministerium 569
- Anleihekonsortium 436
- Apostolischer Nuntius in Berlin 451
- Arbeitsamt
 - Halle 351
 - Hamburg 774
- Arbeitsbeschaffungsamt Hamburg 127
- Arbeitsdienst 295, 511, 584, 692 f.
- Aufbau 142
- Ausländerpolizei 277, 328, 334
- Auslandsvertretungen
 - Argentinien 218 f.
 - Belgiens 449, 686
 - Boliviens 289 f.
 - Chinas 611
 - Deutschlands 15, 52, 253, 270, 384, 389, 447, 453, 517, 533, 537, 539, 582, 590, 600, 613, 657 f., 662 f.
 - der Dominikanischen Republik 697
 - Frankreichs 448, 457, 687, 697
 - Großbritanniens 150, 338, 540, 617, 687, 819
 - Kolumbiens 452
 - Mexikos 611
 - von Monaco 751
 - Polens 52, 327 f., 333, 340, 397, 452
 - der Schweiz 369, 447–450, 732
 - der Tschechoslowakei 228
 - der USA 55 f., 176, 199, 207, 277, 298, 332, 425, 449, 460, 522, 544, 688, 747, 787
- Außenamt, britisches 336
- Außenministerium
 - der USA 137, 696
 - argentinisches 218 f.
 - belgisches 728
 - britisches 687, 697, 725
- Ausspeisungsstellen 396
- Auswanderer-Hilfskomitee, Kopenhagen 228
- Auswanderungslehrgut Groß-Breesen 197
- Auswärtiges Amt 24, 47, 59, 369, 414, 425, 453, 572–574, 657
- Bank für deutsche Industrie-Obligationen 128
- Bank of London & South America 339 f.
- Bankhaus Delbrück Schickler & Co. 256 f.
- Bankhaus Dreyfus 281
- Bankhaus Lazard Frères 315
- Bankhaus Lincoln-Levingstone-Oppenheimer 438
- Bankhaus M.M. Warburg & Co 127 f., 567
- Bankhaus Wilhelm Rée junior, Hamburg 340, 539
- Baronin Hirsch-Kaiser Jubiläums-Wohltätigkeits-Stiftung 252
- Beauftragter für den Vierjahresplan 17, 19, 47, 58, 126 f., 139, 141, 145 f., 160, 403–405, 428, 430, 458, 468, 496, 545, 645, 667 f., 696
- Beiersdorf AG 539
- Bekennende Kirche 50, 107, 601, 722
- Beratungsstelle für Arisierungsfagen, Amtsgericht Memel 759
- Beratungsstelle für Berufsausbildung und Umschichtung 228, 553

- Berliner Auswandererberatungsstelle 742
 Berliner Börse 17
 Berliner Handelsgesellschaft 128
 Berliner Lokal-Anzeiger 464
 Berliner Stadtbank 296
 Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung 99
 Berliner Universität 647, 688
 Bezirksgericht Hernalz 226
 Bezirksverwaltungsgericht Schneidemühl 236
 Bibelforscher 189, 195
 Bischöfliches Ordinariat Berlin 260
 Blätter des Jüdischen Frauenbundes 197 f.
 B. Metzler seel. & Co., Privatbank in Frankfurt a.M. 446
 B'nai B'rith/Bne-Briss 137 f., 150, 336, 342 f.
 Botschaft(er), siehe Auslandsvertretungen
 Braunkohlenwerke Borna AG 281 f.
 Braunkohlenwerke Leonhard AG 280–282
 British Movement for the Care of Children from Germany 588–590, 734
 British Passport Control Office 555
 Brüderverein Berlin 566
 Buchhandlung Schlesinger, Wien 122
 Bund der österreichischen Industriellen 295
 Bund jüdischer Frontsoldaten 341 f.
 Bürgermeister von Wien 230, 681
 Büro Dr. Dr. Spiero, Berlin 260
 Büro Grüber 50, 722
 C.D. Brown & Co., Inc., Tenneries and Executive Offices, Rochester 269
 Café Hirschl, Köln 598
 Café Jakobi, Köln 597 f.
 Café Wendt 391
 Catholic Committee for Refugees, New York 262
 Central British Fund for German Jewry 206, 589
 Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes e.V., Berlin 232 f., 454, 567
 Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/Centralverein der Juden in Deutschland (CV) 30, 350
 Centro Israelita de Cuba 764
 Chajes-Realgymnasium 175, 186, 757 f.
 Chef der Gestapo 336, 376
 Chef der Sicherheitspolizei, siehe auch Heydrich, Reinhard 25, 163, 453, 657, 690, 704, 785
 Chest-Hospital, London 807
 Christlich-Sozialer Verein 29
 Christsoziale Partei 29, 31 f., 34
 Comité voor Joodse Vluchtelingen (jüdisches Flüchtlingskomitee), Amsterdam 495
 Commerz- und Privat-Bank AG 280 f.
 Council for German Jewry, London 46, 206, 215, 654, 715, 734, 783, 805
 Danziger Volkstag 653
 Deutsche Allgemeine Zeitung 491
 Deutsche Apothekerschaft, Bezirk Berlin-Brandenburg 508
 Deutsche Arbeitsfront (DAF) 177, 250, 280 f., 300, 320 f., 446, 510, 523
 Deutsche Ausrüstungswerke 23
 Deutsche Bank 257, 618
 Deutsche Christen 50
 Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a.M. 446
 Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DESt) 23
 Deutsche Evangelische Kirche 711
 Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei 479
 Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt, Frankfurt a.M. 446
 Deutsche Golddiskontbank 166, 264, 277, 296, 513, 651, 736, 738, 741
 Deutsche Industrie AG, Berlin 281 f.
 Deutsche Justiz 357 f., 560
 Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft mbH, Leipzig 281 f.
 Deutsche Polizei 367
 Deutsche Reichspost 179
 Deutsche Universität Prag 28
 Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung mbH 23
 Deutsche Zentralzeitung 384
 Deutscher Gemeindetag 102, 249
 Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger 545
 Deutscher Reichstag 24, 130, 195, 529, 678
 Deutscher Rundfunk 91, 365, 439, 575, 647, 824
 Deutsches Nachrichtenbüro 110, 177 f.
 Deutsches Volksblatt, Wien 585
 Deutschösterreichischer Schutzverein Antisemiten-Bund 32, 118
 Devisenfahndungsamt Berlin 233
 Devisenstelle 203, 258, 285 f., 324, 445, 541–544, 610 f., 618, 651, 715 f., 736–738, 783
 Direktorium des Memelgebiets 538
 Dorotheum, Wien, siehe Städt. Pfandleihanstalt
 Dräger-Werke, Lübeck 786
 Dreier-Komitee 652 f.
 Dresdner Bank 47, 257, 814
 Echo 107
 Eiserne Garde 313
 Emigration Planning Committee 698
 Emissionsbank Memel 539
 Erzbischöfliches Ordinariat in Freiburg 478
 Erzherzogin-Stefanie-Spital, Wien 681
 Evangelischer Oberkirchenrat, Wien 36, 722

- Evangelisch-lutherische Kirche Mecklenburg 710–712
- Exil-SPD (Sopade) 758,807
- Fa. Alsterhaus, Hamburg 440
- Fa. Freudenberg, Weinheim 780
- Fa. Grünfeld, Berlin 177
- Fa. H. Aufhäuser, München 264
- Fa. Hermann Friedmann, Jena 293f.
- Fa. Hirschfeld 438
- Fa. Luise Rosenberg, Wien 395
- Fa. Margraf, Berlin 419, 422
- Fa. Moll, München 162
- Fa. N. Israel, Berlin 275, 418
- Fa. Robinsohn 438
- Fa. Schiffmann, Wien 143
- Fa. Wagener & Schlötel, Frankfurt a.M. 438
- Finanz- und Wirtschaftsminister, badischer 548
- Finanzamt
- Berlin-Mitte 579
 - Berlin-Moabit-West 668
 - Charlottenburg-Tiergarten 578
 - Frankfurt a.M. 820
 - Hilpoltstein 542
 - Nürnberg 617
 - Zeitz 281
- Foreign Office, siehe Außenministerium, britisches
- Frankfurter Bank 446
- Frankfurter Zeitung 168
- Fremdenlegion, französische 687
- Freiland-Bewegung 214
- Freimaurer 23, 133f., 393, 501, 529–531, 603, 663
- Fremdenpolizei, belgische 724
- Friedrich-Wilhelm-Universität, Berlin, siehe Berliner Universität
- Fürsorgeamt, Frankfurt a.M. 755, 771f.
- Gasthaus Wewalka, Wien 122
- Gauleitung, siehe NSDAP-Gauleitung
- Gaupersonalamt Wien 689
- Gauwirtschaftsberater 293f., 325, 444, 560, 616
- Geheime Staatspolizei (Gestapo) 21, 25–27, 42, 45, 51, 53, 56, 58, 60 f., 87, 184, 188, 195, 202–204, 212, 230 f., 243, 250, 258f., 274, 277, 285, 326, 328 f., 336 f., 350 f., 353, 355f., 359, 367f., 373f., 376, 378 f., 381–383, 407, 440, 457, 465, 473f., 504, 522, 524, 526, 537, 565, 567, 576, 582f., 593, 599, 610f., 616, 618, 644, 658, 666, 685, 689f., 694, 701, 705f., 708 f., 738, 759, 774 f., 789 f., 798, 801–804, 822
- Geheimes Staatspolizeiamt (Gestapo) 24, 86 f., 160, 290, 351, 366 f., 512, 576, 690, 722, 738, 803
- Gemeindebehörde Frankfurt a.M. 755, 772f.
- Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Wien 38
- Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Berlin 299 f.
- Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt 291f., 547
- Generalfeldmarschall, siehe auch Göring, Hermann 220, 223, 319–322, 325, 453, 497, 645, 704, 708
- Generalkonsul(at), siehe Auslandsvertretungen
- Germania Judaica 802
- German-Jewish Aid Committee, London 262
- Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz 126
- Geschäftsträger, siehe Auslandsvertretungen
- Gesellschaft christsuchender Juden 343
- Gesellschaft der Freunde (Quäker) 682f., 726 f.
- Gesellschaft zur Förderung des Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft unter den Juden, siehe ORT
- Gestapo, siehe Geheime Staatspolizei
- Gewerbebund 17f.
- Gildemeister-Hilfsbüro 751
- Golddiskontbank, siehe Deutsche Golddiskontbank
- Große Loge von Hamburg 341
- Grundbuchamt
- Hamburg 716
 - Nürnberg 616
- Haavara-Abkommen 207, 268, 661, 784
- Haavara-Bank, Tel Aviv 570
- Hachschara 98, 267f., 555f., 818
- Auslandshachschara 590, 762
 - Lager 484
 - Sonderhachschara 778
- Hapag 764f., 769, 775f., 808
- Harand-Bewegung 343
- Harvard University 1B
- Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft 293
- Hebräisches Pädagogium Wien 341, 343
- Hechaluz 197, 588–590, 762
- Herder'scher Verlag 479
- Hermann-Göring-Werke 43
- HICEM/Hicem 206, 228, 289, 301, 318, 644, 715, 822
- Hilfskomitee für jüdische Flüchtlingskinder, Brüssel 760
- Hilfsverein der Juden in Deutschland/
Hilfsverein der deutschen Juden 93, 95f., 153, 171, 197, 206, 262, 274, 277, 289, 338, 354, 356, 475, 495, 520, 555, 632, 642, 654, 686, 718, 778, 787
- Histadrut 485
- Hitachduth olej Germania (HOG) 762
- Hitlerjugend (HJ) 54, 275, 419
- Hlinka-Garde 44
- Hochkommissar für die Flüchtlinge aus Deutschland 207
- Hochkommissar in Danzig 652f.

- Home Office, siehe Innenministerium, britisches
- Hotel Carlton, Frankfurt a. M. 446
- Hotel Deutscher Hof, Nürnberg 583
- Hotel Drei Mohren, Augsburg 583
- Hotel Eden, La Falda, Argentinien 296
- Hotel Kaiserhof, Berlin 583
- Hotel Reichshof, Hamburg 446
- Hotel Vierjahreszeiten, München 583
- I.G. Farben 43
- Industrie- und Handelskammer 158, 200, 276, 481, 675, 738, 741
- Innen- und Kultusministerium, Wien, siehe
Ministerium für innere und kulturelle
Angelegenheiten, Wien
- Innenministerium
- badisches 140
 - bayerisches 397
 - braunschweigisches 140
 - britisches 540, 700, 727, 778
 - oldenburgisches 140
 - thüringisches 140
 - württembergisches 140
- Institut zur Erforschung und Beseitigung des
jüdischen Einflusses auf das deutsche
kirchliche Leben 50, 792
- Intergovernmental Committee on Refugees
(IGC) 47f., 226, 253, 659, 696, 701, 729, 776
- Internationale Klassenkampf, Der 600
- Internationaler Gerichtshof 146
- Internationales Arbeitsamt 124
- Israelitische Religionsgemeinde Pressburg
228
- Israelitische Allianz, Wien 341f.
- Israelitische Flüchtlingshilfe der Schweiz 46
- Israelitische Kultusgemeinde
- Mattersburg 243
 - München 162, 473
 - Wien 30, 32 f., 37, 40, 122, 149, 153, 171–176,
184 f., 207, 227–232, 243 f., 250–252, 284, 341,
393–396, 552–554, 599, 608, 610 f., 615, 642,
689, 715 f., 734, 760, 774, 777, 782 f., 785
- Altersheim 229, 250 f., 396
- Amtsdirektor und Leiter, siehe auch
Löwenherz, Josef 184 f., 250
- Archiv 395
- Auswanderungsabteilung 227 f., 231, 395 f.,
552 f., 599
- Fürsorgezentrale 228, 395
- Pädagogium 341, 343
- Spital 229, 250–252, 396
- Steueramt 230, 395
- Israelitische Religionsgesellschaft Stuttgart
474
- Israelitische Taubstummenanstalt, Berlin-
Weißensee 521
- Israelitischer Oberrat 475, 686
- Israelitisches Familienblatt 99
- Israelitisches Krankenhaus in Hamburg-St. Pauli
799 f.
- Israelitisches Krankenhaus, Leipzig 1 B, 352
- Israelitisches Waisenhaus, Königsberg 371, 519
- Jewish Agency 215, 515, 555
- Jewish Colonization Association 206, 215
- Jewish Telegraphic Agency 136, 302, 826
- Joint, siehe American Jewish Joint Distribution
Committee
- Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge 355
- Jüdische Beratung und Förderung für Um-
schichtung zwecks Auswanderung, Berlin
262
- Jüdische Gemeinde
- Berlin 565, 195, 267 f., 278, 778
 - Danzig 564, 648
 - Hamburg 797–799
 - Frankfurt a. M. 769 f.
 - Mannheim 519
 - Prag 301
 - Shanghai 718
- Jüdische Gemeinde Wien, siehe Israelitische
Kultusgemeinde Wien
- Jüdische Jahrbuch für Österreich, Das 152
- Jüdische Jugendhilfe 268
- Jüdische Kunstgemeinschaft, Stuttgart 474
- Jüdische Mittelstelle in Stuttgart 474, 787
- Jüdische Rundschau 485
- Jüdische Winterhilfe 288, 475, 686
- Jüdische Wohlfahrtspflege 771
- Jüdische Wohlfahrtsstelle Chemnitz 574
- Jüdische Zentralstelle Stuttgart 473 f., 577, 644
- Jüdischer-Auto-Club 1927 455
- Jüdischer Frauenbund 95, 197 f.
- Jüdischer Hochschulausschuss „Judäa“, Wien
341, 343
- Jüdischer Kulturbund, siehe Kulturbund
deutscher Juden
- Jüdischer Religionsverband e. V., Hamburg, siehe
auch Jüdische Gemeinde Hamburg 537
567 f., 774, 799
- Jüdischer Weltkongress 138, 206, 215 f., 302, 308,
313, 317, 319, 648
- Jüdisches Kinderheim in Caputh 375, 520
- Jüdisches Krankenhaus
- Berlin 719
 - Breslau 823
 - Köln 333
- Jüdisches Lehrhaus, Stuttgart 474
- Jüdisches Lehrlingsheim, Stuttgart 474
- Jüdisches Nachrichtenblatt 654
- Jüdisches Waisenhaus in Esslingen 823
- Jugend- und Wohlfahrtsamt Chemnitz 574
- Justizminister, belgischer 728 f.
- Justizministerium, niederländisches 686

- Katholische Kirche 36, 50, 225, 557 f., 601, 754, 261
 Keren Hajessod (Gründungsfonds) 555
 Keren Kajemeth Lelsrael (Jüdischer Nationalfonds) 555
 Kindercomité (niederländisches) 495
 Kinderheim Bad Dürrhein 566
 Kirchenbuchstelle Alt-Berlin 49
 Kirchenkanzlei Berlin 722
 Kirchenleitung Berlin 50
 Kirchenministerium 722
 Kirchliche Hilfsstelle für evangelische Nichtarier in Berlin 722
 Kitchener Camp 654f.
 Kleine Blatt, Das 109
 kleine Volksblatt, Das 109
 Kleine Volkszeitung 108
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 384
 Königin der Niederlande 539, 686
 Königsberger Allgemeine Zeitung 372
 Konservatorium in Jerusalem 807
 Konservatorium Wien 244
 Konsul(at), siehe Auslandsvertretungen
 Kontrollbank für Industrie und Handel 222f., 322
 Kriegsministerium, siehe Reichskriegsministerium
 Kriminalpolizei 21, 26, 160 f., 188, 274, 328, 368
 Kulturbund deutscher Juden (später Jüdischer Kulturbund e.V.) 202, 337, 456, 519, 532
 Kultusministerium, badisches 479f.
 Länderbank, Wien 689
 Landesamt für Rassen- und Sippenforschung, Breslau 814
 Landesarbeitsamt
 – Erfurt 351
 – Wien 307
 Landesfrauenklinik, Ostpreußen 102f.
 Landeskirche
 – Anhalt 50
 – Baden 478, 480
 – Mecklenburg 50, 710f.
 – Sachsen 50
 – Thüringen 50
 Landeskulturabteilung 549
 Landespolizeibehörden 86
 Landesregierung
 – in Schaumburg-Lippe 140
 – von Österreich 37, 39, 222
 – badische 531
 – bayerische 531
 – preußische 531
 – sächsische 531
 Landesvertretung der Juden in Österreich 171
 Landgericht Hamburg 815
 Landrat in Glatz 551
 Landrat in Schleswig 664
 Legitimist, Der 340
 Lehrerbildungsanstalt Hamburg 800
 Lehrlingsheim „Zukunft“, Wien 394f.
 Leopoldstädter Tempel 593
 Liegenschaftsverwaltung der Hansestadt Hamburg 799
 Litauische Staatsbank Lietuvos Bankas 539
 Lord Mayor's Fund 644
 Magistrat
 – der Stadt Memel 539
 – der Stadt Wien 228, 250, 680 f.
 Marienbader Zeitung 462
 Martin Brinkmann AG, Berlin 780
 Maß und Wert 767
 Mecklenburgisches Staatsministerium 140
 Memeler Bank 538f.
 Memeler Dampfboot 759
 Merkur-Bank 222
 Metall-Gesellschaft Frankfurt a.M. 446
 Metallurgische Forschungsgesellschaft (Mefo) 17
 Minister/-ium für Kultus und Unterricht, badisches 479
 Minister/-ium für Wirtschaft und Arbeit, Österreich 295f., 325f.
 Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Wien 184f., 252
 Ministerpräsident
 – Bayerischer 397f.
 – Preußischer 90, 450, 526, 571
 Mitteldeutsche Börse, Die 111
 Mittwochsgesellschaft 28
 Mizrachi-Bewegung 153, 804
 Movement for the Care of Children from Germany, London 588–590, 734
 Nachtausgabe 107
 Nationalsozialistisches Kraftfahrzeugkorps (NSKK) 455, 232
 Naturhistorisches Museum, Wien 753
 Neue Frankfurter Versicherungs-AG 684
 Neue Freie Presse, Wien 108
 Neue Welt: Revue, Die 121, 343
 Neue Zürcher Zeitung 91
 Neues Volk. Blätter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP 103
 Neues Wiener Journal 108
 Neues Wiener Tagblatt 108
 Neuigkeits-Welt-Blatt 108
 New York Times 154
 Nieuwe Rotterdamsche Courant 145
 Norddeutsche Hausbesitzer-Zeitung 461
 Norddeutscher Lloyd 514, 542
 Nowy Dziennik 122
 NS-Ärztebund 510

- NS-Bund deutscher Techniker 510
 NSDAP 32, 34, 54, 249, 278, 352, 363, 411, 434, 508,
 540, 543f., 560, 600, 757
 – Auslandsorganisation 296
 – Gauleitung München-Oberbayern 398
 – Gauleitung Niederdonau 278
 – Gauleitung Sachsen 110
 – Gauleitung Wien 38, 212, 533, 689
 – Kreisleitung Jena 293
 – Kreisleitung Leipzig 110
 – Kreisleitung München 473
 – Ortsgruppe Berlin 507
 – Ortsgruppe Frankfurt-Dornbusch 437
 – Parteigericht 358, 388
 – Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt 278
 NS-Frauenwarte 591
 NS-Kriegsopfersversorgung 510
 NS-Lehrerbund 510
 NS-Rechtswahrerbund 510
 NS-Telegraf 108
 NSV 278, 360 f., 387, 510, 520, 543
 NSV-Hilfswerk Mutter und Kind 276
 NS-Verband der Privatbankiers, siehe Wirtschaftsgesellschaft Gruppe Privates Bankgewerbe
 Oberbürgermeister
 – von Berlin 240, 300, 756
 – von Breslau 788
 – von Frankfurt a.M. 755, 771, 568
 Oberfinanzpräsident (Gruppe für Liegenschaften) 677
 Oberfinanzpräsident/Oberfinanzpräsidium
 – Berlin 513
 – Wien 670, 783
 Oberkirchenrat 36, 480, 722
 Oberkommando der Wehrmacht 106, 670, 693
 Oberpräsident
 – der Provinz Ostpreußen 102
 – in Preußen 467, 549
 Oberstaatsanwalt in Hamburg 815
 Oberversicherungsamt Leipzig 1 B
 Ordnungspolizei 26, 366–368
 – Hauptamt Ordnungspolizei 691, 693
 ORT 216, 776 f., 884
 Österreich Auswertungs-Kommando 340–342
 Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel 322
 Österreichisches Bundesheer 463
 Österreichisch-Israelitische Union (OIU) 30, 32
 Österreichisch-Ungarische Wehrmacht 463
 Palästina-Amt 120 f., 171, 197, 207, 215, 262, 267, 394, 553–556, 723, 826
 Palästina-Treuhandstelle (Paltreu) 268 f., 695, 778, 784, 825
 Pan-Europa-Bewegung 343
 Paulus-Bund, Berlin, siehe Reichsverband nichtarischer Christen
 Personalamt der Stadt Frankfurt a.M. 772
 Petschek-Konzern 43, 47, 280–282
 Phönix AG für Braunkohlenverwertung, Mumsdorf/Thür. 281f.
 Politische Polizei, siehe auch Geheime Staatspolizei 26
 Polizeidirektion München 326
 Polizeipräsident
 – Berlin, siehe auch Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 140, 281
 – Dresden 350
 – Wien 254
 Polizeipräsidium
 – in Nürnberg 613
 – in Berlin 188, 196, 236, 242, 507
 – in Wien 753
 Präsident der Industrie- und Handelskammer 481
 Präzisions-Werkzeug- und Maschinenfabrik Fleck & Co 158
 President's Advisory Committee for Refugees 137, 206
 Preußische Staatsbank (Seehandlung) 738, 675f.
 Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden 246
 Preußisches Staatsministerium 163
 Quäker, siehe Gesellschaft der Freunde (Quäker)
 Rassenpolitisches Amt 510, 550, 804
 Rauhes Haus, Hamburg 727
 Rechnungsprüfungsamt, Frankfurt a.M. 755, 770
 Regierung
 – Belgiens 698 f., 724, 728 f., 734
 – britische 45f., 56, 207 f., 213, 589, 700 f.,
 – französische 208, 509, 601, 658
 – griechische 258
 – niederländische 46, 208 f., 587, 643 f., 699 f., 721, 733
 – von Oberbayern 87
 – polnische 51f., 101f., 311, 351, 357, 456, 563, 650
 – rumänische 104, 313, 661
 – der Schweiz 369 f.
 – tschechische 44, 301, 314
 – ungarische 314, 659
 – der USA 137f., 205f.
 Regierungspräsident
 – in Aurich 285
 – in Bayern 140
 – in Potsdam 739
 – in Preußen 140, 467
 Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 50 f., 307, 326, 351, 680 f., 693

- Reichsarbeitsdienst 511
 Reichsarbeitsminister/-ium, siehe auch Seldte, Franz 292, 473, 681, 692, 746, 756, 823
 Reichsarchiv 88
 Reichsärztführer 261, 511
 Reichsaußenministerium, siehe Auswärtiges Amt
 Reichsbahnhotel Stuttgart 616
 Reichsbank 17, 20, 59, 170 f., 258 f., 539, 544, 570, 639, 738
 Reichsbankdirektorium 258 f.
 Reichsbund
 – der deutschen Beamten 510
 – der Deutschen Schwerhörigen e. V. 740
 – der katholischen Jugend in Wien 33
 – für Leibesübungen 510
 Reichsfinanzminister/-ium 39, 57–59, 132, 403, 409, 420 f., 429, 436, 465, 475, 497, 573 f., 667–670, 674–677, 681, 690
 Reichsfinanzverwaltung 59, 676
 Reichsführer SS (RFSS) und Chef der Deutschen Polizei, siehe auch Himmler, Heinrich 86, 291, 359, 367 f., 383, 574, 608, 757, 798, 803
 Reichshauptbank Berlin 475
 Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands 49, 534, 647
 Reichsjustizminister/-ium 248, 291 f., 300, 357, 408, 424, 480 f., 746, 815
 Reichskanzlei 127
 Reichskanzler 295, 402, 463
 Reichskolonialbund 510
 Reichskommissar
 – für das Kreditwesen 467, 475
 – für das Saarland 140, 450, 756
 – für die Preisbildung 26, 242, 673
 – für die sudetendeutschen Gebiete 467, 475
 – für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, siehe auch Bürckel, Josef 282, 295, 431, 467, 475, 548, 608, 690, 715, 781 f.
 Reichs-Kredit-Gesellschaft AG 256, 578, 780
 Reichskriegerbund 510
 Reichskriegsministerium 16, 823
 Reichskulturkammer 511
 Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit 38, 182
 Reichsluftfahrtministerium 58–60, 319, 408
 Reichsluftschutzbund 510
 Reichsminister/-ium des Innern/Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern, siehe auch Frick, Wilhelm 48 f., 51, 86, 88, 127, 131, 160, 163, 168, 248, 270, 291 f., 295, 352, 383, 402, 409, 431, 437, 450, 475, 510, 526, 572, 645, 651, 656, 690, 722, 746, 756 f., 772, 776, 788, 804
 Reichsminister/-ium für Ernährung und Landwirtschaft 475, 549
 Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten 49, 131, 722
 Reichsminister/-ium für Volksaufklärung und Propaganda 47, 409, 456, 797
 Reichsminister/-ium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 450, 478–480, 526 f., 572
 Reichsnährstand 426, 549
 Reichspost 108 f., 117
 Reichspropagandaamt 385
 Reichsregierung 17, 34, 47, 52, 58, 92 f., 97, 131, 249, 260, 336 f., 354, 369, 440, 445, 447 f., 452, 456, 458, 511, 531, 572, 590, 600, 617, 630, 661, 740, 743, 776, 789
 Reichssicherheitshauptamt 27, 61, 259, 282
 Reichsstalthalter
 – in Hamburg 127, 140, 800
 – in Hessen 140
 – in Lippe 140
 – in Österreich 127, 140, 222, 467
 – in Thüringen 140
 Reichsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin 171, 276 f., 656, 740
 Reichsstelle für Sippenforschung 49
 Reichstag 24, 130, 195, 529, 678
 Reichsverband der nichtarischen Christen (später Paulus-Bund sowie Vereinigung 1937) 171, 261
 Reichsverband jüdischer Legitimisten Österreichs 341 f.
 Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 61 f., 527 f., 555, 565, 567, 693–695, 775, 801, 822, 825 f.
 Reichsvereinigung für die Betreuung jüdischer Auswanderer und fürsorgebedürftiger Juden 453
 Reichsvereinigung für jüdische Auswanderung und Fürsorge 555
 Reichsverkehrsminister/-ium 238 f., 321, 415
 Reichsvertretung der deutschen Juden/
 Reichsvertretung der Juden in Deutschland 61, 92 f., 171, 206 f., 217, 245 f., 262, 264, 344, 512 f., 526 f., 555, 654, 777 f., 786
 Reichswehr, siehe Wehrmacht
 Reichswirtschaftskammer 467, 475
 Reichswirtschaftsminister/-ium 16, 18 f., 57, 127 f., 132, 163, 178, 256, 257, 260, 282, 292, 299, 324, 404 f., 409 f., 412, 426, 428 f., 436, 467, 475, 481 f., 496–498, 507, 513, 523, 545, 547, 549, 551, 608 f., 651, 668, 675, 694, 715, 735, 738, 783 f.
 Reichszentrale für jüdische Auswanderung 25, 60, 453, 608, 656 f., 776
 Reisebüro „Vindobona“, Wien 582
 Reisebüro der Reichsbahn, Breslau 827
 Reisebüro Postelt 823
 Reisebüro Schlie, Berlin 170 f.

- Reisebüro Zentrum 695
 Rotes Kreuz 456, 643, 699, 760, 827
 Rothschild Museum, Frankfurt a.M. 520
 Rothschild-Archiv 341
 Rothschild-Auswanderungs-Komitee, siehe
 Emigration Planning Committee
 Rothschild-Bank 608
 Ruberoidwerke AG 444
 SA 13, 18, 35, 41, 53f., 57, 108, 121f., 150, 152, 177,
 376–378, 386, 388–393, 396, 398, 445, 516,
 524–526, 611, 613, 708, 719, 757, 759, 801f.
 SA-Gruppe Kurpfalz 398
 Salzburger Festspiele 603
 Sanatorium in Fürstenberg 446
 Schlesische Zeitung 510
 Schuhfabrik Brüder Brunnmüller 224
 Schulverwaltung Hamburg 217f., 800 f.
 Schutzpolizei 234, 300, 350–352
 Schwarze Korps, Das 146, 496, 515
 Schweizer Polizei 253, 728
 Schweizerisches Hilfswerk für Emigranten-
 kinder 682
 SD, siehe Sicherheitsdienst der SS
 Sejm 312
 Sekretariat Warburg 296, 739, 770
 Selbstwehr. Jüdisches Volksblatt 303
 Senator für die innere Verwaltung in Bremen
 140
 Sicherheitsdienst der SS (SD) 19, 23–25, 27, 39 f.,
 46, 55–58, 60 f., 133, 153, 170, 205, 290,
 340–342, 367f., 442, 512, 530, 576, 608, 682f.,
 685, 688, 757, 782, 786, 801, 823
 – Führer des SD, Oberabschnitt Donau 259
 – Führer des SS-Oberabschnitts Donau 282,
 401, 683, 785f., 791, 801
 SD-Hauptamt 23, 133, 170, 323, 342, 401, 442, 576,
 608, 682
 Sicherheitshauptamt 259, 282
 Sicherheitspolizei, siehe Geheime Staatspolizei
 Society of Friends, siehe Gesellschaft der
 Freunde (Quäker)
 Sondergericht in Köln 685
 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
 34, 101, 114, 117,
 Sozialistische Arbeiterinternationale 215
 Schweizerisches Arbeiterhilfswerk 731
 Sporttagblatt 108
 SS, siehe auch Reichsführer SS 21, 23, 25, 35, 41,
 56–58, 108, 122, 144, 188, 367f., 377–380, 406,
 440, 445, 465, 509, 520 f., 524–526, 599, 610,
 622–632, 636–638, 666, 692, 703, 708, 720,
 827
 St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer
 Auswanderer e.V. 262f., 777
 Stadtschulrat Wien 757
 Staatsanwaltschaft Berlin 242
 Staatskommissar in der Privatwirtschaft
 Österreichs 325, 387
 Staatspolizei, siehe Geheime Staatspolizei
 Stadtarchiv Frankfurt a.M. 520
 Stadtbauamt München 162
 Stadtbaurat München 161
 Städtische Darlehensanstalt 820
 Städtische Pfandleihanstalt 111617, 651, 675,
 689
 Städtische Sparkasse, Memel 538f.
 Städtisches Schulamt Frankfurt a.M. 169
 Stadtparkasse Frankfurt a.M. 772
 Stadtverwaltungsgericht Berlin 243
 State Department, siehe Außenministerium der
 USA
 Statistisches Reichsamt 155, 212
 Stellvertreter des Führers (StdF), siehe auch
 Heß, Rudolf 163, 292, 408, 510, 526, 574, 584,
 688, 690, 804
 Steuerverwaltung Frankfurt a.M. 568
 Steyrer Mühlenverlag/Steyrermühl AG 108
 Stillhaltekommissar für Vereine, Verbände und
 Organisationen 36, 252
 Studentenverbindung Albia 28
 Studentenverbindung Kadimah 29
 Stunde, Die 108
 Sudetendeutsches Freikorps 41, 301
 Sudetendeutsche Heimatfront/Sudetendeutsche
 Partei (SdP) 41
 Synagogengemeinde
 – Danzig 650
 – Gleiwitz 693
 – Halle a.S. 345
 Tagesheimstätte Wien 396
 Talmud-Tora-Schule 217f., 748f., 800 f.
 Technische Nothilfe 510
 Telegraf am Mittag 107
 Tempelverband Hamburg 801
 Tempelverein Brigittenau 593
 Territorialistische Jüdische Organisation 216
 The Mosbacher Company Inc. 296
 The Times, London 445f., 454
 Treuhänder für das jüdische Eigentum in der
 Stadt Memel 759
 Triton Belco Gesellschaft 446
 Union österreichischer Juden, siehe auch OIU
 341f.
 Universität Bonn 406
 Universität Greifswald 646
 Universität Jerusalem 186
 Universität Wien 32, 753
 Unterrichtsministerium, Österreich 757
 US-State Department, siehe Außenministerium
 der USA
 Vaterländische Front 32, 34, 114, 117f., 144
 Vatikan 36, 451, 661

- Verband jüdischer Kaufleute und Gewerbetreibender 341
 Verein für das liberale Judentum 345
 Verein für unentgeltlichen Arbeitsnachweis 341, 343
 Verein Makkabi 153, 818
 Vereinigung 1937, siehe Reichsverband der nichtarischen Christen
 Verlag Felix Meiner, Leipzig 812
 Verlag Moritz Schauenburg 478
 Vermögensverkehrsstelle 39, 42, 183 f., 221, 223 f., 260, 325, 386
 Verwaltungsamt der SS/Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft 23, 692
 Vierjahresplan (Behörde) siehe Beauftragter für den Vierjahresplan
 Viermächte-Direktorium 309
 Völkerbund 13, 43, 146, 207, 209, 213, 313, 501, 648 f., 652 f., 701
 Völkischer Beobachter 107
 Volksfront, Die 601
 Volkspartei (SL) 312
 Volksruf 118
 Volks-Zeitung 108
 Waad Leumi 761
 Wahrheit, Die 341 f.
 Warenhaus N. Israel, Berlin 275, 418
 Wasserpolizeibehörde 239
 Wehrmacht 13, 15 f., 106, 284, 321, 325 f., 459, 463, 511, 528, 532, 584, 630, 691 f., 823,
 Weltunion der Zionistischen Revisionisten 804
 Werberat der deutschen Wirtschaft 240, 243
 Westdeutscher Beobachter, Bonn 406
 Wiener Blatt 109
 Wiener Burschenschaft 28
 Wiener Krankenanstaltenfonds 681
 Wiener Kreis 28
 Wiener Morgenzeitung 31
 Wiener Neueste Nachrichten 109
 Wiener Staatsoper 604
 Wiener Tag 108
 Wiener Theater 604
 Wiener Wache 122
 Wiener Werkstätte 28
 Wiener Zeitung 109
 Winterhilfe 410
 Wirtschaftsgruppe Einzelhandel 468
 Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe (Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes) 232 f., 454, 567
 Wirtschaftsminister, Württembergischer 548
 WIZO 153, 197, 267, 484 f., 762
 Woburn House 262, 806
 Women's Appeal Committees 589
 Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 168
 Zentralbüro für Flüchtlingshilfe 732
 Zentrales Flüchtlingskomitee in Warschau 721
 Zentralstelle für die Überleitung Österreichs 126
 Zentralstelle für jüdische Auswanderung
 – Amsterdam 25
 – Prag 25, 43
 – Wien 25, 39–41, 258, 282–284, 308, 323, 393–395, 512, 530, 552 f., 566 f., 585, 608 f., 715, 751, 781–786, 791
 Zigarettenfabrik Garbathy, Berlin 275
 Zionistische Rundschau 40, 153
 Zionistischer Landesverband für Deutschösterreich 153
 Zollfahndungsstelle 233, 578, 618
 Zollverwaltung 233
 Züricher Hochschule 266

Ortsregister

Orte, Regionen und Länder sind i.d.R. nur verzeichnet, wenn sie Schauplätze historischen Geschehens sind, jedoch nicht, wenn sie nur als Wohnorte erwähnt werden.

- Aachen 55,329–335
Ägypten 505,528
Ahrensdorf (b. Luckenwalde) 521
Alaska 502
Albanien 552,732
Algerien 106
Allersberg 540 f.
Alsbach 399
Amerika, siehe USA
Amsterdam 25,332,482,495,504,587 f.,595,619,
663,733,809
Anhalt 50,53
Antwerpen 596,599,686 f.,699,724 f.,775 f.
Argentinien 197,213 f.,219,296,471,552,742,
808
Armenien 146
Arnsberg 482 f.
Aschdoth Jaakow 816 f.
Athen 805
Aussig 826
Australien 46,96,213 f.,216,263,339,344–346,
502,513,552,700,716,742,785
Babenhausen 399
Bad Harzburg 202
Bad Mergentheim 577
Bad Soden im Taunus 519
Baden 140,478 f.,531
Baden (b. Wien) 791 f.
Baden-Baden 200,616,665
Balboa 808
Basel 46,253 f.,731
Bayern 129,398,517,531,719
Bayreuth 603
Beaune 449 f.
Bebra 52,359 f.
Beerfelden 399
Beirut 805,809
Belgien 44–46,206,213,306,316,328,449,
487,552,559,595,598,619,643,686,698 f.,
720,724 f.,728–730,734,742,760,775,791,
808
Belgisch-Kongo 687
Bensheim 399
Bentschen, siehe Zbąszyń
Berchtesgaden 19,310,814
Berlin 13,15,18 f.,22,24 f.,28,40,49,52,60 f.,130,
137,148,158,171,176–182,188,193–196,202,
234,245,256,260 f.,267 f.,274 f.,281,286,290,
292 f.,299 f.,314,335–337,351,353 f.,363,365,
369,373 f.,385,401,409,415,428,439,448 f.,
452 f.,455–461,503 f.,507 f.,516–524,528,
539 f.,547,556 f.,563,565 f.,569,580,583,590,
616,622,625,630,632,638 f.,647,649,655,681,
689,696–698,715–719,722,738 f.,747,784 f.,
802,808,819,822,824
Berlin-Zehlendorf 655
Bern 253,449 f.,728
Bethel 722
Beuthen 469,517 f.,778
Birkenau 399
Blumenthal 390
Bochum 155,518 f.
Böhmen 13,43,304,804
Bohumin 302
Bolivien 289,552
Bomsdorf (b. Bitterfeld) 516,520 f.,719
Bonn 405 f.
Boulogne sur mer 808
Brasilien 197,207,214,263,552,742,777
Bratislava 303
Braunau 131
Breisach (Baden) 514 f.
Bremen 54,200,390,392,743
Breslau 353–355,470 f.,517,524,640,802,814,
823,826 f.
Britisches Reich, siehe Vereinigtes Königreich
von Großbritannien und Nordirland
Britisch-Guayana 558,697,700
Brno 643
Broadstairs/Kent 580–582
Brooklyn 747
Bruchsal 155
Brüderhof 521
Brüssel 405,407,595,619,687,698 f.,724–728,
760,812
Buchau 754
Buchenwald (KZ) 21 f.,55 f.,160 f.,187–196,
274 f.,287,351,355 f.,381,518,521,582,607,611,
635–638,644
Budapest 28,134
Buenos Aires 339,446,559,808
Bukarest 104,146,659
Bukowina 27
Bulgarien 309,809
Burgenland 35,42,137 f.,150,183 f.,244,431,785,
789

- Bürgerhof, siehe Brüderhof
 Caputh (b. Berlin) 375, 520
 Chemnitz 200, 347, 518, 520, 574
 Cherbourg 775, 808
 Chicago 751
 Chile 444, 742, 777, 806, 808, 823
 China 339, 552, 622, 732, 734, 742
 Cleve 824
 Clos-Vougeot 449
 Costa Rica 552
 ČSR, siehe Tschechoslowakei
 Dachau (KZ) 20–22, 55f., 115, 188, 192, 306, 518, 521, 523, 541, 562, 577, 593, 607, 611, 613f., 635f., 644, 708
 Dänemark 206, 228
 Danzig 13, 15, 100, 332, 566, 648–653, 790, 805, 809, 814, 819
 Darmstadt 399
 Deganiah 817
 Den Haag 148, 686
 Dessau 364
 Detmold 662
 Deutschkreuz 152
 Deutsch-Ostafrika, siehe Ostafrika
 Deutsch-Südwestafrika, siehe Südwestafrika
 Dieburg 399
 Diepoldsau (b. St. Gallen) 731
 Dijon 447, 449 f.
 Dinslaken 519
 Domažlice 643
 Dominikanische Republik 47, 552, 700, 761, 763, 765, 770
 Dornheim 399
 Dresden 28, 350
 Duisburg 54, 380
 Düsseldorf 85, 129 f., 272, 329, 333, 336–338, 380, 449, 508, 518f., 751, 810
 Eberstadt 399
 Ecuador 809
 Egelsbach 399
 Eger 11, 301
 Ein-Charod 817
 Eisenach 50, 797, 805
 Ellguth, Oberschlesien 268, 521
 England, siehe Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
 Erez, siehe Palästina
 Essen 54f., 518, 821
 Esslingen 825
 Estland 312, 552
 Evian 46 f., 205–209, 213, 225f., 253f., 354, 659 f., 728
 Feldkirch 253
 Ferch 821
 Finnland 312, 384
 Flensburg 33, 521
 Flossenbürg (KZ) 21, 23
 Florida 768
 Fränk. Crumbach 399
 Franken 274, 276
 Frankfurt a.M. 138, 169, 199 f., 203, 274, 292, 381, 437, 446, 505, 520 f., 568, 720, 755, 771–773, 787, 806, 820
 Frankfurt-Dornbusch 437
 Frankreich 15, 45, 63, 102, 105, 208, 214, 235, 309 f., 315f., 447–449, 460, 468, 470, 488, 490, 509, 529–533, 552, 559, 601, 634, 647, 662–665, 686, 698, 717, 725, 742, 751, 775, 790 f., 798, 808, 819
 Franzensbad 301
 Frauenkirchen 151
 Freiburg 155, 478
 Freienstein 522
 Friedrichstadt 664
 Fürth 359, 615
 Gablonz 301
 Gailingen 779
 Galizien 27, 30, 633
 Gänserndorf 326, 818
 Gdingen 684
 Genf 223, 650, 820
 Gießen 155
 Glatz 551
 Gleiwitz 641, 693
 Gräfenhausen 399
 Graz 35, 341, 342, 784
 Grevenbroich 249 f.
 Griechenland 662
 Griesheim 399
 Groß-Bieberau 399
 Groß-Breesen 195
 Großbritannien, siehe Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
 Groß Gerau 399
 Groß Petersdorf 244
 Groß Rosen (KZ) 23
 Groß-Umstadt 399
 Gruesen 267, 521
 Grunewald 416
 Guadalupe 775
 Guyana 500, 558
 Habana, siehe Havanna
 Hagen 155, 518
 Hagenow 522
 Haiti 764, 769
 Halbe 521
 Halberstadt 155, 202
 Halle/Saale 280, 345, 346, 351, 618
 Hamburg 45, 51, 128, 130, 217 f., 290, 339, 444, 503f., 509, 523, 537, 540–542, 559, 567, 580, 586, 706, 719, 738 f., 743, 748, 763f., 774, 799, 808, 815, 821

- Hamburg-Lokstedt 726
 Hannover 52, 335, 517, 519
 Harwich 589
 Havanna 45, 763–765, 768–770
 Heidelberg 58, 155, 203, 665
 Heppenheim 399
 Hessen 274, 398, 517
 Hietzing 143
 Hildesheim 519
 Hilpoltstein 541
 Hindenburg 518
 Höchst i. O. 399
 Hoek van Holland (Lager) 644
 Holland, siehe Niederlande
 Honduras 552
 Horn 227
 Irak 552
 Isla de los Pinos 764
 Israel, siehe Palästina
 Italien 34, 42, 116, 136, 206, 310–312, 316, 449, 500, 530, 659, 680, 742, 751, 819
 Ivančice 643
 Jamaika 552
 Japan 819
 Jerusalem 138, 491, 582, 723, 753, 807, 816
 Jessen Mühle (b. Sommerfeld) 268, 521
 Jugoslawien 136, 309, 707, 789
 Kalifornien 264
 Kamerun 742
 Kanada 213, 228, 263, 436, 599, 742
 Karlsbad 11, 29
 Karlsruhe 203, 523, 665
 Kärnten 785
 Karpatoukraine 312, 717
 Kassel 52, 337, 364, 485
 Kattowitz 469
 Kehl 665, 686
 Kenya 226
 Kiriath-Bialik 723
 Kittsee 151
 Klein-Krotzenburg 399
 Koblenz 265, 685
 Köln 333, 335, 367, 421, 595–598, 685, 753, 760
 Kolumbien 227
 König 399
 Königsberg i. Pr. 370, 518f.
 Kowno 539
 Krakau 11, 100
 Krefeld 327–330, 334f., 338, 376, 379, 380 f.
 Kreta 809
 Kuba 552, 764f., 769f., 775f., 808
 Küstrin 519
 La Falda 296
 Langen 399
 Leeds 580, 824
 Lehnitz (b. Berlin) 520
 Leipzig 14, 110–118, 274, 281, 293, 350–352, 518, 520, 523
 Lemberg, siehe Lwów
 Lesum 388f.
 Lettland 312, 552
 Libanon 809
 Liberia 512
 Liegnitz 565
 Lima 327
 Linz 801
 Litauen 13, 312, 552, 758f.
 Löbau 351
 Lobetal (b. Bernau) 722
 London 47, 85, 104, 138, 143, 209, 226, 262, 340, 366, 394f., 460, 490 f., 503–506, 540, 554, 556, 564, 569, 581, 587–590, 659, 687, 700 f., 715, 719, 729, 734, 762, 775, 782f., 805, 807, 819
 Long Island 85, 272, 810
 Lörrach (Baden) 253f., 682
 Lorsch 399
 Louny (Laun) 643
 Lowestoft 580f.
 Lublin 37
 Lübeck 786
 Lund 813
 Luxemburg 44, 728, 730, 790
 Lwów 11, 100, 312, 350
 Lyon 663
 Mönchengladbach 380
 Madagaskar 102, 436, 502
 Magdeburg 53, 202
 Mähren 13, 43, 304, 804
 Mährisch-Ostrau 717
 Manětín 643
 Mannheim 203, 519, 523f.
 Marchfeld/Gänserndorf (Lager) 325f.
 Marienbad 300, 462f.
 Markt Piesting 465f.
 Marneffe (Lager) 643, 699
 Marokko 104
 Martinique 775
 Mattersburg 243f.
 Mattersdorf 152
 Mauthausen (KZ) 21, 23
 Mecklenburg 50, 710–712
 Memel 13, 43, 537–539, 758f.
 Mers el Kebir 104
 Merxplas 643, 699, 724f.
 Mesopotamien 753
 Mexiko 808
 Michelstadt 399
 Mödling (Wien) 523
 Monaco 751
 Mönchengladbach 380
 Montevideo 662
 Moskau 105, 180, 363, 384

- Mühlheim a.M. 399
München 42, 53, 87, 161, 210, 264, 326, 359, 364, 385, 397, 416, 433f., 455, 473, 517, 520, 524, 540, 583, 603, 796
Natzweiler-Struthof (KZ) 23
Naumburg 351
Nebraska 502
Neu-Bentschen, siehe Zbąszyń
Neuendorf (b. Fürstenwalde) 520 f.
Neuengamme (KZ) 23
Neu-Isenburg 519
Neulengbach 252
Neumünster 461
Neuseeland 742
New York 35, 85, 136–138, 142 f., 185, 209, 262 f., 268 f., 272, 340, 460, 505, 703, 748, 763–765, 769, 810
Niederlande 44–46, 146–148, 206, 208 f., 235, 265, 316, 337, 407, 442, 482, 487, 495, 506, 552, 579 f., 587 f., 595, 619 f., 643, 662 f., 686, 698 f., 720 f., 728 f., 733 f., 775, 809, 828
Niederösterreich 295
Niendorf 340, 445 f., 509, 813
Norwegen 206, 663
Nuits-St-Georges 449 f.
Nürnberg 155, 359, 439, 518, 520, 522, 540–544, 556, 583, 612 f., 616, 618
Ober-Ramstadt 399
Oberhausen 518
Obersalzberg (b. Berchtesgaden) 34, 129
Offenbach 399
Ohlsdorf 586
Oldenburg 398
Olympiastadion, Berlin 179, 180
Ommen 727
Oranienburg 21, 445, 456, 460, 504 f., 509, 518, 622, 624, 632
Oslo 663
Ostafrika 226, 489 f., 742
Österreich 7, 13–19, 25, 27–41, 44 f., 91, 105, 107–109, 114, 116 f., 125–130, 136–140, 144, 147, 149 f., 170 f., 185–187, 205–210, 216, 220, 228–230, 253, 261, 283, 307, 321, 322 f., 343, 395, 401, 414, 426, 429, 431, 533, 535, 566, 571, 585–588, 605, 608–611, 619 f., 658, 681, 695, 715 f., 731, 733, 758, 761, 781–785, 789
Ostmark, siehe Österreich
Ostpreußen 274, 691
Ozeanien 742
Palästina 24, 30, 46, 62, 98, 101–104, 121, 138, 142, 168, 175, 187, 197, 215 f., 226, 228, 259, 267–269, 318, 323, 353–356, 366, 375, 394, 447, 474, 502, 512, 514 f., 552 f., 558, 570, 582 f., 589, 617, 621, 644, 654, 661 f., 697, 716, 723, 732, 734, 742, 761, 778, 782, 784 f., 789 f., 804 f., 809, 824, 826
Panama 552, 808 f.
Paraguay 552, 742, 808
Paris 52, 103, 138, 203, 206, 214, 225, 228, 336, 363, 365 f., 394 f., 401, 409, 439, 441, 446–453, 509, 517, 533, 613, 615, 642, 659, 686, 715, 766, 775, 782, 802, 805, 822
Pfalz 519
Pforzheim 157
Pfungstadt 399
Philippinen 700
Polen 7, 15, 30, 37 f., 42, 47, 52, 63, 99–102, 136, 146, 304, 309, 311 f., 317 f., 331, 333, 347–351, 356–359, 425, 452, 456, 469, 484, 488, 501, 563, 594, 619, 622, 633, 643, 649, 653, 658–661, 687, 721, 728, 732, 789, 798, 814, 819, 824, 827
Polzenwerder 522
Portugal 539
Potsdam 375, 739 f.
Prag 13, 25, 42 f., 137, 301, 411, 619, 644, 659
Preußen 26, 129, 529, 531, 549
Ravensbrück (KZ) 21
Reichelsheim 399
Reigate, Großbritannien 540
Republik St. Domingo, siehe Dominikanische Republik
Rheinland 178, 338, 456, 517, 787
Rhens, Kr. Koblenz Land 785
Rhodesien 552, 697–700
Rhodos 805
Richborough/Kent 654, 778
Rimbach 399
Rom 36, 263, 266, 448, 528
Rosenau 519
Rosenberg 801 f.
Rostock 518 f.
Rotenburg 362
Rothenburg 517
Rotterdam 332, 686
Rumänien 47, 57, 99, 105 f., 147, 309, 312 f., 317 f., 621, 652, 660 f., 732, 812 f.
Rüsselsheim 399
Russland, siehe Sowjetunion
Rustschuk 809
Saarbrücken 37, 460
Saarburg 685
Saarland 37, 302
Sachsen 50, 110, 531
Sachsenhausen (KZ) 20–23, 55 f., 188, 194, 445, 504, 518, 523, 621, 778
Saint Germain 31, 33, 36, 150
Saloniki 663
Salzburg 32, 227, 603, 605, 710, 785
Santiago 777
Santo Domingo, siehe Dominikanische Republik
Sarajewo 530
Schleswig 664
Schneidemühl 236, 519

- Schwarzwald 200, 202
 Schweden 45, 206, 552, 742, 777
 Schweinfurt/Franken 276
 Schweiz 45f., 136, 206, 235, 253–255, 316, 337, 369, 449f., 487, 533, 643, 682, 720, 728–734, 742, 790
 Seligenstadt 399
 Senftenberg 519
 Sennfeld 521
 Serbien 533
 Shanghai 15, 338f., 582f., 695, 697, 718, 790, 808, 818, 822
 Siam 809
 Silingtal (Sulistrowiczki) 521
 Skandinavien 662
 Slowakei 42–44, 304f., 314, 322, 644, 761
 Sopron 150
 Southampton 332
 Southwald 581
 Sowjetunion 7, 16, 57, 63, 97, 105, 310, 312, 383f., 532f., 591, 728, 742, 819
 Spanien 91, 125, 728, 819
 Spremlingen 399
 St. Gallen 46
 St. Nazaire 808
 Steckelsdorf (b. Rathenow) 521
 Steiermark 39, 785
 Steinheim a.M. 399
 Stockerau 278
 Stuttgart 85, 199, 273, 332, 473f., 485, 522, 544, 577, 616, 644, 688, 751f., 770, 787
 Südafrika 207, 266, 486–489, 742
 Sudetenland 13–16, 41–44, 301–305, 321, 414, 462, 511, 804
 Südhannover-Braunschweig 576
 Südwestafrika 742
 Sulina 808, 810
 Syrien 146, 269, 809
 Tanger 775
 Tel-Josef 817
 Teplitz-Schönau 11, 41, 301
 Tetschen-Bodenbach 301
 Tirol 785
 Togo 742
 Triest 34
 Trinidad 552
 Tripoli 809
 Tschechei, siehe Tschechoslowakei
 Tschechoslowakei 15–17, 41–43, 136, 301–305, 309–316, 363f., 414, 431, 488, 499, 501, 533, 552, 643, 717, 728, 732, 734, 742, 761f., 808, 826
 Türkei 105, 146, 309, 439, 444
 UdSSR, siehe Sowjetunion
 Uerdingen 374, 381
 Ukraine 105
 Ungarn 30, 42, 44, 134–137, 150f., 303, 305, 314, 318, 431f., 501, 552, 643, 659–661, 686, 717, 731f.
 Urfeld 521
 Uruguay 552, 808
 USA 15, 45, 85, 176, 195, 235, 269, 332, 503, 542, 552, 662, 688, 715, 718, 742, 747, 751, 775, 786, 788, 806, 810, 820
 Uschhorod 303
 Utrecht 145
 Vegesack 390
 Vereinigte Staaten (von Amerika), siehe USA
 Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland 15, 45f., 63, 96, 104, 148, 177, 207, 226, 235, 306, 310, 316, 347, 366, 407f., 414, 423, 447, 452, 460, 471, 487–491, 495, 498, 501f., 506, 529–533, 538, 540, 552, 554, 561, 580f., 587–590, 604, 621, 644, 654, 686f., 697, 700, 712, 717, 734, 747, 752, 765, 770, 775–777, 788, 791, 804, 806, 808, 815, 818f., 824
 Versailles 181, 659
 Viersen 380
 Vorarlberg 253, 785
 Vorder-Indien 552
 Wannsee 276, 416
 Warschau 28, 99–101, 456, 653, 721
 Wartburg 792
 Wartenstein/Ostpreußen 523
 Washington 55, 137, 206, 460
 Weimar 178, 187f., 293, 459
 Wien 25–42, 33, 46, 51, 57f., 107, 110–116, 119–122, 124, 129f., 133–138, 143, 145, 149–153, 170–176, 183–186, 204–207, 212, 221, 227–232, 244, 250–253, 258–260, 263, 282–284, 295, 296f., 306f., 341, 343, 373, 385f., 393–396, 426–428, 431, 458, 517, 522f., 550, 554, 561, 566f., 580–585, 590, 593–596, 603, 608–611, 619, 642, 659, 681, 689, 703, 708, 715f., 721f., 734f., 751, 753, 757f., 766f., 774, 782–786, 791f., 818
 Wiener Neustadt 465
 Wien-Hütteldorf 561f.
 Wilhelminenhöhe 284
 Wolfskehlen 399
 Wöllersdorf (KZ) 194
 Worms 155
 Würzburg 397, 517, 528
 Zagreb 705, 707
 Zbąszyń 52, 456, 563–565, 761, 789
 Zürich 710
 Zwosten 322f.
 Zypern 552

Personenregister

- Abe, Henry 563, 565
Abraham, Ilse, geb. Malsch 812
Abs, Hermann Josef 256–258
Achilles, Theodore Carter 124 f., 701
Adler, Amanda, siehe Nothmann, Amanda
Adler, Flora, siehe Fröhlich, Flora
Adler, Karl 473 f.
Adler-Rudel, Salomon 214, 589 f.
Adorno, Theodor W. 766
Aichinger, Gerhard 110
Albrecht, Hans (Johannes) 726
Alexander, Kurt 337, 376 f., 379
Alkan, Adele, geb. Wolfers 375
Alkan, Eva (Chava) 375
Alkan, Leopold 375
Alker, Hermann Reinhard 161
Allwörden, Wilhelm von 127, 444
Alpers, Friedrich 416
d'Alquen, Gunter 498
Altermann, Hermann 467
Amsinck jr., Johannes 586
Andreae 509
D'Annunzio, Gabriele 107
Anyasz 687
Appel, Katharina 323
Apt, Margarete, siehe Korant, Margarete
Arendt, Dora, geb. Ostrower 815
Arendt, Leo 815
Arendt, Norbert 815
Arinstein, Leo 87
Aristoteles 494
Arlt, Fritz 803, 812–814
Arndt, Günther 508
Aslan, Raoul 604
Atatürk, Kemal 439, 444
Auerbach, Adele 540
Avriel, Ehud, siehe Ueberall, Ehud
Baarová, Lída 458
Babad, Josef 394
Backer, George 717
Badrian, Heinz 469
Baeck, Leo 61, 246, 504
Baerwald, Paul 516
Balcke, Robert 296
Baldwin, Stanley 539
Balfour, Arthur James Lord 589
Ballin, Albert 529
Bamberger, Ludwig 529
Bandel, Eugen 497
Baranowski, Hermann 625
Barbasch, Ludwig 195
Barth, Karl 325
Baruch, Bernard 137
Bau, Dr. 268
Bauer, Otto 28
Bauer, Wilhelm 795
Becher, Johannes Robert 646
Beck, Józef 102
Beck, Ludwig 459
Beckers 376
Beethoven, Ludwig van 88, 522, 708
Beetz, Wilhelm 752
Behrendt, Walter Curt 371
Behrens jun., Eduard Ludwig 444
Behrens, Franziska, geb. Gorrisen 444
Behrens, Frau 482 f.
Behrens, George Eduard 444
Behrens, Herr/Dr. 482
Behrens, Mr. 544
Bell, Kennedy Allen, Bischof von Chichester 209
Ben-David, Ruth, siehe Spier, Ruth
Bendix, Hans 579
Benecke 340 f.
Beneš, Edvard 533
Benjamin, Walter 766, 768
Bentwich, Norman 215
Berenberg-Gossler, Clarita von, siehe Specht, Clarita von
Berenberg-Gossler, Cornelius Freiherr von 339 f., 444–446, 509, 539, 567, 586, 738 f., 813 f.
Berenberg-Gossler, Heinrich von 339 f., 446, 539, 813 f.
Berenberg-Gossler, Hellmuth von 340, 444, 539, 739
Berenberg-Gossler, Nadia von, geb. Oesterreich 339 f., 444, 446, 509, 539, 813
Berenberg-Gossler, Nadia von (Nadinka) 446
Bérenger, Henry 208, 213, 215, 226
Berg, Isaak ter 391
Berger, Rosa, siehe Zopf, Rosa
Berggrün 823
Bergh, Samuel van den 482
Bergh, Simon van den 482
Berglas, Alfred 564
Berglas, Jacques 563
Bergmann, Paul 581
Berley, Lord 216
Bermann 269
Bern, Fred H., siehe Bernheim, Manfred
Bernaschek, Paul 386
Berndt, Alfred-Ingemar 364

- Bernhard, Georg 106, 529
 Bernheim, Jakob 515
 Bernheim, Julius 754
 Bernheim, Karolina, geb. Weil 754
 Bernheim, Manfred 754
 Best, Werner 26, 60, 86, 290, 453, 609, 690, 798
 Bethmann, Simon Moritz Freiherr von 446
 Betke, W. 759
 Beyer, Waldemar 823
 Bibra, von 254
 Bickel, Berly, geb. Braadland 407
 Bickel, Ernst 407
 Biema, Adolf van 296
 Bierbaum, Otto Julius 646
 Bill, Crow 581
 Bing, Rudolf 612f.
 Bischoff, Adalbert 150
 Bismarck, Otto von 29, 33, 106
 Bittel 449
 Blair, Floyd Gilbert 125
 Bleichröder, Gerson von 529
 Blesene 288
 Blessing, Carl 436
 Blöde, Editha Charlotte, geb. Kutnewsky
 340, 444
 Blomberg, Werner von 15f., 284
 Blozheimer, Melanie, siehe Breisacher, Melanie
 Bluhm, Arthur 327–338, 376–383
 Bluhm, Johanna (Hanna) Herta, geb. Heimann
 331, 335f., 376, 378, 381–383
 Blum, Leon 532
 Blumenthal, Michael 15
 Böcklin, Baron von 201
 Bodelschwingh, Friedrich von 722
 Bogner, Hans 534f.
 Böhme 494
 Böhme, Rudolf Moritz Franz 351
 Böhnstedt, Günter 280
 Bolle, Friedrich 336, 376
 Bondy, Curt 197, 520
 Bondy, Joseph Adolf 107
 Bonnet, Georges Étienne 315, 457, 601, 652
 Bonnet, Hans 407
 Borchard 551
 Bormann, Martin 408
 Both, Joachim (Chaim) 397, 520
 Botzenhart, Erich 648
 Braadland, Berly, siehe Bickel, Berly
 Bradfisch, Otto 353
 Bradford, John 505
 Brandl, Rudolf Hermann 142, 279
 Brannsen 216
 Brauchitsch, Walther von 16, 284
 Braun, Herbert Andreas 337
 Braun, Rosa, siehe Rado, Rosa
 Braune, Paul Gerhard 722
 Brecht, Bertolt 767
 Breisacher, Leopold 514
 Breisacher, Melanie, geb. Blozheimer 514
 Breisacher, Sigmar Benno 514
 Breitensträter, Hans 622
 Breucker, Wilhelm 531
 Briefwechsler 747
 Brinckmann, Rudolf 127f.
 Brindlinger, Wilhelm 539
 Brinkmann, Rudolf 435, 482
 Bröger, Karl 646
 Brú, Laredo 764
 Bruck, Ernst 727
 Bruck, Margarete, geb. Kaeß 726
 Brunner, Alois 751
 Brunner, Andreas 801
 Brunnmüller, Franz 224
 Brunnmüller, Norbert 224
 Buber, Martin 485
 Buch, Walter 358
 Büchner, Georg 561
 Buell, Raymond Leslie 125
 Bürckel, Josef 35–37, 127, 153, 182, 220, 223, 252,
 258, 295, 307f., 325, 386f., 431, 435, 534, 585f.,
 608, 781f.
 Burckhardt, Carl J. 652
 Burgdörfer, Friedrich 212, 648
 Burkart, Gottfried 541, 543f.
 Busemann, Ernst 446
 Butler, Harold B. 208
 Buttenwieser, Benjamin Joseph 505
 Buxbaum, Siegfried (Fritz) 462
 Buzzi, Richard 258f.
 Cahn, Frieda, siehe Oppenheim, Frieda
 Cahn, Jaques 780f.
 Cahn, Mathilde, geb. Rotbarth 438
 Cahn, Robert 438
 Cahnman, Werner 30, 33
 Callender, Harold 639
 Camuzzi, Siegfried 295
 Cantilo, José María 218
 Carnier, Julius 820
 Carol II. 313
 Carter, John 125
 Carvell, John Eric Maclean 540
 Cassell, Curtis Emanuel 505
 Cassirer, Ernst 493
 Černík, Paula, siehe Toček, Paula
 Chajes, Zwi Perez 175
 Chamberlain, Arthur Neville 309f., 448, 471,
 487f., 490f., 501, 509, 601, 620
 Chamberlain, Joseph P. 137
 Chaplin, Charlie 774
 Chodacki 650
 Churchill, Winston 366, 460, 471
 Chvalkovský, František 364

- Ciano, Galeazzo 448
 Clauß, Ludwig Ferdinand 492
 Claussen, Carl 539
 Claussen, Martha, geb. Pulvermacher 539
 Codreanu, Corneliu Zelea 3B, 621
 Cohen 531
 Cohen, Benno, siehe Cohn, Benno
 Cohen, David 495
 Cohen, Hermann 493, 795
 Cohn, Benno 268, 554
 Cohn, Emil, siehe Ludwig, Emil
 Cohn, Fritz 438, 723
 Cohn, Gertrud (Trudi), geb. Rothmann 803
 Cohn, Moritz 723
 Cohn, Susanne 803
 Cohn, Tamara 803
 Cohn, Willy 802f., 814f.
 Coudenhove-Kalergi, Richard Graf von 343
 Coughlin, Charles Edward 662
 Cramer, Josef 684
 Crémieux, Isaac-Adolphe 104
 Czarnolewski 725
 Czollak, Mono (Amandus) 802
 Daladier, Edouard 448, 509, 601
 Dale, Henry H. 129
 Daluege, Kurt 419
 Damian, Leopold Danton 388
 Danckwerts, Justus 690
 Dannecker, Theodor 24, 205
 Darányi, Kálmán 134
 Dashiff, Irwin Jacob 821
 Davidsohn, Ludwig 823
 Deeters, Gerhard 407
 Degkwitz, Rudolf 813
 Delcassé 530
 Dewitz, Hans-Achim von 99
 Dieckhoff, Hans-Heinrich 125
 Dienemann, Max 96
 Dietrich, Otto 364
 Díez de Medina, Eduardo 289
 Dühr, Otto 379
 Döblin, Alfred 646
 Dollfuß, Engelbert 32, 34, 108, 144, 702
 Donandt, Walter Rudolf Ferdinand 667
 Dornberger, Georg 541–544
 Dreyfus, Alfred 647
 Dreyfus, Jacques 280
 Dreyse, Friedrich Wilhelm 258
 Dubnov, Simon 341
 Dünner, Josef Hirsch 372
 Dürrfeld, Ernst 325
 Eberhard, Otto 293
 Eberhardt, Johannes 664
 Eberstein, Karl Friedrich Freiherr von 398
 Ebert, Friedrich 531
 Eden, Anthony 460, 471
 Ehrlich 565
 Ehrlich, Gertrud, siehe Meyer, Gertrud
 Ehrlich, Jakob 32, 149
 Ehrlinger, Erich 133, 401
 Eichhorn, Ida 296
 Eichhorn, Walter 296
 Eichmann, Adolf Karl 23–25, 37, 40 f., 43, 46, 58, 60, 152, 170, 172, 184, 207, 282f., 323, 394, 401, 408, 554, 608, 715, 753, 781f., 786, 808
 Eicke, Theodor 188, 290, 691–693
 Eilberg 538
 Eis, Maria 604
 Eisenhuth, Heinz 793
 Eisenlohr, Ernst 657
 Eisner, Kurt 531
 Eitje, R.H. 495
 Ellenberg 360 f.
 Ellguther 551
 Elst, Gerda in der, siehe Servos, Gerda
 Emanuel, Manfred 360 f.
 Emanuel, Martha, geb. Oppenheim 360
 Emerson, Sir Herbert 696–698, 701, 775
 Engel, Emil 228, 250, 393
 Engel, Hans 756
 Engländer, Ernst 503–506
 Engländer, Georg 806
 Eppstein, Paul 61f., 206, 215, 565, 694, 775, 822
 Erdmann, Gerda 557
 Ermisch 738
 Esch (Pater) 266
 Essen, Wolfgang 127
 Exiner, Dr. 269
 Falk, Baruch 664
 Falk, Frieda, geb. Kellermann 482
 Falk, Friedrich Alexander (Fritz) 482f.
 Falk, Lore 482
 Falk, Marta 482
 Falk, Paul 482
 Falk, Viola, geb. Heymann 664
 Falke, Konrad 767
 Falkenheim, Hugo 246
 Fallada, Hans 365
 Faubel, Julius 278
 Feigelstock, Hugo 150
 Feilchenfeld, Werner 207
 Feiner, Paul 818
 Fertsch 509
 Fey, Emil 144
 Fichte, Johann Gottlieb 529
 Finkelt 823
 Fischböck, Hans 258f., 295, 322, 386, 426–431, 435
 Fischer, Eugen 210f.
 Fischer, Heinrich 150
 Fischer, Otto Christian 496, 498
 Fischer, Sidonie 151

- Fischer, Siegmund (Sigmund) 151
 Fischer-Defoy, Werner 771
 Fleck, Richard 158
 Flemke, Hugo 741
 Fontane, Theodor 440
 Forster, Albert 814
 Förster, Karl 541
 Fosdick, Raymond B. 137
 Foy, Robert de 728 f., 734
 François-Poncet, André 448
 Fränk, Gerhard 291f.
 Frank, Hans 38, 1 B, 354
 Frank, Karl Hermann 43
 Frank, Philipp 28
 Frank, Walter 536, 647 f., 796–798
 Frankenburger, Alexander 615
 Frankenburger, Leonhard 615
 Frankenthal, Ludwig 352 f.
 Frankfurter, David 337, 533
 Frankfurter, Salomon 32, 35
 Franz Ferdinand 530
 Franz I. 522
 Fredericia, Walter, siehe Petwaidic, Walter
 Freier, Recha 268
 Freud, Sigmund 28, 129 f.
 Freund, Friedrich 469
 Freund, Johanna, siehe Nothmann, Johanna
 Freund, Josef 469
 Frick, Wilhelm 127, 132, 141 f., 163, 196, 272, 279, 402, 408, 431, 436, 472 f., 550, 645, 746
 Fried, Adolf 151 f.
 Fried, Alexander 151 f.
 Fried, Riza 152
 Friedenthal, Hans 268, 555
 Friedländer 470
 Friedländer-Fuld 529
 Friedmann, Artur 293
 Friedmann, Desider 32, 40, 149
 Friedmann, Hermann 293
 Friedrich II. 148
 Friedrich Wilhelm IV. 529
 Fritsch, Werner Freiherr von 16, 284
 Fritzsche, Hans 409
 Fröhlich, Flora, geb. Adler 469
 Fröhlich, Martin 469
 Fromm, Jolanthe, geb. Wolff, siehe Wolff, Jolanthe
 Fromm, Raymond 712
 Frühling, August 388 f., 391, 393
 Fuchs, Martin Erich 788
 Fuller 273
 Funder, Friedrich 108 f.
 Funk, Walther 16, 414, 422, 426 f., 429 f., 433–435, 437, 550
 Fürstenberg, Egon Sally 579
 Fürstenberg, Paul 578
 Fürstenheim, Hermann 520
 Fust, Herbert 398
 Gaertner, Gustav 786
 Gaertner, Melanie, geb. Schalek 786
 Gahrman, Theodor 757 f.
 Gail, Auguste 287
 Gail, Caroline (Lina) 287
 Gail, Mathtilde 287
 Ganzer, Karl Richard 535, 648
 Gärtner, Friedrich 307, 680 f.
 Gater, Rudolf 182
 Gedy, George Eric Rowe 143
 Geiershoefer, Else Amalie, geb. Kann 540
 Geiershoefer, Erik 540–544
 Geiershoefer, Herbert 540 f.
 Geiershoefer, Magda, geb. Ruhl 540, 543 f.
 Geiershoefer, Otto 540
 Geiershoefer, Susanne, siehe Schulenburg, Susanne
 Geller, Adele, geb. Stahr 642
 Geller, Isidor 643
 Geller, Norbert 642
 Geller, Richard 642
 Geller, Sigmund 642
 Gelles, Siegfried 380
 George, Stefan 796 f.
 Gerber, Harry 437
 Gerson, Nanni Bianca, siehe Lipski, Nanni Bianca
 Gerstle, Siegfried 264
 Gheel Gildemeester, Frank van 610, 709
 Gideon, Hans 640
 Gimpel, Paul Johann Moritz 792
 Ginhart, Karl 213
 Gisevius, Maria, siehe Kahle, Maria
 Glaser, Mara, siehe Landau, Mara
 Globocnik, Odilo 37, 212, 385
 Göbbels, Hermann 739 f.
 Göbbels, Ottilie, siehe Spitzer, Ottilie
 Godman, Thomas 701
 Goebbels, Joseph 13, 16, 24, 53, 57, 130, 142 f., 179–182, 234, 363 f., 385, 397, 414–416, 418, 423, 429, 431, 434 f., 437, 439, 452, 455–460, 525, 617, 796
 Goethe, Johann Wolfgang von 106, 603, 797
 Goga, Octavian 104, 3 B, 317, 659
 Goldberg, Adolph 54, 389, 393
 Goldberg, Emma, geb. Maas 483
 Goldberg, Hugo 483
 Goldberg, Martha, geb. Sussmann 54, 389, 393
 Goldmann, Nahum 214, 216, 652
 Goldscheid, Rudolf 28
 Goldschmidt 529
 Goldschmidt 748
 Goldschmidt, Hans 88
 Goldschmidt-Brodsky, Marguerite 760

- Goldsmith, Milton J. 769
 Goldstein, Emilie 406
 Goldstein, Ludwig 370
 Gómez, José Miguel 764
 Göring, Emmy, geb. Sonnemann 703
 Göring, Hermann 15f., 18–20, 25f., 38f., 47f., 51, 57–60, 126, 139, 141, 144–146, 163, 220, 223, 233, 280, 300, 314, 319–322, 325, 403–405, 408f., 414–437, 445, 459, 497, 573, 583, 609, 617, 645, 656, 667, 693, 696f., 703f., 717, 779
 Gorrisen, Franziska, siehe Behrens, Franziska
 Goseling, Carolus Maria Joannes Franciscus (Carel) 208
 Gottschalk, Max 760
 Götsche, Claus 537
 Gradnauer 531
 Graewinkel, Fritz 578
 Gregory 586
 Greilsamer, Herbert 515
 Greiser, Arthur 650
 Grimmelshausen 534
 Gritzbach, Erich 704f.
 Groß, Arthur 390–392
 Groß, Walter 804
 Grötzi[n]ger 87
 Grüber, Heinrich Karl Ernst 50, 722, 777
 Grumach, Ernst 823
 Grumbach, Louis J. 505
 Grün, Maurycy Moses 394
 Grünbaum, Oskar 149
 Grundmann, Walter 796
 Grünwald 351
 Grunsky, Hans Alfred 647
 Grünspan, Herschel, siehe Grynspan, Hershel
 Grybowski, H. 564
 Grynspan (Grynspan, Grynspan, Grünspan), Hershel (Herszel, Herschel) 52f., 57, 336, 370, 457, 500, 533, 564, 590, 613
 Gumbel, Malwine, geb. Günsberg 384
 Gumbel, Peter Paul 384
 Gumbel, Siegfried 383f.
 Gumpert, Martin 766
 Gundlach, Clara, siehe Wenderoth, Clara
 Gundolf, Friedrich 796f.
 Günsberg, Malwine, siehe Gumbel, Malwine
 Günther, Hans 791
 Günther, Rolf 791
 Gürtner, Franz 270, 279, 358, 424, 482, 746
 Gustloff, Wilhelm 130, 337, 417, 533
 Gutmann 769
 Gutmann, Hermann 542
 Haas 531
 Haas, Flory, siehe Oppenheimer, Flory
 Haase 531
 Haase-Lampe, Wilhelm 786
 Hácha, Emil 43, 717
 Häckel 352f.
 Haeckel, Ernst 794f.
 Hagelmann 340f.
 Hagen, Herbert 24f., 40, 152, 170, 210, 259, 282f., 341, 512, 550, 683, 694
 Hahn, Hans 28
 Hahn-Warburg, Lola 590
 Hailey, William Malcolm 698
 Halifax, Edward Frederick Lindley, Lord 301f., 488, 490f., 509
 Hallwachs, Robert Franz August 163
 Halmschlag, Norbert 224
 Halperin, Leo 376f.
 Halpern, Henriette, geb. Löwin 334f.
 Halpern, Wolf 334
 Hamberg, Percy 586
 Hanemann, Moritz (Moshe) 759
 Hansson, Michael 213
 Harand, Irene 343
 Harden, Maximilian 530, 648
 Hardenberg, von 529
 Harder, Anton Dietrich 389f., 393
 Harland, David 581
 Hartenau, W. 530
 Hartl 683
 Hartmann 439
 Hartmann 446
 Hartmann, Hermann 461
 Hasenhöller, August 446
 Hasselbacher, Karl 134
 Hausbrandt, Alfred 372
 Hechinger, Julius 825
 Heckl, Lukas 87
 Hedding, Otto 132
 Heerwagen, Werner 799–801
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 494
 Heigl, Otto 359
 Heimann, David 267
 Heimann, Else, siehe Michaelis, Else
 Heimann, Johanna Herta, siehe Bluhm, Johanna Herta
 Heimann, Karl 825
 Heimann, Klara, geb. Arnfeld 267
 Heimann, Rosa, geb. Arnfeld 267
 Heimann, Thekla, siehe Hirsch, Thekla
 Heine, Heinrich 306, 562, 708, 797
 Heinrich 397
 Heinrich, Klotilde 244
 Heinrich, Ludwig 244
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf von 24, 234, 363
 Helwig, Hans 625
 Henderson, Sir Neville 819
 Henlein, Konrad 41, 301, 355
 Herr 306
 Hertzog, James Barry Munnick 487
 Herzberger, André 495

- Herzfeld, Albert 129
 Herzfeld, Ilse, siehe Krips, Ilse
 Herzl, Theodor 28 f., 343
 Heß, Rudolf 439, 746, 804
 Heun, Bernhard 772
 Heuser 780
 Hewel, Walter 486
 Heydrich, Reinhard 21, 25 f., 53, 59 f., 87, 160, 233, 290, 367 f., 401, 415, 419–422, 424, 428, 430–436, 442 f., 523, 609, 657, 697, 738, 776, 804
 Hiemer, Ernst 633
 Hilferding, Rudolf 28, 532
 Hilgard, Eduard 410, 417–423
 Hille, Ernst Walther 350
 Himmler, Heinrich 20 f., 23 f., 26, 59, 196, 274, 363, 434, 440, 523
 Hinkel, Hans 456
 Hinrichs 453
 Hinz 287
 Hinz, Walther 408
 Hirsch 504 f.
 Hirsch 531
 Hirsch, Gerhard-Mosche 267
 Hirsch, Otto 61 f., 206, 215, 504 f., 565, 694 f., 775
 Hirsch, Ruth 267
 Hirsch, Thekla, geb. Heimann 267
 Hirsch, Wolfgang-Awraham 267
 Hirschberg 323
 Hirschberg, Alfred 97
 Hirschberg, David 323
 Hirschfelder, Kurt Isidor 332
 Hitler, Adolf 15–17, 19, 24, 29, 34, 36 f., 41–43, 53, 59 f., 63, 97, 116–119, 121, 124, 126, 130, 132 f., 139, 142, 144, 150, 162, 168, 272, 284, 287, 301, 310 f., 315, 355, 359, 366, 445, 448, 457–460, 463, 486, 490, 509, 515, 533, 536, 539, 591, 593, 604, 612, 620, 647, 678–680, 739, 746, 814
 Hoare, Sir Samuel 499
 Hoberg, Clemens August 798
 Hochdorf, Max 646
 Hodža, Milan 303
 Hofbauer, Klemens Maria 535
 Hoffmann 158
 Hoffmann, Albert 252
 Höfler, Otto 796 f.
 Hofmann, Johannes 212
 Hofmannsthal, Hugo von 603
 Höhmann, Gottlieb 376
 Höhmann, Wilhelm Gottlieb 336
 Hoisak, Josef 801
 Hölderlin, Friedrich 797
 Holfelder, Albert 526 f.
 Honaker, Samuel 199, 544
 Hoover, Herbert 214
 Hörchner, Hugo 293
 Hore-Belisha 532
 Horkheimer, Max 766 f.
 Horthy, Miklós 272
 Hoßbach, Friedrich 16
 Höttl, Georg Wilhelm 373
 Howorka, Otto 109
 Hruby, Robert 224
 Hüchtemann, Ewald 286, 288
 Hufsky, Karl 801
 Hühnlein, Adolf 455
 Hülff, Wilhelm 691, 693
 Hull, Cordell 137, 176, 205
 Humpert, Viktor 328
 Hünchen, Hilde 90
 Hundt 182
 Hunger, Kurt Fritz Heinz 792
 Hürter, Emil 329–331, 376
 Husserl, Edmund 493 f.
 Hyman, Joseph C. 154, 516, 717
 Ibn Saud, Abd al-Aziz 104
 Ihering, Herbert 646
 Innitzer, Theodor 36, 108
 Intrator, Gerhard 563
 Irma 86, 812
 Jabotinsky (Zabotinskij), Wladimir Zeev 102, 804
 Jahns, Friedrich 389
 Jameson 581
 Janenz, Emil, siehe Jannings, Emil
 Jannings, Emil 365
 Jannsen, Hermann Friedrich 578, 780
 Jaramillo-Arrango, Jaime 452
 Jastrow, Hedwig 62, 512
 Jerabek, Erwin 702
 Jerzabek, Anton 31, 118
 Jesenská, Milena 42
 Joachimi, Paul 704 f.
 Jones, Trevor 340
 Joseph, Josef 765
 Joseph, Max 513
 Joseptal, Georg 589
 Joubert, Joseph 767
 Jüchen, Aurel von 712
 Julier, Johann 604
 Junck, Alfred 701, 703
 Jungheim 323
 Jungheim, Aron 323
 Kaack, Hans 727
 Kaack, Johanna, geb. Strelitz 726 f.
 Kaack, Rolf 727
 Kaeß, Margarete, siehe Bruck, Margarete
 Kafka, Franz 646
 Kahle, Ernst 406
 Kahle, Hans 406
 Kahle, Maria, geb. Gisevius 405–408

- Kahle, Paul 406
 Kahle, Paul Ernst 405f.
 Kahle, Theodor 406
 Kahle, Wilhelm 406, 408
 Kahn 748
 Kahn, Bernhard 35f.
 Kaiser, Georg 646
 Kaiser, Hellmuth 646
 Kaltenbrunner, Ernst 373
 Kamerase 158
 Kamill 306
 Kamm, Ernst 541
 Kämpf, Werner 682
 Kann, Else Amalie, siehe Geiershoefer, Else
 Amalie
 Kant, Immanuel 493, 795
 Kantorowicz, Ernst 797
 Kappes, Adolph 359
 Kappes, Clara, geb. Lips 359–362
 Kappes, Gerda, geb. Wenderoth 359–362
 Kappes, Werner 359, 361
 Karafiat, Hans 278
 Karminski 777f.
 Karminski, Hannah (Johanna Minna) 197
 Karp, Mendel Max 563–565
 Kastein, Josef 485
 Katz, Nathan 274
 Kauffmann, Moritz Otto 444–446
 Kauffmann, Richard 340, 445f.
 Kaufmann, Karl 800
 Kautzky 531
 Kehrl, Hans 182, 420–422
 Keitel, Wilhelm 16, 284, 463
 Kellermann, Herta 482
 Kellermann, Frieda, siehe Falk, Frieda
 Kellner, Viktor 186f.
 Kelsen, Hans 28
 Kenedy, Louis 137
 Keppler, Wilhelm 38f., 126f., 153, 322
 Kerrl, Hanns 132, 142
 Keun, Irmgard 619
 Kimmel, Ruth 723
 Kinzel, Josef 466
 Kittel, Gerhard 647
 Klaholt, Franz 334
 Klee, Alfred 246
 Klee, Paul 768
 Kleefeld, Paula, siehe Schwab, Paula
 Klein 748
 Klein, Arnold 228
 Klein, Siegfried 380
 Kleinschmidt, Friedrich Wilhelm Karl Heinrich
 710–712
 Kleist, Heinrich von 797
 Klemperer, Eva 155, 157
 Klemperer, Victor 15, 57, 63, 155, 157
 Klimt, Gustav 28
 Klinger, Adele 582f.
 Klinger, Isidor 582f.
 Klosterkemper, Heinrich 551
 Knackstedt, Otto Albrecht Conrad 280f.
 Knapp 133
 Knobloch, Günther 163
 Knochen 683
 Knöpfelmacher, Wilhelm 137
 Knorr, Eduard 162
 Kober, Emilie, geb. Levy 377–380
 Kober, Julius Erwin 377–380
 Kober, Walter 377–380
 Koch, Karl Otto 194
 Koch, Walter 578
 Koch, Walter 588
 Kochba, Uri, siehe Koch, Walter
 Köcher, Otto 253f.
 Kochmann, Arthur 693
 Koch-Schweisfurth, Emil 388
 Kofler, Elfriede 760
 Kolbe, Hans 664
 Kollek, Theodor (Teddy) 590
 Korant, Georg 820f.
 Korant, Margarete, geb. Apt 820–822
 Korn, Josef 227
 Kornmann, Emma, siehe Weil, Emma
 Köster, Fritz Johann 389–393
 Krabbe 619
 Kranebitter 465
 Kratz 182
 Kraus, Hans 681
 Kraus, Karl 767
 Krause 470
 Krebs, Friedrich 755, 771
 Krell, Max 646
 Kresse, Josef 17f.
 Kreßin, Arthur 799f.
 Kretschmann, Max 258
 Kretschmer, Julian 284–288
 Kreutzberger, Max 213, 825
 Kriek, Ernst 535
 Krips, Hermann 568
 Krips, Ilse, geb. Herzfeld 568
 Krohn, Johannes 746
 Krone, Heinrich 263
 Kroog, Werner 716f.
 Krüger 752
 Krüger, Adolf-Friedrich (Alf) 19, 475
 Krüger, Kurt 757f.
 Krüger-Heim, Dr. 176
 Krümpelmann, Bruno 437
 Kues, Nikolaus von 494
 Kugler, Karl 541, 543
 Kühlewein, Julius 478
 Kühn, Hugo 388

- Kuhn, Karl Georg 536, 648
 Kully 619–621
 Kusserow, Albrecht 688
 Kutnewsky, Editha Charlotte, siehe Blöde, Editha Charlotte
 L., Grete 400
 Lackner, Stephan 766–768
 Lamm, Josef 640
 Landau, Jacob 136
 Landau, Leo 395
 Landau, Mara (Margarete), geb. Glaser 815
 Landau, Walter 815
 Landauer, Georg 761
 Landsberg 531
 Landsberger, Franz 525
 Landwehr, Hermann 324, 694
 Lang, Cosmo Gordon 499
 Lange 423
 Lange, Fredo 352f.
 Lange, Kurt 496–498
 Lange, Rudolf 153, 250
 Langer, Johann 465
 Langer, Klaus Jakob 819
 Lasker, Eduard 529
 Lassalle, Ferdinand 529
 Latte, Manfred 815
 Lawn, Henley 581
 Lawrence, Robert B. 297–299
 Lazard, Alexandre 315
 Lazard, Elie 315
 Lazard, Simon 315
 Lederer, Rudolf 301
 Leffler, Siegfried 792
 Leiber (Pater) 266
 Lessen, Hero van 288
 Lettow-Vorbeck, Paul von 489
 Levi, Hermann 323
 Levi, Leopold 361
 Levi, Martha, geb. Frank 361
 Levingstone, Leontine, siehe Oppenheimer, Leontine
 Levy, Bruno 664
 Levy, Emilie, siehe Kober, Emilie
 Levy, Nesanel David 664
 Lewinski 664
 Lewkowitz 551
 Ley, Robert 363
 Lichtenstein 823
 Liebermann, Erich 327
 Liebermann, Hermann 327
 Liebermann, Mully, geb. Michels 327, 329
 Liebermann, Werner 327
 Liebig 596, 598f.
 Lilienthal 826
 Lilienthal, Arthur 246
 Lind, Paula, siehe Rosenberg, Paula
 Lippert, Julius 300
 Lippmann, Anna Josephine, geb. von Porten 799
 Lippmann, Leo 799–801
 Lips, Clara, siehe Kappes, Clara
 Lipski, Adolf 816
 Lipski, Cilli 816f.
 Lipski, Gerda 816
 Lipski, Helmuth Siegfried 816
 Lipski, Józef 52
 Lipski, Nanni Bianca, geb. Gerson 816
 Lischka, Kurt 690, 694, 775, 822–826
 Litten, Hans Achim 195
 Litwinoff 532
 Löber, Carl-Theodor 391f.
 Löblich, Alfred 351
 Loewe, Max 763, 769
 Loewenberg 748
 Loewenberg, Horst 193
 Loewi, Otto 129
 Lohse, Hinrich 388
 Loos, Roman 715
 Lösener, Bernhard 408, 437, 690, 692
 Löwenherz, Josef 25, 41, 149, 172, 184f., 207, 215, 227, 243, 395, 552f., 822
 Löwenstamm, Arthur 96
 Löwenthal 556
 Löwenthal, Hans 778
 Löwenthal, Ludwig 438
 Löwin (Lewin), Samuel 151f.
 Löwin, Henriette, siehe Halpern, Henriette
 Löwy, Arthur 818
 Löwy, Hans Erich 818
 Lubbe, Marinus van der 457
 Lucke, Karl 398
 Lücking 294
 Ludendorff, Erich Friedrich Wilhelm 90, 531
 Luderer 286
 Ludwig, Eduard 605
 Ludwig, Emil 106
 Lueger, Karl 29
 Lühe, von der 250
 Lühns 444
 Lunatscharsky, Anatoli Wassiljewitsch 646
 Luss, Paul 381
 Luther, Martin 793
 Lutze, Viktor 363
 M., Eva 821
 Maas, Emma, siehe Goldberg, Emma
 Mahlst[a]edt, Bruno 388–393
 Maht, Inge 91
 Maier, Judith, siehe Suschitzky, Judith
 Maier, Ruth 306, 358, 400, 561f.
 Mailich, Moritz 747
 Maimonides, Moses 493f.
 Makins, Sir Roger M. 652

- Malsch, Amalie, geb. Samuel 85f., 273, 751f., 810–812
 Malsch, Ernst 85
 Malsch, Eugen 85, 273
 Malsch, Heinz 812
 Malsch, Ilse, siehe Abraham, Ilse
 Malsch, Paul 85, 273, 752, 810–812
 Malsch, Wilhelm R. (Malsh, William Ronald) 85f., 273, 751f., 810–812
 Mandl, Rupert 373
 Mann, Thomas 11, 767
 Marcus 269
 Marcus, Ernst 825
 Marcus, Ruth 470
 Martin, Konrad 574
 Marx, Georg 265f.
 Marx, Karl 529
 Marx, Maria 265f.
 Marx, Richard 265
 März, geb. Rotgießer 815
 Mattner, Walter 296
 Mau 550
 Mauthe, Hans 110
 May 551
 Mayer 748
 Mayer, Paul 592
 McC. Cavert, Samuel 137
 McDonald, James Grover 137, 206, 213–215
 Megerle, Karl 178
 Mehrer, Gabriel Meir 394
 Meier, Leopold 664
 Meisner, Simon 686–686, 724–726
 Mendelssohn, Moses 535
 Merutisch 90
 Merutisch, Käthe 90
 Messersmith, George S. 124f., 137
 Metternich 535
 Metzler, Benjamin 446
 Meuers, Heinrich von 685
 Meyer, Gertrud, geb. Ehrlich 507f.
 Meyer, Hans 644
 Meyer, Otto 377–380
 Meyer, Rudolf 508
 Meyer-Seelig 509
 Michaelis 748
 Michaelis, Else, geb. Heimann 267
 Michaelis, Eugen Abraham 217
 Michaelis, Hans 267
 Michaelis, Hella-Lea 267
 Michaelis-Stern, Eva 590, 642
 Michels, Mully, siehe Liebermann, Mully
 Mills, Eric 554
 Moffat, Jay Pierrepoint 124f., 137, 696
 Mohr, Ernst Günther 537
 Moll, Leonhard 162
 Moltke, Helmuth von 90
 Monick, Emmanuel 697
 Montbas, Hugues Barthon de 447, 459
 Mooney, Edward 662
 Moore, Robert Walton 124
 Morgenroth, Ernst, siehe Lackner, Stephan
 Morgenroth, Sigmund 767
 Morgenthau, Henry 137
 Mosbacher, Kurt 825
 Moser, Hans 604
 Moses, Siegfried 214, 268
 Mosler, Eduard 498
 Motta, Guisepppe 447
 Mozart, Wolfgang Amadeus 603
 Mühle, Hans 646
 Müller 232
 Müller, (Frau) 327, 330f., 333, 335
 Müller, (Herr) 327, 329f., 333
 Müller, Adolf 740
 Müller, Alfred 97
 Müller, Bruno 755
 Müller, Ferdinand 763
 Müller, Heinrich 25, 27, 53, 134, 290, 368
 Müller, Paul 293
 Müller, Werner 292
 Münch, Johannes Rudolf 576
 Münchmeyer, Albert 586
 Murmelstein, Benjamin 599
 Musil, Robert 28
 Mussolini, Benito 310f., 448f., 620
 Mutschmann, Martin 110, 1 B
 Nafthal, Nathan 538
 Nägel 90
 Nagler, Siegfried (Shmuel) 582
 Nahm, Friedrich 771
 Nansen, Fridtjof 687
 Napoleon 106, 535
 Nassau, Julius 381f.
 Nathorff, Hertha 255f.
 Naville 449
 Neff, Margarete, siehe Schubert, Franziska
 Nemec, Josef 385
 Neubacher, Hermann 37, 681
 Neubauer, Theodor 195
 Neumann 322
 Neumann, Heinrich von 215
 Neumann, Joseph 438
 Neumann, Richard 438
 Neumann, Siegfried 621–632
 Neumark, Manasse 380
 Neurath, Konstantin von 15f., 43
 Neurath, Otto 28
 Neurath, Paul Martin 634
 Nevi'im 485
 Niemeyer, Christian 567, 739
 Niemöller, Martin 107
 Nietzsche, Friedrich 493f., 797

- Nold, Emil 437
 Nothmann, Amanda, geb. Adler 641
 Nothmann, Herbert 640 f.
 Nothmann, Johanna, geb. Freund 641
 Nothmann, Julius 640
 Nothmann, Moritz 641
 Nothmann, Salomon 641
 Nothmann, Sigismund 640
 Nussbaum, Israel 380
 Nußmüller, Wilhelm 373
 Oberg, Walter 337
 Oberhuber, Karl 397
 Ochs, Felix 438
 Odo (Pater) 225
 Oesterreich, Nadia, siehe Berenberg-Gossler,
 Nadia von
 Ofterdinger, Friedrich 800
 Ohmann 543
 Olbrich, Joseph Maria 28
 Olivera, Ricardo 218
 Ollendorf, Martha 197
 Oppenheim, Eva Martha 344–346
 Oppenheim, Frieda, geb. Cahn 344–346
 Oppenheim, Georg 344–346
 Oppenheim, Ilse 344 f.
 Oppenheim, Martha, siehe Emanuel, Martha
 Oppenheimer, Erich 577
 Oppenheimer, Flory, geb. Haas 438
 Oppenheimer, Gustav 577
 Oppenheimer, Hannelore 577
 Oppenheimer, Julius 256 f.
 Oppenheimer, Leontine, geb. Levingstone 438
 Oppenheimer, Linda, geb. Straßburger 577
 Orsenigo, Cesare 451, 453
 Ostermann, Joseph 262
 Ostrower, Dora, siehe Arendt, Dora
 Otte, Carlo 444
 Overbeck 446, 586
 Pacelli, Eugenio 451
 Palaret, Charles M. 208
 Pamperl, Hans 680 f.
 Paopworth 581
 Papen, Franz von 38
 Pappenheim, Bertha 95
 Paracelsus 494
 Prinz Paul (Pavle) von Jugoslawien 789
 Pell, Robert Thompson 696 f.
 Pellepoix, Louis Darquier de 663
 Perkins, Frances 137
 Perlzweig, Maurice L. 302
 Perschak, Gerti 760
 Petrescu-Comnen, Nicolae 313
 Petschek, Ernst Friedrich 280–282
 Petschek, Ignaz 282
 Petschek, Julius 282
 Petwaidic, Walter 110
 Pfeffer, Gerta 347–350
 Pfeiffer 541, 544
 Pfeiffer, Karl Ludwig 496
 Pfeiffer-Saenz 445
 Pfemfert, Franz 592
 Pfundtner 90
 Philipppson, Alfred 406
 Philipppson, Dora 406
 Philipppson, Margarete, geb. Kirchberger 406
 Philo 493 f.
 Pich, Hugo 792
 Pieter 475
 Pietsch, Hans 296
 Piłsudski, Józef Klemens 102
 Pirow, Oswald 486–491
 Pius XI. 36, 265, 557
 Pius XII. 451, 777
 Planetta, Otto 702
 Platon 493
 Plattner, Friedrich 184
 Plaut, Max 537, 774
 Plaut, Richard 482
 Pleyer, Kleophas 648
 Pohl, Oswald 23
 Poincaré, Raymond 530
 Polke 353
 Polke, Max Moses 353–358
 Poll, Heinrich 813
 Poll-Cords, Clara 813
 Pollak, Willi 581
 Polte, Friedrich 786
 Porten, Anna Josephine von, siehe Lippmann,
 Anna Josephine
 Portz 90
 Possanner, Hans (Johann) Freiherr von 295
 Prange, Maximilian 260
 Prinz, Arthur 289, 338, 495
 Puccini, Giacomo 627
 Puhl, Emil Johann 258
 Raban 268
 Rademacher, Arnold 408
 Rado, Rosa, geb. Braun 465
 Rafelsberger, Walter Viktor Ludwig 39, 183, 260,
 325
 Rammler 90
 Rappelt 788
 Rath, Ernst Eduard vom 52 f., 336–338, 358, 360,
 363 f., 367, 385, 389, 393, 409, 440, 445, 449, 457,
 459, 517, 522, 533, 590, 612 f., 615, 658
 Rathenau, Walter 491, 529–532, 796 f.
 Rau, Arthur Aharon 207, 555
 Rawicz 201
 Reading, Lord 209
 Ready, Michael J. 137
 Redeker, Martin 794
 Reed, Douglas Launcelot 454

- Rehrl, Franz 605
 Reich 551
 Reich, Felix 521
 Reich, Markus 521
 Reich-Ranicki, Marcel 14, 52
 Reichmann, Hans 566
 Reinecke, Robert 163
 Reiner 374
 Reiner, Max 373–375
 Reines, Jizchak Jacob 804
 Reinhardt, Max 603f., 701
 Reinhart, Friedrich 280, 282
 Reinken, Maria 286
 Reisner, Aladar 151
 Reisner, Erwin 722
 Reisse, Ludwig 578
 Reissmann 340
 Reither, Josef 605
 Renner, Karl 36
 Renz, Hans 604
 Reul, Hermann 226f.
 Reumann, Jakob 31
 Rex 360f.
 Ribbentrop, Joachim von 15f., 364, 490, 509, 653
 Richter 353
 Richter 528
 Rietmann 449
 Ringelblum, Emanuel 564
 Ritter (Baron) 738
 Ritter, Hermann 780
 Ritter, Wolfgang 780
 Rivoli 705–707
 Rocha-Schloss, Rafael 452
 Rodeck, Fred 609, 612
 Rödl, Arthur 189
 Rogers, Edith Nourse 507
 Röhm, Ernst 445, 563
 Rohrhurst 201
 Römpagel, Werner 390, 392f.
 Roosevelt, Franklin Delano 15, 46, 56, 137,
 205–207, 216, 253, 279, 366, 460, 499, 659, 662,
 696
 Röschmann, Ernst 389f., 393
 Röse 362
 Rosenberg, Alfred 647, 662
 Rosenberg, Henriette, siehe Seligmann,
 Henriette
 Rosenberg, James N. 516
 Rosenberg, Max 591
 Rosenberg, Paula, geb. Lind 438
 Rosenberg, Sally 438
 Rosenberg, Werner 215
 Rosenblüth, Martin Michael 214, 216, 762
 Rosenmeyer, Kurt 444, 509
 Rosenthal, Bernhard 520
 Rosenthal, Ernst 437
 Rosenthal, Nora, geb. Rosenthal 520
 Rotbarth, Leopold 438
 Rotbarth, Mathilde, siehe Cahn, Mathilde
 Rotgießer, siehe März
 Roth, Josef 28, 30, 767
 Rothfels, Hans 88
 Rothenberg, Alois 207, 394, 553
 Rothmann, Gertrud, siehe Cohn, Gertrud
 Rothmund, Heinrich 253f., 369, 728–730, 734
 Rothschild 106, 520, 698
 Rothschild, Alfred 158
 Rothschild, Anthony Gustav de 698
 Rothschild, Louis Nathaniel von 129
 Rothschild, Mayer Amschel 106
 Rotschild, Ida, siehe Westheimer, Ida
 Rowohlt, Ernst 592, 646
 Rubin 778
 Rubin, Abraham Chaim 244f.
 Rubin, Herbert 244f.
 Rubin, Max 245
 Rubin, Seraphine(a) 244f.
 Rublee, George 47f., 226, 569, 659, 696, 701, 775
 Rudolphi, Walter 799
 Ruhl, Magda, siehe Geiershoefer, Magda
 Rühling, Albin 664
 Rummel, Joseph F. 137
 Rundstedt, Gerd von 459
 Rupp, Arthur 214–216
 Rust, Bernhard 441, 454, 479, 688
 Sabath, Wolfgang 301
 Sabatzky, Kurt 350–353
 Sachs 539
 Sacks 273
 Saefkow, Anton 195
 Salzberger 814
 Samson, Richard 445
 Samuel, 372
 Samuel, Amalie, siehe Malsch, Amalie
 Samuel, Salomon 824
 Sander, Luise 438
 Sandler, Rickard 652
 Sass, Karl (Chaim) 116–123, 593–599
 Schacht, Hjalmar 16f., 47f., 569, 571f., 612, 639,
 696, 701, 775
 Schäfer, Lieselotte 484
 Schalek, Melanie, siehe Gaertner, Melanie
 Schapira, David 118–116
 Scharlach 586, 739
 Schaub, Julius 365
 Scheffler, Gerhard 291
 Scheidemann, Philipp 531
 Scheier, Erwin 520
 Scheler 493
 Schenk 397
 Schenkel, Jakob 395
 Scherek 269

- Schickele, René 646
 Schiller, Friedrich 361, 797
 Schimek 801
 Schindhelm, Hans Gerhard 353
 Schlegel, Dorothea 535
 Schlesinger 778
 Schlesinger 469
 Schlesinger, Max 268
 Schlie, Heinrich 171, 808
 Schloß, Eduard 217 f.
 Schloss 748
 Schloss, Oscar 665 f.
 Schlotterer, Gustav 127 f., 651, 738
 Schlüter jr., Ferdinand 586
 Schmeer, Rudolf 299, 322, 420, 467
 Schmidt 397
 Schmidt 740
 Schmilinsky, Ellen 813
 Schmitt, Ignaz 685
 Schmitz, Richard 604 f.
 Schneider 388
 Schneider 728
 Schnitzler 306
 Schnitzler 646
 Schonfeld, Solomon 138
 Schönberg, Arnold 28
 Schönerer, Georg Ritter von 29, 36
 Schönherr, Karl 604
 Schott 551
 Schragenheim, Felice 159, 779
 Schramm 755
 Schrijver, Auguste de 729
 Schröder 373
 Schröder 763
 Schröder, Gustav 764
 Schubert, Franziska 701–710
 Schubert, Leo 551
 Schubert, August 815
 Schulenburg, Richard 336
 Schulenburg, Susanne, geb. Geiershoefer 544
 Schultz, Arnold 800
 Schultz, Walter 710–712
 Schumacher, Philipp 479
 Schumburg, Emil 408, 437, 657
 Schuschnigg, Kurt A. J. Edler von 32, 34, 37, 108–110, 116–121, 129, 149, 411, 585, 604, 658
 Schuster, D. J. 103
 Schuster, Hans 812 f.
 Schwab, David 682
 Schwab, Gerald (Gerd) 682
 Schwab, Paula, geb. Kleefeld 682
 Schwalb, Jos. A. 747
 Schwalbe, Herbert 821
 Schwalbe, Ilse 820 f.
 Schwalbe, Reiner Max 821
 Schwalbe, Stephanie, siehe Wells, Stephanie
 Schwarz, Arthur Zacharias 394
 Schwarz, Franz Xaver 364
 Schwarzschild, Leopold 768
 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf 132, 168
 Seeck, Gerhard 685
 Seggermann, Walter 389–393
 Sehrt 691
 Seifert 544
 Seldte, Franz 473
 Seligmann, Henriette, geb. Rosenberg 287
 Seligmann, Moses 287
 Selzer, Chaim 734 f.
 Selzer, Vera 734 f.
 Senator, Werner 186 f.
 Servos, Gerda, geb. in der Elst 381
 Servos, Max 381
 Seyß-Inquart, Arthur 34, 37 f., 119 f., 130, 153
 Shakespeare, William 796
 Shipley, Ruth Bielaski 124 f.
 Siebert, Ludwig 397 f.
 Siegert, Rudolf 690
 Silber, richtig: Silbermann, Peter Adalbert 646
 Silex, Karl 491
 Simon, Siegfried 723
 Simson, Martin Eduard Sigismund von 529
 Sinasohn, Leopold 389 f., 393
 Singer, Kurt 337
 Singer, Samuel 151
 Six, Franz Alfred 205, 210, 234, 290, 341, 550, 576, 608, 688
 Smuts, Jan Christian 263
 Solmitz, Friedrich Wilhelm 90 f., 106 f., 162, 272, 438, 440–442, 556, 716, 810
 Solmitz, Gisela 90 f., 107, 439 f.
 Solmitz, Luise, geb. Stephan 10, 90 f., 106 f., 141 f., 162, 272, 438–442, 556, 716 f., 810
 Sonnemann, Emmy, siehe Göring, Emmy
 Specht, Clarita von, geb. von Berenberg-Gossler 446, 509
 Specht, Nadia 586
 Speer, Albert 23, 60, 291, 299 f.
 Spier, Arthur 217, 748, 750, 774, 799, 801
 Spier, Ruth 484
 Spinoza, Baruch 493, 647, 794
 Spitzer, Ottilie 739 f.
 Stahl 529
 Stahl, Heinrich 565, 775
 Stahlecker, Franz Walter 39 f., 259, 282, 401, 608, 683, 782, 791, 801
 Stahr, Adele, siehe Geller, Adele
 Stalin, Josef 363
 Stampfer 531
 Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst 129
 Stauffenberg 797

- Stein, Albert Günther 340 f.
 Stein, Freiherr vom 648
 Steinbeck, Ernst 257
 Steinberg 216
 Steinfeld, Julius 138 f., 394
 Steinhardt 85
 Stegmann, Frau von 814
 Stepan, Karl Maria 605
 Stephan, Luise, siehe Solmitz, Luise
 Stern, Hugo 323
 Stern, Markus 323
 Sternberg, S. 228
 Stern-Michaelis, Eva 590, 642
 Stier 438
 Stillschweig, Kurt 289, 338
 Stiny, Otto 801f.
 Stopford, Robert 824, 826
 Storfer, Berthold 46, 215
 Stöhr, Ernst 28
 Straßburger, Linda, siehe Oppenheimer, Linda
 Straßer, Gregor 146
 Straßer, Otto 288
 Stratmann (Pater) 266
 Strauss 748
 Strauss, Johann 151
 Strauss, Johanna 170
 Strauss, Kurt 169 f.
 Strauss, Paul 169 f.
 Streicher, Julius 279, 364, 536, 615 f., 640
 Strelitz, Johanna, siehe Kaack, Johanna
 Stricker, Robert 121, 149
 Strong 125
 Stubel, Karl Julius 682
 Stuckart, Wilhelm 168, 270, 408, 424, 804
 Stucki, Walter 447, 449 f.
 Suhr 539
 Sulzer, Salomon 522
 Surén, Friedrich Karl 756
 Suschitzky, Judith, geb. Maier 400, 561f.
 Süskind, Wilhelm Emanuel 646
 Suter, Otto 97
 Sütro-Katzenstein, Nettie 682
 Syrový, Jan 303
 Syrup, Friedrich 51, 351
 Taglicht, David Israel 149
 Tanzmann, Helmut 163
 Tauber, Abraham Chaim, siehe Rubin, Abraham Chaim
 Tausk, Walter 826 f.
 Taylor, Myron Charles 206, 213, 215
 Tell, Wilhelm 604
 Tenkink, Jan Coenraad 728, 733
 Tewaag, Carl Wilhelm Thomas 496
 Theilig, Hans 799
 Themel, Karl 49
 Thomas, Georg 319
 Thompson, Dorothy 124 f.
 Thorn, Willi 691
 Thun, Graf 301
 Thurneysen, Rudolf 407
 Tijn-Cohn, Gertrud(e) van 495, 587
 Tikotzki, Helene 158
 Tikotzki, Isidor 158
 Tikotzki, Siegbert 158
 Tiso, Jezef 43
 Toček, Herbert 470
 Toček, Paula, geb. Černík 470
 Tolischus, Otto D. 569
 Toller, Ernst 767
 Toller, Paul 778
 Tometschek, Günther 465
 Torrenté, de 449
 Toscanini, Arturo 603
 Traub 380
 Traub, Michael 215
 Troper, Maurice 516
 Trost, Erich 232
 Trujillo, Rafael 47
 Ueberall, Ehud (geb. als Avriel, Ehud) 587–590
 Ullmann, Ernst 257
 Ullstein, Hermann 375
 Ulrich, Edwin 294
 Vadnay, Emil 142
 Valk, Jacob 285
 Vaugoin, Carl 706
 Verschuer, Otmar Freiherr von 211, 437, 647
 Verzijl, Jan Hendrik Willem 145
 Vogel, siehe Nägel
 Voigt, Paul 293 f.
 Volk, Leo 249
 Volkmar, Erich 291 f.
 Vorwerk, Friedrich 444
 Wächter, Werner 365
 Wacker, Otto 478
 Wagener, Hildegard 271 f., 401
 Wager, Michal, siehe Schäfer, Lieselotte
 Wagner 286
 Wagner 716 f.
 Wagner, Adolf 364 f., 397
 Wagner, Richard 88, 648
 Wagner, Robert F. 507
 Waldeck 583
 Walden, Herwarth 646
 Wallbach 556
 Walter, Hans 466
 Walter, Rudolf 602, 607
 Warburg 529
 Warburg, Felix M. 505
 Warburg, Fritz M. 444, 505, 567, 738 f., 777
 Warburg, Gerson 127
 Warburg, Marcus Moses 127
 Warburg, Max Moritz 127, 569, 770

- Warndörfer, Fritz 28
 Warscher, Moritz (Moshe) 724
 Wasserman, Bill 125
 Wassermann, Jakob 646
 Wastl, Josef 753
 Watzl, Josef 801
 Wauck, von 388
 Weber 390
 Weber 508
 Weber, Alois 801
 Weber, Edmund 110
 Wedelstädt, Helmuth von 102
 Weil, Eduard 768–770
 Weil, Elli 778
 Weil, Emma, geb. Kornmann 768–770
 Weil, Frederick D. 199–204
 Weil, Karolina, siehe Bernheim, Karolina
 Weiner, Abraham (Albert) 394
 Weiß, Friedrich 41
 Weiss 228
 Weiss, Robert 438
 Weizmann, Chaim 215, 824 f.
 Weizmann, Mirjam 817
 Weizsäcker, Ernst Freiherr von 52, 447–449
 Welczeck, Johannes Graf von 447
 Welles, Benjamin Sumner 125, 137
 Wells, Henry E. 821
 Wells, Stephanie, geb. Schwalbe 821
 Welsch, Heinrich 223
 Weltsch, Felix 303
 Wenderoth, Friedrich 362
 Wenderoth, Clara, geb. Gundlach 362
 Wenderoth, Gerda, siehe Kappes, Gerda
 Werfel, Franz 28, 646
 Werner, Kurt 346
 Werner, Sidonie 95
 Wester 728, 730
 Westheimer, Hirsch 577
 Westheimer, Ida, geb. Rothschild 577
 Westheimer, Isi 577
 Wettengel, Ernst 110
 Wetz, Wolfgang 776
 White, Thomas Walter 216
 Wichern, Johann Heinrich 727
 Wiedemann, Alfred 684
 Wiener, Artur 815
 Wiesmann, Bernhard 446
 Wiesner, Friedrich Freiherr von 108, 605
 Wijsmuller-Meijer, Truus 495
 Wilhelm I. 529
 Wilhelm II. 106
 Wilhelm, Friedrich 258
 Willink 586
 Willink, Hermann 586
 Wilson, Hugh Robert 176, 425, 460
 Winkel, Hans Alfred 507 f.
 Winterton, Lord Edward Turnour 207, 213, 215, 226, 697, 701
 Wirtz, Paul 127
 Wise, Jonah Bondi 505
 Wise, Stephen Samuel 137, 206
 Wisliceny, Dieter 24
 Wissing 766
 Wittkugel 376
 Witzel 322 f.
 Woermann, Ernst 408, 414, 424 f., 437
 Wohlgemuth, Else 605
 Wohlthat, Helmuth 47, 657, 696, 775
 Woitinski 195
 Wolf, Albert 350
 Wolf, Alfred 752
 Wolf, Gustav August Louis 170 f., 260, 324
 Wolf, Ralph 503
 Wolfers, Adele, siehe Alkan, Adele
 Wolff, Jolanthe 712–714
 Wolff, Karl Friedrich Otto 738
 Wolff, Leo 246
 Wolff, Siegfried 805–807
 Wolff, Theodor 529
 Wolfskehl, Karl 797
 Wollheim, Hermann 371
 Wolters, Friedrich 797
 Wood, Edward Frederick Lindley, siehe Halifax, E.F.L., Lord
 Woodward, Stanley 125
 Wulff, Ernst 278
 Wundt, Max Wilhelm August 648
 Württemberg, Carl Alexander Herzog von, siehe Odo (Pater)
 Zabotinskij, Wladimir Zeev, siehe Jabotinsky, Wladimir Zeev
 Zangen, Wilhelm 321
 Ziegler, Wilhelm 797
 Zimmermann, Herbert 383
 Zindel, Karl 690
 Zopf, Moritz 151
 Zopf, Rosa, geb. Berger 151
 Zschintzsch, Werner 450, 572
 Zülow, Kurt 132 f.
 Zweig, Stefan 28, 306

Reihenübersicht

Die Edition »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das national-sozialistische Deutschland 1933 – 1945« (VEJ) umfasst 16 zeitlich und territorial gegliederte Bände:

- 1 Deutsches Reich
1933 – 1937
- 2 Deutsches Reich
1938 – August 1939
- 3 Deutsches Reich und Protektorat
September 1939 – September 1941
- 4 Polen
September 1939 – Juli 1941
- 5 West- und Nordeuropa
1940 – Juni 1942
- 6 Deutsches Reich und Protektorat
Oktober 1941 – Juni 1943
- 7 Sowjetunion mit annektierten Gebieten I
- 8 Sowjetunion mit annektierten Gebieten II
- 9 Polen: Generalgouvernement
August 1941 – 1945
- 10 Polen: Eingegliederte Gebiete
August 1941 – 1945
- 11 Deutsches Reich und Protektorat
Juli 1943 – 1945
- 12 West- und Nordeuropa
Juli 1942 – 1945
- 13 Slowakei, Rumänien, Bulgarien
1939 – 1945
- 14 Südost- und Südeuropa
1941 – 1945
- 15 Ungarn
1944 – 1945
- 16 Das KZ Auschwitz 1942 – 1945
und die Zeit der Todesmärsche 1944 /45

